Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

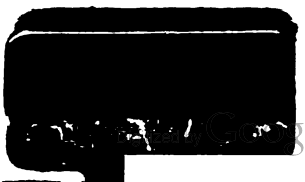
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

17.4.56 vollst. [illegible]

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY



Digitized by Google

Digitized by Google

17.4.56. vollst. K.

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

❖

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein.

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

❖

Dritter Jahrgang
Juli/Dezember 1918

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

I. Hauptartikel

Seite

Alnor, Karl, Die Lösung der nordschleswigschen Frage 1593
Asch, Bruno, Britischer Wirtschaftskampf 1496
Bahr, Richard, Deutschösterreich und das Reich 943
Beer, M., Britische Reichspolitik und Neuwahlen 1130
Brinkmann, Carl, Neue Strömungen in der englischen Arbeiterschaft . . . 876
— Lloyd Georges Wahlprogramm 1576
Cahén, Fritz Max, Zur isländischen Frage 846
— „Scandinavismus" 1207
Deißmann, D. Adolf, Amerikanische Kriegstheologie 1334
— Revolution und Kirche 1615
Delbrück, Hans, Politische Initiative 873
Dix, Arthur, Richtungsänderungen im Weltverkehr 1397
Dresdner, Albert, Romantische Politik 1006
Dyes, Wilh. A., Politik und Industrie 1044
Engel, Walter, Minderwertiges Geld und städtische Notenausgabe 1655
Felger, Adolf, Das Sackhändlertum in Rußland 1489
— Trotzki spricht 1268
Fischer, Joh., Süddeutschland und Berlin 1642
Friedjung, Heinrich, König Eduard VII. 1581
Fuchs, Victor, Kolonialpolitik und Wirtschaftspolitik 850
Gochler, Das Urteil gegen Malvy 1030
— Der französische Sozialismus und Syndikalismus 910
— Die wirtschaftliche Lage in Frankreich 1306
Goetz, Walter, Lichnowsky und der Ausbruch des Weltkrieges 1238
Haußmann, Conrad, Graf Hertling 1091
Hennig, Richard, Die Frachtraumfrage nach dem Kriege 1167
Herre, Paul, Der jüdische Palästinastaat, England und der Vatikan 1134
Heuß, Theodor, A. E. J. O. U. 1359
— Der Kaiser 1411
— Der Weg zum Frieden 1315
— Deutsche Reichsverfassung 1571, 1637
— Die „Kaisertreuen" 1140
— Es bleibt beim Alten 1612
— Hertling und die Parteien 1251
— Salzburg 967
— Schwarz-Rot-Gold 1475
— Wiener Krise 840
Heuß-Knapp, Elly, Politisierung der deutschen Frau 1555
Huch, Ricarda, Aufruf 1609
Jäckh, Ernst, Die Wendung im Orient 1420
Jakowleff, W., Föderativgedanke in Rußland 1392
Japikse, Holland und sein Kolonialbesitz in Ostindien während des Weltkrieges 1003
Jesser, Franz, Die Zukunft Deutschösterreichs 1457
Kaegbein, August, Amerikanische Truppentransporte 1259
Kaiser, Felix, Eine neue Vertretung der Auslandsdeutschen 1502
Kaß, Eugen, Die Landwirtschaft nach dem Kriege 1531
— Sozialismus und Landwirtschaft 1588
Keup, E., Der erste Schritt zur Lösung der östlichen Siedlungsfrage 888

Digitized by Google

Seite
Kjellen, Rudolf, Parallele mit Napoleon 1027
Kleist-Retzow, Ruth v., Die Mutter als Erzieherin 1016
Kolbe, Franz, England und die deutschen Kolonien 1048
— Rückgabe der Südseekolonien an Deutschland 1623
Lambert, Rudolf, Moralinfreie Politik 1241
Laurila, K. S., Der Hintergrund des finnischen Verfassungskampfes 1297
Lehmann, Max, Bulgariens Abfall 1293
Lehmann-Rußbüldt, Die alten Deutschen und die Alldeutschen 1330
Leuthner, Carl, Der deutschösterreichische Staat und die Hausmacht 1426
Lindenau, Heinrich, Das innere Gleichgewicht 1255
Litschko, Das ukrainische Agrarproblem 1618
Luebeck, Jul., Der englisch-amerikanische Druck auf die russische Volkswirtschaft 1014
— Elsaß-Lothringens wirtschaftliche Entwicklung 1111
Luther, Arthur, Maxim Gorkij als politischer Schriftsteller 1040
Linter, Bankenstreit 892
— Das deutsch-russische Finanzabkommen 1275
— Die Chemie in der kommenden Wirtschaft 956
— Demobilisierungssorgen 1500
— Kurssturz 1341
— Vom Dickverdienen 1114
— Rationelle Ausnutzung der Kohle 1182
— Zahlungsmittelkrisis 1403
Massow, W. v., Zur Lösung der Polenfrage 1064
Molenbroek, P., Krieg und Konservatismus 1338
Morel, E. D., Ein Ausweg 1363
Mutheſius, Karl, Berufsberatung und Schule 1143
Nathan, Paul, Wilson, Friede und Völkerbund 1415
Neugeboren, Emil, Überwundene Wahlrechtskrise in Ungarn 1201
Procopé, Hj. J., Finnland und die Murmanfrage 986
Reinhard, F., Deutschland und Japan 916
Rieß, Ernst, Der Staat und die Mobilisierung der Vermögen 1084, 1149
— Propaganda 1244
Rohrbach, Hermann, Deutschland — von Osten gesehen 1032
— Ist Rußland für einen neuen Krieg zu brauchen? 1123
Rohrbach, Paul, Andere Männer 835
— Demokratie und Führung 1539
— Der deutsche Schritt zum Frieden 1285
— Der Kaukasus in der Weltpolitik 867
— Der Krieg und die Wahl des neuen Staatssekretärs 899
— Der pazifistische Bankrott und die Revolution 1605
— Die beiden Deutschlande 1230
— Die deutsche Republik 1441
— Die Politik des Mutes 963
— Ein notwendiger Trennungsstrich 995
— Eine baltische Frage 938
— Eine Regierung des Volksvertrauens 1155
— Kritik des nationalen Bewußtseins 1507
— Michel, Miljukow und Balfour 1059
— Reden an das deutsche Volk 1100
— Um Deutschlands Ehre 1380
— Waffenstillstands- und Friedensfrage 1347
Roloff, Gustav, Die Zukunft Deutschösterreichs 1452
Saenger, Alwin, Jaurès, der Ungesühnte 952
Seber, Max, Soziales Völkerrecht 1106
Sieger, Rob., Erfolge u. Hemmungen der deutschen Bewegung in Österreich 970, 1215
— Was wird aus Österreich? 1558
Sosnosky, Theod v., Die Elemente der südslawischen Frage 947
Südland, L. v., Das südslawische Problem im Habsburgerreiche 978

Digitized by Google

Seite

Sperber, O., Die Freiheit der Welthandelsstraßen 1009
— Japans Expansion 876
Schaffner, Jakob, Die neutrale Mission 1302
— Eine schweizerische Kolonie? 1176
Schlemann, Paul, Die sozialrevolutionäre Mordtat 903
— Wie entgehen wir dem Bolschewismus? 1484
Schlesinger, Arthur, Die Befehlsgewalt im Heere 1658
Schmidt, Axel, Das Erbe des Bolschewismus 983
— Der Sieg der ukrainischen Idee 1644
— Die deutsche Demokratie und das Randstaatenproblem 1370
— Die Schuldfrage am Kiewer Mord 995
— Weltpolitik oder Kontinentalpolitik? 871
— Zusammenbruch der deutschen Hetman-Politik 1528
Schmidt-Gründler, Zur Seelenkunde des Amerikaners 1075
Schneider, Gustav, Geistige Strömungen der Angestelltenbewegung 1212
Schrameier, China und der Vatikan 1388
— Verfassungsnöte in China 1648
Schwering, Leo, Frankreich und die Zukunft des linken Rheinufers 1584
— Großbritanniens Eismeerpolitik 906
— Wilsons russische Politik 1070
Stag, Der Norden Europas 922
Stein, Philipp, Politik und Verwaltung 931
— Was wir müssen 1356
Stenzel, Karl, Frankreich und das elsässische Wirtschaftsleben 1320
Straßberg, Psychologische Politik 1384
Thimme, Friedr., Das alte Preußen 1479
— Die nationale Einheitsfront 1351
— Die neue Reichsregierung 1287
— Neubildung der politischen Parteien 1548
Uhland, Ludwig, Rede in der Paulskirche 1513
Ullmann, Hermann, Großdeutschland und Reichsdeutschland 1517
Umbreit, Paul, Internationales Friedensprogramm der Gewerkschaften 1188
Weisbach, Werner, Südslawische Frage und Friede in italienischer Beleuchtung 1434
Wolf, Georg, Die elsaß-lothringische Frage 1448
Zimmermann, Waldemar, Der Achtstundentag und das neue Arbeitsabkommen 1524
* * * Aus der Ukraine 1160
* * * Der Staat Litauen 1466
* * * Die werbende Kraft des Rechts 1273
* * * Gedanken im fünften Kriegsjahre 1197
* * * Irland und die Friedenskonferenz 1469
* * * Nachrichten und Erfahrungen aus den Zivilgefangenenlagern in England . 855
* * * Pax Germanica 1219
* * * Zur Schuldfrage 1543

II. Sachregister

Seite

Allgemein Politisches
Befehlsgewalt im Heere (Schlesinger) . . . 1658
Gedanken im fünften Kriegsjahr . 1197
Krieg und Konservatismus (Molenbroek) . . . 1338
Der Krieg und die Wahl des neuen Staatssekretärs v. Hintze (Rohrbach) . . . 899
Zur Lösung der östlichen Siedlungsfrage (Keup) 888

Baltische Provinzen . 991, 1636
Der Staat Litauen (* * *) . . 1466
Eine baltische Frage (Rohrbach) . 938
Realpolitik eines litauischen Sozialisten (Albert) 1246, 1282
Bulgarien 1293
Bulgariens Abfall (Lehmann) . .
Deutsche Revolution 1506, 1507, 1537, 1538, 1570
Der pazifistische Bankerott und die Revolution (Rohrbach) 1605

Digitized by Google

Seite

Deutsche Republik (Rohrbach) . . 1441
Nationalversammlung 1538
Nationalversammlung des deutschen Volkes (Schotte) 1446
Rede in der Paulskirche (Uhland) 1513
Schwarz-Rot-Gold (Heuß) 1475
Süddeutschland und Berlin (Fischer) 1642
Volksbeauftragte 1505

Deutsche Weltpolitik
Der Kaukasus in der Weltpolitik (Rohrbach) 867, 927
Deutschland und Japan (Reinhard) 916
Die Freiheit der Welthandelsstraßen (Sperber) 1009
Vertretung der Auslandsdeutschen (Kaiser) 1502
Weltpolitik oder Kontinentalpolitik (Axel Schmidt) 871

Deutschland
Deutschland von — Osten gesehen (Hermann Rohrbach) 1032
Die alten Deutschen und die Alldeutschen (Lehmann-Rußbüldt) . 1330
Die Kraft des deutschen Volkes während des Krieges 959
Großdeutschland und Reichsdeutschland (Ullmann) 1517
Lösung der nordschleswigschen Frage (Alnor) 1593

Deutschösterreich 1282, 1314, 1379
Deutschösterreich und das Reich (Bahr) 943
Der deutschösterreichische Staat und die Hausmacht (Leuthner) . . . 1426
Die Zukunft Deutschösterreichs (Jesser) 1457
Erfolge und Hemmungen der deutschen Bewegung in Österreich (Sieger) 970, 1215
Gruß an Deutschösterreich (Diefenthal) 1565

Elsaß-Lothringen
Bemerkenswertes Buch über die elsaß-lothringische Frage . . . 1373
Die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens (Roloff) 1452
Elsaß-Lothringens wirtschaftliche Entwicklung (Luebeck) . . 1111, 1378
Elsaß-Lothringische Frage (Wolf) . 1448
Frankreich und das elsässische Wirtschaftsleben (Stenzel) 1320

England
Balfour 1058, 1117
Britische Reichspolitik und Neuwahlen (Beer) 1130
Britischer Wirtschaftskampf (Asch) 1496
Chamberlain 1058
Eduard VII. 1581

Seite

England und die deutschen Kolonien (Kolbe) 1049
England und die Murmanfront 861, 866, 986, 1090
Englisch-amerikanischer Druck auf die russische Volkswirtschaft (Luebeck) 1014
Englische Angste wegen Sibirien . 960
Englische Arbeiterschaft (Brinkmann) 876
Englische Gewerkschaften 1187
Englische Industrie und die Naturwissenschaften (Luebeck) 1566
Englische Palästinapolitik 1135
Englische Radikale zu den Vorzugszöllen 1054
Englisches Kriegskabinett 866, 962, 994, 1025, 1089, 1122
Das Fiasko der britischen Farbenindustrie 895
Finanzkrieg 1151
Großbritanniens Eismeerpolitik (Schwering) 906
Irland 834
Irland und die Friedenskonferenz . 1469
Jüdischer Palästinastaat, England u. der Vatikan (Herre) 1135
Lansdowne 1025
Lloyd George 1025, 1026, 1057, 1186, 1636
Lloyd Georges Wahlprogramm (Brinkmann) 1576
Nachrichten und Erfahrungen aus den Zivilgefangenenlagern in England 855
Parallele mit Napoleon (Kjellen) . 1026
U-Boot-Sorgen in England . . . 1054
Wahlen 1057, 1130

Finnland 1250, 1314
Finnland und die Murmanfrage (Procopé) 986
Hintergrund des finnischen Verfassungskampfes (Laurila) . . . 1297

Frankreich
Clemenceau 1030, 1217
Das Urteil gegen Malvy (Göhler) 1030
Der französische Sozialismus und Syndikalismus (Göhler) . . . 910
Der ungesühnte Jaurès (Saenger) 1374
Frankreich und das elsässische Wirtschaftsleben (Stenzel) 1320
Frankreich u. d. Zukunft des linken Rheinufers (Schwering) . . . 1584
Jaurès, der Ungesühnte (Saenger) 952
Sozialisten-Partei 994
Wirtschaftliche Lage in Frankreich (Goehler) 1308

Friedensfragen 1345

Digitized by Google

Seite

Der deutsche Schritt zum Frieden (Rohrbach) 1283
Deutschlands Friedensziele . . . 1185
Die neue Reichsregierung (Thimme) 1287
Die neutrale Mission (Schaffner) . 1302
Der Weg zum Frieden (Heuß) . . 1315
Nationale Einheitsfront (Thimme) 1351
Psychologische Politik (Strottberg) 1385
Waffenstillstand 1413
Waffenstillstands- und Friedensfrage (Rohrbach) 1347
Wilson, Friede und Völkerbund (Nathan) 1415
Großrußland 1026, 1032
Der englisch-amerikanische Druck auf die russische Volkswirtschaft (Luebeck) 1014
Föderativgedanke in Großrußland (Jakowleff) 1392
Ist Rußland für einen neuen Krieg zu brauchen? (Herm. Rohrbach) . 1123
Miljukow . . 994, 1059, 1117, 1410
Michel, Miljukow und Balfour (Rohrbach) 1058
Weltpolitik oder Kontinentalpolitik (Axel Schmidt) 871
Wilsons russische Politik (Schwering) 1070

Holland
Holland und sein Kolonialbesitz in Ostindien während des Weltkrieges (Japikse) 1003

Innere Politik
Alldeutsche 1117, 1122, 1236, 1244, 1279
Bund der Kaisertreuen 991
Demokratie und Führung (Rohrbach) 1539
Der deutsche Schritt zum Frieden (Rohrbach) 1283
Der Kaiser (Heuß) . . . 1411, 1538
Die beiden Deutschlande (Rohrbach) 1230
Die „Kaisertreuen" (Heuß) . . . 1141
Die alten Deutschen und die Alldeutschen (Lehman-Rußbüldt) . . 1330
Ein notwendiger Trennungsstrich (Rohrbach) 995
Helfferich 961, 1058
Graf Hertling (Haußmann) . . . 1091
Hertling 883, 897, 929, 1117, 1122, 1251
von Hintze 897, 899, 1281
Kritik des nationalen Bewußtseins (Rohrbach) 1507
Max von Baden 1089, 1103, 1281, 1378, 1473, 1478, 1507
Moralinfreie Politik (Lambert) . . 1241
Nationale Einheitsfront (Thimme) 1351
Neue Reichsregierung (Thimme) . 1287
v. Payer 1185, 1230
Pax Germanica * „ * 1219

Seite

Politisierung der deutschen Frau (Heuß-Knapp) 1555
Reden an das deutsche Volk (Rohrbach) 1100
Reichskongreß 1633
Dr. Solf 1089, 1100
Vaterlandspartei 1242
Was wir müssen (Stein) 1356
Zivilkabinett 1313, 1346
Italien 1122, 1636
Südslawische Frage und Friede in italienischer Beleuchtung (Weißbach) 1434

Kolonialpolitik
Ein Ausweg zur Beseitigung von Konflikten wegen Machtfragen (Morel) 1363
England und die deutschen Kolonien (Kolbe) 1049
Karl Peters 1186
Kolonialpolitik und Wirtschaftspolitik (Fuchs) 850
Reden an das deutsche Volk (Rohrbach) 1100
Kriegslage 963, 995, 1154, 1249, 1378
Ludendorff 1378, 1473

Kulturpolitik
Berufsberatung und Schule (Muthesius) 1145
Die Mutter als Erzieherin (Kleist-Retzow) 1016
Revolution und Kirche (Deißmann) 1615

Moralisch-politische Offensive
Andere Männer (Rohrbach) . . 835
Der Krieg und die Wahl des neuen Staatssekretärs v. Hintze (Rohrbach) 899
Die Politik des Mutes (Rohrbach) 963
Politische Initiative (Delbrück) . . 873
Die werbende Kraft des Rechts (Nettelbeck) 1273
Ein notwendiger Trennungsstrich (Rohrbach) 995
Eine Regierung des Volksvertrauens (Rohrbach) 1155
Propaganda (Rieß) 1244
Reden an das deutsche Volk (Rohrbach) 1100
Um Deutschlands Ehre (Rohrbach) 1380

Neutralität
Neutrale Mission (Schaffner) . . 1302

Österreich-Ungarn 833, 930, 961, 962, 1023, 1053, 1058, 1250, 1379, 1478, 1636
A. E. J. O. U. (Heuß) 1359
Das südslawische Problem im Habsburgerreiche (Südland) 976
Deutschösterreich und das Reich (Bahr) 943

Digitized by Google

Seite

Die Elemente der südslawischen Frage (Sosnosky) 947
Ernährungsfragen 866
Erfolge und Hemmungen der deutschen Bewegung in Österreich (Sieger) 970, 1215
Habsburger Monarchie 1187
von Hussarek 1187
Salzburg (Heuß) 967
Südslawische Frage und Friede in Italien. Beleuchtung (Weisbach) 1434
Tisza 1410
Wahlrechtskrise in Ungarn (Neugeboren) 1201
Was wird aus Österreich? (Sieger) 1558
Wiener Krise (Heuß) 840

Orient
Türkei 1314
Wendung im Orient (Jäckh) . . . 1420

Ostasien
China und der Vatikan (Schrameier) 1388
Deutschland und Japan (Reinhard) 916
Englisch-amerikanischer Geheimvertrag 1090
Japan 1026, 1070
Japan und Südamerika 1087
Japans Expansion (Sperber) . . . 876
Japanischer u. amerikanischer wirtschaftl. Auslandsdienst (A. Schmidt) 991
Verfassungsnöte in China 1648

Ostfriede 1059, 1121

Parteien 1569
Das innere Gleichgewicht (Lindenau) 1255
Friedensprogramm der Gewerkschaften (Umbreit) 1188
Hertling und die Parteien (Heuß) . 1251
Neubildung der politischen Parteien (Thimme) 1548
Sozialdemokratie 865, 898, 961, 991

Polnische Frage 1057, 1154, 1379, 1474, 1538, 1636
Polen und Preußen 860
Zur Lösung der Polenfrage (von Massow) 1064

Preußische Verfassungsreform . . 865, 926, 1058, 1313
Herrenhaus 1250
Politik des Herrenhauses (Heuß) . 1194
Verfassungsausschuß des Herrenhauses 1153
Wahlrecht 1122, 1186, 1281, 1313, 1346

Randstaaten
Die deutsche Demokratie und das Randstaatenproblem 1370

Russische Revolution 834, 835, 930, 1050

Seite

Das Erbe des Bolschewismus (Axel Schmidt) 983
Das Sachhändlertum in Rußland (Felger) 1489
Die sozialrevolutionäre Mordtat (Paul Schiemann) 903
Maxim Gorkij als politischer Schriftsteller (Luther) 1040
Sowjetregierung 898, 1091
Trotzki spricht! (Felger) 1269
Turkestan und die Revolution (Roehl) 1150
Wie entgehen wir dem Bolschewismus? (Schiemann) 1484

Schuldfrage . . 1345, 1378, 1506
Um Deutschlands Ehre (Rohrbach) . 1380
Zur Schuldfrage. Bemerkungen zum bayerischen Gesandtschaftsbericht 1543

Schweiz
Eine schweizerische Kolonie? (Schaffner) 1176

Skandinavien
Der Norden Europas (Stag) . . . 922
Romantische Politik in Norwegen . 1006
„Skandinavismus" (Cahén) . . . 1207
Zur isländischen Frage (Cahén) . . 846

Sozialismus 1505
Achtstundentag und neues Arbeitsabkommen (Zimmermann) . . . 1524
Diktatur des Proletariats . . . 1535
Maxim Gorkij als politischer Schriftsteller 1040
Soziales Völkerrecht (Seber) . . 1106
Sozialismus und Landwirtschaft (Katz) 1588

Staatsprobleme
Das alte Preußen 1479
Deutsche Reichsverfassung (Heuß) 1571, 1637
Politik und Verwaltung (Stein) . . 931

Ukraine 898 930 962 992 994 994 1023 1026 1117 1118
Aus der Ukraine * * * 1160
Das ukrainische Agrarproblem (Litschko) 1618
Der Zusammenbruch der deutschen Hetman-Politik (Axel Schmidt) 1528
Die Schuldfrage am Kiewer Mord (Axel Schmidt) 1001
Miljukow als Deutschenfreund . . 894
Ministerkrise in der Ukraine . . 1406
Sieg der ukrainischen Idee (Axel Schmidt) 1644
Skoropadski 1474

Vereinigte Staaten
Amerikanische Kriegstheologie (Deißmann) 1334

Digitized by Google

Seite

Amerikanische Truppentransporte (Kaegbein) 1259
Englisch-amerikanischer Druck auf die russische Volkswirtschaft (Luebeck) 1014
Gründe für Amerikas Kriegseintritt 1055
Wilson 1089, 1345
Wilsons Friedensprogramm . 1346, 1347
Wilsons russische Politik (Schwering) 1070
Zur Seelenkunde des Amerikaners (Schmidt-Gründler) 1075

Verkehrspolitik
Freiheit der Welthandelsstraßen (Sperber) 1009
Die Frachtraumfrage nach dem Kriege (Hennig) 1167
Richtungsänderungen im Weltverkehr (Diz) 1397

Wirtschafts- und Sozialpolitik
Bankenstreit (Linter) 892
Britischer Wirtschaftskampf (Asch) 1496
Demobilisierungsfragen (Linter) . . 1500
Der Staat und die Mobilisierung der Vermögen (Rieß) 1084
Die Chemie in der kommenden Wirtschaft (Linter) 956
Deutsch-russisches Finanzabkommen (Linter) 1275
Die geistigen Strömungen der Angestelltenbewegung (Schneider) . 1212
Die Landwirtschaft nach dem Kriege (Katz) 1531
Friedensarbeit in der Schule (Hildebrandt) 925
Japanischer und amerikanischer wirtschaftlicher Auslandsdienst (A. Schmidt) 991
Kolonialpolitik und Wirtschaftspolitik (Fuchs) 850
Kurssturz (Linter) 1341
Minderwertiges Geld und städtische Notenausgabe (Engel) 1654
Politik und Industrie (Dyes) . . 1644
Rationelle Ausnutzung der Kohle (Linter) 1182
Salzburg (Heuß) 967
Tragfähigkeit der deutschen Industrie 1661
Vom Dickverdienen (Linter) . . . 1114
Wirtschaftliche Fragen 1504
Zahlungsmittelkrisis (Linter) . . . 1403
Zur Frage der Mobilisierung der Vermögen (Schürer) 1149

III. Neuerscheinungen

Seite

Die belgischen Dokumente . . . 862
„Das Bild als Narr" 928
„Das Sehnen der Völker" . . . 863
Der Wall von Feuer und Eisen . . 1408
Die Kunst des Friedens 1597
Gedanken aus dem Felde 1151
„Geschichte" 1216
Kriegsziele 1280, 1312
Kulturpolitik 1119
Pädagogik 1663
Schule und Leben 1055
Schweizer Literatur 1567
Über den Schlachten 1375

Digitized by Google

3. Jahrgang • 5. Juli 1918 • Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Graf Hertling hält es nicht der Mühe wert, die Zahl der Reden an die Welt zu vermehren, solange er auf frühere Ansprachen keine Antwort erhielt. Das kann man menschlich verstehen. Aber es ist fraglich, ob diese Empfindsamkeit und diese Skepsis gegenüber dem praktischen Wert von Tribünenrede sehr kluge Politik ist. London weiß, warum es der Welt jede Woche mindestens eine Ministerrede an den Kopf wirft. Das ist nicht Redeeitelkeit, sondern Politik. Die Häufigkeit dieser Kundgebungen hat einen psychologischen Sinn, und es schadet dabei nichts, wenn der geistige Dialekt der Staatsmänner nicht ganz einheitlich ist. Bei uns aber, wenn einmal geantwortet wird, geschieht dies aus dem Stegreif, und Kanzler wie Heeresleitung kommen mit Korrekturen. Der Sinn der ganzen Aktion verpufft und der Rest heißt Verlegenheit. Nicht daß und wie weit die einzelnen Formulierungen der Kühlmannschen Rede im Ton ein Mißgriff waren, charakterisiert die ungewisse Lage, in die sie das deutsche Gemeinbewußtsein gebracht hat, sondern daß in der Reichsleitung darauf verzichtet war, festzustellen, was jetzt gesagt wird. Solches Verfahren wie das letzte wirkt für den inneren und äußeren Ernst der Regierungskundgebungen tödlich.

*

Die österreichische Krise schien auf die Fragestellung zuzueilen: Reichsrat oder Seidler? Kaiser Karl, der sich von seinem ihm sehr ergebenen Beamten nicht trennen will, aber doch fühlt, daß 630 Gramm wöchentlicher Brotration eine schlechte Magenunterlage für Absolutismus darstellen, hat den schier salomonischen Entscheid getroffen: Reichsrat und Seidler. Das Ministerium und sein Präsident bleiben. Gehen die Polen in die Opposition oder verleugnen sie ihr Ultimatum von Krakau? Treten die deutschen Sozialdemokraten in die Bresche, um das ihnen wichtige Parlament betriebsfähig zu machen? Die Schwierigkeit der Situation ist mit der neuen Entscheidung ganz und gar nicht behoben. Schlagen sich die radikalisierten Polen an die Seite tschechischer Intransigenz, so legt sich das als Alp auf alle kommenden Mög-

Digitized by Google

lichkeiten, für die dauernde Ordnung der polnischen Dinge eine halbwegs vernünftige Lösung zu finden.

*

Die neue Aufrollung der irischen Frage hat mit einem völligen Fiasko der Regierung geendigt. Die Tatsache ist kaum verschleiert. Home Rule bleibt unerledigt, auf das Dienstpflichtgesetz wird verzichtet, French betreibt Freiwilligenwerbung unter Ausdehnung des Standrechts. Im Parlament sagt man, daß die Lage nie so schlimm gewesen sei, und damit etwas geschehe, redet man davon, daß die Reichskonferenz mit der Angelegenheit befaßt werde. Man hat Grund, die Ausführung dieses Planes zu bezweifeln. Die Entrüstung des enttäuschten Landes wird auf die katholische Geistlichkeit losgelassen, mit dem Erfolg, deren Widerstand zu verhärten. Das Märchen von der deutschen Verschwörung ist im Oberhaus durch Lord Wimborne, den früheren Lordleutnant, unbarmherzig zerstört worden. Lloyd George steht vor einem Trümmerfeld von Hoffnungen, und „Daily News" nennen die irische Politik „eine Parodie auf alle Beteuerungen, die Vorkämpfer der Gerechtigkeit und Freiheit zu sein".

*

Als der Krieg begann, zog das zarische Rußland mit dem größten Millionenheere der Welt in den Krieg, jetzt machen der bolschewistischen Regierung schon 150000 tschechische und slowakische Soldaten schwere Sorgen. An diesem Gegensatze kann man die Größe des deutschen Sieges im Osten ermessen. Ermuntert durch die tschechisch-slowakischen Erfolge scheinen sich die bürgerlichen und gemäßigt sozialistischen Elemente wieder regen zu wollen. Kerenski wirbt in London um Hilfe und Miljukow und Gutschkow sollen in Charbin bei den kontrerevolutionären Truppen angekommen sein. Wer stärker sein wird, der Bolschewismus, der zwar den Frieden gebracht hat, aber auch die politische und wirtschaftliche Anarchie, oder seine Gegner, die im Bündnis mit der Entente gegen den Bolschewismus und den Brest-Litowsker Frieden Sturm laufen wollen, ist schwer zu sagen. Ihre Losung, Befreiung von der bolschewistischen Anarchie, die ohne Zweifel bei allen Besitzlichen Anklang finden dürfte, wird durch die Verquickung mit der Kriegspolitik der Entente nicht wenig geschwächt.

*

Nicht auf den Zaren Nikolai II., dessen Ermordung sich nicht zu bestätigen scheint, sondern auf seinen Bruder Michael beginnen sich die Blicke der russischen Monarchisten zu richten. Seine Flucht zu den tschechisch-slowakischen Divisionen zeigt, daß er seine Zeit für gekommen hält. Da England sich in seiner Spekulation auf die russische Revolution durch den Bolschewismus getäuscht sieht, dürfte es sich vielleicht wieder dem Zarismus in Rußland zuwenden. Sollte es Michael gelingen, sich mit Hülfe der im englischen Solde stehenden tschechisch-slowakischen Truppen durchzusetzen, so würde er nur als Zar von Englands Gnaden regieren können. Wir haben daher keinen Grund dieses monarchische Experiment zu fördern.

Digitized by Google

Andere Männer!

Von Dr. Paul Rohrbach

Lord Northcliffe ist Chef der politischen Offensive in England. Er leitet die Propaganda, die das Recht der Entente, voran dasjenige Englands, erweisen, den Kriegswillen in England und den verbündeten Ländern befestigen und die Feinde verwirren soll. Er ist ein Mann ohne moralisches Gewissen; Lüge, Roheit und Zynismus sind sein tägliches Handwerkszeug. In dessen Benutzung aber ist er Meister. Er arbeitet zusammen mit Lloyd George, der einmal von Deutschland gesagt hat: ein Volk in solcher Lage müsse schwer bewaffnet und militaristisch sein, und der heute alle Regungen brutalen Boxerinstinkts, deren die englische Seele fähig ist, in sich verkörpert und sie auf Deutschland losläßt. Diesem Geschäft muß aber der Mantel der Moral und Gottwohlgefälligkeit umgehängt werden. Der Kampf gegen Deutschland muß dem Weltbewußtsein — und wieder voran dem englischen — als Pflicht im Namen der Menschheit erscheinen. Anfang Juni hielt Lloyd George in Edinburg vor dem Verband der Buchdrucker eine Rede auf die Bundesgenossen und sagte darin:

Die Rede, zu der Sie mich aufgefordert haben, ist dem Erfolg der Sache der Alliierten gewidmet. Wenn aus irgendeinem Grunde die Alliierten keinen Erfolg haben würden, so würde es eine traurige Welt sein, in der wir leben müßten... Die Bedeutung und Wichtigkeit der Kämpfe, denen wir heute gegenüberstehen, kann nicht übertrieben werden. Der heutige Kampf ist der Kampf gegen das preußische Ideal des Militarismus mit seiner Verachtung der Freiheit, seiner Verachtung der Menschenrechte, seiner Verachtung der Menschlichkeit. Wenn wir heute keinen Erfolg haben würden, würde die Zivilisation der Gegenwart in die dunkelste Zeit der Vergangenheit zurückgeschleudert werden. Wir zahlen einen hohen, traurigen und quälenden Preis für den Sieg. Aber die Summe des ganzen menschlichen Elends, die für den Sieg bezahlt würde, erreicht die Werte nicht, um die es sich heute handelt.

Auf diesen Ton ist die ganze englische Kriegshetze gestimmt, als deren Einpeitscher Lord Northcliffe arbeitet. Natürlich überlegt er sich dabei, was von Deutschland alles kommen könnte. Vor allen Dingen braucht er eine deutsche Regierung, in der weiterhin wie bisher niemand auf die Kreuzzugspredigt gegen Deutschland als Verächter der Menschlichkeit zu antworten versteht. Er braucht nach wie vor ungeschickte Männer an allen denjenigen Stellen in Deutschland, denen es obliegt, das Gesetz und die Taktik unserer moralischen Gegenoffensive zu finden; Männer, die imstande sind, ihre Ohren fest gegen jeden Rat und jedes Verlangen zu schließen, das gegen die Entente bereitliegende Material möge richtig als Waffe gegen den Feind gebraucht werden.

Northcliffe und Lloyd George überlegen weiter: Was müssen wir uns noch in Deutschland wünschen und worauf muß die Offensivpropaganda, was Deutschland angeht, eingestellt werden? Es ist klar, auf welches Ziel sie hinausmuß. Wenn irgend möglich, so müßte in Deutschland ein Reichskanzler oder ein Staatssekretär der Alldeutschen ans Ruder kommen! Womit bringt es die deutsche Regierung fertig, ihr

Digitized by Google

Volk trotz des Drucks, der auf ihm lastet, noch zusammenzuhalten? Offenbar dadurch, daß man ihm den „Vernichtungswillen" der Alliierten vorhält. Können wir dem englischen, französischen, amerikanischen Volk zeigen, daß jetzt die Anbeter des Krieges, die Verkünder der deutschen Weltherrschaft, die kriegerische Macht Deutschlands offen in der Hand halten, dann bleibt das Spiel unser! Dann schlagen wir unsere Friedensseligen und unsere Verständigungsfreunde mit der Waffe, die uns Deutschland selbst liefert, zu Boden, und der moralische Schuldspruch über Deutschland gewinnt erneute Eindruckskraft auf die Welt!

Unter diesem Gesichtspunkt betrachten Leute wie Lloyd George und Northcliffe auch den Fall Kühlmann bei uns. Wie schon beim Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis ist ihr größter Wunsch, daß als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik aus der Krisis eine Persönlichkeit hervorgehen möge, deren Ernennung zunächst den Riß im deutschen Volke zwischen rechts und links, die Zertrümmerung der Reichstagsmehrheit und den Triumph der Scharfmacher bedeuten würde. Geschieht das, so haben sie keine Sorge wegen des Gelingens, die Friedensströmung in England zurückzudämmen, Frankreich noch einen Winter mit seinen letzten verblutenden Kräften, selbst wenn Paris zusammengeschossen wird, beim Kriege festzuhalten und für 1919 das wirkliche und endgültige amerikanische Millionenheer zu versprechen. Man muß immer bedenken, wie groß die Furcht vor Deutschlands geoffenbarter Stärke in der Welt ist, und welch eine Niederlage für die ganze Entente der Verzicht auf Fortführung des Krieges bedeutet, nachdem die weltpolitische Gesamtlage durch den Niederbruch Rußlands für Deutschland dauernd um soviel günstiger geworden ist, als sie vorher war. Dieser Stachel ließe sich durch nichts so sehr verschärfen, wie durch die Verkündigung: nun hat der deutsche Militarismus alle Masken abgeworfen, nun sammelt er sich zum letzten Sprung!

Es ist aber möglich (und auch Lloyd George ist sich darüber klar), daß dieser für ihn erfreulichste aller denkbaren Fälle noch nicht eintritt. Dann ist es das Zweitbeste für ihn, wenn weiter in Deutschland eine solche Art von Staatskunst mit Bezug auf den Krieg betrieben wird, wie bisher. Sie hat für England den Nutzen, daß keine von den politischen Waffen, die bei uns bereit liegen, zur Verwendung gelangt. Stattdessen handeln wir — und Herrn v. Kühlmanns Methode ist ein Musterbeispiel dafür — als ob wir Englands Sache besorgen wollten. Das geschieht erstens, indem wir allen Erklärungen, die dem allgemeinen Weltmißtrauen, unter dem wir leiden, entgegenwirken sollen, eine solche Form geben, daß der Gegner uns verdächtigen kann, wir meinten es zweideutig. Das geschieht ferner, indem die Fülle wirksamen Materials, über das wir zu einer großen moralischen Offensive verfügen, blind liegen gelassen wird. Das geschieht endlich drittens, indem jede Erklärung der deutschen Friedensbereitschaft so unglücklich und ungeschickt herauskommt, daß sie das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen soll.

Digitized by Google

Wir haben große Feldherrn auf dem militärischen Schlachtfeld, aber wenig brauchbare auf dem politischen. Herr v. Kühlmann ist ein Diplomat, der sicher auch seine Verdienste hat, und einzelnes war selbst in seiner Reichstagsrede richtig angelegt, aber als er sagte, nicht die Waffe, sondern die Politik werde den Krieg beenden, scheint er nicht gewußt zu haben, wie sehr er damit sich selbst ironisiert hat, denn seine Art von Politik im Kriege ist so schlecht wie möglich. Es ist doch ein Ungeschick ohnegleichen, in einem Augenblick, wo das Heer so Großes geleistet hat, wo es seine Kraft zu neuen gewaltigen Schlägen sammelt und jedermann weiß, welche Erfolge menschlicher Voraussicht nach bevorstehen, der Stimmung der Kämpfenden solch einen Schlag zu versetzen und die Feinde derart zu ermutigen! Stenogrammkorrekturen, nachträgliche Deutungen und Erklärungen bessern da nichts, sondern machen die Sache nur noch schlechter. Das hat man am zweiten Tag der Kühlmanndebatte gesehen, an dem die Regierung eine so unglückliche Figur machte, wie selten. Herr v. Kühlmann sprach weiter von Deutschlands Bereitschaft zum Frieden, aber er tat es England gegenüber in der höflich verbeugten Haltung eines Diplomaten, der auf einen Regen von Beschimpfungen und moralischen Ohrfeigen eigentlich nur zu erwidern hat: ach, es war doch früher so nett zwischen uns, warum kann eigentlich diese unangenehme Episode nicht schneller beendet werden? Er zeigt nicht, daß er die ungeheure Tiefe dieses Weltkonflikts begreift; in ihm sprüht es nicht von Zorn und Verachtung gegen die diabolische Weltlüge der Lloyd George, Northcliffe und Genossen, die mit vergifteten Waffen Deutschland töten wollen. Er spricht den richtigen, bei uns leider nur viel zu selten als Wahrheit begriffenen Satz aus, daß Rußland der unmittelbar Schuldige am Weltkrieg ist, aber er tut es zu einer Zeit und in einem Zusammenhang, die den unglücklichen Schluß nahelegen, es habe damit eine „moralische" Entlastung für England angedeutet werden sollen. Auf diese Art erreicht man nichts weiter, als den Eindruck der Schwäche und der Sehnsucht nach Frieden nicht um des Friedens willen, sondern als ob man nächstens nicht mehr wird kämpfen können. Jemand könnte da auf den Gedanken kommen, daß in irgend einem neutralen Winkel irgend welches dünne Gespinst von Vorfriedensunterhaltung sich entwickelt, und daß der Staatsmann, der im Reichstag das Wort nimmt, sich einbildet, es käme etwas darauf an, deshalb keine zu groben Ausdrücke zu brauchen. Wenn dem so wäre, was müßte dazu gesagt werden? Daß es eine Torheit ist, nach solcher Weltkatastrophe und solchen Gegnern gegenüber die Wiedergewinnung des Friedens auf den Wegen der gewöhnlichen diplomatischen Routine zu suchen. Es gibt für uns nur eine Erklärung, die unsrer würdig ist und die mit schneidender Schärfe in die Welt hinausgerufen werden muß: mit Leuten wie Lloyd George, diesem Geschöpf von des Lügenkönigs Northcliffe Gnaden, wie Poincarée und Clémenceau, den Verantwortlichen für die scheußlichen Brutalitäten gegen unsre Gefangenen, den Verkündern der Zerstückelung Deutschlands, mit denen machen wir keinen Frieden. Es ist des deutschen

Digitized by Google

Namens unwürdig, von deutscher Friedensbereitschaft zu reden, ohne hinzuzufügen: friedensbereit, ja, aber nur für den anständigen Gegner, nicht für den, der Deutschland in gemeiner und lügenhafter Weise beschimpft hat. Gegen diese Gesellschaft gehört Kampf, nichts als Kampf; kein würdeloses Werben um geneigtes Gehör.

Wer nicht begreift, daß es in diesem Kriege außer zur Entscheidung der Waffen auch noch zu einer Entscheidung der moralischen Kräfte in großem Stil kommen muß, und daß wir von uns aus diese Entscheidung mit allen Mitteln suchen müssen, der hat nicht das Zeug zu einem deutschen Staatsmann. Vom ersten Tage des Weltkriegs an war bei unsern Feinden die moralische Pose fertig, und ihre große politische Überlegenheit über uns offenbart sich darin, daß diese Pose schon jahrelang auf das sorgfältigste vorbereitet, und daß sie während des Krieges nicht einen Augenblick verlassen worden ist. Doch, ja, vielleicht einen Augenblick: als Balfour sagte, wenn die Entente Deutschland hätte gewähren lassen, so hätte es ohne Krieg die Früchte des Sieges ernten können. Da ist für eine Sekunde das moralische Schema vom Kampf fürs Recht der kleinen Völker und für die Freiheit der Welt vergessen. Da erscheint blitzartig ein brutales englisches Bekenntnis zur ökonomischen Wurzel des Weltkriegs. Ein paar deutsche Zeitungen haben das auch gemerkt, aber wo war der deutsche Staatsmann, der begriff, welche Waffe ihm da gereicht wurde? Nur kommt es auch dabei nicht auf Fechterstücke und Diplomatenkunst im letzten Grunde für uns an, sondern auf die Tiefe des eigenen sittlichen Empfindens und die Einsicht, daß es ein Verbrechen ist, in diesem Kampf der moralischen Kräfte die ganze Last allein auf die Schultern unsrer feldgrauen Kämpfer zu legen. Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der sich nicht voll Ärger über die feindlichen Lügen fragte: warum glaubt die Welt jenen alles und nur uns will sie unser gutes Recht nicht glauben? Darum, weil wir bisher an den entscheidenden Stellen niemanden gehabt haben, der begriffen hätte, wo die Aufgabe liegt und wie sie angefaßt werden muß.

Wie oft ist nun schon auf diesen Blättern davon die Rede gewesen, daß wir eine moralische Offensive brauchen! Wie oft ist gesagt worden, daß es nur ein Mittel gibt, den Prozeß Deutschlands vor der Welt zu entrollen und den Feinden inmitten ihrer eigenen Völker die Sehnen ihrer Kraft zu durchschneiden! Nur Narren oder Menschen, in denen alle Kraft des Glaubens an das sittlich Große erstorben ist, können sich einbilden, daß solche Figuren wie Lloyd George und Northcliffe oder auch Herr Wilson die Völker hinter sich herschleppen könnten, ohne bei ihrer Mehrheit den Glauben zu erhalten, daß der Kampf wirklich um hohe und ideale Güter ginge, und daß es eine schlechtere Welt sein würde, in der es gelten würde zu leben, wenn Deutschland siegte. Der Glaube an das eigne Recht hält den Kriegswillen der Gegner ebensogut aufrecht wie den unsrigen. Will man diese tiefste Wurzel der Kampfkraft bei jenen zerstören, so muß man ihnen mit aller Wucht der eignen moralischen Überzeugung die Masse der Tatsachen sichtbar machen, die sie drüben nicht kennen,

Digitized by Google

die das gegen Deutschland von langer Hand her bereitete Netz der Einkreisung und alle Zeugnisse des deutschen Friedenswillens offenbaren; die niedrigen und grausamen Handlungen der Kriegshetzer unter den Ententevölkern, die Unwahrhaftigkeit des Satzes vom Kampf für das Völkerrecht dartun und zeigen, wie vielmehr Deutschland die Sache der Völkerfreiheit gegen die alles verschlingenden großen Imperien führt.

Wie matt, wie ängstlich und blutlos bürokratisch ist die Reihe der kläglich mißglückten Versuche zu dieser Art von deutscher Offensive. Noch kein einziges Mal in den vier Jahren Weltkrieg hat es ein deutscher Reichskanzler oder Staatssekretär begriffen, daß nur dann, wenn die Keulenschläge gegen das „moralische" Rüstwerk der Feinde von den ersten Stellen im Reich geführt werden, der Panzer drüben bricht und die Speere splittern. Man nehme die belgischen Dokumente zur Hand und lese die beiden Veröffentlichungen hierüber, die ich weiter unten besprochen habe. Es gibt kaum ein Wort des Tadels, das stark genug wäre, um den formell und materiell gleich mangelhaften Gebrauch zu kennzeichnen, den unsre Regierung von dieser tödlichen Waffe gegenüber der englischen wie der französischen gemacht hat. Man denke an die nie benutzte Analogie zwischen dem Einmarsch in Belgien und der viel rücksichtsloseren Vergewaltigung Dänemarks hundert Jahre früher durch England, zu der die englische Regierung erklärte, es wäre ein Verbrechen gewesen, wenn sie nicht ohne jede völkerrechtliche Rücksicht für die Sicherheit des Reichs hätte sorgen wollen. Man denke an den lauen Wolffschen Büro-Aufguß auf das scharfe Kraut der Geständnisse Ssuchomlinows und Januschkewitschs, an die russischen Greueltaten in Ostpreußen, an das Gefangenlager Tozkoje, an die unsagbare Niedertracht der französischen Henkersknechte in Dahome, Marokko und später, die schimpflichen Vorgänge bei der Eroberung von Kamerun durch die Engländer und Franzosen und die ganze lange Reihe der Niedertretungen des Völkerrechts, der Roheiten und Unwahrheiten, die sich die Entente in Kriegführung und Politik durch all die Jahre hindurch hat zuschulden kommen lassen. Was nützt es, wenn das bei uns in offiziösen und nichtoffiziösen Zeitungen, in ungeschickten Interviews und in schwächlichen Reichstagsdebatten verzettelt wird! Kanzler und Minister, unterstützt von den ersten Namen Deutschlands in Wissenschaft, Kunst und Literatur und vereint mit einer machtvollen Behandlung des Stoffs in der Presse, müssen auf die Schanze und die Sache Deutschlands führen, unermüdlich, klug und hingebungsvoll.

Wir können keine Leute brauchen, die gleichzeitig moralische Friedensoffensiven machen und mit Verbeugungen um dasselbe England werben wollen, von dem man uns Pest und Mörder entgegenruft. Und wenn schon Verbeugungen vor England, dann wenigstens nicht hinterher auch noch Verbeugungen vor dem Grafen Westarp. Graf Westarp ist ein Patriot wie Herr v. Kühlmann auch, aber als Politiker in auswärtigen wie in inneren Dingen ist er einer von den stärksten Trümpfen Lloyd Georges und Northcliffes für ihr deutsches Spiel, und wenn ihn der Staatssekretär um Ent-

Digitized by Google

schuldigung dafür bittet, daß es beinahe so ausgesehen habe, als wenn er auf seine Art eine moralische Offensive habe machen wollen, dann hört man das ironische Gelächter der Befriedigung bei Herrn Northcliffe, wenn er diese Szene liest und sich vornimmt, wie er sie für *seine* moralische Offensive gegen Deutschland verwerten will!

Der wahre Staatsmann handelt so, daß er dem kämpfenden Heere draußen das Werk nicht erschwert, sondern erleichtert. Die stärkste Kraft, gegen die unsere Feldgrauen zu ringen haben, steckt keineswegs in den Leibern und Waffen der feindlichen Soldaten, sondern in der Überzeugung, die unter den feindlichen Völkern lebendig ist, daß sie für den Schutz des Rechts kämpfen, Deutschland aber als Angreifer. Dieser Glaube ist falsch, er beruht auf einer mit unvergleichlichem Geschick durchgeführten Täuschung. Das hilft uns aber nicht weiter, solange die Macht dieser Täuschung in der feindlichen Öffentlichkeit nicht erschüttert wird. Das Material hierzu liegt vor; wollen wir wissen, wie es wirksam benutzt wird, so brauchen wir nur vom Feinde zu lernen; damit zu siegen, hat uns bisher nichts gehindert, als unsere staatsmännische Unfähigkeit. Erst mit dem Zweifel am eigenen alleinigen guten Recht, erst mit der Einsicht, daß Deutschland der eingekreiste und angegriffene Teil war, kann es beim Gegner zu kritischen inneren Auseinandersetzungen, zur Beseitigung der Kriegshetzer und zur Friedensbereitschaft kommen. Dann erst gibt es auch einen wirklichen Frieden. Bis dahin wird nichts sein, als Kampf und unendliche Opfer auf beiden Seiten. Das muß man auf der Regierungsseite bei uns begreifen und danach handeln. Männer wie Herr v. Kühlmann mögen sonst tüchtig sein; das aber sehen sie nicht, oder sind dazu nicht imstande. Darum brauchen wir Männer von anderer Art, wenn wir zu Sieg und Frieden gelangen sollen.

Wiener Krise

Von Theodor Heuß Wien, 25. Juni 1918

Ein Jahr etwa hat das Ministerpräsidium des Ritters Dr. v. Seidler gedauert, mit Ach und Krach, mit Ebbe und Flut des öffentlichen Vertrauens, bis es in seine schwerste Krise fiel. Deren Ausgang ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Denn es handelt sich nicht bloß darum, daß eine der nicht seltenen inneren Versperrungen im österreichischen Staatsgefüge den Gang der Geschäfte erschweren, im Augenblick fast unmöglich machen soll— eine Fernwirkung des Brest-Litowsker Friedens, des undurchsichtigen Geheimabkommens über Ostgalizien will den derzeitigen Ministerpräsidenten zum Fall bringen.

Der Rücktritt des Grafen Czernin, was immer Anlaß und Verlauf des Vorganges gewesen, wurde von den Polen der Monarchie als Triumph empfunden. Seidler und Wekerle als die verantwortlichen Staatsmänner der beiden Reichshälften waren neben ihm die Garanten der Brester Entschließungen. Wekerle, heißt es, hat den Zielen über Galiziens künftige Gestaltung einen Vorbehalt beigefügt: von Ungarn

Digitized by Google

und seiner Staatstradition aus gesehen sehr begreiflich, denn wenn den Ruthenen Ostgaliziens in einem internationalen Staatsvertrag eine Sonderstellung eingeräumt wird, so kann und wird dies auf die ruthenische Bevölkerung zurückwirken, die, westlich der Karpathenpässe, in den Komitaten um Marmaros Sziget wohnen. Seidlers Vorbehalt fehlt. Die Polen verlangen von ihm eine Zusicherung, daß die Zweiteilung nie vorgenommen wird. Diese selbständige Interpretation eines Staatsakts glaubt er ihnen nicht geben zu können, und eine bedingungslose Kampfansage des Polenklubs ist die Antwort. Seidler soll auf der Strecke bleiben.

Als dieser, in der Krise des Kabinetts Clam-Martinic, dem er als Ackerbauminister angehört hatte, mit dem Ministerpräsidium betraut worden war, galt die Ernennung für ihn selber, die Parteien und Nationalitäten, für den Kaiser wohl ebenso, zunächst nur als Provisorium. Er war Professor und Beamter gewesen, als solcher durch Fleiß wie juristische und wirtschaftliche Fachkenntnisse ausgezeichnet, aber der Politik, dem Parlament, dem Kampf der Parteien sachlich und persönlich ferngestanden — man nahm ihn als einen Platzhalter, etwa für den Freiherrn v. Beck, den Schöpfer der Wahlreform, der nach links noch über Vertrauen verfügte. Aber der Kaiser entschloß sich dazu, es mit ihm zu versuchen, und Dr. v. Seidler mochte, ähnlich wie Michaelis, glauben, daß mit dem Amt und der Macht auch die staatsmännischen Fähigkeiten des Geschicks und des Mutes zuwachsen würden. So hielt er an seinem Amte fest, steuerte in die parlamentarische Aktion hinein, freilich ohne sie zu meistern, und sandte dann den Reichsrat, der nach Ostern weiterberaten sollte, nach Hause.

Die Parlamentslosigkeit war aber nur ein Notbehelf. Ihren Anlaß mochte die große Erregung bestimmen, den die Kaiserbrief-Affäre in der ganzen Monarchie verursacht hatte. Wie sollte verhindert werden, daß diese Geschichten zur parlamentarischen Erörterung kommen würden, und ohne Nachteil für die Dynastie konnte das nicht geschehen, zumal mit einem Antrag über den Gerichtsstand der Familie Parma-Bourbon die Frage in den normalen Geschäftsgang des Parlaments geraten war. Es mußte ein Auskunftsmittel sein, Zeit zu gewinnen, bis neue Ereignisse und Eindrücke die Kaiserfrage in den Hintergrund drängten. Diese Zeit wurde genutzt, den Deutschen Österreichs, die durch die Symptome der staatlichen Zersetzung am stärksten bestürzt waren, nicht nur Zusicherungen weitgehender Natur zu geben, sondern mit der „Kreisverordnung für Böhmen", die eine Reihe der Verwaltungsgeschäfte von der Prager Statthalterei löste und auf die Kreishauptmannschaften übertrug, eine Abschlagszahlung zu gewähren. Graf Toggenburg, der diese Verordnung zeichnete, hat als Minister des Innern seinen Pfingsterlaß zwar nicht sehr lange überlebt, aber den Deutschen Österreichs genügte es, diesen Versuch der Verwaltungspraxis, der, weil sie nicht gehört worden waren, als Stellungnahme gegen die Tschechen gewertet wurde, zum Anlaß einer Solidaritätserklärung für Seidler zu nehmen.

So ergab sich der gegenwärtige zugespitzte Zustand. Der Polenklub verkündete wohl,

Digitized by Google

mit den Parteien, die dazu sich bereitfinden, die Staatsnotwendigkeiten, Budget und Kriegsanleihe, zu bewilligen, aber nur einer Regierung, die nicht Seidler heißt. Umgekehrt erschien dieser Name den Deutschen, wie wohl sie sich über die staatsmännische Kraft des durch vielerlei Versprechungen und mancherlei Widersprüche gebundenen Mannes kaum sehr großen Illusionen hingeben konnten, als das Symbol einer politischen Gesamthaltung, in der die „deutschen Belange" nicht nur nicht mißachtet, sondern pfleglich gefördert werden sollten. Anspruch auf eine solche Gewißheit mochten sie wohl auf Grund ihrer unerhörten Kriegsopfer und -leistungen melden; wo aber war Gewißheit, was sind die Wege?

Soll die parlamentarische Politik wieder flott werden, so bedarf es der Verständigung zwischen den Polen und den Deutschen. Nach dieser wird heute gesucht; einstweilen noch vergebens. Beide Nationen sind die Träger des konstitutionellen Lebens vor dem Kriege gewesen und die Stützen des Kriegsbudgets; aber ihre Zusammenarbeit ist heute erschwert, da nicht nur die Fortführung der normalen Staatsgeschäfte zwischen ihnen im Ab und Zu verhandelt wird, sondern die künftige Gestalt des Gesamtstaates als Problem erledigt werden soll. Beide Teile, Polen wie Deutsche, treten darum an die Fragen von Budget und Kriegskredit mit einer Fülle von Wünschen und Erwartungen heran. Der Versuch, die baren Lebensnotwendigkeiten einer kurzen „Zwecksession" zu überantworten, erscheint als die Andeutung eines Auswegs; aber wiewohl die ganze österreichisch-ungarische Politik, nach ihrer unendlich schwierigen Verlagerung, ein solches System von Auswegen ist, ist heute noch der Schritt ins Freie, und wenn er auch nur in den engen Hof eines Gefängnisses der Schwierigkeiten ist, verrammelt.

Die Deutschen haben Grund zum Mißtrauen erhalten, da sie es nicht mehr allein mit den polnischen Parteien zu tun haben, die traditionell habsburgische Politik getrieben haben, weil sie in der Nähe der Dynastie und im Verband des Gesamtstaates die kulturellen Eigenarten ihrer Nation pflegen konnten. Die Politik des großen und kleinen polnischen Adels war österreichisch-loyal gewesen — aber der Krieg, die Lockungen der Entente, die Rückwirkung der russischen Revolution haben innerhalb der galizischen Polen und ihrer Vertretung die alten Machtverhältnisse erschüttert. Zwar sind, da sie die Mehrheit nicht auf ihren intransigenten Boden herüberzwingen konnten, die radikal-imperialistischen Gruppen, die Allpolen und die Sozialdemokraten Daszynskys aus dem Polenklub ausgeschieden, aber als jetzt der Obmann dieser parlamentarischen Vertretung neu gewählt werden mußte, fiel der bisherige Mann des Vertrauens, Baron Götz, durch, und an seine Stelle trat Dr. Tertil, ein Führer der Volkspartei; Freunde von ihm haben an den allslawischen Kundgebungen in Prag teilgenommen. Man darf überzeugt sein, daß den ministrellen Polen diese Prager Erscheinung so unwillkommen sein mußte, als die Krakauer Beschlüsse ihnen unzeitgemäß erscheinen; aber sie können weder sich noch den Deutschen verheimlichen, daß die Führung in ihrem Kreis nach links zu gleiten droht, in jene Bezirke, da unterirdisch die phantastische Hoffnung auf einen Sieg der Entente lebendig ist.

Digitized by Google

Nun aber kommt der 30. Juni. An diesem Tag geht das Budgetprovisorium zu Ende, und der Staat, der eben in vielen farbigen und guten Bildern von allen Plakatsäulen seine Bürger einlädt, die achte Kriegsanleihe zu zeichnen, hat die Kredite dieser Anleihe noch nicht votiert. Was geschieht? Es ist nicht wahrscheinlich, daß in den nächsten paar Tagen die Schwierigkeiten behoben sind; dann tritt der Zustand ein, für den die österreichische Staatssprache das schöne, etwas skeptisch-ironische Wort besitzt „Erlex" — die Staatsdinge stehen außerhalb der gesetzlichen Bindung. Immerhin: sie stehen! Dieser Staat ist auf alle Möglichkeiten, daß in seiner Maschinerie Teile locker werden, Röhren sich verstopfen, weise eingerichtet. Aber das ist ein Zustand, dessen rechtliches Gleichgewicht nur auf Tage, kaum auf Wochen brauchbar sein kann.

Es bleibt: Parlamentseinberufung oder Paragraph 14!

Der Ministerpräsident für seine Person fühlte und fühlt sich stark genug, ohne den Reichsrat, allein mit der Notverordnung, zu regieren. Von den deutschen Parteien hoffte er sich dabei nur einer gemäßigten Opposition versehen zu dürfen — einmal hatte er in der Zwischenzeit einige Ansprüche von ihnen befriedigt und zum andern mochte er sich darauf verlassen, daß die deutsche Überlieferung, dem Staat fast bedingungslos zur Seite zu stehen, die Kritik dämpfen werde. Aus deutschnationalen oder deutschradikalen Politikern glaubte er ein entschlossenes Kabinett zusammenzubringen. Vielleicht sieht er auch heute noch, wenn der Kaiser ihn mit der Fortführung der Geschäfte erneut betrauen sollte, darin die beste Lösung. Aber sie ist moralisch verschüttet durch die einhellige Stellungnahme der übrigen Kabinettsmitglieder. Sämtliche Minister haben sich gegen den Paragraphen 14, haben sich für die Einberufung des Parlaments ausgesprochen; keiner ist gewillt, dem Präsidenten auf dem Weg der Paragraphenherrschaft zu folgen. Damit war der Konflikt akut und die Gesamtdemission unvermeidlich geworden. Die Verhandlungen zwischen Monarch, Regierung und Parteien sind im Gange; die deutschnationale Vereinigung hat einstweilen ihre Vertrauenserklärung für den bisherigen Kurs Seidler wiederholt. Welche Wendung die Krise in den nächsten Tagen nehmen wird, ist noch nicht abzusehen; sehr rasch wird sie, sofern man sich nicht wieder zu einem taktischen Provisorium entschließen will, nicht erledigt sein.

Der Zusammentritt des Parlaments in diesem Zeitpunkt ist für Regierung und Staat, ganz abgesehen von der noch offenen Frage, aus welcher Mehrheit sie die Kredite empfangen mag, in mehr als einer Richtung unbequem und nicht unbedenklich. Das darf nicht verschleiert werden. Die feige Politik des Grafen Stürgk, der den österreichischen Völkern den Mund verschloß, während die Parlamente aller Welt redeten und beschlossen, hat sich schwer gerächt: die Tagungen des letzten Jahres waren mit dem angesammelten Unmut einer langen Kriegszeit belastet, und das spät geöffnete Ventil konnte kaum die Spannung des Kessels ohne Gefährdung entlassen. Das ist auch heute der Zustand. Die Reichsratstribüne steht, ist sie einmal geöffnet,

Digitized by Google

auch für die Brandreden solcher Abgeordneten zur Verfügung, denen der Sieg der Entente jetzt noch das Symbol ihrer staatlichen Hoffnungen geblieben ist. Deren Zahl wird nicht geringer. Prag schämt sich nicht der Überläufer, die in Rußland und Venetien gegen die Mittelmächte kämpfen, sondern ist stolz auf die tschecho-slowakischen Brigaden, und der Haß gegen den alten Staat bekommt wachsend Sukkurs vom Südslawentum, in dem die Propaganda der Entente die Seelen anfrißt. Die heimliche Werbearbeit für London und Paris auf das Podium zu stellen, ist eine Kraftprobe, aber, so oder so, der österreichische Staat kann ihr nicht ausweichen. Ja, er darf vielleicht hoffen, daß der klare Luftzug der Öffentlichkeit um ein Kleines, für ein Kurzes, die dunstige Atmosphäre säubert.

Bleibt das Parlament geschlossen, so bedeutet das zunächst unweigerlich neuen Zustrom an Kraft für alle Tendenzen der Radikalisierung (und darnach hat Österreich im Augenblick den geringsten Bedarf), ist neue Ermutigung für die auf Österreichs Zerfall gerichteten Erwartungen der Entente. Aber ein anderes ist zu überlegen, und das geht besonders die Meinungen der Deutschen an: daß Wiens Parlament so lange ausgeschaltet war, hat vor dem eigenen Bewußtsein und vor dem Urteil der Welt Budapest die tatsächliche Führung der Monarchie gegeben. Während Wien schwieg, schweigen mußte, wurden im ungarischen Abgeordnetenhaus die Stichworte der Gesamtpolitik der Monarchie gegeben. Die Wiederholung dieses Zustands ist für Österreichs Ansehen und moralische wie tatsächliche Machtstellung höchst unerwünscht. Denn wie sehr Ungarns Bedeutung während des Krieges gewachsen ist, liegt offenbar. Sein militärisches Kontingent hat, wenn auch ihm Verräterei nicht erspart blieb, geschlossener funktioniert wie das österreichische. Die unmittelbaren Kriegsleiden waren auf einen kleinen, weniger wichtigen Bezirk, waren auf wesentlich kürzere Dauer beschränkt. Seine Landwirtschaft wird reich, mit durch Österreichs Notlage, die ihre wesentliche Verschärfung durch die Besetzung und Verwüstung Galiziens erfuhr — heute schon ist in Ungarn weitgehend der österreichische Hypothekarkredit ausbezahlt und mit der agrarischen Entschuldung eine finanzielle Autarkie eingeleitet. Die industriellen Kriegsaufträge wurden nicht nach der Leistungsfähigkeit, sondern nach der — Bevölkerungsquote verteilt; die von den Ungarn so lange und heiß ersehnte Industrialisierung ihres Landes, man mag ihre Dauerhaftigkeit auch verschieden einschätzen, ist unmittelbare Kriegswirkung. Die Deutschen Österreichs empfinden diese Entwicklung mit einem unbehaglichen Gefühl; sie erscheint ihnen fast zwangsläufig. Grund genug, im Politischen das Organ der eigenen Willensgestaltung zu retten.

Als Wiens politische Stimmung langsam von der politischen Krise als einer Folge der Krakauer Beschlüsse überschattet wurde, trat plötzliche Verdunkelung ein: die Regierung setzte von heute auf morgen die Brotration auf die Hälfte herab. Die Bevölkerung war völlig überrascht. Es ist nicht ganz klar, was die Regierung veranlaßte, diese schwer erträgliche Einschränkung ohne Vorbereitung vorzunehmen: hoffte sie

Digitized by Google

bis zum letzten Augenblick tatsächlich auf die von Deutschland in Aussicht gestellten ukrainischen Zuschüsse, wollte sie den „Deutschen Volkstag" nicht stören, der eben am Tag zuvor in Wien zusammengetreten war, glaubte sie, ein rüstiger Fortschritt der frisch begonnenen Offensive in Oberitalien werde die Gemüter über die bittere Zumutung hinwegtragen? Die unmittelbare Folge war eine allgemeine Ausstandsbewegung in den Wiener Industrien, aus der sich, neben den Lohn- und Ernährungsfragen, die politischen Forderungen, der Ruf nach dem Frieden, der Ruf nach dem Parlament erhoben. Die Regierung ging rasch auf Verhandlungen und Zusagen ein, und in wenigen Tagen wurde die Bewegung, die auf die Kronländer nicht übergegriffen hatte, zu Ende gebracht. Aber sie wurde zum Menetekel. Seidler sah sich nicht nur in den Kampf der Parteien gerissen, die Ängstigung der sozialen Notlage verschärfte die Schwierigkeit. Die österreichische Sozialdemokratie steht dem Kampf um Seidler mit einer gewissen passiven Neutralität gegenüber, insofern sie von dem etwaigen Nachfolger keine grundsätzliche Änderung der Dinge erwartet, die ihr heute nahe gehen — über den österreichischen Staat und seine Zukunft denken wohl ihre Publizisten, sie selber hat in diesen Fragen keine Parteimeinung. Bolschewistischer Radikalismus verträgt sich in ihr (oder verträgt sich nicht) mit einem immer noch hoffnungsvollen Österreichertum und mit einem über die Grenzen blickenden „großdeutschen" Empfindungsleben. Dieser Verzicht oder diese Unmöglichkeit einer bestimmten politischen Orientierung schwächt im Augenblick die positive Kraft der deutschen Sozialdemokratie Österreichs — aber als sozialer Faktor bleibt sie für alle Überlegungen wichtig genug. Sie machte während der Krise von ihrer Kraft einen der Verantwortung bewußten Gebrauch, sie war in ihren Forderungen teilweise erfolgreich, sie hat sich auch bei Seidlers etwaigem Nachfolger als Macht schon gemeldet.

Das Wiener „Fremdenblatt" hat auch die Möglichkeit in die Erörterung geworfen, durch eine Auflösung der queren Lage Herr zu werden. An solche Kühnheit aber vermag man nicht zu glauben. Ja, wenn der Krieg siegreich bestanden ist, und die Erwartungen auf den Sieg der Feinde zerrieben, dann darf man dies vielleicht psychologisch in Rechnung setzen, wenn auch mit vorsichtigem Nenner: daß eine Erschlaffung der nationalistischen Erregtheit der Vernunft und Gelassenheit wieder Boden zum Leben abtrete. Heute, da der Haß zwischen den Völkern Europas aufgerichtet steht, der auch einmal müde werden wird, ist Österreich die enge räumliche Verdichtung dieser leidenschaftlichen Spannungen geworden — tragisch genug, da ein Dach über diesen ungleichen Bewohnern sich wölbt. Jetzt die Völker zur Wahl aufzurufen, das wird gerade dieser Staat nicht ertragen, weil er zum Arbeitsfeld subversiver Tendenzen geworden ist.

Seine Zukunftsaufgabe wird ja dies sein, sich davon zu reinigen, die Kraft seiner Völker fruchtbar zu machen. Wenn man jetzt in Wien ist, hört man allerhand Pessimismus, der zu dem schmalzigen Gebahren der Wiener Presse in starkem Kontrast steht — aber man erinnert sich: das war vor sechs und vor zehn Jahren ebenso. Daß

Digitized by Google

Österreich den Krieg, auf den es äußerlich und innerlich so ganz und gar nicht vorbereitet war, ausgehalten hat, das straft ja alle jene Aussagen Lüge, die der Österreicher früher schon über seinen Staat gemacht hat. Die Schwierigkeiten sind unendlich groß — aber es ging und es geht, mit Deutschlands Stütze. Der Reichsdeutsche selber macht sich häufig kein genügend klares Bild über die eingeborenen Nöte des österreichischen Staatslebens, wird ungeduldig, mißmutig und ungerecht. Zu lange haben wir uns mit einer passiven Zuschauerrolle begnügt, sind oberflächlich in unserer Erkenntnis, unsicher in unseren Handlungen gewesen. Nun zwingt uns das Schicksal, aus dieser Haltung herauszutreten, denn wenn unser eigenes staatliches Leben mit dem des Nachbarreiches verbunden ist, genügen nicht Wohlwollen oder Mißtrauen, sondern Mitverantwortung, Tatbereitschaft, Kritik und Eingreifen, Geduld und Nachsicht, beides am rechten Fleck. Das sind Taktfragen. Es gibt nichts im österreichischen Staatswesen, an dem wir „desinteressiert" sind, aber auch sehr wenig, das auf unser Diktat wartet.

Die jetzige Krise wird vorübergehen, hoffentlich so, daß sie halbwegs stabile Verhältnisse hinterläßt. Dann muß eine über allgemeine Ankündigungen hinausreichende aktive Politik die Flurbereinigung des Verhältnisses der beiden Mittelmächte unverzüglich einleiten. Denn erst in zuverlässigen Zielen, und nicht in pathetischen Trivialitäten, kann sich die Konsolidierung der politischen Kräfte vollziehen.

Zur isländischen Frage

Von Fritz Max Cahén, Kopenhagen

Im Auftrags des isländischen Altings trug am 22. November 1917 der isländische Minister Jón Magnusson in einer Sitzung des dänischen Staatsrates das Verlangen vor, Island möge die isländische Sonderflagge, die es nach einer Resolution des dänischen Königs vom 19. Juni 1915 nur zu Lande und innerhalb seines eigenen Seeterritoriums zu führen berechtigt ist, jetzt auch als allgemeine Flagge, insbesondere als Handelsflagge, ohne Einschränkung führen dürfen. Der Präsident des dänischen Ministeriums, Zahle, antwortete hierauf in dieser Staatsratssitzung, die Angelegenheit könnte nicht auf die von dem isländischen Minister vorgeschlagene Weise geordnet werden. Es bestehe jedoch von dänischer Seite jetzt wie auch stets früher die Neigung, über Unstimmigkeiten, soweit sich solche etwa im Verhältnis zwischen Dänemark und Island zeigen sollten, in ihrer Gesamtheit zu verhandeln; und der dänische König äußerte sich in derselben Richtung: er sei bereit, in eine allgemeine Verhandlung über das dänisch-isländische Verhältnis einzutreten, die er, um zu einer guten Verständigung zu gelangen, für geeigneter ansähe, als das Losreißen einer Einzelfrage aus der gesamten Problemstellung.

Die Forderung Islands nach einer eigenen Flagge geht über 30 Jahre in der Geschichte zurück. Hierauf muß besonders hingewiesen werden, nachdem die Tagespresse

Digitized by Google

in den letzten Wochen ständig versucht hat, die Unstimmigkeit zwischen Island und Dänemark einzig und allein als ein Glied in der Kriegführung Großbritanniens darzustellen. (Diese Berichtigung soll nicht im geringsten bestreiten, daß und wie groß die Interessen Englands an einer Lockerung des dänisch-isländischen Verhältnisses sind. Im Gegenteil wird hierüber weiter unten noch ganz ausführlich gesprochen werden müssen.)

Die historischen Einzelheiten der isländischen Flaggensache sind bei uns recht unbekannt. Nur wenig Werke bestehen darüber, die einer größeren Allgemeinheit leicht zugänglich wären. Vielmehr ist die Literatur in dieser Sache hauptsächlich isländisch verfaßt und zudem weitschweifig, mit Exkursionen in ganz unwichtige Nebensächlichkeiten durchsetzt. Die Angelegenheit hat manche anekdotische Züge, hinter denen der politische Sinn sich fast versteckt; aber vielleicht ist es doch nicht ohne Interesse, einmal ein Stück moderner Heraldik zu betrachten. Ihr Charakter ist nicht zufälliger Art.

Schon im Jahr 1873 entstand in Island Unzufriedenheit mit dem alten isländischen Wappen: einem Bergfisch, mit Krone, silbern, in rotem Feld. Der Kunstmaler Sigurdur Gudmundsson entwarf ein neues Wappen, für das bald eine allgemeine Stimmungsmache auf der Insel einsetzte: ein fliegender Islandsfalk, silbern, auf blauem Grund. In den folgenden zehn Jahren gewann dieses neue inoffizielle Wappen vielfach Anklang beim Volk und wurde als isländische Landesflagge benutzt. 1884 reichte dann das isländische Verfassungskomitee dem Alting einen Vorschlag über eine eigene isländische Handelsflagge ein, der jedoch unerledigt liegen blieb. Erst im Jahre 1897 wurde die Flaggenangelegenheit wieder aufgerührt, indem der Redakteur Einar Benediktsson in dem isländischen Blatt „Dagsbrun“ (jetzt Parteiorgan der isländischen Sozialdemokratie) vorschlug, an Stelle des nicht anerkannten inoffiziellen Wappens eine neue Flagge, ein weißes Kreuz in blauem Feld, einzuführen. Das inoffizielle neue Wappen wurde durch eine Resolution des dänischen Königs vom 3. Oktober 1903 anerkannt, jedoch nicht in der Zeichnung des Malers Gudmudsson. Es hatte vielmehr statt seines fliegenden einen sitzenden Silberfalken auf blauem Grund. Kurz nach dieser königlichen Resolution entstand dann auf Island selbst wieder eine neue Agitation für die isländische Handelsflagge, an der sich besonders die Studentenschaft der Universität Reykjavik durch eine unermüdliche Tätigkeit beteiligte. Tatsächlich wurde 1911 die Flaggensache von neuem zur Behandlung im Alting aufgenommen und drei Altingsmitglieder brachten ein Gesetz über eine besondere isländische Flagge in Vorschlag, das indessen nicht zur Annahme kam. Fast ebensowenig wurde ein neuer Vorschlag im Jahre 1913 gefördert. Das ständige Aussetzen der Flaggensache war jedoch weniger darauf zurückzuführen, daß Uneinigkeit über das Verlangen nach der Flagge selbst vorhanden gewesen wäre, als vielmehr auf den Umstand, daß verschiedene Anschauungen über das zukünftige Aussehen der Flagge miteinander stritten. Indessen ging die Erledigung der Flaggensache bei dem Vorschlag von 1913

Digitized by Google

soweit, daß die Regierung vom Alting aufgefordert wurde, dem nächsten Alting einen neuen Vorschlag über eine besondere isländische Flagge vorzulegen. Der damalige Minister erhob dann Vorstellungen beim dänischen König, der am 22. November 1913 eine Resolution ausstellte, die den Isländern die Erlaubnis zur Führung einer eigenen Flagge innerhalb des isländischen Territoriums neben dem Dannebrog gewährte. Das isländische Ministerium setzte daraufhin eine Flaggenkommission ein, die in einem ausführlichen Bericht nachwies, daß man die blau-weiße Kreuzflagge aufgeben müsse, zugunsten einer dreifarbigen Kreuzflagge, die ein rotes innerhalb des weißen Kreuzes in blauem Feld tragen solle. Dieser Vorschlag der Kommission kam im Alting zur Debatte. Der dänische König stellte dann am 19. Juni 1915 eine Resolution über die isländische Flagge aus, die das Aussehen der isländischen Sonderflagge folgendermaßen festlegte: Ultramarineblau mit einem weißen Kreuz und mit einem hochroten Kreuz im weißen Kreuz.

Hierdurch war die Flaggensache jedoch nur zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, denn die isländischen Wünsche gingen weiter als nur bis zur Erlangung einer Lokalflagge. Die Isländer wünschten vielmehr eine eigene vollgültige Nationalflagge als anerkanntes Zeichen einer völlig besonderen Nationalität und einer Sonderstellung innerhalb der dänischen Monarchie.

Diese Wünsche waren es also, die der Minister Jon Magnusson am 22. November 1917 in der dänischen Staatsratssitzung vortrug.

Eine solche Sonderstellung innerhalb des dänischen Staatsverbandes hat nun Island während des Krieges praktisch nach außen bis zu einem gewissen Grade innegehabt, indem ein provisorisches Gesetz, gegeben vom König von Dänemark am 24. Mai 1916, dem Minister für Island Vollmacht gab, Maßregeln über den Handel mit Island (Ein- und Ausfuhr) zu treffen, „die für notwendig erachtet werden, um die Zufuhr von Waren zu sichern". Auf Grund dieses provisorischen Gesetzes hat das isländische Ministerium durch besondere Sendlinge seine Handelsunterhandlungen mit der englischen Regierung direkt und in der Hauptsache ohne Verknüpfung mit den dänisch-englischen Handelsabkommen geführt. Inwieweit man allerdings bei diesen isländisch-englischen Unterhaltungen überhaupt von „Verhandlungen" sprechen kann, muß dahin stehen, nachdem isländische Blätter und isländische Politiker in ihren privaten Äußerungen häufig genug versichert haben, daß englischerseits nur mit Ultimatumsprinzipien gearbeitet worden sei, und nachdem einer der isländischen Unterhändler in einem Reykjaviker Blatt den unbefriedigenden Ausfall seiner Mission mit den brutalen Militärdrohungen der englischen Regierung entschuldigen mußte, um den Zorn der isländischen Bevölkerung, die vielfach durch die Abkommen in ihren finanziellen Interessen nicht unwesentlich geschädigt ist, von sich abzuwenden. Die Nachteile dessen, daß ein so kleines und in seiner ökonomischen Widerstandskraft so beschränktes Staatswesen wie Island genötigt ist, mit den Gro-

Digitized by Google

ßen Kirschen zu essen, haben sich somit bereits in den zwei Jahren seit dem Bestehen einer gewissen Selbständigkeit der äußeren Politik für Island mit grausamer Deutlichkeit gezeigt.

Bereits vor längerer Zeit konnte eine eingehende Schilderung der unglaublichen Verhältnisse gegeben werden, zu denen die Machtgier des englischen Konsulatsbetriebes es auf Island gebracht hat. Die Engländer unterhalten ein Heer von Konsulatsbeamten auf Island. Mit peinlicher Genauigkeit ist die Handelsspionage bis in die Haushalte hinein organisiert, und die Gesinnungsschnüffelei geht soweit, daß mancher aus Furcht vor englischen Repressalien gegenüber dem ganzen Lande sich scheut, seine Sympathien für andere Mächte als England öffentlich zu dokumentieren. Diese Früchte der „nationalen Selbständigkeit" dürften manchem auf weitere Selbständigkeit sinnenden Isländer genügend zu denken gegeben haben.

Keineswegs darf man die Vorteile übersehen, die England aus der vollkommenen Isolierung Islands und dem Entwicklungsstreben zahlreicher isländischer Kreise heute bereits zu ziehen in der Lage ist. In Dänemark findet sich wenig Neigung und Fähigkeit, die großen industriellen Möglichkeiten Islands rationell auszunutzen. Dagegen wird in Norwegen durch Korrespondenzen aus London an die norwegische Presse ganz systematisch für eine solche Ausnutzung Stimmung gemacht, und der englische Konsul Cable in Reykjavik beschäftigt sich, wie man sich erzählt, außer mit der Untersuchung isländischer Fjorde auf ihren Wert als englische Flottenstation mit eingehenden Berichten über die Aussichten, die sich englischem Unternehmergeist durch die Finanzierung und Ausbeutung der isländischen Bodenschätze — selbst wenn dies formell unter dem Namen isländischer Gesellschaften geschehen müßte — bieten.

Schon aus diesen Betrachtungen ergibt sich der naheliegende Schluß, der übrigens durch eine Anzahl anderer Momente in seiner Wahrscheinlichkeit noch erhöht wird, daß man in England weitergehende Pläne in bezug auf Island hegt. Aber es wird auch klar, warum manche Mitglieder der isländischen Selbständigkeitspartei und überhaupt weite Kreise des Landes sich dagegen sträuben, daß in der augenblicklichen Situation allzu weitgehende Forderungen in bezug auf die Selbständigkeitsbestrebungen Islands an die dänische Regierung gestellt werden. Denn wenn auch die Verbindung mit Dänemark Island nicht vor der Brutalisierung durch England schützen konnte, so hat diese Verbindung doch ihrerseits die Wirkung gehabt, daß die englische Regierung von letzten entscheidenden Schritten abstehen und sogar der dänischen Regierung gegenüber zur Maske der Loyalität greifen mußte, als ob sie nicht im geringsten an der Entwicklung auf Island interessiert sei.

Dieses vorgegebene Desinteressement der englischen Regierung, deren gegenteilige Bemühungen zum Beispiel in der isländischen Presse und bei einzelnen isländischen Politikern einwandfrei bekannt geworden sind, muß aber gerade zur Vorsicht mahnen und uns dazu zwingen, mit Aufmerksamkeit der isländischen Frage zu folgen, ob-

Digitized by Google

wohl, ganz abgesehen von der Liebe zur isländischen Landschaft und manchen anderen romantischen Gefühl, das uns mit der fernen Sageninsel verbindet, ihre innere Entwicklung für uns eine rein dänisch-isländische Angelegenheit sein soll, mit deren Ausbau wir unter normalen Verhältnissen uns gar nicht einmal eingehender zu beschäftigen brauchten. Es sind mancherlei Symptome für eine ausgeprägtere Linie der englischen Politik im äußersten Norden in letzter Zeit bemerkbar geworden. Auch in der zweiten dänischen Besitzung in den nördlichen Gewässern, den Färoern, hat sich eine Selbständigkeitsbewegung geregt, der man vielfach nicht zuletzt wohl Dank der geographischen Nachbarschaft eine viel stärker ausgeprägte Neigung nach England hin zuschreiben möchte, als der isländischen Selbständigkeitsbewegung. Erinnerlich ist auch, mit welcher Energie sich die englische Presse der Bestimmungen annahm, die das deutsch-russische Friedensinstrument über die Spitzbergerinseln enthält, ebenso wie seine Einmischung, auch militärischer Art, auf Kola wie bei Murman und die Verhetzung Norwegens gegen die angeblichen nördlichen Aspirationen Finnlands nur geeignet sind, das Interesse des deutschen Publikums auf diese neue — nicht zuletzt gegen Skandinavien und seine Ostsee-Interessen gerichtete — Einkreisungsbewegung im äußersten Norden zu lenken.

Die Verhandlungen über das dänisch-isländische Verhältnis, die der dänische Staatsrat vom 22. November des vergangenen Jahres dem Minister Jón Magnusson zusagte, sind nunmehr, wie die deutsche Presse in den letzten Wochen melden konnte, eingeleitet worden. Wir müssen hoffen, daß man bei ihnen dänischerseits das genügende psychologische Verständnis und seitens Islands eine maßvolle Beherrschung der im Augenblick gestellten Forderungen ausweisen möge.

Kolonialpolitik und Wirtschaftspolitik

Von Dr. Victor Fuchs, Charlottenburg

Der Weltkrieg neigt wohl dem Ende zu. So ist es Zeit, auch der kolonialen Frage wieder diejenige Aufmerksamkeit zu widmen, die ihr im Lärm der Waffen verloren ging. Der Friedensschluß wird die Schicksalsstunde unserer Kolonialpolitik sein, wie das Entdeckungszeitalter es ihr schon einmal — vergebens — war. Zu allen Fragen, die unsere Zeit bewegen, steht sie, ohne daß die meisten dessen gewahr werden, in irgendeiner Beziehung und dennoch blühte sie in Deutschland bisher gewissermaßen nur im Winkel. Kolonialpolitik ist Weltpolitik und diese ist im europäischen Völkerkreise ein ewiger Kampf germanischer und romanischer Kultur und Kolonisation um das Erbe ihrer Rasse. Kolonialpolitik ist auch Sozialpolitik; denn sie erweitert den Nahrungs- und Kräftespielraum der Nation, auf dessen allzugroßer Enge die sozialen Gegensätze bei uns wesentlich beruhen.

Aber nicht das soll heute untersucht werden, sondern die Beziehung der Kolonial-

Digitized by Google

politik zu unsrer Volkswirtschaft, der im kommenden Frieden vor allem eine Gasse wird geschaffen werden müssen.

Kolonialpolitik ist Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsmacht beruht auf Stoff, Kapital, Arbeit und Bewegungsfreiheit. Schon einer dieser vier Faktoren in Fülle gibt Macht auf dem Weltmarkt. Das Hinzutreten eines jeden der anderen vervielfältigt diese und erhebt sie zur Weltmacht bei dem Zusammentreffen aller.

Jene Faktoren können aber in unserer Zeit wirksam nicht ohne Kolonien gesichert werden.

Nicht die bloße Versorgung unserer mutterländischen Märkte mit Ge- und Verbrauchsstoffen ist das letzte strategische Ziel unserer Wirtschaftspolitik, wie man — viel zu eng — vielfach annimmt, sondern die möglichste Beherrschung großer Weltwirtschaftsstoffe an sich, gleichviel ob wir selbst ihrer bedürfen oder nicht, weil nur dies uns die nötige allgemeine Macht zur dauernden Sicherung unseres Bedarfs an Fremdstoffen gewährt. Was eine solche stoffliche Herrschaft bedeutet, auch wenn sie nicht bis zum völligen Monopol gediehen ist, lehrt die Geschichte des indischen Gewürzhandels, die gleichzeitig diejenige des Aufstiegs und des Niedergangs Spaniens, Portugals, Hollands und der Ausgangspunkt des britischen Welthandels ist, beweist das Gewicht, welches die Baumwolle den Vereinigten Staaten, der Kautschuk dem belgischen, der Salpeter dem chilenischen, Kaffee, Tabak, Kakao dem holländischen und brasilianischen, Tee, Reis, Seide dem chinesischen Staatswesen am Weltmarkte geben. Stoffherrschaft und Welthandel sind eben untrennbar. Und wenn wir Deutschen nicht die starke Macht über Kohle, Eisen, Farbstoff, Zucker, Kali, Zink besäßen, so würde alle Tüchtigkeit unserer Industrie und Kaufmannschaft nichts helfen. Es muß demnach unser Ziel sein, unsere Macht mindestens über eine größere Anzahl von Weltwirtschaftsstoffen fest zu begründen, um wenigstens indirekt, im Wege der Kompensation, den Bezug derjenigen zu sichern, die wir brauchen, aber nicht selbst beherrschen. Da unser Vaterland nur eine sehr beschränkte Zahl von Weltstoffen in namhaften Mengen liefert, muß unser Streben auf Gewinnung solcher Gebiete gerichtet sein, die uns das Fehlende — z. B. Baumwolle, Hanf, Kautschuk, Kupfer, Phosphate, Öl, Tabak — in solchen Mengen versprechen, daß sie uns am Weltmarkt unentbehrlich machen und jedermann nötigen uns dort bestimmend mitreden zu lassen. Das verhältnismäßig kleine Diamantvorkommen in Deutsch-Südwest hat im Kampf mit dem britisch-südafrikanischen Diamant-Monopol gezeigt, was der Besitz eines irgendwie ins Gewicht fallenden, wenn auch nicht ausschlaggebenden Anteils an einem Bedarfsartikel bedeutet zumal in Hinsicht der Preisbildung, die immer der Mindestforderung folgt, dann aber auch in Hinsicht der Versorgung, sei es mit dem Artikel selbst, sei es mit Kompensationsartikeln.

Nur durch eine solche Politik haben wir Aussicht zu einem ebenbürtigen Handelsverhältnis zu den konkurrierenden Ländern zu gelangen und aus der Stellung der

Digitized by Google

widerwillig Geduldeten, wie sie der Krieg jedem, der es noch nicht wußte, auf das Schlagendste enthüllt hat, herauszukommen.

Das Ziel ist ohne geeignete Kolonien, die uns den notwendigen Einfluß auf die Gewinnung wenigstens einiger überseeischer Weltstoffe gewährleisten, kaum zu erreichen, jedenfalls nicht mit bloß wirtschaftlichen Waffen. Ja, wir würden im Falle des Verzichts auf Kolonialherrschaft, der alles überseeische Gebiet unseren Wettbewerbern überließe, deren Wirtschaftsmacht um ebensoviel verstärken, als wir die unsere schwächen, und uns mehr und mehr ihnen auf Gnade oder Ungnade ausliefern.

Auf das engste verknüpft mit der Stofffrage ist diejenige von Kapital- und Arbeitskraft. Auch sie berühren nahe die Kolonialfrage.

Kolonien vermehren erfahrungsgemäß das in ihnen geschaffene oder angelegte Kapital in ganz anderer Progression als gemeinhin die Heimat. Sie gewähren überdies bisweilen sogar direkt Gold und Silber, also die Währungsmetalle und damit die Herrschaft über das Geld der ganzen Welt. Das hat England rechtzeitig und richtig erkannt und im Burenkrieg, der in der Hauptsache um die südafrikanischen Goldminen ging, seine Politik mit eiserner Faust darauf eingestellt. Der Lohn ist ihm im Weltkriege geworden: Das britische Goldmonopol hielt die britischen Valuta und den britischen Kredit hoch, als Valuta und Kredit aller übrigen Kriegführenden ins Bodenlose stürzten. Transval erlaubte England bar zu zahlen, wo die übrigen auf Papier angewiesen waren. Es blickte rücksichtslos weit, als es den Jameson-Zug unternahm: right or wrong, my country[1]. Beschaffung von Gold, womöglich von Goldquellen zur raschen Wiederherstellung und dauernden Erhaltung unserer Valuta wird eines unserer wesentlichen wirtschaftlichen Kriegsziele sein müssen. Wollen wir da auf die Länder, die erfahrungsmäßig die Möglichkeit seiner Erschließung gewähren, zugunsten unserer Wettbewerber für immer verzichten?

Stoff und Kapital bedingen ihrerseits das Wachsen und Gedeihen der nationalen Arbeitskraft in geistiger, sittlicher und körperlicher Hinsicht insofern, als ohne sie in geschlossenen überfüllten Landesgrenzen jene kräftige und stetige Vermehrung des Nahrungsspielraums unmöglich ist, die nötig ist, um die wachsende Bevölkerung so zu versorgen, daß sie als Denker, Arbeiter, Soldaten, Steuerzahler im Lande bleiben kann, statt durch Auswanderung an fremdes Volkstum verloren zu gehen und dieses zu verstärken. Hierzu kommt der Zuschuß an Arbeitskraft, den die eingeborene und die eingewanderte Kolonialbevölkerung dem Mutterland direkt bietet. Die Lehren des Weltkriegs sind gerade in dieser Beziehung nicht zu übersehen.

Bleibt der vierte und vielleicht wichtigste Faktor: die Bewegungsfreiheit; denn Stoff, Kapital und Arbeit nutzen nichts, wenn die Wege versperrt werden, auf denen sie nutzbringend verwertet werden können.

Diese Bewegungsfreiheit hängt von der Beherrschung, zum mindesten von der freien Benutzbarkeit der großen Land- und Seestraßen dieser Welt ab. Ohne seine Lage im

[1] Recht oder Unrecht, ich steh' auf der Seite des Vaterlandes.

Digitized by Google

Herzen Europas, die ihm die Herrschaft über die bequemsten, sichersten, kürzesten, also leichtesten und billigsten Verbindungen zwischen dem Mittel- und dem Nordmeer, zwischen dem Osten und dem Westen des europäischen Weltteils gibt, wäre Deutschlands gewaltige Welthandelsentwicklung ebensowenig denkbar wie diejenige Englands ohne seine Kolonial- und Seeherrschaft, die ihm in noch weit umfassenderem Maße die gleiche Stellung für die Ozeane und die außereuropäische Welt verleiht. Deutschland ist, seit seine Einigung alle unnatürlichen Verkehrshindernisse weggeräumt hat, wieder das geworden, was es schon einmal im Mittelalter zu den Zeiten der Hanse und der süddeutschen Städteblüte war: das zentrale Straßenkreuz des europäischen Kontingents. Das ist ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Meerbeherrschung Englands und wir sollten es uns mehr zunutze machen als bisher. Auf dieser unserer Verkehrsstellung und zugleich auf der riesigen Steigerung aller Bedürfnisse in unseren Nachbarländern — voran in Rußland mit Hilfe der französischen Milliarden, die uns so zu einem Teil ungewollt zugute kamen — beruht vorwiegend Deutschlands wachsende Bedeutung im wachsenden Wirtschaftsleben der Welt. Dessen Schwerpunkt verlegt sich ganz naturgemäß von der Peripherie des europäischen Marktes, also von England, wohin besondere Verhältnisse — die Eigenart der Segelschiffahrt, die Zersplitterung Europas bis 1870 mit ihrer Mannigfaltigkeit der Staaten und Grenzen, an Münzen, Maßen und Gewichten, Zollsystemen, Zwangs- und Bannrechten, die natürlichen und künstlichen Verkehrshindernisse aller Art, der Mangel an Industrien und Handelsflotten, an Eisenbahnen und Wasserstraßen, unaufhörliche Kriege usw., kurzum die Unmöglichkeit der Bildung eines kontinentalen, internationalen Großmarktes — ihn abdrängten, mehr und mehr nach seinem natürlichen Mittelpunkt, nach Deutschland, zurück. Es ist deshalb auch ein aussichtsloser Kampf, den England in diesem Kriege kämpft, aussichtslos selbst dann, wenn es militärisch siegreich geblieben wäre; denn die Macht der Verhältnisse, die sich zu seinen ungunsten gewandelt haben, ist stärker als der Wille des Menschen.

Außerhalb Europas ist eine ausreichende Bewegungsfreiheit für den Deutschen, wie der Krieg gezeigt hat, nur durch den Erwerb kolonialer Stützpunkte zu schaffen, die seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung geschützte und einflußreiche Mittelpunkte und ihm zugleich die notwendige militärische und polizeiliche Sicherheit gewähren, Filialen des Deutschtums, die zu eigenem Recht, nicht bloß — widerruflich und widerwillig geduldet — zu Gast wohnen, jedem Freunde ein Hafen, ein Asyl, ein Hospital, eine Schule, ein Acker, ein Kaufladen, gegen jeden Feind eine Schutz- und Trutzburg sind. Das eben sind Kolonien und nur Kolonien. Grundverkehrt ist es dem entgegenzuhalten, daß gerade auch nach den Erfahrungen des Weltkrieges Kolonialpolitik größeren Stiels trotz allem deshalb nicht unternommen werden dürfte, weil Kolonien im Kriegsfalle unter Umständen militärisch nicht zu halten sind. Das sind auch Handelsschiffe und bisweilen — s. Ostpreußen, Nord-

Digitized by Google

frankreich, die russischen Randvölker — auch Grenzprovinzen nicht, und doch wird niemand von vornherein auf sie verzichten wollen. Gerade wo das Deutschtum bedroht ist — und wo wäre das mehr der Fall als in der überseeischen Diaspora? — bedarf es besonders fester Verankerung und die sichert über See nichts wirksamer als eine zielbewußte Kolonialpolitik. Wir machen Kolonialpolitik nicht für kurzen Krieg, sondern für langen Frieden. Eben deshalb ist sie nicht abhängig von Seeherrschaft, wie viele meinen. Mögen die Kolonien selbst noch so gesichert oder ungesichert sein, über ihr Schicksal wird doch immer auf den Schlachtfeldern Europas entschieden werden. Es genügt mithin zur Rechtfertigung einer umfassenden Kolonialpolitik bereits, daß wir im Frieden mit unseren Handels- und Kriegsschiffen Produkte, Material, Menschen holen und bringen können, wann und wohin wir wollen und so politische, wirtschaftliche, kulturelle Durchdringungsherde des Deutschtums schaffen, die kein Krieg mehr auslöschen kann, selbst dann nicht, wenn sie uns vorübergehend oder gar dauernd verloren gehen (s. Spanisch-Amerika, Französisch-Kanada, Holländisch-Südafrika). Können wir uns darüber hinaus durch militärische Seegeltung volle Bewegungsfreiheit auf der ganzen Erde auch im Kriege sichern, um so besser, um so stärker das Fundament unserer Kolonialpolitik, um so ununterbrochener und eindringlicher ihre Entwicklung, um so mächtiger zugleich — eine Wechselwirkung! — unsere Seegeltung selbst, die sich dann auf tragfähige koloniale Eckpfeiler an allen Meeren zu stützen vermag. Man schaffe im übrigen abgerundete, sich selbst genügende Kolonialreiche statt oder neben bloßen Karten- und Zufallskolonien, wie wir sie meist nur haben, so wird, wie unser einziges Kolonialreich Ostafrika beweist, auch ihre militärische Sicherheit in sich selbst im allgemeinen hinreichend sein.

So sehen wir, je mehr man ihrem Grundgedanken nachgeht, wie gerade in der Kolonialpolitik sich das wirtschaftliche Kriegsziel Deutschlands: Nahrungsmittel, Rohstoffe, Gold, Bewegungsfreiheit, verknotet und verkörpert. Wir sehen, ein wie unerschütterliches Element der Reichspolitik die Kolonialpolitik allein schon aus wirtschaftlichen Gründen in unserer Lage ist und bleiben, ja wie sie es bei fortschreitender Menschenzahl immer mehr werden muß, weil sie für ein starkes, wachsendes Volk nichts anderes ist als die Sicherung des eigenen Lebensbedarfs und zugleich die notwendige Leitung und Nutzbarmachung der sonst regellos in den Weltenraum abfließenden Volkskräfte. Ein solcher Kräfteabfluß von Menschen, Arbeit und Kapital bedeutet mehr als bloße Kräftigung fremder Völker auf Kosten der eigenen, mehr als bloße Kolonisierung unter und zum Nutzen fremder konkurrierender Flaggen; es bedeutet schließlichen Weltum- und -einsturz, weil das regellose Durchsetzen der übrigen Welt mit eigensüchtigen und fremden Interessen schließlich mit Notwendigkeit zu einem Kampf aller gegen alle führt, wie die Völkerwanderung, die Kreuzzüge, der jetzige Weltkrieg beweisen. So ist Kolonialpolitik starker Nationen, die an Menschen

Digitized by Google

und an Kapital, also an Kräften überfließen, auch eine Forderung des Friedens und der Zivilisation. Das sollten sich ganz besonders jene sagen, die die Welt für sich mit Beschlag belegt haben, ohne uns zu fragen und ohne auf uns die nötige Rücksicht zu nehmen. Sie ähneln den Leuten, die sich mächtige Luxusgärten anlegen, während der Nachbar nicht weiß, wo er die nötigsten Kartoffel bauen soll.

Nachrichten und Erfahrungen aus den Zivilgefangenlagern in England

Der Schreiber dieser Zeilen, ein Österreicher, war in verschiedenen Lagern Englands interniert und hatte bis vor kurzem vor seiner Abreise von London Gelegenheit, verläßliche Nachrichten zu sammeln. Geschrieben ist der Bericht vor Beginn der Offensive an der Westfront.

Die große Mehrheit unserer Lager-Strategen ist im festen Glauben, daß die Zentralmächte im Westen und in Italien unter schweren Opfern durchbrechen werden, weil auch die Moral der älteren Truppenteile, sowohl der englischen wie der französischen und nicht zu mindest der Australier, sehr untergraben und wenig siegesgewiß ist. In der englischen Armee gibt es heute mehr Schwarzseher denn je, und jeder Mißerfolg stärkt diese Flaumacher, welche auf Urlaub und an der Front in ihrer gewohnten disziplinlosen Art für ihre pazifistischen Ansichten offene Propaganda machen, ohne auf große Opposition zu stoßen — außer bei den jüngeren Truppen, die naturgemäß noch kampflustiger sind. Viele Urlauber sagen, an der Front ist die Hölle und nach der nächsten Offensive der Deutschen werden wenig Engländer übrig bleiben. Sie haben einen heillosen Respekt vor den deutschen Sturmtruppen und anerkennen deren Tapferkeit. — So weit der englische Soldat, der sich ja im Durchschnitt auch als mutig und tüchtig in manchem schweren Kampf erwiesen hat. Der englische Zivilist, der entweder durch Alter, Krankheit oder Protektion vom Militärdienst enthoben ist, war bis vor wenigen Monaten noch der größte Agitator und Schreier für Fortsetzung des Krieges, da er nicht in die Laufgräben mußte und zumeist als Lieferant oder Arbeiter schwere Kriegsverdienste einheimste. Wagten hie und da einige Anhänger der pazifistischen „Union of Democratic Control“ Friedensversammlungen auf öffentlichen Plätzen oder in Hallen abzuhalten, so wurden zumeist einige kanadische Soldaten, die Geld für Whisky brauchten, engagiert und die Versammlung wurde gewalttätig gesprengt, wobei die Polizei gewöhnlich ruhig zusah. Besonders seit der Schlacht von Cambrai und der Zusammenkünfte der Russen mit den Vertretern der Zentralmächte in Brest-Litowsk ist der Respekt vor den deutschen Truppen und die Angst vor den Folgen eines Friedens mit Rußland so gestiegen, daß keine Friedensversammlung mehr gestört wurde. — Was die Frauen betrifft, so haben sie sich in den unteren Schichten, die doch die große Masse bildet, besonders

Digitized by Google

im ersten Jahr des Krieges als Abscheu erregende Furien mit einer unglaublichen Gemütsverrohung gezeigt. Deutsche Bäcker- und Fleischerläden wurden gestürmt und zertrümmert, deutsche Frauen bei den Haaren am Boden gezerrt, Kinder gepeinigt, und es wurde geraubt, was nur zu finden war, und heute noch werden englisch geborene Frauen, die treu zu ihren internierten deutschen Männern halten, von den Nachbarn beschimpft und verächtlich behandelt. Im Januar d. J. besuchte z. B. eine englisch geborene Frau ihren in Islington (im Norden Londons) eingesperrten Mann und wollte ihm etwas Nahrungsmittel mitbringen. Das Paket wurde ihr von einer Gruppe Weiber vor der Türe entrissen und sie selbst so mißhandelt, daß sie am nächsten Tag starb.

In den verschiedenen Gefangenlagern sind im Durchschnitt etwa 40—50 Internationale auf je 1000 (ein Teillager), worunter sich selten mehr als 4—5 befanden, welche staatsgefährliche Rote waren; die übrigen trugen wohl auch ein kleines rotes Band im Knopfloch, waren aber moderiert und der Vernunft und Logik zugängig, solange sie sich nicht unter der Hypnose ihrer Führer befanden. — Unter dem Titel „Arbeiter-Bildungsvereine" wurden in verschiedenen Teillagern in Knockaloe (Insel Man) mit Genehmigung des Kommandanten Vorträge über „Arbeiter-Bewegungen", „Die Frau und die Arbeit", „Die Arbeit und der Staat" usw. gehalten, die mehrfach versteckte Drohungen gegen die Staatsgewalt, Aufreizungen und anarchistische Tendenzen enthielten. — Intelligente Kreise waren der den englischen Behörden gegenüber ausgesprochenen Ansicht, daß derartige Vorträge wohl nicht weltumstürzend wirken, aber doch so manche einfältige Seele vergiften und zum Werkzeug anderer Fanatiker machen können und vor allem nicht in ein Gefangenlager passen, wo vernünftige Kameraden stets darauf bedacht sind, unnütze Reibungspunkte zu verhüten, da die Nerven der meisten durch die andauernde Gefangenschaft hinter Stacheldraht sowieso hochgespannt sind. Im Gefangenlager „Alexandra-Palace" im Norden Londons — ein altes, halbverfallenes Ausstellungsgebäude, in welchem viele eine Kautschukdecke zeltartig über ihren Strohsack spannen mußten, um bei Regen wenigstens trocken liegen zu können — war in puncto sozialistischer Vorträge ein hervorragender Geist, der sich besonders mit der russischen Literatur befaßte, viel und sehr interessant darüber zu sprechen wußte, sich offen als Anarchist und Intimus der bekanntesten russischen Revolutionäre zu erkennen gab, es aber nie vermeiden konnte — manchmal in der heftigsten Weise — Staat, Kirche und jede Gesetzgebung anzugreifen, — und dies mit Bewilligung des Lager-Kommandanten! Die Tendenz der Behörden war klar und die Instruktionen kamen von oben, doch schneidet man sich vielleicht hierbei eines Tages in das eigene Fleisch, denn von den 200—300 Mann (zirka 10 Prozent des ganzen Lagers), welche diese wöchentlichen Vorträge regelmäßig besuchten und von denen zirka die Hälfte nur Interesse für den rein literarischen Teil hatten, wird wohl die Mehrheit nicht in ihre Heimat zurückkehren, sondern mit ihren englischen Familien ihr Brot weiter im Feindeslande suchen.

Digitized by Google

Man spricht viel in England von einem Arbeiterministerium, mit Henderson als Premier, nach dem baldigen sicheren Sturz Lloyd Georges, wozu auch die nun 6 Millionen Frauenstimmen zum Teil beitragen werden, aber Northcliffe und Konsorten haben Geld und Zeitungen genug zur Verfügung, und eventuell hilft die englische Zivil-Kamarilla mit Maschinengewehren und Fliegerbomben, um für eine andere genehmere Partei Platz zu machen. — Eine revolutionäre Bewegung wird in England zweifellos eintreten, sobald die noch übrigbleibenden Truppen nach Hause kommen, denn dann erst kommt dem englische Volke die Erkenntnis, daß es seit Kriegsbeginn belogen und das Opfer einer herrschsüchtigen, verblendeten und unfähigen Clique war. Im Norden Englands und im Süden Frankreichs sind die Vorzeichen einer Gärung schon seit längerer Zeit bemerkbar, und kein Lloyd George und kein Clemenceau wird den Ausbruch verhindern können, sobald die braven deutschen Truppen im Bewegungskrieg durch andauernde harte Schläge und Vordringen besonders in den englischen Reihen und hinter dieser Front die unausbleibliche Konfusion hervorrufen werden, welche zur Katastrophe führt. Und wer mit deutschen Soldaten in den letzten Wochen Gelegenheit hatte zu sprechen, der teilt mit ihnen das Bewußtsein eines schwierigen, aber sicheren Endsieges im Westen. Und nötig ist er, denn sonst gehen wir bei dem bitteren Haß unserer Feinde, den kein Lammasch und kein Lichnowsky auslöschen oder beschönigen kann, langsam aber sicher wirtschaftlich zugrunde.

Daß man im Feindesland noch immer ernstlich daran denkt, alles, was deutsch ist, ob Person, Schiff oder Ware, auf lange Jahre hinaus zu boykottiren, ist eine Tatsache. In neutralen Zeitungen kann man Annoncen finden, welche an ententefreundliche Kaufleute auf die „lutte economique formidable — dans un temps peu éloigné“ aufmerksam machen und sie behufs Zusammenschluß und weiterer Instruktionen an eine Chiffre-Adresse verweisen. Wer daran denkt, nach Friedensschluß mit England oder in England wieder flott arbeiten und gute Geschäfte machen zu können, täuscht sich sehr.

Zur Beleuchtung der Frage, wer den Weltkrieg wollte und begann, mögen die folfolgenden authentischen Informationen dienen:

1. Etwa 3 Monate vor Ausbruch des Krieges erhielt eine große Druckerei in London einen außergewöhnlich großen Auftrag seitens des englischen Kriegsministeriums, welcher aus Drucksorten bestand für eine Mobilisierung in den Kolonien;

2. ein großes Kraftwagen-Unternehmen in London erhielt in den ersten Tagen Juli 1914 von der englischen Regierung den plötzlichen geheimen Auftrag, sämtliche in den Provinzen beschäftigten Kraftwagen (mehrere Hunderte) nach Belgien zu transportieren.

Daß gleich bei Ausbruch des Krieges, besonders infolge der Spionagehetze der Northcliffe-Presse, Deutsche und Österreicher in Scharen in einer Weise abgeführt und interniert wurden, die einfach infam und unmenschlich ist, wird nur einzelnen bekannt sein. In Manchester z. B. schloß man eine größere Anzahl Deutscher und Österreicher, darunter viele bekannte Kaufleute, in Handschellen, kettete sie dann rechts

Digitized by Google

und links an eine starke Kette — ähnlich wie seinerzeit bei den afrikanischen Sklavenhändlern — und führte sie so durch die Straßen der Stadt zum Bahnhof, wo sich der Bürgermeister mit seinen Ratsherren über diesen billigen Fang von Hunnen ergötzte.

Die ersten Lager, wie die Pferdeställe in Newsbury, die Olympia in London Wakefield, Douglas usw., sowie später das Leben auf einzelnen Schiffen, war der reine Kalvarienberg, wobei viele physisch und geistig zugrunde gingen. Jedes dieser Lager des ersten Kriegsjahres konzentrierte so viel Bündel menschlichen Jammers und Leidens, daß man zur gewissenhaften Registrierung und Beschreibung Jahre hierzu benötigen würde. Im zweiten Jahre 1915/16 traten infolge der andauernden Beschwerden und durch den Druck, welchen die deutsche Regierung in dieser Hinsicht ausübte, nach und nach Verbesserungen und Erleichterungen ein, die aber nur durch schwere Kämpfe mit den Lagerbehörden schließlich erreicht wurden und zum größten Teil der Intelligenz und dem taktvollen Vorgehen einzelner Mitgefangener zu verdanken ist. Auch die Nahrungsverhältnisse waren, infolge der Einsetzung von Köchen Küchen und Komitees, nur aus Gefangenen bestehend, leidlicher geworden, und durch Extraverkauf von Kaffee, Kuchen und manchmal beschränkter Quantitäten von Fischen, Käse, Speck, Wurst, Kartoffelklößen und Gemüse konnte man den stets regen Appetit zum Teil besänftigen, wenn man keine Lebensmittel-Pakete aus der Heimat oder durch Verwandte und Freunde aus England erhielt. Zu Beginn des dritten Kriegsjahres aber fingen bereits die englischen Behörden an, unsere Kantinen-Listen zu beschneiden und konnten wir uns bald weder kondensierte Milch, noch Bier, Margarine, Marmelade usw. in der Kantine oder Küche kaufen, und schließlich wurden uns auch gewisse Quantitäten Mehl nicht ausgefolgt, so daß der sonst flotte, täglich zwei- bis dreimalige Kaffee- und Kuchenverkauf nach und nach ganz eingestellt werden mußte und man fast nur mehr auf die kargen Rationen angewiesen war. Mit dem 6. Februar 1917 trat noch die Reduzierung der Brotration von 20 oz. auf 12 oz. (= von 567 g auf 316 g) ein, sowie eine quantitative unvorteilhafte Änderung der übrigen Rationen, so daß in wenigen Monaten alle Lager-Spitäler überfüllt waren und die Sterblichkeit sich noch bedeutend erhöhte. — Eine Zeitlang bestand die Kost nur aus Reis und alten in Salpeter eingelegten Heringen, so daß kein Hund, Katze oder Kaninchen vor dem Heißhunger besonders der jüngeren Gefangenen sicher war, und selbst die sonst ungenießbaren Möven, welche auf der Insel Man massenhaft umherfliegen, wurden gefangen und zu Leckerbissen zubereitet. Nicht selten sah man Leute an den Abfallbehältern nach Brotkrumen und Speiseresten suchen. Auf das energische Eintreten des Schweizer Gesandten hin trat im Sommer 1917 wieder eine Besserung in der Kost ein. Im Herbst 1917 begann auch in London außerhalb der Stacheldrähte die Nahrungsfrage kritisch zu werden, was die Behörden veranlaßte, die englischen Lebensmittel-Pakete, welche ins Lager kamen, durch Verbot verschiedener Artikel nach und nach einzuschränken, bis schließlich zu Beginn 1918 überhaupt nur frische Früchte und frische Fische erlaubt wurden. Da letztere nicht mehr frisch waren

Digitized by Google

wenn sie die Lagerzensur passiert hatten, so blieb nur mehr der ziemlich rege Schmuggel übrig, wobei der leicht bestechliche Tommy Atkins seinen guten Verdienst hatte und die Liebe der treuen Gattinnen sich reich an Erfindungen zeigte. Einmal kam die Frau eines Leidensgefährten mit einem Wickelkind im Arme an. Der Mann fragt ganz entrüstet, wie sie dazu käme; sie flüstert ihm ins Ohr: Beruhige dich! Es ist ein Spanferkel! — Eine andere Frau korpulenten Aussehens schleppte einen ganzen Schinken um den Hals gebunden herein und eine dritte brachte ihrem Mann eine große Torte als Untersatz für ein Christbäumchen, welches mit Kerzchen und deutschen Fähnchen geschmückt war. Doch seit Beginn des Jahres war an solche Leckerbissen auch auf diese Weise nicht mehr zu denken, denn die Frauen, die schon seit langem über die Nahrungsschwierigkeiten klagten, fanden nun oft für sich und die Kinder nicht genug, um satt zu werden. Fleisch oft nur 1 Pfd. für den ganzen Haushalt pro Woche, und wegen 1/4 Pfd. Margarine mußten oft bis tausend Leute stundenlang angestellt warten, um schließlich mit leeren Händen abzuziehen. Brot war noch im Februar ohne Karten etwa 1 Pfd. pro Kopf und Tag zu bekommen. Es gibt nur eine Qualität für alle, die weder schwarz noch weiß, sondern grau ist — mit Bohnen-, Mais- und Kartoffelmehl gemischt, schlecht gebacken und schwer verdaulich. Wir selbst bekamen hiervon seit Mitte Januar nur mehr 5 oz. = 140 g und als Ersatz noch 4 oz. = 112 g steinharten Zwiebacks; ferner wurde uns gleichzeitig unsere Käse- und Margarine-Rationen vollkommen entzogen. Jetzt soll auch die Marmelade per Tag entfallen und anstatt 1 oz. nur 1/2 oz. Zucker ausgefolgt werden. Der Tee, der zweimal täglich ausgefolgt wird, ist so schlecht geworden, daß er keinen Nährwert hat und vielseits weggeschüttet wird. Was das Mittagsmahl betrifft, so bestand es noch im Februar aus einer Wassersuppe mit etwas Gemüse darin und aus zweimal wöchentlich Salpeter-Heringe mit 3—4 Kartoffeln und etwas Gemüse, zweimal wöchentlich argentinischem Salpeterfleisch mit gleicher Beilage und dreimal wöchentlich australischem Gefrierfleisch (zirka 6 oz. per Kopf). Die Heringe und das Salpeterfleisch wanderten in Massen in die Abfallbehälter, weil ungenießbar, und das Gefrierfleisch war oft zum Teil verfault. Ende Februar hieß es, daß im März ein weiterer fleischloser Tag in den Lagern eingeführt werden wird, also noch mehr Salpeter-Heringe! Daß die armen nun schon seit Jahren schwergeprüften Zivilgefangenen noch schwere Zeiten durchmachen müssen, ist, was die Österreich-Ungarn betrifft, eine um so größere Schmach und himmelschreiende Ungerechtigkeit, als hierzulande die edlen Söhne und Töchter der britischen Rasse nicht nur vollkommen frei herumspazieren und zumeist wohlleben und Geld verdienen, sondern auch im stillen, ohne aufzufallen, Propaganda für England und gegen unsere Bundesgenossen machen. Gibt es denn gar kein Mittel, um unsere Feinde zu zwingen, daß unsere armen Landsleute — viele vegetieren nun schon seit Beginn des Krieges hinter Stacheldraht — aus der Gefangenschaft und fürs Leben gerettet zu werden?! Spanien würde die 5—6000 Österreich-Ungarn sicherlich gerne aufnehmen.

Digitized by Google

Im Sommer 1916 wurde seitens der Lagerbehörden auf der Insel Man die Frage ventiliert, alle Österreich-Ungarn von den deutschen Kameraden zu trennen und zwar wurde vorgeschlagen, aus einigen alten Teillagern, die geräumt werden sollten, ein größeres Lager für die Österreich-Ungarn zu machen, worin denselben angeblich mehr Schlafraum und außerhalb auch mehr Bewegungs-Spielraum eingeräumt werden sollte und vor allem eine bessere Kost. Nach genauer Prüfung und Abstimmung in den einzelnen Teillagern kam es zu einer einstimmigen Ablehnung des Vorschlages, welcher Beschluß dem Oberkommandanten durch ein österreichisch-ungarisches Komitee mit dem Bemerken bekannt gemacht wurde, daß eine Trennung von den reichsdeutschen Zivilgefangenen, mit denen die Österreich-Ungarn in guter Kameradschaft seit zwei Jahren gelebt haben, so lange nicht wünschenswert ist, als die Zentralmächte einig Schulter an Schulter kämpfen. Das österreichisch-ungarisches Komitee hatte übrigens bei der Untersuchung des Vorschlags die Überzeugung gewonnen, daß nur ein politisches Manöver bezweckt war, um Unfrieden zwischen den Angehörigen der beiden Nationen im Lager zu verursachen, und nach der erfolgten Trennung hätten die Österreich-Ungarn nicht nur in den ältesten und verlausten Hütten des ganzen Lagers, mit weniger Schlafraum sich bequemen müssen, sondern auch mit der gleichen schlechten Verköstigung.

Brief an die „Deutsche Politik"

Polen und Preußen

Uns wird geschrieben: „Die Aufrichtung eines unabhängigen, aus Kongreßpolen bestehenden Königreichs Polen als Pufferstaat gegen Rußland liegt auch im deutschen Interesse. Das erheblichste Bedenken dagegen liegt in der Gefahr, daß dieser Staat den Versuch unternimmt, die polnischen Bewohner preußischer Provinzen an sich heranzuziehen oder wenigstens dahingehende Bestrebungen seiner Angehörigen unterstützt.

Es fragt sich, ob Preußen nicht imstande wäre, sich gegen diese Gefahr von vornherein zu schützen. Anscheinend bietet dazu eine Möglichkeit der Umstand, daß Polen zu seiner befriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung eines Zuganges zum Meere bedarf, welchen ihm Preußen gewähren kann, aber nicht verpflichtet ist, zu gewähren. Diesem Bedürfnisse des polnischen Staates könnte durch Freigabe der Weichsel als Zugang zur Ostsee und die Einräumung eines Freihafens in Danzig entsprochen werden. Preußen würde dort ein bestimmtes, räumlich abgegrenztes Gebiet an den polnischen Staat auf Widerruf verpachten, der in diesem Bezirk einerseits seine Ausfuhrwaren, andererseits seine Einfuhrwaren stapeln und auf dem Wege zwischen der polnischen Grenze und dem Meere Freiheit von den deutschen Zöllen genießen würde. Dieses Zugeständnis müßte, wie schon bemerkt, jederzeit widerruflich sein, damit Deutschland jederzeit in der Lage wäre, diese Zollfreiheit aufzuheben und dann nach Ablauf einer bestimmten kurzen Kündigungsfrist von den nach dem Danziger gepachteten Gebiete eingehenden und von den dort ausgehenden Waren usw. die allgemeinen deutschen Zölle zu erheben. Von diesem Rechte des Widerrufes würde Deutschland jedesmal dann Gebrauch machen können, wenn der polnische Staat eine Maßregel treffen sollte, welche geeignet wäre, die preußischen polnischen Landesteile politisch zu gefährden oder aber private Bestrebungen desselben Charakters unterstützte.

Man darf wohl annehmen, daß die Besorgnis vor erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen

Digitized by Google

genügen würde, um sowohl den polnischen Staat als seine Bewohner von einer Gefährdung der politischen Interessen Preußen(-Deutschlands) abzuhalten. In zweiter Linie käme außerdem noch die Kündigung des Pachtvertrages in Frage, welche die vollständige Wiederaufhebung des Danziger Freihafens zur Folge haben würde.

Es handelt sich hiernach um die Frage, ob es auf diese Weise für Preußen möglich wäre, die auf Ausdehnung des Königreichs Polen gerichteten politischen Bestrebungen des polnischen Staates und seiner Bewohner durch die Befürchtung der Gefährdung der erheblichsten, sich von Tag zu Tag steigernden wirtschaftlichen Interessen Polens jederzeit und für die Dauer in Schach zu halten."

Soweit die Zuschrift. Diese Anregung wird nicht hinfällig, wenn, was wir annehmen, Mitteleuropa zustande kommt. Denn Polen hat im Transitverkehr nach Rußland eine nicht geringe Rolle gespielt und wird natürlich diese Stellung nicht verlieren wollen. Außerdem käme noch der Bezug verschiedener Rohstoffe in Betracht (vor allem Baumwolle für Lodz), die Polen für seine Exportindustrie benötigt.

Notizen

Englands Murmanfront. In der Helsingforser Zeitung „Svenska Tidningen" vom 8. Juni schreibt Arthur Eklund: Die englische Politik gleicht jetzt einem Hasardspiel. England hat keine besonderen Aussichten, seine Stellung zu verbessern. Es nähert sich daher bedenklich dem va banque-Stadium. Diese Worte sind dem neuen Buche H. H. Aall's über den Unterseebootkrieg entnommen. Sie sind anscheinend bereits im März geschrieben, und wenn sie damals schon die Wahrheit aussprachen, so jetzt noch in viel höherem Maße.

Es hat sich in der letzten Zeit ein auffallendes Schwanken und eine Zersplitterung in den militärischen und politischen Ansätzen Englands gezeigt. Wie bereits oft zuvor, wird die Zurückziehung der Salonikiarmee gefordert, aber ein neuer Gedanke, mit dem man sich ernstlich vertraut macht, ist die kommende Notwendigkeit der Aufgabe der französischen Front. An Stelle dessen sollen die englischen Streitkräfte auf die asiatischen Kriegsschauplätze konzentriert werden. Dieser Plan ist vorläufig nur von einem Deutschen, dem Grafen Reventlow, besprochen worden, aber es ist wahrscheinlich, daß er auf englischer Seite erwogen wird. In nahem Zusammenhange damit steht der Vormarsch gegen Kaukasien, wovon einigemale die Rede gewesen ist, und der, wenn auch nur in kleinem Maßstabe, ausgeführt oder auch nur ins Auge gefaßt, nichtsdestoweniger dazu beiträgt, den Eindruck der Zersplitterung und Abenteuerlichkeit, den die englische Politik jetzt erweckt, zu verstärken. Am schärfsten tritt dieser Eindruck durch die Bestrebungen Englands an seiner neuesten Front, der Murmanküste und -Bahn, hervor.

Hier hat sich ja England wieder einmal erlaubt, als Beschützerin der kleinen Nationen aufzutreten. Es will die „Selbständigkeit" des Olonetzschen Gebietes, Ostkareliens und der Kolahalbinsel so formulieren, daß die neuen Staaten sich politisch Rußland anschließen und außerdem in ein näheres, wirtschaftliches Bündnis mit England treten können. Dieses Angebot soll durch finanzielle Unterstützung verlockender gemacht werden: 100 Millionen Rubel werden für die ökonomische Hilfe der Landesgebiete veranschlagt. Dieser Plan erscheint vorläufig recht dunkel. Er ist nur von Personen erwähnt worden, die von der östlichen Seite der Landesgrenze kamen, aber er hat eine große Wahrscheinlichkeit für sich, denn er steht in vollem Einklang mit allem, was England und die Entente in dieser Zeit innerhalb der Interessenphäre, die zwischen dem Eismeer und der Ostsee liegt, vorhaben.

Als die Spekulation auf die Machtmittel der alten Zarengewalt fehlschlug, mußte die Entente auf die Selbständigkeit der neuen Völker spekulieren. Was Finnland anlangt, hat

Digitized by Google

man dies, so gut es sich machen ließ, getan. Die deutsche Orientierung war jedoch allzu bestimmt, als daß die Diplomaten der Entente dort ein rechtes Wirkungsfeld hätten finden können. Aber jedenfalls appellierte Frankreich durch seine ritterliche, unvorbehaltliche Anerkennung unserer Selbständigkeit an uns, während England erst später sich herbeiließ, seine Anerkennung unter besonderen Bedingungen anzubieten. Der rote Aufruhr gab der Entente gewisse Möglichkeiten, die unverkennbare Sympathie erkennen zu lassen, die sie den Operationen der Banditenhaufen bewies; eine Sympathie, die sie nicht allzuoffen Finnland zeigen mochte, aber desto deutlicher im russischen Karelien an den Tag legte. Jetzt, wo es heißt, unserem Lande einen deutschen König zu geben, sucht die Entente ihre letzte Karte auszuspielen und falls möglich, dazu beizutragen, daß die republikanische Verfassung zustande kommt, unter deren Schutz die Entente-Sympathien, die ja immer in den maßgebenden Kreisen des „Helsingin Sanomats" (das Blatt der Jungfinnen) zu Hause gewesen sind, noch stärker anwachsen. Mit den hierauf gerichteten Gedanken hat die französische Regierung sich zu etwas verleiten lassen, wozu sie im allgemeinen keine Anlage haben dürfte, nämlich zu einer Plumpheit, denn als etwas anderes läßt sich die letzte Erklärung des französischen Konsuls über unsere Staatsverfassung und die Murmanbahn nicht bezeichnen.

Neuerscheinungen

Die belgischen Dokumente

Cincinnatus, „Deutschlands Kampf ums Recht", Verlag S. Hirzel, Leipzig 1918, 109 Seiten, Dr. Ernst Sauerbeck, „Die Großmachtpolitik der letzten zehn Friedensjahre im Licht der belgischen Diplomatie" (Geschichte der Einkreisung), eine kritische Zusammenstellung der Brüsseler Gesandtschaftsberichte mit einleitendem und verbindendem Text. Verlag Ernst Finckh, Basel 1918. 201 Seite.

Man kann nicht behaupten, daß unsere kriegspolitische Literatur, soweit sie den Standpunkt des deutschen Rechts im Weltkriege vertritt, im allgemeinen besonders geschickt verfaßt ist. Sie zeigt den besten Willen, bringt vielfach auch eine Menge guten Materials, aber sie trifft nicht den richtigen Ton, namentlich nicht für den neutralen Leser, und sie verfährt auch sonst taktisch ungeschickt. Es ist daher eine Genugtuung, wenn man unter den zahlreichen Schriften auf zwei Veröffentlichungen stößt, wie die beiden oben verzeichneten. Beide sind vortrefflich, aber ganz verschieden angelegt.

Ihren Gegenstand bilden die belgischen Dokumente. Den Preis verdient wegen der Feinheit der Darstellung und der Durcharbeitung des Stoffes die Schrift von Cincinnatus. In der Anzeige des Verlages heißt es: „Es ist uns bisher kein Werk der Kriegsliteratur bekannt geworden, das die ‚moralische Offensive' wider den Feind an allen schwachen Stellen seiner sittlichen und rechtlichen Unterlegenheit so packt, so konzentrisch aufgreift, wie diese Schrift." Verleger loben natürlich immer in ihren Anzeigen, was sie herausbringen, und sogenannte „Waschzettel" pflegt man sonst nicht abzudrucken. In diesem Fall aber ist wirklich darin kein Wort zuviel gesagt. Cincinnatus bringt „die endlich einmal gelieferte — in ihrer gedrängten Kürze überraschend vollständige Durcharbeitung der belgischen Diplomatenberichte, jener kostbaren Dokumente, die die beste Rechtfertigung der deutschen Politik gegenüber der Schuld am Kriege bilden". Auch dieser Satz des Verlegers gibt den richtigen Eindruck wieder, den man beim Lesen hat. Viel zu wenig ist in unserer offiziellen und offiziösen Politik dem Feinde gegenüber von dem wunderbaren Arsenal der belgischen Berichte Gebrauch gemacht worden. Es sollte keine öffentliche Rede eines deutschen Staatsmannes gehalten werden, in der sie nicht vorkommen. Cincinnatus verbindet mit ihrer Analyse noch eine Fülle von anderem, wertvollem und wenig bekanntem Material. Ich nenne nur den Brief des englischen Admirals Sir Percy Scott an die „Times" vom 5. Juni 1914, in dem das Recht des vollen und rücksichtslosen U-Bootkrieges wenige Wochen vor dem August 1914 von einem Engländer in so schroffen Worten proklamiert wird, wie von keiner amtlichen deutschen Stelle. Darüber hinaus ist es ein Genuß, einmal eine politische Polemik in solch vollendeter Form, in so vornehmer Sprache und mit solcher „Klangfarbe der inneren Überzeugung" zu lesen, wie bei Cincinnatus. Gerade um dessentwillen möchte ich das Büchlein an die Spitze aller Leistungen stellen, die mir aus der Fülle ähnlicher Literatur bekannt geworden sind, und es den Lesern der „Deutschen Politik" sehr empfehlen.

In ihrer Art ein Meisterwerk ist auch die ganz anders angelegte Sauerbeckische Arbeit. Sie gibt zuerst eine Disposition: Die geschichtlichen Hauptströmungen seit 1900; der Ausgangspunkt der neueren

Digitized by Google

Entwicklungen; die englisch-deutsche Rivalität; die Auswirkung dieser Rivalität; die Einkreisung (1. im Westen, 2. im Osten, 3. Einkreisung überall); das Ende, die dritte Balkankrise, vom Mord von Serajewo zum allgemeinen Krieg. Die Disposition ist im einzelnen sehr genau durch alle einzelnen Stadien der politischen Entwicklung von der ersten Marokkokrisis 1905/06 bis zum Kriegsausbruch hindurchgeführt, und an diesem Faden wird mit einem kurzen übersichtlich geschriebenen verbindenden Text die große Mehrzahl der Dokumente (alle wichtigeren) im Wortlaut oder im Auszug aufgereiht. Auf diese Weise kommt ein Bild der politischen Entwicklungen, vor allen Dingen ein Bild von der Schuld der Entente mit schlagender Beweiskraft zustande. Man muß Cincinnatus und Sauerbeck hinter einander lesen, um zu begreifen, was die belgischen Dokumente in Wahrheit für die moralische Entlastung Deutschlands bedeuten. Sie sind der entscheidende und vollgültige Beweis für diese Entlastung, und man begreift nicht, wie eine Regierung im Besitz solcher Materialien sein und im Laufe von drei Jahren es nicht fertig gebracht haben kann, sie zum Mittelpunkt der internationalen politischen Orientierung „der Schuldfrage" gemacht zu haben. P. Rohrbach

„Das Sehnen der Völker"

Durch die Literatur geht die Frage nach den Forderungen und Erwartungen, die über das Schicksal aller einzelnen Völker die Gesamtheit aller Staaten in Zukunft bestimmen. In einer als Kritik geformten, und innerlich doch unkritischen und unselbständigen kleinen Schrift versucht Dr. M. Schönemann „dem Sehnen der Völker" (Selbstverlag des Verfassers, Mockritz-Dresden 1918) nahe zu kommen. Er beantwortet es mit Stammler, als dessen Anhänger und Bewunderer er auftritt (Stammlers Schriften: „Worte an eine Schar", „Du und es" wurden früher hier angezeigt): „Parteiprogramm und Dogmen müssen dem Streben nach sozialer Gesetzmäßigkeit geopfert werden. Es ist die Pflicht der Staatsmänner und Politiker, das Sehnen der Menschheit in die richtigen Bahnen zu lenken, d. h. von dem Bestehenden auszugehen, dasselbe genau festzustellen, nach den vom sozialen Ideal abgeleiteten Grundsätzen darüber zu urteilen und auch die Abänderungsvorschläge daraufhin zu prüfen, ob sie das rechte Mittel für das rechte Ziel, gemessen am Ideal der Gemeinschaft freiwollender Menschen, sind." Einen festen Richtpunkt für gemeinsames Zusammengehen sucht O. Volkart an der Persönlichkeit und Lehre von Jaurès. („Jean Jaurès", Max Drechsel, Bern, 1917.) „Die Verwirklichung des Zieles, für das Jaurès stritt und litt, die individuelle Freiheit für alle zu ermöglichen und die soziale Solidarität zu gründen, erfordert eine ungeheure Anstrengung der Menschheit, aus welcher aber alle großen Kräfte ihre Erneuerung und ihren Aufschwung erwarten können: die Arbeit, die Wissenschaft, die Kunst, die Religion, letztere verstanden als die Verbindung des Menschen mit dem All. Daraus, daß der Mensch künftig durch seine Vernunft und seinen Willen die wirtschaftliche Produktion besser zu leiten beginnen wird als bisher, muß eine Periode reicherer geistiger Freiheit im Ganzen entsprießen." Von der universalen Kultur des Katholizismus beantworten Angehörige der österreichischen Leogesellschaft unter Führung von Dr. Franz Schnürer die großen Fragen der gemeinsamen Zukunft („Kulturjahrbuch für 1917", Tyrolia, Innsbruck). In der Einführung knüpft Lammasch den „Wetteifer katholischer Gelehrter um die Erforschung der christlichen Grundlagen des Völkerrechts" an die Lehren der Klöster, die in der Schaffung des Völkerrechts die Vorläufer von Hugo Grotius waren. Hermann Bahr begründet die Notwendigkeit der allgemeinen Umkehr aus dem „Bankerott der Wissenschaft": „Sie hatte nur noch dem Nutzen, dem Geschäft, dem Erwerb zu dienen. Wir erlebten den Sturz der Kunst, aus der Führerin zur Schönheit wurde sie die Magd der Sinneslust. Wir erlebten den Fall von Recht und Pflicht; gut und böse, wie schön und häßlich galt nur noch auf Verabredung, nach Abstimmung. Wir verloren unser Ich; „das Ich ist unrettbar", bewies uns Mach. Wir verloren das Vertrauen zum Denken; auch die Logik wurde degradiert. Wir verloren die Sprache; Mauthner hat uns auch diesen letzten Aberglauben zerstört. Und nichts blieb als Leideslust und Leidesleid, für die nun unsere Vernunft das nötige Geld beschaffen soll. So sah die Menschheit des Abendlandes aus, als sie diesen grausigen Krieg begann." N. Hackl will einen neuen Geist aus der Abkehr von den Folgen des „Menschen und Nationen erdrückenden kapitalistischen Geistes" geboren, neben dem Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Schaffung eines neuen Wirtschaftsgeistes, einer neuen Wirtschaftsethik sich vollziehen sehen. Das in dem Sammelwerk von verschiedenen Seiten her angesponnene Thema setzt aus der Kenntnis die Philosophie, insbesondere der christlichen Ethik, Professor Franz Savicki in einem eigenen Buch „Politik und Moral" (Paderborn 1917, F. Schöningh) fort. Er erweist und begründet „die schädlichen Einwirkungen der machiavellistischen Politik auf die internationalen Beziehungen und leitet daraus die Bedeutung des Sittengesetzes für die Politik ab: „Ein Staat, der notorisch sein Wort gebrochen oder fremdes Recht verletzt hat, büßt einen großen Teil seines moralischen und damit auch seines politischen Kredits ein. Wenn ihn gemeinsame Interessen mit anderen verbinden, wird er immer noch Freunde finden und als Bundesgenosse willkommen sein, aber man wird ihm stärker mißtrauen und sorgfältiger vor ihm

Digitized by Google

auf der Hut sein. Dazu kommt dann der Haß der Betrogenen, der Besiegten, der Unterdrückten und ihr nur schwer oder nie erlöschendes Verlangen nach Rache und Wiedererlangung des Verlorenen. Ein einziges Unrecht kann auf solche Weise für lange Zeit ein Pfahl im Fleische des Staates werden, bis es seine Sühne gefunden hat."

Aus dem Vergleich zwischen dem Geist Europas und Asiens gewinnt Theodor Lessing im dritten Buch der politischen Aktions-Bibliothek („Europa und Asien", Verlag „Die Aktion", Berlin-Wilmersdorf) Richtlinien für die Politik der Zukunft. Das Denken des Morgenlandes ist „Hingabe an die Natur", das Leben des Abendlandes steht ihr „gespannt und kriegerisch gegenüber und hat in der Maschine das vergeistigte Gespenst des Lebendigen geschaffen". Aus der Besinnung auf diesen Gegensatz soll die Politik des Abendlandes wie sein Leben „biologisch" werden: „Bewußte Beschränkung der Geburten auf Erden. Aufzucht alles Geborenen zur höchsten Erfüllung der in ihm angelegten Möglichkeiten. Ein bewußtes Ideal, das am Stoffe und im Leibe des Menschen verwirklicht werden soll. Bruch mit der Geschichte; Bruch mit der Natur — als mit den Bereichen des Alogischen, bloß Zufälligen. — Vielmehr: Vergesellschaftung zu enger und engster Zweck- und Lebensgemeinschaft. Freiheit der Frau. Förderung aller sektirerischen Aristokratien als Gegenpol der künftig bewußt fortzuführenden Sozialisierung Europas. Förderung aller Kleinstaaterei und Selbstverwaltung. Endlich: Ehegesetzgebung. Erzüchtung immer höherer geistiger Bedürfnisse; tieferer seelischer Verfeinerung. Kampf gegen Kapital und Mammonismus in jeder, aber auch in jeder praktisch durchführbaren Form."

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt aus dem Kreise der Mitarbeiter der „Summa" Alfred Lemm in der Schrift „Vom Wesen der wahren Vaterlandsliebe" (Heinz Barger, Berlin 1917). Lemm denkt realpolitisch genug, um in der gleichen Verteilung der Güter nicht das letzte Heilmittel für die Gesundung der Welt zu sehen. „Immer muß der Menschengeist die gottgewollte Ungerechtigkeit ausgleichen, die Welt nach seinem Ebenbild formen." Aber kulturelles Ziel sei nicht die künstliche Vermehrung eines Volkes ins Ungemessene (das Ideal der landläufigen „Bevölkerungspolitik"), sondern die Forderung der Qualität der Bevölkerung. Auch darin denkt Lemm realpolitisch, daß er in der aus der Pflege der Qualität sich ergebenden Sittlichkeit der Politik eine gemeinsame Forderung an alle Völker sieht. „Nur wenn alle Völker gleichermaßen diese neue Grundlage anerkennen, wäre eine Durchführung möglich. Wohl aber ist zu verlangen, daß die heutigen Menschen, die diesen Namen tragen wollen, den Problemen des Völkerlebens mit solcher inneren Geistverfassung gegenüberstehen." Die Forderungen für den Frieden Deutschlands erörtert von solchem Standpunkt aus die Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden" von Dr. O. Stillich (Verlag Naturwissenschaften, Leipzig 1918). Sie beantwortet die Frage nach dem Rechtsfrieden so: „Er muß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und seine freie Entwicklung sicherstellen. Aber er darf auch kein anderes Volk in seinen politischen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen vergewaltigen. Dazu muß aber noch etwas anderes kommen. Der Friede muß, soweit das irgend möglich ist, die Ursachen beseitigen, die zu der Weltkatastrophe geführt haben, und er muß wenigstens in den Grundzügen eine neue, den Weltfrieden schirmende, die Einzelstaaten überragende Rechtsordnung schaffen."

Einem allgemeinen Zusammengehen aller Völker der Welt in großen Fragen des Lebens arbeiten zwei unscheinbare, in der Schweiz erschienene Schriften vor, die doch unter die ersten Symptome für den neuen Aufbau gerechnet werden können. Eine Untersuchung von A. Lipschütz über die „Probleme der Volksernährung" (Bern 1917, Max Drechsel) behandelt die Ernährungsfrage auf breiter internationaler Basis mit dem Ergebnis: „daß die Zentralisierung des gesamten Ernährungswesens eines Landes im Sinne einer staatlichen Kontrolle und einer staatlichen Leitung der gesamten Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel, wie sie in allen Ländern während des Krieges aufgekommen ist, nach dem Kriege nicht nur weiter bestehen, sondern sogar in vermehrtem Maße durchgeführt werden wird." E. Großmann hat die Erbschaftssteuer der wichtigsten europäischen Staaten zur Grundlage der Anwendung in der schweizerischen Finanzreform gemacht (Bern 1917, Max Drechsel) und dazu in der Tat Material von den größten europäischen Staaten selbst erhalten. Vielleicht münden solche unscheinbare Wege wieder in die breite Landstraße, auf der sich späterhin die Welt wieder zu gemeinsamer geistiger Arbeit wird zusammenfinden müssen.

Hönn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

5. Jahrgang • 12. Juli 1918 • Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Das Unglück, das Scheidemanns Rede angerichtet haben soll, ist nicht gar so groß — er hat einige Dinge ausgesprochen, die bekannt genug sind und über die man aus Gründen der Zweckmäßigkeit sonst nicht allzulaut redet. Daß Payer sich durch die rhetorische Zuspitzung, die Scheidemann in kalter Leidenschaft zu geben weiß und die den Parteisinn seiner Reden umfaßt, nicht aus der Ruhe bringen ließ, hat verursacht, daß die kritische Spannung ohne Entladung blieb. Auf der Rechten ist man teilweise darüber enttäuscht, denn dort bleibt die Hoffnung auf das Ausspringen der Sozialdemokratie. Die Regierung beobachtet diese Möglichkeit gelassen, sie läßt sich nicht von links einschüchtern, aber auch von rechts nicht zu törichten Kundgebungen drängen. Das ist auch das klügste. Erstens ist Scheidemann noch nicht die Sozialdemokratie, zweitens hat diese gleich nach dem Konflikt den rumänischen Frieden angenommen, und drittens wird sie sich sehr überlegen, ob sie in die grundsätzliche Opposition gehen wird. Wir meinen, sie wird es nicht tun, und sie weiß warum. Sie hätte sich sonst einen gescheiteren Zeitpunkt herausgesucht. Aber es kann objektiv nichts schaden, wenn Hertling im Hauptquartier darüber sich unterhält, wie das System der zwei Gewalten, das in eine sich verdichtet, sei es als Tatsachenglaube, sei es als Legende, die politische Meinungsbildung in Deutschland beschäftigt. Wichtiger übrigens als die Versicherungen Payers sind jene Tatsachen, die zeigen, daß man über verschiedenerlei Anschauung zu geschlossenen Handlungen voranschreitet — polnische Frage, Wahlrechtsfrage.

*

Das preußische Abgeordnetenhaus hat in der fünften Lesung des Wahlgesetzes nicht sabotiert, sondern das Kompromiß Heydebrand-Lohmann an das Herrenhaus gegeben. Friedbergs Hoffnungen begleiten das Gebilde auf diesem Weg. Wir sind Skeptiker, daß dieses Haus plötzlich Demokratie zur Parole machen wird, und sehen nicht bis jetzt, daß die Regierung dem nachhelfen will. Herr Stegerwald ist der einzige „Pair" von Belang, der in letzter Zeit in das Haus geschoben wurde. Politisch interessant wird aber sein, was das Herrenhaus über seine eigene künftige Zusammensetzung beschließt. Das ist ein Fingerzeig für die spätere Entscheidung, wenn Auflösung, Neu-

Digitized by Google

wahl usf. vorbei sind. Das Herrenhaus steht dann nämlich noch unerschüttert — aber es muß jetzt zeigen, welche eigenen Zukunftsgedanken es besitzt.

*

Die Engländer feiern jetzt mit Banketten den Jahrestag, da sie ihre größte Kolonie verloren haben, und man müßte meinen, diese Rede Churchills am Tag der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten sei eine schlecht verhüllte Abhängigkeitserklärung des alten Mutterlandes. Das ist wenigstens der Tatbestand, und Churchill muß biegsam genug sein, ihn in einer heroischen Rede zu verdunkeln. Er war längere Zeit schweigsam, aber er ist, nachdem er eine Zeitlang unbeschäftigt in der Opposition schwankte, über seine Terminologie vom ersten Kriegsjahr nicht hinausgekommen: „Deutschland soll wissen, daß es besiegt worden ist." Churchill redet heute wieder als Minister, als Mitglied des Kabinetts, das sich heute noch, trotz der „Kündigung des Burgfriedens", auf die Labour Party stützt. Für die deutsche Sozialdemokratie nicht zu übersehen!

*

Die Engländer beginnen sich immer mehr an der Murmanküste festzusetzen, um von hier aus mit dem tschechisch-slowakischen Hebel den ententefeindlichen Bolschewismus aus der Machtstellung zu heben. Als Nebenzweck verfolgen sie dabei natürlich die Bedrohung Finnlands, weil es in den mitteleuropäischen Interessenkreis einbezogen ist. Damit ergibt sich ein gemeinsames deutsch-bolschewistisches Interesse. Von bolschewistischer Seite wird denn auch schon offen mit der Möglichkeit gedroht, mit den Deutschen gemeinsame Sache gegen die Entente zu machen. Wie wir schon mehrfach ausgeführt haben, hätten wir keinen Grund, ein bolschewistisches Ansuchen um Hilfe von vornherein von der Hand zu weisen, natürlich vorausgesetzt, daß dadurch unsere Beziehungen zu Finnland und zur Ukraine nicht verdorben würden.

*

Graf Mirbach ist in Moskau ein Opfer der wüsten Anarchie der Instinkte geworden, die den russischen Volkskörper zerreißt. Es ist kaum zu hoffen, daß jemand die Quelle des Attentats noch aufdecken kann; man braucht die Phantasie nicht spazieren zu schicken. Tragisches Widerspiel: die erste Kugel der Gegenrevolution trifft einen deutschen Grafen.

*

Wir helfen, auf einen Ruf des österreichischen Kaisers, in unseren eigenen schwersten nächsten Wochen, dem Verbündeten mit Nahrung aus, so weit es eben geht. Das ist notwendig und geschieht — man verliert keine Worte darüber. Aber dann muß eine neue Melodie im mitteleuropäischen Ernährungsrat begonnen werden. Es geht offenbar nicht anders, als daß Deutschland sich beim künftigen Wirtschaftsprogramm um die österreichisch-ungarischen Interna bekümmert. Das mag peinlich sein, denn die „Empfindlichkeit" der Magyaren ist ein deutschpolitischer Glaubenssatz. Aber allem sind Grenzen gesetzt. Tisza hatte mit einer vernünftigen Erfassungspolitik begonnen, die Esterhazy aus Popularitätsgründen wieder aufgab. Darf von derlei die mitteleuropäische bare Lebensmöglichkeit gefährdet werden?

Digitized by Google

Der Kaukasus in der Weltpolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Man hat das Kaukasusgebiet früher unter russischer Herrschaft mit einem Elefantenfuß verglichen, den Rußland breit und lastend auf die Verbindungslinie zwischen den pontischen und den Donauländern auf der einen, dem Innern von Vorderasien auf der andern Seite setzte. Rußland verhinderte die Durchfuhr europäischer Waren, die durch Transkaukasien nach Persien und Turkestan ohne die russischen Sperrzölle mit der Bahn Batum—Tiflis—Baku hätten transportiert werden können, und es verhinderte auch den Bau von Bahnen im nördlichen Kleinasien und in Armenien, durch die die Türkei mit ihren eignen östlichen Gebieten und mit Persien verbunden worden wäre. Nicht einmal die Führung der Bagdadbahn über Angora und Diarbekir wurde von Rußland genehmigt, weil damit die Türken zu einer entfernten militärischen Aufmarschmöglichkeit in Armenien, das dem Kaukasusgebiet südlich benachbart liegt, gelangt wären. Dieser Zwang war in die Form gekleidet, daß Bahnen in dieser Gegend von den Türken nur mit Hilfe russischen Kapitals gebaut werden sollen. Das hieß natürlich, daß sie überhaupt nicht zustande kommen durften. Die Folge davon in diesem Kriege war, daß die Dinge, anfangs wenigstens, nach dem russischen Wunsch gingen. Den Türken war es unmöglich, eine genügende Armee an der Kaukasusgrenze aufzustellen und zu verpflegen, und die russischen Truppen konnten von Kaukasien aus Erserum und Wan nehmen und westwärts bis über Erzinghian, südlich bis an die Taurusscharte von Bitlis, durch die der Weg nach Mesopotamien hinunterführt, vordringen. Erst infolge der Revolution mußten sie Armenien wieder räumen.

Der Besitz von Armenien war das unmittelbare Hauptziel der russischen Politik in Asien. Armenien ist eine strategische Riesenstellung, die über die Herrschaft in einem großen Teile von Vorderasien zugunsten dessen entscheidet, der zugleich den Kaukasus innehat. Vor allen Dingen galt das für Rußland, das über einen unendlichen Raum voll von Hilfsmitteln nördlich des Kaukasus verfügte. Die armenische Stellung ist nach Norden mit der kaukasischen in voller Breite verwachsen und von dort her gesichert. Nach Westen hat das armenische Hochland zwei Ausgänge: über Erserum—Erzinghian und über Charput—Malatia; nach Süden gleichfalls zwei: die Tauruspässe von Arghana Madén (auf Diarbekir zu) und von Bitlis; endlich zwei ostwärts nach Aserbeidschan: die große Straße von Erserum nach Täbris, die etwas östlich vom Ararat die armenisch-iranische Grenzkette überschreitet und den Saumweg von Wan in das Becken von Urmia. Alle diese Ausgänge sind Ausfallspforten aus Armenien in die umliegenden Länder. Am drohendsten sind die westlichen nach Kleinasien und die südlichen nach Mesopotamien. Weder hier noch dort sind natürliche Verteidigungsstellungen von ähnlicher Stärke gegen ein Heer vorhanden, das

Digitized by Google

aus der Gebirgsumwallung Armeniens vorbricht. Umgekehrt ist es fast unmöglich, wenn die Pforten Armeniens besetzt sind, von außen her einzudringen. Wäre es den Russen gelungen, zu Kaukasien noch Armenien hinzuzuerwerben, so hätte die kaukasisch-armenische Gesamtstellung fast über die ganze anatolische Halbinsel, über des Euphrat- und Tigrisland bis über Mossul hinaus und über Iran bis an die Grenzen von Afghanistan und Beludschistan dominiert. Nichts anderes war auch das Ziel der russischen Politik bei dem zähen Festhalten ihrer Absichten auf Türkisch-Armenien.

Rußland nützte den Besitz der kaukasischen Sperrstellung zwischen den Küsten des Schwarzen Meeres und dem iranischen Hochlande dahin aus, daß es Persien nicht nur handelswirtschaftlich, sondern auch in jeder andern Beziehung vom Westen abschnitt. Der Weg über Batum und Baku war, wie gesagt, ganz geschlossen; nicht einmal Postpakete aus Deutschland, Österreich-Ungarn oder der Schweiz nach Persien wollten die Russen durchlassen; mißvergnügt und unzuverlässig auf Grund langer Verhandlungen verstanden sie sich schließlich dazu. Es ärgerte sie, daß auf diesem Wege geringe Mengen hochwertiger Artikel nach Täbris und Teheran gelangten. Der alte Karawanenweg von Trapezunt über Erserum nach Täbris war von der Küste bis Erserum fahrbar. Auch bis Täbris hätte er ohne viel Mühe soweit in Ordnung gebracht werden können. Den Russen gelang es aber, mit den üblichen Mitteln das zu verhindern, wie auch den modernen Ausbau der Befestigungen von Erserum. Trotz des elenden Zustandes der Straße und trotz der großen Kosten ging auf Saumtieren eine verhältnismäßig große Menge von Waren über Trapezunt nach Persien und konkurrierte dort mit manchen russischen Artikeln. Der Ausbau der Karawanenstraße, dem jedenfalls in absehbarer Zeit auch der Bahnbau von Angora und von Trapezunt nach Erserum und von da nach Täbris folgen wird, muß den Handelsverkehr auf dieser Route durchgreifend zum Vorteil der mitteleuropäischen Länder verbessern, namentlich sobald auch die Donau auf ihrem ganzen Lauf in eine wirklich leistungsfähige Wasserstraße verwandelt ist.

Rußland benutzte die Abriegelung Persiens durch den Kaukasus und durch die von dort aus erzwungene Verhinderung der Straßen- und Bahnbauten in Türkisch-Armenien politisch dazu, sich mit England in Persien zu teilen. Ursprünglich war es russische Absicht, durch ganz Persien von Norden nach Süden bis an den Golf von Oman hindurchzustoßen. Tschahbar außerhalb und Bender-Abbas innerhalb der Meerenge von Ormus waren die russischen Ziele. Als ich Anfang 1901 in Südpersien reiste, war eine russische „zoologische" Studienexpedition dort tätig, um die Eisenbahntrace von Ispahan nach Tschahbar zu untersuchen. Die Russen lachten selbst über die Zoologie und gaben zu verstehen, was ihr eigentlicher Auftrag war. In Tschahbar hätten sie am offenen Indischen Ozean dicht vor Indien gesessen. Das zu dulden, war für England ausgeschlossen, und die Unterstützung, die England den

Digitized by Google

Japanern im Kriege von 1904/05 mit Geld und gutem Rat gegen Rußland gewährte, hatte ebensosehr den Zweck, das russische Vordringen in Persien anzuhalten, wie die Russen von ihren weltpolitischen Zielen im fernen Osten auf Konstantinopel zurückzuwerfen und sie dort in Konflikt mit Deutschland zu bringen. Im Vertrage von 1907 mit England entsagte Rußland seinen Absichten in Südpersien und ging auf die Teilung Persiens ein. In diesem selben Abkommen war insgeheim auch bereits eine Teilung der Türkei verabredet, bei der England Armenien den Russen überließ. Die endgültige Auseinandersetzung über Persien behielten sich beide Teile, Rußland und England, vor, wobei jeder hoffte, den Löwenanteil auf Kosten des andern zu erhalten. Einig war man sich nur darin, Dritten den Weg ins Land zu versperren und Persien selbst an jeder Entwicklung im Straßen- und Bahnbau, in den Finanzen, im Heerwesen, in der Volkswirtschaft zu verhindern, damit es nicht zu eignen Kräften komme.

Der Zusammenbruch und der Zerfall Rußlands hat auch das Ende der russischen Herrschaft über den Kaukasus zur Folge gehabt. Das nördliche Vorland des Hochgebirges, das Gebiet der Kubankosaken und die angrenzenden Striche, war ursprünglich sogenannte Steppe. Da aber der Boden sehr gut ist (er gehört zum ukrainischen Schwarzerdegebiet), so ist er seit der Unterwerfung des Kaukasus durch Rußland zunehmend besiedelt worden und war zuletzt einer der besten Getreidebezirke Rußlands. Die Bevölkerung, Kosaken wie Bauern, ist überwiegend ukrainisch und hat sich jetzt gleich der Ukraine selbst von Großrußland getrennt. Das Kuban- wie das Dongebiet bilden jetzt eigene Republiken, die eine Föderation mit der Ukraine eingehen zu wollen scheinen. Ebenso haben sich die transkaukasischen Völker von Großrußland losgesagt. Georgier, Armenier und Tataren, jede an Zahl zwei Millionen Seelen oder etwas mehr, schlossen sich anfangs zu einer transkaukasischen Föderativrepublick zusammen. Da geschah etwas vollkommen Unerwartetes. Die Türken, denen im Frieden von Brest das 1878 an Rußland abgetretene Gebiet von Kars, Ardahan und Batum zugesprochen war, besetzten außerdem noch einen großen Teil von Transkaukasien, fast das ganze bisher russische Armenien und einige georgische Bezirke. Außerdem verständigten sie sich mit den Tataren, die den östlichen Teil Transkaukasiens bewohnen, über den Anschluß des ganzen tatarischen Gebiets in irgendeiner Form an die Türkei. Auch Täbris wurde von türkischen Truppen besetzt. Die transkaukasische Republik mußte sich infolgedessen zunächst auflösen. Georgien erklärte sich nach mehr als hundert Jahren von neuem als selbständigen Staat; Georgier und Armenier protestierten gemeinsam gegen den türkischen Urmarsch und suchten um den Schutz Deutschlands nach. Auch das kaukasische Armenien erklärte seine Selbständigkeit.

Daran, daß Großrußland, sei es unter einer bolschewistischen oder einer anderen Regierung, die Herrschaft über den Kaukasus wiedergewinnt, wird nicht zu denken

Digitized by Google

sein. Die Ukrainer, die Kuban- und die Donkosaken schieben sich zwischen Moskowien und das Kaukasusgebiet ein, und weder sie noch Deutschland haben ein Interesse daran, das Großrussentum von neuem hier mächtig werden zu lassen. Im Gegenteil, Deutschland muß daran liegen, daß der Kaukasus ebenso unabhängig von Rußland bleibt, wie die Ukraine, und daß der kaukasische Elefantenfuß Rußlands nicht von neuem auf die durch den russischen Niederbruch offen gewordene Verbindung zwischen Mitteleuropa, den Pontusländern und Vorderasien drückt. Auch daß die Türken die Gewalt über Transkaukasien behalten, wäre kein Vorteil für die Sache Mitteleuropas, weil die Türkei ungeachtet aller Bundesgenossenschaft nicht die Mittel besitzt, hier die notwendigen Entwicklungsarbeiten vorzunehmen und weil ihre Herrschaft bei den christlichen Kaukasusvölkern, Armeniern und Georgiern, auf unüberwindlichen Widerstand stoßen würde. Gehen die Türken dauernd über die Linie, die ihnen der Brester Frieden einräumte, hinaus, so werden Unordnung, Blutvergießen und Vereitelung alles wirtschaftlichen und Verkehrsfortschritts in Transkaukasien die Folge sein.

Im mitteleuropäischen Interesse liegt nichts anderes, als die tatsächliche Freiheit, Unabhängigkeit und womöglich föderative Einheit der transkaukasischen Länder und Völker, ohne daß auf diese ein Druck, sei es von der russischen, sei es von einer andern Seite her ausgeübt werden könnte. Weiter muß uns alles daran liegen, die wirtschaftliche Produktions- und Aufnahmefähigkeit des Kaukasus selbst und die Leistungen der großen dort hindurchgehenden Weltverkehrslinien zu entwickeln. Gerade Transkaukasien ist reich an Mineralien, vor allem an Mangan, Kupfer und Steinkohle, und an Petroleum. Es hat auch sehr ausgedehnte Striche, wo Baumwolle kultiviert werden kann und zum Teil schon kultiviert wird. Seine natürliche Eingangsstelle von Europa her ist nicht das türkisch gewordene Batum, sondern das georgische Poti, das schon die Russen zu einem guten Hafen ausgebaut haben. Von Poti geht die Bahn nach Tiflis und trennt sich dort in die beiden Linien nach Baku am Kaspischen Meer und nach Eriwan, Dschulfa und Täbris. In der Verlängerung der Strecke Tiflis—Baku liegt die Dampferroute über den Kaspi und weiter die transkaspische Bahn nach Buchara und Samarkand, von der bei Merw ein Zweig bis an die afghanische Grenze, bis kurz vor Herat, abgeht. Auch Turkestan und Transkaspien haben sich von Rußland unabhängig gemacht und werden es bleiben, sobald wir das in unserm Interesse liegend finden. Von Täbris bieten sich auf dem iranischen Hochlande keine Schwierigkeiten für den Bahnbau bis in die Nähe von Herat, bis Ispahan und Schiras, bis Hamadan und Kirmanschah, wo die Paßstraße durch die Ketten des Randgebirges nach Bagdad und gleichzeitig die große südwestpersische Petroleumzone beginnt, aus der die englische Admiralität sich die Heizöle für ihre Flotte sichern will. Vom Kaukasus aus führen also sichere, mannigfaltigere und, namentlich für englische Absichten, weniger angreifbare Verbindungen in das Innere von Vorderasien und bis in die iranisch-indischen Grenzgebiete, als über Bagdad.

Digitized by Google

Die Bagdadlinie mündet auf den Persischen Golf, der in jedem Falle ein englisches Gewässer ist. Das iranische Hochland aber wird nach dem Ausbau der Bahnen von Angora nach Trapezunt und Täbris und von Täbris nach Teheran, Ispahan und Kirmanschah nicht mehr ein russisch-englisches politisches Sklavengebiet, sondern ein wirtschaftlich und staatlich entwickeltes, gut aufzuschließendes und leicht zur Blüte zu bringendes Vorland von Mitteleuropa sein.

Weltpolitik oder Kontinentalpolitik?

Von Axel Schmidt

In auffälliger Weise mehren sich im Lager unserer Russophilen die Stimmen, die mit der Möglichkeit rechnen, daß England seinen Kontinentalkrieg abbrechen und sich auf seine Inselfestung zurückziehen könnte. Auf die Frage was dann? — geben sie meistenteils die Antwort, daß Deutschland England „den Fangstoß in Ägypten" geben müßte. Wie erinnerlich, ist seit Beginn des Krieges in unserer Zeitschrift die ägyptische Drohung als unsere beste Waffe gegen die englische Vorherrschaft auf dem Meere hingestellt worden. Sperrt uns England die Nordsee ab, durchschneiden wir ihm die Verkehrsader des Suezkanals. Dann dürften wir, wie der Krieg gezeigt hat, als Kontinentalmacht länger die Blockade aushalten können, als die englische Seemacht den Verlust des Suezkanals. Es würde ihr dadurch nicht nur, zusammen mit dem U-Bootkrieg, die Zufuhr noch weiter erschwert werden, sondern auch der direkte Weg zu ihrer wertvollsten Kolonie, Indien, wäre versperrt. So weit ist der Gedankengang der Russophilen logisch. Zum Schluß aber bekommen ihre Ausführungen einen starken Sprung. Sie meinen nämlich, daß sich Deutschland, um mit England auf diese Weise endgültig abrechnen zu können, an Rußland eine Rückendeckung schaffen müsse. Zu diesem Zwecke wollen sie ihm goldene Brücken bauen. Sie sind dabei der Ansicht, daß es ein schwerer Fehler der deutschen Diplomatie gewesen, einseitig Kontinentalpolitik getrieben zu haben und verlangen ihre Ersetzung durch eine weitausgreifende Weltpolitik. Nach ihnen müßte die deutsche Politik schleunigst ihre Front wechseln, um durch den Abbau des Brest-Litowsker Friedens die Möglichkeit zu gewinnen, Arm in Arm mit Rußland den angelsächsischen Doppelfeind zu bekämpfen. Hierbei wird nur eins übersehen. Wie wollen wir eine zielbewußte Bekämpfung Englands in Ägypten vornehmen, ohne völligen Ausbau unseres türkischen Bündnisses. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, gleichzeitig mit der Türkei und einem wiederhergestellten Rußland in Freundschaft zu leben. Jeder Wiederzusammenschluß des russischen Weltreiches wird automatisch dessen Stroßkraft auf Konstantinopel und die Dardanellen richten. Nur wer den großrussischen Wünschen und Hoffnungen fremd gegenübersteht, kann glauben, daß ein russisches Imperium, dem

Digitized by Google

man die Ukraine zu verspeisen erlaubt hätte, am Schwarzen Meer halt machen würde. Das ist eine sachliche Unmöglichkeit. Damit fällt aber schon die gesamte Konstruktion der Russophilen in sich zusammen.

Der Ostfriede trägt, wie er jetzt geschlossen ist, zumal, wenn man die in ihm enthaltenen Möglichkeiten (Georgien und Armenien) in Betracht zieht, die Aussicht in sich, den ägyptischen Plan zur Ausführung zu bringen. Sei es jetzt, wenn der Kontinentalkrieg von England abgebrochen wird, oder später einmal, sollte England wieder die Lust ankommen, seinen deutschen wirtschaftlichen Konkurrenten mit Waffengewalt zu beseitigen. Aber nicht nur zur Erhaltung der Türkenfreundschaft brauchen wir die Auflösung des russischen Weltreiches in seine nationalen Bestandteile, sondern auch zur Erweiterung unserer wirtschaftlichen Grundlage. Wir müssen durch neues Siedlungsland unsere landwirtschaftliche Produktion soweit vermehren, daß wir unsere wachsende Menschenzahl in Zukunft auch ernähren können, wenn englischer Neid uns wieder einmal die Überseezufuhr abschneiden sollte; abgesehen davon aber bietet uns die Ukraine den Zugang zu Georgien und Armenien, d. h. zu Ländern, die uns Rohstoffe zur Verfügung stellen können, die uns in diesem Kriege bisher gefehlt haben: Baumwolle, Tee, Petroleum, Manganerze und Kupfer. Nicht durch eine Wiederherstellung des russischen Imperiums, das stets für Konstantinopel als Siegespreis bereit sein wird, England gegen Deutschland Landsknechtsdienste zu tun, sondern durch einen Kranz von Nationalstaaten, von Finnland bis zur Ukraine, die wirtschaftlich und politisch an Mitteleuropa interessiert sind, weil sie alle ohne diese Rückendeckung von Moskau in ihrer Existenz bedroht werden, ist Deutschland die Möglichkeit gegeben, jetzt oder in Zukunft der „englischen Gefahr" zu steuern. Die Fragestellung Kontinentalpolitik oder Weltpolitik ist daher irrtümlich.

Man kann es unserer Diplomatie zum Vorwurf machen, daß sie es nicht zu verhindern verstanden hat, daß Deutschland zu gleicher Zeit in diesem Weltkrieg gezwungen ist, die Kontinental- und Weltfragen zusammen einer Entscheidung entgegen zu führen. Professor J. Haller hat in seiner klassischen Kritik des Bülowschen Buches diesen schweren Fehler deutscher Politik eingehend erörtert. Unter keinen Umständen geht es aber an, einfach die Fragen der Weltpolitik vor Erledigung der Kontinentalpolitik in Angriff nehmen zu wollen. Das hieße den Bau der deutschen Politik mit dem Dach beginnen. Einzig und allein die gründliche Regelung der Ostfragen bietet uns ein tragfähiges Fundament für eine weitausgreifende Weltpolitik, deren Inangriffnahme uns der Krieg schneller als zu erwarten war, aufgezwungen hat.

Wer den Glauben hat, daß England in Ägypten niederzuzwingen sei, muß zugeben, daß die Vorbedingung zu dieser Möglichkeit der Sieg der Türken an den Dardanellen gewesen. Allein dadurch wurde Rußland militärisch ausgehungert, und dieser bot Hindenburg die Möglichkeit, die Russen vernichtend zu schlagen. Wollen wir also den ägyptischen Plan jetzt oder später dazu benutzen, um England Schach zu bieten, so

Digitized by Google

haben wir den türkischen Bundesgenossen dazu noch nötiger, als bisher, weil nur durch sein Gebiet der Suezkanal für uns angreifbar ist. Wie aber sollen wir den Türken als Bundesgenossen behalten, wenn wir darauf ausgehen, seinen alten Erbfeind wieder zu Kräften kommen zu lassen. Man braucht nicht einmal in Weltteilen zu denken, sondern nur eine Karte des früheren Rußlands anzusehen, um zu erkennen, daß seine geographische Lebenslinie von Norden nach Süden lief. Dieser geopolitische Zwang wird daher auch stärker sein, als alle papierenen Bindungen, die Rußlands Gesicht nach Osten abdrehen sollen. Löst man dagegen den alten russischen Weltstaat in seine natürlichen Teile auf, so wird nicht nur durch Abschlagen der westlichen Fassade der Zug nach Osten verstärkt, sondern es wird auch durch Schaffung der Ukraine dem panslawistischen Expansionsdrang ein Riegel vorgeschoben. Der Druck auf Konstantinopel hat damit aufgehört, weil die ukrainische Lebenslinie nicht nach Süden, sondern nach Osten weist. Geht doch seit etwa einem Menschenalter eine starke ukrainische Kolonisation über das Kubangebiet und das Kaspische Meer nach Turkestan und Südsibirien. Bei Ausgestaltung des ukrainischen Staates und bei Annäherung von Georgien und Armenien an Mitteleuropa würde zudem England, weil seine Vormachtstellung in Indien in Frage gestellt werden könnte, viel mehr bedroht werden, als durch eine künstliche Wiederherstellung Rußlands, die stets die Gefahr in sich schlösse, daß es in seine alten panslawistischen Träume versänke. Zum Schluß noch eine Frage. Was werden unsere Bundesgenossen sagen, wenn wir, um England zukünftig einmal gemeinsam mit Rußland schlagen zu können, ihren schwersten Gegner wieder aufrichten wollten. Für Österreich und Bulgarien bedeutet der englische Gegensatz nichts — der russische aber alles. Die Russophilen scheinen es eben ganz vergessen zu haben, daß wir einen Koalitionskrieg führen und es daher nicht angängig ist, sich zum Schaden der Bundesgenossen mit deren Gegner aussöhnen zu wollen.

Nicht mittels Abbau der Kontinentalpolitik, wie es die Russophilen wollen, deren extremste Vertreter sogar für einen Wiederaufbau des alten Rußlands mit deutscher Hilfe sind, und mittels Ersetzung durch eine einseitige gegen England gerichtete Weltpolitik ist der Weltkrieg zu beendigen, sondern durch die Ausnutzung der durch Rußlands Zusammenbruch errungenen Vorteile. Es darf eben nicht heißen: „Kontinentalpolitik oder Weltpolitik", sondern: durch Kontinentalpolitik zur Weltpolitik. Sie beide sind keine Gegensätze, sondern Stationen, die Deutschlands Entwicklung durchlaufen muß.

Politische Initiative

Von Hans Delbrück

Die „Deutsche Politik" vertritt seit ihrem Bestehen, ganz wie ich in den „Preußischen Jahrbüchern", den Standpunkt, daß dieser Krieg nur zu einem guten Ende geführt werden kann, wenn die Staatskunst unsere Erfolge im Felde unterstützt und

Digitized by Google

fruchtbar macht. Wie eine Bestätigung dieser Auffassung klingt die folgende Äußerung der englischen Zeitschrift „New Europe“:

„Wäre während des Krieges die deutsche Politik auf der Höhe der deutschen Strategie gewesen, was wäre dann aus der Entente geworden?“

Leitende politische Persönlichkeiten stehen in Deutschland auf einem anderen Standpunkt. In den Reichstagsdebatten vom 1. und 2. Juli wurde, mit der einzigen Ausnahme des Abgeordneten Naumann, der Politik eine subalterne Stellung zugewiesen. Von der Rechten her kamen geradezu verächtliche Worte. Der Staatssekretär des Auswärtigen selbst hat doch nicht viel mehr in Anspruch genommen, als daß sein Amt nach Ausschöpfung aller militärischen Möglichkeiten das Fazit aus den Ereignissen auf dem Schlachtfelde zu ziehen habe.

Wer hat recht? Die Engländer mit ihrer Angst, eines Tages könne in Deutschland ein Staatsmann erstehen, der die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinend, unsere politischen Handlungen so zielbewußt gegen die Entente leitet, wie Hindenburg und Ludendorff die militärischen? Oder jene skeptische Auffassung, die bis in die Kreise unserer Reichstagsmajorität reicht: Worte helfen ja doch nichts, nur die eisernen, d. h. die militärischen Tatsachen sprechen?

Von der Beantwortung dieser Frage hängt viel ab. Es ist daher vielleicht nützlich, sie sich einmal in einem Spiegelbilde vorzuführen.

Nehmen wir einmal an, die deutsche und englische innere Lage wären vertauscht: Bei uns eine Kombination Tirpitz-Bülow-Stresemann-Westarp am Ruder, die patriotischen Sozialisten gespalten. Die einen von Kriegsleidenschaft ergriffen, wie in England der Sozialist Barnes; die anderen überzeugt, daß nur die alldeutsch gestimmte Regierung den Frieden verhindere, grade wie Ramsay Mc. Donald und Snowden davon überzeugt sind, daß nur Lloyd George die Schuld an der Verlängerung des Krieges trägt. Neben diesen Sozialisten eine bürgerliche Friedenspartei, entsprechend der Lansdowne-Buckmaster-Gruppe, die sich patriotisch zurückhält und auf den psychologischen Augenblick wartet, um die kriegsfreundliche Regierung zu stürzen. Wir müssen weiter annehmen, Herr v. Bethmann Hollweg hätte sich in den Reichstag wählen lassen, führte diese Gruppe, und hätte zu seiner Verfügung eine wohlinformierte starke Presse. In England aber setzen wir ein Ministerium voraus, etwa entsprechend dem Ministerium Hertling-Payer. Alle Wissenden in Deutschland würden einem solchen Ministerium zutrauen, daß es zu einem Frieden bereit sei, der sich mit Deutschlands Ehre und Sicherheit vereinigen ließe.

Nehmen wir an, nun bräche in einer solchen Situation eine Krisis im englischen Auswärtigen Amt aus. Was wären dann die Wünsche und Hoffnungen der deutschen Kriegspartei, was wären ihre Befürchtungen? Die Antwort kam nicht zweifelhaft sein: Der Ersatz des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen durch einen Scharfmacher würde das deutsche Gewaltministerium für das Gefühl des deutschen Volkes

Digitized by Google

rechtfertigen und alle Anhänger des Verständigungsfriedens als Utopisten diskreditieren. Der Krieg würde ins Endlose weitergehen. Ganz ebenso, wenn ein Vertreter des Friedens um jeden Preis ans Ruder käme; denn sobald dieser die Verhandlungen eröffnen wollte, würden solche Bedingungen von der Gegenpartei gefordert werden, daß ein Aufbäumen der öffentlichen Meinung ihn wieder aus dem Sattel setzen würde. Wenn dagegen ein Mann an die Stelle träte, der dafür bekannt wäre, keineswegs ein Defaitist zu sein, sondern im Gegenteil entschlossen, für gewisse Ziele den Kampf mit Deutschland auf Leben und Tod aufzunehmen, aber ebenso entschlossen, eine Fortsetzung des Krieges um weitergehender Ziele willen zu verhindern, was wäre dann für eine Rückwirkung auf unsere innere deutsche Situation zu erwarten?

Wohl möglich, daß das annexionistisch-alldeutsche Ministerium sich halten würde. In allen Ländern können sich heute Ministerien, die die Minoritäten vertreten, halten. Aber der deutsche Siegeswille wäre nicht mehr intakt, der ganze Strom der Freiwilligkeit, der immer wieder von neuem unerhörten Schwung unserem militärischen Organismus verleiht, würde allmählich versiegen.

Somit wäre die Lösung jener imaginären Krisis in England keine unwichtige Begleiterscheinung, es wäre auch keineswegs bloß ein diplomatischer Schachzug, sondern es wäre selber eine Kriegshandlung von entscheidender Bedeutung.

Die Schlußfolgerung ist klar:

Die alldeutschen Feinde Herrn von Kühlmanns arbeiten fieberhaft auf seinen Sturz hin und auf die Ersetzung durch einen Mann, dessen Name ihnen genehm ist, und schon kommt ihnen Hilfe, Hilfe von ebendaher, wo wir sie nach dem Obigen zu erwarten haben: aus Feindesland.

Während diese Zeilen geschrieben werden, wird die Churchillsche Rede veröffentlicht, worin nicht nur die deutsche Niederlage, sondern sogar das Eingeständnis dieser Niederlage gefordert wird. Was kann besser dazu angetan sein, auch Anhänger des Verständigungsfriedens sich in die Vaterlandspartei flüchten zu lassen, wollten sie nur nach ihrem Gefühl reagieren?

Der englische Minister Balfour nannte Winston Churchill schon vor dem Kriege einen Agent provocateur. Sollen wir wirklich in die Falle gehen, die dieser Mann uns stellt?

Wir sind mit Recht stolz darauf, daß unsere Heeresleitung die militärische Initiative in diesem Jahre wieder an sich gebracht hat und nicht verlieren wird.

Es ist Wachsamkeit geboten, daß wir uns nicht die Gesetze des politischen Handelns vom Gegner diktieren lassen. Nicht nur militärisch, auch politisch muß Deutschland die Initiative an sich reißen.

Digitized by Google

Die neuen Strömungen in der englischen Arbeiterschaft

Von Carl Brinkmann

Der Verlauf des Kriegs hat in allen wichtigen kriegführenden Ländern der Arbeiterklasse als einer Hauptträgerin der Wehrpflicht, der Kriegswirtschaft und der Stimmung der Bevölkerung einen immer wachsenden Einfluß eingeräumt, nirgendsmehr als in England, wo heute acht Arbeiter als Minister oder Unterstaatssekretäre im (weiteren) Kabinett Lloyd George sitzen. Wenn dieser Einfluß der Arbeiter irgend etwas wie einen einheitlichen Faktor in der allgemeinen Weltkriegspolitik darstellt, wird er daher durch die Entwicklung der Dinge in England jedenfalls in hervorragender Weise bestimmt werden.

Gerade weil die englische Arbeiterschaft am frühesten unter dem Druck der hochkapitalistischen Wirtschaft eine organisierte soziale Macht gebildet hat, gehört sie heute zu den politisch unentwickeltsten in Europa, genau wie umgekehrt die deutschen Arbeiter, deren Entstehen aus dem Handwerk mindestens ein halbes Jahrhundert später fällt, vor dem Krieg nicht bloß in der sozialistischen Internationale, sondern überhaupt die geistige Führung unter ihren europäischen Klassengenossen hatten. Was aus dem Standpunkt der so viel bewegteren, nach dem Ausland offenen deutschen, französischen oder auch amerikanischen Arbeiterpolitik vielfach als insulare Abgeschlossenheit des englischen Arbeiters erscheint, ist vielfach nur die geistige Haltung einer sehr alten und überlieferungstreuen Gesellschaftsschicht, die sich großenteils schon längst auf ihren errungenen Wirtschaftsrechten zur Ruhe gesetzt, deshalb aber nicht weniger (ein Abbild des englischen Parlamentarismus) diesen Rechten die Bahn in ganz Europa gebrochen hat. Wenn der Aufbau der europäischen Arbeiterbewegung überall darin gleich ist, daß das politische Interesse der Arbeiterparteien mit dem wirtschaftlichen der Gewerkschaften ringt und sich ausgleichen muß, so hat in England die geschichtliche Entwicklung dabei den Gewerkschaften mehr als irgendwo anders das Übergewicht gegeben. Ja die einzige große politische Organisation der englischen Arbeiter, die Labour Party, ist seit ihren Anfängen zu Ende des vorigen Jahrhunderts bis jetzt nicht etwa wie die festländischen Arbeiterparteien eine Vereinigung einzelner Mitglieder, sondern ganzer, meist gewerkschaftlicher Verbände, kein Einheitsstaat, sondern ein Staatenbund, in dem daher auch die Gegensätze und Kämpfe fester Körperschaften, nicht loser Gruppen den Ausschlag geben. Bis jetzt stimmt die Labour Party auch über die wichtigsten Fragen ihrer Politik, z. B. gegenwärtig über ihre Stellung zu Krieg und Frieden, nicht unmittelbar mit den riesenhaften Stimmenzahlen ab, die in den Verhandlungsberichten die Verwunderung des festländischen Politikers erregen, sondern jeder Gliedverband stimmt mittelbar für die Tausende seiner Einzelmitglieder, und hat es im Einzelfalle ganz in seiner Hand, ob er sich in Urabstimmungen besondere Aufträge dazu geben lassen will.

Digitized by Google

Das System macht die jeweiligen Stimmungen und Strömungen in der Masse der englischen Arbeiter von vornherein außerordentlich undurchsichtig. Der kriegsfreundliche Teil ihrer Führer beruft sich gern darauf, daß das Nebeneinander größter und kleinster Verbände im Rahmen der Arbeiterpartei ein ganz falsches Bild ihrer Gesamtrichtung gebe, weil winzige Verbände wie die friedensfreundliche Independent Labour Party oder British Socialist Party im ausführenden Ausschuß gleich stark vertreten seien wie die großen, angeblich regierungstreuen Gewerkschaften. Dem kann wiederum von den Pazifisten entgegengehalten werden, daß in der gegenwärtigen Organisation der einzelne Arbeiter gar keine unmittelbare Gelegenheit zu politischer Betätigung habe, weil er in der Regel nur durch die sehr selbstherrliche Gewerkschaft zu ihr gehöre.

Die geschilderte politische Form aber hat sachlich zugleich zum Grund und auch wieder zur Wirkung, daß der englische Arbeiter viel weniger als seine Genossen in den übrigen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft, der geborene politische Gegner der herrschenden Regierung ist. Wenn sich sogar in den neutralen Staaten kaum eine Arbeitergruppe für die Kriegsziele der Entente begeistert, die nicht durch den häuslichen Gegensatz zu ihrer Regierungspolitik dazu getrieben wird, so war in England die Heeresfolge der Arbeiter im Kriege zunächst weniger als irgendwo anders ein Problem. Das hängt zweifellos auch damit zusammen, daß an der Spitze der englischen Regierung, lange vor seiner Ministerpräsidentschaft, ein Volksmann und Organisator wie Lloyd George stand, dessen soziale Friedensarbeit ihm eben noch die Dankbarkeit der arbeitenden Bevölkerung eingetragen hatte. Aber daß die erstaunlichen kriegerischen Wandlungen dieses im Grunde ganz bourgeoisen Politikers ihn dieser Dankbarkeit nicht längst wieder vollständig beraubt haben, deutet schon auf die tieferen, unpersönlichen Ursachen, aus denen die nationale Verläßlichkeit und Versöhnlichkeit der englischen Arbeiterschaft entspringt. Der englische Arbeiter ist unter allen europäischen selbst am meisten Bürger, am wenigsten Proletarier. Ein Symbol dafür ist die eigentümliche Rolle, die der Sozialismus als politisches Bekenntnis in England spielt. In dem Lande, das während und nach den Napoleonischen Kriegen die blutigsten und bittersten Arbeiterunruhen der neueren Zeit hatte, und das dann die Wahlheimat der Marx und Engels, Mazzini und Kropotkin wurde, ist der Sozialismus heute mehr ein geistiger Luxus intellektueller Kreise wie der Fabier und liberalen Kommunalpolitiker, als im kontinentalen oder gar russischen Sinn ein Traum der Massen. Obwohl die Kongresse der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei wiederholt Beschlüsse auf Verstaatlichung des Grundeigentums und der Hauptindustrien gefaßt haben und noch fassen, sind von den radikalen Führern der Arbeiterschaft die wenigsten Sozialisten oder gar Marxisten. Dagegen ist der Nestor des doktrinären englischen Sozialismus, Hyndmann, bekanntlich mit jugendlichem Ungestüm stets für die äußersten Kriegsziele der Entente eingetreten.

Digitized by Google

Von diesen Feststellungen wird auszugehen sein, wenn erörtert wird, was für Veränderungen der Krieg in der englischen Arbeiterschaft hervorgerufen hat. Sie ist in ganz Europa vielleicht diejenige, von der verhältnismäßig der geringste Teil aus der Arbeit in den Heeresdienst versetzt ist, denn die mächtigen Interessen der englischen Ausfuhrgewerbe und Englands Aufgabe als industrielle Hauptversorgerin des ganzen Verbandes haben in dem schwierigen Ausgleich zwischen Kriegswirtschaft und Heeresersatz vielfach den Ansprüchen jener vor denen dieser ein auf dem Festland kaum mögliches Übergewicht gegeben. Der beste Beweis für diese Einschränkung des rein militärischen Gesichtspunktes ist das durch alle Veränderungen der Wehrpflichtgesetzgebung wenigstens übungsmäßig behauptete Recht der Gewerkschaften, vor jeder neuen Aushebung in ihrem Bereich von der Regierung gehört zu werden. Gerade von hier aus hat indessen eine sehr einschneidende Wandlung die ganzen englischen Arbeiterverhältnisse ergriffen. Die alte Gewerkschaftsorganisation hat sich unter dem Druck der Kriegsereignisse den Mannschaftsforderungen der Regierung in der Regel nicht auf die Dauer entziehen können und jeweils nur ihre Zustimmung zugunsten der eignen Macht möglichst teuer zu verkaufen gesucht. Das war einer der mächtigsten Gründe, weshalb gerade an Aushebungsfragen mit Vorliebe diejenige Bewegung anknüpfte, die die hergebrachte Hierarchie der Trades Unions mit wachsendem Erfolg durch neue, aus der Masse (rank and file) der Arbeiter heraufkommende Führer und Ziele zu ersetzen strebt.

Die wichtigste Vorbedingung für diese Bewegung liegt freilich erst in den großen Verschiebungen, die in dem Personal der Kriegswirtschaft infolge des immer stärker werdenden Aushebungsdrucks vor sich gegangen sind. Für die alten Bestände, die die Gewerkschaftsleitungen dem Kriegsministerium preiszugeben sich gezwungen sahen, zogen Legionen neuer Arbeiterelemente, vor allem Angelernte, Ungelernte, Jugendliche und Frauen in die Betriebe ein, die von jenen Leitungen bis dahin widerspruchslos beherrscht worden waren. Diese Elemente waren ein sehr willkommenes Hilfskorps für die steigende Unzufriedenheit mit den alten Gewerkschaftsbeamten. Sie verhalfen aus der Arbeitermasse selbst heraus den berühmten und berüchtigten Vertrauensleuten (shop stewards) der durch sie „verdünnten" (diluted) Werkpersonale zur Macht, die ihre Stellung im Unterschied von den Gewerkschaftsführern allein der unmittelbaren Berührung mit diesem politisch im ganzen ungeschulten und daher äußerst radikalen Arbeiterkonglomerat zu danken haben. Namentlich seit die „Times" auf diese neue, unter den alten Gewerkschaften hervorgewachsene Organisation als den Keim künftiger sozialer Revolution hinwies, ist der Blick des englischen Bürgertums mit steigender Sorge auf jede ihrer Regungen geheftet. Der Höhepunkt ihres Wirkens waren die großen Ausstände der Jahre 1916 und 1917 in den Rüstungsgewerben. Seitdem ist sie, wenigstens soweit die vielleicht zensurierte Presse ein Urteil erlaubt, nur vereinzelt in der bedeutungsvollen Rolle einer geheimen

Digitized by Google

Anstifterin stiller Sabotage hervorgetreten. Politisch ist sie deshalb besonders schwer zu bewerten, weil sie im allgemeinen nur durch die Vermittlung der von ihr bekämpften Gewerkschaften öffentlichen und parlamentarischen Einfluß erringen könnte.

Eben diesem Mangel aber ist neuerdings eine bemerkenswerte Agitation im Schoße der Arbeiterpartei selbst abzuhelfen geeignet. Unter der Führung Arthur Hendersons, des früheren Arbeitsministers, den Lloyd George wegen seines Wirkens für die erste Stockholmer Konferenz Sommer 1917 es schnöde zu Fall brachte, hat der radikale Flügel der Labour Party um die Jahreswende ein Programm aufgestellt, wonach bis zu den nächsten Neuwahlen, also nach den jüngsten Nachrichten bis zum nächsten Jahre, aus der alten Parteiorganisation heraus eine neue, ganz große Partei der arbeitenden Bevölkerung schlechthin, also auch der Kopfarbeiter und des gesamten Mittelstandes, z. B. der mächtigen Konsumvereinskreise, geschaffen werden soll. Diese Neubildung soll sich von der bisherigen Labour Party dadurch unterscheiden, daß sie an die Stelle des alten Staatenbundes der Arbeiterverbände einen unmittelbaren Verband der einzelnen Arbeiter selbst setzt und so der englischen Arbeiterschaft zum ersten Male eine den andern englischen Parteien und den festländischen Sozialistenparteien ebenbürtige politische Aufstellung verschafft. Man bemerkt, daß der den Klassenkampf verneinende oder doch stark beschränkende Gedanke einer Aufnahme des Mittelstandes ein echtes Erzeugnis der arbeitergeschichtlichen Überlieferung in England ist. Immerhin dürfte gerade von dieser Seite, wo der theoretische Solialismus zum Teil fester und breiter wurzelt als in der eigentlichen Arbeiterschaft, die Hendersonsche Propaganda eine Abschwächung nicht erfahren. Die erst soeben ausdrücklich ausgesprochene „Kündigung des Burgfriedens" lag bereits dem Sinn nach in der ersten Aufstellung des neuen Programms. Diese Radikalisierung eines großen, aber im übrigen ganz unbestimmten Teils der englischen Arbeiterklasse bedeutet nun keineswegs, daß die große Arbeitergefolgschaft in ihrer regierungstreuen Haltung während des Krieges einseitig zurückgedrängt worden ist. Vielmehr hat sich das alte politische Spiel wiederholt, das schon im Frieden die Arbeiterpartei von beiden Hauptparteien des Landes umworben und für beide bündnisfähig werden ließ. Wenn der englische Arbeiterpazifismus und Arbeitersozialismus gerade als solcher einen starken bürgerlich-liberalen Einschlag hat und, wie gezeigt, in Zukunft erst recht zu haben gedenkt, so hat anderseits der nationale Flügel der Labour Party eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie sein Held Lloyd George, der durch den Krieg vom Deutschenfreund und Sozialreformer zum Deutschenfresser und Gesinnungsgenossen der Reaktionäre Carson und Milner geworden ist. Man muß die Beweggründe dieser Mauserung sachlich verstehen lernen, um die Strömungen der englischen Arbeiterpolitik richtig einzuschätzen. Wer bürgt den Arbeitern, so überlegen die regierungstreuen — man kann nur übertragen sagen Mehrheitssozialisten, da sie durchaus nicht alle Sozialisten sind und auch ihre Mehrheit

Digitized by Google

unsicher ist —, dafür daß eine Bewegung wie die Hendersons, vom Pazifismus ganz zu schweigen, die Arbeiterschaft nicht in den Dienst irgendeines kapitalistischen freihändlerischen Machtinteresses einspannt, das mit der schwer ringenden englischen Industrie auch ihre Arbeiter eines Tages dem Wettbewerb Deutschlands aufopfern könnte? Es ist mindestens nicht ausgeschlossen, daß dabei Ideale wie die des internationalen Sozialismus, lediglich als Köder der Bourgeois für die politisch unerfahrenen Proletarier dienen. Anstatt solcher Schlagworte, wird dann weiter gefolgert, bieten der entscheidende Sieg Englands und die wirtschaftliche Vernichtung des Gegners, wie Lloyd George sie verspricht, dem Arbeiter die einzige sichere Aussicht auf einen blühenden Wirtschaftszustand, in dem er zu gleichen Teilen mit dem Unternehmer die Früchte der neu gesicherten Weltherrschaft pflückt. Dem Unternehmen Hendersons, der Erringung der politischen Macht durch die international gesinnten Arbeiter aller Klassen, stellt sich das der gegenwärtigen Arbeiterminister im Kabinett Lloyd George entgegen, durch den militärischen und politischen Sieg des nationalen Gedankens eine neue Arbeiterzukunft unter der Fahne des Schutzzolls zu erreichen.

Das sind die beherrschenden geistigen Gegensätze, die heute um die Seele des englischen Arbeiters streiten. Persönlich drücken sie sich natürlich nur in unendlich zahlreichen und feinen Übergängen und Mischungen aus. Beispielshalber kann Henderson nicht daran denken, zumal in Zeiten der äußeren Bedrohung durch deutsche Offensiven, den Pazifismus offen in sein neues Parteiprogramm aufzunehmen. Ebensowenig versäumt auf der andern Seite der Hauptvertreter der nationalistischen Arbeiterschaft, der Pensionsminister Hodge, mitten in seinen kühnsten schutzzöllnerischen Phantasien Ideen wie deren des Völkerbundes und der Abrüstung seine Verbeugung zu machen. Ein sehr wichtiger persönlicher Faktor, der der englischen Arbeiterpolitik ausschließlich zugehört, ist die stark aufreizende Wirkung des U-Bootkrieges auf die Gewerkschaft der Seeleute und dadurch auf eine Reihe anderer Transportgewerbe, die sonst als geringqualifizierte wahrscheinlich zur radikalsten Opposition neigen würden. Gewiß tragen die Organisationsversuche, die diese kriegsbegeisterten Kreise als Gegenbewegung gegen die sozialistischen und pazifistischen Einschläge der Labour Party unternommen haben, z. B. Victor Fishers „Nationalverband britischer Arbeiter" und die erst wenige Wochen alte Nationaldemokratische Partei, äußerlich ein viel künstlicheres Gepräge als Hendersons neue Arbeiterpartei, und es verdient mindestens Beachtung, daß zu irgendeiner politischen Verbindung zwischen ihnen und den Konservativen, etwa der gleich nationalistischen Vaterlandspartei (National Party) nicht gekommen ist. Aber nichts ist falscher, als englische Arbeiterverhältnisse mit festländischen Augen anzusehen und danach zu vereinfachen. Auf dem Festland ist die Politik der Arbeiterklassen ein Problem der Massenbestimmung durch bekannte Kräfte. In England sind diese Kräfte selbst zum größten Teil noch unbekannt und unbestimmt.

Digitized by Google

Japans Expansion

Von O. Sperber, Berlin

Der Weltkrieg mit allen seinen Umwälzungen hat auch den schon lange drohenden japanischen Aufstieg zur Frühreife gebracht. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte ist es, daß gerade die Länder und Nationen, welche bis zum Kriegsausbruch das Aufkommen der „gelben Gefahr" am meisten bekämpften, nun selbst ihre Schrittmacher werden.

An der Unterdrückung und Bekämpfung der japanischen Entwicklung haben Neuseeland, Australien und vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Nordamerika systematisch gearbeitet.

Der Ausbruch des Weltkrieges, und besonders die Beteiligung Japans als Bundesgenosse Englands und der Entente, hat aber ganz veränderte Verhältnisse geschaffen. Es ließ sich schlechterdings mit den gegenseitigen Bündnispflichten nicht mehr vereinigen, daß man dem handelspolitischen Vordringen Japans auch fernerhin entgegentrat. Anderseits aber brachten es auch die Folgen der kriegerischen Ereignisse in Europa mit sich, daß man dem industriell aufstrebenden Japan mehr und mehr Entgegenkommen erweisen mußte.

Zwischen den Regierungen der britischen Dominien, Australien und Neuseeland, und der des Mikados ist es im Laufe des Krieges allerdings verschiedentlich zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Die dadurch entstandenen Risse und rauhen Reibungsflächen wurden aber immer wieder von den englischen Diplomaten verkleistert und geglättet.

In der Hauptsache bildeten die deutschen Kolonialgebiete in der Südsee das Streitobjekt. Japan, wie auch Australien und Neuseeland beanspruchen ihren Anteil an dem Raube. Durch den Raub der deutschen Kolonialgebiete in der Südsee sind Australien und Neuseeland mit Japan in engere Nachbarschaft getreten. Bis zum Kriegsausbruch bildeten die deutschen Südseebesitzungen gewissermaßen einen Pufferstaat zwischen jenen Ländern.

Die Wirkungen dieser unmittelbaren Nachbarschaft, die Ausschaltung des deutschen Handels und der deutschen Schiffahrt im Stillen Ozean, verspürt man in Australien und Neuseeland bereits sehr deutlich. Verschärft wird die Sache noch dadurch, daß Australien gleich Neuseeland die Blüte ihres männlichen Volkszuwachses, England zuliebe, auf den europäischen Schlachtfeldern hat opfern müssen. Japan hingegen hat bisher nur ganz geringfügige Blutopfer in diesen Kriege gebracht, und der ständig zunehmende Bevölkerungsüberschuß Japans dringt jetzt flutengleich aus den Grenzen des Heimatlandes.

Mit der den Japanern angeborenen Geschwindigkeit haben sie nicht nur den deutschen, sondern auch den englischen und nordamerikanischen Handel bereits größtenteils an

Digitized by Google

sich gerissen. In den australischen und neuseeländischen Häfen haben sich die Japaner schon so breit gemacht, daß die Presse jener Länder fortwährend auf die sie bedrohende gelbe Gefahr hinweist. Schon klagen auch die Arbeiter dieser Länder auf das heftigste und erbittertste darüber, daß die Einfuhr billiger japanischer Waren aller Art sie in ihrem Erwerbe ungemein schwer schädige.

Die Zunahme des japanischen Ausfuhrhandels mit den in Frage stehenden Ländern zeigt folgendes Bild:

Ausfuhr aus Japan nach (in Millionen Yen, 1 Yen = 2,07 M.):

	1917	1916	1915	1914	1913
Brit. Kolonien, Asien und Indien	186,6	125,2	82,2	68,4	73,6
Vereinigte Staaten	478,5	340,3	204,1	196,6	184,5
Nordamerikanische Kolonien . .	23,3	18,6	13,9	11,6	11,3
Britisch-Amerika	16,2	11,3	7,0	5,0	5,1
Süd- und Mittelamerika	8,9	4,4	2,0	0,7	2,2
Britisch-Afrika	20,8	10,1	2,2	2,3	1,8
Australien, Neuseeland, Südsee .	39,4	39,3	25,4	18,6	15,8
Zusammen:	773,7	549,2	316,8	303,2	294,3

Einfuhr in Japan aus:

Brit. Kolonien, Asien und Indien	240,7	191,3	154,6	165,2	179,7
Vereinigte Staaten	359,7	204,1	102,5	96,8	122,5
Nordamerikanische Kolonien . .	15,6	9,6	7,3	7,4	7,7
Britisch-Amerika	2,6	1,7	1,1	1,1	1,8
Süd- und Mittelamerika	14,5	6,8	3,0	2,7	2,8
Britisch-Afrika	39,8	8,6	6,1	6,8	7,1
Australien, Neuseeland, Südsee .	61,2	58,4	41,8	25,0	26,8
Zusammen:	734,1	480,5	316,4	305,0	348,4

Die Zunahme des japanischen Schiffsbaues während des Krieges zeigt folgendes Bild:

Jahr	Dampferzahl	Brutto-Register-Tonnen
1917:	69	299 700
1916:	93	183 000
1915:	73	79 000

Außerdem befanden sich Anfang 1918 noch im Bau 103 Dampfer mit zusammen 497 000 Brutto-Register-Tonnen.

Zwischen Asien und Amerika verkehrten Anfang 1918 sieben verschiedene japanische Dampfergesellschaften regelmäßig. Sechs der Gesellschaften sandten ihre Schiffe direkt nach der Westküste Amerikas. Davon ließ eine Gesellschaft ihre Schiffe durch den Panamakanal bis New Orleans und Galveston laufen, während eine andere ihre Schiffe durch die Magelaensstraße nach dem La Plata und Brasilien sandte. Eine Gesellschaft hingegen ließ ihre Schiffe über Singapore, Durban, Kapstadt nach Rio des Janeiro, Santos und Buenos Aires laufen.

Digitized by Google

Nach einer amtlichen japanischen Mitteilung betrug die Anzahl der japanischen Reedereien im Oktober 1917 126 mit insgesamt 458 Schiffen von 1 467 498 Register-Tonnen, und sollen volle 80 Proz. des gesamten Schiffsraums im Stillen Ozean unter japanischer Flagge stehen.

Es ist eine der vielen tragikomischen Erscheinungen dieses Weltkrieges, daß die Australier und Neuseeländer heute, durch das britische Mutterland, den Japanern vollständig ausgeliefert worden sind. In beiden Ländern bestand bis zum Ausbruche des Krieges eine ins Krankhafte gesteigerte Angst vor Japan, aus welcher heraus sie sich zum Bau eigener Kriegsschiffe entschlossen. Man war in diesen Ländern davon überzeugt, daß man diese Schiffe eines Tages zur Verteidigung gegen die anstürmenden Japaner dringend benötigen würde.

Man versuchte auch schon lange vor dem Kriege, genau wie in Kanada und Nordamerika, die drohende gelbe Gefahr, durch die Ausschaltung der asiatischen, besonders der japanischen Einwanderung, die Spitze abzubrechen. Die Rassenabneigung ist durch den Selbsterhaltungstrieb der Australier und Neuseeländer vollkommen erklärlich und bildet den Schlüssel zu der ungemein scharfen australischen Gesetzgebung gegen die Einwanderung der Japaner. Lange glaubte man, diese papiernen Gesetze seien Schutz genug und ließ es dabei. Erst kurz vor Kriegsausbruch hat man sich aber doch noch dazu entschlossen, dem in diesem Gesetz zum Ausdruck gebrachten politischen Gedanken Nachdruck durch eine eigene australische Flotte zu verleihen, die das an sich schon unverhältnismäßig stark entwickelte Nationalgefühl noch weiter gesteigert hat. Schon sah man in Australien die kühnen Pläne eines Großaustraliens der Verwirklichung näher rücken, das Ozeanien den Angelsachsen und Australasien den Australiern verschaffen wollte.

Alle diese Hoffnungen hat der Weltkrieg mit einem Schlage vernichtet. Die Blüte der männlichen Jugend Australiens und Neuseelands wurden den englischen Weltherrschaftsgelüsten geopfert. Die dadurch entstandenen Lücken können jene dünn besiedelten Länder aber in absehbarer Zeit nicht aus eigenen Kräften wieder ausfüllen. Andererseits aber benötigen sie zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder dringend eines größeren Zuzuges von Arbeitskräften. Europa kann und wird in absehbarer Zeit nennbare Mengen von Auswanderern an das Ausland nicht abgeben können.

In verschärftem Maße bestehen heute ähnliche Verhältnisse in Kanada. Aber auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika wie auch Mittel- und Südamerika benötigen dauernden Zuzug von arbeitswilligen Einwanderern. Den Vereinigten Staaten verblieb, nach Abzug der Rückwanderer, jährlich ein Zuschuß von nahezu einer Million neuer Einwanderer. Nur mit Hilfe solcher Bevölkerungszuschüsse war und ist es den Vereinigten Staaten ermöglicht worden, das Land wirtschaftlich genügend zu entwickeln. Seit Ausbruch des Krieges ist aber der Zufluß der europäischen

Digitized by Google

Einwanderung nahezu ganz versiegt, während auf der anderen Seite die Rückwanderung nach Europa erheblich zugenommen hat. Allgemein rechnet man aber in den amtlichen amerikanischen Kreisen nun noch damit, daß nach Kriegsschluß ein ungewöhnlich starker Rückwandererstrom nach Enropa einsetzen wird. Der Einwanderungskommissär selbst schätzt die Zahl der Rückwanderer auf mindestens zwei Millionen. Von Banken und den Schiffsagenten wird die zu erwartende Zahl der Rückwanderer aber noch erheblich höher geschätzt.

Verschiedene Gründe sind es, die den Einwanderungskommissär zu seinen Schlußfolgerung kommen lassen. Nicht nur Deutsche, Österreicher und Ungarn, sondern auch Russen, Polen, Italiener sparen schon seit langer Zeit besonders eifrig, nur zu dem Zweck, um nach Friedensschluß die Heimreise antreten zu können. Während des Krieges haben die Arbeiter auch in Amerika viel Geld verdient, daß ihre Sparsummen viel höhere sind als in anderen Zeiten. Viele von den früher Zugewanderten glauben, daß sie sich mit dem gesparten Gelde in der alten Heimat eine Existenz gründen können. Nicht wenige werden auch in die Heimat drängen, weil sich inzwischen ihre persönlichen Verhältnisse umgestaltet haben. So manche, deren Brüder oder sonstige Verwandte auf den europäischen Kriegsschauplätzen gefallen sind, wurden dadurch in der alten Heimat zu Eigentümern von Landwirtschaften, Häusern, Geschäften usw. oder sie erben ein Vermögen, das sie wirtschaftlich freier macht. Auch bei den Juden, die in den letzten Jahrzehnten in großen Massen aus dem östlichen Europa nach Amerika ausgewandert sind, zeigt sich eine ganz ungewöhnlich starke Bewegung zur Rückwanderung. Sie hoffen, daß der Niederbruch des zarischen Rußlands auch für sie bessere Daseinsbedingungen zur Folge haben wird. Dazu kommt, daß die Behandlung der Deutschen, der Deutschamerikaner, Österreicher und Ungarn während des Krieges vielen das Leben in den Vereinigten Staaten gründlich verleidet hat.

Verschärft wird nun die Sachlage noch dadurch, daß durch die Kriegspolitik Wilsons nun auch die Vereinigten Staaten gezwungen sind, auf den europäischen Schlachtfeldern große Blutopfer den britischen Weltmachtsbestrebungen zu bringen.

Wie groß der wirtschaftliche Wert der europäischen Einwanderung für die Vereinigten Staaten ist, läßt sich schon deutlich daraus ersehen, daß von den 92 Millionen Einwohnern des Landes im Jahre 1910 nur 49 Millionen von eingeborenen Eltern, 19 Millionen von eingewanderten Eltern und 13½ Millionen Eingewanderter waren. Der Rest waren Farbige verschiedener Rassen.

Der Ausfall der europäischen Einwanderung und eine gleichzeitige starke Zunahme der Rückwanderung muß also die Vereinigten Staaten in ihrer weltwirtschaftlichen Stellung von heute ernstlich bedrohen. Während des Krieges hat die europäische Einwanderung so gut wie stillgelegen. Auf der anderen Seite aber hat die Rückwanderung zugenommen. 1915 betrug die Einwanderung nur 243 370, gegen

Digitized by Google

früher durchschnittlich rund 900000, die Auswanderung hingegen 271138; 1916 die Einwanderung 176611, die Auswanderung 169578.

Diese Erscheinung ist in der amerikanischen Geschichte beispiellos. Erschwert wird die Sachlage nun auch noch dadurch, daß der Ausfall der Einwanderung dem Lande nicht nur durch die mangelnden Arbeitskräfte schadet, sondern auch auf rein finanziellem Gebiete erhebliche Verluste in sich einschließt. Abgesehen davon, daß jeder Einwanderer dem Staate vor seiner Landung eine Kopfsteuer von 5 Dollar = 21 M. entrichten muß, werden zur Landung auch nur solche Einwanderer zugelassen, die über einen Barbestand von mindestens 25 Dollar = 105 M. verfügen. Die weitaus größte Mehrzahl der Einwanderer besitzt aber bei ihrer Landung erheblich größere Summen als die vorgeschriebene. Der Einwanderungsstrom brachte den Vereinigten Staaten somit alljährlich, ganz niedrig geschätzt, mindestens 500 Millionen Mark neues Geld in das Land, abgesehen von dem wirtschaftlichen Werte ihrer Arbeitskraft.

Dieser regelmäßige Zustrom von Geld und Arbeitskraft ist es auch in allererster Linie gewesen, der es dem Lande ermöglicht hat, seine natürlichen Wirtschaftsquellen nutzbar zu machen und zu seiner heutigen weltwirtschaftlichen Stellung sich aufzuschwingen.

Der mangelhafte Zustrom von europäischen Einwanderern greift daher schwer in das wirtschaftliche Getriebe der Vereinigten Staaten ein. Ein fühlbarer Arbeitermangel war die erste Folge. Schon bald nach Ausbruch des Krieges trat ein zunehmender Arbeitermangel bei gleichem Steigen der Arbeitslöhne ein. Die Sachlage hat sich bis auf den heutigen Tag erheblich verschlimmert. In den Vereinigten Staaten werden während des Krieges Arbeiterlöhne gezahlt, die, selbst für amerikanische Verhältnisse, ungewöhnlich hoch sind. Aber trotzdem herrscht dennoch auf allen Gebieten ein empfindlicher Arbeitermangel vor. Die einschneidenden Folgen der hohen Arbeiterlöhne und des zunehmenden Arbeitermangels machen sich mehr und mehr im Wirtschaftsgetriebe des Landes bemerkbar.

Der Ackerbau geht zurück, da er die verlangten hohen Löhne nicht bezahlen kann und die noch vorhandenen Arbeiter es daher vorziehen, in den industriellen Betrieben tätig zu sein. Die Industrie ist heute, unter den Ausnahmeverhältnissen des Krieges, ja in der Lage, ungewöhnlich hohe Löhne zu zahlen. Dahingegen geht der amerikanische Ausfuhrhandel mit Fertigwaren überall dort zurück, woselbst sie im freien Wettbewerbe mit japanischen Erzeugnissen aufzutreten gezwungen sind. Die australischen, chinesischen, afrikanischen und ganz besonders die süd- und mittelamerikanischen Absatzmärkte gehen dem nordamerikanischen Handel im gleichen Maße mehr und mehr verloren, wie der Japans auf ihnen zunimmt.

Hier setzt nun die gelbe Gefahr, in vorläufig veränderter Form, für Nordamerika ein.

Das bis zum Kriegsausbruch ungewöhnlich finanziell schwache Japan war früher

Digitized by Google

nicht imstande, weltwirtschaftliche Bedeutung auf jenen Absatzmärkten zu erringen und mußte sich mit einer bescheidenen Rolle begnügen. Die enormen Kriegsverdienste Japans ermöglichen es ihm aber, nicht nur seine Industrie, sondern vor allen Dingen auch seine Handelsflotte gewaltig auszubauen. Der Stille Ozean wird daher auch schon heute ausnahmslos von der japanischen Handelsflotte beherrscht und wird es den Vereinigten Staaten und auch England nach dem Kriege sehr schwer fallen, Japan aus seiner gewonnenen Vormachtstellung wieder zu verdrängen. Japan geht aber noch weiter. Es betreibt heute sicher und zielbewußt eine ausgesprochene Auswanderungspolitik nach der Südsee, Niederländisch-Indien und vor allen Dingen nach Süd- und Mittelamerika. Die chinesische Kuliauswanderung wird dabei von Japan sichtlich unterstützt und den japanischen Plänen nutzbar gemacht.

Der Handel Japans, wie auch die japanischen Einwanderer haben in Süd- und Mittelamerika daher während des Krieges ungemein an Bedeutung und Zahl zugenommen. Nicht mit Unrecht erblickten die nordamerikanischen Politiker, die sich ihre kühle Überlegenheit bewahrt haben und nicht nur hypnotisiert auf den europäischen Kriegsschauplatz blicken, ein ständiges Anwachsen der gelben Gefahr in der dauernd zunehmenden japanischen Einwanderung in Süd- und Mittelamerika. Verschärft wird die Sachlage nun auch noch für Nordamerika dadurch, daß die süd- und mittelamerikanischen Staaten der japanischen, oder richtiger gesagt, der asiatischen Einwanderung nur zu willig Tür und Tor öffnen. Die süd- und mittelamerikanischen Staaten bedürfen ebenfalls eines dauernden Zuflusses von Einwanderern, um ihre natürlichen Wirtschaftsquellen erschließen zu können. Das Ausbleiben der europäischen Einwanderung während des Krieges ließ auch in diesen Ländern einen empfindlichen Arbeitermangel fühlbar werden, und so öffnete man den in das Land strömenden Asiaten nur zu willig die Tür. Einzelne Länder, wie Mexiko und Brasilien, haben sogar mit Japan regelrechte Einwanderungsverträge geschlossen. Brasilien gesteht Japan in diesen Verträgen die Anlegung rein japanischer Kolonien, Städte und Häfen im Lande zu. Japan hingegen verpflichtet sich, jährlich einige zehntausend Einwanderer nach Brasilien zu bringen und sie dort anzusiedeln. Ähnlich lauten die Verträge zwischen Japan und Mexiko.

Durch die neue Einwanderungspolitik der süd- und mittelamerikanischen Staaten wird aber nicht nur deren eigene wirtschaftliche Entwicklung gefördert, sondern letzten Endes der japanische handelspolitische Einfluß und die Vorherrschaft Japans im Stillen Ozean ganz ungewöhnlich begünstigt und gefestigt.

Hand in Hand betreibt Japan dabei noch eine zielbewußte Einwanderungspolitik nach den nordamerikanischen Kolonien selbst, vorzüglich den Philippinen und Hawai. Auf Hawai besteht heute bereits die gute Hälfte der Bevölkerung aus Japanern. Im Jahre 1916 lebten auf Hawai über 120000 Japaner bei einer Gesamtbevölkerung von 223000 Menschen. Auf den Philippinen herrschen ähnliche Zustände vor. Er-

Digitized by Google

schwert wird die Sachlage auf den Philippinen für die Nordamerikaner noch dadurch, daß die Eingeborenen auf den Inseln ebenfalls der asiatischen Rasse angehören.

Die japanische Bedrohung hat somit auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine recht unangenehme Frühreife erreicht, und wird täglich durch die Unklugheit der Wilsonregierung noch gefördert und vergrößert.

In Amerika steht man daher auch heute mehr als je zuvor unter dem Banne dieser Tatsachen. Vielfach wird sogar behauptet, daß die großen militärischen Rüstungen der Vereinigten Staaten in Wirklichkeit nicht gegen die Mittelmächte, sondern in erster Linie gegen Japan gerichtet sind. Es spielt aber keine Rolle, ob dies zutrifft oder nicht, denn durch militärische Rüstungen läßt sich die japanische Expansion weder erfolgreich bekämpfen noch eindämmen.

Asien ist und bleibt nach dem Kriege das einzige Sammelbecken eines vorhandenen Menschenüberflusses, das unbeschadet größere Mengen an andere Länder als Auswanderer abgeben kann. Japan aber hat vor und während des Krieges die Sachlage meisterhaft ausgenutzt, und sich heute zur unbestrittenen Vormacht Asiens aufgeworfen. Der Mangel europäischer Auswanderer zwingt daher alle Einwanderungsländer, auf die asiatischen Menschenvorräte zurückzugreifen, um von dort die dringend benötigten Einwanderermengen zu erhalten. Länder, die sich gegen diesen Einwandererersatz, für die bisherige europäische Einwanderung, stemmen wollten, werden nicht nur bald in ihrer wirtschaftlichen Entwickelung stehen bleiben, sondern zurückgehen, und von anderen, die sich die asiatische Einwanderung zunutze machen, überflügelt werden.

Australien, Neuseeland, Kanada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden sich daher wohl oder übel gezwungen sehen, ihre bisherige Einwanderungspolitik aufzugeben und den Asiaten ihre Tore ebenfalls öffnen müssen. Erschwerend wirkt dabei der Umstand, daß Japan die Vorherrschaft der Asiaten an sich gerissen hat, und auch heute die Macht besitzt, alle Einwanderungsländer, die Asiaten als Einwanderer benötigen, zu zwingen, den asiatischen Einwanderern Gleichberechtigung zugestehen zu müssen. Daß Japan auch Pläne dieser Art verfolgt, beweist sein Vorgehen während des Krieges in allen süd- und mittelamerikanischen Staaten. Japan sichert sich dadurch in handelspolitischer wie auch weltwirtschaftlicher Hinsicht eine stetig zunehmende Macht, die allen Völkern des amerikanischen Kontinentes in späteren Generationen direkt lebensgefährlich werden dürfte.

Die Hauptschuld an dem völlig veränderten Gesichte der frühreifen Frucht der gelben Gefahr trifft Nordamerika und vor allen Dingen den Präsidenten Wilson.

Die Kurzsichtigkeit Wilsons und sein fanatischer Haß gegen Deutschland haben es in allererster Linie verschuldet, daß der europäische Krieg mit Unterstützung der Vereinigten Staaten so ungewöhnlich verlängert werden konnte. Präsident Wilson hat es verschuldet, daß durch die amerikanischen Munitions- und Waffenlieferungen die

Digitized by Google

Blutopfer auf den europäischen Schlachtfeldern so unendlich viel größer werden konnten. Präsident Wilson trägt auch die Schuld, daß Millionen von Ansiedlern in den Vereinigten Staaten gewillt sind, dem ungastlichen Lande für immer den Rücken und nach Europa zurückzukehren. Präsident Wilson hat somit auch in erster Linie die Schuld, daß sein eigenes Land durch die Rückwanderung Arbeiterverluste erleidet, welche die Vereinigten Staaten zwingen, der asiatischen Einwanderung die Tore öffnen zu müssen. Präsident Wilson trägt somit auch die Schuld, daß die amerikanische Rasse der asiatischen ausgeliefert werden muß.

Aus dieser heiklen Sachlage vermag die Vereinigten Staaten selbst ein eventueller erfolgreicher Waffengang mit Japan nicht mehr zu retten. Die gelbe Gefahr würde durch einen solchen Waffengang durchaus nicht bezwungen, sondern vielmehr noch vergrößert werden.

Eine sichere Rettung vor der Drohung könnte Amerika lediglich eine europäische Massenauswanderung bringen. Daß eine solche in absehbarer Zeit nicht möglich ist, dafür haben die amerikanischen Finanzleute, Munitions- und Waffenlieferanten, sowie Wilson und seine beutegierige Clique ausreichend gesorgt.

Der amerikanische Kontinent, wie auch Australien und Neuseeland werden sich daher wohl oder übel in ihr Schicksal zu fügen haben und den so verhaßten Asiaten ihre Tore öffnen müssen. Im anderen Falle werden sie bald erkennen lernen, daß sie von anderen Ländern und Völkern auf dem Weltmarkte und in der Weltwirtschaft überholt werden.

Betrachtet man von diesem Standpunkte aus die gegen früher heute so grundverschiedene Sachlage, dann begreift man auch leicht die Ruhe und Sicherheit, mit der Japan der Fortverwickelung so kühl abwartend gegenübersteht. Japan weiß nur zu genau, daß ihm die Palme des Sieges nicht mehr entrissen werden kann, eines Sieges ohne Kampf.

Die davon betroffenen Länder aber werden bald erkennen müssen, daß die gelbe Gefahr von heute nichts mehr mit der früherer Jahre gemein hat, und durch ihre Frühreife ein vollständig verändertes, aber um so gefährlicheres Aussehen gewonnen hat.

Der erste Schritt zur Lösung der östlichen Siedlungsfrage

Von Dr. Erich Keup, Berlin-Friedenau

Der Erlaß Hindenburgs vom 17. Juni über die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen bedeutet eine Tat, deren Wirkung heute vorauszusagen schwer fällt. Gewaltiges ist zu leisten, wenn den Absichten Hindenburgs, wie sie dieser Erlaß zum Ausdruck bringt, entsprochen werden soll. Ein Land von der Größe halb Preußens, reichend vom Finnischen Meerbusen bis zum Urwald von Bielowies, in dem heute kaum 5 Millionen Menschen ihr Leben fristen, während Preußen mehr

Digitized by Google

als 40 Millionen beherbergt, soll einem Zustande zugeführt werden, der dem unserer östlichen preußischen Provinzen entspricht. Was die kolonisatorische Tätigkeit der Preußenkönige in Jahrhunderten geschaffen hat, soll aber hier in Jahren und Jahrzehnten erreicht werden. Eine Völkerwanderung ist zu organisieren, um dieses Ziel zu erreichen. Riesensummen von Geldern müssen in Organisationen zusammengerafft werden und unter den Willen zielbewußter Kolonisatoren gestellt werden. Das Kreditwesen des Landes muß entwickelt werden in Genossenschaften der Siedler, Seite an Seite mit den Einheimischen, in Hypotheken- und Landschaftsbanken, in Personalkreditinstituten. Die Zufuhr von Waren, Maschinen und Betriebsmitteln aller Art muß organisiert werden, und zwar schnell, wenn Deutschlands Volkswirtschaft von den angegliederten Gebieten bald Nutzen haben, seine Nähr- und Wehrkraft nicht geschwächt, sondern gestärkt werden soll. Unter diesem Gesichtspunkte muß die Maßnahme Hindenburgs betrachtet werden. Es konnte nicht gewartet werden, bis das staatliche Leben dieser Randgebiete sich soweit entwickelt hatte, daß von den Zivilgewalten die wirtschaftliche Erschließung des Landes in Angriff genommen werden konnte. Hinzu aber kam, daß vor unseren militärischen Linien im Osten zu mehr als 200000 Seelen die deutschen Kolonisten aus Rußland sich stauten, die vom Bolschewismus und dem russischen Bauern genau so bedrängt wie einst von der zaristischen Regierung, Unterkunft und und Arbeitsstätte im deutschen Machtbereich erstreben. Wer die Schilderungen unserer Offiziere von der Not und dem Elend dieser um ihres Deutschtums willen von Haus und Hof Vertriebenen kennt, der wird verstehen, wenn der schwertstarke Hüter des deutschen Volkes, Hindenburg, sich, gerade bewogen durch ihre Not, veranlaßt gesehen hat, schon jetzt das Ansiedlungswerk in Angriff nehmen zu lassen.

Der Erlaß ist die Fortsetzung einer folgerichtigen Politik, die Hindenburg und Ludendorff, seit sie die Verwaltung jenes Gebiets selbst geführt haben, verfolgten. Im November 1916 erging als erster Schritt zur Vorbereitung eines späteren großangelegten Siedlungswerkes die Verfügung des damaligen Oberbefehlshabers Ost, daß zur Vermeidung spekulativer Preistreiberei jeder Grundstücksverkehr verboten sei. Mit staatsmännischem Blick haben es die beiden Heerführer erkannt, daß nur dann ein rascher Zustrom von Hunderttausenden und Millionen von Menschen in diese Länder wirtschaftlicher Zukunft geführt werden kann, wenn niedrig gehaltene Bodenpreise sie locken. Deshalb legt auch der jetzige Erlaß den Hauptwert darauf, „mit unbeugsamer Energie alles zurückzuweisen, was unter den Einwohnern die Bodenspekulation weckt".

Während sich aber bisher die Maßnahmen der Militärverwaltungen darauf beschränkten, alle Schädigungen späterer Siedlungsziele zu vermeiden und abzuwehren, bedeutet der Erlaß nunmehr den Beginn positiver Arbeit. „Das brachliegende Land ist zu erschließen, Heimstätten sind zu schaffen", so lautet einer

Digitized by Google

der lapidaren Sätze der Hindenburgschen Verfügung an seine Militärverwaltung. Mit nichten ist jedoch dabei das Ziel so gesteckt, als ob die im Lande wohnenden Litauer, Letten und Esten vergewaltigt werden sollten. Im Gegenteil, auch auf sie nimmt der Erlaß Rücksicht: „Den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieben ist durch Entwicklung des Kredits erhöhte Leistungsfähigkeit zu geben.“ Da Litauer, Letten und Esten aber zu schwach sind an Menschen und Mitteln, das Land schnell zu mitteleuropäischer Wirtschaftskraft emporzuheben, können und dürfen sie sich nicht dagegen zur Wehr setzen, wenn die weiten brachliegenden Flächen mit den vertriebenen deutschen Kolonisten, ihren früheren Staatsmitbürgern, besiedelt werden. Sie selbst werden bei solcher Entwicklung und Auffüllung des Landes mit Menschen und damit mit Arbeitskräften und Betriebsmitteln Mitgenießer einer neuen wirtschaftlichen Blüte. Und auch dagegen können sie mit Recht Einspruch nicht erheben, wenn neben jenen Hunderttausenden von Kolonisten aus Rußland auch die deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, die das Land vom russischen Joch befreit haben, im Lande angesiedelt werden. Sie haben ein Recht darauf, von den reifen Früchten mitzuernten, die aus ihrer Blutsaat emporgewachsen sind.

Noch sind nur in Kurland die Verhältnisse politisch soweit entwickelt, daß praktisch an die Ansiedlungsarbeit herangegangen werden kann. Eine Verordnung des Generalquartiermeisters unterm selben Tage gegeben wie die Verfügung Hindenburgs, gibt die gesetzlichen Unterlagen für das siedlerische Vorgehen in Kurland. In großherziger und weitschauender Weise hatte gleich nach dem Einrücken der deutschen Truppen die Mehrheit der im Lande gebliebenen deutschen Großgrundbesitzer den Beschluß gefaßt, ein Drittel ihres Landes zum früheren Friedenspreise für deutsche Siedlungszwecke herzugeben, wenn damit dem Deutschen Reiche der Entschluß zur Angliederung ihrer Heimatprovinz erleichtert würde. In den Landtagstagungen vom November und Dezember vorigen Jahres ist dieser Beschluß dann offiziell wiederholt worden mit dem Hinzufügen, daß dieses Drittel einer nach reichsdeutschem Muster zu begründenden Siedlungsgesellschaft übereignet werden solle. Aus eigner Initiative hat die berufene Vertretung Kurlands sich mit diesen Beschlüssen an die Okkupationsgewalt gewandt und gebeten, den Beschlüssen Gesetzeskraft zu geben. Man muß nämlich wissen, daß dem kurländischen Landtag nach bestehendem russischen Gesetz das Recht der Gesetzesinitiative zusteht. Seine Beschlüsse haben auch für die Minderheit bindende Kraft, wenn die im Lande machthabende Gewalt ihnen zustimmt. Es ist mithin durchaus formgerecht verfahren, wenn die Verordnung des Generalquartiermeisters eingangs auf diese Beschlüsse Bezug nimmt.

Neben der Abgabe des Drittellandes und der Einsetzung von Kommissionen zur Feststellung dieser Flächen und zur Abschätzung ihres Friedenswertes bestimmt die Verordnung, auch hierin den Beschlüssen des Landtags folgend, daß der Landgesell-

Digitized by Google

schaft Kurland auf 30 Jahre hinaus ein Vorkaufsrecht gegenüber allen im Lande getätigten Grundstückskäufen zusteht. Es steht ihr dabei frei, entweder in den Vertragspreis einzutreten oder den von den obengenannten Kommissionen festzustellenden Friedenspreis mit gewissen in engen Grenzen sich haltenden Zuschlägen zu zahlen. Dem Verkäufer steht es allerdings frei, der verkaufsberechtigten Landgesellschaft gegenüber vom Verkaufe zurückzutreten und seinen Besitz zu behalten. Damit wird einmal erreicht, daß auch hierdurch dem Steigen der Bodenpreise auf ein Menschenalter hinaus eine Barre vorgelegt ist. Der Grundbesitz wird seßhaft erhalten, weil der Anreiz hoher Preise fehlt, der Kriegsgewinnler ist zur Machtlosigkeit verdammt, dem Siedler aber, der durch die Landgesellschaft Kurland den Boden kauft, wird sein wichtigstes Produktionsmittel, das Land, niedrig im Preise gehalten. Nicht Kapitalreichtum, sondern Arbeitsfreudigkeit und eine starke an Arbeitskräften reiche Familie sind die wichtigste und fast einzige Voraussetzung seines Gedeihens.

Es hätte vielleicht nahe gelegen, bei der gewaltigen Größe der zu leistenden Arbeit den Organen des Staates selbst die Siedlungsaufgabe aufzuerlegen. In Preußen arbeiten Staat und privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften nebeneinander. Hindenburg ist mit Recht den letzteren Weg gegangen: „Gemeinnützige Organisationen, denen die erfahrensten Kräfte aus dem Deutschen Reiche zur Verfügung stehen, sind hierfür geschaffen worden und gehen jetzt ans Werk.“ Neben politischen Bedenken ist dabei ausschlaggebend gewesen, daß jede staatliche Organisation unverhältnismäßig teuer, bürokratisch und dadurch schleppend arbeiten muß. Die privatwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft wird schon durch die Schwerkraft ihrer eigenen, keiner anderen Aufgabe dienenden Organisation zur vollen Ausnutzung ihres Kapitals und ihrer andersartig nicht nutzbaren Kräfte gezwungen. Sie ist leicht beweglich, ihre nicht lebenslänglich angestellten Beamten können unschwer gewechselt werden, sie ist unabhängig von umständlichen Dienst- und Rechtsmittelwegen und hat nur Sorge zu tragen, daß sie unter Beobachtung der ihr staatlicherseits gegebenen Gesichtspunkte kaufmännisch arbeitet. Dabei bewahrt diese Form den Ansiedler vor der demoralisierenden Gefahr, sich als Staatspensionär zu fühlen. Vor allem aber gelingt es nur auf dem Wege über diese Form, das ganze deutsche Volk an dem Werke der Siedlung zu interessieren. Gewiß, die privaten Gelder müssen erst durch Werbung aufgebracht werden; aber jeder, der in Erkenntnis der völkischen und vaterländischen Aufgabe sich mit 1000 oder 10000 Mark oder einer noch größeren Summe an einer dieser Siedlungsorganisationen beteiligt, ist ein lebendiger Stützpunkt des Gedankens ostländischer Siedlung. Über das ganze deutsche Vaterland verteilt müssen diese Stützpunkte gewonnen werden. Diese Arbeit zu leisten, wird die erste und wichtigste Aufgabe der allernächsten Zeit sein. Erst wenn so das Geld für die Siedlungsorganisationen bereitgestellt sein wird, hat der nächste Schritt der Schaffung solcher Organisationen zu gelten, die in großzügiger Weise den Zustrom der Menschen zu regeln haben.

Digitized by Google

Siedlungsgesellschaften kommen neben der kurländischen in Betracht vor allem in Livland, Estland und im Militärverwaltungsbezirk Litauen. Die politischen Verhältnisse dieser Gebiete sind heute noch nicht weit genug entwickelt, um in ihnen mit der nötigen Sicherheit bereits unmittelbar ans Werk zu gehen. Man hat deshalb vorgezogen, für alle im Neuland in Betracht kommenden Siedlungsgesellschaften eine gemeinsame Finanzierungsgesellschaft zu begründen. Unter Beteiligung sämtlicher preußischen und der bedeutendsten außerpreußischen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften ist diese am 30. Mai d. J. unter dem Namen Neuland-Aktiengesellschaft ins Leben getreten. Sie hat sich am folgenden Tage bereits an der Kurlandgesellschaft mit 15 Millionen von 30 045 000 Mark Gesamtkapital beteiligt. Während bei der Kurlandgesellschaft, die als G. m. b. H. begründet ist, der Mindestanteil 50 000 Mark beträgt, kann sich an der Neuland-Aktiengesellschaft auch der kleinere Sparer mit Aktien von 1000 Mark beteiligen[1]. Es darf damit gerechnet werden, daß für das an der Siedlungsaufgabe arbeitende Kapital eine Dividende von 5 Proz. herausgewirtschaftet wird. Sollten die für den gemeinnützigen Charakter von Gesellschaften geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wie angestrebt wird, entsprechend geändert werden, so dürfte die Höchstgrenze der zulässigen Dividende sogar auf 6 Proz. erhöht werden. Es kann und soll dem deutschen Geldgeber zugemutet werden, daß e aus vaterländischen Rücksichten sein Geld für diesen großen Zweck zur Verfügung stellt. Es wird der Sache aber besser gedient, der Zufluß von Geldmitteln vielfach verstärkt werden, wenn ihm eine mindestens landesübliche Verzinsung in Aussicht gestellt werden kann. Das deutsche Volk wird beweisen müssen, ob es reif genug ist, als Volk eine so große Aufgabe ohne staatliche Krücken selbst in die Hand zu nehmen. Hindenburgs Führung scheint für den Erfolg zu bürgen.

Bankenstreit

Die deutsche Fachwelt konnte neulich ein recht eigenartiges Schauspiel beobachten. Die zwei größten deutschen Banken, die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft traten sich vor aller Öffentlichkeit in einer Generalversammlung als Feinde gegenüber. Es handelte sich um die Deutsche Erdöl A.-G. (Deag). Diese wird von der Diskonto-Gesellschaft beherrscht, und sie bildet gewissermaßen den Mittelpunkt der sehr bedeutenden Petroleuminteressen dieser Bank. Nun stand auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Deag der Antrag auf Ausgabe von 4¼ Millionen neuen Aktien, deren Erlös dazu dienen sollte, die Internationale Rumänische Petroleumgesellschaft, ein bisher in holländischem Besitz gewesenes Unternehmen, für die Deag zu erwerben. Die Deutsche Bank, welche über eine recht ansehnliche

[1] Die Berliner Geschäftsstelle der Kurland G. m. b. H. und der Neuland-Aktiengesellschaft befindet sich Berlin W 35, Schöneberger Ufer 21.

Digitized by Google

Minderheit der Deag-Aktien verfügte, brachte den Antrag der Verwaltung zum Scheitern, für den Dreiviertelmajorität vorgeschrieben ist. Die Gründe für dieses Vorgehen müssen offenbar darin gesucht werden, daß die Deag ursprünglich die Absicht hatte, die neuen Aktien nur der Gruppe der Diskonto-Gesellschaft zu geben, also ein Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Das ist bereits jetzt durch die Opposition der Deutschen Bank zum Scheitern gebracht. Offenbar will diese aber noch weiter gehen und durch ihren Widerstand erreichen, daß auch sie in dem Aufsichtsrat der Deag Sitz und Stimme erhält. Vom rein formellen Standpunkt ist sie dazu zweifellos berechtigt, denn sie ist ja, wenn auch nicht die Besitzerin der Majorität, so doch Großaktionärin. Indessen kann man diese Angelegenheit nicht nur formell betrachten. Die Diskonto-Gesellschaft nämlich ist auf recht eigenartige Weise in den Besitz der Majorität gekommen. Sie war früher schon die hauptsächliche Bankverbindung der Deutschen Erdöl-Gesellschaft, hatte dann aber mit deren Generaldirektor sich verunei nigt. Sie hatte verlangt, daß nicht dieser allein den großen, höchst verwickelten Deag-Konzern leite, und für andere Direktoren entsprechende Rechte gefordert. Als ihr das nicht gelang, trat sie aus dem Aufsichtsrat aus. Damals hatte Herr Röllenberg Anschluß an die Deutsche Bank gefunden, und das führte bereits im Jahre 1915 zu einem Wettlauf um die Majorität zwischen den beiden Großbanken. Damals hatte die Deutsche Bank den Kürzeren gezogen, indem sich nämlich für die Gruppe Diskonto-Gesellschaft eine Majorität von 12989000 gegen eine Minorität von 12178000 für die Gruppe der Deutschen Bank ergab. Seit damals ist also die Diskonto-Gesellschaft die Beherrscherin der Deag. Diese ist eines der eigenartigsten Finanzgebilde in Deutschland. Sie stellt nämlich gewissermaßen einen Trust für die heimische Petroleumproduktion dar. Herr Röllenberg hatte so ziemlich alles, was in Deutschland an Petroleumvorkommen vorhanden war, aufgekauft und in seiner Gesellschaft vereinigt. Vor dem Krieg mußte man dieses Vorgehen reichlich spekulativ und gefährlich nennen. Der Krieg hat aber auch hier das Risiko beseitigt, denn die heimische Petroleumproduktion wurde plötzlich nicht nur konkurrenzfähig, sondern außerordentlich begehrt, und darüber hinaus sind durch die Abschließung neue Methoden der heimischen Erdölgewinnung gerade von der Deag mit außerordentlich viel Gewinn betrieben worden.

Wie dieser Streit enden wird, ist noch nicht sicher. Die Wahrscheinlichkeit spricht ja für eine Einigung in irgendwelcher Form. Die Bedeutung des Vorganges liegt aber viel tiefer, als man auf den ersten Blick denken sollte. Zunächst einmal zeigt er, welch gewaltige Macht die Banken in diesen Dingen haben. Wenn beispielsweise die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft sich einigen werden, so wird die Folge sein, daß so ziemlich der gesamte Petroleumhandel von einer riesigen Finanzgruppe beherrscht wird, und die Regierung, die durch den Frieden mit Rumänien mehr als je sich in die Petroleumgeschäfte sich eingelassen hat, wird nun in allen ihren Maßnahmen von den Ratschlägen dieser einen Gruppe beeinflußt werden, denn es gibt kaum einen

Digitized by Google

Geschäftszweig, der so viel Sonderkenntnisse verlangt, in dem die Dinge so verwickelt liegen, wie gerade beim Petroleum. Hier ist so recht deutlich die Entwicklung von Geschäft und Politik festzustellen. Man erinnert sich, daß schon früher der Plan eines Petroleummonopols, also eine ausgesprochen politische Maßnahme, sehr stark von den Interessen der Banken beherrscht worden war. Damals hatte die Deutsche Bank, die im Streit mit den amerikanischen Interessen des Rockefellertrustes alles Interesse an einem Petroleummonopol hatte, die Gesetzgebung in weitgehendem Maße beeinflußt, während die Diskonto-Gesellschaft und mit ihr die Deag sich in der entgegengesetzten Richtung bemühte und damals namentlich beim Zentrum verständnisvolle Unterstützung fand und schließlich auch den Monopolentwurf zum Scheitern brachte.

Weiter aber ergibt sich aus dem Vorfall recht amüsant, wie auch die allergrößten Unternehmungen nicht frei von Eifersucht und Neid sind. Es ist nicht zum erstenmal der Fall, daß die beiden Riesen sich gegenseitig zum Zweikampf herausfordern, wenn sich auch gewöhnlich die Steitigkeiten mehr hinter den Kulissen vollziehen. Es sei hier nur erinnert an den erbitterten Streit, den die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft um die Vorherrschaft in Bulgarien führten, oder etwa an die großen Auffaugungen vor dem Krieg. Im letzten Friedensjahre hatte die Deutsche Bank die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld, bis dahin ein Tochterunternehmen, völlig in sich aufgenommen. Die Diskonto-Gesellschaft antwortete prompt mit der Auffaugung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, um so die Deutsche Bank noch zu übertrumpfen. Wer an diesem Streit schuld ist, kann nur schwer entschieden werden. Jeder erklärt sich selbstverständlich für unschuldig. Tatsache ist es, daß die Diskonto-Gesellschaft, die lange Jahre recht konservativ gewirtschaftet hatte, seit einiger Zeit dank ihrer inneren Kräftigung wieder recht unternehmend geworden ist. Die anderen Banken, die durch die außerordentliche Vormacht der beiden Institute an und für sich recht leiden müssen, sind über diesen Zwist nicht unglücklich. Die Dresdner Bank beispielsweise hat es verstanden, mit beiden in ein gutes, zur Deutschen Bank sogar in ein intimes Verhältnis zu kommen. An und für sich kann ein solcher Konkurrenzkampf der Gesamtheit nur recht sein, wenigstens innerhalb Deutschlands. Dagegen sollte bei allen Auslandsgeschäften die Einheitsfront gewahrt werden, sonst leidet darunter die deutsche Politik.

Severus Linter

Notizen

Miljukow als Deutschenfreund. Miljukows Eintreffen in Kiew wird bestätigt. Er soll sich dort im Gegensatz zum Zentralausschuß der Kadettenpartei in Moskau zustimmend zum Eintritt der Kadetten ins Kabinett des Hetmans ausgesprochen haben. Es wäre völlig verkehrt, aus dieser „Bekehrung" den Schluß ziehen zu wollen, daß dieser russische Imperialist seine bisherige deutschfeindliche und ententefreundliche Politik aufgegeben hätte. Augenblicklich scheint er nur zu glauben, in den Deutschen vielleicht die Feuerwehr finden zu können, um den bolschewistischen Brand in Moskowien zu löschen. Um die verhaßten Bolschewiki loszuwerden, ist er sogar bereit, ein Bündnis mit dem ihm in der Seele zuwiderenDeutschen einzugehen. Hat

Digitized by Google

aber erst der deutsche Besen seine Arbeit in Moskowien getan, so kehrt er samt der Kadettenpartei sofort wieder zu seiner Ententefreundschaft zurück, und Deutschland hätte das Nachsehen.

[1]Als Probe von Miljukows politischer Stellungnahme sei aus seinen Schriften folgender Absatz wiedergegeben: „Die Herstellung des ethnographischen Polens, das die Entente nur im Falle eines entscheidenden Sieges versprechen kann, bleibt der herrschende Wunsch der Polen. Die Frage der Wiederherstellung Polens in seinen ethnographischen Grenzen ist natürlich für jeden Polen viel wichtiger als die Regierungsform (damit will Miljukow wohl andeuten, daß ein siegreiches Rußland Polen keine Selbständigkeit gewähren würde). Das größte und schwerste Hindernis für den Aufbau Groß-Polens besteht in der festen Herrschaft Deutschlands über die schlesischen, posenschen und preußischen Polen. Es ist bekannt, daß alle Anstrengungen der Deutschen, die preußischen Polen zu germanisieren, vergeblich waren. Im Gegenteil, die polnisch sprechende Bevölkerung wächst schneller als die deutschsprechende, sowohl in Posen wie in Ostpreußen. Vom bestehenden Zartum Polen ist in ethnographischer Beziehung nur das Gouvernement Suwalki zu trennen, weil es von Litauern bewohnt ist, weswegen die Deutschen es zu direkter Annexion bestimmt hatten. Dafür wären folgende Gebiete dem Zartum Polen hinzuzufügen: Die südlichen Teile der Kreise Sokol, Bialostok, Belsk. Die berichtigte Grenze des Gouvernements Cholm, Westgalizien bis zum Sanfluß, die drei östlichen Kreise Österreich-Schlesiens, Tetschen, Bielitz und Freistadt, zwölf Kreise von Preußisch-Schlesien, in denen die polnische Bevölkerung 86—51 Proz. ausmacht und drei, in denen die Bevölkerung 47—44 Proz. beträgt. Die nicht große Umgebung des Kreises Breslau, fast ganz Posen, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln von Polen bewohnt wird, und endlich die Mündung der Weichsel, deren Ufer von einem dichten Kranz von Polen und Kaschuben (80—52 Proz.) besiedelt werden, und die südliche Hälfte von Ostpreußen." Die Frage, was aus dem rein deutschen Teile von Ostpreußen mit Königsberg als Zentrum wird, läßt Miljukow hier offen, aber aus dem Sammelwerk „Wofür führen wir Krieg?" erfahren wir, daß dieser dazu bestimmt ist, von Rußland annektiert zu werden: „Die Schattenseite einer Angliederung des westlichen und südlichen Teiles von Ostpreußen an Polen besteht darin, daß dann eine deutsche Enklave im nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg und einer Bevölkerung von ungefähr anderthalb Millionen Deutscher entstehen würde. Diese Oase unter deutscher Herrschaft zu lassen, ist unmöglich, und Rußland ist gezwungen, aus ihr ein neues Ostseegouvernement zu machen. Aber damit muß man sich schon zufrieden geben, wenn wir wirklich ein geeinigtes Polen schaffen wollen. Als eine gewisse Ausgleichung der Ungerechtigkeit zeigt sich, daß wir auf diese Weise auch die Vereinigung des litauischen Volksstammes zustande bringen, von dem ein geringer, von der Germanisierung noch verschont gebliebener Teil (ungefähr 150000) in der nordöstlichen Ecke Ostpreußens lebt." So sehen Miljukows Pläne für den deutschen Osten aus. Im Westen macht er sich in den beiden Abschnitten „Elsaß-Lothringen" und die „Rheingrenze" ganz die französischen Wünsche zu eigen. Er ist so eifrig dabei, daß er sogar das Bedenken einiger Franzosen, daß ohne ein Plebiszit für Elsaß-Lothringen dem Charakter des Befreiungskrieges nicht genügend Rechnung getragen werde, mit der Bemerkung abtut, daß die elsaß-lothringische Frage durch Joffres Manifest und Poincarés Bestätigung definitiv geregelt erscheint. Nach solchen Umständen nimmt es schier Wunder, daß er sich im letzten Kapitel „Die Zerstückelung Deutschlands" mit den dort von einigen Franzosen vorgeschlagenen wilden Plänen der Zertrümmerung Deutschlands nicht einverstanden erklärt. Selbst Miljukows weitausschweifender Imperialismus hat hier seinen Meister gefunden.

Das Fiasko der britischen Farbenindustrie. Die englische Presse hat es nicht versäumt, immer in gewissen Zeitabständen das aufhorchende Publikum zu Hause davon zu verständigen, daß man doch in der allernächsten Zeit so weit sein werde, um endgültig die deutsche Vorherr-

[1] Aus: Arel Schmidt „Russische Weltverteilungspläne". Eug. Diederichs, Jena.

Digitized by Google

schaft in der Farbenfabrikation abschütteln zu können. Schon vor Jahren, unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, ist das bekannte große Millionenunternehmen, die British-Dyes Co. Limited, gegründet worden fast ausschließlich mit Mitteln, die von der britischen Regierung geliefert worden sind. Farbentechniker aus der Schweiz und aus allen britischen Universitäten sind nach Huddersfield berufen worden, um dort die britische nationale Farbenindustrie so weit zu bringen, daß nicht nur der einheimische Konsum völlig befriedigt, sondern auch der Exporthandel in Farbstoffen aufgenommen werden könne.

Deutsche Farbwerke hatten die Levinsteinfarbwerke errichtet. Diese Fabrik wurde bei Ausbruch des Krieges an englische Unternehmer verkauft, die deutschen Techniker, Beamten und Arbeiter kamen in das Interniertenlager, und es wurde versucht, die Gesellschaft für rein britische Farbeninteressen nutzbar zu machen.

Diese Vorgänge sind von der britischen Presse berichtet worden, so daß die Öffentlichkeit in England zu der Hoffnung berechtigt war, es würde bald möglich sein, die Träume der britischen Vorherrschaft auch auf dem Farbenmarkte zu verwirklichen.

Nun sind alle diese schönen Träume ausgeträumt; es stellt sich heraus, daß die britische Farbenindustrie doch auf keinen grünen Zweig kommen kann. Sir Albert Stanley, ein Regierungsmitglied, hat sich veranlaßt gesehen, folgende Mitteilungen an die britische Fachpresse gelangen zu lassen: Er erklärt im Namen des britischen Handelsamtes, daß alle jene Fabrikanten, welche es unternehmen, Farbstoffe herzustellen und neue Werke zu errichten, oder jene Unternehmer, die ihre Farbenfabriken ausbauen wollen, von der Regierung Vorschüsse erhalten gegen Zinsen, die nicht mehr als 5 % betragen sollen. Außerdem ist die britische Regierung bereit, für Versuchszwecke bei der Herstellung von Farben oder bei deren wissenschaftlicher Ergründung Kostenzuschüsse zu leisten. Um die nationale Farbenindustrie vor der deutschen Konkurrenz zu schützen, wird ein Gesetz erlassen werden, das alle Einfuhr von ausländischen Farbstoffen unter Regierungskontrolle stellt. Dieses Gesetz wird mindestens 10 Jahre nach Beendigung des Krieges in Kraft bleiben. Die beiden großen Gesellschaften, British Dyes Co. und Levinstein, werden vereinigt; in deren Leitung werden Abgeordnete der britischen Regierung sitzen, und es wird so zu erreichen sein, daß diese Gesellschaften vernünftige Preise einhalten und eine gerechte Verteilung ihrer Produktion unter den Verbrauchern vornehmen.

Es wird also mit der bisherigen Farbenpolitik gründlich aufgeräumt, sie hat eben Schiffbruch gelitten.

Wir nehmen von diesen Vorkommnissen Kenntnis. Wir gestatten uns die Bemerkung, daß das britische Handelsamt vielleicht insofern die Lage falsch beurteilt, als es jetzt schon die verbindliche Erklärung abgibt, es würden alle nach Großbritannien eingeführten Farbstoffe ausländischen Ursprungs einem Kontrollsystem unterworfen werden, das 10 Jahre nach Kriegsbeendigung in Kraft bleiben müsse. Dieses Kontrollsystem ist wohl so zu verstehen, daß man versuchen wird, die deutschen Farben vom britischen Konsum fernzuhalten. Vielleicht bringen wir in den Friedensvertrag Bestimmungen hinein, die eine solche Vergewaltigung der deutschen Farbenprodukte hintanhalten; also etwas bescheidener hätten wir Sir Albert Stanley gern gesehen. K. Busch

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

Die Ernennung des Herrn v. Hintze zum Staatssekretär des Auswärtigen hat im Inland und Ausland eine voreilige Deutung gefunden. Selbst in gewissen Berliner Kreisen glaubte man einen Augenblick, die Ernennung sei das Werk der Militärs gewesen, die eine verfrühte Beendigung des Krieges besorgten. Die Erklärung über Belgien sollte mit einem Schlag all diese Legenden vernichten. Zum Überfluß wurde es ja auch im Hauptausschuß deutlich gesagt, daß die Oberste Heeresleitung nichts mit der Ernennung des Herrn v. Hintze zu tun hat.

Es handelt sich hier um ein grundsätzliches Verkennen. Nicht, daß Herr v. Kühlmann einen Frieden erstrebte, der auch die Lebensnotwendigkeiten anderer Völker schonte, brachte den unheilbaren Riß, sondern die Methoden, mit denen er sein Ziel zu erreichen suchte, waren für das soldatische Gefühl unerträglich. Herr v. Kühlmann sprach in verbeugter Haltung vor dem feindlichen Ausland, gleichsam als wollte er sagen: „Ach, lassen wir doch diesen fatalen Krieg, und sprechen wir wieder höflich miteinander, wie das unter manierlichen Diplomaten Brauch ist."

Herr v. Hintze ist nicht alldeutsch, das ist sicher. Warum aber Hintze? War er wirklich der bestverfügbare Mann? Erfolgte seine Ernennung im vollen Bewußtsein ihrer ungeheuren Tragweite, d. h. in der klaren Erkenntnis, daß hier eine entscheidende Kriegshandlung vorgenommen wurde — oder war es nur ein bequemer Griff nach einem Manne, der in Gunst stand und gerade bei der Hand war? Das sind Fragen, die heute das deutsche Volk bewegen.

*

Graf Hertlings politische Talente bestehen nicht darin, neue Situationen zu schaffen, sondern mit einer verbindlichen Formulierung aus allerhand Schwierigkeiten sich herauszulösen. Man hat nicht die Empfindung, daß er eine starke aktive Führerkraft in die Entwicklung der politischen Strebungen wirft, er hält sich gerne im Hintergrund und tritt nur hervor, um zu beruhigen, zu besänftigen, zu glätten. Das ist an sich unter Umständen so verdienstvoll als wichtig, aber man wird von dem Ge-

Digitized by Google

fühl nicht frei, daß neben diesen negativen Talenten die richtige Stoßkraft noch wirksam sein müßte, die der Beweglichkeit und agitatorischen Redseligkeit der Ententestaatsmänner eine Paroli bietet. Dadurch, daß Hertling jetzt dem Parlament gegenüber seine eigene Verantwortlichkeit stark unterstrichen hat und in der Taktik der Friedensfrage den Gleichklang mit der Obersten Heeresleitung herausgearbeitet, wurde der Situation, von der man nicht wußte, ob sie sich zuspitzen würde, die Schärfe genommen — der Kanzler hat das Vertrauen des Reichstags wieder eingesammelt, aber ein etwas leeres Gefühl bleibt zurück: wie ist die Führung, ihr Tempo, ihre Kraft? An diesem Urteil ändert auch die an sich so erfreuliche Erklärung über Belgien nichts. Ihre stückweise Veröffentlichung hat sie um ihre beste Wirkung gebracht. Mit gebrochenen Akkorden kann man keine Friedensoffensive einleiten.

*

Daß die Scheidemannsche Sozialdemokratie, wie wir es erwartet haben, trotz der neulichen rednerischen Kampfansage an die Regierung die Kriegskredite bewilligt hat, bleibt erfreulich, weil die innere Front damit ihre härteste Belastung, ohne Sprünge zu bekommen, ertragen hat. Die Entscheidung war politisch klug. Ob sie durch die Aussprache der Fraktionsführer mit Herrn von Hintze bestimmt war, ob durch Hertlings Erklärungen über Belgien — gleichviel: es mußte darauf ankommen, im Ausland den Eindruck zu vermeiden, als ob Deutschland zu einer grundsätzlichen Revision seiner Friedenspolitik übergegangen sei. Voreilige Kundgebungen deutscher Zeitungen mußten diesen Glauben dem Auslande selber einflößen. Er ist jetzt ausgelöscht.

*

Allem Anscheine nach versucht die bolschewistische Regierung durch Inaussichtstellen von wirtschaftlichen Konzessionen der expansionslüsternen Strömung in Japan das Wasser abzugraben. Ob es ihr aber damit gelingen wird, die schon gelandeten japanischen Truppen in Wladiwostok wieder hinauszumanövrieren, ist mehr wie fraglich. Zwar wird Japan kaum zu einem größeren Abenteuer, für das Pichon immer so lebhaft agitiert hat, zu haben sein. Jedoch gern wird es den einen Fuß im sibirischen Steigbügel behalten, um, wenn nötig, zu verhindern, daß sich ein anderer aufs russische Pferd schwingt.

*

Das Eintreffen der kadettischen Führer in Kiew ist nur zu geeignet, das Mißtrauen des ukrainischen Volkes gegen unsere Stellungnahme zum ukrainischen Probleme zu verstärken. Es ist nicht einzusehen, warum die Kadetten gerade Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, zum Treffpunkt ihrer politischen Kaffeekränzchen ausersehen müssen, die diese Partei, so lange sie bei der Revolution an der Macht war, nicht weniger als die zarische Regierung bekämpft hat.

Digitized by Google

Der Krieg und die Wahl des neuen Staatssekretärs

Von Dr. Paul Rohrbach

Nachdem Herr v. Kühlmann zurückgetreten und als neuer Staatssekretär Herr v. Hintze in Aussicht genommen war, erstand bei den Mehrheitsparteien im Reichstag Beunruhigung darüber, ob diese Wahl nicht ein Durchstreichen der Friedensentschließung vom vorigen Juli bedeute. So formuliert zeigt die Frage, daß sie die richtige Voraussetzung der Arbeit für den Frieden ebensowenig kennt, wie die Juliresolution selber es tut. Die Väter dieser Resolution waren der Meinung, und ihre offenen und verschämten Anhänger sind es im ganzen noch heute, daß für den Friedenswillen Englands, Frankreichs, Amerikas usw. viel darauf ankäme, was die Reichstagsmehrheit sagt und was davon die Regierung gegenzeichnet oder nicht gegenzeichnet. Daran ist soviel richtig, daß eine alldeutsche Kriegszielerklärung des Reichstags natürlich den feindlichen Kriegswillen stärken und den Frieden unmöglich machen würde. Falsch ist es nur, deswegen zu glauben, daß eine „Verzicht"-Resolution, oder wie man sie sonst nennen mag, an sich schon den gegenteiligen Erfolg haben würde. Das tut sie nicht, aus dem einfachen Grunde, weil sie gar nicht berücksichtigt, wo die schwache Stelle des Gegners ist und wie man auf ihn wirken kann.

Ich habe schon in dem Aufsatz, der „andere Männer" forderte, gesagt, daß es eine Dummheit ist, zu glauben, die feindlichen Völker hätten die tiefsten Wurzeln ihrer Kraft für das ungeheure Ringen wo anders als dort, wo wir sie auch haben: in dem Glauben an das eigene Recht und an das Unrecht des Gegners. Will man also den Kriegswillen der Feinde beeinflussen, so muß man jenen Glauben erschüttern, und wenn man das weiß, so sieht man gleich, wie wenig geeignet dazu eine gewöhnliche deutsche Friedensresolution ist. Wenn man von uns überzeugt ist, wir führten eine schlechte Sache, so wird es nicht viel Eindruck machen, daß wir sagen, wir seien mit billigen Bedingungen zufrieden. Wer drüben ohnehin friedensfreundlich ist und auch in der Schuldfrage fähig ist, etwas objektiver zu denken, der wird dergleichen ja gerne hören, aber eine gegen Deutschland feindselige Mehrheit mit Resolutionen zu erschüttern, ist unmöglich. Auf eine solche können sie eher schädlich wirken als günstig.

Es ist eine undankbare und mühsame Sache, stets dasselbe zu sagen. Was soll man aber anders tun, wenn diejenigen, auf die es ankommt, immer wieder an dem entscheidenden Punkte vorbeidenken! Vielleicht kommen wir wirklich einmal an die Stelle, wo nichts mehr übrig bleibt, als die alte Feststellung, daß die Welt mit wenig Weisheit regiert wird, und ein Schlußstrich, um die Summe unseres politischen Defizits zu ziehen. Solange es aber nicht so weit ist, muß wiederholt und nochmals wiederholt werden, worauf es ankommt.

Lloyd George, Clemenceau und Wilson haben nur ein Mittel, die Völker willig zu machen, daß sie ihre Kriegsopfer fortsetzen: den Glauben an das „schlechte" Deutsch-

Digitized by Google

land und die Furcht vor dem was kommt, wenn ein solches Deutschland siegt. Versagen ihnen die Mittel, Deutschland schlecht zu machen, so ist der Krieg für sie verloren, denn ohne dieses idealpolitische Unterfutter läßt sich trotz aller Dollars der Kriegswille der Ententevölker nicht bis ins Unendliche halten. Das wissen sie, und darum führen sie den „moralischen" Feldzug gegen Deutschland mit soviel Unermüdlichkeit, Kraft und Geschick wie nur möglich. So lange wir sie nicht auch auf diesem Gebiete aufsuchen und schlagen, belasten wir alle Siege unserer Heere mit einem Bleigewicht, das den Erfolg wieder herunterzieht, denn im Rücken der Besiegten strafft sich die Kraft ihrer Heimatländer stets von neuem unter der Wirkung des Rufs: Es gilt die Freiheit und das Recht! Wir sagen, das könne im Ernst doch kein Ententemann glauben? Falsch gedacht, der menschliche Irrtum und das menschliche Vorurteil vermögen unendlich viel, wenn Schlagworte und Scheuklappen richtig funktionieren. Dann sind sie imstande, selbst ehrlich zu schwören, England führe die Sache der kleinen Nationen als seine eigenen.

Wollen wir eine moralische Offensive machen, so muß sie anders aussehen, als die Friedensentschließung vom Juli 1917. Zunächst eins: Unternehmungen dieser Art können im Weltkrieg nur glücken, wenn kräftige militärische Erfolge sie geleiten. In Zeiten rückläufiger Bewegung oder kriegerischen Stillstandes sind sie von vornherein zu Mißerfolg verurteilt. Moralische Offensiven glaubt man nur dem Sieger, nicht dem Ängstlichen oder Erschreckten. Wie sieht es denn beim Gegner psychologisch aus? Da ist zunächst die Partei, die den Krieg unter allen Umständen bis zum Siege fortsetzen will, weil sie alles auf diese eine Karte gesetzt hat und verloren ist, wenn ihr Spiel fehlschlägt. Ihre Verantwortlichkeit ist zu groß geworden; sie kennt nur noch einen Gedanken: mit allen Mitteln die Kriegsleidenschaft rege erhalten, bis zuletzt doch der Sieg sich zeigt. Es ist klar, daß diesen Leuten gegenüber — Lloyd George, Northcliffe, Carson, Churchill und Genossen — selbst die Engel Friedensentschließungen singen könnten, ohne damit Glück zu haben. Die Northcliffe-Clique aber ist es, die das Ruder der englischen Politik in ihren Händen hält. Das muß man wissen, wenn man Resolutionen faßt. Bei uns ist eine Regierung und eine Reichstagsmehrheit vorhanden, die zu einem ehrenhaften Verständigungsfrieden bereit sind; in England aber ist das keineswegs der Fall, und so lange die gegenwärtige englische Regierung am Ruder ist und die Parlamentsmehrheit so wie jetzt in der Hand hält, bleiben Resolutionen Papierkugeln gegen gepanzerte Mauern.

Auf dem entgegengesetzten Ende der englischen Front stehen die entschiedenen Friedensfreunde. Sie neigen zum Frieden aus verschiedenen Gründen, die einen als prinzipielle Pazifisten, die anderen aus Sorge vor der auch England bedrohenden sozialen Revolution, noch andere aus finanz- oder verfassungspolitischen Rücksichten, oder weil sie von Deutschland eine richtigere Vorstellung haben, als die Mehrzahl ihrer Landsleute. Jedenfalls erscheint ihnen allen der Gedanke eines wirklichen Verstän-

Digitized by Google

digungsfriedens mit Deutschland, bei dem auch Deutschlands Lebens- und Entwicklungsinteressen geachtet werden, nicht schrecklich; sie ziehen, vom englischen Standpunkt aus gesprochen, einen „Frieden ohne Sieg" den Übeln und Gefahren vor, die auch für England bei einer Fortdauer des Krieges ins Unbegrenzte sicher wären. Diese ganze Richtung bedeutet aber praktisch sehr wenig, wie die Reihe vergeblich gebliebener Versuche Lord Lansdownes und seiner Gesinnungsgenossen gezeigt hat, eine wirkliche Erörterung über den Frieden in Gang zu bringen. Was sie sagen, wird von der Northcliffe-Presse und der übrigen Kriegsmeute niedergeheult: diese Schwächlinge wollen Deutschland siegen lassen, und Deutschland ist die „Pest", das böse Prinzip, der Schuldige am Krieg, der hinter diesem Weltkampf schon auf die nächste Vergewaltigung des Völkerfreiheit sinnt.

Zwischen den beiden äußersten Richtungen steht die große Masse der Beeindruckbaren, die je nachdem welche Partei sie nimmt, in der Kriegs- und Friedensfrage die Entscheidung gibt. Fürs erste beherrscht die Kriegspartei unbedingt die Massen. Das ist hier in der Hauptsache von England gesagt, weil die Lage dort typisch für die Entente ist, weil mit Englands Ausfall der Krieg der Entente trotz Amerika von selber aufhören würde, und weil der Engländer im ganzen der zäheste unter den Bundesgenossen ist. Gegen diesen Stand der Dinge, so wie wir ihn hier geschildert haben, gibt es zunächst nur ein Mittel: deutsche Siege von der Art wie unser Heer sie seit Beginn der Westoffensive erfochten hat und voraussichtlich noch weiter erfechten wird. Solange nicht die Schwere der von uns ausgeteilten Schläge mit all ihren spürbaren Folgens das öffentliche Urteil drüben nachdenklich macht, sind Lansdownesche Reden und deutsche Reichstagsresolutionen gleich brave, aber auch gleich unfruchtbare Stilübungen; die Northcliffesche Hetzpeitsche knallt lauter, und der englische Bulldoggeninstinkt paart sich mit dem Glauben an die englische Auserwähltheit und die Kreuzzugspflicht gegen das böse Tier Deutschland zur Fortzeugung der Kriegsleidenschaft.

Wir sagten aber schon und wir wiederholen es, daß die Waffe nicht fähig sein wird, den Frieden zu schaffen, wenn ihr nicht eine psychologisch richtige Politik zu Hilfe kommt. Mit Waffen allein kann man keine Überzeugungen ausrotten, und weil die Kriegshetzer der Entente es so meisterhaft verstehen, die Überzeugung vom Recht und von der Pflicht des Weltkrieges gegen Deutschland zu unterhalten, darum können sie ihre Sache weiterführen. Selbst wenn wir noch oft und noch lange siegen, wird voraussichtlich die moralische Kraft, die unsere Feinde aus dem Glauben an ihr Recht ziehen, groß genug sein, um ihnen immer neue Anstrengungen möglich zu machen, — solange, bis eine richtig geführte deutsche Politik die Kriegshetzer entwaffnet.

Zunächst wird diesen über der Wahl unseres neuen Staatssekretärs ein großer Stein von Herzen gefallen sein. Was sie fürchteten, war, daß eine Persönlichkeit kommen

Digitized by Google

könnte, deren Ruf und Name schon es erschwerte oder unmöglich machte, weiter die deutsche Politik als unmenschlich, verdorben, blutig hinzustellen. Von Herrn v. Hintze schrieben die englischen Zeitungen vor einer Weile, als sein Name zuerst für das Auswärtige genannt wurde, er sei ursprünglich ganz der Kandidat der Alldeutschen und schärfsten Marinepolitiker gewesen, aber seine Ansichten hätten sich auf dem Posten in Christiania so entwickelt, daß er dieser Richtung nicht mehr voll genüge. Wir unsererseits nehmen hierzu keine Stellung, denn für uns sind zur Beurteilung des neuen Staatssekretärs nicht englische Stimmen, sondern seine eigene noch unbekannte Politik maßgebend, und bis zu einem gewissen Grade wird er trotz der wiederholten Formulierung des Reichskanzlers wohl fähig sein, eine Politik mit persönlicher Note zu machen. Zunächst aber gilt ohne Frage der Satz, daß seine Ernennung ersehntes Wasser auf der Mühle der Entente-Kriegsmacher ist. Damit ist nicht gesagt, daß sie das bleibt; es ist möglich, und wir hoffen es, daß auf die anfängliche Befriedigung Enttäuschung folgt. Das wäre dann der Fall, wenn unsere Politik jetzt anfängt, das Gesetz der moralischen Offensive zu begreifen, ihre Mittel zu erkennen und richtig anzuwenden. Sie wird im Augenblick noch stark damit zurückhalten müssen, denn gerade jetzt regen sich beim Feinde Zweifel, ob wirklich noch eine militärische deutsche Offensive von der Kraft der bisherigen bevorsteht, ob nicht unsere Bundesgenossen uns lähmen, und mehreres der Art. Jetzt ist nichts überflüssiger, als Friedensschalmeien und nichts dümmer, als die Vorstellung, damit auf die Regierung Northcliffe-Lloyd George Eindruck zu machen. Nur über deren Sturz geht in England der Weg zum Frieden, und wir in Deutschland halten uns, wenn es wirklich noch erst gesagt werden muß, für zu gut, um uns mit solchen Beschimpfern und Verleumdern des deutschen Namens an einen Tisch zu setzen.

Ohne Zweifel gibt es in Deutschland Politiker, deren Berufung zum Staatssekretär in England mit noch reinerer Freude als ein noch besseres Unterpfand für den fortdauernden Erfolg der Kreuzzugspredigt begrüßt worden wäre, als die des Herrn v. Hintze. Wie dessen Persönlichkeit aber trotzdem ausgenutzt werden wird, daran ist kein Zweifel. Es fragt sich nur, wie lange. Es fragt sich vor allen Dingen, ob der neue Mann sich fähig zeigen wird, die Waffen der moralischen Offensive für Deutschlands gute Sache mit ähnlichem Geschick zu führen, wie die englischen, amerikanischen und französischen Einpeitscher das für die schlechte Sache der Entente tun. Pessimisten könnten vielleicht meinen, es frage sich vorher noch, ob Herr v. Hintze vom Weg zum Frieden durch moralische Offensivpolitik überhaupt mehr weiß, als die Reichsregierung vor ihm, und ob er glaubt, daß es ebenso wichtig ist, die innere Front der Einheit des Glaubens an den Krieg der Pflicht beim Gegner zu erschüttern, wie seine Stellungen auf dem Schlachtfeld. Wir wollen aber diese Zweifel heute nicht in den Vordergrund stellen. Wir wollen auch nicht auf das Gerede eingehen, der neue Staatssekretär sei der Mann unserer Zaristen und Russophilen, die voll

Digitized by Google

Sehnsucht nach der Wiederkehr des „einen und unteilbaren" Rußland in seiner ganzen Größe und Herrlichkeit sich verzehren. Es ist wahr, Herr v. Hintze ist in Petersburg gewesen, als dort noch das alte Regime herrschte, und für politische Intelligenzen gewöhnlicheren Schlages pflegt das zu genügen, um die Urteilsfähigkeit über Rußland auf Lebenszeit zu verderben. Daß aber Herr v. Hintze eine gewöhnliche Intelligenz ist, hat ihm bisher noch niemand, auch seine Gegner nicht, nachgesagt. Wir haben also ein Recht, hier wie dort abzuwarten.

Die sozialrevolutionäre Mordtat

Von Dr. Paul Schiemann

Der Verfasser dieses Artikels hat während des ganzen Krieges die russischen Verhältnisse aus eigener Anschauung studieren können.

Der Entschluß der Entente, sich aktiv in die verworrenen Verhältnisse der Sowjetrepublik einzumischen, hat in Rußland die ersten terroristischen Akte seit Beginn des Weltkrieges ausgelöst. So weit ist der Zusammenhang nachweisbar und unstrittig. Alles weitere ist Vermutung. Wird wohl auch in Zukunft im Rahmen der Vermutung stecken bleiben. Für den Politiker sind Einzelheiten auch nicht bedeutsam. Wichtig ist, daß die Entente sich endgültig entschieden hat, welcher der zahlreichen antibolschewistischen Parteien sie das Vertrauen einer aktiven Unterstützung schenken will. Die Wahl ist auf die demokratische Intelligenz gefallen, auf die Partei der Sozialrevolutionäre, die nicht nur die Tradition der russischen Demokratie für sich hat, sondern auch noch zu Zeiten der Konstituantewahlen eine starke Majorität im Lande aufzuweisen vermochte. Damit hat die Entente auf ihre ältesten und treuesten Freunde, die Kadetten, Verzicht geleistet, denn von einem Zusammenhang Miljukows mit Ssawenkow und Tschernow, ganz besonders aber mit linken Sozialrevolutionären, wie Kamkow, ist heute wohl nicht mehr zu rechnen. Man wird zu solchem Entschluß seine Gründe gehabt haben. Vor allem hat man wohl gezaudert, in Großrußland mit den monarchischen Elementen anzuknüpfen, die zweifellos heute den kadettischen Kreisen sehr nahe stehen. Was in Sibirien möglich erscheint, wo die soziale Auflösung noch nicht den Grad erreicht hat wie im alten Zarenreiche, müßte in Großrußland mit einer Verleugnung der allzu eindringlich gepredigten demokratischen Tendenzen beginnen, mit der Wiederherstellung einer Selbstherrschaft, die den Mißklang im Bündnis der „freiheitlichen" Staaten wieder aufleben ließe und für die Zukunft dem fremden Helfer sehr unpopuläre Züge verleihen würde. Zudem kommt, daß auf eine selbständige Tätigkeit der bürgerlichen und monarchischen Elemente nur in sehr unvollkommenem Maße zu rechnen wäre. Die Fürsten und Grafen, die den Widersinn der gegenwärtigen Verhältnisse durch Droschkenkutscher- und Gepäckträger-

Digitized by Google

dienste unterstreichen, leben in einer spielerischen Opposition, die in Wahrheit Passivität ist. Es sind Emigranten, die nicht auswandern können, und ihre Politik unfruchtbar wie alle Emigrantenpolitik. Es scheint aber auch, daß in den kadettischen Kreisen für eine aktive Unterstützung der Ententepolitik, die in die Wiederaufnahme des Krieges ausmünden müßte, sehr wenig Sympathie zu finden ist. So sehr auch die Kadetten durch Doktrinarismus gesündigt und das Vaterland zugrunde gerichtet haben, sie sind — als einäugige Könige — doch noch immer die politisch am besten geschulten Köpfe und realpolitischen Erwägungen am ehesten zugänglich. So müssen sie denn heute doch wohl erkannt haben, daß jede Politik, die das Kriegsgespenst am Horizont auftauchen läßt, mit dem geschlossenen Widerstande aller Volkskreise zu rechnen hat. Insofern mögen die Nachrichten, die den in Kiew wieder aufgetauchten Miljukow als „Deutschenfreund" bezeichnen, nicht ganz unrichtig sein. Ein Deutschenfreund ist er zwar nicht, aber zum Kriegsgegner mag ihn die harte Erfahrung denn doch gemacht haben.

Solche Erfahrungen sind bei den Sozialrevolutionären nicht vorauszusetzen. Hier finden wir den russischen Demokraten der Intelligenz in Reinkultur, dessen tragisches Schicksal es ist, sein Leben lang die glühende Sehnsucht im Herzen zu tragen, sein Volk zu beglücken und im Volke aufzugehen, ohne doch je das Wesen dieses Volkes verstehen zu können. Es sind die Leute, die im Dogma geboren werden, in der Herrschaft des Dogmas leben und sterben, ohne die Gegensätze zu begreifen, die diese ihre Lebensanschauung vom wirklichen Leben trennen. Es ist eine seelisch begründete Borniertheit, die jedes Lernen unmöglich macht. So stehen die Sozialrevolutionäre heute noch auf dem gleichen Standpunkte wie in den ersten Tagen der Revolution. Sie glauben an die innere Siegeskraft der Demokratie, der „Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit" im Leben, glauben, daß diese Herrschaft einen jeden Staat selbsttätig, groß und stark machen müsse, und sehen in jedem Mißerfolg nur das vorübergehende Resultat taktischer Fehler, die wieder gutgemacht werden können. Deshalb ist es ihnen Gewißheit, daß mit dem Tage, an dem die konstituierende Versammlung die souveränen Rechte des russischen Volkes zum Siege zu bringen vermöchte, ein neues Rußland ins Leben treten müßte, verjüngt und stark, fähig, die Welt aus den Angeln zu heben. Für diesen Tag, der noch vor einem Jahr in greifbarste Nähe gerückt war, für den jeder von ihnen ein Leben, reich an Gefahren und Entbehrungen, restlos zur Verfügung gestellt hat, für diesen Tag soll jetzt mit Hilfe Englands die Arbeit von neuem wieder aufgenommen werden. Daß sie im Augenblick die breiten Massen des Volkes, die vor einem Jahre zu ihrer Verfügung standen, verloren haben, können sie nicht übersehen. Die Erbitterung, mit der sie darüber klagen, daß die Bolschewisten ihnen ihr Programm, durch das sie die Volksseele beherrschten, „Semlja i Wolja" (Land und Freiheit) „gestohlen" hätten, hat etwas rührend Naives. Sie erkennen nicht, daß ihr Programm das im Bauern und Ar-

Digitized by Google

beiter das Eigentumsbewußtsein künstlich ertötete, volkspsychologisch im Bolschewismus der Masse enden mußte. Nur eine Möglichkeit gab es, die ihnen die Volksmassen wieder in die Hände spielen könnte: wenn die Bolschewisten die Konsequenz ihres Programms hätten ziehen wollen und die Erwerbsgier der Bauernschaft durch Abschaffung des Geldes vor den Kopf gestoßen hätten. In der Erkenntnis, daß die allmähliche Entwertung des Geldes der kommunistischen Entwickelung ganz von selbst in die Hände arbeiten muß, haben die Bolschewisten sich zur taktischen Unwahrhaftigkeit einer vorläufigen Beibehaltung der Geldwirtschaft entschlossen und dadurch den primitiven Erwerbssinn des ländischen und städtischen Proletariats ihrem Paradiese zugelenkt. Die Werbezelte der Sozialrevolutionäre stehen leer. So sehen sie sich genötigt, wieder da anzufangen, wo sie in den trübsten Zeiten des Zarismus begannen, mit der Erweckung der Volksseele durch den Terror. Schrecken zu erregen in den Kreisen der Herrschenden, denen auf anderem Wege nicht beizukommen ist, und im Volke die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, das ist von jeher die Begründung der terroristischen Akte gewesen. Das dürfte auch heute ihr Zweck sein. Soll aber ein schnellerer Erfolg erzielt werden, so muß das erregte Interesse des Volkes sofort durch starke äußere Ereignisse zum rechten Ziele gelenkt werden. Diese äußeren Ereignisse erwartet man von England an der Murmanküste, von den Tschechoslowaken und von den Japanern. Ohne einen starken Einfluß vom Auslande her ist die Herrschaft der Bolschewisten nicht ernsthaft gefährdet. Daß die Bedrohung keine zu gefährlichen Dimensionen annähme, dafür wird Deutschland namentlich im Norden einzutreten haben. Es kann heute weniger denn je den Kontrahenten von Brest-Litowsk preisgeben. Von der sozialrevolutionären Propaganda allein hat Lenin wenig zu fürchten.

So werden wir auf längere Zeit mit einem bolschewistischen Großrußland zu rechnen haben. Als Kriegsnachbar ist ein bolschewistisches Rußland wohl zu ertragen. Ein Staat ohne jeden Ansatz von staatlichem Egoismus. Lenin ist in der Tat der Präsident, der Wilson zu sein vorgibt. Die Widerstände gegen territoriale Einbußen sind rein prinzipieller Natur, sie richten sich gegen die Schmälerung des Gebiets, in dem der Proletarierergedanke herrscht. Bis zur Stunde haben Lenin und Trotzky kein Jota von dem Traum einer Revolutionierung der Welt aufgegeben. Da erscheint die Absplitterung eines Gebiets als unerwünschte Absage an die Revolution. Der Verfassungsentwurf des fünften Sowjetkongresses läßt den unabänderlichen Entschluß, die bolschewistische Theorie bis zum letzten in die Praxis umzusetzen, erkennen. Die Ausschaltung aller nichtproletarischen Elemente aus dem staatlichen Leben wird folgerichtig durchgeführt. Personen, die gemietete Arbeiter annehmen, um einen Gewinn zu erzielen, alle Kaufleute, Rentner und alle Angestellten von Kultusgemeinden sind vom Wahlrechte ausgeschlossen ... Großrußland eilt seiner endgültigen staatlichen Auflösung entgegen. Es muß den Weg bis zum Ende

Digitized by Google

gehen, den Weg, der auf die Tolstoische anarchische Gemeinde weist. Erst hier, wenn alles, was staatliches Leben heißt, endgültig zerstört ist, wenn man zu den primitivsten Anfängen zurückgelangt ist, wird von der Möglichkeit einer Evolution die Rede sein können. Einer Evolution, die vielleicht aus der Kraft des Volkes heraus dem Russen das schafft, was ihm bisher vor allem mangelte: ein eigenes staatliches Empfinden.

Doch diese Perspektiven gehören bereits mehr in das Gebiet der Phantasie als in das ruhiger politischer Erwägung. Wichtig ist für uns vor allem die Frage, ob Deutschland die absolute Ausschaltung Großrußlands aus dem staatlichen und dadurch zum großen Teil doch aus dem wirtschaftlichen Leben ertragen kann. Und es scheint mir die Gefahr weniger darin zu liegen, daß Großrußland selbst nur in beschränktem Maße uns seine Naturreichtümer wird zur Verfügung stellen können, als darin, daß ein absterbendes Rußland uns den Zugang zum Osten, zu Sibirien sehr empfindlich erschweren könnte. Daß die Sowjetregierung sich in Sibirien wird halten können, ist kaum anzunehmen, und damit wird die Gefahr einer Besetzung des sibirischen Marktes durch Japan in greifbare Nähe gerückt. Hier kann uns nur eine zielbewußte Politik des neuen ukrainischen Staates helfen. Die Beziehungen der Ukraine zum Osten sind heute bereits viel erheblicher als man glaubt. Sie müssen bewußt genährt und gestärkt werden. Sibirien und Turkestan müssen mit der Zeit durch irgendeine Bündnisform an die Ukraine angeschlossen werden. Das ist eine festumrissene Aufgabe für die Politik des jungen lebenskräftigen Staates, dem heute alle unsere Sympathien zugewendet sein müssen.

Großbritanniens Eismeerpolitik

Von Dr. Leo Schwering, Köln

Die britische Eismeerpolitik, wie sie sich während des Weltkrieges entwickelt hat ist aus einem Stück, obschon die Betätigung des Auswärtigen Amtes in London in dieser Richtung nicht immer gleich stark gewesen ist. Sie hat vielmehr Wandlungen durchgemacht, welche im Gange der Weltgeschehnisse ihre Erklärung finden. Mit der Eismeerpolitik hängt zunächst die Gestaltung der skandinavischen Verhältnisse auf das engste zusammen. Ein Blick auf die Karte beweist das besser, als lange Darlegungen. Es ist bekannt, daß das Londoner Kabinett, ehe der deutsche Vormarsch weiter ins Baltenland hinaufführte, sich stark in Estland engagiert hatte. Eine großartig geplante Verbindung Edinburg—Göteborg—Stockholm—Helsingfors kennzeichnete die Richtung britischen Machtstrebens noch deutlicher. Alle diese Pläne versanken spätestens mit der Befreiung Finnlands ins Grab. Damals erfolgte nämlich die endgültige Ausräucherung Großbritanniens aus der Ostsee. Der erste britische Angriff zu einer fühlbaren wirtschaftlichen Bevormundung des

Digitized by Google

russischen Wirtschafts- und Handelslebens war ergebnislos verlaufen. Eine natürliche Verbindungslinie zwischen Großbritannien und dem einstigen Zarenreiche mußte englischerseits, wenn auch schweren Herzens, aufgegeben werden.

Jetzt erst trat das Eismeer für Großbritanniens Streben auf den russischen Markt in seine vollen Rechte. Bekanntlich lagen im hohen Norden die einzigen Häfen des Zarenreichs, welche unmittelbare Verbindung zum Weltmeere hatten. Besondere günstige Verhältnisse ermöglichen hier außerdem die Schiffahrt das ganze Jahr hindurch, während dagegen Archangelsk, das vom Ausläufer des warmen Meeresstromes nicht mehr erreicht wird, fast sieben Monate lang Schiffen wegen des Eises unzugänglich ist. Es war deshalb nicht verwunderlich, wenn nach der finnischen Befreiung an der Murmanküste auf einmal die britische Machtpolitik in ihr akutes Stadium eintrat. Obschon bereits im Frühjahr 1915 in Alexandrowsk, dem Hafen der Murmanküste, Truppen gelandet waren und auch mit Archangelsk wenigstens während der Sommermonate ein lebhafter englischer Handel unterhalten wurde, so blieb diese britische Landung naturgemäß, solange das Schicksal der Ostsee den Händen der englischen Regierung noch nicht gänzlich entfallen war, ohne größere Bedeutung. Selbst die Tatsache, daß eine Bahnverbindung Alexandrowsk—Petersburg mitten im Weltkriege mit englischer Hilfe erstand, bewies zwar die wachsende Rolle, welche dem hohen Norden in den Augen Englands zukam, ohne daß daraus zunächst entscheidende Folgerungen von weltpolitischer Bedeutung gezogen wurden. Dies alles änderte sich, wie schon angedeutet, von dem Augenblicke ab, da die Verselbständigung Finnlands sich unter deutscher Hilfe vollzog und Rußland in Brest-Litowsk endgültig aus der Reihe der Alliierten ausschied. Jetzt war für Großbritannien Not am Mann! Noch während des Winters 1918 trat deshalb die Murmanfrage mehr und mehr in den Vordergrund, obschon die Jahreszeit größere Aktionen noch nicht ermöglichte. Aber es ließ sich aus allem deutlich ersehen, daß man mit dem beginnenden Sommer auf eine britische Offensive im Eismeer rechnen mußte.

Sie ist gekommen! Sie setzte nicht allein mit voller Kraft ein, sondern suchte durch Teilung des Angriffspunktes das Ganze auf eine größere Basis zu stellen. Das geschah in der Weise, daß nicht nur die Murmanküste und deren Hinterland, sondern auch Archangelsk zum britischen Angriffsobjekt wurde. Es ist ohne größeres Interesse der Entwicklung der Frage im einzelnen zu folgen, doch seien im folgenden wenigstens die großen Züge, nämlich die englische Aktion und die finnisch-russische Gegenaktion festgehalten. Finnland erklärte die britische Festsetzung mit Recht als eine Schmälerung seiner freien Meeresverbindungen und erhob Anspruch auf Berücksichtigung an der Murmanküste, deren Bevölkerung der finnischen verwandt sei und nach ihren geographischen und wirtschaftlichen Grundlagen an Finnland Anlehnung suchten. Auch die Sowjets regten sich und protestierten in scharfen Noten

Digitized by Google

gegen die durch nichts gerechtfertigte Gewaltpolitik des britischen Eroberers. Diese Proteste sind natürlich auf England ganz ohne Wirkung geblieben. Im Gegenteil! Wie zum Hohn gründete es fast unmittelbar nach dem russischen Einspruch die sogenannte Eismeerrepublik, die um Archangelsk liegt. Daß bei deren Stiftung Großbritannien die Patenschaft innehatte, beweist schon die Erklärung der englischen Regierung, sie werde die neue Republik anerkennen, wenn sie ein enges Wirtschaftsbündnis mit Großbritannien schließe; man versteht diese englische Sprache nach einer Kriegs- und Wirtschaftserfahrung von vier Jahren ganz genau! Die Lage ist damit klar.

Nun aber ist die Sowjetrepublik unter den heutigen Verhältnissen trotz aller möglichen neuerlichen Ansätze wohl kaum imstande, den englischen Einbruch, der nichts Geringeres darstellt, als ein neues Calais, im hohen Norden unschädlich zu machen. Nur Finnland kann dies, freilich auch nicht allein. Mit Recht weist daher die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 3. Juli darauf hin, man verkenne in Finnland die Gefahr nicht und werde ihr mit deutscher Hilfe zu begegnen wissen. Deutschland erstrebt natürlich nicht wie Großbritannien im hohen Norden irgendwelchen Territorialbesitz, aber es ist wie Finnland und die Sowjetrepublik daran interessiert, daß die englische Einfallspforte unter allen Umständen geschlossen wird. Erst nach der Vertreibung der Briten müssen sich Finnen und Großrussen über Murman und Kola einigen; schwer wird es bei wohlwollender Behandlung der Fragen nicht sein, aber zuerst und zunächst muß dieser britische Pfeil in der Flanke des großrussischen Reiches beseitigt werden! Denn schon gebärdet sich das Britentum hier, als wenn es stets dort ansässig gewesen wäre. Die Bahnlinie, welche Alexandrowsk mit Petersburg verbindet, ist unter britischer Kontrolle. Sie ist eine dauernde Gefahrlinie natürlich und zunächst für Finnland, an dessen ausgedehnter Ostgrenze sie entlang läuft. Die Ereignisse können hier nicht mehr lange auf sich warten lassen, obschon, oder besser, gerade weil Großbritannien durch Zusammenziehung von Mannschaften und Schiffen selbst der Aktion einen Stich ins Große gegeben hat und somit die entsprechende Abwehr geradezu gebieterisch auf den Plan ruft.

Aber die britische Eismeerpolitik ist mit obigen Feststellungen noch keineswegs erschöpft. Ganz abgesehen davon, daß, den Erfolg vorausgesetzt, London dauernd und unter Umgehung Mitteleuropas einen Teil des großrussischen Handels unter Kontrolle hielte, würde durch eine Festsetzung des Vereinigten Königreiches im hohen Norden auch die ganze skandinavische Welt, und zwar im weitesten Sinne, in Mitleidenschaft gezogen, und darin liegt auch eine unmittelbare Bedrohung unserer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen im gesamten Norden. Insofern hängen die neuerlichen britisch-amerikanischen Schläge gegen die skandinavischen Mächte aufs engste mit der gesamten britischen Eismeerpolitik zusammen. Erinnert sei nur an die Wirtschaftsabkommen, welche mit Schweden und

Digitized by Google

Norwegen seitens Washington geschlossen worden sind, die durch ihre besondere Fassung ohne Frage den Angelsachsen die Möglichkeit geben, ihren Fuß auch politisch kräftiger als bisher auf den Boden Skandinaviens zu setzen, das wieder den Alliierten nicht etwa besonderen Widerstand bot; in Schweden erlebten wir anläßlich der Kammerwahlen den Ruck nach links zur Entente, und Norwegens Politik war immer kulturell und wirtschaftlich stark nach den Angelsachsen orientiert, so daß eine Verstärkung britischen Druckes hier doppelt gefährlich für uns sein müßte, und das würde bei der dauernden Festsetzung an der Murmanküste ohne Frage der Fall sein.

In diesem Zusammenhange müssen auch die jüngsten Intrigen Großbritanniens zur „Befreiung" Islands betrachtet werden, die in Dänemark nicht nur, sondern in der unabhängigen und der Entente noch nicht mit Leib und Seele verschriebenen Presse Skandinaviens das größte Aufsehen erregt haben. Alle diese Ereignisse zusammengehalten, ergeben ein abgerundetes Bild: Beherrschung und Kontrolle der nördlichen offenen Flanke des Deutschen Reiches. Alte Einkreisungspläne, die in den klassischen Jahren dieser politischen Bestrebungen nicht zum Ende geführt werden konnten, werden neu aufgerollt, und zwar unter wesentlich anderen und günstigeren machtpolitischen Grundlagen, falls es Großbritannien und dem hinter ihm stehenden Amerika gelingt, im hohen Norden festen Fuß zu fassen. Alle Eingänge und Zufahrtsstraßen sind vorsorglich bereits entweder besetzt oder auf dem besten Weg dazu. Selbst die Erregung, welche die britischen Blätter anläßlich des Brester Friedens wegen der darin getroffenen Bestimmungen über Spitzbergen durchlief, das man schon als britisches Eigentum zu betrachten schien, gehört hierhin.

Wenn wir auch Wilson im engen Bunde mit Großbritannien sich betätigen sehen — hat er doch durch seine Hungerpolitik erst die Skandinavier mürbe gemacht —, so darf uns dies nicht verwundern. Die wirtschaftlichen Interessen der Union in dem einstigen Zarenreiche sind infolge der Kriegsverschuldung des letzteren ganz gewaltig gestiegen. Dies veranlaßte ja auch den Präsidenten zu seiner russophilen Politik, in der er die Entente teilweise mit sich gezogen hat. Ein sicherer und mehr oder minder unter amerikanischer Kontrolle stehender Hafen zu dem zukunftsreichen osteuropäischen Wirtschaftsgebiet liegt daher auch besonders in Wilsons Zielen. Nun aber hat es die Entwicklung des Krieges mit sich gebracht, daß ohne die wirtschaftliche und geographische Vermittelung der Mittelmächte, die Amerika vermeiden zu wollen scheint, ein Zugang der Vereinigten Staaten zu Großrußland und seinen Nachbarn außer über Murmanküste nur noch vom äußersten Osten her möglich ist. Aber gerade die Sicherheit dieses Weges ist außerordentlich durch Japan gefährdet, dessen Freundschaft zu der Union durch die Ereignisse des Weltkrieges durchaus nicht gesteigert ist. Im Gegenteil; gerade das ostsibirische Problem darf als stark in die Erscheinung tretender Konfliktstoff zwischen beiden Mächten gebucht werden. Washington muß daher möglicherweise damit rechnen, daß der ostsibirische Zugang zu dem gewaltigen

Digitized by Google

Wirtschaftsgebiet Osteuropa-Asien ihm völlig verlegt werden kann, dann bleibt allein Alexandrowsk und Murmanküste übrig. Hierin liegt auch teilweise die Erklärung für das brüske Vorgehen des Präsidenten gegen die neutralen Skandinavier. Je stärker sie von Amerika abhängig werden, desto eher sind sie Wege und Zugänge zu dem einstigen Zarenreiche und den riesenhaften wirtschaftlichen Interessen der Union dortselbst. Die Angelsachsen reichen einander hier also vertrauensvoll die Hände. Wenn auch das britische Interesse voransteht, so ist das amerikanische nicht minder groß. Hierin aber liegt auch die Gefahr! Sie kann nur durch ein energisches Vorgehen Finnlands beseitigt werden. Finnland fällt damit die hohe Aufgabe zu, seine neu gewonnene Freiheit den alten Staaten des hohen Nordens gegenüber dadurch in ihrer Notwendigkeit zu erweisen, daß es die politische und kulturelle Selbständigkeit des Nordens vor fremder Gewalt bewahrt!

Der französische Sozialismus und Syndikalismus

Von Hans Goehler

In Paris haben kürzlich die sozialistischen Kammergruppen die übrigen Parteien des Parlaments zu einer Besprechung mit Vertretern der Confédération générale du Travail eingeladen. Dieses Ereignis wurde von den Politikern der Rechten als ein Versuch angesehen, auch in Frankreich dem Parlament einen Arbeiter- und Soldatenrat gegenüberzustellen und hat daher eine allgemeine und nachhaltige Entrüstung in weiten Kreisen hervorgerufen.

In Deutschland ist die Tragweite dieser Konferenz nicht erkannt worden, weil sowohl die Bedeutung der Confédération générale du Travail als auch ihr Verhältnis zu den politischen Parteien des Parlaments nicht allgemein bekannt ist.

Die Confédération générale du Travail (die in der Presse meist in der Abkürzung C. G. T., ihre Mitglieder als Cégétistes zitiert werden) ist der offizielle Bund der französischen Syndikalisten, der 1895 auf dem Gewerkschaftskongreß in Limoges gegründet worden ist.

Der Sozialismus hat den Arbeiter nur als Bürger fassen und organisieren wollen, der Syndikalismus dagegen will ihn als Produzenten aufrütteln und organisieren. Der Syndikalismus entstand, weil der Sozialismus seine ganze Kraft in der indirekten parlamentarischen Aktion verausgabte.

Die politisch-parlamentarische Tätigkeit des französischen Sozialismus ist schon vor dem Kriege keineswegs einwandfrei gewesen und hat nicht einmal im Parlamente die alten Ideale des Sozialismus konsequent vertreten. Der französische Sozialismus krankte von Anfang an, d. h. von den Tagen der Kommune an Spaltungen und Zerklüftungen. Die 1893 zuerst unternommenen Einigungsversuche führten wohl vorübergehend zu äußerlichen, niemals aber zu einem von innen heraus erfolgten

Digitized by Google

Zusammenschluß. Da aber die innere Einheitlichkeit niemals erreicht worden ist, so hatten geschickte und redegewandte Kompromißler, wie Millerand und Briand, stets ein leichtes Spiel. Millerand wurde von Waldeck-Rousseau zum Handelsminister ernannt. In dem gleichen Kabinett saß auch Gallifet, der durch seinen Kampf gegen die Kommunards bei den Marxisten in übelstem Rufe stand.

Die Übernahme eines Ministeriums durch Millerand und später durch Briand, die als ein skandalöses Bündnis mit der Reaktion bezeichnet wurde, hat die Sozialisten jahrelang beschäftigt. Der alte Marxist Guesde erklärte damals, wenn in allen Ländern Millerands Minister würden, so könne von einer sozialistischen Internationale nicht mehr die Rede sein. Gerade durch diese Diskussionen wurden die Einigungsbestrebungen im Sozialismus intensiver betrieben. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam von 1904 wurde beschlossen, daß in jedem Lande nur eine Sozialistenpartei bestehen dürfe. Dieser Beschluß hatte in Frankreich die Gründung der parti unifié des socialistes zur Folge. Aber auch dieser neue Zusammenschluß war nur ein äußerlicher Kitt, durch den die widerstrebendsten Elemente zusammengehalten wurden. Von den 98 sozialistischen Abgeordneten sind nur 26 überzeugungstreue Marxisten und Antiministerielle; die übrigen 72 setzen sich aus Ministeriellen, Reformisten und Opportunisten zusammen, deren sozialistische Anschauung äußerst unsicher verankert ist. Wenn man sich über diese inneren Parteiverhältnisse innerhalb des Sozialismus Rechenschaft gibt, so versteht man, erstens, daß die Partei durch fortgesetzte innere Parteikämpfe zerklüftet ist, zweitens, daß die Partei im Kriege, um die Auflösung der äußerlich zusammengefügten innerlich aber nicht einigen Partei zu verhüten, von einem Kompromiß zum andern schwanken mußte, um möglichst allen verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei gerecht werden zu können. — Für diese Kompromißpolitik ist Renaudel der richtige Mann, der morgens den rechten Flügel, mittags die Mitte und abends den linken Flügel vertritt — drittens ergibt sich aus den Zuständen, als notwendige Folge, daß der Partei als Ganzes die Kraft zu einer starken, geraden und entschlossenen Politik fehlte, viertens endlich, daß infolge des Mangels an Geschlossenheit und infolge der Kraftvergeudung im Parteihader die parti unifié nicht die Möglichkeit hatte, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen.

Ja, die Sozialistenpartei Frankreichs fand nicht nur nicht die Zeit und Kraft, sich den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu widmen, sondern sie hatte im Laufe der Jahre überhaupt die Verbindung mit der Arbeiterwelt so sehr verloren, daß sie die Bedürfnisse und Lebensbedingungen der Arbeiter gar nicht mehr kannte. Das ist kürzlich in dem führenden Organ der französischen Sozialisten offen zum Ausdruck gekommen, als die oben erwähnte Konferenz mit den Syndikalisten anberaumt werden sollte.

Darum konnte besonders in Frankreich der Syndikalismus zu so großen Erfolgen

Digitized by Google

gelangen. Der revolutionäre Syndikalismus ist in Frankreich entstanden. Die Bewegung ist antiparlamentarisch, antipolitisch und revolutionär. Einer der Wortführer des Syndikalismus, Lagerdelle, hat in einem Buch: Die syndikalistische Bewegung in Frankreich, das 1908 im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik deutsch erschien, diese Bewegung folgendermaßen charakterisiert:

„Der Bürger kann mit Sachen der Politik nicht ganz vertraut sein; die den Wähler beschäftigenden Fragen liegen außerhalb seines täglichen Lebens; der regelmäßige Ablauf seines Daseins bereitet ihn keineswegs dazu vor, die fernliegenden Probleme der Parlamente und die Taten der Staatsmänner zu beurteilen. Nur ausnahmsweise beschäftigt er sich damit alle vier Jahre bei den Wahlen. Dies macht die mühelose Herrschaft der Berufspolitiker verständlich, welche den verführerischen Schein, durch die Luftgebilde der Beredsamkeit der Masse imponieren, die unfähig ist, sie in der Hand zu behalten.

Das Gegenteil hat man in der ökonomischen Gesellschaft. Ihre Organe sind nicht außerhalb, sondern innerhalb ihres Bereiches, sind mit ihr verwachsen, sind ihr eigenes Werk. Das Syndikat erinnert in nichts an den politischen Staat, mit seinen übertragenen Befugnissen, seiner Befehls- und Zwangsgewalt. Es erhebt sich nicht über der Arbeiterklasse als ein mißgestalteter Auswuchs, sondern es ist ein Teil, eben der organisierte Teil der Arbeiterklasse selbst. Zwischen den erprobten Arbeitern des Syndikates und der nichtsyndizierten Arbeitermasse besteht keine Trennung, sondern tägliche Berührung in der Arbeitsstätte und im Leben. Die vom Syndikat erörterten Fragen sind gerade die des Gewerbes, und es übt moralische Gewalt nur da aus, wo es innerhalb seines Bereichs die Arbeiterinteressen vertritt. Der Produzent ist aktiv, der Staatsbürger passiv."

Der Syndikalismus hat keine Theorie und gehorcht keinem Dogma, sondern will durch revolutionäre Mittel aktive Wirtschaftspolitik treiben. Seine Kampfmittel sind: Besprechungen mit den Arbeitgebern, Proteste gegen die Arbeitgeber, Boykott, Sabotage (Zerstörung von Werkzeugen und Maschinen), absichtliches Langsamarbeiten und antimilitaristische Propaganda, vor allen Dingen aber der Generalstreik. Der eifrigste und leidenschaftlichste Antimilitarist war bis zum Kriege Gustave Hervè, derjenige, der am entschiedensten für den Generalstreik eintrat, Aristide Briand, Abgeordneter der Industriestadt Saint-Etienne. Auf dem Kongreß der Fédération nationale des syndicats ouvriers de la France in Marseille im Jahre 1892 forderte Briand eine straffere Organisation der Syndikate, damit sie den Generalstreik durchführen könnten. Auf diesem Kongreß wurden unter dem Namen: Fédération des bourses du travail der Bund der Arbeitsbörsen gegründet, dem im Anfang gegen zwanzig Arbeiterbörsen beitraten. In den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten sind in allen Teilen Frankreichs Arbeiterbörsen gegründet worden, von denen jetzt gegen 165 mit über 600 000 Arbeitern bestehen. Zu Beginn waren diese Arbeiterbörsen ganz wie das Berliner Gewerkschaftshaus vollständig unabhängig von der staatlichen und städtischen Obrigkeit. Inzwischen aber hat die französische Regierung, die die Bedeutung dieser Bewegung erkannte, der Organisation dieser Bewegung dadurch „geholfen", daß sie die Verwaltungsbeamten der Arbeiterbörsen zu Staatsbeamten machte. Diese jesuitische „Staatshilfe" ist Aristide Briand zu danken. Briand

Digitized by Google

hat, das zeigte sich sehr bald, die syndikalistische Bewegung nur als Sprungbrett benutzt. Er hat sich in den neunziger Jahren unbestreitbar hohe Verdienste um die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterwelt erworben, hat aber gegen Ende der neunziger Jahre bereits ein Doppelspiel getrieben, das ihm in späteren Jahren den Haß nicht nur der Syndikalisten, sondern auch der sozialistischen Partei eingetragen hat. Bezeichnend in diesem Sinne ist die Rede über den Generalstreik, die Briand auf dem Pariser Congrès général des organisations socialistes françaises im Dezember 1899 gehalten hat. Damals war Briand schon Ministerpräsident und konnte natürlich als solcher nicht mehr den Generalstreik fordern. Er tat es aber doch, indem er in seiner Rede im Vordersatz für den Generalstreik eintrat, im Nachsatz den Generalstreik verurteilte: „Ich bin kein Prediger für Streiks," erklärte er und entfachte unter seinen sozialistischen Zuhörern lärmende Proteste, „aber vom Standpunkte der Syndikatsorganisation muß man für den Generalstreik sein." Im weiteren Verlauf seiner Rede versuchte Briand die Arbeiter auf den Stimmzettel als das wertvollste und nachdrücklichste Protestmittel zu verweisen. Damit aber schied Briand freiwillig aus der antiparlamentarischen Syndikatsbewegung aus, hat aber in dieser seiner Abschiedsrede doch noch fruchtbare Arbeit geleistet, indem er ihnen den Ausbau der Confédération générale du Traivail empfahl, die 1895 in Limoges als Gesamtorganisation der Gewerkschaften ins Leben getreten war.

Erst von 1901 an hat die C. G. T., die in ihren Leitsätzen von ihren Mitgliedern den Ausschluß von jeder Art von Politik forderte und sich die Aufgabe stellte, die Arbeiter wirtschaftlich zusammenzuschließen, wirkliche Bedeutung gewonnen. Die C. G. T. wandelte sich von einem Bund der Arbeiterbörsen zu einem Bund der Arbeiterschaft und hat als solcher im letzten Jahrzehnt durch die eben angedeuteten Kampfmittel große Macht und einen gewaltigen Einfluß ausgeübt. Die Grundlage der C. G. T. bildet das Syndikat, sie ist nach föderalistischen Grundsätzen organisiert. Sie umfaßte 1912 78 nationale Industrieverbände und 147 Arbeiterbörsen, hinter denen über 700000 Arbeiter stehen. Parlamentarier sind nicht mehr Führer der Bewegung, sondern der Bauarbeiter Péricat, der Barbier Luquet, der Böttcher Bourderau und die aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen im Zentralausschuß sitzenden Merrheim, Jouhaux, Yvetot, Griffuelhes, Sorel und Berth. Als Zentralorgan der C. G. T. galt im Anfang „La voix du Peuple", die in ihren ersten Nummern folgende programmatische Erklärung abgab:

„Die Arbeitersyndikate werden sich immer mehr der vorherrschenden Rolle bewußt, die sie in den sozialen Kämpfen zu spielen haben. Sie wissen, daß neben der Sicherung des täglichen Brotes ihre Aufgabe darin besteht, die Zukunft vorzubereiten. Sie wissen, daß der körperliche Organismus der Mutterschoß für die Welt von morgen ist. Sie wissen, daß eine normale, im Gleichgewicht befindliche Gesellschaft, in der sich alle Individualitäten in gegenseitiger Harmonie entwickeln, nicht anders als auf der Grundlage der körperschaftlichen Vereinigung denkbar ist. Diese Weite der Auffassung hat den Syndikaten Leben eingehaucht und ihren

Digitized by Google

Wirkungskreis ausgedehnt: sie gewöhnen sich daher, in allen Fragen Stellung zu nehmen, keine wirksame Agitation aus dem Auge zu lassen, und bald wird die Behauptung, daß sie die ganze soziale Bewegung darstellen, nicht mehr anmaßend sein."

Einige Jahre später wurde die Tageszeitung „La Bataille syndicaliste" geschaffen, die im Kriege in „La Bataille" umgewandelt wurde. Zahlreiche kleine Flugschriften von den eben genannten Führern, die in bewundernswürdiger Vollständigkeit in der Privatbibliothek des Herrn Stadtrat Sassenbach in Berlin gesammelt sind, vermögen über die Geschichte und Entwicklung der C. G. T. zu unterrichten.

Zum Kriegsausbruch hat die C. G. T. infolge ihrer antipolitischen Tendenz offiziell nicht Stellung genommen. Ihre Mitglieder aber haben die Pflichten der Nationalverteidigung erfüllt wie die Politiker und wie die nicht syndizierten Arbeiter. Im weiteren Verlauf des Krieges aber änderte sich die Lage der Arbeiter schon dadurch, daß ein großer Teil der Arbeiter mobilisiert und zahlreiche Betriebe militarisiert wurden. Dadurch wurden die Arbeiter unter das Kriegsrecht gestellt und der geistigen Herrschaft des Syndikalismus gewissermaßen entzogen. In diesem Augenblick setzte das politische Interesse der Syndikate ein und ihr Interessengebiet erweiterte sich auf die Politik. Die Kriegsziele, Friedensfragen und die allgemeinen politischen Probleme wurden auf den syndikalistischen Kongressen besprochen und es bildete sich ganz wie in der sozialistischen Partei eine Gruppe der Majoritären und eine Gruppe der Minoritären heraus. Die Majoritären werden von Jouhaux, die Minoritären von Merrheim angeführt. Die Gärung unter den Syndikalisten hat seit Mitte 1917 einen bedeutenden Umfang angenommen, der in großen und lang andauernden Streiks in Erscheinung trat. Die Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen Frankreichs trat nach der Ablehnung der sogenannten Friedensoffensive Kaiser Karls und nach der Anwendung des Gesetzes Mourier, d. h. nach der Einziehung der Facharbeiter zum Frontdienst im Mai d. Js., in ein kritisches Stadium. Es entbrannte in St. Etienne ein achttägiger Streik in der Kriegsindustrie, in dessen Verlauf Revolten stattfanden, die die Verhaftung von zahlreichen Syndikalisten zur Folge hatten. Der minoritäre Sozialist Longuet, schrieb die „Liberté" vom 24. 5., hebt noch andere Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiter hervor. Er legt dar, daß die Besorgnis über die Aushebung der jüngeren Jahresklassen nach dem Gesetze Mourier diese Bewegung nicht allein hervorgerufen habe. Er will auch nicht, daß man sich über den zeitweisen Schluß der Kriegsfabriken errege, welchen diese Bewegung zur Folge gehabt habe. Die Tatsache, daß der Mangel an Rohstoffen in gewissen Augenblicken die Einstellung der Arbeit hervorgerufen hat, macht die Einstellung der Fabriken durch den Streik noch verurteilenswürdiger.

Über den Kongreß in St. Etienne sind weitere Berichte nicht erschienen; dagegen teilte der Ausschuß der C. G. T. mit, daß er in dem Bureau zu einer Sitzung zusammentreten würde, um die Lage zu prüfen. Nach „Humanité" vom 24. 5. hat die sozialistische Parlamentsgruppe die Delegierten der fédération des métaux emp-

Digitized by Google

fangen und ein Exposé Merrheims über die Lage der Metallarbeiter in der Pariser Gegend entgegengenommen. Im „Journal du Peuple" vom 21. 5. betonte George Yvetot, daß die Arbeitgeber keine ausländischen Arbeiter einstellen dürften, selbst wenn die Forderungen der französischen Arbeiter ihnen zu übertrieben schienen.

Die sozialistische Gruppe des Parlaments und der Ausschuß der C. G. T. hielten darauf eine Sitzung ab, in der Erklärungen der Abgeordneten der C. G. T. über die Lage entgegengenommen wurden. Dem Munitionsminister Loucheur wurde darüber Bericht erstattet. Nach „Journal du Peuple" vom 6. 6. protestierte das Comité de Défense syndicaliste gegen die Verhaftung von Mitgliedern der Gewerkschaften in Paris und in der Provinz. Vallet wurde zum Sekretär des Ausschusses ernannt. Dem „Journal" vom 4. 6. zufolge hat in Bordeaux ein Provinz-Kongreß der Metallarbeiter stattgefunden, der mit einem Vortrag von Merrheim, dem Generalsekretär der Fédération des métaux, eröffnet wurde. Der Kongreß hat sich hauptsächlich mit Lohnfragen und mit der Anwendung des Gesetzes Mourier befaßt.

Nach der „Dépêche de Toulouse" vom 8. 6. haben am 7. 6. im Palais Bourbon mehrere Versammlungen stattgefunden. Die sozialistische Gruppe hatte die verschiedenen Gruppen der Linken zu einer Besprechung mit Abgeordneten der C. G. T. eingeladen. La gauche radical und le groupe des républicains de gauche hatten ihren Mitgliedern freigestellt, an dieser Versammlung teilzunehmen. Der Saal war so voll, daß die Türen nicht geschlossen werden konnten. Jouhaux legte die Ziele der C. G. T. dar. Dalbiez und Merrheim lieferten Aufklärungen über die Bewegungen, die sich kürzlich in der Metallindustrie zugetragen haben. Zum Schlusse wiesen Merrheim und Jouhaux auf die Notwendigkeit hin, die Politik im Sinne der Arbeiter zu führen.

„Die Nachricht von dem Schritt, den die Abgeordneten der C. G. T. bei der Regierung und bei den Gruppen der Linken taten," schreibt der Abgeordnete Escarguel in „Indépendance des Pyrénées orientales" vom 9. 6., „hat im Lande einen peinlich überraschenden und beunruhigenden Eindruck gemacht. Diese Herren wollen Frankreich ein Regime der russischen Sowjets auferlegen. Wir kennen zu genau, was Rußland das gekostet hat. Nein, nein, wir werden diese Schande niemals zugeben. Wir wollen nicht die Sklaven Deutschlands werden. Jouhaux und Merrheim haben die Anmaßung so weit getrieben, daß sie wissen wollten, warum die Facharbeiter an die Front gesandt würden, sie haben, ohne zu lachen, gefordert, daß der Arbeiterklasse die Kriegsziele bekannt gegeben werden. Unser Kriegsziel ist, alles zu tun, daß wir nicht durch die militärische Niederlage Vasallen und Sklaven des unmenschlichen Deutschlands werden. Die Abgeordneten der C. G. T. haben sogar einen Erpressungsversuch gemacht, indem sie erklärten, wenn ihr uns nicht Genüge tut, so werden wir einen Streik vom Zaune brechen."

Der denkwürdigen Konferenz in der Kammer zwischen Syndikalisten und den Vertretern der politischen Partei folgte eine Sitzung der C. G. T., in der ein Manifest ausgearbeitet wurde, das die Forderungen der Syndikalisten in folgende Punkte zusammenfaßte:

Digitized by Google

1. Bekanntgabe der Kriegsziele der Ententevölker;
2. Abschluß eines Rechtsfriedens im Sinne der Société des Nations;
3. Veröffentlichung und Beratung aller sich bietender Friedensmöglichkeiten;
4. Aufklärung darüber, warum die Facharbeiter für den Frontdienst eingezogen worden sind.

Wenn diese Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt werden, so wird, wie Merrheim erklärte, die C. G. T. den Generalstreik proklamieren.

So ist die Lage im Augenblick. Die französische Regierung steht vor einem ernsten Problem und sieht der drohenden Gefahr besorgt entgegen. Am 15. Juli soll der Nationalkongreß der Cegetisten stattfinden. Er kann katastrophale Entscheidungen bringen, da die ursprünglich antipolitischen und antiparlamentarischen Syndikalisten durch die Verhältnisse gezwungen wurden, in den politischen Kampf einzugreifen. Die Regierung hat, um der Gefahr vorzubeugen, erstens Briand indirekt veranlaßt, mit den Syndikalisten Fühlung zu nehmen, zweitens Albert Thomas veranlaßt, unter den Sozialisten eine patriotische, kriegsfreundliche und antideutsche Bewegung hervorzurufen. Darin liegt die Bedeutung von Albert Thomas' unerwartetem und widerspruchsvollem Übertritt zu den Sozialpatrioten, der von der ganzen französischen Presse als eines der wichtigsten innerpolitischen Ereignisse angesehen wird. Renaudel und Sembat werden gegenwärtig ebenfalls mit allem Nachdruck bearbeitet, damit auch sie offen und ganz in das nationalistische Lager übergehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie den Lockungen folgen werden. Als Belohnung werden sie ein Ministerportefeuille erhalten. Es ist aber ebenso sicher, daß alle, die Poincarés Notrufen Folge leisten werden, weder Männer sind, die ein Ansehen im arbeitenden Volke haben, noch Männer, denen durch diese Kompromißpolitik es gelingen könnte, Frankreich aus der militärischen Umklammerung Deutschlands und aus der wirtschaftlichen Umklammerung der angelsächsischen Staaten zu befreien.

Deutschland und Japan

Eine Erinnerung aus der Zeit des russisch-japanischen Krieges

Mitgeteilt von Dr. F. Reinhard

Merkwürdig genug bleibt Japans aktive Rolle in diesem Weltkriege! Mit unter den ersten Kriegsteilnehmern, hat es sich mit einer überaus bescheidenen Anteilnahme begnügt. Man verweise als Erklärung nicht auf die Entfernung. Was sind Entfernungen in diesem Weltkriege! Konnte England seine indischen und australischen Regimenter in die flandrischen Schützengräben befördern, so hätte auch Japan, gestützt auf seine starke Kriegsflotte, recht wohl einige Armeekorps, wenn nicht nach Flandern, so doch auf die kleinasiatischen oder russischen Kriegsschauplätze werfen können. Es hat nichts dergleichen getan, trotz alles Drängens seiner Verbündeten. Gewiß ist seine Haltung nicht diktiert durch irgendwelche besondere Rücksichtnahme

Digitized by Google

auf uns Deutsche. Die Diplomaten von Tokio sind Realpolitiker. Aber eben deshalb haben sie sich auch von den prahlerischen Völkerschutzreden unserer Gegner so wenig beeinflussen lassen wie von dem Verleumdungsfeldzug der Northcliffe-Presse. Es ist doch auch bezeichnend, daß aus keinem feindlichen Lande so befriedigende Nachrichten von unseren gefangenen Landsleuten zu uns dringen, als aus Japan. Und irren wir nicht, so befinden sich zahlreiche Deutsche, die bis zum Kriege in Japan beruflich tätig waren, heute noch immer dort auf freiem Fuße und können unbehelligt ihrem Berufe nachgehen.

Darf ich einige Erinnerungen an das Zusammentreffen mit einem hochbegabten japanischen Staatsmann vortragen? Es war während des russisch-japanischen Krieges. Unlängst erst hatte der Draht die Nachricht von dem entscheidenden Siege der japanischen Kriegsflotte über das russische Kreuzergeschwader von Wladiwostok durch die Welt getragen, da hielt eines Morgens vor meinem Hause in England ein offenes Automobil, dem zwei Japaner entstiegen. Der jüngere von ihnen, der sich studienhalber an unserm Orte aufhielt und den ich bereits kannte, stellte seinen Begleiter vor, einen Herrn von etwa fünfzig Jahren, klein und untersetzt, aber auch starknochig und gedrungen wie die meisten Japaner reiferen Alters. Schon aus der unterwürfigen Haltung des jüngeren, der seinen bescheidenen Platz an der Tür durchaus nicht mit einem bequemeren Sitz in unserer Nähe vertauschen wollte, ging hervor, daß ich es mit einer Standesperson zu tun hatte. Es war Baron Suyematsu, Schwiegersohn des berühmten Marquis Ito, früher Journalist, dann japanischer Minister des Innern. Er war nach England gekommen, um während des Krieges mittels der Presse die öffentliche Meinung von Europa zugunsten seines Heimatlandes zu beeinflussen. Als junger Mann hatte er drei Jahre in Cambridge studiert und beherrschte die englische Sprache vollkommen. Die von ihm zu verfassenden politischen Aufsätze sollte ich, das war der Zweck seines Besuches, ins Deutsche übertragen, um auch ihre Veröffentlichung in Deutschland zu ermöglichen, woran ihm besonders viel zu liegen schien. Indes habe ich Grund zu der Annahme, daß sein politischer Auftrag noch erheblich weiter ging. Seine Besuche bei Lord Salisbury, dem Ministerpräsidenten, sowie bei dem Minister des Auswärtigen in Paris schienen auf eine besondere diplomatische Mission hinzudeuten. Doch dies nur nebenbei.

Baron Suyematsu blieb nun mehrere Monate an unserem Ort, und da er eine überaus rege literarische Tätigkeit entwickelte, so hatte ich oft genug Gelegenheit, ihn zu sehen, sei es in seinem Hotel, sei es in meinem eigenen Hause, wo er sich gern zur Teestunde einfand. Dabei kam oft genug das Gespräch auf die Stellung, welche das offizielle Deutschland nun schon seit geraumer Zeit, besonders aber in dem damaligen Kriege, zu Japan eingenommen hatte. So zurückhaltend der Japaner auch war, wenn es sich um Japans Zukunftspläne im fernen Osten und ähnliches handelte, so offen sprach er sich über diesen Punkt aus. Der Grundton seiner Worte war ein tiefes Be-

Digitized by Google

dauern, daß zwar nicht das deutsche Volk, aber doch das politische Deutschland neuerdings eine so kalte, streng abweisende Haltung zu Japan eingenommen habe. „Wir sind", sagte er, „Ihrem Lande so dankbar! Ihm verdanken wir zum Teil unseren Aufschwung. Sie haben uns Ihre Offiziere geliehen und haben unser Heer gebildet. Sie haben uns Ihre Professoren geschickt und haben uns in Wissenschaft und Technik unterwiesen. In den Hörsälen der Universität Tokio sitzen japanische Studenten und Studentinnen zu den Füßen deutscher Professoren und schreiben deutsch nach. Dazu halten sich nicht wenige junge Japaner jahrelang in Deutschland selbst auf, studieren auf Ihren Hochschulen, knüpfen allerhand freundschaftliche Beziehungen zu den Bewohnern Ihres Landes an und kehren mit den angenehmsten Erinnerungen zurück. Wir Japaner sind sogar so vermessen, zu glauben, daß sich unser Volk und das deutsche in mehr als einer Hinsicht gleichen."

„Welch' eine Stellung aber hat das amtliche Deutschland zu uns eingenommen, seit wir uns unterfingen, aus der Verborgenheit eines kleinen, unbekannten Inselreichs hervorzutreten und unsere, wie wir überzeugt sind, berechtigten Ansprüche innerhalb unserer Himmelszone geltend zu machen? Schon am Ende unseres Zwistes mit China, im Frieden von Schimonoseki, durchkreuzte es unsere Pläne. Ihm im Verein mit Frankreich und Rußland hatten wir es zu danken, daß wir unseres berechtigten Siegespreises, der eben erst eroberten und uns von China auch bereits zugestandenen Halbinsel Liaotung mit der Seefestung Port Arthur, wieder verlustig gingen. — Und jetzt in dem gegenwärtigen Kriege mit Rußland? So wenig das deutsche Volk Partei genommen hat zwischen den zwei kriegführenden Mächten, so wenig macht andererseits das offizielle Deutschland aus seiner ablehnenden Haltung uns gegenüber ein Hehl. Vor dem Kriege befand sich ein junger japanischer Prinz, Mitglied unseres Kaiserhauses, zu seiner Ausbildung in dem deutschen Seehafen. . . . Bis dahin hatten die deutschen Offiziere mit ihm die kameradschaftlichsten Beziehungen gepflegt; kaum aber nahm die russisch-japanische Frage eine drohende Wendung, so beobachtete man gegen ihn eine völlig veränderte Haltung. Jedermann zog sich von ihm zurück, und die Folge war natürlich, daß der Prinz telegraphisch zur sofortigen Heimkehr aufgefordert wurde. Wir kennen ja den Grund dieser Stellungnahme Ihrer politischen und militärischen Kreise. Aber die traditionelle Freundschaft gegen das eine Land sollte Sie doch nicht unbillig gegen das andere machen."

Ein anderes Lieblingsthema des Japaners, über das er sich oft halb ernst, halb scherzhaft äußerte, betraf die Beurteilung der Japaner als Mongolen. Sprachen doch damals die russischen Soldaten von ihnen nicht anders als von den „Affen mit dem Vogelhirn". Und hatte doch selbst der Prokurator der Heiligen Synode in seinem an den Zaren gerichteten Schreiben diesen aufgefordert, „das orthodoxe Kreuz unter Völkern aufzurichten, die an Götzen und nicht an den wahren Gott glauben und somit nicht das göttliche Ebenbild in sich tragen, sondern der unreinen Rasse der Affen ähnlich

Digitized by Google

sind". — „Gewiß," meinte der Baron lächelnd, „unsere Lebensgewohnheiten weichen einigermaßen von den Ihren ab. Um schon vom Alltäglichsten zu reden, vom Essen und Trinken: Sie berühren das Gefäß, aus dem Sie trinken, wiederholt mit den Lippen; Sie führen denselben Löffel, dieselbe Gabel wiederholt zum Munde. Alles das widersteht unserem Gefühl. Es erscheint uns weniger zart und sittsam als unsere Landessitte. Trotz alledem sind wir weit entfernt, Sie deshalb zu tadeln. Wie viele von Ihnen aber, gestehen Sie es offen, sehen schon um derartiger kleiner Verschiedenheiten willen auf uns hin als auf ein zurückgebliebenes, im Grunde noch primitives Naturvolk! Indessen, von solchen kleinen Äußerlichkeiten abgesehen — was halten Sie eigentlich von uns, hier in Ihrem hochzivilisierten Europa? Sie glauben wohl, wir sind ein Volk, das, weil es viele tausend Meilen von Ihnen wohnt, so auch gleichsam im Hinterland aller menschlichen Kultur haust? Ein Volk, das, weil es eine etwas andere Gesichtsfarbe, eine etwas andere Schädelbildung hat, so auch jeder Befähigung für moderne Zivilisation bar und ledig ist? Wissen Sie nicht, daß es hier in Europa Länder gibt, kleine wie große, die sich hinsichtlich ihres Kulturfortschritts nicht im entferntesten mit uns vergleichen können? Das kleine Japan mit seinen nur 45 Millionen Bewohnern zählt in seinen Elementarschulen mehr Schüler als das große Rußland mit seinen 141 Millionen. Unser Schulbesuch erreichte im letzten Jahre eine Höhe von nahezu 90 Prozent. Wie vielen armen russischen Soldaten wird jetzt nicht einmal der Trost zuteil, einen Gruß in die ferne Heimat senden zu können, weil weder sie selbst noch ihre Angehörigen des Lesens und Schreibens kundig sind!"

„Gewiß, es hat lange gedauert, ehe wir aus unsrer Abgeschlossenheit hervortraten. Aber heute? Haben wir nicht alles getan, um von dem Ausland zu lernen? Wo ist ein Volk, das in so kurzer Zeit einen derartigen Aufschwung zu verzeichnen hätte? Ist es wirklich zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß heute unser Land hinsichtlich seiner konstitutionellen (der preußischen nachgebildeten) Staatsverfassung, seiner Rechtspflege, seines geordneten Schulwesens, seiner stetig zunehmenden Industrie, seiner nahezu tausend Tageszeitungen umfassenden Presse; hinsichtlich des Bildungsstrebens einer Bewohner, ihrer Empfänglichkeit für das Schöne in Kunst und Natur, ihres musterhaften Familienlebens und ihrer glühenden Vaterlandsliebe so manchem Lande innerhalb des europäischen Staatenkreises recht wohl zum Vorbild dienen könnte? Und glauben Sie denn, wir Japaner selbst wüßten es nicht recht gut, wie man trotz alledem in vielen Kreisen hier in Europa noch immer über uns denkt? Ich versichere Sie, jedes Wort, das heute irgendwo hier in Europa über uns fällt, jede Warnung vor der aus unsrem Aufschwung vermeintlich drohenden Gefahr, der ‚gelben Gefahr', wie Sie es nennen, ist nach wenigen Tagen schon jedem einigermaßen geweckten Straßenjungen in Tokio bekannt geworden."

Mit besonderer Wärme verwahrte sich der Japaner gegen die Anschauung, als hätten

Digitized by Google

seine Landsleute von den Völkern des Westens zwar die zur Förderung ihrer materiellen Interessen, insbesondere zur Heranbildung einer starken Kriegsmacht nötigen Fingerzeige und Handhaben entlehnt, von dem Geiste der christlichen Kultur aber seien sie so gut wie unbeeinflußt geblieben; im Grunde ihres Herzens seien sie noch immer die verschmitzten, verschlagenen, ja falschen und grausamen Orientalen, für die man sie in Europa von jeher hielt. Demgegenüber berief sich der Baron mit großem Nachdruck auf die japanische Gesellschaft des „Roten Kreuzes". Zwar war der Beweggrund, der zu ihrer Gründung führte, zunächst nicht die allgemeine Menschenliebe, sondern die Vaterlandsliebe. Ihr Motto lautet: „Bezahle dem Vaterland deine Schuld, indem du seinen Kriegern hilfst." Daß die Japaner indes mit der Nachahmung des europäischen Beispiels auch zugleich den Geist der Genfer Konvention aufgenommen hatten und bereit waren, seine Segnungen auch den verwundeten Kriegern des Feindes zuteil werden zu lassen, zeigte sich schon im chinesisch-japanischen Kriege. Mit Stolz berichtete der Japaner, daß von mehr als 1400 chinesischen Verwundeten, die damals in Japan untergebracht waren, nicht mehr als sieben starben. Noch segensreicher aber erwies sich der Verein in Japans Kampf mit Rußland, um so mehr, als er, ursprünglich nur aus Mitgliedern des höchsten Adels bestehend, unterdes zur allgemeinen Volkssache geworden war und eine Mitgliederzahl von rund einer Million mit einer Jahreseinnahme von nicht weniger als sechs Millionen Mark erreicht hatte. Er besaß zwei Hospitalschiffe, deren japanische Namen bedeuteten „Liebe ohne Ende" und „Wohltun ohne Aufhören", und verfügte über einen Bestand von ungefähr 300 Ärzten und 3000 Pflegern. Baron Suyematsu forderte mich auf, in ein von ihm zuerst in französischer Sprache verdffentlichtes Flugblatt über die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen von seiten der Japaner Einsicht zu nehmen. Und ich muß sagen, die von der japanischen Regierung kurz nach Ausbruch des Krieges erlassenen Bestimmungen, die Unterbringung und Behandlung der Kriegsgefangenen, sowie die Beerdigung der gefallenen Feinde betreffend, waren mit einer solchen Gewissenhaftigkeit und mit einem so weiten Blick zusammengestellt und zeugten von einer so ängstlichen Besorgnis, dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, seine religidsen Anschauungen nicht zu verletzen und die Lage der Gefangenen so erträglich als nur mdglich zu machen, daß man diese Bestimmungen geradezu als musterhaft bezeichnen muß. Um nur eins zu erwähnen: Die an russischen Gefallenen gefundenen Wertgegenstände wurden mit peinlichster Gewissenhaftigkeit aufbewahrt und, wenn irgend mdglich, durch Vermittlung der russischen Behdrden den Angehdrigen in der Heimat zugestellt. Das regelmäßige Eintreffen derartiger wehmütiger Postpakete aus dem Feindesland, zuweilen nur ein oder zwei Rubel und ein primitives Heiligenbild, zuweilen aber auch kostbare Juwelen enthaltend, hat in Rußland, wie der dortige französische Gesandte berichtete, allgemeine Überraschung hervorgerufen. Und General Kuropatkin selbst hat die humane Behandlung der auf dem Schlachtfelde gefundenen

Digitized by Google

Toten von seiten der Japaner seiner eigenen Armee zur Nachahmung empfohlen. „Wir Japaner", so äußerte sich der Baron selbst dazu, „sind von diesen Lobeserhebungen einigermaßen überrascht. Wir sehen in unserer Handlungsweise durchaus nichts Außergewöhnliches. Gefallene Feinde zu berauben, gilt uns einfach als ehrlos." Vergleichen wir damit die Erfahrungen, die wir jetzt vor allem mit Frankreich gemacht haben!

Eine Unterhaltung ist mir besonders deutlich in Erinnerung geblieben. Suyematsu war wieder einmal bei den führenden Staatsmännern in Paris und London gewesen und erzählte mir von seiner dortigen Aufnahme. Dann aber wurde er ernst, sehr ernst. Noch sehe ich ihn vor mir. Mit dem Rücken gegen den Kamin meines Studierzimmers, die unausbleibliche Zigarette zwischen den Fingern, sprach er über seinen dringenden Wunsch, auch nach Berlin zu gehen. Lange Pausen unterbrachen seine sonst so lebhafte Rede. Dann aber schloß er fast traurig: „Wie gerne ginge ich! Aber sagen Sie selbst, was sollen mir die Herren in Berlin sagen? Was können sie mir sagen? Ihre Hände sind gebunden!" —

Wie oft habe ich mich im gegenwärtigen Weltkriege gefragt: Mußte es so kommen? Wie hätten sich die Geschicke Deutschlands gestaltet, wäre es ihm möglich gewesen, sich im fernsten Osten einen Freund zu sichern, der, selbst im Falle seiner Neutralität, schon durch seine Lage eine beständige Bedrohung des indischen und russischen Kaiserreichs bedeutet hätte? Nun aber hat England auch Japan durch Vertrag an sich gekettet. Denn Japan, das ist kein Zweifel, bildete den Schlußstein seiner Einkreisungspolitik. Nicht auszudenken ist es, welch eine Wandlung die ganze Frage dieses Weltkriegs gefunden hätte, hätten unsere Feinde die kleine, aber starke Faust des tapfern Inselvolkes fürchten müssen! —

*

Zur Weltpolitik gehört Weltanschauung, eine von den engherzigen Vorurteilen freie, auf fortgeschrittene Kenntnis aufgebaute Beurteilung fremder Völker. So namhafte Kenner des fernen Auslands es auch unter uns gibt — wer wollte leugnen, daß uns Deutschen, deren Blick jahrhundertelang nur auf die nächste Umgebung gerichtet war diese freiere, auf die Achtung vor fremder Eigenart aufgebaute Anschauung zurzeit noch mangelt? Das gilt zumal in Hinsicht auf die uralten Kulturgebiete des fernen Ostens. Es ist merkwürdig, daß wir Deutschen, die wir im Verkehr mit den westlichen Nationen unsere Eigenart so leicht verlieren, den Völkern des Ostens gegenüber sie meist so selbstbewußt und starr betonen; ihnen entweder in vorzeitiger Beanspruchung ihres Vertrauens gönnerhaft gegenübertreten und sie eben dadurch fühlen lassen, daß wir sie nicht als gleichwertig mit uns betrachten, oder uns ihnen in dem halbgottähnlichen Wahne nahen, schon durch unser bloßes Erscheinen unter ihnen moralische Eroberungen machen zu können. In beiden Fällen begeht man nicht nur einen schweren psychologischen Mißgriff, man erweist seinem Vaterlande einen schlechten Dienst. Denn

Digitized by Google

wir sind überzeugt, das rein Persönliche in den Berührungen der Völker untereinander ist auch für ihre politische Stellungnahme zueinander von ungleich größerer Bedeutung, als man gemeinhin annimmt.

Gehen wir doch bei dem ungerechten Haushalter ein wenig in die Schule! Wer mit den Zuständen der alten englischen Universitäten Oxford und Cambridge einigermaßen vertraut ist, weiß, daß sich dort jahraus, jahrein zahlreiche Studierende aus den fernsten Ländern der Erde aufhalten, zumal junge Inder, Japaner und Afrikaner, meist natürlich den vornehmen Kreisen ihres Heimatlandes entstammend. Diese jungen Leute gehen vollständig in dem akademischen Leben auf und werden von ihren englischen Kommilitonen wie ihresgleichen behandelt. Sie nehmen teil an allen Veranstaltungen des wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und sportlichen Lebens, an denen jene Universitäten so reich sind. Und in den dem Muster des englischen Unterhauses genau nachgebildeten politischen Zusammenkünften, in denen sich (eine höchst nachahmenswerte Einrichtung!) die akademische Jugend regelmäßig schult für ihre spätere praktische Teilnahme an der Politik ihres Landes, werden auch diese Söhne fremder Himmelszonen vertraut gemacht mit den leitenden Grundgedanken der britischen Staatskunst. Kein Wunder, daß, wenn sie dann in ihre ferne Heimat zurückkehren und selbst zu Führern ihres Volkes aufsteigen, die Erinnerung an diese Jugendjahre sie begleitet und beherrscht bis ins Alter hinein. So wird ein jeder von ihnen, bewußt oder unbewußt, zum Pionier des britischen Einflusses über die Völker der Erde.

Aus diesen und anderen persönlichen Berührungen — man denke nur an die große Zahl der britischen Kaufleute, Beamten und Diplomaten in den fremden Ländern selbst — erklärt sich denn gewiß auch zu einem nicht geringen Teile die uns so schwer verständliche Tatsache, daß es in einem Lande wie Indien, ja selbst in den kaum erst eroberten Burenstaaten, trotz aller Willkür und Gewaltakte Großbritanniens, nie zu einem wirklich ernsten Versuche, das fremde Joch abzuschütteln, kommen will, selbst im gegenwärtigen Weltkrieg nicht. Der ungerechte Haushalter hat es verstanden, sich für die Zeit der Not Freunde zu schaffen, während der ehrliche Makler mit allen seinen redlichen Absichten, aber auch mit all seiner Kurzsichtigkeit, Schwerfälligkeit und Voreingenommenheit abseits steht — allein und freundlos.

Der Norden Europas

Von Dr. Stag

Für unser Zeitalter ist die Tendenz zum Großbetriebe charakteristisch. Großbetriebe haben sich auf den wichtigsten Lebensgebieten gebildet, zunächst auf dem wirtschaftlichen, auf welches der Name anfangs beschränkt geblieben ist. Geläufig ist bald auch die Bezeichnung „politischer Großbetrieb" für Großstaaten geworden und gegenwärtig sind selbst Worte wie „wissenschaftlicher" oder „künstlerischer" Großbetrieb nicht selten.

Es pflegt im Leben so zu sein, daß man gut tut, dem „Zuge der Zeit" zu folgen,

Digitized by Google

bezw. daß man leiden muß, wenn man nicht folgt — eine Wahrheit, die auf politischem Gebiete gegenwärtig die kleinen neutralen Staaten erfahren. Denn inmitten einer Welt politischer, mit allen Mitteln konkurrierender Großbetriebe sind sie den Gesetzen dieser Welt unwillkürlich unterworfen, ohne doch den Voraussetzungen der Gesetze zu entsprechen und ohne als einzelne imstande zu sein, dem „Zuge der Zeit" zu folgen. Es ist darum ein Verdienst, wenn in dem Buche Samhold og Samarbeide i Norden von J. H. Lyshoel ein Weg zu einem modus vivendi für die kleinen Staaten Nordeuropas gezeigt wird (Zusammenhalten und Zusammenarbeit im Norden, Christiania 1918, Forlaget af H. Aschehoug & Co., 1.85 Kr.). Der Verfasser ist Redakteur in Bergen, seiner Schrift nach mit ungewöhnlichem politischen Verständnis begabt. Daß die Untersuchung wissenschaftlich exakt ist, soweit politische Programmarbeiten dies sein können, daß ein maßvoller Wille das Ganze beherrscht und daß die Sprache ruhig ist, macht das kleine Werk um so wertvoller.

In diesem Buche wird nicht ein abstrakt konzipiertes Ziel, ein Gesamtskandinavismus, aufgestellt; es würde von des Gedankens Blässe angekränkelt sein. Der Verfasser zeigt vielmehr, wie der Druck der politischen Großbetriebe die politischen Kleinbetriebe im Norden leiden läßt und wie diese, zuerst sporadisch durch Maßnahmen auf diesem oder jenem Gebiete, sich zu wehren gesucht haben. Er deutet an, wie auf diesem Fundamente von Tatsachen sich allmählich ein Überbau von Ideen erhebt, die die sporadischen Abwehrmaßnahmen als Einheit zu begreifen suchen, wie dieser Überbau von Ideen selbst zu einer Einheit wird, aus der wiederum Handlungen entspringen. Die Gedanken Lyshoels ausführlich wiedergeben, würde einen Abdruck seines Buches bedeuten. Es sei darum gestattet, nur die Merksteine am Wege der bisherigen Entwicklung, wie Lyshoel sie sieht, zu zeigen.

Die erste bedeutsame Handlung zu einem nordischen Zusammenarbeiten war die Dreikönigszusammenkunft zu Malmö im Dezember 1914. Ihr Zweck war, die Bewahrung der Neutralität Schwedens, Dänemarks und Norwegens durch eine Politik nach gemeinsamen Richtlinien zu sichern. Es schlossen sich an: die Ministerkonferenz in Kopenhagen im Frühling 1916, die Ministerversammlung zu Christiania im September 1916, die Ministerversammlung zu Stockholm im Mai 1917, die skandinavische Handelsversammlung im September 1917 und die Dreikönigszusammenkunft zu Christiania im November 1917. Auf diesen Versammlungen sind außer dem politischen Problem der Neutralitätsbewahrung mit mehr oder minder bedeutenden praktischen Niederschlägen behandelt worden: Handel uud Schiffahrt, Güterverkehr, Ausfuhrverbote, Kontrebandebestimmungen, die Blockadepolitik der Entente mit ihren Wirkungen auf die genannten drei Staaten, die Rationierungsfragen, die Nahrungsmittelversorgung, eine gemeinsame Handelspolitik für Skandinavien, die Konzessionsgesetzgebung, eine Revision der Münzgesetzgebung u. a. m. Noch tragen alle diese Tatsachen den Charakter des Zufälligen und Zwang-

Digitized by Google

losen; sie ermangeln des Einheitlichen. „Noch steht — infolge der verschiedenen Existenzbedingungen der drei Länder — das vielleicht Wichtigste zurück, Richtlinien Mittel und Ziel eines bewußten Zusammenarbeitens aufzudecken."

Die Aufdeckung eben dieser Richtlinien, Mittel und Ziele hat Lyshoel sich vorgenommen. Er baut seine Ideen mit klarem Blick für das Mögliche auf einer Darlegung der individuellen Existenzbedingungen und Eigentümlichkeiten der drei Staaten auf, wobei er ihre bereits bestehenden politischen Engagements berücksichtigt. Als erste Bedingung setzt er, daß die jeweiligen Staatsleiter über eine genaue Kenntnis nicht nur ihres, sondern auch der anderen Länder einschließlich deren Beziehungen zu fremden Staaten verfügen müssen und daß alle Maßnahmen unter weltpolitischem, nicht bloß unter nationalpolitischem Sehwinkel zu erfolgen haben, sich richtend vor allem danach, ob Freihandel oder Schutzzoll künftig das Gesetz der Welt sein wird. Mangel an Waren und an Kommunikationsmitteln auf der ganzen Welt wird ferner den Rahmen maßgeblich bestimmen.

Lyshoels Hauptfrage ist: Können die nordischen Länder sich selbst helfen? Zur Beantwortung entwickelt er in den Grundzügen die wirtschaftliche Lage jedes der drei Länder, dies unter dem Gesichtspunkte des gegenseitigen Austausches im Hinblick auf Autarkie. Das endliche Resultat der Untersuchung ist sehr günstig. Eine Schwäche wird indessen immer die nicht abänderbare Abhängigkeit von tropischen Produkten bleiben, die nur durch überseeische Zufuhren beschafft werden können. Insbesondere aber, meint Lyshoel, sei ein Austausch von Nahrungsmitteln möglich, danach ein solcher von Rohstoffen und Industrieprodukten. Er glaubt, der Abhängigkeit von Steinkohlen werde teils durch die Gruben auf Spitzbergen, teils durch eine Elektrisierung besonders Norwegens abgeholfen werden können; auch könne auf Holz, Holzkohle und Torf zurückgegriffen werden. Gewisse Proben auf das Exempel, die der Krieg schon geliefert hat, führt Lyshoel exakt an. Dies alles aber, schließt er klug, werde nicht genügen. Auch ein „Zusammenlegen" der Kommunikationsmittel und der Finanzkräfte (Banken und Sparkapital, das einen internationalen Charakter habe), sei nötig, Gebiete, die bei entsprechendem Willen unzweifelhaft erschließbar seien. Hand in Hand gehen könne ferner die Zollpolitik, beispielsweise durch eine „skandinavische Praeferencepolitik". Wichtig sei ganz besonders die Arbeiterfrage: auch ein Auswechseln von Arbeitskräften liege nicht außerhalb des Bereiches des Möglichen, wobei er auf die sogenannte Fremdengesetzgebung und die Bestimmungen über den Reiseverkehr verweist. Nicht zuletzt aber dürfe genannt werden die Notwendigkeit, Ideen auszutauschen; darum sei das gegenseitige Sichkennenlernen zu fördern.

Offen gelassen, aber erörtert, wird die Frage des Anschlusses Finnlands, also die Möglichkeit eines „Größeren Nordens".

Der Norden als Ganzes aber wird sich weltpolitisch zu orientieren haben. In dem

Digitized by Google

Problem des „Krieges nach dem Kriege“ werde er immerhin ein zu berücksichtigender Faktor sein. Als Ganzes könne er übrigens, meint der Verfasser, der Welt wichtige Dienste als Kulturfaktor und als Makler leisten.

Abschließend sei nochmals festgestellt, daß in dem Buche ein wertvolles Geschenk eines Intellektuellen vorliegt, voll des Belehrenden. Es wäre zu wünschen, daß es dem deutschen Volke durch eine deutsche Übersetzung zugänglich gemacht würde.

Brief an die „Deutsche Politik“

Friedensarbeit in der Schule

In Nr. 26 dieser Zeitschrift warf Oberbürgermeister Dominicus die Frage auf, ob es sich nicht empfehlen würde, einen Versuch mit der Beibehaltung des Schülerhilfsdienstes auch nach dem Kriege zu machen. Er zählte die unleugbaren Vorzüge auf, die der Landaufenthalt für unsere Großstadtkinder gehabt habe, und schlug dann vor, im Frieden nur die Unterprimaner, und zwar acht Wochen lang zur Landarbeit zu senden. Es wäre dann möglich, drei Gruppen von Schülern nacheinander auf demselben Gute zu beschäftigen. „Neben der Sicherstellung, daß ihnen durch diese Arbeit in der Schule kein Schaden erwachsen“ werde, müßte ihr Interesse durch Belehrung besonders erweckt werden.

Dazu seien einige Bemerkungen vom Standpunkt der Schule gestattet. In seinem Erlaß, da er von der Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung redet, erklärt der Minister, er wisse sehr wohl, daß „wesentliche Teile der Schularbeit schwer darunter leiden“ würden. Die Leistungen sämtlicher Lehranstalten sind unter dem Einflusse des Krieges ganz erheblich zurückgegangen. Die notwendig gewordenen Ferien (Kohlen-, Sammlungs-, Landarbeits-, Hilfsdienstferien) zusammen mit der Unterernährung so mancher Jungen haben die Anstrengungen der Lehrer, die Anforderungen einigermaßen auf der Höhe zu halten, illusorisch gemacht. Wohl jeder, der es mit der Jugend gut meint, sehnt die Zeit des ungestörten Arbeitens wieder herbei. Dabei ist noch viel bedenklicher als das Fehlen der Einzelleistungen die Gewöhnung unseres Nachwuchses an die Milde bei der Beurteilung ihrer Leistungen im einzelnen und bei den Zensuren und Versetzungen. Unsere Jungen erwarten nicht nur ohne weiteres Kompensationen für Opfer an Zeit und Arbeit für das Vaterland durch Nachlaß seitens der Schule, sondern sie betrachten das Friedensmaß der Arbeit als etwas Außergewöhnliches. Das braucht uns alles nicht mit Pessimismus zu erfüllen, zumal da dieser Zustand uns durch die Notwendigkeit diktiert worden ist und übrigens in sämtlichen kriegführenden Ländern ertragen werden muß. Etwas anderes aber ist es, wenn man diese Verhältnisse oder auch nur einen Teil von ihnen durch Maßnahmen verewigen will wie die von Dominicus vorgeschlagenen.

Was bedeutet sein Vorschlag? Die Unterprima soll auch im Frieden jährlich acht Wochen zur Landarbeit eingezogen werden. Dabei soll die Schule die Gewähr übernehmen, daß die Jungen in ihren Leistungen dadurch nicht zurückkommen. Augenscheinlich denkt Dominicus nicht daran, die großen Ferien mitzubenutzen, vielmehr sollen die acht Wochen durchaus vom Unterricht abgehen. Wie soll dazu die Schule imstande sein? Wir wissen, was eine achtwöchige Krankheit in der Unterprima für den Schüler bedeutet: Nacharbeiten, womöglich Nachhilfe ist da ganz unumgänglich, Lücken bleiben z. B. in der Mathematik noch lange fühlbar. Erd-

Digitized by Google

kunde, auf die so viel Gewicht gelegt wird, büßt er acht Stunden bei wöchentlich einer einzigen ein. Im lateinischen und griechischen bezw. französischen und englischen Schriftsteller bleiben Kapitel um Kapitel aus; nicht die Einzelkenntnisse sind hier das Wesentliche, sondern der Zusammenhang. Und da soll die Schule Gewähr dafür leisten, daß der Schüler nicht zurückkommt? Das wäre nur dann möglich, wenn sie selber einen Nachhilfeunterricht einsetzte, der von den Lehrern der Anstalt gegeben würde. Während der Landarbeit würde das einmal keinen Zweck haben, weil die Jungen keine Zeit hätten, und dann, weil nicht die Lehrer mit der Klasse hinausgingen. Also kann es sich nur um die Zeit handeln, in der die Schüler wieder nach Hause kämen. Glaubt Dominicus bei seiner Kenntnis städtischer und staatlicher Finanzen, daß dazu nach Kriegsende Geld vorhanden wäre? Ich meine, daß es denn doch wichtigere Anforderungen geben wird. Eine achtwöchige „Landwirtschaftsübung" würde für die Ausbildung eine unberechenbare Schädigung bedeuten. Den augenscheinlich sehr günstigen Erfolgen der Schöneberger Schüler stehen in andern Städten auch minder gute gegenüber. Hier liegt — wie wohl bei dem ganzen Vorschlag überhaupt — augenscheinlich eine zu weite Verallgemeinerung vor.

Das grundsätzlich Bedenkliche aber sehe ich darin, daß hier bereits ein Versuch gemacht wird, Einrichtungen, die sich im Kriege, d. h. im Ausnahmezustand bewährt haben, in den Frieden zu verpflanzen. Ebensosehr wie die Universitäten sich sofort gegen das leiseste Verlangen gewehrt haben, die Anforderungen in den Studien selbst bei denen herabzusetzen, die durch den Krieg in den Besitz eines Notreifezeugnisses gelangt sind, muß sich die Schule gegen die Hinübernahme der Erleichterungen der Kriegszeit in den Frieden wehren. Zum Heile unseres Vaterlandes müssen im Frieden auf unseren Lehranstalten wieder alle Kräfte angespannt werden, und dazu gehört, daß unsere Jungen bei aller Berücksichtigung wirklicher nötiger Nebentätigkeit wieder daran gewöhnt werden, mit eiserner Willensanspannung in der Schule ohne äußere Störungen zu arbeiten. Professor Dr. Paul Hildebrandt, Charlottenburg

Notizen

Die Wahlrechtsfrage und das Herrenhaus. Dem Herrenhaus bot sich in seiner letzten Tagung zum erstenmal seit 1866 wieder die Möglichkeit eines großen historischen Moments. Es hatte bisher seinen eigentlichen Beruf, der „Regulator und Ballast im Landtagsschiff" oder der „Hemmschuh am Staatswagen" zu sein — beide Bezeichnungen gehen auf Bismarck zurück — völlig verfehlt; denn das Abgeordnetenhaus war schon selbst mehr und mehr zum Ballast und Hemmschuh der preußischen Entwicklung geworden. Jetzt endlich hätte das Herrenhaus die Gelegenheit gehabt, sich mit einem Schlage zu einem Faktor von höchst positiver und ausschlaggebender Bedeutung zu erheben, wenn es die Aufgabe, den von dem Abgeordnetenhaus in den Dreck gefahrenen Karren der Verfassungsvorlagen herauszuholen, zielbewußt erfaßte. Aber leider zeigt sich, daß in dieser Beziehung gar nichts von ihm zu hoffen ist. Äußerlich hat sich das Herrenhaus ja noch nicht festgelegt, da es die Verfassungsvorlagen ohne Aussprache an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwies. Aber man braucht nur die Namen der Kommissionsmitglieder zu lesen, um zu wissen, daß keinerlei Hoffnung auf eine Verständigung in der Wahlrechtsfrage besteht. In der Kommission dominieren völlig die Heißsporne der Rechten, die in dem gleichen Wahlrecht, und wenn es noch so beschränkt durch Sicherungen ist, den Untergang Preußens, soll heißen der konservativen Vorherrschaft in

Digitized by Google

Preußen, sehen. Da ist Graf Yorck, der mit seiner herausfordernden Rede vom 9. März 1917 die Verfassungsbewegung erst in Fluß brachte, da ist Fürst Solms Horstmar, einer der wütendsten Gegner Bethmann-Hollwegs, da ist gar von Oldenburg-Januschau, der bewährte Klopffechter des Bundes der Landwirte, dessen plumper, in usum Delphini berechneter Vorstoß gegen den Minister Drews in dem sonst auf vornehme Formen haltenden Herrenhaus doppelt peinlich wirkte. Hier heißt es: nomina sunt omina. Letzten Endes ist es ja gut, daß man sich gar keinen Illusionen mehr über den Ausgang der Herrenhausberatungen hinzugeben braucht. Denn nun endlich muß die Regierung, die sich bisher noch immer an den Strohhalm des Herrenhauses zu klammern strebte, einsehen, daß ihr Heil allein in der eigenen selbstsicheren Festigkeit liegen kann. Pairsschub im Herrenhaus und Auflösung des Abgeordnetenhauses, das sind die beiden Mittel, um die die Regierung auf keine Weise mehr herumkommen kann, und die sie daher je eher je besser anwenden sollte.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Transkaukasischen Gebietes. Dr. Rohrbach hat in der letzten Nummer auf die große politische Bedeutung des Kaukasus für Deutschlands zukünftige Stellung in der Welt aufmerksam gemacht. Jetzt mögen einige Angaben folgen, die erzeigen sollen, welche Bedeutung dieses Gebiet als Produktionsland besitzt.

Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts hat sich der Transkaukasus wirtschaftlich außerordentlich entwickelt, und seine Produktivität machte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewaltige Fortschritte.

Vor allem ist des rapiden Aufschwungs der Naphtha-Industrie zu gedenken, die, in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beginnend, im Jahre 1901 bereits 706 Millionen Pud[1] Naphtha erzeugte. Heute ist ein Kapital von mehr als einer Milliarde Mark in der transkaukasischen Naphtha-Industrie investiert. In der Weltproduktion an Naphtha steht der Transkaukasus an zweiter Stelle.

Ein sehr wichtiger Produktionszweig des Transkaukasus ist ferner die Kupfererzgewinnung, die indessen nicht in gleich rapidem Maße sich entwickelt hat wie die Naphthaindustrie. Immerhin stellte sich der Gesamtertrag an Kupfer im Jahre 1913 auf 572 000 Pud, eine Menge, die bei der Reichhaltigkeit der Kupfererzlager ganz gewaltig gesteigert werden kann.

Von besonderem Interesse ist die Manganerzgewinnung im Transkaukasus, die ein Drittel der Weltproduktion darstellt. Im Jahre 1913 wurden über Batum ausgeführt 429 000 Tonnen Manganerze im Werte von 399 800 Pfund Sterling.

In der landwirtschaftlichen Produktion hat große Fortschritte namentlich der Baumwollbau (zum Teil auf Kosten des Getreidebaues) gemacht. Die Anbaufläche steigerte sich in den Jahren von 1906 bis 1914 von 47 262 Desjatinen[2] auf 148 900 Desjatinen.

1912 wurden im Transkaukasus 285 000 Pud Cocons erzeugt. Als Produkte der transkaukasischen Landwirtschaft sind ferner zu nennen: der Reis, dessen Ernte 1917 im Gouvernement Eriwan auf 1—1½ Millionen Pud geschätzt wurde, woraus ferner der Tabak, der 1916 in Transkaukasien eine Ernte von 106 483 Pud ergab. Auch mit der Anlegung von Teeplantagen in der Gegend des Schwarzen Meeres hat man in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

[1] Ein Pud = 16,3 Kilogramm.
[2] Eine Desjatine = 1,09 ha.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

„Das Bild als Narr"

Ferdinand Avenarius hat in diesem Krieg durch ein kleines Heft eine der notwendigsten Leistungen vollbracht, die durch die moralischen Auseinandersetzungen zwischen den Nationen zum Gebot geworden war. In der Schrift „Das Bild als Verleumder" sind von ihm die wichtigsten Zeugnisse aus der amtlichen und privaten Ententepropaganda gesammelt worden, in denen das hetzende, das gefälschte Bild die Leidenschaften gegen Deutschland aufstacheln sollte. Die überzeugende Klarheit seiner Beweisführung hat Deutschland bei nicht verblendeten Neutralen wertvollen Dienste geleistet.

Jetzt gibt Avenarius eine Ergänzung: „Das Bild als Narr" (Verlag G. D. W. Callwey, München. Mit 338 Abbildungen). Das Buch ist ungemein wertvoll für jeden Politiker, der sich über das Werkzeug der Stimmungsmache, der moralischen Offensiven Klarheit verschaffen will, nicht minder aber für den vom aktuellen Zweck wegsehenden Kultur- und Volkspsychologen. Eine große und bewegte Sammlung feindlicher Karikaturen — lehrhaft, wie einzelne Themen, der feige deutsche Soldat, der das „Hände hoch" übt, die Krüppelgarde, die abgehauenen Hände usf., wie all dies seine Geschichte hat, seine Variationen findet, und zugleich höchst aufschlußreich für die Seelenverfassung, aus der heraus diese Geschichten und nicht weniger für die sie erfunden wurden. Das Stoffliche dieser Phantasien ist ja in den meisten Fällen ziemlich armselig und auch das Künstlerische nur in einer beschränkten Anzahl bemerkenswert — aber darauf kommt es ja hier ganz und gar nicht an, da diese Bilder weder nach literarischen noch ästhetischen Kriterien zu beurteilen sind. Ihre Primitivität ist ihr Reichtum, ihre Durchschnittlichkeit hat allgemeine Beweiskraft. Die Karikatur ist ein Krieg, wie Avenarius richtig formuliert, der große Hypnoteseur, und hier sehen wir, eindeutiger als in den Formeln und Phrasen der Leitartikel die hypnotische Kraft, mit der Haß und Dummheit die Welt genährt haben. Formeln und Phrasen haben auch die deutschen Leitartikel, aber ein solches Maß zeichnerischer Einheitsfront, wie die Entente, hat die deutsche Karikatur nicht. Man darf immerhin sagen: Gott sei Dank! Denn dies Zeugnis, das die Feinde sich in diesen Dokumenten ausstellen, ist auch für eine gar nicht aufgeregte Betrachtung überaus mäßig. Doch wird es wichtig sein für die amtlichen Stellen bei uns, die damit sich zu befassen haben, diese Methoden genau zu studieren, denn das Gefühl des besseren Geschmacks darf kein Anlaß sein, auf diesem so wichtigen Gebiete die deutsche Sache ohne Abwehr dem Feinde zu verlassen. Daß die amtlichen Stellen alles, was Avenarius zeigt, unangefochten ließen, bezeugt, daß sie den Ernst seiner Aktion begriffen haben; nur muß man wünschen, daß sie die praktischen Folgerungen ziehen. Es ließen sich aus dieser Arbeit ein paar kurze Massenflugschriften herausziehen; sie ist aber auch ein Wink, durch deutsche Zeichner einmal eine Gegenoffensive machen zu lassen. Um Stoff wäre man nicht in Verlegenheit.

Theodor Heuß

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

5. Jahrgang • 20. Juli 1918 • Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Graf Hertling wollte in seiner letzten Erklärung über die belgische Frage zweifellos einen politischen Schritt voran tun. Man darf zweifeln, ob die vertrauliche Sitzung des Hauptausschusses die geeignetste Stelle war für eine Kundgebung, die im Inland und Ausland ein starkes Echo zu erwarten hatte. Man mag auch darüber streiten, ob der Zeitpunkt vor dem erwarteten Neueinsatz der militärischen Teiloffensive psychologisch richtig gewählt war. Aber eines steht fest: die Art, wie zuerst die zweite Rede auf den Wunsch der Sozialdemokratie, dann die erste Rede auf das Drängen der Konservativen an die Öffentlichkeit gegeben wurde — das war alles andere als Politik. Wenn schon, was ja wohl richtig war, die hochpolitische Äußerung nicht in geschwätziger Vertraulichkeit konserviert, sondern zu einer politischen Waffe gemacht werden sollte, dann gleich und ganz heraus. Der Vorgang, wie er sich nun abspielte, mußte die beabsichtigte Wirkung fast unmittelbar aufheben, und was blieb, ist ein Tummelfeld eifriger Interpretationskünste. So klar der Gesamtwille der Reichsleitung aus der Zielsetzung des Kanzlers spricht, so dilettantisch mutet die Technik an, in der die verschiedenen Nuancierungen herausgeholt und veröffentlicht wurden. Haben wir denn gar keine Regie in solchen Dingen? Wer kann sich verwundern, wenn die gegnerische Chauvinistenpresse diese Worte, die ein offenes Programm enthalten, mit Lärm totzumachen versteht? Hertling erklärt, daß er die Politik mache und die Verantwortung trage. Auch für diese Verpatzung seiner eigenen Ziele? Trotz dieses ärgerlichen Zwischenfalls, der jede unmittelbare Bedeutung der Aktion schwächen mußte, ist der Vorgang eine geschichtliche Notwendigkeit und als solche vor dem Bewußtsein der Deutschen und des Auslands klar zu stellen. Man hat jetzt, wenn die allgemeine Lage eine reinere Luft vorfinden wird, den Punkt, auf den die Debatte zurückgreifen kann, zurückgreifen muß.

*

Faustpfand — der Streit um das Wort führt nicht weiter. Was dahinter steht, ist klar: wir wollen unsere Kolonien zurück, und wir wollen Sicherheiten gegenüber der

Digitized by Google

feindlichen See- und Wirtschaftspolitik, soweit solche irgendwie vertragsmäßig formulierbar sind. Insofern ist Belgien in der Tat kein isoliertes staatliches oder gar moralisches Problem, sondern mit der Lösung unserer kolonialen und weltwirtschaftlichen Zukunft aufs innigste verwachsen.

*

Der Ministerpräsident v. Seidler hat vor dem österreichischen Reichsrat, den er unter dem Druck der öffentlichen Meinung wie seines engeren Ministerkollegiums einberufen hat, das Bekenntnis abgelegt, daß in Österreich nicht ohne und nicht gegen die Deutschen regiert werden könne. Die österreichischen Deutschen, anspruchslos und nicht verwöhnt von der Regierung, sind darüber sehr erfreut; sie sehen darin die Quittung ihrer eigenen fast bedingungslosen Unterstützung des gegenwärtigen leitenden Staatsmannes. Sachlich ist freilich mit der Stellungnahme Seidlers noch nichts gewonnen, denn die Deutschen können ihm, bei der Abstinenz der Sozialdemokratie, allein die Mehrheit nicht geben, der er zum Budgetprovisorium bedarf. Er hat im Augenblick nur noch die Ruthenen an seiner Seite, er hofft aber offenbar, daß Teile der Polen den Anschluß an die Regierung wiederfinden werden. Die Polen aber haben sich gegen seine Person festgelegt und wollen zu den Staatsnotwendigkeiten heute noch sich erst nach dem Sturze Seidlers bekennen. Einstweilen schreitet der Ministerpräsident mit einem fast seltsamen Optimismus in ein Vakuum.

*

Miljukow hat den Bankerott der kadettischen Partei angemeldet. Er hat in Kiew die Ansicht ausgesprochen, daß der Zug des russischen Volkes durchaus wieder zur Monarchie gehe. Die Kadettenpartei jedoch könne diese Bewegung nicht mitmachen, weil sie dadurch in das Schlepptau der Reaktion geriete. Er will damit andeuten, daß, würde erst einmal der Pendel der russischen revolutionären Bewegung wieder nach rechts zu schwingen beginnen, er nicht bei dem kadettischen Ideale, der parlamentarischen Regierung, halt machen, sondern bis zum Absolutismus ausschlagen würde. Die Kadetten büßen jetzt für ihren Fehler, aus Machthunger in den ersten Tagen der Revolution die Monarchie verleugnet zu haben. Weil sie es fühlen, daß die Entwickelung über sie hinwegzugehen droht, versuchen sie jetzt sogar einen Stützpunkt bei ihren größten Feinden, den Deutschen, zu finden. Wir sollten aber kein Interesse haben, die Kadetten wieder zu Macht und Ansehen zu bringen, weil sie ihrer ganzen Vergangenheit und Veranlagung nach nur angelsächsisch orientiert sein können.

*

Der Bolschewismus soll am Ende seiner Kraft sein. Die Entente scheint ihre Zeit für gekommen zu halten, um durch die Sozialrevolutionäre den verhaßten Vertretern des Brest-Litowsker Friedens den Fangstoß geben zu lassen. In ängstlichen deutschen Gemütern taucht jetzt die Frage auf, welche Orientierung Deutschland dann in Rußland betreiben müsse. Die Fragestellung ist völlig verkehrt. Sollte in der Tat

Digitized by Google

der Bolschewismus abwirtschaften, so können wir ruhig erst einmal abwarten, wie sich die Ententediplomatie ihre Finger an dem russischen Revolutionstopfe verbrennt, der noch lange nicht ausgekocht hat. Unser Schwert hat dort militär-politisch so gute Arbeit verrichtet, und der Bolschewismus hat die wirtschaftlichen Fundamente so völlig zerstört, daß dort auf lange hinaus kein tragfähiges staatliches Gebilde errichtet werden kann. Ganz gleichgültig, ob dort die Sozialrevolutionäre oder die lendenlahmen Kadetten wieder zur Macht gelangen. In keinem Falle ist dort politisch und wirtschaftlich Erkleckliches zu holen, und noch weniger haben wir von dort etwas zu befürchten. Der russische Krieg ist tot und keine Regierung wird sich auch nur 24 Stunden halten können, die die Losung ausgibt: Es lebe der Krieg! Nur etwas dürfen wir nicht tun. Unsere Politik, die Stärkung der Randstaaten, um der schönen Augen der neuen Herrn in Moskau zuliebe, vernachlässigen. Hier liegt eine wirkliche Gefahr für unsere Zusammenarbeit mit der Ukraine z. B. vor. Sieht sich doch selbst die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" genötigt, folgende Feststellung zu veröffentlichen: „Außenpolitisch bildet die Versammlung der russischen Kadettenführer in Kiew und das Auftreten Miljukows die Sensation des Tages. In ukrainischen Kreisen befürchtet man, die damit verbundene Verstärkung der Tendenzen nach der Wiedereinfügung der Ukraine in das „einige und unteilbare" Rußland. Diese Befürchtungen müssen um so stärker wirken, als unter den Ukrainern in der letzten Zeit die Hoffnungen einer entschiedeneren Ukrainisierung des Kabinetts Skoropadski gestiegen waren." Es scheint bei uns aber überkluge Politiker zu geben, denen sogar der moskowitische Sperling auf dem Dache lieber ist, als die ukrainische Taube in der Hand.

Politik und Verwaltung

Vorfragen zur Verwaltungsreform im Reich

Von Professor Dr. Philipp Stein

Jedes Volk hat die Regierung, das Parlament und die Presse, die seiner politischen Entwicklungsstufe entsprechen.

Wir sind politisch noch ein unausgeglichenes Volk. Die Ordnung unserer staatlichen Verwaltung, das politische Sach- und Formgefühl der amtlichen und unamtlichen Politiker, die Staatsgesinnung und das politische Denken des Volkes und seiner Vertretung in Parlament und Presse stehen nicht im Einklang zu den Erfordernissen des heutigen Großstaates. Allzulang haben uns die Verwaltungs- und Lebensformen der zersplitterten Kleinstaaterei: Höfische Politik, kleinbetriebliche Verwaltung, Untertanengesinnung, wirtschaftliche Kärglichkeit und gesellschaftliche Starrheit in Fesseln und Banden gehalten. Selbst unsere gegen die Gesinnung und Gesittung des Staats- und Hofdieners, des Untertanen Sturm laufenden Empörer können

Digitized by Google

bis auf den heutigen Tag ihre Abstammung aus kleinbürgerlichem Haus selten verleugnen, sind daher trotz allen revolutionären Gehabens Spießbürger.

In zwei kurzen Menschenaltern drängte sich uns die Doppelaufgabe auf, gleichzeitig ein Großstaat zu werden, Weltpolitik zu treiben und Industrie und Handel in die Weite der auf Weltwirtschaft eingestellten Großunternehmung hinüberzuführen. Unser Reichtum als Volkserscheinung ist ganz jungen Ursprungs. Nachdem wir jahrhundertelang durch die Verschiebungen des Weltverkehrs in den Winkel geraten waren, Kriege das Land immer und immer wieder ausgesogen hatten, hat uns erst das letzte Menschenalter in nachhaltigem und umfassendem wirtschaftlichem Aufschwung wirklichen Reichtum gebracht. So sind wir als Volk im Stand des schaffenden und raffenden Emporkömmlings mit allen Unausgeglichenheiten, aber auch allen Entwicklungsmöglichkeiten dieses Übergangszustandes. Jeder Aufsteigende muß durch diese Lebensform hindurch. Die Emporkömmlinge von heute sind die Söhne der Bettler von gestern, die Väter des Adels von morgen. Wir sind ein Emporkömmling eigner Art, nicht geschichtlos wie ein reich gewordener Kesselflickersohn. Wir sind Träger und Hüter stolzer geschichtlicher Erinnerungen, auch aus den Zeiten der Ohnmacht des Reichs und der bürgerlichen Armut. Lebenskräftig und stark sind die aus der Kleinstaatenzeit überkommenen Einrichtungen und Formen der staatlichen Verwaltung, der gesellschaftlichen Ordnung, der politischen Gliederung. Die Mächte der Beharrung ruhen noch auf festem Grund.

In der Stadt, dem Sitz der Mächte der Bewegung: Industrie und Handel und ihrer politischen Vertretung, der Parteien des Liberalismus und der Demokratie, ist die Umbildung des alten Deutschlands am weitesten und umfassendsten vollzogen. In Industrie und Handel wuchsen in der Fülle der Arbeit, des Erfolges und der Erträgnisse sowohl Größe und Umfang der Aufgaben als auch die Mittel und die Kräfte, sie zu bewältigen. Zunächst ungehindert durch die Sperrketten von Prüfungen, Herkommen, Überlieferung stiegen hier die Fähigen, Rücksichtslosen oder Glückhaften empor, im Bürgertum wie in der Arbeiterschaft. Früh aber schieden sich ihre Wege. Waren in der Frühzeit des Liberalismus unter den politischen Führern des Bürgertums zahlreiche hervorragende Industrielle und Kaufleute, so fehlen heute unseren Großunternehmern und Großkaufleuten, von seltenen Ausnahmen abgesehen, Zeit, Sinn und Wille für die Politik. Das Geschäft beherrscht sie; bei ihm stehen Leistung und Gewinn in lohnendem Verhältnis, locken gewaltige Aufgaben und große Gewinne. In der Politik besteht dagegen ein Mißverhältnis zwischen den Beschwerden und Peinlichkeiten des politischen Kampfes, den Unsicherheiten der Wahl, den Mühen der parlamentarischen Arbeit und deren sachlichem und persönlichem Ertrag. Unsere Parteiverhältnisse und politische Entwicklung geben, abgesehen von einigen wenigen konservativen Wahlkreisen, nur für das Zentrum und die Sozialdemokratie mit der Sicherheit des Wahlsitzes die Möglichkeit und die Gewähr einer stetigen parlamen-

Digitized by Google

tarischen Tätigkeit. Das Beispiel Naumanns zeigt die Tragik des bürgerlichen Politikers. Über ein Jahrzehnt mußte er ringen, härteste Wahlkämpfe in verschiedensten Teilen Deutschlands durchfechten, bis es ihm endlich 1907, aber auch erst in heißer Stichwahl, gelang, in das Parlament einzudringen; aber schon bei der nächsten Wahl wurde er wieder geschlagen, wäre er allein auf politische Schriftstellerei angewiesen gewesen, wenn ihn nicht eine zufällige Nachwahl in den Reichstag zurückgeführt hätte. Erzberger und Zubeil dagegen haben die unbedingte Gewißheit, solange sie leben und sich zur Partei zählen, dem Parlament anzugehören. Hinzukommt, daß die Parteizersplitterung und ihr Gegenpol die durch die Geschlossenheit des Beamtenkörpers gefestigte Macht der bürokratischen Regierungsgewalt dem Ehrgeiz und Machtstreben starker Persönlichkeiten auf dem Wege des Parlaments keine oder nur geringe Aussichten bieten. Selbst ein Miquel mußte den Umweg über den Oberbürgermeisterposten machen, um zum Ministersessel zu gelangen.

So stehen nicht bloß die Führer unserer Industrie und des Handels abseits von der Politik, sind in ihr zum Teil ebensogroße Kinder oder blutige Dilettanten wie sie hervorragende Geschäftsleute sind, sondern auch aus den bürgerlichen freien Berufen nimmt nur eine verschwindend geringe Zahl über den Durchschnitt hinausragender Persönlichkeiten dauernd an der politischen Arbeit teil. Neben einigen Berufsparlamentariern ist daher die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten „unpolitisch", ihr Streben und ihr Denken gehört ihrem Beruf, auf dem ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung ruht, nicht der Politik.

Anders die Arbeiterschaft. Für sie, als Klasse wie für jeden einzelnen Emporstrebenden ist Politik das Arbeitsfeld, das Parlament das Ziel, das jedem Ehrgeiz Erfüllung verheißt. Alles andere hat sie hinter sich geworfen und alle Kräfte und Strebungen zu der einen Waffe der politischen Partei umgeschmolzen. Ihr hat jeder zu dienen, aber dafür gewährt sie und sie allein den Aufstieg zur Macht, begründet sie gesellschaftliches Ansehen, wie sie zahlreiche Möglichkeiten des finanziellen Verdienstes erschließt. Das war in den Anfangszeiten der Arbeiterbewegung stärker ausgeprägt, hat sich mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, des Arbeitergenossenschaftswesens abgeschliffen, aber trotz alledem gilt noch heute, daß die Führerpersönlichkeiten der Arbeiterschaft Politiker sind, die in der Partei von der Pike auf dienend die Formen und Mittel der parlamentarisch-politischen Arbeit gründlich gelernt, politische Fachkenntnis sich angeeignet haben.

Der enge Bann der Partei, die jahrzehntelange Verweigerung der verantwortlichen Mitarbeit an der Staatspolitik, die Einstellung auf den politischen Kampf und die Kritik, die durch innere wie äußere Gründe bedingte Unmöglichkeit, ja das unmittelbare Ablehnen, in die Staatsleitung einzutreten, haben den Umkreis der politischen Gedanken innerer und namentlich auswärtiger Politik eingeengt, das Verständnis für Staatsmacht und Staatsverwaltung, die Erkenntnis der Mannigfaltigkeit der

Digitized by Google

politischen Ziele und Mittel wie der Grenzen der Staatsallmacht erst in den Anfängen entwickeln lassen. So viele politische Talente, glänzende Redner oder tüchtige Sachkenner politischer und sozialer Dinge die Arbeiterschaft in das Parlament entsandt hat, die Zahl der staatsmännischen Persönlichkeiten ist auch unter ihnen gering gewesen, ist aus der Arbeiterschaft nur ein Mann von staatsmännischem Wuchs hervorgegangen: Ignaz Auer.

Bei den drei Grundmächten der Beharrung: Verwaltung, Grundbesitz, Kirche und für ihre politischen Vertretungen: die Regierung, die konservative Partei und das Zentrum vollzieht sich die Umbildung unendlich viel langsamer und zögernder. Sie hatten in der alten Ordnung die Macht, sie haben daher Besitz zu verteidigen. Sie können sich aber trotz inneren Widerstrebens und äußeren Widerstands dem Wandel nicht entziehen. Seit langem sitzen sie im Regiment, sind zu herrschen gewöhnt und gewillt. Ihre Führer betreiben die politische Tätigkeit nicht als eine allgemeine Angelegenheit neben einem anderen Hauptberuf; sie ist für sie der selbstverständliche Kern ihrer öffentlichen Wirksamkeit in Beruf und Gesellschaft. Das Parlament bildet daher nur einen, nicht einmal den wichtigsten Teil ihres politischen Arbeitsfeldes. Sie treiben Politik als natürliche Lebensbetätigung bei allen Gelegenheiten und in allen Dingen. Darauf, wie auf ihrer größeren klassenmäßigen Geschlossenheit, auf ihrer im letzten Grunde inneren Wesensverwandtschaft als Mächte des Beharrens beruht die Aufrechterhaltung ihrer politischen Macht trotz der ungeheuren Steigerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stärke der Mächte der Bewegung des Bürgertums und der Arbeiterschaft.

Unser politisches Leben bedrängt der Gegensatz: die Mächte der Bewegung haben noch keine Führerschicht zur Vollführung der ungeheuren Aufgaben, das neue Deutschland regierungs- und verwaltungsmäßig zu begründen und sicherzustellen, hervorgebracht, und den Führern der Mächte der Beharrung fehlen die innere Anteilnahme an diesen Aufgaben, der Glaube für ihre Notwendigkeit und der frohe Wille, sie zu bewältigen. In dem Verhältnis Deutschland-Preußen hat dieser Gegensatz, seit dem Tag, an dem zum erstenmal die Möglichkeit einer Großstaatbildung in der deutschen Geschichte wieder aufgetaucht ist, bis auf den heutigen Tag seinen stärksten Ausdruck, zuweilen seine schärfste Zuspitzung gefunden. Über diesen Gegensatz, in dem neben großen Schwierigkeiten und Gefahren auch ein gut Teil unserer volklichen Kraft liegt, kommen wir nicht dadurch hinaus, daß wir das Reich „verpreußen“ oder die preußische Regierung zu einer Provinzialverwaltung des Reichs herabdrücken. Er stellt uns die ungeheuren Aufgaben einer umfassenden Umgestaltung unserer Verfassung und unserer Verwaltung. Mit der Änderung des preußischen Wahlrechts wäre vieles, mit einer Verwaltungsreform durch Aufhebung der preußischen Regierungsbezirke unter Stärkung der Provinzen und der Kreisverwaltungen wäre manches getan, aber der Aufgabenkreis ist viel weiter umgrenzt, erstreckt sich auf das Reich

Digitized by Google

wie auf die Einzelstaaten, betrifft ihr Verfassungs und Verwaltungsleben in allen seinen wesentlichen Teilen. Für die Bewältigung dieser Aufgaben müssen wir schon im Krieg den Grund legen. Der Krieg ist nicht, wie es manchen beamtlichen Gehirnen scheinen möchte, eine Angelegenheit, die militärisch zum Amtsbereich des Kriegsministeriums und des Generalstabs, politisch zu dem des Auswärtigen Amts gehört und im übrigen eine peinliche Unterbrechung der alten Verhältnisse bringt, nach deren Ablauf schleunigst wieder zu alter Übung zurückzukehren ist.

Der Krieg preßt die Aufgaben vieler Geschlechterfolgen in die Spanne weniger Jahre zusammen, nutzt ihre Kräfte und Mittel bis zum letzten Grade ihrer Leistungsfähigkeit. Sein Enderfolg wird nicht bloß an soundsoviel Geviertmetern vermehrten Landbesitzes gemessen, sondern letzthin von der Entscheidung der Frage abhängen, ob in ihm durch Raubbau unsere Volkskraft und unser Volksvermögen vermindert sein wird, wir wieder in den Zustand wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht zurückgeworfen sein werden, oder ob der ungeheure Aufwand von Kräften und Mitteln unsere staatliche und wirtschaftliche Spannkraft über die Maße der Vorkriegszeit gesteigert haben wird. Diese Frage aufwerfen, kann einem das Zeugnis: „Glauben sehr gut, Kenntnisse ungenügend," leicht in einer Zeit einbringen, in der wir mit grimmigem Unbehagen zusehen müssen, mit welchen Mühen, mit welchem Geschick und schließlich mit welchem Erfolg Regierung, Parlament und Presse die Staatsschauspiele der Besetzung von Reichskanzler- und Staatssekretärposten zurüsten und aufführen, in der die Umgestaltung des preußischen Wahlrechts aus einem großen politischen Kampf zu einem Krämergeschäft herabgewürdigt ist, in der die Reform der Reichsverwaltung damit angefangen hat, aus dem unförmigen Reichsamt des Innern das nicht minder unglücklich zusammengesetzte Reichswirtschaftsamt herauszuschneiden und den kümmerlichen Rest als Reichsamt des Innern bestehen zu lassen, dafür aber, weil unsere Reichsverwaltung noch nicht verwickelt genug ist, ein Vizekanzleramt zu schaffen, das weder ein Amt sein noch eine Meinung haben kann.

Die harte geschichtliche Notwendigkeit läßt uns aber keine andere Wahl: Wir müssen; und unsere Geschichte der letzten 100 Jahre zeigt, daß unsere Verwaltung unter vielem Ach und Weh, unter starkem Widerstand und noch zäherem Widerstreben große Aufgaben bewältigen kann, man braucht dabei nicht bloß an die soviel berufene Stein-Hardenbergsche Verwaltungsreform zu erinnern. Unsere Verwaltung ist besser als ihr heutiger Ruf, sie hat den einen wesentlichen Vorzug der Zuverlässigkeit, so daß auch, wenn die Maschine bei Umschaltung des Steuers stöhnt und faucht und nur schwer in Gang kommt, sie schließlich sich doch auf den neuen Führer und die neuen Aufgaben einstellt. Unser Volk ist zum andern ein regierungsfähiges Volk, weil es ein regierungswilliges, ordnungsbereites Volk ist und trotz aller Besserwisserei und Nörgelei bleibt. Schließlich sind wir nicht so arm an verwaltungsfähigen Köpfen und Männern. Wir müssen uns nur nicht begnügen, das Schlagwort „Freie Bahn

Digitized by Google

jedem Tüchtigen" hinauszurufen und im übrigen die Untüchtigen in Amt und Würde zu belassen, sondern die verantwortlichen Stellen müssen ein paar Männer von rücksichtslosem Willen, von Amts- und Menschenkenntnis an die entscheidenden Posten setzen und sie unbehelligt vom Hineinreden der Organe der öffentlichen Meinung: Parlament und Presse gründliche Arbeit leisten lassen. Unser Generalstab verdankt die Höhe und die Gleichmäßigkeit seiner Durchbildung dem günstigen Umstand, daß seit hundert Jahren mit geringen Unterbrechungen Meister der Tat und Meister der Erziehung zum sachlichen Denken und zur sachlichen Arbeit an seiner Spitze gestanden haben, die ungestört von der Neugierde und dem Besserwissen, ja bis zu dem Augenblick, da Moltke ihn aus der Stille der Werkstatt auf die Bühne der Geschichte stellte, nahezu völlig unbeobachtet den Generalstab aufbauen, die Auswahl der Berufenen treffen, die Arbeitsweisen ausbilden konnten. Im Gegensatz zu Moltke war Bismarck kein Erzieher, kein Wecker und Führer von Talenten. Er verbrauchte seine Mitarbeiter. Nach ihm haben wir in der Staatsleitung keinen großen Staatsmann, aber auch nur ganz wenige hervorragende Verwaltungsmänner gehabt. Einer der wenigen aus der nachbismarckischen Zeit, der das Zeug zu einem Verwaltungsreformer großen Stils hatte, Graf Zedlitz-Trützschler, war nur kurze Monate Kultusminister und hinterließ wohl in den von ihm verwalteten Provinzen, aber nicht in der Staatsleitung Spuren seines Wirkens.

Wir witzeln über den Schneckengang der Staatshandlungen im alten deutschen Reich mit seinem Regensburger Reichstag und wissen nichts von dem Geschäftsgang im Bundesrat und von den Umständlichkeiten des Geschäftsverkehrs zwischen den Reichsbehörden und den Verwaltungsstellen der einzelnen Bundesstaaten. Wie mit einer chinesischen Mauer haben wir die Beamten in den Ministerien und den Reichsämtern durch hohen Rang, sobald sie einmal in die Zentralstellen gelangt sind, abgesperrt von der Rückkehr zur unmittelbaren lebendigen Verwaltungsarbeit. Im Einzelstaat ist wenigstens in dem Wechsel zwischen der Stellung des vortragenden Rats und des Regierungspräsidenten für einzelne bevorzugte Beamte die Möglichkeit vorhanden den Dienst in der Front der Verwaltung, die mehr oder minder segensreichen Wirkungen der ministeriellen Verordnungstätigkeit am eigenen Leibe kennen zu lernen. Im Reich fehlt diese Möglichkeit; wer einmal in die Fanggarne der inneren Reichsressorts geraten ist, dem bleibt keine andere Wahl, als in einer papiernen Welt lebend rascher oder langsamer die Stufenleiter hinaufzuklettern. Noch höher sind die Schranken zwischen den einzelnen Bundesstaaten aufgerichtet; nur ganz wenige Beamte kommen aus den Grenzpfählen ihres Landes heraus.

An Wissen fehlts unserem Beamtentum wahrlich nicht. Deshalb ist die Änderung der Ausbildung weniger wichtig als man gemeinhin glaubt, wenngleich sie sicherlich sowohl nach den Gebieten als auch, fast noch mehr, nach der Art der Ausbildung verbesserungsfähig ist. Das meiste und beste lernt man in der Berufsarbeit. Das

Digitized by Google

Volkswort „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand", besteht zu Recht. Für die Ausbildung der Beamten ist das wichtigste, sie früh arbeiten zu lehren und selbständig arbeiten zu lassen; denn eines gibt heute das Amt nicht und je höher es ist, fast um so weniger: den Willen. Es fehlen unter unseren Beamten nicht die Ehrgeizigen, auch nicht die Streber, aber nur ganz selten findet sich der große, sachliche Ehrgeiz der Tat, das Erfülltsein von dem Machtgedanken der staatlichen Tätigkeit, die Freude am und zum Entschluß, der Mut der Verantwortung. In den Regierungskollegien, in der Abhängigkeit von dem „hohen Herrn Chef" kommen diese Eigenschaften nicht zur Entwicklung, stößt der Willensstarke an, während der Willfährige glatte Bahn zum Aufstieg findet. Statt die Hingabe an den Machtgedanken des Staates wuchert die Rücksicht auf die Rechte des „Ressorts", entwickelt sich der höchste Scharfsinn und die hartnäckigste Tatkraft der fähigen Beamten in der kunstvollen Führung des „negativen Kompetenzkonfliktes" (so etwas läßt sich nur im Amtsdeutsch sagen), dieses Gegenteiles freier Amtsverantwortlichkeit. Dieser willensschwache Beamtenkörper, der bei aller peinlichen Wahrung seiner Würde ohne Machtstreben ist, ist zudem noch unzulänglich mit Hilfskräften und technischen Mitteln ausgestattet. Nur scheinbar ist unser Amtsbetrieb billig; es hat uns im Frieden bereits Milliarden gekostet, im Krieg ist es uns unendlich teurer zu stehen gekommen, daß wir sparsam mit Menschen und Mitteln waren und noch sind.

Als der Krieg begann, als das ganze Volk zur Tat aufsprang, seine gesamten Kräfte zusammenriß, da schlug die große Entscheidungsstunde für unsere Reichsleitung, die Führung unserer ganzen inneren Kräfte in die Hand der Reichsbehörden zu nehmen. Keiner hätte damals gewehrt und die Mittel verweigert, wenn das Auswärtige Amt und das Reichsamt des Innern sich zu dem politischen und dem wirtschaftlichen Generalstab des deutschen Volkes umgebildet und die erforderlichen Menschen und Mittel angefordert hätten. Sie haben damals versagt, weil sie nicht den Willen zur Macht und das Können der Macht besaßen. Deshalb schossen neben ihnen, vielfach sogar unter ihrer entsagungsbereiten Mithilfe, die Unmengen freier, halb- und ganzamtlicher Stellen in die Höhe, die den politischen und wirtschaftlichen Nachrichtendienst einrichteten, die den „geistigen" Kampf für Deutschland und gegen unsere Feinde in Wort, Schrift und Bild im In- und Ausland führten, fiel die Rohstoffversorgung dem Kriegsministerium zu, wurde nach langem, tastenden Hin und Her die Lebensmittelversorgung von dem Reichsamt des Innern auf ein neues Amt, das Kriegsernährungsamt, übertragen, entriß das Kriegsamt aufs neue große Gebiete der Zivilverwaltung. Daß heute das Militär und das Parlament in die Maßnahmen der Reichsregierung in weitem Umfang hineinreden und hineinregieren, hat weniger mit „Militarismus" und seinem Gegenstück, mit „Parlamentarismus" zu tun, findet vielmehr seine letzte Ursache darin, daß wir eine schwache Regierung haben, die, wie sie ohne Machtwillen gegen unsere Feinde ist, auch innerhalb des Landes allezeit

Digitized by Google

ſtandhaft zurückweicht vor den militäriſchen Stellen, vor dem Parlament und wer ſonſt ein Zipfelchen Macht in Händen hat.

Die beiden politiſchen Reichsbehörden, das Auswärtige Amt und das Reichswirtſchaftsamt, tragen unter Leitung des Reichskanzlers vor der Geſchichte die volle und letzte Verantwortung für unſere politiſchen und wirtſchaftlichen Geſchicke. Sie müſſen und können ſie tragen, wenn jeder, der zum Amt gehört, bis zum letzten Hilfsarbeiter die Verantwortlichkeit empfindet und an ſeine Aufgabe glaubt, ſo kindlich harmlos auch eine ſolche Zumutung einem Nur-Beamten-Gehirn erſcheinen mag. Ohne Glauben an ſich und die Sache, ohne großen ſachlichen Ehrgeiz, ohne Machtwillen, ja Machthunger kann man nicht ſolche Rieſenlaſten tragen. Mit dem Willen allein iſt aber nicht alles getan. Das engliſche Wort: Männer, nicht Maßnahmen, enthält nur eine halbe Wahrheit. Männer und Maßnahmen müſſen zur Erreichung der Höchſtleiſtung zuſammenkommen. Die beiden Ämter müſſen ſich der Größe und der Art der Aufgaben entſprechend einrichten, Menſchen anſtellen, die Arbeit richtig verteilen und zuſammenfaſſen. Sie müſſen zu zweckmäßig arbeitsteilig gegliederten Großbetrieben ſich entwickeln. Dazu gehören Menſchen und Mittel. Beides kann man, wenigſtens zu erheblichen Teilen finden, wenn einmal die ungeheuere Zahl von militäriſchen und zivilen Kriegsſtellen, die wirtſchaftliche oder politiſche Arbeiten verrichten, gründlich geprüft werden, inwieweit ſie Menſchen abgeben können, inwieweit ihre Aufgaben zweckmäßiger von den dazu beſtellten Ämtern übernommen werden. Sie hatten den Machthunger, der den verantwortlichen Amtsſtellen abging; auf ihre Koſten ſind ſie gewachſen, ſie haben ihnen den Lebensinhalt ausgeſogen, die Verantwortlichkeit jedoch gelaſſen.

Die gleiche ſachliche Rückſichtsloſigkeit muß auch gegenüber den eigenen Beamten der Ämter gelten. Rückſichten auf den Penſionsetat dürfen ebenſowenig mitſprechen wie menſchlich noch ſo verſtändliche Rückſichten auf Friedensverdienſte, perſönliche oder Familienumſtände. Hätte man bei dem Militär ſo rückſichtsvoll verdiente Männer behandelt, dann ſtänden unſere Gegner längſt ſo nahe bei Berlin, wie wir vor Paris ſtehen. Wer nicht kriegstauglich iſt, muß weichen, muß dem Leiſtungsfähigen Platz machen, denn er iſt auch nicht friedenstauglich für die kommende Zeit.

Eine baltiſche Frage

Von Dr. Paul Rohrbach

Während der Zwiſchenzeit, als die ruſſiſche Staatsgewalt ſich bereits aufzulöſen begann und die neue deutſche Autorität in Livland und Eſtland noch nicht in Sicht war, konnte das eſtniſche Volk vorübergehend den Gedanken einer weitgehenden ſtaatlichen Selbſtändigkeit faſſen und im Zuſammenhang hiermit ſich die Organiſation dieſes eſtniſchen Nationalſtaats im einzelnen ausdenken. Dabei ſpielte das

Digitized by Google

Verhältnis zu der bisherigen deutschen Oberschicht im Lande eine Rolle, und die Politik, die man den einheimischen Deutschen gegenüber vom estnisch-nationalen Standpunkt aus ins Auge faßte, sollte gemäßigt sein. So auch in der Schulfrage: es sollten nicht nur Schulen mit estnischer, sondern auch solche mit deutscher Unterrichtssprache aus staatlichen Mitteln unterhalten werden. Allerdings hat der Gedanke einer estnischen Republik nicht lange gedauert. Erst fuhr die bolschewistische Raub- und Mordwelle darüber hin — waren es doch die Bolschewisten, die den Ausschuß des estnischen Volkslandtags unter Mißhandlungen auseinanderjagten — und dann kam die Besetzung von ganz Livland und Estland durch die deutschen Truppen. Seitdem kann nicht mehr von einem eignen estnischen Staat die Rede sein, vollends nicht von einem solchen, in dem die Esten von sich aus über die Rechte der Nationalitäten zu beschließen hätten, sondern vernünftigerweise nur noch von einem einzigen gesamtbaltischen Gemeinwesen, das die drei Provinzen und alle auf ihrem Boden lebenden Stämme zu einer an Deutschland angeschlossenen politischen Einheit zusammenfaßt. Das zukünftige Baltenland wird ein Gebilde mit einer Vielheit von Nationalitäten sein, die darauf angewiesen sind, miteinander zu leben. Selbst wenn man bei allen beteiligten Faktoren den besten Willen hierfür voraussetzen wollte, so wird es eine keineswegs leichte Aufgabe sein, überall den richtigen Ausgleich zu finden, und wenn wir jetzt, wo die Führung beim Aufbau des baltischen Gemeinwesens der deutschen Hand übergeben ist, uns einen Plan für das Ganze machen wollen, so ist es nicht unnütz, daran zu denken, wie das eine der beiden nichtdeutschen Völker im baltischen Lande hat verfahren wollen, als es ihm schien, daß es auf seinem nationalen Grund und Boden zur Macht gelangen werde. Die Schulfrage ist dabei besonders wichtig, weil am Aufbau des Schulwesens zuletzt alle Fragen der nationalen Kultur hängen.

In estnischem wie in lettischem Munde hört man das Wort häufig, der Deutsche sei der Eroberer und Unterdrücker, der die einheimischen Völker geknechtet, der sie ihres Landes, ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit und Zukunft beraubt habe. Darauf kann mit der Aufforderung geantwortet werden, die Esten z. B. möchten sich doch das praktische Beispiel eines Volks ansehen, mit dem das geschehen ist, was voraussichtlich auch mit ihnen geschehen wäre, wenn keine deutsche Kolonisation im Estenlande stattgefunden hätte. Es gibt im Wolgagebiet die Mordwinen, Stammverwandte der Esten und Finnen, die ungefähr ebensoviel Jahrhunderte unter den Einwirkungen der russischen Kultur gelebt haben wie die Esten unter deutscher. Was ist aus den Mordwinen geworden und was aus den Esten? Die einen leben heute noch in einem halb heidnischen Wesen, oberflächlich betüncht von einigen unverstandenen Zeremonien verkommener russischer Popen, die dorthin in die Verbannung geschickt werden, in Roheit und Unbildung, ohne Schule, in den primitivsten wirtschaftlichen Zuständen. Die Esten dagegen kannten vor der Zerstörung des baltischen Schulwesens durch die Russifizierung kaum noch Analphabeten; bis auf ein paar alte Leute ver-

Digitized by Google

mochte jeder Este in seiner Muttersprache, viele auch deutsch und russisch, zu lesen und schreiben; ein lebendiges protestantisch-kirchliches Bewußtsein und ein guter Stand der Volkssittlichkeit waren vorhanden; landwirtschaftliche Leistungen, mit denen sich der estnische Bauer nicht vor dem norddeutschen zu schämen brauchte, eine Volksliteratur, ein ausgebildetes nationales Buch- und Zeitungswesen und zunehmender Wohlstand, mit dem die Esten die Stadtverordnetensitze in den Städten eroberten Theater bauten und Banken gründeten. Außerdem gehörten seit der Durchführung der baltischen Agrarreform in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen 50 Prozent des gesamten privaten Grundbesitzes im Lande den estnischen Bauern, ein Verhältnis also, das dem Großgrundbesitz gegenüber viel günstiger war als im östlichen Deutschland. Das war das Resultat der „700jährigen Knechtung" des Estenvolks durch die Deutschen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es in früheren Jahrhunderten dem leibeigenen estnischen Bauern viel schlechter ging, aber das war zu der Zeit, als auch in Deutschland der Bauer in Knechtschaft versunken war. Die baltischen adligen Großgrundbesitzer haben von sich aus die Leibeigenschaft schon im Anfang des 19. Jahrhunderts aufgehoben und von sich aus die Agrarreform durchgeführt, die gegen billige Ablösungszahlungen die Hälfte des Landes dem estnischen und lettischen Bauerntum überantwortete. Auf der Grundlage der deutschen Kultur, der von deutscher Seite geschaffenen estnischen und lettischen Schriftsprache, des deutschen Unterrichtswesens, der deutschen landwirtschaftlichen Schulung sind dann die nichtdeutschen baltischen Völkerschaften in die Höhe gekommen. Was aber wäre ihr Schicksal ohne die deutsche Kolonisation des Baltenlandes gewesen? Das der Mordwinen — wenn Rußland, so wie es sich unter den finnischen Völkerschaften an der Wolga nach Osten und Norden ausdehnte, so auch westwärts das baltische Küstengebiet unter seine Herrschaft gebracht hätte. Dort im Wolgagebiet leben noch Syrjanen und Tschuwaschen, Tscheremissen und Wotjaken, Völker, von denen der gebildete Europäer nicht einmal die Namen kennt, Angehörige teils derselben finnisch-ugrischen Gruppe, zu denen auch die Esten und Finnen zählen, teils eine Mischung von solchen mit türkisch-tatarischen Elementen. Was hat Rußland aus ihnen gemacht? Nicht viel anderes, als aus den Mordwinen! Und nochmals: was haben die Deutschen aus den Esten und Letten gemacht? Das was man jetzt nach der Besetzung Kurlands, Livlands und Estlands vor Augen hat: zwei Völker, die trotz ihrer undeutschen Sprache und ihrer durch die russische Hetzarbeit der letzten Jahrzehnte hervorgerufenen großenteils antideutschen Gesinnung ganz in den germanischen Kulturkreis hineingehören und ihr Teil an den Errungenschaften deutscher Tüchtigkeit sich angeeignet haben.

Aber, so lautet der oft wiederholte Einwurf, warum haben die deutschen Balten die Letten und Esten nicht rechtzeitig germanisiert? Selbst zugegeben, daß während einer kurzen Zeitspanne nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, als schon ein all-

Digitized by Google

gemeines Schulwesen entstanden war und die Russifizierungsarbeit noch nicht eingesetzt hatte, der Durchschnitt der Deutsch-Balten den lettischen und estnischen Elementen, die sich eindeutschen wollten, offener hätte entgegenkommen sollen, so bedeutet die Forderung im ganzen doch eine Unmöglichkeit. Unter den deutschen Familien in den baltischen Provinzen befindet sich, wie jeder im Lande weiß, eine ziemliche Anzahl von solchen, die lettischer und estnischer Herkunft, aber vollständig in der deutschen Gesellschaft aufgegangen sind. Nach dieser Richtung hin hätte noch mehr geschehen können. (Umgekehrt sind auch deutsche Handwerker, überhaupt sogenannte „Kleindeutsche", wie man im Baltikum sagt, zu Letten geworden, meist durch Mischehen.) Daß aber die 7 oder 8 Prozent Deutsche der Oberschicht die Masse des estnischen und lettischen Bauerntums auf dem flachen Lande hätten germanisieren sollen, ist ein so unmöglicher Gedanke, daß es nicht lohnt, darüber zu reden. Man darf nie vergessen, daß nach Kurland, Livland und Estland im Unterschied zum östlichen Deutschland während der Periode der großen deutschen Kolonisation im Mittelalter keine deutschen Bauern einwanderten, und daß selbst im deutschen Osten, wo das geschah, in der Altmark westlich der Elbe, noch zu Friedrich des Großen Zeit slawisch gepredigt werden mußte, daß das Slawische in Sachsen-Altenburg noch nicht lange verschwunden ist und daß es in der Lausitz und im Spreewald heute noch gesprochen wird.

Trotzdem wird man es kaum für wahrscheinlich halten können, daß zwei so kleine Völker wie die Esten und Letten (jedes zählt nur etwa eine Million Seelen, und die Letten haben gar keine, die Esten nur eine mäßige natürliche Vermehrung) in der Mitte zwischen den großen Anziehungsmassen des Deutschtums und Russentums nationale Eigenkultur im höheren Sinne entwickeln und festhalten. Das ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil es ausgeschlossen erscheint, den ganzen Bestand menschlicher Wissenschaft und Bildung in Sprachen zu übertragen, die zum Teil in der Ausdrucksfähigkeit noch nicht voll entwickelt sind und von so wenig Menschen gesprochen werden, daß die zu schaffende geistige Oberschicht, akademische Berufe, Fakultäten, Professoren, Studenten usw., jeder Zweig eine so minimale Anzahl von Angehörigen und Interessenten hätte, daß nicht einmal die technisch-finanzielle Möglichkeit der Ausstattung mit den erforderlichen geistigen Hilfsmitteln in lettischer oder estnischer Sprache bestände. Ist es doch z. B. mißglückt, ein lettisches Konversationslexikon zu schaffen, weil es nicht genug Letten gibt, die ein solches Werk zugleich lesen und bezahlen können. Eine lettische oder estnische Zeitungsliteratur, Poesie, etwas Belletristik, politische Flugschriften und dergleichen sind möglich; lettische oder estnische wissenschaftliche Literatur, die diesen Namen verdient, ist unmöglich. Solange die beiden Völker unter russischer Herrschaft standen und das Deutsche ihnen verwehrt war, mußten sie zwangsweise sprachlichen Anschluß nach Rußland nehmen, wenn sie Verbindung mit einer größeren geistigen Welt suchten. Jetzt, wo sie von Rußland ge-

Digitized by Google

trennt sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als früher oder später freiwillig die deutsche Sprache als Vermittlungsinstrument für die geistige Weltkultur anzunehmen.

Etwas anderes aber ist es, diesen Entwickelungsgang, der Esten und Letten zuletzt notwendig in das deutsche Kulturwesen aufgehen lassen wird, vor Augen zu sehen, und etwas anderes, ihn mit Zwangsmaßnahmen einleiten und beschleunigen zu wollen. Davon darf im baltischen Lande im Namen Deutschlands und des Deutschtums nicht die Rede sein. Die Esten dachten verständig und gerecht genug, zu einer Zeit, wo sie in begreiflichem Irrtum auf ein praktisch für sie unerreichbares Hochziel hofften, doch nicht zu vergessen, daß die deutsche Minderheit im Lande Anspruch auf ein deutsches Schulwesen besaß. Der stets zugleich aufs Reale gerichtete Sinn der Esten wird sich darüber klar gewesen sein, daß diese deutschen Schulen auch für das estnische Volk sehr nützlich gewesen wären. Es gibt Kenner der baltischen Verhältnisse, die sich dahin aussprechen, daß, wenn in Kurland, Livland und Estland aus öffentlichen Mitteln zugleich lettische, estnische und deutsche höhere Schulen eingerichtet werden sollten, die nichtdeutschen doch leerstehen würden, weil weder die lettischen und estnischen Eltern, noch die jungen Leute selbst solche Anstalten würden benutzen wollen, deren Zöglinge schließlich auf die geistige Umwelt eines kleinen Bauernvölkchens beschränkt und von der übrigen Welt wie durch eine chinesische Mauer getrennt wären. Das ist sehr möglich. Darum wäre es aber von deutscher Seite ein psychologischer, und ich stehe nicht an zu sagen, auch ein moralischer Fehler, den beiden andern Völkern, die auch Kinder der baltischen Erde sind und sogar ältere als wir deutschen Balten, Hinderungen bei ihrem Versuch zu machen, ein Stück nationaler Kultur zu verwirklichen.

Es ist richtig, und wir selbst haben es hier betont, daß es ohne die deutsche Kolonisation des baltischen Gebiets im Mittelalter weder ein estnisches noch ein lettisches Volk annähernd auf dem Entwicklungsstande gäbe, wie Esten und Letten ihn tatsächlich einnehmen. Ebenso versteht es sich von selbst, daß wir alles tun müssen, um das dünnbesiedelte Land so schnell wie möglich mit deutschen Bauern aus dem bisher russischen Osten zu füllen, Bauern, wo die Familie nicht zwei oder drei Kinder hat, wie die Letten, sondern acht bis zehn, und dadurch die jetzige deutsche Minderheit in eine natürliche Mehrheit zu verwandeln. Ebensowenig aber, wie das gewaltsam auf Kosten der Nichtdeutschen geschehen soll, ebensowenig dürfen äußere Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber estnisch-lettischen Bildungs- und nationalem Kulturstreben angewandt werden. Das Deutschtum trägt seine geistige Kraft in sich selber und nicht in irgendwelcher Schutz- und Vorbeugungspraxis. Die kleinen Völker sollen wissen, daß deutscher Schutz für sie wirkliche Freiheit bedeutet zur Erprobung dessen, was sie können. Warum sollen z. B. an der wiedererstehenden deutschen Universität Dorpat nicht auch estnische und lettische Vorlesungen gehalten werden,

Digitized by Google

wenn es Kräfte gibt, die den akademisch-wissenschaftlichen Anforderungen an solche gewachsen sind? Die Engländer haben die Buren besiegt, haben das Holländische in Südafrika als Staats- und Bildungssprache genau mit denselben Rechten anerkannt wie das Englische, und heute kämpfen die Südafrikaner für England. Das ist ein Beispiel, das so wenig wie andre mechanisch übertragen zu werden braucht, aber es zeigt, mit welchen Methoden im Völkerleben Ausgleich und Gewinnung erfolgen. Nach solchen Grundsätzen muß im Baltenlande gehandelt werden. Wahre Vornehmheit — auch nationale — verpflichtet nicht nur, sondern trägt auch Zinsen.

Deutschösterreich und das Reich

Von Richard Bahr, Berlin

Deutschösterreich ist erwacht. Es war, aus historischen Gründen und aus solchen, die in der besonderen Natur des Deutschen liegen, immer der Prügelknabe der Monarchie gewesen. Man hielt auf gute Beziehungen zur Dynastie, die als Zünglein an der Wage im Nationalitätenstaat in Österreich eine ungleich gewichtigere Stellung hat als in irgendeinem anderen konstitutionellen Staatswesen. Und man wahrte mit jener eigentümlich zähen Treue, die von allen Völkern am meisten den Deutschen an die Wiege gebunden ward, die Pflicht, den Staat zu stützen und für seine Geschicke sich verantwortlich zu fühlen: die Deutschen als einzige in einem Völkergemisch, das ohne alle Sentimentalität auf die Zertrümmerung und Entwurzelung dieses Staats ausging. Das gab seelische und politische Gebundenheiten, die die Deutschen unwillkürlich in die Hinterhand drückten und sie notwendig schwächer und mehr zerrissen erscheinen ließen, als sie in Wirklichkeit waren. Aber nun ist, wie gesagt, Deutschösterreich erwacht. Ist des ewigen Diplomatisierens seiner Abgeordneten, von denen jeder fünfte Mann ein Minister-Portefeuille, jeder zweite nahrhafte Pfründen im Tourniſter zu tragen wähnt, müde geworden. Es beginnt zu fordern und weist auf die Grenzen hin, die auch deutscher Geduld und herkömmlicher Treue gesteckt sein könnten. Und verkündet, indem es in unzähligen Entschließungen immer wieder die Vertiefung, Verankerung, man kann schon sagen, die Verewigung des Bündnisses mit dem Reich in den Vordergrund rückt, die Unzerreißbarkeit der Bande, die es an die deutsche Gesamtnation knüpfen. Das spielerische Getändel Wiener Ästhetentums, der Hermann Bahr, Kralik, Hanslick ist wie ausgeldscht; alle diese im tiefsten Grunde unpolitische G'schaftlhuberei der Versöhnungsmeier, der Angsthasen, der höfischen Liebediener, die, um den Slawen goldene Brücken zu bauen, die sie doch nicht betreten, das österreichische Staatsvolk, die Deutschen, aushöhlen, entmannen, neutralisieren wollten, verweht. Auch die vom russischen Beispiel berauschte, bis auf wenige Ausnahmen kompaßlos irrlichternde Sozialdemokratie hat tiefere Spuren nicht zu graben vermocht. Dieses deutsche Volk Österreichs ist kerndeutsch an Haupt und Gliedern und will es bleiben.

Digitized by Google

Dennoch ist gar nicht zu verkennen, daß eine Reichsdeutschland oder, besser noch, Norddeutschland und den Norddeutschen abgünstige Stimmung im Wachsen ist. Sie ist unter dem Eindruck der Kaiserbrief-Affäre und alles dessen, was damit zusammenhing, vielleicht schwächer geworden: vorhanden ist sie noch immer. Anfangs, etwa in den zwei ersten Kriegsjahren, umfing jeden Feldgrauen, der durch Österreich kam, den einfachen Mann wie den Offizier, eine warme Welle der Begeisterung, natürlicher, ungekünstelter Herzlichkeit. Seit geraumer Zeit schon lernte man seine Empfindungen zügeln. Bei uns spricht man in jenen Nasallauten, die allerorten unsere Beliebtheit so ungemein steigern, von den „verehrten Verbündeten"; in Österreich, wo man es in der Höflichkeit nicht ganz so weit gebracht hat, mit dem nämlichen Unterton der Ironie von dem „deutschen Bruader". Es ist am letzten Ende die gleiche Erscheinung wie der durch die gemeinsamen Kriegserlebnisse nicht etwa verringerte Partikularismus der Bayern: der nun einmal nicht wegzuwischende Wesensunterschied süddeutscher und norddeutscher Art. Aber es ist doch noch etwas anderes, ernsthafteres. Ernsthafter schon um deswillen, weil uns und die Stammesgenossen in Österreich doch nicht der gleiche Staatsverband vereinigt und weil, was sich hier verhältnismäßig mühelos austobt, ausgleicht und schließlich in eine unschädliche Neckerei ausmündet, dort leicht zu Entfremdung und dauerndem Auseinanderleben führen kann.

Ich habe schon mehrfach bedauernd festgestellt, wie wenig dieser Krieg, der die Massen doch immer wieder in Eilzugsgeschwindigkeit von einem Winkel Europas in den anderen trug, unseren Heeresangehörigen zu einem Lehrmeister politischer Geographie geworden ist. Auch die Gebildeten unter ihnen sahen nur Berge, Städte, Dörfer, Weiler — die Menschen sahen sie nicht. Sie kamen in Galizien, auch in manche, nicht magyarische Teile Ungarns und stießen dort auf Verrat, Verwahrlosung, auf mangelnde Ordnung und Disziplin. Sie zogen daraus nicht etwa den für Akademiker und Offiziere am Ende nicht so ganz fernliegenden Schluß: wie unendlich schwer müssen es unsere österreichischen Blutsbrüder haben, in solcher Umwelt überhaupt noch etwas zu schaffen. Sie hatten auch keinen Blick für das Martyrium, das jeder dieser kernhaften Älpler, dieser hochkultivierten Deutschböhmen Tag für Tag erduldet, wenn er, um ihr Gehalt zu geben, sie einigermaßen wetterfest und zuverlässig zu machen, mit slawischen Analphabeten in die nämliche Truppeneinheit gefügt wurde. Sie hielten sich an die gleichen Kappen, die gleiche Brüder decken müßten, und alles galt ihnen bald als eine einzige Schlamperei. Sie trafen häufig auch auf eine unfähige Führung, auf leichtlebige, stellenweis schon leichtfertige Offiziere, über die nirgends härter geurteilt wird als in den ernsten Kreisen Deutschösterreichs. Aber sie übersahen ganz, wie Ansehnliches, Tüchtiges, jeden Preises Würdiges daneben gerade von den aus dem deutschen Akademikerstand hervorgegangenen österreichischen Reserveoffizieren in Waffenhandwerk, Technik und Organisation ge-

Digitized by Google

leistet wurde. Sie differenzierten schier grundsätzlich nicht, fällten hart, ungeheuer selbstsicher und lauter, als es die Akustik des Bündniskrieges verträgt, ihre Sprüche, und nun erwies sich, daß der gemeinsame Heeresverband bis zu einem gewissen Grade auch verbindet, die sonst auseinanderstreben. Bei Tschechen und Südslawen wären derlei Empfindungen schwerlich aufgekeimt. Aber diesen Deutschen war es, wennschon die dynastischen Gefühle merklich erkalteten, doch noch immer die K. und K. Armee, unter deren Fahnen Väter und Großväter fochten und starben. Schließlich mochten sie wohl auch finden, daß mitunter auch anderswo mit Wasser gekocht wurde und nicht jeder Offizier, der irgendwo in der galizischen oder rumänischen Etappe inappellabel, mit gespreizten Herrengebärden gebot, schon der Hindenburg oder Ludendorff in Person sei.

Derweil war aber auch daheim, im Hinterland, eine unbehagliche Stimmung aufgekommen. Eine, die nicht ganz so berechtigt, aber immerhin menschlich begreiflich war. Auch Deutschland war wirtschaftlich mangelhaft vorbereitet in den Krieg gegangen. Aber dann hatte es, gestützt auf den immer noch besten Beamtenapparat der Welt, die gröbsten Unterlassungssünden einigermaßen wieder gut gemacht. Das war in Österreich gar nicht möglich. Denn wenn auch an der Zentrale der ehrlichste Wunsch bestanden hätte (er war nicht immer vorhanden), das deutsche Beispiel bis aufs i-Tüpfelchen nachzuahmen, es fehlte an den ausführenden Organen. Man kann mit slawischen Bezirkshauptleuten die Erzeugung des slawischen Landmanns nicht rücksichtslos erfassen, ihn nicht zur Belieferung des verhaßten deutschen Nachbars zwingen. Man wird das auch im kommenden Erntejahr nicht zuwege bringen, wennschon mit allem Recht von den Herren Ministern etwas mehr Dampf verlangt werden muß. Es handelt sich hier eben in erster Reihe um einen Konstruktionsfehler, und der liegt in dem Beamtenaufbau des Staates selbst. Nun hat man vom Reich aus ja immer wieder ausgeholfen. Aber man hat es dabei mit der Sonne gehalten, die auch über Gerechte und Ungerechte scheint. Hat unterschiedslos geholfen und — unterschiedslos geschimpft. Mit Vorliebe just auf die deutschen Stammesgenossen, denen, wenn der Hunger sie zu verzweifelten Bittgängen über die Grenze trieb, man den geistreichen Rat gab, sie möchten sich doch zunächst an ihre slawischen Peiniger wenden. Daß ihre Not von Tschechen und Slowenen gewollt war, auch ein Kampfmittel, vielleicht das vornehmste, in ihrem inneren Krieg gegen die Deutschen, denen bei der Besiedlung der habsburgischen Erblande das Schicksal die unfruchtbaren Alpen- und Waldgegenden zuwies, ward selbst politisch sonst geschulten Köpfen schwer begreiflich zu machen. Damit aber neben dem Spott auch der dreiste Hohn nicht fehle, erstanden zu gleicher Frist in vielgelesenen, leider nicht ganz einflußlosen reichsdeutschen Blättern warme Fürsprecher des Tschechentums. Das sei im Grunde gar nicht deutschfeindlich. Zum mindesten dem im Reich zusammengeschlossenen Großteil der Nation nicht abgeneigt. Nur die einseitig gegen Rußland gekehrte Politik

Digitized by Google

Habsburgs wäre ihnen gegen Herz und Verstand gegangen, und aus solchen Stimmungen und Verstimmungen heraus die Verräterei und Sabotage der Kriegsanfänge zu erklären. (Als ob diese Verrätereien nicht bis auf diesen Tag fortdauerten und die Tschechen sich nicht auch heute noch als Verbündete der Entente fühlten.) Für die Zukunft aber könnten, wofern wir nur die ewig Herbstzeitlosen mit ihrem Traum vom „deutschen" Österreich preisgäben, Tschechen und Slowenen gerade uns zu wertvollen Weggefährten werden: Brücken zum wiedererstarkenden Rußland, Helfer am Wunderbau des neuen Kontinentalbundes . . .

Kann man sich wundern, wenn in Österreich, wo man die Verüber solchen Unfugs nicht so von Angesicht kennt, wie wir sie kennen, wo die große Firma auch den dilettierenden Schwätzer und den grundsatzlosen Streber deckt, derlei Gerede geradezu wie eine bewußte Herausforderung wirkte? Die beklemmende Empfindung stärkte, daß Deutschösterreich auf sich allein angewiesen bliebe, in seiner Schicksalsstunde auf Hilfe vom Reich nicht zu rechnen habe? Dabei habe ich noch nicht alle Quellen aufgezeigt, aus denen bei unseren Stammesgenossen das Unbehagen floß und annoch fließt. Über manches, wie über die herrische, betont unliebenswürdige Art, in der unsere Unterhändler, Zivil wie Militär, sich bei den zwischenstaatlichen Verhandlungen gefallen sollen, läßt zurzeit sich nicht gut reden. Anderes wird erst in Zukunft, nach dem Krieg, offenbar werden. Das Reich wird beim Neuaufbau der österreichischen Wirtschaft zu helfen haben und wird sich ganz selbstverständlich dafür seine Prozente berechnen müssen. Dabei aber werden die gemeinsamen Feinde alles deutschen Wesens, die zugleich die geschworenen Feinde des Bündnisses sind, nicht ganz unvorbereiteten Boden finden, wenn sie der kurzsichtigen Eigensucht einreden, Österreich sei einfach in Deutschlands Hand, seine wirtschaftlichen Kräfte könnten überhaupt nicht mehr selbständig sich regen.

Auf diese Entwicklung dünkt mich, sollte man bei uns ein wenig Acht zu haben anfangen. Wie immer der Krieg ausläuft, wir werden arm aus ihm herausgehen. Arm an Zuneigung und Vertrauen in der Welt. Über einen kühlen Respekt werden auch die bis zuletzt neutral Gebliebenen nicht herauskommen und selbst da, wo wir befreit, besetzt und, sicher nach bestem Wissen und Gewissen, „Ordnung geschafft" haben, werden unseren abziehenden Truppen und Beamten vielfach Erbitterung und Feindschaft folgen. Als Freunde für Leben und Sterben werden uns nur die bleiben, die Natur zu solchen uns schuf: die Stammesgenossen, die durch Sprache, Kultur, durch eine lange Reihe gemeinsamer geschichtlicher Erinnerungen uns Verbundenen. Mit diesem Gut sorglich und pfleghaft umzugehen, ist kluge, im besten Sinn vorausschauende Politik. Gewiß, es sind nur 10, 12, wenn man Balten und aus Rußland rückwandernde deutsche Kolonisten hinzurechnet, höchstens 14 Millionen. Aber es scheint mir leider nicht ausgeschlossen, daß diese 12 — 14 Millionen eines Tages noch, mit der Wiener Nationalökonomie zu reden, Grenznutzen bekommen können . . .

Digitized by Google

Die Elemente der südslawischen Frage

Von Theodor von Sosnosky

Die südslawische Frage bildet zwar schon seit geraumer Weile eine stehende Rubrik im Spielplane der politischen Bühne; allein man darf trotzdem behaupten, daß ihr Wesen auch heute noch ein Buch mit sieben Siegeln ist, nicht bloß für das große Publikum, sondern auch für solche Kreise, die sich für Politik interessieren, ja selber Politik machen. Nicht einmal in Österreich, wo man doch die triftigsten Gründe hätte, sich über dieses Problem genau zu orientieren, ist man sich über seine Bedeutung hinlänglich im klaren. Auch in dem sonst so gründlichen Deutschland hat man sich vor dem gegenwärtigen Kriege um dieses Problem nur wenig gekümmert, weil man seine Bedeutung offenbar nicht voll erkannt hat. Dagegen haben sich britische und französische Politiker sehr eingehend damit befaßt, und es wird für die politische Literatur Deutschlands und Österreichs immer ein dunkler Fleck bleiben, daß sie dem ausgezeichneten Werke des Schotten R. W. Seton-Watson über die „südslawische Frage“[1] bis vor kurzem nichts auch nur entfernt Ebenbürtiges entgegenzustellen vermochte. Erst vor wenigen Monaten ist nun auch in deutschem Originaltext ein großes Werk über dasselbe Thema erschienen, das diesen Vergleich nicht zu scheuen braucht und, was ihm an Straffheit der Konzeption und Gewandtheit des Stils abgeht, durch Gründlichkeit und Reichhaltigkeit wettzumachen sucht[2].

Wie gründlich man die ungeheure Bedeutung dieses Problems verkannt und unterschätzt hat, das hat der Schreckenstag von Serajewo gezeigt. Man sollte nach diesem furchtbaren Menetekel nun glauben, die Regierungen in Wien und Budapest hätten, derart aufgerüttelt, ungesäumt an die Regelung dieser Angelegenheit gehen müssen. Aber seither sind mehr als vier Jahre hingegangen, ohne daß auch nur der geringste Versuch dazu gemacht worden ist; im Gegenteile: man geht jeder Erörterung dieses Themas ängstlich aus dem Wege, als könnte man es dadurch aus der Welt schaffen. Ein Gebahren, das nicht nur kindisch sondern im höchsten Grade gefährlich ist, denn von der richtigen und raschen Lösung dieser Frage hängt nichts geringeres ab als das Fortbestehen der habsburgischen Monarchie.

*

Den Kern dieses Problems bildet das Bestreben der Südslawen, sich zu konsolidieren und ein nationales Staatswesen zu schaffen; ein Bestreben, von dem alle Südslawen erfüllt sind und dessen Verwirklichung sie mit wachsender und grollender Ungeduld herbeisehnen.

Die allgemein geläufige Bezeichnung „Südslawen“ ist ein Kollektivbegriff, der die

[1] In vorzüglicher deutscher Übersetzung 1913 bei Meyer & Jessen in Berlin erschienen.

[2] „Die südslawische Frage und der Weltkrieg“ von L. von Südland (Wien, 1918, Manz). Der pseudonyme Verfasser ist aber kein Deutscher, sondern anscheinend ein Kroate.

Digitized by Google

Kroaten, Serben und Slowenen umfaßt, von dem aber die Kroaten nichts wissen wollen, weil sie zwischen sich und den Serben eine scharfe Unterscheidung machen. Die Verteilung dieser drei südslawischen Stämme ergibt sich aus folgendem statistischen Zahlenbilde:

	Slowenen	Kroaten	Serben
In Kroatien-Slawonien	—	1,640,000 = 62,5 %	645,000 = 24,6 %
Im eigentlichen Ungarn	100,000 = 0,5 %	200,000 = 1,1 %	450,000 = 2,4 %
In den Ländern der ungarischen Krone	100,000	1,840,000 = 8,7 %	1,095,000 = 5,5 %
In Steiermark	410,000 = 29,4 %	—	—
In Kärnten	82,000 = 21,2 %	—	—
In Krain	491,000 = 94,4 %	—	—
In Görz und Gradisca	155,000 = 61,8 %	—	—
In Triest	57,000 = 29,8 %	2,400 = 1,3 %	—
In Istrien	55,000 = 14,3 %	168,000 = 43,5 %	—
In Dalmatien	—	511,000 = 82,5 %	100,000 = 16,3 %
In Österreich	1,250,000[1] = 4,7 %	683,000 = 2,4 %	100,000 = 0,4 %
In Bosnien-Herzegowina	—	442,000	825,000
In Österreich-Ungarn	1,350,000	2,965,000	2,020,000

Zusammen Südslawen in der Monarchie: 6,335,000

Hierzu kommen noch 610 000 Mohammedaner in Bosnien, die von südslawischer Rasse sind und ihrer Konfession nach als „Türken" anzusehen sind, als die sie sich selber bezeichnen.

Ob sie kroatischer oder serbischer Herkunft sind, läßt sich schwer feststellen. Sie werden darum von den Kroaten als Kroaten, von den Serben als Serben reklamiert. Die Wahrheit dürfte dazwischen liegen, aber doch wohl näher der kroatischen Ansicht als der serbischen[2].

Während Kroaten und Slowenen ausschließlich auf das Gebiet der Monarchie beschränkt sind, lebt die Hauptzahl der Serben jenseits ihrer Grenzen und zwar in Serbien und Montenegro, dort etwa 300 000, hier ungefähr 300 000 Seelen.

Man rechnet außer den drei eben erwähnten Volksstämmen zwar auch die Bulgaren zu den Südslawen, aber sie kommen für die südslawische Frage nicht in Betracht, weil sie als ein von jenen verschiedenes Sondervolk anzusehen und an der Lösung des in Rede stehenden Problems nicht näher interessiert sind.

Wie man aus der hier gegebenen Übersicht entnehmen kann, verteilen sich die Südslawen auf drei Staaten: Österreich-Ungarn, Serbien und Montenegro, von denen

[1] Bei den für ganz Österreich geltenden Zahlen sind auch die wenigen in den andern Kronländern verstreuten Südslawen mitgerechnet; daher stimmen diese Zahlen nicht genau mit denen, die sich aus der Addition ergebend.

[2] L. von Südland, „Die südslawische Frage", S. 222 f.

Digitized by Google

die beiden letztgenannten zurzeit allerdings keine selbständigen Staatswesen sind. Die innerhalb der habsburgischen Monarchie lebenden Südslawen aber sind wieder auf drei Staatengebilde verteilt: auf Österreich, auf Ungarn und auf Bosnien-Herzegowina. Damit noch nicht genug, verteilen sie sich in Österreich auf fünf Kronländer — Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Dalmatien —, in Ungarn auf das eigentliche Ungarn und auf dessen Nebenland Kroatien-Slawonien. Eine Zersplitterung, die allein schon den Gedanken einer Zusammenfassung und Einigung all dieser „membra disjecta" nahelegt; dies um so mehr, als die Schriftsprache für die überwiegende Mehrheit der Südslawen dieselbe ist: die serbo-kroatische; nur die Slovenen besitzen eine andere Schriftsprache, die aber den im benachbarten westlichen Kroatien gesprochenen Dialekten sehr nahe steht. Nur äußerlich ist die Schriftsprache der Kroaten und Serben verschieden, insofern sich die letztern der cyrillischen Lettern bedienen.

Weit schärfer als der sprachliche Unterschied zwischen den drei Völkern ist der konfessionelle, der die orthodoxen Serben von den katholischen Kroaten und Slowenen trennt. Man hat, zumal auf serbischer Seite, den Versuch gemacht, diese Verschiedenheit der Konfession als den einzigen wirklichen Unterschied zwischen Kroaten und Serben hinzustellen und diese beiden Völker ethnographisch als ein einziges Volk hinzustellen, das nur in zwei konfessionelle Gruppen gespalten sei. Diese Auffassung wird aber von der überwiegenden Zahl der Kroaten nicht nur nicht geteilt, sondern mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie berufen sich dabei erstens auf die Geschichte, die beweise, daß Kroaten und Serben stets ethnische Sonderbegriffe dargestellt und sich immer in einem starken Gegensatze befunden hätten, der zeitweilig in offene und erbitterte Feindseligkeit übergegangen sei; zweitens stützen sich die Gegner der Einheitstheorie auf die anthropologische Verschiedenheit, derzufolge sich beispielsweise helle Augen und blondes Haar weit häufiger bei den Kroaten (und Slowenen) als bei den Serben finde. Die heutigen Serben seien überhaupt eigentlich keine Slawen, sondern bloß slawisierte Nachkommen der Vlachen oder Raitzen (so werden die Serben in Südungarn noch heute genannt), eines romanischen, stark mit anderem Blute, auch mit dem von Zigeunern, vermischten Bergvolkes, dessen Reste sich heute noch als Aromunen im Pindusgebiete und in sonstigen Enklaven erhalten haben[1].

So steht es mit den ethnographischen Verhältnissen der Südslawen. Sie sind, wie man sieht, nicht so einfach, als sie bei flüchtiger Beleuchtung erscheinen, und werden immer verwickelter, je tiefer man ihnen nachforscht. —

Von einem gemeinsamen Nationalbewußtsein der Südslawen war vor dem 19. Jahrhundert noch keine Rede. Erst in dessen drittem Jahrzehnt begann es sich nachdrücklich bemerkbar zu machen; zunächst freilich nur auf literarischem und kulturellem Gebiete. Und zwar war es der Kroate Ljudevit Gaj, der das Evangelium der südslawischen

[1] L. von Südland, „Die südslawische Frage", S. 191 ff.

Digitized by Google

Solidarität auf diesen Gebieten predigte. Anknüpfend an die alte Benennung des Volkes, das einst die östliche Adriaküste und deren Hinterland bewohnt hatte, nannte man diese Bewegung Illyrismus. Dieser Name verschwand bald wieder, weil er künstlich war, aber die Bewegung selbst blieb, weil sie natürlich war. Sie nahm sehr bald einen politischen Charakter an und setzte sich als Ziel die Vereinigung Kroatiens mit Slawonien und Dalmatien zu einem einzigen österreichischen Kronlande, dem „dreieinigen Königreiche". Dieses Ziel sah man keineswegs außerhalb der habsburgischen Monarchie, denn die Kroaten, die Hauptträger dieser Bewegung, waren treue Anhänger des habsburgischen Thrones und bewiesen das in den Jahren 1848 und 1849 auf das überzeugendste, indem sie sich als seine verläßlichsten Stützen bewährten. Ihre Hoffnung, man werde ihnen in Wien zum Danke dafür zu dem so heiß ersehnten Ziele verhelfen, sollte sich aber nicht erfüllen. Sie mußten sich mit der Vertröstung darauf begnügen, daß Kroatien und Slawonien mit Dalmatien vereinigt werde, sowie mit der Erklärung, daß jene beiden Länder von Ungarn künftig ganz unabhängig sein sollten. Es blieb aber bei der Vertröstung, und die Unabhängigkeit von Ungarn erwies sich als sehr kurzlebig, denn bei Umgestaltung des Habsburgerreiches auf dualistischer Grundlage im Jahre 1867 wurden Kroatien und Slawonien wieder der ungarischen Oberhoheit unterstellt, Dalmatien aber ausdrücklich als österreichisches Kronland erklärt. Es klingt darum fast wie Hohn, daß in dem ein Jahr später zwischen Ungarn und Kroatien-Slawonien zustande gekommenen Ausgleich immer von Kroatien, Slawonien und Dalmatien die Rede ist, wodurch dieses im vollsten Gegensatze zur österreichischen Verfassung als ein zu Kroatien-Slawonien und damit zur ungarischen Krone gehörendes Land reklamiert wird und ein staatsrechtlicher Zwitterzustand geschaffen wurde, der wohl in keinem anderen geordneten Staatswesen seinesgleichen hat.

Unter den Kroaten rief dieses Verhalten der Krone eine tiefe Verstimmung hervor, die sich in hartnäckigem und erbittertem Widerstande gegen die ihnen auferlegte magyarische Oberhoheit Luft machte, in der sie ein drückendes und ihr Nationalbewußtsein schwer verletzendes Joch sahen.

Während die Kroaten aber trotzdem immer noch an ein kroatisches Königreich im Verbande der habsburgischen Monarchie dachten, war unter den Serben der Monarchie eine gegen diese gerichtete Bewegung entstanden. Wiewohl ursprünglich gleichfalls loyal gesinnt und 1848/49 ebenso für Österreich kämpfend wie die Kroaten, begannen sie sich einer Bewegung anzuschließen, die den Abfall aller Südslawen von Österreich-Ungarn und ihren Anschluß an Serbien zum Ziele hatte.

Während den Kroaten ein Groß-Kroatien vorschwebte, zu dem außer Kroatien-Slawonien noch Dalmatien und Bosnien-Herzegowina gehören sollte, hatten die Serben ein Groß-Serbien im Sinne, daß alle von Südslawen bewohnten Gebiete umfassen sollte, also auch die südlichen Alpenländer Österreichs und beträchtliche Teile Südungarns.

Digitized by Google

Die Okkupierung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn bedeutete für Serbien und Kroatien in gleicher Weise eine herbe Enttäuschung. Die Serben sahen sich dadurch unsanft aus ihrem Machttraume gerissen, die Kroaten aber mußten ohnmächtig zusehen, wie Bosnien zwar an Österreich-Ungarn fiel, aber nicht mit ihrem Lande vereinigt wurde.

Dreißig Jahre später verschärfte die Annexion diese Enttäuschung bei beiden Völkern und rief bei beiden eine maßlose Erbitterung hervor, die auch bei den Slowenen ein lautes Echo fand.

An eine Versöhnung der Serben war nun nicht mehr zu denken; um so weniger, als sich Serbien noch durch die ihm sehr ungünstige Agrarpolitik der Monarchie in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht sah. Es tobte gegen Österreich-Ungarn und suchte Himmel und Hölle gegen dieses aufzubieten. Sein durch die im Balkankriege errungenen Erfolge hypertrophisch gesteigertes Selbstbewußtsein trug natürlich nicht wenig dazu bei.

Um so notwendiger wäre es für die Monarchie gewesen, die Kroaten zu befriedigen und sich damit ein Gegengewicht gegen die zentrifugalen Tendenzen zu schaffen, die von Belgrad aus geschürt, in unheimlicher Raschheit und Ausdehnung um sich griffen. Man konnte sich in Wien jedoch nicht dazu entschließen, weil man den Widerstand der Magyaren besorgte. In Budapest wollte und will man nämlich von Groß-Kroatien nichts wissen, weil man darin eine Benachteiligung Ungarns sieht und die annektierten Länder für dieses reklamiert, wiewohl man dafür keinen anderen Rechtstitel besitzt als die Erwähnung des Landes „Rama" in der offiziellen Titulatur des Königs von Ungarn. „Rama" ist nämlich die alte Bezeichnung für Bosnien (pars pro toto). Nun führt der König von Ungarn aber ebenso den Titel eines Königs von Jerusalem und Bulgarien, also von Gebieten, die in anderem Besitze sind, ja selbst von solchen, die überhaupt nicht mehr existieren, wie Lodomerien und Illyrien.

Ebensowenig wie dieser bloße und veraltete Titel kann auch die historische Vergangenheit Bosniens, auf die sich die Magyaren berufen, als ein zureichender Rechtsgrund für den Anspruch auf Bosnien angesehen werden, denn die Herrschaft der ungarischen Könige über Bosnien ist nur vorübergehend und unvollständig gewesen und liegt viele Jahrhunderte zurück. Mit demselben, ja weit größerem Rechte, das Ungarn auf Bosnien zu haben glaubt, könnte Österreich Belgien, Preußisch-Schlesien, das einstige „Vorderösterreich" im heutigen Baden, die Lombardei und Venetien sowie Teile der Schweiz beanspruchen, weil sie einmal zu Österreich gehört haben.

Auf so schwachen Beinen die Ansprüche Ungarns auf Bosnien aber auch stehen, in Wien hat man vor der Energie und Hartnäckigkeit der Magyaren zu großen Respekt, um ihren Widerspruch und Widerstand auch in dieser Frage herauszufordern, und wagt es daher nicht, den Kroaten ihren Willen zu tun, trotzdem man es ihnen einst wiederholt in Aussicht gestellt hat. Anderseits kann man sich aber auch nicht dazu ent-

Digitized by Google

schließen, die magyarischen Ansprüche zu befriedigen und die annektierten Länder Ungarn anzugliedern, denn dadurch würde man nicht nur Ungarns schon jetzt übergroßes Gewicht in der Monarchie vermehren, sondern den leidenschaftlichsten Widerstand aller Südslawen heraufbeschwören. Um nun weder in die Skylla eines Konfliktes mit Ungarn noch in die Charybdis eines solchen mit den Südslawen zu geraten, sucht man sich in Wien mit der dort so beliebten dilatorischen Politik zu behelfen und läßt diese Angelegenheit in der Schwebe. Bei der Wahl dieses vermeintlich sichersten Auskunftsmittels hat man nur ganz vergessen, daß das vorgerückte Erregungsstadium unter den Südslawen ein solches Hinausschieben nicht mehr verträgt und daß mit jedem Tage des Zögerns die Gefahr näher rückt, daß der südslawische Dampfkessel platze und der Monarchie unheilbare Brandwunden zufüge. Es besteht nämlich die größte Gefahr, daß die Kroaten, wenn man ihre Forderungen nicht doch endlich in zwölfter Stunde noch befriedigt, sich endgültig von Habsburg abkehren und sich, ihre alte Antipathie überwindend, mit den Serben verbinden, um gemeinsam und mit Gewalt das südslawische Reich ins Leben zu rufen, das sie anstreben. Dieses Reich würde dann aber auch die von Südslawen bewohnten Gebiete der österreichischen Alpenländer und Ungarns für sich beanspruchen und würde nicht im Rahmen des Habsburgerreiches erstehen, sondern nur auf dessen Trümmern. Entweder ein Groß-Kroatien *mit* der Monarchie oder ein Groß-Serbien *ohne* und *gegen* sie: eine dritte Lösung des südslawischen Problems gibt es nicht, es geschähe denn ein Wunder und mit Wundern darf man nicht rechnen.

Jaurès, der Ungesühnte

(Zum 31. Juli)

Von Alwin Saenger, München

Am 31. Juli 1914 erkundigte sich der Unterstaatssekretär des Kabinetts Viviani Abel Ferry, im Laufe einer Unterredung mit Jean Jaurès, was die französischen Sozialisten unter den obwaltenden Umständen zu tun gedächten. Jaurès antwortete: „Den Krieg gegen den Krieg fortsetzen." Abel Ferry widersprach: „Das werden sie nicht wagen, man wird sie an der nächsten Straßenecke totschlagen." Zwei Stunden später durchbohrte Jean Jaurès im Café Croissant die Mörderkugel Raoul Villains des 29jährigen Sohnes eines Schreibers am Zivilgericht in Reims.

Orkane brausten seit jener Todesstunde über das Geschlecht der Menschen dahin, Gewalten von legendärer Kraft vernichteten Kultur und Glück, reißende Ströme von Blut gruben sich durch zerstörte Heimstätten ihr Bett, Hekatomben sind gefallen. Massengräber für Tausende öffneten und schlossen sich. Frankreichs Boden ist ein granatdurchwühltes Leichenfeld. Millionen — ja es sind Millionen — starben den Heldentod für ihr Vaterland. Edle Herzen hörten auf zu schlagen, drüben wie hüben.

Digitized by Google

Die russischen und englischen, französischen und deutschen Mütter, Schwestern und Bräute gehen in Trauer. Von Guten kehrten die Besten nicht wieder. Einer lebt heute noch, lebt unter dem gesicherten Schutze der Republik: Raoul Villain, der feige Mörder eines großen Sohnes der französischen Nation. Von Dreyfus bis Caillaux kennen wir die Merksteine auf dem Entwicklungsgang der französischen Justizskandale. Die republikanisch-demokratische Begünstigung des Herrn Raoul Villain rückt selbst die Trauerspiele der zaristischen Katorga noch in die Sphäre eines Rechtsstaates.

Arme französische Demokratie! Du kämpfst wider den deutschen „Militarismus", wider den deutschen „Polizeigeist", kämpfst wider uns „Barbaren" — erquickst dich heute noch, wo dein letzter Sohn für Englands Weltgröße dahinsinkt und dein Volk für das Phantom der Narren, die Niederringung Deutschlands, langsam zugrunde geht, an der Phrase vom Kampfe der Entente für Freiheit und Zivilisation und auf deinem vorgestreckten Schild klebt noch das frische, ungesühnte Blut Jean Jaurès der Welt zur Kunde, daß in dem „ersten Kulturlande" der Meuchelmord seine Sühne nur findet, wenn es zur Politik paßt!

Er war ein großer Sohn Frankreichs. Der Präsident trauerte mit dem Proletarier. Die Regierung schlug in Stadt und Dorf Proklamationen an, um ihrer Entrüstung über das furchtbare Verbrechen an dem Führer des Volkes Ausdruck zu geben. Minister folgten seinem Sarge; Millionen nahm ein Verbrecher den Kämpfer und Freund; — Herr Raoul Villain, der 29jährige Sohn eines Schreibers am Zivilgericht in Reims lebt.

Nannte man die großen Politiker des lebenden Zeitalters, so stand sein Name an erster Stelle. Den Ruhm seines französischen Vaterlandes mehrte er als Redner, Staatsmann, Schriftsteller, Gelehrter und — Patriot. Frankreich durfte mit Stolz künden: er war ein Franzose. Es konnte um den Ermordeten wahrlich als einen der Trefflichsten, einen Franzosen, der der Menschheit gehörte, trauern. — Der Mörder lebt und Frankreich schweigt.

Mag sein, daß seine politischen Feinde, persönliche kannte er nicht, sich des nationalen Schmerzes bald entwöhnten. Warum sind die, denen er der Evangelist einer besseren Zukunft wurde, von seinem Grabe gewichen, ehe die Gerechtigkeit ihr Werk vollbrachte? Wie konnten sie, die uns deutsche Sozialisten in diesen Zeiten der Götterdämmerung so gut zu schmähen wußten, den anklagenden Mund schließen, bis ihres großen Meisters Tod gerechte Vergeltung gefunden? Und sie alle, die seit 4 Jahren gegen ihr großes östliches Nachbarvolk nur den Schrei nach Rache ausstießen, sie alle, die aus einer ruhmreichen Vergangenheit ihres Landes die Berechtigung überhebenden Stolzes und nationaler Dünkelsucht heute entnehmen, sie alle, die ihre staatlichen Wertbegriffe denen ihrer Feinde weit überlegen und, in verachtender Prahlerei ihr Land und Volk als die heiligsten Blüten am Baume der Menschheitskultur anzupreisen nicht müde werden, sie werden in der neutralen Welt leidenschaftsloser

Digitized by Google

Betrachtung zum Schweigen verurteilt sein, solange die französische Justiz den Meuchelmörder Jean Jaurès' laufen läßt.

Ja, es ist wahr — und möchte man es oft nicht fassen — vier lange Jahre schon bleibt der schuldige Mörder eines seiner größten Landsleute vor Gericht und Strafe in seinem Vaterlande verschont! Sie preisen sich die ritterlichsten. Und wär's auch nicht: im Hirne des wandernden Nomaden selbst regt sich das Gefühl einer sittlichen Notwendigkeit, den Tod des Freundes zu sühnen. Hier ward ein Kulturgewissen gekränkt, der Nation der Franzosen von ehrloser Halunkenhand ein schurkischer Bubenstreich gespielt: ein einziger Schrei nach richterlicher Vergeltung mußte Frankreich erfüllen, im Namen seiner nationalen Ehre mußte es die schaudervolle Tat dem Richterspruch unterstellen, bis der Mörder den Assisensaal als Geächteter verließ.

Verhülle deine Schande, Frankreich, demokratisches Frankreich! Jaurès starb — Raoul Villain lebt!

Wie weit muß die Verblendung die französische Republik ergriffen haben, daß die Staatsführung den Schutz des Mörders wagt und das Volk ihn duldet. Sie merken nicht, daß, je öfter sich ein Lebensjahr des Mörders zum andern fügt, um so gewaltiger die Schuldanklage gegen sie vor der Menschheit emporsteigt. Die fürchtende Angst vor der Wahrheit deckt den Schutzmantel über den Meuchelmörder. Nennt einen anderen Grund, so ihr könnt!

Es dünkt uns müßiges Rätselraten, ob Jaurès nach dem 1. August 1914 auf die Seite der Regierung seines Landes getreten wäre. Das Entscheidende ist, daß seine Mentalität es nie und nimmer mehr zugelassen hätte, die Würde und Tradition seines Volkes durch bubenhaftes Beschimpfen deutscher Kultur und Größe zu entehren, daß seine wahrhaftige geistige Kraft ihn stets mit Abscheu vor der tobenden Kohorte der Mitglieder der Akademie der Wissenschaft, der Herren Henri Bergson und Genossen erfüllt haben würde. Jaurès hatte sich durch sein Verhalten die Möglichkeiten einer früheren Wiederannäherung mehr gewahrt, wie es heute bei den französischen sozialistischen Verächtern der russischen Revolution und den Harlekinaden des Bürgers Gustave Hervé möglich erscheint. Vor allem aber wäre er ein Wächter seiner Regierung geblieben und das besagt, daß wir den stürmischen Protest vernommen hätten, wo heute die Genossen Frankreichs bei der schamlosen Erpressung und rohen Brutalität gegen die neutralen Völker schweigen, daß wir den Ruf unerbittlichster Opposition aus der Tiefe einer wahren Patriotenseele gehört, wo man nach der Entdeckung der gegenseitig feierlich sanktionierten Raubpläne des englischen, russisch-zaristischen, französischen Imperialismus mit harmlosen Redensarten die französischen Proletarier weiter ins Verderben hetzte. Sein Ruf der Opposition hätte doch möglicherweise die sinnlose Leidenschaft des Vernichtungswillens in die Bahnen ruhiger Erkenntnis der Wirklichkeit gelenkt und unter Ausnutzung des ehrlichen deutschen Friedensangebotes zur rechten Zeit einen ehrenvollen Schluß für sein Vaterland

Digitized by Google

ermöglicht. Gegen das wahnsinnige Beginnen des heutigen Frankreichs, in einem Kampfe, dessen Endergebnis selbst einem Franzosen zweifelhaft erscheinen muß, zu verbluten, hätte sein Wort bebende Anklagen gerichtet. Und vielleicht priese man ihn, den einst der Minister des Äußeren in der Kammersitzung vom 19. Juli 1908 mit den Worten verdächtigte: „Herr Jaurès ist der Sprecher Deutschlands im französischen Parlament" in dieser Stunde als den Vater des Vaterlandes. Heute duldet in furchtbarem Niedergang die Republik, was er der mit den finsteren Mächten des russischen Zarismus verbündeten Revanchepolitik seit einem Menschenalter vorausgesagt hatte. Er wußte, daß die „dunkle überlebte Idee der Revanche" dem russischen Imperialismus einst als Sprungbrett für Weltkrieg und Eroberung dienen werde. Dagegen die Stimme des warnenden Propheten zu erheben, war sein großes Lebenswerk. Daß er wenige Stunden, bevor sein Auge sich für die Ewigkeit schloß, durch eine persönliche Intervention bei Viviani die französische Regierung zu einer rückhaltlosen Vorstellung in Petersburg zu bestimmen versuchte, durch keinerlei Unvorsichtigkeit (imprudence) die friedliche Lösung des Konflikts zu erschweren, war das letzte Bekenntnis seines politischen Glaubens, dem er die Treue bewahrt hatte.

1888 schon schrieb er in „La Dépêche de Toulouse": „... Es gibt in der russischen Politik dunkle Triebkräfte, die wir nicht kennen und mit denen wir uns *nicht* verbinden dürfen." Vor 27 Jahren, nach den Festen von Kronstadt, prophezeite er, daß die russische, seit Jahrhunderten betriebene Orientpolitik plötzlich Konflikte hervorrufen könnte, in die Frankreich hineingezogen würde. In dem Leitartikel der „Humanité" vom 23. Oktober 1905 enthüllte er das verbrecherische Ziel der französischen Staatsmänner, die Allianz in den Dienst der Revancheidee zu stellen. Acht Tage früher hatte er an gleicher Stelle in Übereinstimmung mit der englischen „Daily News" ein Zusammenschluß der englisch-französisch-deutschen Liberalen und Demokraten zur Vorbereitung eines Bündnisses zwischen ihren Ländern verlangt. In seiner Rede zu Lyon-Vaise am 25. Juli 1914 brandmarkte er noch einmal Frankreichs gewaltsames bewaffnetes Vorgehen in Marokko, „das die Ära des Ehrgeizes, der Besitzgier, der Konflikte in Europa eröffnete". Er war der hinreißende, begeisterte und begeisternde Wortführer der Internationale im Kampfe gegen den Zarismus, der auf dem Sozialistenkongreß in Basel die Kampfesfahne der internationalen Arbeitermassen wider die Blutherrschaft an der Newa vorantrug. Und auf den Lippen des Sterbenden standen noch die Worte, die er 48 Stunden vorher auf der internationalen Arbeiterkundgebung im Cirque Royal zu Brüssel gesprochen hatte: „Wenn man sich auf unseren Geheimvertrag mit Rußland beruft, werden wir unsererseits uns auf unseren öffentlichen Vertrag mit der Menschheit berufen."

War der Mann, der also mit unerhörter rednerischer Kraft und geistiger Lebendigkeit eine Politik der Versöhnung von seinem Vaterlande verlangte und der imstande

Digitized by Google

war, die Massen für sein Ziel fortzureißen, etwa ein Hindernis für die Pläne der Raubkoalition, die Aufteilung des türkischen Kleinasiens, die niederträchtige Vernichtung der griechischen Selbständigkeit, die Erdrosselung Hollands und der Nordischen Staaten, die Eroberung Ägyptens, Konstantinopels, der Dardanellen, der deutschen Kolonien, Elsaß und Lothringens, des deutschen Rheinlandes? Wurde die Kugel Raoul Villains in Petersburg gegossen und von Herrn Poincaré von seiner russischen Reise im Juli 1914 mitgebracht? Erledigte man sich vor dem Café Croissant eines Auftrages?

Wie groß muß Frankreichs und seiner Verbündeten Schuld sein, was müssen sie vor Europa zu verbergen haben, daß sie ins 5. Kriegsjahr noch im Schatten des Ermordeten eintreten. Auf ihrem Gewissen liegt unwägbar schwer eine blutige Last getürmt. Wie muß die Selbstanklage die Republik peinigend und unaufhörlich verfolgen, daß sie sich so erniedrigte, ihr Rechtsleben unter die Stufe primitiver Kulturanfänge zu stellen. Es hilft keine Lüge, selbst keine der Entente mehr; die Welt sah es und sieht es: des großen Jaurès' Meuchelmord blieb ungesühnt und an dem Leben des Mörders stirbt Frankreichs Ehre.

Die Chemie in der kommenden Wirtschaft

Bei der Erörterung der Übergangswirtschaft wird immer, und mit Recht, auf die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe hingewiesen; man fürchtet, daß die uns jetzt feindlichen Länder Schwierigkeiten in der Lieferung machen werden. Wo aber derartige versteckte Feindseligkeiten fehlen, da wird der Mangel an genügendem Schiffsraum und die Notwendigkeit, unsere Valuta zu schonen, eine Erschwerung der Einfuhr verursachen. So richtig diese Bedenken sind, so ist aber auch vor einem allzu großen Pessimismus zu warnen, denn wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird die Chemie uns auf den mannigfachsten Gebieten eine Fülle von Rohstoffen schaffen. Vier Gebiete namentlich versprechen hier geradezu unbegrenzte Zukunftsmöglichkeiten: die bessere Kohlenverwendung, die Ausnützung des Stickstoffs, die neuen Textilersatzstoffe und die Umwandlung von Aldehyd in Alkohol bezw. Essigsäure.

Die Kohle, von der wir ja fast unbeschränkte Vorräte besitzen, wird heute noch zum weitaus größten Teil in ihrem Rohzustand verbraucht. Dadurch gehen zweifellos ungeheure Werte zugrunde, da die Kohle eine Fülle der wertvollsten Stoffe enthält die jetzt ungenutzt bleiben. Das zeigt schon ein Blick auf jenen kleinen Prozentsatz der Kohle, der nicht im Urzustand in den Dampfkessel geworfen wurde, das ist der Koks. Ein Viertel bis ein Fünftel der Kohle wurde schon im Frieden verkokt und bei dem Verkokungsprozeß die mannigfachsten Stoffe gewonnen, ohne die die Führung des Krieges ganz unmöglich gewesen wäre, die aber auch in der Friedenswirtschaft eine große Rolle spielen. So baut sich bekanntlich die ganze Farbstoffindustrie auf dem

Digitized by Google

Kohlenteer auf; das Benzol ist ein weiteres Nebenprodukt der Verkokung, Ammoniak ein drittes usw. Aber auch die Verkokung dürfte schon in wenigen Jahren als eine überholte Technik gelten, denn auch dabei gehen eine Unmenge von Stoffen wie beispielsweise das in der Kohle enthaltene Öl verloren. An verschiedenen Stellen arbeitet man deshalb daran, die Kohle vollständig an Ort und Stelle zu vergasen, um so alle ihre Bestandteile ausnützen zu können und dann die für den Haushalt oder den Kraftbetrieb nötigen Brennstoffe in Gasform weiterzuleiten. Wer das für Phantasie hält, sei daran erinnert, wie noch vor 35 Jahren der Gedanke, elektrisches Licht in Zentralen zu erzeugen, als Phantasie galt. Man war damals noch überzeugt, daß jedes Haus, sofern es elektrisches Licht überhaupt verwenden könne, dieses in einer eigenen Anlage erzeugen müsse. Rathenaus Gedanke, mit Zentralen zu arbeiten, wurde verlacht.

Schon anerkannter als die bessere Ausnutzung der Kohle ist die Stickstoffgewinnung aus der Luft, wie sie die badische Anilin- und Sodafabrik nach dem Verfahren von Haber in ganz ungeheurem Maße jetzt schon durchführt. Hier hat der Krieg für künftige Entwicklungen die Wege außerordentlich geebnet. Denn der gewaltige Bedarf an Stickstoff für Munitionszwecke veranlaßte das Reich, sehr bedeutende Vorschüsse an derartige Fabriken zu gewähren, und damit werden wir, sobald einmal die Munitionsherstellung aufhört, Mengen von Stickstoff zur Verfügung haben, die dann der Landwirtschaft übergeben werden können. Das aber gewährt die Möglichkeit, den Ertrag unserer heimischen Scholle in ungeahnter Weise zu steigern und damit unsern Bedarf an menschlicher und tierischer Nahrung, vielleicht unterstützt von Zufuhren der östlichen Randgebiete, vollständig oder nahezu vollständig selbst zu decken. Da gerade dieser Posten bei unserer Einfuhr an erster Stelle steht — wir importierten bereits im Frieden für nicht weniger als 3 Milliarden Mark — so läßt sich hier erkennen, was wir im Innern mit Hilfe der Chemie noch leisten können, um unsern Einfuhrbedarf zu ermäßigen.

Besondere Sorge macht die Frage, wie wir denn die für unsere Bekleidung notwendigen Stoffe bekommen könnten, wo doch allein unser Einfuhrbedarf von roher Baumwolle zu den in der Zwischenzeit auf ein Mehrfaches gestiegenen Friedenspreisen über eine halbe Milliarde jährlich betrug, wozu dann noch gewaltige Posten von Wolle, Jute, Seide usw. kamen. Auch hier scheinen sich mit Hilfe der Chemie ganz außerordentliche Hilfsquellen zu eröffnen. Darauf deutet nicht nur die ganz auffallende Aufwärtsbewegung, welche neuerdings an der Börse eine große Reihe von Textilaktien genommen haben, sondern auch Äußerungen des Leiters der Reichsbekleidungsstelle, der schon für das Ende dieses Jahres mit einer bemerkenswerten Bestimmtheit eine Lösung der zurzeit so schwierigen Bekleidungsfrage versprochen hat. Auch hier ist es wohl vorwiegend die Chemie, denn am meisten verspricht man sich von den bedeutenden Erfolgen, welche die Kunstseidenindustrie aufzuweisen hat

Digitized by Google

und die angeblich nicht nur schöne, sondern auch verhältnismäßig billige Ersatzware für Baumwolle und Wolle heute schon liefert.

Von den Rohstoffen, welche die Kunstseidenfabrikation braucht, ist neben der Holzfaser vor allem die Schwefelsäure und Essigsäure zu nennen. Auch diese beiden Säuren sind dank der Findigkeit der chemischen Industrie heute auf neuem Wege zu gewinnen. Die Schwefelsäure, deren Herstellung früher Schwefelkies, namentlich spanischen erforderte, wird heute aus dem in Deutschland genügend vorhandenen Gips erzeugt. Die Essigsäure aber, die teilweise aus der Kartoffel, also aus menschlicher Nahrung, gewonnen werden mußte, teilweise als Nebenprodukt der Holzverkohlung, teilweise aber aus dem Auslande bezw. ausländischen Rohstoffen (amerikanischer Graukalk) gewonnen wurde, kann heute auf Grund der Erfindungen des Ingenieurs Grünstein aus Acetylen hergestellt werden. Um welch bedeutende Neuindustrie es sich hier handelt, ergibt sich nicht nur daraus, daß die Essigsäure für immer mehr Gebiete die unbedingte Voraussetzung ist (neben der Kunstseide beruht auch der synthetische Gummi auf der Essigsäure als Rohstoff), sondern auch aus den interessanten Ziffern, welche der Entwurf des neuen Branntweinmonopolgesetzes liefert. Dieser teilt nämlich mit, daß nach dem erwähnten Verfahren in Bälde in Deutschland 25000 Tonnen Essigsäure erzeugt werden, was nebenbei bemerkt nach den heutigen Preisen einem Wert von 100 Millionen entspricht. Dieselbe Denkschrift berichtet auch über andere sehr erfreuliche Fortschritte der Chemie in bezug auf die Alkoholgewinnung, Fortschritte allerdings, die nur für Deutschland neu sind, während sie im Ausland längst angewandt werden. Das ist zunächst die Gewinnung von Alkohol aus den Nebenprodukten der Zellstoffindustrie. Bei der Zellstoffgewinnung nach dem Sulfitverfahren ergibt sich nämlich als Nebenprodukt eine Ablauge, die früher in die Flüsse abgeleitet wurde und diesen erheblichen Schaden zufügte. Jetzt endlich ist man dazu übergegangen, diese Ablauge nach dem Beispiel Schwedens auf Alkohol zu verarbeiten. Würden sämtliche deutschen Zellstofffabriken dafür Einrichtungen treffen, so würden, im Jahre 250000 Hektoliter Alkohol gewonnen werden können. Schon bald werden 12 deutsche Papierfabriken 114800 Hektoliter Alkohol herstellen. Der Grund, warum man bisher diese Verfahren nicht anwandte, beruht darauf, daß bei uns im Interesse der Landwirtschaft den agrarischen Brennereien eine Art Monopol für die Alkoholgewinnung eingeräumt worden war. Aus demselben Grunde hat man es auch bisher vermieden, die in Amerika längs eingeführte Verarbeitung von Sägemehl auf Alkohol aufzunehmen. Auch dafür sind zurzeit bei uns Holzspiritusfabriken im Bau begriffen, deren Alkoholerzeugung 178000 Hektoliter betragen wird. Theoretisch wären wir also heute in der Lage, auf die Verbrennung gewaltiger Mengen von Kartoffeln für Branntweinzwecke zu verzichten. Von dieser Möglichkeit wird aber kein oder höchstens beschränkter Gebrauch gemacht werden, weil man fürchtet, der Landwirtschaft dadurch zu schaden. Denn bei

Digitized by Google

der Kartoffelbrennerei gibt sich in Gestalt der Schlempe ein äußerst wertvolles Dünge- und Futtermittel, ohne das angeblich die Bebauer armer Böden, wie sie namentlich im Osten so zahlreich sind, keine Existenzmöglichkeit besitzen. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird von manchen Fachleuten bestritten, indem sie darauf hinweisen, daß ja die nichtverbrannte Kartoffel noch mehr Nährwert besitze als die Schlempe. Die Regierung und das Parlament scheinen anderer Auffassung zu sein, wie sich aus der Annahme des Branntweinmonopolgesetzes ergibt.

Wir haben an einigen besonders charakteristischen Beispielen gezeigt, was die Chemie für die Zukunft zu leisten verspricht. Die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß auch noch ganz andere Gebiete als die hier erwähnten mit Hilfe der exakten Wissenschaft verblüffende Neuerungen schaffen und damit das Problem, wie wir unseren Rohstoffbedarf decken können, zum recht erheblichen Teil lösen. Severus Linter

Notizen

Die Kraft des deutschen Volkes. Folgende Wahrnehmungen auf einer Reise durch Deutschland veröffentlicht ein Redakteur der „Nya dagl. Alleh.", Stockholm:

Berlin ist Europas Macht- und Kraftzentrale geworden, wo viele Fäden ein- und auslaufen, aber man bekommt doch einen weiteren Blick und sichereres Urteil über die ganze Situation bei einer Reise in andere Teile des Deutschen Reiches. Die Stimmung wird nicht ausschließlich in Berlin geschaffen; die deutschen Staaten und Provinzen haben ihre eigenen besonderen Interessen, und man ist freimütiger in Deutschland, als es die meisten ahnen.

Zwölf Journalisten, die Repräsentanten der Verbündeten (Türkei und Bulgarien) und der Neutralen (Schweiz, Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen) waren nach Deutschlands Industriedistrikt im Westen eingeladen und sind nun von ihrer Reise zurückgekehrt. Die eigentliche Absicht der Reise war wohl, Deutschlands Fähigkeit, im Riesenkampfe auszuhalten und seine vielen Feinde zu besiegen, kennen zu lernen. Ich selbst habe mich manchmal gefragt, ob man nicht irgendwelche Ermattung wahrnehmen könnte, sowohl von Deutschlands unerhörter Kraftentwicklung, wie bei den militärischen Unternehmungen, welche sich von der Murmanküste bis nach Persien, vom Jordan bis zum Nil und nach Westen übers Meer bis zur amerikanischen Küste erstrecken. Aber nach den Erfahrungen dieser weiten und eingehenden Reise kommt man zu dem Schlußsatz, daß Deutschland stärker als je vorher dasteht.

Die Leiter der deutschen Kriegsindustrie werden oft beschuldigt, daß sie den Krieg fortsetzen wollen. Bei meinem letzten Besuch in Deutschlands westlichem Industriedistrikt, wo so gut wie alle Eisenwerke Granaten und anderes Kriegsmaterial fabrizieren und wo man sich, dank der Erfindungsgenies der deutschen Wissenschaft, unabhängig vom Import aus fremden Weltteilen gemacht hat, konnte ich sowohl in Gesprächen, wie in öffentlichen Reden bemerken, daß man sobald wie möglich zur Friedensarbeit überzugehen wünsche und zur Wiederaufnahme freundschaftlicher Handelsverbindungen mit anderen Ländern. Hierzu trägt vielleicht auch die unnormale Steigerung der Arbeitslöhne bei. Aber auch schmerzliche Verluste und Leiden tragen dazu bei, die Friedensstimmung zu erhöhen. Der Deutsche ist im allgemeinen gerecht und human, und das Gefühl für das Leiden der fremden Völker tritt überall hervor. In den Gegenden, welche den Kriegshandlungen am nächsten liegen, hat man auch eine stärkere Fühlung des Krieges und der moralischen Schäden, als mitten in Deutschland. So findet man auch, daß Offiziere in der ersten Streitlinie, die aus nächster Nähe die Schrecken des Krieges

Digitized by Google

miterlebt haben, weniger Kriegseiferer sind, als die, welche ruhig bei der Etappe sitzen. Der blutgetränkte Boden, die zerschossenen Häuser, die zerstörten Gärten rufen nach Frieden.

Deutschlands außerordentlich starke Stellung macht es ihm möglich, in Friedensverhandlungen zu treten, die unerhörten Weltprobleme zu lösen und Ordnung in der zerrissenen Welt zu schaffen.

Englische Ängste wegen Sibirien. Die „Daily Mail" bringt seit einigen Wochen Berichte ihres Spezialkorrespondenten Bernard Falk aus Japan und der Mandschurei, die sich durch eine sehr treffende Beobachtung der gegenwärtigen verworrenen Sachlage in Ostasien auszeichnen. Die „Daily Mail" vom 3. Juli enthält einen solchen Artikel aus Charbin vom 26. Juni, der einen Einblick in die wirtschaftlichen Hintergründe des sibirischen Interventionsplanes der Alliierten erlaubt. Es heißt dort: „Es ist wichtig, daß Großbritannien die Bedeutung der Aufhebung des chinesischen Durchfuhrverbots für Lebensmittel und andere Waren zu Wasser und zu Lande nach Rußland richtig einschätzt. Ursprünglich schlossen die Bolschewisten die russische Grenze, um den Wert des sinkenden Rubels zu halten, dann beabsichtigten die Chinesen als Kriegsmaßnahme die Blockade Deutschlands im Osten zu vervollständigen und ein Ausfuhrverbot von China nach Rußland zu erlassen. Die Gründe, die jetzt für den Verzicht auf diese Politik angegeben werden, sind: 1. daß die Einfuhren nach Rußland keinen Einfluß auf den Krieg haben können, 2. daß die Chinesen in Rußland infolge des Ausfuhrverbotes gelitten haben, 3. daß die chinesischen Handelsinteressen schwer geschädigt werden. Man muß gestehen, daß diese Gründe nicht sehr schwerwiegend sind. Zufolge dieser Entscheidung sind bereits Schiffe nach Aigun aufgelaufen und fahren den Sungari und den Amur aufwärts, andere sollen folgen. Die Ladungen umfassen Baumwollwaren, Stiefel, Decken, Socken, Tabak und Spirituosen, gerade die Dinge, an denen Deutschland am meisten Not leidet. Sehr bemerkenswert ist es, daß die Schiffe nicht weiter östlich nach Chabarowsk geschickt werden, denn dort würden sie die notleidende Bevölkerung Ostsibiriens erreichen. Sie gehen aber nach Blagoweschtschensk an der Nordostgrenze der Mandschurei, von wo sie den Amur entlang nach Stretinsk östlich des Baikalsees weiter gehen und direkten Anschluß an die sibirische Bahn haben. Sobald sie Stretinsk erreichen, gibt es keine Gewähr, daß sie nicht in deutsche Hände fallen. Die Politik der Unterstützung Sibiriens mit Lebensmitteln und Waren wären ausgezeichnet, wenn die Verbündeten sicher sein könnten, daß sie wirklich der Bevölkerung zugute kommen. Aber schon vor einem Monat ergaben Erkundigungen in Irkutsk, daß große Vorräte von Kaffee, Leder, Fett und Ölen von Wladiwostok über Irkutsk nach Westen gehen und daß nur zuviel Grund vorliegt, zu glauben, daß sie den Deutschen eher als den Russen zugute gekommen sind. Solange freilich die Tschechen die sibirische Bahn besetzt halten, ist die Aussicht, daß Deutschland aus der chinesischen Ausfuhr Nutzen zieht, nur gering. Aber wer kann sagen, wie lange die Tschechen in dieser Stellung bleiben werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für kolontale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. L. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Scheidemann hat in einem öffentlichen Vortrage energisch gegen die Ansicht Verwahrung eingelegt, daß die deutsche Sozialdemokratie Elsaß-Lothringen jemals als Tauschobjekt beim Friedensvertrage ansehen könne. Dieses energische Hände weg, das er den Franzosen über den Rhein zurief, ist heute in den Großtagen der Kämpfe an der Westfront angebrachter als je.

*

Der feierliche Empfang des Khediven von Ägypten in Berlin und dem Großen Hauptquartier ist mehr wie ein Akt höfischer Aufmerksamkeit. Es ist ein Bekenntnis zum türkischen Bündnis und darüber hinaus auch ein Hinweis für England, daß wir wissen, wo seine Achillesferse zu finden ist.

*

Helfferich ist zum Vertreter Deutschlands in Moskau ernannt worden. Damit tritt ein diplomatischer Außenseiter, wenn auch kein Neuling, in unsern Botschafterkreis ein. Es ist ein eigentümliches Spiel des Zufalls, daß gerade der ausgesprochenste Vertreter des Kapitalismus nach Moskau geht, wo dem Kapitalismus der Krieg bis aufs Messer angesagt worden ist. Hier treffen also die größten Gegensätze zusammen, ob sie sich, wie das Sprichwort sagt, auch berühren werden, muß die Zukunft zeigen.

*

Die „indirekte" Ansprache Kaiser Karls an König Ferdinand mutet moderne Menschen wie eine Seite aus der Metternichzeit an. Während die Völker auf Tod und Leben miteinander ringen, wird hier an die Solidarität der Herrscher gegen die Völker appelliert. In solchen Worten atmet die heilige Allianz, und es ist sonderbar daß der „moderne" Czernin für das Zweckwidrige solch mündlicher Korrespondenz der Herrscher von sich bekriegenden Staaten kein Verständnis gezeigt hat.

*

Seidler ist gegangen und Hussarek ist gekommen. Fürs erste hat aber dieses Mitglied des Kabinettes Stürgkh nur die Polen geschlossen hinter sich, während sich alle andern Parteien, selbst die Christlich-Sozialen, denen er am nächsten steht, noch rech-

Digitized by Google

abwartend verhalten. Es ist für die verworrenen Verhältnisse in Österreich höchst bezeichnend, daß ausgesucht ein Mitglied der ersten Kriegsregierung, die zwei Jahre ohne Parlament fortwurstelte, jetzt erklärt, seine Hauptaufgabe in der Flottmachung des Parlamentes zu sehen. Ob ihm das gelingen wird, ist mehr wie fraglich, zumal seine bisherigen Bemühungen bereits den Nationalverband der deutschen Parteien gelockert hat. Der radikale Flügel hat sich nicht einmal an einem verdünnten Vertrauensvotum für Hussarek beteiligt.

*

Die Erklärung des deutschen Nationalverbandes in Österreich, daß er keine Verquikkung der Frage der Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland mit der austropolnischen wünscht, bedeutet kein Fallenlassen der Lösung, sondern nur eine Absage an Burian, der die beiden obengenannten Fragen als ein Ganzes betrachtet sehen will. Durch diese Erklärungen haben sich die deutschen Parteien hinter den Grafen Czernin gestellt, der in seiner großen Herrenhausrede gleichfalls die Verkoppelung der beiden Probleme ablehnte.

*

Das englische Kriegskabinett hat sich für Einführung des Schutzzolles ausgesprochen, um damit Mitteleuropa besser erdrosseln zu können. Der englische Liberalismus scheint nach wie vor dem Chamberlainschen Plane nicht recht geneigt zu sein. Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen wird dieses Wirtschaftsproblem eine nicht geringe Rolle spielen. Freilich wird die Frage: „Krieg bis aufs Messer" oder „Verständigungsfrieden" den Hauptstreitpunkt bilden. Durch die Demokratisierung des Wahlrechts ist der Ausgang undurchsichtig. Jedenfalls werden die Arbeiter diesmal viel mehr wie früher ein wichtiges Wort mitzusprechen haben. Letzten Endes wird dieser neue Faktor, von dem man noch nicht weiß, ob er in seiner Majorität mehr Lloyd George oder Lansdowne folgen wird, die Entscheidung bringen.

*

Der Prozeß gegen einzelne Mitglieder des sozialrevolutionären Kabinetts in Kiew hat die sensationelle Enthüllung gebracht, daß einzelne seiner Mitglieder, darunter auch der Vorsitzende Hollubowitsch, ein perfides Doppelspiel gegen die zu Hilfe gerufenen Deutschen getrieben haben. Sachlich ist damit der Eingriff gegen die damalige Regierung gerechtfertigt. Die Form, die Verhaftung in der Rada, bleibt deswegen natürlich bedauerlich.

*

Die Ermordung des Zaren haben großrussische Elemente in der Ukraine — allein in Kiew leben etwa 20000 großrussische Offiziere a. D. — dazu benutzt, um eine antiukrainische Demonstration zu veranstalten. Das wird natürlich das Mißtrauen der Ukrainer gegen uns noch verstärken, das schon durch das Gestatten des großrussischen Monarchisten-Kongresses in Kiew rege geworden war.

Digitized by Google

Die Politik des Mutes

Von Dr. Paul Rohrbach den 28. Juli 1918

Der Mut, den wir meinen, ist moralische Schwungkraft gegenüber der Gefahr. Ohne Zweifel haben wir in den ersten Tagen des Rückschlages gegen unsere Offensive in Frankreich in Gefahr geschwebt. Es ist gleichgültig, wie uns der Rückschlag erklärt wird. Jeder Mangel an Erfolg hat seine natürliche Erklärung. Daß es nicht schuldhaftes Versehen war, das wissen wir bei unserer obersten Heeresleitung. Sind Hindenburg und Ludendorff Götter? Können sie keine Fehler machen? Liegen etwa die Zukunft und die Absichten der Feinde ohne Hülle vor ihnen und ihren Gehilfen? Soll ein nicht gelungener Offensivstoß nach so vielen gelungenen schon genug sein, um ihnen ein Stück Vertrauen beim deutschen Volk zu rauben? Warum hat man uns denn angefangen zu behandeln, als ob wir Franzosen oder Italiener wären? Wozu gab man die beschönigenden Erklärungen und die Berichte aus, die des Vertrauens auf den Mut des Volkes entbehrten? Das Volk, die Gebildeten und auch die Masse, ist bei uns militärisch zu gut geschult, um nicht die Absicht zu merken: mit solchen Wendungen soll „beruhigt" werden; also scheint man Beruhigung für nötig zu halten!

Es gibt keinen sichereren Weg, Beunruhigung hervorzurufen, als eine gewisse Art, beruhigen zu wollen. Das gilt namentlich einer Öffentlichkeit gegenüber, wie der unsrigen. Die Engländer geben ihre offiziellen Kriegsberichte nach Mißerfolgen, deren sie ja bisher eine ziemliche Menge zu buchen haben, gewöhnlich auch in einer Form, bei der die Nachteile möglichst verschleiert werden. Die halboffiziellen Kommentare bei ihnen tun das aber nicht; die sind offen, manchmal rücksichtslos offen. Sie sind das mit Absicht, weil die militärische und politische Leitung in England das englische Volk kennt. Wer sich stark fühlt, den spornt ein Mißerfolg und selbst eine Kette von Mißerfolgen zu verschärften Anstrengungen und um so zäherem Willen an. So und nicht anders soll man auch zu uns sprechen. Man soll offen sagen, wie es stand und steht: das Vorhaben gelang nicht, wir haben Verluste gehabt, der Feind Erfolge; keine entscheidenden und keine billig erkauften, aber immerhin nennenswerte Erfolge; es gilt jetzt Ruhe und Mut zu behalten, die Festigkeit zu verdoppeln, neue Anstrengungen zu machen. Noch hat sich kein deutscher Fürst und kein deutscher Heerführer vergeblich an die besonnene Entschlußkraft und Opferwilligkeit unseres Volkes gewendet. Was das Volk aber verlangt, das ist vertrauensvolle Offenheit. Es will sehen, daß seine Führer Mut haben und daß sie ihm vertrauen; dann gibt es alles her was nötig ist, aber „beruhigt" will es nicht werden. Für das deutsche Volk ist die Wahrheit gerade gut genug, hat Friedrich Naumann gesagt. Dabei soll es bleiben. Niemand von uns denkt daran, zu verzagen, wenn einmal auch dem Feind ein Erfolg blüht. Wir haben unsere Heerführer und die Kraft, die Überzeugung unserer Feldgrauen: es geht ums Ganze. Daraus schöpfen wir unseren Mut. Bekommen wir aber Berichte, wie neu-

Digitized by Google

lich, so ist es schwer, die Miesmacher und Angstmeier, die auch bei uns umgehen, auf den Mund zu schlagen. Die Herren, die die Kriegsberichte ausgeben, sollen sich das merken: wer Funken aus dem deutschen Stein haben will, muß mit Stahl zuschlagen, nicht mit Wattetupfen.

Dazu noch etwas anderes. Man sage doch auch offen heraus, daß die Amerikaner in Frankreich jetzt eine starke und kampfkräftige Macht bilden und daß weitere amerikanische Verstärkungen fortgesetzt über den Ozean transportiert werden. Als es sich darum handelte, ob der Krieg mit den Vereinigten Staaten kommen werde oder nicht, da hieß es andauernd, erst daß England gezwungen sein würde, nachzugeben, bevor nennenswerte amerikanische Truppen nach Europa gelangen könnten, und dann, es werde überhaupt nicht möglich sein, große amerikanische Streitkräfte aufzustellen, auszubilden, herüberzutransportieren und zu verpflegen. Das waren auch Beruhigungspulver, die nicht hätten verabreicht werden sollen. Natürlich geht es in England jetzt auch härter zu, als vor einem oder zwei Jahren, aber England hält sich trotzdem, weil das englische Volk wie das unsrige für Freiheit und Recht zu kämpfen glaubt, und eine starke amerikanische Armee in Frankreich ist. Der Bericht des amerikanischen Kriegsministers in der „Times" beziffert sie auf etwas über eine Million Mann und die Verluste bei der Überfahrt auf wenige Hundert. Das eine wird nach oben und das andere nach unten übertrieben sein, aber fest steht, daß genug amerikanische Soldaten gegen uns kämpfen, um uns den Sieg spürbar zu erschweren, und daß die amerikanischen Transporte nicht haben verhindert werden können. Gewiß ist ihnen Abbruch geschehen, aber nicht genug Abbruch, um sie als eine erheblich ins Gewicht fallende Kampfkraft auszuschalten. Was haben nun all jene „beruhigen" sollenden Versprechungen und Berechnungen für einen Zweck gehabt? Wie fest wurde an das Versprechen geglaubt, im vorigen Sommer werde es mit Englands Widerstandskraft zu Ende sein! Die Enttäuschung kam und sie wurde überwunden. Jetzt ist die Rechnung mit den Amerikanern als falsch erwiesen, und die innere Widerstandskraft unseres Volkes wird auch damit fertig werden. Wir haben nicht verzagt, als wir den Zweifrontenkrieg zu führen hatten, wir haben den Niederbruch Rußlands erlebt und wir werden jetzt im Westen auch die Amerikaner auf uns nehmen. Hindenburg, sein Stab und unsere Truppen werden auch für sie reichen. Es gibt noch Nachwuchs in Deutschland, und wer da glaubt, wir hätten keine Kraft mehr herzugeben, wenn es ums äußerste geht, der soll nur kommen, der wird seine Hiebe spüren. Aber bitte keine Beruhigungen weiter! Nur dann wird es möglich sein, alle Verzagtheit niederzuringen, alles vaterlandsschwache Gefühl, wo es sich zeigt, zu überwinden, wenn wir hart und klar von unserer Regierung und unserer obersten Heeresleitung die Dinge so benannt und hingestellt bekommen, wie sie sind. Ein starker Feind muß ein starker Feind heißen, Gefahr Gefahr und begangener Irrtum ein Irrtum. Was haben wir davon gehabt, daß uns Dinge vorgemalt wurden, die schön gewesen wären, wenn sie nicht auf einer Reihe von Selbsttäuschungen beruht hätten? Auf diese Weise er-

Digitized by Google

schüttert man nur das Vertrauen. Wir Deutsche gewinnen keine Kraft, keinen Aufschwung aus solchen Reden. Wir gewinnen Kraft nur aus dem eigenen Einblick in die Tatsachen und aus dem Vertrauen in unsere Führung.

Nur jetzt keinen Ton von Friedensentschließung und Friedensbereitschaft! Damit stärken wir den Feind und verschlechtern unseren moralischen und materiellen Kredit in der Welt. Schlecht genug ist er schon infolge der entsetzlichen, durch vier Jahre bewiesenen Unfähigkeit unserer Regierung zur moralisch-politischen Angriffsstrategie und Taktik. Ein Fehlschlag an der Kampffront stärkt beim Gegner vor allen Dingen die Kriegstreiber, und das ist gut, denn so erfährt es jedermann, daß unsere Vernichtung das Ziel ist. Schon vor unserer letzten Offensive wurde hier geschrieben, daß es niemals einen Frieden mit Lloyd George, den Northcliffeleuten, Clémenceau, Poincaré geben wird, niemals! Diese wollen nicht den Frieden, sondern die Demütigung Deutschlands, seine Verkleinerung und Ausschaltung aus Weltpolitik und Weltwirtschaft. Sie sind jetzt hoch und werden schärfer als je ihren Willen verfolgen. Bedeutete die Friedenspartei beim Gegner vorher wenig, so ist sie jetzt erst recht kraftlos. Für uns gibt es jetzt nur eine Friedenspolitik: weiterfechten und wieder siegen. Wer uns etwas anderes rät, der ist unser Freund nicht. Sollen wir daran zweifeln, daß auch der Schlachtensieg sich wieder zu uns wenden wird, solange wir Hindenburg, Ludendorff und unsere unerschütterte Front im Westen haben? Was ist uns anderes geschehen, als was Franzosen und Engländern sehr viel öfter geschehen ist? Haben die darum aufgehört, an den Sieg zu glauben? Nur den Luxus von Friedensresolutionen nach dem bisherigen Schema dürfen wir uns jetzt im Augenblick noch weniger gestatten als früher. Der Mißerfolg auf dem Schlachtfelde kann leichter wieder gutgemacht werden als ein starker Fehler in der Politik. Haben die politischen Führer der Feinde vorher verlangend nach der Hilfeleistung alldeutscher Gewalt- und Eroberungspolitiker ausgeschaut, um ihren Völkern das böse und gefährliche Deutschland abzumalen, so warten sie jetzt auf Äußerungen von uns, die sie als Zeichen der Schwäche verkünden können. Auf jeden Fall ist gegenwärtig an Frieden weniger zu denken als zu irgendeinem Zeitpunkt seit Beginn unserer Offensive. Alle Instinkte der Vernichtung gegen Deutschlands Zukunft haben momentan einen neuen Antrieb empfangen. Es wäre noch sehr viel stärker der Fall, wenn die Feinde es fertig gebracht hätten, nicht nur unsere Offensive zurückzudrängen, sondern auch die ihrige vorzutragen und ähnlich in unsere Front einzubrechen, wie wir es dreimal gegen sie fertig gebracht haben.

Folgt nun aus dem allen, daß wir Sorge um den Ausgang des Krieges haben müssen? Muß etwa damit gerechnet werden, daß wir den Krieg verlieren? Wenn unsere Regierung dabei bleibt, der Armee die ganze Kriegsarbeit allein zu überlassen, selbst aber ihre Pflicht zu versäumen, wird ohne Zweifel der Krieg ins Endlose verlängert werden. Es ist eine ganz wahnsinnige Idee, die Armee soll den Krieg führen, die Regierung aber mittlerweile zusehen, ob sie nicht Friedens-

Digitized by Google

anknüpfungen zustande bringt. Die Regierung soll, genau so wie die Armee, alle ihre Kraft zusammennehmen, um den Feind zu schlagen, nicht auf militärischem, sondern auf politischem Gebiet. Darin besteht ja die Überlegenheit unserer Gegner im ganzen, daß sie den Krieg nicht nur mit militärischen, sondern auch mit politischen Mitteln führen, und daß sie es besser als wir wissen: auf dem Schlachtfelde allein ist dieser Krieg nie zu gewinnen, weder für den einen, noch für den andern Teil. Das hat der Staatssekretär v. Kühlmann auch gesagt, aber er hat trotzdem geirrt, denn für ihn waren das Gegenstück zu den Kämpfen — Verhandlungen. Irgendeinmal kommen die Verhandlungen sicher, die Zeit dazu ist solange noch nicht reif, wie die feindlichen Völker noch unter der Herrschaft ihrer Kriegshetzer stehen. Bis dahin ist es die Aufgabe der Politik, nicht die Offensive des Schlachtfeldes mit dem Gezirp und Gestöhne der Verhandlungssehnsucht, sondern mit dem Trommelfeuer der politischen Offensive zu begleiten, das ebenso überwältigend geleitet werden und wirken muß wie das der Geschütze. Die Diplomatie der Entente führt Krieg gegen uns, Krieg mit allen Mitteln, Krieg mit dem Höchstmaß von Lüge, Verleumdung und Roheit, aber auch mit dem Höchstmaß der Geschicklichkeit und des Erfolges — die unsere aber erschöpft sich in Beteuerungen, wie gern sie Frieden haben möchte. Die feindlichen Heeresleitungen haben wunderbare, ausgezeichnete, erfolgreiche Helfer an ihrer Diplomatie, die unsere hat so gut wie gar keine Hilfe von der politischen Seite her, und die Aufgabe zu siegen, lastet allein auf ihr. Diesen Zustand bei uns drücken die Engländer höhnisch aus, wenn sie sagen: die Deutschen mögen alle Schlachten gewinnen, den Krieg werden doch wir gewinnen. Käme es eines Tages so, so wäre bei uns sicher nicht das Militär schuld, sondern die Regierung. Wir haben es schon oft gesagt und werden es so lange wiederholen, bis das Ende auf die eine oder die andere Art da ist: eine Armee, wie die deutsche, unter Führern, wie wir sie haben, ist imstande, Siege auf dem Schlachtfelde zu gewinnen, auch wenn sich die Welt gegen sie zusammenballt. Aber sie ist nicht imstande, eine Welt zu besiegen, die an ihr Recht und an Deutschlands Unrecht glaubt. Dieser Sieg kann nur gewonnen werden, wenn zugleich mit der militärischen die politische Offensive vor sich geht, und wenn diese ebensogut geleitet wird wie jene.

Wir können nicht nur geschlagen werden, sondern wir werden geschlagen werden, wenn unsere Regierung es weiter so wie bisher an Einsicht und an Mut fehlen läßt. In der Tat, es handelt sich nicht nur um Einsicht, sondern auch um Mut, ja fast könnte man sagen, daß der Mut noch vor die Einsicht gehört. Dem Mutigen ist der Geist des Angriffs eingeboren. Es ist eine dumme Redensart, zu sagen, wir ständen zu hoch, um uns auf Verleumdungen und Beleidigungen zu rechtfertigen. Es kommt hier nicht aufs Rechtfertigen an, sondern aufs Angreifen. Die beste Deckung ist der Hieb — so wie Hindenburg es macht, und wenn wir sein Rezept nicht auch in der politischen Offensive befolgen, so heißt das, gegen Überlegenheit nur mit einem Arm fechten wollen. Wer auf den Feind los will, der findet auch die Mittel, schafft

Digitized by Google

sich die Kenntnisse, das Material und die Hilfskräfte, um zu schlagen. Unserer Diplomatie aber fehlt der Angriffsgeist, darum sitzt sie ewig in der Defensive und war bisher ihrer Aufgabe so wenig gewachsen.

Ihre Aufgabe heißt, die Feinde bekämpfen, die mit Lüge und Gewalt gegen das Recht, gegen große und kleine Völker umgehen und der Welt einreden, nicht sie, sondern wir seien die Freiheitsfeinde, die Gewaltanbeter und die Rechtsverweigerer. Niemand hat je so im Glashause gesessen wie unsere Feinde, und niemand ist bisher darin so sicher gewesen, trotz der Steinmassen, die umherliegen, und die wir nur aufzunehmen brauchten, um ihm sein Obdach zu zertrümmern. Was aber hat es für einen Sinn, wenn der Leiter der Politik des Deutschen Reichs auftritt, einen Spruch hersagt über Belgien als Faustpfand, dessen Unabhängigkeit wir wieder herzustellen wünschen, aber es geschieht so matt, so durchsichtig in der Tendenz, so wenig eingefügt in die mächtige moralische Angriffsaktion im ganzen, mit der verbunden es zehnfach wirken würde, und dann stürzt sich die ganze alldeutsche Presse auf die Kanzlererklärung, dreht sie um und um, deutet sie nach ihrem Sinn, daß Belgien eben nicht freigegeben und nicht unabhängig werden soll, und im Triumph ruft es im Chor der Entente: was sind deutsche Erklärungen wert! Nicht die Regierung regiert, sondern die Alldeutschen. Es gibt vieles, was unsere Regierung tun muß, wenn sie eine moralische Offensive mit Erfolg durchführen will. Es wird aber alles gebrochen in der Wirkung herauskommen, wenn sie nicht zugleich einen deutlichen Schnitt zwischen sich und solchen Gewaltpolitikern macht, die den Frieden nicht auf Recht und Freiheit, sondern auf Niederwerfung und Unterdrückung errichten wollen. Recht und Freiheit, wenn wir diese Gedanken im Geist und in der Wahrheit als Waffe aufnehmen, sind der Tod aller Ententelügen.

Daher ist es nicht nötig, daß irgendwelche Niedergeschlagenheit sich unser bemächtigt, weil die Juli-Offensive in Frankreich nicht das geworden ist, was sie nach unserer Hoffnung werden sollte. Es kann keine Rede davon sein, daß wir darum zu unserem Heer und unserer Heeresleitung einen Funken weniger Vertrauen, Liebe und Verehrung hätten. Nötig aber ist, daß diejenigen, die es angeht, auch zu unserem Volk Vertrauen haben, und noch nötiger ist für uns alle der Mut der Einsicht, daß zum Sieg des Heeres auch noch der Sieg auf dem moralischen Kriegsschauplatz gehört.

Salzburg

Von Dr. Theodor Heuß

Während in Berlin der Staatssekretär des Auswärtigen, in Wien ein Ministerpräsident den Platz abtritt, haben in Salzburg die Verhandlungen über das künftige wirtschaftspolitische Verhältnis der beiden Mittelmächte begonnen. Ihr Fortgang ist von den Krisen in den beiden Hauptstädten nicht berührt. Das ist ein gutes Zeichen: das Problem kann von Personaländerungen nicht mehr erschüttert werden, es bleibt

Digitized by Google

auf der Tagesordnung und erscheint in einigem zwangsläufig geworden. Aber in gewissem Sinn auch ein ernüchterndes: was jetzt in Salzburg beraten wird, preisend mit viel schönen Reden in der Presse angekündigt, ist offenbar eine schier harmlose Beschäftigung mit handelstechnischer Einzelbesprechung und nicht mehr. Die Überlegungen bleiben in den Außenbezirken handelspolitischer Diskussion und stoßen nicht zur Kernfrage des mitteleuropäischen Problems. Ausgezeichnete Sachkenner werden mit Gutachten und Diskussionen über diese, über jene Möglichkeit beschäftigt, man vergleicht und beendet das Schema der Zolltarife und „nähert" sie an, man experimentiert wohl etwas, wenn auch gänzlich ohne irgendwelchen verpflichtenden Charakter, über die Möglichkeit, was für Zollsätze auf das vereinheitlichte Schema der Außenzölle gepfropft werden könnten, welches Gefälle die Zwischenzölle haben müßten, sofern man sich von ihnen nicht losreißen wollte — all das sind aber Dinge, publizistisch hundertmal erörtert, von etwas akademischer Bedeutung, reif, aus der Zweckbesprechung zum Mittel politischer Willensführung zu werden.

Um diese handelt es sich und deshalb ist schließlich doch jeder Wechsel unter den leitenden Staatsmännern auch für diese Frage von höchstem Gewicht. Die Salzburger Beratungen mögen so wichtig und fruchtbar sein als nur möglich, die Initiative liegt nicht bei ihnen. Es kommt auf die Überzeugung und auf die Temperatur bei den Zentralstellen an und auf das, was über die traditionellen Depeschen hinaus sachlich und tatsächlich geschieht. Wir wissen aus unseren deutschen Erfahrungen, daß man zwar eine einheitliche Plattform, einen halbwegs geschlossenen Wortschatz für die Abhandlung dieser entscheidend wichtigen Kriegs- und Friedensfrage besitzt, aber das sind doch vielfach eben nur Fassadendinge, und die Worte haben anderen Rhythmus, anderes Tempo, anderen Sinn besessen, je nachdem sie unter der Verantwortung Delbrück, Helfferich, Stein, Kühlmann u. s. f. gesprochen wurden. Auch zwischen Wien und Budapest sind die Fragen keineswegs geklärt — die ungarischen Agrarier machen ihre Vorbehalte und die österreichischen Industrien lassen ihre Bedenklichkeiten vortragen — das erschwert die Stellung der deutschen Politik. Aber hier ist ein Weg zu bahnen sofern bei uns selber, im Reichswirtschaftsamt, im preußischen Handelsministerium ein geschlossener Wille, eine geklärte Gesamtauffassung vorhanden ist, die sich der Haltung und Richtung der auswärtigen Geschäftsführung anpaßt. Daran fehlt es heute, und man hat manchmal den Eindruck, daß gerade im Reichswirtschaftsamt Tendenzen vorhanden sind, die wirtschaftspolitische Klärung jetzt noch zu verschieben. Ein erneuter Handelsvertrag zu den alten Positionen, eine „grundsätzliche" Änderung erst dann, wenn die Sachlage übersichtlich geworden ist — das erscheint als Ausweg der Bequemlichkeit. Sollte solche Rechnung ernsthaft sein, dann zieht sie den deutschen Unterhändlern den Boden unter den Füßen weg, oder macht überhaupt aus der ganzen Zielsetzung nur eine Ansammlung von Phrasen. Und auf der österreichisch-ungarischen Seite stärkt man die in Ängstlichkeiten gefangenen Elemente.

Digitized by Google

Man kann der Auffassung sein, daß alle Unterhaltungen über die gemeinsame Wirtschaftszukunft der Mittelmächte im Augenblick nicht dringlicher Natur seien. Die politische Verworrenheit Österreichs macht ja manchen Reichsdeutschen den tieferen Sinn einer innigeren Verbindung etwas fragwürdig, und die Herrenhausrede des Grafen Czernin hat ja solcher Stimmungswelt Rechnung getragen. Das ist zuzugeben. Aber wir dürfen uns die Fragestellung nicht mit Sentimentalitäten verunklaren. In dem Maße, als der Krieg länger dauert, und die Entente den Ring um die Wirtschaftsentwicklung Mitteleuropas enger schmiedet, wird unsere Kooperation mit Österreich-Ungarn barer Lebenszwang beider Staaten, beider Volkswirtschaften. Der „Wirtschaftskrieg", den London, Paris, Washington ankünden, mag verschieden genug beurteilt werden — seine Geltung hängt ja zum erheblichen Teil am Ausgang des Waffenkampfes — mit einer Rohstoffnot auf dem Weltmarkt, mit einer Intensierung der zentraleuropäischen Möglichkeiten muß gerechnet werden. Das ist ganz und gar kein „Programm", sondern nüchterne Einsicht in einen harten umgrenzten Tatbestand. Es handelt sich nur um die Folgerungen.

In erster Linie darum, von der handelspolitischen Schemavorstellung der Vorkriegszeit freizuwerden. Das gilt bei uns, mehr noch in Österreich, für alle Leute, die bei der Vorstellung vom einheitlichen Wirtschaftsgebiet an dem möglichen oder „notwendigen" Zollsatz für die einzelnen Erzeugnisgruppen herumrechnen oder raten. Durch die Verschiebungen in Organisation und Technik der Produktion, durch die ungeheure Geldentwertung in Österreich-Ungarn sind alle bisherigen Relationen zwischen Zollsatz und Warenpreis völlig zerstört, und es ist schlechterdings nicht möglich, dort im Ab und Zu des Verhandelns eine Parallele zu dem bisherigen Status herauszuholen. Bei uns, aber auch in Österreich-Ungarn, hat der Krieg im Produktionstempo, im Kredit, Geldwert, Konsum revolutionierend gewirkt. Es ist das bleibende Verdienst der ausgezeichneten Arbeit von Gustav Stolper („Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem", Deuticke, Wien, 2. und 3. Aufl.), daß er diese radikale Veränderung der sachlichen Unterlagen überzeugend und eindrucksvoll dargestellt hat. Es gibt kein Zurück, das nicht einfach ein Vergewaltigen der neuen Wirklichkeit ist. Nicht diejenigen, die den „kühnen Griff", die eine konstruktive Vorstellung der kommenden Gemeinsamkeit wünschen, sind die Phantasten, sondern jene sind die gedankenlosen Träumer oder Formalnationalisten, die sich von der Überkommenheit der alten Vorstellungen nicht befreien. Wer jetzt ein Provisorium, einen verlängerten Handelsvertrag empfiehlt, vergewaltigt den gegenwärtigen Tatsachenbestand, der dem Vertrag von 1906 völlig entwachsen ist und zwingt die Volkswirtschaften in ein Prokrustesbett, aus dem sie später einmal nur mit dauernden Schäden wieder, wenn überhaupt, herausgehoben werden können.

In Österreich wächst die Einsicht, daß man bisher die Frage der Zwischenzölle überschätzt hat. Es wäre verfrüht zu sagen, daß die Abkehr von ängstlichen Wünschen sehr

Digitized by Google

allgemein sei, aber die Klarheit meldet sich, daß die Rohstoffnot für beide Teile so stark sein wird, daß jene gefürchtete Überflutung der Monarchie mit deutschen Waren im weiten Felde liegt. Man kann im Gegenteil in Wien jetzt sagen: ihr werdet uns um Ware bitten, vor der ihr Angst hattet, und wir werden diese Ware nicht liefern können! Die österreichische Industrie begreift, daß ihre Überführung in den Friedensstand nicht vom Zollschutz abhängt, sondern von ganz anderen Faktoren, und daß sie, in der halböffentlichen Ordnung der „Übergangswirtschaft", einer Anlehnung an den organisatorisch und kapitalistisch stärkeren Nachbar bedürftig sein wird. Das ist die Stelle, von der aus wirtschaftspolitisch der deutsche Wille richtunggebend werden kann.

Die andere liegt in der Lösung der polnischen Frage. Gewiß soll man nicht glauben, daß Statistiken und Wirtschaftsvorteile mit nationalen Problemen fertig werden — der ganze Krieg ist ein Gegenbeweis gegen den Glauben, daß das „Geschäft" der Erzieher zur Friedfertigkeit sei. Aber indem wir auf unsere wirtschaftlichen Rechte und Leistungen in Kongreßpolen hinweisen und Österreich gleichzeitig zugestehen, daß, gleichgültig, wie die Lösung staatsrechtlich aussehen wird, Galizien keine nördliche Zollgrenze ertragen kann, dann wird dieses Gebiet die Fläche sein, auf der sich das Bekenntnis zur Wirtschaftseinheit Mitteleuropas begegnen muß.

In dem Maße, als uns die Depeschen von Monarchen und Staatsmännern mit ihrem Gleichklang langweilig geworden sind, wünschen wir, daß zu sichtbaren Entscheidungen vorangeschritten werde. Nicht aus der Ungeduld theoretischer Rechthaberei — das wäre törcht genug. Sondern aus der Befürchtung, daß eines Tages die Friedensmöglichkeiten rasch heranschreiten könnten (im Augenblick sieht es wohl nicht danach aus), daß aber dann diese vom Kriegsergebnis im einzelnen unabhängige Gesamtentscheidung des wirtschaftlichen Mitteleuropas noch in Erwägungen hängen geblieben ist. Dieser Zustand darf nicht eintreten. Denn er würde nicht nur Beschwernis, nicht nur verpaßte Gelegenheit bedeuten, sondern zur unmittelbaren Gefahr werden. Denn nur mit eigener Geschlossenheiit einer mitteleuropäischen Defensivstellung können wir dem Druck des feindlichen Wirtschaftsbündnisses halbwegs entgegentreten. Fehlt es an ihr, dann wendet sich die bisherige Arbeit gegen die eigene Kraft.

Erfolge und Hemmungen der deutschen Bewegung in Österreich

Von Robert Sieger

Die deutschösterreichische Volksbewegung, von der ich vor kurzem an dieser Stelle berichtete, hat in dem Wiener Volkstag vom 16. Juni, der die Kundgebungen der Provinz zu einem mächtigen Akkord zusammenfaßte und in der Wahl eines allgemeinen deutschösterreichischen Volksrats einen so kräftigen Ausdruck ge-

Digitized by Google

funden, daß sie sich nicht mehr totschweigen läßt. Die Sozialdemokratie hat sich ihr nur vereinzelt angeschlossen, aber die international gesinnte, vorwiegend jüdische Führerschaft sieht die Bewegung in die Reihen ihres Anhangs eindringen und wagt daher nicht, Volkstage in der Art zu sprengen, wie sie es sonst gegnerischen Versammlungen gegenüber zu befehlen liebt. Es wird ihnen auch schwer, die Bewegung als eine künstliche Mache kleiner Gruppen von Spießbürgern und Professoren hinzustellen und für sich und die Ihren den Namen „das Volk" in der üblichen Weise zu beanspruchen. Denn das Anschwellen der nationalen Bewegung in Stadt und Land bekräftigt den ziffermäßigen Nachweis des Statistikers Gürtler, daß dieses Recht weder dem Arbeiterstand, noch vollends der sozialdemokratischen Partei zukommt. Man kann sich aber nicht entschließen, sich wie die nichtdeutschen Sozialdemokraten der Bürger- und Bauernschaft in nationalen Fragen anzuschließen und sucht daher in einer beinahe verzweifelten Hetze darzutun, daß die Bewegung nur eine Parteibewegung oder aber ein Ausfluß „chauvinistischer" Herrschsucht sei, der gegenüber das eigene Schlagwort „nationale Autonomie" dem Staat Frieden und Kraft verspreche. Diese Art, das eigene Gewissen zu beruhigen und die Gefährten zu ködern, bezeichnet ein Beispiel: die Grazer Sozialdemokratie, eine der „Vorgeschrittensten" in Tonart und Kampfweise, trat im Gemeinderat unter solchen Vorwänden gegen die Unterstützung der nationalen Vereine, der Deutschen Bodenbank und des Volksrats auf, während die von Linz einer Kundgebung für die Deutschen in Pilsen zustimmte, da es sich hier „um den Schutz einer Volksminderheit handele". Dagegen vermeiden die Volksräte jede Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie, sondern weisen diese auf das Beispiel ihrer nichtdeutschen Parteigenossen hin, die eben nicht so sehr unter volksfremden Führern stehen.

Vor allem aber hat die Bewegung gewirkt auf die Abgeordneten, die Regierung und die Presse. Das geplante national-parteilose Tageblatt in Wien konnte zwar infolge der Machenschaften aller Arten von geschäftlichen und politischen Gegnern noch nicht ins Leben treten; aber die Männer des Deutschen Klubs und der Volksräte kommen nun regelmäßig im „Fremdenblatt" zu Worte, das wegen seiner Beziehungen zum Auswärtigen Amte viel gelesen und beachtet wird, und auch die andern Kapitalistenblätter können Ereignisse wie die vom 16. Juni nicht unbeachtet lassen. Je mehr die Bewegung den Abgeordneten den Rücken steifte und die Regierung erschreckte, desto mehr näherte sich Herr von Seidler den Deutschen: die spät genug ermöglichte Vorsprache der deutschen Süddsterreicher beim Kaiser, die Entlassung des Ministers Žolger und später des Grafen Toggenberg, die Kreisteilungsverordnung für Böhmen vom 19. Mai, die freilich infolge der Beibehaltung der gemischten Ortsgemeinden und Gerichtsbezirke keine wirkliche nationale Abgrenzung darstellt und die Minderheitenfrage unberührt läßt, auch gewisse schüchterne Polizeimaßregeln wurden als Schritte zum „deutschen Kurs" hin gewertet. Allerdings nahmen sie weder die Volks-

Digitized by Google

räte, die in dem politischen Alltagsleben an der Sprachgrenze manche Kehrseite wahrnehmen konnten, als vielversprechende „Taten" auf, noch die Herrenhausmitglieder, denen an der Gesundung des Staats mehr liegt als am parlamentarischen Getriebe. Um so mehr aber die Abgeordneten, die sich auf „bindende Zusagen" der Regierung beriefen und ihr durch Verhandlungen mit den Polen eine Arbeitsmehrheit zu schaffen suchten. Es scheint, als wären die Zugeständnisse, die man den Polen machen wollte, an sehr bescheidene Gegenforderungen, vor allem keine dauernden nationalen Sicherungen, geknüpft worden. Aber bei den Polen verloren die vorsichtigen und umsichtigen „Krakauer Konservativen" die Führung an die leidenschaftlichen Politiker, welche jede Gelegenheit benutzen wollen, um der Regierung und auch der Krone ihre Macht zu zeigen und dadurch die Verwirklichung der allpolnischen Hoffnungen zu erzwingen; ist diese doch infolge äußerer Umstände aber auch der verfehlten und selbstsüchtigen Politik der Warschauer und ihres galizischen Anhangs immer zweifelhafter geworden! Deshalb verlangten sie den Sturz Seidlers, dessen Person kein sachliches Zugeständnis erträglich machen könne; wurde er doch beschuldigt, mit den Ruthenen geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Nachdem die deutschbürgerlichen Abgeordneten auch mit den Sozialdemokraten erfolglos verhandelt hatten, stießen diese in das gleiche Horn. Auch sie müssen ja den andern Parteien und vor allem ihrem Anhang den Eindruck erwecken, daß sie die Macht besitzen, jederzeit ihren Willen durchzusetzen. Und so können sie jenen als die Herren der Massen gelten und diese bei sich erhalten. Denn wenn ein deutscher Erfolg der Arbeiterschaft die Augen über die Kraft und die innere Berechtigung der Volkstagsbewegung öffnet, wenn sie erkennen, daß diese Bewegung stärker und natürlicher (und für sie selbst jetzt dringender) ist, als der angesichts ihres gegenwärtigen Wohlstandes sehr entbehrliche heiße Klassenkampf, dann werden auch viele den Mut finden, sich zu ihrem Volk zu bekennen und die Zwingherrschaft der Internationale zu brechen. Man kann es verstehen, daß unter solchen Umständen auch die deutschbürgerlichen Abgeordneten den Kampf um die Person des Ministerpräsidenten als die entscheidende Machtprobe aufgefaßt und sich unbedingt für ihn eingesetzt haben. Dafür hat er sich in seinen Voranschlagsreden in beiden Häusern (allerdings unter abermaliger Betonung des Schlagworts „nationale Autonomie", das die Deutschen als solches ablehnen müssen und das seine Wirkung auf die Sozialdemokraten verfehlte) zu den Grundanschauungen der Deutschösterreicher bekannt, er hat sie als das Rückgrat des Staates bezeichnet, sie gegen den Vorwurf der Herrschsucht verteidigt und sogar erklärt, eine Mehrheit ohne die Deutschen sei nicht „imstande, ein positive staatliche Politik zu tragen". Dieser Ausdruck der spät erworbenen oder lange verschwiegenen Erkenntnis des Ministers wird nach innen und außen hin wirken, auch wenn — was bis zur Drucklegung dieser am 17. Juli geschriebenen Zeilen längst entschieden sein wird — diejenigen recht behalten, die in Seidlers Worten eine auffällige Ähnlichkeit mit

Digitized by Google

Czernins „Schwanengesang" finden und meinen, es handle sich hier wie dort um die Sicherung eines „guten Abgangs" für jetzt oder später. Auch wenn die deutsche Abgeordnetenpolitik zu einem Fehlschlag führt und früher oder später eine neue Wendung ins Slawische oder Internationale (sozialdemokratischer oder neuösterreichischer Färbung) eintritt, so bleibt es von dauernder Bedeutung, daß ein Staatsmann, der von dem Gedanken des vollsten Selbstbestimmungsrechtes und der mechanischen Gleichberechtigung ausging, nach dem Scheitern all seiner Versöhnungs- und Erziehungsversuche seine letzte Zuflucht in der Führerstellung des Deutschtums finden mußte. Gerade in der letzten Zeit sind ja dem Reichsdeutschen nicht nur von slawischer und sozialdemokratischer Seite die üblichen Anwürfe gegen die Deutschösterreicher wieder besonders lebhaft vorgetragen worden; man hat auch für Gedankengänge geworben, wie sie z. B. ein vielbemerkter Aufsatz von Alexander Redlich in der „Vossischen Zeitung" vom 19. Juni in meisterhafter Dialektik verfolgt.

Diese Gedankengänge, gegen die uns nun in Herrn von Seidler ein klassischer Zeuge ersteht, müssen zu einer falschen Beurteilung der Volksratsbestrebungen führen. Deshalb sei ihnen noch ein Wort gewidmet. Sie gehen davon aus, daß die Notwendigkeit und Lebensfähigkeit eines „Nationalitätenstaates" nur dann vollkommen erwiesen ist, wenn seine eigenen Angehörigen die Interessengemeinschaft im Staat so stark empfinden, daß sie durch keine über die Staatsgrenzen hinausgreifende Kulturgemeinschaft in Frage gestellt werden kann. Beiderlei Gemeinschaften sind in Österreich vorhanden. Der Staat wollte aber lange die nationalen Kulturgemeinschaften nicht anerkennen und trug dadurch dazu bei, daß sie in Gegensatz zu ihm traten. Diese verkehrte Politik schreibt man nun gern aufs Kerbholz der Deutschösterreicher; sie hätten versucht, einen deutschen Nationalstaat zu gründen und sich als das Staatsvolk angesehen. Sie hätten so einer unhaltbaren Stellung (manche fügen bei „einer für Deutschland unerwünschten Bestrebung", und reden geradezu von der Unzulässigkeit eines deutschen „Konkurrenzstaats" der Habsburger gegen den hohenzollerischen!) große Opfer gebracht und ihre eigene nationale Entwicklung geschädigt. Auch die österreichischen Alldeutschen, welche die Staatsvolkstellung aufgeben, hätten mit ihren staatstreuen Volksgenossen das Mißtrauen gegen den österreichischen Staatswillen der nichtdeutschen Völker geteilt und eben deshalb den Staat als nicht lebensfähig aufgegeben. Erst während des Kriegs sei den Deutschen aufgedämmert, daß Österreich sich mitten im Übergang vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat befinde, und sie verzichteten auf ihre Stellung als „nicht regierendes Staatsvolk". Man dürfe nicht die über die Grenze reichenden nationalen Kulturbestrebungen zum Hochverrat stempeln, man dürfe die Lebensnotwendigkeiten des Staats auch nicht aus parteipolitischen Gründen in Frage stellen oder zu Handelsgegenständen machen; vor allem aber müssen, wie Redlich sagt, „die Nichtdeutschen mit ihrer Verantwortung für den Fortbestand des Staates auch ihren Teil an der Entscheidung über die Schicksals-

Digitized by Google

fragen des Staates erhalten". Kein Volk werde eine gegen seine Stammesverwandten gerichtete Politik dulden. „Ein rein österreichisches Interesse ohne Rücksicht auf die Politik der stammverwandten Nachbarn läßt sich heute nicht mehr denken, wenn man Österreich als modernen Völkerstaat ansieht." Zum Bündnis mit Deutschland müsse also ein den slawischen Gefühlen entsprechendes Verhältnis zu Rußland treten.

Diese Schlußfolgerung und der damit verbundene Hinweis auf die Notwendigkeit einer deutsch-russischen Annäherung wird im Deutschen Reich viel Anklang finden, auch dort, wo man über die „Seele der Westslawen" heute schon etwas kühler denken gelernt hat. Aber gerade sie zeigt uns klar, wohin ein Nationalitätenstaat ohne einheitliche Führung gelangen muß. Das künftige Österreich müßte nicht nur eine deutsch- und eine slawenfreundliche Außenpolitik treiben; es müßte auch über den Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern hinwegkommen, es müßte auf Italien und Rumänien stete Rücksicht nehmen usw. Wer sich der Belastung erinnert, welche der Bund mit Italien der Innen- und Außenpolitik der Monarchie auferlegte, muß eine so vielseitige Gebundenheit als bedenkliche Schwäche ansehen. Wenn die Interessen und Bestrebungen der Nachbarn stark auseinandergehen, wäre ein derart richtungsloser Völkerstaat lebensunfähig. Man wird sagen, er könne als *vermittelnde* Macht zwischen den Nachbarn ihre *Vormacht* und zugleich eine Vormacht der Kultur und des Völkerfriedens werden. Gewiß, aber dazu braucht es eben die Kraft, die aus einem einheitlichen Staatswillen fließt. Wie wenig eine „Kompromißpolitik" zwischen den jeweils herrschenden Strömungen der einzelnen Völkerschaften zu Erfolg und Ansehen führt, lehrt uns ja gerade die österreichische Geschichte der letzten Menschenalter. Sie widerlegt auch die Vorstellung, daß die Nichtdeutschen nicht ihren, oft maßgebenden, Anteil an der Entscheidung über die Schicksale des Staates gehabt hätten; auch bevor ihnen das allgemeine gleiche Wahlrecht 1907 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses in die Hand gab, übten sie ihn in vielen Ministerien und Tagungen und bestimmten oft genug die äußere Politik. Sie fanden es aber angemessener, die Unterdrückten zu spielen und die Verantwortung den Deutschen zuzuschieben, während sie selbst den Staat zwischen den Ansprüchen der einzelnen Nationen hin und her zerrten. Das Verantwortlichkeitsgefühl, das die Deutschen hatten und nach ihrer geschichtlichen und geographischen Stellung haben mußten, zwang diese, den Staat nicht einem ungewissen Schicksal zu überlassen. So wurden sie seine Anwälte. Denn man kann die Verantwortung mit andern *teilen*; wenn diese jedoch nicht mithelfen, kann man sie nur *ganz*, aber nicht zu einem Viertel oder zwei Dritteln übernehmen und den Rest den Göttern überlassen. So und nicht aus Vorwitz und Herrschsucht kamen die Deutschen in ihre Stellung und in die Gebundenheit an den Gesamtstaat, in der ein so feiner Kopf wie Richard Bahr geradezu ihre Tragik erblickt. Sie wollten keinen Nationalstaat schaffen, sondern boten dem Völkerstaat das Rückgrat, das er bedarf: unentbehrliche Werkzeuge des Staatslebens, wie die Staats- und Heeressprache, aber

Digitized by Google

auch die Grundlinien seiner Führung. Daß eben nur mitteleuropäisch-deutsches Wesen überall verbreitet genug ist, um das Bindeglied zu bilden, gibt den Deutschen eine Berechtigung für die übernommene Aufgabe. Eine andere liegt in ihrem friedlichen, sachlichen und ordnungsliebenden Wesen, daß sie zu Vermittlern besonders eignet, eine dritte in der früher erreichten höheren Kulturstufe usw. Die Vereinigung der Nation durch den noch nicht ganz abgestorbenen Polizeigeist Altösterreichs traf — und trifft in gewissem Sinn noch heute — die Deutschen ebenso hart wie die andern, am härtesten vielleicht unter den „deutschliberalen" Regierungen von 1867 bis 1878. Sie weckte den Nationalismus. Aber auch ohne sie wäre er bei gewissen Völkern in Konflikt mit der staatlichen Interessengemeinschaft gekommen. Haben doch die Tschechen, die keine über die Grenzen weisende slawische Kulturgemeinschaft, wohl aber eine mitteleuropäische aufweisen, dennoch aus nationaler Romantik auf literarisch-sprachlicher und rassentheoretischer Grundlage eine solche mit den Russen künstlich zu schaffen gesucht, und auch der südslawische „Illyrismus" ist kein reines Naturgewächs! Die Nationalstaatsidee hat in Österreich ihre Pflege nicht bei den Deutschen gefunden, sondern bei den Polen, deren Staatstreue wesentlich von der Hoffnung auf Galizien als „polnisches Piemont" bestimmt war, dann bei Südslawen und Tschechen.

Daß die Nichtdeutschen in Österreich volles Selbstbestimmungsrecht haben, kann man nicht mehr bestreiten. Wenn sie von Unterdrückung sprechen, berufen sie sich jetzt auf Kriegsmaßregeln, die alle trafen, auch die Deutschen, die aber natürlich dort am härtesten waren, wo sie am notwendigsten waren. Sehen wir davon ab, so können sie keine bestimmten Forderungen erheben. Das zeigt anschaulich der Aufsatz des Tschechenführers Tobalka in dem Heft „Österreich von innen" der Süddeutschen Monatshefte (Mai 1917); man erwartet Vorschläge und findet Redensarten, man erwartet Nachweise, worin die Rechte der Tschechen beeinträchtigt seien, und findet ein Bekenntnis zum Föderalismus. Gerade das ist lehrreich. Den Föderalismus wünschen die Tschechen ja nicht, um auf ihr eigenes Schicksal und das des Gesamtstaates mehr Einfluß zu gewinnen, sondern um das der Deutschen Böhmens beherrschen zu können. Vielfach bedingen die Verhältnisse, daß solcher Zwang sich in die Form schematischer Gleichberechtigung kleiden kann. So hätte z. B. der Erlaß Badenis, wonach von den Staatsbeamten in ganz Böhmen und Mähren nach 4 Jahren die volle Beherrschung beider „Landessprachen" verlangt werden sollte, die Verdrängung der Deutschen aus dem Staatsdienst in einem Gebiet mit damals fast 3 Millionen Deutschen bedeutet. Vielfach aber reden diejenigen, die sich seit der Amnestie als Herren Österreichs fühlten, gar nicht mehr von Gleichberechtigung, sondern offen von Herrschaft. Man beachte etwa die Zahl deutscher Landesbeamter in Böhmen, die verschwindend ist im Vergleich zu dem Zahlenverhältnis des Deutschtums im Lande! Gleichberechtigung gestehen den andern nur mehr die Deutschen zu, und Seidler hat recht zu sagen, sie verlangen nur, in Ruhe leben und in Ruhe sich entwickeln zu

Digitized by Google

können. Das könnten sie allerdings nicht in jenem „Ostmitteleuropa", zu dem der Tschechenführer Klofac die Tschechen, Polen und Südslawen zusammenklittern will „nach ihren eigenen Bedürfnissen, nicht nach denen des Alldeutschtums". Dieser Aufruf mit der inneren Gehässigkeit gegen das Deutsche Reich und der nach außen hin so scharf vorgebrachten Verdächtigung gegen die Deutschösterreicher sollte nicht unbeachtet bleiben. Er kann den Reichsdeutschen die Augen öffnen über die wahre Gesinnung derer, die sich ihnen als Harmlose und Rechtsuchende vorstellen. Am besten aber werden sie durch die Träger der österreichischen Bewegung, die deutschösterreichischen Volksziele, unterrichtet.

Das südslawische Problem im Habsburgerreiche

Von L. v. Südland

Nachdem in der vorigen Nummer Dr. Th. v. Sosnosky die Grundlagen des schwierigen südslawischen Problems aufgezeigt hat, erteilen wir heute einem Kroaten das Wort, der sich durch sein Buch „Die südslawische Frage und der Weltkrieg" in die vorderste Reihe der Kenner dieses Stoffes gestellt hat.

Das Wesen des südslawischen Problems im Habsburgerreiche besteht darin, daß im Süden dieses Reiches zwei große Kulturrichtungen der Weltgeschichte miteinander um die Vorherrschaft ringen, der Okzident und der Orient. Das okzidentale Prinzip ist im Volke der Kroaten, das orientale hingegen im Volke der Serben verkörpert. Das okzidentale Prinzip, bzw. das dasselbe verkörpernde Volk der Kroaten, ist aber durch eine eigenartige Verkettung der geschichtlichen Geschehnisse in eine sehr bedrängte Lage geraten. Durch das bedeutende Erstarken des orientalischen Prinzips sind schließlich die Lebensinteressen, ja der Bestand des Habsburgerreiches im Süden ernstlich bedroht worden.

Die Sache liegt im folgenden:

Die südlichsten Provinzen Österreich-Ungarns Dalmatien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Slawonien bildeten einst einen kroatischen Staat und gehörten dem einheitlichen Volksbesitze der Kroaten an. — Quer durch diese Länder ging aber die Front, welche Mitteleuropa, repräsentiert durch das Haus Habsburg, gegen das andrängende Osmanentum im 15.—17. Jahrhundert halten konnte. Die Türkenkriege, welche fast 240 Jahre dauerten (1463—1699) brachen die Kraft des kroatischen Volkes. Der größte Teil des Volkes ging in den unaufhörlichen Kämpfen zugrunde und wurde von den Türken durch eine süd- und mittelbalkanische orthodoxe Bevölkerung ersetzt. So haben die Kroaten in allen ihren Ländern heute eine orthodoxe, daher orientalische Bevölkerung, welche ursprünglich überwiegend gar

Digitized by Google

nicht slawisch, sondern rumänisch, griechisch und albanesisch war, heute dennoch slawisiert ist und sich als Serben fühlt.

Nach Abebben der Osmanenmacht (Frieden von Karlowitz 1699) erscheint das einstige Volks- und Staatsgebiet der Kroaten in das habsburgische Kroatien-Slawonien, das venezianische Dalmatien und das osmanische Bosnien und Herzegowina zerstückelt. Die Politik der Kroaten strebt hauptsächlich danach, diese Länder wieder zu vereinigen und die einstige Staatlichkeit im Rahmen des habsburgischen Monarchie wiederherzustellen. Der Hauptvertreter dieses Strebens ist der kroatische Politiker Dr. Ante Starčević (1823—1896.)

Bevor die Kroaten die schweren Wunden der Türkenzeit überwinden konnten, kam das Jahr 1867. Die Kroaten kamen neuerdings in eine schwere Bedrängnis politischer Natur.

Charakteristisch für das Jahr 1867 ist die Zweiteilung der habsburgischen Monarchie, es ist das Geburtsjahr des Dualismus. Das bisher formell mehr oder minder als Einheitsstaat bestehende Kaisertum Österreich teilt sich in zwei sichtbar getrennte Staatsindividualitäten, in Österreich und Ungarn. Von dieser Zweiteilung wurden auch die kroatischen Länder ergriffen. Dalmatien behielt Österreich, Kroatien-Slawonien hingegen bekam Ungarn.

Dies war für die Kroaten der schwerste Schlag. Ihre ohnedies in Österreich ungünstige Situation wurde weiter verschlechtert. Österreich besaß nur die Randgebiete der kroatischen Länder, Kroatien, Slawonien, Dalmatien. Der Kern, Bosnien und die Herzegovina, war damals noch bei der Türkei.

Nun wurden diese Randgebiete noch zwischen den in Scheidung befindlichen Staaten geteilt und die Kroaten hüben und drüben zu einer belanglosen Minorität herabgedrückt, so daß sie politisch nicht zur Geltung kommen konnten. Es war dies in seinen Konsequenzen so etwas wie eine Teilung Polens.

Die beiden Staaten hatten aber ein Interesse, diesen Teilungs- und den dadurch geschaffenen Besitzstand aufrecht zu erhalten. Erstens war durch diese Aufteilung der kroatischen Länder ein den damaligen Verhältnissen entsprechendes Kräftegleichgewicht erreicht, zweitens waren die kroatischen Länder als adriatisches Küstengebiet und zugleich als Durchgangsgebiet gegen den Orient verkehrspolitisch wichtig. Die Politik beider Staaten ging daher dahin, diesen Zustand mit allen Mitteln aufrecht zu halten.

Die Kroaten dagegen hatten aus ihrem Selbsterhaltungstriebe heraus das Bestreben, diesen Teilungszustand zu überwinden. Es gelang ihnen schon im kroatisch-ungarischen Ausgleiche (ung. Ges. Art. XXX, 1868) ihre nationalen und Staatsrechte soweit zur Anerkennung zu bringen, daß Dalmatien als zu Kroatien-Slawonien, daher zu Ungarn gehörend bezeichnet wurde. (Vergleiche besonders § 65 und 66 dieses Staatsgrundgesetzes.)

So kam die staatsrechtlich ganz unmögliche Lage zustande, daß Dalmatien nach

Digitized by Google

ungarischen Staatsgrundgesetzen und de jure zu Ungarn, nach österreichischen Staatsgrundgesetzen (vergl. § 1 des Ges. vom 21. Dezember 1867) und de facto zu Österreich gehörte. Es kam aber auch die noch unmöglichere Tatsache zustande, daß die Kroaten, indem sie das ihnen staatsrechtlich gewährleistete Recht der Inkorporierung Dalmatiens verlangten, die Interessen des Gesamtstaates und die tatsächlich bestehende Staatsordnung bedrohten.

Die unvermeidliche praktische Konsequenz hiervon war, daß die Kroaten sich seit 1867 in einem ständigen und unheilbaren Konflikte mit der Staatsmacht Österreich-Ungarns befanden, so daß seit dieser Zeit ständig gegen sie regiert wurde, eigentlich regiert werden mußte, und daß der Staat, um die ungesunde Lage gegen die Kroaten aufrechterhalten zu können, Verbündete suchen mußte und dieselben in den natürlichen Feinden der Kroaten, in den Serben und Italienern fand. So wurden Serben und Italiener natürliche und dauernde Verbündete des dualistischen Staates. Man übersah aber vollkommen, daß diese Feinde der Kroaten zugleich natürliche Feinde des habsburgischen Gesamtstaates seien, und daß der Staat durch die Richtung seiner Politik seit 1867 seine eigenen gefährlichsten Feinde großzog und sie durch ständige und ununterbrochene Teilnahme an der Staatsmacht erstarken ließ.

So kam im Süden eine Lage zustande, zufolge welcher die Kroaten eine sinkende und die Serben eine steigende Tendenz nahmen.

Diese Erscheinung wurde weiter verstärkt durch den Umstand, daß der seit 1830 (Hattischerif vom 29. Rebiul-evel 1246) bestehende neuserbische Staat seit 1860 die allserbischen (großserbischen) Bestrebungen sich zu eigen machte. Der Kern dieser Bewegung besteht darin daß das Serbentum, anknüpfend an seine einstige Vormachtstellung am Balkan zur Zeit des Zaren Stephan Dušan des Mächtigen (1331—1355) und an die Expansionsbestrebungen der serbisch-orthodoxen Nationalkirche, der ältesten byzantinisch-slawischen Staatskirche, welche unter der Türkenherrschaft im sogenannten Patriarchat von Ipek (1557—1776) neu auflebte und ihren Machtbereich und vorzügliche Organisation weit nach Nordwesten in die kroatischen Länder vortrug, zur Vormacht am Balkan zu werden und die Völker der Bulgaren und Kroaten zuerst zu schwächen, sowie dann schließlich zu assimilieren sich bestrebt.

Dieser Bewegung konnte die österreichisch-ungarische Monarchie nicht erfolgreich entgegentreten, denn sie war durch die 1867 geschaffene Lage unwandelbar an die Mithilfe der Serben angewiesen.

Nebst dem unvermeidlichen Konflikte mit der Staatsmacht hatten nun die Kroaten einen ebenso unvermeidlichen Konflikt mit den Serben, denn die Staats- und Volksideen beider Völker mußten hart aneinander geraten. Die Serben hatten sich aber nicht nur der traditionellen Unterstützung der habsburgischen Staatsmacht, sondern auch der orthodoxen Macht Rußlands und seit den Balkankriegen auch derjenigen

Digitized by Google

der Westmächte zu erfreuen. Außerdem wurden die Serben noch innerpolitisch von den Tschechen und namentlich von den Ungarn unterstützt.

Denn die Kroaten hatten noch einen separaten Konflikt mit den Ungarn. Seit 1102 in einem Staatsverband, lebten Kroaten und Ungarn 700 Jahre ohne größere sichtbare Reibungen. Solche beginnen erst seit Ende des 18. Jahrhunderts, als der Nationalismus und die Schaffung eines national einheitlichen ungarischen Staates zur leitenden Idee der ungarischen Staatspolitik wurde. Das von Kossuth Lájos vertretene Bestreben, die Autonomie Kroatiens und Slawoniens, den letzten Rest der kroatischen Staatlichkeit, aufzulösen und eine Magyarisierung Kroatiens einzuleiten, hatte den Krieg der Kroaten gegen die Ungarn 1848 zur Folge. Aus ähnlichen Ursachen gerieten auch die südungarischen Serben 1848 mit den Ungarn in kriegerische Verwickelungen, und die Kroaten und Serben halfen sich gegenseitig aus. 1848 brachen die ungarischen Freiheitsträume zusammen, und neben der russischen Intervention schrieben die Ungarn die Hauptschuld an ihren Enttäuschungen den Kroaten zu, welche ihnen unter dem fähigen und sympathischen Heerführer Josef Grafen Jedačić besonders unangenehm geworden waren. Schon 1849 in die Türkei flüchtend, bot Graf Julius Andrássy, der Mitarbeiter Kossuths, den Serben ein Bündnis an, welches eine unverkennbare Spitze gegen die Kroaten hatte. Dieses Bündnis kam zwar nicht zustande, aber 1867 kam Kroatien-Slawonien unter die ausschließliche Macht Ungarns, und Graf Julius Andrássy wurde zum leitenden Politiker Österreich-Ungarns. Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn Andrássy auf seine alten Gedankengänge von 1849 zurückgegriffen hätte. Tatsächlich ist seit 1867 eine ständige Verschärfung des Vorgehens der Ungarn gegen die Kroaten und eine ebenso ständige Annäherung an die Serben bemerkbar. Namentlich tritt dies im 20jährigen Regime Khuen-Hedervary in Kroatien und dem nach Kállay in Bosnien platzgreifenden Regime in Erscheinung, welche sich beide vornehmlich auf die Serben stützten. Auch ist bemerkenswert, daß in Ungarn seit 1848 eine ganze Reihe von ungarischen Gelehrten, meistens Historikern, auftritt, welche die ungarischen Staats- und nationalpolitischen Aspirationen geschichtlich und wissenschaftlich zu begründen trachten. So Michael von Horváth (1809—1878), Ladislaus von Szálay (geb. 1813), Friedrich Pesty (geb. 1823) und Julius von Pauler (1841—1903), welche sich sämtlich die kroatische national- und staatsgeschichtliche Individualität herabzusetzen oder ganz hinwegzuleugnen bemühen, und sich dabei auf derselben Linie mit den ähnlichen Bestrebungen der Serben finden, sogar offensichtlich einige von denselben geprägten Gedankengänge sich aneignen.

Um die Jahrhundertwende bemerken die Kroaten ihre verzweifelte Lage. Da sie gewahr werden, daß der Staat namentlich durch ständiges Ausspielen der Serben und Italiener ihre Aspirationen zu vereiteln trachtet, so wird das Bestreben offenbar, daß die Kroaten ihrerseits sich den Serben und Italienern nähern.

Digitized by Google

Den nächsten Ausdruck findet dieses Bestreben in der sogenannten Fiumaner Resolution (3. Oktober 1905). Die leitende Idee der darin enthaltenen „Neuorientierung" der Kroaten ist, den Kampf gegen Ungarn und Serben aufzugeben und den ersten im Kampfe gegen Österreich beizustehen, um eine Verbesserung der unerträglichen Verhältnisse in Kroatien-Slawonien zu erreichen und den Beistand der Serben für die Inkorporierung Dalmatiens zu gewinnen. Im geheimen scheint abgemacht worden zu sein, daß die Kroaten als Gegenleistung Bosnien der Interessensphäre der Serben zu überlassen gehabt hätten. — Die Annäherung an die Serben fand ihre Formulierung im Prinzipe der nationalen Einheit der Serben und Kroaten, in der Lehre, daß Kroaten und Serben im Wesen ein Volk mit zwei Namen seien.—

So haben schließlich die Serben auch die Unterstützung der Kroaten gewonnen. Die geschwächten, desorientierten und verzweifelten Kroaten waren stark unter Einfluß und Führung der Serben geraten. Die letzteren waren jedoch dadurch so weit erstarkt, daß sie mit ihren Aspirationen auf Realisierung Großserbiens offen auftreten konnten. Die damit verbundenen Schwierigkeiten zwangen die Monarchie zur Annexion und führten die Annexionskrise 1908—1909 herbei.

Leider hatte man aus derselben in Österreich-Ungarn nichts gelernt, trotzdem vielfach auf die Unhaltbarkeit der Verhältnisse im Süden hingewiesen wurde. Die systematische Unterstützung der Serben im Süden blieb auch weiterhin oberste Regierungsmaxime. — Die Ungarn lehnten den von den Deutschösterreichern in Vorschlag gebrachten Trialismus, welcher in erster Reihe als eine Konzession an die Kroaten gedacht war, entschieden ab; im Süden geschah nichts, um die Lage zu sanieren. Als dann die Balkankriege die Serben weiter erstarken ließen, und ihr Selbstbewußtsein ungemein gehoben wurde, arbeiteten sie weiter an der Realisierung Großserbiens Bei den Serben festigte sich die Überzeugung, daß nur in einem Weltkonflikte und unter Aufteilung Österreich-Ungarns das Ganze ihrer Wünsche zu erreichen sei.

Einen vorgegriffenen Ausdruck fanden diese Bestrebungen im Attentate von Serajewo, und das Ergebnis einer vom Grunde aus verfehlten Politik von 1867 an war der Anlaß zum Weltkriege.

Als dieser ausbrach, hofften die schon im Süden stark zusammengeschmolzenen loyalen Elemente, daß nun mit dem verderblichen System im Süden gebrochen werden wird. Aber weit gefehlt! Die ungarischen Machthaber spürten, daß die Grundlagen der ungarischen Politik im Süden, welche auf eine Stärkung der ungarischen einheitlichen Staatsidee gegen die kroatischen Sonderbestrebungen hinauslief, dadurch ins Wanken zu geraten drohen. Die Unterstützung der Serben verstärkte sich womöglich noch, um so mehr, als die durch den Krieg in eine bedrängte Lage geratenen Serben sich krampfhaft bemühten, ihre guten Beziehungen zu den Ungarn und Kroaten zu pflegen.

So wurde es unvermeidlich. daß die Situation der Monarchie während des Krieges

Digitized by Google

sich im Süden noch weiter verschlechterte. Denn während die Kroaten an der serbischen Front sich verbluteten, wurden die Serben im Hinterlande weiter begünstigt. Baron Paul Rauch schrieb im Jahre 1916 sogar eine Broschüre, welche dies hervorhob und geißelte, aber die Broschüre wurde unterdrückt. Die Kroaten sahen darin einen Treubruch des Staates und das Bestreben, die seit 1867 gegen sie gerichtete Politik auch über den Weltkrieg hinweg zu retten. Immer weitere Kreise des kroatischen Volkes verloren den Glauben an die Monarchie, massenhaft gingen bisherige Starčevičaner in das Lager der Serbophilie über. Damit gewannen die serbischen, der Entente freundlichen Gesichtspunkte im Süden das Übergewicht. Ein sichtbarer Wendepunkt ist die südslawische Deklaration im österreichischen Reichsrate vom 30. Mai 1917, welche nachgewiesenenmaßen von Serben inspiriert wurde. Die kroatisch-serbische nationale Einheit wurde zur kroatisch-serbisch-slowenischen nationalen Einheit erweitert, worin die serbische Bestrebung, auch die Slowenen unter eigenen Einfluß zu bekommen, klar zutage tritt[1]. Als politisches Ideal wird ein Staat dieser drei nach Einigkeit strebenden Völker unter dem Namen Jugoslavija (Südslawien) hingestellt. Ein großer Teil des kroatischen Volkes bekannte sich zu dieser Richtung. Als aber klar wurde, daß diese Jugoslavija schon kraft des natürlichen Schwergewichtes nur ein Großserbien sein müßte, und als auch im feindlichen Auslande sich Parallelbewegungen zeigten, wurde erst die ganze Gefährlichkeit dieser Bewegung klar.

In Österreich, wo diese Bewegung besonders unangenehm empfunden wurde, ist auch um so klarer das Bestreben sichtbar, die Lage im Süden rasch und energisch zu sanieren. In Erkenntnis der Momente, welche zu der verderblichen Entwickelung führten, will man dies durch eine kroatische Lösung, durch eine Befriedigung der Kroaten erreichen. Man wünscht ein Großkroatien, besser gesagt eine Wiedererrichtung des Königreiches Kroatien durch Vereinigung Kroatiens-Slawoniens, Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina in ein einheitliches Kronland im Rahmen der Monarchie zu schaffen, ein Plan, mit welchem sich schon Kaiser Josef II. befaßte. Nur die staatsrechtliche Eingliederung dieses Kronlandes bietet nicht geringe Schwierigkeiten, fraglich bleibt auch, ob dies im Rahmen der Länder der St. Stephanskrone oder mehr im Sinne der einstigen trialistischen Bestrebungen erreicht werden sollte.

In Ungarn stoßen diese Bestrebungen noch auf bedeutende Widerstände. Die Magyaren sind in sichtbarer Verlegenheit. Ihre bewährte Politik seit 50 Jahren ist ins Wanken geraten, und sie wissen nur allzugenau, daß die Befriedigung der Kroaten der Kossuth-Szechényischen Lieblingsidee eines Einheitsstaates von der Tatra

[1] Die kroatisch-serbisch-slowenische Einheit kommt schon im großserbischen revolutionären Statut vom Jahre 1907 zum Ausdrucke. Vgl. Mandl: „Die Habsburger und die serbische Frage", S. 84. Die Idee stammt aber vom panslawisten N. J. Danilewski, welcher um das Jahr 1870 einen Entwurf über die Aufteilung Österreichs verfaßte. Darin wird auch die Schaffung eines serbisch-kroatisch-slowenischen Königreiches ins Auge gefaßt. Vgl. Feldman: „Geschichte der politischen Ideen in Polen", S. 271.

Digitized by Google

bis zur Adria den Todesstoß versetzen müßte. Es gibt zwar auch in Ungarn viele Politiker, welche von der Undurchführbarkeit dieses Planes überzeugt sind, denn schon Franz Deák wollte die Kroaten voll befriedigen, dies scheiterte damals am Widerstande Österreichs, welches Dalmatien nicht hergeben wollte. — Die Richtigkeit der Deákschen Auffassung beweist aber am besten der Umstand, daß der 50jährige Kampf um die Realisierung der Idee des ungarischen Einheitsstaates nur das eine Resultat gezeitigt hat, daß im Süden die serbische Staatsidee auf dem besten Wege ist zu siegen.

Die Ungarn temporisieren demnach und möchten vorläufig nur eine halbe Lösung der südslawischen Frage durchsetzen.

Als solche muß der sogenannte Khuen-Hedervárysche Entwurf angesehen werden, welchen auch die gegenwärtige ungarische Regierung sich zu eigen gemacht zu haben scheint, wie es aus der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle vom 22. Februar 1918 hervorgeht. Dieser Plan besteht darin, daß Dalmatien im Sinne des kroatisch-ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1868 an Kroatien, Slawonien, Bosnien dagegen als ein Banat direkt an Ungarn angegliedert werden sollte; in Kroatien-Slawonien wäre hingegen der bisherige Zustand zu belassen.

Dies ist aber keine Lösung der südslawischen Frage. Es würde wohl den Schwebezustand Dalmatiens ausschalten, sonst aber alle Mißstände bestehen lassen, zum Teil noch verschärfen. Die Lage Bosniens und der Herzegowina käme einer Autonomie gleich, welche einem offiziellen Programmpunkte aller serbischen Parteien entspricht. Da die Kroaten in einer solche Lösung einen Casus belli sehen würden, so wäre die Staatsmacht wieder gezwungen, mit den Serben gegen die Kroaten zu regieren. Das alte Elend würde weiterbestehen, um so mehr, als wirtschaftliche und verkehrstechnische Mißstände, welche nur durch eine Vereinigung aller drei Sondergebiete behoben werden können, weiterbestehen blieben.

Ein anderer Plan, den man mit einer sehr hochstehenden ungarischen Persönlichkeit in Zusammenhang bringt, geht dahin, Dalmatien mit Bosnien und der Herzegowina zu vereinigen und direkt an Ungarn anzugliedern. Dieser Plan ist womöglich noch schlechter als der erste. Die den Kroaten schon 1868 zugesagte Inkorporierung Dalmatiens bliebe neuerdings unausgeführt, die Kroaten blieben in Opposition, und das neue Einheitsgebiet Bosnien-Herzegowina müßte binnen kurzem dem serbisch-italienischen Einflusse unterliegen; um so mehr, als die Serben ohnedies die relative Majorität in diesem Gebiete hätten und diese von drei Seiten dem schon geopolitisch bedingten Einflusse der nunmehr verbündeten Serben und Italiener ausgesetzt wäre. Die schwersten Komplikationen binnen eines bis zwei Dezennien könnten nicht ausbleiben.

Eine Lösung kann es nach allem Vorgesagten nur durch eine sofortige und restlose Vereinigung Kroatien-Slawoniens, Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina mit der gleichzeitigen Fixierung eines kroatischen Kurses geben. Darin haben die

Digitized by Google

Deutschösterreicher unbedingt recht. Ähnliche Gedankengänge reifen auch schon in Ungarn, zumal der Versuch der Ungarn, die kroatisch-serbische Koalition zur Regierung in Kroatien-Slawonien heranzuziehen, die bösesten Folgen gezeitigt hat. Auf diesem Wege sind die Serben in Kroatien wieder zur Macht gelangt und ein Überhandnehmen der jugoslawischen Bewegung, und der Sympathien für die Entente, sowie das Eindringen dieser Bestrebungen in Schule und Heer begleiten diesen verunglückten Versuch.

Eines ist jedoch sicher: die habsburgische Monarchie steht im Süden vor schicksalsschweren Entscheidungen. Wer klar sieht, muß mit sich im reinen sein, daß die Monarchie die strikte Wahl hat: entweder sofort ein Königreich Kroatien mit ihr oder nach einigen Dezennien ein Königreich Großserbien gegen sie. Mit halben Maßnahmen wird man kein Auslangen mehr finden.

Das Erbe des Bolschewismus

Von Axel Schmidt, Berlin

In der deutschen Öffentlichkeit wird der Frage nach der Nachfolge des Bolschewismus übergroße Bedeutung beigelegt. Das Fahnden nach einem passenden Erben, mit dem Deutschland schon jetzt Beziehungen anknüpfen könnte, zeugt nicht gerade von großem Kraftbewußtsein. Sollten wirklich die Tage der Bolschewisten gezählt sein, so hätten wir keinen Grund, eilfertig Anschluß bei ihren Nachfolgern zu suchen. Es liegt doch so: der Bolschewismus bricht nicht zusammen, weil neue Kräfte sich in Moskau regen, die den russischen Weltstaat wieder aufrichten wollen, sondern er geht zugrunde, weil er nicht imstande ist, mit seinem sinnlosen Gemisch von sozialen Utopien und platten Räubereien auch nur den morsch gewordenen Reststaat zu halten.

Nachdem unser Schwert den scheinbar so stolzen Bau des russischen Weltreiches in Trümmer geschlagen hat, haben die Experimente der Sozialisten den wirtschaftlichen Ruin vollendet. Dr. P. Schiemann hat hier kürzlich die Ideologie der Sozialrevolutionäre aufgedeckt, die von England jetzt dazu auserlesen sind, den Bolschewismus zu beseitigen, weil diese unter allen Umständen am Frieden festhalten wollen. Seitdem wird deutscherseits immer wieder mit dem Plane kokettiert, die Kadetten zu unseren Mitspielern gegen England zu machen. Mit Behagen wird aus Kiew über die „Bekehrung" Miljukows und eines Teiles der Kadetten gedrahtet und daran lange Erörterungen geknüpft, welche Neuorienterung Deutschland in den Ostfragen vorzunehmen habe. Das Wort von der Revision des Brest-Litowsker Friedens ist in diesen Kreisen entstanden. Wir sind die letzten, die die Ansicht hegen, Deutschland sei auf Gedeih und Verderb mit dem Bolschewismus verheiratet. Aber noch

Digitized by Google

weniger können wir dem Gedanken Geschmack abgewinnen, wir müßten uns an seine Erben heran machen. Diese unsere Ansicht soll uns nicht abhalten, die Aussichten der einzelnen Nachfolger ins Auge zu fassen. Die Sozialrevolutionäre, die vor den Bolschewisten am Ruder waren, und durch Absplitterung ihres linken Flügels zur Ohnmacht verurteilt wurden, haben sich wieder zusammengeschlossen. Der Mord des Grafen Mirbach war das weithin leuchtende Signal zu ihrer Erhebung. Allem Anscheine nach plant die Entente, sich von jetzt an auf diese Elemente und nicht mehr auf die Kadetten, ihre früheren getreusten Schildknappen, zu stützen. Deren Fallenlassen wird verständlich, weil sie sich als völlig außerstande gezeigt haben, die politische Führung der Massen in die Hand zu bekommen. Da sich die Bauern immer mehr zur treibenden Kraft in der russischen Revolution ausbilden, die selbst drauf und dran sind, die städtische Arbeiterschaft beiseite zu schieben, so schrumpfte der Einfluß der Kadetten, die eine ausgesprochen städtische Bildungspartei sind, immer mehr zusammen. Das Schwanken in der Frage: Monarchie oder Republik hat ihnen nach rechts und nach links nicht wenig Abbruch getan. Die gemäßigten Elemente, die zu Anfang der Revolution unter die Fittiche der Kadetten geflüchtet waren, fühlen sich jetzt von ihnen ebenso abgestoßen, wie die radikalen Elemente, die Miljukows „Rückkehr zur Monarchie" nicht mitmachen wollen. Die Zerfahrenheit der Partei wird dadurch noch größer, daß der Moskausche Flügel nach wie vor england- und kriegsfreundlich orientiert ist, während sich Miljukow und sein Anhang zu Deutschland „bekehrt" haben soll. Die unverkennbar zunehmende monarchistische Welle dürfte weit über die Kadetten hinausgehen. So hat z. B. in Kiew ein Kongreß der Monarchisten unter Vorsitz des früheren Dumapräsidenten Rodsjánko getagt, der die Losung ausgegeben hat: „Nur ein Zar kann Rußland retten."

Es ist selbstverständlich, daß wir uns hüten müssen, mit diesen Elementen in Verbindung zu treten. Wir haben keinen Grund, wieder wie bei der Revolution von 1905 als Behüter der russischen Reaktion zu gelten. Aber auch mit den Kadetten wäre es herzlich zwecklos, anzuknüpfen, weil sie aufrichtig niemals mit uns gehen können. Ihrer ganzen Veranlagung nach sind sie auf England und Amerika eingestellt. Wenn sie jetzt mit uns anbändeln, so geschieht es, weil England sie hat fallen lassen und sie in ihrer Haltlosigkeit sich irgendwo anklammern müssen, um nicht ganz zusammen zu brechen. Wir sind für sie nur der Besen, die Bolschewisten aus Rußland auszukehren. Wenn wir uns dagegen von den inneren Wirren in Moskau fernhalten, so wird sich der Auflösungsprozeß dieses Staates und Volkes noch lange hinziehen. Wir würden dadurch Zeit gewinnen, in den Randländern praktische Arbeit zu tun. Nicht auf den Wiederaufbau des russischen Reststaates kommt es an, sondern auf die Wiedererweckung der Randvölker zu eignen Leben, nachdem sie hunderte von Jahren unter dem moskowischen Joche geschmachtet haben

Digitized by Google

Das aber können wir nur, wenn wir diesen Völkern bei ihrer Arbeit nicht nur ehrlich behilflich sind, sondern auch ihr Vertrauen gewinnen. Das wird schwer gehen, wenn wir es z. B. zulassen, daß sich in Kiew die lüsternen Erben des Bolschewismus zusammenfinden, um dort ihre Pläne zu schmieden. Scheuen sie doch hierbei nicht einmal davor zurück, offen zu erklären, daß „die Rettung Rußlands und seine Wiederherstellung in den alten Grenzen nur auf dem Wege der Monarchie möglich sei". Diese Resolution, die auf dem Kiewer Monarchisten-Kongreß gefaßt worden ist, an dem nicht ukrainische, sondern nur flüchtige großrussische Politiker teilnahmen, hat damit den ukrainischen Staat offen negiert. Wir aber lassen derartige Tagungen nicht nur zu, sondern verhandeln noch mit diesen Elementen. Damit erregen wir natürlich nur den Argwohn der ukrainischen Parteien, die die Selbständigkeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Dieses Mißtrauen ist noch gesteigert worden, weil auch Miljukow in einem Interview ähnliche Gedanken verlautbart hat. Auch von ihm wurde der ukrainische Staat glatt negiert. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen: „In der gegenwärtigen Zeit erscheint Deutschland als der einzige Staat, der ein Interesse daran hat, daß in Rußland die Ordnung wieder hergestellt wird und der die Fähigkeit hat, daran mitzuwirken. Zur Erreichung dieses Zweckes muß in Kiew provisorisch der Mittelpunkt der Verwaltung Rußlands geschaffen werden. Am einfachsten wäre es, zu diesem Zwecke dort eine russische Konstituante, bestehend aus den Mitgliedern der vier ersten Dumen, einzuberufen." Das bedeutsamste an dieser Unterredung ist, daß sie in der ukrainischen Zeitung „Wisroshdenia" erschienen ist. Dem Blatt werden Beziehungen zum Kabinett nachgesagt, das bekanntlich gleichfalls aus großrussischen Kadetten besteht, die bis zum Hochkommen des Bolschewismus die ganze ukrainische Idee als Verrat am russischen Staat aufs leidenschaftlichste bekämpften. Man wird den Gedanken nicht los, daß die plötzliche Deutschfreundlichkeit Miljukows nur darauf ausgeht, die Zuverlässigkeit der Deutschen in den Augen der Ukrainer zu kompromittieren. Sollte unsere Diplomatie das Bedürfnis fühlen, ihre Finger in die innerrussischen revolutionären Verhältnisse hineinzustecken, so ist es nicht einzusehen, warum das durchaus von Kiew aus geschehen muß. Seit Anfang des Krieges war Stockholm der Ort, von wo aus alle Monat von mehr oder weniger offiziöser Seite der deutschen Öffentlichkeit die Kunde wurde, „in zwei Wochen sei der Separatfrieden mit Rußland" abgeschlossen. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß man jetzt diese bewährten Kräfte in Stockholm kalt stellt, um in Kiew das Spiel aufnehmen zu lassen.

Ohne unser Verdienst ist uns in Brest-Litowsk der ukrainische Frieden in den Schoß gefallen. Wir haben allen Grund, diese hoffnungsvolle, aber noch zarte Blume zu hegen, statt sie den rauhen Winden aus Moskau auszusetzen. Noch gilt es, einem Einwand zu begegnen: immer wieder heißt es, daß Moskowien und die Ukraine ohne einander wirtschaftlich nicht existieren könnten. Für die

Digitized by Google

Ukraine ist das zum mindesten nicht richtig. Ein Land, das an Getreide und Vieh, Zucker und Salz, Obst und Tabak, Kohle und Eisen Überfluß hat, kann nicht lebensunfähig sein. Denn wenn auch die Sozialrevolutionäre mit Hilfe der Entente in Moskau ans Ruder kämen, so wären sie genau so einflußlos, wie die Bolschewisten. Dagegen ist es ein großer Irrtum zu glauben, der russische Reststaat bilde noch ein zusammenhängendes Ganze. Er ist vielmehr hoffnungslos in zahllose kleine Stadt- und Dorfrepubliken zerfallen, die sich nicht von der Moskauer Zentralregierung dreinreden lassen. Nur in zwei Punkten sind all diese dörflichen „Kleinstaaten" einig: sie wollen keine Wehrpflicht leisten und keine Steuern zahlen. Wer sie dazu zwingen will, gegen den werden sie nicht nur passiven Widerstand leisten, sondern auch mit ihren Maschinengewehren sich Gehör zu verschaffen verstehen.

Wir können daher ruhig einmal Moskowien der Entente wirtschaftlich überlassen. Vorbedingung dafür freilich ist die klare Erkenntnis, daß wir in der Ukraine eine zielbewußte national-ukrainische Bauernpolitik treiben müssen. Sonst können wir leicht in die peinliche Lage kommen, zwischen dem großrussischen und dem ukrainischen Stuhle Platz zu nehmen, was nicht nur im bürgerlichen, sondern auch im diplomatischen Leben eine zum mindesten undankbare Sache sein soll. Das Geld, das wir sparen, indem wir uns nicht an der wenig aussichtsreichen Aufforstung Moskowiens beteiligen, können wir zudem besser und gewinnbringender in den Randstaaten anlegen, wo es sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch verzinsen würde. Freilich gehört zu dieser Politik eine Eigenschaft, die bei uns bisher wenig erfolgreich entwickelt ist. Wir müssen in den Randgebieten lernen demokratische Politik zu treiben. Tun wir das nicht, so wird namentlich in der Ukraine alle Mühe vergebens sein.

Finnland und die Murmanfrage

Von Hj. J. Procopé

Wir haben Herrn Hj. J. Procopé gebeten, uns zur Murmanfrage einige Ausführungen zu machen, die dem deutschen Leser den finnländischen Standpunkt erläutern sollen.

Mit deutscher Hilfe befreite sich Finnland durch den Krieg im vergangenen Frühling von den letzten Fesseln, die es an Rußland banden, und schlug gleichzeitig den Aufruhr nieder, den die russischen Bolschewiki in Finnland entfacht hatten, um es durch den Sieg des Bolschewismus in diesem Lande der russischen Arbeiterrepublik wiederzuerobern. Die Siege der deutschen Heere während des Weltkrieges bildeten die Voraussetzung für die Befreiung der Finnländer wie auch der übrigen ehemaligen russischen Grenzvölker, und unter den unmittelbaren Eingriffen der deutschen Waffen wurde diese Befreiung durchgesetzt. Eine Folge hiervon ist, daß gleich wie in Finnland

Digitized by Google

der durchaus überwiegende Teil der Bevölkerung vom Beginn des Weltkrieges an deutschfreundlich gewesen, auch die auswärtige Politik des Landes nicht nur deutschfreundlich sein, sondern auch einen entschiedenen Anschluß an Deutschland vertreten muß. Nur auf diese Weise kann das finnische Volk seine Freiheit bewahren und seine staatliche Aufgabe erfüllen, und auf diese Weise ist, dank der Sympathie des Volkes und der Macht der Umstände, Finnland der äußerste nordöstliche Eckstein des gewaltigsten Staatenblocks geworden, den Deutschland um sich gesammelt hat.

Selten ist wohl ein kleiner Staat unter Übernahme so starker politischer Verpflichtungen entstanden, wie diejenigen, die auf Finnland ruhen. Gleichwie die Finnländer nun fast 30 Jahre lang zäh gegen den von Osten einbrechenden Slawismus mit dessen Übergriffen, Unordnungen und Unterdrückungen im Staats- und Gesellschaftsleben kämpften und noch jüngst einen Damm gegen dessen letzte Offenbarungsform, den Bolschewismus, aufstellten, als dieser auf dem Wege über Finnland in das übrige Europa einzubrechen drohte, so muß das neue finnländische Reich auch fernerhin nebst den übrigen östlichen Randstaaten eine Barriere gegen die russische soziale Anarchie bilden und zu diesem Zweck eine über allen Parteien und außerhalb der tagespolitischen Strömungen stehende feste Staatsgewalt schaffen. Gegen diesen Hintergrund müssen die immer stärker hervortretenden monarchischen Bestrebungen im Lande betrachtet werden. Aber im nächsten Zusammenhang mit dieser Aufgabe, obgleich gleichzeitig über die Grenzen des eigenen Landes hinausgreifend, hat das neue finnländische Reich eine zwingende außenpolitische Verpflichtung, — mit Rücksicht auf Ostkarelien nebst der dazu gehörenden Halbinsel Kola.

Diese zum größten Teil von Finnen bewohnten, formell noch mit Rußland vereinigten Gebiete erstrecken sich östlich von der gegenwärtigen Grenze in ihrer ganzen Ausdehnung von den Seen Ladoga und Onega bis zum Weißen Meer und zum Eismeer im Norden und Nordosten und schließen Finnland sowohl vom Onega wie von den nördlichen Meeren aus. Es ist ein Gebiet von mehr als 200000 qkm Umfang, von Wäldern, Seen, Sümpfen und in seinem nördlichen Teil von endlosen Tundren ausgefüllt. In den Wäldern, den gewaltigen Wasserfällen und den Mineralien, teilweise auch in gutem Ackerboden des Landes, liegen natürliche Reichtümer verborgen, welche jedoch die russische Herrschaft nicht auszunutzen verstanden hat. Auch beträgt die Bevölkerung insgesamt nur 187000 Personen. Ganz oben am Eismeer, an der nördlichsten Küstenstrecke des Landes, der heutzutage so viel besprochenen Murmanküste, wogt das Meer das ganze Jahr frei von Eis. Hier oben, am nördlichsten Rande Europas, liegt der Hafen Alexandrowsk, nach welchem Rußland während des Krieges mit englischer Unterstützung und unter englischer Leitung die von Petersburg durch Ostkarelien über die Städte Petrosawodsk und Kem führende, ein paar Tausend Kilometer lange Murmanbahn gebaut hat. Die Absicht war, teils offiziell über das Eismeer und Ostkarelien unter allen Umständen eine anwendbare

Digitized by Google

Verbindungslinie zwischen Rußland und den Westmächten zu besitzen, teils wiederum für England: ein Einfallstor nach Rußland zu schaffen, um gegebenenfalls dem britischen Weltreich zu ermöglichen, auf Rußland nicht nur einen wirtschaftlichen Druck auszuüben, sondern auf diesem Wege auch bewaffneten Zwang. Als Verbindungs- und Transportlinie hat wohl die Bahn mit ihrer verhältnismäßig geringen Transportfähigkeit nicht den Erwartungen entsprochen. Jetzt ist indessen die Gelegenheit da, wo England unter Ausnutzuug dieser Linie die Zeit für gekommen hält, durch unmittelbaren Druck auf seinen ehemaligen Bundesgenossen einzugreifen. In Alexandrowsk und am Eismeer, in Kem und an anderen Orten an der Bahn sind Ententetruppen aufgetreten, und gleichzeitig ist England bestrebt, aus Ostkarelien, im Verein mit den übrigen nördlichen Teilen des europäischen Rußlands, einen englischen Vasallenstaat zu schaffen. In Nummer 29 dieser Zeitschrift hat Dr. L. Schwering nachgewiesen, daß Englands Politik hier oben im Norden nichts anderes ist, als ein Glied in seinen gegen Deutschland gerichteten Einkreisungsbemühungen, die hier um so gefährlicher werden, als England, falls es sich endgültig dort oben am Eismeer und in Karelien festsetzen kann, dadurch in der nächsten Nähe der Ostsee einen Ausgangspunkt für Angriffe gegen Finnland und die baltischen Provinzen und dadurch auch auf die Ostsee selbst erhält. Den Absichten Englands dort oben zuvorzukommen, ist für Deutschland eine zwingende Notwendigkeit. Hier auf diesem entlegenen Gebiet kreuzen sich also englische Einkreisungspläne und deutsche Interessen, und dadurch erhalten diese bisher für den größten Teil der europäischen Völker vollkommen unbekannten Gegenden eine welthistorische Bedeutung.

Damit Deutschlands Ziel in oben erwähnter Hinsicht erreicht werden kann, ist es offenbar, daß das ganze Gebiet, das die Murmanbahn durchläuft, nebst den angrenzenden Küstengegenden am Eismeer, d. h. ganz Ostkarelien nebst Kola, endgültig dem Ententeeinfluß entzogen werden muß. Dieses Ziel kann aber nicht in befriedigender Weise erreicht werden, wenn diese Gegenden auch fernerhin im Besitz dieses oder jenes russischen Staates verbleiben, mag dieser Großrußland oder irgendeine nordrussische Republik sein. Eine derartige Lösung würde auf die Dauer keine wirkliche Gewähr bieten. Denn diese Staatenbildungen würden immer, verhältnismäßig fern von den Mittelmächten, wie sie sind, einem außerordentlich starken Druck von Seiten der Entente ausgesetzt sein und früher oder später ihm zum Opfer fallen. Eine wirkliche Sicherheit wird nur dann erreicht, wenn Ostkarelien und die Halbinsel Kola von Rußland getrennt und, als ein Teil von Finnland, dem Zentralmächteblock im weitesten Sinne des Wortes eingefügt werden. Aber auch mit Rücksicht auf eine dauernde Regelung des Verhältnisses zu Rußland ist dies die einzig mögliche, wirklich befriedigende Lösung. Man muß nämlich ohne Zweifel darauf gefaßt sein, daß Rußland früher oder später, und wahrscheinlich viel schneller als man im allgemeinen erwartet, eine Macht sein wird, mit der gerechnet werden muß. Und in demselben

Digitized by Google

Augenblick, wo das großrussische Reich oder der russische Staat, der an diese Gegenden heranreichen wird, auch nur einige innere Festigkeit erlangt hat, wird sicher die traditionelle Sehnsucht der russischen Staatspolitik nach Westen und Nordwesten, nach der Ostsee und nach Norwegens Eismeerküste sich geltend machen und nicht nur das Befreiungswerk des deutschen Sieges in den baltischen Provinzen, sondern auch Finnland m die größte Gefahr bringen, falls nicht diese letztgenannten Staatenbildungen auf die eine oder andere Weise — soweit es Finnland betrifft: durch eine strategisch befriedigende Grenze — genügend stark geworden, um ein für allemal alle derartigen russischen Expansionspläne einzudämmen. Finnland erstrebt keine unberechtigte Landerweiterung, sondern nur eine solche äußere Stellung, daß der Frieden in diesen Gegenden dauernd gesichert wird.

Mit Rücksicht auf die Nachbarschaft und die wirtschaftlichen Verbindungen will Finnland unbedingt in Zukunft friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Rußland unterhalten. Es darf dort oben im Norden kein latenter Unruheherd entstehen, dies muß, soweit wir beurteilen können, auch für Deutschland von größtem Gewicht sein. Das angegebene Ziel kann gar nicht anders erreicht werden, als daß Finnland eine gesicherte Grenze gegen Rußland erhält. Ist Finnlands äußere Stellung schwach und seine östliche Grenze unvorteilhaft, so wird das Land dadurch immer ein verlockendes Ziel für Expansionsgelüste des russischen Reiches bilden und damit den unvermeidlichen Unruheherd abgeben. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist sowohl mit Rücksicht auf Finnlands wie Deutschlands Interessen die Vereinigung Ostkareliens und der Halbinsel Kola mit dem finnischen Reich eine Notwendigkeit.

In der Tat ist die gegenwärtige, Tausende von Kilometern lange, gegen Rußland vollkommen offene, östliche Grenze Finnlands äußerst verwundbar, zumal nunmehr die parallel mit dieser Grenze laufende Murmanbahn eine einzige lange, Finnland bedrohende Etappenlinie bildet, während auf finnischer Seite eine entsprechende Bahn nicht vorhanden ist, wirtschaftlich sich kaum lohnen würde und unter allen Umständen erst in einer entfernten Zukunft gebaut werden könnte. Wird dagegen Ostkarelien mit Finnland in der Weise vereinigt, daß die Grenze gegen Rußland aus den Seen Ladoga und Onega, dem Fluß Swir, der diese beiden Seen verbindet, und einer Linie zwischen dem Onega und dem Weißen Meer besteht, so wird dadurch, ohne daß die finnische Grenze näher oder bedrohlicher an Petersburg herranrückt, die östliche Landgrenze Finnlands um etwa $^2/_3$ verkürzt, woneben laut Angabe von Fachleuten für die Verteidigung außerordentlich günstige Stellungen erreicht würden. Nur auf diese Weise kann das finnische Reich die starke Stellung erlangen, die notwendig ist, um den künftigen russischen Landhunger zurückzuhalten und damit dauernden Frieden zu schaffen. Doch nicht genug hiermit — durch Erwerbung von Ostkarelien und Kola nebst der Murmanküste erreicht Finnland und damit auch die Staatengruppe, zu der Finnland gehören will, d. h. die Staatengruppe der Mittel-

Digitized by Google

mächte, die das ganze Jahr offenen, wirtschaftlich wie militärisch bedeutungsvollen Häfen an der Eismeerküste. Der Ring, den England über Nordeuropa um Deutschland hat legen wollen, ist damit endgültig gebrochen, eine Flankenstellung der Mittelmächte gesichert und die Stellung Deutschlands und der demselben naheſtehenden Staaten vollständig zu einer gewaltigen Zentralposition ausgebaut, die sich durch ganz Europa vom Mittelländischen Meer bis zum Eismeer, der nördlichen Grenze des Weltteils, erstreckt.

Sowohl mit Rücksicht auf die zukünftige Sicherheit Finnlands, wie in Anbetracht der Interessen der Mittelmächte, erscheint solchermaßen die Vereinigung Ostkareliens mit dem finnischen Reiche als eine politische Notwendigkeit. Aber Finnland hat außerdem ein höheres moralisches Recht auf dieses Gebiet. Nicht genug damit, daß Rußland im Jahre 1864 einen Teil desselben — den Hafen Petschenga am Eismeer nebst den nächstliegenden Gegenden — an Finnland abtrat, der, wenn auch vorläufig noch nicht tatsächlich an Finnland überlassen, dennoch rechtlich als finnisches Territorium zu betrachten ist, sondern dazu kommt noch ferner — und dieser Umstand macht die ostkarelische Frage zu einer Herzensangelegenheit auch für die Bauernklasse in Finnland — daß die fraglichen Gebiete, die man jetzt der russischen Unterdrückung entwinden will, hauptsächlich von reinen Finnen bewohnt werden, die die russische Regierung mit allen ihr eigentümlichen Mitteln zu entnationalisieren versucht hat und deren geistige und kulturelle Entwickelung sie nicht nur vernachlässigt, sondern auch direkt gehemmt hat, wodurch sie auch alles moralische Recht auf die Oberherrschaft in diesen Gegenden verwirkt hat. Die Revolution und ihre Umsturzerscheinungen haben das Maß der Leiden für dieses seit Jahrhunderten unterdrückte Volk vollgemacht. Zahlreich sind auch die Deputationen aus Ostkarelien, die in Finnland um Hilfe gebeten haben, und, wo eine Möglichkeit dazu vorhanden gewesen, hat sich die Bevölkerung gegen die Russen erhoben, um eine Vereinigung mit dem finnischen Reich zu erreichen. Werden die Finnen dieser Gegenden nicht jetzt befreit, so gehen sie einem sicheren Untergang entgegen. Es gilt für Finnland, die Stammesgenossen jenseits der Grenze zu befreien und uraltes finnisches Gebiet mit sich zu vereinigen, um nachher dort europäische geistige und materielle Kultur zu verbreiten und zugleich die im Boden schlummernden Reichtümer zu wecken und auszunützen.

In der Tat scheint der günstige Augenblick zur Verwirklichung der Befreiung Ostkareliens nun gekommen. Niemand ist unumstrittener Herr im Lande, das zum Teil von Ententetruppen besetzt ist, während andere Teile von selbständig operierenden russischen Soldatenhaufen verheert werden. Die tatsächliche und rechtliche Herrschaft des russischen Zentralstaates hat in diesem Gebiet unter allen Umständen aufgehört zu bestehen. Es ist Niemandsland. Nur Finnland kann ein höheres Recht auf dasselbe geltend machen. Für die große Masse des finnischen Volkes erscheint des-

Digitized by Google

halb, selbst unter den niederen Klassen, die Befreiung Ostkraliens als eine zwingende Pflicht, von deren Erfüllung — wenn nur irgendwelche Aussicht auf die glückliche Durchführung vorhanden ist — keine Konsequenzen abschrecken dürfen.

Notizen

Japanischer und amerikanischer wirtschaftlicher Auslandsdienst. Die Organisationen, welche Japan und Amerika ihrem wirtschaftlichen Auslandsdienst geben, sind zwar für uns in Deutschland nicht maßgebend, es lohnt sich aber dennoch, den Einrichtungen dieser beiden Mächte Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil es sich wohl ereignen kann, daß wir einiges hiervon als für uns passend verwerten könnten. Was zunächst Amerika betrifft, so ist man dort dazu übergegangen, für den wirtschaftlichen Dienst im Ausland Leute mit großen kommerziellen Erfahrungen im Lande auszuwählen, wenn möglich solche, die bereits längere Zeit in den betreffenden Überseestaaten geweilt haben. Diese Handelsfachleute, die man Handelsattachés oder Handelskommissäre nennt, werden vorderhand den Botschaften und Gesandtschaften der Vereinigten Staaten zugeteilt, wo sie eine Zeitlang sich mit den Verhältnissen in dem betreffenden Auslandsstaate bekannt machen, bezw. ihre Kenntnisse vervollständigen. Die Anwärter kommen dann nach Amerika zurück, werden einer ziemlich strengen Prüfung in allen Handelsfächern sowie im Verwaltungsdienst unterzogen und kommen dann erst in verantwortliche Stellungen ins Ausland. Sie erhalten 800 £ als Mindestgehalt bei Beginn ihrer Karriere zuzüglich ziemlich generös gehaltener Repräsentationsgebühren. In dieser Weise sichert sich die amerikanische Regierung einen Stab von Handelsfachleuten für das Ausland, die insbesondere nach dem Kriege an die exponiertesten Stellen kommen werden, mit der Gewißheit, damit gute Ergebnisse für die amerikanische Wirtschaft einzuheimsen. Selbstverständlich ist mit dieser roßzügigen Organisation nicht nur auf den fernen Osten und Südafrika Bedacht genommen, ondern in erster Reihe auf Europa.

Soweit die japanischen Organisationen im Außendienst in Betracht kommen, so ist vor allem hervorzuheben, daß für die Besetzung irgendwelcher Posten im Auslande als durchschlagend verlangt wird, es möge der Kandidat über die gesellschaftlichen Gepflogenheiten genau unterrichtet sein, die er in den Staaten findet, wo er akkreditiert ist, ferner ist eine genaue Kenntnis der Sprache Bedingung. Es wird also von japanischer Seite ein großes Gewicht darauf gelegt, daß der japanische Anwärter in der Lage sei, sich völlig frei unter der Bevölkerung des betreffenden Auslandsstaates bewegen und ohne Schwierigkeiten Informationen einholen zu können. Dieses Moment ist deshalb für Japan so wichtig, weil die japanische Kaufmannschaft, die im allgemeinen wenig europäische Sprachen kennt, nicht die Möglichkeit hat, sich in direktem Wege durch schriftliche Anfragen Wirtschaftsnachrichten oder sonstige Informationen zu verschaffen. Die japanische Kaufmannschaft ist lediglich auf ihre Vertretung im Ausland angewiesen, woraus es sich erklärt, daß die Japaner ein großes Gewicht darauf legen, nicht nur in Haupt- und Verkehrszentren Europas vertreten zu sein, sondern auch in Nebenstellen.

Das Institut der Handelsattachés ist in Japan erst im Jahre 1902 aufgekommen, in welchem Jahre es seine Vertreter für London, New York, Shanghai und Tientsin bestellte. Die Erfahrungen, die mit diesen Herren gemacht worden sind, waren gut, doch nicht so gut, als daß man sich japanischerseits zufrieden gegeben hätte, vielmehr hat man neue Herren den bisherigen Handelsattachés an die Seite gestellt mit der Aufgabe, sich lediglich den Finanzfragen zu widmen. Selbst diese Ausdehnung des Informationsdienstes hat den japanischen Ansprüchen noch nicht genügt, denn man ist jetzt dazu übergegangen, Handels-Fachverständige ins Ausland

Digitized by Google

zu schicken, d. h. Leute, die industriell in gewissen Fächern vorgebildet sind und an ihrem neuen Standort die Aufgabe haben, speziell in ihrem Fach, Erkundigungen einzuziehen und nach Hause zu berichten. Es ist leicht einzusehen, daß ein solcher Fachmann ganz erheblich bessere Dienste leisten kann, wie ein noch so gut vorgebildeter und intelligenter Beamter, der beispielsweise bisher nur im diplomatischen Dienst tätig gewesen ist und Wirtschaftsfragen allgemeiner oder spezieller Natur nur als Nebenbeschäftigung betrachtete.

Aus dieser Dreiteilung der japanischen Informationstätigkeit haben sich für den japanischen wirtschaftlichen Auslandsdienst ganz ausgezeichnete Resultate ergeben. Man hört allgemein, daß überall, wo Gelegenheit gegeben worden ist, die japanischen Konsulate zu besichtigen, die Besucher über die glänzenden Einrichtungen geradezu erstaunt waren; dieses Urteil geht, was wohl zu bemerken ist, von Leuten aus, die bisher lediglich im auswärtigen Dienst gewöhnlich für Rechnung Englands und Amerikas gearbeitet haben.

Das eine solche Organisation ganz erhebliche Kostenaufwendungen verlangt, ist klar, aber während des Krieges haben ja bekanntlich die Finanzen Japans eine so glänzende Gestaltung angenommen, daß die großen Auslagen, die mit diesen Neueinrichtungen verbunden sind, weiter nichts auf sich haben. A. Schmidt

Protest einer ukrainischen Zeitung gegen die „Vossische Zeitung". In dem Organ der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Rabitnitscha Gaseta" vom 10. Juli findet sich eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der „Vossischen Zeitung" zu den Fragen des Ostens. Es heißt dort unter anderem:

„Überhaupt hat sich die „Vossische Zeitung" niemals dem Brester Frieden gegenüber sympathisch verhalten. Der Aufsatz Cohens bringt aber auch hier noch etwas Neues. Da der Brester Vertrag vorläufig nun einmal die rechtmäßige Formulierung der tatsächlichen Lage der Dinge darstellt — nämlich der staatlichen Selbstbestimmung der Ukraine, — so ist es eben am besten, diesen Vertrag zu bekämpfen, indem man beweist, daß er nicht die tatsächliche Lage der Dinge formuliere, sondern nur eine Illusion, einen Betrug widerspiegele. Daher rührte auch das Geschwätz, daß man in der Ukraine angeblich keine Ukrainer finde, sondern lediglich Griechisch-Orthodoxe, welche zu Rußland hinneigen; es war jedoch nicht möglich, lange mit diesen aus dem Arsenal der russischen Schwarzen Hundert entlehnten Waffen zu kämpfen. Es war notwendig, die Frage „klar zu stellen". Dies hat Cohen-Reuß in der „Vossischen Zeitung" durchaus getan, indem er die Forderung einer Revision (so wird unter Gelehrten ein „Bruch" genannt) des Brester Vertrages aufstellt, weil „die östlichen Probleme nicht so gelöst seien, wie es erforderlich und klug wäre, und zwar im Zusammenhang mit unserer (d. i. der deutschen) Heerespolitik und mit unserer künftigen Weltherrschaftsstellung, sondern im Gegenteil hat man sich sehr viel mit der Kritik aller möglichen Einzelheiten beschäftigt!" (Es folgt Zensurlücken der ukrainischen Zeitung.)

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

Das offene Wort Ludendorffs: „Diesmal ist unser strategischer Angriffsplan nicht geglückt" wird allgemein als sicherstes Unterpfand neuer Siege vom deutschen Volke begrüßt werden, das es müde geworden war, von offiziösen Federn nur als Resonnanzboden für deren Stimmungsmache gewertet zu werden. Dieses Vertrauen der Obersten Heeresleitung zum deutschen Volke klingt gut zusammen mit dem klaren Bekenntnis der sozialdemokratischen Gewerkschaften, im aufgedrungenen Kampfe bis zum Ende aushalten zu wollen.

*

In diese kräftige Solidaritätserklärung zwischen Macht und Arbeit haben die „Kaisertreuen" einen häßlichen Mißklang hineingetragen. Erst wenn die preußische Regierung in der Wahlfrage den Worten die Tat folgen läßt, wird dieser dunkle Schatten von der deutschen Politik gebannt sein. Bis dahin muß man sich damit abfinden, daß unsere innere Front von diesen politischen Maulwürfen aufgewühlt wird.

*

Die Entscheidung des Schicksals Est- und Livlands scheint vom neuen Staatssekretär des Äußeren jetzt in Angriff genommen zu werden. Als oberster Grundsatz bei Lösung dieser Frage, soll dabei eine gesunde Grundlage gefunden werden, muß die Unteilbarkeit des baltischen Gebietes angesehen werden. Die mehr wie siebenhundertjährige Geschichte des Baltenlandes lehrt, daß es schon aus geopolitischen Gründen in einer Hand vereinigt sein muß, soll es nicht zum Zankapfel der angrenzenden Gebiete werden.

*

Lansdowne hat wieder einen Brief veröffentlicht. Seine Wirkung ist aber unverkennbar viel schwächer, als bei den ersten Schreiben. Viel dazu dürfte die Debatte über die Frage Schutzzoll oder Freihandel beigetragen haben, in der sich die Liberalen scharf von Lloyd George abzukehren im Begriff sind. Unter Führung der „Westminster Gazette", dem Sprachrohr Asquith', lehnt die liberale Presse die

Digitized by Google

Wiederbelebung der Chamberlainschen Wirtschaftspläne ab; auch in den Kolonien scheint, wie das kanadische Beispiel zeigt, nicht überall für diesen Gedanken Begeisterung vorhanden zu sein.

*

Der Schwerpunkt in der französischen Sozialisten-Partei verschiebt sich langsam zum pazifistischen Flügel hin, der nach Möglichkeiten ausschaut, das Blutvergießen zu beenden. Trotzdem wird er noch lange nicht höher zu bewerten sein, als der Räsonneur in den französischen Konversationsstücken. Viel wird freilich von dem Ausgang des Malvy-Prozesses abhängen, mit dem Clemenceaus Ministerpräsidentschaft steht und fällt. Die Aussagen der früheren Ministerpräsidenten Viviani, Briand und Ribot für Malvy haben die Stimmung sehr zuungunsten der Anklage verschoben. Ein Freispruch ist nicht mehr außerhalb der Möglichkeit gerückt. Aber der alte Tiger wird nicht so leicht sein Opfer aus den Klauen lassen, so daß es noch erbitterte Kämpfe abgeben dürfte, bis der Prozeß entschieden sein wird.

*

Selbst der Langmut der kadettischen Regierung in Kiew sind die Umtriebe Miljukows zu viel geworden. Sie hat ihn unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Damit dürfte der Versuch dieses verschlagenen Politikers, von der Ukraine aus den Hebel für seine großrussischen Pläne anzusetzen, gescheitert sein. Wie fehlerhaft es gewesen wäre, sich deutscherseits mit diesem Herrn einzulassen, zeigt der Beschluß der großrussischen Kadettenpartei, Miljukow wegen seiner Deutschfreundlichkeit die Führung der Partei zu nehmen und sie dem fanatischen Franzosenfreunde Maklakow zu übertragen. Damit ist völlige Klarheit geschaffen worden, und unsere vielgeschäftigen Russophilen, die wieder einmal eine innige Freundschaft mit Moskau heranreifen sahen, erscheinen abermals vor der deutschen Öffentlichkeit als betrübte Lohgerber, denen die kadettischen Felle fortgeschwommen sind.

*

Von ukrainischer Seite wird uns geschrieben: Das unleugbar vorhandene Mißtrauen in der Ukraine hat durch die Tatsache viel Nahrung gefunden, daß Österreich zwar den großrussischen und rumänischen Frieden ratifiziert hat, nicht aber den ukrainischen. Nicht nur wird dadurch das ukrainische Mißtrauen gegen polnische Machenschaften in bezug auf das Cholmland und Ostgalizien wach erhalten, sondern man empfindet diesen Aufschub auch als persönliche Kränkung. Die Ukrainer haben nämlich das Gefühl, durch den Abschluß des Friedens mit dem Vierverband den endgültigen Zusammenbruch der russischen Kriegspolitik besiegelt zu haben. Zwar wird es dankbar anerkannt, daß Deutschland den ukrainischen Frieden sofort ratifiziert hat, aber das Mißtrauen hakt sich daran ein, daß es auf seinen Bundesgenossen keinen Einfluß ausübt, um auch ihn zu diesem korrekten Vorgehen zu veranlassen.

Digitized by Google

Ein notwendiger Trennungsstrich

Von Dr. Paul Rohrbach den 4. August 1918

In diesen Tagen war ich in einem Stück Deutschland, wo den Menschen die politischen Zusammenhänge des Weltkrieges nicht so deutlich vor Augen stehen, wie an den Mittelpunkten des Geschehens. In einem Kaufladen standen einige Bürger und Bauern beisammen, ältere Leute, von denen jeder einen Sohn oder mehrere an der Westfront stehen hatte. Im Gespräch fragte mich jemand, ob er wohl um ein offenes Wort von mir bitten dürfe. Natürlich, sagte ich, welches denn? „Gut, dann sagen Sie uns bitte Ihre ehrliche Meinung: müssen wir aufhören?"

Mit dem Aufhören war natürlich der Krieg gemeint. Es war der erste Eindruck der Nachrichten über unsere nicht gelungene Offensive im Marnegebiet. Niemand wußte noch, wer von seinen Angehörigen in den Kämpfen heil geblieben, wer vielleicht tot, verwundet, gefangen war. Daß alle in Sorge waren, daß eine schwere Stimmung sich über sie lagerte, war wohl begreiflich. Viel schwerer aber als das alles traf mich dieses Wort, ob wir „aufhören" müßten. Man sprach im Anschluß daran noch dies und jenes. Ich stellte die Gegenfrage: „Ja, wie sollen wir denn aufhören, glauben Sie, daß Aufhören und Nichtaufhören bei uns steht? Glauben Sie, daß die Feinde uns die Wahl lassen, ob wir aufhören wollen oder nicht?"

Es gab keinen Widerspruch, aber es gab ein unsicheres Schweigen. Vielleicht, ich hoffe es, waren die Leute am Schluß des Gesprächs einigermaßen überzeugt, daß der Feind es ist, der uns die Möglichkeit verwehrt, „aufzuhören". Es war auch nicht so, daß jemand geradeswegs geglaubt hätte, wir hätten vor vier Jahren um irgendwelcher Ziele willen den Krieg begonnen und müßten nun einsehen, daß wir unseren Willen nicht durchsetzen könnten. Die Behauptung, Deutschland sei schuld am Kriege, wäre wahrscheinlich von allen empfindungsmäßig zurückgewiesen worden. Man braucht auch keine Sorge zu haben, daß der augenblickliche Druck, der auf der Stimmung lag, lange vorhalten würde. Es ist ja so natürlich, daß durch die Größe und Sicherheit, mit der unsere Erfolge seit dem Beginn der Offensive im Frühjahr bisher regelmäßig eingetreten, die Menschen in der Heimat verwöhnt worden sind. Der Gedanke, den die oberste Heeresleitung unserer öffentlichen Meinung dauernd einzuprägen bemüht ist, daß es jetzt an der Westfront weniger auf das Fortschreiten im geographischen Raum, als auf den Verbrauch der Streitkraft und der Streitmittel des Feindes ankommt, einen stärkeren Verbrauch, als er gleichzeitig bei uns stattfindet, ist nicht leicht populär zu machen. Der Gebildete begreift ihn. Er versteht den Plan, den Hindenburg und Ludendorff verfolgen. Er sieht ein, daß, wenn dieser Plan glückt, in der Tat dadurch ein siegreiches Ende des Krieges für uns herbeigeführt werden wird. Trotzdem mißt man unwillkürlich bei der Überlegung, wie nah oder wie fern das Ende des Krieges sein könnte, das Stück, das uns voraussichtlich vom Frieden trennt,

Digitized by Google

nach dem geographischen Fortschreiten unserer Waffen. Der weniger Gebildete aber ist schwer imstande, bei Ereignissen, wie den jüngsten Kämpfen an der Marne, der Darlegung der militärischen Stellen zu folgen: nicht das Vorwärtsgehen oder Zurückgehen sei die Hauptsache, wonach Erfolg und Mißerfolg sich entscheidet, sondern der Menschen- und Materialverbrauch, und wenn dieser Verbrauch beim Feinde größer ist, als bei uns, so hat er nichts Wesentliches gewonnen, vielmehr trotz seines räumlichen Vordringens gegen uns einen Mißerfolg im ganzen zu buchen. Für den gemeinen Mann ist das zunächst eine zu feine Überlegung. Erst langsam läßt er sich davon überzeugen, und wirklich glauben tut er erst daran, wenn auch unsere Waffen wieder vorwärts getragen werden. Auch das wird kommen, und in dem Augenblick, wenn nicht früher, wird die alte Stimmung wieder hergestellt sein.

Das hat aber nichts mit der anderen Sorge zu tun, die in mir bei dem Wort vom „Aufhörenmüssen" lebendig wurde, und die sich seitdem, je länger ich darüber nachdenke, nicht vermindert, sondern vermehrt hat. Wenn solch ein Wort und die ganze dahinter liegende Unklarheit des Denkens und Unwissenheit überhaupt möglich ist, so muß etwas Wichtiges versäumt worden sein, etwas, was notwendig dazu gehört, daß wir durchhalten und den Krieg gewinnen. Ich bin dem Wort nachgegangen, habe mir rückwärtsschauend manches Erfahrene und Gelesene überlegt, und ich sehe immer deutlicher, daß es sich nicht um eine Einzelbeobachtung handelt, sondern um eine weitverbreitete Sache bei uns im Volk. Es ist so viel vom Niederzwingen des Gegners die Rede gewesen, dem Feinde das Gesetz des deutschen Schwertes aufzuerlegen und dergleichen mehr, daß darüber der eigentliche Charakter des Krieges bei der politisch weniger scharf denkenden Masse in den Hintergrund getreten ist. Man hat nicht gerade vergessen, daß wir ursprünglich der überfallene Teil waren, man hat auch oft genug gelesen, daß wir Frieden angeboten haben und die Gegner sich geweigert haben, ihn anzunehmen, aber danebenher geht die unklare Vorstellung, wenn wir uns wirklich bereit erklärten, auf dieses oder jenes Kriegeziel zu verzichten, wenn wir „aufhören" wollten, wie der gemeine Mann sagt, so könnten wir doch den Frieden haben. Man sieht daraus, wie wenig geschickt die Aufgabe angefaßt worden ist, dem ganzen Volk bei uns klar zu machen, daß wir in einem Daseinskampf stehen und daß eine solche Erklärung, wir seien nun bereit „aufzuhören", den Vernichtungswillen der Feinde nur stärken, nur um so triumphierender entfesseln würde. Die Masse bei uns weiß immer noch nicht, daß dieser Vernichtungswille beim Gegner besteht. Zwar die Führer der deutschen Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, haben es nach ihrer jüngsten Kundgebung wohl erfaßt. Das sind aber nur die Spitzen. Der Arbeiter hinter ihnen sieht die Dinge meistens lange nicht so klar, der Kleinbürger und der Bauer tut es auch nicht. Das ist sehr gefährlich, und es muß unsere Aufgabe sein, im großen Stil und mit geschickter gewählten Mitteln als bisher unser ganzes Volk mit der Einsicht und dem Empfinden zu erfüllen: es kommt nicht im mindesten darauf an,

Digitized by Google

ob wir aufhören wollen oder nicht, sondern es kommt einzig und allein darauf an, den Kriegswillen und die geschlossene Kriegsfront des Gegners, seine äußere, wie seine innere, zu zertrümmern. Ohne das ist der Krieg nicht zu beenden, ist der Friede nicht möglich. Friedensresolutionen, Verzichtbereitschaft, Unschuldbeteuerungen von deutscher Seite bringen den Frieden so wenig näher wie den Sieg. Sie sind nutzlos, ja mit ihnen wird dem Gegner auf eine höchst gefährliche Weise in die Hand gespielt, wenn man glaubt, in ihnen, so wie sie bisher angewendet wurden, ein wirksames politisches Mittel zu besitzen.

Es handelt sich darum, daß wir richtig sehen lernen. Dann erkennen wir auch, daß die Stellung des Feindes trotz ihrer scheinbaren Stärke nicht nur angreifbar ist, sondern auch erobert werden kann. Die Stärke des Feindes beruht auf nichts anderem als darauf, daß es den Kriegstreibern bisher geglückt ist, den Willen zum Kriege gegen Deutschland bei ihren Völkern zu erhalten und die kriegsgegnerischen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Sie verfügen immer noch über eine ungebrochene innere Einheitskraft. Solange sie die haben, wird es nicht möglich sein, sie zu überwinden. Jeder Ton von Verzichtbereitschaft, der aus der Mitte des deutschen Volkes und seiner Bundesgenossen zu ihnen herüberdringt, stärkt die Kriegstreiber, indem ihnen dadurch Material gegeben wird, glaubhaft zu begründen, daß Deutschland am Erliegen sei. Das wirkt vor allen Dingen auf diejenigen Instinkte bei den feindlichen Völkern, bei denen das Verlangen nach Sieg im Kampf, nach dem Triumph über den niedergeworfenen Gegner das stärkste Motiv ausmacht. Diese Instinkte sind in jedem Volke stark, und indem man sie aufruft, ihnen den Augenblick nahe zeigt, wo der Gegner besiegt seinen Nacken beugen muß, sind große Wirkungen zu erzielen. Davon allein kann aber auch die stärkste und geschickteste Kriegshetze nicht leben. Sie muß auch mit moralischen Beweisgründen arbeiten, und sie wird nach nichts mit so großer Begierde umherschauen, wie nach Material, das ihr der Gegner auf diesem Gebiet womöglich selber verschafft. Sie wird übertreiben, sie wird fälschen, sie wird lügen und verleumden, ganz so wie die Entente das seit Jahr und Tag treibt, aber sie wird auf die Dauer mit dieser Methode doch nur Erfolg haben, wenn sie irgendwelche eindrucksvollen Argumente für die moralische Schlechtigkeit und Gefährlichkeit des Gegners tatsächlich so beibringen kann, daß das durchschnittliche Urteil der Welt sich davon überzeugt gibt.

In meinem vorigen Artikel schrieb ich, unsere moralische Offensive werde so lange nur eine gebrochene Wirkung ausüben, wie nicht zugleich der Schnitt zwischen dem Kriegsentschlossenen, aber friedensbereiten Deutschland und den Gewaltpolitikern gemacht werde, die den Frieden, nicht auf das Prinzip von Recht und Freiheit, sondern auf dem der Niederwerfung und Unterdrückung errichten wollen. Recht und Freiheit, sagte ich, wenn diese Gedanken im Geist und in der Wahrheit als Waffe aufgenommen werden, sind der Tod aller Ententelügen. Diese Lügen aber werden so

Digitized by Google

lange leben und wirken, wie die Entente unwiderlegt deutsch gleich alldeutsch und Alldeutschtum gleich Gewaltanbetung setzen kann. Sie hat Milliardensummen ausgegeben und die Welt mit Gebirgen von Büchern und Broschüren bedeckt, um das zu beweisen. Die Beweismittel aber haben unsere alldeutschen Gewaltpolitiker seit Jahrzehnten geliefert und liefern sie noch heute. In Deutschland haben sie nicht den zehnten Teil der fleißigen und dankbaren Leserschaft wie drüben beim Feinde. Von ihnen lebt zum großen Teil die Weltlüge gegen Deutschland. Vor mehr als zwei Jahren habe ich dem damaligen Reichskanzler in einer langen und dringlichen Unterredung diese Art von alldeutscher Gefahr klarzumachen versucht, habe ihm eine erdrückende und wahrhaft furchtbare Materialsammlung zum Beweise dafür vorgelegt, welche Hilfstruppen die Alldeutschen wider Willen dem Feinde stellen, und ihm gesagt, eine erfolgreiche moralisch-politische Offensive gegen den Feind sei solange unmöglich, wie die Regierung das Tuch zwischen sich, dem amtlichen Deutschland, und den Alldeutschen nicht zerschneide. Der Kanzler hegte Besorgnisse wegen der „inneren Einheit" und ging darin so weit, daß er nicht einmal die Veröffentlichung des Materials wünschte.

Ich habe seitdem nicht aufgehört, die maßgebenden Stellen auf die Gefahr hinzuweisen, die von den Alldeutschen, ohne daß sie es wollen und wissen, für die Sache Deutschlands und des Friedens ausgeht. Ich habe das auch dem folgenden Reichskanzler deutlich zu machen versucht und im September 1917 an den Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt geschrieben:

„... Wir müssen erreichen, die englischen Kriegstreiber moralisch ins Unrecht zu setzen. Das ist nicht nur möglich, sondern es ist sogar leicht, sobald man die tauglichen Mittel anwendet. Vor allen Dingen wird auch die Wirkung auf Amerika sich zeigen, das für 1918 zu unterschätzen ein schwerer Fehler wäre.

... Allerdings muß dazu noch bemerkt werden, daß unsere offizielle Kriegszielformulierung außerdem gleich unseren Gegnern auch ein ideales Ziel aufstellen muß, für das Deutschland kämpft. Daß wir diesen nicht nur taktischen, sondern auch innerlich zum Wesen unseres moralischen Rechts im Kriege gehörigen Zug nicht in der richtigen Weise hervorgestellt haben, gehört zu den größten und folgenschwersten Versäumnissen unserer Politik in diesem Kriege. In dieser Beziehung haben die Gegner, obwohl sie die schlechtere Sache vertreten, uns im Urteil der Welt eine vollkommene und höchst gefährliche Niederlage beigebracht.

Zu einer solchen Politik, wie der empfohlenen, gehören Einsicht und Kaltblütigkeit. Sie wird leidenschaftlicher Opposition auf der sogenannten alldeutschen Seite begegnen. Diese Opposition ist für die Erreichung des Zieles nicht schädlich, vielmehr unentbehrlich. In dem Augenblick, wo etwa bekannte alldeutsche Wortführer sich zu einer Politik der Verzichte bekennen wollten, wäre unsere Stellung schwer erschüttert. Niemand würde sich dann ausreden lassen, daß Deutschlands Kräfte zu Ende sind. Man muß aber den Entschluß fassen, die Regierung klar in Gegensatz zu den Alldeutschen zu stellen. Das Mißtrauen, als ob verdeckte Beziehungen zwischen diesen und der Regierung beständen, macht jede psychologische Aktion der angedeuteten Art für den Frieden unmöglich .... Als Partei, die ohne klare Desavouierung ihre Ziele mit denen der Reichsleitung in Verbindung bringen darf, sind sie eine schwere Gefahr, vielleicht der Verderb Deutschlands, trotzdem sie es vaterländisch meinen und in manchen Dingen auch verdienstvoll

Digitized by Google

gearbeitet haben. Ob die militärische Lage noch eine Wendung nehmen wird, die es gestattet, den Feinden Friedensbedingungen nach unserem Wunsche aufzulegen oder nicht, das kann mit vollkommener Gewißheit heute niemand sagen. Als wahrscheinlich ist es menschlicher Voraussetzung nach aber nicht zu betrachten, auch in dem Falle nicht, daß durch den U-Bootkrieg England in noch weit ernsthaftere Verlegenheiten gebracht werden sollte, als jetzt schon der Fall ist. Dagegen ist es möglich, daß wir, bei starker Verlängerung des Krieges, noch Depressionen der öffentlichen Meinung erleben, angesichts deren es zu spät sein könnte, wenn die Regierung die Alldeutschen von sich abschüttelt. Der Schnitt zwischen der Regierung und den Alldeutschen ist sachlich nicht zu vermeiden, aber er muß zu einer Zeit gemacht werden, wo wir nach außen hin ähnlich gut dastehen, wie jetzt. Nur dann wird man im Auslande an den Ernst und an die Kraft der Regierung glauben.

Die alldeutsche Agitation hat uns dadurch geschadet, daß sie den Feinden ein unübertreffliches Material für den moralischen Feldzug gegen Deutschland gab. Davon gewinnt man erst eine Vorstellung, wenn man die Wirkung der alldeutschen Literatur in England, Frankreich, Amerika und im übrigen Ausland verfolgt. Ich habe das getan und veranlaßt, daß es von anderer Seite in großer Vollständigkeit geschah, und ich kann versichern, daß wir hier auf dem Felde vieler verlorener Schlachten und Feldzüge stehen. Das, wovon die feindliche Verleumdung und Verdächtigung Deutschlands lebt, woraus die Methode der Entente, Deutschland als die gewalttätige und gesetzlose Macht hinzustellen, für die ganze Welt ihre Kraft zieht, sind nichts anderes als die Reden und Schriften der Alldeutschen während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege und während des Krieges. Es gibt keine alldeutsche Stimme von Bedeutung, die nicht mit Erfolg benutzt worden wäre, um Feindschaft in aller Welt gegen uns zu schüren. Ich weise auf diesen Punkt mit dem nachdrücklichsten Ernst hin, und ich mache darauf aufmerksam, daß die Umsicht, die politische Materialkenntnis und der Vorausblick der Regierung hier in Zukunft eine Kritik von Grund auf zu bestehen haben werden. Ich bedauere aber schon heute erklären zu müssen, daß für die bisher vergangene Zeit im Kriege der Regierung der Vorwurf nicht genügender Erfassung des schweren Ernstes dieser Frage kaum erspart werden kann."

Von diesen Worten habe ich heute nichts zurückzunehmen, sondern ich muß sie nur noch unterstreichen. Bei unserer heutigen Regierung sind die Besorgnisse vor den Alldeutschen und von den Gegenwirkungen, die sie unternehmen werden, wenn man sie auf solche Weise anfaßt, direkt zur Furchtsamkeit geworden. Das aber wird der Regierung nichts helfen. Sie wird die moralische Offensive aufnehmen und helfen müssen, den Sieg zu gewinnen, oder der Krieg wird ins Endlose verlängert. Und sie wird die Alldeutschen als das Hindernis des Friedens kennzeichnen oder auf die moralische Offensive überhaupt verzichten müssen. Kein Wort gegen den Patriotismus der Alldeutschen. Sie sind gute Patrioten, aber gefährliche Politiker, und die Politik des Mutes, die zum Siege nach außen führen soll, hat nach innen mit der Kampfansage gegen sie zu beginnen.

Es ist eine Torheit, zu glauben, die Sache Deutschlands stände schlecht. Daß sie militärisch nicht schlecht steht, dafür haben wir das Wort der obersten Heeresleitung. Die Darlegungen, die wir von dieser Seite erhalten haben, daß durch das Zurückdrängen unserer Offensive an der Marne die Kriegslage ihrem Wesen nach nicht verändert worden ist und daß auch die letzten Kämpfe das Prinzip, das die oberste Heeresleitung verfolgt, mit Nachdruck weiter geführt haben, ist überzeugend. Auch davon

Digitized by Google

ist keine Rede, daß der Offensivgedanke und die Offensivmöglichkeit uns jetzt genommen sind. Daß selbst die Feinde diese Hoffnung nicht hegen, geht deutlich genug aus dem hervor, was sie reden und schreiben, und hätten sie eine solche Hoffnung, so werden Hindenburg und Ludendorff sie bald genug eines Besseren belehren. Dazu kommt noch etwas anderes. Die inneren Schwierigkeiten unserer Feinde sind so groß, daß bei einer richtigen Politik von unserer Seite die Fortsetzung des Krieges in das Jahr 1919 hinein besonders für England gefährlicher ist, als für Deutschland. Mit Frankreich, das immer stärker ausblutet, steht es nicht besser. Man hat lange nichts mehr von Indien gehört, aber die indische Gefahr ist lebendig geblieben und sie hat jetzt wieder für England einen höchst bedrohlichen Charakter angenommen. Die Wissenden in England reden nicht darüber, aber sie zittern. Die Lage in Irland ist für die englische Kriegspolitik geradezu furchtbar. In Französisch-Kanada herrscht eine Stimmung, und diese Stimmung ist bereits zu Taten fortgeschritten, die die Hilfskraft Kanadas für England mit Lähmung bedrohen. In der englischen und in der französischen Arbeiterschaft entwickelt sich die gefährlichste Krisis. Trotzdem ist zu erwarten, daß Lloyd George und Clémenceau, weil sie nicht mehr anders können, auch für 1919 als Prediger des Blutvergießens und der Erwürgung Deutschlands auftreten werden. Für dieses Spiel brauchen sie ein alldeutsches Deutschland. Sie brauchen eine deutsche Regierung, die entweder selbst als alldeutsch abgemalt werden kann oder der man anmerkt, daß sie sich von Alldeutschen abhängig fühlt oder Angst vor ihnen hat. Bekommen sie die, dann ist ihnen geholfen. Dann können sie weiter sagen: Solange dies Deutschland nicht besiegt ist, ist es unmöglich, daß die Welt wieder ein Sicherheitsgefühl gegenüber Deutschland hat; so lange ist auch die Ehre aller Völker der Entente für die Niederwerfung Deutschlands verpfändet!

Machen wir richtige Politik, so zerschlagen wir damit die Einheit der inneren Politik beim Feinde. Machen wir falsche Politik, so ist die Fortsetzung des Krieges nach 1919 hinein für uns ein größeres Risiko als für die Feinde. Falsche Politik ist es, die Erbschaft des 4. August systematisch zu zerstören, indem wir verschiedene Klassen des Patriotismus einführen, der Reichstagsmehrheit z. B. Schuld an dem Kiewer Morde geben, einen Bund der Kaisertreuen gründen, die nun einmal unvermeidlich gewordene Wahlrechtsreformen furchtsam weiter verhandeln und verschleppen. Es reicht nicht aus, daß wir eine Regierung haben, die nicht alldeutsch ist, aber den Schnitt gegen die Alldeutschen auch nicht vollzieht.

In englischen Blättern liest man zum Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann: Er habe schließlich gehen müssen, weil seine zweite Rede von der linken Seite des Reichstags nicht mit Achtung aufgenommen und von der rechten nicht geglaubt wurde. Wenn die Regierung diesen Platz zwischen den Stühlen dauernd beibehalten will, so wird man sie gewaltsam nicht daran hindern können. Es wird dann aber so kommen, daß über der Furcht, es mit den Alldeutschen zu verderben, das Reich in Gefahr gerät.

Digitized by Google

Die Schuldfrage am Kiewer Mord

Von Axel Schmidt

Die Ermordung des Feldmarschalls Eichhorn in Kiew hängt eng mit dem Morde des Grafen Mirbach in Moskau zusammen. Der deutsche Diplomat ist, gleich wie der deutsche Feldherr, von der Bombe derselben großrussischen Partei gefallen. Aber sie war letzten Endes nur ausführendes Organ, nicht leitender Geist dieser Attentate. Weder Lloy George, noch Poincaré und Wilson wird es gelingen, jemals diese Mörder von ihren Rockschößen abzuschütteln. Die Tatsache, daß das „Journal" in Paris acht Tage vorher höhnisch dem Botschafter Mumm den Rat gegeben, sein Leben hoch zu versichern und der „Matin" sogar am Tage vor der Bluttat Eichhorn und Mumm als die „nächsten Opfer" bezeichnete, bildet einen unwiderleglichen Beweis für die innigen Zusammenhänge zwischen den sozialrevolutionären Mördern und den für Freiheit und Recht kämpfenden Westmächten. Auch die Flucht der Mörder des Grafen Mirbach zur Murmanküste und ihre Einschiffung auf englischen Dampfern deckt die innigen Beziehungen zwischen beiden auf.

Während aber die deutsche Presse diese Zusammenhänge bei der Moskauer Mordtat sofort erkannte, hat sich bei dem Kiewer Attentat ein Schwanken bemerkbar gemacht. Sollte die Untat in Moskau das Signal für die Erhebung gegen den Bolschewismus abgeben, so verfolgte der Kiewer Mord den Zweck, Mißtrauen zwischen Deutschland und der Ukraine zu säen. Im Artikel, „Das Erbe des Bolschewismus" habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß großrussische Kreise um Miljukow, die freilich mit den Sozialrevolutionären nichts zu tun haben, in anderer Weise daran arbeiteten, die deutsch-ukrainischen Beziehungen zu untergraben. Die in Deutschland noch immer herrschende Unklarheit über die Zustände in Osteuropa haben es jetzt sogar fertiggebracht, daß die von großrussischer Seite angestiftete Mordtat in der Ukraine auf das ukrainische Konto gebucht wird. Das ist natürlich völlig verkehrt. Die Verwechslung wird jedoch dadurch gefördert, daß es in der Ukraine, wie in Moskowien, eine sozialrevolutionäre Partei gibt. Die ukrainische hat aber schon lange nichts mehr mit der großrussischen gemein. Das ergibt sich unzweideutig aus der Tatsache, daß die ukrainischen Sozialrevolutionäre mit Severjuk an der Spitze es waren, die in Brest-Litowsk mit dem Vierbund den Vertrag abschlossen. Hierdurch ist diese Partei gerade der Begründer des ukrainischen Staates geworden. Ihre großrussischen Namensvettern wollen seitdem wenig von ihr wissen, weil die großrussische Partei als Agent der Entente jetzt den Gedanken des „einigen unteilbaren" Rußland vertritt. Auch der Prozeß Dobry mit der schweren Belastung einzelner Mitglieder des Kabinettes Hollubowitsch ist nicht geeignet, diese Auffassung umzustoßen. Von ihnen wurde bekanntlich festgestellt, daß sie hinter dem Rücken der zur Hilfe

Digitized by Google

gerufenen deutschen Macht mit den russenfreundlichen Polenkorps und anderen uns abgünstigen Elementen konspiriert hätten. Ihr Plan ging in völliger Verkennung der Verhältnisse dahin, die deutsche Macht bei den Bauern als Gendarmen der polnischen und großrussischen Gutsbesitzer zu diskreditieren. Keineswegs dürften aber die ukrainischen bäuerlichen Massen geneigt sein, durch einen Wiederanschluß an Moskau die Stellung der fremden Herren (Pane) zu stützen. Darauf würde aber jede Annäherung an Moskowien letzten Endes hinauslaufen. Das wissen auch die ukrainischen Bauern ganz genau, die Dr. Rohrbach und mich bei unserer Reise in die Ukraine immer wieder davor warnten, der kadettischen Regierung in Kiew zu trauen, die nur im Interesse der großrussischen „Pane" arbeite. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die in der deutschen Öffentlichkeit herrschenden unklaren Vorstellungen über die Ukraine jetzt dazu führen sollten, daß sich bei uns die Ansicht festsetzte, die ukrainische Idee sei im Zusammenbrechen. Gewiß hat sich in der Ukraine nicht wenig Mißstimmung gegen uns angesammelt. Vor allem wird uns die Ernennung des kadettischen Kabinetts, die eine reine Lösung der Agrarfrage im bauernfreundlichen Sinne immer wieder hinauszögert, zur Last gelegt. Aber all diese Erregung hat nicht den innigen Wunsch der Ukrainer nach einem eigenen Staat gemindert. Alle ukrainischen Parteien von der äußersten Linken an sind sich darin einig, daß die Unabhängigkeit ihr gemeinsames Ziel ist. Wenn sie daher erkennen würden, daß sie bei uns mit diesen ihren Bestrebungen Unterstützung fänden, so würden sie alle augenblicklichen unvermeidlichen Härten des Kriegszustandes willig ertragen. Ohne eine solche Sicherung jedoch befürchten sie stets, daß eines Tages die großrussischen Elemente, die in Großgrundbesitz und städtischer Oberschicht, in Handel und Industrie noch zahlreich vorhanden sind, das Steuer des ukrainischen Staates nach Norden richten werden, um im Moskauer Hafen einzulaufen. Dieses Mißtrauen der Ukrainer wird natürlich noch sehr verstärkt werden, wenn in der deutschen Öffentlichkeit, wie leider jetzt geschehen, Stimmen laut werden, die die unselige Kiewer Mordtat aufs ukrainische Konto setzen und die daraus die Notwendigkeit ableiten, unseren Kurs von dem Schutze der unterdrückten Randvölker nach Moskowien hin umzuorientieren. Damit würden nicht nur unsere Erfolge im Osten preisgegeben werden, sondern wir würden selbst daran mitarbeiten, uns im Osten die russische Zuchtrute wieder zu binden. Die deutsche Presse sollte sich in ihrer Stellung zur Ukraine den festen Glauben des ermordeten Feldmarschalls an ihre Wiedergeburt zum Beispiel nehmen. Einem Freunde in der Heimat hatte er kurz vor seinem Tod folgenden Brief mit einem Zitat von Herder gesandt:

„... Ich las eben einen Satz von Herder. Er schrieb im Journal seiner Reise vom Jahre 1769: ‚Die Ukraine wird ein neues Griechenland werden, der schöne Himmel dieses Volkes, ihr lustiges Wesen, ihre musikalische Natur, ihr fruchtbares Land werden einmal aufwachen. Aus so vielen kleinen wilden Völkern, wie es die Griechen ehemals auch waren, wird

Digitized by Google

eine gesittete Nation werden. Ihre Grenzen werden sich bis zum Schwarzen Meer hin erstrecken und von da hinaus durch die Welt.'

Ich würde mich freuen, wenn diese Prophezeiung in Erfüllung ginge.

Mit bestem Gruß Ihr ergebenster
von Eichhorn."

Diese Worte Herders aus dem Jahre 1769 besagen, daß damals für Deutschland die Ukraine noch ein lebendiger Begriff war. Das ist nicht so verwunderlich, wie es auf den ersten Blick erscheint, weil gerade zu dieser Zeit die Kaiserin Katharina II. die letzten Reste der ukrainischen Freiheiten vernichtete, indem sie das ursprünglich nur in loser Union mit Moskowien vereinigte Ukrainerland einfach in großrussische Gouvernements aufteilen ließ.

Nähme sich die deutsche Presse Feldmarschall Eichhorns Worte zur Richtschnur, so würde aus der fluchwürdigen Tat für Deutschland und die Ukraine noch ein Segen erwachsen.

Holland und sein Kolonialbesitz in Ostindien während des Weltkrieges

Von Dr. Japikse, Haag

Vor einigen Monaten (Heft Nr. 8, 1918) habe ich in dieser Wochenschrift einen kurzen Aufsatz gebracht über die Stellung Hollands in der Frage der Zukunft Belgiens, im besonderen der flandrischen Küste. Ich glaube damals nachgewiesen zu haben, daß die Lösung dieser Frage eins der wichtigsten Momente für Holland bildet und also die Stimmung Hollands stark beeinflußt.

Jetzt möchte ich versuchen, den zweiten Achsenpunkt, um welchen das Interesse Hollands sich dreht, mit einigen Strichen zu beleuchten. Ich meine natürlich: die Stellung Hollands seinem Kolonialbesitz gegenüber und die damit engverknüpfte Frage des Verkehrs auf hoher See.

Dieser Besitz ist unser Erbe aus großer Vergangenheit. Die Niederländer sind sich dessen durchaus bewußt, daß die wichtige Stellung, welche ihr Land unter den kleinen Nationen Europas einnimmt, sich auf diesen Besitz mit an erster Stelle stützt. So viele Niederländer finden in Indien eine nützliche Beschäftigung. So viele Reichtümer liefern die Pflege des Handels und die Minen. Wird doch der ganze Ertrag der Ausfuhr für das Jahr 1914 auf 635 Millionen Gulden berechnet! Und wir bemühen uns im letzten Jahrzehnte emsiglich, durch eine ethische Politik die Interessen der einheimischen Bevölkerung zu fördern. Die angesehensten unserer indischen Staatsmänner haben als Zweck der niederländischen Politik die allmähliche Entwickelung Indiens verkündet, so daß einmal Indien und die Niederlande als zwei gleichberechtigte Glieder eines Körpers nebeneinander stehen möchten.

Während des Krieges hat man dieses hohe Ziel keinen Augenblick aus dem Ge-

Digitized by Google

dächtnis verloren. Allein die Umstände sind außerordentlich schwierig geworden, weil die regelmäßige Verbindung mit Indien ganz unterbrochen worden ist. Unser kleines Land hatte vor dem Kriege keine selbständige telegraphische Verbindung mit seinem Kolonialbesitz; eine drahtlose Verbindung ist jetzt in Vorbereitung. Der Verkehr unserer Dampfschiffe auf hoher See ist vom Anfang des Krieges an den größten Schwierigkeiten ausgesetzt gewesen. Die bekannten englischen Orders in Council vom 20. August und 29. Oktober 1914 hatten das Aufbringen und die Untersuchung der Schiffe, auch der Indienfahrer, in englischen Häfen zur Folge. Die Schiffe wurden manchmal lange Zeit festgehalten. Dann verschärften sich allmählich die Maßnahmen mit der Wendung, die der Seekrieg genommen hat. Und das Ende des Spieles des Löwens mit der Maus war, daß der Verkehr mit Indien ganz lahmgelegt wurde, nachdem die Entente-Regierungen neulich unsere Schiffe beschlagnahmt haben. Dann hat die niederländische Regierung den Entschluß gefaßt, einige Schiffe unter Begleitung eines Kriegsschiffes und mit Kohlenschiffen versehen auszurüsten, und diese Schiffe haben unter dem Namen eines Convois neuerdings die Reise nach Indien angefangen. Die englische Regierung hat „großmütig" diesen Convoi passiren lassen, aber jetzt die Barriere hermetisch geschlossen, wie sie es deutlich erklärt hat.

Die großen Verkehrsschwierigkeiten haben das Wirtschaftsleben Indiens in bedeutendem Maße beeinflußt. Die Ausfuhr der Kolonialprodukte, wie Petroleum, Zucker, Tee usw., die sich vor dem Kriege zum größten Teil nach Europa richtete, hat jetzt einen anderen Ausweg gesucht. Indem im Jahre 1913 der Ertrag der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 5,2 Millionen Dollars war, ist er im Jahre 1916 auf etwa 6,2 Millionen gestiegen. Und die Einfuhr aus Japan, die 1913 einen Wert von 5,1 Millionen Yen betrug, hat sich 1916 auf 17,4 Millionen Yen gesteigert. Das sind aber sehr lehrreiche Ziffern. Es versteht sich ohne weiteres, daß sich in den Kreisen der niederländischen Großhändler und Handelsgesellschaften einige Unruhe geoffenbart hat, ob es möglich wäre, die große koloniale Macht, die Holland für Europa bildete, nach dem Kriege zu behalten. Man hat auch die Frage gestellt, ob jetzt keine Maßregel in bezug auf das Wirtschaftsleben Indiens von Holland aus zu treffen wären. Man hat beratschlagt über die Gründung einer zentralen Ausfuhrgesellschaft für Indien, wie eine derartige Gesellschaft für Holland schon da ist. Aber sehr einflußreiche Stimmen, u. a. die des ehemaligen Kolonialministers und Vorsitzenden der mächtigen „Handelmaatsschappy", J. T. Cremer, haben Einspruch dagegen erhoben. Dieser Sachverständige meint, daß auch jetzt die Handelsfreiheit, soviel wie irgend möglich, gehandhabt werden, und daß man die Dinge ihren Lauf nehmen lassen müsse. Es ist nicht bestreitbar, daß Holland sich bisher bei Handelsfreiheit immer am besten befunden hat. Doch könnte man schwerlich die betreffende Frage bejahen oder verneinen. Es bewährt sich an den Neutralen in

Digitized by Google

sehr hohem Maße das bekannte Wort: „Du glaubst zu schieben, aber du wirst geschoben." Die Frage selber scheint eines jener fast unlösbaren Probleme, die der Weltkrieg auch für die Neutralen mitgebracht hat.

Es leuchtet ein, in welche Richtung das niederländische Interesse in dieser Angelegenheit geht. Wir brauchen die Freiheit des Meeres und meinten vor dem Kriege, daß sie unser verbürgtes Recht war. Wir dürfen hoffen, daß diese Freiheit jetzt vertragsmäßig festgestellt wird, wie doch die deutsche Regierung und der Präsident Wilson sie als eine der Friedensbedingungen in Aussicht genommen haben. Einerseits ein unabhängiges Belgien, andererseits das freie Meer auch in Kriegszeiten — das sind unsere Wünsche, und wer uns diese Schätze bringen möchte, wird den meisten Anspruch auf unsere Anerkennung haben. Mit diesen Errungenschaften würden wir in Indien und in Europa am besten die Vermittlerrolle spielen können, die den kleinen Nationen Westeuropas den Großmächten gegenüber, im besonderen nach dem Kriege, obliegt.

Es ist schwer zu sagen, in welchem Maße die indischen Interessen Hollands seine auswärtige Politik während des Krieges mit beeinflußt haben. Es möchte mehr oder weniger unbewußt in hohem Maße der Fall sein. Diese Politik ist jedenfalls, wie unsere Regierung es auf Schritt und Tritt gesagt hat, die einer durchaus ehrlich gemeinten Neutralität und natürlich das Resultat unserer ganzen historischen Entwicklung. Sie ist zweifellos der Ausdruck der Wünsche der weitaus großen Mehrheit der Niederländer. Ihre Durchführung erheischt mehr sittliche Kraft als man im Auslande gewöhnlich ahnt. Bis jetzt haben sich keine Ereignisse vorgetan, welche als eine vitale Verletzung unserer Neutralität zu betrachten wären. Uns vorzuwerfen, daß wir ohne unsere indischen Interessen die Maßregel der Entente nicht so geduldig ertragen hätten, als wir augenscheinlich getan haben, hat gar keinen Sinn: hätten wir diese Interessen nicht, die Maßregel würde uns in weit geringerem Maße geschadet haben, und wer dürfte sagen, wie die Lage Hollands ohne seinen Kolonialbesitz sich gestalten würde. Eine wirklich vitale Verletzung der niederländischen Neutralität, z. B. ein Angriff der Entente auf Seeland, würde meiner festen Überzeugung nach zur Folge haben, daß die Niederländer, unbeachtet der Gefahren, denen ihre Kolonien damit ausgesetzt wären, ohne Zögern die Eindringlinge mit den Waffen bekämpfen würden. Haben doch auch die niederländische Regierung und der oben genannte Herr Cremer in der Ersten Kammer der Generalstaaten ohne jede Zurückhaltung, fast leidenschaftlich, gegen die Beschlagnahme unserer Schiffe protestiert. Ich möchte vorsichtshalber hinzufügen, daß ich einen derartigen Angriff der Entente als im höchsten Maße unwahrscheinlich ansehe.

Eine andere Frage ist es, inwieweit die Maßregel der Entente zur See im allgemeinen und die Beschlagnahme im besonderen auf die Stimmung der Niederländer eingewirkt haben. Man braucht diese Stimmung während des Krieges nur sehr oberflächlich beobachtet zu haben, um einzusehen, daß sie außer bei einer

Digitized by Google

kleinen Gruppe, die alle Handlungen der Entente durch dick und dünn verteidigt, eine sehr große Mißstimmung hervorgerufen haben. Dies gilt hauptsächlich England gegenüber, das man mit vollem Rechte als den Urheber der Seepolitik der Entente betrachtet. Das hat sich bei mancher Gelegenheit mit voller Deutlichkeit offenbart. Diese Mißstimmung würde der Stimmung Deutschland gegenüber mehr zugunsten gediehet sein, als es der Fall ist, hätte die Art der Kriegführung der U-Boote uns nicht um manches schöne Schiff gebracht; ich möchte übrigens die rechtliche und sittliche Bedeutung dieser Kriegführung, die kein Ding an sich, sondern ein Teil des großen Ganges des Weltkriegs ist, hier natürlich beiseite lassen.

Romantische Politik in Norwegen

Von Albert Dresdner

In der Kunst sind altertümliche Neigungen allemal ein Anzeichen, daß etwas nicht in Ordnung ist: daß es den Künstlern an originaler Schöpferkraft gebricht, daß sie nicht den Mut zur Bejahung ihrer Zeit finden und darum sich Krücken von der Vergangenheit borgen. Ähnliches gilt für die Politik — vielleicht in noch stärkerem Maße. Denn die Politik ist durchaus Wirklichkeit und Gegenwart — für Romantik und Altertümelei ist darin kein Platz. Verliert sie sich in solche, so deutet diese Erscheinung auf eine Schwäche oder eine Verirrung des politischen Sinnes hin. Nur was sich organisch gebildet hat, ist politisch gesund und lebensfähig; künstliche Wiederbelebungen längst vergangener Einrichtungen oder Zustände sind von vornherein zur Kränklichkeit verurteilt und entbehren der eigenen Zeugungskraft — sie bleiben ein totes Glied am Volkskörper.

In Norwegen steht gegenwärtig eine nationale oder vielmehr nationalistische Romantik in voller Blüte. Der Vorgang hat bei uns bisher wenig Beachtung gefunden; er sollte indes doch nicht ganz übersehen werden, da er zum Verständnisse und zur Beurteilung des politischen Seelenzustandes des norwegischen Volkes nicht ohne Belang ist.

Am 26. Juli hat das Storting einen großen „Tauftag" — den ersten von mehreren — abgehalten. Es benutzte die Sitzung dazu, um eine Reihe von altüberlieferten Amts- und Landschaftsbezeichnungen und Namen auf dem Gebiete der kirchlichen und weltlichen Verwaltung umzutaufen. Aus den geistlichen „Stiftern" wurden „Bistümer"; die Bezeichnung der Landesprovinzen als „Amt" wurde in das altnorwegische „fylke" verwandelt. Der Amtmann heißt daher fortab „fylkemand". Es wurde auch vorgeschlagen, ihn in Zukunft „Jarl" zu nennen, allein ein Mitglied bemerkte, der Titel Jarl könne nur dem Premierminister gebühren, und so blieb es bei fylkemand. Die Umtaufe erstreckte sich ferner auch auf die Landschaftsnamen. Das Stift Christiania wurde in ein „Bistum Oslo", das Stift Trondhjem (Dront-

Digitized by Google

heim) wurde in ein „Bistum Nidaros" verwandelt, Stift Bergen in „Bistum Bjørgvin", Stift Tromsö in „Bistum Haalagoland", Stift Christianssand in „Bistum Agder". Das Amt Smaalenene heißt fortab „Austfold fylke". Die Umtaufung des Amtes Christiania, des einzigen rein städtischen Bezirkes im Lande, in „Oslo fylke" wurde nach recht erregter Erörterung vorläufig ausgesetzt, nachdem ein Volksvertreter es als geradezu unanständig bezeichnet hatte, daß man der Stadtvertretung nicht einmal Gelegenheit geben wolle, sich über die Namensänderung zu äußern. Viel helfen wird es übrigens voraussichtlich auch nicht, wenn sich die Hauptstadt gegen den neuen Namen erklären sollte; im Amte Smaalenene haben sich 21 von 24 Bezirksvertretungen gegen die Umtaufe ausgesprochen, ohne daß darauf Rücksicht genommen worden wäre. Über kurz oder lang wird Norwegens Hauptstadt den Namen Oslo führen, und Drontheim und Bergen werden Nidaros und Bjørgvin heißen, denn es liegt auf der Hand, daß man die Namen der Städte nicht unverändert lassen kann und wird, nachdem man die nach ihnen genannten Bezirke bereits umgetauft hat.

Der Grund für diesen seltsamen Taufprozeß liegt darin, daß die bisherigen Namen und Bezeichnungen jetzt für „nicht norwegisch genug" gelten. Zwar mußte in der Besprechung zugegeben werden, daß Bergen und Trondhjem gut norwegische Namen mit vielhundertjähriger Überlieferung seien, aber „Nidaros" soll eben doch noch norwegischer sein, und an „Bergen" wollte Minister Løvland einen deutschen Beigeschmack wahrnehmen. Das Hauptmotiv aber ist eingestandenermaßen, daß man die dänische Zeit und ihre Überlieferungen nach Möglichkeit austilgen will. Über sie hinweg möchte man die Gegenwart des modernen Norwegens mit der altnorwegischen Zeit der Häuptlinge, Jarle und Wikinger verknüpfen, deren Gedächtnis man auch sonst auf jede Weise liebkost und pflegt.

Diese Bestrebungen geben sich sehr historisch — in Wahrheit sind sie ein durch und durch unhistorischer Mummenschanz. Durch und durch unhistorisch ist es, 400 Jahre nationaler Geschichte sozusagen verleugnen zu wollen. Kein Stortingsbeschluß und keine Amtsverfügung kann die Tatsache umstoßen, daß den Sockel, auf dem das heutige Norwegen erbaut ist, die dänische und nicht die altnorwegische Zeit bildet, daß das norwegische Volk jahrhundertelang alles, was es an feinerer Bildung und Kultur empfing, von Dänemark her erhalten und selbst nichts wesentliches dazugeschaffen hat: den Bergenser Holberg rechnen die Dänen mit Recht ihrer Nationalliteratur zu. Ebensowenig wird die Umtaufung von Christiania etwas daran ändern, daß diese Stadt zur altnorwegischen Zeit überhaupt noch nicht bestanden hat, sondern erst von Christian IV., und zwar nicht ganz an der Stelle des alten Oslo, begründet worden ist. Für die Umbenennung der Stifter in Bistümer kann man allenfalls den Grund anführen, daß in der norwegischen Kirchenverfassung (wie in der englischen) sich die Bischofswürde erhalten hat; alle übrigen Neutaufen entbehren der sachlichen Begründung völlig, und es war reich an unfreiwilliger Komik, wie Regierung und

Digitized by Google

Volksvertretung sich mit wetteifernder Anstrengung um die Auffindung von ein paar sachlichen Gründen bemühten — etwa von dem Kaliber, der Name „Bergen" könne zu Verwechselungen Anlaß geben! Es ist ganz etwas anderes, wenn wir die deutschen Namen in Elsaß-Lothringen wieder zu ihrem Rechte gebracht haben. Denn in diesem uns gewaltsam geraubten Lande haben die alten deutschen Namen sich teils der Franzosierung zum Trotze zäh erhalten, wie z. B. Metz, teils haben sie, wie Strasbourg oder Mulhouse, sich nur die Veränderung gefallen lassen müssen, daß die Franzosen sie sich mundgerechter herrichteten. Keiner von diesen Umständen trifft auf den norwegischen Fall zu. Hier ist die Triebkraft vielmehr ausschließlich in einem höchst ungesund überspannten Nationalismus zu suchen. Die nationalistische Überhitzung und Reizbarkeit hat meines Erachtens in Norwegen gegenwärtig einen höheren Grad erreicht als in irgendeinem andern europäischen Lande, und sie bildet einen der Gründe, weshalb weite Kreise in Schweden mit unverhohlenem Mißtrauen auf den westlichen Nachbarn blicken. Einen Hauptträger dieser nationalistischen Gesinnung bildet das Bauerntum, das gegen die von der dänischen Kultur am stärksten beeinflußten Städte eine offene, beinahe gehässige Abneigung bekundet und in der Wiederherstellung vordänischer Zustände eine Anerkennung seiner führenden Stellung erkennen zu sollen glaubt. So hat es unter Ausnutzung der innerpolitischen Konjunktur die altüberlieferte dänisch-norwegische Reichssprache in Schule, Kirche, Presse und Verwaltung Schritt für Schritt zurückgedrängt und schickt sich soeben an, durch eine Neuordnung, die fälschlich als Rechtschreibungsreform bezeichnet wird, ihr einen neuen schweren Schlag zu versetzen. Dem gleichen Geiste entstammt das Bestreben, dem öffentlichen Leben des Landes ein altnorwegisches Namenskleid überzuwerfen. Schwer verständlich ist es, daß auch gebildete Kreise sich diesem Bestreben haben anschließen können, und es bleibt keine andere Erklärung, als daß ein verstiegenes und doch ein wenig nach Emporkömmlingstum schmeckendes Nationalgefühl sie zu dieser Verirrung verleitet hat, die zur politischen Stillosigkeit führt. Wenn etwa Herr Cohn die Laune hätte, seinem Sohne den Vornamen Teutobach beizulegen, so würde alle Welt lachen, und wenn Herr Gunnar Knudsen zum „Jarl von Norwegen" aufrücken sollte, so wird sie gleichfalls lachen. Ein in Wirklichkeit ganz junges und modernes Staatswesen behängt sich nicht mit dem vertragenen Putze einer hoffnungslos abgestorbenen Zeit, wenn es ein gesundes Selbst- und Stilgefühl hat.

Für das heutige Norwegen gibt es keine dringendere Kulturaufgabe als eine gründliche Europäisierung. So modern und fortgeschritten man sich auch in Norwegen dünkt: in Wahrheit ist viel Rückständigkeit vorhanden, und das Land wird noch durch viele große und tiefe Erlebnisse gehen müssen, ehe es wirklich auf der Höhe schöpferischen europäischen Geisteslebens angelangt ist. Vielleicht am meisten gilt das für das politische Denken der Norweger, das wahrhaft noch in den Kinderschuhen steckt und vorläufig noch als durchaus dilettantisch zu bezeichnen ist. Und da ist es denn lehr-

Digitized by Google

reich, daß auch in der Frage der Umtaufen nicht nüchterne realpolitische Erwägung, sondern eine falsche politische Sentimentalität den Ausschlag gegeben hat. Wer diesen Zug beachtet, dem wird es leichter werden, manche merkwürdige und befremdliche Leistungen und Eigentümlichkeiten der norwegischen Politik in diesen letzten kritischen Jahren zu beurteilen und zu verstehen.

Die Freiheit der Welthandelsstraßen

Von O. Sperber, Berlin

Das Schlagwort die Freiheit der Meere wirkt heute insofern allgemein irreführend, als es durchweg lediglich im rein politischen Sinne aufgefaßt wird. Wenige nur verstehen darunter, daß in Wirklichkeit damit die „Freiheit der Welthandelsstraßen und des Welthandels" verstanden werden muß. Wenn es sich dabei auch um eine wirtschaftspolitische Frage handelt, so neigt sie dennoch mehr nach der rein wirtschaftlichen wie politischen Seite hin. Die Richtigkeit dieser Auffassung geht schon daraus hervor, daß England als Beherrscherin der Welthandelsstraßen nicht nur für Deutschland und dessen Verbündete diese Handelsstraßen gesperrt hat, sondern auch für die Neutralen und dadurch deren gesamtes Wirtschaftsleben verkrüppelte.

Eine durch Rechtsregeln vollkommen gesicherte Freiheit der Welthandelsstraßen oder des Seehandels in Kriegszeiten ist ein Traum, der endgültig ausgeträumt ist. Diese Erkenntnis ist der gesamten Handelswelt in dem herrschenden Weltkriege geworden, und alle Handelsnationen, ohne Ausnahme, haben Englands Macht auf den Weltmeeren erfahren und sich vor ihr beugen müssen.

Dadurch, daß England die hauptsächlichsten Welthandelsstraßen mit Hilfe seiner maritimen Stützpunkte beherrscht, ist der gesamte Welthandel von Englands Wohlwollen heute in Wirklichkeit abhängig. Erst der Weltkrieg hat allen den Beweis erbracht, daß die englische Seemacht tatsächlich in der Lage ist, den gesamten Welthandel von Freund und Feind zu unterdrücken oder sich selbst nutzbar zu machen. Vor dem Kriege wollte niemand daran glauben, und die früheren Warner wurden verlacht oder auf die bestehenden, und auch von England anerkannten, Regeln des Völkerrechts hingewiesen.

Niemand wollte und konnte es glauben, daß England je dazu schreiten und selbst Gewalt anwenden würde, um auch den neutralen Handel in Kriegszeiten zu unterdrücken. Der Weltkrieg hat aber allen den vollgültigen Beweis erbracht, daß Seebeute-, Bannware- und Blockaderecht, in englischer Auslegung, heute eine „unheilige Dreieinigkeit" bildet. Es sind dies drei Fesseln des Seehandels, die so fest ineinandergefügt sind, daß, sobald die eine gelockert oder zerstört wird, die andere nur um so verderblicher wirkt.

Digitized by Google

Englands Machtherrschaft zur See hat daher auch der Welt den unumstößlichen Beweis erbracht, daß die Welt unter allen Umständen gleichmäßig an der Freiheit der Welthandelsstraßen interessiert ist. Alle Neutralen seufzen heute unter dem Drucke, den England auf allen Welthandelsstraßen direkt und indirekt auszuüben imstande ist und auch rücksichtslos ausübt.

Holland, der einzige neutrale Staat mit nennbarem eigenen Kolonialbesitz und der die Produkte seiner Kolonien zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftslebens dringend bedarf, sieht sich trotzdem durch Englands Seeherrschaft von seinen Kolonien abgeschnitten. Holland muß zusehen, wie das eigene Volk an Rohstoffen aller Art Mangel leidet, während in seinen Kolonien die so dringend benötigten Rohstoffe und Produkte aus Mangel an Absatz verkommen müssen. Die Beschränkungen, die England durch seine Seeherrschaft Holland aufzwingt, verhindern sogar die notwendige regelmäßige Verbindung zwischen den Kolonien und dem Mutterlande, so daß auch der politische Einfluß Hollands in seinen eigenen Kolonien täglich mehr und mehr schwindet.

Den übrigen neutralen Ländern ergeht es nicht besser. England zwang sie, um ihre Schiffe auszuliefern, ihren Handel und den gesamten Verkehr unter englische Kontrolle zu stellen und so zum tatsächlichen Vasallen Englands zu werden. Es sind bittere und sehr teure Lehren, die das gesamte neutrale Ausland durch die englische Seeherrschaft während des Weltkrieges empfangen hat.

Hätten die Neutralen bei Ausbruch des Weltkrieges geahnt, welche Gefahr ihnen von seiten der englischen Seeherrschaft in Wirklichkeit drohte, ein Zusammenschluß ihrerseits wäre zweifellos erfolgt, der zu Anfang des Krieges auch von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Die Neutralen haben es daher auch ihrer eigenen Kurzsichtigkeit, und nicht zum geringen Teile ihrem Provithunger, zuzuschreiben, wenn sie heute ausnahmslos mit ihrem Überseehandel und dem eigenen Wirtschaftsleben unter der brutalen Faust der englischen Macht leiden.

Während nun die Welt schon seit vielen Jahren voll von dem Geschrei des sagenhaften deutschen Militarismusmus ist, verlautete über den tatsächlich alles beherrschenden englischen Marinismus kein Wort. Der Vorgang ist bezeichnend und schließt für jeden denkenden Menschen auch ohne weiteres den Beweis in sich ein, daß England der Drahtzieher hinter den Kulissen war, um die Welt mit dem sagenhaften deutschen Militarismus zu hypnotisieren, damit England selbst, unbeobachtet, seinen eigenen Marinismus ungestört frönen konnte.

Um seine Seeherrschaft auszubauen und zu befestigen, vernichtete England grundsätzlich seit Jahrhunderten alle Kriegsflotten, die ihm gefährlich werden konnten. Die spanische, französische und niederländische Flotte wurde von England in früheren Zeiten vernichtet. Auch die Dänemarks, der Türkei und Rußlands erlitten das gleiche Schicksal. Hand in Hand mit dieser systematischen Flottenvernichtung betrieb England

Digitized by Google

die Besetzung aller wichtigen verkehrsgeographischen und strategischen Punkte in der Welt. Ein Blick auf die Weltkarte beweist klar und deutlich, daß England seit Hunderten von Jahren zielbewußt die Weltherrschaft durch die Kontrollierung aller Welthandelsstraßen angestrebt und auch in Wirklichkeit erreicht hat. Wohin das Auge blickt, alle wichtigen strategischen und verkehrsgeographischen Punkte befinden sich in englischen Händen und sind zumeist auch derartig militärisch ausgebaut, daß sie in Wirklichkeit feste englische Bollwerke bilden.

Wohl behauptet England selbst in den heutigen Tagen noch, daß es lediglich aus dem Grunde die strategischen Punkte zur Beherrschung der Welthandelsstraßen besetzt habe, um die Schiffahrt aller Nationen vor der früher so blühenden Seeräuberei genügend zu schützen. Daß es sich bei dieser Behauptung wieder um eine echt englische handelt, braucht kaum erwähnt zu werden. Die Vernichtung aller starken Flotten durch England in früheren Jahren straft diese englische Behauptung außerdem der Lüge.

Zweifellos liegt in der Auswahl der englischen Flottenstützpunkte zur Kontrollierung der Welthandelsstraßen ein wohldurchdachtes System. Sämtliche Südspitzen Europas, sämtliche Südspitzen Asiens und sämtliche Südspitzen der drei großen Festlandsmassen Amerikas, Afrikas und Australiens befinden sich in englischen Händen. Durch eine geschickte, sorgfältige Verteilung seiner Stützpunkte befindet sich England daher auch tatsächlich in der Lage, alle Welthandelsstraßen zu kontrollieren. Für Deutschland und Holland, sowie ganz Skandinavien kommt noch hinzu, daß die beiden Ausgänge des deutschen Meeres von Dover und von den Orkney- und Shetlandsinseln aus in sehr wirksamer Weise beherrscht werden, und die Absichten Englands auf Island lassen deutlich erkennen, daß England auch heute noch dahin strebt, seine Seeherrschaft weiter auszubauen.

Aus allem geht klar und deutlich hervor, daß England nicht nur seit langer Zeit zielbewußt nach der Beherrschung der Welthandelsstraßen gestrebt, sondern das Ziel auch restlos erreicht hat.

Die Schwerkraft der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel Englands liegt, noch mehr im Kriege wie im Frieden, in seiner Seeherrschaft. Die Flotten- und Kohlenstationen auf den Normannischen oder Kanalinseln an Frankreichs Küste geben England die Kontrolle über den englischen Kanal. Gibraltar, Malta, Cypern, Suez sichern ihm die Macht im Mittelmeere. Aden, Bombay, Colombo, Kalkutta und Singapore die Vorherrschaft im Indischen Ozean. Der Besitz von Honkong, Neu-Guinea, Australien, Neuseeland wieder die Beherrschung der Welthandelsstraßen in der Südsee, während der Besitz von Neu-Fundland, Kanada, Bermuda, Jamaika, Trinidad, Guyana und den Falklandsinseln England auch die Kontrolle in amerikanischen Gewässern sichert. Ebenso stehen alle Zufuhrstraßen Afrikas unter englischer Kontrolle. Die Beherrschung der Weltmeerstraßen durch England ist somit eine restlose.

Digitized by Google

Vergegenwärtigt man sich diese Seeherrschaft Englands, dann begreift man leicht was wirtschaftspolitisch unter der Forderung „Freiheit der Meere" in Wirklichkeit zu verstehen ist.

An dieser Forderung sind aber nicht nur die Mittelmächte, sondern alle Nationen der Welt interessiert. Solange England durch seine Kohlenstationen in allen Meeren der Welt den Welthandel sich tributpflichtig machen kann, solange bleibt auch der Welthandel von der englischen Kontrolle abhängig. Der Weltkrieg hat auch den vollgültigen Beweis erbracht, daß Kohlenverweigerung und ähnliche Maßregeln Englands den Handel irgendeines Landes völlig auszuschalten imstande ist. Auch der Beweis wurde durch den Krieg erbracht, daß England rücksichtslos alle Mittel anwendet, um Handel und Wandel, auch den der Neutralen, zu unterdrücken, wenn dies im englischen Interesse liegt.

England kämpft daher auch heute lediglich um seine bedrohte Seeherrschaft und um nichts anderes. Ein geschwächtes England kann die zusammengestohlenen Stützpunkte an den Welthandelsstraßen nicht halten, und der Verfall der englischen Seeherrschaft wäre damit gegeben.

Die neueste und zweifellos ernsteste Kriegszielforderung Englands lautet daher auch: „die Herausgabe allen Schiffsraumes von Englands Feinden" zu erzwingen. Die Forderung wurde schon im Jahre 1916 von dem englischen Handelsamte aufgestellt und jetzt wieder mehrfach wiederholt. Die Forderung geht sogar noch weiter und verlangt Maßnahmen, die den Wiederaufbau der Schiffahrt der heutigen Feinde Englands dauernd lahmlegen.

England strebt also zielbewußt und mit aller Energie daraufhin, Deutschlands Handelsflotte auszuschalten und sich selbst nutzbar zu machen. Die Ausschaltung der deutschen Handelsflotte und ihre Einverleibung in die englische würde aber auch England volle Entschädigung für alle Kriegsverluste bringen. England wäre dann in der Lage, auf dem Weltmarkte ein Frachtmonopol zu errichten und sich dadurch den gesamten Welthandel tributpflichtig zu machen.

Die englischen Absichten sind um so schwerwiegender, weil England es nicht nur auf die deutsche Handelsflotte, sondern zweifellos auch auf die der Neutralen selbst abgesehen hat. Gegen leere Versprechungen haben die Neutralen ja bereits einen großen Teil ihrer Handelsflotten an England ausgeliefert und damit die Voraussetzungen ihrer Friedenswirtschaft an England abgetreten. Die Neutralen haben durch die Hergabe ihrer Schiffe an England sich ihrer weltwirtschaftlichen Freiheit bereits selbst beraubt. Ein englischer Sieg würde sie daher alle ausnahmslos in den Bann und die Knechtschaft der englischen Seeherrschaft und Schiffahrtsmonopols zwängen.

Wenn daher Deutschland und seine Verbündeten das Kriegsziel: „Die Freiheit der Meere" aufstellen, so ist das Ziel nicht ein solches, daß ihnen alleine, sondern der ganzen Welt von höchstem Nutzen ist. Unter allen Umständen wird mit Erreichung des

Digitized by Google

Kriegsziels der Mittelmächte der gesamten zivilisierten Welt ein viel größerer Dienst erwiesen, wie durch die Behauptungen unserer Gegner, daß sie in den Kampf gezogen sind, um die Welt der deutschen Militarisierung zu befreien.

Die Freiheit der Welthandelsstraßen ist in zunehmendem Grade ein gemeinsamer Vorteil für alle die Staaten, die nicht imstande sind, allein gegen England sich aufzulehnen. Selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika, ob sie wollen oder nicht, werden sich mit der Zeit ebenfalls gezwungen sehen, mit aller Macht für die Freiheit der Welthandelsstraßen einzutreten. Im anderen Falle würden sie nur zu bald mit ihrem Handel zu einem Vasallen Englands herabgedrückt werden.

Die Aufhebung und Zerstörung der englischen Seeherrschaft würde in Wirklichkeit den gesamten Welthandel von einer drückenden Bevormundung befreien. Die Gefahr, daß eine andere Macht jemals wieder die Möglichkeit haben würde, sich in den Besitz aller Punkte zu setzen, die notwendig sind, um alle Welthandelsstraßen unter eine einzige Kontrolle zu bekommen, kann als ausgeschlossen betrachtet werden. Die Staaten, denen England in unruhigen Zeiten alle die Punkte gestohlen hat, die notwendig waren, um die Welthandelsstraßen zu kontrollieren, sind heute zu weit in ihrer wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung fortgeschritten, um ohne weiteres wieder vergewaltigt zu werden. Anderseits aber hat die Welt auch zu bitter erkennen lernen müssen, was es für den Welthandel bedeutet, wenn die Kontrolle der Welthandelsstraßen in einer einzigen Hand ruht. Schwächeren Staaten würden daher, bei einer drohenden Vergewaltigung, die stärkeren willig hilfreich beispringen.

Das weiß auch England sehr wohl. Deswegen sträubt es sich auch, kämpft dagegen und läßt seine Verbündeten bis zum Weißbluten kämpfen. Als der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 die Befreiung der Weltmeere von der englischen Seeherrschaft als Kriegsziel aufstellte, verließ selbst die kühlsten englischen Politiker ihre erhabene Ruhe und das Gefühl der Überlegenheit. Die Londoner „Times" aber schrieb dazu kurz und bündig:

„Für uns ist unsere ‚Freiheit der Meere' eine Daseinsbedingung, und solange wir als Nation weiter bestehen, werden wir jene Freiheit durch völkerrechtliche Übereinkommen oder friedensschwärmerische Abmachungen ebensowenig verschachern, wie ein freier Mann sich in Sklaverei verkauft."

Lloyd Georges hingegen sagte noch Anfang 1918 über die deutsche Forderung folgendes:

„Die Freiheit der Meere ist ein sehr elastischer Begriff. Wir sitzen auf einer Insel und müssen mit der größten Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See zu beschützen, beeinträchtigen könnte. Wir müssen uns sorgfältig vor jedem Verluste und vor jeder Störung schützen, die unsere Schiffahrt belästigen könnte. Die Schiffahrt allein hat uns bis jetzt die Möglichkeit gegeben zu existieren."

Mit anderen Worten denkt England gar nicht daran, die Freiheit der Welthandels-

Digitized by Google

straßen auch nur in Erwägung zu ziehen. Die Äußerungen der englischen Staatsmänner, Politiker und die der gesamten Presse zu dieser Frage beweisen nur zu deutlich, daß England keinesfalls auf die unbeschränkte Beherrschung der Welthandelsstraßen verzichten will.

Der italienische Abgeordnete Torre hat daher auch zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen, als er am 16. Februar 1913 im „Corriere della Sera" schrieb:

„Letzten Endes ist die Freiheit der Meere ein Wort, das soviel gilt, wie es England paßt."

Die Freiheit der Weltmeere und Welthandelsstraßen ist daher eine Kulturfrage von allergrößter Bedeutung, und wenn diese Frage durch den Weltkrieg befriedigend gelöst wird, dann ist es ein Gewinn von größter Bedeutung für die ganze Welt.

Der englisch-amerikanische Druck auf die russische Volkswirtschaft

Von Dr. Julius Luebeck, München

Während die russische bis zum Kriege von hochfliegenden Plänen beherrscht werden konnte, die dahin gingen, über Persien zum Persischen Golf vorzudringen, die Balkanländer sich untertänig zu machen und die österreichisch-ungarische Monarchie zu zertrümmern, haben die großen Niederlagen des Krieges und weiter die Revolution dahin geführt, daß es von seinen eigenen Freunden, insbesondere England und Amerika, in derselben Weise friedlich erobert wurde, wie es selbst asiatische Länder in Abhängigkeit gebracht hat. Dafür hat Lujo Brentano in Heft 4 der von Palatinus herausgegebenen Schriftenfolge zur Neugestaltung deutscher Politik aus reichem Material sehr wertvolle Belege erbracht, welche vor kurzem unter dem Titel „Rußland der kranke Mann" bei Georg Müller (München 1918) erschienen sind.

Zunächst gingen die Engländer darauf aus, den ganzen Absatz von Waren in Rußland, den die Deutschen bis dahin hatten, an sich zu reißen. Dabei ist man in einer für die Engländer ungewöhnlich systematischen Weise vorgegangen. Man hat eine große Zahl Lehrkurse der russischen Sprache eröffnet und englische Handelsemissäre nach Rußland geschickt; englische Firmen haben, was sie früher nie getan, nach deutschem Muster Kataloge ihrer Erzeugnisse herstellen lassen, Ausstellungen ihrer Erzeugnisse in Rußland veranstaltet und ihre Vertreter Rußland bereisen lassen.

Weiter wurde, je länger der Krieg dauerte, um so rücksichtsloser die finanzielle Notlage Rußlands von England ausgenützt, um sich der natürlichen russischen Hilfsquellen zu versichern. So haben englische Finanzkreise nach dem Bericht des Stockholmer „Aftonbladet" vom 10. Juni 1917 die Kontrolle über die einträglichsten gewerblichen Unternehmungen in Rußland an sich gerissen. Ein großer Teil der Eisen- und Kohlenlager im Donezgebiet, sogar die kernrussische Webstoffindustrie in den

Digitized by Google

Gebieten von Moskau, Synja und Ivanovo-Wossnesensk steht gegenwärtig unter englischer Aufsicht. Im April 1917 verlautete, daß die Engländer sogar die Verpfändung von Estland und Livland sowie großer Küstenpunkte und Inseln im Finnischen Meerbusen verlangt hätten. Bitter schrieb am 20. Mai 1917 die russische Zeitung „Utro Rossii": „Man sagt von den Engländern, sie nehmen alles, uns geben sie nichts."

Für die Amerikaner ist im Gegensatz zu den Engländern das systematische Vorgehen von jeher charakteristisch gewesen. Es kennzeichnete auch ihre „Durchdringung" Rußlands. Wirtschaftliche Sachverständige wurden von großen Finanzinstituten schon 1916 nach Petersburg geschickt, um die finanzielle und industrielle Lage Rußlands festzustellen.

Die größte Anziehungskraft für das amerikanische Kapital hat Sibirien ausgeübt. Gutschkow sprach als Minister von einem Konsortium amerikanischer Finanzleute, die 100 Millionen Dollars bereit gestellt hatten, um in Sibirien Eisenbahnen zu bauen, Bergbau zu treiben und Industrieunternehmungen aller Art ins Leben zu rufen. Durch die lange Dauer des Krieges ist es dem englischen und amerikanischen Kapital mehr und mehr gelungen, sich aller lukrativen Unternehmungen Rußlands zu bemächtigen. So war die russische Eisenindustrie fast vollständig vom internationalen Finanzkapital abhängig geworden. Auch die reichsten Eisen- und Manganerzvorkommen in den wichtigsten Bergrevieren waren geradezu ein Monopol des Auslandkapitals geworden. Ganz in den Besitz von Franzosen und Engländern war der russische Goldbergbau gelangt. In der russischen Naphtaindustrie spielten die amerikanischen Finanzgruppen die beherrschende Rolle. Alle die reichen Naturschätze Rußlands waren allmählich nur dem Namen nach mehr russisch geblieben.

Da kamen die Bolschewiki zur Herrschaft. Die maximalistische Gesetzgebung aber bedeutete einen sozialen Umsturz, der an Gründlichkeit alle Umwälzungen, von denen die Geschichte berichtet, weit hinter sich läßt. Jetzt gingen den Franzosen Milliarden über Milliarden verloren, auch die Engländer und Amerikaner verloren nunmehr alle Vorrechte auf Nutzbarmachung der unbegrenzten Möglichkeiten, die Rußland bietet, welche sie vom russischen Volke in Ausbeutung seiner Notlage während des Krieges erpreßt hatten. Welch politisches und wirtschaftliches Schicksal auch immer künftighin Rußland noch bevorstehen wird, soviel ist gewiß, — Luzo Brentano hat es in der lesenswerten Arbeit überzeugend dargetan — daß keine Erneuerung Rußlands jemals diesem Volke wiederum wird solche wirtschaftliche Fesseln auferlegen können, wie es vor allem Rußlands „Freunde" während des Krieges, England und Amerika, bis zur Herrschaft der Bolschewiki getan haben.

Digitized by Google

Die Mutter als Erzieherin

Von Ruth von Kleist-Retzow

Hatten vor dem Kriege Genußsucht und Geldgier die Menschheit — gerade auch die Gebildeten — erfaßt, war die Hand in Hand damit gehende Veräußerlichung und Oberflächlichkeit beängstigend geworden, so dürften nach dem Kriege noch andere Gefahren hinzutreten, die nicht minder verhängnisvoll auf die Entwicklung der Jugend wirken könnten. Ich erinnere nur an die durch die Kriegsnot hervorgerufene sittliche Verwilderung, das weit gewordene Gewissen, an die Nörgelsucht, die Kritik gegen alles und jedes. Wir wissen nicht, welchen Zeiten unsere jetzt heranwachsenden Töchter und Söhne entgegengehen werden. Wir wissen nur, daß es wesentlich von ihnen abhängen wird, wie sich die Zukunft gestaltet, die so undurchdringlich dunkel vor uns liegt. Und wir wissen darum, daß es wichtiger denn je ist, sie zu Menschen heranzubilden, die den Forderungen der Zeit gewachsen sind. Unabweisbar tritt daher die Aufgabe an alle, die mit Erziehung zu tun haben, heran, sich mit der vollen Kraft ihres Könnens dafür einzusetzen, daß ein starkes Geschlecht erstehe. Kostbarstes Blut ist geflossen. Oft scheint es, als wähle ein grausamer Tod gerade unter den Besten seine Opfer. So werden wir mehr denn je für die Zukunft starke und aufrechte Männer und Frauen brauchen, die den kommenden Stürmen standhalten. Aus der Masse der Durchschnittsmenschen, die ihr Leben hinbringen wie ein Geschwätz — kraftvolle, zielbewußte, dem Wohle des Ganzen dienende Gestalten — Persönlichkeiten.

Was können wir tun, um an unserm Teil dieses Ziel zu erreichen? Die Erziehung in der Kinderstube bildet die natürliche Grundlage für jeden Aufbau. Was in jenen Jahren versäumt wurde, bringt sich schwer oder gar nicht ein. Die Aufgabe der Kinderstubenerziehung ist es, kurz gesagt, den kleinen Menschen so weit zu bringen, daß er sich selbst erzieht. Darüber hinausgehend muß er das Ziel kennen, für welches er sich selbst erziehen soll. Wenn ein Kind den ersten Kinderschuhen entwachsen ist, also etwa mit dem 15. Lebensjahre, muß diese Vorarbeit beendet sein. Der kurze Befehl: Du sollst, Du sollst nicht, ist jetzt vom Übel. Viele Eltern verpassen den Übergang von Erziehung zu Einwirkung; sie wollen meist nachträglich bessern, was in früherem Zeitpunkt versäumt wurde, sie verbittern stattdessen, sie verscherzen sich den hochwichtigen Einfluß, den sie gerade in jenen Jahren auszuüben bestimmt sind.

In dem heranwachsenden Kinde regt sich der erste Trieb zur Selbständigkeit, der Wunsch, Eigenes, nicht Vorgeschriebenes zu schaffen, das Verlangen nach eigener, selbst-gewonnener Meinung. Wie verhängnisvoll, wenn Eltern diese gesunden, natürlichen Triebe nicht verstehen, wenn sie aus ängstlicher Sorge um das eigene Ansehen jede freie Regung des werdenden Menschen unterdrücken, anstatt seinem Tasten, den schüchternen Versuchen zur Entfaltung eigener Art freundlich entgegenzukommen.

Digitized by Google

Gewiß gibt es unantastbare Rechte der Eltern. Man hört zuweilen von Familien, in denen die Kinder den Eltern so über den Kopf gewachsen sind, daß es fast den Eindruck macht, als duckten sie sich vor ihnen. Ein trauriger Beweis dafür, daß die Arbeit der Eltern in der Kinderstube grobe Versäumnisse aufzuweisen hat. Eltern sollen und müssen immer das Oberhaupt der Familie bleiben, die Präsidenten der Republik, deren Stimme in Zweifelsfällen den Ausschlag gibt. Aber manche Eltern glauben nicht, daß es auch Rechte der heranwachsenden Kinder gibt. Manche sind der Meinung, daß ihre Kinder gleichsam die Einfassung, den Schmuck ihres eignen Lebens bilden sollen. Sie verkennen, daß mit dem Austritt aus der Kinderstube das eigene Anrecht an Lebensbetätigung für die Kinder beginnt. Es ist nicht zu leugnen, daß an dieser Stelle ein Zusammenstoß der Rechte und Interessen möglich ist. Wie unendlich wichtig ist es daher für die Eltern, den Schlüssel zu finden, der ihnen weitestgehenden Einfluß sichert, die Kinder vor jeder Gefahr der Verbitterung oder Entfremdung schützt!

Man möge mich nicht mißverstehen, wenn ich die volle Verantwortung ausschließlich den Eltern zumesse. Nie habe ich es verstanden, wenn Eltern über ihre Kinder, z. B. Mütter über das Verhältnis zu ihren Töchtern klagen. Die „schwierigen" Kinder heißt es da. Ja, warum sind sie denn schwierig geworden? Weil wir sie verkehrt behandelt haben. Sehen wir doch einmal mit offenen Augen, wie sich schon in der frühesten Kinderstube jedes Hingehenlassen einer Unart, jede Versäumnis rächt. Wir können es ja mit Händen greifen, wenn wir bereit dazu sind. Wollen wir uns nach 15, 20 Jahren wundern, daß die ausgewachsenen, nicht eingedämmten Fehler uns zu nahe treten? — Vielleicht gibt es Veranlagungen, die wir Eltern so, wie wir nun einmal sind, gar nicht behandeln können. Aber auch diese Möglichkeit (vorausgesetzt, daß wir es nicht mit krankhaften Kindern zu tun hatten), ändert nichts daran, daß wir die Folgen unserer eignen Unfähigkeit vor uns haben, wenn wir Grund zur Klage über unser Verhältnis zu unseren erwachsenen Kindern haben. Irgendwie, irgendwann haben wir es einmal falsch gemacht. Was wir beklagen, ist die reif gewordene Frucht irgendeiner Saat, die wir selbst streuten, oder von anderen streuen ließen. Warum dieser Tatsache nicht voll ins Auge sehen wollen? Sie wird uns vielmehr die rechte Stellung zu den Schwierigkeiten, mit denen wir uns nun abzufinden haben finden helfen.

Der werdende Mensch hat Rechte, die wir beachten müssen. Wir finden ohne jede Mühe den Weg zu ihrer Behandlung, wenn wir bis dahin nicht nur unsere Kinder zur natürlichen Rücksichtnahme erzogen haben, wenn wir nun auch bereit sind, selbst Rücksichtnahme auszuüben. Jedes Gemeinschaftsleben unter Erwachsenen erfordert Opfer. Gerade darum ist das Familienleben so gesund, so heilbringend für die einzelnen Glieder, weil es eben Opfer fordert, Opfer, die sich auf der gegenseitigen Achtung vor der Persönlichkeit des anderen — auch auf der Achtung vor der Persönlich-

Digitized by Google

keit unseres Kindes — gründen. Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern muß ein gutes sein. Es gibt kein Opfer, das zu groß wäre für diesen Zweck, es gibt keine Mühe, die zu mühsam wäre, um es zu erreichen. Dauernde Reibungen schädigen die Entwicklung des Menschen. Es muß ein Weg gefunden werden, sie zu vermeiden. So wichtig die Oberhoheit der Eltern im Familienkreise ist, so wünschenswert es ist, daß sie ihr Ansehen bei den heranwachsenden und erwachsenen Kindern bewahren, so hat doch diese Frage allemal hinter der anderen, viel wichtigeren, zurückzutreten: Habe ich das volle Vertrauen meiner Kinder? Das Vertrauen bildet die einzige Brücke zur Beeinflussung. Fehlt es hieran, so werden sich die Kinder nach ihren natürlichen Anlagen, nach ihren Neigungen, nach den guten oder schlechten Einflüssen anderer, jedenfalls aber nicht nach dem unsrigen entwickeln. Ich danke es noch heute dem Professor der Theologie v. Nathusius, daß er mir einst bei Besprechung dieser Frage im Verhältnis zum Schulleben sagte: „Sorgen Sie dafür, daß Ihre Söhne Ihnen jede verübte Dummheit mitteilen, und richten Sie dann Ihre Antwort so ein, daß sie Ihnen die nächste Dummheit ebenfalls sagen. Vor allem, halten Sie keine Moralpredigten." Meine Söhne haben mir als Männer versichert, daß sie mir nichts verheimlicht haben. Sie meinten, es sei ja gar nicht „nötig" gewesen! Und ich glaube sagen zu dürfen, daß ich trotzdem diese Dummheiten nicht leichtfertig behandelt habe. Ich habe sie ernst und zurechthelfend, aber so besprochen, wie man unter Kameraden spricht und den Gouvernantenton, vor dem man gar nicht genug warnen kann, vermieden.

Wie man unter Kameraden spricht! Das ist das ganze Geheimnis zwischen Eltern und Kindern, überhaupt zwischen Alter und Jugend, wenn man Einfluß haben will. Wird es nur deshalb für so schwer erachtet, weil man dabei den Verlust der eignen Oberhoheit befürchtet? Aber wie wenig gründet sich wahre Achtung auf diese äußerliche Seite im Umgang mit Jugend. Daß man mit ihnen lachen kann, daß man mit ihnen fühlt, ja, daß man sogar ihre Streiche verstehen kann, das gewinnt uns ihre Herzen. Können wir sie dann etwa nicht verstehen? Dann freilich fehlt ein wichtiges Bindeglied zwischen ihnen und uns. Aber wie ist das möglich? Wir waren doch selbst einmal jung und unerfahren, — unser Herz hing doch an den nämlichen, uns jetzt wertlos erscheinenden Dingen. Wir brauchen nur einen Sprung zurückzutun in die eigene Jugend.

Freilich möchten wir nicht, daß unsere Kinder nun ausgerechnet alle unsere eignen Torheiten uns nachmachen müßten, — wir möchten es um ihretwillen nicht — wir möchten ja, wie alle natürlich empfindenden Eltern, daß sie uns übertreffen möchten, daß sie vollkommener, daß wir in ihnen vollkommener würden. Aber gerade darum ist es ja so richtig, daß wir sie ganz verstehen, daß wir ihr volles Vertrauen haben, weil wir hier, ohne daß sie es störend empfinden, ihnen von unserer Reife der Erfahrung abgeben können. Ratschläge werden nur da angenommen, wo der Freund

Digitized by Google

zum Freunde — nicht der Erzieher zum Zögling — spricht. Was ist jetzt wichtiger — das bißchen lumpige Autorität — oder der sieghafte Einfluß, den wir ausüben können! Das eine ist klar. Wenn wir Jugend beeinflussen wollen, müssen wir selbst jung fühlen können, wie ein 16jähriger Backfisch oder ein 18jähriger Abiturient. Noch mehr. Es genügt nicht, daß wir uns in unsere eigene Jugend zurückversetzen können. Unsere eigene Jugend war in vieler Beziehung ganz anders, als es die heutige ist. Nein, wir müssen so viel Spannkraft, so viel Verständnis, so viel Liebe zur Jugend haben, daß wir sie in ihrer heutigen Gestalt begreifen können, daß wir die Stufen der Entwicklung, die Jugend von einer Geschlechterfolge zur andern durchmacht, mitleben, mitverstehen können.

Nur einige Vorschläge zur Erreichung des Ziels, der Einflußgewinnung auf die Jugend, seien angeführt. Zunächst werden wir in unserm Alltagsdasein zu prüfen haben, wieviel Zeit wir für unsere Kinder übrig haben. Es ist bei nahem Besehen erstaunlich, wie wenig davon auch die besten Eltern ihnen widmen. Zeit haben für ein Kind heißt nicht: mit einander essen, für sein körperliches Wohl sorgen, es zu Schularbeiten, zum Spazierengehen anhalten, — es heißt Stunden des Zusammenseins haben, in denen die Interessen des Kindes unter Ausschaltung der eigenen im Vordergrund stehen — es heißt: lauschen auf ihre Gedanken, eingehen auf ihre Erwägungen. Zuhören. Ein solches Zeit-haben für die Kinder belohnt sich tausendfach. Es ist die Grundlage zu dem Vertrauensverhältnis, welches wir ersehnen. Sorgen wir dafür, daß die gewiß notwendigen Anregungen und Ablenkungen unseres Erlebens uns nicht zu Feinden werden. Es läßt sich in der Tat nicht vereinen, daß man eine Schar von fünf Kindern erzieht und gleichzeitig eine Vereinstätigkeit im großen betreibt. Wir werden, selbst wenn wir Gaben auf diesem Gebiet haben, sie einstweilen zurückstellen müssen gegen die größere, die nie wiederkehrende Aufgabe der Erziehung und Beeinflussung unserer Kinder. Auch die Geselligkeit, auch die häusliche Tätigkeit können zur Feindin unserer höchsten Aufgabe werden. Auf die Frage: „Erzählst du das nicht deiner Mutter?" kann man oft genug die Antwort bekommen: „O nein, sie hat so viel zu tun; ich würde sie nur belasten." Nein, wir dürfen nicht zu viel zu tun haben. Es ist ganz gleichgültig, ob ein paar Kleinigkeiten oder auch Wichtigkeiten des Haushaltes versehen werden, wenn wir durch die Sorge um all den Kram nicht mehr Zeit und Ruhe finden, um zu hören, was unsere Kinder und besonders die heranwachsenden uns zu sagen haben. Eine festgesetzte Stunde Zeit am Tage für Kinder. Ist es zu viel gefordert?

Weiter ist es wichtig, daß wir die Jugend unser Mitleben fühlen lassen. Lassen wir uns Zeit für sie, so erwacht unser Interesse an ihren Interessen ganz von selbst. Ist unser Interesse aber lebendig geworden, so ergibt sich das Mitleben wiederum von selbst. Wie beglückt es die Kinder! Unser Einflußkreis vergrößert sich ins Ungemessene. Wenn wir mit unseren Söhnen und Töchtern leben, kennen wir auch ihre

Digitized by Google

Freunde und Freundinnen, was außerordentlich wichtig ist. Kennen wir aber auch, und das ist eine andere bedeutsame Forderung, die Freistunden unserer heranwachsenden Kinder? Wir sollen nicht nur, — wir können es erreichen, genau Bescheid darüber zu wissen, wenn wir ihr Vertrauen besitzen.

Soll man heranwachsende Kinder aus dem Hause geben? Ich nehme keinen Anstand zu sagen: Niemals ohne Not. Es ist wahr, daß manche Eltern schlechtere Erzieher sind, als fremde Erzieher. Dennoch behaupte ich, daß, sofern sie überhaupt den Wunsch haben, ihre Kinder zu erziehen und zu guten Menschen zu machen, ihre erzieherischen Fehler noch immer tausendmal besser sind, als die anderer Menschen. Vor allem aber behalten die Kinder das wundervolle, uneingeschränkte Wurzelrecht in der Familie, das ihnen Schutz und Bollwerk gegen tausend Gefahren bietet. Sind wir aber gezwungen, unsere Kinder aus den schützenden Wänden unseres Hauses fortzulassen, — einmal schlägt diese Stunde ja immer — so versuchen wir wenigstens die Fäden, die uns mit ihnen verbinden, so fest zu knüpfen, daß ein Zerreißen vermieden wird. Schreiben wir ihnen, ob wir Zeit dazu haben oder nicht, schreiben wir, ob wir Kraft und Lust dazu verspüren oder nicht, ob wir ausreichende Antworten erhalten, oder ob wir drei-, viermal und öfter schreiben müssen, ehe sie sich entschließen, die Feder ins Tintenfaß zu stecken. Erzählen wir ihnen, daß die Suppe versalzen war, daß große Wäsche im Hause ist, daß das Brüderchen erkältet ist und die Schwester einen guten Aufsatz geschrieben hat. Erzählen wir ihnen auch, was wir draußen gehört, gesehen, erlebt haben. Knüpfen wir unsere eigenen Gedanken und Erwägungen daran. Wieder nur als gute Kameraden, die sich mitteilen wollen. — Fragen wir sie gelegentlich: Wie denkst Du eigentlich darüber? Wir werden Wunder von Mitteilsamkeit erleben. Und wir knüpfen damit ganz unaufdringlich, ganz selbstverständlich das Band fest, immer fester, das dazu bestimmt ist, ihnen in dieser schweren, versuchungsreichen Welt Halt und Festigkeit zu geben. Wir wissen ja, daß es mit Ausnahme des Händefaltens das einzige Werk ist, das wir zumal für die erwachsenen Söhne tun können, wenn sie das Elternhaus verlassen haben.

Noch ein besonderes Wort für unsere Töchter. Geben wir ihnen die Gelegenheit zur Ausbildung ihrer Fähigkeiten, auf welchem Gebiet sie liegen mögen. Dringen wir darauf, daß sie dann nicht spielend, sondern zu wirklicher Tätigkeit ausgenutzt werden. Hier möchte ich einmal den besonderen Nachdruck auf den Wert der Arbeit im allgemeinen legen. Wir sind heute so weit gekommen in der Gesundheitslehre, wir beugen allen denkbaren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten vor, wir pflegen den Körper und vergessen oft genug, daß ein gewisses, ja sagen wir ruhig, ein großes Maß von Arbeit wichtigste, notwendigste Körperpflege bedeutet. Die Gefahren ihres Alters, die unserer männlichen Jugend begegnen, wenn sie ins Leben tritt und die sich um der schweren Versuchungen, die sie umgeben, oft so verhängnisvoll für sie gestalten — dieselben Gefahren sind auch den Mädchen nicht verschlossen. Sie zeigen

Digitized by Google

ein anderes Gewand, sie sind durch Sitte, Lebensform, Gewohnheit, häuslichen Schutz beschränkt, aber sie sind darum nicht ausgeschaltet. Sie dringen durch Bücher, durch den Einfluß anderer, ja, durch die eigene Phantasie leicht genug in das Herz und Leben ein und zerstören in kurzer Zeit kostbare Werte an Reinheit und Würde. — Ein nicht ausgefülltes Mädchenleben, das die ersten zwei Jahrzehnte überschritten hat, steht nach meiner Erfahrung in dauernder seelischer und körperlicher Gefahr. Wir müssen dafür sorgen, daß die Tage unserer Töchter ein wirkliches Maß von Arbeit enthalten. Arbeit — nicht „Beschäftigung"! Machen wir uns doch frei von dem Gedanken, daß wir sie ihrer Bleichsucht, ihrer Entwicklung, ihrer Anfälligkeit zu Liebe schonen müssen. Der bittere Zwang des Broterwerbes ist für Tausende die beste Kur gegen Bleichsucht gewesen. Eine Diakonissen-Oberin hat einmal gesagt, daß körperliche Anstrengungen nach den Erfahrungen der Mutterhäuser notwendig seien, um das seelische Gleichgewicht nicht-heiratender Mädchen zu erhalten.

Kann man den Töchtern Arbeit im eigenen Hause verschaffen, so wird das — jedenfalls für die ersten Jahre — immer das beste bleiben. Die Frau gedeiht am gesündesten, am erfolgreichsten in der Familie. Ist es ihr versagt, eine eigene zu gründen, so wird sie die schönsten Blüten, die tiefsten Werte immer noch aus dem Boden, auch der fremden Familie, in der sie lebt, für die sie sorgt, ziehen. Aber wir Mütter bekommen es ja so selten fertig, unseren erwachsenen Töchtern einen wahrhaft befriedigenden, völlig ausfüllenden Wirkungskreis zu schaffen. Wir können meistens trotz aller Liebe für unsere Töchter nichts von unserem Herrschaftsbereich preisgeben, so preisgeben, daß eine selbständige Tätigkeit daraus erwachsen kann; wir haben nicht die Geduld und auch nicht die Stärke des Gedankens, sie naturgemäß ihre Dummheiten machen zu lassen, die sie auf dem Wege zu eigener Erfahrung ebenso nötig haben, wie wir sie einst brauchten, als wir jung waren. (Ach, wenn wir uns doch einmal richtig in unserer ganzen damaligen Unvollkommenheit sehen könnten!) Wir nehmen uns auch so selten die Mühe, unsere Töchter auf besondere Veranlagungen zu prüfen und ihnen dann auch unter persönlichen und Geldopfern das Gebiet zu schaffen, das ihnen etwa ersprießliche Betätigung möglich machen würde. Und dabei dürfte doch für diesen Zweck kein Opfer zu groß sein. Daß neben der ausfüllenden Arbeit ein Maß von *Unterhaltung*, Abwechselung, Freude hergehen muß, versteht sich von selbst. Jugend braucht Frohsinn, Jugend braucht Sonnenschein. Umgang mit Altersgenossen, fröhliche, ausgelassene Stunden mit ihnen, Sport, Musik, Theater — es sei ihnen alles gewährt, was darin möglich und erreichbar ist, und was zu edler, nicht frivoler Kunst gehört. Voraussetzung muß nur stets bleiben, daß das Maß von Arbeit, das dem gegenüber steht, ernst und wirklich ist. Und daß wir Erzieher die Hand darin haben, daß wir die Vergnügungen unserer Kinder *kennen*, daß wir auch, wenn sie längst erwachsen sind, noch immer selbst mitleben, *was* sie erleben.

Digitized by Google

Und nun zu der ernstesten Frage in der Erziehung. Wie sollen wir es mit der religiösen Beeinflussung halten? Niemand wird sein, der nicht den heißen Wunsch im Herzen trüge, seinem Kinde an dieser Stelle das denkbar Beste mit auf den Weg zu geben. Auch der dem religiösen Leben Entfremdete wird sich gestehen, daß der Schimmer religiösen Empfindens, den er noch hat, der spärliche Rest ihres Kinderglaubens ihm vielleicht mehr genutzt hat, als alle Ströme der Weisheit, als alle Güter des Glücks, die ihr Leben etwa barg. Man trennt sich selten oder nie von diesem Körnchen Wahrheit und wünschte wohl, daß die Kinder mehr davon hätten, als man selbst, und daß sie Halt und Wegweiser daran fänden. Es ist klar, daß solche Eltern ihren Kindern selbst nichts geben können, daß sie bestenfalls nicht störend auf das Innenleben ihrer Kinder zu wirken vermögen. Geben kann nur der, der selbst etwas hat. Ein Ansporn muß es sein für die Mütter, die die volle Verantwortung dieser Aufgabe fühlen, daß sie selbst, wie Paulus sagt, dem Kleinod nachjagen, daß sie es ergreifen möchten. Ihre Aufgabe wird es sein, auch hier die Jugend durch ihr Vorbild zu lehren. Nicht das, was sie sagen, übt den Einfluß aus. Kinder sehen mit sicherem Blick, ob Handlungen und Worte sich decken, Kinder können mit Leichtigkeit um der heiligen Worte willen, wenn sie von unheiligem Wandel begleitet sind, Schiffbruch an ihrem gesamten Glaubensleben leiden. Sie sind darum ebenso unsere Erzieher, wie wir es für sie sind. Das religiöse Innenleben unserer Jugend ist heiliges Land. Wir müssen die Schuhe ausziehen, ehe wir es betreten. Wir sollen es uns zehnmal überlegen, ehe wir mit unseren ungeschickten Händen hineingreifen in dies Allerheiligste, das oft so zart ist, daß es mit einem einzigen verkehrten Griff zerdrückt werden kann. Hier wird jeder nach seinem Gewissen handeln müssen. Hier wird jedenfalls jeder beobachten müssen, ob ein Bedürfnis nach dieser Richtung hin bei dem Kinde erkennbar ist. Man sollte grundsätzlich nie in persönlicher Form daran rühren, sich darauf beschränken, wenn die Kinder fragen, den eigenen Standpunkt gern bekennen. Das wichtigste ist, an seinem Teil den Glauben vorzuleben, aber in heiliger Ehrfurcht vor dem kostbarsten Besitztum, das ein junger Mensch hat, zurückzutreten, wenn er nicht selbst uns den Schlüssel dazu in die Hand drückt.

Wie leicht wäre unsere Stellung zur heranwachsenden Jugend, wenn uns immer gegenwärtig wäre, zu welchem Ziel wir sie beeinflussen wollen: Höchstmögliche Entwicklung ihrer Persönlichkeit zur Vollkommenheit! Wenn wir unser erstes Kindchen im Arm halten, scheint uns wohl der Himmel auf die Erde niedergestiegen zu sein! In der Tat ist es der Augenblick, der uns auf den Höhepunkt unseres Erlebens führt. Solange unsere Kinder klein sind, gehören sie uns ausschließlich. Sie sind wirklich unser Schmuck und unser Sonnenschein. Aber wenn sie heranwachsen, beginnt sich ihr eigenes Leben zu formen. Wenn sie die Mittagshöhe erreicht haben, beginnt schon für uns der Abstieg. Mutterglück — höchste Wonne der Erde — birgt auch Mutterentsagen. Je besser eine Mutter es verstanden hat, ihre Kinder nicht für sich, sondern

Digitized by Google

für die edelsten Ziele zu erziehen, um so leichter wird sie über den schmerzlichen Weg des Verzichts hinwegkommen, der ihr nicht erspart bleibt. Wir machen einem neuen Geschlecht Platz, indem wir in den Hintergrund treten. Wir erwerben uns Verdienste, indem wir es mit Würde, ohne Klagelaute tun. Aber weil dieses Zurücktreten der von der Natur gewiesene Vorgang ist, weil altes Leben vergehen muß, damit neues Leben entstehen kann, darum hat Gott auch Quellen des Reichtums in dieses Entsagen gelegt. Den Alten gab er die Hände zum Segnen. — Ohne ihr Walten würde der Jugend dennoch das Beste fehlen, der stille Platz, zu dem sie flüchten mögen, wenn nun auch in ihr Leben Stürme dringen, wenn Lasten auf ihre jungen Schultern fallen, die zu schwer scheinen, wenn sie des Rats, der Anlehnung, des Vorbildes bedürfen.

Aber wenn wir nun dahingehen, folgen unseren Spuren andere Geschlechter. In ihnen werden wir weiterleben mit unseren Eigenarten, unseren Gebrechen, unseren Vorzügen. Unerschöpflich ist das Gebiet des Einflusses, das auszuüben wir bestimmt sind. Lassen wir es zu unseren Lebzeiten unsere Sorge sein, daß wir nicht umsonst leben, daß unsere über die Erde dahin eilenden Schritte tiefe, wirksame Spuren hinterlassen, daß auch unsere Nachkommen lernen zu „wirken, solange es Tag ist. „Es kommt die Nacht, da niemand wirken kann".

Notizen

Eine ukrainische Absage an die Tschechen. Die ukrainische Zeitung „Nowa Rada" in Kiew vom 20. Juli 1918 bringt unter der Überschrift „Offizielles Slawophilentum" folgenden Leitaufsatz:

„Die Lemberger Zeitungen geben eine interessante Tatsache aus den Beziehungen der Slawenvölker wieder. Die Tschechen haben aus ihrer Korporation den ukrainischen Professor Iwan Horbatschewski ausgeschlossen, welcher während seines Aufenthalts in Prag auch den Tschechen selbst dank seiner wissenschaftlichen und bürgerlichen Arbeit reichen Nutzen gebracht hat. Der Grund seiner Ausschließung — ist seine Teilnahme am Kabinett Seidler, sowie seine Stellungnahme zur Frage der Teilung der slawischen Länder.

Letzteres ist nicht ganz klar: ist darunter der Brester Vertrag zu verstehen, welcher Rußland aufteilte, oder aber jene Kreise in Galizien, welche eine Aufteilung Galiziens in einen ukrainischen und einen polnischen Teil anstreben? Wie dem auch sei, in jedem Falle geht daraus hervor, was die tschechischen Politiker und Patrioten selbst unter slawischen „Ländern" verstehen. Offenbar — sind dies „Staaten", und in diesen Staaten die Hegemonie der Mächtigen, das heißt derer, die die Macht besitzen, die Schwächeren zu unterdrücken. Die Tschechen protestieren gegen eine Aufteilung Rußlands — jenes Rußlands, welches der größte Feind der slawischen Vereinigung war. Die Tschechen protestieren gegen eine Aufteilung Galiziens — eines Galiziens, welches unter den jetzigen Zuständen eine Eiterbeule an dem Körper des Slawentums darstellt.

Immer und überall halten es die tschechischen Politiker mit den Mächtigen und den Unterdrückern, immer und überall treten sie gegen die Schwächeren und Unterdrückten auf. Dies wird — „slawische Politik" genannt. Diese „slawische Politik" befolgten die Tschechen sogar

Digitized by Google

in unseren Lande, als sie in der Ukraine lebend und sich vom ukrainischen Brot nährend sogar mit den Maximalisten gemeinsame Sache machten, nur um die Teilung eines solchen slawischen „Landes", wie es Rußland ist, zu verhindern. Länder, wirkliche Länder, d. h. Völker, gibt es für diese Politiker nicht und sie sehen in ihnen nur „Staaten". Was sich in diesen Staaten zuträgt — ist ihnen gleichgültig. Unter gewöhnlichen Umständen ist der Ausschluß eines Ukrainers aus einer tschechischen Korporation — eine belanglose Tatsache im Vergleich zu der eben erwähnten Hilfeleistung für die Maximalisten; sie bleibt aber überaus charakteristisch.

Es gab eine Zeit, als die Tschechen mit den galizischen Ukrainern Hand in Hand gingen, — dies war an der Schwelle des konstitutionellen Lebens in Österreich, im Jahre 1848. Freilich an der Spitze der tschechischen Bewegung standen damals solche Staatsmänner, wie Riger, Palacki u. a. Freilich, die Tschechen selbst waren damals arme, drangsalierte, geknechtete und bedrückte Menschen. Seitdem sind sie hochgekommen. An ihrer Spitze jedoch standen seither und stehen winzige Leute, welche nur vor der Macht kriechen. Sie neigten sich vor der zarischen Despotie, indem sie in ihr die wahre slawische Politik sahen. Sie neigten sich vor dem Kriege (das „Neoslawentum"), leisteten Dienste während des Krieges (tschechische Legionen) usw. Durch die ganze tschechische Politik ziehen sich diese Verbeugungen vor den Unterdrückern, zieht sich die Feindschaft gegen die, welche unter den Unterdrückungen leiden. Dies ist nämlich jenes offizielle Slawophilentum, welches nur mit Staaten rechnete, nicht aber mit Völkern, und welches die Staaten unterstützte, die Völker jedoch unterdrückte und ignorierte. Indem die Tschechen sich ganz auf den Standpunkt ausschließlich staatlicher Interessen stellten und sich ihre Erwartungen nur auf einen mächtigen Staat richteten, vergaßen sie das Vermächtnis der Vorkämpfer ihrer Widergeburt und das offizielle Slawophilentum, das Slawophilentum der Bobrinski und Florinski (Russifikatore in der Ukraine) wurde zur Grundlage ihrer Politik, — jenes Slawophilentum, welches mit der wahren Liebe zu den Slawen bekanntlich nichts gemein hat.

Diese Entwicklung enthält eine Lehre und Warnung. Der Staat darf nicht ein allmächtiger Fetisch sein, die Staatsinteressen dürfen nicht die übrigen menschlichen Bedürfnisse und Interessen zurückdrängen. Nicht nur die einzelnen Menschen, sondern auch die Völker sollten jener prächtigen Worte Iwan Frankos gedenken: „Vergiß nicht, vergiß nicht die jungen Tage, die Tage des Lenzes", — der Ursprünge ihrer Widergeburt: darin steckt viel, was uns verhindern kann, die wahre Menschenliebe einer imperialistischen Menschenfeindschaft zu opfern."

Diese Abrechnung mit den Tschechen ist erfrischend und zeigt wieder einmal, welch gute Kräfte in der Ukraine stecken, die darauf warten, von uns freigemacht zu werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

Es liegt in der Natur des Heimstrategen, entweder in Illusionen zu schwimmen oder Trübsal zu blasen. Konnte man die hochfliegenden Pläne, die ihn bald nach Paris, bald nach Calais führten, ruhig belächeln, so muß jetzt gegen die Schwarzseherei energisch Front gemacht werden. Das beste dabei haben freilich schon schweizer und schwedische fachmännische Kritiker geleistet, die mit großer Einmütigkeit feststellen, daß nicht mehr Foch, sondern Hindenburg die Klinke zum Handeln wieder ergriffen hat. Wann die Tür der Offensive geöffnet werden wird, ist natürlich Geheimnis der Obersten Heeresleitung. Daß es aber zur rechten Zeit geschehen wird, dafür bürgen uns Hindenburg und Ludendorff.

*

In England, dem Mutterlande des Parlamentarismus, wird die Volksvertretung immer mehr von der Presse beiseite geschoben. Nicht mehr in den altehrwürdigen Räumen des englischen Parlamentes fallen die letzten Entscheidungen über das Schicksal des Staates, sondern die Presse ist zum Hauptkampfplatz um die Führung des Staates geworden. Nicht nur Lord Northcliffe ist durch sie zum „mächtigsten" Mann im politischen Leben geworden, auch sein größter Gegner, Lord Lansdowne, bedient sich der Presse und nicht der parlamentarischen Rednertribüne, um für seine Ansichten zu werben. Dieses Beiseiteschieben des Parlamentes ist eine der bedeutsamsten Tatsachen der Entwicklung Englands während des Krieges.

*

Die hin und wieder auftauchende Behauptung, Lord Lansdowne spiele mit Lloyd George unter einer Decke, ist gänzlich verkehrt. Sie verkörpern nicht nur zwei verschiedene Weltanschauungen, sondern auch zwei verschiedene Zeitalter. So sympathisch die Figur des Vertreters Alt-Englands ist, so wäre es doch für uns gefährlich, seinen Einfluß zu überschätzen. Möglicherweise ist es überhaupt für einen Vertreter der alten, auf Persönlichkeiten zugeschnittenen Staatskunst eine zu schwere Aufgabe, die aus den Fugen gegangene Zeit wieder einzurenken. Diese Aufgabe dürfte vielmehr die

Digitized by Google

breiten Schultern einer aufstrebenden Demokratie bendtigen. Ob das die englische Demokratie leisten können wird, hängt im wesentlichen davon ab, ob sie sich von den imperialistisch-demokratischen Phrasen Lloyd Georges freimachen können wird.

*

Lloyd Georges letzte Rede, die er wieder in seinem beliebten Boxerstil gehalten hat, findet nicht einmal bei seinen getreuesten Anhängern in Schweden Beifall. Sogar Brantings Organ nennt seine Ausführung „hassenswert". Viel bedeutsamer ist es natürlich, daß Wilson nach wie vor von einem Wirtschaftskriege nichts wissen will. Vergeblich versuchen die englischen Blätter durch gewandte Interpretierungskünste den klaffenden Zwiespalt zwischen den Auffassungen der beiden angelsächsischen Führer zu überbrücken.

*

Japan hat sich jetzt endlich entschlossen, Truppen in Wladiwostok zu landen, um, wie die Ententepresse jubelnd erklärt, die „deutsche Gefahr" aus Sibirien zu verbannen. Trotzdem kann Deutschland, glauben wir, ruhiger die Entwicklung der Dinge ansehen als England und Amerika. Daß Japan keinesfalls die angelsächsischen Kastanien aus dem sibirischen Feuer holen will, lehrt schon der kürzlich von den Bolschewisten veröffentlichte Geheimvertag zwischen Ssasanow und Motono, der zeigte, daß auch diese beiden kriegseifrigen Politiker es für besser befanden, die fernasiatischen Fragen ohne Zutun des englischen Bundesgenossen und des amerikanischen Freundes zu regeln.

*

Die Zustände in Moskau scheinen so verworren zu sein, daß wir es für das beste halten, von Pleskau aus als unbeteiligter Zuschauer die Entwicklung der großrussischen Dinge abzuwarten. Solch eine Politik des „Nichtstürzens, aber auch Nichtstützens" kann zum Ziel führen, wenn wir mit großem Nachdruck an der Entwicklung der Randstaaten, vor allem der Ukraine, fortarbeiten. Dort dürfen wir nicht den Gendarm spielen, sondern den uneigennützigen Freund der befreiten Nationalitäten. In solchem Falle brauchen wir keine Furcht zu haben, wenn England sich auch in den Sozialrevolutionären eine gefügige Regierung des russischen Reststaates schüfe. Die hin und wieder in deutschen Köpfen spukende Furcht vor der Wiederaufrichtung der östlichen Front ist gänzlich hinfällig. Der russische Krieg ist tot, und niemand, weder Monarchisten, noch Kadetten, noch Sozialrevolutionäre können ihn wieder zu neuem Leben erwecken. Jeder Versuch vielmehr, den Krieg wieder aufleben zu lassen, würde dem brüchig gewordenen Bolschewismus neue Kraft verleihen.

Digitized by Google

Die Parallele mit Napoleon

Von Professor Rudolf Kjellen, Stockholm

In der schwedischen Zeitung „Nya Dagligt Allehanda" hat Professor Rudolf Kjellen folgende bemerkenswerte Ausführungen gemacht, die auch den deutschen Leser höchlichst interessieren dürften.

Von einer kürzlich nach Deutschland unternommenen Reise habe ich zwei starke Eindrücke, die Friedensfrage betreffend, hierher zurückgebracht. Der eine ist der, daß die deutsche Gesellschaft sich jetzt vollkommen dem Kriegszustande angepaßt hat. Alles geht seinen Gang, als ob es ein Normalzustand wäre, und auch in den teilweise neuen Bahnen, die eingeschlagen sind, geht es gut vorwärts. Deshalb kann auch der Krieg so lange dauern, wie er mag, das Leben ist in bezug auf Genuß und Bequemlichkeit heruntergeschraubt, aber es besteht absolut keine Gefahr für das Leben selbst. Der zweite Eindruck ist der, daß es nun an der Westfront „gemacht wird". Diese Überzeugung nimmt immer mehr zu, je näher man dem Zentrum sich nähert, und da man die Worte „Humbug" und „Bluff" im deutschen Lexikon nicht findet, so zeugt eine solche Überzeugung jedenfalls von der unerschütterlichen Entschlossenheit, bis zum „bitteren Ende" gegen den Feind durchzuhalten.

Wenn nun Deutschland jetzt den Rücken frei und festen Grund und klaren Willen für die Entscheidung hat, woher haben dann seine Feinde noch in der elften Stunde ihre Siegeshoffnung? Sie, welche zu nichts kommen konnten, als die Volksernährung Deutschlands in Gefahr stand und sein einer Arm gebunden, wie können sie auf Sieg hoffen, nachdem der Gegner jetzt sein Haus unter Dach und seine beiden Arme frei hat? Wie können sie sich dem Verständigungsfrieden, zu dem Deutschland noch einmal seine Hand entgegenstreckte, widersetzen und den Frieden, nach welchem sich die ganze außenstehende Welt und große Massen ihrer eigenen Völker sehnen, zurückweisen?

Ich will mich hier nicht bei praktischen und psychologischen Motiven verschiedener Art aufhalten, wie die Hoffnung auf die Amerikaner, Spekulationen auf innere Schwierigkeiten in den Zentralmächten, die Unmöglichkeit, den Siegesgedanken in den leitenden Kreisen gegenüber dem eigenen Volk fallen zu lassen, obgleich es nur ein Blendwerk ist. Ich will nur ein Argument hervorheben, welches ohne Zweifel das am stärksten wirkende ist, und auch im ersten Augenblicke praktisch überzeugend wirkt.

Das in Frage stehende Argument kann man kurz als die Parallele mit Napoleon bezeichnen. Ein jeder weiß, welche Rolle dieses Beispiel in der Ententepropaganda gegen Deutschland gespielt hat und noch spielt: Kaiser Wilhelm ist der neue Napoleon, welcher wie ein lungernder Wolf auf unserem Kontinente einhergeht und nicht eher gesättigt ist, bis er alle und alles verschluckt hat. Ein jeder versteht auch, wie

Digitized by Google

nützlich dieses historische, politische und persönliche Fälschung für die Zwecke der Entente ist, es bemäntelt und heiligt deren eigenes Annektionsprogramm mit defensivem Charakter. Aber es ist nicht diese allzu klare Seite des Vergleiches, welcher gerade jetzt aktuell ist. Jetzt, wo man selbst zur Defensive gedrängt ist, muß Napoleon auf eine andere Weise Dienst tun, nicht als Gespenst, nach außen gegen die Welt, sondern als Trost für die eigenen beunruhigten Herzen. Jetzt geht die Parabel in folgender Richtung:

Napoleon war während vieler Jahre siegreich. Der ganze Kontinent war zuletzt sein Fußschemel. England aber konnte auf seiner Insel nicht besiegt werden. Durch seine Ausdauer siegte es zuletzt für sich und für Europa; im Grunde freilich für sich allein, weil das zerfallene Europa nach dem Friedensschlusse sein ökonomischer Vasall wurde. Derselbe Ausgang winkt heute, wenn nur die Söhne Albions auf ihrer Insel aushalten.

Die Entscheidung an der Westfront ist also im Grunde unwesentlich. Im schlimmsten Falle, wenn Hindenburg die ganze Front zusammenschlägt, ist das Spiel noch nicht verloren. Es ist eher verbessert. Dann ziehen sich nämlich die Engländer hinter den schützenden Kanal zurück, und damit verschwinden alle Tonnage- und andere Schwierigkeiten; für die französischen Verbindungen und mit der Tonnage werden auch viele Hände für die produktive Heimarbeit frei. Von seiner Festung im Meere aus, selbst als Herr des Meeres über die ganze Welt, setzt England die Blockade gegen Deutschland so lange fort, bis dieses definitiv erwürgt ist.

Wie man sieht, ist dieses Raisonnement englisch. Es geht vom englischen Interesse aus und fällt darauf zurück. Wie es unter den angegebenen Voraussetzungen Frankreich und Italien ergeht, ist gleichgültig; daß diese beiden Staaten lange vor Deutschland erdrückt sein werden, das kümmert den angelsächsischen Friedenswillen nicht. „Dulce et decorumest, pro Britannia mori".

Diese Parallele ist, wie man sieht, geeignet, das englische Volk auch über die unglücklichen Ereignisse einer entscheidenden Niederlage in Frankreich zu trösten. Sie hebt diese Möglichkeit als ohne Bedeutung für den Ausgang des Weltkrieges hervor.

Hier muß man nun gleich die Erkenntnis einschieben, daß ein Zusammenbruch an der Westfront die militärische Hoffnung auf Amerika zerstört, denn ohne eine feste Front, in welcher die amerikanische Hilfe eingeordnet werden kann, ist diese ja unmöglich. Man kann sich doch nicht einbilden, daß die Amerikaner allein imstande sind, eine neue widerstandsfähige Front auf ihrem Landungskai zu bilden, wenn die Deutschen Herren in Frankreich sind. Die definitive Zerstörung der jetzigen Front bedeutet ohne Zweifel das Ausscheiden nicht nur Frankreichs und Italiens, sondern auch den der Vereinigten Staaten aus dem direkten Kampfe auf dem Festlande. Dann bleibt noch der direkte Kampf zwischen dem Hai und dem Löwen.

Digitized by Google

In diesem Kampfe glaubt England seinen Sieg gesichert und das Instrument des Sieges ist die Blockade. Außerstande, selbst mit Hilfe fast der ganzen Welt, direkt und aktiv den Gegner zu schlagen, setzt es seine Zuversicht allein auf die indirekten und passiven Mittel. Aber schon hier versagt der napoleonische Vergleich, denn Napoleon fiel doch durch eine bewaffnete Koalition und nicht durch eine Blockade, und wo findet England das Material zu einer neuen Koalition auf dem Festlande gegen Deutschland, wenn Rußland für immer aus dem Spiele ist und Frankreich seine letzten Reserven in dem vierjährigen Völkerkrieg verblutet hat?

Einen anderen Rechenfehler habe ich bereits in der Einleitung angemerkt. Der deutsche Haushalt hat sich zur vollen Unabhängigkeit entwickelt, er kann eine Blockade unbegrenzte Zeit lang aushalten. Deutschlands Schwäche liegt auf einem anderen Gebiete, nämlich in dem deutschen Volke: man kann es sich wohl denken, daß das Volk nicht so lange aushalten will, wie es kann. Der Weltkrieg ist jetzt in das Stadium eines großen Ausharrungskampfes in den Volksseelen selbst eingetreten.

Aber ehe England seine Siegerhoffnungen auf dieses Würfelspiel setzt, hat es Grund, noch einen Gesichtspunkt zu beachten, vor welchem die ganze Parallele ihrer vor hundert Jahren glücklichen Erfahrung unwiderruflich zusammenbricht.

Die Taktik Englands zur Zeit Napoleons hing organisch mit dessen damaliger Unverwundbarkeit zusammen. Hätte der Gewaltige von seinem Lager in Boulogne aus den Handschuh an den Strand des anderen hinüberwerfen können, dann wäre England verloren gewesen. Mit dieser Voraussetzung steht und fällt auch die jetzige englische Siegeshoffnung. Die ganze Berechnung geht von der Voraussetzung aus, daß England nichts mit dieser seiner Taktik riskiert, daß es in Frieden und Schutz die Stricke um den Gegner winden kann. Aber ist dieses denn die jetzig Situation?

Für Napoleon war England wirklich unverwundbar, er konnte sich England an keinem Punkte nähern. Dem heutigen Deutschland gegenüber ist aber England an drei sehr wichtigen Punkten verwundbar: erstens, über den Kanal, zweitens, in Ägypten und drittens unter dem Wasser. Über den Kanal: denn die Voraussetzung für diesen Vergleich ist ja ein auf dem Festlande herrschendes Deutschland, und von einem deutschen Lager in Calais aus können die Kanonen der Jetztzeit England erreichen und selbst das Tor des Kanals abschließen. In Ägypten: ein auf dem Kontinent vorherrschendes Deutschland besitzt mehr als hinreichende Kräfte, um Ägypten auf das ernsteste zu bedrohen. Ägypten, welches jetzt der Eckstein des ganzen britischen Reichsgebäudes ist, und ebenso seine Hauptader, den Suezkanal. Schließlich unter dem Wasser: denn ein auf seiner Heimatinsel abgeschlossenes Volk wird noch viel stärker die deutsche Gegenblockade empfinden, wenn dieses Gelegenheit bekommt, sich ganz auf diese Aufgabe zu konzentrieren.

So ist die wirkliche Sachlage. Nach einem Siege in Frankreich ist Deutschland

Digitized by Google

imstande, einen direkten Druck auf England auszuüben, welcher zu Napoleons Zeiten und mit den damaligen Hilfsmitteln nicht ausführbar war. Die Situation ist also von Grund aus verändert. Das Meer ist kein Schutzgraben mehr, und England selbst ist zu einer Ausdehnung herangewachsen, welche dem Sieger ein gefahrvolles Ziel bietet. Englands Schicksal ist also nicht verbessert, wenn Frankreich untergeht. Es kann Frankreich nicht von sich abschütteln und zugrunde gehen lassen, während es sich selbst in sein eigenes Boot rettet. Es hat sich unlösbar mit der „Entente cordiale" verbunden. Nicht nur Frankreich steht und fällt mit England, es sieht vielmehr so aus, als ob England mit Frankreich stehen und fallen muß.

Der Napoleonvergleich ist bis in seine Wurzel hinein falsch. Es ist natürlich noch nicht ganz ausgeschlossen, daß England das Spiel mit seiner Taktik gelingen könnte, aber das alte Beispiel reicht nicht aus, um einen Sehenden und Unparteiischen für einen solchen Ausgang zu überzeugen. Für offene Augen ist die Parallele kein Trost.

Jedoch, man kämpft nicht mit offenen Augen. Wo der Sturm tobt, wird die Welt nicht durch Vernunft gelenkt. Es ist die Überzeugung, das innere Vergewissern, daß meine Sache die einzig richtige ist, und daß die Weltordnung keinen anderen Fortgang zulassen kann. Diese Überzeugung kann für ein Ankertau oder von klarsehenden Augen nur für einen Strohhalm gehalten werden. Und so ist es zu befürchten, daß der Napoleonvergleich trotz seiner innerlichen Hohlheit eine Realität wird und den Krieg so verlängert, daß ein Verständigungsfrieden nicht mehr möglich ist.

Das Urteil gegen Malvy

Von Göhler

Das Urteil, das der französische Senat gegen den früheren Innenminister Malvy gefällt hat, ist kein juristisches, sondern ein politisches. Eine Politik der Mutlosigkeit hat den Urteilsspruch bewirkt. Die Senatoren haben weder gewagt, den Minister, den sie drei Kriegsjahre hindurch an der Macht ließen, entschieden zu verurteilen, noch vollständig freizusprechen. Sie haben den erbärmlichsten Mittelweg eingeschlagen, der sich denken läßt. Der Staatsanwalt hat infolge des Mangels an Beweisen alle Anklagen auf rechtswidrige Verbrechen fallen gelassen und nur die Anklage auf Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit im Amte aufrecht erhalten und dafür eine Verurteilung des ehemaligen Innenministers gefordert.

Die mühsam konstruierte Urteilsbegründung läßt erkennen, daß der Senat nur ein Verlegenheitsurteil gefällt hat. Schon während der Verhandlungen schrieb Téry im „Œuvre": „Anstandshalber muß Malvy sich ein bißchen schuldig stellen, wenn er nicht den Senat in die peinlichste Verlegenheit bringen will." Die Verlegenheit der Senatoren muß in der Tat groß gewesen sein, denn die Bera-

Digitized by Google

tung über das Urteil hat achtundvierzig Stunden gedauert. Achtundvierzig Stunden haben die Senatoren hin und her erwogen, durch welchen Entschluß sie alle Parteien zufriedenstellen konnten.

Darauf kam es dem Senat viel mehr an als über die Schuldfrage Malvys schlüssig zu werden. Alle Senatoren wissen, daß Malvy rechtlich einwandfrei dasteht. Wer daran noch zweifelte, hat diese Einsicht aus den Verhandlungen des Prozesses gewinnen müssen. Die Politiker und Journalisten der Rechten aber forderten in demagogischer Wut gegen die französische Demokratie mit schrankenloser Leidenschaft die Verurteilung Malvys, indem die radikalsozialistische Partei und die sozialistischen Arbeiterklassen getroffen werden sollten. Arthur Meyer hat im „Gaulois" ganz offen ausgesprochen, daß es in diesem Prozeß nicht um eine Person gehe, sondern um die Partei, deren Führer bis vor kurzem noch Caillaux war. Die treibend Kraft gegen die demokratischen Elemente in Frankreich ist Léon Daudet, der den ganzen Kampf gegen Malvy und Caillaux aufgewühlt hat. Seine Verdächtigungen und Verleumdungen, die er seit drei Jahren in täglichen Hetzartikeln in seiner „Action française" ausgestreut hat, haben sich in den Prozeßverhandlungen als völlig haltlos erwiesen. Die Anklage konnte sich auf Daudet nicht stützen. Sie hat infolgedessen die berühmte Rede Clemenceaus, durch die er im Juli 1917 den Innenminister gestürzt hat, als Basis genommen und damit die Verantwortung für den Urteilsspruch und die Urteilsbegründung auf Clemenceau abgewälzt. Das ist eine der im französischen Parlament beliebten Tücken, einem Regierungsführer, der eine schwere Verantwortung von sich auf die Kammer abzuschieben versucht, in dieser Weise eine Fußangel zu stellen.

Es müßten sich Wunder ereignen, wenn Clemenceau nicht in dieser Falle verunglückt.

Schon zeigt sich, daß weder die Rechte noch die Linke mit dem Urteil zufrieden sind. Die Rechte schäumt zornig über das matte und feige Urteil. Daudet hat sich zu neuen Verleumdungen gegen Malvy aufgerafft und behauptet jetzt, Beweise zu besitzen, daß Malvy seinerzeit Almereyda im Gefängnis umgebracht habe, da er seine ihn belastende Zeugenaussage fürchtete. Die Linke dagegen erhebt sich in seltener Einmütigkeit gegen das Urteil, weil die Arbeiterschaft durch diese Verurteilung der Malvyschen Versöhnungspolitik getroffen worden sei. Gustave Hervé, der bis jetzt immer auf Seiten der Regierung stand, wies schon vor dem Urteilsspruch auf die schweren innerpolitischen Folgen hin, die eine Verurteilung Malvys nach sich ziehen würde, und warnte Clemenceau, mutwillig die Opposition von Briand, Ribot und Painlevé herauszufordern. Die Linksparteien der Kammer werden zweifellos allein Clemenceau für das Urteil verantwortlich machen und die nächste Gelegenheit benutzen, um das Kabinett zu stürzen.

Die Kabinette, die dem Clemenceauschen vorangingen, haben durch eine maßvolle und vorsichtige Innenpolitik den Burgfrieden im allgemeinen aufrecht zu erhalten

Digitized by Google

verstanden. Der alte Tiger Clemenceau darf für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, den Burgfrieden in Stücke gerissen zu haben. Er hat die mühsam beschwichtigten politischen Leidenschaften neu erweckt und wird diesen Gewaltakt bedauern, wenn er demnächst erfahren haben wird, daß die von ihm geschürte Zersetzung die innere Front zertrümmert. Kein Ereignis der inneren Politik wird so schwere Folgen nach sich ziehen, als dieser Urteilsspruch, den das „Journal des Peuple" als den ersten Aktschluß in dem neuen Dreyfusprozeß bezeichnete. Der weitere Kampf um Malvy wird nicht leidenschaftsloser und nicht weniger furchtbar werden als der Kampf, der einst um den unschuldig verurteilten Hauptmann Dreyfus geführt wurde.

Deutschland — von Osten gesehen

Von Hermann Rohrbach, Libau

Vorbemerkung: Der Verfasser dieses Artikels, ein Bruder unseres Herausgebers Dr. P. Rohrbach, hat, als Balte, den Krieg auf russischer Seite mitmachen müssen. Seine Ausführungen sind doppelt wertvoll, weil sie sich nur auf eigene Beobachtungen stützen.

Leute, die gleich mir die Kriegsjahre in Rußland verbrachten und dann Gelegenheit haben, das Leben und Treiben, Denken und Fühlen in Deutschland zu betrachten, machen leicht eine Periode wunderlicher Enttäuschungen durch. Drüben in Rußland machten sie sich ungeachtet aller Zeitungslügereien, zum Teil wohl auch gerade diesen zum Trotz, ein merkwürdiges Idealbild von Deutschland und den Deutschen. Sie waren felsenfest überzeugt, daß Deutschland eine nahezu vollkommene Kriegs- und Wirtschaftsmaschine geschaffen habe und im Gang erhalte, daß es seine innere und äußere Politik mit der größten Voraussicht und Geschicklichkeit anlege und verwirkliche. Der deutsche Staatsbürger, sich eins mit seiner Regierung fühlend, ertrage ohne Murren die unvermeidlichen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Wohllebens und strenge alle seine Kräfte und Fähigkeiten aufs äußerste an, um Deutschlands Triumph verwirklichen zu helfen. So träumten wir von Deutschland, das unsichtbar und unerreichbar für uns hinter der Lohe des Weltkrieges lag. Und nun, wo wir endlich im Wunderlande sind, kommt der Rückschlag: Politische Kursschwankungen, Parteigezänke, Gendrgel, Verdrossenheit, Kleinmut, Durchstechereien, Schleichhandel usw. Erschreckt greift man sich an den Kopf und fragt sich: Wie war es möglich, daß du die Deutschen im Reich so idealisieren konntest? Wußtest du denn nicht, daß sie trotz größter persönlicher Tüchtigkeit oft, ach, nur zu oft, kleinlich, ängstlich, schwerfällig, am Althergebrachten klebend und so entsetzlich schulmeisterhaft sind? Das ist doch nur die tausendjährige Misere, die du wieder vorfindest. Wie konntest du das auch nur einen Augenblick vergessen? In was für einer Atmosphäre hast du gelebt, daß jenes schimmernde Idealbild von Deutschland dich so vollständig

Digitized by Google

im Banne halten konnte? Langsam ersteht aus den nagenden und zweifelnden Gedanken die erlösende Antwort: Du stehst jetzt zu nah, du siehst nur die Einzelheiten, die sich um so stärker aufdrängen, je unerfreulicher sie sind, dir fehlt der Eindruck des Ganzen, den du von weitem hattest, du sahst früher — und das ist der springende Punkt — Deutschland und die Deutschen von Osten, mit den Augen deiner früheren Umgebung. Die Idealisierung Deutschlands war subjektiv, das Werk deiner Sympathie; trotzdem verbleibt objektiv und reell der ungeheure Eindruck, den die Taten des deutschen Volkes auf Rußland ausgeübt haben — und auch auf die übrige Welt. War schon früher die Tüchtigkeit der Deutschen und die Wucht des Deutschtums von den Russen widerwillig und besorgt anerkannt worden, so brachte ihnen der Krieg die eindringliche Bestätigung dessen, was der Lügenfeldzug der englischen und französischen Presse zeitweilig verdunkelt hatte. So baut sich aus den Erlebnissen im Osten von neuem ein Bild Deutschlands auf — nicht mehr kritiklos idealisiert, aber imposant als Ganzes, durch den gewaltigen Überschuß der positiven Kräfte über die negativen. Im Rückwärtsschauen tauchen aus der Erinnerung hunderte selbsterlebter Episoden auf — jede an und für sich klein und unbedeutend, in ihrer Gesamtheit aber doch von Bedeutung, indem sie die wahre Meinung des russischen Volkes über Deutschland und die Deutschen zeigen, mag sie nun halb widerwillig durch den Haß der oberen Schichten hindurchschimmern oder unmittelbar aus der Naivität der einfachen Leute hervorgehen. Ich will da aufs Geratewohl einiger solcher kleiner Erlebnisse herausgreifen.

Dezember 1914. Ein Etappenzug, der nach Rußland fährt. Ins Reich kommandierte Etappenoffiziere, Personal des Roten Kreuzes, Leichtverwundete von der Front. Das Gespräch dreht sich um den Krieg und die Deutschen. Der Deutsche hat ja freilich den Affen ausgetüftelt (russisches Sprichwort), meint jemand. Aber komplizierte Kriegsmaschinen in der Studierstube ausbrecken ist eins, und etwas anderes ist es, die Schrecken und Strapazen der Schlacht zu bestehen. Das können wohl wir Barbaren mit unsern unverbrauchten Nerven, die deutschen Bierbäuche und Stubenhocker kriegen es nicht fertig. Ja, das ist wahr; in der Zeitung stand, daß ganze Kompanien vor Kosakenpatrouillen davongelaufen sind. Entschuldigen Sie mich, meine Herrschaften, mischt sich ein verwundeter Offizier ins Gespräch, wenn ich Ihnen sage, daß Sie Unsinn reden. Der Deutsche schlägt sich so gut, daß wir nichts gegen ihn ausrichten können. Beim Bajonettangriff läßt er sich eher niedermachen, als daß er weicht oder sich gefangen gibt. Und wir an der Front wissen, daß Deutschland seine besten Truppen nicht gegen uns, sondern gegen Frankreich schickt. Man hört es, daß aus dem Offizier nicht eine momentane Depression, sondern die aus der Erfahrung kommende Überzeugung spricht. Pause ... die Stimmung ist etwas ungemütlich, auf dem Offizier ruhen nicht gerade freundliche Blicke, man fühlt, daß der Hieb gesessen hat. Schließlich fängt jemand an, ein russisches Spottverschen auf die Fran-

Digitized by Google

zosen zu deklamieren: Vom Meer bis zur Aisne — wir tapfer stehn. Im Walde Leprêtre — rückten wir vor 'nen Zentimeter.

Russisch Pfingsten 1915. Wir stehen auf Bahnwache am Nordfuße der Karpathen. Soeben ist verkündet worden, daß nun auch Italien Rußlands Bundesgenosse geworden ist. Die Soldaten haben pflichtschuldigst Hurra gerufen, obwohl kaum einer von ihnen recht weiß, was dieses Italien eigentlich für ein Ding ist. Auf der Landstraße nähert sich langsam ein blaugrauer Trupp — gefangene Österreicher, eine häufige Erscheinung, man kümmert sich kaum mehr darum. Plötzlich stutzen die Leute und eilen nach vorn: vor den Österreichern marschieren sieben Gefangene mit Helmen oder rotgeränderten Mützen. Deutsche! Neugierig werden sie angestarrt, sind es doch die ersten deutschen Kriegsgefangenen, die wir hier in Ostgalizien zu Gesicht bekommen. Da höre ich, wie jemand halblaut zum Nachbar sagt: Jetzt ist der Deutsche auch dort drüben. Paß auf, jetzt heißt es bald für unsern Bruder: pack dich von hier fort!

Auf Urlaub in Moskau, Herbst 1915. Das Gespräch dreht sich natürlich um den Krieg und seinen Urheber. Da ein baltischer Deutscher zugegen ist, wird es ein wenig konzilianter als sonst geführt. Ich sage: Warum soll denn Deutschland der einzige Schuldige sein? Lohnt es sich denn, immer wieder die Frage nach dem Schuldigen aufzuwerfen? Ich glaube, daß die ganze Entwicklung Europas schon seit Jahren den Weg zum Kriege genommen hat und als die Zeit gekommen war, löste der erste Anstoß den Krieg aus, gleichwie ein Windstoß die reife Frucht vom Baum wirft. Natürlich, war die Antwort, Sie wollen Ihre Brüder auf der andern Seite weißwaschen. Wir wissen, daß die vierzig Jahre zu diesem Kriege gerüstet haben, daß „Wilhelms" erste Regierungstaten schon auf ihn abzielten. Wir kennen die Deutschen doch nicht erst von heute! Der Deutsche ist zäh und eigensinnig, er arbeitet unermüdlich und methodisch, er läßt sein Ziel nie aus den Augen. Er ist dabei — ihr baltischen Deutschen bildet teilweise eine Ausnahme — listig und verschlagen, Mitleid und Moral kennt er nicht, er kennt nur seinen Vorteil und den Vorteil seines „Vaterlandes". Alle diese Züge und Eigenschaften verkörpert seine Regierung und diese hat in ihm den denkbar besten Untertan, ein Wesen, das, auf die persönliche Freiheit verzichtend, sich beinahe automatisch der militärischen und administrativen Disziplin fügt. Schon lange vor dem Kriege sind rings um Antwerpen in Deutschen gehörigen Gärtnereien die Betonfundamente für die schweren Belagerungsgeschütze gelegt worden, hat man in Kurland auf den Gütern verräterischer baltischer Barone geheime Aroplanstationen errichtet. Nein, lassen Sie nur die Mohrenwäsche. Der Deutsche wäre kein Deutscher, wenn er nicht schon längst alles gewollt, vorausgesehen und geplant hätte!

Ein anderes Mal fällt mir ein Bericht über Versuche, in Rußland Gerbstoffextrakte herzustellen, in die Hände. Man hat nach den in deutschen Patenten niedergelegten Vorschriften gearbeitet, das Resultat ist aber ganz ungenügend gewesen. Die Erklärung: Wie

Digitized by Google

sich herausgestellt und von glaubwürdigen Zeugen bekräftigt wird, haben die Deutschen längst vorausgesehen, daß es zum Kriege und zur Annullierung ihrer Patente in den feindlichen Staaten kommen müsse und daher absichtlich falsche Beschreibungen in den Patenten gemacht! Wieder derselbe Grundton: Der Deutsche ist ein unheimlicher Hexenmeister.

Auf der Moskauer Straßenbahn 1916 und 1917 Erlauschtes. — Die Schaffnerin ruft: Deutsche Straße! Bums! Der Wagen steht und will nicht weiter, ein alltägliches Ereignis. Das Publikum nimmt die Sache zunächst noch nicht tragisch und vertreibt sich durch Plaudern die Zeit. „Deutsche Straße", meint jemand, das geht doch nicht. Alles Deutsche ist jetzt abgeschafft, warum heißt die Straße noch so? Ja, das ist wahr, da müßte man doch einen Krach in der Stadtduma machen. Der Wagenführer und ein Mechaniker machen sich endlos am Wagen zu schaffen. Die Insassen werden ungeduldig. Ihr versteht von der Elektrizität auch nicht mehr als Kühe. Hätten wir nur einen Deutschen hier, dann würden wir schon in der nächsten Minute fahren. Allseitiges zustimmendes Gemurmel, namentlich bei dem einfacheren Publikum. — In einem Wagen werden gerade die Morgenzeitungen verschlungen. Auf einer Bank sitzen zwei Schmierfinken, der eine buchstabiert dem andern die Neuigkeiten aus der Zeitung vor. Die Rumänen haben Kronstadt genommen. Wieso Kronstadt, die Rumänen kämpfen doch für uns? Ja, weiß der Teufel, wie das zu verstehen ist. Gewiß hat „Wilhelm" wieder einmal die Unsrigen angeführt und ihnen eingebildet, daß die Rumänen gegen ihn kämpfen. Nun haben diese Hundesöhne ihm Kronstadt erobert. Herrgott, erbarme dich! fährt ein bebrillter „Intelligenter" in die Höhe. Weißt du denn nicht, du Schafskopf, daß nicht unser Kronstadt, sondern Kronstadt in Ungarn gemeint ist? Die Schmierfinken schweigen, sehen aber den Bebrillten von der Seite mit einem Blick des unerschöpflichen Mißtrauens an, das der einfache russische Mann stets gegen den Gebildeten, den „Herrn" (barin) hegt. — Durch den vollgepfropften Wagen drängt sich ein Zeitungsjunge: Abendneuigkeiten, Kaiser Franz Joseph gestorben! Abendneuigkeiten, Kaiser Franz Joseph gestorben! Geh zum Henker mit deinem Franz Joseph, knurrt ihn ein Kaufmann an. Wenn Wilhelm gestorben ist, dann komm zu mir, da kaufe ich dir deinen Wisch ab und gebe dir noch ein Trinkgeld drauf. — Ungeheurer Sieg! 30000 Gefangene! Ja, Österreicher, das wissen wir schon. Aber keine Deutsche. Die nehmen dafür die Gefangenen von uns. — Telegramm! Bulgarien bittet um Frieden! Jawohl, bittet um Frieden, höhnt ein abgezehrtes Individuum in der Ecke. So lange es mit Deutschland geht, braucht es nicht um Frieden zu bitten. Für Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien wäre es auch besser gewesen, wenn sie mit Deutschland gegangen wären. Und wir lassen uns auch für diesen verdammten Engländer ruinieren. Wir brauchten nicht zu hungern, wenn wir mit Deutschland gegangen wären. — Selbstverständlich kommen wir in diesem Jahre mit dem Krieg zu Ende. Bedenken Sie doch, wieviele Bundesgenossen wir

Digitized by Google

haben. Und fast täglich kommen noch neue zu. Ja, unsere Bundesgenossen. Ich wollte, wir hätten einen einzigen solchen, wie die Deutschen sind. Dann könnten wir auf alle übrigen pfeifen. — Vierzig Kopeken für eine kleine Fahrt mit der Elektrischen! schimpft jemand empört. Da sieht man, wie die Sozialdemokraten für das arme Volk sorgen. Reg' dich doch nicht auf, Mütterchen, spottet ein Fahrgast. Was sind jetzt 40 Kopeken? Dafür haben wir so furchtbar viel Freiheit bekommen, daß wir ruhig einen Teil abgeben können. Es lebe die Freiheit! Hol' der Teufel die ganze Freiheit, die kann man nicht fressen. Unter Nikolaus war Ordnung und wir hungerten nicht. Schau, schau, das ist ja eine ganz Schlaue, die will Ordnung haben. Wo soll denn jetzt Ordnung herkommen, wo die Sozialrevolutionäre und Bolschewiki das Unterste zu oberst gekehrt haben? Schick doch nur zu Wilhelm. Der Deutsche braucht zwei Wochen in Moskau zu sein und die Ordnung ist da. Und ihr sollt mal sehn, wie dann die Bolschewiki springen und arbeiten werden, diese Dreckseelen.

Ende 1916. Moskau durchschwirren Gerüchte von einem baldigen Separatfrieden Deutschlands mit Rußland. Die Entente und die eigenen Deutschenfresser haben zwei Jahre angestrengt gearbeitet, um Deutschland für den russischen Markt überflüssig zu machen. Jetzt heißt es in Moskauer Kaufmannskreisen, daß schon Lieferungsangebote aus Deutschland eingetroffen seien. Man erzählt es sich mit einer gewissen verschämten Entrüstung: den deutschen Lieferanten kann man sich ja nicht einmal mit Kanonenschüssen vom Leibe halten; im stillen denkt man aber: Wenn ich doch nur den ersten Transport erwischen könnte, das wäre mal ein Geschäft bei unserm Warenhunger! — Der bekannte Großverleger Sytin ist soeben aus Petersburg zurückgekehrt. Er wird mit Fragen bestürmt, wie die Dinge dort ständen. Wie soll es denn in Petersburg stehen? antwortet er ärgerlich. (Er ist Herausgeber der Zeitung „Russkoje Slowo", der Hauptruferin im Streit gegen alles Deutsche.) In Petersburg wartet alles auf den deutschen Commis voyageur wie auf den Messias!

Anfang 1918. Ein 9 Uhr Abend-Tee, das zeitgemäße, aber sehr dürftige Überbleibsel altmoskowitischer Gastfreiheit. Die Gäste haben einen Teil der Eßwaren, Brot und Zucker, selbst mitgebracht. Einige werden beim Gastgeber übernachten, sie wohnen weit und fürchten sich, nachts nach Hause zu gehen; auf den Straßen wird unentwegt geschossen, und Raubüberfälle gehören zu den gewöhnlichsten Dingen. Selbstverständlich wird nach russischer Weise endlos debattiert und politisiert; je eleganter jemand mit den üblichen Phrasen und Gemeinplätzen zu jonglieren glaubt, desto hingebungsvoller hört er sich selbst zu. Die Deutschen sollen Orscha und Witebsk genommen haben, in einigen Tagen können sie vor Smolensk stehen. Natürlich ist das Bolschewistengesindel, die Rote Garde, ganz ungeeignet, den Deutschen Widerstand zu leisten. Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt gekommen, doziert jemand, wo alle lebendigen Kräfte des russischen Volkes sich zusammenschließen müssen und das letzte Gut und Blut zu opfern ist, um den Teutonen zu bekämpfen. Freilich können wir

Digitized by Google

ihm nicht mehr in offener Feldschlacht entgegentreten, aber hundertmal schrecklicher für ihn, können wir den Kleinkrieg beginnen. Der schließliche Sieg der Entente steht heute fester, denn je, und je mehr wir ihr die Aufgabe, die deutsche Schlange zu zertreten, erleichtern, desto größer wird ihre Erkenntlichkeit uns gegenüber sein und desto größer wird das freie Rußland aus der Asche des Weltenbrandes erstehen. Aber kämpfen müssen wir, ohne Kampf keine Freiheit. — Genug, genug, unterbricht die Hausfrau etwas ungeduldig den Redner. Wir verfassen doch hier, Gott sei Dank, keinen Leitartikel und brauchen uns selbst keine Komödie vorzuspielen. Leben Sie auf dem Monde? Wer will denn bei uns noch kämpfen? Sie selbst gewiß auch nicht... Ja, ja, Sie sind ein Krüppel, ich weiß, ich weiß. Neun Zehntel unserer Intelligenz scheinen Krüppel zu sein, denn in den Schützengräben hat man nicht viel von ihr gesehen... Alles „Kämpfen bis zum letzten Blutstropfen" ist leeres Geschwätz, wenn niemand es tun will. Wo in aller Welt kämpft denn der einfache Mann, wenn er sieht, daß der Gebildete sich drückt? Und siegt auch die Entente zehnmal, wir sind doch Deutschland ausgeliefert. Denn Deutschland ist unser Nachbar, es steht zwischen uns und der Kulturwelt, von der Entente trennen uns Einöden und Wüsten. Deutschland wird sich auch nach einer Niederlage schnell erholen, denn es besitzt Männer, Kenntnisse, Rücksichtslosigkeit — wir dagegen können uns ohne seine Hilfe überhaupt nicht mehr erheben. Unser Staatswesen, unsere Verwaltung, Industrie, so schlecht sie waren, sie waren doch nichts Russisches, sondern ihrem Wesen und Ursprung nach deutsch — daher all das Geschrei über die deutsche Vergewaltigung, über den „innern Deutschen". Können wir jetzt plötzlich etwas Eigenes schaffen, wo alles rings umher ein einziges Chaos ist? So verhaßt uns auch der Deutsche mit seinem Dünkel, seiner Gier und pedantischen Schulmeisterei ist, ohne ihn können wir nicht Ordnung machen und anfangen, wieder auf europäische Art zu leben. Ich bin Patriotin, aber trotzdem sage ich: Möge der Deutsche nur bald nach Moskau kommen und uns von diesem Bunde Wahnsinniger mit Straßenräubern befreien, der sich Bolschewismus nennt. Nicht einmal den wird unsere „Intelligenz" aus eigener Kraft abschütteln, trotz aller Redner, die ihren letzten Blutstropfen gegen die Deutschen vergießen wollen.

Ich habe, wie gesagt, aus meiner Erinnerung aufs Geratewohl einige Erlebnisse herausgegriffen und dem Leser vorgeführt. Ihm wird jeder gebildete Deutsche, der die letzten Jahre in Rußland verbracht hat, bestätigen können, daß sie typisch sind für die Stimmung in Rußland und für das Bild, das der Russe sich vom Deutschen macht; auch wird er sie leicht um Dutzende ähnlicher vermehren können. In allen diesen Aussprüchen erscheint Deutschland, wie es von Osten gesehen wird; der Widerhall seines gewaltigen Ringens gegen nahezu die ganze Welt. Jahraus, jahrein wurde Rußland täglich mit Millionen von Zeitungen überschüttet, die nur ein Ziel kannten, nämlich auf tausenderlei Weise der Welt zu verkünden: Deutschland ist nichts, es

Digitized by Google

hungert, es friert, es ist mutlos, es steht vor der Revolution, noch eine kleine, letzte Anstrengung, und es liegt besiegt vor unseren Füßen. Und doch könnte diese ungeheuere Apparat sogar beim Feinde den Tatbestand auf die Dauer nicht verschleiern — bewußt oder unbewußt, wiederwillig oder naiv, kommt es unter dem betäubenden Tamtam Englands, Amerikas und Frankreichs immer wieder hervor: Sieger bleibt Deutschland! Es scheint mir fast, als ob der in Deutschland immerhin hier und da vorhandene Kleinmut vielfach darauf zurückzuführen ist, daß man diese Erscheinung und ihre Bedeutung für die feindlichen Länder gar nicht recht erfaßt hat. Man ist verstimmt über die vielen Disharmonien im Geklapper der Kriegsmaschine, man hat keine Möglichkeit, sich das Ganze einmal auch von außen anzusehen, und das Filter der Ententepresse läßt nichts durch, was auf den gewaltigen Eindruck des deutschen Ringens bei der Bevölkerung der feindlichen Länder deuten könnte. Und doch ist es gar nicht möglich, daß alle Völker der Erde sich jahrelang durch Druckerschwärze täuschen lassen können, daß keines den wahren Bedrücker, das Engländer- und Amerikanertum, erkannt hat und im stillen die Hilfe von Deutschland erwartet. Da müssen wir Zeugen vortreten und reden, so gut wir können.

Allerdings könnte nun auch mancher aus dem Angeführten den Schluß ziehen, daß Deutschland nur die Arme zu öffnen brauche und das bekehrte Rußland werfe sich an seine Brust. Das wäre ein gewaltiger und sehr gefährlicher Irrtum. In Rußland haben die geistige Führung der Gesellschaft die Liberalen, und diese sehen in Deutschland bloß den Hort der Reaktion, die moralische Rückenstütze des Zarismus. Den Zarismus halten sie für die Quelle jeglichen Übels in Rußland, wobei sie freilich Wirkung und Ursache verwechseln, denn so untüchtig, unwissend und undisziplinier wie die russische Gesellschaft ist, kann sie gar nicht selbst regieren, sondern nur von einer rücksichtslosen Hand regiert werden. Aber nichts desto weniger sehen die Liberalen das Heil Rußlands im Parlamentarismus, und damit auch im Bunde mit England. Aus diesem Grunde schürt ihre Presse auf jede Weise den Haß gegen Deutschland, was ihr um so leichter fällt, als der Deutsche ohnehin in Rußland gehaßt wird. Freilich ist auch der Engländer und Franzose gelegentlich gehaßt worden, aber das war doch mehr von der Regierung anbefohlener Haß, Mache. Denn wie oft kommt der Russe mit Engländern und Franzosen so in Berührung, daß er sich persönlich von ihnen beeinträchtigt fühlen könnte? Anders steht es mit den Deutschen, auf die stößt man in Rußland auf Schritt und Tritt. Der Deutsche gilt in Rußland als fleißiger, ehrlicher und zuverlässiger Arbeiter, daher wurde er vor dem Kriege von dem russischen Arbeitgeber den eigenen Landsleuten vorgezogen, denen man im allgemeinen diese Eigenschaften nicht nachrühmen kann. Durch seine Tüchtigkeit hatte sich der Deutsche auf vielen einflußreichen Stellen festgesetzt, war reich geworden und zu Ansehn gekommen. Ganze Zweige des Handels und der Industrie lagen vorwiegend in seinen Händen, Deutsche saßen in den Behörden, Hochschulen, Instituten usw. So

Digitized by Google

kam es, daß der Russe anfing, sich durch den Deutschen bedrängt zu fühlen, überall war er ihm im Wege, schlug ihn beim Wettbewerb aus dem Felde. Der Franzose und Engländer zog sich gewöhnlich in seine Heimat zurück, nachdem er in Rußland reich geworden, der Deutsche blieb dort sitzen und ärgerte den Russen durch das Zurschautragen seines „errafften" Reichtums, er „verursachte ihm Leichdorne auf den Augen", wie der Russe zu sagen pflegt. Allerdings waren die Deutschen in Rußland nur zum Teil Reichsdeutsche, oft waren es Balten, noch öfter bloß Abkömmlinge von deutschen Einwanderern, in Sprache und Anschauungen schon stark verrusst, aber dennoch vom Russen mit seinem ungewöhnlich stark entwickelten Nationalgefühl noch als vollständige Deutsche angesehen. Wie sehr auch die Deutschen in Rußland bestrebt waren, ihre Loyalität gegen den Staat zu unterstreichen oder einfach ihr Deutschtum zu verleugnen — der wahre Grund des Hasses, die Überlegenheit im Wettbewerb um das tägliche Brot, war damit nicht aus der Welt geschafft. Daher das Schlagwort von der deutschen Vergewaltigung im eigenen Lande. So kam es, wie es kommen mußte: *im Guten werden wir den Deutschen nicht los, mag uns der Krieg dazu verhelfen.* — Aber auch wenn Rußland wieder zaristisch würde, einen Freund hätte Deutschland deswegen in ihm doch nicht. Zaristisch wird Rußland wahrscheinlich in dem Falle werden, wenn seine Gesellschaft sich überzeugt, daß der Liberalismus bankrott ist. Solange es an seinem Wiederaufbau arbeitet, wird sich seine zaristische Regierung gewiß an Deutschland anlehnen, weil ein solcher Wiederaufbau ohne Deutschlands Hilfe fast unmöglich ist. *Aber erstarkt muß sich der Zarismus notwendig den alten Expansionsbestrebungen, „Rußlands historischer Mission", zuwenden,* denn diese allein entschuldigen seine Existenz in den Augen der russischen Gesellschaft. (Ich brauche absichtlich nicht den Ausdruck „Volk", denn 85 bis 90 Proz. der russischen Bevölkerung bilden eine stumpfe, halb barbarische Masse, die im Staatsleben höchstens einen negativen Faktor bedeutet.)

Anderseits muß aber im Auge behalten werden, daß man in Rußland fühlt: ohne Deutschland und die Deutschen geht es nicht mehr, und daß dieses Gefühl auch schon sehr stark in die untern Schichten eingedrungen ist. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde der Deutsche überall, wo es nur ging, mit Schimpf und Schande verjagt, und an die Stelle der deutschen Industrie und Einfuhr gedachte man die eigene Produktion zu setzen, im Anfange allenfalls noch ein wenig am Gängelbande Englands und Amerikas. Der Erfolg war ein ganz kläglicher, und Amerika und England konnten außer großer Worte nichts liefern. Allmählich wurde es auch dem Verstocktesten klar, daß die technische Seite der „russischen" Kultur Deutsche getragen hatten, daß Rußland, will es überhaupt ein Gebilde nach europäischer Art werden, fürs erste noch ganz und gar auf Deutschland angewiesen ist. In letzter Zeit hörte man in Rußland oft, allerdings mit Bitterkeit, die einstige Sendung der Russen an die Waräger zitieren: Unser Land ist groß und reich, aber es ist keine Ordnung in ihm, kommt und herrscht über uns!

Digitized by Google

So sieht man jetzt im Osten, in Rußland, auf Deutschland. Mir scheint, daß für Deutschland dort große positive Möglichkeiten, aber auch viele Gefahren liegen. Ich habe bloß geschildert, was ein unbefangenes Auge in Rußland sieht, Ratschläge über deutsche Politik im Osten zu geben, ist nicht meine Sache. Das mögen die tun, die dazu berufen sind.

Maxim Gorkij als politischer Schriftsteller

Von Arthur Luther

Wer Maxim Gorkij nur aus seinen Vagabundengeschichten kennt, dürfte nicht wenig erstaunt sein über die Energie, mit der der einstige „Sänger des Lumpenproletariats" in seinen soeben gesammelt erschienenen politischen Aufsätzen[1] aus dem Jahre 1917 für Kultur und Organisation gegen Anarchie und Verwilderung kämpft. Es ist ja auch schon so weit gekommen, daß die bolschewistische Regierung Gorkijs Zeitung „Nowaja Shisn" verboten hat, und die bolschewistische „Prawda" ihn als „Verräter am Proletariat" brandmarkt. In Wirklichkeit haben wir es natürlich mit keinem Verrat oder Abfall oder Umfall Gorkijs zu tun, sondern der Politiker zieht in seinen Aufsätzen nur die Konsequenzen einer Weltanschauung, die er in den Schriften seiner reifen Jahre immer vertreten hat und die z. B. in seinen schönen autobiographischen Büchern „Meine Kindheit" und „Unter fremden Menschen" schon ganz klar und bestimmt zum Ausdruck kommt.

In der Schilderung der Umwelt, in der seine Kindheit und Jugend verflossen, betont Gorkij immer wieder zwei Züge, denen sein bitterster Haß gilt, — die unsagbare Roheit und Grausamkeit des ungebildeten Russen und seine Passivität und Faulheit. Daher auch sein ablehnendes Verhalten gegenüber Dostojewskij, das wenige Jahre vor dem Kriege einen so heftigen Federkrieg in Rußland entfesselte: Dostojewskij erscheint ihm als genialer Schilderer sadistischer Grausamkeit einerseits und masochistischer Selbsterniedrigung anderseits, daher könne es für das russische Volk in seiner gegenwärtigen geistigen Verfassung kaum eine schädlichere Lektüre geben, als Dostojewskijs Romane, die oft geradezu wie eine Verherrlichung der russischen Nationallaster wirken.

Wie sehr diese Nationallaster durch die eigentümliche geschichtliche Entwicklung des russischen Volkes bedingt sind, durch den despotischen Druck, der jahrhundertelang über ihm lastete, verkennt Gorkij nicht; früher war er sogar geneigt, die Verhältnisse allein für alles verantwortlich zu machen. Daraus erklärt sich auch seine Stellung zur ersten russischen Revolution 1905, wo wir ihn unter den unentwegtesten Bolschewiki finden. Aber eben die Ereignisse, die der ersten Revolution folgten, haben ihm gezeigt, daß so manches von dem, was er anfangs ausschließlich dem Despotismus der zarischen Regierung zur Last legte, doch viel tiefer — im Volkscharakter selbst —

[1] „Revolution und Kultur", Berlin, J. Ladyschnikow Verlag. (Russisch.)

Digitized by Google

wurzelte, und daß jedenfalls in wenigen Jahren nicht gut gemacht werden könne, was Jahrhunderte verdorben haben.

So erklärt sich Gorkijs völlig veränderte Stellung zur zweiten russischen Revolution.

In einem unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse im März 1917 geschriebenen Aufsatz begrüßt er zwar feierlich das neue Bündnis des russischen Volkes mit der Freiheit, weist aber sofort darauf hin, daß diesem ersten Siege nun eine ganze Reihe viel schwererer Siege folgen müsse; vor allem aber gelte es, die eigenen Illusionen zu besiegen. „Wir haben die alte Staatsgewalt gestürzt, nicht weil wir stark sind, sondern weil diese Gewalt innerlich ganz morsch und faul war. Und eben der Umstand, daß wir uns so lange zu diesem Stoß nicht entschließen konnten, obgleich wir sahen, daß unser Land dem Untergange entgegen ging, beweist, wie schwach wir im Grunde sind."

In einem zweiten Aufsatz vom 18. April 1918 heißt es dann: „Die Revolution hat die Monarchie gestürzt! Aber das bedeutet vielleicht nur, daß die Revolution die äußerliche Hautkrankheit in das Innere des Organismus hineingetrieben hat." Das furchtbare Erbe des Zarismus kann das Volk erst los werden, wenn sofort zu organisatorischer Kulturarbeit geschritten wird: geistig bedeutet die Revolution an sich weder eine Heilung, noch eine Bereicherung der Nation: sie schafft höchstens die Vorbedingungen dazu. „Ist die Revolution nicht imstande, sofort im Lande eine allgemeine angestrengte, aufbauende Kulturarbeit wachzurufen, — so ist die Revolution meines Erachtens vergeblich gewesen, dann hat sie keinen Sinn und wir sind ein Volk, das nicht lebensfähig ist."

Und nun betrachtet Gorkij die kulturellen Wirkungen der Revolution. Man hätte erwarten sollen, daß die so lange heißersehnte Preßfreiheit von den geistigen Führern der Nation ausgenutzt werden würde, um dem Volke nun endlich den Weg zu den Quellen wahrer Bildung und Aufklärung zu weisen. Statt dessen sind die guten Bücher fast vollkommen vom Markt verschwunden, dafür aber wird das Volk mit schlechten Zeitungen überschüttet, die nicht nur sehr viel Geld kosten, sondern die von der Freiheit des Wortes keinen andern Gebrauch zu machen wissen, als sich gegenseitig wütend zu bekämpfen und zu beschimpfen und immer wieder mit schäumendem Munde die höchst unnütze Frage zu erörtern, wer an dem Zusammenbruch Rußlands schuld sei. Das traurigste dabei ist, — und darin sieht Gorkij wieder einen der verhängnisvollsten Züge des russischen Charakters — daß gerade diejenigen, die zu kulturellen Führern der Nation berufen schienen, die Vertreter der sogenannten Intelligenz, angewidert von dem wüsten Hexensabath, sich immer mehr zurückziehen, statt ihre volle Kraft für die Arbeit am Volke einzusetzen. Damit wird die Kluft zwischen Intelligenz und Volk immer größer, während man doch gerade von der neuen Freiheit die endgültige Lösung dieses tragischen Zwiespalts erhoffte.

Digitized by Google

Wie sich Gorkij zu der „sozialen Revolution" der Bolschewiki stellen muß, läßt sich nach dem bisher Gesagten schon erraten. Er hat Lenin lange Zeit persönlich nahe gestanden, kennt den Diktator sehr genau und entwirft ein bei aller Knappheit doch glänzendes Charakterbild dieses Mannes von ausschließlicher Kraft, „der alle Eigenschaften eines Führers besitzt, auch die dazu notwendige völlige Amoralität und ein rein herrenmäßiges, erbarmungsloses Verhalten gegenüber dem Leben der Massen".

Lenin, der nie mit dem Volke gelebt hat, aber aus Büchern weiß, mit was für Mitteln man die Massen aufstacheln kann, experimentiert an dem lebendigen Volksorganismus herum, wie ein Chemiker an seinen Stoffen. „Kann man unter den gegebenen Verhältnissen aus diesem Stoff einen sozialistischen Staat schaffen? Augenscheinlich nein, denn wie soll man par ordre du moukti aus 85 Proz. der russischen Bauernbevölkerung, worunter sich einige Dutzend Millionen nomadisierender Fremdvölker befinden, Sozialisten machen? Aber — warum soll man es nicht versuchen? Was riskiert Lenin, wenn das Experiment mißglückt?

In ihrer fanatischen Verbohrtheit merken die Lenker der russischen Geschicke, die so feierlich die „Diktatur des Proletariats" verkündigen, gar nicht, wie wenig die Leute, die ihnen zur Seite stehen, ein Recht darauf haben, sich Proletarier und Sozialisten zu nennen. „Der verfluchte Krieg hat Zehntausende von Arbeitern vernichtet und an ihre Stelle Leute gesetzt, die ‚für die Verteidigung des Vaterlandes' arbeiten wollten, um dem Armeedienst zu entgehen. Alles das sind Menschen, denen die proletarische Psychologie fremd ist, die politisch unentwickelt sind und denen das dem echten Proletarier eigene Streben nach der Schaffung einer neuen Kultur fehlt, — sie sind nur von dem kleinbürgerlichen Wunsche beseelt, ihr persönliches Wohlbehagen möglichst schnell und um jeden Preis zu festigen. Es sind Menschen, die organisch gar nicht fähig sind, die Ideen des reinen Sozialismus in sich aufzunehmen und im Leben zu verwirklichen."

Was Gorkij selbst unter Sozialismus versteht, das zeigt folgender Passus, den ich ungekürzt anführe, weil er gewissermaßen das Glaubensbekenntnis des Sozialpolitikers Gorkij bedeutet:

„Ich glaube einfach und verständlich genug zu schreiben, um von vernünftigen Arbeitern nicht des Verrats am Proletariat geziehen zu werden. Ich halte die Arbeiterklasse für eine gewaltige Kulturkraft in unserm finstern Bauernland und ich wünsche dem russischen Arbeiter von ganzer Seele, daß er sich quantitativ und qualitativ entwickeln möge. Ich habe schon oft gesagt, daß die Industrie zu den wichtigsten Grundlagen der Kultur gehört, daß die Entwicklung der Industrie für die Rettung des Landes, seine Europäisierung nötig ist, daß der Fabrikarbeiter nicht nur eine körperliche, sondern auch eine geistige Kraft bedeutet, nicht nur der Erfüller eines fremden Willens ist, sondern auch ein Mensch, der seinen Willen, seine Vernunft im Leben durchsetzt. Er hängt nicht so von den Elementargewalten der Natur ab, wie der Bauer,

Digitized by Google

dessen schwere Arbeit unsichtbar ist, die Jahrhunderte nicht überdauert. Alles, was der Bauer schafft, verkauft er oder ißt er auf, seine Energie wird völlig von der Erde verschlungen, während das Werk des Arbeiters auf der Erde bleibt, sie schmückt und die weitere Unterwerfung der Naturgewalten, die Interessen des Menschen fördert."

In dieser Verschiedenheit der Arbeit wurzelt die tiefe seelische Verschiedenheit zwischen dem Bauern und dem Arbeiter, und ich sehe in dem zielbewußten Arbeiter den Aristokraten in der Demokratie.

Ja, als Aristokraten in der Demokratie erscheint der Arbeiter in unserm Bauernlande, so soll er sich fühlen. Leider tut er das vorläufig noch nicht . . ."

Damit will Gorkij natürlich nicht der Überhebung des Arbeiters das Wort reden. „Scheußlichkeiten und Gemeinheiten müssen aufgedeckt werden," erklärt er, „und wenn unser Bauer ein wildes Tier ist, so muß das offen gesagt werden; und wenn der Arbeiter sagt: ‚Ich bin ein Proletarier!' — in demselben widerwärtigen Ton eines Kastenmenschen, wie der Edelmann sagt: ‚Ich bin Edelmann!' — so muß der Arbeiter dem erbarmungslosesten Spott preisgegeben werden . . ."

Berechtigt ist in Gorkijs Augen nur ein auf der Grundlage wirklicher Kultur erwachsenes Klassenbewußtsein. Darum wendet er sich aufs energischeste gegen den bolschewistischen Terrorismus; der überzeugte Sozialist scheut sich nicht für die Kadetten einzutreten: hinter Miljukow und seiner Partei stehen Hunderttausende von russischen Bürgern, die ein Recht haben, gehört zu werden, außerdem gehört zu den Kadetten der kulturell höchststehende Teil der russischen Gesellschaft, die tüchtigsten Arbeiter auf allen Gebieten geistigen Schaffens. „Es ist nur von Nutzen, einen klugen und standhaften Feind zu haben — ein guter Feind erzieht seinen Gegner, macht ihn klüger und stärker." Den Gegner mit Gewalt mundtot machen, einen Sieg des Proletariats vortäuschen, während die sogenannte „Diktatur" einzig durch terroristische Maßnahmen aufrecht erhalten werden kann, heißt die Demokratie diskreditieren. Und in dem unvermeidlichen Bürgerkrieg gehen die besten Kräfte des Landes zugrunde. „Liefe dieser Bürgerkrieg darauf hinaus, daß Lenin in die bourgeoisen Haare Miljukows führe und Miljukow die wallenden Locken Lenins zauste, dann könnte man sagen: ‚Bitte schön! Prügelt euch nur, ihr Herren!' Aber es sind nicht die Herren, sondern die Knechte, die sich prügeln, und es ist gar keine Aussicht auf ein baldiges Ende dieser wüsten Schlägerei vorhanden. Durch unsere Straßen aber ziehen Tausende und brüllen, als spotteten sie ihrer selbst: ‚Es lebe der Friede!'"

Aber Gorkij wäre kein Russe, wenn er trotz allem nicht an die Zukunft seines Volkes glaubte. In seiner Neujahrsbetrachtung in der Silvesternummer der „Nowaja Shisn" bezeichnet er „diese schmutz- und blutbesudelten Tage" als die „großen Tage der Geburt des neuen Rußland". Der alte Russe, der in sich selbst verliebte Faulpelz und Träumer, stirbt, und an seine Stelle muß der kühne und gesunde Arbeiter, der Schöpfer neuen Lebens, treten. Diesen Glauben läßt Gorkij sich nicht dadurch er-

Digitized by Google

schüttern, daß der Russe heute widerwärtiger und abstoßender erscheint, denn je. Er kann sich seiner Freiheit noch nicht freuen, er probiert immer noch, ob er denn wirklich frei sei, und diese Proben kommen ihm und seinen Versuchsobjekten teuer zu stehen. Aber das Leben wird und muß ihn in seine harte, erbarmungslose Schule nehmen, und wenn er erst wirklich arbeiten gelernt hat, dann wird all das Kleinliche, Sklavische und Schmachvolle, das ihn jetzt beherrscht, von ihm abfallen . . .

Worauf gründet sich diese Zuversicht Gorkijs? Wir haben es hier mit einem russischen Charakterzuge zu tun, um den wir die Russen wirklich beneiden könnten. Niemand geht in der Selbsterniedrigung so weit, wie der Russe, aber auf dem tiefsten Grunde seiner Seele steckt trotzalledem ein so unerschütterlicher Glaube an den eigenen Wert, wie ihn vielleicht kein anderes Volk der Erde besitzt. Und dieser Glaube schöpft seine größte Kraft oft gerade aus der Trostlosigkeit der unmittelbaren Wirklichkeit. So sagt Gorgij einmal in seiner „Kindheit", eben die Tatsache, daß so viele einzelne Russen es vermocht hätten, sich durch die sie umgebende Schicht von Roheit, Gemeinheit und Dummheit durchzuarbeiten, sei ihm ein Beweis für die unerschütterliche Lebenskraft des Volksgeistes. Man denkt an jenen Juden in Boccaccios Decamerone, der sich taufen ließ, nachdem er alle Greuel des päpstlichen Hofes in Rom kennen gelernt hatte, — denn eine Religion, die trotz so nichtswürdiger Vertreter bestehen bleiben könne, müsse von Gott selbst gestiftet sein . . .

Politik und Industrie

Von Dr. Wilh. A. Dyes

Der Juli 1914 bildet den vorläufigen Abschluß des materiellen Aufschwunges unseres emporkommenden Volkes. Der Materialismus hat sich zu Mammonismus vielfach verdichtet. Kenner Deutschlands und deutsche Geschichtskenner stehen unter dem Eindruck, daß aus dem Volke der Dichter und Denker ein Erwerbsvolk geworden ist, dem während des Krieges nur große militärische Führer, aber keine ideellen Führer zur Verfügung standen, die furchtlos dem überhand nehmenden Materialismus entgegentraten. Bereits 1912 sagte Hugo Münsterberg, der genaue Kenner Deutschlands und der Vereinigten Staaten und der geistige Begründer des Amerika-Instituts in Berlin: „Amerika europäisiert sich und Deutschland amerikanisiert sich."

Der Krieg bringt eine gänzliche Umwandlung in unseren materiellen Daseinsbedingungen hervor. Mindestens vierzig Prozent unseres gesamten deutschen Besitztums ist durch eine erste Hypothek belastet, welche die Regierung in inneren Anleihen aufgenommen hat, um die Grenzen vor dem Angriff unserer Feinde zu schützen. Diese Belastung ruht auf Land und Stadt, auf ländlicher Wirtschaft und

Digitized by Google

auf der gesamten Industrie. Aber die vor dem Kriege schon hoch belastete Landwirtschaft wird nur verhältnismäßig wenig zur Abzahlung dieser ersten Hypothek beitragen können; die Hauptbelastung wird die Industrie treffen. Diese wiederum hat als Grundlage ihres Gedeihens billige Kraft nötig und preiswerte Rohstoffe.

Billige Kraft kann nur erzeugt werden, wenn seitens des Reiches und der Einzelstaaten ohne Berücksichtigung der Landesgrenzen in großzügiger Weise die Krafterzeugung und -Verteilung derart eingerichtet wird, daß an den meisten Erzeugungsstellen die Pferdekraftstunde nicht mehr als etwa einen Pfennig kosten wird. In England ist der Plan bereits ausgearbeitet, wonach 16 Zentralen die Versorgung des Landes übernehmen und die bisherige Vergeudung an kostbaren Brennstoffen gänzlich vermeiden sollen. In Deutschland geht man wieder einmal schrittweise vor; eine Übersicht über die verschiedenen Kraftstationen und deren Erzeugungskosten gibt es nicht, an vielen Stellen wird dies Gebiet bearbeitet, aber eine einheitliche, ganz Deutschland umfassende, von einem hervorragenden praktischen Volkswirt geleitete Zentralstelle besteht bis jetzt nicht[1].

Billige Rohstoffe für die Industrie wird es für mehrere Jahre nicht geben, wenn nicht der Einkauf unter stärkster Beschränkung durch eine von Kaufleuten, Industriellen und Regierungsvertretern geleitete Zentrale besorgt wird. Das Ausland wartet nur darauf, den militärisch verlorenen Krieg in einen wirtschaftlichen Sieg dadurch zu wandeln, daß es dem von Rohstoffen entblößten Deutschland seine aufgestapelten Vorräte so teuer wie möglich verkauft[2].

Mit theoretischen und optimistischen Wünschen bezüglich der Vermeidung von Zwangssyndikaten und der Freigabe des Handels in der Kriegsfolgezeit kommen wir keinen Schritt weiter, wenn wir nicht die Folgen des wie eine Revolution wirkenden Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete berücksichtigen. Die Freiheit des Handels während des Krieges hat in Rumänien, Skandinavien, Holland Orgien gefeiert, die der damals völlig ungenügenden Organisation des Spezialhandels zuzuschreiben waren. Es fragt sich nun, wie weit in der Kriegsfolgezeit ein straffer Zusammenschluß solchen der deutschen Valuta und dem deutschen Volksvermögen schädlichen Wettbewerbs vermieden wird. Nur wenn die Führer des Handels für ihre Sondergruppen die volle Verantwortung dafür übernehmen, daß zum Schaden unseres Volksvermögens Einkäufe nicht erfolgen werden, wird es möglich sein, allmählich dem freien Handel wieder alle Pforten seiner Betätigung zu öffnen. Genau so liegt es mit der Industrie. Die Konzentrationsbewegung, deren Wachstum nicht aufzuhalten ist, verführt häufig die Leiter der größten Gesellschaften dazu, für sich

[1] Näheres findet sich in meiner Schrift „Wärme — Kraft — Licht. Eine dringend notwendige Reform" Carl Heymanns Verlag, Berlin.

[2] Als Beispiel habe ich in „Metall und Erz" Nr. 12, 1917 „Einige Betrachtungen über die seitens der „Anglo-Sachsen" erstrebte internationale Metallkontrolle" veröffentlicht.

Digitized by Google

die Hauptbeute zu beanspruchen. Die kleineren Existenzen fürchten, in ähnlicher Weise wie in den Vereinigten Staaten erdrosselt zu werden. Nur in den Industriegruppen, in welchen unter taktvoller und kluger Leitung das Gesamtgebiet der betreffende Industriegruppe erfaßt ist und die kleineren Interessenten ebenso wie der große Erzeuger unparteiisch und sachlich behandelt werden, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch in der Kriegsfolgezeit unnötige und fehlerhafte Konkurrenz vermieden und ein Neuaufblühen gewerblicher Tätigkeit ermöglicht wird. Gewerbefreiheit in der Kriegsfolgezeit ist eine Absurdität, wenn Übererzeugung und schrankenloser Wettbewerb nicht ausgeschaltet werden. Die Zwangssparsamkeit nach dem Kriege muß von wirklich großen wirtschaftlichen Führern durchgeführt werden. Diese Zwangssparsamkeit muß vermeiden, daß irgendwo unnütze Produktion erfolgt. Man erinnere sich doch endlich, daß wir in unserer Kaliwirtschaft vom reichswirtschaftlichen Standpunkte ein völliges Fiasko erlebt haben, daß die partikularistischen Wünsche der Einzelregierungen zu einer Übergründung von Kaliwerken, zu einer volkswirtschaftlich ungesunden Spekulation, zu einer unrationellen Ausnutzung dieser uns für den Augenblick monopolartig zur Verfügung stehenden Erdschätze geführt haben. Man denke doch an die Zustände in der Zementindustrie, an die Ziegelindustrie! Man erinnere sich, mit welcher Verbissenheit jahrelang die deutschen Farbstoff-Fabrikanten sich Wettbewerb gemacht haben, bis sie sich endlich während des Krieges zusammenschlossen! Die Gründung der ausgedehnten Farbstoffindustrie in den Vereinigten Staaten und das Zusammenarbeiten der englischen, französischen, italienischen und schweizerischen Farbstoffindustrie wären in dieser Weise nie zustandegekommen, wenn die verschiedenen deutschen Farbstofferzeuger bereits vor Jahren einig gewesen und von nationaler Weitsicht ausgegangen wären. Nationale Volkswirtschaft bedeutet, daß ein Geschäft oder eine Industrie derart aufgebaut werden, daß auch in der Zeit der Krisen und des Krieges dem Inlande möglichst viel verbleibt. Infolge des inneren Wettbewerbs haben wir einerseits ausländischen Chemikern Beschäftigung in unseren Fabriken gegeben und andererseits tüchtige deutsche Chemiker ins Ausland zur Auswanderung gebracht, weil wir ihnen eine angemessene Entlohnung nicht boten.

Die Eisen- und Stahlindustrie hat vielfach das Ausland billiger als das Inland versorgt und dadurch zwar Mehrumsatz und einen größeren Außenhandel erzielt, aber die Erbitterung gegen deutschen Wettbewerb und deutsche Preisschleuderei („Dumping") hervorgerufen, die auch nach dem Kriege noch lange nachwirken wird.

Im Kohlenbergbau haben allererste Industrielle es für richtig gehalten, auch in England Fuß zu fassen, um die überlegene Art des deutschen Kohlenabbaues die Engländer zu lehren. An der Erschließung der neuen Kohlenfelder in Kent in England war deutsches Kapital beteiligt.

Dies sind nur ein paar Beispiele, aus denen hervorgehen mag, daß die alte Wirt-

Digitized by Google

schaftsordnung auch in dieser Richtung nicht weiter besteht und daß neue Ideen und Leitsätze notwendig sind, um unter Berücksichtigung der Psyche unserer wirtschaftlichen Feinde allmählich wieder für Deutschland weltwirtschaftliche Beziehungen aufzubauen.

Der Hauptabsatz nach dem Kriege liegt im Inlande. Niemand aber kann Kriegspreise bezahlen; diese gehören der Vergangenheit an. Wie aber wird es möglich sein, die endlose Verteuerungsschraube abzustellen und dafür die Verbilligungsschraube einzusetzen? Ich fürchte, daß die Industrie, deren Gewinne während des Krieges von Jahr zu Jahr gestiegen sind, unter den Wirkungen dieser vom Staate, d. h. der Gesamtheit des deutschen Volkes bezahlten hohen Preise, die nicht wenig zur Verteuerung der ganzen Lebensbedingungen beigetragen haben, nicht ohne Krisen neu aufblühen kann. In anderen Ländern werden die wirklichen Gestehungskosten und die normalen Gewinne offen erörtert. Das englische Munitionsministerium hat den Gewinn der Kriegsindustrie außerordentlich beschränkt, und in den Vereinigten Staaten sind von Wilson die bisher von England und Frankreich gezahlten hohen Preise für Kriegsmaterial außerordentlich ermäßigt worden. Beispielsweise stieg der Preis für Stahl von 80 M. in 1914 auf etwa 400 M. im Juni 1916. Die von Wilson durchgesetzten Preisermäßigungen waren hingegen etwa folgende: Für Roheisen von 250 M. auf 140 M., für Formeisen von 500 M. auf 250 M., für Stahlbarren von 460 M. auf 250 M. und für Koks von 60 M. auf 26 M. Vergleichen wir hiermit die Gewinne der deutschen Montanindustrie, so finden wir nach einer Aufstellung der „Frankfurter Zeitung", daß der Reingewinn von 200 auf 292 und schließlich auf 353 Millionen Mark und die Durchschnittsdividende von 7—8 Prozent auf 11,9 Prozent und schließlich auf 13,9 Prozent, in den Jahren 1914 bis 1916 stieg.

Die amerikanische Regierung hofft, die Hälfte der Kriegslasten durch Steuern aufzubringen. In England werden Stimmen laut, welche die Kriegsgewinnsteuer als zu niedrig ansehen. In Deutschland rühmen wir uns, einen sehr beträchtlichen Teil der Kriegslasten durch innere Anleihen aufgebracht zu haben. Aber häufig vergißt man, daß es sich hierbei um einen Wechsel auf die Zukunft handelt, und daß nicht nur die Zinsen aufzubringen sind, sondern auch die Tilgung der Kriegslasten durchgeführt werden muß. Diese Belastung nach dem Kriege wird unzweifelhaft in erster Linie die Industrie treffen. Ich habe an anderer Stelle[1] zur Erörterung gestellt, daß die Eisen und Stahl erzeugende und — verarbeitende — Industrie allermindestens 30000 Millionen Mark der Kriegsanleihen zu verzinsen und abzutragen hat. Es ist ganz gut möglich, daß die Belastung dieser Industriegruppe nicht 30000, sondern 40000 oder mehr Millionen Mark betragen wird. Ebenso ist meine Schätzung der Belastung der chemischen Industrie mit 5000 Millionen Mark in Kriegsanleihen,

[1] Vortrag, veröffentlicht Februar 1917 in der „Gießerei-Zeitung" Berlin, Verlag Rud. Mosse.

Digitized by Google

deren Verzinsung und Abtragung durch diese Industriegruppe allein zu erfolgen hat, wahrscheinlich zu niedrig. Da wir keine genaue und ausführliche Zählung unserer Industrie in der Art des amerikanischen Consus haben, ist es unmöglich festzustellen, wieviel der Belastung auf die einzelnen Industriegruppen entfallen wird.

Ich stehe unter dem Eindruck, daß wir in vieler Beziehung in den Tag hineinleben und uns der äußerlich guten Zeiten (hinter der Front), in denen das Geld keine Rolle spielt, in gewisser Weise geradezu erfreuen. Aber ohne Pessimismus und Schwarzseherei, ohne Miesmacherei, sollen wir klaren Kopfes auf historischen Grundlagen versuchen, die Vergangenheit zu durchdringen und aus ihr die nötigen Lehren zu ziehen. Richard Cobden warnte im Februar 1865 nach dem amerikanischen Bürgerkriege 1861/65 die Vereinigten Staaten mit folgenden Worten: „Ihr habt Saturnalien mit „Greenbacks“ (Papiergeld) und mit der Regierungsausgabe gefeiert. Diese gleichen der angenehmen Erregung, die durch Alkohol hervorgerufen wird. Aber der Frieden wird das Kopfweh nach der Ausschweifung mit der unangenehmen hohen Wirtshausrechnung bedeuten.“ Unsere Industriellen sind meistens Spezialisten. Sie leisten Großes auf einem Sondergebiet und bringen ihre Betriebe oder Gesellschaften zu wirtschaftlichen Erfolgen. Durch diese Steigerung des materiellen Wohlstandes und den ungeheuren in Deutschland entwickelten Fleiß sind wir unzweifelhaft zu einem Wohlstande gelangt, um den uns unsere Feinde zum Teil beneideten. Aber die Führer dieser Industrien werden bei uns zugleich als Führer der Volkswirtschaft betrachtet, weil sie die Industrie zu entwickeln und Geld zu verdienen glänzend verstanden. Nun ist nationale Wirtschaft und Berücksichtigung der nationalen wirtschaftlichen Zukunft durchaus nicht gleich mit Geldverdienen. Wir sind eine emporkommende Nation; ob wir aber eine Weltnation werden, hängt davon ab, ob uns aus dem Kreise der Industrie, der Landwirtschaft sowie des Handels Männer erstehen, die ihre bisherigen Sonderinteressen und das Geldverdienen hinter das Allgemeinwohl zurückstellen und weitsichtig für die nationale wirtschaftliche Zukunft Anregungen geben, Vorschläge machen und selbstlos nur für Deutschlands Gesamtwirtschaft tätig sind.

England und die deutschen Kolonien

Von Franz Kolbe

Am 31. Mai berichtete die „Evening News“, daß die im nächsten Monat zusammentretende Reichskonferenz sich auch mit der Frage der Rückgabe der eroberten deutschen Kolonien beschäftigen und einen strengen Entschluß gegen ihre Rückgabe fassen werde.

„In diesem Punkte sind die Regierungen der Dominien absolut fest und lassen nicht mit sich reden. Unsere kolonialen Völker hassen alles, was deutsch ist; hierin sind sie mit der breiten Masse des Volkes völlig einig und wissen besser, was sie wollen, als viele unserer Staatsmänner.“

Digitized by Google

Neuerdings will die „Morningpost“ erfahren haben, daß in der Reichskonferenz über die Rückgabe der deutschen Kolonien beraten und eine Einigung zwischen den Vertretern der Dominien und der Reichsregierung dahin zustande gekommen sei, daß unter keinen Umständen eine Rückgabe irgendeiner dieser Kolonien stattfinden solle.

Eine Bestätigung dieser Nachricht haben wir bisher noch nicht finden können. Was die britischen Selbstverwaltungskolonien anlangt, so haben sie zwar von Anfang an auf diesem Standpunkt gestanden, die englische Regierung hat sich bisher aber sorgfältig gehütet, sich in dieser Frage zu binden. Es ist bekannt, daß bei den Abmachungen mit Australien und Neuseeland über die Besetzung der deutschen Besitzungen in der Südsee und ebenso bei den Abmachungen mit der Südafrikanischen Union über die Eroberung Deutsch-Südwest-Afrikas die Regierung sich ausdrücklich das Recht vorbehalten hat, beim Friedensschlusse über die deutschen Kolonien zu verfügen. Diesen Standpunkt hat sie denn auch konsequent festgehalten. Im Januar vorigen Jahres hat allerdings der Kolonialminister Walter Long sich einmal im Unterhause entschieden dahin ausgesprochen, daß an eine Rückgabe der deutschen Kolonien nicht zu denken sei. Darüber befragt, ob er diese Äußerung im Auftrage der Regierung oder als Privatmann getan habe, mußte Mr. Long zugeben, daß er nicht im Auftrage der Regierung, sondern nur als Vertreter der britischen Dominien gesprochen habe. Ein halbes Jahr später aber erklärte derselbe Mr. Long, als er im Unterhause über die Ergebnisse der Reichskriegskonferenz berichtete, daß nichts auf ihn einen größeren Eindruck gemacht habe, als die Haltung der Dominien in der Frage der Rückgabe der deutschen Kolonien. Kein einziger der kolonialen Vertreter habe versucht, irgendeinen Zwang auf die Regierung auszuüben, alle seien vielmehr darin einig gewesen, daß nicht selbstsüchtige Interessen der Kolonien, sondern nur das Interesse des Reiches bei der endgültigen Entscheidung in Frage kommen könnten.

Auch Lloyd George hat es stets vermieden, sich oder die britische Regierung in dieser Frage festzulegen. In der Mitte vorigen Jahres gab er einmal die Erklärung ab, daß die Frage der deutschen Kolonien keinen Hinderungsgrund für den Frieden bilden würde. Der Abordnung der britischen Arbeiter, welche ihm die Beschlüsse der Arbeiterkonferenz vorlegte, versprach er lediglich, daß die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kolonien in der Friedenskonferenz fallen solle.

Allerdings schien er damals geneigt zu sein, den Beschlüssen der Arbeiterkonferenz auf Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen nachzugeben. Gegen diese Beschlüsse ist aber von den kolonialen Sachverständigen und dem größten Teil der britischen Presse, insbesondere der kolonialen Presse lebhafter Widerspruch erhoben worden. So schrieb z. B. ein alter Afrikaner und Teilnehmer an dem deutsch-kolonialen Feldzuge, daß man in Afrika den Beschluß der Arbeiterkonferenz nicht verstehe: jedem Kenner Afrikas sei es klar, daß die Abstimmung der Eingeborenen sich

Digitized by Google

nach dem Häuptling richten werde, und daß der Häuptling seine Stimme zugunsten desjenigen Volkes abgeben werde, dessen Vertreter an Ort und Stelle sei. — Noch schärfer äußerte sich Sir Harry Jonston, der den Vorschlag als wahnsinnig erklärte.

Die entschiedensten Gegner einer Rückgabe der deutschen Kolonien sind von Anfang an die australischen Kolonien — Australien und Neuseeland — gewesen. Ihre Vertreter und Minister haben immer wieder erklärt, daß an eine Rückgabe der deutschen Kolonien nicht zu denken sei. Besonders taten sich in dieser Beziehung die Minister Massey (Premierminister) und Ward, Finanzminister Neuseelands, hervor. Ersterer äußerte in einer Konferenz der vereinigten Handelskammern Neuselands,

„daß die Rückgabe Deutsch-Samoas und Neu-Guineas in der Südsee vom britischen Volke daselbst äußerst bitter empfunden werde."

Und Finanzminister Ward ließ sich sogar neuerdings zu der Äußerung hinreißen, daß es für die Bevölkerung der entfernteren Teile des britischen Reiches undenkbar sei, daß Deutschland jemals wieder in der Südsee Fuß fasse.

„Würde man ein solches Unglück zulassen, so würde die Mehrheit bei uns am Mutterlande verzweifeln und die durch den Krieg gefestigten Bande der Reichseinheit würden dadurch überanstrengt werden."

Bemerkt zu werden verdient übrigens, daß die neuseeländische Handelskammer ihrem Premierminister nicht folgte, sondern die ihr vorgelegte Entschließung dahin abänderte, daß die Regierung von Neuseeland gebeten werde, „zu erreichen zu versuchen", daß bei den Friedensverhandlungen um der zukünftigen Sicherheit an den Südseeinseln Deutsch-Samoa als britische Besitzung behalten werde. (Ursprünglich hatte in der Entschließung das Wort „festsetzen" anstatt „zu erreichen" gestanden.) Die „Wellington Evening Post" tadelte sogar die Äußerung des Premierministers und bemerkte, Neuseeland habe keine Macht, der kaiserlichen Regierung Befehle zu geben und auch nicht einmal den Wunsch dazu, selbst in einer Angelegenheit, die ihre Interessen so nahe angeht, und sie würde sich eines sehr schlechten Geschmackes und sehr schlechten Imperialismus schuldig machen, wenn sie eine solche Haltung annähme. „Leider sei der Premierminister nicht eben so erfolgreich in der Vermeidung dieses Irrtums gewesen wie die vereinigten Handelskammern."

Es scheint übrigens, als ob gerade die australischen Kolonien alle Veranlassung hätten, eine Abstimmung der Landeseinwohner über das zukünftige Schicksal der Kolonien zu vermeiden. Die „Daily Mail" brachte am 5. März dieses Jahres eine Zuschrift aus Sydney, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß in Australien die Äußerung Lloyd Georges im Unterhause über das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen lebhaftes Mißbehagen erregt habe, „denn die scharfe Zucht der australischen Verwaltung in Neu-Guinea ist dort sehr unpopulär geworden im Gegensatz zu der früheren Freiheit, welche den Eingeborenen unter der deutschen Verwaltung zugestanden worden sei."

Ebenso wie die Vertreter der australischen Kolonien haben auch die Vertreter der

Digitized by Google

südafrikanischen Union stets gegen eine Rückgabe der eroberten deutschen Kolonien gestimmt. Am meisten hervorgetan hat sich dabei der burische Renegat und jetzige englische General und Kabinettsminister Smuts, der in einer in der Königlichen Geographischen Gesellschaft in London gehaltenen viel besprochenen Rede die Behauptung aufstellte, deutsche Kolonien in Afrika seien eine Bedrohung des britischen Handels und der britischen Kolonien. Deutschland habe nie Kolonialpolitik, d. h. Ansiedlungspolitik im britischen Sinne getrieben, sondern die Ansiedlung Weißer in seinen Kolonien zu verhindern gesucht. Es habe die Kolonien einerseits als Rohstoffquellen betrachtet und durch Landzuteilung an große Gesellschaften, denen die Regierung die Arbeiter zu billigsten Löhnen lieferte (sic), Pflanzungswirtschaft viel versprechender Art getrieben, andererseits die afrikanischen Kolonien als Mittel zur Erringung der Weltherrschaft und Verdrängung seiner Nebenbuhler durch Militarisierung der Eingeborenen und Anlage von U-Bootsstützpunkten betrachtet!

Auch Botha und die vereinigten Handelskammern in Johannesburg haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. In burischen Kreisen, insbesondere in der Nationalistenpartei General Hertzogs, die neuerdings, gestützt auf das Programm Präsident Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Erklärung Südafrikas zur unabhängigen Republik befürwortet, hat man dagegen von Anfang an von einer Annexion Deutsch-Südwestafrikas nichts wissen wollen. Botha hat zwar den Buren und insbesondere den Feldzugsteilnehmern weitgehende Versprechungen über Zuteilung von Land gemacht, die Buren sind sich aber darüber im klaren, daß bei der Landzuteilung nur solche berücksichtigt werden, die sich verpflichten, im englischen Sinne zu stimmen. Die britische Regierung hat bei der Eroberung Südwestafrikas von vornherein in erster Linie den Zweck verfolgt, durch die dort anzusiedelnden Kolonisten die Zahl der britischen Stimmen in Südafrika zu verstärken und dadurch die jetzt noch bestehende burische Stimmenmehrheit ein für allemal unmöglich zu machen. Gerade als Gegengewicht gegen das englische Element ist den wirklichen Buren die Erhaltung eines deutschen oder unabhängigen Südwestafrikas erwünscht.

Über die in England selbst von den Kolonialpolitikern und Kolonialinteressenten getriebene Hetze gegen Rückgabe der deutschen Kolonien hat bereits Dr. Lederbogen in Heft 21 an dieser Stelle berichtet. Diese Hetze hat keineswegs nachgelassen, sondern nimmt im Gegenteil immer groteskere Formen an. Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann, wie Sir Harry Jonston, der vor dem Kriege als deutschfreundlich und gerecht denkender Politiker galt, in „The War Illustrated" sich folgendermaßen vernehmen läßt:

„Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges hetzten die Deutschen in Afrika ihre gut ausgebildeten schwarzen Truppen gegen die Besitzungen der westlichen Verbandsmächte und gewannen auch für eine kurze Weile in Südafrika, am Tanganjika und in Britisch-Ostafrika die Oberhand über uns, da wir auf solch tückischen, verräterischen Angriff nicht vorbereitet waren."

Digitized by Google

Sollte Sir Harry Johnston wirklich nicht wissen, daß Deutschland sich bemüht hat, den Krieg dem schwarzen Kontinent fern zu halten, daß Frankreich und Belgien diesem Antrage zustimmen, daß England aber auf Eroberung der deutschen Kolonien bestand und dazu außer Südafrikanern und Indern auch schwarze Truppen aus seinem gesamten afrikanischen Kolonialreich zusammentrieb, daß die deutschen Kolonien also die Angegriffenen, England aber der Angreifer war?

Das ganze britische Volk unterliegt eben mehr oder weniger der Kriegspsychose. Wahrheit wird in Unwahrheit verkehrt, Verstand in Unverstand — sofern es sich nur gegen die Deutschen richtet, nimmt das britische Volk kritiklos alles auf. So hat z. B. Mr. Robert Williams, der bekannte Katangaminenspekulant und Konzessionär der Benguellabahn kürzlich in der englischen Handelskammer einen Vortrag über „Deutschlands friedliche Durchdringung Zentralafrikas" gehalten, in welchem er uns aller möglichen Intrigen und illoyalen Vorgehens beschuldigte; und worum handelte es sich? Um die deutschen Versuche, an der Erschließung Katangas beteiligt zu werden und die Beteiligung an der Benguellabahn. Besonders kennzeichnend für Williams Methode ist folgendes: Er gesteht offen zu, daß er, um das Geld zur Vollendung der Benguellabahn zu erhalten, auf Rat Sir Eduard Greys kurz vor Ausbruch des Krieges mit Kolonialstaatssekretär Dr. Solf und der Deutschen Bank in Berlin konferiert habe, wobei die Deutsche Bank ihm den gesamten Rest des Kapitals zur Verfügung zu stellen bereit war, dafür aber die Leitung der Bahn verlangte. Ist etwas Unnatürliches dabei, wenn die Deutsche Bank für das von ihr hergegebene deutsche Kapital eine Sicherstellung verlangte? Hat England bei der Bagdadbahn anders gehandelt?

Sollte die englische Regierung sich jetzt von der Reichskriegskonferenz dazu verleiten lassen, sich auch ihrerseits gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien zu erklären, dann ist sicher die Furcht vor der Wirkung des Gegenteils auf die Dominien einer der Hauptgründe. Daneben sprechen aber noch andere Gründe mit: in erster Linie wohl die durch Teilnahme amerikanischer Truppen an den Kämpfen an der Westfront neu belebte Hoffnung, Deutschland doch noch mit der Waffe zu Boden schlagen zu können und Wilsons neuerdings gegebene Zustimmung zu einem Wirtschaftskriege gegen Deutschland. Aber noch ein Punkt ist zu beachten, auf den bisher noch nicht hingewiesen worden ist: die Furcht vor einer etwaigen Rückgabe der deutschen Kolonien auf die Negerbevölkerung Afrikas. England ist sich vollkommen dessen bewußt, daß es durch Aufgabe seines bisher stets hoch gehaltenen Standpunktes von der Solidarität der weißen Rassen durch seinen Angriff auf die deutschen Kolonien das Ansehen des Weißen als solchen für immer rettungslos untergraben hat. Sein Ziel dabei war, den Negern die Achtung vor dem deutschen Namen zu nehmen. Daß die lange Dauer des deutschen Widerstandes trotz der schließlichen Niederlage die Achtung der Neger vor den Deutschen sehr gehoben hat, ist den Engländern natürlich

Digitized by Google

höchst unangenehm, sie trösten sich eben damit, daß England schließlich doch Sieger geblieben ist und daß der schwere Sieg über Deutschland den Negern die Unbesiegbarkeit Englands vor Augen geführt habe. Sie fürchten nun, die Neger könnten in einer Rückgabe der Kolonien an Deutschland ein Zeichen englischer Schwäche erblicken, das natürlich auch die Furcht der Neger vor der englischen Kraft und Stärke vermindern und im Laufe der Zeit zu blutigen Eingeborenenaufständen führen müßte.

So erklärlich diese englischen Erwägungen an sich sind, für die deutsche Kolonialpolitik haben sie keine Bedeutung! Im Gegenteil: gerade weil England das Ansehen des deutschen Namens in Afrika untergraben hat, weil die dauernde Besitznahme unserer Kolonien durch England unsere Rohstoffversorgung unmöglich machen würde, sind wir gezwungen, auf der Rückgabe unserer Kolonien zu beharren. England wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen, daß Deutschland nicht zu besiegen ist und daß die Verlängerung des Krieges England schließlich mehr schädigt als uns.

Für seinen Bruch des Burgfriedens in Afrika und die dadurch erfolgte Schädigung des deutschen Ansehens bei der Negerbevölkerung schuldet uns England Sühne, Schadenersatz und Wiedergutmachung. Indem wir für diese Forderung eintreten, nehmen wir nicht nur das eigene Interesse wahr, sondern das der gesamten weißen Rasse.

Notizen

Englands Politik der Zerstückelung Österreich-Ungarns. Der Nationalitätenbrand in Österreich ist zweifelsohne mit auf die britische Propagandatätigkeit zurückzuführen, an deren Spitze bekanntlich Lord Northcliffe steht, der ja beweisen muß, daß die in ihn gesetzten Erwartungen von ihm auch erfüllt werden. Bisher hat man wenig davon gehört, daß die britische Aktion darauf ausgegangen wäre, die Gegensätze zwischen Österreich und Ungarn zu verschärfen. Dieses politische Teilprogramm scheint man jetzt aber der führenden britischen Presse mundgerecht gemacht zu haben, und wir sehen die „Times", den bekannten „Manchester Guardian" und die „Daily Mail" im schönen Reigen vereint an der Arbeit, alles das herauszusetzen und vorzubringen, was Ungarn noch mehr gegen die gemeinschaftlichen österreichisch-ungarischen Staats-Institutionen.

Da ist z. B. die „Times", die sich am 14. Juni damit abgibt, den Ungarn begreiflich zu machen, daß Deutschland und Österreich schon ausgehungert wären, würde nicht der Agrarstaat Ungarn es ermöglicht haben, das deutsche und österreichische Militär mit Lebensmitteln und mit Munition auszurüsten. Ja, die „Times" versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß Ungarn so viel Naturprodukte erzeuge, daß man es ruhig als Schatzkammer Europas proklamieren könne. In dieser Tonart geht es weiter. Man streift die ungarische Industrie, ein etwas heikles Thema, das die Ungarn an einer sehr empfindlichen Stelle trifft, und man kommt auch dabei zu dem Ergebnis, daß ohne die industrielle Mithilfe Ungarns Österreich schon längst an die Wand gedrückt worden wäre.

„Daily Mail" und andere britische Tageszeitungen kauen den Fall fort und geben nur eine neue Nuance hinzu. Da wird z. B. gesagt, daß Ungarn es in der Hand hätte, nach dem Kriege

Digitized by Google

mit der Entente, insbesondere aber mit England, ganz gewaltige Geschäfte zu machen. Es werden da detailliert recht phantasievoll alle jene Industrieprodukte angeführt, für die Ungarn eine besondere Leistungsfähigkeit aufweist dank der Tatsache, daß die Rohmaterialien im Lande selbst zu finden sind und somit das ungarische Fabrikat gute Qualität und verhältnismäßig niedrige Preise zeigt.

Während in dieser Weise Ungarns wirtschaftliche Bedeutung in den Himmel gehoben, ihm gleichzeitig zum Bewußtsein gebracht wird, was alles die ungarische Nation von der Entente zu erwarten hätte, wird in einem Artikel des „Manchester Guardian" vom 11. Juni den Ungarn vorgehalten, daß sie durch ihr Festhalten an den bisherigen Bundesgenossen nicht die Tradition des verehrten Freiheitshelden Ludwig Kossuth hochgehalten hätten, und daß die Folgen dieser falschen Politik sich in der gegenwärtigen Situation widerspiegeln, die doch gewiß nicht als für die Mittelmächte günstig und für Ungarn vorteilhaft eingeschätzt werden kann.

Man kann tatsächlich nicht verstehen, wie die Mentalität der britischen Journalisten und ihrer Einflüsterer von der Regierung, beschaffen ist, wenn man sich von einer derartig grobschlächtigen Pressekampagne irgend etwas verspricht. Selbstverständlich weisen die ungarischen Presseorgane, soweit sie sich mit der Angelegenheit beschäftigen, die freundschaftlichen Ratschläge der Herren Briten zurück mit dem Bemerken, daß sie schon selbst wissen, was ihnen frommt.

Alle diese Vorgänge beweisen aber neuerdings, daß man im Ententelager über ein Maß von Skrupellosigkeit verfügt, wie man es vor dem Kriege niemals für möglich gehalten hätte, besonders bei den korrekten Engländern, die es gern sehen, wenn sie als die führende Nation in Europa als die Herrenmenschen gefeiert werden. Würde man nicht aus den Erfahrungen dieses vierjährigen Krieges wissen, daß diese bestellte Hetzarbeit auf unser gesundes Volk keine Wirkung übt, man wäre geradezu versucht, sich die Frage vorzulegen, wo eigentlich diese britische Niedertracht ihr Ende hat.

U-Boot-Sorgen in England. Daß man auch in England zu vorsichtiger Beurteilung des U-Bootkrieges mahnt, ergibt sich aus einem Leitaufsatz der „Liverpool Post Mercury" vom 25. Juli, wo es unter anderem heißt: Nach wie vor erheben die Unterseeboote einen schweren Zoll von uns. Wir verzeichnen heute den Verlust der „Justicia"; letzte Woche war es die „Carpathia", und ohne Zweifel kommen noch viele kleinere Schiffe hinzu. Die Gefahr ist nicht vorüber, tatsächlich müssen wir uns noch mehr auf den Schiffsbau konzentrieren. Was die Anstrengungen in den Schiffswerften anbelangt, so erscheint das optimistische Gerede der letzten Tage durchaus nicht am Platze. Wir müssen dessen eingedenk sein, daß, wenn auch die Verluste allmählich abnehmen, sie noch immer sehr groß sind, und es, selbst wenn wir alle unsere Kraft auf den Schiffsbau verwenden, noch lange dauern wird, bis wir die Verluste ausgleichen. Ebenso müssen wir die Frage der Bemannung unserer Handelsflotte in Betracht ziehen, die uns Anlaß zu großer Besorgnis gibt.

Stellungnahme der englischen Radikalen zu den Vorzugszöllen. „Manchester Guardian" vom 26. Juli 1918 berichtet aus London: In der heutigen Versammlung des Ausschusses der radikalen Partei wurde folgender Beschluß angenommen: „Die Versammlung legt Verwahrung ein gegen die vor kurzem angekündigte Politik der Regierung, nach der im britischen Reiche nach dem Kriege Vorzugszölle zur Einführung gelangen sollen. Sie betrachtet eine solche Einführung als einen gegen den Bund der Nationen gerichteten Todesstoß und fordert sämtliche Radikale des Landes auf, sich diesem Protest anzuschließen."

Die Gründe für Amerikas Kriegseintritt. In „Socialdemokraten" (Kopenhagen) vom 7. August beschäftigt sich Kresten Klöv mit der amerikanischen Kriegsindustrie und mit dem amerikanischen Schiffsbau, wobei er es dahingestellt sein läßt, ob tatsächlich der U-Bootkrieg

Digitized by Google

Amerika zur Kriegsteilnahme veranlaßt hat. Er schreibt in diesem Zusammenhange: Die Munitionsindustrie hatte für Amerika eine große Bedeutung erlangt, als England und Frankreich in der Lage waren, die Munitionsherstellung selbst zu übernehmen. Die Einstellung der Kriegslieferungen im bisherigen Umfange hätte für Amerika also eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet. Amerika war am Verbande finanziell so stark interessiert, daß es einen Ausgang des Krieges zuungunsten des Verbandes nicht zulassen konnte. Es gab also nur zwei Wege: Frieden durch Amerikas Vermittlung oder Amerikas Eintreten in den Krieg als entscheidendes Gewicht in der Wagschale. Damals würde ein Frieden Amerika eine günstige Stellung gegeben haben. Europas wirtschaftlicher Wiederaufbau würde für lange Zeit Amerikas Hilfe erfordert haben; Amerika würde immer mehr der Gläubiger Europas geworden sein und als Friedensvermittler hätte es seine Interessen in der ganzen Welt in hohem Grade gefördert. Zweifellos waren Wilsons damalige Friedensbestrebungen (die aber, wie erinnerlich, seitens der Verbandsmächte als unerbetene Einmischung schroff zurückgewiesen wurden) aufrichtig gemeint. Er hatte aber nicht nur ideale Gründe, sondern er berücksichtigte die kapitalistischen Interessen Amerikas. Seine Friedensoffensive mußte mißlingen, da zumal England keineswegs auf einen Frieden aus war, der für die englischen Imperialisten die unerträgliche Tatsache enthalten hätte, daß die vielen Opfer nicht England, sondern das neutrale Amerika zum Sieger gemacht hätten. So trat Amerika als der uneigennützige Freund des Verbandes in den Krieg.

Neuerscheinungen

Schule und Leben

„Wir stehen an der Schwelle einer großen Jugendbewegung, die sowohl die Frühjugend der 12- bis 19jährigen, wie die reifere Jugend der 20- bis 25jährigen umfaßt. In einer Zeit, in welcher nach den schrecklichen Zerstörungskräften des Krieges jede Möglichkeit zum Schaffen, zur Erneuerung, ergriffen und ausgenutzt werden muß, und ein Volk um so höheren Nachweis echter Kultur erbringen wird, je mehr es versteht, alle aufbauenden Kräfte zu fördern, muß jede große Bewegung aus der Stellung der Ablehnung, der erbitterten Kritik, die jetzt unsere Jugendbewegung gegenüber dem Alter betätigt, sich zur Bereitschaft an schöpferischer Mitarbeit entwickeln, wenn sie sich nicht selbst vernichten will."

Diese Mitarbeit regt sich von den verschiedensten Seiten. Vom biologischen, volkswirtschaftlichen, rassenhygienischen Standpunkt aus nähert sich den pädagogischen Aufgaben der Gegenwart Paul Krische mit dem Buche „Jugendehe" (Otto Wigand, Leipzig 1918, geh. Mk. 2.50), aus dem die oben angeführten Sätze stammen. Krische sieht in der „Jugendehe" eine der grundsätzlichen Voraussetzungen für die Volkserneuerung, aus der eine neue Pädagogik erwachsen soll. Denn der Anteil der reifen Jugend der Jahre 20—25 „an der Anbahnung neuer Dinge im Gesellschaftsleben und an dem geistigen Entwicklungsgange der Menschheit" sei noch viel zu wenig gewürdigt. Die Dienste, die diese Jugend der Jugendbewegung leisten könne, seien noch gar nicht in Anspruch genommen. Im Gegensatz zu England, Rußland, den Vereinigten Staaten und den romanischen Ländern werde in Deutschland durch ein hochgespanntes Berechtigungswesen, eine sehr gründliche Hochschulordnung des Lehrlingshafte und damit das Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit möglichst lange aufrecht erhalten. Bei den erhöhten Anforderungen der Zukunft an die schöpferischen Kräfte werde sich das nur zum Nachteil Deutschlands aufrecht erhalten lassen. In solche Mahnungen zur Verjüngung der am Aufbau Deutschlands mitwirkenden Kräfte, zur richtigen Ausnutzung der „in jeder Jugend gärenden Erneuerungskräfte" liegen Reiz und Wert des Buches, das aus einem Beitrag zur „Bevölkerungspolitik" sich rasch zu einer beachtenswerten pädagogischen Anregung auswächst und zum Schaden des Aufbaues, aber zum Vorteil des Inhalts in allgemeinen pädagogischen Forderungen mit Glück seinen Schwerpunkt sucht und findet.

Gegenüber diesem frischen Buch behilft sich ein „Elternbuch" „Haus und Schule" (von Eduard Pfrogner, Verlag A. Haase, Prag 1918, br. 1,70 Mk.) mit dem hergebrachten, reichlich ausgeleierten didaktischen Rüstzeug. Die Schrift des Oberlehrers Ernst Hahn „Weltkrieg und Volksschule"

Digitized by Google

(Verlag O. u. R. Becker, Dresden) fällt, obwohl preisgekrönt, nur durch die von ihr übernommenen pädagogischen Ziele auf, die sie von sich aus freilich weder glaubhaft noch eindringlich zu machen versteht: das gesamte Bildungswesen, das bisher in unökonomischer Weise die kulturellen Individualkräfte vergeudet habe, müsse „wegen der ungeheueren Verluste geistiger Kulturpotenzen nach dem Kriege darauf sinnen, die höchste Ökonomie in der Bewirtschaftung der geistigen Kapitalien walten zu lassen"; statt auf „Kriegsspielerei" solle also die Pädagogik sich damit beschäftigen, wie es zu erreichen sei, „daß jedes Individuum intensiv ausgebildet werden könne, damit möglichst kein Individuum auf seinem Bildungsgang auf ein totes Gleis gerät".

Gleich unoriginell, mit einem ähnlich großen Vorrat überkommenen Beweismaterials schlagen sich zwei Jesuitenpatres mit Schulfragen herum: P. H. J. Terhünte hält es für nötig, gegen Jules Ferry, den Führer der Antiklerikalen in Frankreich (wohl zum Gedächtnis des 25jährigen Todestags und als warnendes Beispiel?) eine nachträgliche Anklagerede zu veröffentlichen („Jules Ferry und die französische Schulgesetzgebung", Hamm, Breer & Thiemann, 50 Pfg.). Josef Stiglmayr nimmt in einem Ergänzungsheft zu den Stimmen der Zeit (4. Heft, Freiburg, Herder, 1917) „das humanistische Gymnasium und seinen bleibenden Wert" in Schutz. Wie er selbst sagt, indem er zusammenstellt und in die rechte Beleuchtung zu rücken sucht, was (über die Geschichte der humanistischen Bildung, ihre idealen und praktischen Werte) schon oft gesagt und geschrieben worden ist, und in der Hauptsache nur durch den „christlich-katholischen Standpunkt", von dem aus alles gesehen und bewertet wird, seine fleißige, aber für die Gegenwart unfruchtbare Materialsammlung rechtfertigt.

Wo allgemeine Bildungsfragen zur Debatte stehen, darf man sich nicht wundern, daß auch das Kino an die Reihe kommt. Wenn es in Dingen der Volksbildung etwas zu tun gibt, ist es im Kino, an dem bisher nur der Geschäftssinn der Unternehmen sich betätigt hat. Aber mit der Forderung einer „nationalen Kinoreform" hat Konrad Lange, Professor der Kunstwissenschaften in Tübingen (Volksvereins-Verlag München-Gladbach 1918, Mk. 3,20) zur Lösung dieses Problems moderner Volksbildung nicht eben viel beigetragen. Vom Ästhetischen aus löst man es ebensowenig, als dadurch, daß man es „der privaten Spekulation entzieht und in die Hände des Staates oder der Gemeinde legt". Auch nicht wenn man es, noch ehe etwas zur „Reform" getan ist, „in den Dienst der Auslandsreklame für das Deutschtum" stellt, obwohl es seinen Schwerpunkt im „Nationalen" suchen soll.

Daß man auf allen diesen ausgetretenen Gleisen einer bekömmlichen Phraseologie (und Ideologie?) nicht weiter kommt, zeigt auch das Nebeneinander zweier Schriften über die Bedeutung der Geschichte für das Leben. Spahns Vortrag über „die Bedeutung des Geschichtsunterrichts für die Einordnung des einzelnen in das Gemeinschaftsleben" (E. S. Mittler, Berlin 1918, 95 Pfg.) stellt mit der starr und leblos gewordenen Argumentation vormärzlicher Pädagogen in den Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts die vaterländische Geschichte („ob wir nun unser Schulsystem dem Ideal der Einheitsschule annähern oder nicht"!), damit sie „das Kinderherz" „mit Ehrfurcht, Verehrung und Dankbarkeit gegen sein Volk wie gegen die andern menschlichen Gemeinschaftsbildungen erfülle und es dadurch in Wahrheit gegen die Anfechtungen des Radikalismus und der geistigen Flachheit unserer Zeit dauernd feie". In das Ringen der fruchtbaren, schöpferischen Köpfe führt dagegen mit dem Mut selbständigen Denkens Theodor Litt in dem Buch „Geschichte und Leben" (B. G. Teubner, Leipzig 1918, geb. 4,20 Mk.); dem die Versenkung in das Geschehen und die Zustände der Vergangenheit nur den Sinn hat, daß sie dem Schaffen und Schauen der Gegenwart Spielraum, Stoff und Aufgabe ist, und daß die Linien, durch welche das Denken das Chaos von Geschehnissen und Gestalten der Vergangenheit zu ordnen sucht, deutend in das Dunkel der Zukunft hineinführen.

Hönn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die polnische Frage wird durch ein Kompromiß erledigt: der deutsche Widerstand hat die austropolnische Lösung ausgeschaltet, aber der Königsthron in Warschau wird von einem Habsburger Erzherzog bestiegen werden. Das Problem der Zukunft heißt: wird Karl Stephan mehr Pole, wird er mehr Habsburger sein? Denn offen bleibt, soweit bis jetzt bekannt ist, das Schicksal Galiziens innerhalb der österreichischen Staatsverbands. Wird es herausgenommen, so wird in Warschau und Krakau, trotz aller Bindungen, das Streben nach Vereinigung nicht ruhen, bleibt es unmittelbar mit Wien verkettet, so steht das Parlament unter der dauernden Gefahr der Obstruktion. Das politische Gewicht der Abmachungen läßt sich erst ermessen, wenn die gemeinsamen Staatsverträge bekannt sind und wenn man weiß, ob und welcher Art den Polen über die Grenzführung im Nordwesten und Nordosten nun endgültige Willenskundgebungen gemacht wurden. Da vor allem die Entscheidung auch über diese Fragen die deutschen Reichsinteressen aufs engste berühren, wird das Parlament die Regierung um Aufschlüsse ersuchen müssen.

*

England wird wahrscheinlich im Herbst Neuwahlen für das Unterhaus ausschreiben. Es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie der Aufmarsch der Parteien vor sich gehen wird, vor allem, ob die Arbeiterpartei schon diesmal im großen Stil mit einer selbständigen Politik antreten wird. Lloyd George mag hoffen, daß er, durch die überlegene agitatorische Kraft, die er und sein Kreis besitzen, der Wahlkampagne den Stempel aufdrücken wird — alles, was jetzt an Reden von britischen Staatsmännern gesagt wird, muß heute schon unter dem Gesichtspunkt der kommenden Wahlparolen gewertet werden. Die internationale Aussprache erfährt in London Ablenkungen, agitatorische Variationen. Worauf es Lloyd George ankommt, ist, mit einer neuen und eigentlichen Sicherung seines Kabinetts die Zustimmung der Nation zum Schutzzoll, d. h. zum Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte zu erhalten. Hier liegt die stärkste Spannung zwischen ihm und den liberalen Kreisen. Nicht um

Digitized by Google

der freihändlerischen Theorie willen, sondern weil diese Engländer wissen, daß die wirtschaftlichen Erdrosselungsziele Kriegsverlängerung bedeuten, daß Kriegsverlängerung aber Schwächung der englischen Wirtschaftsetablierung gegenüber dem Vorsprung von Amerika und Japan heißt. Diese Melodie wird jetzt in London häufiger vorgetragen als bislang.

*

Wenn England, wo eine Parlamentswahl weit mehr bedeutet als bei uns, sich von der Angst vor dem Wahlgang während des Krieges freimacht, wird das, denken wir, auch bei uns nicht ohne Eindruck bleiben. Wir haben hier früher schon einmal gesagt: die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses wird auf die Welt als ein Zeichen unserer Stärke wirken. Zu einer solchen mutigen Auffassung innenpolitischer Entschließungen hat man sich nicht vorgewagt. Muß das Beispiel des Feindes die Besorgnisse entkräften?

*

Die tschecho-slowakischen Brigaden sind von England sozusagen als ein Glied der Entente anerkannt worden. Der tschecho-slowakische „Nationalrat" wird mit einer großen Gebärde, die auf Prag wirken soll, als eine gesetzmäßige Vertretung des tschechischen Volkes behandelt. Die Tschechen figurieren als ein Glied der Entente. Man darf im Zweifel sein, ob in Böhmen diese „Beförderung" einen ungeteilten Beifall findet; sicher ist, daß das Experiment in Paris und London herbe Kritiker besitzt. Denn man bindet wieder einmal den Namen und die Waffen der Staaten mit einem Unternehmen, das stark den Charakter eines Abenteuers besitzt. Soll sich zum soundsovielten Male die Lehre wiederholen, daß die Verbindung der „kleinen Nationen" mit der Entente ihr Verderben wird. Während Reuter die Erklärung über die Tschecho-Slowaken in die Welt gibt, kommen von diesen ängstliche Rufe. Es scheint im Augenblick, daß die Sowjettruppen freie Hand bekommen haben, den Japanern aber das Schicksal der österreichischen Überläufer nicht an die Nieren geht.

*

Die Verurteilung des deutsch schreibenden Engländers H. St. Chamberlain, den nebenbei das Eiserne Kreuz ziert, wegen Verleumdung der „Frankfurter Zeitung" ist ein Kriegszwischenfall, der weniger prozessuales als psychologisches Interesse verdient. Nicht die Leichtfertigkeit der Verleumdung, nicht die Großspurigkeit seines Gebahrens (man ist versucht, beides für üble englische Eigenschaften zu halten) sind bei dieser literarischen Erscheinung des neuen Deutschlands befremdlich, sondern die Tatsache, daß es Deutsche gibt, die nicht diesem schmeichelnden Renegaten zornig das Gehör verweigern. Chamberlain mag Deutschland mit glühender Seele lieben — aber er möge seine Liebe nicht auf den Markt stellen. Freilich, daß er Geschmack oder den seelischen Takt des Schweigens besitze, dürfen wir von seiner Eitelkeit nicht erwarten; aber der Beifall seiner Gefolgschaft macht uns, auch vor dem Ausland, errötten.

Digitized by Google

Michel, Miljukow und Balfour

Von Dr. Paul Rohrbach

Der frühere Vizekanzler und jetzige deutsche Gesandte bei der russischen Republik Dr. Helfferich soll daran zweifeln, ob der Friede von Brest-Litowsk sich aufrecht erhalten lasse. Er soll es nicht für die Aufgabe Deutschlands halten, die dauernde Trennung der Ukraine von Großrußland durchzusetzen und Livland und Estland von Rußland loszutrennen. Herr Miljukow, vor dem Kriege und während des Krieges der maßgebende Führer der deutschfeindlichsten politischen Partei in Rußland, der Kadetten, und während der ersten Zeit der russischen Republik Minister des Auswärtigen, hat in Kiew und Moskau Fühlung mit uns gesucht und jüngst auf einem Parteikongreß der Kadetten bekannt, er sei bekehrt: man müsse sich in Rußland zu einer deutschfreundlichen Politik umorientieren, denn Deutschland liege an einem starken (d. h. vor allen Dingen wieder vereinigten) Rußland; man dürfe es nicht bei dem Zerfall Rußlands in viele Einzelstaaten und der Erwartung, daß sie sich später einmal wieder vereinigen würden, bewenden lassen. Mr. Balfour endlich sagte in seiner Unterhausrede vom 9. August: Deutschland freue sich über die Zerbröckelung Rußlands; Rußland als Hinterland Deutschlands sei ein Unglück für die Menschheit; wenn Deutschland seinen Charakter nicht ändere, oder der Sieg der alliierten Mächte nicht jedermann in Deutschland überzeuge, daß die bisher getriebene Politik ein Mißerfolg war, so sehe er nicht ein, wie Rußland wiederhergestellt werden könne. An einer anderen Stelle meint er, er könne sich keinen Frieden denken, den die Alliierten zu dulden und zu billigen imstande wären, bei dem die „Sachlage" (die Auflösung Rußlands) unverändert bliebe.

Das ist doch eigentlich eine sehr bemerkenswerte Übereinstimmung. Vielleicht der wichtigste Punkt dabei ist der, daß Balfour sich ganz zu demselben Programm bekennt, das unsere Russophilen haben: Wiederaufrichtung eines starken Rußland! Der Unterschied dabei ist nur der, daß unsere Politiker sich davon eine Stärkung unserer Position gegen England versprechen — der englische Führer aber doch vermutlich eine Stärkung Englands gegen Deutschland. Ob dann nicht auch Miljukow und seine jetzigen Gegner unter den Kadetten in der Frage der russisch-deutschen Orientierung letzten Endes im Herzen einig sind, wenn sie debattieren: Deutschland oder Entente?

Man ist wieder einmal bei uns nervös geworden in bezug auf Rußland und fürchtet sich vor einem Phantasiegespenst. Das Gespenst heißt: „Wiederaufbau der Kampffront im Osten", und es stammt aus der unausrottbaren und unbesiegbaren Unkenntnis über Rußland, die in unseren Ämtern und in unserem Publikum herrscht. Als George Stephenson die Lokomotive erfunden hatte und sich um die Genehmigung für den Bau seiner ersten Eisenbahn von Stockton nach Darlington bemühte, fragte ihn ein Parlamentsmitglied: Mr. Stephenson, wenn Ihre Maschine

Digitized by Google

mit den Wagen auf dem Geleise einherfährt, und es stellt sich ihr zwischen den Schienen eine Kuh entgegen — wäre das nicht ein gefahrbringender Umstand? Sicher, antwortete Stephenson, ein sehr gefahrbringender Umstand für die Kuh! So geht es immer, wenn es sich für die Zeitgenossen darum handelt, zu begreifen, daß eine neue Epoche mit ganz veränderten Urteils- und Daseinsbedingungen auf einem bestimmten Gebiete anbricht. Jene Kuhperspektive bestimmt dann das Bild, das die Leute sich machen, die Einwendungen, die sie erheben, die Gefahren, die sie zu sehen glauben.

Man sieht das jetzt mit Rußland. Die russische Macht hat 200 Jahre zum System erst der europäischen und darnach der Weltpolitik gehört, und der Durchschnittspolitiker kann sich darum nicht denken, daß jetzt ein politisches Weltalter beginnt, in dem es ein Rußland im bisherigen Sinne nicht mehr geben soll. In dieser Beziehung ist kaum ein Unterschied zwischen berufsmäßigen Staatsmännern und Dilettanten. Erscheint es schon schwer, neu auftauchende Größen schnell richtig einzuschätzen, so ist es noch viel schwerer, zu begreifen, daß mit einem Male nichts mehr da sein soll, wo doch so lange ein äußerlich mächtiges Gebilde dagestanden hat. Das kommt davon, daß die totale Brüchigkeit der inneren Struktur Rußlands von Anbeginn an nur von den wenigen gesehen wurde, die Rußland wirklich kannten. Die sind auch gar nicht verwundert über den russischen Zusammensturz, denn sie haben nichts anderes erwartet. Denen ist aber auch klar, daß es kein Mittel mehr gibt, Rußland auf die Dauer wiedererstehen zu lassen. Was sich jetzt an der Stelle befindet, wo früher Rußland war, das ist nicht ein beschädigter Bau, der wiederhergestellt werden kann, sondern das ist ein Haufen Schutt. Es gibt keine Kräfte mehr, weder äußere noch innere, durch die Rußland sich wieder erheben könnte. Da kommt man mit den 100 Millionen Großrussen und mit dem natürlichen Aufeinanderangewiesensein aller Teile Rußlands, und sagt damit doch nichts Besseres, als das ehrenwerte Parlamentsmitglied, dem für den Beginn des modernen Verkehrszeitalters die Kuh das katastrophale Hindernis zu sein schien.

Die Idee, daß aus Rußland, das heißt aus Großrußland, jetzt noch Kräfte kommen könnten, die eine Erneuerung der militärischen Gefahr im Osten bedeuteten, ist für den, der das wirkliche Bild dieses Rußland vor Augen sieht, absurd. Es ist gleichgültig, was die Engländer von der Murmanküste und von Archangelsk, die Tschechoslowaken vom Ural und von der Wolga, Japaner und Amerikaner von Wladiwostok aus unternehmen. Es ist gleichgültig, und vielleicht ist es überhaupt nichts anderes als Bluff, dazu bestimmt, Michel ins Bockshorn zu jagen. Keine Macht der Welt ist imstande, das in Atome aufgelöste russische Wesen so wieder zusammenzubringen, zu organisieren oder zu galvanisieren, daß ein russischer Kriegswille, eine russische Kampfkraft sich neu erheben. Der Bauer hat jetzt anderthalb Jahr keine Steuern gezahlt, keine Rekruten gestellt und hat sich das vorhandene Land angeeignet.

Digitized by Google

Das Proletariat hat seit der bolschewistischen Republik ein Leben des Raubes und der Zuchtlosigkeit geführt. Der Staats- und Verwaltungsorganismus ist zerfallen und zerschlagen. Es gibt keine Mittel und Wege, von irgendeiner Zentralstelle aus einen Regierungswillen auf die Masse zu übertragen. Wer das vorhat, muß Rußland erst Gouvernement für Gouvernement, Kreis für Kreis, Dorf für Dorf erobern und das Volk mit Blut und Schrecken wieder unter irgendeine Autokratie, einen Zarismus, zwingen. Es ist ganz gleichgültig, was die Kadetten, die Monarchisten, die Bolschewisten, die Sozialrevolutionäre uns erzählen, was sie uns versprechen oder womit sie uns drohen. Man darf sich dadurch weder schrecken, noch sich verleiten lassen, irgend etwas auf den russischen Triebsand zu bauen.

Allerdings: England und der übrigen Entente täten wir einen großen Gefallen, wenn wir jetzt den Rückzug im Osten anträten. Ich zweifle, ob es maßgebende englische Politiker gibt, die an eine russische Wiederauferstehung glauben. Welch ein Triumph aber wäre es für England — Balfour hat es ja deutlich genug gesagt — uns hinauszuscheuchen, uns wieder mit dem blamierenden Vorwurf der fahrigen, unzuverlässigen Politik, die nicht weiß, was sie will, zu belasten, uns die Ukraine preisgeben zu lassen, nachdem wir sie anerkannt und gestützt und ihr unsere Freundschaft aus militärischem und diplomatischem Mund versichert haben; Livland und Estland, das wichtige Ostseegebiet, womöglich auch Finnland zugunsten Englands aus unserem Einflußgebiet hinausgleiten zu sehen — und uns dann als den Michel zu verlachen, den man schreckt, damit er läuft. England braucht entweder ein starkes Rußland, oder wenn das nicht möglich ist, ein Rußland oder einen europäischen Norden und Osten, in dem es den maßgebenden Einfluß hat. Darum sagt Balfour, er könne sich keinen Frieden denken, bei dem die jetzige Sachlage, das heißt das Ergebnis des Friedens von Brest-Litowsk, unverändert bliebe. Balfour sagt es, und wir sollen uns wirklich einschüchtern lassen, als ob uns von Rußland her noch etwas Ernstliches geschehen könne! Wir müssen kaltes Blut bewahren und nicht die Geschäfte besorgen, von denen der Feind selbst uns sagt, daß es die seinigen sind. Es hat auch keinen Zweck, einer solchen falschen Schwenkung in der Ostpolitik das Etikett aufzukleben, wir wollten uns nicht der „natürlichen und berechtigten" Entwicklung der Dinge in Rußland in den Weg stellen. Das ist Unsinn.

Furcht vor einer neuen russischen Kampffront im Osten zu haben, ist lächerlich. Einer solchen eingebildeten Gefahr durch „Umorientierung" unserer östlichen Politik in gesamtrussischem Sinn begegnen zu wollen, ist reine Michelei. Man empfiehlt uns jetzt für den Fall, daß die Bolschewisten stürzen, Anschluß an die Monarchisten und wer weiß, wen sonst noch. Als ob die imstande wären — mit oder ohne zarischen Prätendenten — eine autoritative Regierung in Rußland aufzurichten! Das erste, was sie täten, wäre, daß sie zu uns gelaufen kommen, damit wir Rußland für sie erobern und ihren Michel-Schildhalter spielen. Natürlich wird der Weg, der dorthin führt, jetzt

Digitized by Google

von gewisser Seite als große politische Weisheit empfohlen. Die Eingeschüchterten und Haltlosen fallen nacheinander in die Litanei unserer alten rechtgläubig-russophilen Priesterschaft ein, die jedermann kennt. Ein großer Teil der Presse nimmt deutlich dieselbe Tonart auf. Staatsmänner und solche, die es scheinen oder werden wollen, geben Orakel, die einen apodiktisch, die anderen mehr ängstlich. Mit einem Wort: großer politischer Erregungszustand! Und was ist dahinter? In der Tat ein „gefahrbringender Umstand" — George Stephensons Kuh (mit dem „staatsmännischsten" Anstrich, den je eine Kuh gehabt hat), unserer Ostpolitik zwischen den Gleisen im Wege! Noch einmal: Ruhig Blut! Aus Großrußland kommt keine politisch-militärische Gefahr mehr. Miljukow hat ja selber eben wörtlich gesagt: „Es existiert kein Krieg, und keine wie immer gearteten Kräfte können das russische Volk zwingen, ihn neuerdings zu beginnen, wie auch die Meinungen über den von den Bolschewisten geschlossenen Frieden sonst lauten mögen." Genügt das noch nicht? Auch wirtschaftlich bedeutet Großrußland nichts und wird uns nie etwas Nennenswertes bieten können. Dazu ist es viel zu arm. Von Natur reich und entwicklungsfähig sind nur die Randgebiete. Die allein müssen wir stärken, die allein zu unseren Freunden machen.

Eine Gefahr gibt es: man kann falsche und richtige „Randvölkerpolitik" machen. Wie schildert Balfour unsere Rolle in Osteuropa? Er sagt erst, bei uns seien die Männer der politischen Theorie und die Männer der Tat einig in der Auffassung, daß die wahre Politik für eine Nation, die groß zu sein wünsche, die des Militarismus und der allgemeinen Weltherrschaft ist. „Diese unmoralische erbliche Belastung" sei bis in die gebildetsten Klassen Deutschlands hinein verbreitet. (Das ist die bekannte Benutzung des von den Gewaltpolitikern alldeutschen Bekenntnis dem Feinde gelieferten Propagandamaterials.) Darnach heißt es von Finnland, Estland, Livland, Litauen, Polen und der Ukraine:

Ohne Zögern und Mitleid versuchten es die Deutschen mit allen Mitteln, entweder mit Gewalt oder durch gewaltsam erpreßte Verträge, diese Völker unter die deutsche wirtschaftliche und militärische Herrschaft zu bringen, sie zu ihren Knechten in Handelsangelegenheiten zu machen und sie dazu zu bringen, daß sie im Kriegsfalle Truppen liefern. So entschlossen war Deutschland, diese Nationen unter seiner Herrschaft zu halten und die Karte dieses Teils von Europa nach seinem Gutdünken zu ändern, daß es selbst daran dachte, diese Völker nach nationalen und ethnographischen Grenzen zu gruppieren, jedoch in einer Weise, daß sie ohne Unterstützung Deutschlands auseinanderfallen würden.

Auch die „Iswestija" der russischen Sowjetregierung schreiben am 27. Juli 1918:

Deutschland hat im Kriege Rußland zu Boden geworfen und unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker weite Gebiete von ihm abgetrennt. Die Losung der Revolution wird benutzt, um den Völkern der abgetrennten Gebiete Ketten anzulegen, indem das Schicksal dieser Länder durch die Vertreter einer kleinen bürgerlichen Schicht bestimmt wird. Das verstümmelte Rußland muß die Seufzer hören, die von allen Seiten aus der Ukraine, Polen und Litauen, Lettland zu ihm dringen.

Digitized by Google

Das Sowjetblatt ist auf mich sogar besonders böse und charakterisiert mich als „baltischen Schwätzer", „der mit gelehrter Kennermiene beweist, daß in den nächsten 50 Jahren von einer wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands nicht zu reden sein wird". Daß die „Iswestija" schimpfen, wenn sie auf mein Urteil über Großrußland kommen, nehme ich ihnen nicht übel. Anders aber ist es aufzunehmen, wenn auch bei uns selber Urteile begegnen, die halb und halb den Vorwurf des Engländers und des Russen wiederholen, die Befürworter der neuen osteuropäischen Staatenordnung seien darum schon Gewaltpolitiker. Das „Berliner Tageblatt" z. B. bespricht zwar zustimmend meine Stellungnahme in der „Deutschen Politik" gegen die alldeutsche Propaganda der Gewalt, fügt aber dann den Satz hinzu: „Dürfen wir sagen, daß Paul Rohrbach — so sehr wir zwischen ihm und den alldeutsch Gesinnten einen Trennungsstrich zu ziehen wissen — durch seine Ideen über die Gestaltung der Dinge im Osten doch auch von den entschiedenen Anhängern eines Verständigungs- und Rechtsfriedens geschieden ist?"

Das Tageblatt macht den Fehler, daß es von Rußland glaubt, mit ihm sei ein Verhältnis möglich, wie mit anderen Völkern und Staaten. Man kann mit Bolschewisten oder wen man sonst als russische Regierung anerkennen will, Verträge schließen und Gesandtschaften austauschen, aber man darf sich nicht dabei einbilden, daß die heutige oder eine andere russische „Regierung" imstande sein wird, Autoritätswirkungen auf die gärende, chaotisch durcheinandergeworfene, atomisierte Masse des russischen „Volks" auszuüben. Was in Rußland vor sich geht, ist ein Auflösungsprozeß, in dem elementare Kräfte in blindem Aufeinanderstoßen unberechenbar walten. Auf solche Vorgänge kann man das normale Vertrags- und Rechtsschema nicht ohne weiteres anwenden. Man muß bedenken, daß im bisherigen Verlauf der Geschichte keine Analogie zu den Vorgängen und Zuständen in Rußland existiert. Selbst Miljukow sagt, es habe keinen Sinn, von „Verträgen" zu reden, wo kein Rechtssubjekt für solche, d. h. kein russischer Staat, existiert.

Trotzdem gebe ich vollkommen zu, daß das Rechts- und Verständigungs-, und ich füge hinzu, vor allen Dingen das Prinzip der moralischen Freiheit von uns wie überall so auch im Osten angewendet werden muß, wo es möglich ist, politisch-moralische Grundsätze zur Geltung zu bringen. Die Ukraine und das Baltikum gehören sicher zu diesen Gebieten, und wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß von den Anklagen Balfours womöglich auch nicht der Schein eines Rechtes übrig bleibt. Es ist ratsam, hier dem Gegner keine Waffen in die Hand zu geben. Nur ein mangelhaft begründetes Urteil kann behaupten, daß, wer die staatliche Selbständigkeit der Ukraine gegenüber Großrußland für eine deutsche Lebensnotwendigkeit hält und die staatliche Trennung des gesamten Baltikums von Rußland zugunsten seiner Eingliederung in das deutsche Interessengebiet fordert, damit Gewaltpolitik treibt und den alldeutschen verwandte Pfade wandelt. Freiheitliche Politik in baltischen wie in ukrainischen Din-

Digitized by Google

gen, ja! Abstoßung an das russische Chaos, nein und niemals! Das verbieten Deutschlands Ehre, Sicherheit und Nutzen. Nur oberflächlich gesehen, berührt sich hier unser Standpunkt mit dem alldeutschen. In einer Zuschrift von befreundeter Seite auf meinen letzten Artikel in der „Deutschen Politik" heißt es:

Lieber R.! Warum eiferst Du so gegen die Alldeutschen? Du bist im Grunde doch selber alldeutsch, denn Du verlangst mindestens im Osten dieselbe Politik wie die Alldeutschen, Angliederung des baltischen Landes, feste Hand gegen Rußland usw.

Das ist, von der entgegengesetzten Seite her betrachtet, derselbe Gedanke, wie beim „Berliner Tageblatt", daß, wer eine den alldeutschen Ideen äußerlich verwandte Forderung vertritt, auch innerlich etwas mit jenen zu tun haben soll. In einem zweiten Brief, der von einer höchst einflußreichen politischen Persönlichkeit stammt, heißt es ganz anders, trotz meines Standpunktes in der russischen und baltischen Frage:

Geehrter Herr Dr. Rohrbach. Ich empfinde es als eine patriotische Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ihre publizistische Tätigkeit in der „Deutschen Politik" je länger je mehr eine nationale Gefahr zu werden droht ... Ich werde alles, was irgend an mir liegt, tun, um Ihre schädliche Wirksamkeit zu brechen, und hoffe, daß es mir gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Was das in alldeutschem Munde bedeuten soll und womit hier gedroht wird, werden die Leser der „Deutschen Politik" selber leicht begreifen. Es wird mich aber nicht darin beirren, so lange mir die materielle und moralische Möglichkeit gegeben ist, weiter in der „Deutschen Politik" beides zu vertreten: erstens eine klare deutsche Interessenpolitik im Osten, ohne Rücksicht auf fremde Drohungen und Lockungen à la Miljukow und Balfour, und ohne Michelei gegenüber den Phantasiebildern von Politikern, die von Rußland nicht genug wissen; zweitens aber, der alldeutschen Gewaltpolitik entgegen, aufrichtige Anerkennung und loyale Pflege aller freiheitlichen, moralisch berechtigten Forderungen und Bedürfnisse der großen und kleinen Völker, über deren Haupt der Bau der russischen Herrschaft von uns zertrümmert worden ist.

Zur Lösung der Polenfrage

Von W. v. Massow, z. Zt. Warschau

Da die austropolnische Lösung ausgeschieden zu sein scheint, haben wir Herrn v. Massow, einen guten Kenner Polens, der seit jeher für ein selbständiges Polen eingetreten ist, gebeten, seine Ansichten über diese Frage unsern Lesern darzulegen.

Die Stimmung im deutschen Volk den Polen gegenüber hat sich im Lauf der Zeit eher verschlechtert als verbessert. Man hält die Polensache für eine „verfahrene Geschichte", einen „Sumpf, in dem wir stecken geblieben sind". Im besonderen gehen die Ansichten natürlich auseinander. Die einen betonen stärker die Fehler unserer

Digitized by Google

Politik, die andern mehr die natürlichen Gegensätze, die eine Einigung nicht zustande kommen lassen. Gemeinsam ist der Mehrzahl der Beurteiler, daß sie zuviel erwartet haben und darum enttäuscht sind. Wir müssen davon ausgehen, daß es eine „Lösung" der Polenfrage, wie sie den meisten vorgeschwebt hat, nicht geben kann. Trotzdem fordert eine einfache Notwendigkeit, daß die beiden beteiligten Völker, Deutsche und Polen, wenn auch ihr Denken und Empfinden auseinanderstrebt, zu einer klaren Erkenntnis des Erreichbaren kommen. Die Sache liegt also so, daß wir nicht eine ideale Lösung suchen können, sondern von vornherein mit dem Bewußtsein an die Frage herantreten: „Wie man es macht, so ist es falsch!" Das bedeutet aber nicht, daß es unmöglich ist, zu einem praktisch erträglichen Zustand zu gelangen.

Ist dieser Gedanke wirklich so befremdend? Wenn man aus einem braven, bedächtigen Mann von einfachen Lebensgewohnheiten und stark schulmeisterlicher Veranlagung und einer „kapriziösen" — das Fremdwort ist hier absichtlich gebraucht! —, in ihren Ansprüchen über ihre Verhältnisse hinaus erzogenen Dame durchaus ein Ehepaar machen will, dann muß die Sache schief gehen. Deshalb ist es doch möglich, daß derselbe Mann und dieselbe Frau, wenn sie das Leben sonst irgendwie zusammenführt, recht gut miteinander auskommen. Weshalb Deutsche und Polen schwer zueinander passen, können wir hier nicht im einzelnen erörtern. Ihre Charaktere stoßen sich nun einmal ab; darüber hilft keine Beschönigung hinweg, auch wenn zwischen zahlreichen Deutschen und Polen im einzelnen Achtung und Freundschaft besteht. Sie stoßen sich ab nicht nur in dem, was in beiden gegensätzlich erscheint, sondern auch durch das, was beide einander ähnlich macht, — ihre idealistische Veranlagung. Der Idealismus der Polen wurzelt eben in einer andern geistigen Veranlagung („Mentalität"), als der der Deutschen. Der deutsche Idealismus stärkt und beflügelt den Willen, der polnische entfesselt die Phantasie. Darum ist auch das gemeinsame höchste Ideal beider Völker, die Freiheit, hier und dort ein verschiedener Begriff. Frei im deutschen Sinne ist, wer sich selbst das Gesetz auferlegt; frei im polnischen Sinne, wer sich überhaupt nicht bindet.

Und diese Völker hat der Geschichte nicht nur zu Nachbarn gemacht, sondern auch so zusammengefügt, daß eine reinliche Scheidung der Interessen nicht möglich ist. Will der eine alles durchsetzen, was die gründliche Verfolgung seiner Interessen und die Erfüllung der eigenen Ideale gebieten, so muß er den andern schädigen. Daran ist nichts zu ändern.

Wollen wir zu einem Ruhepunkt in diesem eigenartigen Verhältnis gelangen, so führt uns unser Nachdenken zu folgenden Leitsätzen:

1. Für Völker, die sich abstoßen und doch mit ihren Interessenkreisen ineinandergreifen, wird die Regelung der gegenseitigen Beziehungen immer zur Machtfrage.

Digitized by Google

2. Je verschiedener die Völker sind, desto wichtiger ist es, die Beziehungen *nicht von Gefühlen*, sondern von *Interessen* abhängig zu machen.

3. Beherrschende Gefühle — auch Vorurteile — lassen sich in den Völkern nicht völlig ausschalten. Gerade eine klare Macht- und Interessenpolitik wird eben darum vermeiden, vorhandene unfreundliche Gefühle unnötig zu steigern und zu verschärfen.

Erläutern wir diese allgemeinen Sätze an dem Beispiel der Deutschen und Polen!

Auch das Verhältnis dieser beiden Völker kann nur durch den Stärkeren von beiden abgegrenzt werden, auf die Gefahr hin, daß der Schwächere die Entscheidung nicht anerkennt. Die Polen haben in der Geschichte stets nach diesem Grundsatz gehandelt, wo sie der stärkere Teil waren. Uns gegenüber sind sie die Schwächeren. Nicht weil sie als ein Zwanzigmillionenvolk gegen ein Siebzigmillionenvolk stehen, auch nicht etwa wegen einer geringeren Begabung — denn sie sind zweifellos ein hochbegabtes Volk —, sondern auf Grund ihrer eigenartigen Veranlagung. Bei uns ist im allgemeinen der Wille zur Macht unbewußt auch da vorhanden, wo er theoretisch geleugnet wird; das kommt in der Art des Handelns zum Ausdruck. Bei den Polen bleibt in der Regel der Machtgedanke in Ansprüchen und Träumen, im Reich der Phantasie hängen und dringt selten zur Sphäre des Willens durch. Für die Wirkung der Macht pflegt der schwächere Teil eine deutlichere Empfindung zu haben, als der andere. Die Polen sind auch weit entfernt, sich darüber zu täuschen, und das bestimmt ihr Gefühl uns gegenüber, mögen wir machen, was wir wollen. Wir gewinnen sie nicht dadurch, daß wir von unserer größeren Macht keinen Gebrauch machen. Lassen wir also ruhig diesen Posten in unserer Rechnung zu unsern Gunsten stehen! Der Hinweis auf eine damit verbundene Gefahr und Bedrohung kann daran nichts ändern; das muß in den Kauf genommen werden.

Und nun unser zweiter Leitsatz! Wir sprechen in der Polenpolitik vielzuviel von Freundschaft oder Haß! Man fordert von den Polen Dankbarkeit! Ob man ein Volk liebt oder haßt — oder auch keins von beiden —, ist Geschmacksache des einzelnen und hat mit Politik nur dann etwas zu tun, wenn es benutzt wird, um die Massen künstlich blind zu machen, also als Kampfmittel dient. Liebe läßt sich überhaupt nicht willkürlich zustande bringen. Dankbarkeit eines Volkes gegen ein anderes ist etwas, was es nie gegeben hat und nie gibt, weil Dankbarkeit eine viel zu persönliche, individuelle Gefühlsstimmung bezeichnet, als daß sie jemals in einem Volke leben könnte. Darum weg mit solchen gutgemeinten, aber zwecklosen Vorstellungen und Forderungen! Je klarer unsere Politik einfach unsere Interessen wahrnimmt und sachlich arbeitet, desto mehr schwindet bei den Polen die Möglichkeit, einen in den wirklichen Verhältnissen nicht begründeten Haß zu pflegen. Was dann von Gegensätzen noch vorhanden ist, beschränkt sich auf das Unvermeidliche, und beide Völker werden sich dabei gut vertragen können.

Unsere Interessen sind *wirtschaftlicher und militärischer Natur*. Daß die

Digitized by Google

militärische Sicherheit voransteht, versteht sich von selbst. Hierbei haben unsere militärischen Autoritäten das erste Wort zu sprechen. Aber die Frage berührt auch die Politik und ist in nichtmilitärischen Kreisen so viel erörtert worden, daß man wohl etwas dazu äußern darf.

Unter russischer Herrschaft war Kongreßpolen ein Haupt-Aufmarschgebiet Rußlands für einen Krieg gegen Deutschland. Der Zusammenhang dieses Gebiets mit dem ausgedehnten, ihm politisch verbundenen Hinterlande machte die russische Stellung so stark und ließ unsere Ostgrenze so ungünstig erscheinen. Diese Lage ist schon dadurch beseitigt, daß Polen von Rußland losgelöst ist, und könnte auch nicht wiederhergestellt werden, wenn ein selbständiges Polen etwa ein Schutz- und Trutzbündnis oder gar eine Militärkonvention mit Rußland schlösse. Denn auch dann würde es unmöglich sein, große Truppenmassen schon im Frieden in Polen zugunsten Rußlands unbemerkt bereit zu stellen. Wenn eine polnische Heeresmacht in solcher Weise Miene machen wollte, sich in den Dienst der russischen Strategie zu stellen, so würden sie sich alsbald durch uns so schwer bedroht sehen, daß der Unterschied gegen die Lage von 1914 greifbar hervorträte. Und wir haben es in der Hand, unsere Grenze im Südosten Ostpreußens so zu gestalten, daß die politische und strategische Abschnürung Polens von Rußland noch mehr fühlbar würde. Darüber ist sich auch kein verständiger Pole im unklaren. Wenn die Mehrheit sich scheinbar anders stellt, so beruht das auf dem inneren Bedürfnis, sich zur Entschädigung für die rauhe Wirklichkeit an unerfüllbaren Machtträumen zu begeistern.

Was den Grenzstreifen betrifft, den Polen im Westen abtreten soll, so vermag ich zwar — abgesehen vielleicht von einem erweiterten Brückenkopf bei Thorn — den Nutzen nicht einzusehen. Aber die militärische Seite dieser Frage mag unerörtert bleiben. Was von Laienvorschlägen bisher darüber verlautete, kann nur Anlaß zu Warnungen geben. Eine sogenannte „Militärgrenze" hat zwar manches für sich, obwohl die Vorteile — nach den Erfahrungen dieses Krieges und den Wirkungen der neuesten Kriegsmittel — offenbar überschätzt werden. Aber die Ausführung ist abhängig von einer Maßregel, die wohl im Kriege vorübergehend notwendig sein kann, im Frieden aber unausführbar ist, nämlich der „Aussiedlung" der Bevölkeruug. Ich glaube nicht, daß man in unserer Zeit die Methoden der Könige Salmanasser und Nebukadnezar ungestraft anwenden kann. Auch zahlt man für die geringen und kostspieligen militärischen Vorteile einen viel zu hohen Preis, da die Maßregel durch und durch unwirtschaftlich ist und den Haß der Polen ohne Not ins Maßlose steigern muß.

Andere Vorschläge wollen den „Grenzstreifen" — beiläufig bemerkt, einen recht beträchtlichen Teil von Polen — zur Besiedlung verwenden, und zwar mit Deutschen aus Polen und Rußland. Deutsche aus Polen werden dazu nur durch den äußersten Zwang zu bewegen sein, und wer will diesen Zwang ausüben? Deutsche aus Rußland können wir anderswo besser verwenden. Dann aber ein Haupteinwand: In dem Augen-

Digitized by Google

blick, wo wir ein Stück Land unter unsere Staatshoheit nehmen und es mit Deutschen besiedeln, wird es deutsches Gebiet, und seine Bewohner haben denselben Anspruch auf staatliche Unterstützung wie anderswo im Deutschen Reich. Die Bewohner eines solchen zur „Sicherung" unserer Grenzen bestimmten Landes haben ein gutes Recht, zu fragen: Wer sichert nun uns? Wir müßten also wieder für die Sicherung dieses Sicherungslandes sorgen. Da es im westlichen Polen nirgends Abschnitte gibt, die der Landesverteidigung von Natur nennenswerte Vorteile bieten, so würde die Frage erst zur Ruhe kommen, wenn wir zwischen den östlichsten Punkten Ostpreußens und Oberschlesiens die denkbar größte Verkürzung unserer östlichen Grenzlinie erreicht hätten. Das würde die Annexion von fast ganz Polen bedeuten. Gibt es aber einen zurechnungsfähigen Politiker in Deutschland, der die Verantwortung für eine solche Lösung und alle ihre Folgen übernehmen könnte? Schließlich sei auch an den dritten unserer Leitsätze erinnert. Das ist ja natürlich klar: Solange die Polen sich uns gegenüber unversöhnlich und feindselig zeigen, können sie nicht erwarten, daß wir ihnen entgegenkommen oder gar nachlaufen. Aber unpolitisch und töricht ist es, sich durch die Widerhaarigkeit der Polen, die uns ganz kühl lassen sollte, dazu hinreißen zu lassen, daß wir den Haß der Polen bewußt steigern und reizen und ihrem Mißtrauen und ihrer Feindseligkeit durch eine Politik, die gar nicht einmal durch unsere Interessen geboten ist, eine volle Berechtigung verleihen. Weshalb wollen wir den Polen, die zur Einsicht gekommen sind oder sich vielleicht schon morgen mit uns vertragen werden, den Weg verbauen? Etwa nur, weil uns ihre Art nicht gefällt und wir uns über sie geärgert haben? Solche Gefühlspolitik müssen wir abweisen.

In bezug auf die wirtschaftlichen Interessen scheinen die deutschen und die polnischen Wünsche weit auseinanderzugehen. Die Polen fürchten, daß sie nach dem Verlust der Verbindung mit Rußland dem deutschen Wettbewerb erliegen müßten. Der Meinung begegnet man auch bei uns. Aber die Umstände, unter denen sich die polnische Industrie entwickelte und sich auf Rußland angewiesen sah, waren ein künstlich geschaffenes Ergebnis der russischen Politik. Diese polnische Industrie ist durch den Krieg ohnehin zerstört worden, und ihr Wiederaufbau ist nicht an die alten Bedingungen geknüpft. Die Polen selbst halten das Gedeihen ihrer Industrie und ihres Handels nicht für unmöglich, wenn sie einen freien Zugang zur Ostsee haben. Und den können sie nur von Deutschland erhalten, natürlich nicht in Form einer Abtretung von Gebiet, sondern in Form von Bedingungen, die ihnen bei entsprechender Gegenleistung im Wege des Vertrages gewährt werden können. Die Gegenleistung der Polen für diese Lebensfragen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, die in unserer Hand liegt, besteht natürlich in dem vollen, klaren, endgültigen Verzicht auf die ehemals polnischen Landesteile Preußens und im politischen Anschluß an die Mittelmächte durch Bündnisvertrag. Das ist ein durchaus reinlicher politischer Handel, der einen vernünftigen Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen schafft

Digitized by Google

und dem gegenüber die blöden Instinkte eines alten eingewurzelten und durch die Verhältnisse der Kriegszeit künstlich genährten Hasses nach einmal geschehener Auseinandersetzung unmöglich in der bisherigen Weise standhalten können. Daß auch dann die alte Abneigung in milderer Form voraussichtlich bestehen bleiben wird, braucht uns nicht anzufechten. Sie wird dann politisch unwirksam sein.

Die Voraussetzung ist freilich, daß wir nach dem Kriege mit einem selbständigen Polen zu tun haben, das nur durch die seinem eigenen Interesse entsprechenden freien Verträge gebunden ist. Denn nur ein solches Polen können wir für sein Verhalten verantwortlich machen, und das ist die einzige wirkliche Sicherheit, die wir für das Wohlverhalten unseres Nachbarvolkes besitzen. Polen in der Hand einer anderen Macht bietet uns niemals eine Sicherheit, und alle künstlichen Schutzmaßregeln, die wir uns dagegen schaffen, wiegen nicht die Ermutigung auf, die jede deutschfeindliche Machenschaft in Polen durch die Verbindung des Landes mit einer anderen Großmacht erfahren würde, während sich der fanatische Haß gegen uns zur Siedehitze steigern müßte.

Es ist unbegreiflich, wie man bei uns auf Grund einer Schlußfolgerung, die sich mit unseren Begriffen von politischer Zuverlässigkeit schlecht verträgt und sich obendrein über die wirklichen Verhältnisse in Polen schlecht unterrichtet zeigt, mit dem Gedanken einer Rückgabe Polens an Rußland spielen kann. Noch verhängnisvoller erscheint mir die sog. austropolnische Lösung. Denn eine Wiedervereinigung Polens mit Rußland brauchte wenigstens unser künftiges Verhältnis zu Rußland, mag es sich so oder so gestalten, nicht notwendig zu berühren. Die Vereinigung Polens mit der habsburgischen Monarchie aber in irgendeiner Form würde das Verhältnis zu unserem nächsten und sichersten Bundesgenossen schwer bedrohen. Ein zugleich über Polen verfügendes Österreich-Ungarn ist nicht mehr der natürliche Freund Deutschlands, so ehrlich auch sein Monarch und seine leitenden Staatsmänner den Willen haben mögen, am Bündnis festzuhalten. Da treten Verhältnisse ein, die stärker sind als die einzelnen Menschen, und seien es die mächtigsten der Erde. Das Hinterland Ost- und Westpreußens in russischer Hand zu wissen, war für uns schon unbequem genug; aber solange die nationalen und religiösen Gegensätze zwischen Polen und Russen stark genug waren, konnten sie wenigstens von einer geschickten Staatskunst benutzt werden, um ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland zu erhalten und zu stützen. Zwischen Polen und Österreich-Ungarn aber besteht kein Gegensatz, sondern ein Verhältnis, das nur *gegen* uns wirken kann, wenn es dem slawischen Block innerhalb der habsburgischen Monarchie eine große Verstärkung zuführt und dem Begehren der Polen nach dem Besitz von Westpreußen und Posen einen neuen Rückhalt gewährt. Außerdem würde dieser neue slawische Block eine der wertvollsten preußischen Provinzen, Schlesien von drei Seiten umklammern und bedrohen. Gerade weil wir auf die Freundschaft Österreich-Ungarns den höchsten Wert legen, können wir ihm die Schwächung Preußens nicht zugestehen. Denn das Bündnis wird

Digitized by Google

nicht dadurch verstärkt, daß wir den Freund mit ungeeigneten Mitteln über innere Schwierigkeiten hinwegtäuschen helfen, sondern daß wir selbst ihm ein starker, zuverlässiger und von Vertrauen erfüllter Rückhalt bleiben.

Wenn wir Polen weder Rußland noch Österreich-Ungarn überlassen können, und wenn wir es auch nicht selbst nehmen wollen, so müssen wir es selbständig machen, und dann natürlich in einer Form, die es für die Mittelmächte bündnisfähig macht und die vorhandene Feindschaft gegen uns nicht ohne Not zu dem Feuer eines noch wilderen Hasses gegen uns anbläst. Und wenn diese Lösung als ein Übel erscheint, so ist es wenigstens unter allen Übeln das kleinste, und das ist, wie ich glaube, überhaupt der einzige Gesichtspunkt, unter dem wir zu einer Lösung der Polenfrage gelangen.

Der einzige wirklich bemerkenswerte Einwand gegen die Selbständigkeit Polens scheint mir die Furcht vor der polnischen Irredenta im Hinblick auf unsere Ostmark zu sein. Nur ist nicht einzusehen, wie diese Irredenta auf irgendeinem anderen Wege zum Schweigen gebracht werden soll. Der Anspruch auf alle Länder, in denen Polen leben, wird in jedem polnischen Gehirn fortbestehen, wie auch über Polen entschieden werden mag. Ich kann mich aber nicht überzeugen, daß dieser Anspruch gemildert oder unschädlich wird, wenn der Pole nirgends einen Quadratmeter der Erdoberfläche besitzt, wo er sich frei fühlen kann. Gibt es irgendwo ein freies Polen, so bedeutet das für die irredentistischen Bestrebungen wenigstens zu einem guten Teil eher eine Ablenkung als einen Ansporn. Und gerade einem selbständigen Polen gegenüber haben wir ein gutes Druckmittel, das wir sonst nicht besitzen; denn wir haben, wie ich mich früher einmal an anderer Stelle ausgedrückt habe, in Danzig den „Schlüssel zu ihrem Hause". Es ließe sich zu diesem Punkt noch viel ausführen, aber das würde zu weit führen. Hier lag es mir nur am Herzen, dem unfruchtbaren und verwirrenden, übertriebenen Pessimismus entgegenzuwirken, der bei uns immer noch die Beurteilung der polnischen Verhältnisse beherrscht und uns auf verhängnisvolle Wege lockt, um die Sache nur loszuwerden.

Wilsons russische Politik

Von Dr. Leo Schwering, Köln

Die russische Frage war für das Kapitol von Beginn des Krieges interessant. Wilson hat sie immer eifrig „studiert". Dies hatte seine guten Gründe; die militärische Unterstützung des einstigen Zarenreiches, seine Front gegen die Mittelmächte, lag zeitweise zum großen Teil in amerikanischen Händen. Jedesmal, wenn der Winter die nordeuropäischen Häfen schloß, trat die sibirische Bahn wieder in ihre vollen Rechte. Es ist ein Irrtum, wenn bei diesen Kriegslieferungen der Anteil Japans über den amerikanischen gestellt wird, denn einmal verfügte das

Digitized by Google

Inselreich infolge seiner weniger entwickelten Industrie gar nicht über alle die Erfordernisse des Krieges, welche von Rußland gewünscht wurden. Hier sprang Washington ein und lief dem gelben und so bitter verhaßten Konkurrenten zunächst auf diesem Gebiete, glatt den Rang ab; trotz dessen größerer geographischer Nähe. Dann aber war auch das Geldbedürfnis Rußlands außerordentlich groß. Kredit und Anleihen wechselten in bunter Folge, und „hilfsbereit" wie immer war die Union auch hier, die im Gelde nur so schwamm, zur Stelle, alle Sorgen des Zarenreiches zu beheben. Die Schuldenlast des Zartums und der Kerenski-Republik hat sich allmählich gewaltig gesteigert. Sie betrug im Februar 1918, also von dem Augenblicke ab, wo Amerika auf Grund der inneren Gestaltung Rußlands zurückhaltender wurde, 325 Millionen Pfund in Krediten, in Anleihen 750 Millionen Dollar. Diese Summe stellt auch wohl heute noch im ganzen den Gesamtwert der geldlichen Leistungen Amerikas an Rußland dar. Demgegenüber spielen die von dem Mikadoreiche geliehenen Summen keine Rolle; so saß Japan namentlich zwischen 1914/16 finanziell trotz seines gewaltigen industriellen Aufschwunges doch noch nicht im Sattel, daß es in Kreditgewährung mit den Amerikanern wetteifern konnte.

Natürlich waren die Leistungen des amerikanischen Großkapitals, dem Wilson sehr nahe steht, nicht ohne Gegenleistung erfolgt. Sie bestanden darin, daß die russische Regierung aus den Naturschätzen des Landes verpfändete, was ihr gut schien, oder besser was ihr unter dem sanften Druck amerikanischer Geschäftsleute geraten wurde. So gingen Bergwerke und Wälder, aber auch Konzessionen für gewerbliche Anlagen aller Art wahllos in die Hände der Amerikaner über. Es ist uns aus gut informierter Quelle mitgeteilt worden, daß die Verpfändung von Bergwerken im Ural und in Sibirien ganz offen unter Mitwirkung amerikanischer Finanzleute und unter Leitung russischer Beamter aus dem Ministerium geschah. Milliarden von russischen Bodenwerten sind so für verhältnismäßig geringe Summen in die Hände des Kapitals der Union übergegangen. Nirgendwo ist dies daher heute finanziell so interessiert wie in Sibirien und im Ural.

Hier liegt die eine Wurzel von Wilsons heutiger russischer Politik! Dies zeigte sich auf das deutlichste, als die Entente, erschreckt und bestürzt über die Bolschewisten, die ganz wider deren Programm ans Ruder gekommen waren und den Bresler Frieden schlossen, diesen daraufhin glatterdings den Krieg erklären wollten. Nicht nur Großbritannien, auch Frankreich war für diesen Entschluß, letzteres namentlich, weil es auf irgendeine Weise wieder in den Besitz seiner verlorenen Milliarden kommen wollte. Aber gegen diese Politik legte Wilson sein Veto ein. Er befürchtete, mit in diesen Krieg hineingezogen zu werden, womit dann allerdings erheblichn Verluste der amerikanischen Finanz auf ihrem neu gewonnenen aussichtsvollen Markte verbunden gewesen wären. Stärker wie je machte sich damals auch der großkapitalistische Einfluß auf die Wilsonsche Regierung in der Öffentlichkeit geltend, indem

Digitized by Google

amerikanische Blätter die Nachricht verbreiteten, an der zu zweifeln wir den Umständen nach durchaus keine Veranlassung haben, die Banken und mächtige Finanzgruppen, darunter Morgan, hätten Wilson gebeten, Rußland Unterstützung zu gewähren! Daher also die entgegensetzte Haltung wie die übrige Entente! Dieser zeigte Wilson sein Mißfallen, indem er seine Uninteressiertheit an den politischen und territorialen Kriegszielen seiner europäischen Alliierten erklären ließ. Daraufhin erfolgte etwa im März 1918 der Umschwung innerhalb der sich sträubenden Entente, die dann infolge der schweren Niederlagen auf den Schlachtfeldern seit Beginn der deutschen Offensive erst recht zur Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Präsidenten sich genötigt sah.

Damit hatte die amerikanische Politik gegenüber Rußland vollkommen Oberwasser bekommen. Nunmehr verstärkte Wallstreet seine Anstrengungen, um auch innerpolitischen Einfluß zu gewinnen. Man versicherte Rußland nicht nur dauernd seiner Freundschaft, sondern Wilson bot sogar Entwürfe für eine Reform der russischen Verfassung an! Damals fanden amerikanische Blätter gar das gemeinsame Ziel Rußlands und Amerikas, die Welt mit „Demokratie" zu beglücken, heraus, als deren echteste Hüter die amerikanische Presse die Bolschewisten zu erklären sich nicht gescheut hat. Die „Wiederherstellung" des russischen Volkes wurde eine ständige Phrase in allen offizidsen Verlautbarungen der Union, ob sie nun von Washington direkt kamen, oder von amerikanischen Konsuln abgegeben wurden. Wilson glaubte damals noch mit solchen harmlosen und friedlichen Mitteln eine Amerikanisierung Rußlands in aller Freundschaft erreichen zu können; denn eine ruhige Ausbeute der gewonnenen Konzessionen war in der Tat nur unter diesem Gesichtspunkt möglich. Er befürchtete eben durch eine den Russen feindliche Politik diese in die Arme Deutschlands zu treiben, dessen überlegene Konkurrenz, namentlich, wenn sie sich unter wirtschaftsfriedlichen Umständen vollzog, den Amerikanern aus ihren früheren Welthandelserfahrungen wohl bekannt war. Aber es war noch eine andere und zwar ausschlaggebende Erwägung, welche ihn die von London und Paris abweichende Haltung gebieterisch vorzuschreiben schien. Dies war das Verhältnis der Union zu Japan. Das ist die zweite Wurzel von Wilsons russischer Politik.

Amerika und das Inselreich haben seit dem Jahre 1905 um die Seele des alten Zarenreiches gerungen. Beide aus guten Gründen. Amerika hoffte in Rußland dem verhaßten Gelben den letzten Freund zu rauben und es so zuerst diplomatisch zu isolieren, um ihm dann bei nächster Gelegenheit den Fangstoß zu geben. Aus denselben Erwägungen hielt sich das Mikadoreich den Zaren warm und mit nicht geringem Erfolge. Das führte im Jahre 1916 sogar zu einem Geheimbündnis, das seine Spitze gegen die Angelsachsen kehrte. All diese japanischen Hoffnungen brachen mit der Revolution zusammen, von neuem begann das Ringen um die Seele Rußlands, besser um seinen Rest. Noch einmal winkte Wilson die Möglichkeit, den Gelben mit Hilfe der neuen russischen Regierung an die Wand zu drücken.

Digitized by Google

Während Japan gegenüber den Sowjets eine vorsichtig zurückhaltende, aber im Unterton freundliche Haltung einnahm, — bezeichnend war, daß Tokio, wie auch Washington fast gleichzeitig die Sowjetrepublik anerkannten, während dies seitens der Ententemächte in Europa bis heute noch nicht geschehen ist — hat Wilson sich in erneuten Freundschaftsbeteurungen geradezu überboten. Es wurde nicht nur eine Organisation russisch-amerikanischer Politiker geschaffen, welche die Beziehungen zwischen beiden Völkern stärken und vertiefen sollte (Mai 1918), sondern man ging soweit, eine „Liga" zur Unterstützung Großrußlands zu gründen. Insbesondere hatte diese es auf die Wiederherstellung des Eisenbahnnetzes in Rußland und Sibirien abgesehen. Wilson scheint sich damals sogar mit dem Gedanken eines Bündnisses zwischen beiden Mächten getragen zu haben. Damals wollte die „Nowaja Shisn" wenigstens wissen, daß auch die Volkskommissare dieser Frage zustimmend gegenüberständen (März 1918).

Unterdessen vergaß Washington selbstverständlich nicht, die wirtschaftliche Ausbeutung der gewaltigen Gebietes weiter zu organisieren und sich dadurch die Zustimmung seiner finanziellen Auftraggeber zu versichern. Im Mai 1918 erfolgte die Gründung einer amerikanischen Bank in Moskau, als Abteilung der New-York-City-Bank. Diese erklärte sich bereit, für die bei ihr deponierten Gelder auch dann die Verantwortung übernehmen zu wollen, wenn sie von der Bolschewikiregierung beschlagnahmt würden! Diese Bankgründung zeigte deutlich, was man wollte. Nämlich möglichst viele metallurgische Unternehmungen an sich zu bringen.

Gleichzeitig trafen die Vertreter größerer amerikanischer Handelsgesellschaften in Sibirien, wie wir derselben Quelle, „Russikja Wjedomosti", entnehmen, ein, um die Ausbeutung der Wälder nach allen Regeln der Kunst vorzubereiten. Zweck dieser Maßnahmen sollte sein, bei Wiederherstellung der zerstörten Gegenden in Frankreich, Polen, Belgien mit amerikanischem Holz den Markt zu überschwemmen und ihn bei dem voraussichtlichen allgemeinen Holzmangel zu beherrschen! Diese skrupellose Verbindung von Ausbeutung und Geschäft kennzeichnet übrigens den Geist der russischen Politik Wilsons in besonders drastischer Weise. Dies Vorgehen erübrigt jeden Kommentar. Aber die Berechnungen des Präsidenten basierten auf einem Grundrechenfehler. Voraussetzung für eine schrankenlose Wirtschaftsbetätigung in Rußland und Sibirien war, wie schon angedeutet, möglichste Konkurrenzlosigkeit irgendeiner anderen Macht zu schaffen. Wilson fürchtete allein die deutsche Konkurrenz in dem nun dem Reiche gegenüber neutralen Rußland-Sibirien. Er fürchtete die Deutschen um so mehr, als sie den Vorzug der geographischen Lage vor den Amerikanern voraus hatten, die durch weite, teils unwirtliche Meere oder gewaltige Bahnentfernungen von dem eigentlichen Zentrum ihrer Tätigkeit entfernt waren. Hier war nur Wandel zu schaffen, wenn es gelang, die Räterepublik, möglichst in engstem Einvernehmen mit der Union, in einen Krieg mit den Mittelmächten hineinzutreiben. Im Grunde war

Digitized by Google

also der Gegensatz von früher zwischen Wilson und den Alliierten nicht so groß. Was diese mit Gewalt, durch neue Entfesselung der antirevolutionären Kräfte und sofort zu erreichen hofften, das wünschte Wilson durch freundschaftliches Zureden und mit Hilfe der ordnungsmäßigen Staatsmacht zu erreichen. Die Ereignisse beweisen, daß die Alliierten richtiger gesehen hatten wie ihr außereuropäischer Bundesgenosse. Auf dem von Wilson begangenen Wege war das auch von ihm erstrebte Ziel nicht zu erreichen und wird, wie wir hinzusetzen dürfen, niemals zu erreichen sein. Rußland will keinen Krieg mehr, ob die Sowjetrepublik oder irgendeine andere Macht am Ruder ist. Wilson erkennt dies noch nicht; wenn er heute eine andere Politik eingeschlagen hat und sich dem Standpunkte der Entente von Frühjahr 1918 genähert hat, so werden die Ereignisse ihm zeigen, daß auch auf diesem Wege eine Galvanisierung Großrußlands für den Kampf nicht mehr möglich ist.

Es war klar, daß er seine Aktion nur zusammen mit dem Mikadoreich unternehmen konnte, Japan und Amerika können heute nur gemeinsam Freunde oder Feinde Großrußlands sein. Und bei dem starken Expansionsbedürfnis Japans war es nicht schwer, dieses zu einer Aktion im fernen Osten auf einstens zarisches Gebiet zu drängen. Solche Erwägungen haben die Bedenken der Union gegen eine größere Aktivität Tokios erweicht und diese vor kurzem zur Tat werden lassen. Mit welchem Erfolge und welchen größeren Zielen, müssen wir abwarten.

Die beiden Erklärungen, welche Tokio und Washington anläßlich ihres Eingreifens in Rußland ausgegeben haben, sind das Fazit aus einer langmonatigen praktischen Erfahrung. Hinter diesen Kundmachungen steht Amerika stärker wie Japan, weil es weitreichendere Interessen und mehr zu verlieren hat. Die Versicherungen der Freundschaft für Rußland sind der Rest jener langen Bemühungen, welche der Präsident fast ein Jahr lang an den Tag gelegt hat. Sie sind aber heute nur noch diplomatische Floskeln. Wilson will im Augenblick selbst den Sturz der Bolschewisten genau so stark, wie er vorher mit ihnen im Gegensatz zu seinen europäischen Bundesgenossen verhandelt hat. Sein Traum, Moskau unter dem Zureden Amerikas in eine neue Front gegen Deutschland zu bringen, ist endgültig dahin; und Wilson nimmt an denen, welche ihn enttäuschten, blutige Rache. Auch er hofft jetzt aus dem Chaos für die Union mehr herausschlagen zu können, als früher mit Hilfe der regelrechten Regierung. Dies einigt ihn mit Japan. Aber auch die andere Wurzel seiner ursprünglichen Politik, die vor allem von Wirtschaftsinteressen diktiert war, kommt in dem abschließenden Dokument der amerikanisch-bolschewistischen Freundschaft vom 5. August 1918 noch einmal hervor, indem er versichert, von der ersten Gelegenheit Gebrauch zu machen, um mittels eines Ausschusses von Kaufleuten und Sachverständigen, wozu auch die Young Men Christian Assoziation zu gehören scheint, in Sibirien nützliche Informationen einzuziehen!

Man kann der Wilsonschen Politik auch hier den Vorwurf des Dilettantismus nicht

Digitized by Google

ersparen. Sie entbehrt der Stetigkeit, ist zu impressionistisch! Wieviel klarer, sachlicher und ruhiger ist die des Mikadoreiches; sie wird daher auch letzten Endes erfolgreicher sein; dies wäre für die Union ein harter Schlag!

Zur Seelenkunde des Amerikaners

Von Dr. Schmidt-Gründler, Godesberg

Als ausgeprägtester Wesenszug des Nordamerikaners gilt seit jeher mit Recht sein Sinn für Selbständigkeit, für das Aufsichselbst-Gestelltsein des Einzelnen. Selbstbestimmung ist das Hauptlosungswort des amerikanischen Lebens. Es regelt dort schon Schule und Erziehung: dem amerikanischen Kinde gönnt man bekanntlich Freiheiten, über die sich bei uns selbst auf sehr fortschrittlichen Köpfen oft die Haare sträuben würden. Und diese Nachsicht in der Erziehung beruht nicht auf Schlaffheit, sondern auf Grundsätzen: das Kind ist auch schon ein freier Mensch, ein „Staatsbürger", der seine Eigenart möglichst ungehemmt entfalten darf, ja soll! Und wie in der Schule, so ist es selbstverständlich erst recht im Leben.

Zunächst also im Familienleben. Der Ausländer, namentlich der Deutsche, vermißt an ihm oft bei der weitgehenden Freiheit und Ungebundenheit des Einzelnen die Herzlichkeit. Wer jedoch z. B. aus der größeren Selbständigkeit, mit der drüben die Kinder ihren Eltern gegenübertreten, auf Mangel an Herzlichkeit schließen wollte, der würde sehr irren. Trotz seiner scheinbaren Kühle und seines offenbaren Mangels an „Gemütlichkeit" hilft der Yankee seinen in Not geratenen Angehörigen meist in aufopfernder Weise.

Noch ungemütlicher geht es bekanntlich im amerikanischen Geschäftsleben zu. Hier zeigt sich der Selbständigkeits- und Selbstbestimmungsdrang in seiner schärfsten Form. Ein Wort genügt, um jedem Kundigen das so recht vor die Augen zu führen: Chicago! Es ist die Hochburg des wirtschaftlichen „Individualismus". Hier, in diesem furchtbaren Gemisch von Wolkenkratzern, Fabrikschloten, Schlachthäusern, Straßenbahnen, hastenden Menschen, quiekenden Schweinen und tutenden Autos zeigt sich der rücksichtslose Kampf ums Dasein, den die auf freiste Selbstbestimmung gegründete amerikanische Gesellschaft ihren Mitgliedern als oberstes Gesetz auferlegt, in unverhülltester Nacktheit. Indessen ist es in den meisten amerikanischen Großstädten nicht sehr viel anders: überall ein Kampf aller gegen alle mit möglichster Ellenbogenfreiheit.

Bei dieser Sinnesart ist für den Yankee, auch ganz abgesehen von der geschichtlichen Entwicklung des Landes, die Republik die einzig mögliche Staatsform: dem echten Amerikaner ist alles wahre Königtum ein Greuel — schon der Umstand, daß wir Deutsche ein starkes Königtum haben, genügt, um ihm unser Land wenig genehm zu machen. Der Yankee haßt aber nicht nur das Königtum, sondern überhaupt jeden

Digitized by Google

staatlichen Zwang, ja, jeden Zwang von oben! Er hat keinen Sinn für den Staat. Er leidet, wie der bekannte englische Soziologe G. Wells das so treffend ausgedrückt hat, an Staatsblindheit. Er hat sich die Auffassung des Staates als eines Ganzen, dem das Treiben der Einzelnen sich unterzuordnen hat, erst noch anzueignen. Daher gilt drüben in noch viel weiterem Umfang als bei uns die merkwürdige Doppelmoral, wonach Betrügen von Einzelpersonen abscheulich, Betrügen des Gemeinwesens dagegen zum mindesten sehr verzeihlich ist.

Allerdings wurde den Amerikanern neuerdings bei ihrer maßlosen Verherrlichung des Rechtes der Einzelpersönlichkeit doch selbst etwas bange. Sie begannen, wie Wells berichtet, schon einige Zeit vor diesem Kriege zu begreifen, daß der freie schrankenlose Wettbewerb so nicht weitergehen könne — daher auch das Anwachsen des Sozialismus drüben in den letzten Jahren[1]!

Weniger unerfreulich als auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Folgen dieses Selbständigkeitsdranges auf gesellschaftlichem: welchen Europäer, den der widerliche Kasten-, der kriecherische Bedienten- und Knechtsgeist in seiner Heimat öfter anekelte, berührt das Fehlen dieser Dinge drüben nicht angenehm! Er wird es gern dafür in den Kauf nehmen, wenn er mal genötigt sein sollte, sich die Stiefel selbst zu putzen. Das erste Kennzeichen jedes freien Yankee ist ja, wie männiglich weiß, die Abscheu vor der Stiefelwichse, sobald er sie — auf das Schuhzeug seiner Mitmenschen bringen soll. Im allgemeinen befassen sich mit ihr daher nur die „Nigger" oder höchstens noch weiße Jungen. Selbst mit der amerikanischen Dienstbotennot findet man sich schließlich ab. Kann man doch dem Trieb nach Selbständigkeit, der ihre letzte Ursache ist, im Grunde seine Achtung nicht versagen. Hierzu gehört auch, daß drüben die Höhergestellten oder, was dort fast dasselbe sagen will, die Reichen ihre Untergebenen nicht mit derselben Schroffheit oder Herablassung zu behandeln pflegen wie die meisten ihrer europäischen Standesgenossen. „Ein Geist gutgelaunter Brüderlichkeit, das Erblicken des Gleichen und des Nächsten in jedem Volksgenossen bildet eine Luft, die das Atmen in der amerikanischen Welt so köstlich macht", sagt der bekannte Professor Kühnemann, der sonst nichts weniger als ein blinder Bewunderer des Yankeetums ist, in seinem Buch „Deutschland und Amerika". Man hat daher nicht mit Unrecht, wenn auch natürlich mit starker Übertreibung, gesagt: Die Amerikaner fühlen sich alle als Kameraden!

Freilich: die verhängnisvolle Kehrseite dieser Allerweltsbrüderlichkeit und Allerweltskameradschaft zeigt sich natürlich drüben ebenso wie überall, wo sie sonst etwa noch

[1] Wenn die Yankees jetzt während des Krieges sogar zu der ihnen früher verhaßten Dienstpflicht übergegangen sind und sich noch manche andere scharfe Maßregel ihrer Regierung gefallen lassen, so verstößt das nur scheinbar gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung: die Yankees sind — im Gegensatz zu den Franzosen — sogar leicht zu regieren und unterwerfen sich willig allen Anordnungen ihrer Behörden, jedoch nur solange sie sich bewußt sind, sie sich selbst gegeben zu haben, solange sie also ihr Geschick selbst bestimmen oder wenigstens glauben, es selbst zu bestimmen.

Digitized by Google

blüht. Nämlich als erschreckende Einförmigkeit eines gleichgewalzten Menschenbreies. Schon in England fällt jedem Deutschen die fürchterliche Gleichtönigkeit der sogenannten guten Gesellschaft schreckhaft auf die Nerven — noch weit schlimmer ist es damit in Amerika bestellt! Hier erstreckt sich derselbe Anstrich sozusagen auf das ganze Volk: alle Yankees scheinen in derselben Brühe gekocht zu sein. „Der Amerikaner", sagt Professor Münsterberg, „stellt sich unter einem Gentleman einen Mann vor, der sich nicht auffallend macht . . . Jeder hat denselben Kragen, trägt den nämlichen Hut, liest die gleichen Romane, denkt das Gleiche über Europa." Denkt über jegliches Ding so z'emlich das Gleiche! Denn in der Tat: die Mehrzahl der Yankees ist von einer für Deutsche schier unfaßbaren Gleichheit der Denkungsart. „Wenn man hundert amerikanische Zeitungen gelesen hat, so hat man das Gefühl, man hätte nur eine gelesen. Und dasselbe beseligende Gefühl hat man, wenn man mit hundert Amerikanern gesprochen hat."

Schon im Äußeren zeigt sich diese Einförmigkeit: wer eine große amerikanische Stadt gesehen hat, kennt sie alle. Und wiederum gleichen sich die Straßen einer Stadt und in dieser wieder die Häuser zum Verzweifeln. Und damit noch nicht genug! Selbst die Menschen sind sich viel ähnlicher untereinander als bei uns! Sogar die Gebildeten haben bei weitem nicht so verschiedene und kennzeichnende Gesichter wie in Deutschland — man wird bei ihrem Anblick den Gedanken an eine Herde nicht los. Und wird ihn mit Recht nicht los! Denn in der Tat ist ein oder vielleicht sogar das Hauptkennzeichen des Yankees der Herdengeist: Herdengeist in der Politik, wo er sich in blindem Anbeten jeder noch so fragwürdigen Mehrheit gefällt; Herdengeist in der Gesellschaft, die alles, was vom sogenannten guten Ton abweicht, mit Acht und Bann belegt; Herdengeist in Kunst und Schrifttum, wo die Mode alles, die Leistungen der großen Einzelnen sehr wenig bedeuten; Herdengeist endlich auch in der Religion, in der die große Masse auch der Gebildeten den überlieferten Anschauungen, und seien sie noch so hanebüchen, gedankenlos folgt. Selbst bis in die Sprache erstreckt sich diese Erscheinung: es ist erstaunlich, wie einheitlich das Englische in dem riesigen Gebiet der „Vereinigten Staaten" (beinah so groß wie Europa!) gesprochen wird — Mundarten gibt es fast gar nicht! Und daneben denke man sich Deutschland, wo zwei benachbarte Dörfer sich manchmal nicht ohne Mühe verstehn. Wie von selbst einleuchtet, hängt dieser Herdengeist mit der dortigen demokratischen Staatsform zusammen. Fraglich könnte auf den ersten Blick nur scheinen, ob er von dieser Staatsform oder diese Staatsform von ihm herrührt. Zweifellos trifft, wenn auch die Statsform naturgemäß in gleichem Sinne zurückwirkt, doch das letzte zu. Ist doch die Staatsform stets der Ausdruck des ganzen Wesens eines Volkes.

Wie in dem eben erörterten Punkt, so haben die Yankees eine starke Ähnlichkeit mit ihren britischen Vettern auch hinsichtlich der Religion und Sittlichkeit. Wenn sie freilich auch beide, namentlich aber die erste, stark veramerikanert haben!

Digitized by Google

Wollen wir jedoch in der Frage nach der Stellung des Yankee zur Religion klar sehen, so müssen wir unbedingt zuvor die deutsche Brille einmal beiseite legen. Sie trübt uns sowieso schon oft den Blick. In der Beurteilung anderer Völker und vor allem in der Beurteilung ihrer Stellung zur Religion liefert sie uns wirklich meist ganz falsche Bilder. Weil z. B. die Yankees in ihrer großen Mehrzahl an einem mehr oder weniger strenggläubigen Christentum festhalten, weil ferner das amerikanische Christentum allerlei sonderbare Züge aufweist, darum gelten die Yankees (ebenso wie die Engländer!) sehr vielen Deutschen schlankweg als Heuchler! Diese gänzlich unbegründete Anklage zu entkräften genügt jedoch bereits ein einziges Wort. Das wie die Sache selbst dem gemeinsamen angelsächsischen Boden entsprossen ist, wenn auch die Sache erst drüben sich zur üppigsten Blüte entfaltet hat: revivals! Wer da weiß, wie es auf diesen amerikanischen Buß- und Erweckungsversammlungen zugeht, die so zahlreich, ja oft noch weit zahlreicher besucht zu sein pflegen als eine oberbayrische Kirchweih; wer gesehen hat, wie ernst es die dabei Beteiligten mit ihrem Seelenheil nehmen und wer trotzdem die Anklage der Heuchelei gegen die Yankees aufrecht erhält, der beweist, daß er von wahrer Menschenkenntnis keine Ahnung hat. Münsterberg sagt: „Wer die Religiosität der Yankees nicht versteht, der versteht sie überhaupt nicht." Und ein anderer Deutschamerikaner, Professor Flügel, der seit 15 Jahren als Hochschullehrer drüben wirkt, sagt zu diesem Punkt: „In keinem protestantischen Lande wird mehr gebetet und fleißiger die Kirche besucht als in den Vereinigten Staaten. Dieser häufige Kirchenbesuch entspringt zum großen Teil wirklicher Religiosität."

Das merkt man drüben auch sofort im Verkehr, da die Amerikaner, im Gegensatz zu den meisten Europäern, oft und gern über religiöse Dinge reden. Diese kommen als Gegenstand des Gespräches bei ihnen noch vor der so beliebten Politik! Eine Folge dieser Religiosität der Yankees ist denn auch, daß der ausgesprochen Religionslose, d. h. der Freigeist, bei ihm nicht auf Achtung, sondern geradezu auf Ächtung stößt. Und zwar nicht nur in der Gesellschaft, die über ihn als einen wunderlichen „Unheiligen" den Kopf schüttelt, sondern auch von seiten der Behörde. Öffentlich zur Schau getragene Gottesleugnung würde z. B. auf vielen Universitäten, mindestens auf den von Sekten abhängigen, dem Betreffenden starke Unannehmlichkeiten zuziehen oder ihn gar unmöglich machen. Ebenso würde ein ausgesprochener Gottesleugner schwerlich irgendwelche Aussicht haben, in die Volksvertretung gewählt zu werden.

Dieser weitgehenden Religiosität drüben entspricht begreiflicherweise eine noch erheblich weiter gehende Kirchlichkeit: Die Kirche steht, namentlich auf dem Lande und in den kleinen Städten, im Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens — es ist unmöglich, in viele Vereine, Klubs usw. Eintritt zu erlangen, ohne Mitglied einer bestimmten Kirche zu sein[1]. Doch die religiöse Grundrichtung des Amerikaners offen-

[1] Flügel, Langenscheidts Sachwörterbuch, S. 280.

Digitized by Google

bart sich nicht nur in einer für deutsche Begriffe äußerst starken Beteiligung an dem Leben der großen alten kirchlichen Gemeinschaften. Die Religion quillt drüben vielmehr, sozusagen, aus jeder Pore des Bodens und läßt aus dem Stamm der überlieferten Kirchen fast täglich neue Sekten und Richtungen von mitunter allerdings recht fragwürdiger Beschaffenheit hervorsprießen[1].

Wie sind nun diese Erscheinungen, wie ist überhaupt die ganze, so auffällig starke Religiosität der Yankes zu erklären? Und vor allem: wie ist diese mit ihren sonstigen Eigenschaften in Einklang zu bringen, mit ihrem starken Geschäfts- und ihrem noch ausgesprochneren Erwerbssinn?

Die Antwort auf die erste Frage gibt die Geschichte, d. h. die Besiedelung des Landes. Die Neuengland-Staaten wurden bekanntlich der Hauptsache nach von Puritanern besiedelt, von denen selbst ein so erklärter Freidenker wie Joh. Scherr zugibt, daß sie „wahrhaft fromme Leute" gewesen seien. Und dieses fromme Puritanertum der ersten Ansiedler, der sog. „Pilgerväter", ist seitdem im amerikanischen Leben als Sauerteig wirksam gewesen und ist als solcher, trotz aller Abschwächung, noch wirksam bis auf den heutigen Tag. Aus ihm erklärt sich die hand- und sturmfeste Buchstabengläubigkeit, der Zug zu ernster Lebensführung, die strenge Sonntagsheiligung, die Theaterscheu, die Vorliebe für das Feigenblatt in der Kunst und sonstige „pietistische" Züge, die man heute drüben noch weit verbreitet findet. Aber selbst diejenigen unter den heutigen Yankees, die mit dem Glauben ihrer Väter gebrochen, haben sich doch fast ausnahmslos den Sinn für Religion, d. h. einen gewissen mystischen Zug bewahrt — das Blut der „Pilgerväter" schlägt immer wieder bei ihnen durch!

Zu dieser ererbten religiösen Anlage gesellt sich nun eine zweite Eigentümlichkeit des amerikanischen Geistes, die den auffallenden Widerspruch von schwärmerischer Frömmigkeit und schlauem Geschäftssinn, von beschränktester Gläubigkeit auf religiösem Gebiet und weitestgehender sonstiger Aufgeklärtheit bei ihm begreiflich macht. Das ist eine merkwürdige Unreife und Kindlichkeit der Denkungsart. Selbstredend soll damit nicht gesagt sein, daß es dem Yankee-Lande an hervorragenden Geistern, an bedeutenden Forschern, Gelehrten und Künstlern fehlt. Sondern nur, daß die große Masse auch der Gebildeten noch eine eigentümliche geistige Unreife zeigt. „Unreife ist der bezeichnende Zug des amerikanischen Denkens, diese großen Kinder leben nur in Gefühlen — der Durchschnittsamerikaner ist bis zur Stufe des (reinen) Denkens noch nicht gekommen!" (Kühnemann.)

Auch dieser Zug seines Wesens erklärt sich aus seiner Geschichte. Und zwar vor allem gleichfalls aus seiner englischen Abstammung. Haben die Engländer doch von jeher, bei großer Begabung für das Geschäftsleben und für die angewandte Wissenschaft, bekanntlich eine nur geringe Anlage für die reine Wissenschaft, für die „Theorie", und eine noch weit geringere Neigung gehabt, sich über Fragen der Weltanschauung den

[1] Es genügt hier an die Mormonen, die Christian Science, die Gesundbeterei usw. zu erinnern.

Digitized by Google

Kopf zu zerbrechen — der Durchschnittsengländer war und ist, wie er wohl selbst bereitwillig zugeben wird, ganz unphilosophisch! Diesen Mangel an philosophischer Begabung, diese Abneigung gegen jedes im Unwirklichen und namentlich in Weltanschauungsfragen sich ergehende Denken haben die Yankees naturgemäß von den Engländern geerbt. Und die geschichtliche Entwicklung ihres Landes hat diesen Mangel und diese Abneigung begreiflicherweise noch gesteigert. Die Yankees haben buchstäblich — wenigstens bis vor kurzem — noch nicht die Zeit gehabt, sich mit dem Denken „um des Denkens willen" oder aus philosophischer Wißbegierde abzugeben. Die Besiedelung und Urbarmachung ihres riesigen Landes haben bis in die neueste Zeit alle ihre körperlichen und geistigen Kräfte so in Anspruch genommen, daß sie zu ruhigem Nachdenken, zum Besinnen auf sich selbst und „auf das, was die Welt im Innersten zusammenhält", noch nicht recht gekommen sind. Daher zeigen die Yankees noch heute alle Eigenschaften eines jungen Siedlungsvolkes, zu denen in erster Linie bekanntlich Unreife und Unausgeglichenheit gehören.

Die Unausgeglichenheit drüben ist buchstäblich mit Händen zu greifen — ja, man stößt dort alle Augenblicke sozusagen mit der Nase darauf: auf elende Rumpelbuden dicht neben den prunkvollsten Palästen, auf Schutt- und Schmutzhaufen mitten in den schönsten Straßen usw. Und dieser Unausgeglichenheit im äußeren Leben Amerikas entspricht naturgemäß die seines geistigen. Sind die Yankees friedlich, „pazifistisch", oder sind sie kriegerisch, „imperialistisch"? Sie sind weder das eine noch das andere — sie sind vielmehr beides zugleich! Und zwar ist hier merkwürdigerweise der Einzelne beides zugleich, während in anderen Ländern sich die Massen in einzelne, die friedfertig und in einzelne, die Säbelraßler sind, zu teilen pflegen.

Sind die Amerikaner konservativ oder fortschrittlich? Sie sind ebenfalls beides zugleich! Und zwar gilt auch das wieder vom Einzelnen und nicht nur von der Masse. Derselbe Yankee, der den fortgeschrittensten Gedanken über Staat und Gesellschaft huldigt, hängt doch mit mehr als kindlicher Treue an seiner „Partei", auch wenn er noch so viel an ihr auszusetzeu hat, und ebenso an seiner Kirche, obwohl er vielleicht die meisten ihrer Lehren nicht mehr teilt.

Sind die Yankees endlich „Idealisten" oder „Realisten"? Oder — um das deutscher und damit deutlicher auszudrücken — sind sie hochsinnige Schwärmer oder Dollarjäger? Über diesen Punkt scheint auf den ersten Blick freilich ein Zweifel kaum möglich zu sein. Galt doch der Yankee bei uns stets (und bis zu diesem Kriege auch bei seinen jetzigen Verbündeten!) allgemein für einen kalten Geldmenschen. Aber dieses Urteil ist falsch oder vielmehr nur halbrichtig: der Durchschnitts-Yankee ist das wunderbarste Gemisch von schwärmerischem Edelsinn, überspannter Gefühlsduselei und nüchternem Geschäftsgeist, ja berechnendster Selbstsucht, das je in Menschengestalt auf dieser Erde gewandelt ist. Für den Geschäftsgeist und die Selbstsucht der Yankees ist es vor Deutschen freilich überflüssig Beweise anzuführen, wohl aber für das

Digitized by Google

Gegenteil. Die Auffassung des Yankee als einen reinen Dollarjägers ist nun, wie K. E. Schmidt mit Recht bemerkt, in der Hauptsache auf eine ungeheure Überschätzung seiner geschäftlichen Tüchtigkeit zurückzuführen. Weil wir gewohnt sind, den Yankee für den tüchtigsten Geschäftsmann der Welt zu halten, darum halten wir ihn begreiflicherweise auch für fast ausschließlich auf Gelderwerb gerichtet. Die eine Ansicht ist aber ebenso falsch wie die andere.

Zunächst ist der Yankee durchaus nicht der kaufmännische „Übermensch", für den ihn der Europäer gewöhnlich ansieht. Wäre er das, so müßte er, wie der eben genannte Gewährsmann sehr richtig bemerkt, längst den Weltmarkt erobert haben. Stattdessen war er bisher nicht einmal imstande, auch nur den südamerikanischen Handel an sich zu bringen. Ja, selbst im eigenen Lande kann er sich des fremden Wettbewerbs nur mühsam mittels himmelhoher Zollmauern erwehren! Aber das märchenhafte Aufblühen des Landes, das Aufhäufen unerhörter Reichtümer?! Beweist durchaus nicht, daß der Yankee ein besonders tüchtiger Geschäftsmann ist! Die ungeheuren wirtschaftlichen Erfolge der Amerikaner sind in erster Linie vielmehr auf die ungeheuren Naturschätze ihres Landes zurückzuführen. Hätten wir Deutsche diese zur Verfügung gehabt — wir würden mindestens die gleichen Erfolge erzielt haben. Und würden es uns dabei doch, und zwar mit Recht, verbitten, wenn man uns deshalb für kalte, herzlose Geldmenschen erklärte!

Es gibt aber auch tatsächliche Beweise dafür, daß der Durchschnitts-Yankee keineswegs nur ein rücksichtsloser Geschäftsmann, sondern edleren Regungen sehr wohl zugänglich ist. Zunächst einmal seine schon erörterte starke Religiosität, die mit ausschließlichem Mammonsdienst schlechterdings unvereinbar ist. Denn diese Religiosität zeigt sich keineswegs nur in frommen Worten oder kirchlichen Gebräuchen, sondern auch in Opfern. Der Yankee muß bekanntlich seine Kirche allein erhalten und tut das in freigebigster Weise: 1909 betrug der Wert des kirchlichen Eigentums drüben mehr als 5 Milliarden Mark, also mehr als in irgendeinem andern Lande der Welt! Und ebenso freigebig, ja noch freigebiger ist der Yankee bekanntlich für edle Zwecke allgemein menschlicher Art, für Schulen, Museen, Krankenhäuser usw. Protzerei! wird man sagen. Gewiß, die ist zweifellos auch mit dabei — ganz wie bei uns! Sollten aber wirklich alle die Erblasser in den „Vereinigten Staaten", die fabelhafte Summen letztwillig zu guten Zwecken vermachten, bis zur letzten Minute nur haben protzen wollen?

Andrerseits findet man manche in andern Ländern weitverbreitete Zeichen von Geldgier in den „Vereinigten Staaten" so gut wie gar nicht. Da ist vor allem die Mitgiftjägerei. Das ist in allen Kulturländern Europas zugestandenermaßen ein ziemlich dunkler Punkt. Auch in Deutschland zeigen ja bekanntlich weite Kreise der vornehmen Welt ihre Verachtung des Geldes vor allem darin, daß sie es andere sauer verdienen lassen und dann mühelos erheiraten. Nicht so die geldgierigen Yankees.

Digitized by Google

Die Geldheiraten spielen drüben eigentlich nur insofern eine Rolle, als verkrachte europäische Edelleute ihre verblaßten Ahnenschilder mit Hilfe einer Dollarprinzessin aufzufrischen pflegen. Sonst sind sie dort ziemlich unbekannt. Ganz unbekannt sind ferner die in Europa so beliebten öffentlichen Geldverlosungen; ja, sie sind sogar als unsittlich gesetzlich verboten! Auch die Pferderennen wurden wegen des damit untrennbar verbundenen Wettunfuges vor einiger Zeit kurzerhand abgeschafft. Aber die „Korruption"! wird man einwenden. Gewiß — die ist ein sehr übles Geschwür am amerikanischen Volkskörper! Und die Herren Yankees hätten alle Veranlassung, statt sich bei jeder Gelegenheit über andere Völker, wie jetzt wieder über uns, sittlich zu entrüsten, erst einmal ihren eigenen Riesenmiststall der „Korruption" auszuräumen. Indessen, so schlimm die Sache auch ist — es geht doch nicht an, nur ihretwegen das ganze amerikanische Volk für verdorben und dem Mammonsdienst verfallen zu erklären. Lamprecht hat vielmehr ganz recht: es handelt sich bei der amerikanischen Korruption um eine Art Kinderkrankheit! Auch hier stoßen wir auf die bereits erwähnte Unreife dieses Volkes. Die ganzen Verhältnisse und vor allem die öffentliche Sittlichkeit haben sich bei dem rasenden Entwicklungsfluß dort drüben noch nicht hinreichend befestigen können. Besteht doch auch z. B. in Preußen eine wirklich ehrliche Verwaltung erst seit kaum 200 Jahren!

Endlich darf man auch die Stimmen der deutschen Männer, die die Amerikaner wirklich gründlich kennen, nicht unterschätzen, wenn sie gegen die herkömmliche Dollar-Auffassung der Yankees Einspruch erheben. Professor Münsterberg, der fast ein Menschenalter drüben zubrachte, erklärt in seinem bekannten Buch über die Amerikaner den Drang zur Selbstvervollkommnung für einen der Haupttriebe im dortigen Geistesleben. Und zugleich weist er darauf hin, daß der Yankee die Geschäfte keineswegs nur aus Geldgier so leidenschaftlich betreibt, sondern auch aus Freude an der Tätigkeit und dem Erfolge als solchem. Ähnlich urteilt Lamprecht über diesen Punkt: „Wer nicht sieht, daß Sittlichkeits- und Frömmigkeitsfragen die Amerikaner, wenn auch häufig mit einem ‚utilitarischen' Einschlag, aufs stärkste bewegen, der kann nicht beobachten." Und endlich Kühnemau: „Ganz gewiß irren die, welche im amerikanischen Dasein nichts anderes zu sehen vermögen, als die Jagd nach dem Dollar. Das Leben der Amerikaner ist reich an herrlichen Kräften eines tatenfrohen Idealismus." Wenn er dann aber fortfährt: „Dennoch bleibt wahr, daß der Erwerbsstand dort ohne Einschränkung der herrschende Stand ist, daß daher das Geldverdienen zu leicht als die erste und wesentlichste Angelegenheit im Leben erscheint, und daß das Geld sich als entscheidender Wertmesser gebärdet", so betont er damit dasselbe, was wir bereits hervorhoben. Nämlich, daß das amerikanische Leben eine ganz merkwürdige Mischung von hochfliegendstem Idealismus und grobkörnigstem Nützlichkeitssinn ist.

Freilich werden die meisten Deutschen an den idealistischen Zusatz im Wesen des

Digitized by Google

Yankee heute weniger denn je glauben wollen. „Munitionslieferungen! Krieg gegen uns! Und da schwafelt man noch von dem Idealismus der Yankees!“ werden sie entrüstet sagen. Diese Entrüstung ist begreiflich, doch nur zum Teil berechtigt. Vollberechtigt ist sie wegen der Munitionslieferungen. Denn diese sind sicher mit das Schlimmste, was kaufmännische Habgier jemals geleistet hat. Nur geht es nicht an, sie einfach dem ganzen amerikanischen Volk auf die Schuldrechnung zu setzen. Zahllose echte Amerikaner (nicht nur „Bindestrichler“!) haben empört gegen sie Einspruch erhoben, zahlreiche Fabrikanten rein amerikanischer Herkunft (und zwar weit mehr als bei uns bekannt geworden ist!) haben den Gewinn dieses Blutgeldes von sich gewiesen. Und wenn die Lieferungen trotzdem erfolgten, so ist das die Schuld des amerikanischen Geldklüngels und der mangelhaften Staatsverfassung des Landes. Diese liefert bekanntlich dessen Regierung und Verwaltung, unter den Formen einer fast unumschränkten Volksherrschaft, den großen, im geheimen wirkenden Geldmächten beinahe bedingungslos aus[1].

Und dieselben beiden Dinge: die Geldmächte und die mangelhafte Staatsverfassung mit Wilson an der Spitze haben auch die Mitbeteiligung Amerikas am Kriege verschuldet. Das amerikanische Volk hat den Krieg gegen uns — darin stimmen alle urteilsfähigen Beobachter überein — nicht gewollt. Der deutlichste Beweis dafür ist, daß es Wilson gerade deshalb wiedergewählt hat, weil er es die ersten zwei Jahre hindurch vor dem Kriege bewahrt hat („he kept us out of war“!) Und wie ist es trotzdem gelungen, das Volk in den Krieg gegen uns zu hetzen? Man glaube doch ja nicht, daß die große Masse des amerikanischen Volkes und namentlich die nicht gerade kleine Schicht der anständig denkenden Amerikaner sich durch niedere, selbstsüchtige Beweggründe zum Kriege gegen uns habe hinreißen lassen. Der Deutschamerikaner Danziger, der sonst mit den Yankees sehr scharf ins Gericht geht, hob vor kurzem noch in einer deutschen Zeitschrift mit größtem Nachdruck hervor, daß die große Masse der Yankees einen Krieg stets nur aus idealen Gesichtsgründen führt und wenn sie sich für die Sache begeistern können. Das wissen die Kreise, die dies angeblich sich selbst regierende Volk am Gängelbande führen, auch sehr genau, und daher haben sie sich nichts angelegener sein lassen, als die Volksmassen drüben für diesen Krieg als für eine Tat des Rechts und der Sittlichkeit zu begeistern. Die Mittel zu diesem Zweck waren Täuschung, Bestechung, Verleumdung. Zu Hilfe kamen ihnen dabei die Mängel der amerikanischen Volksseele: ihre Unreife und ihre Herdennatur. Infolge ihrer Unreife gelang es den maßgebenden Männern, ihr uns Deutsche als Verbrecher, Barbaren und Feinde der Menschheit hinzustellen. Infolge des Herdengeistes ergriffen die einmal erweckten Vorstellungen widerstandslos die ganze Masse des Volkes.

[1] Wer das für übertrieben hält, der lese Wilsons Buch „Die neue Freiheit“, S. 73, S. 179, S. 190 u. a. oder das Buch von C. C. Clark: The Commonwealth Reconstructed.

Digitized by Google

Freilich: wenn damit das amerikanische Volk auch von der Hauptschuld an diesem Kriege entlastet wird — ohne Schuld an ihm ist es trotzdem nicht. Denn jedes Volk hat die Verfassung und Regierung, die es verdient. Wären die Amerikaner nicht innerlich noch so unreif, so urteilsunfähig, so würden sie sich von Anfang des Krieges an die nötige Besonnenheit bewahrt haben, um die Verleumdungen der Entente zu durchschauen und auch uns gegenüber Gerechtigkeit walten zu lassen. Gerechtigkeit, das war es ja, was sie beständig im Munde führten, und die sie bei ihrem Dünkel, der schon fast ans Krankhafte grenzt, geradezu in Erbpacht genommen zu haben glaubten. Der Weltkrieg bot ihnen durch die eigentümliche Entwicklung der Dinge die herrlichste Gelegenheit, sich vor aller Welt in noch nie dagewesener Weise als Hort der Gerechtigkeit zu zeigen — sie haben versagt! Urteilslos hörten sie auf die Lügen unserer Feinde. Besinnungslos ließen sie sich in den Krieg treiben. Und so wird man, wenn man dies klägliche Versagen in großer Sache bedenkt, und wenn man außerdem erwägt, daß Amerika bis jetzt, mit der einzigen Ausnahme von Emerson, noch keinen führenden Geist hervorgebracht hat, das Gesamturteil Kühnemanns über das Yankeetum unterschreiben müssen: „Amerika bedeutet keinen Fortschritt und keine Lehre für die sittliche Welt. Es lebt uns keinen neuen Gedanken einer höheren Menschlichkeit vor. Der amerikanische Staat enthält nichts, was einem höher entwickelten, ernsthaften Volke zum Vorbild dienen könnte. Er ist mit seiner unsinnigen Verschwendung nur möglich, so lange das grenzenlose Land mit seinen unerschöpflichen Hilfsquellen ohne alle Gefahr lebt. Amerika hat keinen Beitrag geliefert zum Bestand an unverlierbarem Geistesgut, von dem die Menschheit sittlich lebt ... Der Genius Amerikas ist ein mechanischer Genius! Er tut seine Leistung im Bau des äußeren Rahmens für das Leben. Er gibt keine Seele! Der Rahmen ist wundervoll, weit, groß und macht froh. Aber der Glaube, daß hier eine reinere Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit erschien, war ein Wahn."

Der Staat und die Mobilisierung der Vermögen

Von Dr. Ernst Rieß, z. Zt. im Felde

Eines der schwierigsten Probleme, die der deutschen Volkswirtschaft nach Friedensschluß gestellt sein werden, ist die Aufbringung der Mittel zur Deckung der ungeheuer gestiegenen dauernden öffentlichen Lasten und Aufgaben. Unter den zur Verfügung stehenden steuerlichen Reserven kommen in erster Linie als Objekt der Besteuerung die bisher verhältnismäßig wenig herangezogenen mittleren und großen Vermögen in Betracht. Die Bilanzierung des Reichshaushalts im Frieden wird überhaupt nur möglich sein, wenn man auf das Vermögen und diejenigen seiner Bestandteile zurückgreift, die nach dem Gerechtigkeitsgefühl der Allgemeinheit sich am ehesten für eine kräftige Besteuerung eignen, und in allererster Reihe muß die Erfassung des Kriegsgewinnes das Ziel einer energisch zugreifenden Steuerpolitik

Digitized by Google

sein. Die Nutzbarmachung des Vermögens und der Kriegsgewinne für die Zwecke einer Besteuerung in großem Maßstabe setzt jedoch voraus, daß es gelingt, eines Problems Herr zu werden, das bisher in der öffentlichen Diskussion wenig berührt worden ist, weil es infolge der absolut und relativ geringen Steuersätze der Kriegsvermögensteuern und der damit verbundenen Möglichkeit, die geforderten Steuern leicht aufzubringen, nicht genügend aktuell war. Es handelt sich um die Aufgabe, die mittleren und großen Vermögen und die Kriegsgewinne in einem solchen Umfange *beweglich* zu machen und zu erhalten, daß eine kräftige Besteuerung überhaupt durchführbar ist. Denn das Reich braucht für die Deckung seiner Ausgaben *liquide Werte*, d. h. Geld oder gleichgestellte Werte. Eine hohe Abgabe vom Vermögen oder Kriegsgewinn ist daher für die praktische Volkswirtschaft nur dann brauchbar, wenn sie liquide Werte einbringt. Darin liegt aber der Kardinalfehler fast aller Betrachtungen über Kriegsgewinn- und Vermögensabgabe, daß sie auf die Frage der Schaffung *mobiler* Werte kaum eingehen. Selbst ein so genauer Kenner des Problems, wie Rathenau, wird sich der Schwierigkeit der Aufgabe, die gerade in der Bewältigung des Mobilisierungsproblem liegt, nicht bewußt. Und doch liegt auf der Hand, daß dieses gerade der Kern- und Ausgangspunkt aller Erwägungen über die Einführung einer erheblichen Kriegsgewinn- oder Vermögensabgabe sein muß.

Das Schlagwort von der „*Mobilisierung der mittleren und großen Vermögen*" will zunächst eine bereits hinlänglich in die Augen tretende Erscheinung festnageln. Es ist eine offene Tatsache, daß ein großer Teil der im Kriege gewonnenen Vermögen „*immobil*", d. h. in schwer realisierbaren Werten angelegt werden. Als solche kommen in Betracht: Grundstücke, Handelsgeschäfte, Fabriken, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen, Hypotheken, Grundschulden und andere dingliche Rechte, Forderungen, Patent- und andere Immaterialrechte, aber auch schwer veräußerliche mobile Gegenstände, wie Sammlungen, wertvolle Gemälde, kostbarer Schmuck und Luxusgegenstände anderer Art. Bei allen neuartigen wirtschaftlichen Entwickelungen setzt in den beteiligten Volkskreisen gleichzeitig eine instinktive Bewegung ein, sich vor etwaigen nachteiligen Folgen zu schützen. Die einzelnen Beteiligten haben eine sehr feine Nase für ihnen drohende pekuniäre Schäden, und die Witterung wird um so feiner, je höher die Durchschnittsintelligenz der Betroffenen ist. Man kann daher in den Kreisen der Kriegsgewinnler eine immer mehr zunehmende Neigung beobachten, die gewonnenen Werte durch Immobilisierung vor dem Zugriff des Staates in Sicherheit zu bringen und sie in den oben gedachten „immobilen" Werten, Grundstücken usw. festzulegen. Die an und für sich vorhandenen Tendenzen werden zudem durch die Richtung der Volkswirtschaft ungemein begünstigt. Je länger der Krieg dauert, einen um so größeren Umfang nimmt die Liquidation und der Verbrauch aller mobilen Werte an, um so mehr verschwinden unsere Vorräte und Läger von Nahrungs- und Genußmitteln und unsere Be-

Digitized by Google

stände an Kleidungsstücken und sämtlichen Gegenständen, die für den privaten Haushalt und die Wohnungsfürsorge in Betracht kommen, von der Bildfläche. Die Summe der immobilen Werte in der deutschen Volkswirtschaft aber bleibt konstant. Es verringert sich weder die Flächenausdehnung des Reichs, noch wird die Möglichkeit, Vermögen in wirtschaftlichen Unternehmungen anzulegen, noch die Aussicht auf Erwerb von sicheren hypothekarischen oder Immaterialrechten oder wertvollen Luxusgegenständen im Kriege wesentlich geringer. Der Umwandlungsprozeß, in den die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg geraten ist, hat zunächst eine ungeheure Schwungkraft in den Verbrauch und Konsum aller bereits „mobilen" Werte gebracht; an die Stelle der verbrauchten mobilen Bestände des Volksvermögens ist Geld oder sind Forderungen an das Reich — Kriegsanleihe — getreten. Gleichzeitig aber setzt in den Kreisen der Eigentümer von erheblichen Vermögen der Prozeß der Abwanderung der gewonnenen mobilen Werte in das Gebiet der immobilen Werte ein, und je unsicherer bei der unvorhergesehenen Länge des Krieges die Zukunft aussieht, und je gewisser ein tiefer Eingriff des Reiches in die Vermögenssphäre zu erwarten ist, um so mehr wird sich das Bestreben der Eigentümer von großen durch den Krieg entstandenen mobilen Werten vermehren, diesen Werten durch die oben gedachte Art und Weise der Anlegung ihrer Liquidität zu entziehen. Damit aber wird die einfache wirtschaftliche Erscheinung zu einem Problem, das der Aufmerksamkeit des Staates im Interesse seiner Zukunftsausgaben nicht entgehen darf. Das Interesse des Staates an den mittleren und großen Vermögen muß sich komplizieren; der Staat hat nicht nur das Interesse an dem *Bestande* der Vermögen, sondern sein Interesse muß sich auch schon *jetzt* auf die *Zusammensetzung* der Vermögen ausdehnen. Wenn die Frage nach einer erheblichen Abgabe vom Vermögen oder Kriegsgewinn nach Friedensschluß aktuell wird, so darf die Erfassung der Vermögen oder ihrer Bestandteile nicht daran scheitern, daß sich dem Reich eine *unerfaßbare* Zusammensetzung der steuerbaren Vermögen darbietet. *Beispiele*: Ein Landwirt hat vor dem Kriege ein hauptsächlich in Grundeigentum angelegtes Vermögen von 300 000 M. gehalt; er hat mit Erfolg spekuliert und den Wert seines Vermögens durch reinen Kriegsgewinn auf 500 000 M. erhöht. Den Vermögenszuwachs hat der Landwirt ausschließlich zur Erweiterung seines Grundeigentums benutzt. Wenn nach dem Kriege derartige Kriegsgewinne mit einer Steuer von 25 Prozent belastet würden, so sähe sich der Landwirt vor das unter Umständen nicht einfache Problem gestellt, 50 000 M. in barem Geld aufzutreiben. Oder: Ein Steuerpflichtiger hätte einen Kriegsgewinn von 50 000 M. in einer sicheren unkündbaren zweiten Hypothek angelegt, und der Kriegsgewinn wäre mit 25 Prozent zu besteuern. Dann hätte sich der Steuerpflichtige 12 500 M. zu beschaffen. Derartige Beispiele, die das Problem scharf beleuchten, lassen sich in beliebiger Anzahl konstruieren. Zweifellos dürfte bei vorzugsweise immobiler Anlegung des Vermögens die Beschaffung erheblicher Summen in barem Geld dem Steuerpflichtigen entweder gänzlich unmög-

Digitized by Google

lich oder nur unter Aufwendung von weiteren erheblichen pekuniären Mitteln möglich sein, und die verlangten und sicher als überaus unbillig empfundenen Opfer dürften das Gefühl der Steuerwilligkeit nicht gerade erhöhen.

Es ist zurzeit schwer, die Summe der für eine erhebliche Abgabe in Betracht kommenden mittleren und großen Vermögen in Deutschland oder die Höhe der Kriegsgewinne festzustellen, und fast gänzlich unmöglich ist es, eine Anschauung über ihre Zusammensetzung zu gewinnen. Geht man von einer Betrachtung des deutschen Nationalvermögens aus und nimmt man das Nationalvermögen auf 300 bis 350 Milliarden an, so ist des Verhältnis der schwer realisierbaren zu den leicht realisierbarer Bestandteilen mutmaßlich auf 3 : 1 zu berechnen; nur der vierte Teil des Nationalvermögens ist also leicht zu realisieren. Es ist ein überaus rohes, aber immerhin für die Anschauung verwertbares Bild, wenn man den obigen Schluß verallgemeinert und aus ihm die Folge ableitet, daß im besten Falle nur der vierte Teil der mittleren und großen Vermögen mobilisierbar und mithin steuerlich erfaßbar ist. Um so mehr muß das Reich darauf halten, daß sich dieses Verhältnis nicht noch weiter durch willkürliches Verhalten der betroffenen Kreise zu seinen Ungunsten verschiebt. Der Krieg hat die Aufgaben des Staates und das Gebiet der Steuerpolitik überaus erweitert. Wir haben uns an staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft gewöhnen müssen, die man vor dem Krieg für undenkbar gehalten hätte. Ansätze zur Kontrolle der Vermögensbildung durch das Reich sind bereits vielfach vorhanden; ein besonders typisches Beispiel bildet des Gesetz zur Sicherung der Kriegssteuer der juristischen Personen. Das Problem einer umfassenden staatlichen Kontrolle der Vermögensbildung im Kriege ist gesetzestechnisch ebenso schwer oder leicht zu lösen, wie die gesetzliche Bewältigung der vielen neuartigen Wirtschaftsaufgaben, welche durch die Kriegswirtschaft entstanden sind. Da das Reich zur Erfüllung seiner finanziellen Aufgaben nach dem Kriege unbedingt auf die Besteuerung der Vermögen als seine wichtigste Steuerreserve zurückgreifen muß, so ist es die höchste Zeit, daß den hier erörterten Erscheinungen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird, und gesetzliche Handhaben gefunden werden, um die überhaupt erreichbare Flüssigkeit der in Frage kommenden Steuerobjekte nach Friedensschluß unbedingt sicher zu stellen.

Notizen

Japan und Südamerika. Es ist auch nach Deutschland die Mitteilung gedrungen, daß die japanische Regierung der Union Schiffsraum in der Höhe von 150 000 Tonnen angetragen hat, gegenüber der Lieferung von Stahl und Eisen von Seiten der Vereinigten Staaten. Dieses Arrangement ist, wenngleich die Verhandlungen recht komplizierter Natur waren, zustande gekommen, und es ist infolgedessen die japanische Werftindustrie in der Lage, ihren Aufgaben zu genügen, die sie in der Herausbringung möglichst zahlreicher Schiffe sieht. Fraglich ist, ob nicht die Union unter einem Zwange war, als sie die japanischen Anerbietungen akzeptierte. Denn, wie jetzt bekannt wird, hat während der Verhandlung mit Amerika die japanische Regierung auch mit Argentinien Verhandlungen gepflogen dahingehend, die be-

Digitized by Google

nötigten Metallieferungen aus diesem Lande zu erhalten. Diese Mitteilung erscheint deshalb unklar, weil bisher noch nicht bekannt geworden ist, daß Argentiniens Eisen- oder Metallindustrie eine solche Höhe erlangt hätte, als daß sie Japans Bestrebungen in dieser Hinsicht hätte einer tatkräftigen Unterstützung zuteil werden lassen können. Argentinien ist auch Amerika gegenüber in einer etwas heiklen Lage, weil die Union der Hauptabnehmer der argentinischen Produktion aus Landwirtschaft und Viehzucht ist, und Argentinien heute einen Ersatz für den amerikanischen Käufer nicht so leicht finden könnte. Nicht etwa, weil die anderen Länder nicht die gleichen Preise anlegen würden, oder das verfügbare Quantum nicht aufnehmen könnten, sondern nur deshalb, weil kein Schiffsraum vorhanden ist, um die Einkäufe in Argentinien den europäischen Konsumstaaten zuzuführen. Der Schiffsverkehr zwischen Argentinien und Amerika ist ausschließlich in amerikanische Hände gefallen.

Obgleich also zwischen Japan und Argentinien ein Geschäftsabschluß nicht zustande gekommen ist, soweit er auf die Lieferung von Stahl, Eisen und sonstigen Metallen Bezug hat, ist es dennoch der japanischen Politik gelungen, ein Freundschaftsverhältnis mit der Regierung in Buenos-Aires herbeizuführen, das sich in der Gründung von japanischen Banken in Argentinien zeigt. Außerdem hat die argentinische Regierung die Konzession für die Errichtung einer japanischen Dampferlinie gegeben, die auch die Beziehungen zwischen Argentinien und Südafrika pflegen soll. Diese Ereignisse bedeuten einen kolossalen Erfolg für Japan, da das mongolische Element bisher in Südamerika nur mit den größten Antipathien aufgenommen worden ist. Man hat also auch in Argentinien mit der Japan feindlichen Politik gebrochen, indem man dem Beispiel nachahmte, das von Brasilien ausgeht, wo man zu ganz gewaltigen Rekrutierungen japanischer Arbeitskräfte geschritten ist, da auf andere Weise die Plantagen und Industriestätten nicht hätten in Betrieb gehalten werden können. Von ursprünglichen Lieferungen von 4—5000 japanischen Arbeitern bis zu Verträgen, die die Abgabe von 20—25 000 japanischen Kulis vorsehen, ist man bereits gekommen, und nach den letzten Mitteilungen scheint es, als ob damit die Höchstgrenze der japanischen Auswanderung nach Brasilien noch nicht erreicht sei. Natürlich ist auch diese Bewegung gefolgt von der Errichtung von japanischen Banken in Brasilien, von der Etablierung von japanischen Dampferlinien, und dazu kommt auch noch jetzt, daß die Japaner von der brasilianischen Regierung die Erlaubnis erhalten haben, Geschäftsunternehmungen zu gründen, die den Import und Export bearbeiten, soweit dies in Zusammenhang steht mit den Bedürfnissen der zahlreich in Brasilien lebenden Japaner. Es wird Sorge der japanischen Regierung und der japanischen Wirtschaftsverbände sein, diese Dinge recht bald so zu gestalten, daß nicht nur das eng begrenzte Programm zur Durchführung gelangt, wie es die brasilianische Regierung vorschreibt, sondern daß das japanische Element auch sonst in das brasilianische Wirtschaftsleben eindringt. Wir stehen also vor der recht bedeutsamen Tatsache, daß ebensowohl Brasilien wie Argentinien sich bemüßigt gesehen haben, der japanischen wirtschaftlichen Durchdringung die Tore zu öffnen, und zweifelsohne wird es nicht mehr lange dauern, bis es den Japanern gelungen sein wird, auch in den übrigen südamerikanischen Staaten politisch und wirtschaftlich Einfluß zu erlangen.

K. Busch

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

Die Rede des Prinzen Max von Baden ist um deswillen sympathisch und politisch wichtig, weil sie den inneren Zusammenhang der freiheitlichen Institutionen mit der Weltgeltung unbefangen auffaßt und gegenüber den Schlagworten der Entente und dem Mißtrauen in Deutschland mit klarer Sicherheit durchführt. Eine Sprache der politischen Würde, dem Lärm der aufgeregten Selbstgerechtigkeit fern, ablehnend auch gegen die Demagogie, die in unserem Vaterland den Blick für menschlich-sittliche Verantwortung trübt, und doch fest, kraftvoll, nicht in Sentimentalitäten verfließend. Das ist der Kern seiner Rede: den Gedanken einer Völkerverständigung nicht der einseitigen angelsächsischen Prägung zu überlassen, ihn gleichzeitig aber auch der nur höhnenden Betrachtung der Heimat zu entreißen. Dieser Gedanke ist — und zwar ganz natürlich — heute von Skepsis dicht umstellt; aber wir dürfen seine ernsthafte und verantwortungsvolle Durcharbeitung in Deutschland nicht fliehen, ohne uns dessen schuldig zu machen, daß er in der Hand der Entente zu einem Propagandainstrument werde.

*

Lord Cecil hat eine Antwort an Dr. Solf gegeben, in der er sich über das eigentliche Programm der Londoner Regierung hinsichtlich der deutschen Kolonien etwas unklar ausdrückt, im übrigen aber ein Blaubuch über die deutsche Kolonialpolitik ankündigt. Dies wird man bei uns mit Ruhe erwarten können. Was man aber nicht mit Ruhe entgegennimmt ist die Zensur, die dieser britische Staatsmann über die „Verbesserung des deutschen Tones" erteilen will. Es ist bei uns unvergessen, daß gerade Cecil der Welt die ekelhafte Lüge von der industriellen Verwertung der deutschen Soldatenleichen, die moralisierende Verleumdung einer deutschen Vielehe vorsetzte. Der Mann hat das Recht verscherzt, als anständiger Gegenredner anerkannt zu werden.

*

Wilson erschrickt vor den Folgen seiner Kriegspropaganda, denn er sieht, wie die wilden Mob-Instinkte des Massen-Amerikaners sich von den Hemmungen frei machen und der „Mordgeist" durch die Staaten zieht. Da sein Hirn sich in die Enge eines

Digitized by Google

verrannten Hasses gezwängt hat, krönt er die subalternen Geschmacklosigkeiten, mit denen die westlichen Staatsmänner nicht geizig sind, durch das giftig-böse Wort, daß die Lyncher dem deutschen Beispiel folgen, daß das deutsche Heer eine Armee von Lynchern sei. Solche Gemeinheit gedeiht erfahrungsgemäß nur in zivilen Gehirnen; der General Pershing hat sich neulich gegen die Greuelpropaganda über den deutschen Soldaten gewandt, die jetzt Amerika unterhält. Wenn Wilson aber vor der Welt dem amerikanischen Mob eine Standrede halten muß, daß er den Namen der amerikanischen Demokratie entehre, so mag eine dunkle Ahnung der eigenen Schuld ihn zu diesem Schritt getrieben haben. Ist das das Führervolk der Zukunft, in dem die Behörden die Schmach gesetzloser Vergewaltigung straflos dulden? Die moralische Dekoration des amerikanischen Feldzugs wird schmutzig, weil in den Farben Wilsons Lüge ein schlechtes Bindemittel gewesen war.

*

Mit überlegener Ironie behandelt die Londoner „Nation" die offizielle englische Ausstaffierung des Murman-Feldzugs:

„Wir weigern uns in jeder Weise, die zentrale Sowjet Regierung in Rußland „anzuerkennen". Mit einer Gruppe, die sich Murman-Distrikt-Rat (Sowjet) nennt, einen formellen Vertrag zu unterzeichnen, haben sich die Alliierten indessen herabgelassen. Dieser Rat vertritt eine dünne Bevölkerung, die hauptsächlich aus Eisenbahnern besteht. Der Vertrag verlangt, daß wir diese Bevölkerung nach dem Maßstabe unserer eigenen Armeeration ernähren, sie mit Werkzeugen versehen und ihr, was man höflich „finanzielle Unterstützung" nennt, geben. Mit anderen Worten, wir sind ihr Zahlmeister. Nach Vorkehrungen, wie diese es sind, ist die Forderung, daß wir uns nicht in ihre „inneren Angelegenheiten" mischen sollen, höchst humoristisch. Wir werden es nicht nötig haben. Für Geld und Nahrungsmittel wird sie tun, was wir wünschen. Diese gütige Methode der Intervention ist zweifellos ein höchst willkommener Gegensatz zu der deutschen Technik in diesen Dingen. Die Deutschen nehmen Nahrungsmittel und Geld: wir gewähren sie. Immer seit den Tagen Pitts ist es unserer regierenden Klasse bewußt gewesen, daß es gesegneter (und wirksamer) ist, zu geben als zu nehmen. Aber wenn die Methode auch gütig ist, so ist sie für die nationale Unabhängigkeit nicht weniger zerstörend."

Nicht unwichtig ist es, nebenbei zu erfahren, was der Kaufpreis der Ordnungsrolle ist, die England in Nordrußland übernommen hat.

*

Ein englisch-amerikanischer Geheimvertrag, der seine Spitze gegen Japan richtet und als sachlichen Inhalt wohl die Ausplünderung Chinas umfaßt, ist der Ausdruck der Befürchtungen, die England über seine künftige Stellung in Ostasien hegen muß. Möglicherweise steht dies Abkommen, dessen nähere Gestaltung noch nicht bekannt ist, im Zusammenhang mit den russisch-japanischen Bündnisversuchen von 1916. Die große Zurückhaltung, die Japan gegen die Lockungen seiner Verbündeten bewiesen hat, zeigt, daß man sich dort der Zusammenhänge wohl bewußt ist. Japan weiß dabei, daß die Frachtennot Englands asiatische Wirkungskraft immer weiter einschränkt und daß die Zeit für die Festigung der eigenen Wirtschaft arbeitet.

Digitized by Google

Graf Hertling

Von Conrad Haußmann, M. d. R.

Der 31. August 1918, an dem Graf Hertling das 75. Lebensjahr vollendet, lädt zum Ausblick und Rückblick auf sein öffentliches Wirken, das mit dem Leben der Nation seit 10 Monaten aufs engste verbunden ist und auf die Aufgaben ein, die vor ihm stehen.

Freiherr v. Hertling, der Hessen-Darmstadt entstammt, studierte Philosophie und trat, einem Grundzug seines Wesens folgend, in die gelehrte und wissenschaftliche Universitätslaufbahn ein. In Bonn, wo er sich 1867 habilitierte, war er von 1880 an Professor. Er schrieb über „Die Grenzen der mechanischen Natur", über „Geschichte und Politik", über „Sozialpolitische Fragen", über Aristoteles, Albertus Magnus, John Locke und Augustin, über das „Prinzip des Katholizismus" und zuletzt über „Recht, Staat und Gesellschaft".

Es war durchaus konsequent, daß Herr von Hertling, der gläubige Katholik, den es nach wissenschaftlichen Methoden zu forschen drängte, Gründer der Goerres-Gesellschaft wurde. Sie vereinigt seit 1876 die geistigen Kräfte, welche, wie ihr Vorbild, danach streben, die Brücke zwischen Dogma und Freiheit zu schlagen. Der Rheinländer Josef Goerres, eine der interessantesten Erscheinungen der deutschen Romantik und Politik, hat nicht bloß die „christliche Mystik der Kirche" geschrieben und den „Monismus und Dualismus als Urlehren der Menschheit" entwickelt; er hat auch im „Rheinischen Merkur" die erste politische und freiheitliche Zeitschrift gegründet und sich die Ungnade und Verfolgung der preußischen Reaktion zugezogen. Die fruchtbare Vielseitigkeit seiner Ideen und sein Ideal eines deutschen Nationalstaats, der als „Ellipse mit den zwei Brennpunkten Preußen und Österreich" sich bilden solle, war in hohem Maß geeignet, Männer wie Hertling anzuziehen.

Das, was den Freiherrn von Hertling an Goerres schon frühe eingenommen hat, führte ihn auch in das öffentliche Leben. Der hannoveranische Staatsminister Windthorst, der sich nach der Niederlage der hannoveranischen und habsburgischen Politik im Jahre 1866 nicht aus der Politik zurückgezogen hatte, sondern 1868 ins Zollparlament, nach 70 in die konstituierende Versammlung und hernach in den Reichstag eingetreten war, bildete rasch einen persönlichen und politischen Anziehungspunkt. Er mußte zum Mittelpunkt und Zentrum werden, nachdem Bismarck, getragen durch seine weltpolitischen Erfolge, nach dem Kampf gegen Habsburg, gegen die hannoverische Legitimität und gegen die demokratische Entwicklung, auch gegen den Katholizismus den Kampf mit gewissen protestantischen Akzenten aufgenommen hatte. Der „Kulturkampf" schuf dem Katholizismus den Körper einer politischen Partei, die allmählich fast all seine politisch regsamen Elemente anzog und zwar sowohl diejenigen, die auf dem Boden des Dogmas standen, als diejenigen, die

Digitized by Google

antiabsolutistisch und demokratisch gerichtet waren. Windthorst war ein viel zu großer Taktiker und Stratege, um geistige Mitarbeiter brach liegen zu lassen, und so war es eine natürliche Entwicklung, daß das Zentrum dem Universitätsprofessor Freiherrn von Hertling 1875 ein Mandat anbot und übertrug, das er bis 1890, von 1896—98 und von 1903 bis 1912 ausgeübt hat.

Im Reichstag nahm Herr von Hertling alsbald eine angesehene, aber erst seit 1903 eine führende Stellung ein. Die Partei war in den 80er und 90er Jahren so groß geworden, daß sie in sich selbst die verschiedenen politischen Richtungen spiegelte, verkörperte und paralysierte. Es war nicht ganz leicht, den Freiherrn von Hertling einer bestimmten Schattierung zuzuzählen. Er hielt sich auf der mittleren Linie seiner Mittelpartei, aber mit der Tendenz, die demokratische Richtung des Zentrums nicht das Obergewicht gewinnen zu lassen. Auf diese stille Neigung mag verschiedenes hingewirkt haben: sein Naturell, sein Stand, seine Universitätsstellung, Familienbeziehungen, der Sinn für gewählte Formen, der die massive Kampfesweise des bayrischen Abgeordneten Heim scharf ablehnte, vor allem aber die Erkenntnis, daß das Zentrum, um den maßgebenden Einfluß zu behalten, in der Mitte des politischen Wagbalkens sich bewegen müsse. Es war Hertling, der im Reichstag einmal ausgesprochen hat, eine politische Linke würde sofort eine politische Rechte schaffen. Dies war nicht bloß eine Beobachtung, sondern auch eine Warnung an die eigene Partei, deren Stellung bei einem Zweilagersystem in die Brüche gehen müßte.

So denkend, handelnd und lenkend war Herr von Hertling im Reichstag ein höchst angesehener, kraft der Urbanität seiner Formen beliebter Parlamentarier und als Leiter des Zentrums ein großer Taktiker. Ist er auch ein großer Stratege gewesen? Heute muß auch er anerkennen, daß Preußen, damals auch innerpolitisch rückständig, um ein halbes Jahrhundert hinter der Zeit zurückgeblieben ist. Es wäre ein hohes Verdienst des Zentrums um Deutschland und um Europa gewesen, wenn das Zentrum in der nachbismarckschen Zeit in der konstitutionellen Kernfrage nicht ebenso laviert hätte, wie leider der Nationalliberalismus. Obwohl geschickter und volkstümlicher geführt, war das Zentrum doch fast ebensosehr wie der Nationalliberalismus unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. im Reichstag und vor allem im preußischen Landtag ein Riegel gegen die friedliche Demokratisierung Deutschlands.

Das Zentrum war in der Auslands-Politik ohne jene weitblickende Selbständigkeit, die einer ausschlaggebenden Partei zum geschichtlichen Verdienst werden kann. Freilich, der Trumpf der protestantischen Gegner gegen das Zentrum war das einschüchternde Geschrei der Reichsfeindschaft. Wer nicht die K. p. Quartalspolitik, die mit ihren alten Methoden der neuen Zeit nicht gewachsen war, mitmachte, sah sich der seit Bismarcks Zeiten landesüblich gewordenen Verketzerung als antinational ausgesetzt. Das hat das Zentrum vorsichtig gemacht. So hat es gerade in der auswärtigen Politik den eigenen Zweifeln nicht kräftigen Nachdruck gegeben. Auch Frei-

Digitized by Google

herr von Hertling, der der Wortführer seiner Partei in auswärtigen Debatten wurde, war häufig farblos und nicht so kritisch, wie er es hätte sein können und wie er heute wohl selber wünschen möchte; gewesen zu sein. Es ist doch wahr, daß unter Caprivi, Hohenlohe, Bülow und Bethmann keine klare, folgerichtige Politik gemacht worden ist. Sie konnte nicht gemacht werden, weil die konstitutionelle Frage nicht gelöst, die politischen Gewichte nicht richtig verteilt waren. Jene Staatsmänner gegenzeichneten häufig eine Politik, für die sie nur formell verantwortlich waren. Den Rückversicherungsvertrag durch Kurzschluß zu lösen, ohne einen Kontakt nach dem Westen herzustellen, hieß die Einkreisung und Koalition einer Entente gegen Deutschland schaffen, hieß sich — nicht „zwischen zwei Stühle", sondern zwischen drei Kanonen setzen, welche die übrigen Kanonen der Welt zur Einkreisung eingeladen haben.

Allerdings der Reichstagsabgeordnete von Hertling hatte, wie das ganze Parlament, auf die Auslandspolitik wenig Einfluß und Einblick. Der Reichstag war traditionell ausgeschaltet, freilich nicht ohne Mitschuld der Mittelparteien, die den legitimen Kontrolleinfluß zu schaffen, keine Anstrengungen machten. Politischer Zustand in Deutschland war es, daß ein Reichstagsabgeordneter, der nachher in den Zeiten der Gefahr als Reichskanzler gewählt wird, auch wenn er Führer der größten Partei war, allen Geschäften der auswärtigen Politik ferngehalten war. Hat Graf Hertling die amtliche Macht, die er heute besitzt, dazu genützt, diesem staatsgefährlichen Zustand endlich ein Ende zu machen? Das Parlament muß die Schule der Politiker, auch in den auswärtigen Angelegenheiten, werden. Wenn diplomatische Blasiertheit, Beamteneifersucht und Professorenhochmut neben noch mächtigeren Faktoren dreißig Jahre lang entgegengewirkt haben, so sind für alle anderen die Stunden der Einkehr im Weltkrieg gekommen, der auch das Gebot der Öffentlichkeit für alle Staatsverträge kategorisch gestellt hat.

*

Freiherr von Hertling erhielt außerhalb des Reichstags Gelegenheit, sich diplomatisch zu schulen. Die Berufung von Bonn an die Universität von München hatte ihm das bayrische Staatsbürgerrecht und einen Kontakt mit Bayern gebracht. Als, nach dem Tod des Prinzregenten Luitpold, Prinzregent Ludwig einen neuen bayrischen Ministerpräsidenten mit neuer Färbung berufen wollte, fiel sein Blick auf den Münchner Universitätsprofessor von Hertling. Den bayrischen Verhältnissen, die sich in diesem Wechsel ausdrückten, ist hier nicht nachzugehen. Der neue Premier bewältigte seine Aufgabe mit Geschick und Zentrumshilfe. Der Prinzregent ward zum König gekrönt und der Ministerpräsident in den Grafenstand erhoben.

Graf Hertling führte als bayrischer Ministerpräsident den Vorsitz in dem Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und trat dadurch der Auslandspolitik des Reichs amtlich nahe. Freilich konnte auch er den von Bismarck

Digitized by Google

absichtlich kaltgestellten Ausschuß nicht mit wärmerem Leben erfüllen. Der Ausschuß hat, selbst wenn er schriftlich in manche Entwicklungen eingeweiht wird, nicht die Stellung, um mitzugestalten. Er ist ein aktives und lebendiges Organ deutscher Auslandspolitik nicht gewesen. Wenn der englische Kriegsminister Lord Haldane zur Sondierung wegen einer Annäherung nach Berlin gefahren kam und unverrichteter Dinge zurückkehrte, so wurde zu der Besprechung zwar der Staatssekretär von Tirpitz zugezogen, aber nicht der Vorsitzende des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der sich mit dem von der Konferenz ferngehaltenen Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten Herrn von Kiderlen-Wächter, trösten konnte. Graf Hertling hat also das Recht, für vieles, was geschah, und nicht geschah, sich persönlich nicht für verantwortlich zu halten; er wird sich zu seiner Entschuldigung auch darauf berufen können, daß eine in Berlin unerwünscht empfundene lebhaftere Initiative seinerseits die Stellung Bayerns in andern Fragen hätte erschweren können.

Innerpolitisch war des bayrische Ministerpräsident in eine merkwürdige Lage hereingeraten. Weil das Zentrum im bayrischen Landtag die große Mehrheit hatte, war der Zentrumsführer aus dem Reichstag ins Ministerium berufen worden. Das war eine streng-konstitutionelle Entwicklung. Hertling aber hat sich mit Worten nicht zu ihr bekannt und diesen Zusammenhang in seinen Ministerreden nicht eingeräumt. Dies entsprach einmal jener faktischen Haltung, die er im Reichstag zu dem konstitutionellen Problem eingenommen hatte, dann aber dem königlich bayrischen Bedürfnis und Gedankengang. Die Abstemplung der Regierung als „Zentrumsregiment" wäre der Stellung Bayerns im Reich und in der öffentlichen Meinung Deutschlands, wie man glaubte, nicht förderlich gewesen.

*

Der Weltkrieg kam!

Graf Hertling trat mit Entschiedenheit hinter die Politik Bethmann Hollwegs. Man darf annehmen, daß er auch dessen entschlossen maßvolle Kriegsziele von Anfang an geteilt hat. Wie weit er in der belgischen Frage durch zeitweilige Auffassung seines Souveräns sich präjudiziert fühlte, ist nicht bekannt und jedenfalls nicht an die Öffentlichkeit getreten. Hertling steht sicherlich den alldeutschen Treibereien ferne. In München ist im Frühjahr 1916 von Ostpreußen aus der merkwürdige Verein „Zur raschen Niederwerfung Englands" gegründet worden, der seither ununterbrochen arbeitet und mit preußischem Dialekt die einheimische Sitte des Haberfeldtreibens auf das politisch publizistische Gebiet und auf deutsche Staatsmänner und Politiker einzubürgern versuchte. Damals wurde von Königsberg aus nach München die illustre Idee eingeschmuggelt und eingeschmeichelt, die „Wittelsbacher" müßten sich zum Vertreter der Annexionspolitik aufwerfen, womit man sich eine anspornende Wirkung auf die Hohenzollern versprach. Es war ein Fehler, daß Graf Hertling, obwohl innerlich abgeneigt, den aufgeregten Vaterlandsrettern eine

Digitized by Google

königliche Audienz zubilligte. Die ungesunde Echauffierung der annexionistischen Stimmung zahlreicher Geschichtspädagogen hat sich längere Zeit eingebildet, in München einen Rückhalt zu haben.

Man darf überzeugt sein, daß der deutschen Friedenskundgebung vom 12. Dezember 1916 Graf Hertling aus voller Überzeugung zugestimmt hat. Ob Bethmann Hollweg damals statt plötzlicher Überraschung nicht durch diplomatische, vorbereitende Schritte hätte vorbauen sollen, ob er die Begleitworte nicht noch psychologischer hätte setzen können und ob die Überlegungsfrist nicht länger als achtzehn Tage — am 1. Januar erschien eine geharnischte Zurücknahme — hätte erstrecken sollen, das sind Fragen, die sich nicht an den Grafen Hertling richten.

*

Der Reichskanzler Bethmann Hollweg war Mitte Juli 1917 außerparlamentarisch gestürzt worden. Er hat den Grafen Hertling als den geeignetsten Staatsmann zur Übernahme der Geschäfte bezeichnet. Andere haben damals auf den Unterstaatssekretär Dr. Michaelis zurückgegriffen. Das war ein Fehlgriff. Die Krisis, die latent eintrat, drängte im Oktober 1917 zu einer Lösung. Die Erkenntnis ihrer Verantworung und der politischen Lage hatte kurz vor dem Abgang Bethmann Hollwegs im Reichstag die Fraktionen des Zentrum, der Volkspartei und der Sozialdemokratie, denen sich zeitweilig auch die Nationalliberalen anschlossen, zu einer aktiven Mehrheit mit zusammengeführt. Ihr Programm war der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917, über den die gewählten Vertreter der drei Parteien zuvor mit dem Reichskanzler Michaelis, mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff sich ausgespochen hatten. Die Mehrheit ist wachsam geblieben und erkannte die Gefahr der programmlosen Reichsregierung. Im Oktober unterbreiteten die Mehrheitsvertreter, zuzüglich der Nationalliberalen, dem Kaiserlichen Zivilkabinett die Bitte, es möge, falls von Seiner Majestät ein Wechsel im Reichskanzleramt herbeigeführt werden wollte, der für das Amt in Aussicht genommene Staatsmann zu vorheriger Rücksprache mit den Vertretern des Reichstags bestimmt werden. Tags darauf reichte Dr. Michaelis seinen Abschied ein und jetzt schlug Herr von Valentini als Nachfolger neben andern den bayrischen Ministerpräsidenten dem Kaiser vor. Der Kaiser rief den Grafen Hertling nach Berlin. Dieser trat vor Übernahme des Amts in eingehende Besprechung mit Vertretern des Reichstags, insonderheit mit den Vertretern der Mehrheitsparteien, denen sich auch hier wieder und insbesondere bei Aufstellung eines politischen Arbeitsprogramms, die Nationalliberalen angeschlossen hatten. Nach erfolgter Verständigung, bei der in einem kritischen Moment Staatssekretär Kühlmann vermittelnd einsprang, übernahm Graf Hertling das Amt und schlug gemäß jener Besprechung dem Kaiser an Stelle des gleichfalls zurückgetretenen Dr. Helfferich als Vizekanzler den Vorsitzenden des Mehrheitsausschusses, Reichstagsabgeordneten Payer, vor, der von der

Digitized by Google

Kr one berufen wurde. So wurde Graf Hertling der erste Ministerpräsident, bei dessen Ernennung die Volksvertretung konstitutionell zu Wort gekommen ist. Die sofort eingetretene Beseitigung der Krisenhaftigkeit war die Folge dieser politischen Handlungsweise. Die Mehrheitsparteien traten bei Erledigung des Arbeitsprogramms hinter den Reichskanzler. Unzutreffend wäre es, zu meinen, daß die Linke ohne politische Kritik der Kandidatur Hertling gegenüber gestanden wäre. Sie hatte sich auch ihm nicht verhehlt, daß die Zeit eine mehr demokratische Nuance verlangt hätte.

*

Seit Allerheiligen 1917, an welchem Tag die Reichskanzlerschaft begann, sind zehn Monate vorübergegangen. Sie haben der Welt den Frieden und Preußen das gleiche Wahlrecht nicht gebracht. Graf Hertling — das darf man an seinem 75. Geburtstag der Wahrheit gemäß aussprechen — ist sich und seinen Zusagen nicht untreu geworden. Zu Optimismus ist aber kein Anlaß. Wichtige Anläufe und große Hoffnungen kennzeichnen den Zeitraum. Der Staatssekretär des Auswärtigen ist plötzlich gewechselt worden, unmittelbar nachdem er im Reichstag den Zweifel, ob das Schwert die Entscheidung bringe, offen ausgesprochen hatte. Die internationalen Dialoge der Staatsmänner haben ihren mißtrauischen und unwirschen Ton behalten. Die preußische Wahlvorlage ist eingebracht, aber die preußische Feudalität hat sie schon in einem der zwei privilegierten Häuser trotzig und hohnlächelnd abgeschmettert, sekundiert vom Zentrumsadel, der den Mut dazu aus der schwächlichen Haltung der gespaltenen Nationalliberalen entnahm. Der „Bund der Kaisertreuen" brüstete sich öffentlich, wie erfolgreich er den Kanzler in Personalfragen habe konterkarrieren können: Herr von Valentini, der die Politik des Kanzlers nicht kreuzte, sei von ihm gestürzt und durch einen dem „Bunde" genehmen Chef des Kaiserlichen Kabinetts als täglichen Berater des Kaisers ersetzt worden. Die preußische Reaktion hat, wie die Royalisten vor hundert Jahren, nichts gelernt und nichts vergessen. Den Glauben an die Kraft der Regierung, diese Quelle poiltischen Vertrauens, hat sie im Volk zu erschüttern gewußt. Ihr primitiver Geist, der nackten Zwang für Staatskunst hält, hat dem Frieden von Brest-Litowsk den Unterton gegeben.

Der Frieden von Brest-Litowsk leidet an einem heimlichen Hauptmangel, den Graf Hertling viel zu scharfsinnig ist, nicht zu bemerken, den er aber nicht einflußreich genug war, zu beheben. Dieser Frieden ist mit den russischen Revolutionären und blutroten Usurpatoren der Staatsgewalt geschlossen, die ohnmächtig noch den Traum eines revolutionären Ideensiegs träumten. Dieser Gegenkontrahent war an sich ein Greuel für das Legitimitätsbewußtsein. Aber im forttobenden Waffenspiel mit der westlichen Welt war dieser Friede ein hoher Trumpf und mußte geschlossen werden. Aber sollte es ein haltbarer und schmackhafter Frieden sein, so durfte er nicht in Ruß-

Digitized by Google

land selbst den innerpolitischen Feinden der russischen Unterhändler die schärfsten Angriffswaffen gegen diese letzteren liefern. Denn entzog er jenen die Macht, so entzog er sich selbst den Boden. Rußland, das im Süden zu einer Meerespforte drängte und deshalb den Weltkrieg wagte, im Norden von allem Meer und Häfen abzuschneiden, Polen, die Randvölker und die Ukraine abzuknüpfen, und als sie das nicht vor Lichtmeß unterschrieben, ihre Ohnmacht im Ton des Generals Hoffmann „urbi et orbi" zu verkünden, — das war nicht staatsklug. Wer den Freundschaftsvertrag am Ast Lenins befestigte, durfte diesen Ast nicht absägen helfen. Was wir seither an innerer Zerfleischung in Rußland erleben, und was für Deutschland und den Weltfrieden höchst unwillkommen ist, war zu einem Bruchteil eine Folge jener Behandlungsart und war mit zivilem Scharfblick wohl zu erkennen. Scheidemann als Unterhändler in Brest-Litowsk hätte vielleicht psychologische Fingerzeige geben können.

Es ist eine Schwäche des Ministeriums Hertling, daß kein Sozialdemokrat in ihm vertreten ist, heute, wo das Vertrauen der unteren Kreise des eigenen Volkes ein unschätzbarer Artikel ist.

*

Die staatsmännischen Gedanken des Reichskanzlers Hertling treten in Gesprächen noch klarer hervor als in Parlamentsreden, denen übrigens noch die frühere eindrucksvolle Art des Vortrags innewohnt. Aber die politische Machtverteilung, die schon vor dem Weltkrieg ein Anachronismus war, wirkt hemmender als die Bedächtigkeit seiner Jahre und trägt in die Reichspolitik etwas Tastendes. Die Zurückhaltung, die er der Lage und der Rechten glaubt schuldig zu sein, ist größer als für einen politischen Führer nützlich ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat in einem verfrühten Geburtstagsartikel dem Reichskanzler Hertling als besonderes Verdienst das „Einigende" nachgerühmt. Bethmann Hollweg wollte drei Jahre lang, Michaelis drei Monate lang „einigen". Einigen mit wem? mit den Wahlrechtsfeinden — die Anhänger des gleichen Wahlrechts, mit den Orthodoxen der Macht — die Anhänger der Rechtssicherung. Die Entwicklung hat gezeigt, daß dies ewige Einigen die erkennbare Willensrichtung und Kraftäußerung verhüllt und die Regierung des Vertrauens zu berauben droht, die sie in der Welt bedarf. Ja, es ist eine Frage nationalen und internationalen Kredits, ob die Regierung einen Strich zieht zwischen sich und den alldeutschen Extremisten, oder die vierjährige Einigungspolitik weiterspinnt. Es entsteht in der Welt der falsche Schein, als wüßte Deutschland nicht, was es wolle, so lange alldeutsche Dilettanten und Abenteurer sich auf hohe Gunst berufen und jede maßhaltende Regierung begönnert herunterreißen dürfen. Bethmann hat mit dem Zugreifen zu lange gewartet, die Krone nicht rechtzeitig vor die Kabinettsfrage gestellt, und vielleicht war er nicht der letzte Kanzler, dem das geschehen ist.

Herr von Bethmann soll gesagt haben, „wenn er diese Mehrheit gehabt hätte!" Graf

Digitized by Google

Hertling hat diesen Halt. Hat er ihn genützt? Die konstitutionelle Regierung muß führen, handeln, aktiv sein. Sonst muß die Parlamentsmehrheit drängen und aktiv werden. Das ist ein inneres Gesetz, keine Überhebung, das ist Verantwortung, nicht Machtgier.

Alle, aber auch alle Parlamente haben seit vier Jahren eine Passivität bestätigt, die bis zur Lammsgeduld geganzen ist. Frankreichs Nationalversammlung schweigt in tigerartiger Umkrallung, duldet politische Strafprozesse gegen führende Parlamentarier, denen der Kopf abgeschlagen werden soll, weil sie das Vertrauen der Nichtchauvinisten besessen haben. Englands Unterhaus überläßt dem Oberhausmitglied Lansdowne die mutige Propaganda für eine Friedenspolitik und erträgt die herrische Methode des Premierministers, der schon seit Marokko Öl ins Kriegsfeuer gießt. Der Reichstag hat nur im Juli und Oktober 1917 Selbständigkeit gezeigt. Er hat seine Rechtfertigung in der Friedensbereitschaft seiner Regierung. Aber die Zeit wird kommen, da Volk und Geschichte die Parlamente nach ihrer Mitverantwortung fragen werden. Schon jetzt läuft es durch die Reihen und durch die Schützengräben: „Was hat unsere Volksvertretung zur Endigung des Wahnsinns getan?"

Die Welt steht vor einem Wendepunkt. Äußerlich herrscht noch der Welttrotz, innerlich ist der Weltkrieg den Völkern, die klüger und tiefer sind als sie scheinen, ein Greuel. Die alten Methoden und Formen, nach denen Europa regiert wurde, sind dem Fluch der Völker preisgegeben. Mit den Zornesworten einer wankenden Gläubigkeit rufen sie ihren Staatslenkern zu: „Ihr seid allzumal Sünder".

Parturiunt montes et nascitur — radicalismus. Wenn nach Kriegsschluß die Fesseln des freien Worts fallen, dann wird man sich wundern über die Umwandlung der Ideen und die Heftigkeit der Anklagen über die Staatskunst von gestern. Darum gilt es heute schon vorzukehren, damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Das staatliche Gefüge soll mächtig bleiben in einer völkerrechtlichen Gemeinschaft, welche würdigere und wirksamere Mittel zum Austrag oder zur Milderung ihrer Gegensätze erfindet und erfordert, als die millionenweise Tötung ihrer wertvollsten Menschen. Sie muß den Willen haben, das neue Recht durch vereinte Macht zu sichern. Deutschland soll und will bei diesem welthistorischen Versuch hoffnungsvoll mitarbeiten, sich nicht an die Spitze drängen, noch an dem Schwanz marschieren. Der ganze, große Gedanke, den seit Kant die besten Köpfe und Elemente auch der gegnerischen Völker wie eine sittliche und politische Rettung aufgenommen haben, setzt die Mitwirkung Deutschlands voraus, und der Hintergedanke, den Völkerbund ohne Deutschland zu machen, wäre nur eine Verbrämung einer dauernden Gegenkoalition. Diese ist dann in gefährliche Nähe gerückt, wenn Deutschland die Mitwirkung ablehnen würde, und darum sind politische Verbrecher jene wohlweisen und lärmenden Dilettanten, die Deutschland und

Digitized by Google

seine Regierung gegen den Gedanken des Völkerbundes aufpeitschen wollen — weil ihr politisches System mit der Abrüstung zusammenbricht. Europa sinkt, wenn es sich nicht teilweise „überstaatlicht". Der Abrüstung hat Graf Hertling als Vorsitzender des Auswärtigen Bundesratsausschusses in der Antwort auf die Papstnote grundsätzlich zugestimmt, sie ist seit dem inzwischen vergangenen Jahr mit seinen neuen Hekatomben und Milliarden noch ein viel brennenderes Bedürfnis aller Völker Europas geworden. Man kann nicht aufbauen, wenn man nicht abrüstet. Und wo muß man nicht aufbauen? Man frage in Rußland und in Italien, in Österreich und in Polen, in Frankreich und in Belgien, in England und in den Überseeländern und man schaue sich um in Deutschland. Staatsmann sein heißt vorausschauen, heißt die innerlichen Wandlungen vorauserkennen und die sich umbildenden Kräfte gestalten, heißt einer neuen Gesinnung den Weg bahnen. Graf Hertling weiß das. Aber die Staatskunst muß sich zu diesem Willen und seinen Auswirkungen klar und offen bekennen, weil die Zeit für ihn gekommen ist. Gerade in Deutschland ist ein solches offenes Programm Schwert und Schild, weil die Verdächtigung unseres Zukunftswillens ein Hauptkampfmittel der gegnerischen Kriegspropaganda ist, der alldeutsche Verstiegenheit den falschen Urkundenbeweis liefert.

Auch die Beseitigung der innerpolitischen Rückständigkeit ist ein siegreiches Kampfmittel und ein glänzender Anschauungsunterricht. Die Rückständigkeit ist geistig überwunden und darum eine Unwahrheit. Sie zeigt der Welt ein falsches Gesicht von Deutschland. Unser Vaterland muß sein wahres Gesicht zeigen, und gleichzeitig dem eigenen Volk das erhebende Gefühl verbriefter Rechtsgleichheit und errungener Mitwirkung geben. Die Reichsregierung muß sich einen Ruck geben weg vom restlichen Absolutismus, aber gleichfalls offen und frank, nicht im Weg des Schleichhandels. Wenn darüber die Extremisten Zeter und Mordio schreien, um so besser. Diese Wehklage blinder Zeugen liegt im Interesse von Kaiser und Reich.

Das alles sind nicht die privaten Ansichten eines Demokraten. Sie sind herrschend in der Mehrheit des deutschen Reichstags, herrschend in den Tiefen des deutschen Volkes und seines so glänzend erprobten Heeres. Der instinktive Druck von Volk und Heer auf den Staat ist so stark geworden, daß sich die Volksvertretung dem Wunsch nach einer klaren und wahren Politik nicht entziehen darf, wenn sie nicht ihrer wichtigsten Funktion untreu werden will.

Wir stehen vor dem fünften Kriegswinter. Wir müssen uns zur Fortsetzung des Kampfes wappnen mit dem besten militärischen und dem besten politischen Rüstzeug. Man kann das deutsche Volk nicht sammeln auf der Seite der Reaktion und der Annexion. Also muß man es sammeln auf der Seite des freiheitlichen Geistes, der sich für die Verteidigung des Vaterlands, das Straßburg und Metz umfaßt, und für den Ausbau zum volkstümlichen Staatswesen mit der höchsten Volkskraft einsetzt. Das ist der Weg zum wahren Frieden und zu einer starken Zukunft.

Digitized by Google

Reden an das deutsche Volk

Von Dr. Paul Rohrbach

Staatssekretär Dr. Solf hat in einer Rede in der Deutschen Gesellschaft, die von der Sicherstellung unserer Kolonien gegen die englischen Annexionsabsichten ausging, die Antwort auf die letzten Beschuldigungen Balfours gegen Deutschland gegeben. Man faßt diese Ansprache als ein Stück der so lange und nirgends so energisch wie in der „Deutschen Politik" geforderten moralischen Offensive gegen die Entente auf. Uns scheint sie aber mehr eine Rede an das deutsche Volk zu sein, als an unsere Feinde. Allgemein ist der Eindruck, daß wir einen gelungenen Vorstoß erlebt haben. Die Probe darauf wird mit der Frage gemacht, ob die Rede die schwache Stelle der Gegner traf. Das tat sie, obwohl sonst ausführlich in den Bahnen der Verteidigung sich bewegend, indem sie den üblen Willen, die friedensfeindliche Gesinnung der englischen Seite bloßlegte. Hierauf kommt es an, und dies muß erkannt werden. Unsere Gegner heucheln, indem sie vorgeben, gegen das friedensfeindliche Deutschland für den Weltfrieden und für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen. Diese Heuchelrede ist ihr stärkstes psychologisches Rüstzeug für die Weiterhetzung der Völker in den Krieg. Wird ihnen die Waffe stumpf geschlagen, so ist das eine stärkere Niederlage für sie, als sie je eine bisher auf dem Schlachtfelde erlitten haben.

Dr. Solf sagt: hüben und drüben gibt es Chauvinisten und Jingos. Er sagt nicht, wie man diese Leute bei uns nennt, aber wir können es sagen: Alldeutsche. Sehr richtig bemerkt der Redner, daß diese Gruppe bei uns während des Krieges an Zahl gewachsen ist und daß sie auch aus den Kreisen besonnener und besorgter Patrioten Zuzug bekommen hat — weil frühere politische Anschauungen manchmal zusammengebrochen sind infolge der wilden Feindschaft und des Vernichtungswillens, der aus der Gesinnung unserer Feinde gegen Deutschland spricht.

Wir sind nicht der Meinung, daß hierdurch die Politik der Furchtsamkeit, die unsere Regierung bisher während des Krieges gegen die alldeutschen Ausartungen befolgt hat, schon ihre Rechtfertigung erhält. Wir glauben noch weniger, daß im Vergleich zu der wirklichen Stimmung im Volk, sowohl dem Volk in Waffen als auch dem Volk in der heimischen Arbeit, die großen und lauten Gebärden der Alldeutschen etwas Erhebliches bedeuten. Wer Fühlung mit der Heimat und der Kampffront hat, der weiß, daß bei der ersten Kraftprobe die Kreise, die sich heute alldeutsch geben, die mit den alldeutschen Schlagworten arbeiten und alldeutsche Ideen zum Aufputz oder zur Verhüllung ihrer eigentlichen Ziele gebrauchen, zusammensinken würden, wie eine ausgestopfte Scheuche. Es ist aber richtig, was Dr. Solf sagt, daß die Delirien der Knock-out-Gesinnung bei den englischen Kriegstreibern das stärkste Treibmittel sind, um auch bei uns die Stimmung zu fördern, der es unmöglich ist, ruhig über die Dinge zu urteilen und an dem absoluten Wert der moralischen Ideen auch im Weltkriege festzuhalten.

Digitized by Google

Dr. Solf sagt, wenn er glauben müßte, daß diese Gesinnung für alle Ewigkeit die Oberhand in England hätte, so würde auch er für Ausfechten des Kampfes auf Leben und Tod eintreten. Er sei aber der festen Überzeugung, daß vor Kriegsende überall eine geistige Auflehnung gegen sie kommen müsse und kommen werde. Das ist, was England angeht, eine Hoffnung, die sich nur dann verwirklichen kann, wenn die gegenwärtige Regierung, Lloyd George, sein Herr und Meister Northcliffe und die ganze Genossenschaft, vom Ruder beseitigt wird. Auch Balfour hält sich in seiner Rede zu dieser Gruppe, die keinen Frieden will und die, solange sie sich überhaupt zu halten imstande ist, nie auf etwas anderes sinnen wird, als auf Fortsetzung des Krieges um jeden Preis. Es ist bekannt, daß Lord Northcliffe der eigentliche Schieber des „Vernichtungskrieges" ist, der seine Puppen, voran die größte, Lloyd George, tanzen läßt, wie er will und wie sein Vorteil es verlangt. Darum trifft Dr. Solf in den Kern der feindlichen Stellung, wenn er an die Worte Balfours über Belgien anknüpft, daran erinnernd, daß nach den Erklärungen des Reichskanzlers der Wiederherstellung Belgiens nichts im Wege steht als der Kriegswille unsrer Feinde, und dann fortfährt:

Eine wie geringe Rolle aber die Rücksicht auf Belgien heute in den Rechnungen der Entente spielt, zeigt am deutlichsten ein Zitat aus der amerikanischen Presse, das Englands Propagandaminister, Lord Northcliffe, in einem seiner Blätter mit begeisterter Zustimmung abdruckt. Die „New York Times" schreibt:

Deutschlands Beteuerung, daß es nicht die Absicht hat, Belgien zu behalten, hat weder Interesse noch Wert. Die Alliierten werden Deutschland aus Belgien und Frankreich vertreiben.

Hierzu sagt Lord Northcliffe („Evening News" vom 16. Juli 1918):

Wir sind hocherfreut, eine so klare und klingende Stimme aus Amerika zu vernehmen. So soll man sprechen: Deutschland soll vernichtet werden, im Sinne der „New York Times". Wir meinen vernichtet durch blutige und absolut unheilvolle Niederlage auf dem Schlachtfelde, so daß von Deutschland nichts übrig bleibt als die Knochen seiner toten Soldaten in Frankreich und Belgien. Es gibt keinen anderen Weg.

So sprechen die Beschützer, die um Belgiens willen das Schwert ergriffen haben.

Dies ist das England, das diejenigen unter unsren Politikern, die sich von dem Weg der Friedensresolutionen viel versprechen, vor Augen haben sollten. Dies ist das England, das den Gedanken des Krieges gegen Deutschland bis zur Vernichtung hegt und trägt, und über das der Papier- und Druckerschwärze-König Northcliffe gebietet wie der Zar einst über Rußland und wie Herr Wilson über das „freie" Amerika. Eine Rede wie die Solfsche (vorausgesetzt nur, daß sie die erste von vielen bildet und den Anfang einer vollkommenen Neuorientierung unsrer kriegspolitischen Methode!), ist darum besser als eine Friedensresolution, weil sie nicht bloß versichert, wir Deutschen wollten niemand vergewaltigen und wollten gern Frieden machen, sondern auch dem Gegner die Maske abreißt und hinter der Scheinheiligkeit die brutale Boxerfratze zeigt.

Auch für die Ostpolitik findet Dr. Solf den richtigen Schlüssel der Darstellung,

Digitized by Google

indem er sagt, England habe das Recht verwirkt, moralisch für irgendeins der früheren russischen Randvölker einzutreten, weil es sie, solange die zaristische Gewaltherrschaft bestand, kalt als nicht vorhanden betrachtete. Sehr richtig heißt es in der Rede:

Zu ihrer namenlosen Leidenszeit während des Krieges haben sie sich einmal über das andere an England um Unterstützung ihrer Sache gewandt, sie ist ihnen ständig versagt geblieben. Es gab eine Zeit, in der England das zaristische Rußland schärfer bekämpfte als irgendeine andere Nation. Als aber während des Krieges das zaristische Rußland im eigenen Lande unterdrückte, raubte und mordete, da hat England geschwiegen, ja mehr als das, es hat den russischen Tatbestand vor der Welt beschönigt und gefälscht. Und so mordete Rußland dank Englands moralischer Unterstützung mit einer unerhörten, durch das Gewissen der Welt nicht gehemmten Schwungkraft. Der Hehler darf nicht Richter sein! Das Problem der Fremdvölker, ja, das ganze russische Problem wird von England ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung des englischen Krieges betrachtet.

Dies Wort: Der Hehler darf nicht Richter sein, ist für Leute wie Herr Balfour, ein Peitschenschlag, dessen Striemen nicht sobald vergeht. Auch in der Behandlung der Kolonialfragen trifft die Solfsche Rede das Wesentliche, wenn sie daran erinnert, daß England den unermeßlichsten Schaden für die koloniale Sendung aller Kulturvölker angerichtet hat, indem es zuerst die Schwarzen im Kampf gegen Weiße losließ. Zweifelt Herr Balfour, heißt es, daran, daß das Schicksal ganz Afrikas besser gewesen wäre, wenn England die Kongo-Akte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß Deutschland die einzige kriegführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat? Sehr mit Recht erwartet der Redner auf diese und auf andre Fragen keine Antwort, denn Balfours Worte sollten nicht der staatsmännischen Aufklärung dienen, sondern ihr Zweck war, einen Auftakt zu den bevorstehenden Parlamentswahlen zu bilden, für die Northcliffe und Lloyd George eine Boxermehrheit brauchen, und für den Zweck die Gesinnung des Ausrottungskrieges gegen Deutschland bei der Mehrheit der englischen Wähler zu erhalten. Balfour fürchtet die natürliche Reaktion auch des englischen Volks gegen die fortdauernde wilde Haßpredigt. Darum hält er eine Hetzrede nicht allein gegen die deutsche Regierung, sondern auch gegen das deutsche Volk, und darum ist seine Rede ein Aufruf an dies deutsche Volk:

> im fünften Kriegsjahr von neuem alle seine Kräfte des Leidens, Kämpfens und Siegens zusammenzuraffen wie in der großen Erhebung vom August 1914!

So ist es — und so muß gesprochen werden, wenn die Stimmung bei uns im Volk wiederhergestellt werden soll. Man beurteilt unser Volk ganz falsch, wenn man glaubt, es beruhigen und überreden zu sollen. Umgekehrt ist es richtig. Man soll ihm mit dem nachdrücklichsten Ernst die Masse der Zeugnisse vor Augen halten, aus denen es entnehmen kann, wie stark, wie entschlossenen bösen Willens, und wie voll Haß gegen den Friedensgedanken, der Feind ist.

Digitized by Google

Es ist ja eine Menge Papier vollgeschrieben worden, worauf das Thema von der deutschen Friedensbereitschaft und dem Streben der Gegner nach unsrer Vernichtung im Sinn der Northcliffe-Partei, behandelt worden ist. Trotzdem irren alle diejenigen vollständig, die da glauben, im Volk existiere eine lebendige Vorstellung von der Natur unsrer Gegner. Das Volk denkt vielfach, wie ich vor kurzem schon hier schrieb, wir könnten „aufhören", wir brauchten bloß irgendwelchen unklar vorgestellten Kriegszielen zu entsagen, so würde der Friede da sein. Das ist eine Folge erstens der jahrelang dauernden alldeutschen Agitation für übermäßige Kriegsziele auf unsrer Seite, zweitens des mangelnden Sinnes für rechte Popularität, mit dem die Kennzeichnung der Feinde bei uns meistens betrieben worden ist. Das Volk will auf die Dauer keine Deklamationen und kein Pathos. Es will eine einfache und schlagkräftige Begründung und es will vor allen Dingen den Angriff auf den Gegner von der moralischen Basis aus. Das wissen die Haßpropheten auf der feindlichen Seite nicht erst seit dem Kriege, sondern das wußten sie schon Jahre zuvor. So wie der Staatssekretär Solf jetzt gesprochen hat, so haben die Northcliffe, Lloyd George, Wilson, Poincaré, Clemenceau von Anfang an gesprochen, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht ein wahrhaftiges, sondern ein Zerrbild des Volkes und der Regierung entwarfen, gegen die sie kämpften. Sie haben ihren Völkern vorgemalt, wie moralisch minderwertig wir sind und mit welchen Anschlägen auf die Freiheit der übrigen Welt wir umgingen. Sie haben das mit der höchsten demagogischen Kunst und mit rücksichtsloser, bewußter Unwahrheit getan, und ihr einziges reelles Hilfsmittel, um einen Schein der Wahrheit zu erzeugen, war das Material, das ihnen der alldeutsche Unverstand geliefert hatte. Auf diesen üblen Wegen dürfen wir ihnen nicht folgen und brauchen ihnen zum Glück nicht zu folgen. Aber wenn wir unser Volk aufklären und mit wahrhafter Stärke für das siegreiche Bestehen aller Prüfungen erfüllen wollen, die uns vielleicht noch bestimmt sind, so müssen wir ihm rückhaltlos die Schwere des Werkes zeigen und das belebende Gefühl des moralischen Triumphs einflößen.

Der Ansprache des Staatssekretärs Solf ist unmittelbar eine Rede des Prinzen Max von Baden bei der Hundertjahrfeier der badischen Verfassung gefolgt. Sie ist an den badischen Großherzog und das deutsche Volk gerichtet und spricht zuerst von den Demagogen, die es in jedem Lande gibt, und die die Sorge nicht kümmert, ob ihr Land seinen Posten „als Fackelträger der Gesittung verliert. Sofort aber geht der Redner zum Angriff auf den Gegner über, indem er die feindlichen Regierungen dahin kennzeichnet:

Sie erblicken ihre nationale Aufgabe darin, die Gesinnungen des Hasses und der Rachsucht in den Frieden hinüberzuretten und durch Abmachungen zu verankern, die aus dem kommenden Frieden eine Fortsetzung des Krieges mit veränderten Mitteln machen sollen. Wahrlich, das wäre eine schlechter Berater der deutschen Nation, der uns aufforderte, uns ein Beispiel an Clemenceau und Lloyd George und ihrem neuen Heidentum

Digitized by Google

zu nehmen. Da ist es tröstlich für uns, zu wissen, daß Eure Königliche Hoheit, getreu dem mütterlichen Vorbild unserer ehrwürdigen Großherzogin Luise, die Aufgabe aller führenden Kräfte in Deutschland darin zu sehen, die in jahrtausendlangem geistigen Ringen erwählten und erprobten sittlichen Werte, an die wir im Frieden mit jeder Faser unseres Wesens glaubten, auch im Kriege treu zu bewachen.

Unsere Art und unsere geschichtliche Entwicklung zeigen uns den Weg zu dieser Wächterrolle. Die Verfassung Deutschlands ermöglicht uns die Selbstbestimmung; wir sind nicht gezwungen, in jeder vorübergehenden Aufwallung der Volksleidenschaft, in jedem Auf- und Niederschwanken der Stimmung eine untrügliche Offenbarung des Volkswillens zu sehen, der wir unser Gewissen zum Opfer zu bringen haben. Mobherrschaft, Lynchjustiz, Boykott Andersdenkender, Pogrome gegen Fremde und wie die despotischen Gewohnheiten der westlichen Demokratien alle heißen mögen, werden hoffentlich unserem Wesen immer so fremd bleiben wie unserer Sprache.

So muß man sprechen, wenn man sein Volk stärken und den Gegner moralisch treffen will! Das Wort von den „despotischen Gewohnheiten der westlichen Demokratien" ist eine jener packenden Formulierungen, die es verdienen, nicht nur aufbewahrt zu bleiben, sondern auch, solange der Krieg dauert und wenn nötig, darüber hinaus, in jeder Rede und jedem Artikel wiederzukehren, der sich mit den Hetzern der Entente beschäftigt. Welch ein Kummer aber und welch eine Erbitterung ergreift uns, wenn wir bedenken, wieviel Jahre und wieviel Gelegenheiten von deutschen Staatsmännern und Regierungen vergeudet worden sind, ohne daß man begriffen hätte, was nun jetzt endlich, der Not gehorchend, durchzudringen scheint. Nur darf man nicht meinen, die Sache sei damit getan, daß noch eine Anzahl von Reden dieser Art gehalten wird. Vielmehr liegt eine große Gefahr vor: die Gefahr, daß versucht wird, die neue Methode in der Weise zu handhaben, daß unsere bisherige politische Leitung anfängt, das Programm zu vertreten, dem Menschheitsfragen soviel gelten wie Machtfragen. Auf diese Weise darf man nicht daran denken, dem feindlichen Krieg moralisch das Rückgrat zu brechen. Vielmehr muß dazu auch ein Wechsel derjenigen Persönlichkeiten stattfinden, die für den bisherigen Gang des Krieges durch Handeln oder Gewährenlassen verantwortlich sind.

Drei Systeme sind zusammengebrochen: das System des unüberlegten programmlosen Abwartens, das der ebenso unüberlegten, politisch und psychologisch verkehrten Friedensangebote oder Erklärungen der Verhandlungsbereitschaft, und das jener Knock-out-Politik, die von den Feinden der deutschen Sache zu Unrecht mit dem Namen unserer großen Feldherren verknüpft wird. Nichts ist natürlicher, als daß diese den Sieg gewinnen wollen und es schwer ertragen, zu sehen, wie von diplomatischer Seite auf Beschimpfungen des deutschen Volkes mit höflichen Einladungen an den Verhandlungstisch geantwortet wird, aber nie haben sie hindern wollen, daß Friede geschlossen würde, bevor sie den absoluten Sieg im Felde errungen hätten. Auch wir sind überzeugt, daß möglicherweise die Haltung der Feinde uns keinen an-

Digitized by Google

deren Ausweg gestatten wird, als den zwingenden Sieg, und wir finden es lächerlich und ärgerlich, wenn gewisse diplomatische Kreise ängstlich zusammenzucken, sowie das Wort „Sieg" ausgesprochen wird. Wir wissen auch, daß die Politik zur planmäßigen Verhinderung des Verständigungsfriedens am meisten bei denen zu Hause war, die niemals erfahren haben, was es bedeutet, Verantwortung für seine Worte auf sich zu nehmen; nicht bei denen, die mehr als einmal in diesem Kriege Deutschland gerettet haben.

Unsere militärische Lage ergibt sich nicht nur aus dem objektiven Kräfteverhältnis an den Schlachtfronten, nicht nur aus den tatsächlichen Grundlagen unserer Fähigkeit zum wirtschaftlichen Durchhalten, sondern zu ihr gehört auch der Eindruck, den die Welt von unserer Kraft erhält, denn er ist entscheidend für den Kriegswillen der feindlichen Völker. Trotz allem, was kopflose Heimstrategen und übelwollende Neutrale zusammenreden, ist unsere militärische Lage im Vergleich zu der des Gegners günstig. Unsere Hilfsquellen sind nicht entfernt erschöpft. Mit der Ernte steht es besser als noch vor wenigen Wochen Optimisten glaubten. Die notwendigsten Rohstoffe sind noch auf lange hinaus vorhanden, wenn auch die Zivilbevölkerung an manchem Mangel leidet. Auf der Gegenseite aber gibt es eine ganze Reihe unheilbarer Schwierigkeiten, die neulich schon hier angedeutet wurden, und von denen zweckmäßig ein anderes Mal zu reden sein wird. Der schwächste Punkt der Feinde ist die Verwundbarkeit ihrer moralischen Position. Unsere Politik hat es jederzeit in der Hand, den erlogenen Weltbeglückungscharakter des Krieges der Entente zu vernichten und damit seinen Charakter als moralischen Krieg und als Volkskrieg im Feindesland zu zerstören.

Es kommt darauf an, daß wir die Feinde ins Unrecht setzen und daß wir sie nicht ermutigen. Sie müssen aber ermutigt werden, wenn auf unserer Seite eine neue politische Basis unter Begleitumständen betreten wird, die als Zeichen der Schwäche wirken. Wer vier Jahre lang alldeutsche Ideen vertreten hat, muß sie auch heute durchhalten. Wer so lange geschrien hat, darf jetzt nicht heiser werden. Wer bisher in kühler „realpolitischer" Zurückhaltung darauf verzichtet hat, Menschheitsforderungen in unsere Politik aufzunehmen, der darf heute nicht die moralische Auseinandersetzung mit den Knock-out-Politikern vornehmen, die er bisher mit so großer Behutsamkeit vermieden hat. Wer bisher, weil seiner abgeklärten staatsmännischen Art der öffentliche Hader zuwider war, den kampfentschlossenen Wahlrechtsfeinden mit der Geste freundlichen Zuredens gegenüberstand, als es galt, für die große militärische Kraftprobe im Westen neue Quellen der inneren Kraft und des Vertrauens im Volke aufzuschließen, der darf heute nicht den Landtag mit Pauken und Trompeten auflösen.

Der Reichskanzler Graf Hertling hat als Patriot dem Lande in schwerer Zeit unschätzbare Dienste geleistet und ihm ein Opfer ersten Ranges gebracht, als er Michaelis' Erbe antrat. Wir halten es für denkbar, seine staatsmännische Einsicht kommt zu dem Resultat, daß, um im fünften Kriegsjahre diejenige nationale Erhebung durchzu-

Digitized by Google

führen, die wir heute brauchen, unsere Regierung ein anderes Gesicht bekommen muß. Allerdings können keine politischen Ratgeber des öffentlichen Lebens Vorschläge hierüber machen. Täten sie es, so setzten sie sich damit dem berechtigten Vorwurf des Dilettantismus oder des Widerspruchs mit der Verfassung aus. Die Entwicklung unseres öffentlichen Lebens hat es mit sich gebracht, daß bei uns zuweilen gerade die besten Männer der Öffentlichkeit entzogen sind und ihrer ganzen Stellung nach kein Programm durch Reden und Kundgebungen vertreten können. Daher ist es bei uns die Sache der Krone, die geeigneten Männer zu kennen und sie zu berufen, denn sie hat über jene intimen Kenntnisse zu verfügen, ohne welche die schicksalsschweren Entscheidungen in derartigen Personenfragen politische Dilettantenarbeit bleiben müssen.

Soziales Völkerrecht

Von Dr. Max Seber, Dresden

Die lange Dauer des Krieges mit seiner gewaltigen Hochspannung des Gefühlslebens zeitigt eine seltsame Dialektik des Geschehens. Dem begeisterten Idealismus des Kriegsbeginns folgte ein ausgesprochener wirtschaftlicher Materialismus, der allgemeinen Ablehnung des Völkerrechts als Friedensbürgschaft eine sehr verbreitete fast bis zum engsten Fanatismus gediehene Hochbewertung. Völkerbund und Schiedsgerichtsbarkeit, völkerrechtliche Regelung überhaupt, die so häufig mit Verständigung verwechselt wird, erfreuen sich gegenwärtig offizieller und inoffizieller stärkster Lobpreisung. Ethiker und Juristen wetteifern, die absolute Geltung des Rechts gegenüber der „rohen" Macht nachzuweisen. Wer will, kann in der ungeheuren Beliebtheit des internationalen Rechtsgedankens den Beweis seiner Kraft erblicken, die wie jede „Kraftidee" sich mit der Zeit durchsetzen muß. Wer weniger gutgläubig veranlagt ist, sieht in der allgemeinen Überschätzung des Völkerrechtsgedankens eher den Ausdruck der Ratlosigkeit unserer Zeit, die aus einer beispiellos schlimmen Lage eben keinen Ausweg mehr weiß, nachdem sie das Zutrauen zur Machthilfe, den Glauben an einen alle Anstrengungen krönenden Sieg verloren hat. Wie man früher die Wirksamkeit der militärischen Macht überschätzte, so sehr unterschätzt man sie jetzt. Und es gibt Kreise genug, die von Siegen überhaupt nichts mehr hören wollen, weil sie sich schließlich doch nicht als durchgreifend erweisen und ihrer Meinung nach die Aussichten zu einem baldigen Frieden nur herabsetzen. Solche Stimmungen erscheinen zunächst fast unbegreiflich, da der Krieg doch den Zusammbruch des Völkerrechts, so weit es Kriegsrecht ist, aufs deutlichste gezeigt hat. Wie kommt man dazu, sich über solch schwere Erfahrungen einfach hinwegzusetzen, die noch so frisch in unserm Gedächtnis sind? Es regiert jetzt eben nicht mehr der kritische Verstand, sondern der ungestüme Wille zum Frieden, die nicht mehr zu bändigende Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung, der sich den Verstand, ganz

Digitized by Google

wie Schopenhauer es dargelegt hat, unterwirft. Der Verstand ist nur noch der Büttel des Gefühls und hat zu gehorchen. Der Massenpsyche sind eben nur zwei Ausgänge verständlich: entweder Sieg, d. h. Aufzwingung des eigenen Willens, oder aber Verständigung, d. h. internationale Regelung, Völkerbund usw. An einen Sieg glaubt man nicht mehr, also bleibt nur der Internationalismus oder Untergang. Da der Glaube an einen vollen Sieg dem Bestreben nach internationaler Verständigung im Wege steht, ist eine starke Spannung im Volke entstanden, die scheinbar unüberbrückbare Gegensätze geschaffen hat. Beide Parteien können sich auf gute Gründe berufen. Die Verfechter des Machtfriedens verweisen auf die nicht wegzuleugnende Erfahrung der Brüchigkeit jedes Völkerrechts, aller vertraglichen Sicherungen im Ernstfall hin und halten ihre Gegner für vertrauensselig und leichtfertig. Die Pazifisten betonen die Aussichtslosigkeit eines baldigen entscheidenden Sieges, die überall sich zeigende Unversiegbarkeit der nationalen Kräfte und schelten den Gegenpart größenwahnsinnig. Wo gibt es da eine Vermittlung? Offenbar haben beide recht und unrecht. Mit dieser Erkenntnis ist nur wenig geholfen, wenn es nicht noch eine andere Möglichkeit der Entscheidung gibt. Diese aber besteht, was, von den richtigen Behauptungen der beiden Gegner ausgehend, bewiesen werden soll.

Wir befinden uns in der Tat in einer Krisis des Krieges. Es steht fest, daß keine Seite hoffen kann, einen Frieden zu diktieren. Und doch ist die Willensaufzwingung die einzig lohnende Kriegsfolge. Ein Vergleich kann den Krieg nicht rechtfertigen; selbst ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Krieg. Somit ist dieser Krieg für den als verloren zu betrachten, der ihn wollte, der auf Eroberung und Vergewaltigung ausging. Das aber sind nicht wir. Die Krisis dieses Krieges berührt uns somit nicht, wohl aber die Krisis des Krieges überhaupt. Und diese weist dieser Krieg. Trotz der unglaublichen Ungleichheit der Kräfte ist er nicht zur vollen Entscheidung zu bringen, kann die enorme Überlegenheit unsrer Gegner keinen Sieg erfechten. Dies liegt nun nicht bloß an unserer überragenden Tüchtigkeit und dem Genie unserer Führer, sondern auch daran, daß unsere Macht schon den Schwergewichtszustand erreicht hat, der in sich ruht und nur äußerst schwer umzuwerfen ist. Wir haben es ja in dem Kriege mit Rußland erlebt, welche Geschlossenheit einem staatlichen Schwergebilde innewohnt, wie immer neue Kräfte aus ihm emporsteigen, wie auch Störungen sich wieder ausgleichen, Verluste sich kompensieren. Von einem gewissen Machtzustand ab sind die modernen Großstaaten offenbar durch ihr bloßes Schwergewicht vor völliger Niederringung geschützt. Darum ist auch dieser Krieg, in dem auf beiden Seiten Schwergewichtsgebilde im Kampfe stehen, nicht zur völligen Entscheidung zu bringen und ebenso jeder folgende Krieg zwischen Schwergewichtsmächten. Wenden wir uns nun der gegenteiligen Behauptung zu von der Unwirksamkeit völkerrechtlicher Friedenssicherung. Wie steht es damit? Auf die ungünstigen Erfahrungen in diesem Kriege haben wir bereits hingewiesen. Das soll uns aber nicht abhalten,

Digitized by Google

die völkerrechtlichen Friedenstheorien noch näher zu prüfen. Wir wollen uns aber dabei auf einen Vergleich des innenstaatlichen und zwischenstaatlichen Rechts beschränken.

Bekanntlich wird von den „mechanischen" (Natorp) Pazifisten die Möglichkeit zur Erreichung eines Dauerfriedens durch Rechtsnormen mit dem infolge staatlicher Rechtssatzungen erzielten innenstaatlichen Friedenszustand begründet. Diese Gleichsetzung ist, wie Steffen nachweist, fehlerhaft. Nehmen wir sie aber an, zumal die hier zu behandelnden Punkte unzweifelhaft für beide Rechtsarten gelten.

Immer wieder finden wir in der pazifistischen Literatur die Verweisung von der zwischenstaatlichen Anarchie, wo Macht vor Recht gehe, auf die innerstaatliche Ordnung, wo das Recht herrsche. Desgleichen gefallen sich viele Ethiker im Preise des Rechtes gegenüber der rohen Macht. Der Rechtsgedanke wird in den Himmel gehoben und als unfehlbares Mittel zu Ordnung und Frieden hingestellt. Ist es denn aber wirklich so? Haben im Innern Gesetz und Recht sich so bewährt, wie man es glauben machen will, und genügt es nun, bindende Rechtsformen einzuführen, um dem Unfrieden zu steuern? Wissen wir nicht im Gegenteil, daß auch im Innern der Staaten, wo es sich in der Hauptsache um gleichartige Menschen handelt, Gesetz und Recht nur ein recht unvollkommenes Ordnungsmittel darstellen, wenn nicht im freien Willen der Bewohner ethische Gesinnung wirksam ist, die sich nicht erzwingen läßt? Wissen wir nicht, daß Rechtsregeln oft genug menschenvernichtend wirken, erscheint unser Strafrecht nicht im höchsten Grade verbesserungsbedürftig, und ist nicht auch die rein formalistische und konstruierende Rechtsprechung oft ein Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit? Ist denn Recht und Gerechtigkeit dasselbe? Müssen wir uns nicht oft ganz im Namen der Gerechtigkeit gegen das Recht auflehnen? Wie kommen unsere Ethiker dazu, die Sache des Rechts von vornherein als die der Gerechtigkeit hinzustellen? Warum fragen sie nicht erst nach der Beschaffenheit des Rechts? Ist es denn ausgemacht, daß sich im Völkerrecht nicht genau derselbe Formalismus breit macht, in der Völkerrechtsprechung nicht ebenso kühn und willkürlich konstruiert wird? Es ist geradezu abstoßend, daß man sich vor dem Begriff Völkerrecht niederwirft ohne zu fragen: welches Völkerrecht? In der innerstaatlichen Gesetzgebung dringt langsam der Gedanke des sozialen Rechts durch, d. h. eines Rechtes, das die innere Gleichberechtigung der Menschen fordert, den lebendigen Menschen zu fördern sucht ohne Rücksicht auf formale Rechtsansprüche. Derselbe Gedanke aufs Völkerrecht übertragen müßte heißen: Rechtliche Festlegung der inneren Gleichberechtigung der Staaten und Völker, Förderung ihrer Lebensmöglichkeiten. Also eine Ordnung nach der Leistung. Gebietsgröße, Einfluß, Kolonialbesitz nach der innern Kraft der Staaten. Das ist die Forderung der Gerechtigkeit. Das ist soziales Völkerrecht. Daran denken aber die Lobpreiser des Völkerrechts um jeden Preis nicht. Sie gehen vom Bestehenden aus

Digitized by Google

und hoffen, daß sich vermöge der Rechtsformeln schon einmal ein Zustand der Gerechtigkeit entwickeln werde. Sie halten gerade die rein äußerlichen Rechtsansprüche besonders hoch, denken nicht an ihre Beseitigung, ohne die es wahre Gerechtigkeit nicht geben kann. Sie stellen das Recht höher als die Gerechtigkeit. Eine Rechtsverletzung ist ihnen etwas Unerhörtes (aber nur eine völkerrechtliche!) Verstöße gegen Gerechtigkeit und Moral dagegen werden mild beurteilt, wenn sie nicht völkerrechtlich festgelegt sind. Beispiele dazu ergeben sich aus dem Verhalten vieler Pazifisten zu der amerikanischen Munitionslieferung und unserem Einfall in Belgien. Wer es für möglich hält, daß aus einer dem status quo entnommenen völkerrechtlichen Ordnung, die doch der Ausdruck reiner historischer Machtverhältnisse und vielfach verjährter Machtverhältnisse ist, sich mit der Zeit eine gerechte und haltbare Gemeinschaft entwickeln werde, übersieht, daß ganze Völker sich nicht so leicht mit ihnen widerfahrenem Unrecht abfinden können wie Einzelne. Massenempfindungen sind stürmisch, sie verstärken sich gegenseitig, entzünden sich aneinander, auch wenn keine äußere Veranlassung mehr besteht. Dazu kommt, daß alle völkerrechtlichen Abmachungen und Lebensäußerungen nicht unmittelbar Natur sind, sondern Vertretungsverhältnisse darstellen. Einzelne schließen sie ab, aber nicht im eigenen Namen, sondern im Namen ihres Volkes. Sie müssen aber nach dessen Neigungen handeln und können in wichtigen Punkten nie so selbstlos und idealistisch handeln wie sich bloß selbst verantwortliche Einzelne. In lebenswichtigen Fällen müssen sie, event. entgegen der eignen Neigung und Überzeugung, unter allen Umständen die Selbstbehauptung ihrer Mandanten, die Selbstbehauptung ihres Staates unantastbar festhalten. Wo aber haben unsere Feinde bisher den Willen geäußert, eine künftige Weltordnung auf die Basis der Gerechtigkeit zu stellen. Sie wünschen nur eine Rechtsordnung, die ihnen ihren Raub garantiert und die andern gewaltsam niederhält. Und bei uns gibt es so viele Paragraphenknechte, die ihnen vertrauensvoll zustimmen. Wenn aber eine gerechte Rechtsordnung nicht möglich ist, ist es besser, für alle nationalen Lebensfragen freie Hand zu haben. Dann hat die Gerechtigkeit doch wenigstens einigermaßen Aussicht, von der Macht einmal auf den Schild erhoben zu werden und Wirklichkeit zu werden. Auch für den Frieden ist es besser. Denn ein an den Zwirnsfaden internationalen Rechts sich würgendes mächtiges Volk wird eher zum Schwert greifen als ein durch die Machtverhältnisse daniederliegendes. Damit kommen wir zu einem weiteren Vergleichspunkt.

Wenn im Staat ein Stand oder Klasse trotz aller Rechtsordnung nicht zu seinem Recht kommen kann, greift er zu Gewaltmitteln. Das von Schiller gepriesene Recht der Revolution wird auch von vielen Ethikern anerkannt. Darf man es da einem ganzen Volk verweigern, dessen Lebensrechte vom internationalen Gesetz und Rechtsprechung mit Füßen getreten werden? Und falls man klug und weitsichtig genug sein sollte, möglichst gerechte Anfangsregelungen zu treffen, können sich nicht im

Digitized by Google

Laufe der Entwicklung schwere Mißstände herausbilden, an die niemand denken konnte? Erkennt man also ein Recht zur Revolution an, so beseitigt das internationale Recht den Krieg jedenfalls nicht vollständig; erkennt man es nicht an, so muß man auch auf die übrigen Analogieschlüsse verzichten, die man von dem innerstaatlichen Recht zugunsten des zwischenstaatlichen gezogen hat.

Sind so die Hauptgründe beider Parteien hinfällig, so erhebt sich erneut die Frage nach einem anderen Ausweg.

Dieser zeigt sich nun in dem fortschreitenden Organisationsprozeß der Staaten, ihrem ständigen Wachstum, der Neigung zum staatlichen und wirtschaftlichen Großbetrieb, durch den die kleinen Staaten immer mehr in das System der Großmächte eingruppiert werden und Schwergebilde wuchtigster Art entstehen, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Zahl der wirklich souveränen Staaten auf wenige. Sobald die ganze Erde in feste Gruppen einorganisiert ist, können sich die übrigbleibenden Großmächte verständigen wie Syndikate nach Beseitigung oder Einbeziehung der Außenseiter. Sie sind sogar gezwungen, sich zu verständigen, da das Schwergewicht der Kräfte einen siegreichen Krieg unmöglich macht. Bei ungeheuerstem Risiko gelingt die Willensaufzwingung nicht mehr. Auch wer die Oberhand behält, siegt nicht, sondern kann es zum Schluß ebenfalls nicht mehr aufs Ganze ankommen lassen, sondern ist zu einem Vergleich bereit. Damit hat der Krieg sich ausgelebt.

Was nützt das nun für die Gegenwart? Müssen wir tatenlos warten, bis die Entwicklung sich so vollzieht? Wir können den Organisierungsprozeß beschleunigen durch Zusammenschluß von Staaten. Deutschland kann dem Weltfrieden keinen besseren Dienst erweisen, als den — *Mitteleuropa zu schaffen*. Denn Deutschland kann für sich allein nie genügend Schwergewicht erlangen. Dazu braucht es Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei und die östlichen Randstaaten. Die Schöpfung Mitteleuropas wird eine Periode einleiten, in der der Friede nicht mehr dem trügerischen labilen Gleichgewicht der Staaten, sondern ihrem beharrenden Schwerpunkt anvertraut ist. Darum bedürfen wir auch bloß eines Sieges, der unsren Gegnern die Undurchführbarkeit ihrer Pläne klarmacht. *Unser wichtigstes Kriegsziel ist Mitteleuropa*, das wir nicht erst uns von unsern Feinden zu gewinnen brauchen. Die Verständigung über den uns notwendigen Kolonialbesitz wird nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Sind die Feinde zu einem *Völkerbunde* bereit auf der Grundlage der Gerechtigkeit, wobei alle schwebenden Streitfragen der Zugehörigkeit halbsouveräner Gebiete gelöst werden, können wir mit Mitteleuropa als Rückhalt jederzeit zustimmen. Aber nicht ohne Mitteleuropa und nicht auf Grund des status quo. Das scheidet uns wieder von den Pazifisten, die Mitteleuropa als Etappe zur Weltorganisation verwerfen. In seinem neuen Buche[1] betont Lammasch zwar die unbedingte Pflicht, völkerrechtliche Verträge zu halten, nicht aber für Bündnisse! Unser

[1] Das Völkerrecht nach dem Krieg.

Digitized by Google

Lebensinteresse aber fordert: ohne Mitteleuropa kein Völkerbund. Erst die organische Sicherung auf Grund des engen Zusammenwachsens in wirtschaftlicher, politischer, militärischer, kultureller Beziehung, dann die mechanische durch bloße Rechtsverträge. Diese müssen aber sozialen Geist atmen, soziales Volksrecht schaffen. Wir brauchen keinen Sieg der Vergewaltigung, lehnen aber auch ein Völkerrecht der Vergewaltigung ab.

Elsaß-Lothringens wirtschaftliche Entwicklung

Von Dr. Julius Luebeck, München

Mehr als 250000 Elsaß-Lothringer, Bewohner eines Territoriums, in dem 87,5 Prozent der Bevölkerung deutsch sprechen, stehen nun schon vier Jahre an den verschiedensten Fronten in einer Reihe mit den Angehörigen aller deutschen Bundesstaaten unter den Waffen. Kämpfen sie nur für die Erhaltung der deutschen weltwirtschaftlichen Machtstellung, oder gilt ihr Ausharren zugleich der wirtschaftlichen Zukunft ihrer elsaß-lothringischen Heimat? Denn jetzt, wo wir alle längst wissen, was Krieg ist — wollen die Franzosen ja noch immer Krieg wegen Elsaß-Lothringen. Würde aber die territoriale Wiedervereinigung von Elsaß-Lothringen mit Frankreich den wirtschaftlichen Landesinteressen entsprechen? Die Antwort gibt am besten ein Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Elsaß-Lothringen in den letzten viereinhalb Jahrezehnten als Teil des Deutschen Reiches genommen hat.

Da sei zunächst die Bevölkerungszunahme Elsaß-Lothringens berücksichtigt, die von 1871—1914 trotz einer sehr starken Auswanderung im gleichen Zeitraum 25 Proz. ausmacht. Wie in der Gesamtentwicklung des Deutschen Reiches, so vollzog sich auch in Elsaß-Lothringen seit 1871 eine Entwicklung vom Agrikultur- zum überwiegenden Industrie- und Handelsstaat. Während 1871 die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung mit der in Industrie und Handel beschäftigten Bevölkerung ziffernmäßig sich noch ziemlich des Gleichgewicht hielt, sind heute in der Landwirtschaft nur 30 Prozent, in Industrie und Handel aber rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung beschäftigt.

Gleichwohl ist die landwirtschaftliche Produktion in Elsaß-Lothringen nicht vernachlässigt worden. Nur die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen ist zurückgegangen, nicht aber die Leistungen der Landwirtschaft, die ebenso wie die Industrie in Elsaß-Lothringen nicht anders wie im ganzen Deutschen Reiche im letzten Menschenalter einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. So hat die mit Hackfrüchten und Gemüse bestellte Fläche um 24,4 Prozent zugenommen, das gartenmäßig angebaute Land ist um über 370 Prozent gewachsen. Die Zahl der Rinder hat sich um 30 Prozent, die der Schweine sogar um 88 Prozent vermehrt. Wie in allen

Digitized by Google

Bundesstaaten, so sind auch in Elsaß-Lothringen erhebliche Beträge zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion aus staatlichen Mitteln aufgewendet worden. Dem Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sind auch große Fortschritte im Meliorationswesen, nutzbringende Ent- und Bewässerungsanlagen zu verdanken. In allen Zweigen zeigt die Landwirtschaft eine gesteigerte Intensität, die in der Waldwirtschaft von 1871 bis 1914 eine Zunahme des Gesämterlöses für Holz von rund 72 Prozent gezeitigt hat.

Ebenso wie die Landwirtschaft Elsaß-Lothringens, ist seine Industrie mächtig emporgeblüht. Von 1875 bis 1907 sind die motorischen Kräfte von 60000 auf 431000 PS. angewachsen. Das Bergwerks- und Eisenhüttenwesen veranschaulicht am deutlichsten den glänzenden industriellen Aufstieg. Die Erfindung des Thomas-Verfahrens — durch den Engländer Thomas 1878, die mit der Entkohlung auch eine Entphosphorung des Roheisens ermöglicht — hat, wie sie die Eisenindustrie der ganzen Welt auf neue Grundlagen stellte, vor allem im lothringischen Erzbecken eine der umfassendsten wirtschaftlichen Umwälzungen hervorgerufen. Jetzt war das lothringische Eisenerzlager, das auf deutschem Boden rund zwei Milliarden Tonnen enthält, die sogenannte Minette, jahrhundertelang wegen ihres Phosphorgehaltes ein minderwertiger Rohstoff, plötzlich zu einem hochwertigen Erz geworden, dessen Schlacke außerdem gerade wegen ihres Phosphorgehaltes ein ganz vorzügliches Düngemittel liefert. Seit der Thomas-Erfindung ist es Lothringens Minette, die hohe Leistungen bei niedrigen Selbstkosten ermöglicht. Die gewaltsame Lostrennung Elsaß-Lothringens mit den größten und besten Eisenerzlagern von dem Deutschen Reiche würde daher, so hat der Bergarbeiterführer Hué am 18. Februar 1916 im Preußischen Landtag mit besonderem Nachdruck ausgeführt, „von dem Standpunkte eines Arbeitervertreters, der mitten in der Montanindustrie steht, für die Eisen- und Stahlindustrie und auch für die Bergwerksindustrie, die mit ihren verwandten Industrien mehrere Millionen Arbeiter beschäftigt, einen, man möchte sagen, tödlichen Schlag bedeuten".

Aber auch das inländische Verkehrswesen ist, seitdem Elsaß-Lothringen einen Teil des Deutschen Reiches bildet, gewaltig gewachsen. Noch größere Bedeutung als dem inländischen Verkehrswesen kommt der Entwicklung des Außenhandels zu, der Entwicklung des gesamten Güteraustausches mit Alt-Deutschland und dem Auslande. Nach der Güterbewegungs-Statistik auf den Eisenbahnen betrug die Zunahme der Ausfuhr von 1884 bis 1909 nahezu 600 Prozent, die Zunahme der Einfuhr ungefähr 200 Prozent. Die Ausfuhr nach Alt-Deutschland ist in dem genannten Zeitraume um ungefähr 800 Prozent, die nach dem Auslande gleichzeitig nur um 270 Prozent gestiegen. Die Zunahme der Einfuhr aus Deutschland belief sich auf nahezu das Vierfache derjenigen aus dem Auslande. Zu diesen Zahlen wären noch die des Schiffverkehrs zu fügen, die ebenso wie die des Eisenbahnverkehrs ergeben

Digitized by Google

würden: Alt-Deutschland ist für Elsaß-Lothringen der größte Abnehmer und der größte Lieferant.

Dazu sei als charakteristisches Merkmal der allgemeinen Lebenshaltung der elsaß-lothringischen Bevölkerung noch erwähnt, daß die Einlagen bei den elsaß-lothringischen Sparkassen von 14 Millionen Mark im Jahre 1875 auf 178 Millionen Mark im Jahre 1914 angewachsen sind. Auf je 1000 Einwohner entfallen heute 258 Sparkasseneinleger gegen nur 30 im Jahre 1875, und auf den Kopf der Bevölkerung kommen heute 95,62 Mark Spareinlagen gegen nur 9,28 Mark im Jahre 1875. Ferner haben neben der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die im Jahre 1887 mit der Gewerbeordnung eingeführt wurde, verschiedene deutsche Reichsgesetze mehr und mehr auf die Hebung der Lebenshaltung der elsaß-lothringischen Arbeiterschaft hingewirkt. Wie sehr Frankreich auf dem Gebiete der Arbeiter-Versicherung weit hinter Deutschland zurücksteht, zeigt bei der Krankenversicherung besonders deutlich ein Vergleich in Zahlen, den der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel in in seiner Schrift: „Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie" mitteilt. Es weisen auf: Frankreich mit 39 Millionen Einwohnern 1 Million Versicherte und 4 Millionen Leistungen; Deutschland mit 68 Millionen Einwohnern 20 Millionen Versicherte und 390 Millionen Leistungen; Elsaß-Lothringen mit 1¾ Millionen Einwohnern 389 000 Versicherte und 9,5 Millionen Leistungen.

Da es sich mit den anderen Zweigen der sozialen Versicherung ähnlich verhält, müßten die Arbeiter Elsaß-Lothringens bei einer Angliederung des Landes an Frankreich ihren Kampf ums Dasein unter wesentlich schlechteren Bedingungen führen.

Was fordern von hier aus die volkswirtschaftlichen Interessen Elsaß-Lothringens von der Entwicklung nach dem Kriege? Da hat denn in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens im Deutschen Reiche wohl unbestreitbar gezeigt, wie sehr das volkswirtschaftliche Prinzip, das die deutsche Arbeit mehr als die anderer Nationen charakterisiert und beherrscht: Planmäßigkeit und Organisation, intensives Zusammenwirken der Wissenschaft mit der volkswirtschaftlichen Praxis, auch in den Grenzländern in Landwirtschaft, Industrie und Handel einen gewaltigen, geradezu ungeahnten Aufstieg herbeigeführt hat.

Indes, heute wirken ja 10 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung weit stärker als früher ein halbes oder ganzes Jahrhundert ökonomischen Fortschritts. Kein Wunder, daß die 45 Jahre, seitdem Elsaß-Lothringen zum deutschen Wirtschaftsgebiet gehört, das Land ökonomisch hundertfach mehr mit Deutschland verknüpft haben, als die Entwicklung in 81 Jahren, die es seit 1789 als Glied französischen Wirtschaftslebens und Wirtschaftsgebietes erfahren hat, daß in diesem Zeitraume alles und jedes wirtschaftliche Interesse auf Alt-Deutschland eingestellt worden ist. Daher ist es verständlich, wenn auf den Bezirkstagen für Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen im vergangenen Jahre eine Erklärung einmütig angenommen wurde, in der es heißt,

Digitized by Google

„daß die wirtschaftliche Wohlfahrt Elsaß-Lothringens, das in 46jähriger Friedensarbeit ein Glied der deutschen Volkswirtschaft geworden ist, nur durch seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche unangetastet bleibt; und daß eine wurzelechte kulturelle Zukunft des Landes nur in Anschluß an das gesamte deutsche Volksleben möglich ist".

Vom Dickverdienen

In der letzten Zeit ist auch an dieser Stelle viel die Rede gewesen von den neugemachten Erfindungen auf dem Gebiete der Textilfasern. Es ist, wie erinnerlich, gelungen, auf chemischem Wege einen Stoff, die Stapelfaser zu erzeugen, die anscheinend im hohem Maße geeignet ist, allmählich die alten, aus dem Auslande bezogenen und uns zurzeit nicht zur Verfügung stehenden Rohstoffe, Wolle und Baumwolle, teilweise zu ersetzen. Nun erzählt man sich darüber, daß der Meter dieses Stoffes rund 45 Mark koste gegenüber einem Preis von 1,50 Mark, den die bisherige Qualität aus Wolle im Frieden gekostet habe. Daraus werden dann entsprechend ungünstige Schlüsse gezogen auf die mangelhafte Konkurrenzfähigkeit des neuen Produktes. Obwohl nun die Nachprüfuug der Frage der Konkurrenzfähigkeit äußerst schwierig ist, so darf man doch aus den heute verlangten und erzielten Preisen allein nicht so ohne weiteres derartige Schlüsse ziehen. Es ist hier vielmehr ein anderer Umstand zu berücksichtigen, der auch sonst die ernsteste Aufmerksamkeit aller erfordert: Das ist das Dickverdienen! Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß jedermann, angefangen vom Arbeiter und Bauer bis hinauf zum größten Großunternehmen, es für seine patriotische Pflicht hält, so große Zwischengewinne zu machen, wie nur irgend möglich. Da nun ebenso wie der einzelne Mensch auch das wirtschaftliche Unternehmen aus egoistischen Motiven geleitet wird, so denkt man nicht an die Folgen seines Handelns für die Allgemeinheit. Daß aber durch dieses Bestreben, soviel wie nur irgend möglich herauszuschlagen, die ohnehin fast unerträgliche Teuerung weiter verschärft wird, bedarf keiner Begründung. Nun wird man einwenden, daß dieser Überteuerung durch die Produzenten gewisse Grenzen gezogen seien durch die verschiedenen Kriegswucherbestimmungen und durch preiskontrollierende Einrichtungen wie sie in der „Wumba" bestehen. Außerdem aber, so wird mancher meinen, kommen die Übergewinne zum guten Teil der Allgemeinheit — auf dem Wege der Kriegsgewinnsteuer wieder zugute. Beide Einwendungen sind nur sehr bedingt richtig, denn das Nachprüfen der Gewinne ist heute schwieriger denn je und zwar gerade dort am schwierigsten, wo es sich um neue Verfahren handelt. Wer will feststellen, welche Abschreibungsquote bei der Herstellung von Stapelfaser oder künstlichem Kautschuk oder synthetischer Essigsäure notwendig ist, wo doch jegliche Erfahrung fehlt? Wer vor allem kann heute mit Bestimmtheit feststellen, welcher Teil der schon früher aufgewandten

Digitized by Google

Versuchskosten auf die neue Produktion geschlagen werden darf? Ist es berechtigt, diese auf die Produktion eines einzigen Jahres aufzuschlagen mit der Begründung, daß man nach dem Kriege vielleicht andere Verfahren anwenden müsse oder wird dadurch die Ware viel zu sehr verteuert? Man sieht, allerhand Fragen, die leichter zu stellen, als zu lösen sind.

Und ähnlich ist es mit der Versteuerung der Kriegsgewinne. Auch hier gibt es nicht nur Wege, um dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen; dabei braucht man noch nicht einmal an ein unbedingt betrügerisches Vorgehen zu denken. Abgesehen davon nämlich, daß sich die Kriegsgewinne häufig und zwar gerade beim Klein- und Mittelbetrieb gar zu leicht in kleine, nicht mehr zu kontrollierende Posten zerteilen, findet das Hilfsmittel der Abschreibung so mannigfache Wege um die Gewinne verschwinden zu lassen, daß es geradezu verwunderlich wäre, wenn davon kein sehr weitgehender Gebrauch gemacht würde. Gerade in den Industrien, die sich erst im späteren Verlauf des Krieges entwickelt haben, ist dieser Umstand sehr wohl zu beachten. Man denke daran, welche gewaltige Bauten die Automobilindustrie, namentlich aber auch die chemischen Werke neuerdings im Interesse unserer Kriegswirtschaft haben aufführen müssen, und berücksichtige, was heute derartige Baulichkeiten kosten. Es wäre vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen geradezu eine Torheit, wenn man von diesen Tatsachen nicht den entsprechenden Gebrauch machen würde und durch außerordentlich hohe Abschreibungen sich nicht nur gegen die Gefahren sichern, sondern sich auch entsprechende stille Rücklagen sichern würde.

Ist also privatwirtschaftlich dieses Vorgehen durchaus begreiflich, so bringt es doch für die Allgemeinheit sehr bedauerliche Folgeerscheinungen. Dafür nur einige Beispiele: Vom künstlichen Kautschuk wird erzählt, daß er zurzeit etwa 100 Mark das Kilo kostet, während auf dem Weltmarkte der Preis sich auf 5 bis 6 Mark stellt und unter Berücksichtigung der Valutaverhältnisse, der Frachtenverteuerung usw. Kautschuk bei uns höchstens 12 Mark kosten würde, wenn er vom Auslande hereingebracht werden könnte. Spricht man mit sachverständigen Chemikern über diesen Punkt, so sind sie über diesen Preisunterschied im hohen Maße überrascht. Bei näherem Zusehen aber findet man, daß die für künstlichen Kautschuk notwendigen Rohstoffe zurzeit ein Vielfaches ihres Friedenspreises kosten. Aber selbst unter Berücksichtigung dieser so außerordentlich erhöhten Rohstoffe und Aufwendungen bleibt der Preis erstaunlich hoch, und man kann nur vermuten, daß hier die oben angegebenen starken Zwischengewinne und anormal hohen Aufwendungen für Abschreibungen und Versuchskosten in sehr ansehnlichem Maße einkalkuliert sind. Geht man nun auf die Gründe zurück, warum die für Kautschuk notwendigen Rohstoffe so teuer sind, so findet man eben dieselben Gründe bei der Herstellung dieser Rohstoffe. Auch diese sind unbegreiflich „vorsichtig" kalkuliert, auch diese enthalten Risikoprämien, die für den Außenstehenden viel zu hoch erscheinen.

Das Schlimme an der Sache ist, daß heute dieses Bestreben des Dickverdienens

Digitized by Google

zu allgemein verbreitet ist und dadurch mit daran schuld ist an der allgemeinen Teuerung. Früher war das anders. Wenn beispielsweise im Frieden die Preise für Rohbaumwolle selbst um 100 Prozent in die Höhe gegangen sind, so verflüchtete sich eine solche Steigerung von Produktionsprozeß zu Produktionsprozeß. Schon das aus dieser verteuerten Baumwolle hergestellte Garn war nicht mehr um 100, sondern vielleicht um 70 Prozent teuerer, weil ja der Herstellungsprozeß sich nicht verteuert hat. An Geweben mochte der Aufschlag nur mehr 50 Prozent, beim Kleidungsstück vielleicht nur noch 20 Prozent betragen haben. Heute ist das anders; heute wird bei jedem weiteren Produktionsprozeß womöglich noch die Teuerung verschlimmert. Welche Auffassung man heute in den Kreisen der Industrien von normalen Verdiensten hat, hat sich neulich wieder recht klar herausgestellt in einem Konflikt zwischen der Militärverwaltung und einer neuen Münchener Flugzeugfabrik. Diese hatte mit aller Energie für ihre Motoren einen Preis verlangt, welcher der Möglichkeit der Abschreibungen genügend Rechnung trägt, und sie begründet diese Forderung damit, daß die großen, alten Motorenwerke durch die Abwicklung ihrer Kriegslieferungen nicht nur ihre Kriegsbauten, sondern neben Schaffung bedeutender Reserven für die Übergangswirtschaft auch ihre, aus dem Frieden herrührenden Anlagen auf 1 Mark abschreiben und dabei bis zu 30 und 40 Prozent Dividende zahlen könnten. Wenn der Münchener Fabrik nicht erlaubt werde, wenigstens einigermaßen solche Preise zu erzielen, so daß sie ohne Reserven ihre Fabriken noch mit einem Buchwert von Millionen in die Friedenswirtschaft überführen muß, so könne sie im Frieden als totes Unternehmen ohne Konkurrenzfähigkeit und ohne jegliche Steuerkraft ihre Tore schließen. Man sieht, es werden heute an den „Racker Staat" geradezu unglaubliche Zumutungen gestellt.

All diese Dinge zeigen doch immerhin einen der vielen Gründe, die zu der heutigen Teuerung geführt haben. Wie fast alles in der Welt, so hat wohl auch diese Erscheinung vielleicht ihr Gutes. Und hier kommen wir auf den Ausgangspunkt unserer Ausführungen zurück. Wir schilderten, wie heute Gewebe nach neuen Verfahren etwa das Dreißigfache ihrer Friedenspreise kosten und finden bei dem künstlichen Kautschuk ein ähnliches Verhältnis. Wenn es nun Tatsache ist, daß der größere Teil dieser Verteuerung lediglich zurückzuführen ist auf übermäßige Gewinne der beteiligten Industrien, so ist gleichzeitig die Hoffnung vorhanden, daß wir später, wenn wieder einmal die Gewinnrate auf ihr früheres normales Maß zurücksinkt, auch mit gar manchen Ersatzindustrien gegenüber dem Auslande konkurrenzfähig sind. Ja noch mehr, wenn die Kriegsjahre dazu gedient haben, die Anlagen und die Versuchskosten sehr scharf abzuschreiben, vielleicht sogar ganz zu tilgen, so ist die deutsche Industrie wohl in der Lage, ihre Kalkulation äußerst scharf zu bemessen und dabei unter Umständen den Posten „Abschreibungen" so gut wie ganz auszuschalten. Trotz dieses Trostes aber muß das Dickverdienen in der jetzigen Form als eine schwere nationale Krankheit bezeichnet werden.

Severus Linter

Digitized by Google

Notizen

Hertling, Balfour und die „Nation“. Die Londoner Wochenschrift „Nation“ gibt zu den Juli-Ereignissen im Hauptausschuß des Reichstags folgendes Kommentar:

„Am 10. gab der Hauptausschuß der Reichstags seinen Empfindungen Ausdruck, indem er den Plan, die französischen Eigentümer in Elsaß-Lothringen zu enteignen, verwarf und auf Hertlings Erklärungen vor der Kreditabstimmung bestand. Der Kanzler wurde durch Payer unterrichtet, daß er ein gut Teil mehr würde sagen müssen als die vage Versicherung in seinem Telegramm, daß die deutsche Politik unverändert bleiben würde. Am 11. sagte er ein gut Teil mehr: die deutsche Antwort auf die Papstnote sei die Basis seiner Politik; Belgien sei nur ein Pfand; Hintze sei da, um Hertlings Politik, nicht seine eigene anzuführen. Alles dies wurde vertraulich erklärt, um den Anschein eines Nachgebens gegenüber den Sozialisten zu vermeiden. Aber es war nicht genug. Am Morgen des 12. hatte Hertling eine weitere vertrauliche Erklärung zu machen: Deutschland habe nicht die Absicht, Belgien in irgendeiner Form zurückzubehalten. Nicht einmal dies war für die Linke genug. Die Erklärung müsse öffentlich und bindend abgegeben werden. Und das war vor dem französischen Angriff. Wie lesen wir diese Ereignisse? Mr. Balfours öde und wesentlich schlecht berichtete Mitteilung verfehlt ihren Zweck vollkommen. Balfour behandelt das Angebot über Belgien nicht als eine unvollständige Konzession an unsere Sache — als welche sie gemeint war —, sondern als eine glatte Ablehnung. Das ist reine Fälschung. Hertling war gezwungen, seine Erklärung nicht für, sondern gegen die Militärpartei abzugeben. Wenn er aber wünscht, mit ihr ins rechte Geleise zu kommen, ist Mr. Balfour der Mann, um ihm zu helfen. ‚Sie sehen, was davon kommt, wenn man mit England spricht,‘ ist tatsächlich der Kommentar der deutschen Kriegspartei über die Balfourrede.“

Staatssekretär Dr. Solf hat in der Zwischenzeit eine überlegene Charakteristik der Balfourschen Rede gegeben. Es handelt sich darum für die deutsche Politik, sich durch solche Reden in dem, was ihr als eine sachlich zweckmäßige Möglichkeit zu einem ehrenvollen Frieden erscheint, nicht beirren zu lassen, dabei von der Illusion frei zu bleiben, daß dieses britische Kabinett für einen den deutschen Lebensnotwendigkeiten gerecht werdenden Frieden überhaupt in Betracht komme.

„Propaganda“ in der Ukraine. „Dr. v. Kühlmann, der bisherige deutsche Staatssekretär des Äußern. Er hat den Frieden zwischen Deutschland und der Ukraine in Brest-Litowsk geschlossen. Auch die Friedensverhandlungen mit Rußland, Finnland und Rumänien hat er zum Abschluß gebracht. Jetzt mußte er zurücktreten, da er in einer müden Rede im deutschen Reichstage die Hauptschuld am Weltkriege Rußland zuschob, während das deutsche Volk in England den größten Feind des Friedens sieht.“ — So zu lesen „Oko“, einer deutscherseits herausgegebenen Bilderzeitschrift für die Ukraine. Zwei Fragen drängen sich unwillkürlich auf: Erstens, ist es nicht taktlos, in einem für die Ukraine bestimmten Blatte derartige Führungsatteste deutschen Staatsmännern auszustellen. Zweitens, steht im Osten seit dem Sjuchomlinow-Prozeß fest, daß Rußland im Weltkrieg die letzte Möglichkeit zur Erhaltung des Friedens freventlich zerstört hat. Wer das zu vertuschen versucht, gerät in der Ukraine in den Verdacht, Rußland weiß waschen zu wollen. Hierdurch wird naturgemäß die ukrainische Besorgnis, daß Deutschland wieder mit einem „einigen ungeteilten Rußland“ kokettiere, zum Mißtrauen gesteigert, was doch keineswegs Zweck einer deutschen Publikation in der Ukraine sein sollte.

Herrn Geheimrat Schiemann. Ich sehe mich veranlaßt, den Brief, aus dem ich in der vorigen Nummer in dem Artikel „Michel, Miljukow und Balfour“ einige Sätze anführte, nunmehr vollständig mitzuteilen; zugleich mit meiner Antwort. Der Schreiber ist Geheimrat Pro-

Digitized by Google

fessor Dr. Theodor Schiemann. Sein Brief lautet: Geehrter Herr Dr. Rohrbach, ich empfinde es als eine patriotische Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ihre publizistische Tätigkeit in der „Deutschen Politik" je länger je mehr eine nationale Gefahr zu werden droht. Sie bekämpfen die „Alldeutschen", parallel der verwandten Tätigkeit von Professor Hans Delbrück, offenbar ohne zu ahnen, daß Sie damit die wahrlich nötige Widerstandskraft und das Ausharrungsvermögen des deutschen Volkes systematisch lähmen. Die Art Alldeutschen, die Sie angreifen, existieren nur in der Phantasie unserer Feinde. Es sind klar blickende deutsche Patrioten, die Sie denunzieren und gegen die Sie und Delbrück die Leute mit schwachen Nerven, die Miesmacher à la .....[1] und Genossen und die schwachen Köpfe in leitenden Stellungen mobil zu machen versuchen. Ich werde alles, was irgend an mir liegt, tun, um Ihre schädliche Wirksamkeit zu brechen und hoffe, daß es mir gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Es ist eine ungeheure Eitelkeit und Selbstüberhebung, die aus Ihrem und Delbrücks Treiben spricht und eine direkte Schädigung Deutschlands in kritischer Stunde. Es soll mich freuen, wenn diese Zeilen Sie zum Nachdenken und zur Selbstprüfung veranlassen. Ihr

Berlin W. 50, den 9. August 1918. gez. Schiemann

Hierauf habe ich unter dem 25. August Folgendes geantwortet: Sehr geehrter Herr Geheimrat, Ihren Brief vom 9. August habe ich erhalten. Zu meinem großen Bedauern bin ich nicht in der Lage, wie ich sonst gerne täte, Ihnen eine ausführliche sachliche Erklärung zur Rechtfertigung meines Standpunktes zu geben, da Sie es für passend befunden haben, mir zum Schluß Ihres Briefes „ungeheure Eitelkeit und Selbstüberhebung" vorzuwerfen. Das ist ein persönlicher Angriff, der, solange er nicht in angemessener Form zurückgenommen wird, weitere persönliche Korrespondenz ausschließt. Da Sie mir damit drohen, meine öffentliche politische Tätigkeit in der von mir als notwendig erkannten Richtung unmöglich zu machen, so bleibt mir nur übrig, Ihren Brief zu veröffentlichen und die politische Auseinandersetzung auf diese Weise weiterzuführen. Ob die Beziehungen, die Sie sich zu haben rühmen, sich wirklich von Ihnen in Bewegung setzen lassen, Professor Delbrücks und meine Wirksamkeit zu „brechen", wird man ja bald genug zu beobachten in der Lage sein. Ganz ergebenst

Dr. Paul Rohrbach

Die nächsten Aufgaben des ukrainischen Bürgertums. In der „Nowa Rada" von 3. August 1918 führt M. Kuschnir folgendes aus: Wenn die ukrainische Intelligenz es begriffen hat, daß der ukrainische Staat und die Nation wiederum dank feindlichen Kräften sich in einer tragischen Lage befinden, daß diese Gefahr alle Errungenschaften der jüngsten Vergangenheit bedroht oder vielleicht gar ihnen den Todesstoß versetzt, so ist das ukrainische Bürgertum verpflichtet, sich zu einem nationalen Bunde zu vereinigen und eine einheitliche Front zum Schutze der Staatlichkeit und der Nation herzustellen.

Wenn wir uns rings umschauen, so gewahren wir, daß das russische Staatsbürgertum, angefangen von den Bolschewisten-Kommunisten bis zu den schwärzesten Monarchisten, sich dem Gedanken der ukrainischen Staatlichkeit gegenüber unversöhnlich zeigt ...

Das ukrainische Volk ist nicht für das politische System in Rußland verantwortlich, welches das Land bis zum völligen Zerfall geführt hat; desgleichen hat die ukrainische Intelligenz nichts mit jenem politischen Kurs zu tun, welcher augenblicklich in der Ukraine herrscht ...

Die Bourgeoiskreise des russischen Bürgertums, die Monarchisten aller Färbungen, einschließlich der Kadetten, verrichten eine antiukrainische und antistaatliche Arbeit; und zwar wie immer nicht nur mittels einer Propaganda, sondern mittels verschiedener Intriguen und Insinuationen, indem sie hoffen die Vertreter der Zentralmächte gegen das ukrainische Bür-

[1] Hier steht der Name einer hervorragenden Persönlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens. Rb

Digitized by Google

gertum aufzuhetzen, zu diesem Zweck schlagen sie Zugeständnisse an Rußland vor und nutzen auf ihre Art die Politik der Regierung aus. (Zensurlücke im ukrainischen Text)

Wir wissen es, wie wichtig augenblicklich die Arbeit der Intelligenz in der Provinz ist, besonders aber auf dem flachen Lande und in den Bauernhöfen, dort, wo das bureaukratische Polizeiregime durchgeführt wird. Halten wir uns immer vor Augen, daß auch während der bittersten Reaktion der Zarenzeit, als das ukrainische Volk verfolgt wurde, die besten Söhne der Ukraine für die Zukunft ihres Volkes arbeiteten ...

In Kiew ist bereits ein Ukrainischer Nationalverband begründet worden, welcher fast alle ukrainischen Parteien und Organisationen zum Zwecke des Schutzes der ukrainischen Staatlichkeit und zur Warnung der nationalen Interessen vereinigt. Ein gleicher Verband besteht in Odessa und in anderen Orten.

Daher ist es die dringendste Aufgabe des ukrainischen Bürgertums solche Verbände als Zweigstellen des Ukrainischen Nationalverbandes in Kiew überall, in den Dörfern und Bauernhöfen, zu begründen, allenthalben wo ukrainische Partei-, Gemeinde- und kulturelle Organisationen bestehen ...

Berichtigung. In dem Aufsatz von Prof. Japikse, Haag (Nr. 32), ist richtigzustellen, daß die Ausfuhr aus Indien nach Amerika von 5,2 Millionen Dollars auf 62 Millionen (nicht 6,2) gestiegen ist.

Neuerscheinungen

Kulturpolitik

Ein beschämendes Zeugnis für die geistige Verarbeitung des Weltkrieges ist das Bekenntnis, das Fritz Münch seiner zu systematischer Klarheit über beide Begriffe strebenden Schrift „Kultur und Recht" (Verlag Felix Meiner, Leipzig 1918) vorausschickt: Wohl spielten die Worte „Kultur und Recht" in allen Auseinandersetzungen eine Hauptrolle. Er könne aber nicht finden, daß in diesen Erörterungen die Klarheit und Tiefe der Einsicht auf gleicher Höhe stehe mit der Leidenschaft der Überzeugung, „obwohl doch die subjektive Überzeugung der objektiven Erkenntnis nicht entraten kann, will sie ihrer selbst sicher sein und sich die allgemeine Anerkennung erzwingen". Schlimm genug, daß nach Auseinandersetzungen von vier Kriegsjahren Wege zur objektiven Erkenntnis der Grundbegriffe gesucht werden müssen, aus denen erst die Frage nach dem Eigenwesen auch der deutschen Kultur, Staats- und Rechtsidee „in begründeter und begründender Weise" gelöst werden kann; daß, wie zur Zeit von Leibniz, die Rechtsgelehrten von ihrer Verachtung der Philosophie zur Einsicht geführt werden müssen „daß ohne Philosophie die meisten Fragen ihres Jus ein Labyrinth ohne Ausgang sind"; daß nach einer Kriegsliteratur von vier Jahren erst nach dem Sinn der „Kultur" zu fragen Grund ist. Auf die idealistische Dichtung und idealistische Philosophie gestützt sucht A. von Gleichen-Rußwurm dem Wiederaufbau der Gesittung vorzuarbeiten. Sein Buch heißt „Der freie Mensch". (Otto Reichel Verlag, Berlin 1918, gb. M. 7.50.) Mit dem Satz von Whitman als Motto „Nur die Liebe kann das Freiheitsproblem lösen" und unter Berufung auf Jean Paul, der den Krieg „den ältesten Barbarismus der Menschheit, einen Generalsturm auf die Moral, ein sprach- und herzverwirrendes Babel des Körperreiches" nennt, will es die Menschen durch Dichtung und Kunst gegenüber den seither geübten seelenlosen und freiheitlosen Disziplinen zur geistigen Freiheit und inneren Selbständigkeit erziehen. „Der Geist der Erziehung ist nichts anderes als das Bestreben, den Idealmenschen, der in jedem liegt, frei zu machen durch einen Freigewordenen." Es kann nicht als die der Zeit angemessene Lösung gelten, Führung und Richtung für den Aufbau Deutschlands bei den Großen der Vergangenheit zu suchen, statt sie aus den Erlebnissen der eigenen Zeit zu finden. Erfreulich bleibt die Gesinnung, aus der hier Wege zu innerer deutscher Freiheit aufgezeigt werden und aus der die Fragen des Buches gestellt sind: „Wenn die alte Geschichte vor uns spielt, kehren wir erschüttert oder gleichgültig heim zu unseren Geschäften? Oder schämen wir uns der billigen, furchtsamen Trostworte, die wir den edelsten Opfern gespendet? Sind die Begriffe, mit denen wir uns begnügt zu eigenem und fremden Trost und in deren Besitz wir uns Jugendlast genug dünkte, nicht etwa zu bessern und zu klären?" Kühler, nüchterner, aber auch unfruchtbarer ist die Darstellung und Kritik von „Walter Rathenaus staatsbürgerlichem Problem" durch Paul Cauer. (Weidmann, Berlin 1918, M. 2.—.) Cauer tritt Rathenau entgegen auf dem Boden philologisch-historischer Forschung und Fragestellung, streng rationalistisch, skeptisch gegen Rathenaus „Zukunfts-Maxime" selbstloser Gemeinwirt-

Digitized by Google

schaft. Aber er findet doch auch in der Sinnesart und Betätigung Rathenaus „ein sichtbares Beispiel", „das andere mit fortreißen und mehr wirken könne als belehrende Worte". Aus Rathenaus Gesamtanschauungen folgert er gar als Aufgaben künftiger Erziehung: „Wissenschaften zu pflegen, die einer künftigen Praxis dienen, sie aber so zu behandeln, daß dieser Zusammenhang zurücktritt und vielmehr das geistentstammte, geistbildende Element in ihnen hervorgearbeitet wird." Und in seinen Schriften sieht er Anleitungen zu politischem Denken, nach denen die Pädagogik seit langem und noch heute — theoretisch, akademisch, unlebendig — ergebnislos sucht. Wirkungslos bleiben für die Allgemeinheit die „Grundfragen der Soziologie" (Individuum und Gesellschaft), wie sie Georg Simmel in einem Bändchen der Sammlung Göschen in seiner eigenartigen anregenden dialektischen Form, aber in der Sprache esoterischer philosophischer Doktrin aufstellt und abhandelt.

Daß „den edelsten Opfern" „der billigen, furchtsamen Trostworte" noch immer nicht genug „gespendet" sind, beweisen gleich eine Reihe Bücher und Schriften voll „eigenem und fremdem Trost" und „genugsamer Tugendhaftigkeit. Anton Wortlitscheck, Stadtpfarrerprediger in München, glaubt die Sammlungen von „Kriegspredigten" (von denen kaum eine die Kriegsliteratur ziert) um einen weiteren, gar noch dicken Band „Deutsches Volk und Christusglaube" (Freiburg, Herder, M. 4.—) vermehren zu sollen. Gottfried Traub mahnt in seinem Vortrag über „Kirche und Religion" (Engelhorn, Stuttgart 1918) „die Quellen der Religion müßten wieder strömen".

Professor Dr. Karl Paul, Missionsdirektor in Leipzig, ruft das „echte Christentum" auf, um durch „die Weltmission der deutschen Frömmigkeit" (Verlag Bertelsmann, Gütersloh 1918, 30 Pf.) den „guten deutschen Namen" wieder zu Ehren zu bringen.

Emanuel von Bodmann hielt eine „Rede in die Zeit" über „Schicksal und Seele", die von Engelhorn, Stuttgart, gedruckt ist. Er spricht darin seelenlos über „Seele", leicht hin über das „Schicksal".

Die Gattung kulturpolitischer Werke zu politischen Zwecken wird mit einer Reihe von Werken gepflegt, die sich in der Hauptzahl — natürlicherweise — um Mitteleuropa konzentrieren.

Dr. Viktor Bauer von Rohrfelden deutet den „Sinn des Krieges" (Verlag Institut für Kulturforschung, Wien 1918) „mit teilweise unfertigen Gedankengängen", als germanisch-slawische Interessen- und Ideengemeinschaft, aus der Freundschaft des dem slawischen Geiste verwandten Schiller mit Goethe „dem ausgesprochen deutschen Westmenschen mit leichter Anlehnung an das Franzosentum". Auch die mühsam errungene deutsche Kultur erhalte ihre Lebensgrundlage, die ihr Menschheitsbedeutung zu geben berufen sei, erst durch den Osten. „Erst durch das Slawentum wird das Deutschtum unsterblich." Austriacus Observator sucht mit ethnischem, geographischem, wirtschaftlichem, kulturellem Material ein Bündnis der Mittelmächte „mit einem durch eine soziale Monarchie verjüngten und erstarkten Rußland als den idealsten, weil adäquatesten Abschluß der gewaltigen Bewegung zu erweisen und dem ungläubigen Leser nahezubringen, welche jetzt erschütternd über die Völker der Erde dahingeht." Julius Bab und Willy Handl haben eine vergleichende Kulturgeschichte „Wien und Berlin" „der beiden Hauptstädte Mitteleuropas" geschrieben (Österheld, Berlin 1918). Der Wert des Buches macht die Darlegung der zahlreichen Beziehungen aus, die künstlerisch und literarisch zwischen Wien und Berlin seit Jahrhunderten hin und her gegangen sind, in einer Aussprache „die ebensoviel streitbare Selbstbehauptung wie empfängliche Annäherung" ist. Aus diesem geschichtlichen Bild ergibt sich freilich „die Erkenntnis tiefer Verschiedenheiten in den kulturellen, geschichtlichen und geistigen Voraussetzungen". Ob „das Gefühl, daß sie national, politisch, wirtschaftspolitisch und weltpolitisch zueinander gehören", stark genug ist, trotz dieser Verschiedenheiten beide Städte in „dauernde, mitteleuropäische Wechselwirkung" zu bringen, ist „in dem gebieterischen Zwange der Kriegszeit", von dem auch die beiden Verfasser nicht frei sind, wohl noch nicht abzusehen. Zumal die Verfasser selbst ihrem Buche den richtigen Satz voranstellten, daß „in Wahrheit das politische Problem durchaus nicht identisch ist mit dem Problem, das das Lebensverhältnis dieser beiden großen Städte zueinander stellt."

K. Hönn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

In dieser Woche beginnt die Verfassungskommission des Herrenhauses die Beratung über die Wahlrechtsvorlage. Dr. Friedberg hat seiner Zeit auf die staatsmännische Einsicht dieses Parlaments große Erwartungen gesetzt; diese sind ihm wahrscheinlich vergangen, als er die Zusammensetzung des Ausschusses gelesen hat. Hier wird Herr von Oldenburg das große Wort führen und die Regierung steht vor der Frage, ob sie sich von vornherein in die Defensive drängen lassen will. Es handelt sich für sie im Augenblick nicht bloß um den technischen Weitergang der preußischen Wahlrechtsfrage. Man mag — und mit Recht — noch so oft und nachdrücklich betonen, daß die Regelung dieser Dinge eine innerdeutsche Sorge ist, bei der uns das Echo des Auslandes gleichgiltig sein muß — das ist nicht abzustreiten: die Taktik des preußischen Ministeriums entscheidet mit über den Kredit, den das Kabinett Hertling in ganz Deutschland genießt. Und dieser Kredit ist die Voraussetzung der Wirkung, die seine politischen Entschlüsse auf das Ausland ausüben. Heute mehr denn je liegt auf dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ein großes Stück Verantwortung für die geschlossene, vertrauenwerbende Fortführung der deutschen Gesamtpolitik.

*

Die Ergänzung des Brest Litowsker Friedens schafft zunächst Klarheit darüber, daß Livland und Estland, im Sinn der ursprünglichen Stellungnahme Lenins vom November 1917, nun auch vertragsmäßig ermächtigt ist, seine staatliche Zukunft unabhängig von großrussischen Bindungen zu entscheiden. Über die Durchführung der finanzrechtlichen Abmachungen wird man im Augenblick nichts Sicheres annehmen wollen, solange unübersichtlich bleibt, wie Rußland seine Verpflichtungen wird erfüllen können — ist doch allein der Maßstab des Geldes ein unerhört schwankender und ungewisser Faktor. Auch die politisch bedeutungsvollste Frage ist noch in der Schwebe geblieben: Georgien zwar ist von Moskau als unabhängig anerkannt, aber das Gebiet östlich des Dons hat in dem Vertrag keine Erwähnung gefunden. Dort ist es heute noch zu keiner militärischen Konsolidierung gekommen und damit bleiben

Digitized by Google

auch die politischen Fragen offen. Sie sind freilich wichtig genug: im künftigen Staatsschicksal der heutigen Donrepublik entscheidet sich die Frage, ob „Großrußland" ans Schwarze Meer reichen wird oder nicht.

*

Graf Hertlings Antwort an die katholischen Studenten ist zugleich eine Antwort auf die Frage, weshalb wir keine Regierung von moralischer Offensivkraft haben. Wir haben sie darum nicht, weil ihre obersten Leiter das Gesetz der moralischen Offensive überhaupt nicht kennen. Auf Lord Cecils Behauptung, in Deutschland regierten die Alldeutschen, das heißt nach der englischen Definition die Gewalt- und Knockout-Politiker, war überhaupt nur eine Antwort möglich: Diese Sorte von Politikern ist in England allerdings an der Regierung; sie rühmt sich ja sogar ihrer Entschlossenheit zur Erwürgung des Friedensgedankens. Bei uns stehen diejenigen, die an eine solche Politik denken, in Opposition zur Regierung. Gibt es also eine heuchlerische Unverschämtheit, als wie Lord Cecil, zu behaupten, eine Regierung wie die deutsche sei nicht verhandlungsfähig? So etwa hätte der Reichskanzler antworten müssen. Statt dessen wurde die Gelegenheit wieder versäumt. Auch die Stresemannsche Rede war an einem entscheidenden Punkt nicht glücklich. Stresemann hat manches Gute gesagt, aber falsch war es, wieder unsere Verhandlungsbereitschaft zu erklären und Lord Cecil Mäßigung zu bescheinigen. Dieser Mann ist nicht ein gemäßigter, sondern ein hochmütiger, haßerfüllter und unaufrichtiger Gegner, der eben wieder einen typischen Versuch zur „Propaganda in Feindesland" gemacht hat. Er fürchtet die Absage der Regierung an das Alldeutschtum. Darum sucht er sie zu verhindern, indem er sie fordert, und spielt so das Spiel derer, deren irregehender Patriotismus unsere Gefahr ist.

*

In Italien ist eine merkwürdige innere Spannung entstanden: Sonnino, der kühlste Imperial ist, will an dem ursprünglichen Adriaprogramm festhalten, während England sich auf die Seite der Südslawen gelegt hat und offenbar auch in der italienischen Bevölkerung diese Stimmung verbreiten konnte: wenn nur erst Österreich-Ungarn zertrümmert ist, dann wird Italien stark sein. Sonnino aber weiß, daß dieser südslawische Staat, dem die Entente jetzt ihre Begeisterung verschenkt, ein britisches Werkzeug gegen Italien sein kann — nicht der Italiener tritt als Befreier auf dem Balkan auf, sondern er wird, hat er nicht politisch ein Machtwort mitzureden, vollends hinausgeworfen. Die italienische Stimmung scheint nicht zu merken, daß Sonnino die konsequente Politik verfolgt — sie lebt in der Angst, daß sein Starrsinn die Beziehung zu den Westmächten abkühlen könne. Deshalb nimmt sie ihn zum erstenmal scharf in die Kritik — freilich ein Disput, der im Augenblick politisch nicht fruchtbar wird. Denn er fällt mit dem erfolgreichen österreich-ungarischen Vorstoß in Albanien zusammen und bekommt damit etwas groteske Züge.

Digitized by Google

Ist Rußland für einen neuen Krieg zu brauchen?

Von Hermann Rohrbach in Libau

Bei einer Reise durch Deutschland in diesem Sommer bin ich von verschiedensten Seiten gefragt worden: Ist zu erwarten, daß Rußland in der nächsten Zeit wieder eine schlagfertige Armee schafft und den Krieg von neuem mit uns beginnt? Anfangs sagte ich nur verwundert: „Nein, gewiß nicht"; dann aber merkte ich, daß in Deutschland doch noch recht weite Kreise sich kein rechtes Bild von den gegenwärtigen russischen Verhältnissen machen — obschon man in Rußland von dem Gegenteil überzeugt ist. Eben ist jene Frage in Anbetracht der Ententeumtriebe in Rußland und des Tschechoslowakenrummels wieder aktuell geworden und da möchte ich versuchen — so gut ich es vermag — auch an dieser Stelle eine Antwort auf sie zu geben. (Ich habe von Anfang 1916 bis Ende März 1918 in Moskau gelebt und auch noch ganz kürzlich mit mir als zuverlässig bekannten Personen gesprochen, die soeben aus Rußland zurückgekehrt sind.)

Die Entente arbeitet also mit Hochdruck, um Rußland militärisch wieder auf die Füße zu stellen — wenigstens werden ihre Absichten allgemein so gedeutet. Da sie die Bolschewisten als Haupthindernis für die so heiß ersehnte Wiedereröffnung der russischen Feindseligkeiten gegen die Mittelmächte ansieht, so müssen sie natürlich fort, und das sollen die im Solde der Entente stehenden und teilweise von französischen Offizieren befehligten Tschechoslowaken besorgen. Wer sind nun diese Tschechoslowaken die bereits anfangen, ängstlichen Gemütern in Deutschland Furcht einzuflößen? Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, daß man bereits zur Zarenzeit in Rußland anfing, aus den dort lebenden slawischen Untertanen Österreichs Formationen aufzustellen, die gegen den eigenen Staat kämpfen wollten oder auch einfach sollten. Später nahm man auch kriegsgefangene österreichische Soldaten dazu, die sich zu diesem Verrat bereit finden ließen. Häufig wurden sie auch mit Gewalt dazu gepreßt, und diese Methode scheint denn auch das größte Kontingent geliefert zu haben. Eine solche Formation war auch die tschechoslowakische Brigade, sie bildete beim Beginn der Kerenskioffensive 1917 den Kern der russischen Stoßtruppen. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk hatte diese Brigade in Rußland keinen Zweck mehr und „verlangte" an die französische Front gebracht zu werden, um weiter mit dem Erbfeind zu kämpfen. Der Kriegskommissar der Bolschewisten, Trotzki, hatte damals selbst nicht übel Lust, die Feindseligkeiten gegen Deutschland fortzusetzen, wenn auch inoffiziell und in Form eines Guerillakrieges, und gewährte ihr gern den Abzug mit allen Waffen auf der sibirischen Bahn. Er fing sich aber in der eigenen Schlinge: denn als die tschechoslowakischen Abteilungen sich auf der westsibirischen Bahn gestaffelt hatten, bemächtigten sie sich derselben und verjagten in ihrem Machtbereich die bolschewistischen Sowjets und Roten Garden. Das gelang ihnen um so leichter,

Digitized by Google

als die Bolschewisten in Rußland von jedermann, der mit ihnen in Berührung kommt, auf das Bitterste gehaßt werden und die roten Garden bloße undisziplinierte Pöbelbanden sind. Die tschechoslowakischen Soldaten ließen sich von den Agenten der Entente sehr gern zu diesem Staatsstreich gewinnen, da sie wenig Lust verspürten, ihre Haut in Frankreich nochmals zu Markte zu tragen. (Jetzt heißt es, daß sie beschlossen hätten, sich ganz in Sibirien niederzulassen — auf diese Weise wäre Deutschland sie wohl endgültig los.) Die Zahl der Tschechoslowaken wird auch in deutschen Zeitungen gewaltig übertrieben — es werden Zahlen bis 200 000 oder gar 300 000 genannt; in Wirklichkeit beträgt sie kaum den zehnten Teil, wenigstens soweit es sich um reguläre Truppen handelt. Dafür haben sich ihnen russische Weißgardisten und andere Elemente angeschlossen, die mit den Bolschewisten unzufrieden sind, oder einfach glauben, im Stehlen und Rauben bei den Tschechoslowaken besser auf ihre Rechnung zu kommen. Auch werden sich ihnen wohl auch noch andere österreichische Kriegsgefangene zugesellt haben, denn solche irren halbverhungert allenthalben im Lande umher. Man muß aber diese Unglücklichen gesehen haben, um sich sagen zu können, daß auch bei ihnen von irgendeiner Disziplin keine Rede sein kann. Leute, die jetzt aus Ostrußland zurückkommen, erzählen, daß die Tschechoslowaken im Brandschatzen und Plündern durchaus nicht hinter den Rotgardisten zurückständen — das könnten also jene Mitläufer sein. Für Operationen im größeren Stil sind die Tschechoslowaken jedenfalls viel zu schwach, und es ist zu erwarten, daß sie demnächst von den bolschewistischen Truppen zurückgedrängt werden. Trotzdem ist es leicht möglich, daß die Tage der Leninschen Regierung auf die eine oder die andere Weise gezählt sind. Auch von der Bolschewistenregierung scheint man in Deutschland eine viel zu hohe Meinung zu haben; diese sogenannte Regierung hält sich nur, weil sich das Land im Zustande der furchtbarsten Auflösung befindet und die russische bürgerliche Gesellschaft zu schlapp ist, die Bolschewisten zu verjagen. Die Sowjets hadern längst mit einander, die Provinzialsowjets kümmern sich um den Zentralsowjet in Moskau nur insoweit sie seine Dekrete benutzen können, um den Besitzenden das Fell über die Ohren zu ziehen, ihre Mitglieder sind von einer unglaublichen Unwissenheit und Unkultur, so daß sie bereits diejenigen ihrer Regierungskollegen, die das Unglück hatten, eine Elementarschulbildung zu besitzen, als Bourgeois und der Konterrevolution verdächtig entfernt haben. Haben die Begründer der Bolschewistenregierung noch einige Ideen, wenn auch verworrene, gehabt, so sind diese schon längst untergegangen in dem Ozean bodenloser Barbarei und Gemeinheit, den ihre Bewegung herauf beschworen hat.

Jetzt haben die Tschechoslowaken die Getreidezufuhr aus Sibirien unterbrochen, und da die großrussischen Bauern der Bolschewistenregierung gegen ihr Papiergeld nichts liefern und sich Requisitionen mit Waffengewalt widersetzen, so könnte der Bolschewismus schließlich am Hunger eingehen. Ein solches Ereignis würde die Entente

Digitized by Google

natürlich als einen ungeheueren Erfolg ausposaunen, aber was hätte sie denn im Grunde damit erreicht? Als Erben der Bolschewisten kämen die Monarchisten, Kadetten und Sozialrevolutionäre in Betracht (bei den letzteren wollen wir der Einfachheit halber von den zahlreichen Untergruppen absehen). Von diesen Prätendenten haben die Monarchisten bei der urteilslosen Menge, die nach Ordnung jammert und sich erinnert, daß sie unter der zarischen Knute ein im Vergleich mit heute ganz erträgliches Leben geführt hat, neuerdings viel Sympathie gewonnen, aber es ist wohl ausgeschlossen, daß sie schon jetzt ans Ruder kommen. Sollte es ihnen aber doch gelingen, so werden sie für die Entente kaum zu haben sein, denn diese hat sich nun einmal als Verfechterin der alleinselig machenden Demokratie festgelegt und von der Sorte haben die russischen Monarchisten mehr als genug, auch geben sie den Engländern schuld, durch ihre Umtriebe die russische Katastrophe verschuldet zu haben. Ferner wünschen sie sofort mit dem Ordnungmachen zu beginnen und wissen, daß das ohne die Hilfe des deutschen Nachbars nicht möglich ist. Ein neuer Krieg unter ihrer Führung wäre aber der Todesstoß der Monarchie, einerlei ob Deutschland gewinnt oder unterliegt. Daß Deutschland gewillt sein wird, ihnen Mohrendienste zu leisten, scheinen die Monarchisten anzunehmen. Die Kadetten, die Deutschland ärger als den Teufel hassen, wären in ihrer Mehrzahl ohne weiteres für die Entente zu haben, aber seit der Revolution haben sie stark von ihrer früheren Bedeutung eingebüßt. Man wirft ihnen vor, daß sie blinde Werkzeuge in den Händen der Entente gewesen sind und nicht verstanden haben, sich beizeiten von ihr frei zu machen. Von rechts sieht man auf sie mit unverhohlenem Mißtrauen und für die linken Parteien sind sie verkappte Konterrevolutionäre und werden als solche wütend gehaßt. Jedenfalls haben sich die Kadetten auch dadurch sehr geschadet, daß sie im Bestreben, die Macht zu erlangen oder zu behalten, ihren jeweiligen Parteistandpunkt stets gern den „veränderten Verhältnissen" angepaßt haben: die Partei „Wie der Wind weht" nennen ihre Gegner sie spottend. Schließlich hat sich auch der hervorragendste Führer, der „Vater der Partei" Miljukoff, von ihnen abgewandt. So bleiben für die Zwecke der Entente nur noch die Sozialrevolutionäre übrig, mit denen wohl schon längst aufs neue Beziehungen angeknüpft worden sind.

Die Sozialrevolutionäre bildeten gleich nach der Märzrevolution die mächtigste Partei im Lande, hauptsächlich weil sie in ihrem Programm die kostenlose Verteilung aller Ländereien an die Bauern und das städtische Proletariat hatten und außerdem die Massen die Herbeiführung des Friedens von ihnen erwarteten. Sie ließen sich aber von der Entente und den Kadetten einfangen und erklärten, daß es mit der Landverteilung nicht so schnell ginge, da noch die nötigen gesetzlichen und technischen Unterlagen geschafft werden müßten und daß der Friede nur durch unentwegte Fortsetzung des Krieges zu erreichen sei — und das zu einer Zeit, wo nach russischen offiziellen Angaben zwei Millionen Soldaten nach der Heimat desertiert waren, um

Digitized by Google

bei der bevorstehenden Landverteilung nicht zu spät zu kommen. Die Enttäuschung der Massen benützten die Bolschewisten und „stahlen" den Sozialrevolutionären ihr Programm, in dem sie gleichfalls Land und Frieden versprachen, und zwar sofort. So kam der Novemberaufstand zustande und die Bolschewisten rissen die Gewalt an sich. Anfänglich waren sie mit den linken Sozialrevolutionären vereinigt, die mit Kerenski zerfallen waren; bei der Teilung der Macht kam es aber zum Zwist und die linken Sozialrevolutionäre, die den Bolschewisten die Schließung eines „Schandfriedens" vorwarfen, flogen über Bord. Im russischen Parteiwesen spielen der Ehrgeiz der nach Macht hungernden Führer und die Sehnsucht nach einträglichen Ämtern bei den Parteigenossen eine noch viel größere Rolle als sonst wo, und daher ist die Wut der geprellten Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewisten unbeschreiblich. Sie sind bereit, mit gleichviel wem einen Pakt zu schließen, nur um zur Macht zu gelangen. Von Deutschland erwarten sie natürlich nichts Gutes, denn einmal protegiert es die Bolschewisten und dann sind sie überzeugt, daß die Restauration der Monarchie nur mit Deutschlands Hilfe erfolgen kann. Kommen aber die Monarchisten und Gutsbesitzer ans Ruder, so weiß man, daß die Abrechnung nach russischer Methode erfolgen wird. Den Sozialrevolutionären würde also die Entente ein willkommener Bundesgenosse sein, und es kann gut möglich sein, daß sie schließlich mit ihrer Hilfe zur Macht gelangen; sollte aber dann ihre Regierung auch nur einen Deut stärker sein, als die bolschewistische? Diese Frage darf wohl ohne weiteres verneint werden, denn sie treten ein ganz hoffnungsloses Erbe an.

Von diesem Erbe ist zunächst die furchtbare Lebensmittelnot zu nennen. Großrußland hat schon im Frieden kaum einen Getreideüberschuß gehabt, das eigentliche Getreideausfuhrgebiet war die Ukraine. Es gab Gouvernements, die, wie man in Rußland sagt, bis Ostern eigenes Brot zu essen hatten; manche nur bis Weihnachten und auch das bloß in einem Umfang, den man eigentlich mit „Unterernährung" bezeichnen müßte. Ich saß selbst einmal in einer Rekrutenkommission für einen Landdistrikt Innerrußlands und war entsetzt über die verkümmerten Gestalten, die unbekleidet an unserm Tisch vorrüberzogen. In den erwähnten Distrikten halfen sich die Bauern durch Hausindustrie, oder indem sie in Fabriken arbeiteten und das verdiente Geld nach Hause schickten; jedenfalls mußte eine Menge Getreide dorthin eingeführt werden. Jetzt liegen die Verhältnisse dort natürlich noch viel ungünstiger. Die Hausindustrie steht völlig, in den Städten ist weder Raum noch Arbeit zu finden, und für das entwertete Papiergeld kann der Arbeiter sich nichts kaufen, er hungert jetzt in der Stadt ebenso, wie auf dem Lande. (Kostet doch jetzt in Petersburg ein Pfund Brot gegen 10, ein Pfund Zucker über 30 Rubel.) Die angebaute Fläche ist stark zurückgegangen. Bei der Aneignung der Güter haben die Bauern gewöhnlich alle Gebäude, häufig auch das Inventar, verbrannt, zerstört oder geschlachtet, weil sie glauben, daß nur dann der Gutsbesitzer endgültig nicht mehr zurückkehrt, wenn sein Sitz und

Digitized by Google

Eigentum vollständig vom Erdboden verschwinden. Daher konnten auch die Gutsländereien nur teilweise von den Bauern in Nutzung genommen werden, und gerade sie gaben relativ einen weit höheren Ertrag, als das Bauernland. Das bäuerliche Inventar, totes sowohl wie lebendes, ist durch die langen Kriegsjahre furchtbar heruntergekommen (es war auch schon vor dem Kriege nicht viel wert), so daß heute sein Besitzer auch beim besten Willen nicht einmal den früheren kümmerlichen Ertrag seiner Arbeit haben kann. Da ferner der Bauer für einen eventuellen Ernteüberschuß nur wertloses Papiergeld bekommen könnte, von dem er ohnehin schon „ganze Säcke" bei sich liegen hat und außerdem vor Raub und Requisitionen nicht sicher ist, hat er auch keine Veranlassung dort, wo er es könnte, mehr Land, als für den eigenen Bedarf unter den Pflug zu nehmen. Zieht man noch die unglaublich zerrütteten Transportverhältnisse in Betracht, die auch beim Vorhandensein von lokalen Überschüssen an ländlichen Produkten ihre Verteilung über das riesige Gebiet gar nicht bewerkstelligen könnten, so kann man sich ein klares Bild von der Notlage in Großrußland machen.

Die russische Industrie befindet sich kaum in einer bessern Lage. Schon in den letzten Monaten der Zarenregierung begann sie in ihren Fugen zu krachen, die Material- und Brennstoffversorgung wuchs bereits zu einer Kalamität aus, viele Maschinen standen still, weil keine Ersatzteile beschafft werden konnten. Sie krankte auch stark am Mangel an gelerntem Personal, weil in den ersten Kriegstagen alles rücksichtslos eingezogen wurde; als man sich später besann, waren die meisten Spezialarbeiter schon gefallen, zu Krüppeln geschossen oder in Gefangenschaft. Nach der Revolution kam es zehnmal schlimmer. Die Arbeiter machten sich zu den Herren der Industrie, indem sie entweder die Fabriken in eigene Regie nahmen, oder die Administrationen derart terrorisierten, daß sie widerspruchlos den unsinnigsten Forderungen der Arbeiter nachkamen; das höhere Personal wurde außerdem häufig verjagt oder außer Funktion gesetzt. Die völlig ungebildeten und unintelligenten Arbeitermassen kehrten sich, wo es ihnen nicht paßte, nicht im Mindesten an ihre Führer, sondern preßten die Unternehmungen auf das Unsinnigste wie Zitronen aus, und da sie sich überhaupt nichts mehr sagen ließen, wurden die maschinellen und technischen Einrichtungen auf eine unglaubliche Weise ruiniert. So befindet sich die russische Industrie auf Jahre hinaus in einem Zustande vollständiger Paralyse und es kann als ausgeschlossen gelten, daß sie etwas für einen neuen Krieg liefern kann. Die Transportverhältnisse streifte ich schon. Die Zustände auf den Eisenbahnen spotten aller Beschreibung. Die höheren Beamten, sogar die technischen, sind als „Bourgeois" und „Konterrevolutionäre" verjagt worden, jede Bahn ist eine Art Republik für sich, die Leitung liegt in Händen von allerlei Komitees, in denen Weichensteller und Wagenschmierer sitzen. Der Oberbau und namentlich das rollende Material waren schon vor der Revolution stark defekt. Da die russische Kriegsführung schwer am Geschoß-

Digitized by Google

mangel litt, wurden in vielen Eisenbahnreparaturwerkstätten Schrapnells hergestellt, indem man aus massiven Stahlstangen (!) die Hohlkörper für dieselben bohrte. Die vielen Bürgerkriege haben das Werk der Zerstörung erfolgreich fortgesetzt, die Lokomotiven sind nach russischen Zeitungsangaben mindestens zu 75 Proz. vollständig ruiniert, an Wagen herrscht der größte Mangel. Überall wird geraubt und gestohlen, für den privaten Güterverkehr kommen die Bahnen kaum noch in Betracht. Allerhand Regierungskommissare und Rotgardisten fahren auf ihnen hin und her, ohne sich um Fahrpläne und dergl. zu kümmern, mit der Waffe in der Hand terrorisieren sie das Eisenbahnpersonal und zwingen es, ihren Launen zu gehorchen. Hier tritt ein charakteristischer Zug des russischen Volkes zutage; das brutale Gebrauchmachen von der Macht, unbekümmert um die Folgen, bloß um seinen Instinkten zu fröhnen.

Auf dem Lande, wo jetzt etwa 80—90 Proz. der Bevölkerung wohnen, herrscht unglaubliche Verwilderung und Verrohung; dazu kommt, daß die ehemalige Armee, als sie im vorigen Winter auseinanderlief, ihre Waffen (sogar Maschinengewehre) und Munition ins Dorf mitgenommen hat. Ein Dorf fällt bewaffnet über das andere her, namentlich bei Zwistigkeiten über die von den Gütern geraubten Beute; kein Mensch zahlt mehr Steuern, Regierungsvertreter mit unliebsamen Forderungen wagen sich schon lange nicht mehr auf das Land, weil man sie dort mit Maschinengewehren begrüßen würde. Der Wert des Papiergeldes ist auf etwa 1—3 Proz. des früheren gesunken (vielleicht auch noch tiefer), kein Mensch weiß, wieviel davon im Umlauf ist, man weiß nur, daß die „Expedition für Anfertigung von Staatspapieren" seit der Revolution mit 8000 Arbeitern Tag und Nacht Kreditscheine gedruckt hat. Daß sie überhaupt noch genommen werden, beruht wohl nur auf der Macht der Gewohnheit. Was mit dem russischen Goldschatz geschehen ist (bei der Revolution soll er etwa $1^1/_2$ Milliarden betragen haben), weiß man auch nicht recht, es scheint, daß er auf verschiedene Städte verteilt worden ist. Man darf aber wohl kaum annehmen, daß diese letzte dürftige Deckung der russischen Finanzen die Periode der „Freiheit" überlebt — sie wird nicht nur auf einzelne Städte, sondern auch auf einzelne Taschen verteilt werden.

So und noch schlimmer sieht das Erbe aus, das die Sozialrevolutionäre übernehmen müßten. Sie sind schwerlich einen Deut besser als die Bolschewisten, aber es ist das tragische Geschick Rußlands, daß eben auch die alleridealste Regierung die Lage nicht verbessern, ja nicht einmal den fürchterlichen Zersetzungsprozeß aufhalten kann. Es ist leicht möglich, daß die Sozialrevolutionäre, die jetzt mit dem Ruf: „Los von dem Brester Schandfrieden" den Bauernfang betreiben, der Entente für die Mitwirkung am Sturz der Bolschewisten die Wiederaufnahme des Krieges mit den Mittelmächten versprechen. Weiter als bis zur Aufstellung bewaffneten Banden an der Demarkationslinie könnten sie es aber nicht bringen. Für eine reguläre Armee fehlt ihnen

Digitized by Google

alles. Beim Versuch eine solche zu schaffen, wären sie gezwungen, auf die meuterische, auseinandergelaufene ehemalige Armee zurückzugreifen, d. h. auf Soldaten, die ihre eigenen Offiziere mißhandelt und getötet und das Gut des Heeres verkauft und verschleudert haben. An früheren Offizieren gibt es fast nur noch ganz junge Leute, ohne Autorität und Erfahrung in der Erziehung des Soldaten. Die ehemaligen Offiziere und Soldaten hassen sich so sehr, daß der eine vom andern sozusagen nur „mit Schaum vor dem Munde" reden kann. Man könnte sich ja denken, daß die Entente aus den regulären Tschechoslowaken, vielleicht auch aus Japanern oder anderen Bundesgenossen, den Kern und den Generalstab der ersehnten Armee bilden könnte; wie sollten aber bei den geschilderten Zuständen in diesem Rahmen die russischen Formationen eingefügt werden, woher sollte bei dem Stillstand der Industrie und Agonie der Eisenbahnen all das Hundertelei von Kriegsbedarf herbeigeschafft werden, wie sich der Proviant für die Armee in dem hungernden Lande besorgen lassen? Wollte man Rußland endgültig der Hungersnot ausliefern, so ließe sich in Westsibirien einiges Getreide für die Armeen finden, es würde aber kaum möglich sein, dieses die Tausende von Kilometern zur Front zu schaffen, außerdem müßte man eine neue Armee aufstellen, um die Eisenbahnen und Proviantzüge vor den Überfällen der hungernden Bevölkerung zu schützen. Abgesehen von den Schreiern, die ihre egoistischen Ziele verfolgen und die eigene Haut gewiß ganz zuletzt riskieren wollen, will kein Mensch in Rußland einen neuen Krieg, und die heutigen Verhältnisse machen einen Versuch, die Leute gegen ihren Willen in den Krieg zu treiben, von vornherein aussichtlos. Jeder vernünftige Mensch in Rußland weiß, daß der Ruf: los vom Brester Schandfrieden, so sympathisch er klingen mag, zurzeit nur ein Agitationsmittel, berechnet auf die Dummen, sein kann. Die bürgerlichen Kreise sehnen sich um jeden Preis nach Ruhe und Ordnung und erwarten diese bezeichnenderweise nicht von der Entente, sondern von Deutschland. Sollte es den Sozialrevolutionären gelingen, hier und da — vielleicht in den Städten — Aushebungen vorzunehmen, so würden die neuen Formationen unfehlbar die Waffen gegen diejenigen kehren, die sie zur Schlachtbank treiben wollen. Die Bolschewisten haben bereits solche Erfahrungen gemacht. Die Sozialrevolutionäre werden sich daher hüten, ernstlich zu rekrutieren. Natürlich wissen sie selber das gut genug, aber ihr Gedanke ist: nur erst die Macht in Händen haben — alles andere wird sich schon finden. Vermutlich weiß das auch die Entente, zumal sie reichlich freiwillige und besoldete Agenten im Lande hat. Sie faßt sich aber, daß infolge ihrer Umtriebe die deutsche Heeresleitung sich doch veranlaßt sehen könnte, ein paar Armeekorps mehr an der Ostfront zu halten, und das Plus, daß diese ihr nicht an der eigenen Front unbequem werden können, ist immerhin etwas wert. Daß der größtenteils durch ihre Schuld totkranke ehemalige Bundesgenosse darüber vollends zugrunde gehen muß, kümmert sie natürlich nicht weiter. Weshalb war er auch der Dumme? Außerdem, und das ist vielleicht die Hauptsache,

Digitized by Google

kann man bei dieser Gelegenheit unter dem Scheine der Freundschaft ihm noch das Wenige abnehmen, was von Wert ist.

Schon aus den angeführten Schwierigkeiten, die aber noch lange kein vollständiges Bild von der verzweifelten Lage Rußlands geben, geht zur Genüge hervor, daß die Schaffung einer nennenswerten regulären russischen Armee und damit ein Wiederaufflammen des Krieg im Osten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist und brechen die Sozialrevolutionäre den Frieden, so wäre das Unglück für Deutschland nicht groß.

Britische Reichspolitik und Neuwahlen

Von M. Beer

Das gegenwärtige Unterhaus ist noch wesentlich das Ergebnis der Parlamentswahlen des Dezember 1910. Die Liberalen, die seit 1906 über eine eigene feste Mehrheit verfügt hatten, gingen aus dem Wahlkampfe geschwächt hervor und mußten, um sich weiter am Ruder halten zu können, die Unterstützung der irischen Nationalisten und der britischen Arbeiterpartei in Anspruch nehmen. Herr Asquith blieb Ministerpräsident; die Iren und die Arbeiter präsentierten ihm bald die Rechnung: jene verlangten die Selbstverwaltung (Homerule), diese die Demokratisierung des Parlaments (Oberhausreform, Allgemeines Wahlrecht). Die Jahre 1911 bis 1914 kennzeichneten sich durch umfassende Gärungen im vereinigten Königreich: Massenbewegungen der Arbeiter, heftige Kämpfe zwischen Ulsterleuten und Nationalisten, Liberalen und Unionisten. Im Frühjahr 1914 schien Irland unmittelbar vor einem Bürgerkrieg zu stehen; der Ulsterführer Sir Edward Carson, gegenwärtig einer der Hauptrufer gegen Deutschland, schmuggelte 35000 Flinten und große Munitionsmengen aus Deutschland nach irischen Häfen ein und drohte damals, preußische bewaffnete Hilfe zum Schutze des gefährdeten Protestantismus anzurufen, während General Gough, der Befehlshaber, der in der vierten Märzwoche 1918 zwischen St. Quentin und der Avre geschlagenen 5. englischen Armee, damals auf Grund seines Kommandos über das Militärlager von Curragh (bei Dublin) die liberale Regierung zwang, vor den Ulsterrebellen zu kapitulieren: im Frühjahr 1914 war es buchstäblich der englische Militarismus, der die Durchführung der vom Parlamente beschlossenen Homerule verhinderte, also das Selbstbestimmungsrecht der irischen Nationalität unmöglich machte.

Dann kam der Krieg und der Burgfriede. Die inneren Fragen wurden zurückgestellt, um dem preußischen Militarismus eine ungebrochene britische Front entgegenzusetzen und die von ihm bedrückten Nationalitäten zu befreien. Im Winter 1914/15 glaubten die Engländer und die Franzosen, daß ihr Sieg nahe sei. Die gegen Ende Januar 1915 in London und Paris verbreitete halbamtliche Darstellung der ersten sechs Kriegsmonate schloß mit dem Satz: „Die deutsche Offensivkraft ist bereits ge-

Digitized by Google

brochen, ihre Defensivkraft wird bald gebrochen sein." England war mit seiner Regierung zufrieden. Erst die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen in Flandern und Galizien im März, April und Mai 1915 enthüllten ihm die furchtbare Größe des Unternehmens, in das es sich gestürzt hatte. Die Liberalen weigerten sich sodann, die Bürde des Amtes allein zu tragen und legten Ende Mai den übrigen Parteien nahe, eine Koalitionsregierung zu schaffen. Diese trat im Juni 1915 ins Leben, aber die Liberalen waren in ihr noch immer vorherrschend. Der Übergang von der Partei- zur Koalitionsregierung bedeutete jedoch eine Umstellung der Politik und der Industrie auf den Krieg; die alte überlieferte englische Kriegspolitik, die die Seemacht als Hauptwaffe und eine kleine Landmacht als Hilfswaffe betrachtete, wurde über Bord geworfen; England griff zur allgemeinen Wehrpflicht. Ein Jahr später: am 31. Mai 1916 kündigte die Seeschlacht am Skagerrak an, daß das britische Reich auf Tod und Leben in den Krieg eingetreten ist; die Schlachten an der Somme sollten das Werk krönen und den Sieg an die Fahnen der Entente heften. Als es sich bei Eintritt des Winters zeigte, daß die ungeheuren Anstrengungen den Sieg nicht brachten, fiel Asquith im Dezember 1916 — und mit ihm Grey und Samuel — einer von Lord Northcliffe und einigen konservativen Häuptern geschmiedeten Kabale zum Opfer und Lloyd George wurde von deren Gnade Ministerpräsident. Der Liberalismus verschwand aus dem Ministerium und an seine Stelle trat eine torydemokratische (lies: demagogische) oder imperialistisch-soziale Politik: Friede durchs Schwert, Reichsvorzugstarife, allgemeines Wahlrecht, Solidarität zwischen Kapital und Arbeit.

Diese Stichworte enthalten das Programm der imperialistisch-sozialen Regierung Lloyd Georges. Das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 beantwortete die Entente mit einer Denkschrift an Präsident Wilson, die der Londoner „Labour Leader" vom 18. Januar 1917 als „Aggression, annihilation and domination" (Angriffswut, Vernichtung und Beherrschung) kennzeichnete. Im April 1917 war die Reichskriegskonferenz in London versammelt und nahm eine Entschließung an, die in den Erfahrungen des Krieges eine Bestätigung dafür sah, „daß die Sicherheit des Reiches und die Entwicklung seiner Bestandteile die Beherrschung der natürlichen Hilfsquellen des Reiches verlange". Eines der Mittel hierzu sei die Einführung von Vorzugstarifen im Handelsverkehr zwischen den einzelnen Teilen des Reiches (interimperialer Wirtschaftsverkehr). Die Politik der Reichsvorzugstarife entstand bekanntlich im Jahre 1897, als Kanada dem Mutterlande und den Schwesternkolonien Vorzugsbehandlung anbot, was schließlich auch zur Kündigung des deutsch-kanadischen Handelsvertrages führte. Im Jahre 1916 wurde eine Reihe von parlamentarischen und königlichen Ausschüssen eingesetzt, um die Reichswirtschaftsfragen zu untersuchen. Ihre Berichte wurden in den letzten 12 Monaten nach und nach veröffentlicht und sämtlich empfehlen sie interimperiale Vorzugszölle und abgestufte Schutzzölle gegenüber dem Ausland. Ebenso hat sich das Kriegskabinett für Reichsvorzugszölle aus-

Digitized by Google

gesprochen, worüber der Kolonialminister Walter Long und der Finanzminister Bonar Law im Laufe des Monats Juli kurze Andeutungen machten. So stark die schutzzöllnerische Strömung jetzt ist, so verdankt sie doch vieles eher der Kriegspsychose als reifen wirtschaftspolitischen Erwägungen: Die Anhänger des Freihandels sind allem Anschein nach recht zahlreich. Der Londoner „Economist" (Leitartikel 29. Juni 1918) wandte sich scharf gegen alle Tarifreformpläne und der „Manchester Guardian" vom 31. Juli leitartikelte:

„Das in die Augen fallende Kennzeichen des Entschlusses der Regierung, zu Reichsvorzugstarifen nach dem Kriege zu greifen, ist seine konstitutionelle Ungehörigkeit. Die Regierung ist nur im Amte zum Zwecke der Kriegführung und höchstens solange der Krieg dauert. Es ist keine Regierung für die Zeit nach dem Kriege und niemand glaubt, daß sie nach dem Kriege im Amte bleibt. Eine Parteiregierung kann wenigstens eine bestimmte Partei zur Durchführung einer Politik für die Zukunft verpflichten. Aber diese Menge von Ministern, aus der die Koalitionsregierung besteht, ... hat nur das Mandat, für den Krieg zu sorgen, aber nicht die Rolle des Stiers im Porzellanladen zu spielen."

Nicht minder scharf äußerten sich am 7. August im Oberhaus die sehr einflußreichen liberalen Mitglieder Earl Beauchamp und Earl of Crewe gegen die schutzzöllnerischen Tarifreformer und kolonialen Agitatoren. Der Earl of Crewe erklärte: „Ich glaube, daß Freihandel und Finanzzölle die Regel sein sollen; Ausnahmen sind nur zu machen bei Warenartikeln von besonderer Wichtigkeit für die Landesverteidigung." Die Angriffe der beiden Lords zwangen den Regierungsvertreter Lord Curzon, die Haltung der Regierung zu beleuchten. Er sagte, es läge über diese Frage noch gar keine Resolution der Regierung oder der diesjährigen Reichskriegskonferenz vor, nur das Kriegskabinett habe sich für Vorzugszölle entschieden. Lloyd George werde während der Herbstsession des Parlaments darüber sprechen („Times", 8. August).

Nach einer Mitteilung des Generals Smuts, der ebenfalls Mitglied des Kriegskabinetts ist, war die Stellungnahme des Kriegskabinetts keineswegs einmütig („Manchester Guardian", 25. Juli). Die britische Wirtschaftspolitik ist also noch im Fluß und dürfte neben der Friedensfrage eines der wichtigsten Kampfobjekte bei den nächsten Parlamentswahlen bilden.

Inzwischen widmete die Koalitionsregierung große Aufmerksamkeit dem Gange der Arbeiterbewegung. Ende Juni 1917 veröffentlichte sie den Bericht des unter Leitung des liberalen Parlamentsmitglieds Whiley eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der sozialen Methoden, die zu einem friedlichen Zusammenwirken von Kapital und Arbeit führen könnten. Die empfohlenen Maßnahmen des Whitley-Berichts finden gegenwärtig weitgehende Anwendung, wobei die Errichtung von paritätischen Industrieräten (Joint Industrial Councils) die Hauptrolle spielt (Labour Gazette, Juli 1918, Seite 261). Unvergleichlich wichtiger, weil von unmittelbarer und um-

Digitized by Google

fassenderer Wirkung ist die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Vereinigten Königreich, wodurch mit einem Schlage die Zahl der Stimmberechtigten verdoppelt und die Demokratie befestigt wurde. Von der Einsicht und vom Charakter dieser Massen wird es zum Teile abhängen, welche Gestalt der Friede, die Wirtschaftspolitik und die internationalen Verhältnisse annehmen werden. Im Jahre 1915 belief sich die Zahl der Stimmberechtigten auf 8,3 Millionen; das neue Wahlgesetz steigert sie auf ungefähr 16,5 Millionen, wovon 6 Millionen Frauen. Die Britische Arbeiterpartei dürfte über 4 bis 5 Millionen männliche und weibliche Stimmen verfügen. Sie wird 300 bis 400 Kandidaten aufstellen und wenn nur die Hälfte erfolgreich ist, wird die Arbeiterfraktion im Unterhause einen politischen Faktor von großer Bedeutung bilden und die Entwickelung der innern und auswärtigen Politik des Vereinigten Königreichs beeinflussen. Im Innern wird sie für die stufenweise Vergesellschaftung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens wirken unter Vermeidung katastrophaler Eingriffe. Und im Auswärtigen?

Die Britische Arbeiterpartei hat sich über ihre Stellung zum Frieden und zur Wirtschaftspolitik nach dem Kriege deutlich ausgesprochen. Auf ihrem außerordentlichen Kongresse vom 28. Dezember 1917 und auf dem Londoner Kongresse der alliierten Sozialisten vom 20. bis 24. Februar 1918 hat sie ihre Kriegsziele in einer längeren Denkschrift formuliert. Sie verlangt: Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit Belgiens, Wiedergutmachung für das Belgien zugefügte Unrecht, Bezahlung für allen aus diesem Unrecht entstandenen Schaden; Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich; Wiederherstellung Polens in Einheit und Unabhängigkeit mit freiem Zugang zur See; Hände weg von den baltischen Provinzen und Litauen; Entscheidung über die deutschen Kolonien durch die Friedenskonferenz. Wie man sieht, stellt sich die Arbeiterpartei, soweit Deutschlands Gebietsfragen in Betracht kommen, auf den Standpunkt der Entente-Staatsmänner. Der Unterschied zeigt sich nur in der Frage der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege: die Arbeiterpartei verlangt gleiche Wirtschaftsmöglichkeiten für alle Nationen.

Das Kriegsziel-Memorandum der Arbeiterpartei ist vom Gedanken getragen, daß Deutschland der Hauptschuldige am Kriege sei. Es beschäftigt sich mit Forderungen an Deutschland; es verlangt von ihm die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ohne die gleiche Forderung an die Entente-Mächte zu stellen: kein Wort von Irland, Indien, Ägypten, Tripolitanien, Marokko, Korea, Philippinen usw. Ganz im Geiste der Entente-Staatsmänner sieht die Arbeiterpartei das Unrecht einzig und allein auf Seite der Mittelmächte. Die Arbeiterpartei hat in außerpolitischen Fragen offenbar sehr umgelernt. Auf ihrer 12. Jahreskonferenz, abgehalten in Birmingham am 24. bis 26. Januar 1912, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die deutschfeindliche Politik, die Sir Ed-

Digitized by Google

ward Grey im Namen der britischen Regierung betrieben hat, zu vermehrten Rüstungen, internationalem Mißtrauen und zum Verrat geknechteter Völker geführt hat. Sie erhebt ernstesten Einspruch gegen diese Politik. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Politik unserer Regierung die Gefahr eines Krieges mit Deutschland, um der marokkanischen Interessen französischer Kapitalisten willen, heraufbeschwor, daß sie den italienischen Tripolisraubzug und den russischen Diebstahl in der Mongolei ermutigte und daß sie, um allem die Krone aufzusetzen, Rußland die Hand reichte, um einen Angriff auf die Unabhängigkeit und Freiheit Persiens zu unternehmen. Die Konferenz ersucht die Arbeiterpartei im Parlament, für eine Änderung der gegenwärtigen auswärtigen Politik zu kämpfen."

Diese klare Einsicht in die Politik Greys ist der Arbeiterpartei — unter der Wirkung der Kriegspsychose — leider abhanden gekommen. Möchte sie daran denken, daß man in Friedenszeiten objektiver urteilt und demgemäß im neuen, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Parlament Stellung nehme. Die Birminghamer Entschließung ist eine gute Korrektur der Stimmungen und Meinungen, die unter dem Einfluß des Krieges und der französisch-belgischen Agitation entstanden und im Kriegsziel-Memorandum Ausdruck fanden. Zusammen mit den Linksliberalen, Freihändlern und den irischen Nationalisten könnte die Arbeiterfraktion sodann für einen gerechten Frieden wirken, der, vom Völkerbund geschützt, ein gesundes internationales Leben anzubahnen vermöchte.

Der jüdische Palästinastaat, England und der Vatikan

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Angesichts der gewaltigen Kämpfe im Westen, deren Bedeutung für den Ausgang des blutigen Ringens kaum überschätzt werden kann, sind einige Vorgänge unbeachtet geblieben, die auf den Verlauf des Krieges gewiß keinen Einfluß üben, die uns aber in Zusammenhänge Einblick nehmen lassen, die für die zukünftige Ordnung der Weltverhältnisse nicht unwesentlich sind. Sie verdienen um so mehr eine kurze Betrachtung, als ihnen im allgemeinen nur eine geringe Aufmerksamkeit in Deutschland geschenkt wird.

Mitte Juli empfing der englische Arbeiterminister Barnes eine zionistische Militärabteilung und eine ärztliche Kommission, die sich nach Palästina begeben wollten. Er erklärte ihnen, daß die Idee, derzufolge die Zionisten eine Art von Monopol in Palästina ausüben sollten, von ihm nicht geteilt werde; es solle vielmehr ein Zustand geschaffen werden, nach dem die Juden und die anderen Völker in Palästina in Frieden und Eintracht miteinander leben könnten. Es ist auffällig, welche Zurückhaltung hier gegenüber dem zionistischen Programm beobachtet wird, ja man möchte so etwas wie halbe Absage aus den mahnenden Worten heraushören. Sind sie wirklich so aufzu-

Digitized by Google

fassen? Und wenn ja! was steht dahinter? Der Sinn der Erklärung wird uns deutlich, wenn wir der englischen Palästinapolitik während der letzten Monate nachgehen.

Wir müssen da auf die Kundgebungen zurückgreifen, mit denen britische Staatsmänner Ende 1917 hervorgetreten sind. Als damals, im November 1917, die Truppen der Entente im siegreichen Vormarsch gegen Palästina waren, versicherte Balfour dem Vorsitzenden der zionistischen Vereinigung, Lord Rothschild, die Regierung sei dem Plane der Staatwerdung Palästinas als des nationalen Wohnsitzes des jüdischen Volkes günstig gestimmt und werde alles Mögliche tun, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei freilich im Auge behalten werden müsse, daß nichts unternommen werde, was den bürgerlichen und kirchlichen Rechten der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina Abbruch tun könne oder diesen die Rechte und politischen Zustände aufzwinge, unter denen die Juden in manchen anderen Ländern lebten. Und einen Monat später verkündete Cecil in demselben Sinne einer zionistischen Massenversammlung in London den Entschluß des Kabinetts, das nationaljüdische Ideal zu verwirklichen und entsprechend dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Schutzes der kleinen Nationen den jüdischen Staat als ein gesichertes und unabhängiges Staatswesen zu errichten, das nur hinsichtlich der arabischen Bevölkerung sowie der christlichen und mohammedanischen Heiligtümer bindende Verpflichtungen eingehen müsse. Es war ein volles Bekenntnis zum zionistischen Staatsprogramm. Zwar wurden schon in diesen ersten Kundgebungen bestimmte Bedingungen daran geknüpft, aber weder von zionistischer noch von anderer Seite sind diese so aufgefaßt worden, als ob die britische Regierung der jüdischen Staatsgründung Hindernisse in den Weg legen wollte. In der Tat ist nicht daran zu zweifeln, daß England um die Jahreswende den ernsten Willen hatte, den zionistischen Plänen in Palästina seine fördernde Hand zu leihen. Seine Rechnung war, daß es das Judentum, das im geistigen und wirtschaftlichen Leben der Völker einen so starken Einfluß ausübt, damit für die Sache der Entente gewinnen würde.

Wie aber sah es in der Folgezeit mit der faktischen Durchführung aus? Im Grunde ist wenig genug seit der Eroberung Jerusalems zugunsten des Judenstaates geschehen. Die Zeitungen haben freilich einige Meldungen gebracht, die über eine Reihe von Einzelhandlungen berichten: Die Gründung einer jüdischen Bank und Universität ist in die Wege geleitet und Kommissionen sind in das Heilige Land entsandt worden, die untersuchen sollen, wie man die jüdischen Interessen dort stärken könne. Aber der entscheidende Schritt ist nicht erfolgt: die Proklamation des zionistischen Palästinastaats ist unterblieben. Zwar sind im Februar und März des Jahres mehrmals Stimmen laut geworden, die wissen wollten, daß die Verkündigung in allernächster Zeit erfolgen werde. Ja, es wurde von französischen und italienischen Staatsmännern offen erklärt, daß die Ententeverbündeten sich bezüglich der zionistischen Staatsgründung in völliger Übereinstimmung mit England befänden, woraus geschlossen werden darf,

Digitized by Google

daß nicht nur Verhandlungen zwischen den Ententegenossen über die Angelegenheit geführt worden sind, sondern daß diese auch einen befriedigenden Abschluß erreicht haben. Trotzdem hat man die Folgerung nicht gezogen, vielmehr ist es von Monat zu Monat hinsichtlich der Einrichtung eines Judenstaates von Ententegnaden stiller geworden. Damit aber rückt jene neue Erklärung des englischen Arbeiterministers Barnes, die das Einschränkende gegenüber dem Zustimmenden in den Vordergrund zu schieben scheint, in das rechte Licht, und der Eindruck läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die englische Politik in der Frage des Zionistenstaates eine Schwenkung vollzogen hat.

Faßt man die Dinge näher ins Auge, so greift man sehr bald die Erklärung. Die Engländer müßten nicht das von rein selbstsüchtigen Machtinstinkten geleitete Volk sein, als das sie überall in der Welt handeln, wenn sie mit dem Eintreten für den jüdischen Palästinastaat neben der berechneten Förderung der nationaljüdischen Bestrebungen nicht weitere egoistische Nebenabsichten verfolgt hätten. Es war ihnen schlechthin selbstverständliche Voraussetzung, daß sich das neue Staatswesen im Gelobten Lande, bei aller Anerkennung seiner Besonderheit, ganz dem weiten Interessenkreise des britischen Weltreichs einzuordnen hätte, etwa im Stile Portugals; nur in dieser Gestalt wird ihnen gerade an dem wichtigen geographischen Punkte, wo die erstrebten afrikanischen und asiatischen Kolonialreiche sich berühren, ein selbständiger Staat erträglich sein. Indessen die Art und Weise, wie die Erklärungen der britischen Staatsmänner in den nichtenglischen zionistischen Kreisen aufgenommen wurden, machte ihre Zukunftsrechnungen höchst unsicher. Denn während die Juden der verbündeten Staaten der Mächtegruppierung gemäß bereit waren, ihr zionistisches Programm den Zielen des britischen Imperialismus anzupassen, verharrten die deutschen Juden auf ihrem sozusagen internationalen Standpunkt. Sie erklärten, daß dem Wesen der zionistischen Bewegung entsprechend das Werk der jüdischen Wiedergeburt von dem Wohlwollen aller Mächte getragen sein müsse und nur in vollster Loyalität gegenüber der Türkei als dem souveränen Herrn des Landes vollzogen werden dürfe. Eine solche Haltung vertrug sich durchaus mit den Interessen der deutschen Reichsregierung, die in Rücksicht auf den türkischen Verbündeten zunächst größte Zurückhaltung beobachten mußte, aber auf dieser Grundlage sich wohl für die Bestrebungen der deutschen Zionisten einsetzen konnte. Ebensowenig widersprach sie den osmanischen Zukunftswünschen, denn eine weitere jüdische Besiedlung Palästinas bedeutet schließlich auch eine Stärkung der türkischen Staats- und Wirtschaftskräfte, und so traten denn an die Stelle früherer abfälliger Äußerungen Dschemal Paschas über das zionistische Programm freundlich entgegenkommende Talaat Paschas. Damit aber drohte die ganze Angelegenheit in eine Richtung zu geraten, die mit dem egoistischen Interesse Englands wenig in Einklang stand, und da das Londoner Kabinett damit rechnen muß, daß die Zukunft Palästinas nicht durch sein Machtwort allein entschieden wird, sondern daß auch die übrigen Staatsleitungen

Digitized by Google

dabei mitsprechen werden, konnte man sich wohl die Frage vorlegen, ob es wirklich rätlich sei, in dem ursprünglichen Sinne für den jüdischen Palästinastaat einzutreten.

Etwas weiteres kam hinzu. Gewiß hatte man sich von Anfang an gegen die Auslegung zu sichern gesucht, daß die Unterstützung der zionistischen Pläne eine Beeinträchtigung der mohammedanischen Interessen bedeute, die England in Hinblick auf seine Machtstellung in Vorderasien und Nordafrika vor allem am Herzen liegen müssen. Aber in der veränderten Weltlage blieben die Stimmen nicht aus, die die Londoner Kundgebungen trotzdem als einen schweren Verstoß gegen den heiligen Geist des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hinstellen und ihnen namens des betroffenen Mohammedanismus schärfste Worte der Abwehr widmeten. Auch diese nachteiligen Wirkungen, mit denen die britische Regierung vielleicht nicht gerechnet hatte, ließen Vorsicht bei der Verfolgung der beschrittenen Bahn geboten erscheinen. Man sieht: die Rücksicht auf die Stellungnahme des Zionismus und Mohammedanismus konnten es der britischen Regierung bereits nahelegen, auf dem Wege zum jüdischen Palästinastaat nicht allzu stürmisch vorwärts zu eilen. Ausschlaggebend für die Rückwendung aber war wohl ein dritter Faktor, dem in den allgemeinen Zusammenhängen eine besondere Bedeutung zukommt. Es ist die Haltung des Papsttums an der Spitze des Katholizismus und das Gebot für die Entente, ihr Rechnung zu tragen. .

Es ist noch in frischer Erinnerung, mit welchen preisenden Worten Benedikt XV. am Heiligen Abend des vergangenen Jahres die Besetzung Jerusalems durch die Truppen der Entente als eine Tat zum Heile der Christenheit gerühmt hat und mit welchen kirchlichen Festlichkeiten das Ereignis in Rom gefeiert worden ist. Auch die der Kurie wohlwollendsten Deutungsversuche konnten die Tatsache nicht verwischen, daß der Papst unter dem ersten starken Eindruck, den die Verdrängung der Türken aus der Heiligen Stadt auf ihn als den christlichen Oberhirten machte, in dem Drama des Weltkrieges Partei ergriff und die Rolle des grundsätzlich Parteilosen aufgab. Ein englischer Kritiker hat es bald darauf ausgesprochen: daß die Erklärung des Heiligen Vaters, so neutral sie auch in ihrem Ursprung sein mochte, in ihrer Wirkung deutschfeindlich war. Bot sich einer wachsamen Diplomatie hier nicht die Gelegenheit, das Haupt der katholischen Christenheit offen für die Sache der Entente zu gewinnen und so ein neues Gewicht von großer moralischer Schwere gegen das verhaßte Deutschland in die Wagschale zu werfen? Und besaß man nicht gerade in der Regelung der Palästinafrage eine wertvolle Handhabe, um die Kurie und den Katholizismus zu einer weiteren Parteinahme zugunsten der Entente zu veranlassen?

Schon in der Zeit, da die englisch-französisch-italienischen Truppen sich gegen Jerusalem in Bewegung setzten und da die nationaljüdische Bewegung die erste Zustimmungserklärung des Londoner Kabinetts erlangte, waren die kirchlich-katholischen Kreise dem zionistischen Programm mit Schärfe entgegengetreten und hatten die

Digitized by Google

Christenheit gemahnt, das Auge auf das Heilige Land zu richten. Zu solchen Äußerungen mögen neben ideellen christlichen Wünschen auch politische Besorgnisse vor den selbstsüchtigen Bestrebungen Englands in Vorderasien mit bestimmend gewesen sein, zumal sie meist von deutscher Seite stammten. Anders jedoch ist eine Kundgebung zu verstehen, die im Anschluß an die Besetzung Jerusalems und unter dem unmittelbaren Eindruck der päpstlichen Stellungnahme entstanden und bisher in der Öffentlichkeit unbeachtet geblieben ist. Erst sie gibt die rechte Erklärung der eigentümlichen Wendung, die die britische Palästinapolitik mit dem Beginn dieses Jahres genommen hat. Die Kundgebung ist in einem römischen Berichte enthalten, der am 28. Dezember 1917 den „Neuen Züricher Nachrichten" zuging, jenem Blatte, das als das Organ der internationalen katholischen Kreise angesehen werden kann und das zum Vatikan die engsten Beziehungen unterhält. Anläßlich einer Pariser Meldung, daß die französischen Zionisten der englischen Regierung für die Begünstigung der jüdischen Pläne ihren Dank ausgesprochen hätten, machte das Blatt von dem Befremden Mitteilung, das ein solches Vorgehen bei den vatikanischen Kreisen erregte. Denn diese Lösung werde vom Heiligen Stuhl als ein schwerer Affront nicht nur gegen die katholische Kirche, sondern gegen die ganze Christenheit aufgefaßt. Es sei damit zu rechnen, daß der Heilige Vater in nächster Zeit unzweideutig seine Ansicht öffentlich bekannt geben werde.

Das war nichts anderes als eine in aller Öffentlichkeit an die Entente gerichtete Aufforderung des kirchlichen Oberhauptes, ihrer christlichen Pflichten eingedenk zu sein. Zugleich aber schien das Mittel damit angedeutet, dessen sich die Entente zu bedienen hatte, um den Papst an ihre Sache zu fesseln. Sie mußte von der Regelung Abstand nehmen, die man ins Auge gefaßt hatte, und den religiösen Forderungen der einflußreichen katholischen Kreise entgegenkommen. Namentlich der englischen Staatsleitung lag ein solches Einlenken nahe, da sie hoffen konnte, mit Hilfe des Papstes vielleicht den hartnäckigen Widerstand der Iren zu besiegen; sie mochte sich vorrechnen, daß sie auf diese Weise von drückenden Nöten Befreiung finden würde, ohne allzu Wertvolles aufzugeben. Tatsächlich müssen derartige Schritte geschehen sein. Zwar ist der Außenwelt nichts darüber bekannt geworden, daß Verhandlungen zwischen Rom und London über die Zukunft Palästinas geführt worden sind, doch läßt sich aus dem Verlauf der Entwickelung, wie er früher skizziert worden ist, einiges in dieser Hinsicht schließen. Sicher ist, daß man zunächst an dem ursprünglichen Programm der Förderung des Zionismus festgehalten hat. Darauf weisen die Erklärungen der französischen und italienischen Regierung in den ersten Monaten dieses Jahres hin. Wenn es aber seit dem März bezüglich der Verwirklichung des Judenstaates still geworden ist und wenn man bisher auf den längst fälligen Schritt der formellen Proklamation verzichtet hat, so dürfte das in engem Zusammenhang mit der Haltung der Kurie stehen. Denn auf der andern Seite ist es höchst auffällig, daß

Digitized by Google

auch die in der römischen Mitteilung vom 28. Dezember angekündigte weitere päpstliche Erklärung unterblieben ist. Gleichzeitig aber sind sich Kurie und Ententeregierungen näher und näher gekommen. Zerrissene diplomatische Fäden sind vom Vatikan neu geknüpft, zu England, der protestantischen Großmacht, ist eine Beziehung hergestellt worden, und selbst die verloren gegangene Verbindung mit der ältesten Tochter der Kirche bahnt sich wieder an. Der diplomatisch kluge Papst nutzte das Anlehnungsbedürfnis der Entente geschickt im Interesse der Kirche aus, und fast schien es zu Beginn des Sommers, als habe er sich für die eine der kriegführenden Parteien gewinnen lassen. Jedenfalls war die Welt geneigt, der Behauptung Glauben zu schenken, daß Benedikt in einem Schreiben, das er an den irischen Klerus gerichtet habe, die irische Haltung verurteilt und zum Eintreten für die Sache Englands und der Entente gemahnt habe, bis sie durch die Veröffentlichung des Briefes vom Gegenteil überzeugt wurde. Mit der rein geistlichen Aufforderung, der Sache der katholischen Kirche treu zu bleiben, bekundete der Heilige Vater vielmehr nur von neuem den Willen, in dem tobenden Kampfe eine Stellung über den Parteien zu bewahren.

Welche Bedeutung hat diese Entscheidung im Zusammenhange der hier betrachteten Vorgänge? Sie läßt erkennen, daß die von England und seinen Verbündeten erstrebte Verständigung mit der Kurie gescheitert ist, worauf auch andere Ereignisse der letzten Wochen hindeuten. Offenbar ist der von der Entente geforderte Preis in Rom zu hoch befunden worden. Man mache sich klar, welche Interessen in den ungeheuren Umwälzungen des Weltkrieges für die katholische Kirche richtunggebend sein müssen. Auf der einen Seite gilt es, mit allem Eifer für die Aufrechterhaltung der christlichen Grundsätze einzutreten, auf der andern nach Kräften um die Stärkung der kirchlichen Machtstellung bemüht zu sein. In diesem Programm ist die Beobachtung einer unbedingten Neutralität in der Tat unentbehrlich, aber zugleich begreift man, daß die Palästinafrage bei seiner Durchführung eine bedeutsame Rolle zu spielen vermag. Denn wenn es dem Einspruch des Papstes gelingt, das Heilige Land nach der dauernden Beseitigung der türkischen Herrschaft der Christenheit zum Eigentum zu geben anstatt daß es dem zionistischen Judentum ausgeliefert wird, so ist das ein moralischer Erfolg von großer Tragweite. Ist aber anzunehmen, daß das Programm der Kurie sich auf dieses begrenzte Ziel beschränkt? Zu eng ist das Problem mit der allgemeinen Frage nach der zukünftigen Gestaltung Palästinas verbunden, als daß nicht auch diese sogleich mit ins Auge gefaßt sein sollte; es mag sehr wohl sein, daß die unterbliebene päpstliche Erklärung sich darüber ausgesprochen hätte. Daß die Gedanken sich auf der Grundlage der Internationalisierung des Heiligen Landes bewegen, darf man ohne weiteres vermuten, aber der aufmerksame Beobachter kann sich darüber hinaus des Eindrucks nicht erwehren, als ob das Papsttum für sich selbst einen hervorragenden Anteil an einer solchen Regelung der Palästinafrage erstrebe, in der Weise, daß ihm, als dem Haupte der Christenheit, die Heiligen Stätten in die

Digitized by Google

Obhut gegeben würden: statt eines nicht wieder zu verwirklichenden Kirchenstaates im Herzen des italienischen Einheitsstaates ein christliches Mekka auf dem Boden, da der Heiland einst gewandelt.

Der Raum verbietet zu erörtern, welche Perspektiven diese Lösung in politischer und kirchlicher Hinsicht eröffnet; sie wäre für die staatlichen Interessen im vorderen Orient wie für die Stellung des Protestantismus gleich bedeutungsvoll. Hier sollen nur die Linien aufgezeigt werden, in denen sich die Entwickelung bewegt und weiter bewegen wird. Gewiß dürfte manches von dem zuletzt hier Ausgeführten zunächst mehr Idee als Tatsache sein. Daß es sich aber bei alledem um Kräfte handelt, die geschichtlich wirksam sind, steht für den schärfer blickenden Betrachter fest, zumal wenn er daran denkt, wie wenig die Außenwelt bisher von den hier besprochenen Zusammenhängen erfahren hat. Und etwas anderes gibt dafür die Bestätigung, wie zugleich für die Zurückhaltung des Papstes gegenüber der Entente die Erklärung: das Wirken der anglikanischen Kirche in Palästina. Denn mag das Londoner Kabinett sich auch zugunsten des zionistischen Programms ausgesprochen, mag es auch eine Annäherung an die Kurie gesucht haben, so hat es doch eine von weiten Zielen getragene Betätigung der anglikanischen Kirche in großem Stile zugelassen, wenn nicht ausdrücklich in die Wege geleitet. Die Zeitungen haben in den letzten Monaten mehrmals davon berichtet, und wenn man sich vor Augen hält, mit welchem Geschick und Erfolg auch in andern von der Entente beherrschten Gebieten des Orients (siehe Griechenland) in dieser Richtung gearbeitet wird, so drängt sich einem die Auffassung auf, daß es sich hier um ein großangelegtes System handelt, das mit kühnen Gesichtspunkten in die Zukunft baut. Es erscheint auf der einen Seite als die großartige geistige Ergänzung des politisch-wirtschaftlichen Weltherrschaftsstrebens Englands, auf der andern Seite als der geschickte Gegenzug gegen die Bestrebungen des Papsttums, über die man heute in London bereits eine gute Kenntnis besitzen wird. Was uns in den Auseinandersetzungen über die zukünftige Gestaltung Palästinas entgegentritt, ist die weltgeschichtliche Nebenbuhlerschaft zweier Universalmächte, der gegenüber die zionistische Frage ganz zurücktritt, und wenn die Gegenwart davon noch nicht erfüllt ist, so wird die nähere Zukunft um so mehr damit zu rechnen haben. Und das macht das Problem für uns erst recht bedeutungsvoll.

Die „Kaisertreuen"

Von Dr. Theodor Heuß

Man übergibt uns ein kleines Bündel von Broschüren und Flugschriften, sehr mäßiges Holzpapier, viel Druckfehler, in der Aufmachung, wie die „Unabhängige" ihre stillen Laufzettel ausgestalten. Der Eindruck ist in gewissem Sinn vertrauenerweckend: der „Bund der Kaisertreuen" macht es nicht mit der großen Ausstattung. Die Vaterlandspartei hatte sich wesentlich pompöser eingeführt.

Digitized by Google

Ein Freund unseres Blattes hat sich über die neue Gründung geärgert, über Name und Auftreten, und meint, daß zur Sache etwas gesagt werden solle. Lohnt es sich? Der Vorstand und der Ehrenausschuß besteht aus Männern, deren Namen — es soll keinem zu nahe getreten werden — politisch höchst unbekannt sind. Man findet gewiß heute so gut wie vor dem Krieg immer ein paar Dutzend Leute, die bereit sind, mit ihrer Unterschrift das Vaterland zu retten. So auch hier. Wer sich hier versammelt hat, eine Schar wütiger Idealisten, macht keinen aufregenden Eindruck.

Beim Lesen der Werbeblätter stutzt man aber dann doch vor dem geschwollenen Ton. Hat man die Leute unterschätzt?

„Wir haben die freiwillige und unfreiwillige Bundesgenossenschaft unserer Feinde auf das heftigste bekämpft. Wir haben nachweislich (im Original fett gedruckt) unseren Anteil daran, daß in Brest-Litowsk eine Wendung zum Besseren, wenn auch nicht zum Guten — dazu war es zu spät — eintreten konnte. Wir haben unseren Anteil daran, daß Valentini gehen mußte, der die Bestrebungen, die Wahrheit zum Throne dringen zu lassen, zu vereiteln wußte. Wir haben unsern Anteil daran, daß Herr von Kühlmann, der Hauptvertreter jammervoller Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit, dem tatkräftigen Admiral von Hintze weichen mußte.“ Und dann geht es im Fettdruck weiter: „Der Bund der Kaisertreuen hat bewiesen, daß er ganze Arbeit macht und wert ist, daß alle wahren Vaterlandsfreunde ihm zur Seite stehen.“

Ist das nur plumpe Renommierlust von Leuten, die politische Geschehnisse zu eigenen Erfolgen aufpluſten wollen, oder sind die harmlosen Namen bloß Statisten politischer Kräfte, die hinter dem Schleier agitatorischer Redensarten gerne im Verborgenen bleiben.

Man ist zunächst geneigt, das erste zu glauben, denn der geistige Gehalt der paar Broschüren ist gar zu kümmerlich. Daß sie bei der bescheidenen Keckheit philosophischen Zitierens ein Hegelwort Kant übergeben, ist ja belanglos. Aber im eigentlich Politischen müßten sie mit ihrer Beweisführung vorsichtiger sein und nicht immer wiederholen, daß der „Demokratisierung Preußens diejenige der andern deutschen Bundesstaaten unmittelbar auf dem Fuße folgen wird.“ Denn sonst müßte ihnen ein Primaner, der „Bürgerkunde“ beigebracht erhielt, auseinandersetzen, daß diese Schreckgefahr gar nicht besteht. Weil nämlich so ziemlich alle wesentlichen Bundesstaaten in dieser Demokratisierung längst vorangegangen sind und sich dabei, Völker und Dynastien, sehr wohl befinden.

Weniger harmlos nun wird die Geschichte, wenn man sich die Mittel ansieht, mit den der Bund seinen Kampf führen will. Er ist die Neuauflage des bei Kriegsbeginn in einer Stunde ernsthafter Einsicht liquidierten „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“. Nun ist ja weiter nichts dagegen zu sagen, wenn jemand das Bedürfnis hat, die Sozialdemokratie zu bekämpfen — der Burgfriede ist ein einigermaßen dünnes Band geworden, der „Vorwärts“ führt selber kräftige Polemik und es wäre eine künstliche Sache, mit wohlmeinenden Redensarten ernste Sorgen und tiefe Verschiedenheiten der politischen Auffassung überbrücken zu wollen. Kampf sei erlaubt; der Ernst der Lage soll ihm den Rahmen geben.

Digitized by Google

Aber man ſoll nicht Gemeinheiten begehen, und einer ſolchen macht ſich der „Bund der Kaiſertreuen“ ſchuldig, wenn er ſchreibt:

„Millionen zählt das Heer der Irregeleiteten, trefflich ſind ſie organiſiert, überreich mit Munition verſehen. Seit etwa Jahresfriſt zahlen die ſozialdemokratiſchen Arbeiter an ihre Kaſſen jede Woche je 2.50 Mark. Das macht, wenn man die in der Heimat zurückgebliebenen ſozialdemokratiſchen Arbeiter auf nur eine halbe Million einſchätzt, im Jahr insgeſamt 65 Millionen Mark! Unterſtützung wird ihnen durch die 600 Millionen Dollars = 2400 Millionen Mark, die in Nordamerika geſammelt wurden, um durch Erregung von Parteihader und Zwietracht die innere Kraft des deutſchen Volkes zu lähmen.“

Da hat der Humor ein Ende. Das iſt nicht mehr Idealismus, der ſonſt in den Motiven „zur Rettung des Vaterlandes“ ſtecken mag, das iſt kleinſelige Niedertracht. Mit ſubalternem Haß gegen die eigenen Volksgenoſſen verſtopften Gehirne addieren die Summen, die eine Partei ihrer Zukunftsarbeit ſammelt, mit den Propagandageldern des Auslands. Nach dieſer Leiſtung ſind wir gewiß, daß der Parteienkampf, der ſeit dem Stillerwerden der „Vaterlandspartei“ etwas gelaſſener geworden, alles Ekelhafte, das er vor dem Krieg gehabt hat, konſervieren wird. Es geſchieht mit der Beſchlagnahme des Kaiſers, der keine Parteien, ſondern nur noch Deutſche kannte.

Das aber iſt ſchließlich das Kapitel von einiger Wichtigkeit. Denn die Kanonaden gegen Scheidemann und Erzberger — ſie ſind doch etwas Alltägliches, Ladenhüter, für die es keinen Bund braucht. Auch die Wehklagen über den drohenden Untergang des alten Preußen — bekannter Melodien. Hier iſt das neue Motiv die beſondere „Kaiſertreue“. Zwar, wenn man es bei Licht betrachtet, iſt der Kaiſer, dem dieſe Leute die Treue wahren, ein Mann, der gar nicht wiſſe, daß er den Aſt abſägt auf dem er ſitzt, dem die Urteilskraft für ſeine Entſchließungen fehle, der ſich ſein Blickfeld von allerhand Dunkelmännern verſchleiern laſſe — aber ſo genau nimmt man es wohl nicht, wenn es gilt, die alte hiſtoriſche Rolle durchzuführen: plus royaliste que le roi!

Man möge gefälligſt das Kaiſertum und ſeinen Namen nicht mit dem politiſchen Angſtmeiertum eines engen preußiſchen Partikularismus und einer von Bosheit und Mißtrauen gegen das breite Volk genährten Geſinnung belaſten. Dazu iſt es zu gut, um Firmenſchild einer Clique zu werden, dafür iſt ſeine geiſtesgeſchichtliche Entwicklung viel zu ſehr getragen von der liberal-demokratiſchen Bewegung in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, da es ſich gegen die Bedenklichkeit und mancherlei Abneigung des preußiſchen Konſervatismus durchſetzte. Seine innerpolitiſche Baſis in Deutſchland war geſichert, als Bismarck im Jahre 1866 das demokratiſche Wahlrecht als Binde- und Werbemittel in die deutſche Geſchichte warf. Wer eine Kluft zwiſchen Monarchie und Volk graben, wer Spannungen und Kataſtrophen herbeiführen will und den preußiſchen Gedanken gegen den deutſchen ausſpielen, der mag den Bund der echtpreußiſchen Männer neu aufmachen, er ſoll aber Name und Überlieferung des deutſchen Kaiſertums aus dem Spiele laſſen.

Digitized by Google

Irgendwo gibt es die Grenze, wo diese Sorte von „Monarchisten" der Krone selber peinlich werden müssen. Denn ihre absondernde Propaganda setzt als gegeben einen Gegensatz zwischen Monarch und Volk und erschwert damit, daß beide in einem vertrauensvollen Verhältnis an die gemeinsamen geschichtlichen Aufgaben der deutschen Zukunft herantreten. Ihr tapferer Lärm ist Kleinglaube und Feigheit gegenüber dem Neuen, was sich als Zielsetzung und beiderseitige Verantwortung aus dem Krieg für die deutsche Größe und Freiheit gestalten will. Nichts kann der Monarchie unerwünschter sein, als wenn sich solche Kronzeugen an sie herandrängen und das natürlich freie Verhältnis des Volkes zum Kaisergedanken durch eine anmaßende Bündelei verderben.

Berufsberatung und Schule

Von Schulrat Karl Mutheſius, Weimar

„Jeder verfehlte Beruf bedeutet den Verlust eines Teiles der Volkskraft." Mit diesem Satze kennzeichnet der preußische Kultusminister in seinem kürzlich erschienenen Erlaß über Berufsberatung von Schülern und Schülerinnen die wirtschaftliche Bedeutung der Berufswahl. Der Krieg hat unserem Volke ungeheuere Menschenverluste zugefügt. Er fordert Opfer über Opfer an kostbarem Menschenleben, dazu kommt, daß die Geburtenziffer während des Krieges stark gesunken, die Sterbeziffer nicht unerheblich gestiegen ist. Steigerung der Volkszahl und Steigerung der Volkskraft: das sind demnach die ersten und grundlegenden Aufgaben für die Zukunft, ohne deren Lösung alle anderen Bestrebungen zur Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Luft hängen. Die Gesamtkraft des Volkes kann aber nur dann zu voller Wirkung kommen, wenn jeder einzelne an der Stelle sich betätigt, die seinen besonderen Fähigkeiten am angemessensten ist. Wir werden mit jedem Menschenleben und mit jeder Menschenkraft ungemein haushälterisch umgehen müssen, wenn wir alle die ungeheueren Werte, die der Krieg vernichtet hat, ersetzen, wenn wir den wirtschaftlichen Wettkampf, den uns unsere Feinde aufzwingen werden, bestehen wollen. Daraus folgt, wie wichtig die rechte Berufswahl ist; tatsächlich bedeutet jeder verfehlte Beruf einen Verlust an Volkskraft.

Er bedeutet aber noch etwas anderes. Der Beruf darf nicht lediglich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus aufgefaßt und beurteilt werden. Daß er die materiellen Lebensbedingungen sichere, ist allerdings für die Mehrzahl der Menschen sein Hauptzweck. Wenn aber die Berufswahl lediglich nach dieser Rücksicht getroffen wird, so ergeben sich sehr oft innere Zwiespältigkeiten, die um so verhängnisvoller werden, je höher der erwählte Beruf in der Reihe menschlicher Betätigungen steht. Nach Etymologie und Wortsinn ist der Beruf das, wozu der Mensch „berufen" ist. Der Gefühlston dieses Zeitwortes deutet schon darauf hin, daß der Beruf, so aufgefaßt, die wichtigste innere Angelegenheit des Menschen ist. Der Beruf steht im Mittelpunkt seines Lebens

Digitized by Google

und zwar nicht nur des äußeren materiellen, ſondern vor allen Dingen des inneren des geiſtig-ſittlichen. Sein Sinnen und Denken, ſein Handeln und Schaffen hat ſein Zentrum in ſeinem Beruf, alles Höhere und Edlere ſeiner Perſönlichkeit, alle Tugend und Tüchtigkeit kommt in ihm, in ſeiner täglichen Arbeit, zum Ausdruck, in ihm wurzeln Pflicht und Ehre, Anerkennung und Befriedigung, kurz: das ganze menſchliche Glück. Sein Beruf füllt ſein Leben aus, er verkörpert an ſich jenes Wort Herders: „Dein Weſen ſei dein Beruf.“

Soll der Beruf das für den Menſchen werden, ſo muß er ſeinem „Weſen“, d. h. ſeinen Fähigkeiten, ſeiner Eigenart angepaßt ſein. Die Fähigkeit, das Angeborene der Individualität, iſt immer etwas Beſtimmtes, Begrenztes, und deshalb ſind Leiſtungen auch nur in einem begrenzten Gebiete möglich. So ſchränkt der Beruf naturgemäß das menſchliche Streben und Wirken ein. Aber dieſe Einſchränkung bedeutet keineswegs eine Abſchließung gegen andere Geiſtes- und Lebenswerte. Es iſt, um einen Ausdruck Goethes anzuwenden, „eine engweite Situation,“ in die der Beruf den Menſchen verſetzt. Je mehr er den ganzen Gehalt des eignen Lebens in ſeinen Beruf hineinlegt, deſto zahlreicher und umfaſſender werden die Beziehungen alles Geſchehens zu ſeinem Beruf. Alles was Natur und Leben, Erfahrung und Umgang, Wiſſenſchaft und Kunſt an ihn heranbringen, verſchmilzt in eigenartiger, individueller Weiſe mit dem Mittelpunkt ſeines Lebens, mit ſeinem Beruf. Die herrſchende Vorſtellungsmaſſe, deren Sitz ſein Beruf iſt, nimmt alle neuen Eindrücke auf und bringt ſie alsbald, wenn nur der Beruf den Menſchen ganz erfüllt, in eine gewiſſe aktive, werteſchaffende Beziehung zu ihm.

Wer aber in einen Beruf hineingeraten iſt, der nicht ſeinem Weſen, ſeinen Fähigkeiten entſpricht, der führt neben ſeinem Beruf noch ein anderes Leben, ſeine ſtille innere Heimat liegt anderswo, in ſie kehrt er zurück, wenn er ſich von den „Feſſeln des Berufs“ befreit hat, in ihr findet er ſein inneres Glück. Dieſer Zwieſpalt iſt aber für den tiefer veranlagten Menſchen ein Verhängnis, er kann nur wahre innere Befriedigung finden in der inneren Einheit.

Jeder verfehlte Beruf bedeutet alſo nicht nur einen Verluſt an Volkskraft, er bedeutet auch einen Verluſt an menſchlich-ſittlichen Werten, an Lebensglück. Aber der wirtſchaftliche Geſichtspunkt ſteht mit dem rein menſchlichen und ethiſchen in engſtem Zuſammenhang, in Wechſelbeziehung. Denn jene Sammlung der Kräfte, jene Beharrlichkeit in der Arbeit, jene Stetigkeit im Streben nach dem einen Ziel, wie ſie den recht erfaßten Beruf kennzeichnen, ſie allein vermögen Leiſtungen zu erzeugen, die zur wirklichen Stärkung der Volkskraft führen. Und je mehr die durch Erfolg beflügelte Schaffensfreude und Schaffenskraft des einzelnen ſich erhöht, je mehr ihm ſein Beruf innere Befriedigung und damit wahrſtes Lebensglück gewährt, deſto größer iſt der Beitrag der Einzelleiſtung zum Geſamtvermögen, zur geſamten Volkskraft.

Digitized by Google

Wenn es also möglich wäre, die Menschen vor Irrungen in der Berufswahl zu bewahren, wenn es gelänge, jeden einzelnen auf den Berufsweg zu leiten, der seinem innersten Wesen angemessen ist, den äußeren Beruf also mit der inneren Berufung zu ihm in völlige Übereinstimmung zu bringen, so wäre das eine reichliche Mehrung an Kraft und zugleich an Glück. Kein Wunder, daß man auf Mittel sinnt, diesem idealen Zustand näher zu kommen. In der Berufsberatung glaubt man ein solches Mittel gefunden zu haben, und naturgemäß richtet sich der Blick zunächst auf die Schule als auf diejenige Stelle, von der aus die Beratung am ersten ausgehen müsse. In dem erwähnten Erlaß des preußischen Kultusministers werden die Schulen aller Gattungen angeregt, ihre Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern in allen die Berufswahl betreffenden Fragen gewissenhaft zu beraten.

Die Schule müsse sich, so führt der Erlaß aus, allerdings darauf beschränken, Eltern und Schülern nur auf Befragen Auskunft und Rat zu erteilen, sie könne auch für die Wahl des Berufs keinerlei Verantwortung übernehmen. Aber sie könne Bedenken erheben und auf Schwierigkeiten hinweisen, die sich bezüglich bestimmter in Aussicht genommener Berufe ergeben, sei es in Rücksicht auf die geringen wirtschaftlichen Aussichten wegen übermäßigen Zudranges zu ihnen, sei es in Rücksicht auf mangelnde Eignung. Derartige Aufklärungsarbeit könne in allgemeinen Besprechungen geschehen, wozu sich namentlich Elternabende und Schülerabende eigneten, sowie auch in persönlichen Unterredungen. Auch im Unterricht könnte vielfach auf das Wesen einzelner Berufe hingewiesen werden, damit die Schüler die Anforderungen kennen lernten, die in bezug auf körperliche oder geistige Fähigkeiten in diesem oder jenem Berufe gestellt werden. Eine geeignete Grundlage für solche Belehrungen und Hinweise gäben oft die Untersuchungen durch den Schularzt. Auch die Verteilung kleiner belehrender Schriften über die einzelnen Berufe einige Monate vor dem Abgang von der Schule sei ein geeignetes Mittel der Aufklärung. Mit der an vielen Orten befindlichen, von Handels- und Handwerksorganisationen oder auch von der Jugendpflege eingerichteten öffentlichen Beratungs- und Lehrlingsvermittelungsstellen solle die Schule möglichst zusammenarbeiten. Auch den Schülern und Schülerinnen, die eine höhere Schule mit dem Reifezeugnis verlassen, sowie deren Eltern müsse die Schule jede Gelegenheit gewähren, sich bei ihr Rat und Auskunft über die Berufswahl zu holen. Das erfordere allerdings eine Kenntnis der verschiedensten Lebensgebiete, wie sie nicht bei jedem Anstaltsleiter und jedem Lehrer vorausgesetzt werden könne. Der Kultusminister empfiehlt deshalb, einen Vertrauensmann des Lehrerkollegiums zu wählen, der sich eingehend mit allen Fragen der Berufsberatung beschäftigt, oder noch zweckmäßiger einen aus mehreren Mitgliedern des Lehrerkollegiums bestehenden Ausschuß, in dem alle einschlägigen Fragen gründlich bearbeitet werden könnten. Die hierfür notwendigen statistischen und wissenschaftlichen Unterlagen solle das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin sammeln und den Schulen zugänglich machen.

Digitized by Google

Der Ministerialerlaß berücksichtigt im ganzen lediglich die wirtschaftliche Seite der Berufsfrage. Ungesunde Erscheinungen, wie die Zunahme ungelernter Arbeiter, die Landflucht, der Zudrang zum akademischen Studium sollen durch die Berufsberatung bekämpft werden. Aber schon vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt selbst aus muß man verschiedene der empfohlenen Einzelmaßregeln mit einem Fragezeichen versehen. Die wirtschaftliche Seite der Berufsfrage regelt sich sozusagen von selbst nach dem großen volkswirtschaftlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die große Zahl ungelernter Arbeiter ist gewiß eine höchst bedenkliche Erscheinung. Die Mittel der Belehrung werden aber solange gegen sie mehr oder weniger wirkungslos bleiben, als der jugendliche ungelernte Arbeiter nicht nur augenblicklich, sondern auf lange Zeit hinaus bessere Verdienstmöglichkeiten hat als der Handwerker. Die Landflucht beklagen wir gewiß alle. Aber mit bloßen Belehrungen über die „mannigfaltigen Gefahren der Großstadt" wird man solange gegen sie wenig ausrichten, als dem landwirtschaftlichen Arbeiter nicht bessere Lebensbedingungen gewährt werden können. Ebenso wie die Auswanderung alsbald nachgelassen hat, als das Vaterland selbst seinen Söhnen ausreichenden Verdienst gewähren konnte, ebenso wird die Abwanderung vom Land zum Stillstand kommen, wenn die Annehmlichkeiten des ländlichen Lebens den Landbewohnern mit der Eindringlichkeit von Tatsachen des unmittelbaren Erlebens bewußt werden. Es ist gewiß etwas Schönes, wenn die Kinder dem Berufe der Eltern folgen. Wenn aber in dem Beruf der Eltern die Erwerbsmöglichkeiten sinken, so wird keine Belehrung über die hausväterlich-ehrwürdige Sitte der Berufsfolge den Übergang zu einem anderen Beruf verhindern. Außerdem steht dieser Sitte das anerkennenswerte Streben vieler Eltern gegenüber, ihren Kindern zu einer besseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung zu verhelfen, als sie ihnen selbst das Schicksal zugeteilt hat. Wird doch auch eine gesunde soziale Bewegung im Volkskörper wesentlich durch den Wunsch der Eltern unterstützt, „daß der Sohn dem Vater nicht gleich sei, sondern ein Besserer".

Mit vollem Recht weist der Erlaß darauf hin, daß das übermäßige Drängen nach Berufen, auf welche die Hochschulen vorarbeiten, und nach der Beamtenlaufbahn vielfach keineswegs einem inneren Triebe entspringe, sondern der irrtümlichen Anschauung, daß sie höher zu bewerten seien. „Die Überfüllung dieser Berufsarten, die schon vor dem Kriege bedenklich war, scheint nach dem Kriege noch bedrohlicher werden zu sollen. Viele von denen, die sich dazu drängen, ohne die Veranlagung dazu zu haben, werden voraussichtlich bitteren Enttäuschungen entgegengehen. Dies wäre um so bedauerlicher, als auf weiten Gebieten des werktätigen Lebens bedeutende Kräfte nach dem Kriege erforderlich werden und reiche und lohnende Arbeit ihrer wartet." Das ist gewiß alles trefflich gesagt, sehr zweifelhaft ist es aber, ob Belehrungen in den Schulen gegen die hier gekennzeichneten tief eingewurzelten Vorurteile etwas Entscheidendes auszurichten vermögen. Wir leiden tatsächlich an einer maß-

Digitized by Google

losen Überschätzung der gelehrten Bildung, des Beamten- und Schreibertums. Das hat aber im wesentlichen seinen Grund an der stark ausgeprägten ständischen Gliederung unseres Volkskörpers. Es hat wenig Aussicht auf Erfolg, Ungeeignete vor dem Zudrang zu dem akademischen Studium zu warnen, so lange unsere höheren Schulen, die auf das Studium vorbereiten, ausgesprochene Standesschulen sind, die als solche die negative Auslese, d. h. die Ausscheidung aller nicht zum künftigen Studium Befähigten, aus ständischen Rücksichten nicht streng durchführen können. Es wird wenig fruchten, zur Wahl eines werktätigen Berufes zu raten, solange der Weg durch höhere Schule und Universität der einzige und ausschließliche Zugang zu allen höheren Berufen und Stellen ist, so lange die Arbeit mit der Hand nicht die Achtung genießt, die sie verdient und es ganz allgemein im öffentlichen Urteil als ein Herabgleiten auf der sozialen Leiter aufgefaßt werden würde, wenn ein Kind aus der bevorzugten gesellschaftlichen Schicht ein Handwerk zum Lebensberuf erwählen wollte. Es müßten sich also in der Wertung der verschiedenen Arten der nationalen Arbeit tiefgehende Wandlungen vollziehen, das Berechtigungswesen mit all seinen unsozialen, wegeverrammelnden Wirkungen müßte eine durchgehende Neuregelung erfahren, die Beamtenherrschaft mit all ihren vermeintlichen oder wirklichen Vorrechten müßte schwinden, wenn die Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Berufsberatung in diesem Sinne gegeben sein sollten.

Das läßt erkennen, daß der Erlaß des Kultusministers dem Berufsproblem doch nicht in seiner vollen Tiefe gerecht wird. Er trifft mehr nur die Symptome, er umgeht aber die Ursachen. Dem Tieferschauenden tun sich hier die wichtigsten Bildungsprobleme auf, es eröffnet sich der Blick auf wesentliche Aufgaben der Schulorganisation und des Lehrverfahrens.

Soll jede Einzelkraft für das Gemeinwohl ausgenutzt werden, so setzt das voraus, daß sie von allem Anfang an die rechte Entwickelung erfährt. Das ist nur möglich innerhalb einer Schulorganisation, die die jetzt bestehende Abhängigkeit der Bildung vom Besitz aufhebt, die bestimmt ist weniger durch Rücksichten auf den Stand der Eltern als vielmehr durch solche auf die Fähigkeiten der Kinder. Hätten wir eine Organisation unseres Bildungswesens, die einem jeden unabhängig von seinem Stand oder Vermögen Gelegenheit böte, „zu einem Maximum persönlicher Kultur und sozialer Leistungsfähigkeit nach dem Maße seiner Anlagen und seiner Willensenergie sich auszubilden", so wären für eine Berufswahl, die alle Einzelkräfte zu dem gewaltigen Strome der Gesamtvolkskraft zusammenfließen läßt, weit günstigere Voraussetzungen geboten als gegenwärtig. Alle die zahlreichen Versuche, die jetzt in vielen größeren Städten angestellt werden, um einer solchen Schulorganisation näher zu kommen, haben demnach auch für das Berufsproblem grundlegende Bedeutung. Und sie werden für die Lösung dieses Problems sich um so fruchtbarer erweisen, je mehr sie sich zunächst und zuerst richten auf eine allgemeine Hebung derjenigen

Digitized by Google

Schulgattung, die für die große Maſſe des Volkes die erſte und zum Teil die einzige Bildungsmöglichkeit bietet: der allgemeinen Volksſchule.

Unſer landläufiger Unterrichtsbetrieb in allen Schulen iſt freilich auch wenig geeignet, eine zweckmäßige Berufswahl vorzubereiten. Er erhebt in der Theorie den Anſpruch, die Individualität der Schüler zu berückſichtigen. Der herrſchende Maſſenbetrieb macht aber die praktiſche Durchführung des wohlgemeinten Grundſatzes ſo gut wie unmöglich. Wenn ein Lehrer 40, 50 und in den Volksſchulen oft noch viel mehr Kinder zu unterrichten hat, wenn er die Schüler meiſt nach kurzer Jahresfriſt in die Hände eines anderen Lehrers übergeben muß, ſo iſt es beim beſten Willen faſt ausgeſchloſſen, daß er die Eigenart des einzelnen Schülers, die doch eben für eine zielſichere Berufswahl ausſchlaggebend iſt, in nennenswerter Weiſe fördern könnte. Dazu kommt, daß der Unterricht vielfach nur die Oberfläche des Seelenlebens berührt und nicht bis zur Wurzel der Lebensregung und Lebensbewegung vordringt, daß er die Jugend vielfach abſpeiſt mit platten Allgemeinheiten und totem Buchwiſſen, daß die Schule und das, was außerhalb ihrer vier Wände in Lebensfluten und Tatenſturm auf- und abwallt, zwei ganz verſchiedene Welten ſind. Der unheilvolle Gegenſatz zwiſchen Schule und Leben iſt zum Teil darin begründet, daß wir einem falſchen Bildungsideal huldigen. Der Begriff der allgemeinen Bildung verwirrt das rechte Verhältnis zwiſchen Schulbildung und Beruf. Er ſperrt die Jugend ab von den Wirklichkeiten des Lebens und verhindert die Fortführung des Denkens zum Tun. Unſere Schulen ſind beſtenfalls Stätten des Wiſſenserwerbs, geben aber viel zu wenig Gelegenheit zur Wiſſensanwendung; ſie laſſen in der Regel alle praktiſchen Anlagen, die gerade für den Beruf von ausſchlaggebender Wichtigkeit ſind, brach liegen. Der Schüler kommt dabei gar nicht zum Bewußtſein ſeiner Fähigkeiten und deshalb fehlen ihm die Maßſtäbe zu einer Beurteilung ſeiner ſelbſt und folglich auch zu einer treffenden Wahl des Berufs. Wie wäre es ſonſt möglich, daß viele Knaben nach beendetem Schulbeſuch nicht wiſſen, „was ſie werden wollen," daß viele Jünglinge mit dem Reifezeugnis, wie der Schüler im Fauſt vollkommen ratlos ſind, welche „Fakultät" ſie wählen ſollen?

In der Pädagogik der Gegenwart machen ſich mit ſteigendem Erfolg Strömungen geltend, die der angedeuteten Mißſtände Herr zu werden verſuchen: ſie wollen an die Stelle der Lernſchule die Lebensſchule, an die Stelle der Wortſchule die Tatſchule ſetzen. Ein großer Teil des jüngeren Lehrergeſchlechtes aller Schulen bemüht ſich eifrig und ehrlich um die Verwirklichung dieſer neuen Ideale der Erziehung. Je mehr das gelingt, deſto mehr werden die Schulen jenem Zweck der Erziehung nahe kommen, das Goethe einmal treffend mit dem kurzen Wort gekennzeichnet hat: die Fähigkeiten in Fertigkeiten zu verwandeln. Dann werden ſie in der Jugend die Vorbedingungen zu einem tätigen und frohen Leben ſchaffen und damit auch zu einer größeren Sicherheit in der Wahl des Berufs. Dann wird auch die Berufsberatung durch die Schule

Digitized by Google

auf eine sicherere Grundlage gestellt und erfolgreicher ausgestaltet werden können, als es jetzt vielfach möglich ist, sie wird dann um so nachdrücklicher und wirkungsvoller mitarbeiten können an jenem großen Ziele der Erneuerung und Stärkung unserer Volkskraft nach dem Kriege.

Brief an die „Deutsche Politik“

Zur Frage der Mobilisierung der Vermögen

In Heft 34 hat Dr. Rieß das Problem einer staatlichen Kontrolle der Vermögensbildung im Kriege erörtert. Eine solche Kontrolle erscheint mir jedoch unnötig. Der Staat hat ja auch ohnedies genug zu kontrollieren. Das Problem ist gelöst, wenn das Reich bei seiner nächsten Anleihe bekannt gibt: „Nach dem Krieg ist mit einer beträchtlichen Vermögenssteuer zu rechnen. Diese kann außer in bar auch in Kriegsanleihe entrichtet werden. (Diesbezügliche Ankündigungen sind hier schon gemacht worden.) Darum liegt es im Interesse jedes Steuerpflichtigen, einen Teil seines Vermögens in Kriegsanleihe anzulegen. Bei jeder anderen Anlage — sei es in Grundstücken, Aktien, Hypotheken oder Edelsteinen — hat der Steuerpflichtige nach dem Kriege Verluste zu befürchten, wenn er diese Werte zur Steuerzahlung flüssig machen muß. Der Besitzer von Kriegsanleihe vermeidet dieses Risiko.“

Betrachten wir nun die beiden Beispiele des Herrn Dr. Rieß. Ein Steuerpflichtiger hat seinen ganzen Kriegsgewinn in einer unkündbaren Hypothek angelegt. Nach Friedensschluß muß er nun die Vermögenssteuer bezahlen. Da er über flüssige Mittel nicht verfügt, bleibt ihm nichts übrig, als seine Hypothek zu verkaufen oder etwa bei der Darlehenskasse zu lombardieren. Entsteht ihm hiebei ein Verlust, so geschieht ihm recht: Warum hat er nicht wenigstens einen Teil seines Vermögenszuwachses in Kriegsanleihe angelegt, wie es die Pflicht eines jeden ist?

Ebenso verhält es sich mit dem Landwirt, der seinen Kriegsgewinn von 200 000 Mark ausschließlich zur Erweiterung seines Grundeigentums verwendet hat. Wenn er Land mit Verlust, also billig verkaufen muß, so erleichtert er überdies die Errichtung von Kriegerheimstätten und überhaupt die innere Siedelung. Von diesem Gesichtspunkt aus, wäre ein Rückgang der im Krieg gestiegenen Preise der ländlichen und städtischen Grundstücke nur zu begrüßen. Will man aber trotzdem Härten vermeiden, so weisen die Bodenreformen einen Weg: die Umwandlung der Steuerschuld in eine Bodenrente, wodurch dem Reich zwar nicht die Schuldentilgung, aber doch wenigstens die Verzinsung ermöglicht wird.

Im übrigen ist zu hoffen, daß bei der nach dem Krieg zu erwartenden Seisachtleia (Lastenabschüttelung) nicht nur die während des Krieges ersparten, sondern auch die schon vor dem Kriege verhandenen Kapitalien erfaßt werden. Die Prämie für die Verschwender, welche unsere erste Kriegssteuer darstellte, hat jedenfalls erzieherisch sehr ungünstig gewirkt.

Es muß jedoch verlangt werden, daß durch eine scharfe Überwachung die bei uns zugegebenermaßen leider so viel geübte Steuerhinterziehung sehr erschwert wird. Strenge, wenn auch nur stichprobenweise geübte Kontrolle — zu deren Durchführung man Kriegsbeschädigte ausbilden und verwenden kann — muß in Verbindung mit schweren Geldstrafen dazu führen, daß der Steuerpflichtige das Risiko der Hinterziehung fürchtet. Mindestens ebenso wichtig und notwendig wäre freilich eine in der Schule beginnende staatsbürgerliche Erziehung — denn in welcher Schule erfährt man bei uns heute überhaupt etwas von den Pflichten dem Staate gegenüber?

Steuerfreudigkeit ist in unseren Tagen vielleicht die höchste, sicher aber auch die seltenste Bürgertugend, auch bei den Angehörigen derjenigen Klassen und Parteien, welche sich mit Vorliebe als die staatserhaltenden bezeichnen. H. Schürer, z. Zt. im Felde

Digitized by Google

Notizen

Turkestan und die Revolution. Das Verhältnis Turkestans zu den russischen Regierungsformen der beiden letzten Jahre hat, beeinflußt durch die nationalen Besonderheiten des Landes, mannigfach sich gewandelt. Erst jetzt ist es möglich, die Entwicklung, die zu den jetzigen Zuständen geführt hat, einigermaßen klar zu übersehen, obwohl die Rolle, die englischer Einfluß zweifellos gespielt hat, sich der nähern Beurteilung noch entzieht. Schon unter Kerenskis Herrschaft, im August 1917, erfolgte ein Aufstand, der in erster Linie aus religiös-politischen Gründen von den national-mohammedanischen Elementen des Westens, in zweiter Linie von dem bolschewistisch gesinnten Proletariat der Industriebezirke ausging. Die Fürsten von Chiwa und Buchara hatten, obwohl verhältnismäßig selbständig, unter russischem Druck revolutionäre Einrichtungen eingeführt und dabei war von russischen Soldaten gegen mohammedanische Heiligtümer gefrevelt worden. Nun ist unter den Mohammedanern die Hinneigung zur Türkei nie ganz erloschen, obwohl die große Entfernung direkte Verbindungen sehr erschwerte; eine allgemeine Friedenssehnsucht kam hinzu und alles dies führte im Einvernehmen mit den Arbeitern der Taschkenter Baumwollindustrie, die aus Friedenssehnsucht bolschewistisch gesinnt waren, zu allgemeinem Aufruhr. Doch gelang es dem General Korownitschenko fürs erste, die Erhebung blutig zu unterdrücken. Im November vorigen Jahres aber siegte auch dort der Bolschewismus, Korownitschenko wurde alsbald ermordet und im Osten die sozialistische Regierungsform eingeführt. Der mohammedanische Westen blieb bürgerlich, kadettisch, nach seiner ganzen Vergangenheit, und Englands Einfluß stieg dort. Das Bündnis zwischen den beiden Parteien machte heftigen inneren Kämpfen Platz. Die Lage der Taschkenter Bolschewisten, die überall von Feinden umgeben waren, wurde immer bedrängter.

Alle diese Ereignisse bekommen erst ihr Gewicht und ihre Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß Turkestan, von Rußland her jetzt nur noch auf dem Wege über den Kaspisee, dem Wege der Eroberer von 1879, erreichbar, von Indien nur durch eine hohe, schmale Gebirgskette getrennt ist, daß ferner die Taschkenter Gegend, die „Mutter der Moskauer Textilindustrie", das einzige größere Baumwollgebiet der Welt ist, das nicht unter englisch-amerikanischer Kontrolle steht. Jetzt ist allerdings die Produktion sehr zurückgegangen, denn die Bauern haben infolge der Hungersnot einen großen Teil des Landes mit Getreide angebaut. Türkische Einwirkung wäre nur vom Kaukasus her möglich, denn die einzige Bahnlinie ist in den Händen der Orenburger Kosaken unter Dutow, die mit den Tschechoslowaken verbündet sind. Neue zuverlässige Meldungen aus Moskau besagen nun, daß nach den Informationen der Räteregierung sich ganz Turkestan in voller Anarchie befindet. Im Sowjet wurde erklärt, daß der Einfluß sowohl der bolschewistischen wie der bürgerlich-mohammedanischen Regierung gleich Null sei. Vielmehr wird das Land von zwei sich bekämpfenden Räubern, Jerpasch Bey und Katairganz, mit Banden heimgesucht. Natürlich haben diese Kämpfe politische Hintergründe. Jerpasch Bey ist offenbar Mohammedaner, Katairganz soll ein anglophiler Armenier sein.

Auf Beschluß der Moskauer Regierung soll nunmehr eine Abteilung Roter Garde nach Turkestan gehen, über den Kaspisee, und in Krasnowodsk landen. Ihre Aufgabe wird sein, das sozialistische Regiment wieder herzustellen, die englandfreundlichen Räuberbanden zu unterdrücken und die Baumwollproduktion zu heben, durch Beschaffung von Lebensmitteln und Erneuerung der Bewässerungsanlagen. Wie weit diese Pläne zur Ausführung gelangen können, bleibt natürlich zweifelhaft.

Jedenfalls verdient die weitere Entwicklung der inneren Verhältnisse des Landes wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung unsere schärfste Aufmerksamkeit.

Martin Rochl

Digitized by Google

Amerikanische Tonnage. „Common Sense" vom 3. August 1918 schreibt: „Einem amerikanischen Sachverständigen zufolge wird Amerika die Welt in der Handelstonnage führen, wenn es drei Jahre lang weiter Schiffe baut. Er schätzt, daß die amerikanische Tonnage dann der Hälfte der Welttonnage gleichkommen wird. „Es wird mehr als eine bloße Anhäufung von Tonnage", sagt der Sachverständige der National City Bank, „es wird eine vollständige Handelsmarine sein, die alle verschiedenen Schiffstypen hat, die vom Standpunkt der mechanischen Ökonomie notwendig sind und für die verschiedenen Handelszweige entsprechend den Bedürfnissen einer großen Industrienation, die nach einer vollen Ausstattung direkter Schiffahrt für Passagier- und Postrouten nach allen Teilen der Welt verlangt."

Amerika steht im Bau der größten Typen von transatlantischen Linienschiffen weit hinter britischen und deutschen Werften zurück, aber bestimmte Vorkehrungen werden jetzt für die feinste Art der Passagierdampfer getroffen. Man ist sich in Amerika bewußt, daß die Zustände jetzt abnorm sind, aber die Regierung schaut voraus, und es ist möglich, daß nach dem Kriege die Handelsmarine unter nationaler Kontrolle stehen wird. Amerikanische Schiffsbauer sagen, daß, wenn ihnen Order auf neue Schiffe garantiert werden, genügend um ihre Werften auf der Basis der Quantitätsproduktion von Standardtypen bei hohem Druck laufend zu erhalten, könnten sie versprechen, Schiffe direkt im Wettbewerb mit britischen und deutschen Produzenten zu bauen. Amerika rechnet darauf, den britischen Zahlen hinsichtlich der „Fabrikware"-Schiffe und der Quantität der Produktion nahezukommen, aber es wird ohne Scheu in den Wettbewerb eintreten."

Wir werden in einer der nächsten Nummern der „Deutschen Politik" die amerikanische Schiffsbaufrage in einem größeren Aufsatz behandeln.

Die Kehrseite. In der Londoner „Nation" werden über das Gewaltsystem des englischen Finanzkrieges einige nachdenkliche Bemerkungen gemacht:

„Sir Albert Stanley beantragte die zweite Lesung der Vorlage über den Handel mit dem Feinde, welche nicht nur alle existierenden feindlichen Banken schließt, sondern auch die Eröffnung anderer für einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Frieden verbietet. Vom kommerziellen Standpunkt ist diese Kapitulation vor einer ignoranten Agitation Selbstmord. Sie greift die Stellung Londons als Börse des Welthandels an, und die in Erwägung gezogenen Beschränkungen für die Schiffahrt werden dasselbe Resultat haben. Es ist keine Garantie vorhanden, daß die Vereinigten Staaten oder selbst Frankreich gleich drastische Methoden anwenden werden. Wenn sie vernünftiger sind, dann werden New York oder Paris an die Stelle Londons als Finanzzentrum der Welt treten."

Diese Einsicht bedarf keines besonderen wirtschaftlichen Scharfsinns. Ob sie, heute ausgesprochen, in der britischen Stimmungsmache ein Echo der Nüchternheit findet, bleibt freilich offen. Die Skeptiker in London haben Grund genug, die Bankenpolitik von New York mit einigem Mißtrauen zu verfolgen.

Neuerscheinungen

Gedanken aus dem Felde

Der Liberalität der Zensur in Deutschland verdankt die neuere Kriegsliteratur zwei verschiedenartige Gruppen von Büchern: freimütige Bücher über Kriegserlebnisse von Kämpfenden und den noch immer reichlich fließenden Strom gewohnter journalistischer Kriegsarbeit.

Aus der ersten Gruppe ragen die Tagebuchblätter von A. H. Zeiz „Tanz um den Tod" (Erich Reiß, Berlin 1918) hervor. An Wahrhaftigkeit, Mut und geistiger Stärke kommt wenig aus der Literatur der Kriegsteilnehmer dem schmalen Buch gleich. Ein paar Proben seien zusammengestellt: „Plötzlich

Digitized by Google

fragt der Mann: „Warum muß Krieg sein, Unteroffizier?“ Er tritt verlegen von einem Fuß auf den anderen. Sein Mund lächelt einfältig schmerzlich. Vorhofen sieht ihn an. Hier helfen keine Phrasen. Lang am saat er: „Ich weiß es nicht.“ — Die Soldaten schlafen alle. Der Posten patrouilliert schweigend auf der Straße. Wasser rauscht von den Bergen in die tiefe Nacht. Vom anderen Ufer blinzeln Lichter. Eisenbahnen rollen. Pfeifensignale. Rangierende Lokomotiven. „Das ist Rumänien“, sagt der Telephonist. „Dort ist Frieden.“ — „Frieden? — wie das sein mag? Wir müssen uns besinnen: Mit schönen Frauen gehen. Arbeiten. Ideale, Werte schaffen. — Wir stehen vor einem verschlossenen Tor.“ Der Telephonist nickt und fängt an, von seiner Heimat zu erzählen. Kiefern in weißem Sand. Von der grünen See und den Schiffen, die darauf fuhren und wieder fahren werden. Mit leuchtenden Segeln in fremde Länder tragen, was deutsche Hände schaffen.“ — „Vorhofen ist im Hause eines serbischen Offiziers einquartiert. Noch atmen alle Winkel der Zimmer einen Hauch von Frieden und Eleganz. Einige schöne Schränke und Tische stehen. Serbische Generalstabskarten liegen umher. Deutsche Kinderbücher. Zerrissene deutsche mathematische Schriften. Spinoza neben einer zerbrochenen Vase im Schmutz.“ — „Dort, wo der Fels hoch an die Straße tritt, liegen drei aus dem Zug. Tot. Der Hunger hat ihnen das Genick abgedreht. Und das alles für Papier, für Handelsverträge. Hunderttausend fiebrige, hungrige Augen fragen. Warum die Schmach? Warum die Leiden? Warum der Krieg? Hundert Saurken haben den Krieg gemacht. Hunderttausende müssen folgen müssen leiden. In den Bergen haben sie gelebt. In großen Entbehrungen. Zusammen mit ihren Schafen. Ihre Politik war die Quelle, aus der sie für sich und ihre Tiere das Wasser schöpften. Krieg: Sie rangen mit dem Fels um ein Stückchen Maisacker. Und dann auf einmal wurden sie fortgetragen, wie Herbstblätter von einem Sturm. Die ihnen jetzt den Krieg brachten, das waren dieselben Männer von der Greuelkommission, damals als sie glorreich gegen die Bulgaren und Türken kämpften. Und treibt man sie, wie Hammel, durch ihr erobertes Land. Immer wieder bricht einer sterbend zusammen und verreckt im Graben, während tausend Füße stumpfsinnig vorüberrotten. Möget ihr einst zur Fackel werden, wenn es gilt, die Paläste derer anzuzünden, die die Welt in Brand steckten!“ —

Kurt Kußler schickt von der Front „Gedanken aus dem Feld“ (Ferdinand Enke, Stuttgart 1918) in die Heimat. Sprüche und Einfälle, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und Zeugnis davon ablegen, daß sich der einzelne Mensch als Individuum auch bei dem gewaltigen Kampfe der Massen gegeneinander zu behaupten vermag.

Von den Kriegsberichterstattern meldet sich Georg Wegener mit dem zweiten Teil „des Waffs von Eisen und Feuer“ (Leipzig, F. A. Brockhaus, 1917), Schilderungen des durch lange Kriegserfahrungen geschulten Berichterstatters von der Champagne, Verdun und der Somme. Vom Schreibtisch her sucht Fregattenkapitän von Waldeyer-Hartz für die Organisation und Arbeit der Flotte zu interessieren. Dem Kaiser zu gefallen hat Otto Thissen Erinnerungen und Dokumente für die Teilnahme des Kaisers im Krieg gesammelt („Der Kaiser im Weltkrieg“, J. P. Bachem Köln 1917). Lediglich durch Bilder gibt das Buch „Die 24. (Kgl. Sächs.) Reserve-Division im Weltkrieg 1914/17“ (Kunstverlag: „Bild und Karte“, Leipzig) eine handgreifliche Vorstellung vom Leben einer Division. „Draußen“ hat der schweizerische Oberst Karl Egli seine technisch hochstehenden „Berichte aus dem Felde“ von der deutschen Front in Flandern zu einem dritten Heft seiner Kriegsberichte vereinigt. (Zürich 1918, Schultheß & Co.)

Vom geistigen Leben im Krieg will eine Sammlung aus der Kriegszeitung der Festung Bocfum (R. v. Deckers Verlag, Berlin 1917) zeigen, die das Erlebnis des Krieges in einer charaktervollen Landschaft zu mannigfachem Ausdruck bringt. Hsn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich. Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 13. September 1918 • Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die einleitenden Besprechungen im Verfassungsausschuß des Herrenhauses sind mit einem dichten Schleier umgeben. Nur die Mahnrede des Grafen Hertling ist ausführlich veröffentlicht worden. Sie sucht das Kompromiß, indem sie die preußischen Granden beschwört, durch rasche Einsicht späterem Radikalismus vorzubeugen; dazu tritt ein Neues: die Regierung sieht Krone und Dynastie als gefährdet an. Dieser Ton ist eigentlich überraschend und er ist nicht durchaus glücklich. Die Regierung muß stärkere Argumente politischer und ethischer Natur haben als die Angst vor einer ungewissen Zukunft. Die Dynastie ist nicht gefährdet; sie steht vielmehr vor der Aufgabe, ihre Stellung im Bewußtsein des Volkes neu zu stärken. Nur wird diese Stellung eine andere innere Artung haben als der bedingte Monarchismus jener Färbung, der im preußischen Herrenhaus sitzt. Die Situation der Wahlreform ist doch nicht die, daß man das Herrenhaus zum Schutz der Krone aufzurufen hat, in einem Augenblick, da die Offensive, um des Vertrauens auf die Krone willen, sich gegen die mächtigsten Strömungen in dieser Kammer zu richten hat.

*

Der deutsche Kronprinz hat sich einigen Berichterstattern gegenüber zur politischen Lage geäußert und durch seine maßvollen Urteile alle jene enttäuscht, die ihn als die Hoffnung einer „schärferen Tonart" betrachteten. Offenbar sind die Erfahrungen des Krieges nicht ohne Eindruck geblieben: so konnte es kommen, daß der „Vorwärts" den Gedankengang des Kronprinzen weitgehend als seinen eigenen, als den des Staatssekretärs von Kühlmann ansprechen konnte. Überraschendes und seltsames Bild! Wenn der Kronprinz dabei nachdrücklich den Verteidigungscharakter des Krieges unterstreicht, so liegt ihm offenbar daran, daß er von der Auslandslegende einer aktiven Kriegslust befreit werde. Im übrigen aber glauben wir, daß die militärische Defensive, in der wir im Augenblick an der Westfront stehen, nicht auf die Tonlage der internationalen Aussprache zu wirken braucht. Wort und Geist sollen angriffsscharf bleiben. Denn es ist zweifellos, daß sich heute deutsche Worte erst mühsam den

Digitized by Google

Weg durch eine Wand von Illusionen brechen müssen, die in den letzten Wochen bei der Entente erstanden sind.

*

Die Klärung der polnischen Frage scheint wieder ins Stocken geraten. Der Staatssekretär von Hintze hat Wien besucht, aber es wird nicht deutlich, ob seine Besprechungen den Willen zu einer halbwegs geschlossenen Einheitlichkeit geklärt haben. Die Rückwirkungen der Unsicherheit sind in Warschau bereits spürbar. Herr von Hintze hat die Wiener Journalisten zur Entschädigung darüber unterrichtet, daß die vollkommene Preßfreiheit ein Sondergut Mitteleuropas sei, im Vergleich etwa mit London. Für die österreichischen Pressevertreter, die daran gewöhnt sind, daß der Zensor regelmäßig und ganz sinnlos in ihren Aufsätzen herumstreicht, muß das eine sehr interessante Mitteilung gewesen sein.

*

Samuel Gompers läßt sich in England als Kriegstreiber feiern. Die amerikanischen Arbeiter, von einer Konjunktur sondergleichen wirtschaftlich emporgetragen, haben kein sehr dringendes Interesse daran, daß der Krieg durch Verhandlungen abgelöst werde; in ihrem Auftrag kommt Gompers nach Europa, um hier die Stütze der chauvinistischen Gruppe zu sein. Lloyd George schmeichelt ihm — er ist eine Waffe in seinen Wahlberechnungen. Denn er soll helfen, die pazifistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung tot zu treten. Was früher die Aufgabe des australischen Sozialisten a. D., des Ministers Hughes, gewesen war, geht nun, da die Heimatfront des Australiers keine ganz sichere Mauer mehr ist, an den amerikanischen Gewerkschaftler über. Das Verfahren ist nicht ohne Wirkung: denn auch der Teil der englischen Presse, denen die Einmischung der beiden gegen den nationalen Stolz geht, ist zunächst etwas betreten, und Henderson faßt seine Worte wieder schärfer.

*

Der Bürgerkrieg in Rußland kommt unter das Zeichen des Massenterrors, mit dem auf der einen Seite die Bolschewisten sich gegen die Sozialrevolutionäre und die Ententeagenten zu behaupten suchen, auf der andern die Gegenrevolution die verhaßten Machthaber niederschlagen will. Durch die Aufdeckung der von England geleiteten Verschwörung ist das Verhältnis zwischen der Räteregierung und den Ententemissionen nahezu unhaltbar geworden; die Entwicklung drängt dazu, den tatsächlichen Kriegszustand noch zu „legalisieren". Damit wird Wilsons Politik der zuwartenden friedlichen Einmischung empfindlich gestört, aber natürlich auch die Herrschaft der Bolschewisten, die sich auf ihrer Friedensmission gegenüber dem Auslande stützte, wieder scharf in Frage gestellt. Die Kriegslage selber an den russischen Nord- und Ostfronten ist dauernd unübersichtlich und wechselnd.

Digitized by Google

8. September 1918.

Eine Regierung des Volksvertrauens

Von Dr. Paul Rohrbach

Gibt es wohl jemand in Deutschland, der gegenüber unserer jetzigen Regierung halbwegs eine bewußte und entschiedene Stimmung des Vertrauens aufbringt? Unter Menschen mit politischem Urteil sicher nein. Vielmehr herrscht gleichmäßig das Empfinden des Mangels jeder inneren Nötigung, von ihrem Führergeschick zu einem günstigen Ende des Krieges Beachtliches zu erwarten. Es wird niemand von dem 75jährigen Reichskanzler anders als mit gebührender Ehrerbietung sprechen, aber auf die Vertrauensfrage, ob er die Persönlichkeit ist, die Deutschland heute braucht, wird niemand aus Überzeugung mit ja antworten. Das kommt davon, daß man nichts von politischer Führung merkt. Man sieht, daß die Regierung mit allerlei Mitteln und Mittelchen an der Lage herumarbeitet, daß sie versucht, sich durch die Schwierigkeiten, die sie bietet, hindurchzuschlagen und ihr von Frist zu Frist, von Fall zu Fall, einen Vorteil abzugewinnen, und alle Arbeit darauf verbraucht wird. Ein großer Zug, eine kühne Methode sind nicht dabei. Durchgreifende Initiative fehlt. Statt dessen hat der Draußenstehende das verdrießliche und beunruhigende Gefühl, daß wir eine schwunglose Politik ohne Erfolge machen, und wer genauer in die Maschine hineinsehen kann, der merkt, es fehlt an politischer Materialkenntnis, und es ist keine Anschauung der beim Gegner und in der Mitte des eigenen Volkes treibenden Elementarkräfte vorhanden. Keinem wirklichen Politiker kann zugemutet werden, sich die handelnden Personen, auch die Spitze der Regierung nicht, als maßgebliche Autoritäten in dieser Stunde gefallen zu lassen. Schmerzlich, das zu sagen, zumal gegenüber einem Manne im biblischen Alter, mit einem langen Leben voll vaterländischer Arbeit hinter sich, aber es muß doch gesagt werden. Der Kanzler mit seinen Leuten würde in ruhigen Tagen Deutschlands Ruder auf seine Art sicher führen. Seine Amtsführung dauert nun aber bald ein Jahr, und während dieser Zeit hätten die Grundlagen deutlich werden müssen, auf die man für die großen Entscheidungen, die getroffen werden müssen, noch Hoffnungen auf eine Offenbarung der Kraft bauen könnte. Sie sind nicht da, und es werden keine Offenbarungen mehr kommen. Daher wäre es gut, wenn die Regierung wüßte, daß es überall an lebendigem Vertrauen auf sie fehlt.

Wollen wir das Gegenbeispiel sehen: eine aktive, fortreißende, den Widerstand meisternde, alle Kraft und allen Willen an ein einziges großes Ziel setzende Regierung — so brauchen wir nur auf unsere Feinde zu sehen: England, Amerika, Frankreich. Auch dort haben die Regierungen mit Widerständen zu kämpfen: mit den inneren Reibungen und Interessengegensätzen jeder großen Koalition, mit der furchtbaren Verantwortlichkeit für den militärischen, finanzpolitischen und allgemein wirtschaftlichen Ausgang, mit der Gesinnung und den Bestrebungen der kriegsgegnerischen Parteien,

Digitized by Google

mit Versorgungs- und anderen Nöten. Die politische Leistung der führenden feindlichen Männer indes ist all demgegenüber enorm, fast so enorm wie ihre Gewissenlosigkeit in der Wahl ihrer Mittel. Darum aber handelt es sich hier nicht. Sicher, jene kämpfen nicht für eine gute Sache, sondern für Gewalt, Eigensucht, Unterdrückung. Sollte es denn aber nur für eine schlechte Sache möglich sein, das höchste Maß von Willenskraft, Findigkeit, durchdringendem Geschick und fortreißendem Feuer einzusetzen? Wie ist drüben jeder politische Nerv auf das eine Ziel hin angespannt: Vernichtung Deutschlands! Mit welcher Klarheit steht dort den handelnden Personen die unvergleichlich wirkende Gewalt des Grundsatzes der Konsequenz vor Augen: der unerschöpflichen und unermüdlichen Wiederholung ein und derselben Leitgedanken bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte! Welch eine Geschicklichkeit außerdem in der Auswahl der Hilfskräfte! Welch eine Großartigkeit in der Verwendung der Mittel! Welch eine intensive Beschäftigung mit dem Gegner! Welch eine Beherrschung der psychologischen Methode und welch ein sicheres Urteil über die Wirkung, sobald das moralische Menschheitsgefühl gegenüber dem als hassenswert dargestellten Feinde angerufen wird! Ein Vergleich zu diesem, mit wahrhaft furchtbarem Erfolge arbeitenden geistig-politischen Apparat erscheint die Handlungsweise unserer Regierung schlaff, zusammenhanglos, ohne Vorstellungsvermögen und daher ohne die notwendige Wirkung. Damit ist gesagt, daß wir eine andere Regierung brauchen, die besser arbeitet und Erfolge hat.

Nun heißt es: nicht nur der Regierung, sondern auch dem Volk fehlt es in Deutschland am richtigen politischen Empfinden. Burgfriede und innere Einheitsfront sind bei uns gebrochen. Hätten wir einen einheitlichen nationalen Willen, so stände vieles besser! Das ist eine merkwürdige Vorstellung. Seit wann wird denn die Regierung vom Volk geführt, anstatt das Volk von der Regierung? Seit wann weiß denn das Volk im ganzen zuerst, was es will, und hernach seine führenden Männer? Das ist nie so gewesen, am allerwenigsten in den wirklichen und falschen Demokratien, die die Welt seit dem Athen des Perikles und Kleon bis auf das England Lord Northcliffes und das Amerika Wilsons sah. Nicht ihr eigener Wille ist es, der die Nationen der Entente weiter in den Krieg treibt, sondern die Energie gewisser politischer Gruppen und ihrer Führer. Eine Regierung, die verlangt, daß man ihr in kritischen Lagen erst einen einheitlichen Volkswillen zur Verfügung stellen möge, fertigt sich das Zeugnis ihrer Unfähigkeit selber mit schreienden Lettern aus, und dasselbe tut eine, die sich entschuldigt, sie könne gegen militärische oder andere, außer ihr liegende Einflüsse nicht aufkommen. Solche Einflüsse werden immer erst dann hervorgenötigt, wenn eine Regierung sich als zu schwach zeigt, selber den politischen Kurs zu steuern, von dem auch der Krieg ein Stück „mit veränderten Mitteln" sein muß. Es ist wahr, daß speziell in Deutschland während des letzten Menschenalters Kräfte wirkten, die diesem Grundprinzip aller Regierungsgesundheit schädlich waren. Von diesen zu sprechen,

Digitized by Google

ist heute noch nicht Zeit. Man mag aber darüber denken, wie man will — die Notwendigkeit, daß wir endlich eine Regierung bekommen müssen, die führt, vor allen Dingen uns führt zur Wiederherstellung eines einheitlich gerichteten Volkswillens, bleibt immer dieselbe.

Es heißt, das deutsche Volk scheide sich in die „Verzichtler" und in diejenigen, die den Sieg wollten. Möglich, daß es Menschen in Deutschland gibt, die bereit sind, auf die Größe und Zukunft des Vaterlandes zu verzichten, weil ihnen der Mut unter dem Andrange des Krieges gesunken ist, oder weil sie nie ein inneres Verhältnis zum deutschen Gedanken in der Welt gehabt haben. Bei allen andern kann es sich doch nur um Verschiedenheit der Meinungen darüber handeln, was zu einem Frieden nötig ist, der dem deutschen Volke seinen Platz unter den Weltvölkern wahrt. Es ist aber überhaupt nicht das richtige, bei uns im gegenwärtigen Augenblick vor allem Verzichtler und Annexionisten zu unterscheiden. Mancher, der vorher den Mund nur zu voll nahm, scheint sich heute zu Verzichten bereit zu machen, die nicht nötig sind und nie nötig sein werden. Vielmehr ist der Hauptunterschied in unserer Mitte der zwischen solchen, die sich einbilden, wir könnten „aufhören", und solchen, die wissen, daß die feindlichen Machthaber entschlossen sind, ohne Rücksicht auf unsere Bereitschaft aufzuhören oder nicht, *den Krieg bis zu unserer militärischen und politischen Vernichtung fortzusetzen, weil sie glauben, daß sie dazu imstande sind.*

Der Wahnglaube, aufhören oder nicht aufhören stände bei uns, der ist gefährlicher als jedes Verzichtprogramm, denn er lähmt die Entschlossenheit und täuscht uns über das Maß der Gefahr, in der wir uns befinden. Unsere Regierung darf daher nach der Seite hin jetzt keine andere Aufgabe kennen, als diesen Irrtum zu zerstören und im ganzen Volk, dem draußen kämpfenden und dem zu Hause arbeitenden, die Erkenntnis zu wecken, daß die feindlichen Machthaber mit nichts als unserem Untergang sich zufrieden geben wollen. *Eine Regierung, die nicht imstande ist, mit dem Material, daß uns die Feinde liefern, in einem Aufklärungsfeldzug von wenigen Wochen ganz Deutschland dahin zu belehren, und es wie einen Mann mit unzerstörbarer Festigkeit des Durchhaltewillens zu erfüllen, ist eine Regierung von Unfähigen.* Wir haben jetzt gar keine andere Aufgabe, als unserm Volke klarzumachen, daß es mitten in der heißesten Krisis seines Daseinskampfes steht. Auch unsere Heeresberichte können wir gar nicht offen und ernst genug abfassen, denn bei einem Volk wie dem deutschen kann man erwarten, daß gerade hiervon die richtige Wirkung kommen wird. Damit zusammen gehört die überwältigende Menge der Zeugnisse, die für jeden, der kein Narr ist, beweisen, daß in den feindlichen Ländern die Vertreter des Vernichtungsgedankens gegen Deutschland unbestritten die politische und militärische Macht in der Hand halten, und absolut entschlossen darauf ausgehen, uns niederzuwerfen und unsere Entwicklungs-

Digitized by Google

möglichkeiten für alle Zukunft zu zerstören. Hinter diese Arbeit, das ganze deutsche Volk bis zum letzten Kohlenhäuer in der Tiefe, bis zur letzten Fischerfrau auf der Kurischen Nehrung und bis zum letzten Hütejungen in den Alpen mit der ganzen Wucht des Begreifens zu füllen: es geht um unser Leben, und nichts anderes kann uns durchbringen als äußerste Hingabe und entschlossenste Zusammenfassung aller Kräfte — hinter der muß alles andere für jetzt zurücktreten.

Wer unserem Volke jetzt vorredet, daß es mit Erklärungen von Friedens- und Verzichtbereitschaft zu einem Frieden gelangen könne, der ihm seine Zukunft sichert, handelt verbrecherisch. Daß wir bereit sind, einen ehrenhaften Frieden zu schließen, das weiß die Welt, das wissen auch die feindlichen Machthaber. Einen solchen Frieden aber wollen jene nicht, und sie bieten die äußersten Mittel der Kriegshetze und Haßerweckung auf, um zu verhindern, daß in ihren eigenen Ländern die friedensfreundliche Richtung Erfolg hat.

Wir müssen sagen, was die Friedensziele sind, für die wir kämpfen, und müssen sie aufrichtig darauf beschränken, was wir haben müssen, um unsern Platz in der Welt zu behaupten. Wir müssen ehrlich bekennen, daß wir niemandem etwas nehmen und nichts erobern wollen. Wir müssen es verkünden (und nach unsern Worten tun!), daß die Idee der Völkerfreiheit, des Wiederauflebens der Unterdrückten, in unserm Lager ist; daß wir ihr im Osten schon eine Gasse gebahnt haben. Das ist keine Friedensresolution, mit der wir bei den feindlichen Machthabern um Bereitschaft zu Verhandlungen werben, sondern das ist ein Prüfstein und eine Waffe, um sie zu dem Bekenntnis zu zwingen, daß sie nicht Frieden wollen, sondern unsern Untergang. Dann wird draußen an der Front und zu Hause das Gerede ein Ende nehmen, daß wir „aufhören sollen"; dann wird allen, die für das Vaterland kämpfen und arbeiten, die harte und furchtbare Wirklichkeit klar werden, daß es gegen den bösen Willen der Feinde kein anderes Mittel gibt, als Durchhalten bis zum Äußersten. Dann erst, und keinen Augenblick früher, werden die Völker, die gegen uns kämpfen, sehen, daß sie auf eine wiederhergestellte deutsche Einheitsfront, ein unerschütterlich zum Äußersten entschlossenes Volk und ein eben solches Heer stoßen. Daß *dann* der Krieg noch Jahre und Jahre dauern kann, und daß sie uns letzten Endes doch nicht überwinden werden, das werden die Völker wissen, und *dann* wird der Zwang für die Feinde eintreten, Frieden mit uns zu machen. Darüber hinaus können wir nichts weiter tun, als soviel an uns liegt dafür sorgen, daß wer überhaupt in der Welt bereit ist, auf uns zu hören, keinen Zweifel daran behält, daß wir es mit unseren Kriegszielen ehrlich meinen und an keine Vergewaltigung andrer Völker denken. Statt aber diese jetzt notwendige Art von politischer Strategie und Taktik schon lange anzuwenden, hat unsre Regierung dem Phantom von Unterhandlungen auf brauchbarer Grundlage mit den jetzigen feindlichen Regierungen nachgejagt. Dabei hatten die Leute, die mit der Beratung der höchsten Stellen im Reich für die Kriegspolitik zu tun haben, we-

Digitized by Google

der ein Empfinden dafür, daß wir uns entwürdigten, wenn wir uns um Verhandlungen mit denen bemühten, die uns fort und fort in herausfordernder und gemeiner Weise beschimpften, noch wußten (und wissen!) sie klar genug, wie es bei unsern Feinden aussieht, wie das Kräfteverhältnis zwischen den zum Ausgleich bereiten und den zum Vernichtungskrieg hetzenden Elementen steht und wie auf die feindlichen Völker von außen psychologisch im Sinne der Erschütterung der inneren Front gewirkt werden kann.

Noch eines sehen wir: daß dort, wo über unser politisches Handeln in diesem Kriege entschieden wird, keine Einsicht in die Bedeutung der moralischen Faktoren für den Ausgang des Ringens besteht. In gewöhnlichen Zeiten, wenn man nichts Besseres zu geben hat, mag man den Staat mit der ärmlichen Methode des Verzichts auf große idealpolitische Gedanken und auf Bewegung der in der sittlichen Tiefe der Nation ruhenden Kräfte leiten. Die Folge wird freilich immer bei uns selbst eine Verarmung des nationalen Geistes und bei den andern Völkern ein Mangel an Bereitschaft sein, sich den Wirkungen des deutschen Gedankens in der Welt aufzuschließen. In Zeiten so ungeheurer Gefahr aber, wie wir sie durchleben, hat der Staatsmann, der es verschmäht oder nicht versteht, die alles übertreffende Tragkraft großer positiv sittlicher und schöpferischer Gedanken zur Emporhebung der Volksseele zu benutzen und mit ihrer Hilfe wuchtig auf den Angreifer niederzustoßen, damit den Beweis der Nichtbefähigung für die Stelle erbracht, an der er steht. Der Reichskanzler kann sich nicht dazu entschließen, an diese Kräfte zu appellieren. Also muß jemand statt seiner gefunden werden, der es tut; sonst sind wir gegenüber dem Ansturm einer Welt, die ihre Waffen gegen uns im Namen des sittlichen Prinzips schwingt, auf die Dauer nicht imstande, uns zu halten. Ebensowenig sind wir es, wenn wir dem Volk nicht zeigen, daß es von uns aus kein „aufhören" gibt; daß wir vielmehr damit den Feind nur auffordern, uns in die Grube hineinzustoßen, gegen deren Rand er uns drängen will. Das Volk wird nicht eher wieder Vertrauen zu seiner politischen Führung bekommen, als bis es merkt, daß seine Grundkräfte aufgerufen werden, und daß, die das tun wollen, selber in dem Feuer glühen, das sie entzünden wollen. Es gibt nur noch ein Mittel, uns vor einem schlimmen Ausgang des Krieges zu bewahren: *das letzte Aufgebot unserer sittlichen Volkskraft, und das ist nicht zu haben ohne Vertrauen des Volks zur Regierung und ohne Glauben der Regierung an die im Volk ruhenden Kräfte.* Ist dies beides da, dann werden wir die Erhebung des Geistes und der Kraft erleben, vor der die Feinde erzittern und die Kriegshetzer drüben sich nicht werden behaupten können. Die Gefahr der Lage muß jedermann im Volk mit allen Mitteln zum Bewußtsein gebracht und der moralische Offensivfeldzug gegen den Feind muß mit der ganzen Wucht ins Werk gesetzt werden, die die Mittel ermöglichen, die uns der Feind selbst liefert. Unsere jetzige Regierung hat gezeigt, daß sie das nicht fertig bringt. Bekommen wir eine andere, die dazu im-

Digitized by Google

stande ist, so wird Deutschland siegreich und gerettet sein; bekommen wir sie nicht, so steht die Niederlage und alles was daraus folgt, vor der Tür.

Die größte aller Gefahren, die uns bedroht, ist der Irrwahn, es käme in dem Stadium des Krieges, in dem wir gegenwärtig stehen, für das „aufhören" noch im geringsten auf die Erklärung unseres guten Willens dazu an. Dieser verderbliche, verhängnisvolle Irrtum herrscht beim gemeinen Mann an der Front, wie bei der Masse des Volks und selbst bei manchen Gebildeten in der Heimat. Er ist es, der uns das Mark aus den Knochen saugen wird, wenn wir ihn nicht ausrotten, solange es Zeit ist. Es ist nicht daran zu denken, daß es Frieden mit den Feinden gibt, solange ein Northcliffe, ein Lloyd George in England, ein Clémenceau in Frankreich regieren. Ihr Dasein heißt für uns: Kampf bis zum Äußersten, ob wir wollen oder nicht! Darum brauchen wir eine Regierung, die uns stark macht für diesen Kampf. Die Regierung, die wir haben, ist dazu unfähig; nur eine Regierung des Volksvertrauens im höchsten und letzten Sinne wird unsere Volkskraft zu den Leistungen emporreißen können, die ihr jetzt zugemutet werden müssen, und eine moralische Offensive von solcher Kraft führen können, daß die Blut- und Gewaltmenschen drüben stürzen.

Aus der Ukraine

Die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft hat aus national-ukrainischen Kreisen die folgende Darstellung erhalten, mit der Bitte, sie der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der die Geschäfte führende zweite Vorsitzende der Gesellschaft, unser Herausgeber Dr. Rohrbach, glaubt dies am besten durch den Abdruck in der „Deutschen Politik", die den Ostproblemen von Anfang an in ukrainerfreundlichem Sinne gefolgt ist, zu besorgen. Stellen, die aus bestimmten Gründen fortgelassen werden mußten, sind durch ... angedeutet.

An die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft in Berlin.

Hochgeehrte Herren!

Es ist uns Ukrainern bekannt, daß Ihre Gesellschaft eine dem ukrainischen Volk und dem selbständigen ukrainischen Staat freundliche Stellung einnimmt. Es ist uns auch bekannt, daß Sie der Überzeugung des größten Teils aller unabhängig denkenden ukrainisch-nationalen Politiker beistimmen, wonach zwischen dem ukrainischen und dem deutschen Volk ein freundschaftliches Verhältnis, das sich auf das politische und wirtschaftliche Gebiet ebenso bezieht, wie auf den persönlichen Verkehr zwischen den Angehörigen beider Völker, im beiderseitigen Interesse liegt. Wir bitten Sie daher, Ihnen unsere Sorge bezüglich der folgenden Tatsachen und begründeten Befürchtungen ausdrücken zu dürfen.

Sie werden Kenntnis davon haben, daß sich bei uns ein Ukrainischer Nationalverband gegründet hat. Diesem gehören folgende Parteien und Organisationen an: die

Digitized by Google

Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Sozialisten-Föderalisten, Trudowiki, Sozialisten-Samostijniki, der Bauernbund, der Verband der Post- und Telegraphenbeamten, der Verband der Eisenbahner, der Allukrainische Lehrerverband, der Ukrainische Semstwoverband, die Juristische Gesellschaft, der Galizisch-Bukowinische Rat. Demnächst werden wohl auch sämtliche „Proswita"-Vereine (Bildungsvereine) wie auch die Partei der Demokratischen Ackerbauer dem Nationalverbande beitreten. Der Nationalverband hat mit Bedauern erfahren, welche Äußerungen der Ministerpräsident der Hetmanregierung, Herr Lysohub, kürzlich in Berlin getan hat. Diese durch die Presse veröffentlichten Äußerungen verkünden die Möglichkeit einer erneuten Verbindung der Ukraine mit Rußland und bedrohen folglich die Sache der Konsolidierung des selbständigen ukrainischen Staates. Der Verband stellt fest, daß die Worte des Herrn Lysohub in Berlin, wenn die Zeitungen über sie recht berichtet haben, den offiziellen Kundgebungen des Ministerpräsidenten selbst und seines Kabinetts in der Ukraine widersprechen; der Verband lenkt die Aufmerksamkeit aller darauf, daß die ihm angehörigen Parteien und Organisationen sowohl die internationale als auch die innere Lage der Ukraine vollkommen anders einschätzen, als aus dem Bericht über die Worte des Ministerpräsidenten hervorgeht; er erhebt deshalb Protest gegen dessen Äußerungen, sofern sie der tatsächlichen Lage und den Interessen des ukrainischen Staats widersprechen.

Es ist auf das höchste bedauerlich, es ist schädlich für die Vorstellungen, die sich das Publikum in Deutschland von den ukrainischen Dingen macht, wenn durch solche Äußerungen der Gedanke erweckt wird, als ob die Existenz eines souveränen ukrainischen Staates auf die Dauer überhaupt noch fraglich erschiene, und als ob die Ukrainer selbst sich als einen Bestandteil des russischen Volkes, ihr Land als einen Teil Rußlands ansähen. Das ist nicht der Fall. Allerdings gibt es in der Ukraine politische Strömungen, die dem ukrainischen Staat und dem ukrainischen Volkstum feindlich sind, aber sie sind nicht ukrainischer, sondern russischer, polnischer, jüdischer oder internationaler Natur. Das ukrainische Volk und die national-ukrainische politische Selbständigkeitsbewegung haben lange Zeit im Verborgenen existiert und sind auch in Deutschland erst seit kurzem bekannt; eine merkwürdige Tatsache, wenn man bedenkt, daß es sich um ein Volk von vierzig Millionen Menschen mit einer alten und ruhmreichen Geschichte, mit einer eigenen Sprache, mit nationalem Selbstbewußtsein und glühender Heimatliebe, auf einem der reichsten Böden Europas handelt. Eine Macht allerdings gab es, der die Ukrainer und die Ukraine wohlbekannt waren, von der sie nicht nur gekannt, sondern über alles gefürchtet werden. Das war die russische Staatsmacht, die seit mehr als zweihundert Jahren uns Ukrainer als ihren gefährlichsten Feind verfolgt hat. Aus der Zeit der moskowitischen und polnischen Herrschaft sind bei uns Elemente zurückgeblieben, die dem ukrainischen Gedanken feindlich sind: am zahlreichsten in den großen Städten und Industriebezirken, wo der ukrainische

Digitized by Google

Ackerbauer sich nicht wohl fühlt, und auf den Latifundien, wo Polen und Russen in den alten Besitz des ukrainischen Volks eingesetzt wurden. Diese sind auch in die Regierung hineingelangt, und unter ihrer Mitwirkung wird bei den deutschen Autoritäten in der Ukraine und in einem Teil der deutschen Presse der Glaube erweckt, als ob Rußland noch eine Zukunft in der Ukraine habe, ja, als ob eine Ukraine und ein ukrainisches Volk womöglich gar nicht existierten!

Wir dürfen Sie an den Bericht erinnern, den wir Ihnen im Juli schickten, mit der Bitte, ihn dazu zu benutzen, bei den maßgebenden Stellen um erhöhte Aufmerksamkeit auf die hiesigen Verhältnisse zu petitionieren. Wir hoffen, daß er in Ihre Hände gelangt ist, und wir wiederholen seinen hauptsächlichen Inhalt.

Die deutsche Politik in der Ukraine bewegt sich derzeit in solchen Bahnen, daß sie verhängnisvoll werden kann, nicht nur für die Zukunft des ukrainischen Volkes, sondern auch für die ganze handelspolitische Stellung Deutschlands im Osten überhaupt . . .

Das vom Hetman eingesetzte und von dem deutschen Oberkommando gebilligte Arbeitskabinett sollte die nötige Ruhe und positive staatsaufbauende Arbeit leisten. Wir übergehen schon die Tatsache, daß das Kabinett eine kadettische Färbung hat und darunter ausgesprochene Großrussen, wie Kolokolzew, Gutnik sind, möchten aber nun die Erfolge ihrer mehrmonatigen Arbeit prüfen. Die Beseitigung des parlamentarischen Systems, die vollständige Knebelung der Presse durch die Zensur, das Auseinanderjagen von Kongressen, die zahlreichen Arretierungen namhaftester Patrioten und Schriftsteller (der Ministerpräsident a. D. Wynnytschenko, der Dichter Samilenko usw.) und eine weitgehende Russifizierung traten zutage. Die Gutsbesitzer bekamen das Land zurück und rächen sich nun bis aufs Blut an den Bauern für jede kleinste Aneignung. Die staatsaufbauende Arbeit kommt fast nicht vom Fleck, da alle ukrainischen Parteien in Opposition stehen.

Ohne Unterstützung der ukrainischen Parteien ist doch ein Aufbauen des ukrainischen Staates unmöglich! Daß die ukrainische Opposition sich gegen die Hetmanregierung wendet, ist eine innere ukrainische Angelegenheit. Daß aber jetzt eine große Opposition gegen die Deutschen im Wachsen begriffen ist, darauf muß das Augenmerk der deutschen Politiker gelenkt werden . . . Alle obengenannten Ergebnisse der Tätigkeit des Arbeitskabinetts werden auf das Konto der Deutschen geschrieben. Auf das Konto der Deutschen wird auch geschrieben, daß die Hauptfragen des ukrainischen Staatswesens nicht bearbeitet worden sind: weder die Agrarreform, dieses Alpha und Omega des ukrainischen Staates, noch die Nationalisierung der Schulen, noch die Finanzreform ist in Angriff genommen worden. Dadurch sind die Deutschen in den Augen der Massen zu einem Feind jedes Fortschrittes, zu einem Vorposten der Reaktion geworden, welcher alle Reformen zugunsten des Bauerntums, also der Ukraine, verhindert.

Dazu kommt, daß unter dem deutschen Protektorate sich in Kiew Vorfälle abspielen, welche die ukrainischen Patrioten auf das tiefste erregen und erbittern: Miljukow sitzt in Kiew mit einem ganzen Stabe von Mitarbeitern[1], Zarenmessen werden abgehalten, russische Offiziere fahren mit Extrazügen nach dem Don, Monarchistenkongresse werden in Kiew abgehalten. Und das alles geschieht unter dem Schutze der Deutschen, welche von dem ukrainischen Volke zum Schutze der Ukraine herbeigerufen worden sind!

All diese Tatsachen summiert, ist die momentane Lage in der Ukraine folgendermaßen: die Deutschen haben die Sympathien der Juden, der polnischen und der großrussischen Großgrund-

[1] M. ist mittlerweile zur Abreise veranlaßt worden. D. U. S.

Digitized by Google

besitzer erworben, weil nach der Meinung derselben die Deutschen die Agrarreform und andere soziale Reformen verhindert haben. Also im ukrainischen Staatswesen erscheinen die Deutschen sozusagen im Bündnis mit den ukrainischen Erbfeinden. Gegen die Deutschen steht das gesamte ukrainische Volk, weil es meint, daß die Tätigkeit der Hetmanregierung auf dieselben zurückzuführen sei . . .

Die ukrainischen Kreise, die den Deutschen zu Anbeginn freundlich gesinnt gegenüberstanden, sind infolge alles Obengenannten jetzt desorientiert und mißtrauisch gestimmt. Die Ukrainer waren bis jetzt an die Knebelung und an das Joch der Russen gewöhnt, welches zwar brutal, aber unorganisiert, unkonsequent war. Jetzt aber haben sie die Empfindung, sie seien vom Regen in die Traufe gekommen. Denn die mit Hilfe der Deutschen aufgeführte Knebelung ihres Lebens ist auf das strammste organisiert, konsequent. Mit Grauen denken sie an die Zukunft. Die Ententeagenten tun das ihre, um den Ukrainern die Friedensperspektiven in der Form von einer ähnlich organisierten Ausbeutung durch das deutsche Kapital auszumalen. Die ukrainischen Kreise beginnen zu zweifeln, daß Deutschland die gute Absicht hat, das Rückgrat der Ukraine zu bilden und sie beginnen ein solches wo anders zu suchen. Viele blicken nach Österreich, manche blicken nach dem Murman. Die politische Aktion der Entente mit den Tschecho-Slowaken wird sicher ihre Schatten auch in die Ukraine werfen.

Die vielen Feinde der ukrainischen Staatlichkeit, die Polen, Juden, Großrussen, Ententeagenten, haben zwischen Deutschland und die Ukraine Unfrieden gesät. Man muß zugestehen, daß ihnen das auch gelungen ist. Freilich sind auch die Ukrainer zum Teil daran schuld, daß so eine Lage entstanden ist, aber auch die Deutschen haben viele Fehlschritte begangen. Der Deutsche mißt alles nach deutschem Maß und hat kein Verständnis für ein fremdes Volk und seine Lebensbedingungen. Er kam in die Ukraine und erwartete dort einen Verwaltungsapparat gleich dem deutschen zu finden. Da er ihn nicht vorfand, wollte er ihn, im guten Willen, dem Staate zu helfen, organisieren. Die Folgen dieser „Organisation" die liegen schon klar zutage: die Ukraine, welche für Deutschland das wirtschaftliche Aufmarschgebiet für den ganzen Osten sein könnte, diese Ukraine ist für Deutschland jetzt ein Minenfeld geworden . . . Der Offizier ist Soldat und kein Politiker. Mit der Waffe allein läßt sich keine Politik in der Ukraine machen. Dort hat man Gelegenheit zu einer moralischen Offensive, und nur diese kann zu einen Erfolge führen. Will man noch für das deutsche Ansehen retten, was zu retten ist, so muß etwas geschehen. Die Wege, die unserer Meinung nach zu einer Sanierung der Verhältnisse in der Ukraine führen können, verlangen eine entscheidende Änderung in Deutschlands Ukrainepolitik.

1. Die Deutschen müssen die Grundlage des ukrainischen Staatswesens, die Bauern und die Arbeiter, in irgendeiner Weise entweder zufriedenstellen, oder ihnen selbst die Durchführung von Reformen ermöglichen. Durch eine Agrarreform ähnlich wie in Kurland, hätten die Deutschen Gelegenheit, sich ewige Popularität und Dankbarkeit des ukrainischen Bauern zu sichern (so wie der polnische Bauer dem Russen es nie vergißt, daß er ihn von der Leibeigenschaft der Großgrundbesitzer befreit hat). Wird eine Agrarreform nicht durchgeführt und dadurch eine starke grundbesitzende Bauernpartei nicht hervorgebracht, so wird das gesamte Bauerntum in die Hände der sozialrevolutionären Partei mit ihren unsinnigen Sozialisierungen von Grund und Boden getrieben und terroristische Akte werden an die Tagesordnung treten.

2. Es muß die Möglichkeit für freie Volksmeinung geschaffen werden, wie auch für die Entwicklung der ukrainischen politischen Parteien. Durch die deutsche Hetmanoperation hat man die Entwicklung und Konsolidierung der Ukrainer gestört und sie desorientiert. Die jetzige Regierung stört weiter durch Zwangseingriffe, wie Arretierungen und Kongreßverbote, die weitere freie Entwicklung des ukrainischen Volkes.

3. Es muß alsbald eine Konstituante zusammengerufen werden, damit die künftige Ver-

Digitized by Google

fassungsfrage der Ukraine gelöst wird. Der Hetman wird allgemein als ein Provisorium empfunden. Die Verfassungsfrage tritt aus dem chronischen in den akuten Zustand, und die Ukraine wird bald zum Tummelplatze aller möglichen Pläne werden. Faktum ist, daß das Hetmanat in der Form, in welcher es jetzt besteht, für die Ukraine ein Unglück wäre. Ist der Hetman wählbar auf Jahre oder Lebzeiten, so würde die Ukraine von Zeit zu Zeit zum Tummelplatze aller möglichen Intrigen aller Großmächte werden. Dies würde dann die Nation korrumpieren und ihr das Schicksal Polens bereiten.

Entweder also wird ein Ausbau des Hetmanates in der Richtung auf die Erblichkeit desselben vorgenommen, und eine Art konstitutionelle Monarchie ins Auge gefaßt, oder man muß die andern Pläne erwägen . . .

Vor allem müßte man auch etwas tun, um in diesen Fragen zusammen mit den großen ukrainischen politischen Parteien zu gehen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, wird die staatsaufbauende Arbeit in der Ukraine nicht fest sein können, denn ein unsicheres Staatsoberhaupt wie der Hetman hat die Folge, daß auch der ganze Staat unsicher ist.

4. Vom deutschen Oberkommando müssen die russophilen Elemente entfernt werden, da sie zwar im guten Glauben, aber zum Schaden der deutsch-ukrainischen Beziehungen arbeiten. Die Umgebung des Oberkommandos besteht aus Offizieren, die im Frieden als Kaufleute, Industrielle, Unternehmer usw. in Rußland schon tätig waren. Sie sind halbe Russen, halbe Deutsche und führen deshalb auch eine halb russische und halb deutsche Politik in der Ukraine. Während die Ukrainer ein aufstrebendes Bauernvolk, wie die Bulgaren, sind, haben diese Offiziere ihre festen Verbindungen in den hohen Kreisen, dem Adel usw., also den ukrainischen Feinden, und von den polnischen und großrussischen Salons bekommen sie die Informationen, auf Grund deren sie ihre Entschlüsse fassen. Sie haben gar keinen Kontakt mit den ukrainischen Kreisen.

Will man die ukrainischen Verhältnisse gesund machen, so muß man an die maßgebenden Stellen in der Ukraine deutsche Offiziere stellen, welche sich in der ukrainischen Propaganda in Deutschland bewährt haben und den Ukrainer zu behandeln wissen. Dann werden auch solche Vorkommnisse vermieden werden, wie die Gründung der ukrainischen illustrierten Zeitschrift „Oko" mit einem doppelten Text, der Russisch an erster und Ukrainisch an zweiter Stelle bringt, und in der das Denkmal der Verräter des ukrainischen Vaterlandes, Kotschubei und Iskra, an Stelle des Denkmals Bogdan Chmelnickyjs abgebildet ist. Mit Recht ist von der ukrainischen Gesandtschaft in Berlin geäußert worden, die sprachliche Anordnung der Zeitschrift sei eine Beleidigung der Ukraine. Solche Gründungen dürfen nicht allein von deutscher Seite ohne Mitarbeit wirklicher Ukrainer gemacht werden.

Es gibt noch zur Genüge aufrichtige Freunde Deutschlands und einer gesunden ukrainisch-deutschen Politik in der Ukraine. Ihre Zahl kann vermehrt und ihre politische Bedeutung kann entscheidend vergrößert werden, wenn die Deutschen in der Ukraine richtige Politik machen. Diese Politik muß heißen: Bauernpolitik, Befreiung aller national-ukrainischen Kräfte, Aufhören des russifikatorischen Regimes in der jetzigen ukrainischen Regierung, ukrainische Schul- und Kirchenpolitik. Von Tag zu Tag geht den Ukrainern mehr das Vertrauen verloren, daß Deutschland wirklich die ukrainische Selbständigkeit will. Alle Maßnahmen der deutschen Politik werden von den Gegnern Deutschlands so gedeutet, als ob die Ukraine wieder an Rußland ausgeliefert werden soll, und die besten Freunde Deutschlands werden desorientiert. Ein tiefes Mißtrauen gegen Deutschland durchzieht heute schon das ganze ukrainische Land. Es ist nicht schwer für Deutschland, dies Mißtrauen wieder zu zerstreuen. Dazu gehören nur einige deutliche Maßnahmen, und Männer, die keine großrussische Vergangenheit und keine großrussischen Sympathien haben!

Digitized by Google

Wir haben gehört, daß man den ukrainischen Parteien in Deutschland den Vorwurf macht, sie seien zu sehr zersplittert, sie fühlten sich nur in den Sphären der Kritik und Opposition wohl, ihre Führer seien Meister im Herausſuchen ſchwacher Stellen und dunkler Flecken ſelbſt in der Sonne. Man ſagt von den ukrainiſchen Politikern weiter, ſie ſtellten unpraktiſche und utopiſche politiſche Forderungen und machten dem Hetman für den Eintritt in ſeine Regierung Bedingungen, die er ohne perſönliche Kapitulation nicht annehmen könne. Wo es ſich darum handle, politiſche Tagesangelegenheiten poſitiv zu löſen, da ſollen die Ukrainer verſagen. Vor allen Dingen, ſo heißt es, verlange man als Beweis der politiſchen Reife des Ukrainertums eine Fuſion der miteinander verwandten Parteien und die Gründung einer großen demokratiſch-bürgerlichen Partei. Hierüber hat auch der öſterreichiſche ukrainiſche Abgeordnete Dr. L. Zehelsky in „Ukrainske Slowo“ (Lemberg am 7. Juli 1918) geſchrieben:

Für die Ukraine, zerfleiſcht in zwei entgegengeſetzte Lager — links das ſozialrevolutionäre und rechts das kadettiſch-großgrundbeſitzerliche — iſt ein geſundes Zentrum der Kriſtalliſation nötig. Dieſes könnte die ukrainiſche nationale Bourgeoiſie werden, wenn ſie ſich ihre geſchichtliche Sendung und die Wichtigkeit des Momentes für die Ukraine klar vor Augen bringt, wenn ſie alles Kleinliche, Unwichtige, Perſönliche, Weitliegende beiſeite läßt; ihren ganzen Willen, ihre Arbeit und Energie auf eins konzentriert: die Gründung eines ukrainiſchen demokratiſchen Zentrums als Mittelglied zwiſchen den Maximaliſten von links und denen von rechts, weil dieſe die Ukraine nach zwei entgegengeſetzten Richtungen ſpalten, die beide nicht fähig ſind, die ukrainiſche Staatlichkeit zu feſtigen, wie dies die Regierungen von Holubowytſch und von Lyſogub bezeugen. Dieſe große hiſtoriſche Miſſion kann nur ſolch ein ukrainiſcher Mittelpunkt leiten, der mit den rechten Kreiſen der Ukraine auf Grund des Privatgrundbeſitzes geeinigt iſt, mit der Linken ihren politiſchen Demokratismus und ukrainiſchen Nationalismus teilt, die Notwendigkeit einer gründlichen Agrarreform anerkennt und die utopiſtiſche „Sozialiſierung“ verwirft.

Die Gründung eines ſolchen national-demokratiſchen Zentrums halte ich für die nationale Pflicht der genannten Gruppen, welche die Verantwortung für die weitere Entwicklung der politiſchen Lage und für die weitere Leitung der Ukraine tragen. Die Zeit der abſtrakten Programmdiskuſſionen und der theoretiſchen Zartheiten (wie der Deutſche ſagt, der „Haarſpalterei“) iſt zu Ende, die Zeit der Taten, Schöpfungen und Kompromiſſe zwiſchen dem Ideal und den harten Tatſachen iſt gekommen ... Aber nicht einzeln ſollen ſie gehen und nicht in Gruppen ohne Bedeutung und Achtung, ohne Einfluß und Verbindungen, ſondern in einer breiten, langen, gefeſtigten, durch die ganze Ukraine ſich ziehenden Reihe: eine Partei, baſiert auf der Organiſation, nicht auf guten Privatbekanntſchaften und perſönlichen Freundſchaften. Ich bin nicht perſönlich intereſſiert und urteile objektiv, darum rufe ich: Einigt Euch und nehmt die Macht in Eure Hände, ſchaut nur darauf, was Euch gemein iſt, was Euch einigt; fürchtet nicht, die Verantwortung auf Euch zu nehmen, nehmt ſie freudig in Eure vereinigten Hände — denn nur darin liegt die Gewißheit der Ordnung und der Ruhe in der Ukraine und die Feſtigung des ukrainiſchen Staates. Ihr wart geiſtige Führer der Ukraine vor der Revolution, ſeid ihre Führer auch jetzt — da das Leben gezeigt hat, daß weder die Linken noch die Rechten dazu fähig ſind, und das Schickſal ſelbſt Euch ruft, Eure Pflicht dem Staat und Vaterland gegenüber zu erfüllen!

Wir glauben in dieſem ſo beredt vorgetragenen Programm unſeres öſterreichiſchen

Digitized by Google

Landsmanns nicht nur seine, sondern auch die Stimme gewichtiger deutscher Stellen, ja einen direkten und wohlwollenden deutschen Rat an die Ukrainer, zu erkennen. Wir erwidern darauf, daß der Gedanke einer solchen Parteiunion oder eines solchen Parteibündnisses *im Prinzip* gut ist. Seine Verwirklichung wird aber dadurch entscheidend erschwert, daß in jeder der ukrainischen Parteien bezüglich der wichtigsten außenpolitischen Frage, die es für die Ukrainer jetzt gibt, der Frage des Verhältnisses zu Deutschland und der Absichten, die die deutsche Regierung mit der Ukraine und dem ukrainischen Volke hat, *zwei gegensätzliche Auffassungen existieren*. Am Anfang war fast jedermann bei uns überzeugt, daß Deutschland wirklich der große, rettende Freund der ukrainischen Sache sei, dem es die Ukraine verdanke, wenn sie schneller das Ideal ihrer nationalen Souveränität erreicht, als es ihr sonst möglich gewesen wäre. Je länger aber desto zweifelhafter ist es vielen — man muß heute wohl schon sagen den meisten — Ukrainern geworden, ob wirklich Deutschland oder wenigstens die deutsche Regierung der Freund der Ukraine in dem Sinne sei, daß die dauernde staatliche Selbständigkeit der Ukraine zu den bestimmten Zielen der deutschen Politik gehört. Dieser Zweifel, welches die wirklichen Gedanken Deutschlands in der Ukraine sind, trägt leider sehr viel zu den Schwierigkeiten der parteipolitischen Konsolidation des Ukrainertums bei, denn wie soll sie zustande kommen, wenn ein solcher Fundamentalpunkt der Politik unklar ist! Zwar gibt es keine direkten Äußerungen verantwortlicher deutscher Diplomaten und Militärs, die anders gedeutet werden müßten, als im Sinne formeller Anerkennung der ukrainischen Souveränität. Auf welche Weise aber sollen wir uns demgegenüber die Tatsache erklären, daß kaum irgendwelche Bemühungen der deutschen Stellen um offenen und freundschaftlichen Verkehr mit national-ukrainischen führenden Persönlichkeiten zu erkennen sind, daß intime Beziehungen nur zwischen den Deutschen und solchen Leuten zu existieren scheinen, von denen jeder national entschiedene Ukrainer weiß, daß sie offene oder versteckte Freunde des „einigen und unteilbaren" Rußland sind; endlich daß gerade diejenigen deutschen Stellen, denen der direkte Verkehr mit den Ukrainern anvertraut ist, auf jeden Ukrainer den Eindruck der Kälte gegenüber der ukrainischen Idee und der Hinneigung zur moskophilen Orientierung machen? Wie sollen es sich die Ukrainer weiter erklären, daß längere Zeit hindurch einer der publizistischen Vertrauten der deutschen Vertretung in Kiew gleichzeitig in dem offiziösen Blatt der deutschen Regierung in Berlin skeptische, ironische und den ukrainischen Gedanken herabsetzende Artikel schreiben konnte? Wie sollen sie es sich erklären, daß die deutschen Autoritäten Publizisten nach Kiew einladen, die nachher zu Hause in ihren Blättern den Lesern mitteilten, es gäbe gar keine Ukraine, und was in der Ukraine an Kultur vorhanden sei, das gehe auf die Tätigkeit der polnischen Latifundienbesitzer zurück? Wie endlich sollen wir Ukrainer es uns erklären, daß die gegenwärtig wichtigste aller inneren politischen Angelegenheiten der Ukraine, die Frage der Ausstattung des ukrainischen Bauern

Digitized by Google

mit soviel Land, wie zu seinem Leben ausreicht, keine sichtbaren und entscheidenden Fortschritte macht? Man hört, die deutsche Politik sympathisiere mit einer Verbesserung der Lage unserer Bauern. Von einem erkennbaren Einfluß der deutschen Politik auf die gegenwärtige ukrainische Regierung, die offenbar bestrebt ist, die Landreform hinauszuschieben und sie weniger gründlich vorzunehmen, als dem Bedürfnis der Masse des ukrainischen Volkes entspricht, ist jedoch nichts zu merken. Das ukrainische Volk weiß, daß die Großgrundbesitzer nur zum geringen Teil Ukrainer, dagegen die meisten von ihnen Polen oder Russen sind, denen in früheren Zeiten von den polnischen und russischen Herrschern das Land des leibeigen gemachten ukrainischen Volkes übergeben worden ist. Welches Interesse hat Deutschland daran, in dem ukrainischen Volke den mehr und mehr sich verstärkenden Glauben zu nähren, daß die Deutschen nicht auf Seiten der Ukrainer, sondern auf der Seite jener moskophilen und polonophilen Gegner der Idee des demokratischen souveränen ukrainischen Staates stehen?

Indem wir Ihnen, sehr geehrte Herren, diese Materialien und Gedanken zugänglich machen, bitten wir Sie, zu erwägen: entspricht eine solche Lage, wie wir sie Ihnen schildern, in der Tat den Zielen, für die Ihre Gesellschaft und andere Freunde der ukrainischen Zukunft in Deutschland sich bemühen? Noch ist es möglich, die immer stärker werdenden Zweifel an den Zielen der deutschen Politik in der Ukraine ohne Mühe mit wenigen klaren Handlungen zu zerstreuen. Noch verlangt das ukrainische Volk trotz seiner Zweifel nach der deutschen Freundschaft. Schon aber sind auch die geschworenen Feinde Deutschlands in der Ukraine am Werk. Niemand würde unglücklicher sein als wir, wenn ihre wühlende Arbeit größeren Erfolg hätte. Sollte es aber unglücklicherweise so kommen, so würde es nicht zuletzt die Schuld der bisherigen, den nationalen ukrainischen Patrioten unbegreiflich unklaren Haltung Deutschlands in der Ukraine sein. Diese Haltung ist es vor allem, wodurch das Gefühl der Kälte entsteht und der Verdacht, daß Deutschland oder einflußreiche Stellen in Deutschland es nicht offen mit der ukrainischen Zukunft meinen. Dieser Verdacht aber wirkt stark, um Fortschritte in der inneren Konsolidierung der Zustände in der Ukraine zu verhindern...

Die Frachtraumfrage nach dem Kriege

Die Bedrohung der europäischen Handelsschiffahrt der Zukunft durch Amerika und Japan

Von Dr. Richard Hennig

In jüngster Zeit macht sich in der englischen Fachpresse eine steigende Unruhe über die ungeheure Schiffbautätigkeit der Vereinigten Staaten und das außerordentlich schnelle Anwachsen der vereinsstaatlichen Handelsflotte bemerkbar. Die Frage wird erörtert, ob diese Vermehrung der amerikanischen Tonnage, so willkommen sie

Digitized by Google

auch für den Augenblick ist, nicht die Gefahr birgt, daß England von seiner führenden Stellung im Weltseeverkehr weit schneller und gründlicher verdrängt wird, als es durch die gefürchtete Konkurrenz der deutschen Reeder in Friedenszeiten jemals hätte geschehen können. Die unbezweifelbare Gefahr für England ist um so größer, als gleichzeitig auch die japanische Handelsschiffahrt den Verkehr auf dem Stillen Ozean nahezu monopolisiert und die Schiffahrt seiner Verbündeten rücksichtslos verdrängt hat, so weit diese nicht freiwillig auf die Aufrechterhaltung ihrer alten dortigen Schiffslinien verzichteten, weil sie die vorhandenen Fahrzeuge dringender in den heimischen Gewässern gebrauchten. Die Vorherrschaft in den ostasiatischen Gewässern ist dem Union Jack während und infolge des Krieges bereits durch Japan entrissen worden, und es besteht auch keine Aussicht, daß sie nach Friedensschluß in absehbarer Zeit zurückerobert werden kann. Soll nun, was sich im Osten ereignet hat, wegen der rasch emporkommenden amerikanischen Handelsflotte sich in andren Meeren der Erde wiederholen, vielleicht gar in Englands ureigner Domäne, im Atlantischen Ozean?

Daß diese Gefahr recht bedrohlich ist, beweisen einige wenige Zahlen. Während die amerikanische und japanische Handelsflotte erstaunlich rasch wächst und im nächsten Jahr noch schneller wachsen wird, wenn alle die vielen neu gegründeten Schiffswerften erst in Tätigkeit treten, nimmt der Bestand der englischen Handelsflotte schnell ab. Der deutsche U-Bootkrieg sucht und findet seine zahlreichsten Opfer naturgemäß vornehmlich unter britischen Fahrzeugen, während amerikanische Schiffe nur in kleinerer Zahl und japanische (die die europäischen Gefahrzonen geflissentlich zu meiden scheinen) anscheinend schon seit langer Zeit überhaupt nicht mehr versenkt worden sind. Seit Kriegsausbruch sind durch militärische Maßnahmen der Mittelmächte bis heute rund 12 Millionen Tonnen britischen Schiffsraums verloren gegangen, d. h. mehr als die Hälfte der bei Kriegsausbruch vorhanden gewesenen englischen Handelsflotte! Wenn auch ein großer Teil dieses ungeheuren Verlustes durch die fieberhafte Tätigkeit der britischen Werften und durch die massenhafte Beschlagnahme feindlicher und neutraler Schiffe in fast allen Ländern der Welt zu Englands Gunsten wieder ersetzt worden ist, so bleibt doch der Ausfall äußerst fühlbar. Man darf annehmen, daß die englische Handelsflotte in ihrem Gesamtbestand seit Kriegsausbruch um etwa ein Drittel verringert worden ist. Und diese Einbuße wird größer von Monat zu Monat. Im Wettlauf zwischen Schiffsneubauten und Schiffsversenkungen haben die letzteren noch immer einen beträchtlichen Vorsprung. Alle gegenteiligen amtlichen englischen Angaben sind reine Stimmungsmache. Erst zweimal haben die englischen Werften mehr als 150000 Tonnen neuen Schiffsraum im Monat geliefert; der weitaus günstigste Monat, der Mai 1918, brachte 197000 Tonnen, während der Juni, aller Anstrengungen ungeachtet, wieder einen Rückgang auf 134000 aufwies. Demgegenüber sind seit Beginn des verschärften U-Bootkrieges

Digitized by Google

(1. Februar 1917) erst zwei Monate ein wenig hinter der damals veranschlagten Durchschnitts-Versenkungsziffer von 600000 Tonnen zurückgeblieben, und da von diesen Schiffsverlusten mehr als die Hälfte, meist sogar zwei Drittel auf die englische Handelsflotte zu entfallen pflegen, so ist ohne weiteres ersichtlich, wie viel auf die englische Versicherung, daß seit kurzem die Neubauten die Versenkungen überwiegen, zu geben ist.

Der U-Bootkrieg war im übrigen von Anfang an weit mehr eine Gefahr für den englischen Schiffsraum, als für die englische Nahrungsmittelversorgung, die man in unsren populären Darstellungen fälschlicherweise immer in den Vordergrund zu stellen pflegte. Je eifriger nun die amerikanischen Werften neue Schiffe herstellen, um so mehr wird zwar die Gefahr der Aushungerung für England beseitigt, um so größer aber wird auch gleichzeitig die Bedrohung für die Vorherrschaft der englischen Flagge auf den Weltmeeren. Schon ertönen in England besorgte Stimmen: wenn die Dinge sich so weiter entwickelten wie bisher, drohe Großbritannien auf eine Nation zweiten Ranges unter den schiffahrttreibenden Ländern der Erde herabzusinken, und aus den Vereinigten Staaten erklingt die jubilierende Antwort: in absehbarer Zeit werde die nordamerikanische Union nicht nur die erste Handels-, sondern auch die erste Kriegsflotte der Welt besitzen; ganz offen schrieb schon ein amerikanisches Blatt, die Engländer hätten ein halbes Jahrhundert hindurch so ungeheure Gewinne aus dem Frachtengeschäft der ganzen Welt gezogen, daß sie nun auch einmal andre Länder an die Futterkrippe heranlassen könnten.

Derartige Äußerungen zeigen den Briten, wohin die Reise geht und daß die plötzlich so überraschend aufblühende amerikanische Schiffbauindustrie keineswegs nur die gesicherte Versorgung der Verbündeten mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die Beförderung und Verpflegung der amerikanischen Divisionen in Frankreich im Auge hat, sondern, daß sie planmäßig darauf ausgeht, die englische und die deutsche Handelsschiffahrt auf den Ozeanen in möglichst weitem Umfang für die Dauer zu verdrängen und deren bisherige Kundschaft an sich zu reißen.

Es ist nicht zu verkennen, daß an dieser Frage auch Deutschland auf das lebhafteste interessiert ist. Werden die hochfliegenden amerikanischen Pläne verwirklicht werden können? So todfeindlich sich Deutschland und England auch gegenwärtig gegenüberstehen, so sehr werden sie in diesem Falle doch vielleicht einst gezwungen sein, gegen die amerikanischen Wirtschaftspläne zusammenzuhalten und statt der nationalen kontinentale Politik zu treiben, insofern als sie gemeinsam europäische Interessen gegen amerikanische und asiatische (japanische) Absichten zu verteidigen gezwungen sein werden. Das mag bei der Enge der heutigen angelsächsischen Solidarität zurzeit utopisch und phantastisch erscheinen, wird aber dennoch sicherlich eines Tages Wirklichkeit werden, vorausgesetzt — daß die amerikanischen Hoffnungen, die künftige Vormacht auf dem Weltmeer zu sein, Aussicht haben in Erfüllung zu gehen.

Digitized by Google

Wie steht es nun mit dieser Aussicht? — Zunächst aber: worin lag die bisherige Rückständigkeit der amerikanischen Handelsflotte begründet? Sie wies zwar unmittelbar vor dem Kriege eine Größe von etwas über 4 300 000 Tonnen auf, aber in diese immerhin stattliche Zahl waren die gesamten Schiffe der fünf großen Binnenseen einbegriffen, die allein über die Hälfte jener Ziffer (Juni 1914 2 260 441 Tonnen) stellten, und von dem verbleibenden Rest von etwa 2 Millionen Tonnen war der größte Teil der Seeschiffahrt nur in der Küstenschiffahrt der Vereinigten Staaten der Philippinen usw. beschäftigt und für die Ozeanreisen nicht geeignet. 1910 waren für die eigentliche „große Fahrt" auf den Ozeanen nur etwa 800 000 Tonnen amerikanische Schiffe zu gebrauchen. Es war bezeichnend genug, daß im selben Jahr nur 8,7 Prozent der gesamten überseeischen Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten auf amerikanischen Kielen befördert wurden! — Die Tatsache mußte um so mehr überraschen, als noch in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts die amerikanische Schiffahrt auf dem Atlantischen Ozean sogar der englischen überlegen gewesen war und etwa $^5/_7$ des gesamten atlantischen Verkehrs bewältigte. Im Jahre 1850 wurden nicht weniger als 75,2 der gesamten vereinsstaatlichen Ausfuhr auf amerikanischen Schiffen befördert, und 60 Jahre später nur noch der 9. Teil, der überdies in der Hauptsache auf den Stillen Ozean entfiel, während auf dem Atlantischen Ozean nordamerikanische Hochseeschiffe eine recht seltene Erscheinung geworden waren. Lange Zeit bestand z. B. kein direkter Passagierverkehr von der nordamerikanischen Ostküste nach den südamerikanischen Ländern. Der wiederholte Versuch seiner Einrichtung war nie von langer Dauer. Die amerikanische Schiffahrt erwies sich als völlig unfähig zum Wettbewerb. Selbst nordamerikanische Reisende, die nach Südamerika fahren wollten, entschlossen sich nicht leicht, auf ihren nationalen Dampferlinien direkt dorthin zu reisen und zogen es in vielen Fällen vor, von New York zunächst auf deutschen oder englischen Schiffen nach Hamburg oder Liverpool und von dort auf andren deutschen oder englischen Schiffen nach Rio de Janeiro und Buenos Aires zu fahren. Im Jahrzehnt von 1900 bis 1910 nahm die gesamte amerikanische Handelsflotte zwar um 2 400 000 Tonnen Schiffsraum zu, die Tonnage der eigentlichen Ozeanfahrzeuge aber sank im selben Zeitraum um 30 000 Tonnen!

Der Grund für diese höchst auffälligen Erscheinungen liegt in den allzu hohen Betriebskosten, mit denen sowohl der amerikanische Schiffbau wie der amerikanische Reedereibetrieb belastet waren. Die unsinnig hohen Löhne, welche die amerikanischen Arbeitnehmerverbände durchzusetzen gewußt hatten, machten jegliches Seeschiffahrts-Unternehmen, das mit der Konkurrenz der europäischen Seefahrtenvölker zu rechnen hatte, von vornherein hoffnungslos unrentabel. Die Folge der übertriebenen Lohnforderungen war dann aber eine Verkümmerung des gesamten Betriebs. Ende 1906 berechnete der amerikanische Staatssekretär Root, daß die laufenden Betriebskosten jeder einzelnen Tonne des Schiffsraums im Jahresdurchschnitt 18,30 M. höher als

Digitized by Google

bei englischen und 30,70 M. höher als bei deutschen Fahrzeugen seien. Die gleiche Ursache ließ auch den amerikanischen Schiffsbau, der schon durch das Aufkommen der eisernen Fahrzeuge an Stelle der alten hölzernen einen empfindlichen Rückschlag zugunsten der englischen Werftentätigkeit erlitten hatte, mehr und mehr verkümmern. Die unverhältnismäßig hohen Preise der auf amerikanischen Werften gebauten Schiffe wurden in erster Linie dadurch bedingt, daß die zu zahlenden Löhne und Gehälter rund 75 Prozent der gesamten Schiffsbaukosten aufzehrten. Kein Wunder, wenn auch der amerikanische Schiffsbau trotz der reichen Naturschätze des Landes immer mehr zurückging! Obwohl der Schiffsbedarf der großen Seen natürlich mit keinem ausländischen Wettbewerb im Schiffsbau zu rechnen hatte, sank die Schiffserzeugung der Vereinigten Staaten von 297 391 Tonnen im Jahre 1900 auf nur 139 757 Tonnen im Jahre 1911, d. h. von 13,1 auf 5,8 Prozent des gesamten Weltschiffbaues[1].

Die Aussichten, daß die Vereinigten Staaten jemals wieder eine friedliche Seegeltung erlangen könnten, waren somit noch zu Anfang 1914 so trübe wie nur möglich. Da brach der Weltkrieg aus und stellte alle bis dahin geltenden wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf. Auch die amerikanischen Schiffbauer und Reeder sahen urplötzlich die Bahn frei zu neuer Tätigkeit. Die große deutsche und auch die österreichisch-ungarische Schiffahrt verschwand von den Meeren, und die riesige englische Handelsflotte wurde Zug um Zug fast zur Hälfte in den Dienst der englischen Regierung gestellt, und mehr als die Hälfte ihres ursprünglichen Bestandes sank nach und nach auf den Meeresgrund. Die Amerikaner wußten die günstige Konjunktur zu nutzen: fast von der ersten Kriegswoche an suchten sie ihre eigene Handelsflotte so kräftig wie möglich zu vermehren, durch Neubauten, durch Ankauf von Fahrzeugen, später durch Beschlagnahme von deutschen und österreichischen, schließlich gar auch von neutralen, insbesondere holländischen Schiffen. Die hohen Bau- und Betriebskosten waren in der Kriegszeit kein Hindernis, glänzende Geschäfte zu machen, und je drückender die Welt-Schiffsraumnot wurde, je fabelhafter die Schiffspreise und Frachten stiegen, um so vortrefflicher wurden die Aussichten für eine durchgreifende Wiedergeburt der amerikanischen Handelsschiffahrt. Als sich endlich nach Amerikas Eintritt in den Krieg (der auch ohne den verschärften U-Bootkrieg unzweifelhaft früher oder später gekommen wäre, weil er kommen mußte) die Schiffsraumkrise derart zuspitzte, daß die Entente erkannte, ohne Beschaffung genügenden Schiffsraumes sei der Krieg für sie verloren, entstand in den Vereinigten Staaten ein Werftengründungs- und Schiffbaufieber von echt amerikanischem Charakter. Die Sport- und Rekordfreudigkeit packte den Yankee; er sah jetzt seinen Ehrgeiz darin, seinem Lande gleichzeitig die größte Kriegs- und Handelsflotte der Welt zu bescheren, und wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher, ist es leicht möglich, daß dieser Ehrgeiz in ein bis zwei Jahren zum größeren Teile erfüllt ist.

[1] Bernhard Harms: „Welthandel, Weltschiffahrt und Weltschiffbau im letzten Jahrzehnt" in „Schiffahrt und Schiffbau Deutschlands und des Auslandes". Hamburg 1912.

Digitized by Google

Nicht weniger als 154 Werften und 819 Hellinge sollen sich angeblich zurzeit in den Vereinigten Staaten mit dem Bau von Seeschiffen befassen, nnd fast täglich vermehrt sich die amerikanische Handelsflotte (wenn man den stark reklamehaften amerikanischen Behauptungen glauben darf) um ein stattliches Schiff. Dabei hat die nordamerikanische Handelsflotte während des Krieges schon einen ganz beispiellosen Aufschwung genommen. Die Oceanflotte, die 1910 nur 800000 Tonnen umfaßte und Anfang 1914 schwerlich viel größer war, stieg bis zum 30. Juni 1916 durch Ankauf und Neubau bereits auf 2191715 Tonnen, und gleichzeitig waren noch 650919 Tonnen, ein Vierteljahr später bereits 1454270 Tonnen im Bau. Am 1. Juni 1918 hatte das Schiffahrtsamt laut Angabe seines Vorsitzenden Edward N. Hurley schon 7000000 Tonnen unter Kontrolle, die sich auf 1400 Schiffe verteilten[1]. Das augenblickliche Bauprogramm sieht nach der Mitteilung Hurleys eine monatliche Bauleistung von rund $^1/_2$ Million Tonnen und eine Gesamtleistung von nicht weniger als 14715000 Tonnen bis Ende 1920 vor: „Wir werden nicht weniger als 5 Milliarden Dollars aufwenden müssen, aber diese enorme Summe wird dem amerikanischen Volke auch die größte Handelsflotte verschaffen, welche die Welt je gesehen hat: eine Flotte von insgesamt 25 Millionen Tonnen."

Man mag von diesen Großsprechereien den in Amerika obligaten Abstrich machen — daß trotzdem immer noch eine Kraftanstrengung beispielloser Art gemacht wird, kann keinem Zweifel unterliegen. In England wird man diese Verheißungen mit einem heiteren und besonders mit einem nassen Auge begrüßen. Erfüllen sich nämlich Hurleys bombastische Prophezeiungen, so ist die englische Handelsflotte in sehr naher Zukunft tatsächlich auf den zweiten Platz unter den Nationen herabgedrückt. Auch wir Deutschen hätten dann alle Veranlassung, uns ernstlich zu beunruhigen und um Europas Vormachtstellung besorgt zu sein. Daß die Vereinigten Staaten die äußerste Anstrengung machen werden, die führende Handels-Seemacht der Erde zu werden und sich Englands harte Notlage, die sich mit jedem Monat verschlimmert, nach besten Kräften zunutze zu machen, ist keinesfalls zu bezweifeln. Ruhen ihre neuen Schiffbau- und Reederei-Unternehmungen auf solider Grundlage, so ist es allerdings um Europas künftige Seegeltung sehr trübe bestellt; bauen dagegen die Amerikaner ihre Hoffnungen auf Sand, so muß auf die jetzige Hochkonjunktur des amerikanischen Schiffsgewerbes ein finanzieller Krach folgen, wie ihn die Welt noch kaum je gesehen hat. Wie verhält es sich nun mit den amerikanischen Verheißungen bei ganz objektiver Betrachtung?

Nun, auch in Amerika wird, vielleicht noch mehr als anderswo, manches ziemlich kalt gegessen, was siedend heiß gekocht wurde. Selbst in England, wo man am ehesten Veranlassung hat, beunruhigt zu sein, steht man den stolzen Posaunentönen, die über den Ozean herüberschallen, ziemlich nüchtern und kritisch gegenüber. Eine ge-

[1] „Daily Graphic", 18. Juli 1918, und „Journal of Commerce" (Liverpool), 15. Juli 1918.

Digitized by Google

wisse Nervosität ist wohl vorhanden und auch wohl verständlich, nicht minder ein gewisser Ärger, daß der eigene Bundesgenosse sich so ungeniert anschickt, dem Briten das Fell übers Ohr zu ziehen, und daß man ziemlich wehrlos den Dingen ihren Lauf lassen muß. Ein Anzeichen dieser Nervosität war offenbar der wunderliche Vorschlag des Londoner Reederblattes „Fairplay" in der Nummer vom 4. Juli 1918, der zur Vermeidung eines scharfen Handelswettbewerbs unter den heutigen Entente-Bundesgenossen nach beendetem Kriege anregt, diese möchten einen Schiffbau- und Schiffahrts-Ring schließen, der alle Gewinne gewissermaßen in eine gemeinsame Kasse fließen läßt. Ein weiteres Anzeichen dieser Nervosität war eine Äußerung des über die amerikanische Regsamkeit besonders oft und stark beunruhigten Liverpooler Reederorgans „Journal of Commerce" in der Nummer vom 30. Juli: „Schon fahren neue Dampferlinien der Amerikaner nach Häfen, deren Handel bisher von uns gepflegt wurde und uns rechtmäßig (!) zusteht. Alles das wird durch die Sorglosigkeit und krasse Dummheit unserer Minister und ihrer Günstlinge veranlaßt, denen wir fürstliche Gehälter zahlen und die sich um nichts kümmern." Sehr viel sachlicher und verständiger beurteilt die englische Zeitschrift „Outlook" in ihrer Nummer vom 13. Juli 1918 die von der amerikanischen Rekord wut drohende Gefahr für die englischen Reedereien. Sie gibt zu, daß künftig der amerikanische Wettbewerb den Briten vielleicht mehr als der deutsche zu schaffen machen wird. Dann aber stellt sie sehr treffend fest: „Die Frage des Wettbewerbs ist eine Kostenfrage. Das Land, das am billigsten hervorbringen und verschiffen kann, wird den meisten Handel erhalten."

Nun glauben freilich die Amerikaner für diesen Wettbewerb künftig ungleich besser als vor dem Kriege gerüstet zu sein. Die alten Friedenspreise gehören ja wohl für alle Zukunft der Vergangenheit an. Während des Krieges sind alle Rohstoffe und Löhne so gewaltig gestiegen, daß Schiffbau und Reedereibetrieb heute in England sicher viel teurer arbeiten, als es in den Vereinigten Staaten jemals vor 1914 der Fall war. Aber sind darum die Vereinigten Staaten zurzeit wirklich besser konkurrenzfähig für normale Friedensverhältnisse? Sind nicht auch in Amerika alle Kosten gegen früher gewaltig verteuert, so daß die größere Wirtschaftlichkeit der Betriebe trotz aller Preissteigerungen nach wie vor auf Seiten Englands (und Deutschlands) ist? Die amerikanische Auffassung spiegelt sich wieder in einer Auslassung des New Yorker „Annalist":

„Es ist möglich (!), daß für viele künftige Jahre die Kosten der Arbeit und des Materials in Großbritannien und Deutschland ebenso hoch sein werden wie in den Vereinigten Staaten, und daß der Vorsprung, den amerikanische Werften erlangt haben, dank (!) dem Kriege, sie fähig machen wird, erfolgreich in Wettbewerb mit ausländischen Schiffsbauern zu treten."

Demgegenüber beruft sich der „Outlook" auf die Berechnung eines autoritativen Fachmannes, des Mr. Powells, wonach auch heute noch die Löhne im Schiffbau durchschnittlich um 50 Proz. in Großbritannien niedriger sind als in den Vereinigten Staaten, während gleichzeitig der einzelne englische Werftarbeiter eine durchschnittlich

Digitized by Google

um 14 Proz. bessere Arbeit vollbringt als sein amerikanischer Kollege. Der „Outlook“ erinnert auch daran, daß vor dem Kriege ein gleich großer Trampdampfer in England 66000, in Amerika dagegen 138000 Pfund kostete, und daß auch sein Betrieb im Monat 80 Pfund weniger an Löhnen und 20 Pfund weniger für Verpflegung beanspruchte. Im Bau von Eisenschiffen könnten die Vereinigten Staaten überdies auch aus dem Grunde niemals dauernd mit England in Wettbewerb treten, weil ihre Stahlwerke 4—500 Meilen von den nächsten Schiffswerften und ihre Eisenbergwerke 1000 Meilen von ihren Kohlenfeldern entfernt liegen.

Auch in Amerika machen sich vereinzelte sachkundige Stimmen vernehmbar, die vor allzu optimistischen Hoffnungen warnen und darauf hinweisen, daß die überhohen Löhne in Amerika einen dauernden Wettbewerb mit den billiger arbeitenden europäischen oder gar japanischen Schiffsbetrieben auch in Zukunft unwahrscheinlich machen denn hohe Löhne bedeuten entsprechend hohe Betriebskosten und hohe Frachten. Die Höhe der Frachten aber spielt gewiß im Kriege keine Rolle, im Frieden entscheidet sie, wem der Sieg im wirtschaftlichen Wettbewerb zufällt. Die Chicagoer Zeitung „Modern Miller“ machte z. B. am 22. Juni 1918 darauf aufmerksam, daß ein und dieselbe Fracht auf gewissen ostasiatischen Linien auf amerikanischen Dampfern 40, auf japanischen aber nur 7 Dollar koste! — Ähnliche Zahlenangaben liegen auch von andren amerikanischen Fachleuten vor. Man wird demnach zugeben müssen, daß das wirtschaftliche Fundament, auf dem sich die Amerikaner ihre „größte Handelsflotte der Welt“ zu schaffen im Begriff sind, recht sehr brüchig ist und daß sich daraus leicht ein finanzielles Erdbeben von unabsehbarer Furchtbarkeit entwickeln kann.

Diese Wahrscheinlichkeit ist um so größer, als ein erheblicher Teil der im Eiltempo fabrizierten amerikanischen Schiffe nicht eben allen Ansprüchen in bezug auf Seetüchtigkeit gewachsen zu sein scheint. Im „Fairplay“ vom 25. Juli hieß es bereits, daß ein sehr großer Teil dieser neuen Fahrzeuge das Kriegsende wohl nur höchstens um 3—4 Jahre überleben würden, und nüchterne norwegische Urteile über die Leistungen der vereinsstaatlichen Werften sprachen mehr wahrheitsliebend als höflich von „amerikanischer Pfuscherarbeit“!

Die Gefahr, die der europäischen Handelsvorherrschaft auf den Weltmeeren von den Vereinigten Staaten droht, ist daher allem Anschein nach nicht allzu tragisch zu nehmen. Ernster scheint jedenfalls die Bedrohung zu sein, die der englischen und deutschen Hegemonie auf den Ozeanen auf die Dauer aus Ostasien erwächst, von Japan. Die Schiffbau- und Schiffahrtspolitik dieser östlichen Großmacht legt zwar weniger Wert darauf, mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts zu schreiten und alle Rekorde gewohnter Entwicklung zu brechen, aber sie ruht auf einer viel tragfesteren Grundlage und ist gerade wegen ihrer nur langsamen und dafür zielbewußten Ausgestaltung gefährlicher. In Japan wartet man nicht mit blendenden Sprüngen in der Vergrößerung der heimischen Seeschiffahrts-Tonnage auf, aber die bescheidene, in keiner

Digitized by Google

Weise auffällige Zahlensteigerung, die gelegentlich sogar einem kleinen Rückgang Platz macht, birgt für den, der sie zu lesen versteht, allerhand bedrohliche Warnungen. Die japanische Seeschiffahrt hatte von 1905 bis 1917 folgende Tonnage-Größen aufzuweisen:

Jahr	Dampfer-Tonnage	Segler-Tonnage	Summe
1905	939 749	336 571	1 276 320
1910	1 233 909	413 720	1 647 629
1912	1 442 566	495 322	1 937 888
1916	1 856 877	544 605	2 401 482
Mai 1917	1 691 795	604 174	2 295 969

Diese Zahlen sehen gewiß sehr harmlos aus. Sie lassen ganz und gar nicht erkennen, daß Japan schon seit dem ersten Kriegsjahr die Handelsschiffahrt im Stillen Ozean nahezu monopolartig beherrscht und daß es jegliche fremde Schiffahrt im Fernen Osten in immer weiterem Umfange verdrängt. Neue japanische Dampferlinien wurden im Kriege nach den pazifischen wie den atlantischen Küsten Nord- und Südamerikas neu eingerichtet, ebenso nach Korea, Siam, Holländisch-Indien, Neuseeland, den Südseeinseln, Britisch-Indien usw., und überall, wo die japanische Schiffahrt auftaucht, erlangt sie alsbald durch ihre hohe Leistungsfähigkeit und ihre billigen Frachten eine führende Stellung. In der ersten Zeit des Krieges sandte Japan seine Schiffe in erhöhter Zahl auch in die europäischen Gewässer. Bezeichnend hierfür war ein gewaltiger Aufschwung des japanischen Verkehrs im Suezkanal (1914: 64 Schiffe mit 354 367 Tonnen, 1915: 119 Schiffe mit 565 945 Tonnen). Seitdem aber Ende 1915 die deutschen U-Boote wider Erwarten auch im Mittelmeer die Handelsschiffahrt bedrohten und besonders seitdem der „rücksichtslose U-Bootkrieg" erklärt ist, zieht Japan seine Fahrzeuge ostentativ aus den europäischen Gewässern und ihren Gefahrzonen zurück und verwendet sie dafür zur steten Stärkung seiner Stellung im Fernen Osten: 1916 ging der japanische Verkehr im Suezkanal auf 27 Schiffe mit nur 69 856 Tonnen, also auf weniger als den achten Teil der Tonnage des Vorjahrs, zurück! Gleichzeitig benutzte Japan die Gelegenheit, seinen Schiffbestand von Grund auf zu erneuern und zu modernisieren. Während es lauter neue, erstklassige Fahrzeuge einstellte, entledigte es sich seiner „alten Kästen", indem es sie an seine notleidenden Verbündeten, insbesondere an England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, zu ungeheuren Preisen verkaufte oder auch vermietete. Es kam den Japanern gar nicht darauf an, daß durch derartige Maßnahmen gelegentlich der Gesamtbestand ihres Schiffsparks sich merklich verringerte (wie von 1916 bis Mai 1917), während der den Zahlenfetisch anbetende Nordamerikaner einen vorübergehenden zahlenmäßigen Rückgang der nationalen Gesamt-Tonnage sicher als einen ganz unerträglichen Gedanken betrachten würde — die Hauptsache war ihnen die innere Stärkung der Güte ihrer Handelsflotte und die Kräftigung ihres Nationalvermögens. Wie raffiniert sie dabei

Digitized by Google

zu Werke gingen, zeigte ein Bericht, wonach sie eine große Anzahl von alten, ausrangierten Schiffen, die ihnen England vor dem Kriege für billiges Geld auf Abbruch verkauft hatte, in der Weise wieder verwerteten, daß sie sie kürzlich den nach Schiffsraum lechzenden Engländern vermieteten, und zwar für einen so hohen Betrag, daß sie in je 1½ Monaten den gesamten ehedem bezahlten Kaufpreis durch Miete zurückgezahlt erhalten, ohne daß ihnen das Eigentumsrecht an den Schiffen verloren geht! Ebenso verkauften sie den Amerikanern zahlreiche alte Schiffe, die von einer derartigen Beschaffenheit waren, daß die mit der Führung der Schiffe beauftragten Kapitäne die größte Besorgnis hatten, ob sie die Dreiviertelwracks glücklich auch nur bis in einen amerikanischen Hafen bringen würden.

Auch der japanische Schiffbau ist seit 1916 in starkem Aufschwung begriffen, wie folgende Zahlen zeigen. Die japanischen Werften stellen fertig:

1915 127 Schiffe mit 98 213 Tonnen
1916 250 Schiffe mit 246 234 Tonnen

Vorläufig ist Japans Schiffbau noch von den Eisenlieferungen der Vereinigten Staaten unerwünscht stark abhängig. Aber Japans Chinapolitik ist drauf und dran, die reichen Eisenerzgruben im Jangtse-Gebiet in japanischen Besitz zu bringen und dann im Schiffbau ganz auf eigenen Füßen zu stehen. —

Japans bisheriges Vorgehen zeigt, daß es allerdings ein überaus gefährlicher Konkurrent für die europäische Schiffahrt werden wird. Diese Zukunftsaussichten sind natürlich für England unverhältnismäßig viel beängstigender als für Deutschland, zumal da die politische Einflußnahme der Japaner der wirtschaftlichen auf dem Fuße zu folgen pflegt. Die mit soviel Tamtam angekündigte amerikanische Riesen-Handelsflotte der Zukunft dürfte also den europäischen Interessen nicht annähernd so gefährlich werden wie die japanische. Zurzeit scheint zwar die amerikanische Wolke viel drohender und düsterer als die ostasiatische. Aber während die letztere unzweifelhaft ein schweres Gewitter birgt, dürfte die erstere sich schließlich als Theaterdonner erweisen, und die Geschichte der amerikanischen „größten Handelsflotte der Welt" wird dereinst an die Fabel von dem Frosch erinnern, der sich so lange aufblähte, bis er platzte. — —

Eine schweizerische Kolonie?

Von Jakob Schaffner

Man liest, daß die schweizerische Eidgenossenschaft mit dem Gedanken umgeht, eine Kolonie zu erwerben, um ihr Weizenland zu vermehren. Im Frieden hatte die Schweiz eine Getreideeinfuhr im Jahreswert von zweihundert Millionen Franken. Dabei war in ruhigen Zeitläuften keine Gefahr; man führte dafür Milchprodukte, Seide, Spitzen, Schokolade und Uhren aus. Während des Krieges gab diese wirtschaftliche Abhängigkeit und der Landesmangel am täglichen Brot für die Entente

Digitized by Google

die Handhabe zur Drosselung einer vorbildlich friedlichen und neutralen Bevölkerung und eines in seinen freiheitlichen Einrichtungen bisher beinahe heilig gesprochenen Landes. „Wer unser Brot ißt, muß unser Lied singen!" Man singt es mit geteilten Empfindungen und nicht immer rein, aber man singt es doch, da sonst nichts übrig bleibt, wenn man nicht den Hunger und den Aufruhr dazu ins Land rufen will. Indessen solange man beisammen bleibt, solange kann man raten. Und so lautet der neueste Rat: „Gründet eine schweizerische Kolonie, um eigenen Weizen zu bauen." Zuerst soll man dafür die Ukraine ins Auge gefaßt haben, aber wegen der unsichern politischen Zustände sah man davon ab und wandte die Blicke nach Marokko. Tatsächlich sollen die Vorverhandlungen soweit gediehen sein, daß die französische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, und die Eidgenossenschaft eine Kommission unter der Führung eines *westschweizerischen* Politikers nach Marokko abgeordnet hat, um die Dinge am Ort zu besehen.

Das alles klingt ganz vernünftig und einfach und braucht, wie es scheint, niemand aufzuregen; dennoch lohnt es sich, den Tatsachenzusammenhang etwas näher anzusehen. Man geht nämlich von der Erwartung aus, daß die Schweiz durch den Besitz einer Kolonie von dem Umfang, der ihr den ungefähren Bedarf ihres Getreides sichert, ihre wirtschaftliche und damit ihre staatliche Unabhängigkeit wesentlich erhöhen wird. Ihre Neutralität, so meint man, müsse in der Folge eine Herzstärkung erfahren, und dank aller glücklichen Umstände dürfe die Schweiz dem Schrecken eines späteren Krieges, wenn nicht eine allgemeine Gesinnungsänderung uns oder unsre Kinder davor bewahrt, einigermaßen gesichert entgegensehen. Deutschland und Mitteleuropa könnten sich durch dieses schweizerisch-französische Übereinkommen entlastet fühlen, und es werden sich im Reich sogar Leute finden, die der Entente die Gloriole als Förderer der kleinen Nationen, die sie daraus sehr geschickt entwickeln wird, gern gönnen mögen.

Ich weiß noch nicht, was man in der Schweiz selber zu diesen welschen Plänen sagt, aber zweifellos wird die Presse der herrschenden radikalen Partei, die ohne ihren westlichen Flügel aufhören würde zu herrschen, viel Wohlwollen für sie zeigen, und der politische Dilettantismus aller Kannegießer wird sich daran lebhaft erquicken, denn die Erwerbung einer eigenen Kolonie verspräche, abgesehen von der Befriedigung eines gewissen Kitzels, ein lange gefühltes Bedürfnis, ja eine nationale Notwendigkeit zu erfüllen. Man würde nicht bloß die jährliche Abwanderung aus den schweizerischen Innengebieten, die man nach Amerika verliert, auf die eigene überseeische Interessenzone leiten können, sondern die heimische Industrie erhielte durch die Entwicklung einer eidgenössischen Kolonie unerwartet Ansporn und Aufträge, und plötzlich wäre vorhanden, was man solange umsonst ersehnte: ein gesunder und organischer wirtschaftlicher Stoffwechsel im eigenen Körper. Der geschichtliche Fortschritt bedingte natürlich einen mittelländischen Hafen an der französischen oder italienischen Küste;

Digitized by Google

nun, die schweizerische Flagge ist ja im Hafen von Cette bereits heimisch geworden, und in den allerersten Anfängen fühlt man sich mit bescheidenem Stolz und einiger Besorgnis als seefahrende Nation.

Indessen setzt hier bereits das erste Aber ein. Diesen kleinen Völkern geht keine neue Möglichkeit ohne Furcht auf. Sicher ist, daß man aus den erweiterten geschichtlichen Umständen eine neue Haltung entwickeln würde. Es ist auch ganz gewiß, daß dieser fleißige, tüchtige und klarblickende Menschenschlag die neue Aussicht zu einer sehr brauchbaren Sache zu machen verstände. Die Kolonie würde in wenigen Jahren zu blühen beginnen und bald zu den schönsten Beispielen der europäischen Kulturtätigkeit auf afrikanischem Boden zählen. Ich habe sogar das Zutrauen, daß die deutsche Gründlichkeit und Bildung des Schweizer Kolonisten alemannischen Stammes, der als Auswanderer hauptsächlich in Betracht käme, den ansässigen an Erfolgen übertreffen würde; bekannt ist das bescheidene Geständnis des schweizerischen Industriellen und Kaufmannes, daß ihm der gallische nicht gewachsen sei, während er auf den deutschen Wettbewerber mit weniger ruhigen Blicken sieht. Irgendwie wird ja die neue helvetische Kolonie doch unter einem französischem Schutzverhältnis bleiben müssen, da die Schweiz nicht selber Truppen hinschicken kann, wenn wilde Zeiten kommen; der eidgenössische Kolonist wird also der französischen Republik einen buchmäßigen kolonialen Wert erster Klasse schaffen und ihr bei der kulturellen Erschließung ihres marokkanischen Besitzes sehr wesentlich helfen. Alles das ist vollkommen sicher und von der schweizerischen Gewissenhaftigkeit restlos zu erwarten. Das einzige Unsichere ist die Frage, ob die Schweiz auch rein genießen wird, was man verspricht. Mit dem Namen Cette verbinden sich bereits eine Reihe von Enttäuschungen und Demütigungen. Andere verbinden sich mit dem Namen Rotterdam. Die Schweizer Flagge auf dem Ozean weht ungewiß und ängstlich. Abhängige Völker haben französisches Brot nie anders als mit Tränen gegessen. Bei jedem großpolitischen Geschäft, das die schweizerische Eidgenossenschaft mit Frankreich machte, ist sie noch betrogen und gebrandschatzt worden. Das letzte Datum in dieser Chronik ist das französische Kohlenangebot, das so freundschaftlich klang und uns so große Verlegenheit bereitete. Wird das Geschäft mit der marokkanischen Kolonie Tatsache, so bedeutet es — und daran ist nicht zu zweifeln — eine erhöhte Abhängigkeit nach einer Seite nämlich der französischen. Selbst bei einer bedingungslosen Überlassung des Landes bleibt man vom guten oder üblen Willen der großen Schwesterrepublik abhängig. Sie ist Grenznachbar, beherrscht Zugänge und Ausgänge, verfügt über den Hafen, besitzt die europäischen Verbindungsbahnen dahin und kann nicht nur jederzeit, wenn es der Vorteil rät, auf dem Gebiet der schweizerischen Kolonie Unruhen stiften, sondern hat auch zu erlauben, ob wir genügend Polizeitruppen über ihr Gebiet hinschicken dürfen oder nicht. Ich sage, dies alles kann geschehen. Es ist noch nicht und wird auch von keiner Seite als Absicht ins Auge gefaßt, aber daß es kann, ist schon schlimm genug für einen

Digitized by Google

kleinen Staat, der auf Selbstverfügung und Freiheit hält und ängstlich über seine Neutralität wachen muß. Bis zu welchen Erniedrigungen die Sorge um einen überseeischen Besitz führen kann, das sehen wir an Holland, und eigentlich ist für unsre Begriffe die Grenze von Demütigungen, die sich eine anständige Nation gefallen lassen darf, längst überschritten. Ein kommender Krieg würde aber noch in höherem Grad Wirtschaftskrieg sein als es der laufende ist; mit den Erfahrungen des letzteren würde man gegenüber den Neutralen sofort da beginnen, wo man diesmal aufgehört hat, und die Folgen wären unabsehbar, vielleicht wären sie aber nur zu leicht absehbar.

Das ist das eine. Die schweizerische Eidgenossenschaft hatte bereits einmal einen „französischen Kurs" in ihrer Geschichte, die im wahrsten Sinn ein Schicksal ist. Damals führte sie, um leben zu können, Menschen aus, die in den französischen Kriegen Dienst taten; es war die bekannte Reisläuferzeit, die furchtbarste Epoche der eidgenössischen Geschichte — nicht zuletzt deshalb, weil sie französisch bedingte Geschichte ist. Der französische Einfluß läuft stets auf die Korrumpierung des Schwächeren hinaus. Nachdem die Revolution diesem Geschäft ein Ende machte, ging man an die Ausfuhr von Waren; die schweizerische Industrie entstand, und damit eine neue Unabhängigkeit. Bedeutet nun die Gründung einer helvetischen Kolonie unter französischer Hoheit nicht irgendwie eine Rückkehr zum „französischen Kurs"? Diese Frage wage ich nicht zu beantworten, ich darf sie bloß stellen. Innerlich wird man unausweichlich eine Wiedererstarkung französischer Fühlungen erleben, wobei noch bestehende Traditionen lebhafte Vorschübe leisten würden. Inwieweit dann diese von der Westschweiz geführten kulturellen Entwicklungen sich politisch ausdrücken würden, ist ebensowenig genau voraus zu bestimmen, wie der Gegendienst, den Frankreich schließlich für seine Leistung verlangen wird.

Die Rettung der Schweiz bestand bisher lediglich in ihrer strengen Neutralität — besser gesagt in ihrer bewußten Verzichtleistung auf alles, was ihr einseitige Verbindlichkeiten schaffen könnte. Die Früchte seiner Arbeit auf afrikanischem Boden werden wir dann voll genießen, wenn an der Zuneigung und Dankbarkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft gegenüber Frankreich kein unerträglicher Zweifel besteht. Der Neutralitätsgedanke der Innenschweiz hat schon in der eidgenössischen Staatsbildung bedingend gewirkt, weil er sich auf Schritt und Tritt mit dem großpolitischen Trieb der Städter auseinandersetzte. Dies Kolonialprojekt ist ein Zug der Städter, und sie tun ihn unbewußt gegen die Landesneutralität, als deren extreme fortschrittliche Vertreter sie sich sonst fühlen. Industrie, Radikalismus, Neutralität, Internationalismus, Weltpolitik — das alles hängt in einem höhern und verschärften Sinn zusammen. Noch im Jahr 1860 vermied es die damalige Regierung, der Anschlußbewegung der Nordsavoyer an die Schweiz entgegen zu kommen und ließ das kleine Volk aus Gründen der Neutralität lieber an Frankreich fallen; man darf neugierig sein, ob die jetzige Generation nicht auch neutrale Gründe gegen eine schweizerische Kolonie im fran-

Digitized by Google

zösischen Machtbereich finden wird. Dabei hätte der Besitz Nordsavoyens wesentliches zur Stärkung des Gesamtstaates beigetragen und übrigens der Genfer Frage die einzig mögliche Lösung gegeben: ein Genfer Territorium, das die schweizerische Flanke nach Südwesten schloß. Demgegenüber ist es gut, zu bedenken, welches Unbehagen das ungleich mächtigere Deutsche Reich bei dem Gedanken empfindet, mit seinem kolonialen Besitz bei andern Mächten zur Miete zu wohnen.

Die Deutschen sind heute so weit, einzusehen, daß eine wirksame Kolonie, die unmittelbar der Ernährung des Volkes dienen soll, wie ein Hausgarten vor der Tür liegen muß; die Vorbereitungen zur Kolonisation Kurlands sind der Ausdruck davon. Es ist immerhin interessant, zu wissen, daß die Schweiz einen solchen Hausgarten in der Franche Comté sogar von Reichs wegen besaß und an Frankreich verlor. Dieses burgundische Gebiet stellt die einzige geschichtliche und geographische Möglichkeit der Eidgenossenschaft zur natürlichen Kolonisation dar, und sein Verlust ist unersetzlich für alle Zeiten. Seine systematische Bebauung würde den größten Teil des Erfolges liefern, den man sich von Marokko verspricht, und sie würde ihn sicher liefern, da das bebaute Land zum Staatsganzen gehörte und als solches unantastbar wäre. Man kann nicht an dieser Sache vorbeigehen, wenn man die marokkanischen Pläne gründlich betrachten und verstehen will. Es ist auch gut, zu wissen, daß uns um unsre mailändische Kolonie ebenfalls das allgegenwärtige Frankreich brachte, dasselbe Frankreich, das seit der Revolution seine Verfassung, aber nicht seinen Charakter — der überall unveränderlich ist! — geändert hat. Ich sage das nicht als moralisches, sondern als Erkenntnisurteil; Frankreich war uns überlegen und wir erlitten das Schicksal unserer Unterlegenheit. Aber eben darum hat es einen so großen Reiz, daß uns Frankreich heute eine marokkanische Kolonie anbieten soll. Seine ganze Intelligenz und Anpassungsfähigkeit spricht sich darin aus; die Franzosen sind noch die alte scharfblickende und rasch handelnde Nation, als die sie sich von jeher auszeichneten.

Es wäre ferner noch ganz fraglich, welche Stellung die deutsch fühlenden Schweizer dazu einnehmen würden, denn die Aussicht auf einen neuen französischen Kurs ginge sie kulturell sehr nahe an. Doch gestehe ich, daß diese kulturellen und selbst die politischen Bedenken mir kein Recht zu Einwänden geben könnten, wenn ich hoffen dürfte, daß eine derartige Kolonie tatsächlich zur Stärkung des eidgenössischen Staates beitrüge, daß sie seine Unabhängigkeit erhöhte, und daß wir wirklich und jederzeit souverän ohne betrogen oder geknebelt zu werden über Grund und Boden und über die Bodenfrüchte die Verfüger wären. Dies Zutrauen hätte ich nicht. Auch der innige Wunsch, aus den Existenzschwierigkeiten nach fünf Jahrhunderten endlich herauszukommen, könnte es mir nicht einflößen, denn ich weiß, mit wem und womit wir's zu tun bekämen, wenn diese westschweizerische Anregung zum Ziel führte.

Die Frage hat aber noch eine größere Seite. Man weiß nicht, warum aus der ukrainischen Anregung nichts wurde. Die politische Unsicherheit hat sie ja mit der marok-

Digitized by Google

kanischen gemein, also kann sie nicht der einzige Grund dagegen sein. Hat man in Deutschland offiziell von den Bestrebungen gewußt, und war es unmöglich, sie wirksam zu unterstützen? Ließ sich die Absicht technisch nicht verwirklichen, da es sich um bereits besiedeltes Land handelt, während vielleicht das Eigentum von marokkanischen Eingeborenen nicht so geachtet werden muß? Und ließ sich auch keine andere Form finden, um der schweizerischen Eidgenossenschaft von deutscher Seite aus einer schweren Sorge zu helfen? Darüber besteht ja wohl kein Zweifel, daß die Schweiz geographisch und wirtschaftlich zur mitteleuropäischen Masse gehört, und daß ihre Fragen von diesem Gesichtspunkt aus behandelt werden müssen. Es ist im Grund unmöglich, daß sie sich exzentrisch über den Ozean ernährt, sie muß sich kontinental ernähren, und der Kontinent — also Mitteleuropa — muß sich um sie kümmern. Der Kontinent ist ihr Vaterhaus, von dem sie alles hat, in das sie zurückzielt. und das ihre Notwendigkeiten besitzt, Kohle, Eisen, Brot, Kultur, Geschichte und Zukunft. Früher betrachtete man die Schweiz als Asyl Europas. Dann gefiel sie sich als dessen „Drehscheibe". Während des Krieges wurde sie zur „Kommode" Europas. Immer beruhte ihre internationale Bedeutung auf etwas Künstlichem und Vorbeigehendem. Es würde für sie heißen nach Hause zu kommen, wenn ihre Stellung nach dem Krieg so werden könnte, daß sie als Kind des Kontinents auch alle Familienrechte des Kontinents ungescholten genießen dürfte, ohne sich künftig zwischen Hüben und Drüben in einem schwindligen Balanzierspiel durchwinden zu müssen. Dazu ist aber die unbedingte Voraussetzung eine vernünftige und großzügige europäische Ordnung, an welcher alle Europäer teil haben, die eines guten Willens sind.

Man spricht und singt viel vom großen Völkerbund aller Nationen. Für uns Mitteleuropäer ist der Weg dazu der mitteleuropäische Bund, der uns gelingen muß, wenn uns unsre internationale Zukunft gelingen soll. Nur mit dem kaukasischen Bund als Ehegut und der kaukasischen Verwandtschaft als Ehrengarde wird Deutschland-Europa mit Ansehen in einen allgemeinen Völkerbund treten und darin eine geachtete und unantastbare Rolle spielen können. Und nur mit solcher hohen Vernunft und Kraft angetan wird es die schmerzlichen Fragen der Neutralen lösen, die nun hemmungslos Europäer mit Europäern sein und ihre ängstliche und im geschichtlichen Sinn unfruchtbare Neutralitätspolitik aufgeben dürfen, um allgemeine kontinentale machen zu helfen. Bei den Deutschen sollte viel mehr die Rede sein von diesen Aussichten, und bei den Neutralen ebenfalls, denn sie sind die Vorstufe und europäische Untermauerung des schönen Tempels, von dem so viele menschenfromme Seelen träumen. In solchem Verein würden sich auch die schweizerischen Existenzfragen natürlich und nachbarlich beantworten. Solange nicht die europäische Vernunft ausbricht, gibt es für die europäischen Neutralen keine Erlösung und für die Schweiz kein organisches großes Arbeits- und Wirtschaftsgebiet.

Digitized by Google

Die rationelle Ausnutzung der Kohle

Wenn man sich darüber Gedanken macht, wie künftig das verarmte Europa, namentlich auch das verarmte Deutschland wieder in wirtschaftlich auskömmliche Verhältnisse kommen kann, so liegt bei den technisch halbwegs Orientierten die Hoffnung in den Fortschritten unserer Ingenieure und namentlich unserer Chemiker. Zu den Gebieten, von denen man in dieser Beziehung Großes erhofft, gehört hauptsächlich auch die bessere Ausnutzung der Kohle. Schon seit Jahrzehnten wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Ausnutzung der Heizkraft der Kohle ungenügend sei, und die Klage ist trotz der außerordentlichen Fortschritte unseres Maschinenbaues immer noch nicht gegenstandslos. Noch mit größerer Berechtigung könnte darüber geklagt werden, daß die in der Kohle schlummernden, äußerst wertvollen Nebenprodukte durch den brutalen Verbrennungsprozeß nutzlos verloren gehen. Die Hauptstoffe, um die es sich dabei handelt, sind ja aus dem Verkokungsprozeß bekannt: Man gewinnt dabei den Teer, auf dem sich unsere Farbenindustrie aufbaut, allerhand Öle, Karbolsäure, Xylol (das Ausgangsprodukt für Lack und verschiedene Lösungsmittel), das gerade jetzt so hochwichtige Toluol, ohne das die Sprengstoffindustrie nicht auskommen kann, das aber auch für die Medizin äußerst wichtig ist, und namentlich auch das Benzol, das jetzt im Kriege an Stelle des Benzins getreten ist, und schließlich den Ammoniak-Stickstoff, der im Frieden für die Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Diese Produkte aber werden nur gewonnen, wenn man die Kohle entgast, wie das einerseits bei der Koksgewinnung, anderseits in den Gasanstalten geschieht. Da von unserer Steinkohlenproduktion im Frieden nur etwa $^1/_5$, heute vielleicht $^1/_4$ diesem Prozeß unterzogen wird, so werden beim größten Teil unseres Kohlenverbrauchs diese Nebenprodukte nicht ausgenutzt. Nun ist aber auch die Entgasung der Kohle, rein technisch betrachtet, nicht die rationellste Ausnutzung der Kohle, sondern die in ihr schlummernden, wertvollen Bestandteile können in erheblich größerem Maße gewonnen werden, wenn man die Kohle nicht entgast, sondern vergast. Auf Grund dieser Tatsache haben gerade in den ersten Kriegsjahren einige Schriftsteller sehr eifrig erklärt, die heutige Behandlung der Kohle sei eine maßlose Verschwendung eines der wichtigsten Posten in unserem Volksvermögen und man müsse deshalb möglichst schnell dazu übergehen, die gesamte Kohlenförderung an Ort und Stelle ihrer Gewinnung zu entgasen, die Nebenprodukte restlos auszunutzen und die Gase durch Fernleitungen ihrem Bestimmungsort zuzuführen. Am allereifrigsten war unter den Befürwortern dieses Gedankens Dr. Besemfelder. Die Ausführungen gerade dieses Schriftstellers mußten dem Unbefangenen außerordentlich einleuchten, denn er errechnete einen jährlichen Mehrertrag von etwa 5 Milliarden für die Volkswirtschaft. Freilich, wer einigermaßen kritisch diese Ausführungen las, dem mußten schwere Zweifel an der Richtigkeit der Rechnung kommen auch ohne allzu große technische Kenntnisse, denn die Besemfeldersche Kalkulation vergaß zwei äußerst wichtige Posten: Zunächst einmal müßte mit ungeheuren und praktisch gar nicht durchführbaren Anstrengungen die gesamte heutige Kohlentechnik revolutioniert werden. Es müßten überall Neuanlagen gebaut, die bisherigen zum alten Eisen geworfen werden und dann würde bei einer plötzlichen Überschwemmung Deutschlands mit den bisher schon nicht ganz leicht unterzubringenden Nebenprodukten eine derartige Preisentwertung eintreten, daß die 5 Milliarden bedenklich zusammenschrumpfen

Digitized by Google

würden. Diese Bedenken mußte auch derjenige hegen, der, wie etwa der Schreiber dieser Zeilen, dem Grundgedanken Besemfelders sehr sympathisch gegenüber steht.

Da nun Besemfelder mit seinen Reformvorschlägen gleichzeitig den Gedanken verband, es könne bei der Durchführung seiner Vorschläge ein erheblicher Teil der Kriegskosten aus der verbesserten Kohlenwirtschaft getragen werden, so sah sich auch das Reichsschatzamt veranlaßt, die Angelegenheit aufzugreifen. Es hat deshalb vier Gutachten von Sachverständigen eingefordert, die jetzt der Öffentlichkeit unterbreitet werden[1]. Um das Resultat gleich vorweg zu nennen, sei bemerkt, daß alle vier Sachverständige zu einem stark ablehnenden Ergebnis kamen. Obwohl es sich nun hier um Autoritäten handelt, wird man trotzdem die Zukunftsmöglichkeit auf diesem Gebiete weiter recht hoch einschätzen dürfen, und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens hat die Erfahrung gezeigt, daß immer und immer wieder hochbedeutende neue Ideen kurz vor ihrer allgemeinen Anerkenntnis von Autoritäten als unmöglich bewiesen worden sind (siehe aus der letzten Zeit die Erfahrungen Zeppelins); weiter aber hat das Reichsschatzamt sich gerade auch solche Gutachter ausgesucht, die aus beruflichen Gründen mehr oder weniger ein Interesse daran haben konnten, daß die Vergasung der Kohle keine allzu großen Fortschritte macht. Damit soll selbstverständlich der gute Glaube dieser Herren nicht bestritten werden; es kann aber niemand aus seiner Haut. Der erste, der gehört wurde, ist Prof. Dr. Caro, einer der Hauptinteressenten des Kalkstickstoffes. Kalkstickstoff ist eine Stickstoffverbindung, die in Konkurrenz mit dem alten Chile-Salpeter, dem Haberschen Luftstickstoff und dem aus der Kohle gewonnenen Ammoniaksulfat steht und die nach Ansicht Unparteiischer am wenigsten Aussicht für die Zukunft hat. Da nun aber das Reich sehr starke Mittel zu seiner Fabrikation hergegeben hat, so wird man sich wohl Mühe geben, die Konkurrenzfähigkeit künstlich zu erhalten. Wenn aber die Vergasung der Kohle sehr starke Fortschritte macht und dadurch die Stickstoffpreise scharf fallen, so wird in erster Linie Kalkstickstoff zu Schaden kommen und deshalb ist der Vorwurf der Vergasungsinteressenten, daß dieser Sachverständige nicht ganz unbefangen ist, einigermaßen einleuchtend. Im übrigen ist das Carosche Gutachten äußerst knapp gehalten. Seine Haupteinwendungen gegen Besemfelder decken sich mit den oben geäußerten. Außerdem weist er darauf hin, daß auch die Vergasung von Brennstoffen eine recht erhebliche Energiemenge verbraucht, die von Besemfelder und anderen nicht genügend gewürdigt wird. Freilich läßt Caro gewisse Möglichkeiten für die Zukunft hoffen. In dem Augenblicke, in dem die Gasmaschinen verbilligt und vervollständigt würden, und sobald einmal die allerdings unwahrscheinliche Konstruktion der Gasturbinen gelungen sei, — meint er, werde die Vergasung kohlenstoffhaltiger Materialien ganz andere Aussichten haben, wie bisher. Auch gibt Caro zu, daß die neueren Verfahren der Tieftemperatur-Destillation und ähnliches künftig große Möglichkeiten eröffnen.

Ebenso knapp wie das Carosche Gutachten ist dasjenige des Dipl. Chemikers Russig, der als Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Kokereien in seinen Ausführungen recht einseitig Stimmung für erhöhte Schutzzölle macht. Im übrigen ist aus seinen Ausführungen nur das eine zu lernen, daß die einzelnen Kohlensorten in bezug auf ihren Teer-, Öl- und Benzolgehalt so von einander abweichen, daß die Aufstellung allgemeiner Regeln, wie sie von übertriebenen Verfechtern der Vergasung angeführt werden, vor den nüchternen Tatsachen nicht standhält. Recht wenig ist auch

[1] Die rationelle Ausnutzung der Kohle. Technische Gutachten zur Vergasung und Nebenproduktengewinnung. Herausgegeben vom Reichsschatzamt, Berlin 1918, Carl Heymanns Verlag.

Digitized by Google

über das Gutachten des Direktors Lempelius, offenbar des Vertreters der Gaswerke, zu sagen. Um so ausführlicher und lesenswerter sind die Ausführungen von Prof. G. Klingenberg, Direktor der A. E. G. Auch er geht mit Besemfelder und dessen Gesinnungsgenossen scharf ins Gericht. Auch er ist nach Ansicht dieser Partei befangen, da die A. E. G. in großem Maße Dampfturbinen herstelle und diese bei Durchführung der Vergasung lange nicht mehr in dem Maße wie heute gebaut werden würden. Ob dieser Vorwurf gerechtfertigt ist, erscheint u. a. deshalb zweifelhaft, weil der Präsident der A. E. G., Walther Rathenau, in seinen zahlreichen Büchern in geradezu enthusiastischer Weise als Verfechter der Kohlenvergasung auftritt. Dieser Gegensatz zwischen Rathenau und Klingenberg ist, nebenbei bemerkt, an und für sich recht pikant. Klingenberg als Maschinenkonstrukteur legt natürlich besonderen Wert auf die Frage der rationellsten Maschinen und ist, wie aus dem Vorhergehenden schon zu erkennen ist, im allgemeinen ein überzeugter Anhänger der Dampfturbinen gegenüber der Gasmaschinen. Im übrigen ist die Gewinnung von Nebenprodukten nur dann rentabel, wenn die Kohlenpreise nicht allzu teuer sind. Andere Sachverständige denken in diesem Punkte ganz verschieden und sind im Gegenteil der Meinung, daß gerade mit der jetzt sicher zu erwartenden weiteren Kohlenverteuerung die Ausnutzung der Nebenprodukte besonders rentabel wird. Immerhin glaubt Klingenberg, daß bereits auf dem heutigen Stand der Technik etwa 11 Millionen Tonnen Kohle, die bisher ohne weiteres verfeuert wurde, besser durch Vergasung in Generatoren auf Nebenprodukte ausgenutzt werden soll. Voraussetzung dieses Ergebnisses sei freilich die Stabilität des Marktes nach dem Kriege, insbesondere für die Stickstoffverbindungen. Auch er ist überzeugt, daß sich diese Summe noch merklich verbessern lasse, wenn auf dem Gebiete der Tieftemperatur in der Teergewinnung Fortschritte gemacht werden sollen.

Daß derartige Fortschritte kommen und bald kommen werden, ist in hohem Grade wahrscheinlich und deshalb sind diese Gutachten gar nicht so ablehnend, wie man beim ersten Lesen meinen sollte. Im übrigen hat das Reichsschatzamt anscheinend selbst das Gefühl, daß die von ihm gehörten Gutachter nicht das letzte Wort gesprochen haben, denn sonst hätte es nicht, wie es in der Einleitung ausdrücklich heißt, das ganze Problem der Kohlenvergasung der weiteren Erörterung durch berufene Kreise unterbreiten wollen. Hoffentlich werden dabei neben den Interessenten auch unbefangene Sachverständige zu Worte kommen, damit wir in dieser so außerordentlich wichtigen Frage in absehbarer Zeit zum praktischen Arbeiten kommen. Eines sei heute schon den Kritikern entgegengehalten: Von jeher hat es die Industrie verstanden, scheinbar überflüssige Produkte so gut wie nur möglich auszunutzen. Gerade die Geschichte des Teers zeigt das zur Genüge. Außerdem aber ist nicht einzusehen, warum nicht bei entsprechend billiger Herstellung von Stickstoffverbindungen und dergl. wir in den uns benachbarten Ländern, denen es an Kohle und deshalb auch an Nebenprodukten fehlt, billige Käufer finden werden.

Severus Linter

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 20. September 1918 • Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Vizekanzler v. Payer hat eine sehr bedeutsame Rede über Deutschlands Friedensziele gehalten. Man kann sich mit dem, was Herr v. Payer gesagt hat, einverstanden erklären, aber an drei Stellen erscheint die Rede unvollständig.

1. Dort, wo von dem Bewußtsein die Rede ist, daß wir die Angegriffenen sind und daß wir nie von Eroberungszielen geleitet wurden, wäre es gut gewesen, auch zu sagen, daß die Propaganda der Feinde, die das Gegenteil behauptet, dafür nur die zusammengesuchten und aufgebauschten Zeugnisse einer politischen Gruppe anzuführen weiß, der das deutsche Volk nie gefolgt ist und der alle verantwortlichen deutschen Staatsmänner stets ablehnend gegenübergestanden haben.

2. An derselben Stelle mußte mit Nachdruck betont werden, daß von den gegenwärtigen feindlichen Machthabern, namentlich in England, ein guter Wille zum Frieden unter keinen Umständen zu erwarten ist; daß wir daher gezwungen sind, solange auszuhalten, bis die feindlichen Völker einsehen, daß die gegenwärtigen Leiter ihrer Politik weder ihnen selbst noch der Welt den Frieden bringen werden, weil sie sich das unmögliche Ziel gesetzt haben, Deutschland zu zerschmettern — und daß demgegenüber unsere größte Stärke auf der moralischen Kraft beruht, die aus dem bessern Recht unter aufrichtiger Friedensgesinnung fließt.

3. Wo vom Ostfrieden die Rede ist, hätte gesagt werden müssen, daß dieser Friede nicht das Ergebnis einer vermeintlichen deutschen Macht- und Eroberungspolitik ist, sondern daß die frühere russische Macht, deren durch verbrecherische Generale einem schwachen Herrscher durch Lug und Trug abgezwungene Mobilmachung den Weltkrieg entfesselte, in einem Angriffskrieg gegen uns zerschellt ist, und daß durch unsern Sieg die Völker, die sie unterjocht hielt, zu einem neuen selbständigen Leben gelangt sind.

4. Von Belgien weiß die Welt, daß wir auf die flämischen Autonomiebestrebungen schon seit einiger Zeit positiv eingegangen sind und daß die Flamen sich im Vertrauen darauf auch ihrerseits immer entschiedener vorgewagt haben. Für die Zukunft des

Digitized by Google

flämischen Volkes hätten daher leicht auch noch wirksamere Kräfte beschworen werden können als allein die Gerechtigkeit und staatsmännische Klugheit der flamenfeindlichen belgischen Regierung.

Wäre das alles auch gesagt worden, so hätten wir eine Rede gehört, die nicht nur an sich gut und bedeutsam, sondern auch nach innen festigender, nach außen kräftiger gewirkt hätte. Befremdlich ist das Bekenntnis des Vizekanzlers, die Psychologie unserer Feinde sei ihm ein zu wenig bekanntes Gebiet, denn draußen kann man das doch fast nur als eine Bestätigung des englischen Wortes lesen: Wäre die Politik der Deutschen — Politik heißt angewandte Psychologie — so gut wie ihre Strategie, so wäre die Entente bereits geschlagen.

*

Lloyd George sagt: „Das deutsche Volk muß wissen, daß, wer das Gesetz schändet, unvermeidlich bestraft wird." Graf Burian macht zu gleicher Zeit den Versuch, dem Friedensgedanken durch einen neuen „Geschäftsordnungsvorschlag" zu Hilfe zu kommen. Er fordert zu Besprechungen auf, während derer der Krieg weitergehen mag. Hofft er auf Eindruck? Es handelt sich um eine Sonderaktion Wiens, die man verstehen kann, die aber von skeptischem Urteil begleitet sein wird. Daß das Friedensbedürfnis in allen Ländern wächst, kommt Burians Unternehmen zu Hilfe, aber so lange in England die Demagogie durch Wahlen sich über den Frieden hinaus sichern will, wird Hohn die Antwort sein.

*

Am gleichen Tag, da im preußischen Herrenhaus durch einen Antrag der berufsständischen Wahlrechtskontingentierung die Lohnarbeiterschaft in einem minderen Recht eingesperrt werden sollte, hat der Kaiser in Essen mit dem Industriearbeiter ein vaterländisches Bündnis auf Tod und Leben, auf Sterben und Gedeih erneuert. Mit lebhafter Kraft hat er sein Wort vom 4. August 1914 unterstrichen: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche." Das heißt, ich kenne auch keine Berufsstände, deren Arbeit vom Staat genügend geachtet werden solle. Der Kaiser hat schon öfter vor Arbeitern gesprochen; diesmal hatte er aber anderthalbtausend um sich versammelt — das war nicht mehr Deputation, sondern Masse. Daß Monarch und Masse sich verstehen in dem, was heute vaterländische Not und Notwendigkeit, das ist das Kernproblem der deutschen Zukunft, nach außen wie nach innen. Damit hebt sich der Vorgang über eine vereinzelte Kundgebung.

*

Während Lettow-Vorbeck auf fremdem Boden mit heldenhafter Zähigkeit die Schöpfung des Mannes verteidigt, ist Karl Peters, der Begründer von Deutsch-Ostafrika, gestorben. Ein Kapitel jugendlich-stürmischer und groß gewollter deutscher überseeischer Geschichte ist mit ihm geschlossen. Es trägt kühne und unruhige Züge, aber es preist auch die Tat, die an sich glaubt. Ganz Deutschland, das dem Manne, der frei-

Digitized by Google

lich kein ausgeklügelt Buch gewesen, viel Dank schuldig blieb, ehrt ihn heute, indem die Erhaltung seines Werkes zum unumstrittenen Kriegsziel der Nation geworden ist.

*

Ob der politische Sinn des deutschen Bürgertums weiter geworden sei, unbefangener? Ob er aus dem Philisterhaften oder dem Pathetischen, zwischen dem er schwankte, den Weg zur Erkenntnis freier politischer Entschließung gefunden habe? Draußen vielleicht, in der „Provinz", in Berlin offenbar nicht. Als es sich darum handelte, im „vornehmsten" Wahlkreis des Reichs dem verstorbenen Präsidenten Kämpf einen Nachfolger zu finden, als die Auswahl schon eine politische Kundgebung hätte sein müssen, stellte man die Entscheidung unter das Wohlwollen von Hausbesitzerwünschen. Die Parteien, die von der Regierung Neuorientierung verlangen, sollen sich selber gegenüber doch nicht gar zu schüchtern sein.

*

Vor den deutschen Journalisten hat in Wien der Ministerpräsident von Hussarek eine Charakteristik des Österreichertums gegeben. Sie war dadurch wohltuend, weil sie weder im hoffärtigen Bürokratenton noch in der wehleidigen Entschuldigungsweise gehalten war, die sonst manchmal bei den Donaureden auf die Nerven ging, sondern weil sie das Lebenskräftige, Positive des Staates mit historischem Stolz herausarbeitete. Und nicht unter den Scheffel stellte, was die Habsburgermonarchie, ungeachtet ihrer Schwierigkeiten, an kulturpolitischen Leistungen für die „unterdrückten" Nationalitäten geleistet hat. Das war auch für Rom, Paris und London gesagt, wo die Kenntnis Österreichs, noch schwächer entwickelt als in Deutschland, sich zu Zerrbildern aufgelöst hat. Dann klingt noch ein neuer Ton: die Zukunft soll den „konstitutiven Charakter des Völkerstaates" noch mehr hervorheben. Soll die Verfassungsrevision, die Hussarek schon einmal ankündigte, Kernpunkt seiner Absicht werden? Kühn und glücklich, wenn er sie wagt, und wenn es ihm gelingt, ohne völlig von Budapest abhängig zu sein, den Glauben an Österreichs staatliche Sendung neu im Bewußtsein der Völker zu verankern.

*

Der englische Gewerkschaftskongreß hat sich von der Gefolgschaft Lloyd Georges nicht vergewaltigen lassen und den Pazifisten in seinen Reihen die Stimme gelassen, die Achtung nicht versagt, er ist aber in seiner Erklärung zur Friedensfrage in Halbheiten stecken geblieben. Indem er sich auf seine imperialistischen Kriegszielforderungen des vergangenen Jahres beruft, sucht er die Schuld am Nichtzustandekommen einer internationalen Aussprache auf die deutsche Sozialdemokratie abzuschieben. Ganz offensichtlich liegt aber das Versagen dieser Versuche an der Paßverweigerung, durch die die Ententeregierungen der Gefahr einer klaren Aussprache noch vorbeugen wollen. Man wird deshalb, was jetzt in England beschlossen wurde, mehr als einen Vorgang zur Einleitung der Wahlen ansehen denn als Weiterführung der internationalen Aussprache.

Digitized by Google

Ein internationales Friedensprogramm der Gewerkschaften

Von Paul Umbreit, Berlin
Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften

Der diesjährige britische Gewerkschaftskongreß zu Derby durfte sich der Anwesenheit des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Samuel Gompers, erfreuen, der schon vorher der Welt kundgetan hatte, daß seine Teilnahme an dieser Konferenz bezwecke, die englischen und französischen Gewerkschaften von ihren sozialistischen Führern zu „erlösen". Diesen Sozialisten nämlich schrieb eine nordamerikanische Gewerkschaftsmission, die vor einigen Monaten Paris und London besucht hatte, einen gefährlichen, friedensfördernden Einfluß auf die Arbeiterschaft zu. Der Bericht dieser Mission gab der nordamerikanischen Gewerkschaftskonvention von St. Paul den Anlaß zur Entsendung Gompers' nach Europa. Die Ankündigung der Ankunft Gompers' hatte denn auch bewirkt, daß die englische General Federation of Trade Unions, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Gruppe, eine Sonderkonferenz einberufen und dazu Gompers einladen will, um sich der amerikanischen Gewerkschaften als Stütze für ihre Sonderzwecke zu versichern. In dieser Gruppe dominieren die Elemente, die den Krieg bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands fortführen wollen, während sich in der Masse der britischen Gewerkschaften die Stimmen mehren, die für einen Verständigungsfrieden eintreten. Als letztes Ziel erscheint die gewaltsame Zerreißung des Internationalen Gewerkschaftsbundes; darauf deutet wenigstens die geplante Veranstaltung einer internationalen Konferenz der Gewerkschaften der Ententestaaten hin, die sich mit der Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes, einer engeren internationalen Organisation und eines internationalen Nachrichtendienstes befassen soll.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist im Jahre 1913 aus dem seit 1901 stattgefundenen Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Landeszentralen hervorgegangen. Bis 1913 hatte man sich mit der Einsetzung eines internationalen Sekretärs und mit zweijährlichen Konferenzen der Landeszentralen begnügt. Das Zusammenwirken erstreckte sich auf die Förderung der Gewerkschaften in rückständigen Ländern, Pflege der Statistik, gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen und Materialsammlung über die Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Seit 1912 waren auch die internationalen Berufssekretariate in das Zusammenwirken einbezogen worden. Mit der offiziellen Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes erfolgte die Begründung einer Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz. Beim Kriegsausbruch gehörten dem Gewerkschaftsbund 20 Länder (Belgien, Bosnien-Herzogewina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kroatien, Nieder-

Digitized by Google

lande, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn und Vereinigte Staaten) mit 7,4 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern an, und 25 internationale Berufssekretariate standen mit ihm in Verbindung. Das Internationale Gewerkschaftssekretariat hatte seit 1901 seinen Sitz in Deutschland; internationaler Sekretär ist der Vorsitzende der Generalkommission, Legien-Berlin.

Der Krieg hat die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften nicht völlig unterbrochen. Dem Verlangen der Gewerkschaftszentralen der Ententestaaten nach Verlegung des internationalen Sekretariats in ein neutrales Land wurde begegnet durch Errichtung eines Korrespondenzbureaus in Holland, wodurch die Möglichkeit des Verkehrs allen angeschlossenen Zentralen gegeben war. Das hinderte die Ententegewerkschaften nicht, sich in Paris eine eigene Korrespondenz-Zentrale zu schaffen und auf einen Bruch hinzuarbeiten. Den internationalen Konferenzen von Stockholm und Bern im Jahre 1917, die der Friedensförderung und der Verständigung über ein internationales Programm gewerkschaftlicher Friedensforderungen dienen sollten, blieben sie fern und hielten vielmehr ihre eigenen Konferenzen ab, auf denen außer ihnen nur ganz wenige neutrale Länder vertreten waren. In Stockholm und Bern ließen sich dagegen außer den Gewerkschaften der vier Mittelstaaten die Zentralen von fünf neutralen Ländern vertreten. Den französischen Delegierten, die zur Berner Konferenz kommen wollten, wurden bekanntlich die Pässe von der Regierung verweigert. Die Berner Konferenz lehnte die Sitzverlegung nicht aus prinzipiellen Gründen ab, sondern vertagte die Beschlußfassung darüber bis nach dem Kriege, um nicht dem Eindruck eines Mißtrauens gegen die deutschen Gewerkschaften Raum zu geben, da ein solches das internationale Zusammenwirken schwer gefährden würde. Anscheinend hindern solche Erwägungen die Entente-Gewerkschaften nicht, durch die geplante Gründung eines neuen internationalen Bureaus den Gewerkschaftsbund zu sprengen.

Von der größten Bedeutung ist dagegen der weitere Beschluß der Berner Konferenz vom 1. bis 4. Oktober 1917, ein internationales Friedensprogramm aufzustellen und dessen Aufnahme in die Friedensbedingungen zu verlangen. Das Programm stützt sich auf die Notwendigkeit einer tatkräftigen Sozialpolitik in allen Ländern, um die volksverwüstenden Wirkungen des Krieges zu überwinden, und erachtet den Friedensschluß als den geeignetsten Ausgangspunkt für eine energische Sozialreform. Es erhebt Forderungen zur Freizügigkeit, zum Koalitionsrecht, zur Sozialversicherung, zur Regelung der Arbeitszeit, Hygiene und Heimarbeit, zum Kinder-, Jugend- und Arbeiterinnenschutz und zur Durchführung des Arbeiterschutzes. Diese Forderungen sind auf Beschluß der Berner Konferenz seitens der Gewerkschaften ihren Landesregierungen eingereicht. In Deutschland wurden sie noch durch besondere Konferenzen im Reichswirtschaftsamt und im Hauptausschuß des Reichstags zur Vertretung gebracht.

Digitized by Google

In diesem gewerkschaftlichen Friedensprogramm kündigt sich zum ersten Male das Prinzip an, durch internationale Sozialpolitik den raschen Wiederaufbau des durch den Krieg allenthalben zerrütteten Volkslebens herbeizuführen. Die Volkskraft aller kriegführenden Nationen ist durch die Massenopfer an Männern in der besten Blüte ihres Lebens, durch Verwundung und Krankheit auf schwerste geschädigt, durch aufopferungsvolle Arbeit der Daheimgebliebenen, vor allem der Frauen und Jugendlichen, erschüttert. Diese Folgen können nicht überwunden werden durch unbegrenzte wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitskräfte der Völker nach dem Kriege, durch Hinwegsetzung über alle Rücksichten auf gesunde körperliche und geistige Entwicklung, sondern nur durch Schranken für die Erwerbs- und Gewinnsucht, durch Schutz des nationalen Fonds an Volkskraft und durch Sicherung des Aufstieges zu höherer Menschlichkeit.

Im weiteren bekundet sich in diesem Programm der wichtige Grundsatz, diesen Sozialforderungen im direkten Anschluß an die Friedensverträge Geltung zu verschaffen. Dieser Gedanke ist sicherlich in der Geschichte der Friedensverträge neu, aber nicht das altgewohnte entscheidet über seine Verwirklichung, sondern die Tatsache, ob er durch wichtige Interessen gestützt ist. Daß Handels-, Schiffahrts-, Zoll-, Gewerbe-, Niederlassungs- und Gerichtsbarkeits-Verträge den Friedensvertrag ergänzen, wird in der bürgerlichen Welt schon lange als selbstverständlich erachtet, denn auf diese Regelung des bürgerlichen Verkehrs wird ja schließlich die friedliche Ordnung der staatlichen Beziehungen eingestellt. Daß zu diesen bürgerlichen Grundbeziehungen im internationalen Verkehr auch die Sozialpolitik gehöre, erschien früher freilich weniger selbstverständlich. Es bedurfte einer jahrzehntelangen Entwicklung, um die Sozialpolitik als notwendigen Bestandteil des Völkerverkehrs zur Anerkennung zu bringen. Noch heute ist diese Anerkennung nicht allgemein, aber alle modernen Staaten erkennen sie wenigstens grundsätzlich an, wenn sie auch in den Maßen ihrer Anwendung weit von einander abweichen. Es ist durch mühsame Verständigung nach wiederholten internationalen Konferenzen erreicht worden, wenigstens gewisse Mindestforderungen des Arbeiterschutzes zum internationalen Gemeingut zu machen, so das Verarbeitungsverbot für weißen und gelben Phosphor, sowie das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit, die elfstündige Mindestruhe und den Zehnstundentag für Frauen. Weitere Anfänge einer internationalen Schutzgesetzgebung waren vor dem Kriege in Vorbereitung, wie das Bleiweißverbot, der Schutz der Arbeiter gegen Druckluftgefahr, gegen Milzbrandgefahr, der Schutz der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute usw. Die gefährlichsten gewerblichen Gifte sind bereits in einer offiziellen Liste zusammengestellt und der Aufmerksamkeit der Regierungen, Parlamente und Sozialhygieniker überwiesen worden. Zu alledem ist seit 1901 ein Internationales Arbeitsamt in Basel eingesetzt, das von zahlreichen Staaten offiziell als internationale Zentrale der Förderung der Sozialgesetzgebung anerkannt worden ist. Alle diese

Digitized by Google

Fortschritte beruhten aber lediglich auf freiwilligem Zusammenwirken der Staaten, während in den Friedensverträgen die Sozialpolitik unter den Schutz der Friedensmächte gestellt werden soll. Wenn auch der Gedanke, einem andern Staate die Sozialpolitik aufzuzwingen, nicht neu ist — Frankreich hat im Jahre 1904 sein ökonomisches Übergewicht als Aufnahmland für italienische Wanderarbeiter zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags mit Italien benutzt, das letzterem Lande für den Vorteil der Einführung des direkten Sparkassenübertragungsverkehrs und der Zulassung der italienischen Arbeiter zur Sozialversicherung die Pflicht auferlegte, seine Arbeiterschutzgesetzgebung und Gewerbeaufsicht zu verbessern —, so ist doch der Weg der Friedensverträge, der hier vorgeschlagen wird, ein neuer. Aber schließlich sind doch die Friedensverträge der Ausgangspunkt aller künftigen Völkerbeziehungen, und es entspricht nur der Erkenntnis der großen Bedeutung der Sozialpolitik, daß man sie mit diesen Verträgen unmittelbar in Zusammenhang bringt, anstatt sie nach Friedensschluß mehr oder weniger gelegentlich durch Sonderverträge zu regeln.

Daß die Sozialpolitik die Voraussetzung ist für die Wiedergesundung der Völker, habe ich bereits dargetan. Sie ist aber auch wichtig für die Erhaltung des Friedens, denn ohne sie würde die ungehemmte Erwerbssucht der Völker in einen Konkurrenzkampf ausarten, der bald zum allgemeinen Wirtschaftskrieg führen müßte und die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören könnte. Es ist nur zu bekannt, welche unheilvolle Rolle vor dem Weltkriege die Unterbietung auf dem Weltmarkt durch Preisschleuderei, Ausfuhrvergütungen, Kinder-, Heim- und Strafanstaltsarbeit usw. gespielt haben, und wie die fortgeschrittenen Nationen sich gegen diesen unlauteren Wettbewerb auflehnten. Jede internationale Sozialpolitik bedeutet aber nicht nur eine ausgleichende Regelung dieses Wirtschaftslebens, sondern zugleich die Schaffung eines Gemeinschaftsinteresses der friedlich verbundenen Völker, eines Gemeingutes an Kulturfortschritt und Kulturschutz. In diesem Sinne ist die Sozialpolitik friedenssichernd. Sie ist es aber auch noch in anderer Hinsicht. Mit Recht weist der verdienstvolle Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, Professor Stephan Bauer, in seiner eben erschienenen Schrift „Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft" darauf hin, daß Arbeiterschutz und Rüstungsfriede nicht zu vereinbaren sind. Die Opfer, die ein Rüstungsfriede der großen Masse aufzuerlegen habe, ständen mit der durch den Arbeiterschutz zu erzielenden physischen und moralischen Erstarkung in keinem Verhältnis. „Zehn Jahre Achtstundentag können nicht vier Jahre Frauenarbeit unter Tage, Zwangsarbeit von Gefangenen, Unterernährung und Erschöpfung, wie sie ein neuer Krieg mit sich bringt, gutmachen. Ein Rüstungsfriede ist die Fortsetzung des Krieges mit den gleichen Mitteln, und seine Anhänger sind von jeher die schärfsten Gegner auch des nationalen Arbeiterschutzes gewesen. Es wäre Humbug, Geschütze durch soziale Scheinreformen zu maskieren." Bauer tritt daher entschieden für einen Verständigungsfrieden ein, für einen Arbeitsfrieden, der die

Digitized by Google

beherrschende Stelle der Rüstungsinteressenten beseitigt, die verlockende Wirkung der Gewalts- und Monopolgewinne abschwächt, und er ist davon überzeugt, daß ein Programm, das auf den raschen Abschluß eines Systems von Arbeiterschutzverträgen hinzielt, einen mindestens ebenso wesentlichen Bestandteil des Friedensinstruments bilden würde, wie die Ankündigung der Neuregelung der Handelsbeziehungen und der finanziellen Verbindlichkeiten. Die internationale Sozialpolitik bedarf der friedlichen Entwicklung als Voraussetzung ihres Auswirkens, und sie wirkt friedlich durch Beseitigung friedensbedrohender wirtschaftlicher Ausschreitungen. Deshalb dient es dem Staatswohl und ist es wahrhaft staatsmännisch, den Friedensverträgen auch einen international verpflichtenden sozialpolitischen Inhalt zu geben.

Als Drittes tritt mit diesem Sozialprogramm die Arbeiterklasse durch ihre internationale Organisation, den Gewerkschaftsbund, erstmalig als Friedensfaktor in die Erscheinung. Sie begnügt sich nicht mit der Deklaration ihrer Forderungen, sondern erhebt weiterhin den Anspruch, „daß zu den Feststellungen des sozialpolitischen Teils der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes hinzugezogen werden". Wenn die Sozialpolitik in erster Linie den Interessen der Arbeiterschaft entspricht, so konnte erwartet werden, daß die Arbeiterschaft sich auch entschlossen hinter ihre Forderungen stellt, denn eine Sozialpolitik für die Arbeiter, die sich nicht auf die eigenen Kräfte der Arbeiterklasse stützt, ist und bleibt ein kümmerliches Gewächs. So selbstverständlich aber den Staatenlenkern auch das Eintreten der Arbeiter für den internationalen Arbeiterschutz beim Friedensschlusse erscheinen mag, so schwer können sie sich an den Gedanken gewöhnen, Arbeitervertreter zum Abschluß der Friedensverträge hinzuzuziehen, sei es auch nur zur Vorbereitung der sozialpolitischen Verträge. Die bürgerlichen Erwerbsschichten sind bei jedem Friedenswerk vertreten; ihre Vertreter dominieren im Staatsdienst, in den öffentlichen Körperschaften, in der wissenschaftlichen Fachwelt. Von der Arbeiterschaft aber nahm früher niemand an, daß sie besondere Interessen zu vertreten habe, sondern man war der Meinung, daß die Arbeiterinteressen völlig in den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen ihres Landes, ihrer Nation aufgingen. Die Arbeiterschaft mußte erst ihre eigenen Forderungen bekannt geben, bis man gewahr wurde, daß es sich hier um etwas handele, das weit über die bürgerlichen Erwerbsinteressen hinausging, teilweise mit diesen sogar im Gegensatz stehe und in höherem Maße dem Allgemeininteresse des Landes wie der Völker entspreche. Und die Arbeiter mußten erst kategorisch die Aufnahme ihrer Forderungen in die Friedensverträge verlangen, ehe man sich dazu bequemte, einen solchen Anspruch in Erwägung zu ziehen. Von diesem Nähertreten bis zur Anerkennung ist aber noch ein weiter Schritt, denn — bisher wenigstens — ist noch kein Arbeitervertreter in den Mittelstaaten zu Friedensverhandlungen hinzugezogen worden und in den Ostfriedensverträgen sucht man vergebens nach der Berücksichtigung der sozialpolitischen Arbeiterforderungen. Man könnte geneigt sein, diesen Friedensver-

Digitized by Google

trägen nur eine interimistische Bedeutung zuzuerkennen. Auch so zeigt dieser Vorgang, was die Arbeiterschaft von der zünftigen Diplomatie erwarten kann.

Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterschaft sich in allen an den kommenden Friedensverträgen interessierten Ländern kräftig rührt und ihren Forderungen Nachdruck verleiht. Sie kann dies bewirken durch unmittelbare Kundgebungen für einen Arbeitsfrieden im Sinne ihrer sozialpolitischen Programmforderungen, und die Arbeiterklasse ist in jedem der kriegführenden Länder ein Faktor von so ausschlaggebender Bedeutung, daß ihre entschiedenen Willensmanifestationen nicht so leichter Hand beiseite geschoben werden können. Sie kann diese Kundgebungen unterstützen lassen durch Vorstellungen ihrer Gewerkschaftsleitungen bei der Regierung und durch ein Vorgehen ihrer Vertreter in den Parlamenten, wobei sie allerdings auf bürgerliche Unterstützung rechnen müssen. Sie kann endlich durch internationale Verständigung mit der Arbeiterschaft andrer Länder auf die Geltendmachung und Anerkennung dieser Grundsätze hinwirken. Auf allen diesen Wegen ist bereits eine gewisse Vorarbeit geleistet; insbesondere besteht zwischen den Arbeiternationen sowohl der Kriegführenden als auch der Neutralen kein wesentlicher Unterschied in der Abmessung der sozialpolitischen Forderungen und Übereinstimmung über ihre Durchführung bei den Friedensverträgen. Dem Berner sozialpolitischen Programm entsprechen im wesentlichen die Forderungen des Programms, das die Gewerkschaften der Ententemächte zu Leeds aufgestellt haben. Wenn trotzdem die Durchführung dieser Programme auf große Hemmungen stößt, so trägt in erster Linie die Uneinigkeit in der Arbeiterklasse selbst die Schuld, die sie bisher verhindert hat, sich zu einer einheitlichen Konferenz zu vereinigen und für einen Verständigungsfrieden gemeinsam ihre Stimmen zu erheben. Die Sonderkonferenzen mögen noch so kräftig dem Willen der Arbeiter Ausdruck geben, — solange die Arbeiterschaft der feindlichen Länder nicht den Weg zu einander findet, müssen diese Kundgebungen ihre Wirkung versagen. Wenn nun gar die Gewerkschaften der Ententeländer sich anschicken, die Zerreißung der Arbeiterschaft dauernd zu machen, indem sie den Internationalen Gewerkschaftsbund zerschlagen und für sich eine eigene internationale Organisation schaffen wollen, so ist dies sicher das geeignetste Mittel, die Arbeiterklasse sowohl international bei dem Abschluß der Friedensverträge auszuschalten, als auch in ihren Heimatländern politisch lahm zu legen. Denn schließlich vertreten die Regierungen der Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Sonnino usw. doch vor allem bürgerliche Erwerbsinteressen, und sie werden sich schwerlich durch eine zersplitterte Arbeiterschaft die Hände binden lassen. Es gibt also keine schlimmere Schädigung des Arbeiterinteresses, wie der Friedenssache, als die von den Entente-Gewerkschaften unter Gompers' Führung geplante Kongreßmache mit internationalen Sonderabsichten.

Angesichts dieser beklagenswerten Zustände innerhalb der Arbeiterbewegung, die durch die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie nicht verbessert werden, ist

Digitized by Google

es in hohem Maße dankenswert, daß der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, Prof. Bauer, in der bereits erwähnten Schrift offen für das Sozialpolitische Friedensprogramm der Gewerkschaften und für die Beteiligung von Arbeitervertretern an den Friedensvorbereitungen eintritt. Diese Schrift ist eine geistvolle und wirksame, wissenschaftliche Begründung der gewerkschaftlichen Friedensforderungen und durchaus geeignet, die Sozialpolitik in den Mittelpunkt der Friedensbestrebungen zu rücken. Wenn das Internationale Arbeitsamt durch seinen Vorsitzenden sich dieser Aufgabe annimmt, so handelt es sich zweifellos um eine Angelegenheit von großer internationaler Bedeutung, die es wohl verdient, von den Regierungen in die ernsteste Erwägung gezogen zu werden.

Für die Gewerkschaften der Ententestaaten aber sollte dieser Schritt des Internationalen Arbeitsamts eine dringende Mahnung sein, von dem kriegsverlängernden und erbitternden Streit abzulassen und über dem Donner der Kanonen die Sache des Friedens und der künftigen Wohlfahrt der Völker nicht zu vergessen. Für beides kann die Arbeiterbewegung eines jeden, auch kriegführenden Landes unendlich Vieles tun und sie wird sich dadurch den Dank der gesamten Kulturmenschheit erwehren.

Die Politik des Herrenhauses

Von Dr. Theodor Heuß

12. September

Die Regierung nimmt das Herrenhaus aufs nachdrücklichste gegen den sozialdemokratischen Vorwurf in Schutz, als ob in den gegenwärtigen Beratungen des Verfassungsausschusses Verschleppungstaktik getrieben werde, und sie verwahrt sich dagegen, daß eigene Unentschlossenheit die Durchführung einer gerechten Wahlreform gefährde. Sie will „in redlicher Erfüllung des Juli-Erlasses" das Ziel erreichen, „unter Erschöpfung sämtlicher Mittel, über die sie nach der Verfassung verfügt".

Es ist außerordentlich schwer, wenn man nichts auf unbestimmte Gerüchte oder trügerische Hoffnungen geben will, den wahrscheinlichen Gang der Reformberatungen im Herrenhaus zu beurteilen. Denn an die Öffentlichkeit werden nur sehr knappe amtliche Berichte gegeben, die völlig inhaltslos sind, was die Atmosphäre der Sitzungen anlangt — der einzige Fall, da sie gesprächig waren, betraf Hertlings Rede, und auch die freundwilligste Bewertung der Regierungstaktik kann nicht sagen, daß Ton und Richtung dieser Worte geeignet waren, alles Mißtrauen zu zerstreuen. Die Abgeschlossenheit der Herrenstube hat im Augenblick vielleicht etwas Gutes: denn die Gesinnung, die im Herrenhaus über die Entwicklung von Volksrechten verkündet zu werden pflegt, braucht nicht neues Agitationsmaterial unserer Feinde, Beschwernis der östlichen Randländer zu werden, denen der Anschluß an Deutschland Erhebung zu bürgerlicher Staatlichkeit bedeuten soll. Für die große moralisch-politische Auseinandersetzung mit der Welt, in der wir stehen, wird auf die Beteiligung der Herren

Digitized by Google

von Behr und von Oldenburg verzichtet. Aber die Minister müssen sich darüber im klaren sein, daß ihre Handlungen die Ausstrahlung eines festen Willens darstellen sollen und als solche innen und außen begriffen werden. Payer hat so gesprochen, aber in Stuttgart, und Friedberg scheint das Tempo geschwächt zu haben. Wer aber wagt dies heute rückhaltlos zu bejahen?

Das Herrenhaus seinerseits hat begonnen, eine „sachliche" Politik zu betreiben. Gleich als ob ein Kollegium berufen sei, sich an der schönen Beschäftigung zur Erfindung von Wahlrechtsmöglichkeiten zu beteiligen. Ähnlich wie das Abgeordnetenhaus mit biederer Gründlichkeit daran herumgedoktert hatte, den berufsständisch aufgezogenen Regierungsentwurf der Ersten Kammer mit allerhand Anbauten zu ergänzen, innere Grundrißänderungen vorzunehmen, so macht das Herrenhaus jetzt sich die umgekehrte Mühe der Revanche, der Volkskammer, wenn das Wort erlaubt ist, einen ausgetifteltен berufsständischen Charakter zu geben. Auch Heydebrands Fraktion hatte ja schon in dieser Richtung Versuche gemacht, indem sie auf der einen allgemeinen Wählerstimme Zusatzstimmen aufbauen wollte. Das Herrenhaus hat einen anderen, sozusagen demokratischeren Weg in einem Antrag erklügelt, indem es von dem sichtbaren Einzelvorrecht absieht, dafür die Beteiligung der Berufe kontingentiert. Die bisherigen Voraussetzungen des modernen Staatsbürgerrechts werden darin radikal aufgehoben — sechs Wählergruppen sind auseinandergeschieden: die Selbständigen in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei; der Rest der in diesen Berufen Tätigen; die Selbständigen in Industrie und Handwerk; die Selbständigen in Handel und Verkehr; die übrigen Angehörigen von Handel, Industrie und Verkehr; Beamte und freie Berufe. Nach den Zahlen von 1907 entfallen auf

Gruppe I	1357590	Personen	mit	117	Mandaten
„ II	4531754	„	„	41	„
„ III	1086050	„	„	89	„
„ IV	590293	„	„	49	„
„ V	7129423	„	„	99	„
„ VI	1027012	„	„	55	„

Das Schema gibt natürlich nur einen rohen Aufriß, denn die Berufsstatistik ist unabhängig von dem Wahlalter, und es ist nicht anzunehmen (der Herrenhausantrag spricht nicht darüber), daß die konservativen Erfinder dieses Gedankens damit auch den jugendlichen Erwerbstätigen den Weg zur Urne öffnen wollen. Wichtig an dieser Tabelle ist ja nur die hintere Ziffernsäule, die den Aufbau des Abgeordnetenhauses festlegen will — die Wahl der einzelnen Zahlen ist durchaus willkürlich, und es ist nur eine Irreführung für die ganz Dummen, wenn statt runder Summen: 120, 40, 90 und so fort die interessantere Gestaltung mit Ungeraden beliebt wurde. Das soll so aussehen, als ob ein tieferer Sinn hinter der Errechnung stecke. Es handelt sich aber natürlich um blanke Willkür.

Die einfache Division zeigt, daß dem selbständigen Landwirt ein zehnfaches Wahl-

Digitized by Google

recht gegenüber dem Landarbeiter, ein sechsfaches gegenüber dem Handelsangestellten oder Fabrikarbeiter zugedacht ist! Diese Vergleiche lassen sich beliebig erweitern. Sie heben den Sinn der Julibotschaft auf, deren Inhalt nicht sein kann, daß die Gleichheit des Wahlrechts in seiner Minderwertigkeit gegenüber dem einer anderen Berufsgruppe besteh ! Davon kein Wort weiter.

Das sachlich Unmögliche des ganzen Versuchs liegt nicht darin, wie die Ziffern festgelegt sind, sondern daß sie festgelegt sind. Es wird an sich kein Schema zu finden sein, nach dem man die „Wichtigkeit" der einzelnen Berufe für Staat und Volksgesamtheit normieren kann: die Tätigkeit des Kohlenhäuers ist so unentbehrlich wie die des Getreideproduzenten, der Arzt so unentbehrlich wie der Handelsherr. Verläßt man einmal den Boden der steuerlichen Bewertung — und das ist heute doch eine unabweisbare sittliche Selbstverständlichkeit geworden — dann gibt es schlechterdings kein entsprechendes Ersatzverfahren. Aber davon abgesehen: wäre die Quadratur des Zirkels möglich, so hält sich doch die Verschiebung der Berufsziffern nicht an eine solche Erfindung. Sie läßt sich in keine Tabelle spannen, sondern dehnt sich nach ihren eigenen Gesetzen. Was das Herrenhaus vorschlägt, ist Preußens innerpolitische Entwicklung, nachdem sie durch den Unsinn gewordenen Plan der Steuererdrittelung genugsam verwirrt war, in ein Prokrustesbett zu zwingen, daß Neid und Feindschaft der Berufsstände gegeneinander gesetzlich erzogen werden und ganz notwendig die Gemeinsamkeiten beruflicher Arbeit, soweit sie öffentlich-rechtlichen Ausdruck sucht, sich parteipolitisch zerfleischen müssen.

Das alles ist aber natürlich keine Verschleppungstaktik, sondern Gründlichkeit der deutschen, insonderheit der preußisch-feudalen Ideologie, der die Regierung nicht den Trotz der politischen Willensgestaltung, sondern die Beweislehre der mangelhaften Gerechtigkeit gegenüberstellt. Ein Kampf um die Macht, den die Milde lenkt.

Gewiß, wir machen die inneren Reformen Preußens nicht unter dem Druck des „demokratischen" Geredes der Westmächte, das ja nur eine Erschwerung der sachlichen Überlegungen ist, weil es auf manche Leute Eindruck macht. Aber es kann doch kein Kind glauben, daß der innerdeutsche Weg nicht ohne Einfluß auf die Weltlage sei, daß die Autorität, mit der die deutsche Regierung zur Welt spricht, nicht ihre Farbe mit von der Entschlossenheit erhält, die sie im Innern zu bekunden wagt. Daß aber die preußische Wahlordnung endlich auf den gemeindeutschen Boden gestellt werde und damit unsere politische Situation entlastet werde, ist mehr oder weniger eine Frage unserer Kriegspolitik geworden. Der preußische Zorn gegen Payer ist sachlich unberechtigt.

Das englische Oberhaus, das an Feudalität nichts zu wünschen übrig läßt, hat während des Krieges, ohne es zur kritischen Spannung der Veto-Frage kommen zu lassen. einer sehr weitgehenden Demokratisierung des englischen Wahlrechts zugestimmt, weil es politisch die Stunde begriffen hat. Das breite englische Volk, sagten früher unsere rechtsstehenden Publizisten, das sei auch etwas ganz anderes, national

Digitized by Google

zuverlässig, von dem Geist der Staatskritik nicht so zerfressen. Ohne auf das Ja und Nein dieser Aussage, auf die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge einzugehen: darf mit solcher Oberflächlichkeit heute noch gearbeitet werden? Manchmal hat man den Eindruck, ein Teil unserer Volksgenossen ist sich der alle anderen Nationen überragenden Arbeits- und Duldungsfähigkeit des deutschen Volkes der Masse noch gar nicht bewußt worden. Ihr feindseliges Zögern, aus Mißtrauen geworden, will Mißtrauen verewigt wissen, wo Dank, Ergriffenheit und Stolz den kleinen Arithmetikern des Wahlrechts den Mund schließen müßte.

An die Türe des Beratungszimmers im Herrenhaus sollte die Kaiserrede von Essen angeschlagen werden. Nützen wird es freilich nichts mehr.

Gedanken im fünften Kriegsjahr

Dieser Aufsatz ist der „Deutschen Politik" von besonderer Seite zugegangen.

Seit jenem Sonntage im Juni 1914, an dem das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar das Opfer eines Sendlings serbischer Verschwörer geworden war, hielt die Welt wieder einmal eine politische Krise in Spannung. Das Ultimatum des Ballplatzes an die serbische Regierung folgte. Österreich Ungarn verlangte Sühne für die Bluttat, es wollte ein für allemal den panslawistischen Treibereien ein Ende machen, die die Grundfesten der Doppelmonarchie zu unterwühlen drohten.

Es ist bekannt, wie Serbien von Rußland gestützt zwar die Mehrzahl der österreichisch-ungarischen Forderungen annahm, aber unter anderen diejenige ablehnte, die allein eine Gewähr dafür bot, daß aus dem Ganzen nicht eine Farce wurde, und trotz aller Versprechen die verbrecherischen Zettelungen ruhig ihren Fortgang nahmen.

Der weitere Gang der Ereignisse wird noch in aller Erinnerung haften. Die inzwischen bekannt gewordenen Dokumente haben gezeigt, wie man an der Newa den Beginn der Feindseligkeiten kaum erwarten konnte. Fast gewinnt es den Anschein, als hätten die Machthaber gefürchtet, der Krieg könne doch noch im letzten Augenblick abgewandt und sie der Gelegenheit beraubt werden, durch die erträumten Erfolge den russischen Polizeistaat wieder zu befestigen und für ihre eigene Macht den so dringend benötigten neuen Glorienschein zu gewinnen. Im Blut der Deutschen und ihrer Verbündeten sollte die Rechtlosigkeit des russischen Volkes verewigt werden.

Die rasche Folge der Kriegserklärungen Frankreichs und Englands zeigten gar bald auch dem Harmlosesten die wahre Sachlage. Hätte man in Paris und London den Krieg nicht gewollt, so wäre es ein leichtes gewesen, Rußland zum Einlenken zu bestimmen. Wohl mag der eine oder andere der leitenden Männer der Entente vor dem letzten Entschluß gezögert haben, kannte man doch die Unfertigkeit der zwar längst beschlossenen eigenen kriegerischen Rüstungen. Aber man glaubte sich auch so stark

Digitized by Google

genug, zumal man ja mit gutem Grunde sich darauf verließ, daß Italien und Rumänien den Mittelmächten die verbriefte Treue nicht halten würden. Daß man an der Themse sein wahres Gesicht hinter der belgischen Frage verbarg und in dem geschickt umgeworfenen Mäntelchen des Beschützers der schwachen Staaten, des Verteidigers von Freiheit und Recht, die Kriegsstimmung der eigenen Völker mit zündenden Phrasen aufpeitschte, konnte nicht weiter Wunder nehmen.

„Es ist ein Geist des Guten in dem Übel, zög ihn der Mensch nur achtsam da heraus," läßt Shakespeare seinen Heinrich V. in dem ernstesten Augenblick seines Lebens vor der Schlacht von Azincourt sagen. Auch für Deutschland sollte in den schicksalsschweren Sommertagen 1914 aus der Größe der Gefahr das einzige Heilmittel erstehen, das es für uns gab.

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche," so erklang es aus kaiserlichem Mund. Die eben noch Gegner gewesen waren, sie vergaßen das Trennende und schlossen eng die Reihen, um den von den Feinden dem deutschen Volke bereiteten Untergang mit starker Hand abzuwehren. Freie Bahn dem Tüchtigen, freie Bahn auch dem tüchtigen Volke, das mußte jetzt auf blutgetränkten Schlachtfeldern endgültig in der Welt durchgesetzt werden, britischer Eifersucht und Mißgunst zum Trotz, zum Trotz auch Frankreichs Revanchebegehr für „den stolzen von uns an ihm ersiegten Ruhm" und zum Trotz von Rußlands panslawistischen Träumen.

Und das deutsche Volk dehnte und reckte seine Glieder. Seine Kraft schien vervielfacht. Immer neue Divisionen wurden aufgestellt. Unserem von einem Geist beseelten, von einem Gedanken durchglühten Heer erstanden geniale Führer. Trotz der ins Riesenhafte wachsenden Aufgaben an den verschiedenen Fronten blieb immer wieder unser der Sieg. Unsere junge Marine schuf sich in dem vervollkommneten U-Boot eine Waffe, die uns zur See bis dahin ungeahnte Möglichkeiten eröffnete. Und hinter der Front regten sich alle Hände, um durch eine wohldurchdachte Organisation und durch volle Ausnutzung der vorhandenen Kräfte und Stoffe uns das zum Leben und Kämpfen Notwendige sicher zu stellen. Unsere Feinde hatten den Sieg mathematisch sicher in den Händen zu halten gewähnt. Mochten unsere Heere wider alles Erwarten trotz numerischer Unterlegenheit siegreich bleiben, Hunger und Mangel an Rohstoffen mußte unsere Niederlage mit Bestimmtheit in Kürze herbeiführen. Noch kein Jahr war vergangen, als die Welt erkannte, daß diese Rechnung nicht stimmte. Es fehlte in ihr auf unserer Seite als Aktivposten die deutsche Erfindungs- und Organisationskraft, die Deutschland in einem ganz neuen Sinne zum „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" machte.

Immer neue Feinde kamen. Die geschlossene Kraft des deutschen Volkes haben sie nicht zu erschüttern vermocht. In heißem Ringen wieder und wieder unterlegen schied aus den Reihen der Gegner als erster Rußland aus. Die Niederlagen seiner Heere hatten die frivolen Hoffnungen der Suchomlinow und Genossen vernichtet, die ge-

Digitized by Google

glaubt hatten, in Waffenerfolgen und Länderraub den Notschrei des russischen Volkes nach Gerechtigkeit und Freiheit ersticken zu können. Mit zwingender Notwendigkeit brach jetzt die Revolution herein und führte auf diesem Kriegsschauplatz zum Friedensschluß, dem derjenige mit Rumänien wenig später gefolgt ist.

An den anderen Fronten geht der Krieg weiter. Unsere Feinde fahren fort ihren Völkern und der übrigen Welt unentwegt zu versichern, daß sie für Recht und Freiheit streiten und die Waffen nicht eher niederlegen werden, als bis der Erzfeind dieser beiden hohen Güter der Menschheit, bis der „preußische Militarismus" vernichtet am Boden liegt; und die Welt fällt immer wieder auf diese holen Phrasen herein, die durch ihre unausgesetzte Wiederholung nichts von ihrer innern Unwahrhaftigkeit verlieren.

Jener Militarismus, dessen unsere Feinde uns bezichtigen, hat zum letztenmal die Entwicklung der Völker bedroht, als Napoleon I. die Welt seiner Herrschaft mit Gewalt zu unterwerfen versuchte. Unseren Feinden dürfte es schwer fallen, Tatsachen zu erweisen, aus denen hervorgehen würde, daß wir ähnliches jemals angestrebt.

Nachdem Deutschland auf Frankreichs Schlachtfeldern im Jahre 1871 seinen alten Platz im Rate der Völker zurückgewonnen hatte, hat Fürst Bismarck es immer wieder als eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet, der Welt das Vertrauen beizubringen beziehungsweise zu erhalten, daß wir nicht etwa durch unsere Erfolge verführt uns verleiten lassen würden, napoleonische Eroberungswege einzuschlagen. Daß wir aber auch nach Bismarcks Abgang und Tod auf dieser von ihm vorgezeichneten Bahn weiter fortgeschritten sind, davon weiß die Geschichte zu berichten. Ja selbst da, wo andere Staaten durch eine Vergrößerung ihres Besitzstandes die Weltlage veränderten und unsern Interessen ernsten Abbruch taten, sind wir lange passive Zuschauer geblieben. Erst als System in solche Maßnahmen kam, haben wir uns langsam zu rühren begonnen, da es immer deutlicher wurde, daß Deutschlands Wiederaufstieg von seinen Konkurrenten nicht als endgültig hingenommen wurde, die es nicht vergessen wollten, daß wir jahrhundertelang ihre Beute gewesen. Die Selbsterhaltung zwang uns jetzt dazu, uns dem entgegen zu stemmen, daß nicht schließlich die Machtverhältnisse in einer gefahrdrohenden Weise zu unsern Ungunsten verschoben wurden. Die Antwort der ertappten Gegner war das bekannte Geschrei, „haltet den Dieb".

Dem heuchlerischen Schlachtruf unserer Feinde „für Freiheit und Recht" haben wir den echten Ruf „für die Freiheit der Meere" entgegengesetzt, der das innerste Wesen der Dinge erfaßt. Freie Schiffahrt und freier Handel sollen jedem tüchtigen Volk die freie Betätigung seiner Kräfte sichern. Es ist für die Arbeit aller Völker Platz in dieser Welt, wenn er nicht durch Gewalt und künstliche Mittel versperrt wird. Daß dies in Zukunft nicht wieder möglich sei, das erhofft das deutsche Volk von den schweren Opfern an Gut und Blut, die es jetzt schon vier Jahre tagtäglich bringt.

Digitized by Google

Die Völker haben in dem von Gott geordneten Weltenlauf ihre Stellung und Aufgabe. Das gibt jedem Volke große, gewaltige Arbeit und steckt gleichzeitig Grenzen. Der Riesenkampf des deutschen Reiches und seiner Verbündeten entspricht diesem Doppelerfordernis. „Suum cuique", so lautet schon Preußens alter Wahlspruch.

Wann der Krieg enden wird, das vermag heute kein sterblicher Mensch vorauszusagen. Noch bauen unsere Feinde auf Amerikas Hilfe und auf das immer wieder prophezeite Zusammenbrechen der deutschen Einigkeit. Sie vergessen, daß diese Einigkeit nicht durch Phrasen und agitatorisches Aufpeitschen der Volksstimmung künstlich erzeugt worden ist. Aus der Not geboren und bis in die Wurzeln echt wird Deutschlands Einigkeit die aus dem Haß und der Heuchelei geborene der Feinde überdauern, mögen auch in Einzelfragen die alten Gegensätze sich immerhin wieder geltend machen. Die Einigkeit des deutschen Volkes wird aber auch dauern, weil es weiß, daß im Innern künftighin der Tüchtige freie Bahn haben wird. Das Signum hierfür ist das allgemeine, geheime Wahlrecht in Preußen, dessen Sieg trotz aller Gegner gewiß ist.

Vertiefte Mitarbeit an den Aufgaben des Staates und deshalb Freude an diesem Staat, das soll von nun an das Kennzeichen unsers öffentlichen Lebens sein. Nicht aber das Wahlrecht allein, als eine Art von jus nudum, gilt es dem Volke zu geben, von den unteren Stufen beginnend muß seine Mitwirkung an Regierung und Verwaltung weiter ausgebaut werden, den Maßnahmen vergleichbar, die nach 1806 die Grundlage zu Preußens modernem Aufstieg gelegt haben.

Und das deutsche Volk weiß weiter, daß seine wirtschaftliche und soziale Stellung in steigendem Maße gehoben werden wird. Die von dem Heldenkaiser des wieder erstandenen Reichs im Jahre 1882 inaugurierte soziale Gesetzgebung hat den Grundstein hierfür gelegt. Sie war schon vor dem Weltkrieg eine jener Wurzeln geworden, aus denen wir in dem Ringen mit der halben Welt immer wieder die nötigen Kräfte ziehen. Auf dieser Bahn heißt es fortzuschreiten. Daß dabei neue Erfordernisse neue Maßnahmen erheischen, versteht sich von selbst. Entwicklung und Anpassen an die tatsächlichen Verhältnisse, das deren innerstes Wesen zu begreifen sucht, das muß in Zukunft unsere oberste Richtschnur sein. Die Besserung der Wohnungsverhältnisse wird dabei eine bedeutende Rolle spielen.

Auf diesem Wege gilt es dann endlich auch die Entwicklung der geistigen Kräfte unsers Volks zu fördern. Der Aufstieg in Schule und Universität muß in steigendem Maße jedem Tüchtigen ermöglicht und dabei die ungesunde Halbbildung bekämpft werden. Eine zweckmäßige Reform der Seminarausbildung der Volksschullehrer wird hierfür von erheblicher Bedeutung sein. Auch der Kirche werden große Aufgaben zufallen, wenn sie getrost der freien Forschung rückhaltslos die Türen öffnet und der Lehre Christi gemäß, richtig verstanden, das Wort sich zu eigen macht, daß Religion Privatsache ist.

Digitized by Google

Organisierte Freiheit sei unsere Losung, um so dem Echten überall in der Welt zum Siege zu verhelfen. Aber freilich gerade die im Kriege geschaffenen Organisationen haben die Gefahren und Grenzen alles Organisierens gezeigt. Auch darin setzt sich niemand ungestraft über das den Dingen von der Natur mitgegebene Wesen hinweg. Gar manche Organisation wird abgebaut werden müssen. Es gilt der Natur das Richtige abzulauschen, um schließlich durch die organisierte Freiheit die organische zu gewinnen.

Vorwärts für den Sieg des dem Wesen der Dinge entsprechenden, des Echten in der Welt! Nach Außen freie Bahn jedem tüchtigen Volk, dem tüchtigen Menschen freie Bahn im Innern! In diesem Zeichen werden wir in dem Völkerringen unseren Platz zuletzt behaupten, dann auch bereit, mit allen Völkern an dem Aufbau eines innerlich wahren Völkerrechts zu arbeiten.

Die überwundene Wahlrechtskrise in Ungarn

Von Emil Neugeboren, Mitglied des Ungarischen Abgeordnetenhauses, Hermannstadt

Nach etwas mehr als einjähriger Dauer ist mit Ende Juli die Wahlrechtskrise in Ungarn, die sich anfangs recht gefährlich anließ, überwunden worden. Ob sie zur inneren Kräftigung des Landes gefördert hat oder nicht, wird erst die Zukunft in voller Objektivität lehren können, einstweilen bleibt noch das subjektive Urteil in Kraft, das sich die Parteien, jede von ihrem Standpunkt aus, gebildet haben. Es kommt auch darauf an, unter welchem Gesichtswinkel man die Ereignisse betrachtet, unter dem ihrer unmittelbaren Wirkung auf die augenblicklichen parlamentarischen Verhältnisse oder im Hinblick auf die künftige politische Entwicklung Ungarns.

Was die ersterwähnte Wirkung anbelangt, so bin ich ohne weiteres geneigt, sie als vorteilhaft zu bezeichnen. Man muß sich vor Augen halten, welchen Sinn die Aufwerfung der Wahlreformfrage im vorigen Jahre hatte. Dieser Vorgang trug rein parteipolitisches Gepräge. Nicht die Sozialdemokraten, nicht die demokratischen Intellektuellen und nicht die Rumänen, mit einem Wort nicht diejenigen Elemente des ungarischen politischen Lebens, die ein unmittelbares Bedürfnis nach Ausdehnung der Wahlberechtigung haben, sind es gewesen, die den Anstoß dazu gaben und zu geben vermochten, daß das erst im Jahre 1913 geschaffene und infolge des Krieges noch gar nicht praktisch ins Leben getretene Wahlrecht neuerdings umgestaltet werde, sondern die Oppositionsparteien des Abgeordnetenhauses, die im Interesse der Armeereform im Jahre 1912 vom Grafen Stefan Tisza überwunden worden waren und seither vergeblich versucht hatten, ihren verhaßten Bändiger zu stürzen. Unter dem Eindruck, den der Umsturz in Rußland im Frühling 1917 in den maßgebendsten Kreisen gemacht hatte, war es ihnen gelungen, die Erteilung des Auftrages an den damaligen Ministerpräsidenten Tisza zu erwirken, eine Ausdehnung des Wahlrechtes

Digitized by Google

einzuleiten. Graf Tisza ließ sich zu einer Wahlreform in dem gewünschten Umfang nicht bereit finden und trat zurück. Es war erreicht, wonach man so lange gestrebt hatte. Die Wahlreformfrage war mit Erfolg als Hebel benutzt worden, um Tisza aus seiner bis dahin unerschütterlichen Machtstellung zu heben. Einem beträchtlichen Teil der triumphierenden Gegner wäre es nun wohl am liebsten gewesen, wenn sie das Instrument ihres Sieges gleich wieder hätten versorgen können. Das ging nun freilich nicht und so mußten sich denn die zur Macht gelangten Sieger daran machen eine Wahlreform zu schaffen, die den demokratischen Forderungen des Tages entsprechen sollte, ohne die führende Stellung des Magyarentums zu gefährden, eine Aufgabe, die der Quadratur des Zirkels beängstigend ähnlich sieht. Es ist kaum möglich sich vorzustellen, wie die Notlösung dieses über die Maßen schwierigen Problems ausgesehen hätte oder welcher verzweifelten Mandver es bedurft hätte, um sie hinauszuschieben, wenn nicht Graf Stefan Tisza den Mut und die Kraft gehabt hätte, auch weiter die „schwarze Reaktion" zu spielen. Hat nun aber Tisza in bezug auf die Wahlreform die Situation gerettet, nicht nur unter dem Gesichtswinkel seiner eigenen Auffassung gesehen, sondern auch unter dem eines großen Teiles seiner Gegner, so mußten die letzteren es auch in den Kauf nehmen, daß er wieder obenauf kam. Diejenigen unter seinen Gegnern, die sein neuerliches Emporkommen als das größere Übel ansahen, setzten alles daran, um es zu verhüten. Es gelang nicht, weil die Voraussetzuug als unrichtig erwies, die Partei Tiszas, die man als einen gesinnungslosen, zusammengekauften Landknechtshaufen zu bezeichnen liebte, werde in dem Augenblick auseinanderstieben, wo ihr Führer die Macht verloren hatte. Dies ist keineswegs geschehen. Nur ein sehr geringes Bruchteil der Nationalen Arbeitspartei hat während der langdauernden Krise das vermeintlich sinkende Schiff Tiszas verlassen, die überwiegende Mehrheit blieb fest und ließ sich von dem nationalen Instinkt leiten, der dem Magyaren für absehbare Zeit verbietet, sich in eine all zu weit gehende Demokratisierung seines öffentlichen Lebens einzulassen. Äußerlich war die Stellung Tiszas deshalb so günstig, weil Neuwahlen während der Kriegszeit in Ungarn, wo bekanntlich nur unter militärischer Schutzbedeckung gewählt werden kann, schlechthin eine politische und militärische Unmöglichkeit sind, von der rechtlichen und moralischen nicht zu reden. Schaltet man vorläufig die Frage aus, welche Bedeutung die Wahlreform, wie sie jetzt tatsächlich zustande gekommen ist, an sich hat, so kann man von keinem, dem bundesgenössischen Verhältnis mit Deutschland treuen Standpunkt aus ernstlich den Gewinn bezweifeln, der diesem daraus erwächst, daß Graf Tisza wieder der tatsächlich maßgebendste Mann in Ungarn geworden ist und daß ihn von der auch formellen Teilhaberschaft an der Regierungsgewalt, die nach Erledigung der Wahlreform logisch notwendig geworden ist, nur eine kurze Spanne Zeit zu trennen scheint. Es ist zwar leider richtig, daß Tisza in bezug auf die Vertiefung des Bündnisses insbesondere nach der wirtschaftlichen Seite hin recht spröde ist und z. B. von

Digitized by Google

seinem unversöhnlichsten Gegner, dem Grafen Julius Andrassy an Verständnis für die Bedeutung Mitteleuropas im Sinne Naumanns übertroffen wird, aber auch das geringere Ausmaß an Zugeständnissen, das Tisza zu machen geneigt ist, erhält dadurch höheren Wert, daß er auch die Kraft haben wird, seine Auffassung den Gegnern der Bündnisvertiefung gegenüber durchzusetzen, was für Andrassy schwerlich gelten würde. Wenn man nicht nur theoretische Überzeung und guten Willen, sondern auch die Fähigkeit, beides zur Geltung zu bringen, in Betracht zieht, so ist Graf Stefan Tisza heute die stärkste Stütze des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses in Ungarn, ja in der Donaumonarchie überhaupt. Seine endgültige Beiseiteschiebung im ungarischen Reichstag hätte unbedingt zur Folge gehabt, daß die offen deutschfeindliche und kaum verhohlen ententefreundliche Strömung, deren Führer Graf Michael Károlyi ist, Oberwasser bekommen hätte; weder Graf Apponyi, noch Graf Andrassy, noch Wekerle und Szterenyi, alles warme und ehrliche Freunde des Deutschen Reiches, wären imstande gewesen, ihr ohne Tiszas Mitwirkung Einhalt zu gebieten. Wenn sich also feststellen läßt, daß Tiszas Einfluß heute gesicherter ist als jemals, so kann man auch sagen, daß diese Festigung seiner Position der Wahlrechtskrise zu danken ist. Ohne den Pyrrhussieg, den seine Gegner vor fünf Vierteljahren über ihn errangen, hätte sich Graf Tisza in den ungeheuren Schwierigkeiten der Ernährungs- und sonstigen kriegswirtschaftlichen Fragen jedenfalls verbraucht und daneben hätte das schleichende Gift der Gehässigkeit und Verleumdung weiter gegen ihn gewirkt. So aber war er jener schwierigen Aufgaben enthoben und konnte ihnen gegenüber die bequeme und dankbare Rolle des Kritikers spielen, und der Verlauf der Wahlrechtskrise, der seine Grundsatztreue in ein helles Licht zu stellen geeignet war, hat sein Ansehen auch in solchen Kreisen, die ihm wegen seines Auftretens vor dem Krieg gram waren, wieder in außerordentlichem Maße steigen lassen, während sich andererseits viele seiner Gegner arg kompromittiert haben. Kommt es, wie wahrscheinlich, im Herbst dieses Jahres zur Fusion mit der Partei Wekerles, so hat Tisza die Führung über eine Partei inne, die weit zahlreicher ist, als vor seinem Sturz, und seine Gegner, die vorher einen starken Block von Minderheitsparteien darstellen, sind heute an Zahl vermindert, durch Enttäuschungen und Niederlagen entmutigt und obendrein auch noch durch innere Gegensätze geschwächt.

Selbstverständlich kommt dem jetzt verrauschten Kampf um die Wahlreform in Ungarn noch eine weit tiefere Bedeutung zu, als nur die einer Blutreinigungskur des ungarischen Parteilebens. Wenn man sein Ergebnis am Maßstabe des staatlichen Interesses Ungarns mißt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß eine höchst ungünstige, ja verhängnisvolle Entwicklung noch im letzten Augenblick halbwegs verhütet worden ist. Man darf an die Beurteilung der Vorgänge in Ungarn nur eben nicht mit vorgefaßten Meinungen herantreten und nicht Begriffe anwenden, die von Verhältnissen in anderen Ländern abstrahiert sind — eine Grundregel, gegen die

Digitized by Google

allerdings überall fortgesetzt verstoßen wird. Man mag als Preuße die preußische Wahlreform mit vollem Recht als notwendig und als eine Lebensfrage des Staates ansehen, so folgt daraus noch durchaus nicht, daß das ungarische Wahlrecht von 1913 — das im übrigen auch absolut genommen bei weitem nicht so rückständig war, wie das preußische — unbedingt reformiert werden mußte. Während aber dieser naheliegende Fehlschluß noch zu begreifen ist, so ist es höchst sonderbar, daß im Deutschen Reich auch solche Politiker, die der preußischen Wahlreform heftigen Widerstand leisten, Ungarn in der freigiebigsten Weise mit demokratischen Reformen zu beschenken geneigt sind.

Ungarn hat von 1874 bis 1913 ein Wahlgesetz gehabt, das die Stimmberechtigung an einen sehr hohen Steuer- und einen ebensolchen Intelligenzzensus band. Im Jahre 1913 wurde dann unter dem maßgebenden Einfluß des Grafen Tisza, der damals Präsident des Abgeordnetenhauses war, eine Erweiterung des Wahlrechts vorgenommen, indem der Zensus in beiden Beziehungen herabgesetzt, dafür aber die Altersgrenze von 20 auf 30 Jahre (außer für die Absolventen einer Mittelschule, die schon mit 24 Jahren wahlberechtigt sein sollten) erhöht wurde. Die Zahl der Wähler wurde — für das Jahr 1910, das Jahr der letzten ungarischen Volkszählung berechnet — von 1 069 000 auf 1 838 000 erhöht, d. i. von 5,8 Proz. der ungarischen Gesamtbevölkerung auf 10,1 Proz. und von 25,1 Proz. der männlichen Bevölkerung über 24 Jahre auf 43,2 Proz. Auch der Anteil der Arbeiter an der Wahlberechtigung sollte durch das Wahlgesetz von 1913 einige Erhöhung erfahren, indem gegenüber 77 900 Arbeiterwählern des 1874er Gesetzes nunmehr 451 000 Arbeiter das Wahlrecht erhalten sollten. In Verhältniszahlen ausgedrückt sollten 24,5 Proz. der gesamten Wählerschaft der Arbeiterschaft zufallen gegen 7,3 Proz. des alten Wahlrechts. 35,8 Proz. der gesamten ungarischen Arbeiterschaft hätten das Wahlrecht bekommen, während bis dahin nur etwa 7 Proz. in dessen Besitz waren.

Diesem Zustand gegenüber wurde unter dem Leitwort des allgemeinen Wahlrechts am 21. Dezember 1917 von der Regierung Wekerle ein vom Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Reform des Wahlrechts eingebracht, der die Erhöhung der männlichen Reichstagswähler auf 3 595 000, d. i. mehr als 75 Proz. der gesamten des Lesens und Schreibens kundigen männlichen Bevölkerung über 24 Jahre in Aussicht stellte und außerdem das Frauenwahlrecht als eine Neuheit in die ungarische Verfassung einführte. Dieser außerordentlich große Wählerzuwachs wurde dadurch erreicht, daß als Grundbedingung der Wahlberechtigung mit Rücksicht auf die Bildung die Kenntnis des Lesens und Schreibens aufgestellt wurde, eine Grundbedingung, die zu vervollständigen wäre durch die Absolvierung von vier Volksschulklassen oder durch Zugehörigkeit zum Arbeiterstand, selbstständigen Betrieb eines Handelsgeschäftes oder Gewerbes usw.; ferner wurde die Altersgrenze von 30 auf durchgängig 24 Jahre herabgesetzt. Für die Frauen wurde

Digitized by Google

ein höherer Bildungszensus aufgestellt, doch sollen immerhin rund 260000 Frauen das Wahlrecht erlangen.

In anderen Ländern pflegt die gewichtigste Einwendung gegen eine starke Ausdehnung des Wahlrechts in dem Hinweis auf die Gefahren zu bestehen, die daraus erwachsen können, wenn die neu hinzukommenden Wählermassen die bisherigen an Zahl übertreffen. Dies wäre, wie die angeführten Zahlen erkennen lassen, nach Vazsonyis Reformentwurf in Ungarn in ganz besonderem Maße der Fall gewesen; die neuen Wähler hätten die alten — von 1874, da das Gesetz von 1913, wie erwähnt, nie ins Leben getreten ist — um mehr als das Doppelte übertroffen. Daß eine derart unvermittelte Verschiebung in der Schichtung der Wählerschaften in einem Lande von so geringer Durchschnittsbildung wie Ungarn die stetige und gleichmäßige Entwicklung des öffentlichen Lebens auf das schwerste gestört und geschädigt hätte, wird wohl kaum zu bestreiten sein. Es ist daher nicht der „Oligarch" und „Junker" in Tisza gewesen, der sich mit der ganzen Wucht seiner starken Persönlichkeit einer solchen Wahlreform widersetzte, sondern der aufrichtige Patriot und geschichtlich denkende Staatsmann. Bei uns in Ungarn kommen aber auch noch ganz andere Momente in Betracht. Ungarn ist kein volklich einheitlicher Staat. Das staatsgründende und staatserhaltende Volk der Magyaren bildet auch nach den günstigsten Statistiken nur die knappe Mehrheit der Bevölkerung. Kann man es ihm ernstlich verdenken, wenn es alles daransetzt, in einem Staat das Heft in der Hand zu behalten? Und kann man vom deutschen Standpunkt aus wünschen, daß die Leitung des ungarischen Staates aus der Hand der Magyaren in die einer rumänisch-slowakisch-serbisch-kroatischen Koalition übergehe? Nach den Erfahrungen dieses Krieges würde ein derartiger Umsturz der nationalen Machtverhältnisse die Abwendung Ungarns vom Bündnis mit Deutschland bedeuten. Es ist nicht anders: je gefestigter die Stellung des Magyarentums in Ungarn ist, desto eine zuverlässigere Stütze Deutschlands bildet es. Die Deutschen in Ungarn aber, deren Schicksal keinem Deutschen im Reich gleichgültig sein kann, würden von dem Umsturz, den ein demokratisches Wahlrecht bewirken würde, nicht den geringsten Nutzen haben. Mag ihre jetzige Lage manchen Grund zu berechtigter Klage geben, so würden sie bei einem allgemeinen Wahlrecht außer dem Scheinerfolg der Erlangung einiger Mandate nichts gewinnen, sondern nur aus dem Regen in die Traufe kommen. Der Gesetzentwurf Vazsonyis hätte nun zwar das Verhältnis der magyarischen und nichtmagyarischen Wähler prozentuell nicht verändert, aber bei der eigenartigen Verteilung der Nationalitäten — die Magyaren mehr im Inneren des Landes, die Nichtmagyaren an dessen Randgebieten — wäre ein beträchtlicher Teil der Mandate in den Besitz der Nichtmagyaren übergegangen und der ungarische Reichstag wäre binnen kurzem das Schauspiel ähnlicher Kämpfe und Kompromisse geworden, wie ihn der österreichische Reichsrat seit Jahrzehnten bildet, wobei die Magyaren in dieselbe, immer schwächer werdende Defensivstellung gedrängt würden, wie die Deutschen in Österreich.

Digitized by Google

Daß solche Folgen der Wahlreform verhütet werden müßten, darin war man im jetzigen ungarischen Abgeordnetenhaus so ziemlich auf allen Seiten einer Meinung und Entschlossenheit. Aber das Mittel, das die neue Regierung anwenden wollte, um das Überhandnehmen des nichtmagyarischen Einflusses im künftigen Reichstag zu verhindern, barg eine andersgeartete Gefahr in sich. Die neue Wahlkreiseinteilung — deren Entwurf im übrigen bis zur Stunde noch nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat — war unzweifelhaft so gedacht, daß in rein magyarischen Gegenden kleine, in Gegenden mit gemischter Bevölkerung größere und in rein nichtmagyarischen große Wahlbezirke geschaffen würden. Dadurch wäre das Übergewicht der magyarischen Wahlkreise über die nichtmagyarischen zwar einigermaßen gesichert worden, dafür aber wäre folgender Zustand eingetreten: die magyarischen Mandate wären zum überwiegenden Teil in den reinmagyarischen Kreisen zur Verteilung gelangt, deren Wähler überlieferungsgemäß an dem Ideal der Unabhängigkeit Ungarns, d. h. der staatsrechtlichen Trennung von Österreich hängen. Somit würde diese zum Schutz der Stellung des Magyarentums ausgedachte Wahlkreiseinteilung die pragmatische Verbindung Ungarns und Österreichs gefährden: Skylla und Charybdis! Die bisherigen Wahlsysteme waren so geartet, daß die eine große magyarische Mehrheit des Abgeordnetenhauses gewährleisten konnten, eine so große Mehrheit, daß sie sich in eine „Unabhängigkeits"-Opposition und eine ausgleichstreue Mehrheitspartei spalten konnte. Die letztere pflegte sich größtenteils aus den Wahlkreisen mit nichtmagyarischen Mehrheiten zu rekrutieren; wie dies kam, darüber wollen wir nicht sprechen — der Zweck mußte hier oft genug das Mittel heiligen. Eine Wahlreform, die die bezeichnete Struktur des ungarischen Abgeordnetenhauses nicht ermöglicht, wirkt grundstürzend. Daher muß es sich auch der theoretische Demokrat, wenn er zugleich Magyare, staatsrechtlicher Dualist und Mitteleuropäer ist, zweimal überlegen, ehe er eine derartige Wahlreform macht. Und in Wien muß man erst recht höchste Vorsicht üben!

Der Einspruch Tiszas hat es schließlich — dank der Nachgiebigkeit Wekerles — zu verhindern gewußt, daß die Wahlreformvorlage vom 21. Dezember 1917 in ihrer ursprünglichen Gestalt Gesetzeskraft erlange. Es hat eine Verschiebung der Grenze der Wahlberechtigung nach oben stattgefunden. Zwar mußte der sog. Hauptrechtstitel der Kenntnis des Lesens und Schreibens aufrechterhalten werden, während Tisza ihn an die Absolvierung von vier Volksschulklassen binden wollte, doch gelang es wenigstens, den Nebenrechtstitel der Absolvierung von vier Volksschulklassen auf deren sechs zu erhöhen und auch sonst noch einige Einschränkungen vorzunehmen. Welches die Wirkung der Abänderungen durch Tisza im Endergebnis sein wird, ist mit Sicherheit noch nicht zu übersehen. Zuverlässige Angaben über die Zahl der künftigen Wähler stehen kaum zur Verfügung. Angeblich ist die Gesamtzahl der Wähler auf weniger als drei Millionen hinabgedrückt und das Zahlenverhältnis der Magyaren und Nichtmagyaren zu gunsten der ersteren um 2,7 Proz. verbessert worden. Damit

Digitized by Google

wäre freilich noch sehr wenig geholfen. Es kommt nun noch darauf an, wie die Einteilung der Wahlkreise sein wird und wie weit die Möglichkeit, die nichtmagyarischen Wahlkreise zu beeinflussen, bestehen bleibt. In der letzteren Richtung wird gewiß sehr viel geschehen, um die Vermehrung der Wahlberechtigten durch anderweitige Maßnahmen in ihrer Wirkung auszugleichen — auch hier werden sich wieder einmal die Begriffe demokratischer Fortschritt und Freiheit nicht decken können. Das Frauenwahlrecht ist gefallen, was vor allem die Siebenbürger Sachsen zu bedauern haben, denen ihre Frauen infolge der hohen Schulbildung der Landbevölkerung das Stimmenverhältnis gegenüber den Rumänen hätten verbessern können. Von Vorteil ist es, daß die Wahlberechtigung der arbeitenden Klassen auch durch das jetzt zustandegekommene Gesetz gegenüber dem Gesetzentwurf Vazsonyis nicht geschmälert worden ist. Der letztere hatte nahezu eine halbe Million Arbeiterwähler, 40,8 Proz. der Gesamtwählerzahl, herausgerechnet. Arbeiterwähler und Arbeiterabgeordnete wird Ungarn nach dem Kriege dringend brauchen, damit sie seine rückständige Sozialpolitik beleben und den Kampf gegen den während des Krieges zur Ungeheuerlichkeit angeschwollenen Mammonismus kämpfen helfen. Erweist sich die ungarische Sozialdemokratie als echtfarbig und nicht nur als eine als Feind maskierte Exposítur des internationalen Großkapitals, so wird ihr Eintreten in das parlamentarische Leben Ungarns von so großem Wert sein, daß man darüber auch manchen Mißgriff der neuen Wahlreform wird übersehen können.

„Skandinavismus“

Von Fritz Max Cahén, Kopenhagen

Politische Schlagworte erwachsen aus dem Zusammentreffen von Erregungen, die zwei verschiedenen Umkreisen des menschlichen Innern entstammen: sie sind Ausdruck für idealistische Strömungen und bergen zugleich Interessenkomplexe. Die Franzdsische Revolution war ein Schritt in der Richtung auf individuelle Freiheit, aber sie brachte auch den Bruch mit dem Dreifeldersystem. Schutzzoll und Freihandel sind Äußerungen zweier Weltanschauungen, aber auch die Verkörperung wirtschaftlicher Bedürfnisse. Ist das Zusammentreffen von Interessen und Ideen ein so inniges, daß aus ihm ein festgefügtes praktisches Programm entsteht, dann erst erhält das Schlagwort die Kraft eines treibenden politischen Moments.

Ein Schlagwort, das in der Politik des Nordens seit Jahrzehnten immer wieder erscheint, ohne jedoch lange Zeit zu der Ausübung auch nur einer geringen effektiven Macht kommen zu können, ist der Skandinavismus. In der Idee ist er leicht erklärt. Etwas Klimatisches vielleicht, etwas, das mit Rasse zu tun hat (obwohl in Skandinavien mehrere Rassen nebeneinander leben), ein Zusammenstimmen der Idiome und nicht zuletzt eine rein geographische Angelegenheit. Aber im Geographischen schon

Digitized by Google

liegt ein Teil der Momente verborgen, die das Interessenhindernis für den Skandinavismus bedeuten.

Dieses Interessenhindernis erzeugt sich zum Teil aus der Umwandlung von Agrarstaaten zu Industriestaaten, die Schweden und Norwegen im Lauf der letzten Geschichtsperiode durchgemacht haben und die das letztere vor allem stark von westlichen Zufuhren, z. B. an Brotgetreide, abhängig macht. Die Verschiebungsmöglichkeiten der Exportbilanz und des inneren wirtschaftlichen Gleichgewichts sind im Grunde genommen ständig das zentrifugale, sprengende Moment für den Skandinavismus gewesen, sicherlich in viel höherem Grade, als die militärisch-außenpolitischen Gegensätze in den Fronten der skandinavischen Länder. Politisch gesehen war der Ausdruck „skandinavisch" Jahrzehnte hindurch nichts anderes als eine recht vage Konstruktion. Der Schwede Strindberg ist das Kind einer anderen Interessensphäre als der Norweger Ibsen und der Däne Jens Peter Jacobsen. Selbst die „skandinavische Literatur" ist nicht viel mehr als eine nur spärlich unterbaute Begriffsverwirrung. In der Kartothek des auch nur halbwegs gewissenhaften Kulturkritikers sind Dänen, Schweden und Norweger in drei sehr scharf getrennte Rubriken verteilt.

Der Krieg hat verschiedene Anläufe in der Richtung auf die praktische Verwirklichung einer skandinavischen, nordischen Politik gebracht. Nicht nur, daß Könige und Minister sich getroffen und zueinander gesprochen haben. Auf vielen verschiedenartigen Gebieten haben sich Bestrebungen für eine skandinavische Zusammenarbeit geregt. Von Studenten, Schützen- und Gesangvereinen bis zu den gesetzgebenden Körperschaften hat sich ein Drang nach Meinungsaustausch bemerkbar gemacht. Skandinavien steht zwischen zwei Machtgruppen. Die internationalen Verbindungsdrähte sind verwirrt, die Beziehungen nach allen Seiten hin erschwert. In dieser Abgeschiedenheit streben die skandinavischen Staaten heftiger aufeinander zu, als sie es bisher taten. Druck und Gegendruck von hüben und drüben, wie sie ihm ausgesetzt waren, haben etwas wie eine gemeinsame Interessensphäre geschaffen, und damit ist die erste Stufe einer Treppe gegeben, auf der der Skandinavismus seinem Programm und damit seiner Rolle als einem treibenden politischen Moment entgegensteigen kann.

Seine erste ganz praktische Versteifung erhielt der skandinavische Gedanke während des Krieges durch das Problem eines organisierten Warenaustausches zwischen den nordischen Reichen. Zuerst tauchten diese skandinavischen Warenaustauschbestrebungen infolge des Wirtschaftskrieges auf, vor allem infolge der Blockadepolitik der Entente, der damals bei diesem relativ frühen Zeitpunkt des Krieges Amerika noch nicht angehörte. Sie fanden zwar sogleich prinzipiellen Zuschluß in allen drei skandinavischen Ländern, konnten jedoch in der ersten Zeit nur zwischen Schweden und Dänemark und dazu in einem recht beschränkten Umfang verwirklicht werden. In Schweden fanden dann die dem Austausch zugrunde liegenden Gedankengänge in

Digitized by Google

ihrer weiteren Entwicklung vor allem besonders starke Stütze unter dem Minister des Äußeren Lindmann und dem Ministerpräsidenten Schwartz. Der praktische Anschluß Norwegens an die Bewegung war anfangs dadurch verhindert, daß das Land, solange es noch nur wenig beeinträchtigte Zufuhren vom Westen her genoß, kein genügend großes Bedürfnis zum Eintreten in den Austausch verspürte. Diese Stellung Norwegens wurde noch dadurch unterstützt, daß damals gerade diejenigen Waren, die Dänemark und Schweden Norwegen anzubieten in der Lage waren, noch in ziemlich reichlicher Menge von Amerika geliefert wurden. Außerdem waren Norwegen durch die Art seiner Abkommen mit den Westmächten die Hände sehr gebunden und seine Dispositionsfreiheit bis auf ein ganz geringes Maß eingeschränkt. Die spätere Entwicklung der Ereignisse, vor allem die scharf durchgeführte amerikanische Blockade, hat dann die Sachlage in Norwegen nicht unbedeutend abgeändert. Wirkte sie auf der einen Seite ungünstig auf Norwegens Zufuhren, vor allem an Nahrungsmitteln, und stellte das Land vor eine Ernährungskrise ernster Art, so hat sie auf der andern Seite Norwegens eigene Produktion entlastet und dadurch eine freiere Disposition über die norwegischen Warenmengen für die Zwecke des interskandinavischen Austausches zugelassen. Ein sichtbarer Ausweis für diese Veränderung der Stellung Norwegens war die Minister- und Dreikönigszusammenkunft in Christiania im Dezember 1917, die eine Art offizieller Bestätigung der gefestigten Orientierung in der skandinavischen Warenaustauschfrage war. Gleichzeitig wurde durch den Besuch des schwedischen Königs in Christiania — den ersten seit der Unionstrennung 1905 — dokumentiert, daß die Spannung zwischen Norwegen und Schweden seit den Ereignissen der Trennungsjahre nunmehr gewichen sei. Als erstes praktisches Resultat der Dezemberbesprechungen in Christiania konnte die am gleichen Ort im Januar 1918 abgehaltene Austauschkonferenz verzeichnet werden. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden dann wenige Wochen später in Stockholm vertieft und auf einer Zusammenkunft, die im Frühling dieses Jahres in Kopenhagen stattfand, zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

Als Prinzip des Austausches kann angegeben werden, daß derselbe sich nicht auf Waren erstreckt, deren Austausch auch früher im freien Handel zwischen den nordischen Reichen stattgefunden hat, sondern daß es sich durchgehends um Kompensationswaren handelt, deren Umsatz von Land zu Land innerhalb Skandinaviens sonst nicht vorlagen. Sein erster Zweck ist eine Art ungefährer Einebnung der Lebensbedingungen. So bedeutet z. B. für Dänemark die Einfuhr von norwegischem Salpeter ganz außerordentlich viel zur Vermeidung eines Raubbaus in der Landwirtschaft, die ja den eigentlichen Lebensnerv des Landes bildet. Dänemark dagegen gibt Norwegen die auch für es selbst nicht leicht zu entbehrende Menge einer ansehnlichen Anzahl Tons Brotkorn, um den äußerst knappen Brotverhältnissen in Norwegen abzuhelfen.

Digitized by Google

Einer der Hauptvorkämpfer des skandinavischen Warenaustausches, Professor Bredo Morgenstjerne aus Christiania, der in zahlreichen Artikeln und Vorträgen soweit gegangen ist, auch die Frage einer skandinavischen Zollunion in den Kreis der diskutierbaren Möglichkeiten zu ziehen, führte kürzlich in Christiania in einem Vortrag aus, daß der skandinavische Warenaustausch von dem vitalen Interesse der nordischen Reiche getragen sei, sich für ihren Export und Import den ganzen Weltmarkt offen zu halten. Ferner solle der Zusammenhalt in Skandinavien dazu verhelfen, auch nach dem Kriege den Versuchen der verschiedenen Machtgruppen zu entgehen, die einzelnen Länder des Nordens in ihren handelspolitischen Entschlüssen zu binden. Bei den letzten Verhandlungen, die Morgenstjernes Vaterland Norwegen in Amerika über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Norwegen und der Entente zu führen genötigt war, hat es sich nun gezeigt, daß man von amerikanischer Seite — Amerika ist hierbei als der Sprecher aller Westmächte aufgetreten — nicht mit besonderem Vergnügen grade auf diese Möglichkeiten des interskandinavischen Warenaustausches sieht. Norwegen hat bei seinen langwierigen und unerfreulichen Verhandlungen schlechte Erfahrungen in Hülle und Fülle machen müssen. In dem Christianiaer „Dagbladet" äußerte sich damals u. a. der Vorsitzende des Ausschusses des norwegischen Reederverbandes für Neubauten in Amerika über den Lauf von Verhandlungen, die Sendlinge dieses Verbandes in Washington führten. Er schreibt: „Während sieben Monaten resultatloser Verhandlungen ist den norwegischen Kontraktbesitzern von Beamten in Washington mit Aussprüchen und Auffassungen entgegengetreten worden, wie man sie sich früher bei Bürgern der Vereinigten Staaten als unmöglich dachte." Diese sicherlich wohl informierte Persönlichkeit charakterisiert die amerikanischen Vorschläge für die Ordnung der norwegischen Schiffsneubauten in Amerika als „unbedeutend mit dem Ruin für einen großen Teil der norwegischen Kontraktbesitzer und ihrer Aktionäre". Der springende Punkt der amerikanischen Absichten bei diesen Verhandlungen war aber nicht nur, sich selbst nach Möglichkeit norwegische Tonnage zu sichern, und den norwegischen Export nach den Mittelmächten zu beeinträchtigen, sondern vor allem auch den interskandinavischen Warenaustausch fühlbar zu erschweren. Norwegen ist nach der Unionstrennung von 1905 über deren Notwendigkeit oder Unnotwendigkeit, über deren politische oder moralische Berechtigung oder Nichtberechtigung hier nicht gestritten werden soll, stets der verwundbarste Punkt Skandinaviens gewesen. Dem Kenner der Lokalintrigen und der ganzen Stimmungen, die damals in den skandinavischen Zentren herrschten, ist hierbei die tätige Mitarbeit von Ententekreisen im Interesse einer politischen Zersplitterung des skandinavischen Komplexes nicht verborgen geblieben. Ebenso wie es auch jetzt wieder besonders ententefreundliche norwegische Blätter waren, die durch die Forderung der Lösung der staatsrechtlichen Verbindung zwischen Island und Dänemark an den Versuchen zu einer weiteren Auflösung der nördlichen Europakante tätig An-

Digitized by Google

teil nahmen. In der Verwundbarkeit Norwegens liegen tatsächlich die bedenklichsten der praktischen Schwierigkeiten, die sich einem Weiterausbau der skandinavischen Idee zur Wirklichkeit und zu festeren Formen entgegenstellen. Denkt man z. B. an die spätere Umformung und Festigung des heutigen skandinavischen Warenaustausches in eine Art Zollverband. Wie sehr wird allein dann schon ein solcher Plan durch die obenerwähnte Abhängigkeit Norwegens von Brotkornzufuhren erschwert! Und die Zahl derartiger praktischer Hindernisse, alle erwachsen aus der wirtschaftlichen Eingeengtheit Norwegens, ist Legion.

Ein erschwerendes Moment für die skandinavischen Sammlungsbestrebungen liegt auch in den — so eigenartig dies auch für uns klingen mag — unendlich verschiedenen Nationalcharakteren der skandinavischen Länder. Auf diesem Gebiet hat eine sehr bewußte und recht umfangreiche Propaganda der nordischen Staaten eingesetzt, die sich auf fast alle Gebiete wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art erstreckt. Man hat so skandinavische Gastspiele von Theatern, Musikern usw. veranstaltet, arbeitet an einer Austauschwirkung der führenden skandinavischen Presseorgane usw. Wie unendlich schwierig aber die Arbeit auch auf diesem Gebiet ist, zeigt u. a. der Umstand, daß Versuche, ein großes skandinavisches Handelsblatt zu gründen, bisher stets gescheitert sind, nicht nur wie man denken mag, an den wirtschaftlichen Interessen, die hier einander ins Gehege kommen könnten, sondern vor allem auch an den Kompetenzkonflikten, denen die Christianiaer, Stockholmer und Kopenhagener Redaktionen eines solchen Blattes bereits ausgesetzt waren, bevor sie überhaupt bestanden. Es wäre verkehrt, die skandinavischen Sammlungsbestrebungen etwa mit den Strömungen vergleichen zu wollen, wie sie vor 1870 in Deutschland bestanden. Es handelt sich im Norden nicht um eine Nation, sondern tatsächlich um drei grundverschiedene staatliche Wesen. Noch verkehrter wäre es aber, die Arbeitsbedingungen der nordischen Sammlungsbestrebungen mit denen unserer Reichsgründer zu vergleichen. Die kulturellen Schwierigkeiten sind hier erheblich größer als die, die wir in Deutschland kennen lernten.

Deutschland kann die Bestrebungen zu einer Kräftigung des Zusammenhalts im Norden mit Ruhe abwartend betrachten. Zwar streifen sich die deutschen und die skandinavischen Interessen in der Ostsee recht eng und das nahe Verhältnis, in das wir zu Finnland gekommen sind, kann unsere Beziehungen zu einem etwa gesammelten Norden komplizierter gestalten, als sie vorher waren. Auf der andern Seite kann es uns aber nur recht sein, wenn die Nachbarn, mit denen wir nun und in Zukunft zu tun haben, kräftig und unabhängig sind, und auch dies ist ein Gesichtspunkt, unter dem wir den „praktischen Skandinavismus“ zu betrachten haben.

Digitized by Google

Die geistigen Strömungen der Angestelltenbewegung

Von Gustav Schneider, Leipzig

Auch in den Verbänden der Angestellten hat der Krieg manche alte Vorstellungen erschüttert, und beseitigt. Mit wenigen Ausnahmen lebten die Angestelltenverbände lediglich den Fragen der Sozialpolitik und hüteten sich weitergehende Ziele zur Aufgabe ihrer Standesarbeit zu machen. Schon die Wirtschaftspolitik galt als außerhalb der Betätigung eines Berufsverbandes liegend, wie viel mehr innere und äußere Politik! Man fürchtete die Gefahr parteipolitischer Kämpfe, alle Verbandssatzungen aber haben ausdrücklich Parteipolitik ausgeschlossen. Zweifellos hat diese Auffassung dazu beigetragen, die politische und staatsbürgerliche Schulung der Angestellten zu hemmen und damit auch die Erkenntnis, daß in starker staatsbürgerlicher Betätigung die besten Sicherheiten für die Durchsetzung standespolitischer Forderungen liegen.

Die Gründe für die Haltung der Verbände sind leicht erkennbar. Überwiegend gegründet aus sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen, hat ihnen die stürmische Entwickelung der letzten Jahrzehnte kaum Zeit gelassen, ihr Arbeitsgebiet weiter zu stecken. Immer wieder mußten neue Massen von Berufsgenossen neu verarbeitet werden, denn mit der neudeutschen Wirtschaft wuchs ja erst der neue Stand der Angestellten heran, aus allen Schichten der Bevölkerung sich rekrutierend. Anfänglich aus Kaufmanns-, Beamten- und Handwerkskreisen, später aber in ständig wachsendem Umfange aus Arbeiterkreisen. Es galt zunächst diese Schichten zu einem einheitlichen Standesbewußtsein zu erziehen, und das ist den Berufsverbänden der Angestellten glänzend gelungen: die Sonderversicherung der Angestellten ist der erste deutlichere Beweis. So lebhaft und geschickt sich auch die freien Gewerkschaften in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie um die Angestellten bemühten, es ist ihnen nicht gelungen, in diese Kreise einzubrechen, trotz deren Ergänzung aus den Arbeiterkreisen. Die neue Berufsideologie erwies sich stärker.

Aber schon vor dem Kriege zeigten sich in einigen Verbänden Strömungen, aus der Enge der Berufspolitik hinauszustreben. Anlaß gab ein wirtschaftlicher Grund. Die Gehälter der kaufmännischen Angestellten waren der nach den neuen Handelsverträgen einsetzenden Teuerung nicht gefolgt, so daß ein merklicher Notstand eintrat. Einfache Überlegung sagte, daß durch wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Gehaltsverschiebung eingetreten war. Für das gleiche Gehalt konnte nicht mehr die gleiche Menge Waren gekauft werden! Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig zog daraus (auf dem Verbandstage München 1909) die Folgerung und nahm die Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen in sein Programm auf. Diese Stellungnahme galt teilweise als ein Aufgeben der politischen Neutralität. Später aber sind andere Verbände gefolgt und die sich noch weitersträubenden hat der Krieg inzwischen ge-

Digitized by Google

lehrt, daß die Gesamtheit der Wirtschaft das gegebene Arbeitsfeld der Berufsverbände ist.

Ist dies aber unbestreitbar, dann ergibt sich, daß die bisherige Zurückhaltung in staatsbürgerlichen Fragen nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Ein typisches Beispiel dafür ist wieder der Leipziger Verband. Auf München (1909) folgte der Verbandstag Köln (1911), wo die staatsbürgerliche Erziehung der Mitglieder zum Programmpunkt erhoben wurde. Einige Jahre später (1913) hat dann die inzwischen gegründete „Soziale Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände" Staatsbürgerkurse in einer großen Anzahl von Städten abgehalten, deren Fortsetzung durch den Krieg unterbrochen wurde. Damit war der Beweis erbracht, daß staatsbürgerliche Erziehung möglich ist, ohne sich in den Fallstricken parteipolitischer Gegensätze zu verfangen.

Wenn auch die Verbände bisher sich mit politischen Fragen nicht befaßten, so ist doch eine Scheidung nach den Grundrichtungen unseres politischen Lebens auch bei ihnen unverkennbar. Liberale, konservativ-christliche und ultramontane Verbände sind vorhanden, wie auch demokratische und sozialdemokratische; letztere beiden zwar nur sehr klein, aber in der politischen Stellungnahme rühriger und einheitlicher. In den größeren Verbänden dagegen sind Anhänger aller politischen Anschauungen vereinigt, wodurch die politische Tätigkeit zweifellos erschwert, die staatsbürgerliche Erziehung aber erleichtert wird, da gerade die verschiedenartige Zusammensetzung Einseitigkeiten hindert und in hohem Grade parteipolitische Neutralität verbürgt. Im ganzen etwa das Bild, wie in der Arbeiterbewegung, nur daß bei den Angestelltenverbänden die bürgerlichen Verbände die überwältigende Mehrheit der Angestellten organisieren. In der Stellungnahme zum Unternehmertum besteht, ebenso wie bei den Arbeiterverbänden, auch bei den Angestelltenverbänden eine nur graduell abgetönte Einheitlichkeit — abgesehen natürlich von dem sozialistischen Endziel. Die Entschiedenheit in der Vertretung sozialer und beruflicher Fragen ist — unabhängig von der politischen Stellung — allen Richtungen der Arbeitnehmer gemeinsam, nur daß der Kampf von der einen Gruppe als Klassenkampf geführt wird, während die anderen größeren Gruppen diesen Kampf bewußt als Glied der Volksgemeinschaft führt.

Der Krieg hat die bisherige Auffassung der Angestellten zweifellos erheblich radikalisiert. Kurzsichtigkeit der Unternehmer hat die wirtschaftliche Lage der Angestellten so verschlimmert, daß die Wirkungen des langen Krieges sie weit empfindlicher treffen, als andere Berufsschichten. Ihr Einkommen ist sehr spät und sehr unvollkommen erhöht worden, ein großer Teil hat noch 1916 mit verkürztem Gehalt arbeiten müssen, ein kleiner Teil sogar noch 1917. Aufzehrung der Ersparnisse, Verschuldung, allgemeiner wirtschaftlicher Rückgang sind die Folgen. Aus dem Felde verzweifelte Briefe mit Zukunftssorgen. Verlust der Stellung, erworbener Kenntnisse, Überschwemmung der Kontore und Läden mit weiblichen Arbeitskräften und vieles andere. Vor

Digitized by Google

allem die ungeheure Vermögensverschiebung die dem einzelnen den wirtschaftlichen Aufstieg unmöglich machen wird; ferner die Anhäufung riesenhafter Großbetriebe und das Anwachsen der Großbetriebe überhaupt mit all ihren Nachteilen für die Angestellten. Verstärkte Abhängigkeit, Unfreiheit und Eintönigkeit der Berufsarbeit. Nicht minder aber auch die Kriegsgesellschaften, die mit ihrer bürokratischen Organisation die Aufstiegsmöglichkeiten verringern. Dazu kommen vielerlei Erfahrungen der zum Heeresdienst Eingezogenen.

Jetzt erst haben die Angestellten ja erkannt, was der Staat eigentlich ist, denn sie haben ihn schmerzhaft oft und erschütternd *erlebt*. Der Schulbegriff: Der Staat ist die Zusammenfassung aller Volksgenossen, hat einen Inhalt bekommen, von dem die große Masse sich nichts hat träumen lassen. Und nun gärt es in den Köpfen und von allen Seiten erheben sich die Fragen, die nie wieder verschwinden werden. Wenn der Staat so hart in das Schicksal des einzelnen Bürgers hineingreifen, ihn herausreißen darf aus Beruf und Stellung, von Frau und Kind, verfügen sogar über Leib und Leben — ja sollen wir denn dann nicht Anteil haben an der Lenkung der Staatsgeschicke? Sollen wir es einfach den andern überlassen, über unser Schicksal und das des Staates zu verfügen, ohne daß wir wissen warum und wozu? Anteil an den Geschicken des Staates, Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung, nicht mehr bloß leidender Teil der Regierungskunst. Das ist die Stimmung unter den Angestellten, vornehmlich derer im Heere, und die Rückwirkung auf die Heimat ist nicht ausgeblieben. Die Lebensnotwendigkeiten des Staates werden anerkannt, wie auch die nationale Grundlage unserer Staatsgemeinschaft. Aber freiheitlich soll diese Gemeinschaft sein, frei von Vorrechten, *und frei auch für den Staatswillen der unterdrückten Schichten, die von unten nach oben streben*.

Diesen Strömungen werden die Verbände sich nicht entziehen können. Wenn manche vor diesen Schritt in neues Land zurückschrecken, andere ihn nur zögernd gehen, so haben einzelne bereits herzhaft zugegriffen, wie der Kongreß der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände, der Ende April in Berlin tagte, zeigt. Auch in der christlich-sozialen Arbeiterbewegung, der ein Angestelltenverband angeschlossen ist, zeigen sich Strömungen, die nach freierer Ausgestaltung der staatlichen Einrichtungen streben. In dieser Frage sind die Forderungen und Wünsche der Angestellten denen der Arbeiterschaft gleichgerichtet und drängen zu gemeinsamem Handeln. Groß und gewaltig sind die Aufgaben, die der Verbände nach Friedensschluß harren! Haben sie schon während des Krieges den Druck der wirtschaftlichen Folgeerscheinungen auf den einzelnen Berufsangehörigen aufgefangen und abgemildert, so werden sie nach Friedensschluß auch für die Abmilderung des seelischen Druckes sorgen müssen. Sie werden die freiheitlichen Regungen und das erwachte und gewachsene Staatsbürgerbewußtsein in pflegliche Obhut zu nehmen haben, damit sie als mächtige Triebkraft für den Wiederaufbau des Reiches wirksam werden.

Digitized by Google

Notizen

Erfolge und Hemmungen der deutschen Bewegung in Österreich. Mein so überschriebener Aufsatz in Heft 31 der „Deutschen Politik" weist infolge Verzögerung einer Korrektursendung Druckfehler auf, deren einige — und nur von diesen sei hier die Rede — Sinn und Zusammenhang empfindlich stören. Von den Führern der österreichischen Sozialdemokratie war S. 972 gesagt, daß sie den Eindruck der Macht erwecken müssen. „Nur so können sie jenen (den anderen Parteien) als die Herren der Massen gelten und diese bei sich erhalten." S. 975 wurde ausgeführt, daß „die Verneinung" (nicht Vereinigung) „der Nation durch den . . . Polizeigeist Altösterreichs" die Deutschen ebenso hart traf, wie andere Völker, den Nationalismus weckte usw. Ich wollte dies besonders jenen gegenüber betonen, welche diese Verneinung berechtigter nationaler Bestrebungen den Deutschösterreichern zum einseitigen Vorwurf machen. Zum Schluß war darauf hingewiesen worden, daß man sich am besten bei den Trägern der österreichischen Bewegung, den Volksräten unterrichte. Der Druckfehlerteufel hat aus den Volksräten „Volksziele" gemacht. Ich darf vielleicht, um nicht nur Berichtigungen zu bringen, noch ein paar Worte über die seitherige Entwicklung beifügen. Die deutschen Abgeordneten hatten sich für Herrn von Seidler aufs entschiedenste eingesetzt, weil sie meinten, er habe die Vollmacht, wenn auf parlamentarischem Wege sein Programm nicht zu verwirklichen sei, das Parlament aufzulösen und das Nötigste wenigstens „provisorisch" durchzuführen. Dazu war allerdings nach der ihm von der Krone gegebenen Weisung wenig Aussicht und die Volksräte mißbilligten daher eine Politik, die sich an eine Person band, entschieden. In der Tat fiel Herr von Seidler und die Erklärungen seines Nachfolgers waren gänzlich inhaltlos. Die Männer, welche die Führung der deutschnationalen Abgeordneten an sich gerissen hatten, die Herren Waldner, Teufel, Hummer und Pantz wollten ihm deshalb den Staatsvoranschlag verweigern und meinten so Seidlers Wiederberufung erzwingen zu können. Sie kamen dadurch in Widerspruch mit den Christlichsozialen, aber auch mit einem Großteil ihrer eigenen Parteien. Verschiedene Gruppen schlugen den richtigen Weg ein, mit der neuen Regierung in Verhandlungen zu treten, und als die deutschradikale Partei von Freiherrn von Hussarek einigermaßen bindende Zusagen für deutschböhmische Begehren und andere solche für küstenländische Wünsche erhalten hatten, siegte die Auffassung, daß man nicht Hand in Hand mit den Tschechen und Südslawen die Forderungen für den Staatshaushalt verweigern dürfe. Insbesondere auf die Hetzrede des Tschechen Stransky schien eine geschlossene Abstimmung der Deutschen für den Staatsvoranschlag die richtige Antwort. Dadurch wurde dessen Bewilligung und der Schluß der wiederum wenig erfreulichen Tagung ermöglicht. Die bisherigen Führer schieden daraufhin aus dem Verband der deutschnationalen Parteien aus und innerhalb dieses Verbandes fand eine Vereinfachung durch den Zusammenschluß zweier Gruppen, der sog. „deutschnationalen Partei" und „deutschnationalen Vereinigung" statt. Herr von Hussarek verwirklichte nun eine alte deutsche Forderung, die nach einem Kreisgericht in Trautenau. Von einem „deutschen Kurs" darf man deshalb noch nicht sprechen; ein solcher würde vor allem die nationale Abgrenzung der Ortsgemeinden und Gerichtsbezirke in Böhmen und Maßregeln zum Schutze der deutschen Minderheiten zur Voraussetzung haben. Die deutschen Volksräte sind im Begriff, zu grundsätzlichen Fragen, wie die „austropolnische Lösung" und die „nationale Autonomie" gemeinsam Stellung zu nehmen und treten für eine vorläufig abwartende Stellung — Gewehr bei Fuß — gegenüber der Regierung ein. Lange aber kann das deutschösterreichische Volk nicht geduldig zuwarten und die Volksräte dürften deshalb den Abgeordneten bald ganz bestimmte Forderungen in bezug auf ihr Vorgehen vorlegen.

13. August 1918 Prof. Sieger (Graz)

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Geschichte

In dem Versuch, die Art der Großmächte, die „Richtlinien ihrer Geschichte", die „Maßstäbe ihres Wesens" festzustellen, gibt Professor Martin Spahn in seinem Buch „Die Großmächte" ein Beispiel bedeutender historisch-politischer Publizistik (Verlag Ullstein & Co.). Die Einstellung ist anders als das groß gehaltene Essay Ranks über die „großen Mächte", insofern als die Lebensäußerungen der Staaten in ihrem Ausdehnungs- wie Beharrungs- und Behauptungsdrang näher an die geographischen als an die nationalpolitischen Probleme herangeführt werden. Der geschichtliche Ablauf systematisiert sich unter dem Begriff „Raumpolitik", und es ist eindringlich herausgearbeitet, wie auf dieser Unterlage das Wachstum und die Gestaltung von „Inneneuropa" ursprünglich anderen Gesetzmäßigkeiten folgte als die englische Entwicklung der letzten Jahrhunderte. Der nachbismarckschen deutschen Politik wirft Spahn vor, daß sie, unter Vernachlässigung der raumpolitischen Kräftekonzentration, sich einem weltwirtschaftlichen Imperialismus hingab, der ihm auf das Schuldkonto der Demokratie zu setzen scheint und fast eines pazifistischen Zuges verdächtig — hier erscheint die Bewertung des anderen Elementes eines politischen Expansionszwanges, neben der Raumfrage, vernachlässigt, die des Bevölkerungswachstums und ihre Umprägung in kapitalistische Arbeitsintensität. Die Arbeit ist im Sommer 1917 abgeschlossen; ihre politischen Ausblicke werden von der Unsicherheit der Einschätzung der Kriegsfaktoren gefärbt, und es fehlt die Entschlußkraft, ein eigentliches raumpolitisches Kriegsziel zu umzeichnen.

In der „Politischen Bücherei", die Marcks, Schumacher und Smend bei der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart-Berlin) herausgeben, ist soeben eine Schrift von Wilhelm Schüßler „Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich" erschienen. Sie bildet eine sehr wertvolle Ergänzung der großen mitteleuropäischen Literatur, weil sie nicht wie die meisten dieser Arbeiten, das wirtschaftliche, das kulturelle oder außenpolitische Problem anfaßt, sondern mit großer Unbefangenheit die verfassungsrechtliche Entwicklung der Donaumonarchie, insonderheit den Dualismus, behandelt. Sollte Hussarets Andeutung einer Verfassungsrevision irgendwie Gestalt gewinnen, so wird das sehr klar geschriebene Werk eine aktuelle Wichtigkeit gewinnen. Daß die so lange vernachlässigte Beschäftigung mit den geschichtlichen Entwicklungen des verbündeten Staates sich zum Besseren gewendet zu haben scheint, zeigt, daß Teubner in Leipzig eben von Richard Charmatz' unentbehrlichem knapp gefaßtem Leitfaden über Österreichs innere und über die auswärtige Politik die 3. bezw. 2. Auflage herausbringen konnte.

Ohne „aktuelle" Bedeutung, aber zwischen der unermeßlichen, unserer Zeit gewidmeten Bücherproduktion aufs dankbarste begrüßt sind zwei Ausgaben von Klassikern deutscher Geschichtschreibung. Duncker & Humblot (München-Leipzig) haben die Vorträge, die Leopold von Ranke vor dem bayrischen König Maximilian „Über die Epochen der neueren Geschichte" gehalten hat, herausgebracht; ein Büchlein, das man mit höchstem Genuß liest, nicht nur wegen der fabelhaften Zusammenfassung, die immer die Essenz des Gewordenen zeigt, sondern auch wegen des intimen Reizes, den die Gespräche zwischen dem Fürsten und dem Gelehrten bieten. Daneben liegen die „Vorträge" von Jakob Burckhardt, die Emil Dürr im Auftrage der historischen und antiquarischen Gesellschaft zu Basel herausgegeben hat (Verlag B. Schwabe & Co.). Burckhardts Bedeutung erschöpft sich nicht in der kunstgeschichtlichen Forschung; das weiß jeder, der seine überlegenen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen" kennt. Dies Buch nun, das seine über Jahrzehnte zerstreuten Vorträge, wesentlich akademischen Charakters sammelt, gibt eine genügend starke Vorstellung von der Universalität seines geschichtlichen Gestus. Vorzugsweise behandelt er Fragen der bildenden Kunst, und es bleibt für unser Geschlecht, das in Rembrandt die größte Verkündung nordischen Künstlergeistes verehrt, denk- und merkwürdig genug, wie Burckhardts Instinkte sich gegen diese Erscheinung sperren; wunderbar und groß ist, was er über Rubens zu sagen hat. Neben den Vorträgen über die bildende Kunst steht jene Reihe, die ihren Stoff aus der griechischen Geistes- und Kulturgeschichte schöpft — besonders schön sind die Abhandlungen über Homer, über Pythagoras, über das wissenschaftliche Verdienst der Griechen. Geistreich, schneidend, wenn auch nicht erschöpfend ein Kapitel über Napoleon. Über Burckhardts große Kunst, aus der Fülle eines gelehrten Wissens das Wesentliche in einer fast graziösen, ausgeglichenen Form zu geben, darf kein Wort mehr gesagt werden. Th. H.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

5. Jahrgang · 27. September 1918 · Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

An die Leser und Bezieher der „Deutschen Politik"!

Der Verlag der „Deutschen Politik" geht vom 1. Oktober an die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin über, deren Berliner Haus, Berlin SW, Königgrätzerstraße 99, Geschäftsführung und Vertrieb unserer Wochenschrift besorgen wird. Alle Zuschriften in geschäftlichen Angelegenheiten, alle geschäftlichen Zuschriften usw. sind in Zukunft an diese Stelle zu richten.

Wer den Bezug noch nicht erneuert hat, möge dies, um eine glatte Erledigung der Zustellung zu sichern, unverzüglich nachholen.

Der Bezugspreis hat, wie wir schon mitteilten, bei Buchhandel und Post für das Vierteljahr von 4 auf 6 Mark erhöht werden müssen, bei direkter Zustellung von 5,20 auf 7,20 Mark.

Politische Glossen

Clemenceaus Rede von dem Senat war nicht Politik, sondern politischer Haßgesang — es sprach nicht der Mann, der nach vier Jahren Krieg den Weg aus dem Elend sucht, sondern die Stimme des Temperaments wurde laut, das im Jahre 1914 den Tag des Ruhms (und der Rache) für gekommen hielt. Welch ein Schauspiel: der gleiche Mund häuft die Beschimpfungen gegen den herrschsüchtigen Angreifer und verkündet, der Tag, auf den ein Jahrhundert gewartet, sei angebrochen. Als Clemenceau zur Macht kam, war dies seine „historische Rechtfertigung", daß er seit dem Jahre 1871 zu den Unversöhnlichen gehört hatte, zu denen, die dem neuen Krieg sich entgegensehnten, die die innere Leidenschaft des französischen Volkes wachhielten. Er ist der schnaubende Rachegott, der hemmungslosen Haß gegen den östlichen Nachbar schleudert und ein Triumphgeschrei ausstößt, das seine Heimatgenossen aufpeitschen soll, manchen von ihnen aber vielleicht erschreckt, der an die Blutopfer denkt, die dieser wilde Greis seinem eigenen Volk noch aufzwingen will. Für Deutschland ist diese Rede ein willkommener Anruf zur Sammlung der Geister. Jedermann weiß schon

Digitized by Google

lange bei uns, daß mit diesem französischen Staatsmann der Friede so wenig geschlossen werden wird wie mit Lloyd George; die Maßlosigkeit seiner Rede, der zitternde Vernichtungswille seines Wortgedränges weckt aber in der deutschen Seele einen Widerhall der entschlossenen Kraft. Denn von dieser politischen Hysterie läßt sich bei uns niemand imponieren.

*

Die Entente hat sich daran gewöhnt, Amerika den diplomatischen Vortritt zu lassen, weil der moralische Kredit, den Wilson bei ihren Völkern genießt, sie teilweise der eigenen Verantwortung entbindet. Der Applaus, mit dem die Regierungspresse in London und Paris die etwas vorsichtigere Abtönung, die Washington gelegentlich wählt, zuzudecken pflegt, ist eine Schutzvorrichtung gegen die Ungeduld derer, die aus der Schablone der gefrorenen Redensarten herauskommen wollen. Im gegenwärtigen Augenblick ist solche Feinheit der Unterscheidungen jedoch nicht angebracht, denn Lansing hat durch seine Presse Burians Note sofort zerfetzen lassen, damit die prompt folgende Antwort des Präsidenten als Vollzug der Volksmeinung erscheine. Wien kann so wenig wie Berlin die „vierzehn Punkte" Wilsons, mit deren grundsätzlichen Teilen ein weitgehendes Einverständnis möglich ist, als Verhandlungsunterlage anerkennen, da ihre umschriebenen Forderungen das Tor zu einer Aussprache, die einige Probleme als offen behandelt wissen muß, zuschlagen. Diese Lehre war offenbar unvermeidlich.

*

Der Parlamentarismus, von vielen guten Leuten als der Hebel des unruhevollen Umsturzes geschmäht und gefürchtet, beweist in Deutschland seine konservativen Eigenschaften. Nicht als ob das, was wir im Augenblick besitzen, schlechtweg parlamentarische Regierung genannt werden könnte — weit entfernt. Aber alle Überlegungen, ob, wie und zu welchem Ziele ein Umbau der gegenwärtigen Reichsleitung vorgenommen werden sollen und können, sind, noch ehe sie zu dem Entschlußbereich des Monarchen gelangen, an die Situation einer parlamentarischen Mehrheit angekettet, deren Einheitlichkeit wesentlich in der Abwehr festgelegt ist, aber nicht aus einer zielklaren Willensrich:ung fließt.

*

In den nächsten Wochen wird die neunte Kriegsanleihe ausgeschrieben. Wer ihren Erfolg von der Schlagkraft von Reklame-Einfällen abhängig glaubt, ist etwas besorgt, ob man sich in derlei nicht schon ausgegeben habe. Uns scheint, es kommt nicht auf die Phantasie von Zeichnern und Propagandachefs an. Sondern darauf, daß jeder einzelne durchglüht werde von dem Gefühl der heroischen Tragik, in der Deutschland seinen Daseinskampf zu führen hat. Dann klingen alle lauten Worte dünn, aber die Pflicht leistet ihr Letztes.

Digitized by Google

Pax Germanica

Eine Amtsrede, entworfen von * * * *

Meine Herren!

Es ist bisher in diesem Hohen Hause Sitte gewesen, daß, wer an die Spitze eines großen Verwaltungszweiges berufen wurde, ohne dem Hause bereits bekannt zu sein, dessen freundliches Abwarten erbat, bis seine Handlungen Urteil und Stellungnahme ermöglichten. Wir liebten die Programmreden nicht, bestimmt, einem Manne, der noch nichts geleistet hat, den Beifall derer zu erwerben, die seit Jahren den Beruf üben, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Eine harte Zeit nötigt uns, diese Abneigung zu überwinden. Ein Volk, das vier Jahre hindurch an der Front wie in der Heimat sich gehalten hat, wie das deutsche Volk, will wissen, wohin es geführt wird. Es verlangt mit Recht, daß, wer das Steuer ergreift, ihm sagt, wohin gesteuert werde.

Die allgemeinen Grundsätze für die Beantwortung dieser Frage sind in den Reden des Herrn Reichskanzlers vom 24. Januar und 25. Februar d. J. enthalten. Nach unserer Verfassung besteht kein Zweifel darüber, daß der einzige verantwortliche Minister des Reiches sein Kanzler ist. Wenn die Person eines Staatssekretärs wechselt und die des Reichskanzlers dieselbe bleibt, so kommt bereits dadurch zum Ausdruck, daß auch der neue Staatssekretär mit den vorher verkündeten Grundlinien der Politik einverstanden ist. Nur um diese selbstverständliche Versicherung abzugeben, hätte ich das Wort nicht zu ergreifen brauchen. Aber in dem gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nicht mehr bloß um die Grundlinien, sondern bereits um ihre Anwendung auf Einzelheiten. Die Zeit ist gekommen, wo bis ins einzelne genau eine Linie zu bestimmen ist, auf die Gefahr hin, daß kleinere Teile der Nation mit ihrer Richtung nicht ganz übereinstimmen mögen. Diese Notwendigkeit enthebt uns freilich nicht der Verpflichtung, zunächst und zumeist die Punkte in den Vordergrund zu stellen, in denen wir alle, ohne Unterschied der Partei und des politischen Temperaments, übereinstimmen.

Gehen wir dementsprechend an die Frage heran, die gegenwärtig uns alle bewegt, und mit uns die gesamte Menschheit, Freund und Feind und Neutrale: auf welche Bedingungen hin den schweren, die Menschheit zerfleischenden Kämpfen ein Ende gemacht werden kann, so weiß ich mich eins mit Ihnen, meine Herren, und mit dem gesamten deutschen Volke, als dessen Vertreter Sie hier versammelt sind, wenn ich als erstes bezeichne, und nicht sowohl als Bedingung, wie als Voraussetzung all und jeder Friedensverhandlung: daß der Friede, über den verhandelt wird, in Wirklichkeit ein Friede sein soll. Der Gedanke, wie er in der Mitte unserer Feinde entstanden und von einem Teile derselben auch wirklich geglaubt und festgehalten wird, daß man einander in feierlicher Urkunde Friede zusagen und gleichzeitig einen Wirtschaftskrieg beginnen soll, dieser Gedanke ist in der Geschichte der Menschheit

Digitized by Google

unerhört. Noch ist es bis vor kurzem allgemein Sitte gewesen, eine feierliche Friedensurkunde mit der Anrufung Gottes zu beginnen. Und wir müssen annehmen, daß ein Volk, das auf seine gottesfürchtige Gesinnung Gewicht legt, sich wohl noch des Gebotes erinnert: Du sollst den Namen deines Gottes nicht unnützlich führen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht! Wir setzen uns nicht an einen Tisch mit Unterhändlern, die den Auftrag haben, eine Friedensurkunde nur zum Scheine zustande zu bringen, damit unter ihrem schützenden Deckmantel der Krieg mit Wirtschaftswaffen nur desto bequemer geführt werden könne. Mit klaren Worten hat am 9. Jan. 1918 Präsident Wilson es als eines seiner 14 Kriegsziele bezeichnet, daß nach Friedensschluß die Bedingungen für den Handel gleich sein sollen „für alle dem Frieden beistimmenden und zu seiner Aufrechterhaltung sich vereinigenden Nationen". Und der Herr Reichskanzler hat schon in seiner damaligen Rede im Hauptausschuß am 24. Jan. sein volles Einverständnis mit diesem Punkte erklärt. Und darum: wer wissen will, was für einen deutschen Frieden die erste Bedingung ist, der wisse: Friede soll Friede sein! Pax pax esto! — Es wird aber nicht genügen, dies als bloße Herzensmeinung auszusprechen; es werden positive Bestimmungen getroffen werden müssen, daß mit dem Inkrafttreten der Friedensurkunde alle andern Feindseligkeiten ebenso aufhören, wie die militärischen. Ein Muster dafür bietet, was Österreich und Rumänien sich für die Zukunft in dieser Beziehung zugesagt haben. Sie sind insbesondere für ihre Unterrichtsverwaltungen die Verpflichtung eingegangen, kein Schulbuch zu dulden, das Bestandteile des einen Landes als wünschenswertes oder gar als wirkliches Zubehör des anderen hinstellt, das Gift der Verfeindung den kindlichen Gemütern einträufelt. Ebenso haben diese beiden Staaten sich verpflichtet, keine derartige Preßagitation in ihren Ländern zu dulden. Es muß ein Satz internationalen Presserechts werden, daß Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen ein anderes Land mit entsprechenden Strafen bedroht, und daß Blätter, die in dieser Beziehung eine fortgesetzte Politik betreiben, von der Beförderung durch die Staatspost ausgeschlossen werden. Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, daß jede solche Bestimmung, wenn wieder einmal der böse Wille erwachen sollte, mit der Tücke versteckter Ausdrucksweisen zu kämpfen haben wird. Aber eines wird durch solche Bestimmungen sicher erreicht: dem Gesandten, der wegen Schmähung und aufreizender Behandlung seiner Nation Vorstellungen erhebt, wird in Zukunft nicht mehr geantwortet werden können, daß er nicht befugt sei, sich in diese Angelegenheiten zu mischen. Der Zustand, daß ein Gesandter erst dann berechtigt ist, Vorstellungen zu erheben, wenn es bis zum Meuchelmord gekommen ist, darf nicht wiederkehren.

Sodann eine zweite Voraussetzung, in der ich unser aller Übereinstimmung ebenso sicher bin. Für uns ist der Friede ein Akt der auswärtigen Politik. Wie wir keinen Versuch machen, in die innere Verfassung der anderen Staaten einzugreifen, so setzen wir ebenso voraus, daß die Regelung unseres inneren Verfassungslebens nicht zum

Digitized by Google

Gegenstande von Verhandlungen gemacht wird. Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, bestehend aus 25 Staaten und einem Reichsland. Ob wir die Zahl der Staaten vermehren oder vermindern wollen, ist eine Angelegenheit unseres inneren Verfassungslebens. So wenig, wie die Vereinigten Staaten von Amerika sich dazu herbeilassen würden, mit anderen Staaten Verhandlungen darüber zu führen, ob ihr Bundesland, der District of Columbia, Bundesland bleiben, oder in einen Staat verwandelt werden soll, so wenig können wir es zum Verhandlungsgegenstande werden lassen, ob wir aus unserem Reichslande einen Staat machen wollen, oder nicht. Dabei besteht noch der Unterschied, daß der District of Columbia kein eigenes Parlament besitzt, daß seine Einwohner nicht einmal zum Kongreß wählen dürfen, während unser Reichsland, was das Ausland nicht zu wissen scheint, zu seinem Parlament das freiheitlichste Stimmrecht der Welt besitzt, und seine Einwohner zum deutschen Parlament wählen, wie die Bürger aller anderen deutschen Länder. Aber daß das Reichsland eine freiheitliche Verfassung besitzt, ist nicht einmal das Wesentliche. Selbst wenn hier Vervollkommnungen nötig sind, dann ist ihre Anordnng und Ausführung unsere Sache, und vor allen Sache des Reichslandes selber. Und da wir hierin einig sind — einig unter uns und mit den Bürgern des Reichslandes — so brauchen wir zu den Hirngespinsten, die von einer Zukunft des Reichslandes außerhalb des Reiches träumen oder zu träumen vorgeben, kein Wort zu verlieren. Von Hüningen bis Emmerich fließt der Rhein zwischen deutschen Ufern.

Dies die Voraussetzungen, unter denen wir in Verhandlungen eintreten können. Die Bedingungen, über die verhandelt werden soll, werden zum Teil an den bereits vorliegenden Urkunden über den Ostfrieden eine Orientierung finden.

Am 9. Februar und am 3. März 1918 sind mit der ukrainischen Volksrepublik und der Sowjetrepublik Moskau zu Brest-Litowsk die Friedensverträge unterzeichnet worden, die wir daselbst in Gemeinschaft mit unseren österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Verbündeten abgeschlossen haben. Am 7. März folgte in Berlin der Friede, den wir mit Finnland abschlossen, obgleich wir uns mit diesem Staate nie in tatsächlichem Kriegszustande befunden haben; in Rücksicht darauf, daß das ehemalige Zartum Rußland in auswärtigen Angelegenheiten Finnland mit zu vertreten beanspruchte. Endlich ist am 7. Mai zu Bukarest der Friede von uns, wiederum in Gemeinschaft mit unseren drei Verbündeten, einerseits, und von Rumänien andrerseits unterzeichnet worden. Diese Friedensschlüsse bilden zusammen ein einheitliches Ganze. Ihr Grundgedanke ist, daß Friede sein, und daß ein Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten des andern einmischen soll. Daß die Feinde, die im Kriege verharrten, den schwer geprüften Ländern den Frieden nicht gönnten, daß sie vom äußersten Norden und äußersten Osten aus die Kriegsfurie wieder ins Land brachten, zeigte aufs deutlichste, wer bestrebt war, dem Lande dem Frieden zu bringen, und wer bestrebt war, ihn zu rauben. Die Linie, die wir hier verfolgen, ist unverändert. Ihr

Digitized by Google

Sinn ist nicht anders als welthistorisch zu erfassen. 2—3 Jahrhunderte hindurch sind die Völker, die zwischen Deutschland und China wohnen, daran gehindert worden, Staaten zu bilden, wie es alle Völker der Erde tun. Die großartige Staatenverhinderungs-Maschine, genannt russisches Zartum, die auf diesen Völkern lastete, ist zerbrochen. Das Zeitalter der Staatenbildung hat jetzt für die osteuropäischen Völker begonnen, wie vor anderthalb Jahrtausenden beim Zusammenbruch des Römischen Reiches für die westeuropäischen. Zu verlangen, daß hier sofort Bildungen entstehen, die ihr dauerndes Gepräge tragen, heißt, Übermenschliches verlangen. Ebenso wie bei uns in Westeuropa ehemals Jahrhunderte vergangen sind, bis die einzelnen Nationen ihre nationalen Staaten in einer gewissen Stetigkeit ausgebildet hatten, so wird es auch hier zum mindesten eine oder mehrere Generationen erfordern, bis die neuen Staaten ihre endgültige Abgrenzung, ihre innere Verfassung und die Regelung ihres Verhältnisses zu einander gefunden haben. Wenn wir zur Erleichterung dieser schwierigen Aufgaben dadurch etwas beitragen können, daß wir und unsere Verbündeten die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk in einzelnen Punkten einer freundschaftlichen Revision unterziehen, so besteht auf unserer Seite kein grundsätzliches Bedenken. Auch brauchen die Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit hier erhoben haben, und die mannigfachen Verwirrungen uns nicht zu erschrecken. Auch nicht einmal die Gegensätze, die sich aus der Frage zu ergeben scheinen, ob hier viele einzelne Staaten nebeneinander, oder über größere Strecken hin ein einheitlicher Staat, oder dazwischen Föderativbildungen bestehen sollen. Denn abgesehen davon, daß auch dies innere Angelegenheiten dieser Völker sind, in die wir nicht eingreifen wollen, solange dies nicht von den Beteiligten selbst gewünscht wird, — wir sollten uns auch hierbei hüten, als selbstverständlich vorauszusetzen, daß die erst jetzt selbständig in die Geschichte eintretenden Völker an die Staatsformen gebunden seien, die wir in Westeuropa ausgebildet haben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß in der Ersinnung politischer Formen die Menschheit schon an das Ende gelangt sei. Und diesen neuen Völkern mag es beschieden sein, noch Formen auszubilden, von denen wir uns heute so wenig Vorstellungen machen können, wie etwa unsere konstitutionelle Monarchie mit verantwortlichen Ministern von Karl dem Großen vorgeahnt werden konnte. — Eine Schwierigkeit kann daraus entstehen, daß in den letzten vier bis fünf Menschenaltern auch Völker zu Osteuropa geschlagen waren, die sich als westeuropäische betrachten, wie die römisch-katholischen Polen, die protestantischen Balten u. a. Hier müssen allerdings Wege und Mittel gefunden werden, um diese westeuropäische Zugehörigkeit zu deutlichem und erkennbarem Ausdruck zu bringen. Aber alles, was in dieser Beziehung, insbesondere über Personalunionen in ausländischen Blättern verbreitet worden ist, wird mit Unrecht auf vollendete Tatsachen gedeutet. Wenn von der Landesvertretung Kurlands der Wunsch ausgegangen ist, Se. Majestät der Kaiser möge den Herzogshut von Kurland aufsetzen, so lag gewiß kein Anlaß vor, einem so

Digitized by Google

treuherzigen Wunsch eine unfreundliche Antwort entgegenzustellen. Aber wie Se. Majestät in Ihrer Antwort betont haben, werden hierüber zunächst die zuständigen Stellen zu hören sein. Die preußische Verfassung schreibt ausdrücklich vor, daß der König ohne die Zustimmung beider Häuser des Landtags nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein kann. Die Bedeutung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts zeigt sich auch darin, daß in Zukunft die Zustimmung der preußischen Volksvertretung auf Grund desselben Stimmrechts erfolgen wird, aus dem der Deutsche Reichstag hervorgeht. Bei einem Bundesstaate aber, wie das Deutsche Reich es ist, können Personal- und Realunionen sehr leicht aus unbedeutendem Anlaß zu politischen Verwicklungen führen, die das ganze Reich in Mitleidenschaft ziehen. Schon unter diesem Gesichtspunkt wird zu prüfen sein, ob nicht die Annahme fremder Kronen seitens aller Bundesfürsten, ja auch seitens nichtregierender Häuser, von der Zustimmung durch Kaiser, Bundesrat und Reichstag abhängig zu machen ist. Durch diese Erschwerungen würde auch am deutlichsten zum Ausdruck kommen, daß Deutschland nicht auf solche Verbindungen ausgeht, sondern daß sie nur geschlossen werden sollen, wenn es wirklich im Interesse des Deutschen Reiches liegt, dem Wunsche einer ausländischen Bevölkerung nach einem deutschen Fürsten entgegenzukommen.

Wir haben den Grundsatz der allgemeinen Befriedung des Ostens auch auf Rumänien angewendet. Die Tatsache, daß hier ein Bundesgenosse die Waffen gegen uns getragen hat, haben wir das unglückliche Volk nicht entgelten lassen. Die Urheber dieses verderblichen Schrittes zur Verantwortung zu ziehen, bleibt eine Aufgabe der verfassungsmäßig berufenen Organe Rumäniens. Ja, eine territoriale Regelung, die unvermeidlich geworden war, haben unsere Verbündeten und wir so einzurichten gewußt, daß, was Rumänien an einem Gebiete, das ihm nur kurze Zeit gehört hat, verlor, ihm auf der andern Seite an altrumänischem Gebiete wieder zuwuchs. Aus nichts geht der Geist dieses Friedensschlusses so deutlich hervor, wie aus dem Zusatzvertrag mit Österreich-Ungarn und jenen ausdrücklichen Bestimmungen zur Verhütung zukünftiger Völkerverhetzungen. Bestimmungen, von denen wir hoffen, daß sie in der Geschichte der internationalen Beziehungen der ganzen Erde Muster und Vorbild werden.

Ähnlich wie die vergangenen denken wir uns die zukünftigen Friedensschlüsse. Es besteht für uns kein Grund, das serbische Volk entgelten zu lassen, was einzelne irregeleitete Teile und seine Führer verbrochen haben. Man hat heute vergessen, daß es serbische Handlungen waren, an denen der Weltbrand sich entzündet hat. Vielfach hat man die Forderungen des österreichischen Ultimatums vom 23. Juli 1914 hart genannt, und einem souveränen Staate gegenüber unerhört. Wenn also wirklich die serbische Regierung sich unerhörten Bedingungen gefügt hat, so hat sie damit anerkannt, daß sie für jene Vorgänge eine Schuld trifft. Um so unbegreiflicher war es, daß

Digitized by Google

sie die einzige Bedingung, die eine Garantie für unparteiische Untersuchung bilden konnte, schroff ablehnte. Heute gibt es im serbischen Volke niemanden, der nicht diese Ablehnung bitter bereut. Und darum können wir diesem schwer geprüften Volk in Zukunft vertrauen. Es ist noch nicht einmal gesagt, daß die Verbindung zwischen unserem österreichisch-ungarischen und bulgarischen Bundesgenossen, die an sich nur einen kleinen Landstreifen beansprucht, auch nur in diesem geringen Umfange eine Gebietsverminderung Serbiens bedeuten müßte. Es kann im Gegenteil leicht möglich sein, daß durch die Verbindung der beiden serbischen Königreiche, wenn die Bevölkerung von Montenegro damit einverstanden ist, das wiedererstandene Königreich Serbien eine Gebietsvermehrung und den lange erstrebten Zugang zum Meere erhält. Darüber würde zu verhandeln, und würden vor allem die Bevölkerungen selbst zu hören sein.

Italien ein Staat, der wie kaum ein anderer in sich einheitlich national war, hat die Politik der Einheitlichkeit mit dem Eintritt in diesen Krieg verlassen. Der Geheimvertrag von 1915, der, sehr zum Leidwesen der Regierenden Italiens, später der Öffentlichkeit übergeben worden ist, trägt das lange Verzeichnis von Landstrichen, zu deren Erbeutung Italien, seine altbewährten Bundesgenossen verlassend, an die Seite ihrer Feinde getreten ist. Darunter bedeutende südslawische Landstrecken in Dalmatien, Istrien, Krain und Kärnten; wie ja Italien auch Miene machte, sich vorübergehend besetzte griechische Inseln anzueignen. Den Slawen gegenüber hat Italien bereits abgebeten. Auch dieses Land sieht ein, daß es besser getan hätte, das Gottesurteil des Krieges nicht herauszufordern. Wir halten es für ausgeschlossen, daß Österreich die Erfolglosigkeit des italienischen Vorgehens benutzen wird, um sich wieder in Gegenden niederzulassen, die wie Venezien und Mailand ehemals österreichisches Besitztum waren. Die Garantien, die Österreich gegen einen erneuten Überfall in Gestalt von Grenzverbesserungen hier und da beanspruchen könnte, werden sicher unbedeutend sein.

Mit voller Bestimmtheit können wir uns unserm Nachbar gegenüber äußern. Nur notgedrungen, um den Überfall des August 1914 abzuwehren, haben wir den Norden Frankreichs besetzt. Wir haben nie daran gedacht, es ganz oder zum Teil uns anzueignen. Wir wünschen nicht, daß unser Nachbar über das Maß der Entkräftung, das eine irregeleitete Politik ihm auferlegt hat, noch weiter geschwächt werde. Auch wenn z. B. in bezug auf gewisse Rohstoffe und ihre Erzeugungsgebiete besondere Bedingungen nötig werden, wünschen wir sie lediglich im Wege einer Verständigung zu erreichen. Von einem Frankreich, das innerhalb seiner Grenzen wiederum seiner Wohlfahrt leben und die Schäden des Krieges heilen will, trennen uns keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Auf diese einfache Formel hin können Frankreich und Italien, wenn sie friedebedürftig sind, jederzeit den Frieden haben.

Eine Verständigung mit England und Belgien würde bedeutend erleichtert, wenn

Digitized by Google

die englische Regierung sich endlich entschließen wollte, die von uns veröffentlichten Berichte der belgischen Gesandten von 1906—1914 in ihrem Lande ebenfalls zu verbreiten oder wenigstens die Verbreitung zu gestatten. In diesen acht Jahren ist die englische Diplomatie ohne Wissen und Willen ihres Parlaments mit Erfolg bestrebt gewesen, die belgische Regierung unter Verletzung ihrer Neutralitätspflicht zu einem einseitigen, geheimen Militärabkommen zu bewegen, ohne daß den anderen Garantiemächten etwas mitgeteilt wurde. Trotzdem behauptete nach dem 4. August die damalige englische Regierung, sie sei wegen Verletzung der belgischen Neutralität, und zwar lediglich wegen dieser Verletzung, in den Krieg gezogen. Dieses „lediglich" hat England nicht gehindert, Ägypten und Cypern, die bis dahin Bestandteile des neutralen türkischen Reiches waren, zu englischem Besitztum zu erklären (zusammen etwa im 3—4fachen Umfange Großbritanniens und Irlands), vor dem Eingange zum Hellespont Lemnos und Tenedos, weiter im Osten Palästina und Mesopotamien zu besetzen. Das alles tat England, während Belgien vergebens auf den ihm zugesagten englischen Schutz wartete, während Serbien und Montenegro aufhörten, als Staaten zu bestehen. Aber noch ist es nicht zu spät, noch heute hat England Gelegenheit zu zeigen, daß es wirklich nur wegen der belgischen Neutralität in den Krieg gezogen ist. Wir sind bereit, Belgien seine Neutralität wiederzugeben, so bald es uns die Garantien gibt, daß es sich nicht wieder in politische Machenschaften einlasse, wie in den acht Jahren von 1906—1914. Wenn England dabei bleibt, es müsse alle die Länder behalten, die es sich angeeignet hat, als es wegen der belgischen Neutralität in den Krieg zog, so wird jeder Belgier einsehen, wer ihm sein Land vorenthält: der, der bereit ist, hinauszugehen, oder der, der als Bedingung stellt, die in fernen Erdteilen eroberten Landstrecken behalten zu dürfen.

Darüber besteht Einverständnis, daß aller Kolonialbesitz einer besonderen Regelung unterliegt. Was unsere Kolonien in Afrika betrifft, so hat England in der Kongoakte vom 26. Februar 1885 versprochen, sie im Falle eines Krieges als neutral zu behandeln. Es ist, wie Sie wissen, nicht geschehen. Ja, das fremde Privateigentums ist hier sogar noch gewaltsamer als im Mutterlande weggenommen worden und muß desto sorgsamer wieder erstattet werden. Die allgemeine Regelung des Kolonialbesitzes wird von einem vernünftigen Überblick über die Bedürfnisse der europäischen Völker und über ihre Bevölkerungsüberschüsse auszugehen haben.

*

Meine Herren! Das Programm, wie ich es hier zu entwickeln die Ehre hatte, wird, das ist kein Zweifel, in der großen Mehrheit dieses Hauses Zustimmung finden. Aber es ist mir ebensowenig zweifelhaft, daß es von manchen unter Ihnen als weitgehende Enttäuschung empfunden wird. Dies ist begreiflich. Eine militärische Leistung wie sie Deutschland, mit seinen wackeren Verbündeten vereint, in diesem Kriege vollbracht hat, steht — das dürfen wir ohne übertriebenes Selbstlob sagen, da es nicht

Digitized by Google

nur unparteiische Beobachter, sondern auch unsere Feinde selbst vielfach hervorgehoben haben, — in der Weltgeschichte ohnegleichen da. Wenn ein Volk von allen Völkern der Erde überfallen wird und sich innerhalb seiner Grenzen behauptet, so würde das allein schon ein gewaltiger Erfolg gewesen sein. Daß aber darüber hinaus wir unsere Grenzen überschritten haben, und in vierjährigem Kampf die vereinigten Gegner nicht imstande waren, ihre Gebiete wieder zu erobern, daß die kleinen Königreiche Serbien, Belgien, Montenegro platt zu Boden fielen, ohne daß der Große, der sich Beschützer der Kleinen nannte, ihnen wirksamen Schutz angedeihen ließ oder angedeihen lassen konnte, das sind Tatsachen, die, wenn sie in der ganzen Welt wirken, so doch schließlich auch auf uns. Und es ist tief in der menschlichen Natur begründet, daß man nach großen Leistungen irgendwelche mit den Augen wahrnehmbare Erfolge sehen will. Aber trotzdem halten wir den Standpunkt, daß ein siegreicher Krieg mit Ländergewinn endigen müsse, — verzeihen Sie den Ausdruck; aber ohne jede Absicht, Gefühle verletzen zu wollen, finde ich keinen andern — halten wir diese Anschauung für veraltet. Als wir in den ersten Augusttagen 1914 von zwei Seiten her gleichzeitig überfallen wurden, und ein dritter noch größerer Feind am Horizont erschien, da war unser Volk entschlossen, sich dieses Überfalls zu erwehren und alles an seine Verteidigung zu setzen. Damals hat der, der zur Führung der Nation berufen ist, ihre Empfindungen in die Worte geprägt: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Unsere Feinde hatten im geheimen die Eroberungspläne fertig: Dardanellen und Konstantinopel, Zerschmetterung Deutschlands, Aufteilung Österreich-Ungarns. Um diese Absichten zu verstecken, mußten sie zu dem Märchen greifen, wir wären im August 1914 ausgezogen, um die Welt zu erobern, und unsere Eroberungslust hätte uns nach Belgien getrieben. Als in der Nacht zum 5. August 1914 die Kabel durchschnitten und Deutschland vom Weltverkehr abgetrennt wurde, da ist damals über die Menschheit eine Tradition ausgegossen worden, deren Überschwemmung bis heute nicht beseitigt ist. Nicht der Jüngste unter uns wird es erleben, daß die Tradition über den Ursprung dieses Krieges, die der Menschheit damals aufgezwungen wurde, als wir vom Nachrichtenverkehr abgeschnitten waren, durch die lautere Wahrheit ersetzt werden wird. Bis auf den heutigen Tag dürfen jene geheimen und jetzt enthüllten Aktenstücke über die Zerstückelung der Türkei, Österreich-Ungarns, Deutschlands in den Ländern der Entente nicht verbreitet werden. Aber gerade dieses Verbot beweist, daß die bessere Einsicht schon da ist, und wir denken nicht daran, jetzt den Spieß umzukehren und uns auf die Bahn einer Eroberungspolitik zu begeben, die unsere Feinde so tief in Verlegenheiten und Schamgefühl gebracht hat. Es würde das auch mit der Gesamtpolitik nicht vereinbar sein, die wir nach dem Kriege uns zur Richtschnur nehmen wollen.

Denn diese Gesamtpolitik geht von dem Grundgedanken aus, daß, wenn wirklich in Zukunft noch einmal ein großer Krieg unvermeidlich werden sollte, er unter keinen

Digitized by Google

Umständen in der Weise eines Aushungerungs- und Ausraubungskrieges gegen ganze Völker geführt werden dürfe. Was die von vielen beklagte Schutzlosigkeit des Privateigentums betrifft, so hat die Macht der Tatsachen für die Zukunft bereits gewisse Garantien geschaffen. Wenn für die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See bisher das Haupthindernis darin lag, daß eine Macht die Seeherrschaft für sich in Anspruch nahm, formuliert in dem Satze, daß ihre Flotte mindestens so groß sein müsse wie die beiden nächstgrößten zusammengenommen, so gehört mit dem Ausgang des Krieges dieser Two-Powers-Standard der Geschichte an. Aus diesem Kriege gehen Japan und die Vereinigten Staaten von Nordamerika beide mit so großen Kriegsflotten und einem so starken Vermehrungs-Koeffizienten hervor, daß keine Macht der Erde sich mehr das Ziel setzen kann, die eigene Flotte über die Summe dieser beiden zu erheben. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Unverletzlichkeit des Privateigentums zu Lande und zur See zu einem gemeinsamen Grundsatz der Menschheit zu machen. Die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918, in ihren Ausführungen über die Freiheit der Meere, zeigt, daß auch in der Mitte unserer Gegner Ansichten bestehen, mit denen wir uns berühren. Hieran haben alle Staaten des europäischen Kontinents ein gemeinsames Interesse. Namentlich die kleinen. Namentlich die neutralen. Und daher am meisten die, die während dieses Krieges am meisten zu leiden hatten, weil sie klein und neutral waren. Es darf nicht wieder vorkommen, daß Neutralität für ein Volk einen Leidensweg bedeutet. Die Geschichte Englands ist an einem Wendepunkt angelangt. Entweder hält England fest an dem Grundsatz, daß ihm die Herrschaft über die Meere gebühre, daß England, wenn es irgendeinen Krieg führt, das Recht hat, allen Völkern der Erde vorzuschreiben, wieviel sie essen, wieviel sie trinken dürfen; dann wird, der Friedensschluß mag ausfallen wie er wolle, in kurzem England der gemeinsame Feind aller Staaten werden, die während dieses Krieges seine harte Hand gefühlt haben. Wenn aber das englische Volk einsieht, daß über jenen Grundsatz die Weltgeschichte hinweggeschritten ist, und zwar in einem großen welthistorischen Akte, den das englische Volk selbst vollzogen hat; wenn England sich entschließt, als ein Volk unter Völkern zu leben, dann ist diesem Volk, wie keiner von uns zweifelt, noch eine große und erfolgreiche Zukunft beschieden.

Die Grundsätze, die wir für den zukünftigen Völkerverkehr in der Friedensurkunde festlegen wollen, sollen nicht etwa bloß für uns; sie sollen, wo die Sache es erfordert, auch gegen uns gelten ...

Die folgenden Ausführungen haben wir aus Rücksicht auf die Papierknappheit weglassen müssen. Sie enthalten die (in Deutschland selbstverständliche) Versicherung, daß wir auch unsererseits bereit sind, privatrechtliche Schädigungen durch Zwangsliquidationen u. ä. in dem Maße zu ersetzen, wie wir Ersatz beanspruchen; zeigen, daß „Mitteleuropa" nur Zusammenschluß, nicht Abschluß nach außen bedeuten darf, und daß der Wiederaufbau nach dem Kriege nur das gemeinsame Werk der Menschheit sein kann.

Digitized by Google

Die Idee des „Krieges nach dem Kriege" ist mit der Idee eines allgemeinen Völkerbundes zur Verhinderung der Kriege in eine merkwürdige Verbindung gebracht worden. Mögen über internationale Organisationen als zweckmäßiges Mittel zur Hintansetzung kriegerischer Streitigkeiten die Ansichten früher auseinandergegangen sein, nach den fürchterlichen Schicksalen, denen die Menschheit in diesen vier oder fünf Jahren ausgesetzt war, gibt es niemanden mehr, der diesem Mittel, wenn es vorgeschlagen wird, widerstreben könnte. In Wirklichkeit schaffen wir und unsere Bundesgenossen, ebenso wie die Sowjet-Republik, die Ukraine, Finnland, Rumänien für die Ausführung der Friedens- und Zusatzverträge nach und nach ein System von gemischten Kommissionen und Schiedsgerichten, das für einen Bereich von 200—300 Mill. Menschen einen Anfang macht. Schon der Gedanke, daß eine alle Völker verbindende Organisation gebildet wird, kann etwas Anziehendes und Aussichtsreiches haben. Aber etwas anderes ist eine Bona-fide-Gemeinsamkeit aller Völker, etwas anderes die Verschwörung einer Mehrheit, die alles unter sich fertig macht und erst dann die Türen öffnet und der eintretenden Minderheit das Recht verleihen will, sich niederstimmen und vergewaltigen zu lassen. Die Ersinner dieses Planes sind identisch mit den Anhängern des Krieges nach dem Kriege. Unter dem Anschein einer Beschleunigung wollen sie den Völkerbund „schon jetzt" fertig machen, d. h. es liegt ihnen daran, noch bevor der Friede da ist, schon die Maschine zu seiner Vereitelung fertigzustellen. Die geistreichste Verknüpfung von Gegensätzen, die sich berühren! Wunderbar ist nur, daß sie sich noch darüber streiten, unter welchen Bedingungen nachher Deutschland „zugelassen" werden soll. Ein Völkerbund, dessen Ursprung mit einer solchen Verschwörung besudelt ist, mag sich nachträglich um unsere Mitgliedschaft noch so gleißnerisch bewerben: wir sind für ihn nicht zu haben. Wenn aber der gequälten Menschheit der Friede wiedergegeben ist, und wenn dann ohne Hintergedanken in voller Aufrichtigkeit für alle dem Frieden beistimmenden und zu seiner Aufrechterhaltung sich vereinigenden Nationen ein Bund begründet werden soll, der namentlich die Freiheit der Meere und die Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Völker der Erde gewährleisten soll, so wird kein Volk freudiger zur Mitarbeit bereit sein, als das unsrige.

Wann wird dieser Zeitpunkt eintreten? Das ist die Frage, die sich gegenwärtig bei keinem Volke der Erde mehr in den Hintergrund drängen läßt. Während der ersten ein oder zwei Jahre des Krieges war bei allen Völkern die Parole „Durchhalten!" der einzige Gedanke. Wer fragte: „wie lange?", galt für einen Pazifisten, Defaitisten und wie die sonstigen -isten heißen mögen. In den letzten zwei Jahren ist diese Frage überall erlaubt gewesen, und gegenwärtig wird sie auf der ganzen Erde mehr erörtert, als irgendeine andere: **Wann wird der Krieg zu Ende sein?**

Ich glaube, es läßt sich eine Antwort darauf geben. Unsere Feinde hatten ursprünglich eine sehr bestimmte Antwort. In jener Zeit, von der ich zu Anfang sprach, und

Digitized by Google

die uns allen in der Art, wie sie über uns hereinbrach, ewig in Erinnerung bleiben wird, in jener Zeit des plötzlichen und allgemeinen Überfalles über unser Vaterland, da glaubten unsere Feinde, daß die Allgemeinheit des Überfalles für sich allein schon den Krieg entscheiden, daß die feindlichen Armeen von Ost und West in der Mitte Deutschlands sich begegnen werden. Seit Dezember 1914 gab es in den feindlichen Armeen keinen militärischen Fachmann, der an die Möglichkeit glaubte, den Krieg auf diese Art oder überhaupt mit militärischen Machtmitteln allein zu beendigen. Seit damals war die Hoffnung auf die Aushungerung gerichtet. Seit dem Herbst 1915 besteht auch diese Hoffnung nicht mehr. Denn eine Bevölkerung, die ein Erntejahr hindurch sich selbst ernähren kann, kann es beliebig viele Erntejahre hindurch. Seit damals ist — der dritte und letzte Hoffnungsanker — der Rohstoff-Krieg an die Stelle getreten. Wir haben diese Gefahr niemals gering geschätzt. Am 4. August 1914 hat England die Freiheit der Meere aufgehoben; am 6. August haben bei uns die Verhandlungen begonnen, die sich zur Aufgabe machten, die Rohstoffbeschaffung und den Rohstoffersatz zu organisieren. Und wir blicken jetzt auf eine mehr als vierjährige Erfahrung zurück. Die Schwierigkeiten sind beständig gestiegen; aber die Mittel, ihrer Herr zu werden, sind in noch höherem Maße gestiegen. Wenn ein Rohstoff knapp wurde im Verhältnis von 10:1, so haben die Erfolge der chemischen Erfindungen, die uns einen Ersatz beschaffen, zugenommen im Verhältnis von 1:20 oder mehr. Auch haben wir Augen bekommen für die verborgenen oder verachteten Schätze der Natur, die bei uns vorhanden sind. Wir wußten nicht, in einem wie reichen Lande wir leben. Welche Rolle spielt heute als Kupferersatz das Aluminium! Die Tonerde, aus der dieses Metall gewonnen wird, ist in Deutschland in geradezu unbegrenzter Menge vorhanden. Pflanzen, die als Unkraut behandelt werden, liefern uns Textilfasern, die als Ersatz der Baumwolle sich schon jetzt eingeführt haben. Der unerschöpfliche Vorrat unserer Wälder speist eine Zellulose-Industrie, die als Rückgrat der Textilgewerbe ausreicht. Wenn es ein Land der Erde gibt, in dem die Voraussetzungen für ein Ausharren mit den eigenen Mitteln günstig ist, so ist es Deutschland im Verein mit Österreich-Ungarn; und da es von zwei weiteren Bundesgenossen mit bedeutenden, teilweise anderen Produktionsverhältnissen unterstützt wird, so wird die Aufgabe noch dadurch erleichtert. Ich sage nicht, daß wir uns nach dem Zustande sehnen, für alle Ewigkeit auf uns selbst gestellt zu leben. Ich habe ja wiederholt der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach diesem Kriege die Völker sich auf ihre gemeinsamen Aufgaben besinnen sollen. Aber was ich sage, ist: wenn es sein muß, gibt es kein Volk, dessen Produktionsverhältnisse hierfür günstiger liegen, als die unsrigen. An den Wirtschaftsplan, der uns die Möglichkeit geben soll, mit den Hilfsmitteln, die uns geblieben sind, ein geordnetes Leben einzuführen, legen wir jetzt die letzte Hand. Wir wollen die Entbehrungen, die sein müssen, tragen und dafür die Ruhe eintauschen, daß diese Entbehrungen aus-

Digitized by Google

reichen, uns im übrigen die Sicherheit des Daseins und einen gewissen Reserve-Rückhalt zu gewähren. Wir sind dabei auf die Mitwirkung des ganzen Volkes angewiesen, wie sie uns bisher in so reichem Maße zuteil geworden ist. Wir wollen uns rüsten zu einer Daseinsform, in der wir von dem Willen unserer Feinde unabhängig sind. An dem Tage, an dem England merkt, daß wir dazu äußerlich und innerlich gerüstet sind, — an diesem Tage wird der Krieg zu Ende sein.

Die beiden Deutschlande

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Rede des Vizekanzlers und die österreichisch-ungarische Friedensnote bezeichnen unseren guten Willen, Frieden auf der Grundlage zu schließen, daß der Besitzstand so wie er vor dem Kriege war, wiederhergestellt wird. Die Antwort des englischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Balfour, lautet darauf, was Deutschland angeht: wenn wir Frieden wollten, so hätten wir uns als besiegt anzusehen, auf Elsaß-Lothringen und die Kolonien zu verzichten, Belgien zu entschädigen und den Ostfrieden annullieren zu lassen. Das ist klar, nützlich und befreiend gesprochen. Wenn daraufhin die Stimmung in Deutschland nicht bald wieder zur festen Entschlossenheit des weiteren Durchhaltens, ohne Rücksicht auf die Opfer, zurückkehrt, so haben wir entweder ein Volk, daß die Balfourschen Bedingungen verdient, oder eine Regierung, die durch ihre Fehler den Wiederaufschwung des Kampfeswillens verhindert. An das erstere wird kein deutscher Patriot glauben; von der Regierung aber, anders ausgedrückt: davon, ob wir jetzt die richtige Regierung bekommen, hängt allerdings alles ab.

Herr v. Payer hat vom Besitzstand der Verbündeten vor dem Kriege gesprochen, der gewahrt bleiben müsse, und er hat gesagt, an den Ostfrieden dürfe nicht gerührt werden. Was den ersteren Punkt betrifft, so ist unterlassen worden, Bulgarien besonders hervorzuheben, bei dem natürlich ein Zurückgehen auf die Grenzen von 1914 ausgeschlossen ist. Das geschah aber sicher nicht mit Absicht, sondern weil es für unser aller Empfinden selbstverständlich ist, daß die Bulgaren ihre nationale Einigung erlangen. Beim Ostfrieden dagegen mußte davon ausgegangen werden, daß das einstige Rußland in einem Kriege zugrunde gegangen ist, dessen Ausbruch die Machthaber der zarischen Regierung verbrecherisch in letzter Stunde erzwangen, als sich eben noch eine Hoffnung zeigte, die Weltkatastrophe könnte vermieden werden, und daß nur seine auseinandergefallenen Bestandteile noch als Verhandlungssubjekte existieren. Diese Ergebnis ist für Deutschland befreiend, so sehr, daß hiernach ein Friedensschluß schwer gedacht werden kann, der so ungünstig für uns wäre, daß er die Entlastung im Osten durch seine Nachteile wieder wettmachen könnte. Die Auflösung Rußlands aber als ein von früher her verfolgtes und schließlich erreichtes

Digitized by Google

Ziel der deutschen Politik hinzustellen, wäre falsch, denn diese Politik hat jahrelang während des Krieges nichts so sehnlich erstrebt, wie den Sonderfrieden mit dem zarischen und später mit dem republikanischen Rußland als Ganzem. Erst als Rußland tatsächlich auseinandergebrochen war, die Randvölker sich für frei erklärten und keine Gewalt mehr vorhanden war, die das ganze frühere russische Reich vertreten konnte, erfolgten die Friedensschlüsse mit den neuen Staatengebilden auf dem einstmals russischen Boden. Noch den Bolschewisten wurde von Deutschland der Friede im ganzen angeboten, aber sie wollten ihn nicht, bis schließlich Armee und Staat sich auflösten. Noch heute gibt es ja unter unseren Diplomaten und in unserer öffentlichen Meinung Leute genug, die nicht einmal imstande sind, zu begreifen, daß die Umwandlung Osteuropas durch den Sturz der russischen Macht die Befreiung Deutschlands aus unerträglicher Gefahr bedeutet. Von seiten der Entente ist es begreiflich, daß der Ostfriede als ein deutsches Kriegsziel hingestellt wird, das wieder zunichte gemacht werden muß, denn die Entente weiß, daß mit dem Verschwinden Rußlands der ganze Weltkrieg gegen Deutschland im Grunde umsonst ins Werk gesetzt worden ist. Wir unsererseits aber haben ebensowenig Veranlassung, von Revision des Ostfriedens zu reden (zu wessen Gunsten denn?), wie den Ostfrieden als unser Werk hinzustellen. Das ist er gar nicht; vielmehr ist er eine naturnotwendige Folge der inneren Schwäche und Unmoral, mit denen der brüchige Bau des russischen Staatswesens behaftet war. Die Geschichte selbst hat über diesen Staat gerichtet, und uns hat das Schicksal, das uns wohl mit uns meinte, damit von einem Druck befreit, gegen den wir uns anders zwischen der feindseligen und reißend wachsenden moskowitischen Masse im Osten und den eifersüchtigen Angelsachsen im Westen auf die Dauer doch schwer hätten halten können.

*

Wenn man politisch richtig denken will, so muß man von der Tatsache ausgehen, daß auf dem weiten osteuropäischen Raum an die Stelle Rußlands, das uns mit der Gefahr der Erdrückung bedrohte, ein neues Staatensystem getreten ist, dessen Ausgestaltung im einzelnen noch nicht sicher erscheint, dessen Vorhandensein uns aber, wenn ganz grobe politische Fehler vermieden werden, nach Osten rückenfrei macht. Dadurch ist die bisher bedrohlich eingeengte, latent oder offen stets „eingekreiste" Stellung Deutschlands soweit verbessert, daß wir von Natur nicht mehr zu sehr hinter den andern großen Nationen zurückstehen. Daher können wir (und wenn wir es tun, so folgen wir nur einem Gebot der Ehrlichkeit und Klugheit) unser Friedensangebot an die übrige uns feindliche Welt wiederholen und können es noch unzweideutiger unterstreichen, indem wir für diejenigen, die uns mißtrauen, auf das bündigste versichern: wir denken an keine Eroberungen und sind mit unsern alten Grenzen zufrieden! Dies wäre auch für die Payersche Rede eine logischere Konstruktion gewesen, als zu sagen: nach Westen begehren wir nichts, aber nach

Digitized by Google

Osten muß es bei dem Brester Frieden bleiben. Unsere Konstruktion ist dadurch noch um so stärker, daß sich als die politische Mission Deutschlands in Osteuropa ebenso deutlich wie ursprünglich ungewollt die Befreiung der von Rußland unterdrückten Völker herausgestellt hat, die historisch einer höheren, dem europäischen Abendlande verwandteren oder aus ihm stammenden Lebensordnung angehörten, und die das halb tatarische Moskowitertum entrechtete und vergewaltigte. Das einzige, wovor wir uns hüten müssen, ist, daß wir nicht unversehens an einem Ende, statt der freien Entwicklung dieser aus dem moskowitischen Rachen gerissenen großen und kleinen Völker soviel wie möglich Raum zu geben, selber in unfreiheitliche Maßnahmen verfallen. Sobald wir das tun, schwächen wir unsere moralische und politische Position im Osten, die sonst auf einem Fundament von unzerstörbarer innerer Tragkraft ruht, in gefährlicher Weise, denn wir können uns dann beim allgemeinen Friedensschluß nicht mehr darauf berufen, daß wir dort nur die Vollstrecker des sittlichen Endurteils der Geschichte selber gewesen sind. Das sollten wir uns gleich ernstlich in der Ukraine, in Finnland und im baltischen Gebiet und wo sonst immer gesagt sein lassen.

Die Wendung der Dinge im Osten ist also, wenn wir sie uns nicht durch Kurzsichtigkeit wieder verderben, eine unendlich erleichternde Hilfe, um kurz entschlossen die Frage der „Sicherungen" gegen Westen durch den Verzicht auf jedes direkte oder indirekte Annexionsziel zu lösen. Daß die Verfolgung eines solchen Zieles von nennenswertem Umfang den Krieg ins Endlose verlängern und zu dem gewünschten Ergebnis entweder gar nicht führen oder uns mit einer unerträglichen Summe dauernder Feindschaft seitens der übrigen Völker belasten würde — diese Einsicht war schon das Motiv für die Erklärung einer Anzahl im politischen, akademischen und Wirtschaftsleben Deutschlands hervortretender Männer vom 27. Juli 1915, unter der auch mein Name steht. In dieser vor nunmehr drei Jahren an den Reichskanzler gerichteten Eingabe hieß es:

Deutschland ist in den Krieg nicht mit der Absicht auf Eroberungen gegangen, sondern zur Erhaltung seines von der feindlichen Koalition bedrohten Daseins, seiner nationalen Einheit und seiner fortschreitenden Entwicklung. Nur was diesen Zielen dient, darf Deutschland auch bei einem Friedensschluß verfolgen ...

In rein sachlicher Erwägung bekennen wir uns zu dem Grundsatz, daß die Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist. Das Deutsche Reich ist hervorgegangen aus dem Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Zusammengehörigkeit ...

Der höchste Siegespreis wird immer in der stolz errungenen Gewißheit bestehen, daß Deutschland auch eine Welt von Feinden nicht zu fürchten braucht, und in dem beispiellosen Kraftbeweis, den unser Volk den andern Völkern der Erde und den kommenden Generationen gegeben hat. Das deutsche Volk kann aber nur einen Frieden schließen, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und der ungehemmten Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmungsgeistes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen gibt. Wir hegen das Vertrauen, daß es Ew. Exzellenz mit den

Digitized by Google

verfassungsmäßig berufenen Instanzen gelingen wird, unbeirrt, zu gegebener Zeit, auf der Höhe unserer militärischen Erfolge einen solchen Frieden zu schaffen.

Für diese Worte sind die Unterzeichner der Eingabe verzichtlerische Tröpfe ohne Vaterlandsgesinnung genannt worden. Wir haben zu unserer damaligen Kundgebung heute nichts dazu- und nichts davonzutun. Sie enthält dasselbe, was die Regierung jetzt mehr als drei Jahre später durch Herrn v. Payer gesagt hat, nachdem die Opfer sich bis auf ein Maß gesteigert haben, das damals niemand ahnen konnte, und nachdem man bis zu einem Moment gewartet hat, der militärisch und politisch bedeutend weniger günstig ist, als er zu verschiedenen Malen im Laufe der letzten drei Jahre hätte gewählt werden können. Es ist heute noch nicht an der Zeit, zu untersuchen und zu begründen, wie oft und wann bessere Gelegenheiten zu einem Schritt wie die Payerschen Rede versäumt worden sind. Daran aber kann kein verständiger Politiker zweifeln, daß auf diese Bedingungen dem Krieg mehr als einmal schon ein Ende hätte gemacht werden können. Innerhalb der Regierung hat auch meistens grundsätzliche Neigung zur einem Verständigungsfrieden bestanden. Fragt man aber, warum es denn nicht dazu gekommen ist, so muß die Antwort lauten: weil es während des Krieges fast von Anbeginn nicht ein Deutschland und eine Regierung, sondern zwei Deutschlande und zwei Regierungen gegeben hat, von denen die einen immer dafür sorgten, daß der anderen, auch wo sie friedlich dachten und sprachen, draußen nicht geglaubt wurde.

Woher ist dieser Krieg gekommen? Von der russischen Eroberungsgier und von der englischen Sorge um unseren Flotten- und Handelswettbewerb. Wollte man ihn den Völkern, zumal den westlichen, bei denen das eigene Urteil eine größere Rolle spielte, als bei der russischen Masse, als Notwendigkeit plausibel machen, so mußte man Deutschland als die Weltgefahr hinstellen. Davon, daß es den zum Krieg entschlossenen Führern gelang, diese Meinung über Deutschland zu erwecken und zu erhalten, hing es ab, ob das Feuer des Kriegswillens gegen uns erhalten werden konnte oder nicht. Wer da glaubt, daß die ganze Welt sich nur mit Zwang und Redensarten in den Krieg treiben läßt, der hat keinen politischen Verstand und ist ohne Sinn für das politisch Wirkliche. Es kommt sicher viel Phrase und Heuchelei dazu, aber ohne daß den Völkern die Vorstellung eingeimpft worden wäre, daß Deutschland eine Bedrohung für die „Menschheit" sei, ist dieses Übermaß von Haß, diese unauslöschliche Kampfbereitschaft nicht möglich. Um sie zu nähren, brauchen die Kriegstreiber immer neues Material. Sie müssen täglich über die Welt ein Füllhorn deutscher „Schlechtigkeiten" ausgießen. Die größte Gefährdung ihres Ziels, Deutschland zu vernichten, würde davon kommen, daß urteilsfähige und besonnene Männer, Freunde des Friedens und Gegner der Demagogie der Völkerverhetzung, der wirtschaftlichen Überlastung, auftreten und darauf hinweisen, in Deutschland gebe es auch eine starke ehrliche Strömung für den Frieden und genug Leute, die an keine Weltherrschaft

Digitized by Google

dächten. Mehren sich solche Stimmen, so sind sie der Tod des Krieges — also müssen sie entkräftet werden, koste es, was es wolle.

Hier ist der Punkt, wo das Gegeneinanderarbeiten der einen Regierung gegen die andere verhängnisvoll geworden ist. Die eine Regierung war die offizielle, die ihre Bereitschaft zum Frieden erklären wollte und verschiedene Versuche machte, die Welt davon zu überzeugen, daß wir keine Gewaltherrschaftsziele verfolgten; die andere war die alldeutsche Gegenregierung, die dadurch zustande kam, daß die Annerionisten und Machtpolitiker immer Persönlichkeiten fanden, deren Einfluß so stark war, daß sie die Aktionen der eigentlichen Regierung lähmten oder durchkreuzten und nach außen eindruckslos machten. Ob man diese Nebenregierung formell „alldeutsch" nennen will oder nicht, ist eine untergeordnete Frage. Jedenfalls waren hervorragende alldeutsche Größen ihre Wortführer und der Alldeutsche Verband rühmte sich als die Sturmtruppe gegen alle Vertreter einer vorsichtigeren Politik und bezeichnete sie als die Männer des Volksvertrauens, das heißt des Vertrauens der Alldeutschen. Auch das alldeutsche Programm, so wie es aus den Schriften und Reden der Alldeutschen vor dem Kriege und während des Krieges bekannt war, fand sich in seinen wesentlichen Teilen bei der Gegenorganisation gegen die Regierung wieder. Der Gegenregierung gelang es auch, den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg zu stürzen. Dessen Fehler war, daß er die Unvermeidlichkeit des Kampfes mit den alldeutschen Vertretern der Machtfriedensidee nicht erkannte und nicht offen gegen sie vorgehen wollte. Ich habe ihm am 30. Mai 1916 geschrieben:

... Für die Stimmung gegenüber der Anbahnung von Friedensverhandlungen und für die Frage des Friedensschlusses selbst bildet die nun einmal vorhandene falsche Anschauung vom Charakter der deutschen Politik vor dem Kriege und während des Krieges eine Wirklichkeit, mit der gerechnet werden muß. Es hat wenig praktisch-politischen Zweck, sich auf das eigene gute Gewissen zu verlassen und davon abzusehen, daß die übrige Welt meistens das Gegenteil glaubt. Die Menschen handeln nun einmal in der Politik grade so wie im Privatleben nicht nach dem was wirklich ist, sondern nach dem, was sie für Wirklichkeit halten. Für Wirklichkeit aber halten sie den deutschen Militarismus im oben charakterisierten (alldeutschen Sinne. Wer so denkt, dem widerstrebt es natürlich auf das äußerste, einen Frieden hinzunehmen oder geschehen zu lassen, bei dem Deutschland und seine Verbündeten als der siegreiche Teil dastehen. Es ist nicht nur Mache und geschichtspolitische Fälschung, wenn es heißt, ein Frieden mit diesem Deutschland sei unmöglich, sondern es ist zum großen, wenn nicht zum überwiegenden Teil wirklich empfundene Besorgnis derer, die so reden. Das zu wissen ist für uns notwendig, wenn wir die Friedensfrage für uns erwägen. Das Hindernis gegen die innere Bereitschaft zu Friedensverhandlungen, das in dem Mißtrauen gegen Deutschland als gewalttätige Macht besteht, wird auf der Gegenseite kaum von selber verschwinden ... Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Alldeutschen aus der Friedensfrage auszuschalten, wird nicht möglich sein. Früher oder später wird sich der Streit doch erheben, und da kann es nur von Vorteil sein, wenn die Regierung beizeiten die Initiative ergreift und sich nicht von den Alldeutschen, die ohne Frage darauf ausgehen, in die Verteidigung drängen läßt. Die Gefahr, die hier für die deutsche Politik nach außen wie nach innen besteht, ist keineswegs gering ...

Digitized by Google

Die Gefahr, von der ich hier schrieb, hat sich als noch größer herausgestellt, und daß man ihr nicht rechtzeitig entgegentrat, hat noch schlimmere Folgen gehabt, als man vor zwei oder drei Jahren befürchten mußte. Der feindliche Krieg hat auf dem eigentlich entscheidenden Gebiet, dem des Kriegswillens und der Kriegsopferbereitschaft der Völker je länger desto mehr von der Nahrung gelebt, die ihm unsere zweite Regierung und unser zweites Deutschland fortdauernd boten. Man braucht nur an jenes Wort des Reichskanzlers Michaelis über die Friedensresolution zu denken: „. . . wie ich sie auffasse!" Da steckten Regierung und Gegenregierung in einer Person und in einem Wort.

Der englische Unterstaatssekretär Lord Robert Cecil, Herrn Balfours Gehilfe, derselbe, der seine Gesinnung gegen Deutschland durch die Verleumdung des Leichenauskochens und der Vielweiberei erkennbar gemacht hat, äußerte vor einigen Wochen, zwischen Leuten, die der Ansicht huldigen, daß die Weltherrschaft jeder Macht gehöre, die ihren Willen mit Blut und Eisen erzwingen könne, und solchen, die an ein internationales System für Gesetz und Ordnung glaubten, könne keine Verständigung erreicht werden. Er fuhr dann fort:

„Dieses erkennt man auch in Deutschland, wo eine große und tiefe Kluft die Alldeutschen von den Einsichtsvollen im Volke scheidet, die den Geist der Zeit zu erfassen wissen und den mittelalterlichen Gedankengang verwerfen. So schreibt Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern vom August: ‚Mißgegleiteter Patriotismus ist immer der gefährlichste Feind einer guten nationalen Politik. Deshalb kann uns niemand jetzt den Frieden bringen, der nicht vorher den Krieg erklärt hat an das Alldeutschtum. Man kann nicht gleichzeitig von den Engländern verlangen, daß sie an die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens glauben, und den Alldeutschen die Hoffnung lassen, daß man ihr heimlicher Freund und Gesinnungsgenosse sei.' Wir sehen auch die Münchener Neuesten Nachrichten in einem Rückblick auf den Krieg von Zeloten alldeutscher Färbung sprechen, die blind und verrückt sind und eine alle Mittel und Ziele übertreibende Propaganda trieben, welche auf gedankenlose Prophezeiungen über Englands Bezwingung durch U-Boote und auf Eroberungspolitik basiert war, die weit davon entfernt ist, mit den Wünschen des deutschen Volkes übereinzustimmen. Es ist also klar, daß es zwei Elemente in Deutschland gibt, deren eines die Ansicht der Alliierten über die Alldeutschen teilt und deshalb einsehen muß, daß die Alliierten mit Rücksicht auf die eigene Sicherheit nicht mit Leuten einen Waffenstillstand schließen können, die entschlossen sind, ihre ehrgeizigen Wünsche ohne Rücksicht darauf zu verwirklichen, was dies dem deutschen Volk und der ganzen Welt kosten könnte. Tatsachen sprechen deutlicher als Worte. Alle Handlungen der Deutschen zeigen, daß vorläufig die Blut- und Eisenpolitik die Oberhand hat."

Wollte Lord Cecil mit dieser Äußerung etwa dem Frieden dienen? Wünschte er etwa, daß in Deutschland die alldeutsche, oder wenn man so lieber sagen will, die gewaltpolitische Richtung ihres Einflusses entsetzt würde? Er wünschte das Gegenteil und zielte in berechnender Psychologie darauf ab, mit seiner Rede die Alldeutschen zu stärken, indem er ihnen Grund gab zu sagen: Der Feind spricht so; der Feind will unseren Schaden, und solchen feindlichen Worten zu folgen, wäre für das deutsche Volk

Digitized by Google

schimpflich. Leute wie Northcliffe, Lloyd George, Balfour, Cecil, denen alles darauf ankommt, den Kriegswillen bis zum Ziel der Vernichtung Deutschlands, gleichviel was es koste, lebendig zu erhalten, wissen sehr wohl, daß sie ihre stärkste Kraft aus dem zweiten Deutschland ziehen. Ihre größte Sorge ist darum, daß ihnen das zweite Deutschland erhalten bleibt, und daß sie jederzeit eine deutsche Regierung vor sich haben, deren Bemühungen für den Frieden sie damit zunichte machen können, daß sie sagen, jede deutsche Aktion sei unaufrichtig, sie erfolge nur unter dem Druck der Not und das zweite Deutschland ducke sich höchstens, um hinter dem Frieden sich für einen neuen Krieg um die Weltherrschaft zu rüsten.

Der Alldeutsche Verband, gegen den jetzt die Kritik wegen der politischen Schädigung Deutschlands, die von den alldeutschen Ideen ausgegangen sind, schärfer wird sucht sich zu reinigen. Auf seiner Tagung in Hannover am 14. September wurde eine Erklärung angenommen, in der es zu Eingang heißt:

„Der Alldeutsche Verband weist den Vorwurf, zum Kriege gehetzt zu haben, mit Verachtung zurück. Es heißt nicht zum Kriege hetzen, wenn man die politische Entwicklung der Weltlage durchschaut und vor einer kommenden Katastrophe warnt, wenn man fordert, daß das eigene Volk dieser Katastrophe gerüstet gegenüberstehe. Das hat der Alldeutsche Verband getan, und die Tatsachen haben ihm recht gegeben."

Was soll man zu dieser Ableugnung von Tatsachen, deren sich vor noch nicht langer Zeit die Alldeutschen selber laut gerühmt haben, sagen? Welch einen Eindruck macht dieser klägliche und hilflose Rückzug von Leuten, die man kennt! Am 3. August 1914 schrieben die Alldeutschen Blätter selbst vom Kriege: „Die Stunde haben wir ersehnt — unsere Freunde wissen es" — und sie begründeten das damit, daß der Krieg dem deutschen Volke „Rettung und Segen" bringen werde. Im Oktober 1915 aber schrieb der stellvertretende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes im „Panther": die Alldeutschen haben „den Krieg herbeigewünscht", weil sie ihn „gegenüber der abwegigen Entwicklung, die unser Volk zu nehmen drohte, für eine Notwendigkeit hielten", und dreimal „haben wir Alldeutschen geraten, einem drohenden Kriege nicht auszubiegen, sondern die gebotene Gelegenheit zum Ausgleich der bestehenden europäischen Spannung zu benutzen; dreimal also haben wir, wenn man es so nennen will, zum Kriege geraten, 1905 gegen Frankreich, 1911 gegen Frankreich und England und 1912 gegen den gesamten Dreiverband".

Das sind einige wenige Beispiele. Vor mir aber liegt eine ganze alldeutsche Literatur aus mehr als zwei Jahrzehnten, die von der Verherrlichung des Krieges, von der Sehnsucht nach dem Kriege und von der Predigt der Ausdehnung der deutschen Macht auf gewaltsamem Wege durchtränkt ist. Will man da sagen, das sei bedeutungslos für die Stimmung gegen Deutschland in der Welt gewesen? Die Schwäche und Unentschlossenheit, die unsere verantwortliche Regierung gegenüber den auf das alldeutsche Gewaltprinzip eingeschworenen Kräften der Gegenregierung solange gezeigt hat, die hat verschuldet, daß die jetzige Regierung bei uns abtreten muß, denn

Digitized by Google

weder die feindliche noch die neutrale Welt wird ihr glauben, wenn sie sich jetzt zum Friedens- und Verständigungsprinzip bekennt, daß das aus freiem Willen und mit unbedingter Autorität gegenüber den alldeutschen Prinzipien geschieht. Die Männer der gegenwärtigen Regierung mit dem Reichskanzler an der Spitze können Deutschland deshalb nicht zu einem würdigen Frieden führen, weil sie nicht die moralische Autorität haben, die sie besitzen könnten, wenn sie von Anfang an und zu jeder Zeit ihr jetziges Programm offen auf ihre Fahne geschrieben hätten. Wie auch immer die Friedensverhandlungen eingeleitet werden mögen, sie würden dabei vor der Welt nie anders erscheinen, als in der Rolle von Politikern, die nach einem militärischen Mißerfolg andere Prinzipien in sich entdecken als vorher. Damit aber ist der für uns unmögliche Eindruck des Geschlagenseins und der Demütigung gegeben. Gerade vom Eindruck der deutschen Schwäche und der Unaufrichtigkeit leben die Knock out-Politiker in England. Sie stehen auf einem dünnen Fundament, das ihnen aber tragkräftig gemacht wird durch die Fortdauer des gegenwärtigen Systems bei uns, die hohe Sache des Friedens mit untauglichen und kompromittierten Kräften zu betreiben. England stürmt jetzt mit aller Macht auf dem Schlachtfeld gegen uns an, um noch ohne Amerika oder mit möglichst wenig Amerika zu siegen. Dauert der Krieg bis über den kommenden Winter hinaus, dann kann er für die Entente, wenn überhaupt, so nur noch mit den Kräften und zum überwiegenden Nutzen der Amerikaner zu Ende gebracht werden. Viel gefährlicher als ein aufrecht gebliebenes Deutschland ist für England ein im Sinne Wilsons siegreiches Amerika. Der verbrecherischen und gewinnsüchtigen Kriegswut eines Northcliffe samt seinen politischen Hörigen ist das gleichgültig; besonnenen englischen Politikern aber ist es nicht gleichgültig, und sie würden zum Frieden, den wir annehmen können, bereit sein; zwar sicher nicht aus Vorliebe für Deutschland, wohl aber aus Sorge um England. Ihr Partner kann jedoch nur eine moralisch starke deutsche Regierung sein, und das ist die jetzige nicht. Graf Hertling mag als erfahrener politischer Taktiker mit dem Reichstag fertig werden und die dorther drohende Krisis auf Sandbänke zu leiten verstehen, wo ihre Fluten verebben; unser Schiff aber ehrenvoll und ohne Schaden in den Hafen des Friedens zu steuern, wird er nicht imstande sein, weil dazu seiner Regierung bei uns im Inneren das notwendige, nur auf das Gefühl der Führung zu gründende volle Vertrauen fehlt, und draußen der Respekt, der nur einer unerschütterlichen moralischen Stärke gezollt wird.

Digitized by Google

Lichnowsky und der Ausbruch des Weltkriegs

Von Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

Die Denkschrift des ehemaligen deutschen Botschafters in London, des Fürsten Lichnowsky, hat uns in der Welt unermeßlichen Schaden getan. Nicht nur unsere Feinde haben frohlockend auf sie hingewiesen, sondern auch bei den Neutralen hat es notwendig einen tiefen Eindruck machen müssen, daß der bei Kriegsausbruch in London weilende deutsche Botschafter der eigenen Regierung die Schuld am Ausbruch des Krieges zuschob. Der deutsche Reichsvizekanzler hat zwar die Angaben dieser Schrift amtlich als irrig bezeichnet und die deutsche Presse hat sich mit den Irrgängen Lichnowskys vielfältig auseinandergesetzt, aber das Ausland hat darin nur zu gerne den Versuch gesehen, den Enthüller unbequemer Geheimnisse abzuschütteln, und nur die aufrichtig deutschfreundlich gesinnten Zeitungen des neutralen Auslands haben sich selbst ein gerechtes Urteil über die Ausführungen Lichnowskys gebildet. Es ist deshalb von höchstem Werte, daß eine Persönlichkeit von unantastbarem wissenschaftlichen Ansehen und von anerkannt unbestechlicher Gewissenhaftigkeit die Denkschrift Lichnowskys einer historisch-kritischen Untersuchung unterzogen hat. Der Bonner Historiker Geheimrat Moriz Ritter legt in einer kleinen selbständigen Schrift unter dem Titel „Der Ausbruch des Weltkrieges nach den Behauptungen Lichnowskys und nach dem Zeugnis der Akten“ (München, R. Oldenbourg) das Ergebnis seiner Untersuchungen soeben der Öffentlichkeit vor.

Man ist für die Kenntnis der Anschauungen und Absichten des Fürsten Lichnowsky keineswegs nur auf seine Denkschrift angewiesen. Er hat in den Jahren vor dem Kriege wiederholt das Wort zu den Fragen der internationalen Politik ergriffen: Aufsätze in der „Deutschen Revue“, in „Nord und Süd“ und im „Berliner Tageblatt“ liegen aus den Jahren 1908, 1909 und 1912 vor. 1904 war er nach 15jährigem Dienste mit 44 Jahren aus der diplomatischen Laufbahn ausgeschieden; er bewirtschaftete seitdem seine schlesischen Güter, unterhielt Beziehungen zu Gelehrten und Künstlern und beobachtete die politische Welt auf seine Weise. Angesichts des Inhalts jener Aufsätze kann man sich nicht verhehlen, daß Lichnowskys politische Betrachtungen ein starkes Gemisch von Richtigem und Falschem, ja geradezu Dilettantischem enthielten. Es war richtig, daß er England gegenüber zur vorsichtigen Klugheit und zur Entspannung riet, aber es war doch unbegreiflich, daß er Rußlands Absichten auf Konstantinopel auf das bestimmteste bestritt und jeden Zweifel an Rußlands Friedensliebe ablehnte! Und nun gar, was er an allgemeinen Betrachtungen über die Entwicklung der Welt anstellte, über die künftigen Weltmächte und ihre Trabanten, konnte schwerlich den Eindruck eines scharfsinnigen, auf das Wirkliche gerichteten politischen Denkers erwecken. Ausgezeichnet hatte er sich in seiner früheren diplomatischen Tätigkeit nicht über das normale Maß hinaus, aber es lag auch nichts Gegenteiliges

Digitized by Google

gegen ihn vor. War es bei solcher Sachlage nicht im höchsten Maße erstaunlich, daß nun gerade dieser Mann 1912 auf den wohl wichtigsten Botschafterposten, der damals von Deutschland aus zu besetzen war, berufen wurde? Sollte hier ein einzelner Wille ohne entsprechende Menschenkenntnis gehandelt haben, so würde das auf Mängel unseres Verfassungslebens hindeuten, denen um jeden Preis abgeholfen werden müßte; die Folgen sind in diesem Falle verhängnisvoll genug geworden. Hier muß eine andere Art der Auswahl einsetzen, selbst wenn dabei alte Überlieferungen durchbrochen werden sollten. Es muß eine solche Berufung nach den wirklichen Fähigkeiten, nach ernsthaftester Beratung mit den zugehörigen Stellen und ohne irgendwelchen Druck von einer Seite stattfinden. Die Krone darf künftighin zu ihrem eigenen Heile nicht für Mißgriffe (die immer möglich bleiben) allein verantwortlich sein.

Es wird uns in der Ritterschen Schrift gezeigt, wie schon kurz nach der Ernennung Lichnowskys zum Botschafter in London sich Reibungen mit seiner Berliner vorgesetzten Behörde einstellten. Denn arbeitete der Botschafter auch ganz richtig für die Entspannung des deutsch-englischen Verhältnisses — hierin mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichskanzler ganz einig —, so wurde seine Anschauung über unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn von bedenklicher Tragweite, als er in London für die Entwirrung der Balkanfragen mitwirken sollte. Denn hier wich er grundsätzlich von der Anschauung der Reichsregierung ab: er betrachtete jede allzu starke Bindung an Österreich für gefährlich und er hatte schon 1908 die Ansicht ausgesprochen, daß Österreich die von uns abhängige Macht sein müsse. Das war nicht nur eine Verkennung der Absichten, mit denen Bismarck einst den Zweibund geschlossen hatte, sondern es mußte den Diplomaten zu einer loyalen Politik gegenüber Österreich-Ungarn unfähig machen. Lichnowsky hatte in London über die Frage unseres Verhältnisses zu Österreich nichts zu entscheiden, aber er konnte bei seinen Anschauungen unmöglich in Balkanfragen eine geschickte Hand zeigen, und es kam zu unerfreulichen Zusammenstößen mit dem Auswärtigen Amt, zu Immediateingaben des Botschafters an den Kaiser, die sich der Reichskanzler verbitten mußte, und es war ein schweres Schicksal, daß gerade unter solchen Verhältnissen Lichnowsky in London noch weit schwierigeren Verwicklungen entgegengehen sollte. Ein Botschafter, der seine eigene Politik zu treiben trachtete, der mit seiner Regierung nicht in unbedingter Übereinstimmung stand, war kaum in der Lage, in einer großen Krise das geschickte Werkzeug seines Landes zu sein. Hätte jemand die Schwere des Kommenden geahnt, so wäre es nach den Reibungen von 1912 und 1913 kaum begreiflich gewesen, daß dieser Botschafter noch länger auf dem Londoner Posten hätte bleiben dürfen.

Die Rolle Lichnowskys im Juli 1914 wurde verhängnisvoll im höchsten Maße. Freilich, wie er sie in seiner Denkschrift schildert, war alles bei ihm in bester Hand, und es lag nur an der Berliner Regierung, daß der Knoten unlösbar wurde, statt sich zu entwirren. Liest man in Lichnowskys Denkschrift, wie er die englischen Staats-

Digitized by Google

männer als wahre Ideale schildert, wie er sich dem vertrauensvollsten Verkehre mit ihnen hingibt, wie er sich gar nicht die Aufgabe berufsmäßiger Kritik stellt, sondern, ohne es zu merken, zum Werkzeug der Engländer wird, wie er (was übrigens nicht in der „Denkschrift" steht), von dem Doppelspiel der englischen Staatsmänner von Berlin aus unterrichtet, nicht daran glauben will, sondern ihnen weiterhin blindes Vertrauen entgegenbringt, so wird das Verhängnis dieser Persönlichkeit wohl ausreichend deutlich. Lichnowsky hatte von jener ersten Aufgabe des Diplomaten, durch die Personen hindurch in die Tiefe der Dinge zu schauen, nicht die leiseste Ahnung — er gab sich dem Verkehr mit den englischen Staatsmännern auf ihren Landsitzen hin, als ob es der Zweck des Diplomaten sei, persönliche Freundschaften anzuknüpfen und zu pflegen. War in seiner früheren Laufbahn wirklich nichts von diesem Mangel zur Erscheinung gekommen? — so fragt man sich erstaunt gegenüber solcher naiven Unzulänglichkeit!

Bei solchen allgemeinen Mängeln und bei seiner abweichenden Auffassung unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn sollte nun Lichnowsky in London einen Standpunkt vertreten, der den schärfsten psychologischen Blick erforderte und das gemeinsame Interesse Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Voraussetzung hatte! Moriz Ritter zeigt in seiner Untersuchung Schritt für Schritt, wie Lichnowsky in seiner Denkschrift Irrtum über Irrtum berichtet, wie die einwandfrei feststellbaren Tatsachen von seinen Behauptungen abweichen und wie es sein Bestreben ist, „nicht so sehr durch überzeugende Auseinandersetzung, als durch allgemein gehaltene kühne Aussprüche auf den Leser Eindruck zu machen". Es wird gezeigt, wie der Schilderung Lichnowskys von Anfang an der Gedanke zugrunde liegt, die deutsche Regierung habe den Krieg gewollt, falls Rußland Serbien nicht im Stiche lasse; mit einer Kritik, die an der Behandlung mittelalterlicher Quellen geschult ist, wird diese durchlaufende Tendenz der Denkschrift aufgedeckt und ihr der Charakter einer vorurteilsfreien Tatsachendarstellung genommen. Lichnowsky hat sich nicht die Mühe genommen, seine Auffassung mit den so reichlich veröffentlichten Akten zu vergleichen, sondern er gibt seine vorgefaßte Meinung und erleichtert es dadurch dem Geschichtsforscher, die Widersprüche mit den Akten, ja, die Widersprüche der Denkschrift selber überall aufzudecken. Es wird aber auch festgestellt, wie Lichnowskys Darstellung die zuletzt noch zwischen Berlin und Petersburg schwebenden Verhandlungen und dann das Verhalten des österreichischen Ministers Grafen Berchtold geradezu verfälscht. So lautet denn auch das Schlußurteil Ritters, daß der Inhalt der Denkschrift „dürftig und in den wichtigsten Stellen mit Fälschungen durchsetzt" ist, und daß Lichnowsky mit einer „ins Lächerliche streifenden Selbstgefälligkeit" und mit einer „sein Urteil sowohl wie sein Pflichtgefühl verwirrenden Erbitterung über angeblich nicht anerkannte Verdienste" geschrieben hat.

Der Verfasser der hier angezeigten Untersuchung hat es vermieden, über diese Worte hinaus ein Gesamturteil über Lichnowsky zu fällen. Will man den Mann, der sein

Digitized by Google

Vaterland in schwerster Zeit auf solche Weise schädigt, nicht zu den offenkundigen Landesverrätern ohne Ehre und Gewissen rechnen, so bleibt die Frage, wie dieser Geist so weit verwirrt werden konnte, daß er seine irrigen Gedanken nicht nur aufschrieb, sondern sie dann auch noch weiter gab — wobei die Schuld derjenigen, die diese Denkschrift wider das Gebot des Verfassers von Hand zu Hand gehen ließen, kaum minder groß sein dürfte. Das psychologische Rätsel dürfte nicht allzuschwer sein. Ein Mann von einer gewissen Begabung, aber ohne wirkliche geistige Bedeutung, kommt durch seinen sozialen Rang in die Lage, eine Rolle in der Welt zu spielen. Wäre er schlesischer Magnat und Privatmann geblieben, so hätte er unter seinen Standesgenossen gewiß eine gute Figur abgegeben. Zu seinem Verhängnis wird er auf einen Posten gestellt, dem er nicht entfernt gewachsen war, der ihm aber den verwirrenden Glauben an seine politische Bedeutung eröffnete. Daß ihn die englischen Staatsmänner, seine volle Ungefährlichkeit sofort durchschauend, mit Freundschaft überhäuften, ließ ihn glauben, er habe damit diplomatische Erfolge erzielt. Und so wurde in ihm der Ehrgeiz lebendig, die höchste Aufgabe zu lösen: Deutschland und England miteinander zu versöhnen und dadurch den Weltkrieg zu vermeiden. Daß er damit scheiterte, konnte diesem Geiste nur als eine Schuld der anderen erscheinen. Er glaubt sich um eine weltgeschichtliche Aufgabe betrogen, und so entstand in ihm aus verletzter Eitelkeit eine Erbitterung, die — seiner Art entsprechend — nicht zu titanischem Groll, sondern zum kleinlichsten Gekeife wurde.

So bleibt der Fall Lichnowsky ein trauriges Kapitel unserer Geschichte. Er zeigt nicht nur, wie ein deutscher Aristokrat seine Pflicht dem Vaterland gegenüber mitten im Kampfe aufgefaßt hat, sondern auch, was für Persönlichkeiten im deutschen diplomatischen Dienste bisher möglich gewesen sind. Die Lehre ist so bitter, daß sie ihre reinigenden Folgen haben muß, wenn anders wir nicht von allen guten Geistern verlassen sind. Die Denkschrift aber als geschichtliche Wahrheit zu nehmen, wird fernerhin kein ehrlicher Leser mehr versuchen — das ist das große Verdienst dieser Ritterschen Schrift.

Moralinfreie Politik

Von Rudolf Lambert

Wir stehen seit über vier Jahren in einem Krieg auf Tod und Leben fast mit der ganzen Welt. Was erscheint da nötiger, als daß das deutsche Volk *Vertrauen in die Anständigkeit und Ehrlichkeit seiner Regierung* haben kann. Ja, es mag von manchem, der mit dem deutschen Kronprinzen eine völlig Niederwerfung der feindlichen Koalition zum mindesten für unsicher hält, sogar für nützlich erachtet werden, daß selbst bei unseren verhetzten Feinden nicht künstlich Mißtrauen in die Rechtlichkeit der Leitung des Deutschen Reiches von deutscher Seite gesät werde.

Digitized by Google

Man sollte es daher nicht für möglich halten, daß es eine Gruppe von Intellektuellen in Deutschland gibt, die dies Vertrauen systematisch zu untergraben sucht.

Im Augustheft der „Süddeutschen Monathefte", das die einladende Gesamtüberschrift trägt „Politische Bildung", findet sich ein Artikel von Alfred Hoche über „politische Denkfehler". Da Herr Hoche von der Vaterlandspartei schreibt, „sie verkörpere eine Unsumme sittlicher Kräfte", so werden wir ihm und der Vaterlandspartei kein Unrecht tun, wenn wir ihn zu ihr in Beziehung setzen. Leider ist man dann genötigt, seinen „Denkfehler"-Artikel aus der Reihe der Bekundungen dieser sittlichen Kräfte der Partei auszuschalten.

Ich glaube mich zu meiner schroffen Abweisung des Hocheschen Artikels, der gegen alle politische und, wie ich zeigen werde, indirekt auch gegen jede bürgerliche Moral und Klugheit gerichtet ist, berechtigt und verpflichtet, weil ich selbst zu der Vaterlandspartei gehöre, aber freilich zu dem hoffentlich nicht allzu kleinen Teil derselben, der zwar auch bezweifelt, daß die Staaten und ihre Lenker sich zur Betätigung der christlichen Ethik jemals ganz verstehen werden, der es aber doch für schädlich hält, in deutschen Propagandaschriften für „Politische Bildung" den deutschen Staatsmännern eine rücksichtslos macchiavellistische Politik öffentlich anzuempfehlen.

Auf Seite 318 des Heftes ist zu lesen:

„Bethmann verkannte die Unmöglichkeit, die Grundsätze bürgerlicher Tugend in der Politik zur Geltung bringen zu wollen. Für den Staat gelten die zehn Gebote nicht; ihn muß in Form von Steuern gelüsten nach seines Nächsten Gut, er hat nicht Vater und Mutter, die er ehren soll; und trotz des fünften Gebots muß er töten und töten lassen. Der Begriff der christlichen Nächstenliebe auf das Verhältnis von Staaten angewendet, ist völliger Unsinn. So war das Wort Unrecht im Zusammenhange des 4. August 1914 Belgien gegenüber überhaupt nicht anwendbar. Es gehört einer Kategorie an, die gar nicht in Frage kam... Bismarck wäre nötigenfalls im Reichstag mit einer leeren Mappe erschienen und der Erklärung: hierin befinden sich die Nachweise dafür, daß Belgien schon lange nicht mehr neutral gewesen ist; er hätte sich darauf verlassen, daß unsere Truppen in Brüssel schon die nötigen Nachweise finden würden."

Auf Seite 329 heißt es weiter:

„Unser früherer Vertreter des Auswärtigen Amtes hat sich im Reichstage bei der Abwehr von Angriffen auf seine friedenschließende Tätigkeit darauf berufen, daß Bismarck auch das Selbstbestimmungsrecht in einen Friedensvertrag aufgenommen habe. Und er hat damit etwas Unbestreitbares ausgesprochen. Er hat aber vergessen hinzuzufügen, daß Bismarck, wie der weitere Verlauf gezeigt hat, darin nur einen momentanen diplomatischen Schachzug erblickte und daß Bismarck niemals im Ernste daran gedacht hat, das Schicksal der anzugliedernden nördlichen Herzogtümer tatsächlich von einer Volksabstimmung abhängig zu machen."

Das ist der Geist, der in dem Artikel über die „Denkfehler" weht. Ich kann mir nicht denken, daß man unseren Feinden besser in die Hände arbeiten könnte als so. Ist nicht die Behauptung, daß man mit Leuten, die Verträge als Fetzen Papier betrachten, nicht verhandeln könne, eines ihrer Hauptargumente, um immer wieder

Digitized by Google

ihre Völker zum Kampf aufzupeitschen? Sie betrachten ganz wie der Alldeutsche Hoche Bismarck als Verkörperung des deutschen „Ideals" eines Staatsmannes und sehen wie er in Bismarck einen Mann, dem jedes Mittel recht war, wenn es ihm nur zu irgendeinem Vorteil verhelfen konnte. Ich glaube, daß man Bismarck, daß man Bethmann oder Hertling bitter Unrecht tut, wenn man sie derart zu charakterisieren versucht. Jedenfalls ist es ein maßloser politischer Fehler von Deutschen, ihren Staatsmännern, öffentlich, jedem, Freund und Feind weithin vernehmbar, zuzurufen, sie sollen ihre Verträge mit Mentalreservationen abschließen, wenn es für den Augenblick vorteilhaft erscheine, um den Abschluß zu erreichen, sie aber hernach nicht halten.

Es ist sehr glaubhaft, daß englische Staatsmänner oft nach dem Hocheschen Rezept gehandelt und auch heute noch darnach zu handeln die Absicht haben. Aber es ist mir sehr fraglich, ob sich in England angesehene Zeitschriften finden würden, die es für richtig halten, derartige Meinungen und Absichten als der Weisheit letzten Schluß öffentlich anzupreisen. Es ist dies zudem nicht klüger, als, wenn Hindenburg vor irgendeinem Schlag Zeit und Ort desselben amtlich bekannt geben wollte.

Diese nackten Machtpolitiker machen den Eindruck von Jünglingen, die sich etwa Max Stirner angeschlossen haben, und ihr Leben nach seinem Satz „mir geht nichts über mich" einrichten wollen, aber so kindlich begeistert darüber sind, daß sie jedermann, mit dem sie zusammenkommen, sofort verkünden: Mein Grundsatz ist, „man belüge den Feind und den Freund, man stehle und morde, wenn es nur nützt". Ich weiß, es sind schon viele Spitzbuben in die Höhe gekommen, darunter aber doch nur vereinzelte, die den „Denkfehler" verübten, ihren Wahlspruch zu publizieren: „jawohl, ich bin ein Schurke". Der Tiefsinn dieser Denker und dieser Machtpolitiker ist im übrigen nicht neu. Schon die Sophisten haben die Moralosigkeit der Staaten proklamiert und erklärten es für einen Denkfehler, sie nicht zum allgemeinen Prinzip auch für das Individuum zu machen. So verlachen die extremen Sophisten aller Zeiten jeden, der nicht tut, was sein eigenster Vorteil erheischt, also auch den, der sich fürs Vaterland aufopfert; denn der Weise hat nach ihnen die Welt zum Vaterland und darf sich und seine Weisheit nicht hingeben, um den Toren zu nützen.

Ich behaupte, daß unsere reinen Machtpolitiker geradezu zu solchen Ansichten der Übertragung ihrer machiavellistischen Staatsgrundsätze auch auf das Privatleben auffordern. Wenn Hoche z. B. die Steuererhebung von seiten des Staates als ein Sichlassengelüsten nach des Nächsten Gut bezeichnet, heißt das nicht, jedem nahelegen, dem Staat sein Gelüste durch Steuerhinterziehung zu erschweren!

Ich spreche absichtlich mit diesen Herrn nicht über die rein moralische Seite der Frage; es sind das Probleme der Weltanschauung, und sie sind ja so unendlich glücklich darüber, die alte Weisheit auch ihrerseits erkannt zu haben, daß sich in moralischen

Digitized by Google

Dingen nichts beweisen läßt, weil es hier an unbedingt einleuchtenden Grundsätzen fehlt. Aber damit ist noch nicht bewiesen, daß es rätlich ist, die Moral ausdrücklich mit Füßen zu treten. Wie viel klüger sind da die Engländer, sie wissen wahrscheinlich auch, daß z. B. die Religion keine absolute Wahrheit gibt, aber sie wissen auch, wie dies Benjamin Kidd in seiner sozialen Evolution so meisterhaft ausgeführt hat, daß trotzdem einem Volk, das keinen religiösen oder sittlichen Glauben irgendwelcher Art mehr hätte, der Kitt fehlen würde, der letzten Endes jedes Volk und jede Gesellschaft zusammenhält.

Welchen Zynismus beweist es schließlich, wenn Hoche es fertig bringt, auf derselben Seite, wo er uns Bismarcks Vorgehen im Fall der nördlichen Herzögtümer zur Nachahmung empfiehlt, zu behaupten, wir könnten uns nicht durch Verträge sichern, weil sich speziell England jeglichen Vertrauens auf irgendwelche mit ihm geschlossenen Verträge unwürdig erwiesen habe!

Ich bin der letzte, der ein großes Vertrauen in von Lloyd George unterschriebene Verträge setzte, aber noch viel geringer wäre mein Vertrauen zu Verträgen, die von deutschen Staatsmännern unterschrieben wären, die irgendeine Beziehung zu diesem moralinfreien Flügel der Alldeutschen aufwiesen. Wenn in der letzten Zeit immer wieder gefordert wird, daß die Regierung, die sich zum Glück nie in der gebrandmarkten Richtung bewegt hat, eindeutig von den Alldeutschen abrücken soll, so kann jeder Patriot dies Verlangen nur dringend unterstützen, soweit es sich um Alldeutsche vom Schlage Hoches handelt. Ihre Auslassungen schaden uns weit mehr, als die Greuellegenden der Auslandspresse, welche Hoche als Grund unserer Isoliertheit annimmt und welche jedenfalls beweisen, wie gefährlich es ist, der Auslandspropaganda gerechten Stoff zum Vorwurf mangelnder Moral zu geben. Auch der Vaterlandspartei selbst kann von jedermann und vor allem von jedem ihrer Mitglieder, dem es um ihr und des Vaterlandes Wohl wirklich zu tun ist, nur dringend angeraten werden, eine reinliche Scheidung zwischen sich und Elementen vorzunehmen, die unausgesetzt den „Denkfehler" begehen, den deutschen Namen und die deutsche Regierung im In- und Ausland bloßzustellen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Propaganda

Wenn man über das Ergebnis des vierten Kriegsjahres nachdenkt, so kann man als Aktivum die bei allen politischen Parteien sich immer mehr Bahn brechende Erkenntnis buchen, daß der Kampf gegen unsere Feinde nicht nur auf militärischem Gebiete, sondern auch mit geistigen Waffen unmittelbar aufgenommen und mit aller Energie durchgekämpft werden muß. Es ist aber erstaunlich, mit welcher Naivität wieder an die Lösung der aus der Kriegspropaganda als allgemeinem Problem sich ergebenden Einzelaufgabe herangetreten wird. Als ein typisches Beispiel möge die Forderung nach Einrichtung eines besonderen „Propagandaministeriums" mit einem „Sprechminister" an der Spitze herausgegriffen werden. Es ist nämlich

Digitized by Google

nicht damit getan, daß unsere leitenden Staatsmänner reden und programmatische Erklärungen abgeben, wie sie es vielfach schon bisher geübt haben, sondere eine von unseren Ministern berufsmäßig ausgeübt Redetüchtigkeit würde nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn die Redner es verstehen, eindringlich und vor allen Dingen volkstümlich zu sprechen, wenn sie die Fähigkeit haben, mit den Massen Fühlung zu nehmen und populäre Schlagworte für dringliche Probleme zu finden, und wenn sie imstande sind, die herrschende Stimmung zu fühlen und zu meistern. Dazu gehört aber ein inniger ständiger Konnex mit dem Volk, der bei dem augenblicklichen Aufbau unseres Staatswesens gerade der Mehrzahl unserer Minister fehlt, die Beamte sind und aus ihrer Beamtenhaut nicht herauskönnen. Einzelne Ausnahmen sind natürlich vorhanden; in letzter Zeit ist besonders Staatssekretär Dr. Solf mit seiner großzügigen Rede aus dem allgemeinen Rahmen herausgetreten, und es sind ferner an dieser Stelle unsere „Parteiminister“ Friedberg, Schiffer und v. Payer zu nennen. Aber gerade die besondere Stellung, die die drei an letzter Stelle genannten Politiker in unserem politischen Leben einnehmen, und die Erscheinung der „Sprechminister“ in den feindlichen Ländern legen es nahe, auf den unverkennbaren Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen „Sprechminister“ und „parlamentarischer Regierungsform“ besteht. Nur auf dem Boden der parlamentarischen Regierungsform gedeiht der „Sprechminister“, ohne sie bleibt er ein Schemen. Die feindlichen Minister sind ausnahmslos ehemalige Parteiführer, die den Zusammenhang mit ihrer Partei auch als Minister niemals aufgegeben haben und in ihrer Partei den Resonanzboden für ihre Reden finden. Daher ihre große Fähigkeit, für ihre Töne eine Melodie zu spielen, die in das Ohr der großen Masse des eigenen Volkes eingeht, und ihre großen Erfolge, Erscheinungen, die gewiß nicht wunderbar sind, wenn man die jahrzehntelange Übung und die Tatsache erwägt, daß die feindlichen Politiker eben nur solange ihre leitende Stellung behalten können, als sie ihre Anhänger zu überzeugen vermögen. Ein „Sprechminister“ ohne seine politische Partei ist ein Unding, ein Widerspruch in sich. Daher wäre es auch grundverkehrt, ein gewissermaßen neutrales Propagandaministerium mit einem über den Parteien stehenden Sprechminister in Deutschland einführen zu wollen und damit eine Erscheinung ins Leben zu rufen, die in dem innerpolitischen Boden unseres Vaterlandes nicht Wurzel fassen könnte, die immer ein künstliches Wesen ohne Blut und pulsierendes Leben bleiben müßte. Es ist aber meines Erachtens überhaupt vollkommen überflüssig, durch eine besondere Behörde eine Kriegspropaganda zu dem Zweck zu entfalten, um das Volk in seiner kriegsfreudigen Stimmung zu erhalten. Wenn ein vielfach unangebrachter Optimismus vermieden und dem Volke nichts anderes als die reine, blanke Wahrheit in geschmackvoller Form dargeboten wird, so werden Enttäuschungen, die hauptsächlich auf die Stimmung drücken, vermieden werden. Zur Ausmünzung unserer militärischen und U-Boot-Erfolge, der gewaltigen Zahlen unserer Steuer- und Anleihepolitik, der Fortschritte in der Beschaffung von Roh- und Ersatzstoffen und in der Erfassung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte unseres Vaterlandes, also zur Bearbeitung eines klaren statistischen und sonstigen Tatsachenmaterials müssen die vorhandenen Einrichtungen, ergänzt durch freiwillige Teilnahme beruflicher und anderer Verbände, genügen.

Wer mit den Gedankengängen der „Deutschen Politik“ und namentlich ihres geschätzten Herausgebers Dr. Rohrbach vertraut ist, dem ist auch ohne weiteres klar, wie irrig die weitverbreitete Vorstellung von der feindlichen Propaganda als einer lediglich „auf Lüge und Verleumdung aufgebauten Bewegung“ ist. Wenn man sie mit Erfolg bekämpfen will, muß man sie vielmehr auf ihrem eigensten Gebiete schlagen, indem man nicht, wie bisher, gegenüber dem feindlichen und neutralen Ausland vornehmlich als unser Kriegsziel „Deutschland“, die Unversehrtheit der deutschen Grenzen, die ungehemmte Freiheit der deutschen Entwickelung, die Sicherung des deutschen Platzes an der Sonne in den Vordergrund stellt,

Digitized by Google

sondern die Ziele, die uns über Deutschland hinaus führen. Sind denn in Wahrheit unsere Kriegsziele lediglich auf die Vertretung deutscher Interessen gerichtet unter Ausschluß aller anderen Tendenzen? Erstreben nicht alle unsere politischen Parteien Freiheit der Meere und Freiheit des Handels und Verkehrs für alle Völker der Erde? Sind wir nicht wie Solf es ausdrückt, ebenfalls von dem „Bewußtsein unserer mit den anderen Völkern gemeinsamen Aufgaben durchdrungen"? Und diese Aufgaben sind in der Solfschen Zusammenstellung: „Vermeidung künftiger Kriege, Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem eventuellen neuen Kriege, Sicherung der Nichtkombattenten, Schutz der Neutralen vor Kriegszwang und Schutz der nationalen Minderheiten." Es dürfte nicht schwer sein, einen Zusammenschluß und eine Einigung der Mehrheit des deutschen Volkes auf der Grundlage der obigen „brennenden Fragen" der Menschheit herbeizuführen. Wenn wir die Neutralen und Feinde in einem für uns günstigen Sinne beeinflussen wollen, wenn es unser Bestreben sein muß, den Völkern der Entente immer mehr der Eindruck beizubringen, daß die Kriegsziele der Mehrheit des deutschen Volkes nicht weitab von den öffentlich verkündeten Kriegszielen der Entente liegen, sondern daß eine gemeinsame Basis gegeben ist, auf der weiter aufgebaut werden kann, dann müssen in Wort und Schrift diese gewissermaßen „internationalen" Kriegsziele — man soll sich vor dem Wort nicht fürchten — für das neutrale und feindliche Ausland programmatisch unbedingt die erste Rolle spielen. Das ist ein sicherer Weg, die uns feindlich oder gleichgültig gegenüberstehende Welt unmittelbar für uns einzunehmen und den Kriegshetzern aller Länder das Wasser abzugraben.

Dr. Ernst Rieß, zurzeit im Feld

Notizen

Realpolitik eines litauischen Sozialisten. Als vor einigen Wochen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine Darstellung der Vorgänge bei der ominösen Königswahl in Litauen gab, die den Blättern im besetzten Gebiet zum Nachdruck (zur Orientierung ihrer Leser) übergeben worden war, weigerten sich die litauischen Zeitungen, diese Notiz nachzudrucken. Sie behaupteten, sie enthalte Irrtümer. Nach Unterhandlungen mit den Militärbehörden wurde ihnen gestattet, der Notiz den Satz voranzustellen: „Auf Befehl des Oberbefehlshabers Ost bringen wir folgende Mitteilung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung." Damit wären sie gedeckt und wäre ihre bessere Überzeugung gewahrt gewesen. Jetzt im Kriege bringen alle Zeitungen gelegentlich etwas, was mehr der Kriegsnotwendigkeit als ihrer Überzeugung entspricht. Trägt doch auch der radikale Antimilitarist gehorsam seine Waffe gegen den Feind — c'est la guerre. Deshalb waren die litauischen Blätter auch zunächst bereit, die Notiz mit diesem Kriegszusatz zu bringen. Die „Lietuvos Aidas" in Wilna aber besannen sich im letzten Augenblicke und wollten der Notiz den Satz anfügen, daß die Notiz eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates bedeute, die durch nichts berechtigt sei. Das aber erlaubte die Behörde nicht und so stellte das Blatt in der Hoffnung, daß auch die andern das tun würden, sein Erscheinen ein. Aber es geschah etwas sehr Merkwürdiges: Das sozialistische Wilnaer Blatt „Darbo Balsas" kehrte sich nicht an der stolzen Geste und brachte die verlangte Notiz mit dem Zusatz, daß es eben befehlsmäßig geschähe. Der Presseſtreik, der die Behörde zwingen sollte, nachzugeben, war damit ins Wasser gefallen — und die Ironie der Geschichte wollte, daß gerade das sozialistische Blatt der „Streikbrecher" war.

Aber das geschah nicht von ungefähr, sondern mit guter Überlegung. In derselben Nummer, in der die Königswahlnotiz erschien, erschien auch ein Artikel eines litauischen Sozialisten: „Die Wege der Unabhängigkeit", in welchem der Verfasser rund und nett heraus erklärte, daß die

Digitized by Google

phantastevolle Betätigung der litauischen Politiker und derer, die die Unabhängigkeit für das Höchste und Wichtigste hielten, völlig daneben greife. Mit bitterem Hohn sagt er den Unabhängigkeitsfanatikern die böse Schmeichelei, sie sollten lieber zunächst einmal wirtschaftliche und kulturelle Grundlagen für den staatlichen Aufbau schaffen und dann erst für die politische Unabhängigkeit eintreten. Der Artikel erscheint uns wichtig genug, ihn seinem wesentlichsten Inhalte nach hier wiederzugeben. Es heißt darin:

„Zunächst will ich erklären, daß ich durchaus nicht der Ansicht bin, daß die einzige Möglichkeit für Litauens Zukunft seine Unabhängigkeit sein und bleiben müsse. Ich will hier auch nicht darüber streiten, welche Verfassungsform die Interessen der Arbeiter am meisten fördert. Litauens Unabhängigkeit nehme ich als nächstliegende Verfassungsform hier zur Voraussetzung.

Wenn man über eine, wenn auch einstweilen erst formell eingetretene Tatsache spricht, so ist es wichtig und notwendig, zuzusehen, inwieweit diese Form durch das tatsächliche Leben gestützt wird."

Der Verfasser weist nun historisch nach, wie infolge von Umwälzungen Länder und Völker von Objekten zu Rechts-Subjekten wurden und umgekehrt, wie andere von Rechts-Subjekten zu Objekten herabsanken und ihre Unabhängigkeit verloren. Dann fährt er fort:

„Besonders zur Zeit Napoleons entstanden neue Staaten wie Pilze und gingen unter wie Schmetterlinge. Sie erstanden als Resultat der realen Kräfteverhältnisse und meistens im Wege diplomatischer Verhandlungen. Wenn die Interessen stärkerer Staaten dieses für den Augenblick verlangten.

Wenn man ein wenig genauer zusieht, kann man die folgende Regel aufstellen:

„Nur der Staat war von Dauer, der selber genügende Unterlagen zur Erhaltung seiner Selbständigkeit besaß. Solcher Grundlagen gibt es nur drei: 1. die reale, physische oder militärische Macht, 2. die wirtschaftliche Selbständigkeit, 3. die selbständige Kultur."

Wenn nun auch diese einzelnen drei Momente nicht alle die gleiche Bedeutung haben, so begründet doch das Zusammentreffen aller eine reale, nicht nur fiktive Selbständigkeit, andrerseits ist ein Land, mag es auch von diesem oder jenem Staat als unabhängig anerkannt sein, doch, wenn ihm die eine oder andere eben genannte Grundlage fehlt, nur so lange unabhängig, als es denen, die ihm die Unabhängigkeit geschenkt haben, erforderlich erscheint. Diejenigen, die da meinen, daß nur die volle Unabhängigkeit Litauens alle ihre Wünsche befriedigen könne (ich gehöre nicht zu ihnen) müßten meiner Ansicht nach auf ganz anderem Wege vorgehen, als sie es bisher getan haben. Anstatt mit allen Mitteln ein schönes farbiges weithin sichtbares Nationalbanner in den Wolken zu befestigen, täten sie besser, dieses Banner fester in den Boden zu pflanzen, wenn es auch dann nur von einer geringeren Zahl von Leuten gesehen würde. Sie versäumen es, die wichtigsten Grundlagen für die Unabhängigkeit Litauens zu erkämpfen. Wenn man es allerdings in erster Linie auf die Bildung physischer Gewalt anstellt, so ist für den Anfang diese oder jene, wenn auch lediglich formale Unabhängigkeitsform unbedingt notwendig.

Aber jetzt dürfen wir diese Unabhängigkeit nicht an die erste Stelle und vor allem nicht vor die wirtschaftlichen und kulturellen Elemente stellen. Denn dieser Krieg hat klar bewiesen, daß dort, wo Millionenheere wirken, die wenigen Hunderttausende Soldaten der kleinen Staaten nicht große Bedeutung haben und viel weniger gelten als etwa im 19. Jahrhundert. Ganz anders steht es mit der wirtschaftlichen und kulturellen Selbständigkeit. Auf diesem Gebiete kann und muß man unter allen Umständen bei jeder politischen Konstellation arbeiten. Aus dieser Arbeit ziehen gleichmäßig alle Klassen des Landes Nutzen, wenn sie auch nicht auf gleichem Wege zu ihrem Ziele kommen und ihre Interessen

Digitized by Google

einander auch entgegengesetzt sein mögen. Je höher diese selbständigen Gegensätze angespannt sind, desto besser entwickelt sich das sogenannte wirtschaftliche und kulturelle Fortkommen des Landes.

Wenn alle diese Vorgänge nur elementarer Art wären, wenn in ihnen die Bestrebungen gebildeterer Gruppen keinerlei Bedeutung gewinnen könnten, dann brauchte man darüber nicht zu reden. Es ginge alles einen natürlichen Weg. Aber die Lage ist nicht so.

Denn auf die wirtschaftliche und besonders kulturelle Entwicklung hat das Wirken eines bewußten Willens überaus großen Einfluß. Daher müssen auch die Bestrebungen aller, die um die Unabhängigkeit Litauens kämpfen, nicht dahin gewandt werden, wo sie jetzt sind, sondern nach der entgegengesetzten Richtung. Alle die, deren Aufgabe es jetzt sein müßte, auf rein kulturellem und wirtschaftlichem Ackerlande Tag und Nacht zu pflügen und dort die Saat der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu säen, alle diese Leute sitzen jetzt in allerlei „Räten". Sie haben ihre Gesichter mit der Maske der Unabhängigkeit verdeckt und lassen dessen ungeachtet diese selbe Unabhängigkeit aus ihren Händen entrinnen. Für die Unabhängigkeit Litauens haben ohne Zweifel die ethnologischen Schriften von Basavicius oder die litauische Literaturgeschichte von Birziska oder eine Volksuniversität oder eine gute Schule viel mehr Wert, als die Tatsache, daß Basanovicius oder Birziska oder sonst ein Pädagoge an dem Landesrate teilnimmt. In der jetzigen Zeit, da wir so wenig Arbeitskräfte haben, sollten sich mit der reinen Politik, oder besser gesagt mit dem Politisieren nur die befassen, denen ein anderes Arbeitsgebiet nicht zugänglich ist. Alle anderen Kräfte müßten zur Erkämpfung der kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit zur Verfügung gestellt werden, damit sich eine selbständige litauische Kultur bilden kann; nur auf diesem Wege kann man Politik treiben, wenn man schon ohne die Politik nicht auskommen kann. So müßten meiner Ansicht nach die Anhänger der litauischen Unabhängigkeit denken und handeln, wenn sie wirklich die Unabhängigkeit erreichen wollen. Wenn wir auch ein Auge auf unsern Nachbarn, Polen, werfen, so sehen wir, daß dieses Land, trotzdem es mehr als 100 Jahre ein fremdes Joch getragen hat, wegen seiner kulturellen Selbständigkeit nicht aufhörte, ein Subjekt im Weltleben zu sein. Wenn man auch in bezug auf Polen sicher der Ansicht sein kann, daß dieses Land einstweilen noch sehr paradox aussieht, so ist es doch sicher, daß es selbständig sein wird, sobald die politischen Wirren sich erst gelegt haben."

Es hat für uns einen besonderen Reiz, daß gerade ein Sozialist und nun gar ein litauischer Sozialist in einem litauischen sozialistischen Blatte derartige Gedanken ausspricht. Es ist gewiß kein Zufall, daß wenige Tage nach Erscheinen dieses Artikels des Arbeiterblattes „Darbo Balsas" in der Wilnaer Zeitung ein Graf Alfred Tyszkiewicz einen ganz ähnlichen Artikel veröffentlichte, in dem er ebenfalls der praktischen Arbeit das Wort redete und zum tätigen Zusammenschluß aller Bauern und Arbeiter aufforderte, um auf diese Weise die Grundlagen zu einer wirklichen gefestigten Unabhängigkeit Litauens legen zu helfen.

Robert Albert, im Felde

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 5.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 1249
Heuß, Hertling und die Parteien 1251
Lindenau, Das innere Gleichgewicht 1255
Kaegbein, Die amerikanischen Truppentransporte 1259
Felger, Trotzki spricht 1268
***, Die werbende Kraft des Rechts 1273
Linter, Das deutsch-russische Finanzabkommen 1275
Notizen/Neuerscheinungen 1279

Preis 50 Pfennig

3. Jahrgang 4. Oktober 1918 Heft 40

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Erleichterte Kriegsanleihe-Zeichnung

Wer Kriegsanleihe zeichnen will, ohne große Barmittel flüssig zu machen, erreicht dies am zweckmäßigsten durch Abschluß einer „Kriegsanleihe-Versicherung" bei der „Arminia."

Die „Kriegsanleihe-Versicherung" der „Arminia" ist in mehreren deutschen Bundesstaaten als wirksame Förderung der Anleihezeichnung anerkannt und durch besondere Erlasse empfohlen.

Die „Arminia" führt diese Versicherung in zwei Formen:

a) **Mit** Anzahlung
Hierbei zahlt man einmalig M. 150.— für je M. 1000.— und von dem darauffolgenden Quartale an vierteljährlich M. 19.50. Die Versicherungsdauer beträgt 10 Jahre.

b) **Ohne** Anzahlung
Hierbei zahlt man von vornherein nur die Vierteljahresprämien von M. 19.50 für je M. 1000.—; die Prämienzahlungsdauer beträgt in diesem Falle 12 Jahre.

Stirbt der Versicherte vor Ablauf der Versicherungsdauer, so sind **keine weiteren Raten mehr zu leisten,** sondern die „Arminia" zahlt sofort seinen Hinterbliebenen die versicherte Summe in Kriegsanleihe aus. **Erlebt** der Versicherte den Ablauf der Versicherungszeit, so werden ihm die versicherten Stücke Kriegsanleihe nebst Zinsscheinen als Eigentum ausgehändigt. **Aufnahmefähig ohne ärztliche Untersuchung** sind alle gesunden Personen (Männer und Frauen) bis zum Lebensalter von 50 Jahren. 50—60 jährige können gegen einen geringen einmaligen Zuschlag aufgenommen werden.

Prospekte und Antragsformulare kostenfrei durch die meisten Bankgeschäfte, unsere Vertreter und die Direktion.

Deutsche Lebensversicherungsbank „Arminia"
Aktiengesellschaft in München

Politische Bücherei

geleitet von **Geh. Rat Prof. Dr. Erich Marcks, Geh. Rat Prof. Dr. H. Schumacher** und **Prof. Dr. R. Smend**

In dieser Sammlung erschien soeben:

Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich
Von Dr. Wilhelm Schüßler

Dr. Schüßlers Buch gibt auf gedrängtem Raum eine ausgezeichnete Uebersicht über die vielgestaltigen Probleme, von deren befriedigender Lösung für uns fast ebensoviel abhängt wie für Oesterreich-Ungarn selbst. Es gehört zu der kleinen Zahl wertvoller politischer Bücher, deren Lektüre dem aufmerksamen Leser das Studium einer ganzen Reihe einschlägiger Spezialwerke und Schriften erspart. Diese auf gründlichem Studium beruhende Darstellung der österreichisch-ungarischen Zustände wird sicher von allen politisch interessierten Kreisen willkommen geheißen werden.

Geheftet M 6.—, gebunden M 8.— * Für Subskribenten der „Politischen Bücherei": Geheftet M 5.25, gebunden M 7.—

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

3. Jahrgang * 4. Oktober 1918 * Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Fochsche Offensive beginnt sich an der Siegfriedstellung totzulaufen. Zwar sind durch sie die Errungenschaften unserer Frühjahrsangriffe so gut wie wieder wettgemacht worden, aber die Blutopfer der Engländer und Franzosen dürften so hoch gewesen sein, daß auch trotz der amerikanischen Hilfe, die Entente solch ein Tempo auf die Dauer nicht wird durchhalten können. Der Winter wird daher wohl beide Gegner an der alten Stelle finden. So schmerzlich die Aufgabe der Erfolge der Frühjahrsoffensive auch ist, wichtig allein bleibt die Unversehrtheit unserer Linien und die Schonung unserer Menschenkräfte durch Zurückführung auf die bewährte alte Stellung. Diese wird unüberwindlich werden, wenn wir im Innern die Losung von der nationalen Verteidigung zur Wahrheit werden lassen.

*

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht sicher, ob Malinows Angebot eines Waffenstillstandes an die Entente der Abschluß längerer Vorverhandlungen, ob es der Niederschlag einer plötzlichen Panikstimmung ist. Das innerpolitische Leben Bulgariens war durch tiefgehende Gegensätze, auch in den Fragen der Kriegswirtschaft, zerfressen, und die Front, bei der Politisierung der Armee, hat darunter gelitten. Will Malinow die mazedonischen Erwerbungen preisgeben, hofft er, daß die Entente ihm die Dobrudscha überlasse? Wird er nicht der Geprellte sein? In Bulgarien ringen die Meinungen miteinander, wie die Bündnistreue auszulegen sei. Die Frage der „Dankbarkeit" sei bei unserer Betrachtung ganz ausgeschaltet. Sofia steht in der Entscheidung, ob es die Möglichkeiten einer großen Balkanzukunft in einer Doppelwirkung von Panik und Verrat von sich werfen will.

*

Digitized by Google

Das österreichisch-ungarische Verfassungsproblem, das Hussarek zu seiner Entfaltung bringen wollte, meldet sich von der ungarischen Seite, wo man es so lange im Dunkel halten wollte. Budapest wünscht, daß die bisherigen Reichslande Bosnien und Herzegowina den Ländern der Stephanskrone einverleibt werden und daß dieser zugleich die dalmatinische Küste zufalle. In welcher Form das geschehe, ob in neuen Banaten, die der Zentrale unmittelbar unterstehen, ob in einer Angliederung an Kroatien-Slavonien — darüber streiten sich jetzt Magyaren und Südslaven, und man wird noch nicht sagen können, wie die endgültige Entscheidung fallen wird. Aber sichtbar ist die große Rückwirkung auf Wien geworden. Weckerle hat zugestanden, daß die Lösung dieser Fragen nicht einseitig von Budapest aus erfolgen könne — Österreich sträubt sich aber, zukunftsreiche Landstriche aus seiner Oberhoheit zu entlassen, ohne irgendwie erkennbare Gegenleistung. Die Macht der Magyaren wird anerkannt, aber auch drückend empfunden. Findet die Kräfteverschiebung der Doppelmonarchie ihren territorialen Ausdruck, so wird Wien die eigenen Ansprüche geltend machen müssen. Ob sie auf einen Umbau des 67er „Ausgleichs" zielen, der zwar für die Magyaren die starke Stütze ihrer Macht, Österreich aber in der Entwirrung seiner Nationalitätenfrage eine Fessel bedeutet, bleibt offen.

*

In Deutschland hat die Kandidatur des hessischen Prinzen für den finnländischen Thron keine gute Presse. Der „Vorwärts" wittert dahinter deutschen Druck, weil der Umschwung innerhalb des finnländischen Bürgertums zu schnell vor sich gegangen sein soll. Man vergißt aber, daß dazwischen der Wahnsinn des bolschewistischen Zwischenspiels gelegen, welcher die finnländischen Führer erkennen ließ, daß nur engster Anschluß an Mitteleuropa die Heimat vor der roten Sintflut retten könnte. In Finnland wiederum wird die kühle Ablehnung dieser Pläne durch die deutsche Öffentlichkeit sehr schmerzlich empfunden, weil man hierauf völlig unvorbereitet war. Zudem gibt es für die jetzige finnländische Regierung kein Zurück mehr. Ihr Fall würde aber den Zusammenbruch der mitteleuropäischen Orientierung bedeuten. Eine Beseitigung der Kandidatur liegt demnach durchaus nicht in Deutschlands Interesse, da von der unausbleiblich hereinbrechenden politischen Verwirrung nur die Entente gewinnen würde. Die Befürchtung, als ob Deutschland durch diese Kandidatur in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, weil es sich um den Schwager des Kaisers handelt, scheint nicht stichhaltig. Die Zeit der dynastischen Politik ist, wie das griechische Beispiel zeigt, endgültig vorüber.

*

Wie zu erwarten war, wird das Herrenhaus die überwiegend berufsständische Gliederung, die ihm von den Beschlüssen des anderen Hauses zugedacht

Digitized by Google

war, nicht annehmen. Der feudal-ständische Charakter soll im wesentlichen aufrechterhalten bleiben, und wenig Lust scheint sich zu zeigen, die industriellen Kreise im geplanten Ausmaß aufzunehmen. Was bis jetzt vorliegt, sind Vorhutsgefechte, wesentlich dem Schutz der heutigen Mitglieder gewidmet. Die politische wesentliche Fragestellung wird sich dort zeigen, wo das freie Berufungsrecht des Königs offen gelassen oder beschränkt werden soll. Der Optimismus der Regierung rechnet immer noch damit, daß die Beratungen über das Wahlrecht zu einem ihr und einer wahlrechtsfreundlichen Mehrheit des Abgeordnetenhauses annehmbaren Lösung führen werden.

Hertling und die Parteien

Von Dr. Theodor Heuß.

26. September 1918.

Die politische Begabung des Grafen Hertling ruht in der Beseitigung von Schwierigkeiten, sie reicht aber nicht ganz, Situationen selber zu schaffen. Er ist ein Ausgleicher, Vermittler, Wegeebner, aber er ist kein Richtung gebender Führer. Dieses Gefühl ist der Hintergrund der politisch-parlamentarischen Bewegungen dieser letzten Wochen, von denen man nicht recht weiß, ob man sie sofort Krisis nennen durfte. Heute herrscht Krisis.

Der Zustand ist noch im Augenblick eigentümlich genug. Die Zeitungen und die Fraktionen sprechen von der Notwendigkeit, der Möglichkeit einer Regierungserneuerung, die Sozialdemokratie formuliert ein Mindestprogramm, nach dessen Gewährung sie bereit sei, in das Ministerium einzutreten — der Kanzler ist zunächst geneigt, diese ganze Diskussion zu überhören. Er besitzt nicht nur das Vertrauen des Kaisers, sondern auch die Unterstützung der Partei, aus der er herausgewachsen ist. Das Zentrum erklärt, daß es sich an der Agitation gegen den Kanzler nicht beteiligen wolle; zugleich aber legt es Wert darauf, mit der Sozialdemokratie, die einen „Systemwechsel" fordert, in Zusammenarbeit zu bleiben. Nicht der Inhalt der Scheidemannschen Punktationen, sondern ihre sofortige Veröffentlichung hat die innere Unruhe der parlamentarischen Mehrheit geschaffen.

Der erste Tag des Hauptausschusses brachte eine manchen überraschende Abtönung. Scheidemann sprach kein Wort von den Bedingungen der Sozialdemokratie, blieb im Ton seiner Kritik maßvoll und hob die Sammlung der Kräfte zur nationalen Verteidigung als Kernpunkt des Gebotes der Stunde hervor. Man mag seiner Beurteilung des Ostfriedens entgegenstehen, so wird man die Gesamteinstellung seiner Rede nationalpolitisch im Augenblick zweckmäßig finden. Gröber vom Zentrum war für seine Verhältnisse unverhältnis-

Digitized by Google

mäßig schärfer. Das gab die Überraschung. Denn während Erzberger, Gröbers politischer Schüler, in der Zentrumsfraktion den Anti-Hertling-Flügel führt, hat in den Vorbesprechungen Gröber die Mehrheit auf den Kanzler vereinigt. Er will nicht, daß jetzt eine Kanzlerkrisis geschaffen werde. Wenn er im Angriff doch so scharf war, so soll das auf der einen Seite die Luft reinigen und dem Kanzler die neue Plattform zur beruhigenden Erklärung geben, auf der anderen die Stoßkraft der Kritik auf einen Nebenposten lenken. Nämlich auf den Kriegsminister von Stein, der als Oberbefehlshaber der Heimat eine Versammlungstätigkeit für den „Verständigungsfrieden" untersagt hatte. Indem Gröber auf diese Kluft, die zwischen den bürgerlichen Regierungserklärungen und einem Teil der militärischen Praxis hinwies, gab er dem Strom der Kritik den Lauf.

Nun bestreitet ja kein Mensch, daß es unerträglich sein muß, daß ausführende militärische Organe die Gesamtrichtung der Regierung immer wieder durchkreuzen (etwa, daß eine Reihe preußischer Generalkommandos immer noch die Behandlung der Wahlrechtsfrage verbieten); aber es wäre falsch, wenn die Debatte sich hier festlegen wollte. Das bringt so wenig die sachlich erwünschte Klärung der ganzen Lage, als im vergangenen Jahre der Zwischenfall mit dem Staatssekretär von Capelle und den Unabhängigen. Ist es die Absicht des Zentrums, zwischen Kanzler und Kriegsminister eine so starke Kluft aufzuzeigen, daß ihr weiteres Zusammenarbeiten verunmöglicht ist und der Kriegsminister weichen muß? Die Politik vom Sündenbock, der in die Wüste gesandt wird, war noch nie der Weisheit letzter Schluß.

Wir glauben heute mehr als je der Gewißheit des Satzes sicher zu sein, der früher auch zweifelnden Ohren oft genug gepredigt wurde: daß zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung Übereinstimmung herrsche. Die so notwendige Konkordienformel hat Payer in seiner Stuttgarter Rede und in deren Erweiterung vor dem Hauptausschuß gegeben, und wer die innere Wandlung der Situation noch nicht begriffen hat, dem bietet Dr. Stresemann Beweis und Gewähr an. Die nationalliberale Fraktion, die erklärtermaßen ihre Politik von der Auffassung im Hauptquartier abhängig macht, hat sich fast am vollkommensten hinter Payer gestellt, der in diesen Wochen der eigentliche Sprecher der Reichsleitung gewesen ist.

Daß diese Einheit geschaffen wurde, wer wollte sich dessen nicht freuen und darum manche bittere Rekriminationen zurückstellen; man wünscht nur, daß sie eine von allen rein militärischen Erwägungen unabhängige Dauer besitze. Es bedarf nur der Energie der zivilen Behörden, daß sie diese Übereinstimmung auch in der Praxis des bürgerlich-politischen Lebens zur vollen Geltung bringen. Auch wenn man geneigt ist, die ewig alten, tausendmal besprochenen, tausendmal be-

Digitized by Google

reinigten, offenbar unfilgbaren Kompetenzkonflikte der beiden Gewalten nicht allzu tragisch zu nehmen, im fünften Kriegsjahr, da wir des starken und freien Auftriebs aller nationalen Kräfte bedürftig sind, ist die Flurbereinigung gerade auf diesem Gebiet dringlicher als je.

Aber der Gegenstand ist doch, im ganzen gesehen, zu klein für die Basis, auf der sich die Politik des Kabinetts Hertling konsolidieren könnte. Dazu bedarf es für die außenpolitische Diskussion eines weiteren Rahmens, eines größeren Atems, und für die innere Politik stärkerer motorischer Kräfte. Was der Kanzler selber zur äußeren Lage beibrachte, war vergleichsmäßig mager, arm an neuer Prägung und nicht dazu angetan, die Phantasie der Völker zu beschäftigen. Hintze gab ein gutes Referat über den Stand der Dinge, aber keine politischen Richtlinien, die sich programmatisch entwickeln ließen. Das Wesentlichste brachte Payer, indem er mit Recht das ungestüme Drängen nach der Preisgabe der Brester Friedensverträge in das Gebiet der politischen Unmöglichkeiten verwies. Wie könnte auch eine innerliche Konsolidierung der neuen Staatengebilde vor sich gehen, wenn wir selber das zu Schaffende von vornherein als Provisorium bezeichnen! Wie glaubt man Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der deutschen Politik erwerben zu können, wenn man diesen vom Großrussentum losgelösten Körpern verkündet, daß sie wieder in den Topf eines zaristischen oder bolschewistischen Rußlands geworfen werden sollen, was ihnen gleich verhaßt sein muß. Zugegeben, daß in der Konstituierung der Ostfragen das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, noch nicht gesprochen sein kann, — warum jetzt, gerade in diesem Augenblick, von der deutschen Reichsleitung ein Eingeständnis der Schwäche fordern? So und nicht anders müßte im In- und Ausland die Erklärung wirken, die die Gegner unserer Ostpolitik jetzt aus der Regierung herausreißen wollen, eine Unterwerfung unter den Willen Balfours, eine Preisgabe der wichtigsten Schutzgarantien gegenüber dem immer noch regierungsoffiziösen britischen Ziel des wirtschaftlichen Nachkrieges.

Freilich muß es auch auf diesem Gebiet heißen, daß die Taten die Worte ablösen sollen. Es hat keinen Zweck, auf diesem Randstreifen eine dynastische Politik zu inaugurieren, es ist ziellos, über das Notwendige hinaus die Militärverwaltung aufrecht zu erhalten, statt die Kräfte der Völker zur eigenen Verantwortung mobil zu machen. Gewiß, in manchem Betracht ist dies ein Experiment — aber wenn es nicht die Aufgabe und das Talent der militärischen Okkupation sein kann, moralische Eroberungen zu machen, so schaffe man, ehe es zu spät ist, auf breiter Grundlage die Organe, in denen die Völker die Träger ihrer Verantwortung anerkennen. Ohne einen natürlichen Zuschuß an Vertrauen ist die ganze Ostpolitik undenkbar, Vertrauen in die Vernunft wirtschaftlicher und kultureller Überlegung — aber man darf die Möglichkeit dieses Weges nicht einsperren.

Digitized by Google

Offenbar wird an dieser Frage die „Krisis" sich nicht entzünden — das Parlament trägt Wünsche vor, aber es begreift, daß es sich nicht drängen lassen darf, das Werk, dem es die eigene Zustimmung gegeben, kurzerhand umzustoßen. Komplizierter ist die Frage der Parlamentarisierung geworden. Die Sozialdemokratie bekennt sich, ein Jahr zu spät, zur Bereitwilligkeit der verantwortlichen Mitarbeit. Ob Hertling sie wünscht, weiß man nicht; das Zentrum erkennt die Kräftigung an, die eine solche Entwicklung für den Charakter des nationalen Verteidigungskampfes bedeuten müßte. Aber die Sozialdemokratie will sich nicht, wie das Payer noch getan hat, dem Artikel 9 der Verfassung unterwerfen, wonach Reichstagsabgeordnete nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesrats sein dürfen. Schon vor einem Jahr hat ein nationalliberaler Antrag die Beseitigung dieses Artikels gefordert; die übrige Linke geht damit einig. Im Zentrum kämpft man noch darum — hier ist, gerade bei Männern wie Gröber, die föderalistische Tradition sehr stark, und es braucht nicht verhüllt zu werden, daß mit der Aufhebung dieses Artikels die Verfassungsgrundlage, Bismarcks eigentümliche Schöpfung, die Stellung des Bundesrats, unterhöhlt wird.

Darf man aber gerade hier von Hertling selber ein Entgegenkommen erwarten? Als im Sommer 1917 der Artikel 9 zum erstenmal in das Gesichtsfeld der politischen Wünsche trat, ließ der bayerische Ministerpräsident in der „Bayrischen Staatszeitung" einen Artikel erscheinen, der, ein schier unerhörter Vorgang, unter Berufung auf Bismarck, nicht mehr und nicht weniger besagte, als ob mit der Beseitigung dieses Artikels die Existenz des Reiches in Frage gestellt sei! Damals sprach der um seine „Souveränitäts"-Rechte besorgte Münchener Staatsmann. Denkt der Kanzler des Reiches noch ebenso, daß die Stärkung der zentripetalen Kräfte (denn darauf läuft die Sache hinaus) das Reich gefährde? Hält er die Hoheitsrechte der Gliedstaaten immer noch wichtiger, als den Weg, der den Reichsgedanken unmittelbarer als anderen Schritte in die politischen Anschauungen der Gesamtbevölkerung einsenkt? Uns erschiene diese Entwicklung gerade heute um so wichtiger, als im Norden wie im Süden partikularistische Strömungen, vom Feinde teilweise ausgenutzt und genährt, unverkennbar gewachsen sind.

Heute ist die Antwort auf diese Fragestellung noch umgangen. Man weiß nicht, wie weit sie durch Hertlings Schweigen, durch Gröbers Diversion, durch eine taktische Resignation der Sozialdemokratie zunächst in den Hintergrund treten wird. Die Scheidemann-Fraktion sagt sich selber, daß m i t Hertling diese Entwicklung kaum erreicht werden wird, das Zentrum will aber heute noch auf Hertling nicht verzichten. Morgen wird es dazu gezwungen sein.

Völlig im unklaren ist die Stellung der Krone zu diesen Auseinandersetzungen. Man hat sie mit Recht nicht in den Meinungsstreit hineingezogen. Der Monarch

Digitized by Google

hat durch den Wahlrechtserlaß kundgetan, daß er die Bedeutung kennt, die die Entfaltung der nationalen Kräfte in ihrer Tiefe für den Staatsaufbau besitzt. Heute ist diese Frage noch viel ernster geworden, und der Weg der deutschen Zukunft hängt davon ab, daß der Kaiser einer offenen, vertrauenden Antwort sich nicht verschließe.

Das innere Gleichgewicht

Von Dr. Heinrich Lindenau

Auch in Deutschland hat sich unter dem ungeheuren Drucke von außen endlich die Bildung der beiden großen Parteigruppierungen angebahnt, auf deren Grundlage allein ein gesundes parlamentarisches Leben erwachsen kann. Noch stehen die neuen Bildungen nicht fest, noch schwanken und verschieben sich die Ziele und Grenzen, fehlen Namen, Programme und wohl auch Führer. Aber die Umrisse und Bestandteile sind erkennbar. Letzten Endes handelt es sich immer noch um den großen Gegensatz, auf den Macaulay *) die beiden Seiten des englischen Parlaments zurückführt:

„Überall begegnen wir einer Menschenklasse, die mit Vorliebe an allem Alten hängt, und selbst dann noch mit banger Besorgnis und bösen Ahnungen in die Neuerung willigt, wenn überwiegende Gründe für deren Wohltätigkeit vorliegen. Ebenso finden wir überall eine zweite Menschenklasse, die sanguinischer Hoffnung und kühner Pläne voll die Unvollkommenheit des Bestehenden rasch erfaßt, über die Gefahren und Widerwärtigkeiten der Neuerungen leicht hinweggeht und nur zu geneigt ist, jede Veränderung für eine Besserung zu halten."

Der Hang, am Bestehenden festzuhalten, pflegt kräftiger bei den Gesellschaftsschichten sich herauszubilden, die im Besitze der politischen Macht und der wirtschaftlichen Güter sind — nur wer hat, kann und will bewahren, d. h. konservativ empfinden. Streben nach Änderung tritt stärker dort hervor, wo der Einfluß auf das Staatsleben, der Anteil am beweglichen und unbeweglichen Eigentum gering geblieben ist — das Trachten nach Befreiung von politischen und wirtschaftlichen Fesseln führt zur liberalen Weltauffassung. Es ergibt sich daraus die Verschiedenheit der Kampfmittel: Der Herrenstandpunkt will den Befehl und den nötigenfalls erzwungenen Gehorsam; er nähert sich militärischen Einrichtungen und Betätigungen auch in der Politik. Das Volk aber lehnt sich auf gegen die Persönlichkeitsopfer, die ihm zugemutet werden. Die Demokratie bekennt sich zur Gleichberechtigung und Verständigung sowohl innerhalb der Landesgrenzen, wie darüber hinaus.

Die Einwirkung dieser beiden großen Entwicklungstendenzen auf die deutschen Zustände in den Jahren 1914—1918 führte notwendig zur

*) Geschichte von England I.

Digitized by Google

Zweigruppenbildung. Nachdem der gewaltigen Erschütterung, die alle Bindungen gesprengt, alle Teile des Volkes zusammengeführt und gemischt hatte, der Beharrungszustand gefolgt war, begannen die durcheinander gerüttelten Elemente sich wieder zu setzen und folgten dabei den beiden Urströmen, die allein gegenüber der rasenden Gesamtbewegung des Weltkrieges Richtung zu halten und zu geben vermochten: Konservativ-aristokratisches Machtbewußtsein und liberal-demokratisches Verständigungsstreben. Parteien, Gesellschaftsschichten, Berufsgruppen, Lehrmeinungen, Weltauffassungen — nichts vermochte sich dem zu entziehen, alle fanden ihren Platz auf der einen oder anderen Seite.

Haben demnach zwei große politische Gruppen für die Gegenwart alle anderen Spaltungen verdrängt, so beansprucht auch der Ruf nach dem Burgfrieden nur ihnen gegenüber Bedeutung. Die Anhänger der beiden Gruppen sollen auch im Gegner den Volksgenossen achten, wohl die Richtigkeit, nicht aber die Lauterkeit seiner Bestrebungen anzweifeln, den Streit nach Möglichkeit auf die lebenswichtigen Fragen begrenzen. Ein vollständiges Ruhen des Parteikampfes ist nicht möglich, schon wegen des Ineinandergreifens innerer und auswärtiger Politik. Doch die inneren Fragen brauchen und dürfen während des Krieges weder bis zum tiefsten Grunde aufgewühlt noch erschöpfend gelöst zu werden. Die völlige Niederkämpfung einer der beiden Parteien müßte das innere Gleichgewicht stören, ohne dessen Aufrechterhaltung ein ehrenvoller und gerechter Außenfrieden nicht zu erreichen ist. Aus diesem Gesichtspunkte verdient aber die Mahnung zum Burgfrieden doch eine etwas schärfere Prüfung.

Der innere Waffenstillstand bezweckt die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes unter Zurückstellung der auf Änderung und Neuerungen gerichteten Bestrebungen. Es handelt sich also um eine im wörtlichen Sinne konservative Maßnahme. Im Deutschen Reiche und zumal in Preußen wird damit aber zugleich dem parteipolitischen Konservatismus Rechnung getragen, denn hier war bis zum Kriegsausbruch die Rechte im Staatsleben ausschlaggebend. Ihre Gruppe ist deshalb vorwiegend an der Erhaltung des status quo interessiert und hat daraus weitere Stärkung gewonnen. Die Ernennung einiger Parlamentarier zu Ministern hat an diesen Verhältnissen wenig geändert. Zwei davon, der Stellvertreter des Reichskanzlers und der stellvertretende preußische Ministerpräsident, besitzen kein Portefeuille, entbehren also des unmittelbaren Einflusses auf die Verwaltung und damit der wichtigsten Möglichkeit, sich und ihre politischen Ziele durchzusetzen. Die beiden anderen stehen an der Spitze der bei uns dem politischen Getriebe glücklicherweise entzogenen Justizressorts. Die Herrschaft der Autoritäten hat einen weiteren Zuwachs erhalten durch die mit dem Belagerungszustande und der Kriegswirtschaft eingetretene Militarisierung des gesamten Behörden-

Digitized by Google

aufbaus. Die stellvertretenden Generalkommandos üben in dem weit und weiter gespannten Rahmen der Sicherheitserhaltung eine fast unbeschränkte Macht auf allen Verwaltungsgebieten aus. Durch das Hilfsdienstgesetz und die Unsumme von Kriegsämtern und -gesellschaften wird auch das wirtschaftliche Leben mehr und mehr vom militärischen Geiste beeinflußt. Daß es sich hierbei, wie bei dem Zusammenarbeiten der Reichs- mit der Heeresleitung — vielleicht auch bei der zunehmenden Berufung früherer Offiziere in wichtige Amtsstellen —um Kriegsfolgen handelt, ist nicht zu verkennen, ebenso wenig aber, daß soldatisches Denken und Fühlen von den Gesichtspunkten des Befehls, des Gehorsams und des Zwanges ausgeht. So zweifellos diese Denkart für Schlachtfeld und Exerzierplatz allein ausschlaggebend sein kann, im bürgerlich-politischen Bereiche sind ihre Ergebnisse jedenfalls auf der Seite des aristokratischen Macht- und Herrschaftsgedankens zu buchen.

Im Gegensatze hierzu hatte im Auslande schon seit geraumer Zeit eine Bewegung Boden gewonnen, die auch auf internationalem Gebiete die Gewalt verwirft. Der Leipziger Historiker Lamprecht hat für die Bezeichnung demokratischer Kosmopolitismus geprägt und in seinem vor etwa 10 Jahren geschriebenen Aufsatze: „Europäische Expansion" *) wie folgt charakterisiert:

„In Deutschland ist man zu sehr geneigt, diese Bewegung auch heute noch zu unterschätzen, obgleich sie doch fundamental ist und durch keinerlei Kritik oder gar etwa Hohn beseitigt werden kann. Andere Mächte, insbesondere England und Frankreich, haben längst gezeigt, wie leicht sie in den Bereich wohlverstandener nationaler Interessen einzureihen ist, ohne an Kraft und Idealismus zu verlieren. Denn sie schaltet den Kampf der Nationen an sich so wenig aus, wie sie den Streit der Individuen würde missen wollen. Sie will nur einen Kampf mit minder brutalen Mitteln, als denen des Krieges. Und ihre Anerkennung und Ausnutzung im Interesse einer bestimmten Nation erfordert demgemäß freilich auch andere Mittel der Diplomatie und der geistig-politischen Haltung, als sie Kriegerstaaten eigen sind. Diese Kriegerstaaten aber, werden sie nicht sehr in Rückstand zu den höchsten und zugleich elementarsten Bewegungen gelangen, wenn sie nicht beizeiten der verwandelten Welt allgemeiner Überzeugungen inne werden?"

Vorbereitung, Ausbruch und Führung des Weltkrieges lassen nun freilich den oft und laut bekundeten Abscheu unserer Feinde vor Gewaltmitteln als wenig ehrlich erscheinen. Jedenfalls hat aber ihre politisch-diplomatische Führung es meisterhaft verstanden, unter diesem Zeichen den Weltbund gegen uns zusammenzuschließen, trotzdem Deutschlands auswärtige Politik seit 1871 es in den entscheidenden Fragen an Friedfertigkeit wahrhaftig nicht hat fehlen lassen. Dafür boten die Rechtsorientierung der inneren Entwicklung, die Auswahl unserer auswärtigen Vertreter, die Machtlosigkeit der Volksvertretungen immer wieder Stoff, Deutschland als außer der Reihe marschierend hinzustellen und in die Ver-

*) Pflugk-Harttung Weltgeschichte des Verlages Ullstein, Bd. 6 S. 621.

Digitized by Google

einsamung zu manövrieren. Nur in dieser Beleuchtung ist Klarheit über die Bedeutung zu gewinnen, die dem Zaberner Falle im Auslande beigelegt wurde. Sein Verlauf gilt dort noch heute als die Besiegelung des konservativ-militärischen Übergewichtes über alle demokratisch-bürgerlichen Kräfte in Deutschland auch in Friedenszeiten.

Jetzt regiert schon seit Jahren wirklich Mars die Stunde, und unter seinen Strahlen haben die autoritären Faktoren weitere Stärkung erfahren. Auch die wichtigsten politischen Entscheidungen seit Kriegsbeginn sind davon beeinflußt worden. In der Frage der Kriegserklärung, des Einmarsches in Belgien, des Unterseebootkrieges, des Brest-Litowsker Friedens und der Behandlung der Randstaaten sowie der Ukraine galten die militärischen Notwendigkeiten als schlechtweg ausschlaggebend, nicht minder in der Ausführung des Belagerungszustandes und in der Lösung von Personalkrisen. Ein Werturteil soll hiermit — wie in diesen Darlegungen überhaupt — nicht abgegeben werden, sondern nur die Frage des Gleichgewichtes zwischen den beiden Parteirichtungen untersucht werden. Für das Wirken der deutschen Diplomatie bedeuteten die genannten Entschlüsse zum Teil fühlbare Erschwerungen. Die gegen den Willen der Mehrheitsparteien durchgesetzten Verabschiedungen leitender deutscher Staatsmänner und die Unmöglichkeit, die Wünsche des Reichstages bei der Handhabung des Belagerungszustandes durchzusetzen, bestärkten nach innen und nach außen weiter die Auffassung, daß der Schwerpunkt der Reichsleitung nach rechts neige.

Für jeden, der ehrlich dazu beitragen will, den Willen zum Durchhalten im deutschen Volke vor störendem Streit zu bewahren, ergibt sich also eine zwingende Forderung: Das Gleichgewicht zwischen rechts und links muß erst einmal hergestellt und auf den Punkt gebracht werden, daß die beiden einander noch gegenüberstehenden großen Gruppen sich in gemeinsamer, unerschütterlicher Front nach außen wenden können, ohne daß eine von ihnen befürchten muß, während dessen im Innern den Boden unter den Füßen zu verlieren.

Diese Gefahr besteht für die Linke in Deutschland. Zwar steht hinter ihr die große Mehrheit der Volksgenossen, wie schon die parlamentarische Gruppierung erkennen läßt. Aber dem entspricht weder ihr Einfluß auf die entscheidenden Maßnahmen, noch ihre Beteiligung an deren Ausführung und der Verwaltung überhaupt. Je länger diese Machtlosigkeit andauert, desto bedrohlicher wächst die Anziehungskraft des staatsblinden Radikalismus. Das Begehren der Mehrheitsparteien nach schneller Verwirklichung ihrer wichtigsten Gegenwartsforderungen entspricht deshalb dem gesunden Gedanken, ein Überschlagen des Steuers nach rechts wie nach links zu verhüten. Es gründet sich für sie zugleich auf das Gebot der Selbsterhaltung, ohne deren Sicherung keine politische Partei Burgfrieden

Digitized by Google

wahren kann. Der Machthunger des Linksblocks entspringt der Unterernährung. Ihn zu stillen, ist Pflicht jeder Regierung und selbst jeder Gegenpartei, die sich bewußt bleibt, daß Deutschland in seinem Daseinskampf aller Arme bedarf und deshalb nicht die hier gesammelten Kräfte zwischen Reaktion und Anarchie zerquetschen lassen darf. Rückhaltloses Bekenntnis zum Verständigungsfrieden, Gewährung voller Selbstbestimmung an die unserem Osten benachbarten Randstaaten, schnellste Durchführung der preußischen Wahlreform ohne Hintertürchen und Klauseln, Befreiung des bürgerlichen Lebens von allen nicht zwingend gebotenen Beschränkungen, Einlaß von Vertretern liberaler Lebens- und demokratischer Staatsauffassung in die Verwaltungsstellen aller Stufen und Zweige — das sind die Bedingungen, unter denen allein das Gleichgewicht in Deutschland hergestellt und die volle Kraftentfaltung nach außen erreicht werden kann. Die bisher in der Opposition stehenden Parteien bringen auch dann noch ein schweres Opfer, denn sie übernehmen bei ihrem Miteintritte in die Leitung eine Lage, deren Entstehung maßgebend von ihren Gegnern beeinflußt worden ist. Sie dürfen und werden sich dadurch aber nicht abhalten lassen, auch jetzt noch ihren Teil an der Verantwortung zu übernehmen — freilich unter der Voraussetzung, daß ihnen auch ein voller Anteil an der Macht und ungestörtes Mitbestimmungsrecht zuteil wird. Dann herrscht von selbst wahrer Burgfrieden im Innern, damit ist das Durchhalten gesichert und die Vorstufe zum Frieden erklommen.

Die amerikanischen Truppentransporte

Von Dr. Aug. Kaegbein

Seit der amerikanische Staatssekretär des Krieges die Ankunft der ersten Million amerikanischer Truppen auf europäischem Boden meldete, predigen die feindlichen Regierungen ihren Völkern zuversichtlicher und lauter denn je das Dogma von der kriegsentscheidenden Wirkung der amerikanischen Waffenhilfe. Der Ton schallt herüber und weckt sein Echo. Auch bei uns begegnet man wohl gelegentlich der Vorstellung, als könnten die amerikanischen Truppentransporte an Umfang und Schnelligkeit in so gewaltiger Steigerung wachsen, daß sie in Kürze das ganze Schwergewicht der Menschen- und Materialmassen Amerikas in die Wagschale des Endsieges werfen. Wer diesem Glauben huldigt, übersieht die Widerstände, Schwierigkeiten und inneren Begrenzungen, mit denen eine Kriegführung über 3000 Seemeilen hinweg zu rechnen hat. Bei der gegenwärtigen Lage des Weltverkehrs und der Weltverkehrsmittel läßt sich Amerikas unmittelbare Anteilnahme am Krieg nicht beliebig steigern; sie bleibt abhängig vom Umfange des verfügbaren Frachtraumes, und zwar des eige-

Digitized by Google

nen amerikanischen oder dauernd in amerikanischen Diensten fahrenden Frachtraumes. An der Richtigkeit dieses Satzes ändert die Tatsache nichts, daß sich an den Truppentransporten der letzten Monate englische Schiffe in beträchtlicher Zahl beteiligt haben. Nach Angaben, die Sir L. Chiozza Money, der Parlamentssekretär des englischen Schiffahrtskontrolleurs, dem Unterhause mitteilte, sollen von den im April, Mai und Juni beförderten 637 929 amerikanischen Soldaten 330 956 (also 52 %) die Überfahrt an Bord englischer Schiffe gemacht haben. Trifft das zu — und wir haben um so weniger Anlaß, daran zu zweifeln, als für die Mitwirkung einer großen englischen Hilfsflotte auch andere untrüglichere Beweise vorliegen —, so geht daraus hervor, daß England den von manchen seiner leitenden Männer bisher vertretenen Standpunkt, daß die wirksamste Beteiligung der Vereinigten Staaten am Kriege in der Herstellung neuen Schiffsraumes und der Leistung von Zufuhren für die Alliierten bestehe, aufgeben mußte, weil die amerikanische Waffenhilfe den Verbündeten nach den im März und Mai erlittenen großen Menschen- und Materialverlusten noch dringender geworden war als der amerikanische Frachtraum, über dessen Ausbleiben die Beschlagnahme der holländischen Räumte und die erzwungenen Tonnageabkommen mit anderen Neutralen wenigstens eine Zeitlang hinwegbelfen konnten. Die Hergabe einer beträchtlichen englischen Räumte für die Truppenbeförderung hat die amerikanischen Transporte außerordentlich beschleunigt und würde das auch weiter zu tun vermögen, falls die Schiffe den Vereinigten Staaten dauernd überlassen bleiben. Das ist indessen aus Gründen, auf die weiter unten noch näher einzugehen sein wird, nicht anzunehmen. Für den Umfang und das schließliche Ausmaß der Streitkräfte, die Amerika herüberzuwerfen vermag, können sie deshalb auch nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Hier wird allein der amerikanische Frachtraum und seine mutmaßliche zukünftige Entwicklung den rechten Maßstab geben können. Man weiß drüben sehr wohl — und es gibt im Kongreß wie in der Presse eindringliche Warner genug, die nicht ablassen, der Regierung diesen Leitsatz immer wieder in das Gewissen zu hämmern — daß man nicht mehr Truppen nach Europa senden darf, als man dort versorgen kann, und daß man sich für diesen regelmäßigen Versorgungsdienst auf fremde Schiffe nur insoweit stützen darf, als man dauernd und uneingeschränkt über sie verfügt.

Die Vereinigten Staaten haben seit ihrem Eintritt in den Krieg ihre Seeschiffflotte, deren Brutto-Raumgehalt damals etwa 2,3 Millionen Reg.-Tons betrug, durch Indienststellung der in amerikanischen Häfen liegenden deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe, Beschlagnahme der holländischen Dampfer, mehr oder weniger erzwungene Charterung neutraler Räumte, Überführung von Küsten- und Binnenschiffen in den Seeverkehr sowie durch eigenen Schiffbau bis Anfang

Digitized by Google

August d. J. um ungefähr 3,3 Mill. Br.-Reg.-T. vergrößern können.*) Von der Gesamträumte von 5,6 Mill. Br.-Reg.-To. kamen etwa 3,2 Millionen Tonnen für die Europafahrt in Betracht. Sie sind jedoch keineswegs vollständig für die Zwecke des amerikanischen Heeres verfügbar. Manche Schiffe stehen im Dienst des Außenhandels des Landes und leisten dringende Zufuhren für die Verbündeten, andere sind von der Marine für Hilfsdienste (Geleitdampfer, Kohlen- und Ölschiffe, Hospitalschiffe usw.) in Anspruch genommen oder sind wegen notwendiger Reparaturen und Umbauten zeitweilig ausgeschaltet. Man wird diesen anderweitig gebundenen Bruchteil der amerikanischen Atlantischen Flotte mit 0,9 Mill. Br.-Reg.-To. eher zu gering als zu hoch einschätzen. Bringt man ihn in Abzug, so bleiben 2,3 Mill. Br.-Reg.-To., von denen zweifellos der größere Teil für den Versorgungs- oder Etappendienst nötig ist. Diese Versorgungsräumte genauer zu bestimmen, ist schwierig, einmal weil allgemein der künftige Bedarf einer kämpfenden Truppe keine feste Größe ist, sondern durch alle Zufälligkeiten des Krieges bestimmt wird, und zweitens, weil sich im vorliegenden Falle nicht übersehen läßt, wieweit England, Frankreich und Spanien an der Versorgung des amerikanischen Heeres teilzunehmen willens und imstande sind. Die Sachverständigenurteile über den Umfang des notwendigen Versorgungsfrachtraumes gehen denn auch recht beträchtlich auseinander. Das amerikanische Kriegsamt rechnete ursprünglich mit einem Zufuhrbedarf von 9 Gewichtstonnen pro Mann und Jahr, was bei Annahme von durchschnittlich sechs Reisen jährlich und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Ladefähigkeit der Schiffe durch den sperrigen Charakter eines großen Teiles des militärischen Transportgutes (Flugzeuge, Autos, Geschütze, Eisenbahnmaterial) und durch die Notwendigkeit der Mitnahme einer auch für die Rückfahrt reichenden Kohlenmenge (da in französischen Häfen

*) Nach Angabe des amerikanischen Schiffahrtsamtes setzte sich der Tonnagezuwachs im einzelnen aus folgenden Zugängen zusammen:

118	beschlagnahmte deutsche und österreichisch-ungarische Schiffe von	730 176 to dw.
86	beschlagnahmte holländische Dampfer	526 532 „ „
67	gecharterte norwegische Segler und Dampfer	225 788 „ „
38	gecharterte dänische Schiffe	230 414 „ „
13	gecharterte schwedische Schiffe	62 284 „ „
57	sonstige Charterdampfer	435 175 „ „
399	fremde Schiffe	2 210 369 to dw.

Ferner etwa 2 100 000 to. dw. an eigenen Neubauten und ungefähr 900 000 to. dw. an früheren Küsten- oder Binnenschiffen, gekaufter Räumte usw. Insgesamt sind also etwa 5,2 Mill. to dw. hinzugekommen. Abzuziehen wären die in diesem Zeitraum erlittenen Kriegsverluste und sonstige Abgänge, die sich auf etwa 400 000 to dw. veranschlagen lassen. Es bleibt also für Anfang August ein Nettozuwachs von 4,8 Mill. to dw. = ca. 3,3 Mill. Br.-Reg.-To.

Digitized by Google

keine ausreichenden Bunkervorräte vorhanden sein dürften und die Heimreise über englische Kohlenhäfen Zeitverlust und erhöhtes Risiko mit sich bringt) beschränkt wird, einem dauernd beanspruchten Schiffsraum von etwa 1¾ Br.-Reg.-To. entsprechen würde. Mr. Baker, der amerikanische Staatssekretär des Krieges, schätzte früher 2 Br.-Reg.-To., andere amerikanische Sachverständige 2½ und mehr. Vertrauenswürdiger als diese älteren Schätzungen erscheint die vom englischen Schiffahrtskontrolleur kürzlich aufgestellte Rechnung, von der man annehmen darf, daß sie sich auf die bisher gesammelten Erfahrungen stützt und die von den Amerikanern in der Versorgungsfrage inzwischen getroffenen Maßnahmen und Abreden mitberücksichtigt. Sir Joseph Macley ist der Ansicht, daß jeder amerikanische Soldat eine Jahreszufuhr von 5 Gewichtstonnen braucht. Ferner sei es nötig, Reservevorräte aufzuhäufen, sowie Hospitaleinrichtungen, Eisenbahnmaterial, Lokomotiven, Material für Hafenausrüstung, Fabrikanlagen usw. herüberzuschaffen. Berücksichtigt man außerdem, daß ein Teil der Zufuhren durch Versenkungen oder Seeunfälle verlorengeht und ersetzt werden muß, so wird man den zum Transport dieser Versorgungsmengen erforderlichen und dauernd gebundenen Frachtraum — wieder unter Zugrundelegung von durchschnittlich sechs Reisen jährlich — auf 1¼ bis 1½ Br.-Reg.-To. schätzen dürfen. Nach Angaben amerikanischer Regierungsvertreter sollen bis 1. August insgesamt 1 300 000 Mann nach Frankreich befördert worden sein. Legt man im Hinblick darauf, daß sich unter den beförderten Truppen zahlreiche Nichtkombattanten befinden, deren Jahreszufuhr geringer zu bemessen ist, den niedrigsten Satz von 1¼ Br.-Reg.-To. zu Grunde, so würden jene 1 300 000 Mann eine Versorgungsräumte von etwa 1,6 Mill. Br.-Reg.-To. erfordern. Es wären also zu dieser Zeit nur noch 0,7 Mill. Tonnen amerikanischen Frachtraumes für den Transport des regelmäßigen Ersatzes sowie weiterer Truppenkontingente zur Verfügung gewesen. Aus den bekanntgewordenen Belegziffern einzelner Truppentransportdampfer geht hervor, daß für die Beförderung des einzelnen Mannes und seiner Ausrüstung durchschnittlich etwa 5 Br.-Reg.-To. zu rechnen sind. Die übrig gebliebene Transporträumte von 0,7 Mill. Br.-Reg.-To. würde also nur ausreichen, 140 000 Mann zu befördern. Da die Dauer einer Rundreise sich unter den heutigen Verhältnissen auf durchschnittlich 7 bis 8 Wochen stellen wird, so würde man auf einen Monatsnachschub von etwa 70 000 Mann (Ersatz, Urlauber und Verstärkung) kommen.

Soviel läßt sich jedenfalls der Rechnung mit einiger Sicherheit entnehmen, daß mit den amerikanischen Schiffen allein eine nennenswerte weitere Steigerung der amerikanischen Truppenstärke an unserer Westfront zurzeit noch nicht herbeizuführen ist. Erst allmählich in dem Maße, wie seine Entwicklung fortschreitet, wird der amerikanische Eigenfrachtraum imstande sein, außer dem Versorgungs-

Digitized by Google

dienst des wachsenden Expeditionsheeres auch noch den Transport beträchtlicher neuer Kontingente zu bewältigen.

Was die weitere Entwicklung der amerikanischen Tonnage angeht, so hängt sie in der Hauptsache von den Ergebnissen des heimischen Schiffbaues ab. Auf die zunehmende Leistungsfähigkeit seiner Werften vor allem gründet Amerika seine Frachtraumhoffnungen, die in den Reden seiner leitenden Männer gelegentlich in phantastischen Ziffern zum Ausdruck gelangen. Wenn diese Hoffnungen bisher auch wiederholt revidiert werden mußten — die Schätzungen des im laufenden Jahre zu erwartenden Bauergebnisses sind allmählich von 6 auf 3 Mill. to dw. (= 2 Mill. Br.-Reg.-To.) gesunken, von denen bis Ende August 1,7 Mill. to dw. (= 1,1 Mill. Br.-Reg.-To.) wirklich gebaut waren —, so wäre es doch verfehlt, daraus für die künftige Produktionssteigerung vorschnelle Schlüsse zu ziehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vereinigten Staaten in erstaunlich kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung ihrer Werftanlagen vorgenommen haben und daß sie mit ihrer ganzen industriellen Energie an dieser Entwicklung weiterarbeiten. Nach einer unlängst vom Schiffahrtsamt veröffentlichten Übersicht sind gegenwärtig 159 Werften (73 für stählerne, 82 für hölzerne und 4 für Betonschiffe) vorhanden, davon sind 118 voll betriebsfähig. Freilich hat man drüben inzwischen einsehen müssen, daß es mit der Anlage von Werften allein nicht getan ist, und daß das erstrebte Ziel nur erreicht werden kann, wenn gleichzeitig auch sämtliche Hilfsindustrien des Schiffbaues ihre Leistungsfähigkeit entsprechend zu erhöhen imstande sind. Das größte Hemmnis, unter dem gegenwärtig die amerikanische Werftindustrie leidet, ist außer einer gewissen Materialknappheit der Mangel an Schiffsantriebsmaschinen und -kesseln. Der Maschinenbau hat dem Schiffbau nicht zu folgen vermocht, das Mißverhältnis zwischen Ablieferungen und Stapelläufen wächst, und die Zahl der unvollendet an den Ausrüstungskais liegenden Schiffe mehrt sich. Für die künftigen Bauergebnisse wird es also vor allem ausschlaggebend sein, ob es gelingt, die Leistungsfähigkeit des Maschinen- und Kesselbaues derart zu vergrößern, daß sie mit der gesteigerten Produktivität der Werften Schritt halten kann. Eine andere Frage von nicht geringer Bedeutung ist es, ob die neu angelegten staatlichen Riesenwerften in Hog Island, Pa., Newark, N. J., und Bristol, Pa., die den amerikanischen Gedanken der fabrikmäßigen Massenherstellung von Seeschiffen verwirklichen und damit dem Schiffbau erst den eigentlichen großen Schwung geben sollen, den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen werden. Nahezu 3 Mill. to dw., das ist ungefähr ein Drittel des gesamten amerikanischen Bauprogramms an Stahlschiffen, sind allein diesen drei Werften in Auftrag gegeben. Bekanntlich handelt es sich bei ihnen um sogenannte Sammelwerften, die die in vielen über das ganze Land verstreut liegenden Werken hergestellten Schiffseinzelteile zu Schiffskörpern zu-

Digitized by Google

sammenbauen. Der Erfolg dieser neuartigen, auf weiteste Arbeitsteilung eingestellten Baumethode ruht mithin auf der Voraussetzung, daß sich die Materialtransporte zwischen den Stätten der Stahlproduktion, den weiterverarbeitenden Werken und den Sammelwerften in stetem Fluß vollziehen. Bei der wiederholt zu Tage getretenen Empfindlichkeit des amerikanischen Eisenbahnsystems, seiner Überlastung durch die wachsenden Kriegstransporte und den Schwierigkeiten, mit denen die Staatswerften bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit zu kämpfen hatten, wird man kaum annehmen können, daß sich ihr Vollbetrieb ohne Störung und Verzögerung entwickeln wird. Auch hinsichtlich der Brauchbarkeit der überhastet hergestellten Schiffe dürften einige Zweifel am Platze sein.

Außer dem eigenen Schiffbau wird wahrscheinlich die mit so gutem Erfolg betriebene Politik der Aneignung oder Zwangscharterung fremder Räume den Besitzstand der amerikanischen Europaflotte noch weiter vermehren, denn die Quellen, aus denen bisher der Hauptstrom der Tonnagezugänge floß, sind noch keineswegs völlig versiegt. So darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Vereinigten Staaten einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der durch das schwedisch-englische Abkommen für die Entente gewonnenen schwedischen Tonnage erhalten werden. Ob sich die amerikanischen Hoffnungen auf Überlassung weiteren schwedischen und dänischen Frachtraums verwirklichen werden, läßt sich zurzeit noch nicht erkennen. Dagegen ist von Japan außer einer bereits überwiesenen Charterflotte von 100 000 Br.-Reg.-To. die Lieferung von japanischen Neubauten im Gesamtraumgehalt von 235 000 Brutto-Register-Tonnen bis Mitte nächsten Jahres in sichere Aussicht gestellt. Nach den neuesten Meldungen haben weiter Uruguay und Peru die von ihnen beschlagnahmten deutschen Schiffe von zusammen 86 000 Br.-Reg.-To. dem amerikanischen Schiffahrtsamt in Charter gegeben, und Kolumbien wird wahrscheinlich ihrem Beispiel mit weiteren 14 000 Tonnen folgen.

Stellt man außer dem Zuwachs an eigenen Neubauten diejenigen Frachtraumzugänge aus anderen Quellen, die sich heute bereits voraussehen und abschätzen lassen, nach Umfang und Zeitpunkt ihres mutmaßlichen Wirksamwerdens in Rechnung, so würde sich die wahrscheinliche künftige Entwicklung der amerikanischen Europatonnage (eigene, beschlagnahmte und gecharterte Schiffe) etwa durch folgende Ziffern kennzeichnen lassen:

Anfang August 1918	3 170 000	Br.-Reg.-To.
„ Januar 1919	4 500 000	„ „ „
„ April 1919	5 400 000	„ „ „

Eine Reihe weiterer Zuwachsmöglichkeiten müssen unberücksichtigt bleiben, weil sie unwägbar sind, sich also der rechnerischen Erfassung entziehen. Neben

Digitized by Google

den noch vorhandenen neutralen Frachtraumreserven, die nicht allzu beträchtlich sind — Spanien wird wegen der besonderen Aufgaben, die ihm für die Verproviantierung der amerikanischen Truppen zugedacht worden sind, voraussichtlich vor Übergriffen auf seine Handelsflotte bewahrt bleiben — kommen hier vor allem die in Argentinien, Chile sowie in den Häfen Niederländisch-Indiens liegenden deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe, insgesamt etwa 575 000 Br.-Reg.-To., in Betracht, auf deren Nutzbarmachung für amerikanische Interessen sich die Bemühungen der Vereinigten Staaten möglicherweise nicht ohne Erfolg richten könnten. Auch wäre es nicht undenkbar, daß die Union sich im Notfalle entschlösse, ihren im nicht-europäischen Seeverkehr sowie in der Küstenfahrt und auf den großen Binnenseen beschäftigten Schiffsraum noch weiter zu Gunsten ihrer Europaflotte zu kürzen. Diesen unberücksichtigt gebliebenen Zuwachsmöglichkeiten stehen indessen die gleichfalls nicht abschätzbaren Verluste gegenüber, die die amerikanische Tonnage innerhalb des hier zu Grunde liegenden Zeitraums infolge Kriegsmaßnahmen, Seegefahr, Abnützung usw. erleiden wird. Da beide Momente sich in ihren Wirkungen abschwächen, so wird man vielleicht annehmen dürfen, daß sie den Gang der Entwicklungskurve nicht allzu sehr verändern werden.

Nach unserer Schätzung würde man also für Anfang Januar nächsten Jahres mit etwa 4 500 000 Br.-Reg.-To. zu rechnen haben. Bringt man hiervon erstens die anderweitig gebundene Räumte, die man in Hinblick auf die mit der Gesamträumte zunehmende Zahl der durch Reparaturen ausgeschalteten Schiffe sowie auf den mit den wachsenden Sicherungsaufgaben der Marine zunehmenden Bedarf an Hilfsschiffen für diesen Zeitpunkt auf etwa 1 100 000 Tonnen zu veranschlagen hätte, und zweitens die zur Überführung des regelmäßigen Truppenersatzes sowie zu einem beschränkten Urlauberverkehr nötige Transporträumte, die mit 800 000 Tonnen eingesetzt werden möge, in Abzug, so bleiben 2,6 Mill. Br.-Reg.-To. übrig, ein Schiffsraum, der — die vom englischen Schiffahrtskontrolleur gegebenen Maßstäbe als grundlegend angenommen — im besten Falle zur Versorgung von 2,1 Mill. Mann ausreichen würde. Von der Anfang April nächsten Jahres vorhandenen Gesamträumte würde nach entsprechenden Abzügen ein Bestand von etwa 3,1 Mill. Br.-Reg.-To. bleiben, ausreichend für die Versorgung von 2,5 Mill. Mann. Man wird bei diesen Rechnungsergebnissen nicht vergessen dürfen, daß es sich um Höchstziffern handelt, die von der Voraussetzung ausgehen, daß die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse ihres eigenen Außenhandels und die Frachtraumnot ihrer Verbündeten den gesamten Räumtezuwachs bis zur letzten Tonne unmittelbar oder mittelbar in den Dienst ihres Expeditionsheeres stellen werden. Ferner,

Digitized by Google

daß mit dem außerordentlich niedrig erscheinenden Versorgungsfrachtraum von 1¼ Br.-Reg.-To. pro Mann gerechnet worden ist. Endlich, daß das zu versorgende Heer nicht lediglich aus Fronttruppen, sondern zu einem beträchtlichen Teil aus Etappentruppen, Beamten, Arbeitern, Technikern, Eisenbahnpersonal, den Besatzungen der in europäischen Gewässern stationierten amerikanischen Kriegsschiffe usw. besteht.

Für die Schnelligkeit, mit der die Amerikaner künftig den nach Maßgabe des jeweiligen eigenen Frachtraums möglichen Höchststand ihrer Kräfteentwicklung erreichen können, würde die weitere Verfügung über die bisherige umfangreiche englische Hilfstonnage naturgemäß von besonderer Bedeutung sein. Es darf indessen, wie bereits erwähnt, als recht zweifelhaft angesehen werden, ob England diese Räumte, die man nach den angegebenen Beförderungsziffern für April, Mai und Juni auf nahezu 1 Mill. Br.-Reg.-To. schätzen mag, seinem Verbündeten noch weiter ungekürzt überlassen kann. Unverkennbar hat die Herausziehung einer so beträchtlichen Tonnage aus der Heimversorgung schwere Nachteile für die englische Lebensmittelzufuhr gehabt. Bei den Arbeiterausständen, deren Zahl in England neuerdings wieder stark in Zunahme begriffen ist, tritt überall die Verschlechterung der Ernährungslage als Hauptursache auf. Der in Wales drohende Grubenarbeiterstreik wurde beispielsweise offen als ein Protest gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung infolge der Verwendung englischer Schiffe für amerikanische Truppentransporte bezeichnet. Auch von amtlicher Stelle wird der ursächliche Zusammenhang zwischen diesen Transporten und den heimischen Ernährungsschwierigkeiten zugegeben. Auf der Ende August stattgehabten Londoner Konferenz des interalliierten Seetransportrates gestand Lord Cecil, daß die Beförderung der amerikanischen Truppen für England und seine europäischen Verbündeten eine große Verminderung der Einfuhr bedeute und der Bevölkerung schwere Entbehrungen auferlege. Dazu darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß sowohl Frankreich wie Italien auf eben dieser Londoner Konferenz erhöhte Tonnageforderungen zur Verbesserung ihrer Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr geltend gemacht haben. Wenn der Appell des englischen Blockadelords, die Verbündeten möchten im Interesse einer weiteren Verstärkung des amerikanischen Hilfsheeres ihre Wünsche noch für einige Zeit zurückstellen, von dem französischen Minister Clementel dahin beantwortet wurde, daß Frankreich zweifellos einem teilweisen Verzicht auf seine Hoffnungen zustimmen würde, so läßt dieses „teilweise" in Verbindung mit dem vollständigen Schweigen des gleichfalls anwesenden italienischen Proviantministers Crespi vermuten, daß die Verbündeten vielleicht bereit sind, ihre Tonnageansprüche zu beschränken, keineswegs aber sie gänzlich fallen zu lassen. Der Secolo meldete kürzlich, daß der amerikanische Generalstabschef auf die

Digitized by Google

Schwierigkeiten hingewiesen habe, die einer weiteren Vermehrung der amerikanischen Truppenstärke in Europa aus dem Mangel an Schiffsraum entgegenständen. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man diesen besonderen Hinweis als ein Anzeichen dafür nimmt, daß eine Zurückziehung oder Kürzung des den Amerikanern zur Verfügung stehenden englischen Hilfsfrachtraums bereits unvermeidlich geworden ist.

So wenig es angesichts der im Vorstehenden erörterten Zukunftsmöglichkeiten geraten erscheint, den Kraftzuwachs, den unsere Gegner durch den Zuzug der Amerikaner erhalten, zu unterschätzen, so wenig darf andererseits übersehen werden, daß sie diese amerikanische Waffenhilfe mit dem Verzicht auf den amerikanischen Frachtraum und damit auf das einzige Heilmittel gegen den entkräftenden eigenen Tonnageschwund haben erkaufen müssen. In dem Kampf des U-Bootes mit den Werften des Verbandes war der amerikanische Schiffbau bisher die große Hoffnung, er sollte den Ausgleich der Tonnageverluste im Ententeverkehr herbeiführen und damit den U-Bootkrieg wirkungslos machen. Wenn ein Teil der feindlichen Presse unter Hinweis auf die wachsende Zahl der englischen und amerikanischen Neubauten seinen Lesern die Überzeugung aufzunötigen versucht, daß dieses Ziel nunmehr erreicht sei, so ist das eine bewußte Irreführung. Was Amerika baut, ist durch den Dienst für das amerikanische Heer gebunden, kommt also für den Ententeverkehr, für die regelmäßigen Zufuhren zur Versorgung Englands, Frankreichs und Italiens, gegen die sich der U-Bootkrieg im besonderen richtet, nicht in Betracht. Ohne die amerikanischen Werften aber ist hier der erstrebte Tonnageausgleich, solange sich die Versenkungen auf ihrer jetzigen Höhe erhalten, nicht zu erreichen. Der Rückgang des Frachtraums der europäischen Alliierten mit allen Einbußen, die der gemeinsamen Kampffähigkeit aus ihm droht, dauert an, und auch die gewaltsamen Übergriffe auf die neutrale Tonnage können ihn nur vorübergehend aufhalten. Reicht die Wirtschaftstonnage Englands, Frankreichs und Italiens für die Aufrechterhaltung der dringendsten Zufuhren nicht mehr aus, so wird Amerika, will es die Sache des Verbandes nicht gefährden, sich entschließen müssen, einen wachsenden Teil seiner Räumte zur Versorgung der Verbündeten zu verwenden. Damit verringert sich in gleichem Maße die Möglichkeit einer weiteren wirksamen Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich. Die Frage nach dem künftigen Umfang des amerikanischen Expeditionsheeres ist also zugleich eine Frage nach den Erfolgen, die unsere U-Boote in ihrem harten Kampf fernerhin davonzutragen vermögen.

Digitized by Google

Trotzki spricht

Von A. Felger

Aus den Aufzeichnungen eines jungen deutschen Kaufmanns, der vier Jahre russischer Zivilgefangener gewesen war und jetzt heimgekehrt ist.

Das Abendessen war zu Ende. Ich war zu unruhig, um zu Hause sitzenzubleiben und entschloß mich, noch einmal zu versuchen, ob Trotzki inzwischen nicht gekommen war. „Beeilen Sie sich," sagte man mir am Eingangstor des Stadtgartens, „Trotzki spricht bereits. Eintritt 1 Rubel." „Aber ich habe doch schon bezahlt, drei Stunden gewartet, war zu Hause inzwischen und soll nun noch mal bezahlen!!"

„Wir können das nicht wissen. Ganz wie Sie wollen." Schnell lief ich nochmals zur Kasse und stürmte in den Garten, der merkwürdig still und leer geworden war. Nur im Hintergrund drängten sich schwarze Massen um den Rednerpavillon, mir von allen Seiten den Zugang zum Redner versperrend. Ich ging die Peripherie dieser Menge ab, wobei ich bemerkte, daß die Stimme des Redners von überall her klar und deutlich zu vernehmen war, trotzdem er ganz ruhig und beinahe ohne jeden Tonfall sprach. Endlich hatte ich mich durchgearbeitet durch eine weniger dichte Stelle, und ich stand plötzlich meinem Mann gegenüber. Beinahe Auge in Auge. Also das war Trotzki! Auf dem Rednerpavillon lief ein Mann auf und ab, welcher vor allem müde und verschwitzt aussah. Und redete. Erzählte. In der Hand ein Taschentuch, schmutzgrau und zerknüllt, mit dem er sich häufig den Schweiß abwischte. Schwarze Lüsterjacke, abgetragen, an einem Ärmel durchgestoßen. Den Umlegekragen hatte er losgebunden, die Krawatte, ein abgenützter grüner Seidenstreifen, flatterte beim Gehen in der Luft. Ordinäre Hosen unbestimmter Farbe. Beim Hochziehen des Strumpfes hatte er das rechte Beinkleid hochgestülpt und nachher herunterzuschlagen vergessen. Lila Strümpfe und gemeine Unterhosen. Und das war Trotzki, von dem mein früherer Freund, ein russischer Sozialrevolutionär, welcher ihn aus der Schweiz kannte, sagte, er wäre elegant, weltgewandt, während Lenin ein schwerfälliges russisches Bärchen darstelle? Ich war überrascht, indigniert. Nun das Gesicht ansehen, das ist wichtig, ehe ich urteile! Aber ich spürte schon, wie ein erstes Urteil in mir fertig war. Mache, künstliche Aufmachung, Dekoration zum Volkstribunen! Oder täusche ich mich, täuschte sich mein Freund? Nun wendet er sich wieder gerade auf meine Seite, ich sehe ihm voll ins Gesicht und er fängt meinen Blick auf, erwidert ihn. Ein ausdrucksvoller, großer Kopf. Scharfe, bewegte Linien der Nase, des Mundes, der Stirne. Wellige, dichte Haare, um die man einen Mann beneiden kann. Eine

Digitized by Google

gewölbte, dicke, semitische Nase. Scharfe, stechende Augen. Pince-nez. Kinnbart. Ausgesprochen semitischer Typ, Typ des jüdischen Intellektuellen. Untersetzte, kräftige Mittelfigur, Haltung etwas vornübergebeugt.

„Ja," spaziert Trotzki auf seinem Pavillon und erzählt, ruhig, sich nicht ein einzigesmal unterbrechend oder verbessernd. „Ja, da gibt es verschiedene Leute, die sich Sozialisten heißen, aber sie sind keine. Oder war Kerensky vielleicht ein Sozialist, als er, von den Wellen der ausgesprochen sozialistischen Revolution hochgetragen, die Bedeutung dieser Revolution übersehend, anfing, das Programm unserer einzigen Todfeinde, der Bourgeoisie und der Kapitalisten, Punkt für Punkt durchzuführen, eine armselige Marionettenfigur in den Händen klügerer und mächtigerer Leute? Oder sind sie Sozialisten, jene Menschewisten und Sozialrevolutionäre der Ukraine, welche die Hilfe des deutschen Imperialismus gegen uns anrufend, ihren Hals unter das Joch dieses selben Imperialismus beugten und der ganzen Errungenschaften der Revolution verlustig gingen? Und was für ein Unterschied ist zwischen den Menschewisten und Sozialrevolutionären der Ukraine und denen des rätischen Rußlands? Natürlich keiner! Jene haben kaltblütig ihr Land an die Imperialisten Mitteleuropas ausgeliefert, diese wollen unsere Räte-Republik an die Kapitalisten der Entente-Gruppe, unsere früheren Verbündeten, verraten. Aber wir, die Hüter des echten Sozialismus, wir rufen ihnen ein mächtiges: „Hände weg!" zu. (Bravo!!) Wie kann man da noch zweifeln, wo die Tatsachen doch zum Himmel schreien! Die beiden imperialistischen Gruppen, die sich immer noch auf blutigen Schlachtfeldern schlagen, sind der Erschöpfung nahe. Die Herzen der Ringer klopfen wild zum Zerspringen, der Atem keucht, die Hände geben schon locker. Noch ein Ruck, eine Anstrengung, und der eine der Ringer fällt. In diesem Stadium des Kampfes sieht sich die Entente, aufs höchste bedrängt, nach Hilfe um, und sie denkt an Rußland, wo die Dummen immer noch nicht alle sind. (Bravo! Gelächter!) Und um Rußland wieder in den Krieg zu ziehen, muß man zuerst uns, die wir uns mit Ekel vom Kapitalisten-Krieg abwandten, uns, die Bolschewisten, entfernen. Entfernen mit Hilfe sogenannter Sozialisten, der Menschewisten und Sozialrevolutionäre. Und dazu wird folgender teuflisch angelegter Plan in Szene gesetzt. Ihr kennt die Tschecho-Slowaken, die früheren Kriegsgefangenen der in Gott verschiedenen (Bravo, Gelächter!) zarischen Regierung. Dieses Korps hatte nach Abschluß des Friedens zwischen Rußland und Deutschland bei uns nichts mehr zu tun. Delegierte kamen zu mir und baten, dem Korps die Fahrt nach der französischen Front zu ermöglichen, über Wladiwostok oder auch Archangelsk. Ich antwortete: „Bitte sehr, Ihre Bitte ist ganz in meinem Sinne". Ich wandte mich am selben Tage, das war etwa vor drei Wochen, zum Vertreter der englischen Regierung in Moskau, Herrn Lockhard und fragte ihn, wie man die Tschechen raschmöglichst abschieben könne. Er sagte.

Digitized by Google

daß er die Sache sofort seiner Regierung übergeben werde. Mit derselben Angelegenheit wandte ich mich am selben Tage zum Vertreter der französischen Regierung. Derselbe versprach ebenfalls, nach Paris zu berichten. Ich warte nun auf Antwort: Schweigen. Nach acht Tagen reklamiere ich bei Herrn Lockhard die Antwort seiner Regierung. Er sagte mir, die englische Regierung habe von unserem Wunsche Kenntnis genommen und werde ihn bei erster Möglichkeit berücksichtigen, aber das wäre eine rein technische Frage der Tonnage geworden. Verstehen Sie, die Engländer hatten nicht genügend Schiffe, um die Tschechen nach Frankreich zu befördern. Herr Lockhard riet mir, mich in dieser Sache an den französischen Repräsentanten zu halten; bei der jetzigen Überbürdung der englischen Flotte wäre es wahrscheinlicher, daß Frankreich etwas machen könne, als England. Der französische Vertreter sagte, ich solle mich nur an England halten, Frankreich wäre leider außerstande, die Leute zu transportieren. So wartete ich drei Wochen, vertröstet und mit Versprechungen abgespeist. Und in diesen drei Wochen gelangen in meine Hände ganz positive geheime Nachrichten, daß die Tschechen bedeutenden Zuzug früherer zarentreuer Offiziere aus allen Teilen Rußlands erhalten, wobei die Vertreter unserer sogenannten „Verbündeten" aus allen Kräften mithelfen; hier in Moskau selbst fangen wir eine ganze große Partie sogenannter „französischer Offiziere" ab, die über den fernen Osten nach Frankreich fahren, unter dem Geleitschutz der französischen hiesigen Vertretung. Wie man die Leute ausfragte, konnte keiner ein Wort französisch, aus den Dokumenten ist klar zu ersehen, daß sie sich zu den Tschechen schlagen wollten. Unter solchen Umständen war eine neue Handlungsweise geboten: ich wandte mich nun an die Tschechen und erklärte ihnen, daß meine Bemühungen, sie nach Frankreich abzuschieben, keinen Erfolg gehabt hätten. Da sie also nach Frankreich nicht gelangen könnten, und wir für ihre Waffendienste keine Verwendung haben, so wäre es wohl am besten, sie vertauschten den Säbel mit dem Arbeitswerkzeug und widmeten sich friedlicher Arbeit, jede Arbeitskraft wäre uns dringend willkommen (Bravo, sehr richtig). Die Tschechen sagten schroff ab; ich gab den Befehl zu ihrer Entwaffnung. Daraufhin fielen diesen Leuten sofort die Masken vom Gesicht und es kann heute kein Zweifel mehr sein, daß sie absichtlich hier zurückgehalten worden waren, um gegebenenfalls gegen uns aufzutreten, uns mit Hilfe unserer sogenannten Sozialisten, den Menschewisten und Sozialrevolutionären, zu stürzen, im Lande eine neue „sozialistische" Regierung aufzustellen, um dann Rußland von neuem in den Krieg gegen Deutschland zu führen, den wir verabscheuen. Aber sowie wir die Sachlage klar erkannten, wußten wir auch zu handeln, und wir können unseren russischen „Sozialisten" jetzt schon zurufen: „Ihr habt Euch verspekuliert; es soll und wird Euch nicht gelingen, Rußland nochmals in den Krieg zu ziehen, der Russe will arbeiten, friedlich arbeiten und nicht von neuem sich ins

Digitized by Google

Blutbad tauchen, besonders nicht für die Interessen der Kapitalisten der Entente! (Bravo! Sehr richtig, Bravo!)

Diese sogenannten „Sozialisten" wissen auf unsere wuchtigen Argumente nichts zu erwidern, als ein verlorenes Stammeln. Sie stammeln so etwas vom „Willen des ganzen Volkes, das wir knebeln", von der „Verjagung der konstituierenden Versammlung, die der alleinige Herr in Rußland wäre". Der alleinige Herr, ja. (Hört, hört!!) Es ist ganz gut, daß ich darauf zu sprechen komme; ich will euch kurz erklären, wie wir Bolschewisten dazu kommen, diesen Herren Rußlands, vom russischen Volk unter den freiesten Wahlgesetzen, die es gibt, erwählt, trotzdem nicht anerkennen wollen und zur Türe hinausgeworfen haben. Nehmt einmal an, die Wahlen hätten stattgefunden, alle Parteien, die (ironisch) Sozialisten, Kadetten, Oktobristen usw., hätten eine ihrem Einfluß entsprechende Anzahl Kandidaten durchgebracht, diese letzteren wären zusammengetreten, und bilden nun die (ironisch) konstituierende Versammlung. Also um zu arbeiten, muß diese (ironisch) hohe Versammlung eine Regierung aus sich bilden, mit verschiedenen Ministern und einem Ministerpräsidenten. Also man kann schon zum voraus, zwar mit Schaudern, voraussagen, daß in einem solchen Ministerium folgende Persönlichkeiten sitzen würden: Herr Miljukow, Professor und Kadett, Herr Rodsianko, Großgrundbesitzer und Oktobrist, Herr Kerensky, Sozialist (ironisch), Herr Tscheidse, Sozialist, Herr Zeretelli, Sozialist, usw. usw.; da wäre schließlich auch noch unser Genosse Lenin. Nun handelt es sich darum, zu arbeiten, praktisch zu arbeiten. Nehmen wir z. B. die Landfrage. Da wird Herr Rodsianko aufstehen und sagen: „Ich meine, den russischen Bauern mit ihrer angeborenen Faulheit weitere Landflächen in die Hände zu geben, zum Schaden des rationellen Großgrundbesitzes, wäre verkehrt und nicht zweckmäßig. Die Produktion würde zurückgehen, der Export würde sich verringern, die Handelsbilanz sich verschlechtern und die internationale Stellung Rußlands leiden . . ." Herr Miljukow würde sagen: „Wer wie wir Kadetten jahrelang das Problem der Landfrage studiert, und die innersten Interessen der Bauernschaft immer so warm am Herzen getragen hat wie wir, der wird gegen eine zweckmäßige Aufteilung des Großgrundbesitzes zu Gunsten der Kleinbauern nichts Ernsthaftes einzuwenden haben. Diese Aufteilung wird vom Staate systematisch vorgenommen und die seitherigen Besitzer erhalten volle Entschädigung aus dem Staatshaushalt. Diese Entschädigung wird natürlich dem Volkshaushalt im vollsten Maße wieder zugute kommen, denn die freien Kapitale werden neue Unternehmungen ins Leben rufen." Unser Genosse Lenin dagegen wird sagen: „Das Land (mit starker Betonung) brauchen wir für unsere Bauern, und da wir es brauchen, werden wir es uns nehmen, und zwar unentgeltlich, ob es euch paßt oder nicht; wenn es euch nicht paßt, so habt ihr ja hier nichts zu tun und könnt euch zum Teufel scheren; sollte es euch aber einfallen, uns daran hindern zu wollen,

Digitized by Google

so packen wir euch am Kragen! (Ausdrucksvolle Geste Trotzkis. — Wilde Beifallsrufe, Lachen im Publikum.) Also ihr könnt euch an diesem Beispiel ein Urteil bilden, in welcher Weise diese „konstituierende Versammlung" etwa arbeiten würde: Die einen ziehen, die anderen lassen nicht los. Und das kann auch gar nicht anders sein, denn hier platzen zwei entgegengesetzte feindliche Welten aufeinander, die sich eben dank ihrer Natur nicht vertragen können. Wer das nicht einsieht, ist blind! (Bravo!) Von gemeinsamer (ironisch) Arbeit zu reden, ist dumm und kindisch! Das sind Gegensätze wie Feuer und Wasser, wie Tag und Nacht. Das eine schließt das andere aus, das eine muß das andere besiegen, überwältigen, vernichten, sonst wird es selbst besiegt und vernichtet. Wir sind die Stärkeren und vernichten unsere Gegner schonungslos! (Bravo! Bravo!) Daß es dabei Blut und Flammen absetzt, tut nichts zur Sache, dafür sind wir in einer Revolutions-Epoche! (Bravo! Delirium in der Menge.)

Trotzki belebt sich, spricht mit ausdrucksvollen Gesten, macht Pausen, um den Eindruck des einen oder anderen Gedankens zu verstärken, und hat seine Zuhörer im vollen Banne. Sehr wirkungsvoll ist, wenn er bei besonders wichtigen Behauptungen plötzlich einen müden Ton annimmt, als memoriere er schon tausendmal wiederholte Binsenwahrheiten, woran überhaupt kein vernünftiger Mensch zweifeln könne. Und gerade mit diesem müden Ton spricht er die letztangeführte Periode von der Revolutions-Epoche, als ob er müde, ungeduldig, gelangweilt sagen wolle: Mein Gott, wie kann man denn darüber noch reden? Daß da einige hindernde Individuen daran glauben und bluten müssen, ist doch eine Kleinigkeit. Dafür sind wir doch in einer Revolutions-Epoche! Ich muß gestehen, Trotzkis Art wirkte selbst auf mich. Ich hatte Gelegenheit, eine ähnliche Wirkung auch auf einige nahestehende russische Intellektuelle zu beobachten. Besonders auf Frauengesichtern spielte sich der Eindruck der Worte Trotzkis sehr deutlich ab. Da stand eine junge Studentin, welche wohl, wie ich, zum erstenmal den Mann sah, und ihn feindlich, wie ein interessantes, aber widerwärtiges Tierchen, gemustert hatte. Je weiter Trotzki redete, desto mehr verschwand der feindliche Zug auf der Stirn und um die Lippen; im Laufe der Rede legte sich nach und nach ein Lächeln um den Mund, und ich las jetzt auf ihrem Gesicht deutlich: „Aha, also so einer bist du; ich verstehe dich, durchschaue dich und deine Tricks. Wie diese wirken müssen auf das einfache Publikum! Ach, das ist großartig gesagt, da hast du den Nagel auf den Kopf getroffen! Ach, gewandte Bestie, du kannst wirklich gefährlich werden!" Am Schlusse der Rede übergab sie rasch ihrer älteren Begleiterin ihre Ledermappe, um die Hände frei zu bekommen und klatschte lange und energisch Beifall. Sicher war sie keine Bolschewistin geworden, sondern der gehabte ästhetische Genuß hatte sie umgestimmt. Weiter hinten konnte ich begeisterte Blicke und Ausrufe anderer Damen beobachten. Das männliche Publikum stand nachdenklich, mit gefalteter Stirn; der Redner hatte alle tüchtig angeregt und aufgerüttelt.

Digitized by Google

Der weitere Inhalt der Rede Trotzkis war eine äußerst geschickte Widerlegung der Behauptung, die Bolschewisten wären die Freunde und Vasallen der deutschen Regierung. Wie holte er da wuchtig aus, um derartige Redereien an Hand von Belegen und Beweisen zu zerschlagen. Er gab dabei interessante Auszüge aus der Geschichte der russischen Revolution, und man spürte plötzlich, wie der Mann da droben wirklich im Brennpunkte der Ereignisse gestanden hatte; daß er über die Geschichte Rußlands beinahe wie über seine eigene Familiengeschichte berichtete. So sagte et z. B.: „Ich selber hatte Ende Oktober 1917 mit einer Abteilung Soldaten denselben General Krasnow, der uns jetzt im Dongebiet Stänkereien macht, bei Petersburg gefangen genommen, und war der Meinung, der Mann müsse unschädlich gemacht werden. Allein, wie Sie ja wissen, ist der russische gemeine Mann ein guter Kerl. Die Soldaten fanden, man könne den General gut laufen lassen. Wir ließen uns also von ihm das schriftliche Versprechen geben, das in unseren Archiven aufbewahrt ist, daß er sich in Zukunft nie mehr mit Politik befassen und nie gegen uns Bolschewisten arbeiten werde. Der Mann hat sein gegebenes Wort gebrochen!"

Trotzki war zu Ende. Von allen Seiten reichte man zur Tribüne Papierzettelchen mit Fragen an den Redner. Hinter mir tuschelten zwei Arbeiter: „Schreib doch; er soll uns sagen, wie er sich zum Brotmonopol stellt. Wenn die Leute, die er jetzt überlistet hat, wieder ans Brot denken, dann werden sie ihm wohl nicht Beifall klatschen." Der Zettel wurde geschrieben und ging zur Tribüne. Nach einer Pause, während welcher Trotzki ein Glas Tee trank, trat der Kommissar des Vorstadtviertels auf und sagte: „Genossen, ihr müßt den Genossen Trotzki entschuldigen, daß er heute nicht imstande ist, auf alle eure verschiedenen Anfragen zu antworten. Er ist sehr müde, da er mit Amtsgeschäften überhäuft ist; ferner wartet auf ihn das Automobil, um ihn zu einer wichtigen Sitzung des Rates der Volkskommissare zu holen."

Das Publikum ging still auseinander.

Die werbende Kraft des Rechts

Aus „des Seefahrers und aufrechten Bürgers Joachim Nettelbeck wundersame Lebensgeschichte, von ihm selbst erzählt" sendet uns ein Freund unseres Blattes einen Abschnitt, den man auch heute, da man von moralischen Offensiven, von der Abwehr feindlicher Verleumdung redet und hört, nicht ohne Rührung und Gewinn lesen wird. Die Schriftleitung.

In Lissabon war ich an den alten Korrespondenten des Großschen Hauses, Herrn John Bukeley, adressiert und eines Tages auf dem Wege, seiner Einladung zur Mittagstafel zu folgen. Ich mußte über einen großen Marktplatz, wo

Digitized by Google

ich bereits aus der Ferne ein großes Gedränge von Menschen bemerkte. In der Meinung, daß es dort wohl eine öffentliche Hinrichtung geben möchte, trat ich näher, erkannte aber bald meinen Irrtum, da ich eines großen Zeltes ansichtig ward, von dessen Spitze, zu meiner Verwunderung, die preußische Flagge lustig im Winde wehte.

Nun mußte ich natürlich genauer zusehen. Ich drängte mich mit Mühe durch den dichsten Haufen, bis ich am Eingange des Zeltes stand, zu dessen beiden Seiten ein paar baumhohe preußische Grenadiere in ihren hohen blanken Spitzmützen stattlich schilderten. Fast hätte ich Lust gehabt, die braven Landsleute hier unter fremdem Himmel treuherzig zu begrüßen, als ich noch zu rechter Zeit inne ward, daß mich ein paar Wachspuppen getäuscht hatten und daß ich hier wahrscheinlich am Eingange eines Wachsfigurenkabinetts stand, dem diese martialischen Gesichter nur zu einem Aushängeschilde dienten. Indes, meine Neugier war nun einmal geweckt und ich beschloß, hineinzutreten; denn hinter solchen Türhütern, dachte ich, müsse wohl noch mehr stecken, woran ein preußisches Herz sich erlaben könne.

Und so war es auch wirklich! So getreu und natürlich, als ob er lebte, stand mitten inne der alte König Friedrich, mit einem Richterschwert in der Hand, und vor ihm lag ein Mann mit Weib und Kindern auf den Knien, die um Gerechtigkeit zu flehen schienen. Ihm zur Rechten war eine große Wage angebracht, in deren einer Schale eine Bildsäule der Gerechtigkeit thronte und die andere, die mit Papieren und Akten angefüllt war, hoch in die Höhe wog. Zur anderen Seite eine Gruppe preußischer Generale und Justizpersonen, und im Hintergrunde in großen leuchtenden Buchstaben die portugiesische Inschrift: „Gerechtigkeitspflege des Königs von Preußen"; — darunter aber der Name „Arnold". — Man sieht also, daß hier der Prozeß des Müllers Arnold gemeint war, der damals als Neuigkeit des Tages durch ganz Europa das höchste Aufsehen erregte. Wem dennoch das ganze hätte unverständlich bleiben mögen, dem half ein Ausrufer zurecht, der die Geschichte laut und pathetisch herzuerzählen wußte.

Alles horchte und schien tief ergriffen; auch mir armen Narren hämmerte das Herz unterm dritten Knopfloch, daß ich mich vor patriotischer, freudiger Wehmut kaum zu fassen wußte. Nein, es mußte heraus! Ich mußte mich in den innersten Kreis hervordrängen, und so gut oder übel ich die fremde Sprache zu radebrechen verstand, rief ich aus: „Mein König! Ich bin Preuße!" — Diese wenigen Worte fielen wie ein elektrisches Feuer in alle Herzen. Die ganze Schar umringte mich, sank um mich her auf die Knie und hob gleichsam anbetende Hände zu mir empor. „Gloria dem Könige von Preußen!" rief der eine — „Heil ihm!" der andere — „Heil für die strenge Gerechtigkeit!" — „Leuchtendes Beispiel für alle Regenten der Erde! Heil ihm!" — Mit jedem Augenblicke vermehrte sich das Geschrei und Getümmel.

Digitized by Google

Die Tränen drängten sich mir aus den Augen. Ich neigte mich rings herum; ich legte die Hand aufs Herz; ich dankte stammelnd und suchte einen Ausweg durch die immer gedrängter zusammenstürzende Menge. Zwar machten sie mir willig Platz, aber sie folgten mir auch mit anhaltendem Freudengeschrei: „Vivat der gerechte König!" Nie in meinem Leben fühlte ich mich geehrter und glücklicher, ein Untertan des Großen Friedrich zu sein. Mein Herz ward mir zu schwer; ich schwankte, konnte nicht weiter und mußte mich erschöpft an eine Straßenecke lehnen. Nur meine erhobenen Hände, die ich unwillkürlich, wie zum Segen, nach dem Volke ausstreckte, vermochten meinen Dank auszusprechen.

Endlich wankte ich wieder die Gasse hinauf, aber mit einem Schweife von Menschen hinter mir, der sich mit jedem Augenblicke vergrößerte und den König von Preußen hochleben ließ. Im Hause meines Korrespondenten, in welches ich mich mit Mühe flüchtete, waren alle Türen und Fenster aufgerissen und mit verwunderten Zuschauern besetzt. Umsonst fragte man mich, was dies zu bedeuten habe. Mein bewegtes Gemüt fand keine Worte. Draußen aber stieg der freudige Tumult immer höher, und um das Volk zu beruhigen und vom Platze zu bringen, blieb mir nichts übrig, als auf den Balkon zu treten und mich noch einmal zu zeigen. Ich dankte mit Mund und Händen und allmählich verlief sich der Menschenstrom.

Hierauf erzählte ich meinen Tischgenossen die wundersame Begebenheit, welche ich soeben erlebt hatte, und die Arnoldsche Prozeßgeschichte, so gut sie mir bekannt war. Einer von den anwesenden Kontoristen versicherte jedoch, über diese noch genauere Auskunft geben zu können, ging hin und holte eine kleine portugiesische Flugschrift, die in einer treuen geschichtlichen Darstellung dem gerechtesten der Könige auch bei einem entfernten Volke ein verdientes Ehrenmal setzte. — Hieran spiegelt euch, ihr Preußen!

Das deutsch-russische Finanzabkommen

Deutschland hat mit der Sowjetregierung nachträgliche Ergänzungen und Abänderungen des Brest-Litowsker Vertrages vereinbart, die namentlich in finanzieller Beziehung außerordentlich weittragend und bemerkenswert sind. Ob freilich diese Vereinbarungen restlos in die Praxis umgesetzt werden, wer möchte das heute bei den schwierigen inneren Verhältnissen im Osten mit einem glatten Ja beantworten? Wenn aber die Tage der Maximalisten gezählt sein sollten, so wird vermutlich eine kommende Regierung auch die Verabredungen mit Deutschland abzuändern wünschen. Aber selbst wenn man in diesen Dingen noch so skeptisch denkt, so verdienen die Abmachungen schon deshalb Beachtung,

Digitized by Google

weil sie zeigen, wie sich ein rein antikapitalistisch aufgebautes Staatswesen wie das augenblickliche Rußland über Geldangelegenheiten mit einem kapitalistischen Land wie Deutschland auch verständigen kann. Außerdem ist ein Teil des Vertrages heute bereits erfüllt, denn schon haben anfangs September ansehnliche Beträge von Gold und Rubelnoten die Grenze überschritten.

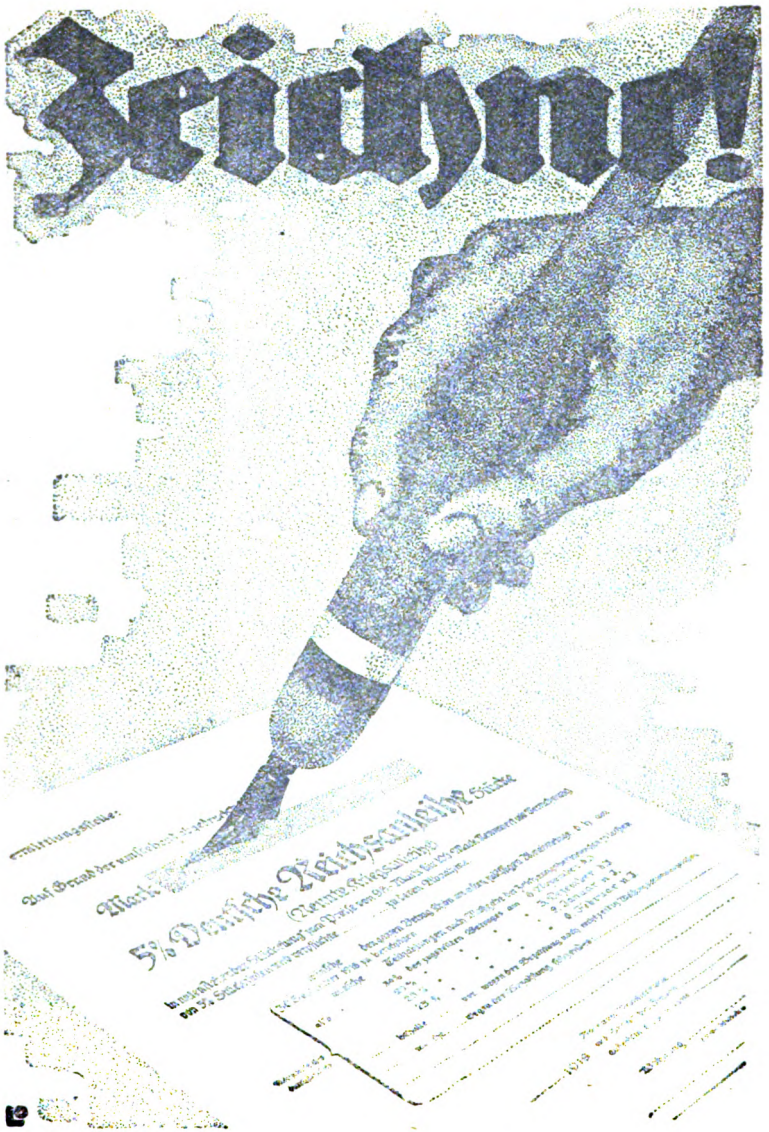
Rund 6 Milliarden Mark soll Rußland an Deutschland entrichten. Sie sind, wie ausdrücklich bemerkt wird, keine Kriegsentschädigung, sondern Kompensationen für Privatforderungen deutscher Staatsangehöriger an russische Private oder aber an den russischen Staat, dem sie in früheren Jahren reichlich Kredite durch Übernahme von Staatspapieren eingeräumt haben. Dazu kommen dann die Enteignungen und die während des Krieges und der Revolution erfolgten Sachbeschädigungen und dergleichen.

Sechs Milliarden! An dieser Zahl mag man ermessen, wie durch die Entwertung des Geldes auf der einen Seite und durch die außerordentliche Bewegung des Weltverkehrs und die damit verbundene Mobilisierung des Kapitals andererseits die Milliarde zu einer alltäglichen Zahl geworden ist. Man denke, welche beispiellose Sensation die Zahlung von 4 Milliarden M. durch Frankreich an Deutschland im Jahre 1870 verursacht hat, und mit welcher gleichmütigen Ruhe, um nicht zu sagen Apathie, die Nachricht von der Sechsmilliardenzahlung bei uns aufgenommen wurde. Freilich, die 6 Milliarden sind, wie gesagt, noch nicht bezahlt, und ihre Zusammensetzung ist ja so, daß man nicht so ohne weiteres diesen Nominalbetrag als voll ansprechen darf. Wir geben der besseren Übersicht wegen nachstehend diese Zusammensetzung und die Termine, an denen die Zahlungen zu erfolgen haben, in tabellarischer Form:

	in Gold (in kg)	in Rubelnoten (in Mill. Rubel)	in Waren (in Mill. Mark)	in Anleihen (in Mill. Mark)	ev. durch die Ukraine u. Finnland
10. Sept. 1918	42 860	90,90	—	—	—
30. Sept. 1918	50 676	163,64	—	—	—
31. Okt. 1918	50 676	113,64	—	—	—
15. November 1918	—	—	50	—	—
30. November 1918	50 676	113,64	—	—	—
31. Dezember 1918	50 676	113,64	50	2500	—
31. März 1919	—	—	150	—	—
30. Juni 1919	—	—	150	—	—
30. September 1919	—	—	150	—	—
31. Dezember 1919	—	—	150	—	—
Bis Ende März 1920 . . .	—	—	300	—	—
Termin offen	—	—	—	—	1000 Mill.
Zusammen:	245 564 kg	595,46 Mill.	1000 Mill.	2500 Mill.	1000 Mill.

Digitized by Google

Je näher die Termine sind, desto wahrscheinlicher ist die Innehaltung der Abmachungen, und schon aus diesem Grunde ist es wertvoll, daß das einzige, was



in dem Vertrag einen unmittelbaren und nicht anzuzweifelnden festen Wert besitzt, das Gold, schon bis Ende dieses Jahres in einem Gesamtbetrag von

Digitized by Google

245 564 Kilogramm Feingold abzuliefern ist, eine Menge, die nach der alten Münzparität einen Wert von etwa 683¾ Millionen Mark in Barren, in Doppelkronen ausgeprägt einen Wert von 750 Millionen Mark darstellt. Vermutlich ist das Gold aber bei den deutsch-russischen Abmachungen noch höher eingeschätzt worden unter Berücksichtigung des hohen Aufgeldes, das man zur Zeit für Gold auf dem Weltmarkt erzielt. Das Bemerkenswerte an dieser höchst überraschenden Goldlieferung ist der Umstand, daß nicht etwa Deutschland auf der Lieferung bestanden hat, sondern daß im Gegenteil die Russen freiwillig ihr Gold angeboten haben, da sie in dem ihnen vorschwebenden Zukunftsstaat keinerlei Wert auf das gelbe Metall legen. Für diese Stützung der deutschen Währung, für die bessere Fundierung unseres Notenumlaufs und auch eventuell für unsere Devisenpolitik ist diese Goldlieferung natürlich von allergrößtem Wert.

Etwas problematisch erscheint vielleicht manchem auf den ersten Blick die große Rubelnotenlieferung, da man ja weiß, daß diese Noten heute in Rußland selbst von den Bauern nicht mehr gezählt, sondern gewogen werden, daß über 40 Milliarden davon im Lande umlaufen, daß es sich also mit andern Worten um mehr oder weniger schön bedrucktes Papier handelt. Indessen darf man die Dinge so nicht betrachten, denn zunächst einmal wird Rußland uns keine Revolutions-Rubel liefern, sondern ist gehalten, alte zaristische und Kerenský-Noten und zwar im Verhältnis von 2 zu 1 an uns zu übergeben. Diese alten Rubel aber genießen beim russischen Landmann immer noch ein gewisses Ansehen. Bei unsern Bezügen aus der Ukraine und anderen altrussischen Gebieten sind wir deshalb gezwungen, mit Rubeln zu zahlen, wenn wir nicht deutsche Banknoten dafür verwenden wollen. Das letztere ist leider geschehen und hat begreiflicherweise auf unsere Valuta stark gedrückt, denn aus der Ukraine wanderten diese Noten wieder in neutrale Länder, vermehrten dort in bedenklicher Weise das Angebot in deutscher Reichsmark und drückten damit verhängnisvoll auf den deutschen Wechselkurs.

Wir kommen nun zu der 6prozentigen mit ½ Prozent amortisierenden Anleihe in Höhe von 2½ Milliarden Mark. Sie dient vor allem dazu, um den Besitzern früherer russischer Staatsanleihe diese Papier abzulösen. Die Anleihe ist darum besonders bemerkenswert, weil die Bolschewisten ja ausdrücklich sämtliche alten Staatsanleihen gestrichen haben. Sie nehmen hier eine neue auf. Das ist an und für sich eine gewisse Inkonsequenz, die aber von den Maximalisten auch theoretisch damit begründet werden kann, daß sie ja seinerzeit nur deshalb die alten Schulden verwarfen, weil sie unter der alten Herrschaft aufgenommen worden sind und der Politik dieser zaristischen Regierung gedient haben, während das bei der neuen Anleihe nicht der Fall ist. An und für sich bedeutet diese 2½ Milliarden-Anleihe keine unerträgliche Last für Rußland, wenn man berück-

Digitized by Google

sichtigt, daß die Anleihe einschließlich Amortisation nur jährlich 162½ Millionen M. Zinsendienst erfordert, während Rußland vor dem Kriege nicht weniger als 850 Millionen Mark an Zinsen aufzubringen hatte, die heute wegfallen, weil ja diese Schulden von der jetzigen Regierung nicht mehr anerkannt werden. Die Börse scheint zu der Anleihe kein allzu großes Vertrauen gehabt zu haben, denn die Kurse der russischen Staatspapiere, die in die Sowjetanleihe umgetauscht werden, haben sich kaum vom Fleck gerührt, während begreiflicherweise die Notierungen für russische Kupons sehr schnell annähernd auf pari gegangen sind, da sie in erster Linie ausgezahlt werden sollen. Der Wert der neuen Anleihe erhöht sich allerdings dadurch, daß nach den deutsch-russischen Abmachungen uns bestimmte Sicherheiten gewährt werden sollen, deren veranschlagte Jahreseinkünfte um mindestens 20 Prozent über die Annuität hinausgehen sollen. Worin diese Sicherheiten bestehen sollen, wird nicht ausdrücklich gesagt. Vielleicht denkt man dabei an eine Verpachtung der Rohölquellen von Baku, da diese auch bei der Warenlieferung eine große Rolle spielen, während anscheinend auf Baumwolle, Metalle usw. dabei weniger zu rechnen ist. Man weiß, daß das Bakugebiet in normalen Zeiten außerordentlich leistungsfähig ist. Seine Friedensproduktion stellte sich auf 475 Millionen Pud. Somit wäre bei richtiger Durchführung dieses Vertragsteiles Rußland in der Lage, uns noch mehr Petroleum zu liefern, als selbst Rumänien imstande ist.

Doch wer möchte heute in irgendwelcher bestimmten Form voraussagen, wie sich die Dinge abwickeln werden? Dazu sind die Verhältnisse allenthalben zu ungewiß.

Severus Linter

Notizen

Schiemann-Rohrbach. In der alldeutschen Presse wird immer von neuem gegen mich Stimmung zu machen versucht mit dem Brief, in dem Herr Geheimrat Theodor Schiemann meine, sowie Professor Delbrücks und anderer Gesinnungsgenossen Bestrebungen nicht nur verwirft, sondern auch auf unsachliche Motive zurückführt. Während die Alldeutschen darüber triumphieren, daß uns ein solcher Streich versetzt sei, hat Herr Professor Schiemann gezeigt, daß er vornehmer denkt und Übereilungen der Form gutzumachen versteht. Er hat mir den nachfolgenden Brief geschrieben, für den ich ihm aufrichtig dankbar bin und mit dem die Angelegenheit, was ihre persönliche Seite betrifft, zwischen uns erledigt ist. Der Brief lautet:

Sehr geehrter Herr Doktor Rohrbach!

Sie haben ganz recht, über meinen Brief unwillig zu sein. Ich habe ihn im ersten Ärger nach der Lektüre Ihres Artikels geschrieben und finde jetzt, da ich die von mir gebrauchten Ausdrücke in Ihrer Antwort wiedersehe, daß sie sowohl unsachlich wie ungerecht gewählt wurden. Dafür Ihnen meine Entschuldigung zu machen, ist mir Bedürfnis. Was die sachliche Differenz betrifft, so kann ich allerdings von der

Digitized by Google

Überzeugung nicht lassen, daß alle Angriffe, die jetzt gegen die „Alldeutschen" — was übrigens ein mißbräuchlicher Ausdruck geworden ist — gerichtet werden, zurzeit nicht anders als schädlich wirken können.

Ihr sehr ergebener

Berlin, den 27. August 1918. gez. Schiemann.

Ich bitte die Zeitungen, die Herrn Prof. Schiemanns erstes Schreiben weitergegeben haben, nunmehr auch dieses abzudrucken. Paul Rohrbach.

Neuerscheinungen

Kriegsziele.

Die Literatur scheidet sich noch scharf in die beiden Gruppen, die durch die Stellungnahme zum Ausgang des Krieges geschaffen worden ist.

Die der Scharfmacher führt Kurd v. Strantz („Unser völkisches Kriegsziel", Reichenbachsche Verlagsbuchhandlung. Leipzig 1918). Er stellt seine Forderungen nach der „Wiederherstellung der alten geschichtlichen Reichs- und Volksgrenzen im Osten, Süden und Westen, sowie an die künftige deutsche Übersee" unter das Zeichen Treitschkes (So gewiß der Staat Macht ist, ebenso gewiß bleibt die Schwäche, auch die wohlmeinende Schwäche, unter allen politischen Sünden die schwerste") und ruft, zusammenfassend, aus: „Fort mit dem oberflächlichen, volksfeindlichen Geschwätz von Schiedsgerichten, Selbstbestimmungsrecht der Völker und ewigem Frieden! Nur das Wachstum, die Erhaltung und der Sieg des eigenen Volkes bis äußersten können die einzige völkische Lösung sein." Der österreichische Flottenverein beschäftigt sich in einer Flugschrift „Wirtschafts-Friede" mit dem Frieden in dem Sinne des deutschen Brudervereins: „Wird unser heimischer Wirtschaftsboden nicht in irgendeiner Art vergrößert, so bleiben wir dauernd in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den anderen Staaten, die uns feindlich oder in übelwollender Neutralität gegenüberstehen." Gegenüber den Eroberungsprogrammen der Entente und ihrer sophistischen Interpretation des Nationalitätenprinzips verteidigt Gustaf F. Steffen, der schwedische Kämpe für Deutschland, Schaffung „eines mitteleuropäischen Großmachtbundes unter germanischer Führung", gegen „sonst übermächtige östliche und westliche Großmachtseinflüsse" — als unentbehrlicher Schutz der Germanenvölker Europas als solchen und aller der vielen kleineren Nationalitäten, die sonst dazu verurteilt sind, entweder vor der moskowitischen bureaukratischen oder militaristischen Barbarei, oder von der angelsächsischen kaufmännischen „Zivilisation" auf verschiedene Weise verschlungen oder entnationalisiert zu werden", („Der Weltfriede und seine Hindernisse" Eugen Diederichs, Jena 1918). Außerdem tritt er für eine zwischenstaatliche Organisation und Rechtsordnung ein, die auf den gegenseitigen wirklichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Machtverhältnissen der Staaten ruht. Zu „geistiger und wirtschaftlicher Eroberungspolitik" ruft, gestützt auf Kant und Goethe, A. K. Viator Deutschland auf, was er mit dem wirtschaftlichen Wert Indiens und Deutschlands Interesse an Indiens Befreiung deutlich zu machen sucht („Deutschlands Anteil an Indiens Schicksal". Otto Wiegand. Leipzig 1918). K. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 11. Oktober 1918 * Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Noch ist das neue Kabinett nicht in allen Einzelheiten fertig. Fest steht nur, daß diesmal ganze Arbeit gemacht werden soll, aus der das „Neue Deutschland" und auch das „Neue Preußen" naturnotwendig erstehen wird. Die Parlamentarier, die jetzt in schwerster Stunde die undankbare Aufgabe übernehmen, anderer Leute Mißgriffe wieder gutzumachen, tun das nicht aus politischem Ehrgeiz, sondern aus Pflichtbewußtsein, und verdienen daher unseren Dank.

Der Hinzutritt der Nationalliberalen zur Mehrheit verbreitert erfreulicherweise die Grundlage des Kabinetts, das damit den Charakter eines nationalen Zusammenschlusses erhält, unter Abstoßung der alldeutsch-konservativen Elemente.

*

Wenn der Staatssekretär von Hintze nach nur kurzer Zeit die Leitung des Auswärtigen Amtes in die Hände des Kaisers zurückgegeben hat, so wird ihn die Geschichte einmal als den Mann nennen, der in seinem Verzicht nicht ein Amt und eine Verantwortung floh, sondern die entscheidende Beratung des Monarchen für den Umbau des deutschen Regierungssystems geleistet hat. Diesen Dienst soll man nicht vergessen, zumal, wenn man der Schwierigkeiten auf Seiten des Leiters des Zivilkabinetts gedenkt.

*

Unter dem Eindruck der politischen Gesamtlage hat das Herrenhaus die Politik der Auswege, die im Abgeordnetenhause beliebt war, verlassen und sich der Auffassung der Regierungsvorlage genähert. Das gleiche Wahlrecht ist grundsätzlich anerkannt, nur durch eine Altersstimme verunklart. Vielleicht wird es auch möglich sein, dieses Ornament noch zu beseitigen. Es besitzt eine gewisse Spitze gegen die Teile der Bevölkerung, die eine frühere Sterblichkeit haben, es ist schwer erträglich, wenn für die nächsten Wahlen die Kriegsteilnehmer als

Digitized by Google

minder wichtig betrachtet würden — sachlich ist diese Zusatzstimme nicht sehr bedeutungsvoll. Die Reife des Alters soll gegenüber dem Radikalismus der Jugend ein Übergewicht erhalten. Die Jahre, so hofft man, machen den Menschen konservativer. Mag sein — aber die Rechnung ist bekannt, daß etwa die Fraktion der radikalen Unabhängigen im Altersdurchschnitt sehr ehrwürdig ist, und man hat schon manchen konservativen Heißsporn gesehen, den die Erfahrung des Lebens duldsamer, liberaler gemacht hat. An dieser Differenz soll ein schwerer Konflikt nicht ausgetragen werden.

*

Die Deutsch-Österreicher haben endlich in zwölfter Stunde die Politik der reinen Negation in innerpolitischen Fragen verlassen und sich zu positiven Zielen zusammengeschlossen. Sie haben sich, geführt von der Sozialdemokratie, auf Mindestforderungen für das Deutschtum geeinigt, und es ist jetzt zu hoffen, daß sie sich auf diese Weise eher mit den übrigen Nationalitäten verständigen werden, als bisher, wo sie starr am Alten festhielten. Wie das neue Österreich aussehen wird, ist noch völlig unklar. Eins scheint aber festzustehen: in irgendeiner Form dürfte der lebende Körper der Nationalitäten gegenüber den toten Gebilden der einzelnen Kronländer den Sieg davontragen.

*

Der Abfall Bulgariens, dessen militärische Wirkungen auf die West-Ostverbindung vielleicht noch abgewehrt werden können, gefährdet nicht nur die Lage der Türkei, sondern in erster Linie auch Ungarn, das mitten in der Erörterung seiner Südslavenprobleme steht. Es bedarf keiner Worte, welchen Auftrieb der slavische Separatismus durch diesen Schlag erfahren mußte. Die wilde Maßlosigkeit der Tschechen ist der Ausdruck ihrer Bereitschaft, heute lieber als morgen den österreichischen Staat zu demolieren. Von der weitesten Bedeutung ist, daß man jetzt in Budapest die Nerven nicht verliert. Die Beratungen über ein nationales Kabinett sind eingeleitet. Führen sie zum Erfolg, dann wird in den auseinanderstrebenden Kräften der Habsburger Monarchie der Kern geschaffen werden, der für Österreich-Ungarns Bestand und Zukunft in diesen Monaten zur Lebensfrage werden kann.

*

König Ferdinand von Bulgarien hat die Konsequenzen aus Malinows Abfall gezogen. Das ist nicht so zu verstehen, als ob er am Bündnis mit den Mittelmächten festhalten wollte. Solch eine Charakterfestigkeit lag dem verschlagenen königlichen Diplomaten nicht. Vielmehr hat er sich selbst geopfert, um die Dynastie zu retten. Ob das Opfer nicht zu spät kommt, weil der Bolschewismus das Land zu stark zerfressen hat, bleibt fraglich.

Digitized by Google

Der deutsche Schritt zum Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

Glücklich das Volk, dessen Führer rechtzeitig erkennen, was zum Heil dient! Wie ständen wir heute da, wenn wir Führer gehabt hätten, die im richtigen Augenblick aus freien Stücken die Wendung vollzogen, die jetzt unter so heftigen Krisen zustande gekommen ist! Der Entschluß, alle Kräfte des Volkes zur entscheidenden Mitbestimmung aufzurufen und Deutschland zum Vollgebrauch seiner nationalen Kräfte mitten in die Entwicklung der heutigen Weltvölker hineinzustellen, ist bei uns in elfter Stunde gefaßt worden. Wir sind überzeugt davon, daß er die Hoffnungen erfüllen wird, die ihn heute begleiten. Wäre er aber schon früher von einem Staatsmann gefaßt worden, der Einsicht und Kraft genug besaß, ihn bereits auf der Höhe des Kampfes als entscheidendes Mittel zum Siege zu benutzen, so könnten wir jetzt in ideeller wie in realpolitischer Hinsicht an der Spitze aller Nationen stehen.

Wer uns hart beurteilen will, könnte sagen: jedes Volk hat die Staatsmänner, die es verdient. Wir sind in der Tat schlecht gelenkt worden, so schlecht, daß wir erst allmählich dahinter kommen werden, was unsere Verantwortlichen alles versäumt und verspielt haben. Die Führer tragen aber nur einen Teil der Schuld. Die andere Hälfte der Schuld war bei den Verderbern, die im Volke selbst umgingen, und bei dem Volk, das ihnen sein Ohr lieh: vor allem bei unserer gebildeten und führenden Oberschicht. Das eigentliche deutsche Elend während dieses Krieges war von Anfang an die Blindheit gegenüber der Macht der Ideen im Völkerringen. Drei Jahre vor dem Weltkriege erschien mein kleines Buch vom „Deutschen Gedanken in der Welt". Darin schrieb ich schon, daß Deutschland im Urteil der Völker als eine zwar starke, aber freiheitsfeindliche Macht dastände, und ich fügte hinzu:

> Es kommt nicht viel darauf an, ob dieses Urteil der Welt richtig oder falsch ist — in seiner Verallgemeinerung und Übertreibung ist es sicher falsch —, sondern darauf kommt es an, wie sehr sich eine solche Idee bei den übrigen Völkern festgesetzt hat und welche wirklichen oder scheinbaren Anhaltspunkte unsere Verhältnisse den anderen für ihre Vorstellungen von uns bieten. In dieser Beziehung dürfen wir uns nicht dem Irrtum hingeben, als ob die unfreiheitlichen Züge, die das deutsche politische Leben in Wirklichkeit noch trägt, im Interesse unserer allgemeinen Stellung in der Welt bedeutungslos wären.

Das haben Regierende und Regierte bei uns nicht rechtzeitig genug begreifen wollen. Niemand darf sagen, daß es in Deutschland während des Krieges an Opferwilligkeit und Hingabe für das Vaterland gefehlt hat. Der Schade war aber trotzdem die Macht des materialistischen Irrglaubens, man könne auf die Dauer Gewalt gegen Ideen setzen. Was den Gegnern im Augenblick ihren Vor-

Digitized by Google

teil über uns gegeben hat, ist nicht, daß sie mehr Menschen, mehr Geld und zahlreichere Kriegsmaschinen aufbringen konnten als wir, sondern daß sie die Kräfte auszubauen verstanden, die aus dem Glauben der Völker an politische Ideen stammten. Man sagt, Lüge und Verleumdung seien die Mittel gewesen, um die allgemeine Feindschaft gegen Deutschland zu erwecken. In der Northcliffe-Presse hieß es neulich z. B., nach der deutschen Statistik sei der Rückgang der Geburten in Deutschland während des Krieges noch nicht so gefährlich; diese Kinder aber seien ein blutarmes, skrofuloses Geschlecht, von kraftlosen, seit langem unterernährten Eltern erzeugt, und man dürfe hoffen, daß damit der Niedergang der germanischen Rasse besiegelt sei. Ein englisches Blatt, die „Nation", fragt darauf, ob man sich nicht schämen müsse, Zeitungen, die mit so niedrigen Mitteln arbeiten, ins neutrale Ausland zu lassen. Auch wir verachten eine so gemeine Gesinnung aufs tiefste, aber die aufhetzende Wirkung, die auf niedrige Naturen von solchen Worten ausgeht, ist da, und sie bedeutet darum etwas, weil der Boden für den Völkerhaß gegen Deutschland durch unsere Versäumnisse bereitet worden ist.

Mit gewissenloser Kaltblütigkeit haben unsere Gegner das Prinzip befolgt, daß eine Lüge, wenn damit gegen Deutschland ein Vorteil zu erreichen ist, genau so gut angewendet werden darf, wie ein Geschütz oder ein Flugzeug. Bei wem aber stand es, diese feindliche Methode unwirksam zu machen? Doch nur bei uns, indem wir von Anfang an eine kräftige moralische Offensive führten und den Gedanken der Volksfreiheit, so wie es heute geschieht, all unserem politischen Handeln voranstellten. Man sieht ja schon jetzt nach wenigen Tagen, welch ein Eindruck davon selbst unter den ungünstigen Umständen, in denen wir uns befinden, auf die Welt ausgeht. Statt dessen hörten wir von den Alldeutschen immer nur das eine: der siegreiche deutsche Wille muß den Gegnern aufgenötigt werden; das deutsche Schwert allein muß die Sicherungen schaffen; der Feind ist so zu schlagen, daß er unfähig wird, sich jemals wieder gegen uns zu erheben. Und dies Programm der ideenlosen Gewalt nach außen war von Anfang an verbunden mit der Gegnerschaft gegen freiheitliche Reformen im Innern.

Heute endlich ist diese Verkehrtheit überwunden. Wohl wäre es gut, wenn es schon früher geschehen wäre, und noch besser, wenn der Fehler nie gemacht worden wäre. Trotzdem aber ist es nicht zu spät, um noch vieles, ja das Entscheidende, zu gewinnen. Es kommt nur darauf an, wie wir jetzt politisch handeln. Der Boden, auf dem wir stehen, ist endlich tragfähig geworden, um von ihm aus eine große und mutige Politik zu führen. Als der neue Reichskanzler, Prinz Max von Baden, am 14. Dezember 1917 seine Rede in der Ersten Badischen Kammer hielt, schrieb ich an dieser Stelle:

Diese Rede ist etwas Neues. Sie ist ein Programm, bei dem es darauf ankommt, ob

Digitized by Google

sich die vorhandene Gefolgschaft der Gesinnung deutlich zum Ausdruck bringt. Sie bedeutet den Anfang der moralischen Offensive gegen den Feind. Sache der Regierung ist es jetzt, die Fortsetzung zu bringen. Das Erfrischende an den Worten des badischen Thronfolgers ist gleichzeitig die Selbstkritik an Deutschland. Das Aufgeben der forcierten Unfehlbarkeit, die die wirkliche Stärke unserer Stellung nur beeinträchtigt, ist eine Vorbedingung dafür, daß die moralische Offensive gelingt. Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der Forderung, Deutschland müsse zuverlässig sein in Menschheitsfragen. Diese Forderung darf der Redner stellen, denn er ist eine treibende Kraft für die Anerkennung des Humanitätsprinzips in der Gefangenenfürsorge gewesen.

Unsere damalige Regierung, deren Aufgabe es war, diejenigen politischen Grundsätze zu verfolgen, die der Prinz aussprach, hat versagt, und darum ist sie gefallen. Jetzt, wo der Redner von damals selbst Leiter unserer Politik geworden ist, hat er an dem Tage, da er die Führung übernahm, mit einem Schlage diejenige moralische Position vor der Welt für uns gewonnen, die wir haben müssen, um die drohende Niederlage in den Sieg unserer Sache zu verkehren. Nach der Rede des neuen Reichskanzlers vom 5. Oktober und nach den Ereignissen in Deutschland, die ihr vorangingen, ist es nicht mehr möglich, die Völker noch weiter im Namen der Menschheit zum Kriege gegen uns aufzurufen. Wir haben das Waffenstillstands- und Friedensangebot gemacht, vielleicht schon zuviel, wenn man den wahren Charakter der militärischen und noch mehr der politischen Lage erkennt. Aber gut, es sei! Geben die feindlichen Regierungen darauf eine Antwort, die der Ehre und den Lebensäußerungen der deutschen Volkes zunahetritt, so werden sie erleben, wie das Blatt sich wendet. Nichts mehr dann von Verhandeln, sondern Kampf mit unserer ganzen neugeeinten Kraft. Deutschland ist unüberwindlich, wenn es einig ist, und das Erlebnis der Einheit wird uns jetzt gegenüber der drohenden Gefahr neue Kräfte geben, die niemand ahnt.

Die Hauptsache aber ist, daß wir jetzt nicht mehr allein mit der Gewalt der Waffen kämpfen, sondern die große Idee, die man vorher gegen uns aufbot, auf unserer Seite haben. Wagen es die feindlichen Machthaber jetzt, wo sie keinen moralischen Kriegsgrund mehr gegen Deutschland anführen können, das nackte Vernichtungsziel zu enthüllen, so wird die Folge sein, daß ihre innere Einheitsfront zerbricht und daß sie bei Fortführung des Krieges diejenige Niederlage erleben, die uns beschieden gewesen wäre, wenn wir nicht mit dem Umschwung im Innern und mit dem Bekenntnis zu den großen freiheitlichen Ideen auch nach außen unsere Reihen geschlossen und uns moralisch unangreifbar gemacht hätten.

Wir haben in der Prüfung, die wir bestehen mußten, eine Erfahrung von überwältigender und beruhigender Größe gemacht: daß wir eine Kraft bewährt haben, wie kein zweites Volk, und daß wir, bevor es zu spät war, den Weg der Rettung gefunden haben. Auf der anderen Seite steht die Erfahrung, daß auch die höchste nationale Kraft nicht ausreicht, wenn sie es verschmäht oder nicht versteht, die

Digitized by Google

Macht der Ideen sich dienstbar zu machen. Das Gewaltprinzip als alleiniges Mittel zur Durchsetzung Deutschlands unter den Weltvölkern, hat sich als untauglich und verhängnisvoll erwiesen. Es ist dabei aber vielleicht doch etwas Gutes herausgekommen. Denken wir uns, eine Regierung hätte nach dem Friedensangebot um die Jahreswende 1916/17 die Kraft besessen, auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu verzichten, Wilsons eifrig angetragene Friedensvermittlung anzunehmen und als Kriegsziel weiter nichts, als die Behauptung Deutschlands in seinen Grenzen diesseits und jenseits des Ozeans zu proklamieren. Sicher wäre das ein noch schwererer Schritt gewesen, als derselbe Vorschlag zur Zeit der Payerschen Rede, denn damals stand Rußland noch aufrecht und heute kann die russische Gefahr für Deutschland nicht wieder ins Dasein zurückgerufen werden, auch wenn der Ostfriede siebenfach revidiert wird. Sicher hätten wir Anfang 1917 so viel erreicht; wahrscheinlich mehr. Eine ähnliche Aussicht bestand, wenn wir im Frühjahr 1918, zur Offensive gerüstet, unzweideutig die bloße Selbstbehauptung als unser Kriegsziel bezeichneten, in einer Form, die jeden Verdacht der Unaufrichtigkeit ausschloß und die Gegner dazu zwang, Farbe zu bekennen, ob sie Eroberungen suchten oder den Weltfrieden. Eine Gefahr aber wäre für die Zukunft bei einem Frieden geblieben, der auf solche Weise zustande kam. Die Spaltung Deutschlands in „Alldeutsche" und in „Verzichtler" wäre verewigt worden. Stets hätte die eine Partei der anderen schmählichen Verrat an der Zukunft des Vaterlandes vorgeworfen; stets hätten starke Kräfte es sich zur Aufgabe gesetzt, die Stimmung zu schüren: man müsse im gelegenen Augenblick mit der Waffe wiederholen, was „undeutscher" Kleinmut in der Stunde der Entscheidung preisgab. Dieser Kampf hätte unser ganzes nationales Leben vergiftet und uns nicht zur Ruhe kommen lassen.

Diejenigen, die seinerzeit vor der alldeutschen Forderung des Machtfriedens zurückwichen und den Dingen ihren Lauf ließen, sind dadurch nicht entschuldigt, denn sie handelten nicht aus höherer Einsicht, sondern aus Schwäche. Trotzdem kann ein ungewolltes, wenn auch teuer erkauftes Gut aus ihrer Handlungsweise kommen: daß jetzt Klarheit ist über den Weg zur Verwirklichung des deutschen Gedankens in der Welt. Nicht auf den Waffen allein, sondern auf den „Opfern" und den Waffen ruht der Staat. Dies Wort hörte ich einmal von einem chinesischen Staatsmann in einem Gespräch über die Grundlagen der Politik. In der Redeweise der konfuzianischen Philosophie bedeuten die „Opfer" die ehrfürchtige Gesinnung vor den moralischen Grundkräften, auf denen die Welt ruht.

In seiner natürlichen Anlage hat kein Volk eine so große Neigung zum Glauben an diese Kräfte, wie das deutsche. Was ihn bei uns getrübt hat, das waren die Nachwirkungen jener Periode des Niederganges der deutschen Bildung im Zeitalter des Materialismus und der Anbetung des äußeren Erfolges, die unsere

Digitized by Google

letzte führende Generation innerlich so schwer geschädigt hat. Dafür, daß wir anfingen, aus ihr herauszukommen, gab es schon vor dem Kriege manche Zeichen, und in der ungeheuren Krisis, die wir erleben mußten, um sie ganz zu überwinden, werden kommende Geschlechter vielleicht weniger eine Strafe erblicken als einen Segen.

Unheil und Strafe für ein Volk ist nur, wenn es in schweren Zeiten führerlos bleibt. Wir haben die Bitternis der Führerlosigkeit vier lange Jahre ausgekostet. Jetzt ist wieder ein Mann da, an den man glauben kann. Den Männern, die bisher die Reichspolitik leiteten, wird niemand seine Achtung versagen; aber an ihre Fähigkeiten zu glauben, war unmöglich. Jedermann sah, daß sie nicht imstande waren, Deutschland zu führen. Prinz Max von Baden wird der letzte sein, der die Klippen übersieht, durch die er hindurchsteuern muß; aber wir dürfen Beruhigung und Vertrauen aus der Tatsache schöpfen, daß ein Mann mit diesen Grundsätzen überhaupt an die Spitze getreten ist. Das war ja gerade das Entscheidende, was wir brauchten: eine unangreifbare Persönlichkeit, der niemand vorwerfen kann, daß sie erst hat umlernen müssen, um Menschheitsfragen ebenso hoch zu werten wie Machtfragen. Der Augenblick, der über unsere Zukunft entscheiden wird, steht jetzt bevor: wenn unsere Antwort auf die Antwort Wilsons und der Entente zu unserem Friedensangebot gegeben wird. Alles kommt darauf an, daß sie stark, kühn und klug ausfällt. Sie wird so sein, soweit es am Reichskanzler liegt, und wenn sie so ist, so werden entweder die Feinde von ihrem Vorhaben absehen müssen, uns zu demütigen und zu berauben, oder sie werden den Krieg verlieren.

Die neue Reichsregierung

Von Dr. Friedrich Thimme

4. Oktober.

In der Krise, die sich seit Mitte September über der Kanzlerschaft Graf Hertlings zusammengezogen hatte, und die mit den Unglücksnachrichten aus Bulgarien akut geworden war, hat der Kaiser das erlösende Wort gefunden: am 30. September hat er in dem Erlaß, in dem er dem greisen Staatsmann den erbetenen Abschied bewilligte, es klar und unumwunden ausgesprochen: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung." Wir dürfen dieses Wort ein erlösendes nennen, weil es gerade den Kernpunkt der

Digitized by Google

tiefen durch das Volk gehenden Verstimmung trifft. Es war und ist doch der tiefste Grund der Krise, daß die breiten Massen des deutschen Volkes irregeworden sind an den überkommenen Methoden des alten „Obrigkeitsstaats", der auf keine Weise den Weg ins Freie zu finden vermochte. Hüben und drüben haben sich die Regierungen außerstande gezeigt, den Weltkrieg, der nun schon ins fünfte Jahr geht, zu meistern. Immer weiter ist die Überzeugung gerade auch im deutschen Volke gedrungen, daß die Völker selbst zueinander reden und ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen müssen. Das deutsche Volk hat sich schon lange gefragt, warum der Kaiser, der doch im Jahre 1905 dem russischen Zaren riet, bei dem Friedensschluß mit Japan die Volksvertretung heranzuziehen, dem eigenen Volk, dem er so oft in Worten hohen Schwunges als einem „treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk" uneingeschränktes Vertrauen aussprach, nicht das gleiche Recht bewilligte. Es hat nicht verstanden, warum man nicht den Paragraphen 9 der Verfassung hinwegräumte, der eine enge Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament, die heute eine der ersten Staatsnotwendigkeiten ist, hinderte. Es wartete und wartete, ob man nicht die in der Osterbotschaft so feierlich verheißene freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes an der Bestimmung seines Geschickes in Wirklichkeit umsetzen würde. Aber es wartete vergebens! Herr v. Bethmann Hollweg, der es klar erkannt hatte, daß nur eine Politik rückhaltlosen Vertrauens zu dem deutschen Volk uns den Krieg gewinnen lassen könne, hat wenigstens als eine wichtige Unterlage für die Mitwirkung des Volkes das königliche Versprechen des gleichen Wahlrechts in Preußen hinterlassen. Aber seine Nachfolger zeigten sich nicht einmal imstande, in Jahr und Tag diese Verheißung durchzuführen; noch vor kurzem konnten die Gegner des gleichen Wahlrechts sich triumphierend vermessen, daß es an dem Widerstand des Abgeordnetenhauses scheitern werde. Die Scheinparlamentarisierung, die bei der Berufung des Grafen Hertling ins Reichskanzleramt vor sich ging, konnte das Volk umso weniger befriedigen, als mit dem alten System der Bevormundung und Einlullung nicht gebrochen wurde. Die Art, wie unser Volk über die Vorgänge draußen und drinnen unterrichtet wurde, ist ein Hohn auf die so gern von oben betonte Reife und Mündigkeit des Volkes. In dieser Zeitschrift ist es wieder und wieder betont worden: was das deutsche Volk verlangt, das ist vertrauensvolle Offenheit und, fügen wir hinzu, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht. Die jüngsten Ereignisse in Bulgarien, die so plötzlich über das ahnungslose deutsche Volk hereinbrachen, haben die völlige Unzulänglichkeit des bisherigen Regierungssystems noch einmal auf das grellste beleuchtet. Es war wirklich das Gefühl in den weitesten Schichten unseres Volkes verbreitet: so geht es nicht weiter; das Volk selbst muß in seinen erwählten Vertretern und Vertrauensmännern weit mehr und

Digitized by Google

umfassender als bisher an der Regierung beteiligt werden, muß selbst ganz anders als bisher helfen, den Weg zur Verständigung mit den Völkern, mit denen es im Kriege lebt, zu suchen.

Und nun ist der Kaiser gekommen und hat diesem Sehnen Erfüllung verschafft. Er hat dazu in dem Prinzen Max von Baden den Mann berufen, der vor Jahresfrist das schöne Wort von der Sehnsucht des Volkes nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes prägte, und der nach seiner ganzen Denkungsart vielleicht der beste Mann im ganzen Deutschen Reiche ist, um den Wunsch und Willen des Kaisers in Tat umzusetzen. Noch kennt ja die Welt von dem achten Kanzler des Deutschen Reiches nicht viel mehr als die Reden, die er am 14. Dezember 1917 bei der Eröffnung der Ersten Badischen Kammer und jüngst beim badischen Verfassungsjubiläum gehalten hat. Aber diese Reden bedeuten, wie die „Deutsche Politik", die die Rede vom 14. Dezember 1917 in ihrer Nummer vom 21. Dezember v. J. mit Worten stärkster Zustimmung zum Abdruck brachte und sie dann nochmals nebst der Unterredung des Prinzen Max mit dem Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus, Dr. Mantler, vom 15. Februar d. J. als besondere Flugschrift verbreitete, es ausdrückte, ein Programm. Es ist das Programm, das überall die verborgenen Volkskräfte wecken, all die versunkenen Möglichkeiten unserer Geschichte neu ans Tageslicht fördern, das die eigenen Heilkräfte des Volkes durch ein starkes und aufrechtes, selbsttätiges politisches Leben wecken will, das den innigen Zusammenhang der äußeren Kraftentfaltung mit der inneren Freiheit kennt und das das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit und das Weltgewissen betont. Es ist auch insofern ein ethisch fundiertes Programm, als es der moralischen Offensive gegen den Feind, die von unseren bisherigen Staatsmännern so unbegreiflich vernachlässigt worden ist, neben den Waffen den gebührenden Platz einräumt. Ein Programm, das mit dem stärksten Friedenswillen den Entschluß vereint, für den Fall, daß die Feinde den Frieden auch weiterhin versagen, die unendlichen Kräfte, die in der Tiefe des Volkes schlummern und immer noch längst nicht gehoben sind, restlos für die Verteidigung des Vaterlandes nutzbar zu machen. Das Programm, das in dieser Stunde des höchsten Dranges und der Gefahr not tut!

Mit dem Programm allein ist es freilich nicht getan; es fragt sich, ob hinter der klaren Erkenntnis und der Rednergabe des neuen Reichskanzlers auch fester Wille und starke Zügelfaust stehen. Nach dem Erfolge, den er mit der Kabinettsbildung gehabt hat, wird man es hoffen dürfen. Es gehörte doch schon eine nicht gewöhnliche Entschlußkraft dazu, um als der Erbe eines großen Thrones, der durch ein Mißlingen seiner hohen Mission seine Zukunft noch mehr als andere

Digitized by Google

Sterbliche kompromittieren könnte, die Riesenaufgabe des deutschen Reichskanzlers, die heute schwerer als je erscheint, auf sich zu nehmen. Es gehörte ebensoviel Weisheit, Gewandtheit und Festigkeit dazu, um unter Überwindung all der unsäglichen Schwierigkeiten, die sich der Aufrichtung eines neuen Regierungssystems entgegenstemmen, dieses auf die Bahn zu bringen. Es traf sich glücklich, daß das Programm des Prinzen sehr nahe Berührungspunkte mit dem Programm der Mehrheitsparteien des Reichstages hatte, an die er nach dem Septembererlaß des Kaisers in erster Linie gewiesen war. Der Gedanke eines Koalitionsministeriums aus allen Parteien, den die rechtsgerichteten Kreise aus dem Erlaß herauslesen wollten, war ja von vornherein nicht durchführbar; allzutief klaffen doch die Gegensätze zwischen den Konservativen und den Mehrheitsparteien in den Kriegszielfragen wie in den Fragen der inneren Reformen. Ja, wenn die Konservativen, statt nur ihre Bereitwilligkeit zu äußern, in ein Koalitionsministerium einzutreten, sich rückhaltlos bereit erklärt hätten, von ihrem Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht und gegen die unausbleibliche weitere Demokratisierung und Parlamentarisierung zu lassen! Manche Blätter möchten die Zustimmung des Verfassungsausschusses des Herrenhauses zu dem (allerdings durch die Alterszusatzstimme entstellten) Gedanken des gleichen Wahlrechts als ein opferwilliges Entgegenkommen der gesamten konservativen Partei ausdeuten. Aber nicht umsonst schrieb die „Kreuzzeitung": „Wir sehen keinen Grund und keine Möglichkeit, in der Vertretung desjenigen nachzulassen, was wir nach pflichtmäßiger Überzeugung als richtig erkannt haben." Dieses starre Festhalten der Konservativen an ihren Überzeugungen hebt sich aufs stärkste ab von dem Verhalten der Sozialdemokraten, die doch auch schwere innere Widerstände überwinden mußten, um sich zu dem Eintritt in die Regierung zu entschließen, und von dem der Nationalliberalen, denen ein großes Entgegenkommen gegen das Programm der Mehrheitsparteien zugemutet wurde. Mit großer Freude darf es begrüßt werden, daß die Nationalliberalen schließlich doch ihren Anschluß an die Mehrheitsparteien vollzogen haben. Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn in dieser bedeutungsvollen Stunde, wo die verfassungsmäßigen Grundlagen für das neue Deutschland und das neue Preußen gelegt werden, die liberalen Parteien in verschiedene Lager gegangen wären; nie hätten die so sehr aufeinander angewiesenen Bruderparteien wieder zusammenfinden können! Erst durch den Eintritt der Nationalliberalen in die Regierung, richtiger gesagt, durch das Verbleiben der nationalliberalen Staatsmänner innerhalb der Regierung, erhält auch das neue Kabinett eine breite und auf die Dauer tragfähige Grundlage. Man unterschätze die Widerstände nicht, die auch nach den vollzogenen Ereignissen sich gegen das Werk der Parlamentarisierung und Demokratisierung erheben werden. Hätten die

Digitized by Google

Nationalliberalen nicht den Anschluß an die Mehrheitsparteien gefunden, so wären sie auf ein Zusammengehen mit den Konservativen, der Vaterlandspartei und den Alldeutschen, kurz all den Elementen angewiesen gewesen, die der neuen Entwicklung feindlich gegenüberstehen. Jetzt aber darf man zuversichtlich hoffen, daß die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse eine stabile, nicht gleich dem bisherigen Regierungssystem von immer wiederholten Krisen erschütterte sein wird. Die Vorbedingung des parlamentarischen Systems auch in Bismarcks Sinn, die Bildung einer sicheren Mehrheit, ist mit der Beteiligung der Nationalliberalen an der Regierung geschaffen.

Noch ist ja die Tragweite des Wechsels in dem ganzen Regierungssystem nicht entfernt zu übersehen. Noch ist alles erst im Werden. Der Notwendigkeit, sprunghafte und überstürzte Veränderungen zu vermeiden, und den Grundsatz einer möglichst organischen Fortentwicklung festzuhalten, scheinen sich die Mitglieder der neuen Reichsregierung durchaus bewußt zu sein. Offenbar gedenkt man vorerst ohne größere Verfassungsänderungen auszukommen; auch der § 9 der Reichsverfassung scheint nur soweit verändert werden zu sollen, um den neuen Mitgliedern der Regierung die Beibehaltung ihrer Reichstagsmandate und so die notwendige innige Wechselwirkung zwischen Regierung und Parlament zu ermöglichen. Auf die Wahrung des föderativen Charakters des Reiches legt bekanntlich das Zentrum das höchste Gewicht. Doch liegt die Herausbildung eines kollegialen Reichsministeriums, das dem Reichstage verantwortlich ist, und innerhalb dessen ein engerer Ausschuß die Kriegspolitik des Kabinetts zu bestimmen haben dürfte, im Zuge der Entwicklung.

Eine eingehende und tiefere Würdigung des Systemwechsels muß bis dahin verschoben bleiben, daß der Kanzler — wie es heißt schon morgen — das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts vor dem Reichstage dargelegt haben, und bis die noch ausstehenden Ernennungen vollzogen sein werden. Der Grundcharakter des neuen Regierungsprogramms ist freilich schon jetzt erkennbar. Es zielt vor allem auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens ab, nach dem sich im tiefsten Grunde alle Völker, nicht etwa bloß Deutschland, sehnt. Es stellt die Ideen des Völkerbundes, der Neuordnung Europas, der Abrüstung und des friedlichen Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen, die großen Menschheitsfragen in den Mittelpunkt. Aber es sieht für den Fall, daß die feindlichen Regierungen fortfahren, Deutschland und seinen beiden Verbündeten mit der Vernichtung zu drohen, auch die Höchststeigerung der Volksleistung zum Zwecke der nationalen Verteidigung vor. Mit Unrecht haben manche Gegner des neuen Systems aus den Blättermeldungen über die Verteilung der Regierungsämter unter die verschiedenen Parteien den Schluß ziehen wollen, daß es diesen mehr auf die „Verteilung der Beute", als auf die Erfüllung der vater-

Digitized by Google

ländischen Pflicht ankomme. Solche häßlichen Verdächtigungen fallen auf den, der sie auszusprechen wagt, zurück. Kein Deutscher sollte daran zweifeln, daß alle, die an der großen und tiefgreifenden Veränderung unseres staatlichen Lebens beteiligt sind, aus dem tiefsten Verantwortlichkeitsgefühl und aus dem klaren Bewußtsein heraus gehandelt haben, daß der Augenblick die volle, opferbereite Hingabe der eigenen Persönlichkeit an das Vaterland, den Verzicht auf liebgewordene Vorstellungen und überkommene Überlieferungen verlangt. Erst die Nachwelt wird einmal würdigen können, welch hohe sittliche Tat der Selbstüberwindung vor allem der Kaiser vollbracht hat, indem er nach Hohenzollernart selbst vorangegangen ist, und dem deutschen Volk, das sich sehnte, die Hand selbst an die Pflugschar zu legen, die Wege dazu, zur Mitregierung und Mitbestimmung seines Geschickes, gebahnt hat. Er braucht wahrlich nicht zu fürchten, daß die Stellung der Monarchie darunter leiden wird. Sie wird, das darf man voraussagen, um so tiefer in den Herzen des Volkes, das das Geschenk wirklicher Mündigkeit mit tiefer Dankbarkeit begrüßen müßte, verankert sein. Und wenn die Bahn, die er eingeschlagen hat, wirklich zum Frieden führen sollte, so wird er auch vor der Welt den Namen eines Friedenskaisers zurückgewinnen, der ihm einst, als noch Frieden war, schon bereitwillig zugesprochen wurde.

Freilich, vorerst wird man mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß die Feinde, die die Demokratisierung Deutschlands so oft als eine Vorbedingung des Friedensschlusses verlangt haben, jetzt, wo wir sie unter selbstwilligem Vorangehen des Kaisers eingeleitet haben, als ein Produkt der Furcht und der Schwäche auslegen, und um so mehr die Forderung des vorherigen endgültigen Sieges erheben. Nun, dann wird und muß die neue Reichsregierung zeigen, was sie in der Organisierung der nationalen Verteidigung noch über das bisher erreichte Maß hinaus zu leisten vermag. Es wird das die hohe Probe der deutschen Volksregierung sein. Besteht sie diese Probe, wie wir zuversichtlich erwarten, so wird man hoffen dürfen, daß auch diejenigen Volkskreise, die der plötzlichen Veränderung unseres Regierungssystems zweifelnd und mit Abneigung gegenüberstehen, sich innerlich mit ihr aussöhnen werden.

*

6. Oktober. Von den vorstehenden Ausführungen habe ich nach der Programmrede des Kanzlers nicht zu streichen, zu ihnen — im Augenblick — nur wenig hinzuzufügen. Der schwere und drohende Ernst der Situation, der unserem Volke bisher vorenthalten war, tritt in der Stunde, wo es spät, sehr spät zur Mitbestimmung und Selbstverantwortung aufgefordert ist, mit der Tatsache der Friedensbitte und des Waffenstillstandsangebots fast unvermittelt zutage. Nun, wo das deutsche Volk, auf sich selbst gestellt, sein Heil nicht mehr von einer Obrigkeitsregierung zu erwarten, sondern in seinem eigenen Innern zu suchen hat,

Digitized by Google

kann es zeigen, wessen es fähig ist. Tritt das deutsche Volk standhaft und unerschütterten Mutes wie ein Mann hinter seine verantwortlichen Staatsmänner, die in seinem Namen sprechen, dann, aber auch nur dann mag es hoffen, daß sein Friedensruf nicht ungehört verhallt. Fordern aber die Feinde gleichwohl von uns für Waffenstillstand und Frieden entehrende Bedingungen, so muß das deutsche Volk die ganz unermeßliche Kraft, die in seinem Urgrund ruht, bis aufs letzte herausholen und im Endkampf auf Leben und Tod, der wahrlich noch große Chancen des Gelingens bietet, das stolze Wort des Dichters wahr machen, daß nichtswürdig die Nation ist, die nicht freudig alles setzt an ihre Ehre. Wir sind dessen sicher, daß das deutsche Volk sich seiner Väter würdig erweisen wird.

Bulgariens Abfall

Von M. E. R. Lehmann

Die Nachricht von dem Waffenstillstands- und Friedensangebot Bulgariens an die Entente kam der deutschen Öffentlichkeit unerwartet, wie ein Blitz aus dem scheinbar noch so heiteren östlichen Himmel. Die allgemeine Aufmerksamkeit war so in Anspruch genommen durch die innerpolitischen Vorgänge und die schweren Kämpfe im Westen, daß man die Vorzeichen nicht bemerkt hat, die den schweren politischen Umschlag ankündigten, der nun im Südosten über uns hereingebrochen ist. Unsere Öffentlichkeit ist ja immer schlecht unterrichtet gewesen über die Lage am Balkan, hat es doch nur eine einzige große deutsche Zeitung für erforderlich gehalten, einen vollwertigen Vertreter nach Sofia zu entsenden. Aber auch unsere maßgebenden Stellen scheinen den Ernst der Lage in Bulgarien nicht vollauf gewürdigt zu haben, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß man sich so schwere Versäumnisse hat zuschulden kommen lassen und nicht das Erforderliche getan hat, um sich gegen die drohende Gefahr zu schützen. Das ist um so unbegreiflicher, als die schlechte Stimmung in Bulgarien, das dringende Friedensbedürfnis des Landes und die ententefreundlichen Neigungen der Mehrheit der neuen Minister kein Geheimnis waren. Das Abschwenken Bulgariens war durchaus kein plötzlicher Entschluß, entsprungen aus der allgemeinen Kopflosigkeit am Tage nach einer schweren Niederlage, sondern ein Ereignis, das sich seit langem vorbereitete, das zwar, wenn alles gut ging, im Nichts der unerfüllten Möglichkeiten versinken konnte, das aber eintreten mußte, sobald der äußere Anstoß dazu gegeben wurde.

Das Bündnis mit Bulgarien stand immer auf sehr schwachen Beinen. König Ferdinand hat lange gezögert und sich erst nach schweren inneren Kämpfen entschlossen, darauf einzugehen. Man erzählte sich damals in Sofia, daß Herr von Rosenberg, um seine Unterschrift zu erlangen, ihn fast mit Gewalt hat aus dem

Digitized by Google

Bett holen lassen müssen, wohin er sich, seine Gicht vorschützend, zurückgezogen hatte. Denn er wußte, es ging um seine Krone. Es ist an dieser Stelle in einem früheren Artikel ausgeführt worden, daß von monarchischem oder dynastischem Gefühl in Bulgarien nicht die Rede sein kann. König Ferdinands Stellung beruht einzig auf seiner großen politischen Erfahrung, seinen staatsmännischen Fähigkeiten, die sich in seinen Erfolgen ausdrücken. Spricht der Erfolg einmal gegen ihn, so ist seine Krone aufs äußerste gefährdet. Deshalb war es auch falsch, auf ihn allein zu bauen, denn so groß seine Macht auch ist, er kann nicht gegen den Willen des Volkes, vertreten durch die politischen Kreise des Landes, regieren. Das Telegramm des Kaisers an den Zaren anläßlich des letzten Ministerwechsels, in dem die Versicherung gegeben wurde, daß man die Person des Zaren als genügende Bürgschaft für den Bestand des Bündnisses ansehe, war deshalb eine grobe Taktlosigkeit, die sich würdig den sonstigen Mißgriffen des Herrn von Berg anreiht. Zar Ferdinand war durchaus nicht eine so feste Stütze des Bündnisses, konnte es auch nach seiner ganzen Stellung nicht sein. Gewiß ist es sein Wunsch gewesen, das Bündnis einzuhalten, aber er fürchtete die Rache der Entente und hat deshalb von vorn herein alles getan, sie nicht unnötig zu reizen. Man erinnere sich der besonderen Ehren, die er dem russischen Gesandten nach Ausbruch des Krieges bei seiner Abreise von Sofia zuteil werden ließ. Die Staatsangehörigen der Entente durften sich in Bulgarien mit denkbar größter Freiheit bewegen, kein Härchen wurde ihnen gekrümmt. Er sorgte dafür, daß immer ein Anzahl ententefreundlicher Persönlichkeiten in seiner Umgebung oder in wichtigen Staatsstellungen waren, so der frühere Generaladjutant und jetzige Kriegsminister, General Sawa Sawow, der frühere Pressedirektor Herbst, der Gesandte Stefan Tschaprashikow, der frühere Gesandte in Bukarest Simeon Radew, der verstorbene Generalstabschef Schostow und andere. Durch diese Männer hielt er die Beziehungen zu den ententefreundlichen Oppositionsführern Malinow, Geschow und Genadiew aufrecht. Wie die Enthüllungen der „Iswestija" zeigen, trat er bereits im Anfang vorigen Jahres durch Vermittelung von Angehörigen dieses Personenkreises in Verbindung mit der Entente, um sich über die Aussichten eines Sonderfriedens zu unterrichten. Gleichzeitig ließ er durch den Berliner Gesandten Dimiter Rissow Schritte unternehmen, um im Einvernehmen mit seinen Verbündeten zu einem Frieden zu kommen. Er versuchte auf jede denkbare Art, selbst einen Frieden herbeizuführen, da er dadurch seine Dynastie zu sichern hoffte. Aber seine Bemühungen scheiterten nicht zuletzt an dem Mißtrauen der Entente gegen ihn. Mit Sorge mußte er deshalb mit ansehen, wie andere das Werk übernahmen, das er nicht zu vollbringen vermochte.

Mitte vorigen Jahres begannen die bulgarischen Sozialisten einerseits, die

Digitized by Google

Führer der Opposition anderseits, mit der Entente engere Fühlung zu nehmen. Diese Versuche waren solange ungefährlich, als die russophilen Parteien sich in der Opposition befanden und Radoslawow und seine Anhänger, die einzigen wirklich zuverlässigen Stützen des Bündnisses fest in der Macht saßen. Aber gerade damals begann auch Radoslawows Stellung ernstlich zu schwanken. Radoslawows Mehrheit in der Sobranje war nie sehr stark gewesen und durch den Abfall Genadiews zeitweise zur Minderheit geworden. Bei jeder Tagung gelang es ihm nur mit Ach und Krach, die provisorischen Budgetzwölftel hereinzubringen, und unter dem Beifall der Galerie war er den schärfsten Angriffen der Opposition ausgesetzt. Die Stimmung im Lande verschlechterte sich immer mehr. Die lange Dauer des Krieges begann auf dem kleinen, wirtschaftlich schwachen Lande schwer zu lasten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gestaltete sich immer schwieriger. Eine ungeheure Teuerung in allen Bedarfsartikeln setzte ein.

Zu der Not kam die Mißstimmung über die Verbündeten, zum Teil berechtigte, zum Teil unberechtigte. Man empfand es als Beeinträchtigung der nationalen Souveränität, daß die bulgarischen Truppen deutschem Kommando unterstellt, daß Eisenbahnen und Telegraphen von den Deutschen in Betrieb genommen wurden. Man erzählte, daß große Mengen Lebensmittel von den Deutschen ausgeführt worden seien, während es anderseits nicht möglich sei, dringend notwendige Industrieerzeugnisse aus Deutschland hereinzubekommen. So mußten die bulgarischen Webereien lange still liegen, weil Deutschland nicht die erforderlichen Ersatzteile für die Maschinen lieferte. Die Folge war, daß der letzte Jahrgang der bulgarischen Rekruten nicht eingekleidet werden konnte und zuhause bleiben mußte. Dazu kam die Furcht vor der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung. Bulgarien will, wie der Sozialistenführer Dr. Sakarow einmal sagte, keine Rohstoffe liefernde Kolonie Deutschlands werden. Ein Fehler war beispielsweise die Gründung einer Filiale der Deutschen Bank in Sofia. Das deutsche Kapital darf sich in diesen Ländern nur in der Form betätigen, daß es Tochtergesellschaften mit Einheimischen im Aufsichtsrat und im Direktorium gründet, wodurch den Einheimischen eine ausreichende Beteiligung am Gewinn gesichert wird. Unsere allzu unternehmungslustigen Wirtschaftskreise sind durchaus nicht frei von Schuld an der Verschlechterung der deutsch-bulgarischen Beziehungen, sie haben kein Recht, die ganze Verantwortung auf die Diplomaten zu laden, wie das neuerdings in Deutschland so der Brauch geworden ist.

Allerdings hat den letzten Anstoß zum Sturz Radoslawows und damit zur Erschütterung des Bündnisses die Diplomatie mit dem Bukarester Frieden gegeben. Es ist darüber soviel geschrieben worden, daß hierüber einige Worte genügen. Es war nicht nur das Kondominium in der Dobrudscha und

Digitized by Google

die Aufrollung der Mariţzafrage, was in Bulgarien so sehr verstimmte, sondern auch die Begünstigung Rumäniens gegenüber Bulgarien durch die überschlauen Fürsprecher des doppelten Weges nach Konstantinopel. Wir sind leider früher, als wir es gedacht, in die Zwangslage versetzt worden, den Wert oder Unwert des zweiten Weges nach Konstantinopel zu erproben. Mit Bulgarien kann man nur eine Politik treiben: gegen Rumänien und Griechenland. Jetzt haben wir die Folgen davon zu tragen, daß wir zu viel mit Griechenland und Rumänien geliebäugelt haben.

Bulgarien war immer ein heikler Bundesgenosse. Es weiß, daß seine geographische Lage ihm eine Bedeutung verleiht, die weit über das Gewicht seiner Macht hinausreicht. Dadurch ist es anspruchsvoll geworden und verlangt einen Preis für sein Bündnis, der vielen bei uns zu hoch schien. Wollten wir aber seiner sicher sein, so mußten wir diesen Preis bezahlen. Abhandeln kann einem in der Politik leicht sehr teuer zu stehen kommen. Es ist leider in unserer Politik Tradition, daß man immer besorgt nachrechnet, wieviel der Partner bei einem Bündnis vielleicht verdienen könnte, als wenn nicht jedes Bündnis ein Geschäft auf Gegenseitigkeit wäre. Bei uns betrachtet man ein Bündnis vielfach nach dem Wort Talleyrands vom Reiter und dem Pferd, und wundert sich, wenn das Pferd den Reiter abwirft.

Damit soll das treulose Verhalten Malinows keineswegs entschuldigt werden. Aber es war von ihm wenig anderes zu erwarten. Selbstverständlich hat er in seinen Äußerungen immer der jeweiligen Lage Rechnung getragen und sich mehrmals zum Bündnis bekannt. Aber hin und wieder hat sich doch seine wahre Gesinnung offenbart, so bei dem Kriegseintritt Rumäniens, als er zur Neutralität riet, und bei den Verhandlungen über ein Koalitionskabinett unter seiner Führung Anfang 1917, wo er Anbahnung eines sofortigen Waffenstillstandes forderte. Seit seinem Regierungsantritt begannen die Sondierungen der Entente von neuem. Die Auffassung allerdings, daß er den Durchbruch der bulgarischen Linien mit der Entente abgekartet habe, ist durchaus verfehlt. Er hat sich so teuer als möglich verkaufen wollen, aber der durch seine Wühlereien verursachte Zusammenbruch des Bulgarischen Heeres hat ihm einen Strich durch seine Rechnung gemacht, er hat sich jetzt um jeden Preis verkaufen müssen. Im besten Falle kann seine Politik jetzt dazu führen, daß ein kleines Bulgarien entsteht, das kümmerlich sein Dasein fristet, umgeben und erdrückt von einem mächtigen Rumänien, Serbien, Griechenland. Tritt das ein, so werden die Bulgaren mit Trauer zurückdenken an ihren großen Staatsmann Radoslawow, dem sie in entscheidender Stunde die Gefolgschaft versagt haben.

Digitized by Google

Der Hintergrund des finnischen Verfassungskampfes

Von Dr. K. S. Laurila (Helsingfors)

Die praktische Entscheidung in dem finnischen Verfassungskampfe ist ja schon, und zwar zugunsten der Monarchie, gefallen. Damit gehört der heiße Kampf, der in Finnland so lange die Gemüter aufgeregt, nunmehr bloß der Vergangenheit an. Er kann jetzt mit geschichtlicher Ruhe und Sachlichkeit betrachtet werden.

Im Dezember 1917 verkündete die Regierung Finnland als selbständige Republik und übergab dem Landtag eine entsprechende Verfassungsvorlage, welche die restlose Billigung des Landtages zu finden schien, wenn sie auch noch nicht behandelt, geschweige denn endgültig genehmigt werden konnte. Kaum ein halbes Jahr später zieht dieselbe Regierung die republikanische Vorlage zurück und reicht eine monarchische ein, die dann endlich auch die Unterstützung einer überwiegenden Mehrheit des Landtages findet.

Eine solche Änderung bot natürlich der Opposition äußerst dankbaren Agitationsstoff. Auch nach dem Ausland mußte sie einen für die Regierung ungünstigen Eindruck hervorrufen. Im Lichte der gegebenen Verhältnisse rechtfertigt sich aber die Haltung der Regierung und der Landtagsmehrheit vollauf.

Sowohl aus äußeren wie aus inneren Gründen mußte im Dezember 1917 die republikanische Staatsform als die einzige für Finnland mögliche erscheinen. Damals war ja noch die vitalste Frage für Finnland die Erlangung und Sicherung der Selbständigkeit. Dazu war aber von ganz wesentlicher Bedeutung, daß die Anerkennung und Einwilligung der russischen Regierung in Güte erzielt werden konnte. Für ein monarchisches Finnland war dies von der bolschewistischen Regierung nicht zu erhoffen. Da nun außerdem noch um diese Zeit viele, sogar leitende finnische Politiker es für Finnland förderlich hielten, gute Beziehungen mit Rußland aufrecht zu erhalten und manchen sogar noch ein Bündnisverhältnis mit Rußland als die beste Sicherung der Selbständigkeit vorschwebte, war es nur natürlich, daß bei der Wahl der Staatsform die Überlegung: Rußland, mitsprach.

Die inneren Verhältnisse des Landes machten eine monarchistische Lösung der Verfassungsfrage praktisch unmöglich. Die Sozialdemokratie besaß ungefähr

Digitized by Google

die Hälfte des Landtags und galt im Dezember 1917 noch als parlamentarische Partei, denn sie hatte noch nicht offiziell und offen den Weg des Aufruhrs und der Anarchie betreten. Außerdem gab es auch in den bürgerlichen Parteien viele überzeugte Anhänger der Republik. Diejenigen Abgeordneten, welche vielleicht schon im Dezember 1917 persönlich die Einführung der Monarchie für Finnland für das glücklichste hielten, mußten sich sagen, daß dies jetzt unmöglich war.

In wenigen Monaten aber wurde diese Konstellation nach außen wie nach innen völlig geändert. Das bolschewistische Rußland, von dem viele Schutz und Sicherung für die Selbständigkeit Finnlands erhofft hatten, erwies sich als Feind und die größte Gefahr für das selbständige Finnland. Es erkannte zwar offiziell die Selbständigkeit Finnlands an, aber im geheimen suchte es nicht allein die Selbständigkeit, sondern auch die staatliche Existenz Finnlands überhaupt zu vernichten und das ganze Land in denselben chaotischen Zustand zu versetzen, in dem Rußland sich befand. So sollte Finnland dem russischen Bolschewismus als Brücke dienen zur Verbreitung seiner Ideen nach Westeuropa. Zu diesem Zwecke stiftete das bolschewistische Rußland in Finnland einen Aufruhr an, unterstützte ihn materiell, leitete ihn militärisch, indem es den finnischen „Roten" die ungeheuren russischen Vorräte an Waffen und Munition zur Verfügung stellte, ihnen Hilfstruppen schickte und Offiziere zu Führern gab. Ohne diese russische Unterstützung in jeder Form hätte auch der rote Aufruhr in Finnland weder beginnen noch weniger fortdauern und am allerwenigsten einen solchen Umfang annehmen können. Rußland schied damit als Schutzmacht eines selbständigen finnischen Staates aus.

Im Innern hatten die Ereignisse alles ebenso gründlich umgewälzt. Die überwiegende Mehrzahl der Sozialdemokratie, man kann wohl sagen die Partei im ganzen, hatte — allerdings ursprünglich nur durch eine resolute Minderheit überrumpelt und vergewaltigt — den Weg des offenen Aufruhrs und der Anarchie betreten und damit ihren Vernichtungswillen dem eigenen Staat und Volk gegenüber offenkundig an den Tag gelegt.

Gegen diese von außen und innen drohende Vernichtungsgefahr suchte und fand der finnische Staat Hilfe bei Deutschland. Daraus ergab sich mit Notwendigkeit eine nach Deutschland gerichtete Orientierung der Politik Finnlands, die schon so ziemlich von Anfang des Weltkrieges an von einer starken Gruppe in Finnland für die einzig richtige gehalten worden war.

Unter diesen total veränderten Verhältnissen mußte natürlich auch die Verfassungsfrage aufs neue gestellt und von einem neuen Boden aus gelöst werden. Denn die Staatsformen werden ja nicht für einen luftleeren Raum und nicht für ein Volk im allgemeinen geschaffen und gewählt, sondern immer nur für ein

Digitized by Google

bestimmtes Volk und für ganz bestimmte Verhältnisse. Nur dann geschieht die Wahl auf einer vernünftigen, haltbaren Grundlage. Von diesem Standpunkte aus kamen viele von denen, die im Dezember 1917 ihre stille oder laute Zustimmung dazu gegeben hatten, daß Finnland Republik werden sollte, ein halbes Jahr später zu der Überzeugung, daß in den neuen Verhältnissen die Monarchie entschieden vorzuziehen sei, weil sie am besten im Innern einigend und sammelnd und nach außen stärkend wirken könnte. Dieser neue Weg brauchte keine Inkonsequenz und keine politische Haltlosigkeit zu bedeuten, er konnte vielmehr eine aus der totalen Änderung der Sachlage sich mit logischer Notwendigkeit ergebende Folgerung und somit gerade Zeichen eines gesunden Wirklichkeitssinnes sein. Die Lösung der Verfassungsfrage folgte den tatsächlichen Verhältnissen.

Tiefer in die finnische Volkspsyche muß man eindringen, um die Motive des finnischen Republikanismus ausfindig zu machen. Dieser ist in Finnland historisch wenig vorbereitet. Das Land war ja immer Monarchie, und auch die Gesinnung des Volkes im großen und ganzen monarchisch. Noch Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts konnte der hervorragende Rechtsgelehrte und Politiker Jaakko Forsman versichern, das finnische Volk sei ein durch und durch monarchisches Volk, was übrigens auch der größte Staatsmann Finnlands, J. W. Snellman, zu seiner Zeit behauptet hatte. Den besten russischen Kaisern, besonders Alexander I. und II. gegenüber, zeigte auch das finnische Volk große Anhänglichkeit und Treue, was z. B. noch bei der Enthüllung des in Helsingfors im Jahre 1894 Alexander II. errichteten Denkmals ganz überwältigend zum Ausdruck kam.

Erst um die Jahrhundertwende wird ein Umschwung merkbar. Es ist der Zeitpunkt, wo auch die Sozialdemokratie in Finnland stärker zu wachsen beginnt. Aber am meisten hat die Regierungszeit Nikolaus II. den Boden für den Republikanismus in Finnland bereitet, indem der Haß und Abscheu, den dieser einzelne Monarch durch seine meineidige Tyrannei und heimtückische Willkürherrschaft beim Volke zu wecken wußte, ganz einfach auf die ganze Gattung Monarch und Monarchie ausgedehnt wurde, ein logischer Fehlschluß freilich, aber in seiner Verallgemeinerung genügend, die Volksstimmung umzubilden.

Die Gleichsetzung der Monarchie mit der Macht der Finsternis und der Republik mit der Macht des Lichts bekam eine nicht unwichtige Förderung durch die finnische Sprache und ihre eigentümliche politische Terminologie. Auf finnisch heißt Republik „kansawalta" (= Gleichherrschaft), Monarchie „yksinwalta (= Alleinherrschaft). Diese finnischen Bezeichnungen sind offenbar tendenziös, und zwar zugunsten der Republik. Sie sind geeignet, die falsche Vorstellung zu wecken, als hätten in der Republik alle Bürger gleichen Anteil an der Staatsgewalt, in der Monarchie dagegen würde ein Einzelner die ganze

Digitized by Google

Staatsgewalt allein besitzen. Eine dieser sachlich ganz falschen Deutung entsprechende Vorstellung von der Natur der Monarchie und der Republik ist auch in Finnland in breiten Volksschichten sehr allgemein.

In gebildeten Kreisen, wo man doch ein wenig mehr Kontrolle ausüben kann über die Assoziationen, die sich an die Worte anschließen, und deshalb nicht so kritik- und widerstandslos der Suggestivmacht der Worte erliegt, hat wiederum ein anderes psychologisches Motiv republikanische Gesinnung fördernd gewirkt. Das ist ein Zustand, den man wohl am besten als politische Modernitätssucht bezeichnen könnte. Er äußert sich in einem abergläubischen Vertrauen auf die Vorzüglichkeit alles dessen, was auf dem Gebiete der Politik das Modernste ist, zu den neuesten „Erfindungen" und Experimenten gehört und sozusagen den politischen „dernier cri" darstellt. Diese Sucht war nie ganz unbekannt. Aber Perioden großer Gärung und Umwälzung züchten sie empor. Deshalb rast auch die politische Modernitätssucht gegenwärtig stark in vielen Ländern. Und wenn Rußland jetzt sich politisch in voller Auflösung befindet, so war und ist gerade diese Sucht eine Ursache. Die hypermodernste politische Ideologie im Verein mit der primitivsten politischen Psychologie und Mangel an gesunden politischen Instinkten — diese kurze Formel enthält wohl immer noch die zutreffendste Diagnose für die Krankheit, die Rußland heißt.

Besonders nach 1905 hat nun eine solche politische Modernitätssucht auch in Finnland stark um sich gegriffen, teilweise auch durch russische Ansteckung gestärkt. Die Parteien stellten einen förmlichen Wettlauf an, um sich an der Modernität und weitestgehender Reformfreundlichkeit ihrer Programme zu überbieten. Man wollte um jeden Preis ein Musterland sein auf dem Gebiete der politischen und sozialen Reformtätigkeit und alles schleunigst einführen, was „dernier cri" war, um sich nur nicht von jemandem an Modernität überflügeln zu lassen. Wenn das ein gesunder Reformeifer gewesen wäre, für den der Gesichtspunkt maßgebend ist, daß dasjenige reformiert werden muß, was reformbedürftig und durch etwas Besseres zu ersetzen ist, so wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Aber das war es eben nicht. Es war vielfach nur eine krankhafte Sucht nach Neuerung und Modernität, nur der Neuheit wegen und nicht wegen einer sachlichen Besserung.

Man hatte tatsächlich in Finnland in den ersten Jahren nach 1905 oft den Eindruck, als würden gewisse politische und politisierende Kreise förmlich krank werden, wenn sie einmal plötzlich hätten erfahren müssen, daß man irgendwo auf der Welt, auf Neuseeland oder in Australien, auf dem Gebiete der politischen oder sozialen Reformtätigkeit noch einen Schritt weiter an Modernität gegangen war, als in Finnland.

Digitized by Google

Von einer solchen Gesinnung aus mußte natürlich die Monarchie schon wegen ihres Alters als eine gänzlich veraltete und in die Rumpelkammer gehörende, und die Republik als die einzige moderne Staatsform erscheinen

Daß aber solche Strömungen und eine solche abergläubische Verehrung politischer Formeln eine solche Gewalt über die Gemüter gewinnen konnten, das deutet ja wiederum auf mangelnden politischen Wirklichkeitssinn. Ein solcher Mangel macht sich auch bei weiten Schichten des finnischen Volkes stark geltend, besonders in bezug auf die äußere Politik. Mit Rücksicht auf die historische Vergangenheit des Volkes ist auch anderes nicht zu erwarten. Gesunde politische, wie auch andere Instinkte und Fähigkeiten entwickeln sich nur da, wo sie Verwendung haben. Das hatten sie aber in Finnland, speziell auf dem Gebiete der äußeren Politik, bis jetzt nicht, denn Finnland hat ja nie früher eine eigene äußere Politik gehabt. Deshalb ist es nur natürlich, wenn weiten Kreisen des Volkes der Sinn und das Verständnis für außenpolitische Bedürfnisse und Notwendigkeiten fehlt und wenn sie ungewohnt sind, die Lage ihres Landes in großem Zusammenhange zu betrachten und zu beurteilen. Wer immer gewohnt war, nur in Gemeinden und Wahlkreisen, höchstens in Provinzen, zu denken, kann sich nicht plötzlich zu einer solchen Höhe und Weite des Gesichtskreises hinaufschwingen, daß er scharf und klar die Gesamtlage seines Landes und dessen Stellung unter anderen Staaten ins Auge faßt und richtig beurteilt.

Diese Ungewohntheit zu außenpolitischem Denken und diese Enge des politischen Gesichtskreises hat sich bei dem finnischen Verfassungskampf stark geltend gemacht. Es war offenbar, daß weite Schichten des Volkes kein richtiges Verständnis hatten für die außenpolitischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die bei der Lösung der Verfassungsfrage zu berücksichtigen und nach der Meinung vieler gerade die ausschlaggebenden waren. Hätten sie dieses Verständnis gehabt, wäre die Unterstützung der Monarchie höchstwahrscheinlich von Anfang an viel einmütiger gewesen. Darauf deutet ja schon unter anderem der Umstand, daß die Gebildeten des Landes, die mehr außenpolitisches Verständnis haben, mit wenigen Ausnahmen für die Monarchie eintraten.

Um ein erschöpfendes Bild von dem finnischen Verfassungskampf mit seinen historischen und psychologischen Zusammenhängen zu geben, müßte man auch den monarchischen Standpunkt gegen seinen historischen und psychologischen Hintergrund stellen und ihn daraus erklären. Das ist aber schon, wenigstens andeutungsweise, im Anfang geschehen. Und ein näheres Eingehen auf diese Seite der Sache ist schon aus räumlichen Rücksichten in diesem Aufsatze nicht möglich. Übrigens bietet auch die Psychologie des finnischen Monarchismus durchaus nicht so viel Interessantes wie die des finnischen Republikanismus.

Digitized by Google

Die neutrale Mission

Von Jakob Schaffner

Werden nun die Neutralen sich selber vergessen, um sich auf Größeres zu besinnen? Ist es möglich, daß sie aufhören, ihre kleinen Zirkel zu berechnen und dafür die Zukunft und das Schicksal Europas bedenken? Und darf man von ihnen erwarten, daß ihnen die Einsicht von ihrer unerbittlichen Verknüpfung mit der kontinentalen Geschichte in diesem hochgeschichtlichen Augenblick aufgeht? Sie folgten bisher dem Wahlspruch: „Getrennt marschieren, um getrennt geschlagen zu werden!" Manchmal schien es der Welt, als ob sie auf neue Schläge und Demütigungen geradezu erpicht wären und als ob sie kein höheres Interesse hätten, als die Ruinierung Gesamteuropas und die Botmäßigkeit unter den Willen der transatlantischen Union. Keine Erniedrigung und auch keine materielle Schädigung schien ihnen das Verständnis für eine allgemeine Solidarität der mißhandelten Neutralen zu erwecken. Jeder glaubte für sich zu sorgen, und indem er das tat, ließ er den anderen drangsalieren und vermehrte dadurch Lust und Übung bei den Kriegführenden, mit nächster Gelegenheit auch ihm wieder eine Kontributionsliste vorzulegen. Für das Ansehen und die Geltung der Neutralität als sittlicher Grundsatz ist trotz aller klugen politischen Züge wenig getan, und das wenige geschah leidend in hoher Anständigkeit aber geringer Wirkung. Eine verruchte Welt läßt sich bloß durch aktive Taten imponieren. Eine neutrale Union wäre eine achtunggebietende Größe in der Erwägung der Kriegführenden gewesen, aber die kleine Eifersucht ließ es nicht einmal zur nordischen kommen.

Sind diese kleinen Neutralen wirklich nichts als Stahlspähne, die der stärkere Magnet im Wechsel des geschichtlichen Stromes jeweils anzieht, und den sie verlassen, sobald der Strom umschaltet und sich dem Gegenmagneten zuwendet? Darin wäre wenig Geist und gar keine Idee. Vorläufig können wir uns eine europäische Sache ohne tiefere Vorstellung immer noch nicht recht denken. Als europäische Sache müssen wir aber in jedem Fall die festländischen Neutralen ansprechen, und es ist unmöglich, sie anders zu betrachten, sie müßten sich denn selber ausdrücklich künftig zur amerikanischen Angelegenheit erklären. Bis dahin bleibt die Frage wach: „Wie denken sich die Neutralen zum neuen Friedensschritt zu verhalten? Sind sie auch dem Frieden gegenüber neutral? Oder haben sie ein Europa retten zu helfen, das ihren kulturellen und materiellen Boden bildet, ohne den sie nichts sind als Zaungäste der Geschichte?"

Der Berner „Bund" bemerkte bereits richtig, daß nun eine große Aufgabe für die Schweiz erstanden und daß es ihre Pflicht sei, den österreichisch-ungarischen Friedenswurf aufzugreifen und weiter zu tragen. Die Schweiz ist in gegnerische Sympathielager gespalten, aber gegenüber dem Frieden und der Rettung des

Digitized by Google

alten, hochanständigen geistigen Europa gibt es keine Freunde und Feinde, da gibt es bloß Angehörige und Verpflichtete, und dann gibt es noch einige Einsichtige und Begeisterte, die mit der geschichtlichen Mahnung vorangehen. Die Antwort des gesamten atlantischen Kreises auf die neueste Friedensgebärde Österreich-Ungarns läßt keinen Zweifel mehr daran, daß es auf die zweite allgemeine Liquidierung der kontinental-europäischen Schöpfung, auf die Erledigung Mitteleuropas als mitwirkenden Geschichtsfaktor und seine Verarmung und Verelendung unerbittlich abgesehen ist. Es ist mir vielleicht erlaubt, darauf hinzuweisen, welche Entwicklung und welches Schicksal die heutigen Neutralen seit dem Beginn des ersten binneneuropäischen Verfalls hatten. Oder muß man die Schweiz und Holland besonders an ihre schmerzlichen Erlebnisse des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts erinnern? Was die Schweiz und Deutschland von Frankreich, und Holland, Spanien und Dänemark von England erfuhren, das erlitten sie alle miteinander im Verlauf des großen kontinentalen Rückschlags, der sich der Verlegung des geschichtlichen Schwergewichts an die Atlantik nach der Entdeckung Amerikas anschloß. Es liest sich pathetisch: „England vergewaltigte dies und entrechtete jenes!" England war auch bloß Werkzeug der Entwicklung. England konnte gar nicht anders, ohne eine Schlafmütze zu sein. Und Frankreich m u ß t e seine damalige Mission erfüllen, oder es war eben nicht Frankreich. Das Naturgesetz schafft sich immer durch, und wir können langsam darauf verzichten, Völker für zwangsläufige Wege moralisch verantwortlich zu machen, zumal es auch gar nichts einbringt. So wird es auch für die Neutralen Europas besser sein, anstatt diese oder jene kriegführende Partei zu Angeklagten zu machen, sich in letzter Stunde darauf einzurichten, daß eine gesammelte sittlich-politische Kraftaufwendung von vollkommenem Ansehen sie vor dem Urteil der Geschichte und Gesamteuropa vor dem Zurückversinken in Nichts rettet. Irgend etwas anderes wird nicht helfen.

Das ist ja auch jeden Tag als akademische und sehr beliebte Betrachtung in den neutralen Blättern zu lesen, daß „ein längeres Fortsetzen dieser Schlächterei und dieser Materialvergeudung zu Zwecken des Mordes Europa unfehlbar in den Abgrund stürzen müsse". Dieser Binsenwahrheit gesellt sich eine etwas entwickeltere bei, daß nämlich Mitteleuropa nur die Rechnung seiner schweren Fehler zu büßen habe; besonders Deutschland wird liebevoll mit Vorhaltungen und Ratschlägen versorgt. Das sieht so aus, als ob fünf kleine Ertrinkende einem großen noch schnell seine Charaktermängel vorhielten, bevor sie das Element alle zusammen hinunterschlingt. Darüber wird nachher Zeit sein, zu reden, wenn wir Europäer wieder festen Boden unter den Füßen haben. Sind die Neutralen soviel klüger und einsichtiger, so ist es ihre Pflicht, diesen ihren Vorsprung tätig zur Geltung zu bringen, zu ihrem Nutzen und zum Heil Europas. Mit dem Kon-

Digitized by Google

tinent steigen sie, und mit dem Stern des Kontinents sinken sie. Ebbe und Flut machen sie unerbittlich rhythmisch mit, und bloß der Geist, die Idee kann sie aus dieser Hörigkeit des Naturgesetzes befreien — aber nur solange es noch Zeit ist, Geist zur Wirkung zu bringen.

Die Reden und Noten aus dem Kreise der Mittelmächte der allerletzten Zeit haben endlich die Auffassungen über ihre Friedensziele klargelegt. Im Ganzen gehen sie auf die Erhaltung des staatlichen Besitzes und auf unberaubte Rückkehr zu den nationalen Geschäften; von Kriegsentschädigung ist nach keiner Seite hin die Rede. Elsaß-Lothringen bleibt als deutsche Völkerschaft beim deutschen Volk, genau nach dem Sinn der bolschewistischen und Wilsonschen Grundartikel. Belgien wird wieder zu seiner Staatshoheit entlassen. Die Ostseeprovinzen sind nicht näher orientiert, sollen aber wohl in einer Form, die in immer entschiedener Mitwirkung der dortigen Völker — der wahren Völker — gegenwärtig gesucht wird, im natürlichen Verhältnis zu Mitteleuropa bleiben. (Diejenigen Deutschen, die glauben, die Ostseeprovinzen seien rein deutsche Probleme, irren sich sehr; sie sind europäische Probleme, wie auch Deutschland selber im allerhöchsten Sinn europäische Angelegenheit geworden ist!) Finnland und Polen bestimmen ihre Zukunft selber. Das alles erscheint selbstverständlich und vom europäischen Gesichtspunkt aus als Schwergewichtsschöpfung und geschichtliche Grundlegung erwünscht. Vielleicht fehlt ein Wort über die Entschädigung Belgiens; das Bekenntnis Bethmann Hollwegs ist nun einmal nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Die Parole des späteren Kanzlers vom Faustpfand ist auch mir als Europäer unannehmbar; dafür fehlen ihm zuviele juristische und sittliche Voraussetzungen. Keinem Zweifel unterliegt mir das unantastbare Recht Deutschlands an dem Wiederbesitz seiner Kolonien. Schließlich gehören auch die Kongoakte zu jenen „Fetzen Papier", die man zerrissen hat; das afrikanische Elend ist aber nicht durch Deutschland entfesselt worden.

Der Burianschen Note stellen die Atlantischen Wilsons vierzehn Punkte gegenüber. Von diesen sind die ersten vier ganz selbstverständliche Forderungen der Zukunft: keine Geheimdiplomatie mehr, Freiheit der Meere, Wirtschaftsfreiheit in der ganzen Welt, Abrüstung. Sie geben nichts zu reden als den Wunsch nach ihrer Erfüllung, denn für den gegenteiligen Zustand haben wir genug bezahlt; er lohnt keine weiteren Ausgaben. Dasselbe gilt für den Punkt 14: Vereinigung der Nationen. Das deutsche Bedenken dagegen kann kein Hindernis auf die Dauer bilden; Deutschland muß Europa werden, muß Europa anziehen wie eine Rüstung, dann gibt es dies Bedenken nicht mehr, ist es unmöglich, Deutschland zu majorisieren. Punkt 5 ist schon fraglich. Was heißt das: Schlichtung der kolonialen Ansprüche nach den Interessen der Eingeborenen? Die Kolonialherrschaft Englands und Frankreichs kann „im Interesse der Eingeborenen" liegen, diejenige

Digitized by Google

Deutschlands nicht. Dergleichen ist zu allen Zeiten hübsch und glatt „gedeichselt" worden. Hier ist eine Formel, welche den Interessen Europas widerspricht. Punkt 6: Räumung des russischen Gebietes und Selbstbestimmung dort. Deutschland hat der betreffenden bolschewistischen Forderung zugestimmt, und sie liegt im Interesse Europas, aber sie verlangt Gegenseitigkeit; die atlantischen Truppen müssen ebenfalls aus Rußland verschwinden. Die deutsche Tätigkeit in den Ostseeprovinzen zielt vor allem auf Kolonisation, aber irgendwelche Garantien müssen für deren Sicherheit geschaffen werden. Das wird nicht schwer sein, sobald man vom Verlangen nach der Vernichtung Deutschlands absteht, und wenn Deutschland zweifelsfrei dort die politische Selbstverfügung schützt. (Es gibt vielleicht noch bessere Freunde der Deutschen als die baltischen Barone!) Punkt 7 betrifft die Wiederaufrichtung Belgiens. Vom neutralen Standpunkt aus ist die Entschädigung dieses Landes unumgänglich, vom europäischen erscheint sie als staatsmännischer Akt von höchster Weisheit. Die herzliche Mitwirkung der Neutralen an der baldigen Zurückführung des kontinentalen Friedens und der Befreiung des europäischen Festlandes aus der tragischen Verstrickung ist zu starken Teilen an jene Tat der Großmut und Gerechtigkeit gebunden, und wer weiß, ob sie nicht das Opfer darstellt, durch das sich die Deutschen den Wiedereintritt in den Tempel des Friedens und des Glückes erkaufen. Der Eindruck eines solchen materiellen Zugeständnisses nach jenem Bethmannschen moralischen wäre unzweifelhaft sehr ernst und würde politisch möglicherweise noch mehr besetztes Feindesgebiet bedeuten als Belgien und Nordfrankreich militärisch. Selbst wenn Deutschland Kraft und Schwung zu einer neuen „Märzoffensive" besäße, so wäre trotzdem nicht mehr Zeit zu starren Unerbittlichkeiten, zumal eine neue Offensive, auch wenn sie glückte, nicht weniger kosten würde als die Entschädigung Belgiens, und das Leben von hunderttausend deutschen Männern dazu, die nie wieder von ihrem Tod auferständen. Man unterschätze die Motive der Neutralen auch nicht. Belgien ist eine Frage, die ihnen nahe an der Haut sitzt. Einem Bismarck oder Friedrich dem Großen würde es nicht schwer fallen, mit einer solchen Morgengabe sich und Europa und dem Heil der Menschheit alle Neutralen samt dem Papst zu gewinnen. Darum ist Punkt 7 kein ungerechter Punkt, sondern ein europäischer Glücksschlüssel, wenn er auch vielleicht nicht so gemeint war. Punkt 8 verlangt die Räumung Nordfrankreichs. Nach dem Friedensschluß ist die Forderung selbstverständlich, vorher ist sie ein Scherz, und zwar ein schlechter. Die Reklamierung des deutschen Elsaß-Lothringen an die französische Republik kann Wilson vor den Neutralen nicht aufrechterhalten; das Verlangen widerspricht seinem Grundsatz von der Heimatzugehörigkeit der Volksschaften, und ist nichts als ein Zugeständnis an seine Verbündeten, von dem ihn die Neutralen befreien können.

Digitized by Google

Weiterhin folgen Punkte, die vollends ganz deutlich Verlegenheitsprodukte sind. Von der Grundlage seiner „vier Generalpunkte" aus gesehen würden sie seine politische Stellung und müßten sie sein moralisches Ansehen vollkommen aufheben. Punkt 10 mag noch angehen. Er verlangt autonome Entwicklung für die österreichischen Völker, und gegen seine Absicht spricht auch er eine europäische Notwendigkeit aus. Ohne Freiheit kann Europa nicht fort existieren; kostet sie Geld und Vorzugsstellungen, so muß man die Kosten einzahlen. Aber er stellt einen Eingriff in die Autonomie Österreich-Ungarns dar, das seine Fragen unter eigener Hoheit regeln muß, und schlägt also nach den Generalpunkten zurück. Doch ist selbst der Punkt 10 annehmbar, wenn er in gleicher Weise alle Nationen verpflichtet, also auch England und Frankreich. (Ich suche hier immer den Boden, auf den ein neutraler Fuß treten kann.) Die Neutralen müssen auf Wilson bestehen, oder Wilson muß sich selber widerrufen. Punkt 9 sieht Grenzberichtigung für Italien vor. Ohne die Rückkehr der italienischen Städte und Dörfer in Frankreich und der Insel Korsika zum Mutterland bedeutet diese Forderung eine Einseitigkeit, die kein Neutraler unterstützen kann. Der Neutrale könnte in diesem Zusammenhang auch das italienisch sprechende Malta nicht vergessen. Will aber Österreich-Ungarn freiwillig auf sein letztes Angebot vor der italienischen Kriegserklärung zurückkommen, so bedeutet dies freilich für den Neutralen eine große Erleichterung und für Italien eine Gewissensfrage, bei welcher es möglicherweise faßbar wäre. Der 13. Punkt spricht von einem unabhängigen Polen, das alle unzweifelhaft polnisch bevölkerten Gebiete umfaßt; er verspricht also den Polen die preußische Provinz Posen und andere unzweifelhaft polnisch bevölkerten Gebiete Deutschlands. Damit steht es nun so: In diesen Gebieten steckt so viel deutsche Arbeit und deutsches Kapital, daß eine Ablösung unbedingt erforderlich wäre. Wer will die leisten? Vielleicht sind aber diese Provinzen infolge der hingebenden deutschen Kulturtätigkeit in drei bedeutungsvollen Jahrhunderten — dem 18., 19. und 20. — so sehr deutscher Boden geworden, daß eine Ablösung nicht mehr möglich ist. Wer sie mit eigenen Augen gesehen hat, neigt zu dieser Auffassung. Wilson hat sie nicht gesehen. Ich habe die Philippinen nicht gesehen, und hüte mich daher, über sie zu dekretieren. Doch ist für einen neutralen Vermittler auch das Problem Posen diskutierbar, wenn gleichzeitig über Irland, Egypten, Indien und Marokko diskutiert wird. Ist es jedoch angenehmer, wenn über diese unzweifelhaft nicht englisch und französisch bevölkerten Gebiete geschwiegen wird, so schweigen wir ebenso gern über Posen, und es bleibt bei der polnischen Souveränität und dem Danziger Freihafen. Punkt 11 fordert Räumung und Rückerstattung für Rumänien, Serbien und Montenegro und Zugang zur See für Serbien. Es ist ein wenig dilettantisch, von Rumänien und Serbien in einem Atem zu sprechen. Rumänien hat einen leichtfertigen Angriff begonnen

Digitized by Google

und trägt sein Schicksal. Serbien ist immerhin der Form nach von Österreich-Ungarn „überfallen" worden, aber seine offiziellen Kreise haben eine politische Verschwörung auf dem Gewissen. Auch Serbien bezahlt seine Zeche. Bulgarien verlangt genau nach der Wilsonschen Präzisierung nichts als unzweifelhaft bulgarisch bevölkerte Gebiete und soll auch nicht mehr erhalten. Dafür kann eine international zusammengesetzte wissenschaftliche Kommission sorgen. Auch dies liegt im europäischen Interesse. Die Binnenlage Serbiens ist nicht künstlich aufzuheben, wenn die Völkchen Serbien und Montenegro es nicht zu einer Vereinigung bringen; in diesem Fall werden sie gemeinsam Angrenzer an die Adria und können sich ihren Zugang zur See nach Belieben selber einrichten. Was tut also diese Forderung im Punkt 11? Fehlt noch Autonomie der Nationen in der Türkei und freie Dardanellen, die im Punkt 12 vorgesehen sind. Die Türkei kann sich die fremde Einrede um des Friedens willen gefallen lassen oder kann sie zurückweisen, wie sie es für besser hält. Die Frage nach Armenien kann sie mit der höflichen Gegenfrage nach Irland beantworten; die Erwähnung der Dardanellen wird sie an den Panamakanal erinnern. Es hat alles seine zwei Seiten.

Das wären die vierzehn Punkte, die Wilson noch am Grabe Washingtons um den Begriff der Friedensorganisation und des Schiedsgerichts vermehrte, „durch welche die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird". Hier ist er wieder eindeutig und unangreifbar und spricht die einmütige Sehnsucht der Gesamtmenschheit aus. Ihm klebt etwas Schmutz an den Schuhen, aber er mußte weit durch schlechtes Wetter gehen, und die Unreinigkeit klebt immerhin an einer großen Idee; das soll man ebenfalls nicht vergessen. In diesem Sinne fallen dem Neutralen drei Größen in eine zusammen: seine heilige Pflicht, nun die ganze Kraft in den Dienst des Friedens und der europäischen Zukunft zu stellen, die deutsche Friedensgrundlage und die Friedensidee Wilsons in der vergänglichen Umkleidung. Der neutrale Sammlungsantrag ergibt sich aus dem Bisherigen zwanglos, für alle Teile freundschaftlich und im höchsten Sinne gerecht. Bleibt noch weniges über den Zeitpunkt zu sagen. Er ist nicht nur deshalb günstig, weil Österreich-Ungarn unter deutscher Duldung mit einem Friedensvorschlag vorangegangen ist, sondern auch im Felde haben die Entwicklungen zu einem gewissen Stillstand und Wiederausgleich geführt. Die deutsche Armee hat ihre starke Basis von neuem bezogen und ist in keinem Falle gebrochen, dagegen haben die Atlantischen mit einer in der Weltgeschichte unerhörten Heimatverteidigung zu rechnen. Die Atlantischen haben einen wertvollen Achtungserfolg eingebracht. Die erstrebte „Niederwerfung Deutschlands" würde Frankreich nicht weniger Männer kosten als es durch die Rückgewinnung des Elsaß gewönne — die Möglichkeit dazu neutral offen gelassen. Vor einem neutralen Gerichts- und

Digitized by Google

Gewissenshof wäre ein solches Vorgehen aber nicht zu verantworten. Es würde einen schlechten Eindruck machen und vielleicht auch nicht ganz die erhofften Erfolge einbringen. Darüber wird doch die Entente sich klar sein, daß nun vor der Hindenburglinie das schwerste und kostspieligste Stück Arbeit erst beginnt, zu welchem der bisherige Verlauf der Offensive bloß ein Vorspiel war. Ich persönlich lebe viele Jahre hintereinander in Deutschland, aber ein Anzeichen hoffnungsvoller Zermürbung für die Atlantischen kann ich nicht finden, dagegen haben die Jahre 1805 bis 1815 gezeigt, wessen der Deutsche in seiner größten Gefahr fähig ist. Vorher schon einmal hat es Friedrich der Große gezeigt. Vielleicht haben die Engländer noch bessere Berater als ihre Spione. Und vielleicht kommt den Atlantischen noch eine andere Friedensanregung als die feindliche nicht einmal so ungelegen.

Die wirtschaftliche Lage in Frankreich

Von Hans Goehler

Während der zweiten Hälfte des August bis etwa zum 4. September ist der Grundton der Beurteilung der Wirtschaftslage Frankreichs durch die französische Presse auffallend optimistisch. Bei einer eingehenden Betrachtung der wirtschaftlichen Zustände des Landes zeigt sich, daß die Beurteilung durch die Presse in ziemlich hohem Maße berechtigt ist.

Am auffälligsten ist es, daß Ende August eine sprunghafte Steigerung des französischen Wechselkurses eintrat. Derartige Gelegenheiten pflegen meistens die Zuversicht der öffentlichen Meinung ganz besonders zu stärken. Gerade in Frankreich, wo man in der politischen Tagespresse die wirtschaftlichen Geschehnisse mit geradezu ahnungsloser Naivität betrachtet, will man sich von den aus der Zeit des Merkantilismus überkommenen Vorstellungen immer noch nicht befreien. Aber auch wenn man sich nicht den Erklärungen der französischen Presse über die Steigerung der Valuta anschließt, so wird man doch sagen müssen, daß sowohl die Tatsachen, aus denen sie folgt, für die Franzosen einigermaßen erfreulich sind, als auch ihre Auswirkungen Frankreich Vorteile bringen werden. Begründet ist die Steigerung des Wechselkurses selbstverständlich nicht in der günstigen Kriegslage Frankreichs, sie ist vielmehr darin zu erblicken, daß jetzt der schon seit längerer Zeit angekündigte Augenblick, wo die von der amerikanischen Armee in Frankreich gemachten Ausgaben die Ausgaben Frankreichs in den Vereinigten Staaten kompensieren würden, eingetreten ist. Ferner muß man in Anschlag bringen, daß ganz abgesehen von den Ausgaben der amerikanischen Regierung für den Unterhalt ihrer Truppen, die Amerikaner

Digitized by Google

beträchtliche Summen in Frankreich für das Rote Kreuz und ihre zahlreichen Werkorganisationen auslegten. Bezeichnend in dieser Beziehung sind zum Beispiel die Ereignisse, die sich an die französisch-amerikanischen Verhandlungen betreffend die Deckung der Unterhaltskosten für die amerikanische Armee in Frankreich knüpften. Noch ohne den Ausgang dieser Verhandlungen abzuwarten, haben die Amerikaner sofort 200 Millionen Dollar an die Bank von Frankreich überwiesen. Aus diesen und ähnlichen Gründen hat nun nicht mehr, wie in den ersten Kriegsjahren, Frankreich den Vereinigten Staaten Rimessen zu machen,

sondern an Stelle des enormen Defizits, welches Frankreichs Bilanz gegenüber Amerika zu Beginn des Krieges aufgewiesen hat, saldiert nun diese Bilanz zugunsten Frankreichs mit einem Überschuß, von dem anzunehmen ist, daß er von Monat zu Monat zunehmen wird. Die Amerikaner müssen jetzt zur Ausgleichung ihrer überschüssigen Verpflichtungen in Frankreich französische Franken kaufen, und so ist im Grunde genommen ihr Bedarf für Rimessen auf Frankreich als die wahre Ursache der Besserung des französischen Wechselkurses auf die Vereinigten Staaten anzusehen. Dazu kommt noch, daß jetzt Frankreich seinen Saldo in Dollar zur indirekten Regulierung eines Teiles seiner Ankäufe in England verwerden kann, weil England für die Leistung seiner Ausgaben in den Vereinigten Staaten Dollar braucht. Demnach ist die sprunghafte Steigerung der

Digitized by Google

französischen Valuta und der damit zusammenhängende Rückgang des Dollar und des Pfund Sterling nicht durch irgendwelche psychologische Beweggründe bestimmt, sondern die Folge einer tatsächlichen Veränderung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs und aus allen diesen Gründen durchaus nicht als vorübergehende Erscheinung im Gefolge der guten französischen Kriegslage zu bewerten.

Genau wie die Steigerung seiner Valuta, verdankt Frankreich die nennenswerte Besserung seiner Versorgung und Ernährung den Amerikanern. Die ganze französische Kriegswirtschaft ist in den letzten Monaten auf die Amerikaner eingestellt worden. Man muß bedenken, daß im August für Frankreich wie für alle Länder die schwierigste Zeit des Jahres eingetreten war, die Zeit, in der der Anschluß an das neue Wirtschaftsjahr gefunden werden muß. Gewiß kam es in diesen Monaten häufig in der einen oder anderen Gegend zu einem gewissen Mangel, besonders in der Versorgung mit Brot. Kaum aber hatte die verantwortliche amerikanische Stelle von diesen lokalen Schäden erfahren, so wurde schleunigst ein entsprechender Transport abgesandt, der in kurzer Zeit dem Mangel abhalf. Die Qualität der Lebensmittel ist im allgemeinen durch die Hilfe der Amerikaner eine bessere geworden. So ist das Brot und Mehl ohne Zweifel schlechter als im Frieden, aber doch bedeutend besser, als es während der vorjährigen Krisenzeit in Frankreich war.

Am augenfälligsten ist die Hilfe der Amerikaner bei der Fleischversorgung. Während man früher, wie in den meisten Ländern, so auch in Frankreich, sich scheute, Gefrierfleisch zu genießen, so ist man besonders in den Großstädten jetzt fast völlig darauf angewiesen. Der französische Viehbestand muß geschont werden, da er bei weiterer Abschlachtung, wie im Anfang dieses Jahres, der Vernichtung entgegen gegangen wäre. Trotzdem er jetzt tatsächlich geschont wird, sind die Städte in Frankreich vollkommen ausreichend mit Fleisch amerikanischen Ursprungs versorgt.

So stellte sich die Wirtschaftslage Ende des vorigen Monats, unter Berücksichtigung der besonders schwierigen Lage, außerordentlich günstig dar.

Vom 4. September ab tritt in der Presse fast unvermittelt ein starker Umschwung ein. Während bis dahin zum Beispiel der Ausfall der neuen Ernte von allen Blättern als sehr günstig bezeichnet und eine Besserung der Ernährung im kommenden Wirtschaftsjahre vorausgesagt wurde, wird von diesem Tage ab von einer Mißernte gesprochen und die Aussichten für das kommende Wirtschaftsjahr als ganz verzweifelt hingestellt. In der Sitzung der französischen Kammer am 6. 9. werden diese unvermittelt eingetretenen pessimistischen Feststellungen von dem Ernährungsminister bestätigt. Die Regierung erklärt, daß sie sich infolge des schlechten Ausfalls der Ernte und der durch die deutsche Invasion stark zurück-

Digitized by Google

gegangenen Kohlenförderung veranlaßt gesehen habe, bei dem interalliierten Verteilungs-Komitee in London wegen Lieferung bedeutend größerer Mengen von Lebensmitteln und Kohlen vorstellig zu werden, da es für das französische Volk ganz unmöglich sei, im kommenden Jahre wieder so zu darben, wie im vergangenen. Der Zweck dieser pessimistischen Darstellung der Wirtschaftslage durch die Presse und durch den Minister ist ohne weiteres klar: es sollte damit einfach die Durchsetzung der Lieferung größerer Lebensmittel- und Kohlenmengen bei der Londoner Regierung veranlaßt werden. Es handelt sich also um eine *Notpropaganda an die Adresse der Alliierten*. So günstig aber, wie die Presse im August die Wirtschaftslage schildert, ist sie tatsächlich doch nicht, denn es kommt ein Moment hinzu, das mit fortschreitender Ausschiffung von Amerikanern in Frankreich eine immer größere Bedeutung gewinnt: dieses ist die *Verkehrslage*.

Je mehr die französische Volkswirtschaft auf die Amerikaner eingestellt wird, um so dringender ist für die Versorgung der Bevölkerung ein sicherer und schneller Transportverkehr erforderlich. Im Augenblick ist die Verkehrslage aber recht schlecht. Es fehlt sowohl an Waggons und Lokomotiven, wie auch an geschultem Personal. Das vorhandene rollende Material ist schlecht und ausbesserungsbedürftig. Die Beamten sind teilweise unzureichend, weil sie ungeschult und zu schwach sind, um den gesteigerten Verkehr bewältigen zu können; teilweise sind sie geradezu untreu und treiben einen lebhaften Schleichhandel mit den sehr knappen Güterwagen. Aber auch hier haben die Amerikaner schnell und tatkräftig eingegriffen. Sie haben Lokomotiven herangebracht, ganz besonders große Güterwagen, die durchschnittlich 30 Tonnen fassen und mit drehbaren Achsen versehen sein sollen; sie haben die Häfen, besonders die kleineren Ozeanhäfen und die Binnenwasserstraßen schon jetzt sehr viel brauchbarer gemacht als sie vorher waren, und bemühen sich immer weiter um ihren Ausbau. Sie haben in den hauptsächlich in Betracht kommenden, für die Versorgung der Front wichtigen Teil Frankreichs *große Bahnbauten* aufgeführt und vieles andere zur Verbesserung und Beschleunigung des Transports getan. Diese Tätigkeit der Amerikaner ist allerdings ihren französischen Bundesgenossen nicht in jeder Beziehung angenehm. Es gibt einflußreiche Kreise in Frankreich, die insbesondere den Bemühungen der Amerikaner zur Hebung des französischen Verkehrs geradezu feindselig gegenüberstehen. So vermögen zum Beispiel die Reeder nicht ihren Unwillen über die Tätigkeit der Amerikaner beim Bau neuer Werften in Frankreich zu verhüllen. Sie fürchten, die neuen amerikanisch-französischen Schiffe werden den Wert ihrer alten, nur jetzt im Kriege bei der Not an Tonnage noch einigermaßen brauchbaren Schiffe vermindern.

Diese Bedenken sind aber zum größten Teil rein privatwirtschaftlicher Art.

Digitized by Google

Man kann im allgemeinen die wirtschaftliche Lage Frankreichs, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Kriegsnotwendigkeiten wertet, als günstiger bezeichnen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zweifellos auch heute noch bestehen, die aber im vorigen Jahre so groß zu werden drohten, daß man hoffen konnte, sie würden auf den Gang des Krieges einen Einfluß ausüben, haben ihre Gefahr für die Franzosen stark verloren.

Neuerscheinungen

Kriegsziele.

(Fortsetzung.)

G. v. Gizycki leitet mit dem „unter Mitarbeit hervorragender Zeitgenossen" zustandegekommenen ersten Buch der Bibliothek des Westöstlichen Kulturbundes „Buch des Friedens" (Wilhelm Borngräber, Berlin) aus der Gruppe der Machtpolitiker in die Gruppe der Verständnispolitik hinüber, und führt nach Schilderungen von Friedensverhandlungen und Friedensschlüssen vergangener Zeiten und nach der Behandlung allgemeiner Fragen des Friedens sogar in die Bewegung für den Weltfrieden, freilich in einer Auswahl, die weder Entwicklungslinien, noch die wesentlichen Gesinnungen klar hervortreten läßt. Zur Offensive gegen den „Tirpitzer Frieden" geht nun auch Bernhard Dernburg über: „Der Tirpitzfriede ist der Friede, der den gegenwärtigen Zustand in der Form eines Waffenstillstandes verewigt, der das Volk in einen hoffnungslosen Militarismus versklavt, der die Autokratie zur Lebensnotwendigkeit Deutschlands macht, was vielleicht gerade den betreffenden Kreisen sehr schön gefällt, und der für Bildung und Kunst, Wissenschaft, Lebensfreude und Behaglichkeit nichts übrig läßt. Er ist ein im höchsten Grade unsittlicher Zustand, und weil wir ein sittliches Volk sind, können wir ihn nicht wollen" („Unser Friede". Reiß & Köhlers Verlag, Frankfurt a. M. 1918). Einen bemerkenswerten Schritt zu der Verwirklichung eines Verständigungsfriedens tut Christian Meurer mit der Schrift „Das Programm der Meeresfreiheit" (J. C. B. Mohr, Tübingen 1918), das er im Rahmen einer freiheitlichen Völkerrechtspolitik zu lösen versucht, indem er eine Meeresfreiheit auf der Grundlage der Entwicklungsfreiheit der Menschheit und der Staaten fordert. Er bezeichnet in diesem Sinne die Meeresfreiheit als die „Schicksalsfrage des Völkerrechts": „Es werden freilich, und zwar nicht nur in England, noch starke Widerstände zu überwinden sein. Aber der Weltkrieg ist ein Lehrmeister von ganz besonderer Art. Der furchtbare Handelskrieg führt eine beredte Sprache. Eltzbachers Ideal, welches darauf hinausläuft, daß die englische Barbarei als „lebendes Völkerrecht" zu verewigen sei, ist selbst ein „literarischer Kriegsgreuel". Die gewaltigen Geschehnisse des Weltkrieges haben das Völkerrecht an einen Wendepunkt gestellt. Nur ein gewaltiger Ruck nach oben kann es vor dem Sturz in die Versenkung bewahren".

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 18. Oktober 1918 * Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Im preußischen Herrenhaus ist durch die Stimmenthaltung der konservativen Ultras ein Kompromiß für das unverfälschte gleiche Wahlrecht zustande gekommen, dem nun auch, durch die Schwenkung des Lohmann-Flügels der Nationalliberalen, im Abgeordnetenhause eine Mehrheit gesichert ist. In dramatischer Steigerung hat sich das Schicksal der Regierungsvorlage entwickelt; die Kleinlichkeiten, die man ihm aufgeklebt hatte, sind im Sturm dieser Tage alle abgeblättert. Welch ein Verdikt gegen jene Politiker, die mit Angst und Verschleppung eine Situation geschaffen haben, die sie heute das anzubeten zwingt, was sie gestern verworfen haben. Der berufsständische Charakter des Herrenhauses, nach dem Plan des Ministers Drews, bleibt erhalten, aber mit einer Schwächung seines agrarischen Flügels, mit einem nicht unwesentlichen Zusatz von Arbeiter- und Angestelltenvertretern. Die kritische Beurteilung des Systems der Berufsvertretungen wird durch solche Verschiebung nicht ausgeschaltet, aber gegenüber der Tatsache, daß die preußischen Verfassungsfragen in ihrer Gesamtheit positiv gelöst werden, tritt sie in den Hintergrund. Das Etatrecht der Ersten Kammer wird nicht erweitert, die „Sicherungen" sind bis auf die konfessionellen Wünsche des Zentrums abgebaut. Was Herr v. Heydebrand zu dieser Katastrophe seiner Verhinderungstaktik sagen wird, wissen wir nicht. Mag er über force majeure klagen — als politischer Führer, der rechtzeitig die Bahnen des Kommenden erspürt, hat er ausgespielt. Der Zusammenbruch seiner Politik hat um so weniger einen tragischen Charakter, da sie mehr auf parlamentarischen Geschicklichkeiten, denn auf Größe der politischen Gesinnung aufgebaut war.

*

Herr v. Berg, der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, ist zurückgetreten. Das war sehr notwendig. Denn wenn jemand den Gang der politischen Ver-

Digitized by Google

hältnisse nicht genügend verstanden hat, dann war er es, der den Monarchen in einer Zeit des vertrauensvollen Zusammenschlusses aller nationalen Kräfte zu isolieren suchte. Viel von falscher Regie in diesem letzten Jahre kommt auf das Konto seiner Methoden und Gesinnungen. Wer sein Nachfolger wird, muß dem Kaiser dienen wollen, nicht, indem er eine Wand des Mißtrauens bilden will, sondern durch innere Überzeugung, daß der Gang der Entwicklung Monarchie und Dynastie im Volksbewußtsein neu festigen soll.

*

Der Zusammenschluß der deutsch-österreichischen Gruppen, gedacht als Schutzmaßnahme, wenn den slawischen Nationalitäten die Sprengung der Monarchie gelingen sollte, ist nicht mehr bloß eine innerpolitische Bereitschaftsstellung. Es wäre falsch, das heute noch zu übersehen, daß die Nationalitäten ihr Bündel gepackt haben, um aus dem Verband der Monarchie auszuziehen, ins Ungewisse freilich, von der Dämonie einer nationalen Idee beherrscht, aber doch so, daß die von den Deutschen Österreichs bisher getragene Idee des Gesamtstaates ausgehöhlt erscheint. Man wagt nicht, über zwei Tage hinaus den Ablauf des Prozesses zu deuten. Aber man muß sich innerlich darauf einstellen, am Ende dieser Revolution des staatlichen Mitteleuropas die Neuerwachung des großdeutschen Gedankenkreises zu sehen, der nach dem Jahr 66 zerknittert war.

*

Auch in der Türkei hat sich der Kabinettswechsel vollzogen, der die Liquidation des Krieges einleiten soll. Talaat und Enver sind zurückgetreten; das Ministerium, das sie ablösen soll, ist in seinem Profil noch nicht ganz festgestellt. Tewfik, der ihm den Namen gibt, war früher in Berlin und in London Botschafter gewesen und ist berufen, in der schwierigen Lage, in die das ottomanische Reich durch die bulgarische Katastrophe und den Zusammenbruch der Palästinafront gekommen ist, den Ausgleich zu finden. Die deutsch-türkische Politik wird, da sie sachlich fundiert ist, diese Krisen überdauern.

*

Der finnländische Landtag hat trotz der starken Opposition und veränderten Gesamtlage in Europa die Königswahl auf Grundlage der alten schwedischen Verfassung, die formell niemals aufgehoben war, vorgenommen. Prinz Friedrich Karl von Hessen, auf den die Wahl gefallen ist, wird keine leichte Aufgabe haben, gegen Sozialdemokratie und Agrarpartei (Kleinbauern) den neuen Staat zusammen mit der finnländischen Volksvertretung zu zimmern. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß in Finnland nicht nur im Volke selbst eine vollständige staatliche Tradition besteht, sondern auch bisher schon eine gut eingearbeitete Administration vorhanden ist, die den Übergang zum selbständigen Staat erleichtern wird.

Digitized by Google

Der Weg zum Frieden

Von Dr. Theodor Heuß.

11. Oktober.

Vom Balkan kam der Krieg, der nach unendlichen Wanderungen über den Kontinent, über Asien und Afrika auf dem französischen Boden seine furchtbarste Steigerung erfuhr. An der Westfront wird auch in diesen Wochen noch die europäische Schicksalsfrage mit brüllenden Geschützen und im Getöse der Tanks diskutiert. Aber vom Balkan her ist die Liquidation des Krieges eingeleitet. Auch wenn man Bulgariens Zusammenbruch militärisch glaubt ertragen zu können, so kann kein Versuch opportunistischer Schönfärberei die Tatsache verwischen, daß die politischen Probleme der österreichisch-ungarischen Monarchie in einer Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit neu aufgerollt wurden, wie zu keinem früheren Zeitpunkt. Die südslawische Frage, an der die magyarische Bewegung sich bislang gebrochen hat, wird zur Lawine, die den Bau der Länder der Stephanskrone erschüttert. Ungarn erbebt in seinen Grundfesten, und damit springen die Bindungen, die Österreichs Nationalitäten in Verwaltungseinheit und dynastischer Gemeinschaft noch umschlossen hatten, auseinander. Kaum wird noch das Wiener Parlament als Instanz einer gemeinsamen Aussprache anerkannt. Die Nationalitätenfrage, durch Jahrzehnte den Staat zerfressend, aber bislang fast nur theoretisch betrachtet, überflutet alle Grenzen alten staatlichen Seins, und niemand weiß, ob es in diesem verspäteten Augenblick noch gelingen mag, nach einem gemeinsamen Willen und Grundriß ein einheitliches Dammsystem aufzurichten, das eine Staatsgemeinschaft darstellt.

Das ist der politische Hintergrund der Situation, in der die neue deutsche Regierung den verantwortungsvollen Schritt unternommen hat, dem Präsidenten Wilson die Einleitung von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Man wird heute wünschen, dieser Vorgang wäre in einem früheren Stadium der Kriegslage eingetreten, als nicht die feindlichen Waffenerfolge den Siegesglauben der Ententevölker entfesselt hatten. Die militärische und politische Kraft des Deutschen Reiches ist auch heute ungebrochen, und jene furchtbaren Anstrengungen im Westen, die deutschen Armeen auseinanderzureißen, führen nicht zum Ziel. Die Truppen, die in diesen Wochen den wildesten Anstürmen Widerstand leisten konnten, werden die Hoffnung des Gegners, die mörderische Vernichtung nach Deutschland tragen zu können, zuschanden machen. In diesem Vertrauen soll unsere Seele unerschüttert bleiben und sich nicht von Nervosität und Kopflosigkeit anstecken lassen. Aber die Gegner wissen die Fernwirkung ihrer örtlichen Einbrüche, wissen, wie der Widerhall der Namen von geräumten Städten im Osten und Südosten ein Echo weckt. Auch wir wissen es und müssen uns darauf einrichten.

Digitized by Google

Die neue Volksregierung hat eine Aufgabe von unerhörter Schwere der Verantwortung übernommen, denn sie will und soll den Krieg liquidieren in einer Lage, die sie selber nicht geschaffen hat. Die Marschrichtung war ihr durch den Zwang der Dinge geboten; dabei muß sie sich die Freiheit der Handlung zu wahren wissen. Sie muß, in einer Welt der Verhetzung und der Lüge, nach außen wie nach innen, Vertrauen zu werben suchen: die Welt soll glauben, daß der deutsche Verteidigungskrieg übergeführt werden muß in einen Zustand, der allen Staaten und Nationalitäten ihre historischen und natürlichen Lebensnotwendigkeiten sichert; das deutsche Volk muß wissen, daß seine Leitung nichts von den politisch-geschichtlichen Werten, die seine Vergangenheit geschaffen hat, preisgeben wird und alles daransetzen muß, in Ausgleich und Verständigung die ungekränkte Lebensfähigkeit der Nation der Zukunft zu überantworten.

Das Dunkel, in das der diplomatische Schritt sich wagt, ist nicht so sehr der gute Wille des Präsidenten Wilson, als seine Stärke. Er knüpft im letzten Ende nicht eigentlich an die verschiedenen Kriegszielformulierungen vom Januar und September 1918 an, vielmehr an die politische Rolle der Weltfriedensvermittlung, in der der Präsident sich um die Wende 1916 fühlte. Damals proklamierte er die Verständigung, den Frieden ohne Sieger — seine Haltung wurde bei uns (und die vorangegangene Praxis seiner wechselnden Entschlossenheit mußte dazu reizen) als eine Hilfsaktion für England angesehen. In der Zwischenzeit ist er auf die Seite der Kriegsparteien getreten — es ist im Augenblick müßig, zu streiten, ob wir ihn durch die Erklärung des verschärften Tauchboot-Krieges, oder vielmehr durch dessen noch nicht ganz offensichtliche diplomatische Vorgeschichte in eine unmögliche Situation hineinmanövriert hatten, ob er automatisch, eingerechnet auch den russischen Umsturz, gekommen wäre. Die Frage ist, ob er innerlich und äußerlich zu der relativen Unabhängigkeit zurückkehren kann, die er damals besessen. Wenn die Franzosen seinen Kundgebungen je und je Beifall spendeten, so war das nicht immer sachliche Übereinstimmung, sondern politische Zuspitzung. Wilson ist ja nun natürlich, nachdem Frankreich sein Schicksal auf ihn stützt, mächtiger geworden gegenüber dem Clemenceau, der seinerzeit die Falschmeldung seiner Wahlniederlage voreilig bejubelt hatte — aber ist er der eigenen Nation gegenüber noch so frei? Wir wissen ja wenig über den tatsächlichen Zustand der amerikanischen Gesinnung — Wilson selber mußte neulich ein herbes Wort gegen ihre Verrohung aussprechen. Wird der Nationalismus der Weltbereinigung, der seinen Kopf beherrscht, noch ehe er an die Auseinanderfaltung des historischen Ballastes herankommt, der auf den Grenzen und Volkstemperamenten Europas liegt, wird er den Strömungen des amerikanischen Geistes gegenüber sich selber durchsetzen können?

Das ist das kühne und fast heroische Wagnis, was in dem deutschen Friedensschritt sich ausspricht. Wilson hat in einer Form geantwortet, die den Weiter-

Digitized by Google

gang der Aussprache über die Vorbedingungen ermöglicht und erwartet: er stellt einige Fragen, die Gewißheit über den Umfang der deutschen Bereitwilligkeit erhalten wollen. Sollten es nur Scheinfragen sein, mit deren Beantwortung ein diplomatisches Manöver eingeleitet werden könnte, dann müßte die ganze Aktion sehr rasch zerplatzen. Ist es dem Präsidenten Ernst, dann wird sich aus dem Austausch der Auffassungen die Plattform finden lassen, auf der ein die Ehre aller Beteiligten wahrender Ausgleich erreicht wird. In dem Augenblick, da diese Zeilen zur Druckerei gehen, sind Inhalt und Formulierung der deutschen Antwort an Wilson noch nicht bekannt, nur so viel sicher, daß das Friedensfanal, das mit der Rede des Prinzen Max vor der ganzen Welt entzündet wurde, nicht ausgelöscht werden soll. In Rom und Paris, wo man fürchten muß, daß Wilsons Programm den größten Teil der angespannten Erwartungen enttäuscht, ist man aufs eifrigste bemüht, den Vorgang als deutsches Manöver zu entwerten, oder ihn so auszudeuten, daß seine weitere Verfolgung der deutschen Ehre unannehmbar werden müßte. Clemenceau hat Angst vor einem Waffenstillstand, denn er rechnet, daß in ihm die fabelhaft angepeitschte nationalistische Richtung der französischen Volksseele ermatten könnte und der französische Soldat russischen Gewohnheiten anheimfallen. Er wird gegen Wilson sich aufs wütendste stemmen, und er wird die Figur Fochs auszuspielen suchen — aber wenn die deutsche Front in den nächsten Wochen noch standgehalten haben wird, muß Frankreich für diesen Sommer seine furchtbare Blutbilanz machen.

Die Feinde wissen nicht recht, was sie mit dem Umschwung in Deutschland anfangen sollen. Nur die tiefer sehen, begreifen, daß hier eine Entwicklung sich abschließt, die längst sich anbahnte, aber erst in der Spannung ernster Kriegsmonate zum Durchbruch kam. Die Liquidation des Weltkrieges ist der neuen Regierung als Aufgabe gestellt worden, nicht weil die Mehrheit des deutschen Volkes zu anderen Kriegszielen als die bisherigen sich bekennen wollte, sondern weil die früheren Kanzler und Staatssekretäre, in weniger sicherem Boden ihre Kraft findend, die klare begrenzte Zielstrebigkeit vermissen ließen. Aber dieses Friedenskabinett wird, wenn der Feind es will, auch ein Kriegskabinett der zähesten Entschlossenheit sein können. Nicht nur als pädagogische Formel für unsichere Stimmungsmenschen, sondern um dem Land den Begriff von dem inneren Ernst der deutschen Friedenspolitik zu geben, hat der „Vorwärts" geschrieben: „Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu frühe an die Wand stellt!" Noch nie war eine Regierung so sehr von der Mitverantwortung der breiten Volksmassen getragen; sie wird auch den Weg zu diesen finden müssen, wenn auf dem Pfad zum Frieden Gestein und Geröll das Weiterschreiten hindern. Dann wird die Volksregierung neu die Kräfte der Nation zu sammeln und zu fesseln wissen.

Prinz Max von Baden hat die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse als

Digitized by Google

den Übergang zu dauernden Institutionen bezeichnet. In der Tat, solche außerordentlichen Kräfteverschiebungen können schwer mehr rückgängig gemacht werden, wenn sie einmal ins Bewußtsein des Volkes getreten sind und wenn, wenn sie in einem geschichtlich großen Augenblick nach innen und außen sich bewährt haben. Bei der Größe der Aufgabe schrecken jetzt, von einigen publizistischen Landsknechten abgesehen, auch die feindseligsten Kritiker eines demokratischen Parlamentarismus vor allzu eifriger Fehde zurück; selbst Tirpitz ist geneigt, sich sozusagen hinter Scheidemann und Erzberger zu stellen und die konservative Partei verzichtet für den Augenblick auf die Verteidigung ihrer alten staatsrechtlichen Bastionen. Für den Augenblick — daß völlig kampflos das alte Preußen seine Stellungen dauernd aufgebe, ist nicht zu glauben. Es ist ein strategischer Rückzug.

Die Demokratie ist in der Stunde der Not zur Rettung des Vaterlandes zu Hilfe gerufen worden. Für manche preußische Gesinnung ist das eine herbe Überlegung, daß im engeren Kriegskabinett Preußen nur durch — Scheidemann vertreten ist und daß dies volle Schwergewicht der politischen Führung des Reiches an Männern aus dem deutschen Südwesten gegangen ist; dazu der preußische Kriegsminister ein Altelsässer! Aber die Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, die den Staat des zweiten Friedrich umbildeten und die Grundlagen seiner Neuschöpfung legten, waren auch „fremdbürtig" in dem Land ihrer Wahl, und die Männer, die um die Mitte des Jahrhunderts den Glauben an Preußens deutschen Beruf gegenüber der partikularen Enge des Altpreußentums wahrten, Pfizer, Rümelin, Gagern, Dahlmann, Treitschke, kamen von außen an diesen Staat heran. Vielleicht will es das Schicksal gut, daß in dem Augenblick, da im Habsburgerreich die Dämmerung der alten Jahrhunderte sich ankündet, die Reichsleitung bei Männern liegt, deren Tradition in der großdeutschen Gesinnung ihrer Jugend eingesenkt ist.

Es handelt sich darum, die Verschiebungen dieser letzten Wochen auf einen dauerhaften Ausdruck zu führen. Paragraphen sind gewiß nicht die Wegbahner der Geschichte, aber sie können zu ihren Riegeln werden. Wir müssen uns darüber klar sein, wenn wir wünschen, daß das, was jetzt eingetreten ist, nicht nur Episode bleibe, nicht nur eine Maske sei, die das alte Deutschland sich vorgebunden hat. Wir wissen: das, was „Parlamentarismus" genannt wird, ist nirgends eine verfassungsmäßige Anweisung, sondern fließt aus Machtverhältnis und Überlieferung. Aber in Deutschland ist das anders, weil wir durch Jahrzehnte ein Parlament der Kritik und Bewilligung besaßen, aber kein Parteiensystem, das auf Verantwortung und Leistung aufgebaut war. Erst während des Krieges haben sich neue Linien herausgebildet und die Sorge müßte sein, daß sie sich nicht zu rasch wieder verwischen.

Nun arbeitet der deutsche Gesetzgebungsapparat gerade in diesen Fragen unendlich mühsam. Mit einem zaghaften Kompromiß hilft man sich, da der Wider-

Digitized by Google

stand der Bundesregierungen der diminutio capitis ihrer Souveränität nicht entraten will, über den Artikel 9 der Verfassung hinweg: die neuen Staatssekretäre „ohne Portefeuille" kommen einfach nicht in den Bundesrat. Sie sind Ableger des Kanzlers — das geht heute zufällig, da kein Parlamentarier dieses parlamentarische Kabinett führt, aber der Zustand, daß so eine Art von Reichsminister entstehen, die dann ohne automatisch wirkenden Einfluß auf den ersten Hebel der Gesetzgebung, den Bundesrat, sind, dieses Provisorium ist mit sterblichen Linien gezeichnet. Offen steht noch im Augenblick die andere Frage, ob das Parlament die Artikel 11 und 15 der Reichsverfassung zur Durchsicht vornimmt. In dem Sinne, daß verfassungsmäßig festgelegt werde, daß der Reichstag an der Entscheidung über Krieg und Frieden teilhabe, und daß der Kaiser den Kanzler „mit Zustimmung des Reichstages" ernenne.

Die Verbreitung der Verantwortung über eine Kriegserklärung ist noch nie Schutz vor dem Krieg gewesen — die Ideologie, die in der Demokratie den Garant des Friedens sieht, ist eine kecke Phantasie, die eigentlich nach den Erfahrungen mit Rumänien und Italien, ja auch nach der Behandlung, die sich das englische Parlament gefallen lassen mußte, die Flügel gebrochen haben sollte. Und doch muß sie geschehen, um das Parlament in der übernommenen Verantwortung für auswärtige Fragen zu stärken und Deutschland von den letzten Attrappen, als sei es eine Autokratie, zu befreien.

Wichtiger ist das andere. Die Kundgebung des Kaisers hat den Weg geöffnet, auch hier einen bedeutenden Schritt voranzutun. Jahrzehntelang hat Deutschland unter dem Mangel an geordneten Mehrheitsverhältnissen gelitten — sie werden dann eintreten, wenn die Parteien nicht nur Claque für den Ministertisch sind, sondern dort selber für ihre Politik einstehen müssen. Das Parteienwesen wird des deklamatorischen, von dem es heute noch überwuchert ist, entkleidet sein und zu einer Gesundung kommen, die Monarchie aber wird aus den Erschütterungen der politischen Kämpfe herausgenommen sein, ohne, sofern sie produktive Kräfte entbindet, in ihrer repräsentativen und sachlichen Bedeutung gekränkt zu sein.

Was hat dies mit dem Weg zum Frieden zu tun? Nichts und viel. Es ist eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes, deren Entwicklungslinie sich längst ankündigte — nur das Tempo ist von der Rückwirkung der äußeren Lage bestimmt. Auf den Beifall oder Hohn der Feinde brauchen wir dabei nicht zu hören — ihre Einmischung hat durch vier Jahre dem, der hier politische Notwendigkeiten sah, die Arbeit erschwert. Wichtig aber ist, daß auf solch neuer Unterlage, die der feindlichen Verdrehung mehr entzogen ist, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, zum Guten und zum Schlimmen, herbeigerufen wird, sein Schicksal zu bestimmen. Das löst die Kräfte, die noch in ihm ruhen, sei es zum Widerstand bis zum äußersten, sei es zur gläubigen Arbeit an seiner selbstgewissen Zukunft, die nach so schweren Jahren heldenhafter Leistungen keiner heroischen Bestätigungen bedarf.

Digitized by Google

Frankreich und das elsässische Wirtschaftsleben

Von Dr. Karl Stenzel (Straßburg i. Els.).

Nicht von den vielbesprochenen Kali- und Eisenlagern in unseren Reichslanden und ihrer ungeheuren Wichtigkeit soll hier die Rede sein, sondern vom elsässischen Wirtschaftsleben als Ganzem, von den Grundbedingungen und Voraussetzungen, an die sein Gedeihen und seine Entwicklung geknüpft sind. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine Frage, die nur für den Fachmann, den Bewohner und den Angrenzer der Reichslande von Interesse wäre! Im Gegenteil! Die hier zu Grunde liegenden Probleme gehen den Deutschen ohne Unterschied an, ob er in Karlsruhe oder in Danzig, in Straßburg oder in Königsberg, in Stuttgart oder in Berlin, in München oder in Kiel, in Frankfurt oder in Düsseldorf oder in Breslau lebt. Sind doch diese reichsländischen Probleme aufs innigste mit all den Fragen verwurzelt, von denen die Existenz unseres Reiches und Leben und Sterben unserer Nation abhängt!

In den aus französischen Federn stammenden Schilderungen der elsässischen Geschichte im 19. Jahrhundert kehrt stets die Behauptung wieder, daß das Elsaß sich in jeder, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, wohlbefunden habe seit seiner völligen Verschmelzung mit dem übrigen Frankreich, die widerstandslos und ohne Hemmungen während der napoleonischen Ära zur Tatsache geworden sei; das sei auch im Verhalten der Elsässer zum Ausdruck gekommen, die sich oft genug in politischen Fragen französischer als die Franzosen gezeigt hätten. Auf deutscher Seite hat man diese These nicht selten blindlings übernommen, bestochen durch die geschickte Aufmachung, in der uns die öffentliche Meinung im Elsaß und die Tätigkeit der französischen Verwaltung in der Zeit vor 1870 aus den gleichzeitigen, an die breitere Öffentlichkeit gelangten Kundgebungen, Veröffentlichungen und Berichten entgegentreten. Man ließ dabei aber ganz außer acht, daß der französische Regierungsapparat sich von jeher in einer raffinierten Stimmungsmache hervorgetan hat. Verfügte doch die Präfekturverwaltung über einen fast unbegrenzten Einfluß und weitreichende Machtmittel, mit deren Hilfe sie sich meisterhaft auf die Zurechtbiegung und Zurechtstutzung aller Kundgebungen der öffentlichen Meinung, des „esprit public" verstand, auf die nach außen unauffällige Provozierung der gewünschten Bekundungen der Zufriedenheit und des Wohlergehens, die den verschiedensten Bevölkerungsgruppen bei jeder erdenklichen Gelegenheit abgelockt und abgepreßt wurden, und nicht minder auf eine gefällige und blendende Überarbeitung und Gestaltung des für die Öffentlichkeit bestimmten amtlichen Urkunden- und Aktenmaterials, der zahllosen Erlasse, Proklamationen und Aufrufe! Auf diese Weise gelang es ihr, die ganzen Verhältnisse im Elsaß während der französischen Herrschaft in einem glänzenden, für

Digitized by Google

Frankreich restlos günstigen Bild erscheinen zu lassen, das auf den nur oberflächlichen Beschauer einen bestechenden Eindruck machen mußte.

Gräbt man aber unbeirrt etwas tiefer unter diese zurechtgemachte schimmernde Oberfläche, so legt man allenthalben Auswirkungen von Triebkräften und Strömungen frei, die sich kaum mit der glänzenden Außenseite in Einklang bringen lassen, die nur durch die raffinierte Stimmungsmache der französischen Verwaltung verschüttet und niedergehalten, sich bisher der Beachtung entzogen. Die neuesten Darstellungen des Sprachenkampfes im Elsaß vor 1870 haben das gezeigt. Ähnlich steht es aber auch in anderen Fragen.

Betrachten wir nur die wirtschaftlichen Verhältnisse! Gewiß brachten es einzelne Industriezweige, wie die Baumwoll-, Tuch- und Webeindustrie zu außergewöhnlich hoher Blüte, wenn auch nicht unentwegt und ohne jahrelange schwere Krisen! Aber die Wirtschaftsentwicklung des Landes im ganzen litt trotz aller einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehrenden Gegenmaßnahmen der französischen Verwaltung ständig unter der ungünstigen Einwirkung der in ihrer Bedeutung oft genug übersehenen Tatsache, daß das Elsaß durch seine Angliederung an Frankreich eben von dem ihm durch die Natur zugewiesenen Wirtschaftskörper gewaltsam abgetrennt und an einen anderen angeflickt worden war, mit dem es schon infolge der geographischen Bedingungen — vor allem wegen des mächtigen Hindernisses des Vogesenmassivs kaum restlos verschmelzen konnte.

Die französische Regierung hatte das auch klar erfaßt, als sie im 17. Jahrhundert im Elsaß Fuß faßte. Sie begnügte sich daher zunächst mit der militärischen Besetzung des Landes und der Einrichtung des für Verwaltung und Gericht nötigen Beamtenapparats. Im übrigen beließ sie das Elsaß im engeren Zusammenhang mit seinem natürlichen Wirtschaftskörper. Deshalb wurde die neue Provinz nicht in die französischen Zollinien einbezogen; sie genoß die Privilegien der „tatsächlich als Ausland verwalteten Provinzen" Frankreichs. Aber die Nachteile der Fremdherrschaft blieben nicht aus, vor allem nicht für Straßburg; die deutschen Städte, die an den Rhein stießen, machten dem Handel und der Rheinschiffahrt der Straßburger, die jetzt einem feindlichen Staatswesen dienstbar waren, ohne Rücksicht auf die alten Privilegien der Stadt die schärfste Konkurrenz. Namentlich das am rechten Rheinufer Straßburg gegenüber gelegene badische Kehl trat in gefährlichem Wettbewerb mit der Straßburger Schiffahrt; selbst Straßburger Geschäftshäuser sahen sich veranlaßt, Niederlagen in dem aufblühenden Nachbarorte zu errichten. Ebenso ging den Straßburgern im 18. Jahrhundert einer ihrer Haupterwerbszweige verloren: der Handel mit dem Holz, das von den waldreichen Höhen des Schwarzwalds auf der Kinzig und anderen Zuflüssen des Rheins herabgeführt wurde. Auch für das übrige Elsaß lassen sich mehrfach ähnliche Feststellungen machen. Den

Digitized by Google

trotzdem noch immer regen Verkehr mit den deutschen Landen betrachteten die französischen Verwaltungsbeamten im Grunde doch mit unverhohlenem Mißtrauen; sie erschwerten ihn durch Schikanen jeder Art, während sie zugleich die Beziehungen zum innern Frankreich inniger zu gestalten suchten, freilich zunächst nur mit bescheidenem Erfolg. Im Rheinlauf sah die französische Verwaltung doch immer zuerst die Grenzlinie und nur nebenbei die Handelsstraße. Das machte sich in ihrer Strom- und Deichbaupolitik in einer für die Rheinschiffahrt geradezu verhängnisvollen Weise geltend. Die Fahrgeschwindigkeit der Schiffe verringerte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts wegen der ständig zunehmenden Fahrschwierigkeiten und -Hindernisse auf dem Rheine in erschreckendem Umfang. Trotzdem blieb das Elsaß immer noch ein Stück des deutschen Wirtschaftskörpers, obwohl es politisch zu Frankreich gehörte.

Eine der wichtigsten Reformforderungen der französischen Revolution war die Beseitigung der Binnenzölle und die Verlegung der Zollinien auf die äußeren Grenzen des Königreichs. Als die revolutionäre Gesetzgebung zur Verwirklichung dieses Ideals auch an die bisher festgehaltene Sonderstellung des Elsaß tastete und seine Vereinigung mit dem innerfranzösischen Zollgebiet einleitete, leisteten die Elsässer — allerdings vergeblich — entschiedenen Widerstand, da sie sich über die einschneidenden wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme klar waren. In der napoleonischen Zeit machten sich diese zunächst nicht so sehr geltend, da das ganze linke Rheinufer und ein Teil des rechten zu Frankreich geschlagen waren und das übrige Deutschland aus Klientelstaaten von Napoleons Gnaden bestand. Infolgedessen blieb das Elsaß in enger Verbindung mit seinem natürlichen Wirtschaftssystem; ja, während der Kontinentalsperre waren die Beziehungen Straßburgs zu Deutschland, selbst zum fernen Osten und Norden so innig und rege wie seit Jahrhunderten nicht mehr; diese Tatsache spiegelte sich natürlich im ganzen elsässischen Wirtschaftsleben wieder. Aber die gewaltige wirtschaftliche Blüte, die dieser kurze Zeitraum dem Elsaß brachte, war nur das Ergebnis einer durch ganz außergewöhnliche Bedingungen geschaffene Augenblickskonjunktur. Ein um so jäherer Sturz folgte, als der Pariser Frieden die endgültige und vollständige Lostrennung des Elsaß vom übrigen Rheingebiet entschied. Die Krise wurde 1816 und dann 1822 durch den Übergang der französischen Wirtschafts- und Handelspolitik zum ausgesprochensten Prohibitivsystem noch verschlimmert, da die deutschen Nachbarstaaten mit nicht minder scharfen Gegenmaßnahmen darauf antworteten. Immerhin: solange die deutschen Staaten noch untereinander durch Zollgrenzen abgesperrt waren, geriet das Elsaß im wirtschaftlichen Verkehr mit ihnen noch nicht so sehr ins Hintertreffen. Bald machte sich aber die gewaltige Anziehungskraft des neuen deutschen Wirtschaftsblockes geltend, der seit dem grundlegenden preußischen Zoll-

Digitized by Google

gesetz von 1818 und der damit herbeigeführten Verschmelzung Preußens zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper sich aus dem deutschen Chaos herauszukristallisieren begann. Die Tatsache, daß das Elsaß von seinem natürlichen Wirtschaftssystem durch politische Schranken abgeschnitten war, wurde jetzt mit vollem Gewicht fühlbar, besonders seit Mitte der 30er Jahre, als das ganze deutsche Rheingebiet seinen Anschluß an den deutschen Zollverein gefunden hatte. Hinzu trat das allmähliche Absterben der Schiffahrt auf dem Oberrhein dank der schon oben gekennzeichneten Strombaupolitik der französischen Regierung! Namentlich Straßburg, in das zur Zeit der Kontinentalsperre Ströme Goldes geflossen waren, wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen; ein großes Handelshaus um das andere verschwand. Handel und viele Gewerbe gingen unaufhaltsam zurück. Im Juli 1819 schilderte der ehemalige Straßburger Maire Herrmann die Verhältnisse treffend mit folgendem Bildchen: „Ich, der in der Nähe des (Straßburger) Kaufhauses wohne, sehe in diesem Augenblick und seit zwei Tagen die benachbarten Staden in diesem Gebäude, an denen die Waren ankommen oder vielmehr ankommen sollten, mit Gras bedeckt, um es zu Heu trocknen zu lassen. Weder ein Wagen noch ein Karren bringt diesen grünen Teppich in Unordnung. Seit sehr langer Zeit ist nämlich unser Kaufhaus beinahe verödet."

Mit Straßburg litt aber das ganze Unterelsaß, Städte wie Hagenau und Schlettstadt. Namentlich der Rebbau und der Weinhandel und viele Zweige der Landwirtschaft wurden von der neuen Handelspolitik schwer betroffen: ihrer natürlichen Absatzgebiete in Deutschland beraubt, konnten sie im Innern gegen die französische Konkurrenz nicht aufkommen. Im Oberelsaß, dem Hauptsitz der protegierten Industriezweige, sah auf den ersten Anschein das Bild etwas anders aus. Die Franzosen haben nie verfehlt, deren äußeres Gedeihen als Beispiel für die wirtschaftliche Entfaltung des Landes in französischer Zeit ans Licht zu stellen. Sie übersehen dabei geflissentlich, daß die Produktionssteigerung eines einzelnen Gewerbezweiges nur dann für die Gesamtheit von Wert und Interesse sein und als Norm für die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse betrachtet werden kann, wenn damit eine allgemeine Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsleben des Landes verbunden ist. Dem war aber nicht so. Die französische Zollpolitik brachte für den Handel, die Landwirtschaft (Weinbau) und viele Gewerbezweige im Unter- wie im Oberelsaß bedenkliche Nachteile mit sich, obschon im äußersten Süden der Wegfall des Sperriegels der Vogesen und die breite Öffnung der burgundischen Pforte eine ziemlich gute Verbindung mit Frankreich gewährte.

Die französische Verwaltung suchte diesen Übelständen nach Kräften abzuhelfen. Dabei mußten alle ihre Bemühungen um Erleichterung des Verkehrs

Digitized by Google

mit den Rheinlanden naturgemäß immer Stück- und Flickwerk bleiben. Die Unterstützung, die sie den namentlich in den Jahren 1820—1850 immer wieder erneuten Versuchen um Wiederbelebung der Oberrheinschiffahrt zuteil werden ließ, fruchtete nur wenig; sie waren alle trotz des Abschlusses der Rheinschiffahrtsakte und der Erklärung Straßburgs zum Freihafen (1831) zum Scheitern verurteilt, da sie an den grundlegenden Tatsachen nichts ändern konnten und die französische Regierung an ihrer alten Strombaupolitik festhielt. Das große Unternehmen der Rheinkorrektion, das angeblich einer Verkürzung des Fahrweges dienen sollte, war in dieser Hinsicht besonders verhängnisvoll. Das neugeschaffene Strombett bot wohl eine gute Grenze und die Möglichkeit zu genauer Festlegung des „Talweges" aber der Schiffahrt auf dem Oberrhein versetzte es den Todesstoß, da es für sie unbrauchbar war.

Um so eifriger bemühte sich die französische Regierung, eine wirtschaftliche Verschmelzung des Elsaß mit dem inneren Frankreich herbeizuführen, was ja auch in politischer Hinsicht für Frankreich erwünscht sein mußte. Ein willkommenes Auskunftsmittel sah man im Bau von Kanälen, die das Elsaß insbesondere Straßburg an das französische Wasserstraßennetz anschließen und mit den Häfen im Mittelmeer und am Atlantischen Ozean verbinden sollten. Aber diese künstlichen Wasserstraßen konnten nie das natürliche, das Land aufschließende Flußsystem ersetzen: ihre Benützung war sehr umständlich und mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die Klagen der Schiffahrtsinteressenten brachen deshalb nie ab.

Eine weitere Gelegenheit zur Neubelebung des alten Handelsverkehrs sowie zu einer innigen Verknüpfung der beiden elsässischen Departements mit dem inneren Frankreich durch Schaffung neuer, die Naturwiderstände überwindender Verkehrswege schien sich im Eisenbahnbau zu bieten. Die französische Regierung förderte ihn aufs eifrigste; anerkennenswerte Ergebnisse blieben auch nicht aus. Aber die Sache hatte ihre Kehrseite: sowie im Gebiet des Zollvereins der Eisenbahnbau aufgenommen wurde, machte sich auch hier eine stärkere Konzentration geltend. Mit diesen neuen Verkehrs- und Verbindungswegen kündigte sich eine noch engere Verschmelzung, eine noch stärkere Vereinheitlichung des deutschen Wirtschaftsgebietes, vor allem der dem Rheine anliegende Lande, an. Das machte sich auch im Elsaß fühlbar; besonders unangenehm bekam man hier die Tatsache zu verspüren, als Mitte der 50er Jahre Baden seine Bahn von Basel nach dem seit dem Ausfall Straßburgs obersten Rheinhafen Mannheim vollendete. Damit waren die günstigen Aussichten für die Ablenkung des Rheinverkehrs auf die elsässische Seite, die sich seit der Vollendung der Bahn Basel—Straßburg im Jahre 1844 geboten hatten, ernstlich in Frage gestellt. Jetzt bestand die Gefahr, daß sich der ganze Verkehr wieder

Digitized by Google

auf das rechte Rheinufer hinüberziehen würde, da er sich hier von der Schweizer Grenze an im gleichen Zollgebiet bewegen konnte, während auf dem linken Ufer sich der französische Zollbereich trotz der nach manchen Hemmungen erfolgten Fortführung der Bahn Basel—Straßburg bis zur Pfälzer Grenze und trotz der Begünstigung des Transitverkehrs durch die französischen Bahnen störend einschob.

So fand sich das elsässische Wirtschaftsleben eingeklemmt zwischen zwei mächtigen Wirtschaftsgebiete; auf der einen Seite Frankreich, dem man staatlich und zollpolitisch zugehörte, in dem restlos aufzugehen aber die Naturbedingungen verwehrten oder mindestens erschwerten; auf der anderen Seite der Zollverein, auf den der ganze wirtschaftliche Aufbau des Elsaß hindrängte, von dem man aber durch Zollinien und staatlich-politische Hoheitsgrenzen abgetrennt war. Das ganze elsässische Wirtschaftssystem schrie nach einem Anschluß an die übrigen Rheinlande.

Das naturgemäße wäre es gewesen, wenn diese Tendenz auch im politischen Leben in entsprechenden Bestrebungen zum Ausdruck gelangt wäre und die Kräfte des schlummernden deutschen Stammesbewußtsein im Elsässer wach gerufen hätte. Das war auch in gewissen Unterströmungen der Fall; diese durften sich aber kaum ans Tageslicht wagen und sind deshalb für uns heute nur noch schwer faßbar. In einem Brief des deutschen Geschichtsforschers Karl Ludwig Bethmann, den er am 15. November 1844 aus Schlettstadt, wo er längere Zeit verweilte, an den Historiker Pertz in Berlin richtete, findet sich eine hierfür bezeichnende Stelle; sie wirft ein charakteristisches Streiflicht auf gewisse Stimmungselemente in diesem damals fast ausschließlich auf die Erträgnisse der Landwirtschaft, des Rebbaus und des Weinhandels angewiesenen elsässischen Städtchen, ist aber auch das Stimmungsbild für die ganze Zeit nicht ohne Interesse: „. . . alles . . . spricht deutsch und es ist ein Jammer zu sehn, daß wir durch den vielgepriesenen Alexander und die Erbärmlichkeit unserer Diplomaten anno 1814 unser Eigentum nicht wieder genommen haben. Auch bin ich erstaunt zu hören, von den verschiedensten Leuten, das alle viel lieber bei Deutschland wären; so ist aber doch noch Hoffnnung, ein deutsches Rheinland von Basel bis Antwerpen entstehn zu sehn, und höchst merkwürdig ist, was hierin die Eisenbahnen tun. Der Vertrag mit Belgien (Handelsvertrag mit dem Zollverein 1. Sept. 1844) wäre ohne die Eisenbahn gewiß nicht entstanden, und die Bahn von Straßburg nach Basel fängt schon an, in anderer Hinsicht ähnliche Wirkungen zu äußern." Auch anderwärts werden sich verwandte Tendenzen vorgefunden haben. Aber zu irgendeiner Macht in politischen Leben des Elsaß konnten sie nicht gelangen; waren doch die wenig erfreulichen politischen Ver-

Digitized by Google

hältnisse im damaligen Deutschland nicht danach, daß sie auf die große Mehrzahl der Elsässer eine Anziehungskraft hätten ausüben können, die mächtig genug gewesen wäre, um die engen Bande, die viele Elsässer seit Napoleon mit den französischen Staatsgedanken verknüpften, zu lockern oder gar zu zerreißen. So blieben im Elsaß die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens und — was für uns hier nur nebenbei in Betracht kommt — auch die latenten Kräfte des völkischen Bewußtseins, ohne daß sich die Elsässer irgendwie darüber klar wurden, mit dem staatsbürgerlichen Bekenntnis, mit den politischen Tatsachen in dumpfem Widerstreit; da dieser nicht offen und ungebrochen im politischen Leben zum Austrag kam, schuf er eine Atmosphäre des Unbehagens und der Unzufriedenheit und war eine der Wurzeln des ewigen Oppositionsgeistes, mit dem die elsässische Bevölkerung den meisten französischen Regierungen gegenüberstand.

Selbst die Fabrikanten in den von der Handelspolitik begünstigten Industriezweigen empfanden die Unhaltbarkeit der Zustände; da aber in ihren Interessen eine möglichst enge Verbindung mit dem inneren Frankreich lag, beteiligten sie sich eifrig am Kanal- und Eisenbahnbau und befürworteten sie dringend den Durchstich des Vogesenmassivs, um dessen absperrenden Wirkungen zu paralysieren. Die übrigen Wirtschaftskreise, vor allem Handel und Landwirtschaft, sahen das Heil in einer Umkehr der ganzen Handelspolitik, in der Beseitigung der Prohibitivzölle und dem Abschluß von Handelsverträgen mit Deutschland. Diese Forderung vertrat mit Nachdruck in der Pariser Abgeordnetenkammer im Jahre 1828 Benjamin Constant, vor allem im Namen Straßburgs, wobei er den Franzosen zu Gemüte führte, welch wirtschaftliche Opfer gerade diese Stadt und mit ihr das ganze Elsaß durch den Verzicht auf ihre Sonderstellung gebracht hatten.

Deutschland gegenüber fanden diese Bestrebungen im Kreise der elsässischen Handelsinteressenten oft in einer Art wirtschaftlichen Brückenideals ihren Ausdruck. So in den Schriften des Straßburger Handelskammerpräsidenten Julius Sengenwald, der in einem in der Revue d'Alsace 1836 veröffentlichten Aufsatze über den Handel Straßburgs u. a. sagte: „Eines Tages wird man zweifellos begreifen, daß man in jedem Lande diejenigen Produkte herstellen muß, die dem Boden und der Art der Bewohner am besten entsprechen. Sache des Handels ist es ja, die Waren aus den Orten des Überflusses nach den Orten, wo Mangel vorhanden ist, zu schaffen und sich zum Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten zu machen. Möchten wir sehen, daß diese Grundsätze in einem Handelsvertrage mit Deutschland alsbald sanktioniert würden! Straßburg, diese deutsche Stadt in Gemäßheit ihrer Erinnerung, französische Stadt gemäß ihrer Neigung und einer langjährigen Interessengemeinschaft, würde das natürliche

Digitized by Google

Band, der bestellte Dolmetsch zweier großen Nationen sein, die würdig sind, zur Verwirklichung der hohen Ziele der Humanität unter einem gemeinsamen Banner zu marschieren." Es entspricht ganz diesen Gedankengängen, daß im Jahre 1861 die Eröffnung der festen Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Straßburg und Kehl mit gewaltigem Jubel begrüßt wurde.

In einer 1857 veröffentlichten Denkschrift über die Aufhebung der Zölle kritisierte Sengenwald aufs schärfste die französische Wirtschaftspolitik: „Bei uns kennt man die Gesetze, die den Wohlstand nach sich ziehen, noch sehr unvollkommen." Ähnliche Klagen und Wünsche wurden auch sonst überall laut; man lese etwa Stählings Histoire contemporaine de Strasbourg et de l'Alsace 1830—1852 nach und die darin enthaltene eingehende Schilderung vom Niedergange des Straßburger Handels.

Es dauerte lange, bis diese Wünsche in Paris Gehör fanden; das handelspolitische Programm Napoleons III. schien ihre Erfüllung zu verheißen. 1862 kam es wirklich zum Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Zollverein, dem dann 1864 und später weitere Abmachungen folgten. Sie erleichterten zwar die wirtschaftliche Lage des Elsaß, machten aber nicht, wie man gehofft, den bestehenden Schwierigkeiten auf die Dauer ein Ende. Das Elsaß blieb eben auch weiterhin durch Staats- und Zollgrenze vom übrigen Rheingebiet getrennt; an dieser Grundursache seiner schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse konnten die Verträge nichts ändern. Daher nahmen auch die Klagen kein Ende; die Ackerbaukommission und die Handelskammern entfesselten immer wieder neue Anstürme gegen die noch bestehenden Zölle. Noch im Frühjahr 1870 erhoben die oberelsässischen Weinbauern mit Nachdruck dahingehende Forderungen. Um die gleiche Zeit verlangten die unzufriedenen Schiffahrtsinteressenten zum Schutze ihrer bedrohten Interessen nicht nur eine erhebliche Verbesserung der bestehenden Wasserstraßen, sondern vor allem auch den Bau eines Rheinseitenkanals, der den unschiffbar gewordenen Oberrheinlauf ersetzen und den Verkehr wieder in stärkerem Maße auf das elsässische Rheinufer ziehen sollte. Nimmt man noch hinzu, daß fast während des ganzen Jahrzehnts von 1860—1870 auch die Baumwollindustrie trotz rein zahlenmäßiger Produktionssteigerung mit den schwersten Krisen zu kämpfen hatte, so ergibt sich für den wirtschaftlichen Zustand des Landes kurz vor dem Kriege kein allzu rosiges Bild!

Die Lostrennung des Reichslandes von Frankreich brachte naturgemäß zunächst eine Erschütterung des Wirtschaftslebens mit sich, da die Umstellung auf den neuen Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches sich nicht auf einen Schlag vollziehen konnte. Die Franzosen haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die von ihnen eifrig gepflegten Industrien dabei besonders Not litten und lange darnieder lagen. Das sollte ihnen als Beweis dafür dienen, daß die Wirtschaft

Digitized by Google

des Elsaß sich unter deutschem Regime zum Niedergang verurteilt sehe! Sie übersahen dabei geflissentlich, wie bald sich die Tatsache, daß das Elsaß jetzt seinem natürlichen Wirtschaftssystem zurückgegeben war, mit vollem Nachdruck bemerkbar machte. Die neuen Verhältnisse schufen nicht bloß günstige Bedingungen für einzelne Wirtschaftszweige, die auf Kosten der Allgemeinheit emporblühten. Nein, jetzt begann ein allgemeiner Aufschwung, an dem das ganze Wirtschaftsleben teilnahm; unglaublich rasch vollzog sich eine Aufwärtsentwicklung in Gewerbe und Landwirtschaft, in dem zu neuer Blüte erstehenden Handel und in der Industrie. Auch die vor 1870 protegierten Industrien nahmen daran teil, nachdem sie anfänglich von der künstlichen Höhe, zu der sie die französische Wirtschaftspolitik emporgeschraubt hatte, herabgedrückt worden waren; natürlich kamen nur die Betriebe voran, die sich nicht hartnäckig den Anforderungen des neuen Marktes verschlossen und sich nicht etwa darauf versteiften, auch weiter blau-weiß-rote Stoffe als „drap national" zu vertreiben! Während in Lothringen durch die Bergwerks- und Schwerindustrie das Wirtschaftsleben schon jahrelang vor dem Weltkrieg eine Umwandlung von Grund aus und eine gewaltige Steigerung erfahren hatte, hatten im Elsaß die Rheinregulierung und die Kaliindustrie bei Kriegsausbruch kaum mit ihren ersten Einwirkungen begonnen. Und doch: wie gewaltig stiegen allein die Handelsziffern Straßburgs in den letzten Friedensjahren in die Höhe! Ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten harren noch ihrer Wirksamkeit!

Die wirklich sachkundigen Franzosen wie Vidal de la Blache, Edouard Driault, die beiden Lichtenberger, ebenso die Landesverräter Wetterlé und Helmer sind sich dieser Tatsache auch bewußt und überlassen es unbedeutenderen journalistischen Lichten in kleinen, aber um so wirksameren Zeitungsartikeln, das Gegenteil zu beweisen. Sie selbst gestehen es mehr oder minder offen ein, daß die Reichslande sich unter deutscher Herrschaft wirtschaftlich äußerst wohl befunden und einen beispiellosen Aufschwung genommen haben. Deshalb graut ihnen auch im Grunde genommen vor einem Frieden, der lediglich Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückbringen würde; sie wissen, daß damit der wirtschaftliche Ruin der „verlorenen Provinzen" besiegelt wäre.

Nicht als ob sie deshalb einen solchen Frieden unbedingt ablehnen würden; — dazu sind sie sich denn doch — von den reichen Bodenschätzen abgesehen — über die strategisch-politische Bedeutung der Reichslande viel zu klar, klarer als viele Deutsche, die darin nichts als einen beliebigen, aus irgend welchen chauvinistischen Motiven umstrittenen Landstreifen sehen möchten. Wenn Bismarck einmal die Reichslande als „Glacis des Reiches" bezeichnet hat, so klingt dieser Vergleich viel zu matt und gleichgültig; besser trifft die Bedeutung der Lande

Digitized by Google

für Deutschland das andere Bismarckwort von den „Bollwerken" Straßburg und Metz. Die Franzosen wissen, daß Elsaß-Lothringen heute das Hauptbollwerk des Deutschen Reiches ist, mit dem das Reich steht oder fällt. Sie wissen, daß es in den Händen Frankreichs einer mächtig ausladenden Bastion darstellen würde, eine unvergleichliche Ausfallstellung, von der aus sich zugleich Trier und Aachen, Mainz und Frankfurt, Karlsruhe und Stuttgart und, nicht zu vergessen, auch Basel und Zürich bedrohen ließen. Es verliehe den Franzosen die Möglichkeit, die Rheinlande, Mittel- und Süddeutschland und die deutsche Schweiz unter stetem Drucke zu halten. Was würde unter solchen Umständen vom Deutschen Reiche übrig bleiben? — Also immerhin ein Friedenspreis, von dem sich reden ließe!

Aber auch mit einem so günstigen Frieden könnten sich die Franzosen auf die Dauer gar nicht beruhigen! Wollen sie sich in der errungenen Ausfallstellung sicher fühlen, dann müßten sie die Bevölkerung der „zurückeroberten" Lande zum mindesten wirtschaftlich zufriedenstellen. Auf keinen Fall dürften sie die Elsässer, nachdem sie bei Deutschland eine beispiellose wirtschaftliche Blüte erlebt haben, wieder in die Zwangsjacke stecken, die das Wirtschaftsleben des Elsaß vor 1870 in seiner Entfaltung hemmte. Das kann aber nur verhütet werden, wenn das Land nicht auf die Dauer von seinem natürlichen Wirtschaftskörper abgetrennt wird und das übrige Deutschland sich gezwungen sieht, sich nach den Wünschen der französischen Wirtschafts- und Zollpolitik zu richten. Hier wird uns die große Bedeutung aller Grundlagen des elsässischen Wirtschaftslebens im gegenwärtigen Weltkrieg mit einem Male klar: die Rücksicht auf sie zwingt die Franzosen ganz naturnotwendig auf die Bahnen der revolutionären und napoleonischen Eroberungspolitik. Mindestens das Rheinland müßte in französische Hände kommen, sei es als ein Teil des französischen Staatsgebietes, sei es als abhängiger („neutraler"!) Pufferstaat, das übrige Deutschland zu einem lockeren Gefüge hilfloser Kleinstaaten umgewandelt werden, die ganz von Frankreichs Gnade abhingen! Nur dann könnten die Franzosen die wirtschaftliche Zukunft der Reichslande mit einiger Gewißheit sicherstellen!

Sie wissen das auch und vertreten in zahllosen amtlichen und nichtamtlichen Programmen diese über Elsaß-Lothringen hinausgehenden Forderungen als für Frankreich unentbehrliche Friedensbedingungen. Und brächte ihnen der Friede von heute nur Elsaß-Lothringen, so würde allein unter dem Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen die Eroberung des linken Rheinufers und die völlige Zertrümmerung Deutschlands ihre unausbleibliche Forderung von morgen sein. So lauert hinter dem Begehren Frankreichs nach dem Reichsland in letzter Linie der alte gallische Ausspruch auf die Vormachtsstellung auf dem Kontinent.

Digitized by Google

Die alten Deutschen und die Alldeutschen

Von Otto Lehmann-Rußbüldt.

Wenn man der merkwürdigen Erscheinung auf den Grund geht, wie es kam, daß die alldeutsche Bewegung innerhalb 25 Jahre zu einem das ganze öffentliche Leben beherrschenden Umfange anwachsen konnte, so wird man neben ihrer Regsamkeit, dem jetzigen Stande ihrer Kriegskasse, ihrer Verbindung mit der Heydebrand-Gruppe, die bis jüngst die erfolgreichste Politik in Deutschland treibt, auf ein reines Gefühlsmoment stoßen. Jeder deutsche Junge schwärmt mehr oder weniger für die alten Deutschen, die Germanen. Die Alldeutschen verstehen es nun ganz ausgezeichnet, sich als die Hüter des Schatzes altgermanischer Tugenden hinzustellen, und deshalb erfüllt es fast jeden Deutschen mit dem ganzen gewaltigen Stimmungszauber der Jugend, wenn die Alldeutschen bei der Verfechtung ihrer Politik die alten Germanen heraufbeschwören und z. B. die Wahlrechtsreform mit bestem Erfolge als „undeutsch" und „unvölkisch" verekeln.

Sieht man sich nun die offen vor aller Augen liegenden Tatsachen der Geschichte an, so kann es fraglich sein, was eigentlich erstaunlicher ist: der Anspruch der Alldeutschen auf ihre geistige Nachkommenschaft von den alten Germanen, oder die Fertigkeit, mit der sie bisher diesen Aberglauben, diesen Riesenunsinn genährt haben.

Nach der Behauptung der Alldeutschen ist gleiches Wahlrecht, Bestimmung des Volkes über sein Geschick, insbesondere über Krieg und Frieden „undeutsch". In des Tacitus „Germania", die die Alldeutschen ständig als das „Goldene Buch" jedes deutschen Hauses anpreisen, ist aber über die Zustände bei den alten Deutschen mit schlichten, jedoch ganz unzweideutigen Worten gesagt: „Über geringere Sachen beraten die Fürsten, über wichtigere die Gesamtheit, jedoch so, daß auch, was das Volk entscheidet, im Rat der Fürsten vorbesprochen wird." Tacitus schildert darauf die Volksversammlungen, „in denen jeder Gehör findet. Das Wort nimmt der König oder der Häuptling, überhaupt jeder, welchen Alter, Adel, Kriegsruhm oder Beredsamkeit auszeichnen. Jeder verläßt sich dabei mehr auf das Gewicht seiner Meinung, als auf seine Macht oder seine Verdienste. Mißfällt ein Vorschlag, so wird er mit Murren zurückgewiesen; gefällt er, so rasselt man mit den Speeren." Ferner sagt Tacitus: „Könige wählt man nach ihrem Adel, Führer nach ihrer Tapferkeit. Doch auch der Könige Macht ist nicht ohne Schranken, ist nicht Willkür, und die Führer wirken weit mehr durch ihr Vorbild als durch ihr Amt." — Ferner werden in der Versammlung auch die Häuptlinge gewählt, die in Gauen und Dörfern Recht sprechen sollen. Jedem werden hundert Beisitzer aus dem Volke beigeordnet, um ihm mit Rat beizustehen und Ansehen zu verschaffen.

Digitized by Google

In Gebhardts „Handbuch der deutschen Geschichte" wird auf grund aller Geschichtsquellen das Urteil über die germanische Verfassung dahin zusammengezogen: „Der Träger der staatlichen Souveränität ist die versammelte Volksgemeinde. Sie erklärt sich für eröffnet, sobald es ihr beliebt; dann gebietet der Staatspriester Schweigen; unter seine Strafgewalt fällt, wer den Frieden der Versammlung bricht; die ihr gemachten Vorschläge verwirft sie durch Murren oder nimmt sie durch Zusammenschlagen der Lanzen an; gegen ihre Beschlüsse steht niemand ein Einspruchsrecht zu. Sie übt die hohe Gerichtsbarkeit über Leben und Tod, sie entscheidet über Krieg und Frieden; sie wählt die Fürsten, die an der Spitze der Gaue stehen, und den Herzog, den König, oder wer sonst den Staat leiten soll."

Was ist also „undeutsch" und „unvölkisch" an der so verlästerten Forderung des gleichen Wahlrechts? Man kann über den Wert des gleichen Wahlrechts verschiedener Meinung sein, man kann aber nach dem Stande der Forschung über die deutsche Vorzeit nur einer Meinung darüber sein, daß gerade die Forderung des gleichen Wahlrechts und alle damit verbundenen Folgerungen der altgermanischen Verfassung entsprechen.

Ein anderer Beweis, wie geradezu undeutsch und ungermanisch die alldeutsche Behandlungsweise des Wahlrechtsproblems ist, liegt darin, daß die Völker in Europa, die germanischer als das deutsche Volk sind, d. h. die Holländer und die Skandinavier, stramme Demokraten sind. Der konservative schwedische Geschichtsschreiber Kjellen sagt in seinem Werke über „Schweden" folgendes: „Der Feudalismus mit der ihn begleitenden Leibeigenschaft stand auf seinem allgemeinen Siegeszug wie ein drohendes Gespenst bereits an den Toren des Reiches (Schwedens). Daß die Landbevölkerung Schwedens — ebenso wie die von Friesland, von Tirol und der Schweiz — aus dieser Gefahr gerettet wurde, hat sie vor allem sich selbst zu verdanken."

Man vergegenwärtige sich auch die Tatsache, daß im deutschen Mittelalter Bauernrepubliken sich gegen den Adel hielten, gerade bei den reinsten germanischen Stämmen: den Friesen, den Schweizern.

Auf der anderen Seite — „Der Zug des Herzens ist des Schicksals Stimme" — ist das alldeutsche Staatsideal die neupreußische Gensdarmen- und Assessorenkultur, die gar nichts mehr zu tun hat mit dem rauhen Spartanertum altpreußischer Tüchtigkeit. Das erste und letzte Wort der Alldeutschen ist Staatsautorität, Gehorsam, Untertanenpflicht. Das ist altrömisch und altpreußisch, aber es ist nicht deutsch, nicht germanisch. Einer der wildesten literarischen Häuptlinge der Alldeutschen, Josef Reimer, macht allerdings allem Widerspruch ein Ende durch die Entdeckung, daß die Preußen „die echteste germanische Nation" seien. Aber einer dieser konservativen Preußen, der Oberst Graf York von Warten-

Digitized by Google

burg, hat in seiner „Weltgeschichte in Umrissen" (Berlin 1897), einem glänzend geschriebenen, leider zu wenig bekannten, von den Alldeutschen aus tausend Gründen gemiedenen Werke, über die Preußen gesagt: „Es ist überhaupt eine bemerkenswerte geschichtliche Erscheinung, daß gerade die Mischvölker eine hervorragende Stärke, ein besonders scharfes Nationalgefühl und hohen Nationalstolz entwickeln, daß gerade sie zu besonders ausgeprägt nationaler Eigenart zusammenwachsen. Ein solches Mischvolk waren im Altertum die Römer .... Und desgleichen entstand der Engländer. Dagegen das in seiner Masse lange sehr rein erhaltene deutsche Blut erwies einen auffallend geringen Instinkt für starke Staatsbildung, zeigte sich auffallend zugänglich fremdem Einflusse und ist schließlich erst durch die Preußen, eine reichlich mit slawischen Elementen versetzte Mischrasse, zu festerem politischem Dasein emporgerissen worden."

Derselbe Verfasser, ein konservativer preußischer Militär (!) hat auch für die Tatsache der lakaienhaften Gesinnung der heutigen Deutschen gegenüber allem, was Rang und Stand hat, eine sehr bittere Erklärung. Er sagt, nachdem er die Entwicklung Englands und Frankreichs während des 16. und 17. Jahrhunderts besprochen hat, über die Zerklüftung Deutschlands: „Aufrecht stand von allen staatsrechtlichen Einrichtungen Deutschlands nur noch das Landesfürstentum, und den einst gegen des Kaisertums und Reiches Größe so rebellischen Deutschen wurden nun die einzelnen Landesherren, selbst die lächerlich kleinsten derselben, zu Zuchtmeistern zur Einheit, indem sie sie zwangen, einen Staat anzuerkennen, sich ihm zu fügen und alles ihm zu opfern. Aber da eben der politischen Unbedeutendheit wegen diese Staaten ganz hinter der Person der fürstlichen Herren derselben verschwanden, so wurden damit auch die einst so eigenwilligen, steifnackigen Deutschen zu den ergebensten Dienern fürstlicher Willkür."

Wenn die Alldeutschen also nichts zu tun haben mit den alten Deutschen, so haben sie desto mehr zu tun mit den ostpreußischen Feudalen, die zur Zeit der Befreiungskriege wegen der Bauernbefreiung aus der Leibeigenschaft seufzten: „Lieber drei Auerstädts verloren, als diesen Freiherrn von Stein ertragen." — Stein, der die Bauernbefreiung als Grundlage der Wiederaufrichtung Preußens erkannte und durchführte. Genau so klingt es heute: „Wenn die Wahlreform durchgeht, ist der Krieg verloren."

Es ist also politische Bauernfängerei, um es einmal im Stile der alldeutschen Presse rund und nett herauszusagen, wenn sich die Alldeutschen auf die alten Deutschen herausspielen.

Die Alldeutschen haben den sicheren Instinkt der Erfolgmenschen. Seit etwa 25 Jahren haben sie allmählich fast alles durchgesetzt, was sie durchsetzen wollten.

Digitized by Google

Ein politischer Gegner, den sie aufs Korn nehmen, ist geliefert. Im letzten Grunde erreichen sie das alles nur dadurch, daß sie verstehen, sich als die Hüter der „deutschen Belange" aufzuspielen.

Man kann im Rahmen eines kurzen Aufsatzes nicht nachweisen, wie wenig sich auch die von den Alldeutschen betriebene systematische Verherrlichung des Krieges verträgt mit dem großen Heldengedicht der germanisch-nordischen Völker, das allein von allen kosmischen Dichtungen der Welt ausklingt in die Verherrlichung eines friedlichen Zustandes auf Erden. Ebenso kann man hier nicht ausführlich nachweisen, wie wahnsinnig komisch es ist, daß die größten Propheten der Alldeutschen sind: 1. der tote Franzose Gobineau, 2. der lebende Ex-Engländer Chamberlain, während alle großen schöpferischen Deutschen Kämpfer waren für die Rechte und Freiheiten des Volkes. Selbst Richard Wagner, der Schwiegervater Camberlains, war ein zum Tode verurteilter, landflüchtiger Barrikadenkämpfer.

Seitdem sich die alldeutsche politische Bewegung, in der schwärmerische Jünglinge und wildgewordene Spießbürger ein ganz harmloses Element darstellen, mit den „echtpreußischen Leuten" und der schwerindustriellen Interessentengruppe zu einer Lebensgemeinschaft zusammenfand, ist sie zu der Macht in Deutschland geworden, mit der ein Kampf um Sein oder Nichtsein für die Bewahrung des deutschen Volkstums ausgefochten werden muß. Auch das kann hier nur erwähnt werden, aber an die Sache, die augenblicklich die Hauptsache ist, soll doch noch einmal recht schlagend erinnert werden.

Als im preußischen Abgeordnetenhause es um ein Feilschen und Markten von Mehrstimmen ging, sollten zwar selbst die Rottenführer und Vorarbeiter zwei Stimmen erhalten; zunächst traf aber niemand auch für die Kriegsteilnehmer ein. Die Linke brachte dann einen dahingehenden Antrag, und die alldeutsche Rechte beeilte sich, ihre Sympathie zu versichern. Aber es kam, wie es in dem Heineschen Gedicht von den beiden edlen Polen am Ende heißt: „Und da keiner von den beiden leiden wollte, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von den beiden."

Die Kriegsteilnehmer, überschwenglich von den Alldeutschen mit Worten gefeiert, wurden von ihnen im Stich gelassen, als es an die Anerkennung der Rechte ging, die die von den Alldeutschen so gepriesenen Germanen j e d e m gewährten. Aber die Soldaten haben sich das gemerkt. Welche stumme Erbitterung darüber in den Kreisen der älteren Mannschaften herrscht, ist durch kein Wort auszudrücken. Weniger wegen des Wahlrechts an sich, das ja dem Soldaten doch nichts nützt, als wegen der Nichtachtung und Geringschätzung, die aus der Behandlung der Sache sprechen.

Feststeht, daß die Alldeutschen mit den alten Deutschen nichts zu tun haben, wohl aber bleibt es eine großartige Leistung, mit welchem Erfolge die politische

Digitized by Google

alldeutsche Bewegung dem Spießbürger bisher die Vorstellung beigebracht hat, alldeutsch und altdeutsch deckten sich, und wie dieser Spießbürger sich dadurch bisher aus einer Sensation und Illusion in die andere jagen ließ.

Amerikanische Kriegstheologie

Von Professor D. Adolf Deißmann (Berlin)

Die amerikanische Kriegserklärung hatte den geistigen Verkehr mit den Vereinigten Staaten zunächst nicht völlig unterbunden. Nachgerade aber ist durch eine drakonische Gesetzgebung, für die man bei uns auch während des Krieges vergeblich Parallelen sucht, den amerikanischen Bürgern auch der leiseste Versuch einer Korrespondenz mit den „Feinden" unmöglich gemacht worden, und das hermetisch abgesperrte amerikanische Volk erfährt von uns aus originalen Quellen so gut wie nichts: nur gefärbtes, auch direkt gefälschtes, im besten Falle lückenhaftes Material über Deutschland wird ihm infolge des Waltens der Zensur vorgesetzt. Wenn nicht eine soldatisch gerade Persönlichkeit wie General Pershing einmal dazwischen fährt, nisten sich Greuellügen und Schauerlegenden mehr und mehr in den amerikanischen Gehirnen ein, und das Ergebnis ist ein Dunstkreis des Hasses gegen unser Volk, der dem über Frankreich lastenden bei vielen Amerikanern nichts nachgibt und auch ernstchristliche Kreise ergriffen hat.

Leider schwindet sogar bei einzelnen führenden Theologen die am Anfang des amerikanisch-deutschen Krieges bewahrte und von mir auch loyal anerkannte Besonnenheit, und die „Kriegstheologie" feiert mit ihren internationalen Sünden der Dogmatisierung und Generalisierung von Einzelheiten sowie mit der militaristischen Ruppigkeit ihres Kanzelpathos neue Orgien.

Dr. Charles S. Macfarland, Generalsekretär einer der größten protestantischen Organisationen der Welt, des 30 große Kirchenkörper mit etwa 125 000 Gemeinden umfassenden „Federal Council of the Churches of Christ in Amerika", hat sich leider die wundervolle Gelegenheit, von unseren europäischen geistlichen Kriegsfehlern zu lernen und kriegstheologische Seitensprünge in das Pharisäerland zu vermeiden, entgehen lassen. Ich kenne ihn gut und habe mit ihm während der ersten Kriegsjahre viel briefliche und persönliche Fühlung gehabt. Darum sage ich vorweg: so sehr ich bedauere, was er in Paris über das deutsche Volk gesagt hat, so fest bin ich überzeugt, daß er die Stunde der Erkenntnis erleben wird, in der ihm einfällt, wie er zu sprechen pflegt, wenn er nur von christlichen Gedanken beherrscht ist; mit wie wahrhaft protestantischer Ehrlichkeit er beispielsweise im zweiten Kriegsjahr in dem bedeutenden Vortrag „The New

Digitized by Google

Internationalism" (in seinem Buch „Christian Service and The Modern World", New York 1915) nachwies, daß das amerikanische Volk nicht den mindesten Anlaß zum Pharisäismus habe, da es genau an denselben Sünden kranke, wie die kriegführenden Völker (wobei er deutliche Parallelen zwischen Amerika und Deutschland zog).

Weil diese Stunde der Erkenntnis kommen wird, in der er selbst seine Kriegstheologie bedauert, schlachte ich Dr. Macfarlands Pariser Worte auch nicht in der Weise aus, daß ich ihn hinausweise in die äußerste Finsternis, sondern sage mir: es muß seit dem überaus maßvollen und höchstwahrscheinlich unter Macfarlands direktem Einfluß entstandenen Kriegsmanifest der amerikanischen protestantischen Kirchen vom 10. Mai 1917 (vgl. „Deutsche Politik" Heft 32 vom 10. August 1917) und der Pariser Rede irgend etwas mir vorläufig Unbekanntes liegen, was ihn zur Entgleisung gebracht hat. Mitgewirkt hat vielleicht neben der Inspiration durch den genius loci die Tatsache, daß zur Zeit der Pariser Rede die deutsche militärische Lage im Westen eine sehr günstige war; und es ist ja eine alte Sache, daß wir der überaus tugendhaften Koalition unserer Gegner immer dann am diabolisch schlechtesten erscheinen, wenn wir Erfolge haben.

Der Grund, weshalb ich die Reise des amerikanischen Führers hier erwähne, liegt also nicht auf persönlichem Gebiet; ich denke an eigene Mißgriffe in Wort und Schrift während der Kriegszeit (namentlich am Anfang) und gebe das Vertrauen zur dereinstigen Wiederkehr der Loyalität des politischen Gegners in keiner Weise auf. Es ist ein rein sachliches Interesse, das mich leitet: die kirchengeschichtliche Bedeutung der Sendung Dr. Macfarlands nach Frankreich als eines Symbols der während des Krieges je länger je mehr deutlich gewordenen inneren Verbindung des amerikanischen mit dem französischen Protestantismus.

Von Hause aus sind diese Fühlungnahmen (eine ähnliche französische protestantische Delegation der Pastoren Lauga und Monod nach Amerika war vorausgegangen) reine Kriegsmaßregeln, die im Zusammenhange mit der beiderseitigen seelischen Propaganda stehen, und wir können hinzufügen, es sind sehr geschickte Kriegsmaßnahmen, durch welche die westliche Propaganda der unseren überlegen ist. Aber es ist höchstwahrscheinlich, daß sie von dauernder Wirkung sein und ein bemerkenswertes Kapitel protestantischer Kirchengeschichte eingeleitet haben werden.

Das „Federal Council Bulletin" Nr. 7 (Juli 1918) macht folgende offizielle Angaben. Infolge einer von allen protestantischen Organisationen Frankreichs ergangenen Einladung ist Dr. Macfarland am 11. Juni 1918 abgereist, um mit der „Fédération des Eglises protestantes de France" in Fühlung zu treten und die Lage und die Bedürfnisse der französischen Kirchen kennen zu lernen. Er

Digitized by Google

kam als Gast der französischen Regierung. Vom „Federal Council" war er mit Botschaften an das französische Volk, die französische und die alliierten Armeen, sowie die amerikanischen Truppen betraut. Konferenzen mit General Pershing und dem Seniorgeistlichen des Hauptquartiers Rev. Brent waren vorgesehen, ebenso mit dem Roten Kreuz, aber auch ein Frontbesuch und Ansprachen in vielen Städten, besonders in den Städten Elsaß-Lothringens.

Über Macfarlands Pariser Aufenthalt liegt ein Bericht der „Semaine Religieuse de Genève" Nr. 29 vom 20. Juli 1918 vor, dem ich folgendes entnehme. Das „Conseil de la Fédération des Eglises protestantes de France" und das „Comité protestant de propagande française" veranstalteten aus Anlaß der Anwesenheit des amerikanischen Abgeordneten am Sonntag, den 30. Juni in der Kirche des Oratoire eine große französisch-amerikanische Versammlung, auf der der Präsident der Republik, der Generalkommissar der französisch-amerikanischen Kriegsangelegenheiten und der Gesandte der Vereinigten Staaten sich vertreten ließen. Edouard Gruner, der als Präsident des Conseil die Versammlung leitete, nahm zuerst das Wort. Dr. Macfarland verlas sodann die in englischer Sprache abgefaßte Botschaft der Christen Amerikas an das französische Volk, deren Übersetzung ins Französische André Weiß, Mitglied des Instituts und Präsident des protestantischen Propaganda-Komitees vortrug. Darauf hielt Dr. Macfarland eine Rede, die der kürzlich von einer Mission nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Militärgeistliche Victor Monod ins Französische übertrug. Außerdem sprachen Pastor B. Couve als Präsident der „Union consistoriale des Eglises réformées évangéliques de Paris et du département de la Seine" und Pastor A. Weber, der Präsident der Pariser lutherischen Union consistoriale.

Aus der Rede Macfarlands gibt die „Semaine Religieuse" nach der „Eglise libre" folgenden Auszug:

„Heute komme ich zu Ihnen, frei von allen Fesseln der Neutralität. Die dunklen Schatten sind verschwunden. Das Gewissen fühlt sich nicht mehr eingeschüchtert noch schwankend. Wir schauen uns heute offen Auge in Auge. Wir stehen nicht mehr unschlüssig vor den beiden uns entgegengestreckten Armen aus dem Norden, deren einer ein blutiges und drohendes Schwert trägt, der andere einen Ölzweig, das Symbol eines schmachvollen Friedens.

Drei Jahre lang hat unser Volk nicht aufgehört, zu hoffen, zu glauben und zu vertrauen. Wir konnten uns nicht vorstellen, daß eine ganze Nation ihre moralischen Verpflichtungen in alle Winde zerstreuen würde. Wir konnten auch nicht glauben, daß die Bevölkerung dieser Nation sich nicht gegen die herrschende Kaste, die seine Karikatur war, wenden sollte. Wir hegten Gelübde und Wünsche, daß die Tür des Friedens und der Gerechtigkeit sich in *) dem Kampfe öffne, der nun der unsere geworden ist.

Unsere Träume, unsere Hoffnungen und unser Glaube sind alle nacheinander zu-

*) Die „Semaine Religieuse" druckt „sans la lutte", das ist wohl Druckfehler für „dans la lutte".

Digitized by Google

schanden geworden, und ich fürchte, daß unsere letzte Illusion die ist, daß wir unterschieden haben zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk. Vielleicht können wir eines Tages den Unterschied feststellen, Gott gebe es! Heute sind wir uns bewußt, daß die Bevölkerung dieser Nation mit ihren Kirchen gänzlich die Ziele und Methoden seiner glaubenslosen Herren angenommen hat, und daß jede, auch die letzte Stimme zum Schweigen gebracht worden ist."

Dr. Macfarland sprach hierauf über die Stellung der amerikanischen Kirchen in der gegenwärtigen Krisis, über ihre Tätigkeit in Verbindung mit dem Roten Kreuz und dessen Hilfswerke, über ihre Fürsorge für die religiöse und moralische Gesundheit des Heeres, sowie über ihre Bemühungen zur Stärkung der christlichen Überzeugungen des Volkes. Dann fuhr er fort:

„Ich bin auch zu Ihnen gekommen, um mich mit Ihnen der Zukunft zu freuen, denn wir alle trachten gleichermaßen nach der Auferstehung des Lebens der Welt. Obschon wir gegen einen Feind ohne Ehre, ohne Mitleid, ohne Erbarmen, einen Feind, der die Wahrheit nicht mehr kennt, kämpfen, obschon wir uns auch darüber klar sind, daß sogar seine Friedensanerbieten bloßer Schein sind, ja, daß es die einzige Pflicht der gegenwärtigen Stunde ist, eine unheilvolle Macht zu zerbrechen, so sehen wir dennoch darüber hinaus erwartungsvoll besseren Tagen entgegen. . . ."

Die französische protestantische Öffentlichkeit war entzückt, E. Doumergue stellte im „Christianisme au XXe siècle" (vergl. „Semaine Religieuse" Nr. 33 vom 17. August 1918) einen Vergleich an zwischen der Lage der Protestanten in Frankreich bei Aufhebung des Edikts von Nantes und heute, da der Vertreter von 50 Millionen Protestanten, von der Regierung wie ein Fürst empfangen, den französischen Glaubensgenossen den Gruß entbietet. Darf ich meinerseits auch einen Vergleich wagen? Es könnte nur der schmerzliche Hinweis darauf sein, daß, als jene aus ihrem Vaterlande brutal verstoßenen französischen Protestanten in Deutschland liebevolle Aufnahme und geeignetes Obdach fanden, die Vorväter der Gruner, Weiß, Weber noch wurzelechte deutsche Christen waren. Wieviel Unheil wäre Frankreich und uns erspart worden, wenn nicht der Imperialismus Ludwigs XIV. die geheiligten Bande zerrissen hätte!

Mein Urteil über Dr. Macfarlands Rede habe ich schon oben vorweggenommen. Er selbst deckt sich durch die Phrase von der Befreiung von den Fesseln der Neutralität. Aber soll das heißen, daß die kühle Selbsterkenntnis der furchtbaren Schwächen seines eigenen Volkes, die er als Neutraler während des Krieges öffentlich bewiesen hat, das Ergebnis einer Fesselung seines Gewissens war? Ich fürchte, der Pariser Redner von 1918 ist gefesselter als der Redner von 1915, der vor den Studenten von Georgetown und Fayette über den neuen Internationalismus sprach. Wer ernsthaft einem ganzen Volke ohne Ausnahme die einfachsten moralischen und religösen Qualitäten abspricht, ist kein Freier, sondern ein Höriger: qui socium habet, dominium habet.

„Als Gliedern der Kirche Christi legt uns die Stunde besondere Verpflich-

Digitized by Google

kungen auf: .... unseren Mitchristen in allen Ländern, besonders denen, die uns vorläufig entfremdet sind, unser Bewußtsein der dennoch ungebrochenen Einheit in Christo zu bezeugen" — so sagt das Kriegsmanifest der amerikanischen Kirchen von 1917. Warum mußte sich der dieses Manifest unterzeichnende Geschäftsführer dieser Kirchen 1918 von der Fessel dieser Verpflichtung befreien? Warum ist auch der Protest desselben Manifestes gegen Unterdrückung der Rede- und Gewissensfreiheit in Amerika mißachtet worden? Die Fesseln, die Dr. Macfarland eingetauscht hat, sind schlimmer, als die von ihm abgelegten. Findet er den Weg zum Manifest zurück, so wird er wieder ein Freier sein.

Krieg und Konservatismus

Von Dr. P. Molenbroek (Haag, Holland)

Der innere Zusammenhang zwischen unseren Anschauungen betreffs aller zum Kriege in Beziehung stehenden Fragen und tiefsten menschlichen Wesen braucht nicht nochmals begründet zu werden. Seit Kriegsausbruch ist derselbe allenthalben so deutlich zu Tage getreten, daß jeder Nachdenkliche diesen Zusammenhang jetzt wohl als selbstverständlich empfindet. Zu den weitverbreitetsten menschlichen Neigungen gehört aber unzweifelhaft der Konservatismus, das Bestreben alles Bestehende womöglich vor dem Vernichtungswillen der fortschreitenden kulturellen, ökonomischen und sozialen Entwicklung zu schützen, und es ist deshalb nur natürlich, wenn diese Eigenschaft sich in den Urteilen über die Kriegsfragen stets wieder offenbart. Dem rein formellen Konservatismus, der auf Erhaltung des Bestehenden abzielt nur um der Erhaltung willen, steht ein weit ehrenwerteres Bestreben gegenüber, wobei der zum Urteilen Gerufene sich auf die Dauer nicht von dem Glanze des Bestehenden allein blenden läßt, sondern imstande und gesonnen bleibt, einerseits die schon abgematteten oder sogar verfaulten Stellen an der Oberfläche und im Innern der Dinge zu spüren, andererseits auch jeden Strahl neuen Lichtes aufzufangen, ja selbst das erste Dämmerlicht einer jeglichen Neuerscheinung zu erhaschen und auf seinem Werte für die Neuordnung der Dinge zu prüfen.

Mag der Ausdruck „Konservatismus" in moderner Zeit bei vielen einen gewissen Ekel hervorrufen, der wahre Konservatismus, der soeben angedeutet wurde, wird unsere volle Anerkennung beanspruchen können. Haben denn auch manche sich schon bestrebt — wir brauchen hier nur an Prof. Gustav Steffen's „Demokratie in England" zu erinnern — den Beweis zu erbringen, daß wahre Demokratie und wahrer Konservatismus einander keineswegs ausschließen, sondern daß die erstere sogar den letzteren bedingt. Jener Konservatismus hingegen, der allein darauf hinausgeht, alles Bestehende zu schützen und ungeändert zu erhalten, kann nur verhängnisvoll wirken.

Digitized by Google

Um bei dem Gegenstande zu bleiben, welcher augenblicklich alle Gedanken gefangen hält, Konservatismus im schlechten Sinne wäre es z. B. festzustellen, Krieg wäre ein unzertrennbarer Begleiter jedes menschlichen Gemeinschaftswesens. Denn wie schwierig man sich auch eine derartige Weltlage vorstellen könnte, undenkbar ist doch keineswegs, daß nach irgend welchem Prinzip die Erde unter ihren Bewohnern im Verhältnis zu deren gegenseitigen kulturellen und ökonomischen Kräfteaufwand aufgeteilt würde. Eine Verteilung, die um gerecht zu bleiben, mit Hinblick auf die allmählich sich ändernden Kräften und auf die wechselnde Befähigung der Völker, fortwährenden Änderungen ausgesetzt sein müßte. Wer jenem Konservatismus der Kriegsfanatiker entrinnen will, stelle sich daher nicht im Voraus den bekannten Bestrebungen der Pazifisten ablehnend gegenüber.

Ebenfalls wäre es Konservatismus im üblen Sinne — rein pazifistischer Konservatismus sozusagen — zu meinen, die jetzige Teilung der Erde unter den Völkern unseres Erdballs wäre eine endgültige, an die in keiner Weise gerüttelt werden dürfte. Denn hiermit würde gänzlich die Tatsache geleugnet, daß es auf dieser Erde emporstrebende und niedergehende Völker gibt, wie überhaupt bei jedem lebendigen Organismus eine Zeit des Emporsteigens mit einer solchen des Niederganges wechselt. Dieser Konservatismus des reinen Pazifismus ist in höchstem Maße ungerecht, kulturwidrig, ja sogar unsittlich, weil er das Bestreben zeigt, die im Aufsteigen begriffenen Völker behufs derjenigen des niedergehenden Typus zu hemmen oder sogar niederzuhalten. Daß die jetzt so sehr in Tätigkeit geratenen Anhänger der Idee eines dauerhaften Friedens — insofern dieselben ehrlich zu nehmen sind: Lloyd George, Clemenceau und ihresgleichen bleiben in dieser Betrachtung selbstverständlich ausgeschlossen — sämtlich mit dem Bazill dieses Konservatismus angesteckt sind, kann kaum bezweifelt werden.

Ein Punkt, der wie mir scheint, bei der Beurteilung verschiedener Kriegsfragen zu wenig berücksichtigt wird, ist eben der Einfluß jenes verwerflichen Konservatismus. Man hat viel darüber gegrübelt und geschrieben, woran wohl die allgemeine Unbeliebtheit der Deutschen in den neutralen Ländern zuzuschreiben sei. Und ohne an den Wert der verschiedenen dafür angegebenen Ursachen vieles aussetzen zu wollen, halte ich mich doch davon überzeugt, daß der wichtigste Faktor, der zumeist bestimmende vielleicht, vielfach übersehen wird.

Die Menschheit hatte sich nach vielen Jahrzehnten so ziemlich allgemein mit dem Gedanken abgefunden, daß der angelsächsischen Rasse tatsächlich die Weltherrschaft zukommt. Den kleineren Nationen, für die bei den modernen Verhältnissen keine Aussicht besteht, mehr als eine bescheidene Rolle im Staatenkonzert zu spielen, ist es nahezu gleichgültig geworden, wer denn schließlich die Welt beherrschen soll, wenn sie nur die Beherrschung in Friedenszeiten nicht allzu rauhe am Leibe verspüren. Und daß die Briten durch ihre disziplinierte Eigenart die Kunst ver-

Digitized by Google

standen haben, den kleineren Völkern den Gedanken einzuprägen, unter ihrem Schutze sei die persönliche Freiheit — d. h. die von der Mehrheit ersehnte Zügellosigkeit des Individuums sowie der Gesellschaft — am besten gesichert, kann nicht geleugnet werden. Bei der grenzenlosen Gedankenlosigkeit der Massen läßt sich diese von der angelsächsischen Weltanschauung ausgehende Zauberkraft leicht erklären. Die nahezu phänomenale Gleichgültigkeit der Angehörigen kleinerer Nationen war in der mangelhaften Ausbildung ihres Denkens über sämtliche internationale Fragen tief begründet. Wer kümmerte sich bei ihnen vor dem Kriege um die äußere Politik? Sogar die doch so einfache Formel des europäischen Gleichgewichts scheint noch ihrem Verständnis zu übersteigen. Diese Tatsache hat doch wenigstens der Krieg luce clarius aufgedeckt. Denn wer im europäischen Gleichgewicht den sichersten Gewähr für die Selbständigkeit der kleineren Nationen zu finden glaubte, kann doch unmöglich die Vernichtung oder die Niederzwingung Deutschlands und der Donaumonarchie wünschen.

Daß in den Kleinstaaten eine weitgehende Gleichgültigkeit für die beängstigend schnelle Herannahung der angelsächsischen Weltherrschaft verbreitet war, beweist der völlige Mangel an Interesse bei den Massen in jenen Ländern für den so überaus wichtigen Prozeß, der sich in den letzten Jahrzehnten vollzog, wodurch die Erde nahezu vollständig unter einigen wenigen Großmächten aufgeteilt wurde, und wobei England fortwährend sich dann noch den größeren und besseren Teil zu sichern wußte. Augenscheinlich fehlte es bei den Bewohnern der Kleinstaaten an jedem international-politischen Instinkte. Konnte denn wirklich niemals der Gedanke sich durchringen, daß nach Erledigung der Teilung der wenig zivilisierten Weltteile einmal auch die Frage von der Unterordnung der kulturell fortgeschrittenen Erdteile aufgeworfen werden müßte? Oder war es nur die Politik des Vogel Strauß, welche von den Kleinstaaten mit ihrem geistigen Abseitsstehen bei der Aufteilung der Welt betrieben wurde? Das Bewußtsein ihrer Ohnmacht vielleicht? Möge dieser Faktor gelegentlich mitgespielt haben, gewiß hat er sich nicht stets als die einzig treibende Kraft gelten lassen. Man denke nur an den von der holländischen Diplomatie in bezug auf Marokko vertretenen Standpunkt. Obgleich Hollands Interessen in 1904 offenbar die Handhabung der „offenen Tür" in Marokko forderten, und obgleich die englisch-französische Vereinbarung jenes Jahres augenscheinlich die holländischen Rechte verletzte, stellten die diplomatischen Vertreter Hollands sich zur Algeciras-Konferenz an Frankreichs Seite, womit sie sogar riskierten, sich im Bündnis mit Frankreich mit Deutschland schlagen zu müssen, wenn die deutsche Regierung auf ihren, d. h. auch Hollands Rechten bestanden hätte!

Während die hier nur flüchtig angedeutete Stimmung ergebener Duldsamkeit der angelsächsischen Weltbeherrschung gegenüber unter den kleineren Völkern vor-

Digitized by Google

herrschte, kam nun der Krieg, welcher den gleichsam altertümlich geheiligten Gedanken zu zerstören drohte. Sofort war der Konservatismus zur Hand, um nicht nur dem im Fall eines Sieges das Heiligtum bedrohenden Volke die Schuld am Kriege in die Schuhe zu schieben, sondern sich auch, wenigstens geistig, einer Änderung der Weltlage zuungunsten der zur Zeit vorherrschenden Großmacht England zu widersetzen. Der Haß, welcher dabei fast unmittelbar nach Kriegsanfang zutage trat, fand gewiß für keinen geringen Teil seinen Grund in eben diesem Konservatismus, und war zugleich in demselben Maße Ausdruck des instinktiven Gefühles, daß es, der ungeheuren Entente-Übermacht zum Trotz, der deutschen Armee vielleicht doch gelingen würde, ihren sämtlichen Feinden zu widerstehen.

Nirgendwo tritt sodann der Konservatismus deutlicher ans Licht als bei der Erörterung der belgischen Frage und den Brest-Litowskschen Friedensbedingungen in unseren holländischen Kreisen. Daß die Flamen, indem sie die Forderung möglichst großer sprachlicher, kultureller und ökonomischer Selbständigkeit erheben, Hollands Interessen dienen, will nicht zu den holländischen Köpfen durchdringen.

Das russische Ungeheuer, das schon so manchen kleineren Staat verschluckt hat, das ganz Europa und in erster Linie das germanische Schweden und Norwegen bedrohte — beide doch Länder, die sich in Holland der allgemeinen Sympathie erfreuen — findet sich zur Zeit aus rein konservativer Neigung mit einem gewissen Heiligenschein geschmückt, und wer dieses Heiligtum zu berühren wagt, sieht sich dem schmählichsten Hohne unserer führenden Zeitungen und Männer ausgesetzt. In dieser Hinsicht zeigen die verschiedenen Geister sich einander vollkommen ähnlich.

Fürwahr, der Konservatismus hat sich in Holland doch schließlich wohl als den mächtigsten Antrieb in der Tiefe menschlichen Wesens gezeigt.

Der Kurssturz

Der Kehrreim aller superklugen Leute: „Ich habe es ganz genau gewußt, daß es so kommen wird!" berührt im allgemeinen nicht sympathisch, und deshalb sollte auch der Schriftsteller sich hüten, diese Redensart allzu oft anzuwenden. Wenn aber einmal die Dinge genau vorauszusehen waren, so bei der Bewegung der Börsenkurse. Während des allergrößten Teils des Krieges hat die Börse, die früher einen so guten Namen als Barometer der Ereignisse besaß, immer nur Kurssteigerungen gekannt. Waren große militärische Erfolge zu verzeichnen, so wurde das beispielsweise mit starken Aufwärtsbewegungen beantwortet; kamen Rückschläge, so wurde auch das im gleichen Sinne ausgenutzt, mit der Begründung, daß der Krieg jetzt mit einem Male verlängert sei und damit die Hochkonjunktur für die Industrie weiter andauern würde. Eine derartige Argumentation mußte

Digitized by Google

auf den unbefangenen Beobachter geradezu pervers wirken, denn daß mit jedem weiteren Kriegsmonat die Schuldenlast ins Ungeheure steigen mußte und damit auch die Notwendigkeit, den im Kriege reich gewordenen später besonders empfindliche Opfer aufzuerlegen, das war sonnenklar.

Die Börse lachte über diese Gründe und verwies demgegenüber auf die zweifellos glänzenden Gewinne der Industrie. Sie vergaß darüber geflissentlich, daß es sich schon einmal in der Geschichte des deutschen Finanzwesens als ein verhängnisvoller Fehler erwiesen hat, augenblickliche Gewinne zu kapitalisieren. Das war in den Gründerjahren, vor 45 Jahren, der Fall. Es ist für ein Dividendenpapier ein Wahnsinn und ein Frevel, auf Grund augenblicklicher Dividenden ihren Kapitalswert zu errechnen. Das aber ist diesmal geschehen. Es ist kein Zufall, daß gerade die jüngeren Elemente in diesen Fehler verfielen, während die älteren, erfahreneren sehr lange eine Zurückhaltung bewahrten und das kritiklose Aufkaufen zunächst nicht mitmachten. Als sie dann freilich sahen, wie die Spekulanten zunächst einmal recht erhielten, wie kleine Leute, Bankangestellte und Existenzen, die vor dem Kriege vis-à-vis de rien gestanden haben, plötzlich als die großen Finanzleute auftraten, da verloren auch diese, mehr konservativ Gerichteten, das ruhige Urteil, kamen sich selbst einigermaßen dumm vor, meinten, sie hätten die neue Zeit nicht verstanden, glaubten an neue Wirtschaftsgesetze und verstärkten die Kreise der Spekulanten. Dadurch ist selbstverständlich das Hinauftreiben der Kurse noch schlimmer geworden.

Freilich, auch der ausgesprochenste Zweifler mußte zugeben, daß zwei Gründe tatsächlich für eine Aufwärtsbewegung sprachen: Das war das an dieser Stelle so oft glossierte Dickverdienen und die ebenfalls hier besprochene Papierwirtschaft. Was das Dickverdienen anbelangt, so war es durch die Unfüchtigkeit unserer verantwortlichen Stellen allmählich üblich geworden, daß jeder Produzent es als eine Art patriotische Pflicht ansah, Gewinne auf seine Waren zu schlagen, die früher als wucherisch gegolten hätten. Durch allerhand Kalkulationskunststücke wußte man diese Gewinne leidlich zu bemänteln. Wäre nun, wie es beispielsweise in England und Amerika der Fall ist, der größte Teil dieser Gewinne in Form von Kriegssteuern wieder eingezogen worden, so wäre ein leidliches Gegengewicht geschaffen gewesen. Aber auch das war nicht der Fall. Das zweite, die „Papierwirtschaft", hängt mit dem Dickverdienen, namentlich mit der mangelhaften Steuergesetzgebung, zusammen. Die allmählichen Liquidierungen unserer Warenbestände erfolgten durch Barzahlung. Dort, wo früher wirkliche Kapitalien vorhanden waren in Form von Warenlagern aller Art, waren plötzlich fiktive Gelder und fiktive Bankguthaben vorhanden. Diese schrien nach Anlage. Und da man meinte, genug Kriegsanleihe gekauft zu haben, so stürzten sich Elemente, die früher der Börse glücklicherweise ferngeblieben waren, auf diese. Waren-

Digitized by Google

kaufleute und Industrielle sind es in erster Linie gewesen, die das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch weiter verschlimmerten. Heute werden gerade diese Kreise erkennen, daß es für sie weit besser gewesen wäre, sie hätten Kriegsanleihe gezeichnet; dann hätten sie wenigstens ruhig schlafen können.

Wer nun einigermaßen klar hat denken lernen, der mußte sich sagen, mit dem Dickverdienen, mit der bequemen Steuergesetzgebung und mit der Papiermißwirtschaft wird es auf die Dauer nicht weitergehen. — Eine Gesundung ist, gleichgültig wie auch immer der Ausgang des Krieges sein wird, nur möglich durch ein Einziehen des überflüssigen Papieres in Form einer einschneidenden Vermögensabgabe. Die Steuern müssen vervielfacht werden und vor allem muß das Dickverdienen bald aufhören, da sonst die Preise derart phantastisch werden, daß die ohnehin empfindlich gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung völlig ausscheidet. Was helfen aber in der Industrie glänzende Preise, wenn kein Käufer da ist?

Vor allem hätten sich dies die Bankdirektoren sagen müssen, denn sie, die es gerne sehen, wenn man sie als Leiter unserer Volkswirtschaft anspricht, hätten die Verpflichtung gehabt, ihre Kundschaft zu leiten und zu führen. Statt dessen ist gerade von manchen Banken das Publikum irregeführt worden. Es sind Fälle bekannt, in denen als besonders tüchtig geltende Filialleiter angesehener Großbanken in die Spekulation förmlich hineingepeitscht haben. Es sind des weiteren auch Fälle bekannt, in denen derartige Herren, die dann als besonders tüchtig galten, durch ihre Kundschaft die Aktien dieser oder jener Gesellschaft aufkaufen ließen, die gekauften Werte dann, wie das üblich ist, in ihre Verwaltung nahmen und dadurch für sich Sitze in den Aufsichtsräten der betreffenden Gesellschaften erzwangen. Erwiesenermaßen ist die im Kriege getroffene Vorschrift, daß der Kunde seine Aktienkäufe voll in bar bezahlen müsse, nicht durchgeführt worden; man hat vielmehr dem Kunden erlaubt, durch Hinterlegung von anderen Wertpapieren der Bank Sicherheit zu bieten. Darüber hinaus ist sogar bekannt, daß da und dort noch nicht einmal eine volle Hinterlegung von Wertpapieren verlangt wurde, denn sonst wäre es ja unmöglich gewesen, daß der Aktienbesitz mancher Kunden zwangsweise abgestoßen werden mußte.

Wie wird nun die Kursentwicklung weitergehen? Das ist gerade für den Kritiker eine schwierige Frage. Die Erfahrung hat gelehrt, daß dieser in dieser Richtung leicht in den Fehler verfällt, in dem Augenblicke, in dem die Welt alles schwarz in schwarz sieht, womöglich noch schwärzer zu malen, um damit den vielleicht schon stark übertriebenen Pessimismus noch zu übertreiben. Das ist, wie gesagt, das historische Pech des Wirtschaftskritikers, während er doch statt dessen seine Aufgabe darin sehen soll, wenn alle Welt entmutigt ist, die optimistischen Gesichtspunkte hervorzukehren. Ist nun heute schon der Punkt erreicht, in dem diese Aufgabe zu erfüllen ist? Das ist äußerst schwer zu sagen.

Digitized by Google

Dazu liegen die Verhältnisse noch viel zu unklar. Wir wissen nicht, wie die Einzelheiten des Friedens sein werden. Es ist auch nicht klar, wie die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft gelingen wird. Wenn man auch annehmen sollte, daß die Industrie lange genug Zeit gehabt hat, sich dieses Problem zu überlegen. Wie wird es mit der Rohstoffversorgung sein? Wir hoffen zwar auf das bestimmteste, daß kein Wirtschaftskrieg kommen wird, aber trotzdem kann schon aus Valutagründen die Belieferung lange auf sich warten lassen. Arbeit wird in allen Industrien ja in Hülle und Fülle vorhanden sein. Aber zu welchen Preisen? Nach dem oben Gesagten muß gehofft werden, daß diese Preise recht scharf auskalkuliert sind, weil sonst die Kaufkraft versagen muß. Wie wird es mit den Steuern kommen? Da ist wohl in Anbetracht der ungeheuren Kriegsschulden der Phantasie ein freier Spielraum gelassen. Alles in allem wird man sagen können, daß die Börse zunächst einmal vor außerordentlich großen Schwankungen steht, daß die verschiedenen Stadien des Waffenstillstandes und der Friedensverhandlungen unvermittelte Sprünge nach oben und unten bringen werden, vor allem auch deshalb, weil die früher vorhanden gewesene sogenannte Contremine, also die Spekulation nach unten durch eine mangelhafte Börsengesetzgebung mit dem Kriege ausgeschaltet worden ist. Es wird des weiteren zu sagen sein, daß die Kursgestaltung bei den einzelnen Papieren äußerst verschieden ist. Während vermutlich noch sehr große Gruppen von Aktien weiter sehr stark fallen werden, sind vielleicht andere bereits, mitgerissen von der allgemeinen Bewegung, auf einem verhältnismäßig niederen Stand angelangt.

Das ist alles, was heute mit einiger Gewißheit gesagt werden kann, und das ist leider nicht viel. Wenn nur wenigstens *eine* Lehre aus den Börsenerfahrungen der letzten Wochen gezogen würde: daß die Spekulation in Aktien ein Gebiet ist, auf dem letzten Endes die Sache nicht so einfach liegt, wie die Verführer versichern und die Naiven sich einbilden. Die Aufwärtsbewegungen gehen allmählich vor sich, die Abwärtsbewegungen aber vollziehen sich im Sturze und sie reißen alle jene Elemente mit, die den Kauf von Aktien als Spiel und nicht etwa als Kapitalanlage betrachten. Und das mit Recht, denn das deutsche Volk soll nicht durch Spiel, sondern durch schwere ehrliche Arbeit seinen Wohlstand aufbauen.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 25. Oktober 1918 * Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Angelpunkt der politischen Diskussion ist im Augenblick noch die Aussprache mit Wilson. Das Kriegskabinett, die Parteivertreter, Heeresleitung und Bundesrat besprechen sich — unendlich verantwortungsvoll ist die Aufgabe dieser Männer, die berufen sind, die Liquidation des Krieges einzuleiten. Aber wer von ihnen kennt Wilson, wer Amerika? Warum holt man nicht den Grafen Bernstorff herbei, der vor zwei Jahren die Verhandlungen mit dem Präsidenten führte und jetzt als Berater unentbehrlich sein müßte? Hört man die Männer, die mit und neben ihm in Amerika die deutsche Sache geführt haben?

*

Gewiß bedarf die Antwort an den amerikanischen Präsidenten sorgsamster Überlegung — aber acht Tage sind eine lange Zeit. Heißt Demokratie bei uns vorsichtiger Instanzenweg mit sechs Deckungen und Sicherungen, während sie in Washington autokratische Entschlußfreiheit ist?

*

Es gibt Menschen, denen es im Augenblick dringlich erscheint, die „Schuldigen" festzustellen. Die bayerischen Sozialdemokraten rufen nach einem Staatsgerichtshof. Man kann derlei Empfindungen verstehen, wenn man törichte Angriffe auf die neue Regierung liest, die doch nur eine schwierige Situation angetroffen, sie aber nicht geschaffen hat. Doch wäre nichts verhängnisvoller und unwürdiger, als in diesen Tagen der Not unter den Volksgenossen nach den Sündenböcken zu jagen. Diesen traurigen Eifer wollen wir doch lieber den Italienern und Franzosen lassen. Eine harte, offene, unsentimentale Auseinandersetzung wird von der Geschichte verlangt und eingeleitet werden, aber jetzt darf weder das Hosianna von gestern mit einem Kreuziget von heute vermengt werden. Auch der politische Gegner ist Volksgenosse und der Augenblick verlangt nationale Würde.

*

Digitized by Google

Man hat sich in letzter Zeit oft über die Tragweite von Punkt 13 der Wilsonschen Forderungen gestritten: „Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt, und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden." Der anmaßende Aufruf der polnischen Polen deutet diesen Punkt so aus, daß alle ehemals polnischen Landesteile zu einem einheitlichen polnischen Staate mit eigener Meeresküste vereinigt werden sollten. Es läßt sich aber nachweisen, daß dies keineswegs der Auffassung des Präsidenten Wilson entspricht. Als Wilson erstmalig in seiner Ansprache an den Senat vom 22. Januar 1917 die Forderung eines „einigen, unabhängigen und selbständigen" Polens mit einem direkten Ausgang zur See erhob, hat der damalige Kanzler Bethmann Hollweg gegenüber dem amerikanischen Botschafter Gerard der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß aus solcher Forderung so weitgehende Ansprüche abgeleitet werden könnten, wie sie tatsächlich jetzt von unseren Polen erhoben werden. Aber Gerard, der bekanntlich kurz vorher von Amerika zurückgekehrt war und die Auffassungen Wilsons genau kannte, widerlegte die Besorgnis des Kanzlers, wie er selbst in seinem bekannten Werke erzählt mit den Worten: er sei sicher, daß der Präsident mit den Worten von einem einigen und unabhängigen polnischen Staate selbstverständlich nicht das historische Polen, sondern lediglich Kongreßpolen, so wie es durch Deutschland und Österreich konstituiert sei, im Auge gehabt habe, und daß es ihm erst recht nicht eingefallen sei, Preußen eines Hafens zugunsten dieses Polens berauben zu wollen. (My fair years in Germany. S. 269.) Unsere künftigen Friedensunterhändler sollten sich diesen Ausspruch des amerikanischen Botschafters merken, er kann uns wesentliche Dienste leisten.

*

Daß das gleiche Wahlrecht für Preußen gesichert ist — kaum wagt man sich darüber zu freuen. Denn die konservative Resignation ist nur ein Ergebnis des militärischen Druckes im Westen. Foch ist der Überwinder Heydebrands. Wie ganz anders würde im Innern unsere Situation sein, wenn diese Schlußtatsachen der preußischen Demokratisierung aus einem freien Entschluß der Volksvertretung herausgewachsen wäre! Aber es ist das historische Unglück des preußischen Konservatismus, der so bedeutende politische Talente aus sich herausgestellt hat, daß er in den Fragen der inneren Staatsentwicklung nicht aus der Geschichte hat lernen können. An der großen innerstaatlichen Errungenschaft, um die Jahrzehnte vergeblich gekämpft, wird immer die Erinnerung dieser Wochen hängen bleiben.

*

Clemens v. Delbrück ist der Nachfolger des Herrn v. Berg geworden —

Digitized by Google

mancher mag etwas ängstlich sein, daß das Geheime Zivilkabinett des Kaisers mit einer so bedeutenden Persönlichkeit besetzt wurde, weil damit die Institution ein vielleicht unerwünscht starkes politisches Relief erhält. Uns scheint es wertvoll in diesen Zeitläuften an solch menschlich wichtiger Stelle einen Mann zu wissen, der von persönlichem Ehrgeiz frei, höfischer Liebedienerei fremd, ausschließlich den sachlichen Notwendigkeiten des Vaterlandes dienen will. Er hat das Wort von der „Neuorientierung" in Umlauf gesetzt; deren Weg mag er sich im einzelnen anders gedacht haben, aber daß Deutschland innerlich verwandelt aus der Glut des Krieges hervorgehen müsse, das hat gerade er mit am frühesten erkannt und ausgesprochen.

Die Waffenstillstands- und Friedensfrage

Von Dr. Paul Rohrbach

Die anscheinend veränderte Haltung der amerikanischen Politik in der zweiten Note Wilsons hat in Deutschland eine starke Bewegung in dem Sinne hervorgerufen, demütigende und ans Lebensmark Deutschlands greifende Bedingungen weder für den Waffenstillstand, noch für den darauf folgenden Frieden anzunehmen, sondern dann lieber alles dagegen aufzubieten, was an Volkskraft noch vorhanden ist. Daß wir von der Heimat aus noch zu kräftigen Leistungen fähig sind, kräftigeren sicher, als die Gegner glauben, steht außer Frage. Ebenso sicher ist, daß die Regierung den Reichstag und das deutsche Volk hinter sich haben wird, wenn sie auf Grund unmöglicher Forderungen der Gegner uns zum letzten und äußersten Kampf aufruft. Außerdem aber müssen alle kriegstechnisch-militärischen Gesichtspunkte erwogen werden, und diese einzuschätzen, ist Sache der Heeresleitung; für den Rat, den diese der Regierung gibt, trägt sie allein und ausschließlich die Verantwortung. Es braucht daher im Prinzip auch nichts dagegen eingewendet zu werden, wenn die Verhandlungen über den Waffenstillstand direkt zwischen den militärischen Stellen geführt werden sollen. Formell korrekt ist das; im Osten geschah es ebenso, ohne daß von der einen oder der anderen Seite andere Wünsche geäußert wurden. Wir waren völlig Sieger; der Waffenstillstand wurde als Angelegenheit der beiden Heere behandelt; Forderungen in bezug auf Faustpfänder und Räumungen wurden von uns nicht gestellt.

Worauf es ankommt ist nicht die Form, die verlangt, sondern der Geist, der kundgegeben wird. In dieser Beziehung allerdings legt die amerikanische Antwort die Frage nahe, ob die bisher stets wiederholten Reden des Präsidenten, es solle ein gerechter und billiger Friede für alle Teile sein, und es würde nicht Krieg gegen das deutsche Volk, sondern gegen das bisherige politische System in Deutschland geführt, sich mit seiner tatsächlichen Haltung in der Friedensfrage

Digitized by Google

werden vereinigen lassen. Wilson fragt auch mit besonderem Nachdruck, ob wir uns über die Tragweite desjenigen seiner von uns angenommenen 14 Punkte klar seien, der von der Notwendigkeit handle, das (nach ihm am Kriege schuldige) persönliche Regiment des Monarchen zur Verantwortung zu ziehen und es für die Zukunft zu beseitigen. Darauf ist folgendes zu erwidern.

Erstens sind Schäden des persönlichen Regiments während der letzten Regierungszeit zuzugeben. Sie haben aber mehr auf anderen Gebieten gelegen, als gerade dem des Mangels an Verantwortlichkeitsgefühl. Man braucht nur an das Geständnis Sſuchomlinows und Januschkewitschs zu denken, daß durch die inständigen Telegramme des Kaisers zur Erhaltung des Friedens dieses Ziel fast erreicht worden wäre, da der Zar daraufhin Einstellung der russischen Mobilmachung — des entscheidenden Anlasses zum Kriege — bereits befohlen hatte. Wäre die Leitung unserer politischen Propaganda nicht, wie in den meisten übrigen Dingen, so auch hierin blödsichtig und stumpf gewesen, so könnte heute niemand mehr die Schuld am Ausbruch des Krieges einer deutschen Stelle aufbürden. Zweitens sind wichtige, entscheidende Verfassungsänderungen zur Beseitigung des persönlichen Regiments jetzt eben verwirklicht worden. Drittens kann und muß noch verschiedenes geschehen, was die verfassungsmäßigen Garantien weiter verstärkt und wozu es nicht erst einer fremden Anregung bedarf. So muß z. B. das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt werden. Das wäre sogar nur Wiederherstellung des früheren Zustandes, der bis zum Ende der 70er Jahre bestand. Bis dahin bildete das Kabinett einen Bestandteil des Kriegsministeriums. Eine andere Quelle eigenmächtiger militärpolitischer Maßnahmen wird dadurch geschlossen, daß auch der Generalstab unter das Kriegsministerium tritt und die Kommandogewalt in einer Weise reformiert wird, daß z. B. Zabernaffairen zukünftig unmöglich werden. Ein letzter Schritt endlich wäre die Vereidigung aller Militärpersonen nicht nur auf den Kaiser und den Landesregenten, sondern auch auf die Reichsverfassung.

Was wir Wilson antworten werden, wird einheitlich von Regierung und Heeresleitung verfaßt sein, und man darf erwarten, daß es in würdiger und kluger Sprache unseren festen Friedenswillen, aber auch unseren ebenso festen Entschluß bekunden wird, wenn wir entgegen allen Versicherungen des amerikanischen Präsidenten als Nation vernichtend getroffen werden sollen, lieber das äußerste zu wagen und zu ertragen, als uns schimpflich zu übergeben. In der Antwort muß betont werden, daß Wilsons jetzige Forderungen mit seinem Programm des Völkerbundes nicht übereinstimmen. Die Vorbedingung für einen solchen ist, daß keine Nation gedemütigt und vergewaltigt in ihn eintreten muß, weil sonst von Anfang an neuer Kriegsstoff in ihn hineingetragen würde. Es gibt Zumutungen territorialer und anderer Art, die einem großen Volke unter dem

Digitized by Google

Druck einer augenblicklichen Zwangslage einmal aufgenötigt werden können, die es auf die Dauer aber einfach nicht ertragen kann. Wir, die wir in Deutschland während des Krieges nicht im Banne von Alldeutschtum und „Vaterlands"-Partei waren, haben stets, solange unsere Waffen siegreich waren, Protest gegen alle Art von napoleonischer Politik erhoben, die unsere Chauvinisten verlangten, indem sie anderen Völkern gegenüber Ziele der Vergewaltigung aufstellten. Wenn nun aber die Feinde napoleonische Politik gegen Deutschland treiben wollen, so gilt für sie dasselbe: wer das versucht, ladet eine Verantwortung auf sich, die er nicht tragen kann, und scheitert zuletzt. Der Völkerbund ist ein totgeborenes Kind, wenn man ein vergewaltigtes deutsches Volk hineinzwingen will. Er ist nicht möglich ohne den dauernden guten und aufrichtigen Willen aller dazugehörigen großen Völker; soll er dazu dienen, ein solches nur als verstümmeltes und unterworfenes Glied zwangsweise festzuhalten, so liegt der Geruch des Blutes, in dem er ertränkt werden wird, schon in der Luft.

Wir brauchen zwei Dinge: Festigkeit des Sinnes und richtige weltgeschichtliche Perspektive. Wenn wir dies beides haben, so wird jede Verzagtheit fern von uns sein; im Gegenteil, Mut und Hoffnung werden uns erfüllen. Ich sagte schon neulich, Rußlands Sturz und unser Freikommen von dem wachsenden Druck der Gefahr im Osten, die erst unsere Einkreisung ermöglicht hat, sei das beherrschende Ergebnis des Weltkrieges, nicht Deutschlands Schwächung. Deutschland und das deutsche Volk werden wieder emporkommen; Rußland aber gehört der Geschichte an; der Weg zur Staatenbildung zwischen der nördlichen Ostsee und dem Stillen Ozean ist frei geworden, und dies natürliche Einflußgebiet kann uns auf keine Weise dauernd zugesperrt werden. Der weltgeschichtliche Wandel aber ist mit Rußland noch nicht zu Ende. Was war England vor dem Weltkriege und was ist es heute? Vorher war es die erste Weltmacht, stolz und unanfechtbar, unabhängiger in seiner Politik von anderen Mächten, als irgendein Staat der Welt, politisch und wirtschaftlich auf seine eigene beherrschende Weltstellung gegründet. Heute ist es abhängig von seiner einstigen Kolonie, den Vereinigten Staaten; nur bei deren Leitung steht es, was England im Friedensschluß erreicht und was es nicht erreicht haben soll. England ist noch heute besiegt, wenn Amerika seine Hand von ihm abzieht, und das gilt nicht nur für den Augenblick, sondern auch nach dem Kriege wird die englische Politik ihre Abhängigkeit von Amerika dauernd zu fühlen bekommen. England wollte die „deutsche Gefahr" durch den Krieg beseitigen, und es ist heute Amerika gegenüber in einer Lage, im Vergleich zu der das, was die Engländer früher die deutsche Gefahr nannten, eine wahrhaft harmlose Sache war. Dieser tiefe und vom englischen Standpunkt aus verhängnisvolle Wandel in der Weltstellung Englands durch den Krieg ist die Nemesis dafür, daß die herrschende Klasse in England es nicht ertragen konnte, zu sehen, wie

Digitized by Google

Deutschland wuchs und gedieh. Auch wir haben unsere Nemesis; auch unser Volk wird schwer genug dafür gestraft, daß es sich blind von den falschen alldeutschen Ratgebern führen ließ, führen bis in die Lage, in der wir Wilsons 14 Artikel einschließlich der beiden annehmen mußten, die unsere West- und Ostmark mit als Objekte in die Verhandlung über den Frieden hineinbringen — aber wir wissen, daß uns die Kraft der Wiedererhebung innewohnt, möge kommen was da wolle. Wie aber mag einem staatsmännisch und einsichtig patriotisch denkenden Engländer zumute sein, wenn er jetzt die Bilanz des Krieges für sein Vaterland zieht? Dem äußeren Schein nach steht England groß da, in der überseeisch-kolonialen Welt, im Orient, auf den meisten Schlachtfeldern des Weltkrieges, aber gibt es ein Volk auf der Erde, und wenn es heute noch eins gibt, wird es morgen eins geben, das nicht wüßte: dies einst so selbstherrliche England läge am Boden, wenn die Amerikaner, die Tochternation, es nicht gerettet hätten. Die Torheit, die bei uns mächtig war, hat diese Situation herbeigerufen, aber die Rettung wird England nicht billig zu stehen kommen — politisch und ökonomisch.

Es gehört nicht viel Weisheit dazu, um vorauszusehen, daß zwischen England und Amerika auch starke gegensätzliche Interessen vorhanden sind, und daß die Vereinigten Staaten nach dem Kriege nicht zögern werden, ihre Macht auch gegen England zu benutzen. Für England hat sich bis zu einem gewissen Grade das Gegenteil davon verwirklicht, wie für uns: während es vor dem Kriege politisch als einzige Großmacht nach allen Seiten rückenfrei dastand, ist es fortan durch Amerika, teilweise sogar durch Japan, in seinen Entscheidungen gebunden. Für das deutsche Bewußtsein treten diese Dinge im Augenblick hinter unserem eigenen direkten Schicksal zurück; die veränderte Weltlage wird sich aber früher oder später auch für uns geltend machen, und bei richtiger Politik nichts weniger als zu unseren Ungunsten. Die Furcht vor dem, was kommt, ist für die Chauvinisten in England noch ein besonderer Grund, auf unsere völlige Niederdrückung zu bestehen, und es scheint, als ob sie im Verein mit ihren französischen Gesinnungsgenossen auf Wilson Einfluß gewonnen haben. Auch das bekannte Greuelmotiv taucht in Wilsons Antwort wieder auf — immer ein Zeichen, daß man drüben nach einer populären Begründung für eine schroffe Haltung sucht. Sachlich kann, wer den Hungerkrieg billigt, keine Greuelpropaganda gegen Deutschland treiben, für die es überdies in keiner Weise Anhaltspunkte gibt, durch die die Vorwürfe der Note gerechtfertigt würden. Wir werden nun sehen, wie ernst es Wilson in Wahrheit mit dem Völkerbund und dem Weltfrieden ist. Die Macht, ihn heute zu verwirklichen, hat er. Deutschland hat den ehrlichen Beweis geliefert, daß es bereit ist, und die Entente ist nicht imstande, Forderungen geltend zu machen, die der Politik, die Amerika gemacht zu sehen wünscht, widersprechen. Fürwahr eine große Stunde, der wir unverzagt entgegengegen sollen!

Digitized by Google

Die nationale Einheitsfront

Von Dr. Friedrich Thimme 19. Oktober.

Die Sorge um unsere nationale Existenz, die auf einmal riesengroß, atembeklemmend über das viel zu lange in das Gefühl der Sicherheit gewiegte deutsche Volk gekommen ist, kann und muß ein Gutes haben: sie wird uns alle zu einer wirklichen nationalen Einheitsfront zusammenschmieden.

Es ist eine der vielen deutschen Illusionen, daß diese Einheitsfront zumindest in den Augusttagen 1914 bestanden habe. Gewiß, wir waren damals eins in der Auffassung, daß der Krieg uns aufgedrängt sei, wir stimmten laut der Feststellung der Thronrede zu, daß uns nicht Eroberungssucht treibe, wir jubelten alle dem Kaiser zu, als er mit dem schönen Worte, daß er keine Parteien, nur noch Deutsche kenne, den Burgfrieden, das gegenseitige Verstehen und Vertrauen aller Volksklassen und Parteien proklamierte. Aber in Wahrheit ging vom ersten Tage des Krieges eine tiefe Spaltung durch das Volk. Auf der einen Seite lebte in der Sozialdemokratie, so entschlossen sie sich zu der Verteidigung des Vaterlandes bekannte, ein Abscheu vor dem Kriege, auf der anderen jauchzten alldeutsche Kreise: den Riesenkampf, wie die Welt ihn noch nicht gesehen, zu erleben, lohne ein Leben, nun sei es förmlich eine Lust zu leben! Auf der einen Seite erhob sich die Forderung, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung der Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes erreicht sei, und die Gegner zum Frieden geneigt seien, ein Ende gemacht werde durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche. Von der anderen Seite klang es: das Schwert dürfe nicht eher wieder in die Scheide gesteckt werden, als bis das selbstherrliche Recht des deutschen Volkes festgestellt sei, sein Geschick zu bestimmen, sein Gebiet auszudehnen, wie es der Notwendigkeit entspreche, jeden Einspruch zurückzuweisen, der sich der wirtschaftlichen Sicherung unserer Zukunft widersetze.

Der innere Widerspruch zwischen diesen beiden Richtungen trat auch bald im Reichstage offen zutage; schon am 2. Dezember 1914 stellten die bürgerlichen Parteien der wiederholten Forderung der Sozialdemokratie nach der baldmöglichsten Herbeiführung eines Friedens, der geeignet sei, die Freundschaft mit den anderen Völkern wiederherzustellen, die Erklärung entgegen: wir wollen durchhalten, bis ein Sieg errungen ist, der den ungeheuern Opfern entspricht und der uns dauernden Schutz für alle Zeiten gewährleistet. In der Folge hat sich der reine Verteidigungscharakter des Krieges immer mehr verflüchtigt; offen bekannten sich große Parteien zu den Idealen eines Machtfriedens und trugen dadurch einen immer größeren Riß in die nationale Einheitsfront. Vergeblich hat die deutsche Reichsleitung ihr möglichstes getan, um das Auseinanderfallen

Digitized by Google

des deutschen Volkes in zwei feindliche Lager aufzuhalten. Es hatte doch seinen guten Grund, wenn die Regierung die öffentliche Erörterung der Kriegsziele bis in den Spätherbst 1916 verhinderte und die eigenen Äußerungen über dieselben unter Hinweis auf die Bedeutung der Kriegskarte möglichst allgemein hielt. Die Freigabe der Kriegsziele, die bei der langen Dauer des Krieges schließlich nicht zu vermeiden war, hat auch nicht etwa eine größere Einheitlichkeit in der Auffassung des deutschen Volkes herbeigeführt, vielmehr die Spaltung bis tief in die Reihen der bürgerlichen Parteien hineingetragen, innerhalb deren nun auch eine Reaktion gegen den „Machtfrieden" einsetzte. Man erinnere sich nur der schweren und erbitterten Kämpfe um die Friedensresolution des deutschen Reichstages, die die Einheit des deutschen Volkes vollends zerschlagen haben.

Zu den Kämpfen um die Kriegsziele haben sich schon früh die Streitigkeiten um die Kriegsmethoden, vor allem um den U-Boot-Krieg, gesellt. Auch die innerpolitischen Probleme, die der Krieg heraufführte, haben die Schärfe der im Volke bestehenden Spannungen und Gegensätze noch vermehrt. Rein äußerlich stimmten ja alle Parteien in dem Satze überein, daß ein Volkskrieg getragen sein müsse von einem wirklichen Vertrauen auf die breiten Massen des Volkes. In Wirklichkeit haben die rechtsstehenden Parteien bei jedem Versuche der Regierung, das Vertrauen durch die Tat, durch eine Erweiterung der Volksrechte, durch eine stärkere Betonung des Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsrechts des Volkes zu beweisen, Einspruch erhoben. Zu den leidenschaftlichsten Kämpfen kam es, als die Krone das gleiche Wahlrecht in Preußen auf den Schild erhob. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob nicht die rechtsstehenden Parteien sich von dem Momente an, wo die Krone sich zu dem gleichen Wahlrecht bekannte, den Widerstand gegen dasselbe, der doch über kurz oder lang zusammenbrechen mußte, aus patriotischen Gründen, um der Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes willen hätte aufgeben sollen. Wir wollen auch nicht fragen, ob es nicht ein schwerer Fehler von ihnen war, den Kampf gegen den leitenden Staatsmann, der von Anfang an sich mit allen Kräften abgemüht hat, die beiden sich immer offener befehdenden Lager des deutschen Volkes zusammenzuschließen, mit einer Heftigkeit zu entfesseln, die doch das Staatsgefüge selbst bedrohen mußte. Unter seinen Nachfolgern ist es jedenfalls nicht besser, sondern schlimmer, viel schlimmer um die Einigkeit des Volkes geworden. Diese innere Zerrissenheit des deutschen Volkes hat ja vielleicht seine Leistungen in dem Weltkriege nicht wesentlich beeinträchtigt, aber sie hat doch bei unseren Feinden immer neue Hoffnung und neue Kraft zum Ausharren erweckt. Verhängnisvoll war es auch, daß durch die sich fast von Tag zu Tag schärfer gestaltenden inneren Kämpfe die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes nur zu sehr von der sich immer mehr umdüsternden militärischen und politischen Gesamtlage abgelenkt wurde. Nur so konnte es

Digitized by Google

geschehen, daß wir in dem Moment der letzten Kanzlerkrise, der zugleich den Tiefpunkt unserer nationalen Einheitsfront vorstellte, so jäh von der Wucht der Ereignisse überrascht wurden.

Plötzlich und unvermittelt ist nun dem deutschen Volke die Binde von den Augen gerissen worden. Es erkennt, daß es lange, ohne es zu ahnen, einem tiefen Abgrund entlang geführt ist, und daß es sich in seiner Blindheit um Dinge gestritten hat, die gegenüber der großen Frage der Selbstbehauptung gar keine Bedeutung haben durften. Alle annexionistischen Kriegsziele, alle Träume von einem Machtfrieden sind mit einem Schlage zerstoben. Heute ist mit einem Male das Programm der Linken des reinen und nackten Verteidigungskrieges, das auf der Unversehrtheit unseres Besitzstandes beruht, zur Plattform aller Deutschen geworden. Auch die innerpolitischen Reformen sind wie über Nacht dem Hader der Parteien entrückt worden. Nachdem die Konservativen, die Nationalliberalen und das Zentrum einstimmig beschlossen haben, sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu stellen, seiner Durchführung jedenfalls keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen, kann mit voller Sicherheit vorausgesagt werden, daß die bevorstehenden Abstimmungen im Herrenhause und im Abgeordnetenhause sich ohne alle weiteren Kämpfe vollziehen werden. Ja, selbst die völlige Umbildung der bisherigen Regierungsform, ein Ereignis von ungeheurer, noch immer kaum zu übersehender Tragweite, geht mit einer Raschheit und Selbstverständlichkeit von statten, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Man wird es den rechtsstehenden Parteien nachfühlen können, wie bitter schwer es ihnen werden muß, ihren Einspruch gegen eine Umwandlung zurückzuhalten, die so viel von dem hinwegfegt, was sie hoch und heilig hielten. Aber auch in ihren Reihen ist endlich das Gefühl übermächtig geworden, daß jetzt nur noch in der Herstellung der vollen Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes, die bisher doch nur ein Phantom war, unsere Rettung beruhen kann. So ist durch die höchste Not des Vaterlandes, die nun vor aller Augen offen daliegt, zum ersten Male die Möglichkeit einer wirklichen nationalen Einheitsfront gegeben.

Man fürchte nicht, daß diese Einheitsfront dadurch gebrochen werden könne, daß viele Deutsche über die Möglichkeit, aus Wilsons Händen einen erträglichen Frieden entgegenzunehmen, skeptisch dachten, und seit Wilsons zweiter Note, aus der nicht der Wille zu einem Rechtsfrieden, sondern zu einem Gewaltfrieden blickt, erst recht skeptisch denken. Auch diejenigen, welche den von unserer Heeresleitung selbst erwogenen und verantworteten Friedensschritt heute für verfehlt halten, werden ihn vielleicht einmal segnen, gerade dann, wenn er fehlschlägt. Denn zeigt es sich, daß unsere Feinde dieses unser Friedensangebot verschmähen und in ihrem Vernichtungswillen beharren, dann wird es auch dem letzten, dem

Digitized by Google

allerletzten Deutschen klar sein, daß schlechterdings nur noch eins bleibt: sich mit dem Mute und der Entschlossenheit eines Ebers, der von den Hunden umstellt ist, bis aufs äußerste zur Wehr zu setzen. Schon jetzt spricht, oft in ergreifender und herzbewegender Weise, diese Erkenntnis aus der großen Fülle von Aufrufen und Kundgebungen, die von allen Seiten an das deutsche Volk ergehen. Verharrt Wilson dabei, auch das letzte Entgegenkommen, zu dem wir uns in unserer Antwort anschicken, mit Füßen zu treten, so wird es sich erst zeigen, was in Wahrheit der furor teutonicus bedeutet. Nicht der leiseste Zweifel ist erlaubt, ob auch unsere Volksregierung, deren Rechtsboden doch gerade in dem Gedanken ruht, auch das höchste Opfer von dem Volke, wenn es not tut, zu verlangen, die Entschlossenheit haben werde, zum letzten Aufgebot zu rufen. In manchen der Aufrufe werden ja Stimmen der Ungeduld laut, weil die Regierung nicht jetzt schon, während sie mit allen Kräften nach einem ehrenvollen Frieden strebt, die Organisation der nationalen Verteidigung in die Hand nimmt. Aber da jeder Schritt der Regierung im Einklang mit der Heeresleitung geschehen ist und geschieht, so darf man sicher sein, daß mit der scheinbaren Zurückhaltung nichts Wesentliches versäumt wird. Wir glauben und vertrauen, daß die Regierung, wenn keine Möglichkeit eines die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes wahrenden Friedens bleibt, mit einer Energie handeln wird, die alle Zweifler beschämt. Nicht umsonst sitzen in ihr Männer, die wissen, wie man mit dem Volke zu sprechen hat, wenn man alles von ihm verlangen muß. Gerade der „Vorwärts" hat in der letzten Zeit mehrfach Töne von einer Wucht gefunden, wie man sie noch in keinem bürgerlichen Blatt vernommen hat.

Die Stunde naht, wo es sich entscheiden muß, ob die mit Wilson eingeleiteten Verhandlungen dem schwergeprüften deutschen Volke den Frieden bringen werden, oder ob ein letzter und äußerster Verteidigungskampf nötig bleibt. In diesen schicksalsschweren Augenblicken hat das deutsche Volk nichts Wichtigeres zu tun, als sich innerlich schon, Mann für Mann, in die nationale Einheitsfront einzustellen und alles zu unterlassen, was diese Front stören könnte. Es darf nicht sein, daß von irgendeiner Seite Mißtrauen gegen die Volksregierung gesät wird. Sie ist nun einmal da, geboren letzten Endes aus der Erkenntnis des deutschen Volkes, die sogar von dem Träger der Krone geteilt wird, daß nur noch eine wahre Volksregierung, die den rücksichtslosen Mut hat, dem Volke in Wahrheit und Selbstkritik völlig klaren Wein einzuschenken, das bittere Ende eines nationalen Zusammenbruchs von uns fernhalten kann; sie wird getragen von dem Vertrauen der breiten Volksmassen, und ihr entgegenwirken, hieße nur die Bedingungen verschlechtern, unter denen — vielleicht — der letzte Kampf aufzunehmen ist. Es darf nicht sein, daß um die weitere Parlamentarisierung und

Digitized by Google

Demokratisierung gehadert wird. Wir haben uns zu ihr entschlossen in der Erkenntnis, daß der Friede nicht erreicht werden kann, wenn wir uns in diesem Punkte der ganzen Welt entgegenstemmen, und daß ebensowenig ohne sie eine Zusammenfassung der ungeheuren Kräfte möglich ist, die noch im Schoße des Volkes ruhen. Nun müssen wir auf dem eingeschlagenen Wege vorwärts, ohne auf das Vergangene zurückzuschauen; so lieb und teuer es vielen von uns war. Es darf endlich ebensowenig sein, daß hüben und drüben die Frage mit Leidenschaft erörtert wird, wer denn eigentlich Schuld an dem Umschwung der Kriegslage habe. Nichts kann törichter, ja, man muß den harten Ausdruck gebrauchen, verbrecherischer sein, als jetzt der leidigen Schuldfrage nachzugehen, über die doch nie eine einheitliche Auffassung des Volkes herbeizuführen sein wird, und die nur die Einheitsfront von neuem gefährden könnte. Noch wird in dieser Beziehung viel, viel zu viel gesündigt; so mancher der zahlreichen Aufrufe und leider selbst der Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hält sich nicht frei von verletzenden Vorwürfen und Beschuldigungen. Heute sollte gegenseitige Amnestie selbstverständliche Pflicht sein! Möge ein jeder Deutscher in dieser Zeit an die eigene Brust schlagen und sich fragen, ob nicht er selbst mitschuldig sei, daß die Dinge in unserm Vaterlande nicht so gegangen sind, wie sie sollten? Ob er immer bereit genug gewesen ist, um der gemeinsamen Sache des Vaterlandes willen die nötigen Opfer an liebgewordenen Anschauungen und Gewohnheiten zu bringen? Ob er in jedem Augenblicke seine ganze Kraft, sein volles seelisches Vermögen restlos in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat? Ach, die wenigsten Deutschen werden vor sich und dem Vaterlande bestehen können, wenn sie so ihr eigenes Verhalten mit rückhaltloser Selbstkritik prüfen. Nur ein solcher ernster und entschlossener Wille aller Deutschen, die Schuld für das Verabsäumte und Verfehlte in unserer Kriegführung bei sich und nur bei sich zu suchen, allen Hader und allen Streit dahinten zu lassen und nun das eigene Selbst wirklich restlos in dem großen Ganzen aufgehen zu lassen, kann die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes sichern und vollenden, von der alles abhängt. Gar nicht eindringlich genug kann den Deutschen heute das Wort ihres Dichters eingeprägt werden: In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne! Selbsterkenntnis und Selbstüberwindung, opferfreudige Hingabe an die gemeinsame Sache, Mut, Tatkraft und Entschlossenheit, ein stolzes Freiheitsgefühl, das keine Knechtschaft erträgt, das sind die Sterne, die das deutsche Volk heute aus seiner Brust hervorholen und mit denen es die große nationale Einheitsfront bilden muß, die das höchste und einzige Gebot der Stunde ist.

Digitized by Google

Was wir müssen

Von Professor Dr. Philipp Stein.

Wir müssen hart werden gegen uns, hart bis zur schmerzenden Rücksichtslosigkeit. Wir waren vor dem Kriege voller Illusionen, und viele bestritten ihr ganzes politisches Denken entweder mit der patriotischen oder mit der radikalen Phrase. Wir sind auch in den Krieg voller Illusionen gegangen. Trotz aller Enttäuschungen von jenen Tagen an, an denen England, entgegen der Meinung unserer Staatsmänner, in die Reihen unserer Gegner eintrat, an denen Italien zuerst die Bundespflicht verletzte und dann brach, haben wir immer und immer wieder uns den freien Blick und den klaren Willen von Illusionen umnebeln lassen, sind wir trotz aller Beteuerungen und Reden ebensowenig frei von Sentimentalitäten wie von Illusionen geblieben. Jetzt ist wohl auch dem Harmlosesten unter uns die letzte Illusion zerstoben.

Wir müssen lernen und wagen, die Tatsachen zu sehen wie sie sind und sie in ihrer sachlichen Bedeutung anerkennen, auch wenn sie bitter schmerzen und uns vor die letzte Schicksalsfrage stellen.

Der Krieg war von Anfang an auf Sein oder Nichtsein gestellt. Das hat unser Volk nur in den ersten Zeiten der Begeisterung in der ganzen Wucht der Schicksalsnotwendigkeit empfunden, dann haben wir, da wir ein militärisches, aber kein kriegerisches Volk sind und unser erstes und letztes Kriegsziel der Schutz der heimischen Erde war, im Innern vergessen, daß alles und jedes und alle und jeder sich dem einen, den Krieg zu gewinnen, unterordnen mußte. Heute geben unsere Feinde uns eine Probe, was sie unter Verständigungs- und Rechtsfrieden, Gleichberechtigung der Völker, Selbstbestimmungsrecht der Nationen verstehen. Diese schönen Dinge sollen für alle Völker gelten, mit Ausnahme der Deutschen, aus dem einen Grunde, weil keines der anderen Völker mehr für die Gründer und Schirmherren des Völkerbundes gefährlich und zu fürchten ist, wenn Deutschland nicht bloß geschlagen, sondern auch zerschlagen ist. In Reden und Proklamationen wird zwar gesagt, daß Deutschland das Recht an diesen Gütern verwirkt habe, weil es ein, nein der Verbrecher am Weltfrieden sei, der von den Weltrichtern in eine harte, aber gerechte und ihm sogar zuträgliche Strafe zu nehmen sei. Wir haben politische Wolkenkuckuckskinder unter uns, die das sogar glauben; andere, denen vergißmeinnichtblaue Sentimentalität doch noch nicht den letzten roten Blutstropfen verfärbt hat, werden entrüstet das scheinheilig nennen und von Pharisäern sprechen. Sachlich aber ist es nichts anderes als menschenkluge Politik, die sittliche Entrüstung als starke Waffe kennt und anwendet.

Digitized by Google

Unsere Gegner wollen uns nicht bloß militärisch besiegen und wirtschaftlich niederringen, sie wollen uns derart demütigen, daß wir auf die nächsten Menschenalter hin beschimpft und beschmutzt sind und weder uns im Gefühl der Scham zur politischen Tat aufzuraffen vermögen, noch von irgend einer anderen Macht als bündnisfähig angesehen werden. Sie fürchten auch ein besiegtes Deutschland noch. Es könnte zum Sammelpunkt aller der Weltherrschaft der Engländer und Amerikaner überdrüssigen Völker werden. England hatte mit dem Zusammenbruch Rußlands, der ihm zunächst störend war, für die Zukunft aber es von einem gefährlichen Gegner befreite, mit der Eroberung Bagdads, Mesopotamiens, Südpalästinas und Arabiens, mit der Besetzung unserer Kolonien, mit der Zerstörung unseres Außenhandels, mit der Schwächung seiner Bundesgenossen, seine wichtigsten sachlichen Kriegsziele erreicht. Seitdem kämpft es nicht den Franzosen zuliebe, sondern um seines eigenen Prestiges willen. In klarer Erkenntnis, daß sein Ruf, sein Besitz und seine Weltherrschaft gefährdet ist, sobald Deutschland als starke Macht aus dem Kriege hervorgeht, denn dann müssen und werden die Wogen des Hasses und der Verleumdung zurückfluten, dann hat der dumpfe Groll der Bundesgenossen, Hilfsvölker und Neutralen einen Halt, zurückzuschnellen und England zu treffen.

Unsere Gegner wollen uns keine Demütigung ersparen und werden, wenn wir die erste hingenommen haben werden, bis zur letzten und äußersten gehen. Haß und Hochmut der Franzosen werden dabei die Mittel, kühle Rechenkunst der Briten die Ziele bestimmen, moralische Selbstgefälligkeit der Amerikaner die Worte wählen.

Demgegenüber bleibt uns heute, wie am ersten Kriegstage keine andere Wahl, als zwischen zwei Müssen: Kampf bis zum äußersten mit Zusammenraffung und Straffung der gesamten Volkskraft, oder ein Unterwerfen unter den Willen unserer Gegner.

Die erste Vorfrage für die Entscheidung zwischen den beiden Müssen ist eine militärische: Haben wir genügend Kräfte und Kampfmittel, den Krieg, auch nach Ausscheiden unserer Verbündeten mit Aussicht auf Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichts oder eines Umschwunges der strategischen Lage weiterzuführen? Unsere Heeresleitung hat darauf die Antwort zu geben.

Die nächste ist eine wirtschaftliche: „Sind wir wirtschaftlich in der Lage, den Krieg fortzusetzen?" Für die Lebensmittelversorgung stehe ich nach meiner Kenntnis der Dinge und Erfahrungen seit Kriegsbeginn keinen Augenblick an, nach dem Ergebnis unserer diesjährigen Ernte diese Frage zu bejahen, auch bei weiterer Verminderung oder gar dem Ausfall der ausländischen Zufuhren. Für die Rohstoffversorgung fehlt mir für ein sicheres Urteil die eindringende Kenntnis der Vorräte und der Möglichkeiten der Erzeugung wie der Beschaffung von

Digitized by Google

Ersatzstoffen. Die Erfahrungen der Kriegsjahre geben aber guten Grund, für die kriegswichtigen Rohstoffe die Frage ebenfalls zu bejahen.

Die letzte und vielleicht wichtigste Frage ist eine Frage an die Seele des Volkes. Wird das Volk bis zum letzten Mann und zur letzten Frau den Geist des Widerstandes bis zum äußersten wieder lebendig werden lassen?

Kein Volk besteht aus lauter Helden. Heldenmut ist keine Alltagstugend; sie ist immer und überall nur einzelnen zu eigen. Aber sie ist nicht auf bestimmte soziale Schichten beschränkt oder hat etwas mit Rang und Würde und Titeln zu tun. Wir haben tapfere Menschen, Männer und Frauen, genug in allen Schichten, die als Führer ihren Kreis um sich scharen, die den Willen haben, in den Stunden der Gefahr das Kommando zu übernehmen und die Schwankenden, Lauen, Gleichgültigen mit sich fortzureißen. Wenn es anders wäre, hätten wir den Krieg im Innern nicht zwei Jahre ertragen. Ein Volk, das in mehr als vier Jahren über sich hat ergehen lassen müssen, daß eine schwache Regierung ängstlich auf Verstimmungen lauschte, Stimmung zermürbte, statt Stimmung zu schaffen und zu leiten, ein Volk, dessen Zeitungen und Parteien in wüstem und wirrem Zanken sich befehdeten und sich begeiferten, den alten, eklen und albernen deutschen Streit um des Kaisers Bart bis zu des Kaisers Barthaaren fortsetzte und das doch nicht in Grund und Boden verdorben ist, hat wahrlich den Beweis für Mut und Nervenkraft erbracht.

Unser Volk wird in dem Augenblick wieder Mut und Entschlossenheit auch äußerlich zeigen und nicht bloß innerlich bewähren, sobald seine leitenden Personen mutig und entschlossen sein werden. Das kann in der heutigen Zeit der Massenwirkungen, gegenüber den ungeheuren, geordneten Mächten unserer Gegner nicht durch flammende Reden eines Häufleins aufrechter und tapferer Menschen geschehen, das muß das einheitliche, alle Kräfte zusammenfassende Werk einer zur Tat entschlossenen Regierung sein. Die neue Regierung will eine Volksregierung sein. Ist sie es in Wahrheit, empfindet sie den Herzschlag des Volkes in lebendigem Verwachsensein unmittelbar als eigenen Schlag, dann muß sie des Volkes Kraft zur heldischen Größe im Kampf, oder wenn es sein muß, zur heldischen Tragik im Ertragen zur Höhe emporreißen.

Fällt die Entscheidung von Heeresleitung und Regierung für den Krieg bis zum äußersten, dann muß und wird das ganze Volk aufstehen, nicht bloß, wie damals, die Jugend der Freiwilligen.

Verneinen unsere verantwortlichen Stellen die Fragen, dann müssen wir den Weg des Schicksals gehen bis zum letzten, aufrecht und ungebeugten Mutes.

Vor hundert Jahren hat England den Haß der Welt über Frankreich geworfen. Die Briten haben Napoleon gefangen nehmen und unschädlich machen können, und doch wurde der Lebensgedanke dieses einen Mannes wieder lebendig,

Digitized by Google

überstrahlt die Sonne seines Ruhms das magere Kerzenlicht seiner britischen Überwinder. Ein Volk von 70 Millionen kann man nicht dauernd fesseln und binden, nicht unschädlich machen, auch wenn man es gleich einem Wild kunstgerecht zerlegen möchte. Bleibt unsere Arbeitskraft und unser nationaler Wille ungebrochen, dann ist alles heut verlorene zu ersetzen und wiederzugewinnen. Wir waren vor dem Kriege die Arbeiter in der Welt; unser Fleiß hat die anderen in ihrem Lebensbehagen gestört und hat sie spöttisch halb und halb bewundernd uns fürchten oder bemitleiden lassen. Wir waren im gewissen Sinne die Juden der Welt! Unser Fleiß wird bleiben, die wirtschaftlichen Nöte werden uns dazu zwingen. Trotz des Aberwitzes des Zwistes um Schuld, des gegenseitigen Anklagens, trotz der feigen Schmarotzerei vor allem Fremden, die auch jetzt schon wieder deutsche Bedientenseelen — und leider durfte natürlich auch der deutsche Professor nicht darunter fehlen — vor Herrn Wilson die Weihrauchkessel schwingen läßt — der staatliche Zusammenhang der deutschen Stämme ruht auf festem Grund. Bismarck hat mit überlegener Kenntnis der Menschen und namentlich seiner deutschen Mitbürger seine Schöpfung in den finanziellen Interessen der Reichsglieder, der Einzelstaaten, der Bauern, der Industriellen wie der Arbeiter und kleinen Leute verankert. An seinen Einnahmen, und wenn es nur wenige Hundert Mark im Jahr im Haushalt des Altersrentners sind, sollte der letzte Mann den Nutzen seiner Zugehörigkeit zu dem Reich rechnerisch merken und begreifen, das war der tiefste staatsmännische Sinn seiner Zoll- und Finanzpolitik wie seiner Sozialpolitik. Deshalb gilt in Not und Gefahr das Lutherwort: „Das Reich muß uns doch bleiben."

A. E. I. O. U.

Von Dr. Theodor Heuß.

19. Oktober.

Austria erit in orbe ultima — Österreich wird bis ans Ende der Welt dauern! Man wägt das alte stolze Wort in diesen Tagen mit seltsamer Mischung der Gefühle, da Europas Staatendämmerung die Grundmauern des Habsburgerreiches erschüttert. Das alte Österreich ist nicht mehr; die Zähigkeit seines Lebenskampfes, die schon dutzendmal die Todesanzeige nachträglich verhöhnt oder doch ironisch beiseite schob, hat die alten Formen hinter sich geworfen und sucht nach neuen. Österreich will weiterleben, auch als Staat, als Großstaat; die Träger seiner Tradition geben die äußere Gemeinsamkeit nicht auf, die Dynastie sucht nach Formen, in denen das Habsburger Haus mit den Völkern, die ihm durch Jahrhunderte verbunden waren, verkettet bleibt. Die Welt steht, auch die deutsche Welt, mit zwiespältigen Empfindungen diesem inneren Ringen und Drängen gegenüber. Kann der alte Staat, nachdem er so viel versäumt hat, in dieser

Digitized by Google

europäischen Krise noch den völligen Umbau seiner Konstitution vornehmen, führt nicht die Lockerung des Gefüges, die ehedem eine Hilfe für das freie Zusammenwachsen der Nationen hätte werden können, heute zwangsläufig zur Sprengung aller Bande der Gemeinsamkeit, soll überhaupt der Versuch gemacht werden, diesen auseinanderdrängenden Staatsgliedern den Zwang ihrer geographisch-wirtschaftlichen Vergliederung zu predigen? Der Vater der tschechischen Bewegung, Palacky, hat ja das oft zitierte Wort geprägt, man müsse Österreich erfinden, wenn es nicht vorhanden wäre. Daraus sprach der politische Nationalismus eines maßvollen Kulturpolitikers. Aber die Nachfahren Palackys wollen Österreich so wenig erfinden, als die Erben von Deak und Andrassy noch wahr haben wollen, daß der Dualismus, so unglückselig die Konstruktion der Delegationen ist, den Magyaren eine fabelhafte Position in Europa gab: auch sie schnüren das Bündel, erklären den Dualismus für erledigt und richten sich darauf ein, eine kleine selbständige Nation zu werden. Die Dämonie des Nationalismus durchglüht die Volkskörper, aus denen der alte Staat gebildet, und selbst die Deutschen, bislang immer mehr österreichisch als deutsch, „Staatsnation", die den anderen den Aufbau ihrer Verwaltung, Schule, des Heeres und der Justiz besorgt hatten, die in dem Gefühl, daß der Zentralismus und die geschichtliche Verpflichtung eine Art von Mission des Deutschtums im österreichischen Gesamtverband verlange — auch sie wenden sich zu ihrer nationalen Basis zurück und nehmen für sich das „Selbstbestimmungsrecht" der Nationen in Anspruch.

Der Grundgedanke des kaiserlichen Manifestes ist richtig: der österreichische Föderalismus konnte nicht auf eine „Länderautonomie" abheben, auf eine Verselbständigung der alten Kronländer; so wichtig diese als Verwaltungseinheiten geschichtlich geworden sind, sie mußten durch die nationale Verlagerung gesprengt werden. Es muß, wenn man an den Bestand Österreichs glaubt, die „nationale Autonomie" zur Unterlage eines Staatsgedankens gemacht werden, etwa wie Renner das beschrieb. Aber ist es nicht zu spät? Hat nicht selbst ein von Hause aus so überzeugter Großösterreicher, wie dieser bedeutende sozialdemokratische Publizist, den Glauben an die Erhaltungskräfte der alten Monarchie verloren und sich innerlich darauf eingestellt, daß Deutsch-Österreich aus der slawischen Verflechtung sich herausschäle und zum Deutschen Reich sich zurückfinde?

Es ist kein Zweifel, daß innerhalb der Deutschen Österreichs dieser Gedanke in den letzten Monaten und Wochen außerordentlich stark gewachsen ist. Selbst ein Mann wie Otto Bauer, der eine Zeitlang in der Wiener Arbeiterbewegung eine von Bolschewismus durchsetzte Internationalität vertreten hat, bekennt, daß bei der Auflösung Österreichs in Nationalstaaten und Wirtschaftsautonomien Deutsch-Österreich in die engste Wirtschaftsverbindung mit dem Reiche treten müsse. Die

Digitized by Google

Deutschen Nordböhmens, immer noch unter dem Druck der tschechischen Ansprüche und Drohungen, fordern den Anschluß an das Reich, und auch in den Alpenländern hat diese Strömung Boden gewonnen. Die Revision des Bismarckschen Werkes ist nicht mehr eine deutschradikale Spezialität, sondern eine Volksmeinung.

Dadurch aber hat das Problem eine seltsame Verknüpfung mit der internationalen Lage erhalten. Die Zertrümmerung Österreichs, die eines der Hauptziele der Entente gewesen ist, schien in Washington, Paris und London im Augenblick nicht mehr die dringendste Forderung zu sein — daß in Rom Sonnino eine nüchterne Beurteilung, eine Ablehnung der slawischen Aspirationen sich immer bewahrt hatte, ist bekannt. In der Entente fürchtet man, daß ein völliger Auseinanderfall Österreich-Ungarns zwar Mitteleuropa als staatliche Gruppe schwächen, die Rückkehr der Deutsch-Österreicher aber zu ihrem großen Volkshintergrund im Reiche das Deutschtum in der Mitte Europas an sich kräftigen und das deutsche Volksbewußtsein für manche Opfer und Enttäuschungen entschädigen werde. Wien richtete sich demgemäß ein. Man will dort wissen, daß die Entente den Bestand eines zwar geschwächten, aber doch einheitlichen Österreichs wünsche, und deshalb hat Hussarek seinen Versuch gemacht, mit vier Nationalstaaten, Deutschen, Tschechen, Ruthenen und Südslawen (Illyrien) den Grundriß eines Bundesstaates zu entwerfen.*) Auf die Polen Westgaliziens hat er dabei verzichtet, vielleicht in der Hoffnung, auf diesem Wege, durch den Entschluß Warschaus, doch noch zu etwas wie einer austro-polnischen Lösung zu kommen.

Der Neuaufbau des föderalisierten Österreichs soll durch die „Nationalräte" geschehen, durch die nationalen Gruppen innerhalb der Reichsratsvertretung. Es wird also vorausgesetzt, daß diese Gruppen, die neben der eigenen inneren Konsolidierung auch Verkehr und Abrede mit den Nachbarnationen übernehmen. Hier aber meldet sich die Skepsis nach dem, was die letzten Wochen gebracht haben: die Tschechen und Südslawen haben sich an den Beratungen überhaupt nicht mehr beteiligt. Ihr modus procedendi war, den Weiterbestand des Gesamtstaates einstweilen suo iure zu verneinen. Und sie können auch im Augenblick gar nicht daran denken, sich mit Hussareks Programm abzufinden.

Man weiß, daß bei den Tschechen mit dem Anspruch auf ihr legendares „böhmisches Staatsrecht", das eine Beherrschung der Deutschböhmen in sich schlösse, die nationalistischen Aspirationen auf die slovakischen Nordkomitate Ungarns sich vereint haben. Die Magyaren sind deshalb immer ihre bösen Feinde gewesen, und sie denken auch heute noch nicht daran, den österreichischen Föderalisierungsprozeß für sie verbindlich zu betrachten (bildet er doch den Anlaß für sie, die Bin-

*) Wilsons eben eingetroffene Note muß diese Wiener Regierungserwartungen enttäuschen.

Digitized by Google

dungen der 67er Ausgleichs einseitig aufzuheben). Die Tschechen aber hoffen noch eben so sehr auf die Zerschlagung der Länder der Stephanskrone, wie auf die Anerkennung ihrer „historischen" Anrechte auf Deutschböhmen — Masaryk ist in Washington und London ihr einflußreicher Fürsprech. Sie stützten sich in ihren Erwartungen dabei auf die Entwicklung der südslawischen Frage. Denn im Südwesten der Monarchie haben die Slovenen die Verbindung mit den Kroaten gefunden: das Programm Budapests, Dalmatien mit Kroatien-Slavonien zu vereinigen, stellt sich von ihrer Seite erweitert dar und um so mehr, als die Wiederherstellung Serbiens und Montenegros durch den Zusammenbruch der Salonikifront ein Schritt um Schritt nordwärts strebender Kriegsvorgang geworden ist. Das nationalistische Element, bisher durch konfessionelle und leichte sprachliche Verschiedenheiten zerschlissen, hat einen enormen inneren Zustrom erfahren, seit die Durchbruchsschlacht von Görz vor einem Jahre die Bedrohung durch den verhaßten Italiener verscheucht hat. Gegen Roms ostadriatische Bestrebungen nahmen die Südslawen die deutsche und ungarische Unterstützung gern in Anspruch — nun dieser Titel aus der Rechnung gestrichen ist und die Entente sich zum Begründer des einheitlichen Südslawenstaates aufgeworfen hat, empfingen die separatistischen Ziele, die sich von Wien wie von Budapest abkehren, einen unerhörten Auftrieb.

Es ist im Augenblick, zumal für eine Wochenschrift, äußerst schwierig, sich auf den fast täglichen Wechsel der politischen Szenerie einzustellen, es ist aber auch müßig, etwa geopolitische Betrachtungen derart zu vertiefen, daß die Habsburger Monarchie nicht nur das zufällige Ergebnis einer unbekümmerten Heiratspolitik darstellt, sondern, sieht man von dem galizischen Vorland ab, zwischen den Sudeten, Beskiden, Karpathen, den Balkanbergen und dem Alpenwall ein geschlossenes Gebilde war und ist. Daß diese Länder das Siedlungsgebiet so mannigfaltiger, an Art, Temperament, Wirtschaft und Sprache verschiedener Völker geworden ist, darüber mag man klagen, mag man die Geschichte der Wanderungen, der Kolonisationen anklagen. Aber das ist so völlig nutzlos, wie im Augenblick ein prophetischer Nationalismus, der auf die tiefe Erregung der Nationalitäten ein kluges System geistiger Ausgleiche, wirtschaftlicher Lehren, historischer Betrachtungen stülpen wollte. So innig unser eigenes Staatenschicksal mit der Entwicklung im Südosten des Reiches verknüpft ist, wir sind jetzt Zuschauer geworden, mit unseren Empfindungen bei den Deutsch-Österreichern, die, endlich geeint, vor schwersten Entschließungen stehen, mit unserem Verstand aber auch bei den Magyaren, die, in schwierigster Zwangslage, noch schwanken, ob sie eine europäische Nation bleiben wollen (und das ist ihnen nur in der Anlehnung an das Deutschtum möglich), oder eine Rasse, die den Stolz ihrer Vergangenheit in der Romantik nationaler Sondertümelei einschließt.

Digitized by Google

Ein Ausweg

zur Beseitigung der Ursachen von Konflikten wegen Machtfragen

„Neutrale Kolonien" und „Offene Tür"

Von E. D. Morel

Die Übersetzung dieses in der „Continental Times" abgedruckten Artikels wurde uns durch Herrn Ludwig Deuß (Hamburg) gütigst zur Verfügung gestellt.

Ein Abkommen für die Internationalisierung der Handelsbetätigung in den außereuropäischen Besitzungen der Kolonialmächte und für die Neutralisierung dieser Besitzungen selbst würde drei, möglicherweise vier Fünftel der Ursachen von Konflikten wegen Machtfragen zwischen den Staaten beseitigen.

Von seiten der Regierungen würde es einen nicht geringe Selbstüberwindung erfordernden Entschluß bedeuten, aber ihrer Bevölkerung würde materieller Gewinn daraus erwachsen, ganz abgesehen von dem ungeheuren Vorteil, der den Völkern aus der Ausmerzung des hauptsächlichen Streiterregers in den internationalen Beziehungen erstehen würde. Und wenn es gelänge, die europäischen Regierungen dazu zu bringen, soweit zu gehen, so wäre es verhältnismäßig leicht, diesen Grundsatz auf China, Persien und andere Teile Asiens und Afrikas zu übertragen, die zwar von Eingeborenen-Regierungen ohne direkte Vormundschaft beherrscht, aber doch, dem europäischen Einfluß zugänglich, von diesem geleitet werden. Mit anderen Worten: wenn ein solches Abkommen möglich wäre mit Bezug auf die kolonialen Besitzungen, dann könnten gewiß auch Abmachungen getroffen werden, daß in unabhängigen Gebieten Asiens und Afrikas keine exklusiven kommerziellen oder politischen Vorteile mehr verfolgt würden, — welch letztere meist nur als Deckmantel für die ersteren zu dienen haben.

Mit dem Ausdruck „Internationalisierung kaufmännischer Tätigkeit in den Besitzungen der Mächte" meine ich, daß die Angehörigen aller europäischen Staaten auf gleicher Grundlage in jeder deren kolonialen Besitzungen in Wettbewerb sollen treten können, es sei im Handel, in Industrie, im Bankgeschäft, im Bergbau, in Schiffahrt oder irgendeinem anderen Zweige legitimer Unternehmungen. Ich will damit sagen, daß Vertreter aller Nationalitäten, denen daran liegt, mitzudingen, die gleichen Rechte haben sollen bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten, und wenn sie es wünschen, sich mit Kapital an Unternehmungen, die dergleichen Kapitalien benötigen, in den Besitzungen der verschiedenen Mächte unbehindert zu beteiligen.

Es ist nicht beabsichtigt, daß die lokale Verwaltung einer kolonialen Besitzung keine Abgaben von europäischen Unternehmungen erheben sollte, um dadurch ihre Einkünfte zu vermehren, aber wohl, daß solche Abgaben, welche Form sie auch annehmen mögen, ohne jeglichen Unterschied auferlegt werden sollen. Noch geht mein Vorschlag dahin, daß die Verwaltung selbst internationalisiert werden soll.

Der Gegenstand meiner Betrachtungen hat noch eine andere Seite, nämlich die Behandlung der Eingeborenen-Rassen. Wenn wirtschaftliche Nebenbuhlerschaft zwischen den kolonisierenden Mächten in unentwickelten oder zum Teil unentwickelten Gebieten der Erdoberfläche beseitigt werden könnte, so würde auch Recht und Unrecht mit Bezug auf die Eingeborenen-Rassen größere Beachtung und mehr Mitgefühl

Digitized by Google

durch die Regierungen erfahren. Gegenwärtig werden die Eingeborenen-Rassen schonungslos der Nebenbuhlerschaft der Regierungen geopfert, und zwar zum größten Teil völlig zwecklosserweise. Und dabei haben die Regierungen noch nicht erkannt, daß die Verübung oder die Duldung moralischen Unrechts, das den Eingeborenen angetan wird, in höchst verderblicher Weise gerade jene wirtschaftlichen Interessen berührt, für welche diese Regierungen sich mit allen Mitteln einsetzen. Solange die europäischen Regierungen diese afrikanischen und asiatischen Länder als Gebiete für die Erlangung von Privilegien und Monopolen betrachten, wie es hinter verschlossenen Türen zugunsten eines verschwindend kleinen Bruchteiles ihrer respektiven Staatsangehörigen betrieben wird, solange werden diese Länder fortfahren, eine der Hauptursachen europäischer Unruhe und europäischer Rüstung zu bleiben, und solange werden ihre Einwohner geopfert werden, und zwar nicht nur geopfert in unrechtmäßiger und unmoralischer, sondern auch in höchst bornierter Weise, ohne den geringsten Vorteil für die europäischen Völker und ausschließlich rein äußerlicher und selbstsüchtiger Interessen wegen.

Mit der Neutralisierung der Besitzungen selbst beabsichtigt Schreiber dieses die Fernhaltung aller Operationen eines europäischen Krieges von diesen Überseegebieten. Dieses war auch schon beabsichtigt durch die Kongo-Akte, die sich auf einen bedeutenden Teil des afrikanischen Kontinents erstreckte. Aber diese Vorsorge, wie überhaupt alles andere, ging in diesem Kriege längst über Bord. Welche Aussicht auf Erfolg, wird der Skeptiker ausrufen, hat denn aber die Ausdehnung dieses Grundsatzes in einem noch größeren und tatsächlich universalen Maßstab nach dem Kriege, oder welchen Nutzen hätten solche Abmachungen? Jede Aussicht auf Erfolg und immensen Nutzen, sage ich, — wenn nur die öffentliche Meinung sich in der Zwischenzeit dieses Problems gehörig annehmen wollte, und in der Tat die allerbeste Aussicht, aus einer Mehrzahl von Gründen! Die Berlin-Brüsseler Akte, die die Neutralisierung des Kongo-Beckens festlegte, war vor dem Kriege schon so häufig dem Buchstaben und dem Geiste nach verletzt worden, daß man sagen kann, sie sei ein toter Buchstabe von Beginn ab gewesen; der Krieg selbst hat indes viele gewichtige Argumente zugunsten der Neutralisierung afrikanischer und asiatischer Besitzungen hervorgebracht. Wenn die Leidenschaften abgekühlt sein und der Sinn für ruhige Betrachtung sich bei den Völkern wieder eingestellt haben wird, so glaube ich nicht, daß die britische und französische Regierung besonders stolz auf, und in ihrem Innersten beruhigt über, die schließliche Wirkung ihrer Handelsweise sein werden, Asiaten und Afrikaner importiert zu haben, um ihre Schlachten auf den Gefilden Europas zu schlagen. Die Erfahrung wird ihnen die zweifelhafte Weisheit, diese Politik verfolgt zu haben, ohne Zweifel klar machen.

Es würde verkehrt sein, zu behaupten, daß die Neutralisierung der europäischen Übersee-Besitzungen von seiten Englands kein Opfer erfordern würde. Auf der anderen Seite würde indes die Internationalisierung kaufmännischer Tätigkeit in ihren Besitzungen zu ihrem Vorteil gereichen, auf grund ihrer eigenen kommerziellen Erfahrungen. Es ist natürlich und augenscheinlich, daß in Kriegszeiten die kolonialen Besitzungen jeden europäischen Staates derjenigen Macht, welche die See beherrscht, auf Gnade und Ungnade überliefert sind. Ihre Neutralisierung würde daher auf seiten Englands den Verlust eines Vorteils bedeuten, welchen seine Macht zur See ihm gewährleistet. Lassen Sie uns die Tatsache offen und ehrlich betrachten. Lassen Sie auch uns selbst, mit dem gleichen Bestreben ehrlich mit uns selbst zu sein, fragen, ob die freiwillige

Digitized by Google

Aufgabe jenes Vorteils in Wirklichkeit die Lebensinteressen des britischen Volkes beeinträchtigen würde, und auch, ob es auf die Dauer von den Mächten Europas erwartet werden kann, daß sie sich mit einer Lage abfinden, die alle ihre überseeischen Unternehmungen in Kriegszeiten in britische Abhängigkeit bringen würde. Heute ist dies ohne Zweifel eine deutsche Beschwerde, aber gestern war es noch eine französische Beschwerde, morgen wird es vielleicht eine von allen Seiten erhobene Beschwerde sein! Der Weg, diesem Problem zu begegnen, kann nicht mit Rücksicht auf die Beschwerde dieses oder jenes Staates bei einer besonderen Gelegenheit gefunden werden, wohl aber im Hinblick auf die Zukunft Europas, auf die Menschheit und auf England selbst. Von den Mächten des Festlandes kann niemals erwartet werden, daß sie zu Lande auch nur im geringsten abrüsten, noch weniger, daß sie von der Absicht lassen, uns zur See ebenbürtig zu werden, solange ihre Übersee-Politik von unserem guten Willen und von unserem Vergnügen abhängig bleibt.

Die Sicherheit eines Inselreiches, dessen Nervenzentren von der Zufuhr von außen abhängen, kann niemals aufs Spiel gesetzt werden, ohne die radikale Entfernung der Ursachen, welche diese Sicherheit in Frage stellen könnten, und ebenso wenig kann ein Inselreich in einer zukünftigen Welt, wo der Mensch zunehmende Macht über die Luft gewinnt, mit Sicherheit für sich selbst das Recht in Anspruch nehmen, eine unkündbare Hypothek auf die außereuropäische Tätigkeit Europas zu behalten, mit anderen Worten: „Imperialistische Politik" zu treiben! Aber gerade dieses war und ist heute noch die Quintessenz britischer Staatskunst.

Wenn nicht wörtlich, so doch in der Wirkung, sprechen wir Briten zu den Mächten Europas: „Ihr könnt eine Übersee-Politik treiben, wenn ihr wollt; ihr könnt Besitzungen erwerben, Geld hineinstecken, einen großen Handel darin aufbauen und dergleichen mehr, wann ihr wollt, — aber, wenn ihr je so töricht sein werdet, euch mit uns nicht gut zu stellen (to fall foul of us), so werdet ihr begreifen, daß wir diese Besitzungen prompt annektieren werden." Die meisten Engländer glauben heute noch, daß dieser Krieg seinen Grund in dem Wunsche Deutschlands habe, seinen Willen in Europa den europäischen Staaten zu diktieren. Es sind ohne Zweifel von einigen Deutschen Ansichten geäußert worden, die, logisch verdolmetscht, nichts anderes besagen; aber in unserem eigenen Falle beanspruchen wir, mit voller Überlegung und als das natürlichste Ding von der Welt, kraft unserer Übermacht zur See, den anderen europäischen Mächten ihre Politik zu diktieren! Mir erscheint es daher ganz unmöglich, daß ein besseres Europa aus der Asche des alten erstehen könnte, solange dieser Anspruch die Grundlage unserer auswärtigen Politik bildet, noch daß wir bis ins Unendliche fortfahren können, diese Politik mit Sicherheit für unser eigenes Land oder Reich zu verfolgen.

Großbritannien ist in der Lage, die Führung in der Frage der Neutralisierung der kolonialen Besitzungen (dependencies) zu übernehmen; auch ist es klar, daß eine derartige große Reform nicht ohne seine Zustimmung vollzogen werden kann. In der Frage der Internationalisierung kommerzieller Tätigkeit in den Besitzungen, wie hier dargelegt, wäre es an Frankreich, das erste Wort zu sprechen, da es nächst England das größte überseeische Reich besitzt und es als eine Art protektionistischen Reservats betrachtet. Aber auch Deutschland würde darein zu willigen haben, Opfer zu bringen, denn es müßte natürlich ein deutsches quid pro quo vorhanden sein.

Die Internationalisierung des kolonialen Handels würde den ersten Schritt zur Unterminierung des Schutzzolles in Europa selbst bedeuten. Beides, so-

Digitized by Google

wohl in seiner Übersee-Politik, wie in seiner Heimpolitik, muß Europa allmählich zum Freihandel übergehen, oder fortfahren, in seinem Busen den Keim zu internationalen Streitigkeiten zu nähren. Gegenwärtig scheint es fast, als ob die herrschenden Klassen, durch kapitalistische Interessen getrieben und am Ende ihres Witzes, wie die am meisten hervortretenden kraftvollen Elemente der öffentlichen Meinung mit den Schrecken und Verlusten des Krieges auszusöhnen, sehr eifrig dabei sind, erneute wirtschaftliche Konflikte vorzubereiten, die, noch verstärkt durch das Hineintragen der Leidenschaften, die die Zeit mit sich bringt, damit zugleich neue politische Konflikte und vermehrte Rüstungen herbeizuführen geeignet sind.

Denn diese unbestreitbare Wahrheit möge sich tief in die Gemüter aller Völker einprägen: Wenn, nachdem die Kanonen aufgehört haben zu donnern, der Gifthauch des Wirtschaftskrieges — tariff war — nachfolgt, dann sind die Hoffnungen der Menschheit, die darin gipfeln, daß diese fürchterliche Katastrophe die letzte ihrer Art gewesen sein möchte, schmählich zuschanden geworden. Denn, würden auch die europäischen Grenzen, als eine Folge dieses Krieges, auf die, den völkischen Bedingungen am meisten entsprechende Art und mit der größten politischen Gewissenhaftigkeit aufs neue festgelegt und umgemodelt, und der sogenannte „tariff", — der zum eigenen Vorteil und zum Schaden eines anderen Volkes errichtete Schutz — und die kolonialen Monopole blieben bestehen, oder würden gar noch verschärft durch einen weiteren künstlichen Abschluß der Völker gegen einander, — so bliebe damit auch die fundamentalste aller Ursachen internationaler Reibungen unvermindert fortbestehen!

Stellen Sie sich aber vor, eine Brise reiner, gesunder Luft zöge durch die muffige Atmosphäre staubiger, verknöcherter Kanzleien, und stellen Sie sich diese Menschen vor, wie sie, erschreckt und aufgerüttelt durch die Folgen ihrer eigenen verflossenen Unzulänglichkeiten, nicht mehr giftigen Trank zusammenbrauten, sondern heilenden Balsam bereiteten, um die Wunden zu verbinden und zu heilen, die sie bisher der Menschheit geschlagen haben — wir könnten dann vielleicht auch noch erleben, daß in diesen Kanzleien sich ein Keim von Vernunft zu einem solchen lebendigen Bündel greifbarer Vorschläge, wie den nachstehenden, entwickeln würde:

„Auf die Dauer von, sage 25 Jahren — ein Abkommen sollte niemals zeitlich unbeschränkt sein —, verpflichtet sich die britische Regierung zur fortgesetzten Aufrechterhaltung der Politik der „Offenen Tür" in allen britischen Besitzungen. Sie willigt ein für diesen Zeitraum auf die Vorzugsstellung, die ihr durch die Dominions gewährt wird, zu verzichten. Die französische Regierung verpflichtet sich gleichfalls, die Politik der „Offenen Tür" einzuführen und sie für die gleiche Zeitdauer aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung verpflichtet sich ebenfalls, die Politik der „Offenen Tür" in allen kolonialen Besitzungen, die als Folge der Friedensbedingungen in ihrem Besitz verbleiben würden, aufrecht zu erhalten und fernerhin den ersten Schritt zu tun zur Herbeiführung europäischer Handelsfreiheit — free trade — durch gleichmäßige Herabsetzung ihrer Schutzzölle — home tariff — allen Ländern gegenüber!" —

eine Maßnahme, die den Alliierten in erster Linie zugute käme, da sie es sind, die das umfangreichste Geschäft mit Deutschland zu machen pflegten. In Worte gekleidet würde die britische Regierung zur deutschen sagen:

„Wir garantieren euch eine Fortsetzung derjenigen gleichen kommerziellen Behandlung im Vereinigten Königreich und in den britischen Besitzungen, deren ihr euch stets erfreut habt. Ein viertel Jahrhundert lang werdet ihr dadurch von der Furcht vor einem wirt-

Digitized by Google

schaftlichen Schutzwall — tariffwall — um das britische Reich herum befreit sein. Als einen Beweis unserer Aufrichtigkeit sind wir selbst bereit, auf die Vorzugsstellung, die uns durch unsere sich selbst verwaltenden Dominions zugebilligt wurde, zu verzichten. Als Gegenleistung erwarten wir Reziprozität, beides in euren kolonialen Besitzungen und in euren Heimmärkten. Soweit es eure Heimmärkte betrifft, erkennen wir an, daß ihr eure Schutzzölle — tariff — nicht auf einmal werdet abschaffen können, aber sie sollten in angemessener Weise ermäßigt werden. Durch diese Vorschläge verlangen wir von euch erheblich weniger, als wir euch selbst stets bewilligt haben und was wir unter den genannten Bedingungen bereit sind, euch auch fernerhin zu bewilligen. Wir begreifen und würdigen das wirtschaftliche Problem, dem ihr gegenübersteht; aber wir fühlen, daß das britische Volk und das britische Reich genügend groß und genügend stark sind, diesen Vorschlägen Ausdruck zu verleihen, in dem ernstlichen Bestreben, zukünftige internationale Verwicklungen fernzuhalten."

Indem die britische Regierung so handelte, würde sie den Grund legen zu internationaler Verständigung und dabei ihr eigenes Volk von all den Schwächen und der Beschränkung bewahren, die allem Protektionismus innewohnt; dagegen wird Deutschland ihr im Austausch nicht unwesentliche Zugeständnisse gewähren.

Also: statt einer weiteren Behinderung des menschlichen Verkehrs, statt weiterer Pläne und Bestrebungen zur Herbeiführung menschlicher Bitternisse, wird hier Aussicht geboten auf Anbahnung der Freiheit des menschlichen Verkehrs und ihre Befestigung, da, wo solche Freiheit schon besteht; — Aussicht auf die Sprengung der Wälle schädlichen Protektionismus, wo solche vorhanden, — Aussicht auf die Einleitung der ersten ernstlichen Bestrebungen, die schließliche wirtschaftliche Freiheit der Völker herbeizuführen!

Welche Alternative bietet der Menschheit am meisten? Welche ist die weiseste?

Wie steht es nun mit Frankreich? Welche Vorteile würde die Einführung freiheitlicher Handelsgrundsätze in seinem afrikanischen und asiatischen Reiche ihm bringen? Welche Nachteile würde es zu erleiden haben? — „Frankreich" würde keine Nachteile erleiden, „Frankreich" würde dagegen unschätzbare Vorteile erringen! Ein paar spezifische Franzosen würden allerdings davon betroffen werden, denn eine gewisse verderbliche Art von Politikern, Journalisten und Finanzleuten, die bisher der Fluch der dritten Republik waren und die sich von kolonialem Jobber mästet, würde beschäftigungslos werden, und zwar zum dauernden Vorteil politischer Sauberkeit daheim und administrativer Anständigkeit in den französischen Besitzungen. Andererseits ist es aber eine Tatsache, daß fast alle großen französischen Exportfirmen zugunsten kolonialen Freihandels gestimmt sind, und ebenso viele der erfahrenen französischen Administratoren in den Kolonien selbst. Besonders ist solches in französisch West-Afrika der Fall, wo die hervorragendsten Anstrengungen Frankreichs gemacht werden und wo der größte Umfang französischen kolonialen Handels erzielt worden ist. Die französisch-westafrikanischen Kaufleute sind taub gegen Protektion, sie widerstreben stets einer Vermehrung differentialer Zölle und Taxen. Die französischen Besitzungen selbst würden reicher werden und prosperieren mit dem Verschwinden des differentialen Zolltarifs. Ihr Handel würde sich sprungweise vermehren und als eine natürliche Folge würden die Einkünfte zunehmen, die auf öffentliche Arbeiten, Sanierung, Agrikultur und Eingeborenen-Fürsorge verwandt werden könnten. Der ganze Charakter des französischen Übersee-Betriebes würde in wohltuender Weise beeinflußt werden!

Die wesentlichste Bedingung für Deutschlands industrielle Erfordernisse sind und waren während der letzten zwei Dekaden freie Märkte übersee; wenn es keine freien Märkte

Digitized by Google

überſee unter fremder Flagge erlangen kann, muß Deutſchland für ſich ſelbſt Überſee-Gebiete erwerben. Nur bei vollſtändiger Vernichtung des deutſchen Volkes — und dieſe iſt nicht möglich, und wäre ſie möglich, nicht wünſchenswert — könnte man einen Weg finden zur Durchführung des Problems, aber gewiß nicht dadurch, daß man es ignoriert!

Zweifellos würde es zum Vorteil des deutſchen Volkes gereichen, wenn es freie Überſeemärkte erlangen könnte ohne eigene territoriale Verantwortung. Aber dieſe Erwägung beiſeite gelaſſen, auf welcher logiſchen Grundlage könnte „Frankreich" ſich herausnehmen, zu „Deutſchland" zu ſagen:

„Ich mit meinen 40 Millionen Menſchen beanſpruche das Recht, 4½ Millionen Quadratmeilen Land in Afrika zu beſitzen, wo ich eure Ware mit Differentialzöllen belege; und ich beanſpruche weiter das Recht, dieſe Beſitzungen noch zu vergrößern. Aber ich verweigere euch mit euren 65 Millionen Menſchen, bei zunehmender Bevölkerung und zunehmendem Außenhandel das Recht, auch nur einen Zoll afrikaniſchen Bodens zu beſitzen."

Oder wodurch könnte England ſich das Recht anmaßen, zu Deutſchland zu ſprechen: „Meine Flagge weht über ein Fünftel der Erdoberfläche; aber obgleich eure Bevölkerung größer iſt und ſich ſchneller vermehrt als die meinige, wie auch euer Handel, ſo verweigere ich euch nicht nur das Recht, einen Zoll afrikaniſchen Bodens zu beſitzen, ſondern beanſpruche für mich das Recht, wann immer es mir beliebt, meine ganzen enormen Domänen mit einem Wall von Schutzzöllen gegen euch abzuſchließen."

Auf dieſem Wege liegt nicht Frieden, ſondern endloſer Streit; nicht Staatskunſt, ſondern Wahnſinn; nicht Erleichterung und Erlöſung für die Völker Frankreichs, Englands und Deutſchlands, ſondern vermehrte Laſten!

* * *

Soweit Herr Morel. Deutſchland iſt von jeher für die offene Tür in ſämtlichen Kolonien und für die Neutraliſierung der Kolonien eingetreten. Leider iſt wenig Ausſicht vorhanden, daß die dankenswerten Vorſchläge des Herrn Morel auf der Seite unſerer Gegner Gegenliebe finden. Steht doch England gerade jetzt ſelbſt im Begriff, Vorzugszölle für ſeine Kolonien einzuführen, und haben, wie Lord Curzon kürzlich im Oberhauſe ausführte, ſowohl Frankreich als auch die Vereinigten Staaten zu erkennen gegeben, daß ſie keineswegs geſonnen ſind, die gegenwärtig in den Kolonien dieſer Staaten beſtehende Bevorzugung des Mutterlandes aufzuheben, daß ſie eher geneigt ſind, dieſe zu verſchärfen. Die Stimmung in Frankreich geht dahin, die Erzeugniſſe der Kolonien dem Mutterlande vollſtändig zu reſervieren, alſo ein Handelsmonopol des Mutterlandes zu ſchaffen.

Abgeſehen davon, iſt auch keinerlei Ausſicht vorhanden, daß ein Vorſchlag des Herrn E. D. Morel in England praktiſche Bedeutung erlangt. Morel iſt einer der wenigen Engländer, die ſich nicht nur auch während des Krieges die Unabhängigkeit und Schärfe ihres Urteils erhalten, ſondern die auch den Mut haben, ihre Überzeugung auszuſprechen. Da er offen dafür eingetreten iſt, daß die Schuld am Ausbruch des Krieges nicht bei Deutſchland allein liegt, ſondern daß die Mächte der Entente zum mindeſten in gleichem Maße daran beteiligt ſind, wird Morel in England als Vaterlandsfeind angeſehen und iſt wegen Verſendung einer derartigen Flugſchrift ins Ausland mit 6 Monaten Gefängnis beſtraft worden. Die ganze Preſſe bezeichnet ihn als von Deutſchland beſtochen, als deutſchen Spion.

Obwohl wir den Ausführungen des Herrn Morel hinſichtlich der Internationaliſierung der Handelsbetätigung und der Neutraliſierung der Kolonien durchaus beiſtimmen, können

Digitized by Google

wir dies leider bezüglich seines Bestrebens auf allgemeine Einführung des Freihandels und insbesondere auf Beseitigung der Schutzzölle in Deutschland nicht tun. Hier liegt eine Reihe von Schwierigkeiten vor, die Herr Morel nicht genügend kennt oder nicht genügend berücksichtigt. Die erste dieser Schwierigkeiten deutet er selber an, indem er nur von der „Herbeiführung europäischer Handelsfreiheit" spricht. Die Zeiten sind vorüber, in denen wir es nur mit dem Handel innerhalb Europas zu tun hatten — wir stehen im Zeichen des Weltverkehrs. Wie denkt sich Herr Morel die Regelung des Verhältnisses zu den amerikanischen Staaten, wenn Deutschland den Staaten Europas Freihandel gewährt? Die Schwierigkeiten für Abschaffung der Schutzzölle in Deutschland liegen weniger auf industriellem Gebiete als auf dem Gebiete der Lebensmittelzölle. Die Erfahrung dieses Krieges hat von neuem gezeigt, wie ungeheuer wichtig und notwendig es ist, daß ein in so gefährdeter geographischer Lage befindlicher Staat wie Deutschland imstande ist, den Lebensmittelbedarf seiner Bevölkerung im Inlande selbst zu erzeugen. Auch England hat sich ja während des Krieges entschlossen, zur Stärkung seiner Landwirtschaft Mindestpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gesetzlich zu garantieren. Schon hieraus geht hervor, daß Deutschland auf keinen Fall der landwirtschaftlichen Erzeugung der Überschußstaaten freie Einfuhr gestatten kann. Die deutsche Landwirtschaft muß unter allen Umständen leistungsfähig erhalten bleiben.

Aber auch selbst eine Abschaffung der Industriezölle ist so lange undenkbar, wie gerade unsere Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, England und die Vereinigten Staaten ihre Arbeiter-Gesetzgebung nicht auf dieselbe Höhe wie die unsrige gebracht und sich die deutsche Unfall- und Sozialversicherungs-Gesetzgebung im vollsten Maße zu eigen gemacht haben. Frauen- und Kinderarbeit ist in England nur wenig, in den Vereinigten Staaten gar nicht eingeschränkt, während sie in Deutschland gesetzlich geregelt und aus gesundheitlichen Rücksichten stark eingeschränkt ist. Gerade die billigen Arbeitskräfte stehen also in Deutschland nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung. Was die Sozialversicherung betrifft, so ist diese in den Vereinigten Staaten überhaupt noch nicht, in England dagegen nur in beschränktem Maße eingeführt. Die Belastung der deutschen Industrie durch die sozialen Lasten ist indes eine derartige, daß die in England und den Vereinigten Staaten gezahlten höheren Löhne dadurch mehr als ausgeglichen werden. Bevor in dieser Beziehung ein internationaler Ausgleich geschaffen ist, kann Deutschland an die Aufhebung seiner Schutzzoll-Gesetzgebung nicht denken.

Leider konnten wir aus Raumrücksichten den zweiten Teil des Artikels nicht zum Abdruck bringen, in welchem E. D. Morel sich mit denjenigen seiner Landsleute, besonders Sir Harry Johnston, auseinandersetzt, welche gegen eine Rückgabe der eroberten deutschen Kolonien auftreten. Morel hält den Vorschlag für schlecht und undurchführbar. Die deutsche Herrschaft in Afrika sei nicht erheblich schlechter gewesen als diejenige anderer Mächte. In der deutschen Verwaltung sei nichts vergleichbar der scheußlichen Tragödie, die sich im Kongostaat und im französischen Kongo abgespielt hat. Der Guerillakrieg gegen die Hottentotten in Südwestafrika sei allerdings durch manche Grausamkeit charakterisiert worden, aber das sei nicht weniger der Fall in Kriegen anderer Nationen in Afrika. Die deutsche Herrschaft in Afrika hätte zwar ihre Mängel gehabt, sei aber ständig vervollkommnet worden, und die beiden letzten deutschen Kolonialsekretäre seien ehrliche Reformatoren gewesen. Besonders zu loben sei an der deutschen Kolonialverwaltung, daß sie stets an der Beibehaltung der Offenen Tür für den internationalen Handel festgehalten habe. Die Ausschließung Deutschland sei auch überdies kurzsichtig: Selbst wenn die Alliierten in der Lage wären, Deutschland bei Friedensschluß den Ausschluß vom Ko-

Digitized by Google

lonialbesitz aufzuerlegen, so würden sie dadurch nicht zu dauerndem Frieden, sondern zur Erneuerung des Konfliktes die Saat legen. Eine elementare Kraft, wie sie sich im deutschen Volke verkörpert, könne nicht hermetisch abgeschlossen werden, man brauche z. B. nur das Problem der Zukunft der französischen und deutschen Oberhoheit in Afrika im klaren und kalten Lichte der Zahlen zu betrachten, um zu erkennen, wie unfruchtbar der Gedanke ist, einen dauernden Frieden zu erwarten von Bedingungen, die an der fiskalischen Politik Frankreichs in Afrika nichts ändern, Deutschland dagegen gänzlich von Afrika ausschließen. Auch sei es ausgeschlossen, die industrielle Fähigkeit des deutschen Volkes zu vernichten, die von Sir H. Jonston beabsichtigte Strafe der Ausschließung Deutschlands vom Kolonialbesitz würde daher nicht allein eine Strafe für das deutsche Volk, sondern ebenso sehr für das britische und französische Volk bedeuten.

Die deutsche Demokratie und das Randstaatenproblem

Von Axel Schmidt.

Staatssekretär Solf hat in einer Rede vor einigen Monaten den Brest-Litowsker Frieden einen „Rahmen" genannt, dessen Inhalt in seinem Ausdruck noch nicht festgelegt sei. Schneller als manche erwartet haben, ist durch die Ereignisse im Westen, aber ebenso durch die Demokratisierung Deutschlands das Randstaatenproblem wieder aufgerollt worden. Jetzt gilt es, auf neuer Grundlage neue politische Gerüste zu errichten. Der jetzige Reichskanzler hat es als eine seiner ersten Aufgaben bezeichnet, den Randstaaten einheimische Verwaltungen zu schaffen, die in möglichst kurzer Zeit dort das deutsche militärische Regiment imstande wären abzulösen. Durch diese Stellungnahme will Deutschland restlos zu seiner alten Parole, der Befreiung der Randvölker vom russischen Joch, zurückkehren, der seinerzeit Reichstagsabgeordneter Haußmann in seiner großen Reichstagsrede am 10. Oktober 1917 solch beredten Ausdruck verliehen hat:

„Aber die Siege Hindenburgs sollten auch denen die Augen geöffnet haben, die ganz vom nationalen Egoismus verblendet waren. Hindenburg und Ludendorff haben im Osten Staatengebilde aus den Angeln gehoben und die Geschicke ganzer Völker erneut zur Entscheidung gebracht, die schon alle Hoffnung verloren hatten. Aber unsere Siege würden fruchtlos bleiben, hätten wir sie als engherzige Nationalisten erfochten. Nicht nur die erlösten Völker und die, die noch der Erlösung harren, die ganze rechtgesinnte Welt fragt uns: Kommt ihr als Unterdrücker oder als Befreier? Darauf können Worte und Proklamationen allein die Antwort nicht geben — das kann nur die Tat: Wir müssen Zeichen geben, daß wir würdig sind, für die Völkerfreiheit zu kämpfen — einen Anspruch, den die Feinde zu Unrecht erheben. Das können wir nur, wenn wir die deutsche Freiheit aufrichten und es vor aller Welt deutlich machen, daß wir nicht im Westen die Zustände einzuführen beabsichtigen, die wir im Osten beseitigen wollen!"

Wir sind natürlich auch jetzt noch in Finnland, Baltenland, Litauen, Polen und Ukraine bereit, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, aber wir wollen nicht mehr länger den Aufbau der dortigen Staatswesen in eigene Regie nehmen, sondern

Digitized by Google

es den dortigen Völkern überlassen, sich selbst ihr Haus zu zimmern. Sollte aber von einem der Völker der Wunsch verlautbart werden, auch die Sache der äußeren und inneren Ordnung selbst in die Hand zu nehmen, so sollten wir nicht zögern, diesem Wunsche Folge zu leisten. Sehr wahrscheinlich dürfte solch eine Bitte freilich nicht sein. Denn die furchtbaren Progrome in den von uns nach dem Brest-Litowsker Zusatzvertrage kürzlich geräumten Gebiete zeigt, welch eine Gefahr den Randstaaten von Osten her noch droht. Unter solchen Umständen brauchen wir nicht zu fürchten, daß wir nach Aufgabe der Verwaltung nur die Rolle der unbeliebten Gensdarme spielen würden. Im Gegenteil, wenn wir den dortigen politischen Führern die Verwaltung des Landes überließen, so würden wir uns aus der Schußlinie der Kritik der einheimischen Bevölkerung zurückziehen können und als Bringer von Ordnung und Ruhe umsomehr an Beliebtheit zunehmen, je mehr die Bevölkerung erkennen wird, daß auch ihre Führer bei dem Aufbau des Staatswesens unausbleiblich Fehler begehen werden. Für ein gutes Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und den Randstaaten würde es förderlich sein, wenn der Reichstag aus seiner Mitte einzelne Abgeordnete, die sich bisher schon für das Randstaatenproblem interessiert haben, dorthin entsenden würde, um in direkte Beziehungen mit der einheimischen Bevölkerung zur Kenntnisnahme ihrer Wünsche und Bedürfnisse zu treten.

Dringend notwendig ist es, daß die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Übergabe der Verwaltung möglichst schnell geschieht; auch auf die Gefahr hin, daß der neue Verwaltungsapparat zuerst nicht ganz glatt liefe. Angefangen müßte natürlich mit der Wiedereinsetzung der Selbstverwaltung in Stadt und Land werden. Ist erst diese wieder in Gang gebracht, so kann auf diesen Staatszellen weiter gebaut und auch an die Einberufung eines provisorischen Wahlkörpers gedacht werden, der den staatlichen Aufbau zu vollenden hätte. Unbedingte Voraussetzung dazu freilich wäre, daß die, namentlich im Baltenlande und Litauen, aber auch in der Ukraine geknebelte örtliche Presse Freiheit bekäme. Dieser Abbau der bisherigen militär-politischen Verwaltung, die es ganz und gar nicht verstanden hat, uns in der Bevölkerung Sympathien zu erwerben, läge nicht nur im Interesse der Randstaaten, sondern auch in deutschem Reichsinteresse. Sonst könnte es uns leicht geschehen, daß uns auf der Friedenskonferenz, falls sie jetzt zustande käme, alte Rechnungen aus Isenburgs und anderen Zeiten präsentiert würden.

Am einfachsten steht die Sache in Finnland und der Ukraine. Beide besitzen bereits eine eigene Verwaltung und in beiden sind wir von der einheimischen Regierung gegen den Bolschewismus zu Hilfe gerufen. Unsere Truppen stehen dort als Bundesgenossen und nicht als Okkupationsarmee. Viel verwickelter liegt es in Polen. Den polnischen Staat haben wir zwar in der Theorie schon

Digitized by Google

seit lange anerkannt. Da wir uns aber mit Österreich-Ungarn über die äußere Form des polnischen Staatswesens nicht einigen konnten, haben wir ihn in praxi in der Luft hängen lassen. Das rächt sich jetzt bitter, indem der zur Untätigkeit verurteilte politische Geist in Polen chauvinistische Orgien zu feiern anfängt und sich sogar Wünsche gegen das Land der Befreier zu regen beginnen. Wollen die polnischen Kreise, die bisher mit Mitteleuropa gingen, unseren militärischen Schutz gegen die drohende bolschewistische Gefahr beibehalten, so werden sie ernstlich daran denken müssen, zwischen sich und diesen chauvinistischen Elementen einen dicken Trennungsstrich zu ziehen, sonst könnte auch die deutsche Geduld einmal reißen. Wir sind nicht nur heute, sondern auch in Tagen unseres Glückes stets für ein lebenskräftiges Polen eingetreten — weswegen wir jederzeit energisch gegen deutsche Amputationsgelüste polnischer Gebiete aufgetreten sind — aber ebenso muß jetzt auf der anderen Seite der Wille ersichtlich werden, zu verhindern, daß sich nicht polnische Hände nach preußischem Besitze ausstrecken.

Zum Schluß noch einige Worte über das Baltenland. Hier muß möglichst rasch und gründlich mit dem Schein gebrochen werden, als ob geplant wäre, die Esten und Letten zu germanisieren. Es muß dort eine nordische Schweiz entstehen, in der Esten, Letten und Deutsch-Balten zum Wohle der Heimat gemeinsam arbeiten können. Unumgängliche Vorbedingung dafür wäre, daß die kulturellen Erfordernisse der Völker getrennt verwaltet würden und der wirtschaftliche Besitzstand gewährleistet wird. Dann kann dieses Gebiet, befreit vom russischen Joch, eine große wirtschaftliche Blüte erleben, zumal es im deutschen Nachbarn stets einen guten Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Produkte finden wird.

Wird jetzt schnell und herzhaft, unter Abkehr von jeglichen alldeutschen Rezepten, die neue Bahn betreten, so könnten wir den Randstaaten viel bieten. Deutschland hätte dann im Osten, statt widerwillig an sich gefesselte Gebiete, selbständige Gebilde zu Nachbarn, die um so mehr bei Deutschland Rückendeckung suchen würden, als der russische revolutionäre Gärungsprozeß nicht so bald vorübergehen dürfte. Diese neue Aufgabe der Schaffung selbständiger Randstaaten kann aber nur ein demokratisches Deutschland, das sich innerlich von allen Expansionsgedanken losgesagt hat, übernehmen, weil nur ein solches bei den Randvölkern den Glauben an unsere Aufrichtigkeit erwecken kann. Mag auch das Bild, das wir in den Brest-Litowsker Rahmen hineinzuzeichnen versucht haben, merklich anders aussehen, als viele es sich bisher in Deutschland gedacht haben, so bildet doch die Auflösung des russischen Weltreiches, dessen Druck bisher auf Deutschland schwer gelastet, den unzerstörbaren Gewinn des Weltkrieges.

Digitized by Google

Notizen

Ein bemerkenswertes englisches Buch über die elsaß-lothringische Frage hat der englische Historiker Coleman Philippson unter dem Titel „Elsaß-Lothringen, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft" soeben im Verlage von T. Fisher Unwin in London erscheinen lassen. Das Buch, das von einem großen Teile der englischen Presse eingehend besprochen wird, zeichnet sich nicht nur durch wissenschaftliche Gründlichkeit, sondern insbesondere dadurch aus, daß der Verfasser bemüht ist, mit seinem Urteile über den Parteien zu stehen und lediglich auf Grund des gewonnenen Tatsachenmaterials sein Urteil abzugeben.

Er geht davon aus, daß nicht einmal in Frankreich Einmütigkeit bestehe über die zukünftige Lösung der elsaß-lothringischen Frage, noch weniger unter den Staatsmännern der Entente. So habe Lloyd George zwar am 11. 10. 1917 erklärt, England beabsichtige so lange an der Seite Frankreichs zu kämpfen, bis dieses „seine unterdrückten Kinder von der Degradation eines fremden Joches befreit habe", Anfang 1918 habe der Premierminister merklich geänderte Ausdrücke gebraucht, indem er erklärte, „die elsaß-lothringische Frage werde mit anderen Gebietsfragen zusammen bei den Friedensverhandlungen zur Wiederbetrachtung (reconsideration) kommen" und Präsident Wilson habe sich in gleichem Sinne geäußert. Er fühlt sich daher berechtigt, die Frage als eine offene zu betrachten, die einzelnen Probleme nochmals festzustellen und eine Lösung zu suchen, die nach seiner Ansicht eine wirkliche Lösung bietet, „der Gerechtigkeit, der Vernunft, dem Gewissen und den Wünschen einer kompakten Bevölkerung, aber auch den Interessen Frankreichs und Deutschlands und Europas im allgemeinen entspricht."

Was die Vergangenheit betrifft, so gibt Philippson offen zu, daß Elsaß im Mittelalter rein deutsch war: „Bis zum 17. Jahrhundert war das Elsaß ein Teil Deutschlands, im Mittelalter war es eine der Wiegen des deutschen Gedankens, der deutschen Zivilisation, Kunst und Architektur". — Persönlich mit dem Protest der Elsaß-Lothringer in Bordeaux 1870 sympathisierend, ist Philippson vorurteilsfrei genug, um es für unsicher zu erklären, ob der Wortlaut dieses Protestes noch immer die Ansichten der Bewohner der abgetretenen Provinzen wiedergibt. Er gibt zwar zu, daß seit Ausbruch des Krieges manches dafür spricht, daß die „verlorenen Kinder" Frankreichs zu ihrem „Mutterlande" zurückzukehren wünschen — der englische Zensor wird schon dafür gesorgt haben, daß Mr. Philippson während des Krieges keine anderen als protestlerische Stimmen von Elsässern zu Gesicht bekam — aber er betrachtet den Nachweis nicht als geliefert. Er argumentiert vielmehr so, daß 44 Jahre engster politischer und wirtschaftlicher Vereinigung mit Deutschland die Lage in Elsaß-Lothringen verändert haben, insbesondere in der Richtung, daß 1914 ein Gefühl provinzieller Solidarität, ein elsaß-lothringisches Nationalgefühl die vorherrschende Stimmung war, die mit dem französischen zentralistischen System unvereinbar ist, wohl aber durch die Konzession staatlicher Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches befriedigt werden könnte. Er glaubt, daß dies Gefühl sich schließlich als stärker erweisen würde, als die traditionelle Anhänglichkeit an Frankreich und — ganz abgesehen von der enormen Schwierigkeit eines Wechsels der deutschen Gesetz- und Verwaltungssysteme, die mit dem Leben des Landes aufs engste verwoben worden sind — es den Bewohnern der Reichslande schwierig machen würde, sich wieder in französische Verhältnisse hineinzufinden.

Digitized by Google

Außerdem fürchtet er bei Rückgabe der Reichslande an Frankreich neue kriegerische Verwicklungen infolge des unbesiegbaren deutschen Patriotismus. „Die Deutschen", schreibt er, „sind ebenso fest entschlossen, Elsaß-Lothringen festzuhalten, wie Berlin" und „diesen Entschluß mit Waffengewalt zu besiegen, würde bedeuten .... die Bevölkerung Deutschlands zu vernichten".

In wirtschaftlicher Beziehung lehnt Philippson jeden Gedanken, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands durch Abtretung Elsaß-Lothringens zu brechen, ebenso entschieden ab, wie die von Frankreich geforderte Abtretung des Saarreviers. Er schreibt: „Die große metallurgische Entwicklung Elsaß-Lothringens ist ebenso wie der Fortschritt der elsässischen Industrie deutschem Geiste, deutscher Energie und deutschem Kapital zu verdanken und jede Lösung, die Deutschland der lothringischen Minette berauben würde, würde nicht zum wirtschaftlichen Vorteil Gesamteuropas beitragen und würde einer großen industriellen Nation einen wirtschaftlichen Zusammenbruch ohne gleichen bereiten, während die Interessen des Friedens dadurch nicht gefördert würden".

Die Lösung schließlich, die der Verfasser vorschlägt, ist einerseits die Liga der Nationen als Garantie für den neuen Zustand Elsaß-Lothringens, andererseits ein selbständiges Elsaß-Lothringen als selbständiger Pufferstaat, dessen Neutralität durch die internationale Garantie des Völkerbundes gesichert wäre, das aber jederzeit das Recht hätte, durch Volksabstimmung selbst über sein Schicksal zu entscheiden.

Sollten dagegen die Kriegführenden sich auf die Formel „Keine Annexionen" einigen, so müsse Elsaß-Lothringen deutsch bleiben, denn durch den Frankfurter Frieden von 1871 sei es de jure ein Teil des Deutschen Reiches geworden und die Kriegserklärung des Deutschen Reiches von 1914 habe an diesem Rechtszustande nichts geändert.

Der ungesühnte Jaurès. Das chauvinistische Hetzblatt des Herzogs von Orléans, „L'Action française", hat die große Freundlichkeit, in seiner Nummer vom 6. September 1918 sich in einem Leitartikel mit unserem Aufsatz über den ungesühnten Jaurès im Heft 30 der Deutschen Politik zu befassen.

Der politische Chefredakteur Charles Maurras schreibt u. a. folgendes: „Lobrede eines Deutschen auf Jaurès. Wenn man eine Probe dieser enthusiastischen Artikel über Jaurès, die unaufhörlich in der deutschen Presse erscheinen, haben will, braucht man nur einen herauszugreifen, den Herr Alwin Saenger in der „Deutschen Politik" vom 26. Juli unter dem Titel „Die ungesühnte Ermordung Jaurès" erscheinen läßt. Ich übergehe die auf den unglücklichen Villain gemünzten Tiraden oder ich werde sie lieber seinem Verteidiger schicken und komme zu Ausführungen, die den ehemaligen Direktor der „Humanité" angehen: ....

Niemand hat die Boches beauftragt, die Lorbeeren des französischen Patriotismus zu verteilen. Aber man weiß, daß die Diskretion weder ihre Stärke noch nach ihrem Geschmacke ist.

Der Boche schließt mit folgendem lyrischen Balladenrefrain: Der Tod des großen Jaurès ist ungesühnt geblieben ... usw.

Dieser Boche hätte nicht besser schreiben können, wenn er im „Populaire" oder der „Humanité" irgend ein Steckbrief in französischer Sprache gegen die 40 oder 41 patriotischen Dissidenten der Partei losgelassen hätte. Und dies erhöht unser Recht, den

Digitized by Google

schlechten Sozialistenführern wegen ihrer weitgehenden Verbrüderung zum Feinde einen Vorwurf zu machen. Idem velle, idem nolle. Man muß auf den alten Sallust zurückgreifen, um Recht zu bekommen."

Wir danken an dieser Stelle höflichst für diesen vollwertigen Beweis des Organs „Du Nationalisme Intégral", daß die Arbeit über Jaurès ungesühnten Mord die beabsichtigte Wirkung in Frankreich hatte und daß das Verlegenheitsgerede aufs neue das schwere Schuldbewußtsein des für „Weltgerechtigkeit" kämpfenden Frankreichs enthüllt.

Alwin Saenger.

Neuerscheinungen

Über den Schlachten.

Während an den Kampffronten die militärische Entscheidung erstrebt wird, ringen bei allen Völkern die Einzelnen mit den Problemen des inner- und zwischenstaatlichen Aufbaues, die der kommende Friede Europas stellen wird.

Die Frage nach der Notwendigkeit des Weltkrieges aus dem Gang der Gesamtentwicklung und der Schuld der Einzelstaaten an seiner schließlichen Entfesselung hat während dieser vier Jahre nie geruht. Von einer besonderen Seite betrachtet Paul Lensch in seinem Buche „Drei Jahre Weltrevolution" (S. Fischer, Berlin) diesen Fragenkomplex, und die Form, in der er an ihn herangeht, ist sehr interessant. In einer eingehenden Untersuchung versucht er nachzuweisen, daß der Antagonismus der revolutionären Wirtschaftsgestaltung in Deutschland mit ihrer Tendenz zur Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und der individualistischen, konterrevolutionären Wirtschaftsform Englands der tiefste Grund des Krieges geworden ist. Die Darstellung dieser Gegensätzlichkeit, so angreifbar sie in vielem ist, reizt zu einer eingehenden Erörterung dieser Gedanken. Immer jedoch muß ein Versuch, die ungeheure Vielheit der Strömungen und wirkenden Kräfte einer ganzen Welt auf das Schema eines Gedankens zu zwingen, einseitig bleiben und kann der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Aber über die Bedenken hinaus, ist diese Umkreisung des Problems für eine deutlichere Erkenntnis von Wert. Der demokratische Gedanke hat sich in diesen Jahren so endgültig durchgesetzt, daß alle entgegengesetzten Hoffnungen, Wünsche und Versuche an seiner Verwirklichung nichts mehr ändern werden. Zu stark hat das Bewußtsein, wie sehr der Einzelne an das Wohl und Wehe des Staates gefesselt ist, sich in einer ständigen Erfahrung der Menschheit eingeprägt, als daß nicht der Wille zur Teilnahme an der Gestaltung dieses Staates immer heftiger und unwiderstehlicher geworden wäre. Aber gleichzeitig mit den Kämpfen um die stärkere Beteiligung am Staate ist die Frage nach der Form dieser Teilnahme brennender geworden als je. Die Gleichheit des Wahlrechtes gibt nur in sehr geringem Maße eine Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Wollens, solange nicht eine innere Umgestaltung im Volke damit zusammengeht. Es handelt sich zunächst darum, das Gefühl der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Staatsbürgers sowie sein Verständnis für Aufgaben und Wesen des Staates beträchtlich zu vertiefen. Erst wenn der Einzelne sich nicht mehr kritisch-fremd dem Handeln der Regierung gegenüber fühlt, sondern deutlich weiß, daß er Teil hat an allem Geschehen, an jedem wichtigen Beschluß, — wenn er selbst sich als lebendig-tätiges und verantwortliches Glied der Gesamtheit empfindet, ist eine wirkliche Demokratisierung zu erwarten. Freilich geht beides — das umfassende Wahlrecht und die Erziehung des Staatsbürgers zusammen, und das eine ohne das andere erscheint undenkbar. Aber darüber hinaus kann die Frage nach einer Form des Wahlrechtes nicht ruhen, die eine Synthese dieser beiden Aufgaben ist.

So tritt die Forderung nach einem innerlichen Aufbau der wahren Demokratie als einer durch äußere Einrichtungen nur zu sichernden Teilnahme des ganzen Volkes an seinem staatlichen Leben immer mehr in den Vordergrund. Gustaf F. Steffen beschäftigt sich in seinem Buche „Das Problem der Demokratie" (Eugen Diederichs, Jena) in einer mehr breiten als tiefen Darstellung mit den daraus sich ergebenden Fragen und bietet durch seine jeder Nivellierung feindlichen Ansichten einen interessanten Beitrag. Für ihn ist bei der mit Demokratie untrennbar verbundenen stärkeren Sozialisierung des Lebens, der Produktion und der Besitzverteilung das Wesentliche, daß dem Einzelnen ein anständiges Existenzminimum gewährleistet werde, das ihm die Basis eigener Entwick-

Digitized by Google

lung sichert und zur Entfaltung der im Volke brachliegenden und verkümmernden Kräfte helfen muß. Dagegen sieht er im organischen Aufbau auf Grund der verschiedenen Befähigungen und Arbeitswerte eine wichtige Aufgabe der sozialistisch-demokratischen Gesellschaft, die nur in einer derartigen Struktur zu einer wirklichen Lösung ihrer großen Probleme voranschreiten kann. —

Die Sammlung der Schriften Friedrich Adler's: Die Erneuerung der Internationale (Wiener Volksbuchhandlung, Wien) ist erfüllt von dem Gedanken des Aufbaues der sozialdemokratischen Verbindung zwischen den Völkern und damit der Gewähr eines starken Friedenshortes. —

Ein kleiner Beitrag zu dem Ziele, das Verständnis für einander zu fördern, ist das als Flugschrift des Dürerbundes erschienene Heft: „Vom Einfluß und Ansehen deutscher Kultur in Frankreich" von Anna Brunnemann. Es spricht von den geistigen Kräften und Einflüssen, die in den verschiedenen Völkern wirksam sind und fordert zur verstehenden Anerkennung der anders gerichteten Art auf. —

In einer kleinen Schrift „Politik und Moral" (Nach dem Weltkrieg. Heft 5. Beim Verlag Naturwissenschaften, Leipzig) setzt Max Adler sich mit den Anschauungen der landläufigen Ethiker über diese Frage auseinander. Mit einer starken Überzeugung von der Unerschütterlichkeit der Ethik in jedem menschlichen Verhältnisse weist er die Brüchigkeit jeder Begründung einer zwiefachen Moral auf. Er leugnet das Recht zu den angeblich besonders gearteten (staatlichen) Moral„en" des „Wachstums, des sittlichen Realismus (!), der Macht, des Pflichtenkonfliktes und der auf Hegel's Metaphysik gegründeten Moral der Weltgeschichte". Erst die Hinaufführung zu einer sozialen Gemeinschaft kann die Grundlage einer wirklich ethisch gerichteten neuen Politik werden. So schwer der Übergang von der heutigen Form des zwischenstaatlichen Lebens zu einer Völkerrechtsgemeinschaft ist, so notwendig machen ihn gerade die Lehren dieses Krieges. —

In einer bedeutungsvollen Studie: „Der Konflikt der modernen Kultur" (Duncker und Humblot, München) stellt der eben verstorbene Georg Simmel seine eigenartige Auffassung des formverneinenden Lebens als des bestimmenden kulturellen Momentes unserer Zeit dar. Wer des Philosophen tiefgreifende Erörterungen über Rembrandt und Goethe, die diese großen Phänomene in einer wundervollen Einstellung herausarbeiten, kennt, weiß von der übergreifenden Synthese des Lebens, die ihn erfüllte. Hier gibt er auf wenigen Seiten eine Fülle von Anregungen zu der besonderen Art unseres derzeitigen Kulturwillens, der sich, von aller Form abwendend, ganz dem flutenden, dynamischen Leben hingibt. Expressionismus und Pragmatismus als die künstlerischen und philosophischen, Mystizismus als die religiösen Äußerungen dieser revolutionierende Anstürme gewinnen damit eine weit über die Tageswertung hinausweisende Bedeutung. Die kulturelle Not unserer Zeit ist für Simmel gerade darin gegründet, daß das Ersehnte — das formentbundene Leben — sich nur in Formen äußern und herausstellen kann. So wird in dieser heutigen Linie eine Lösung des Widerspruches unmöglich, da nicht das Formlose, sondern nur eine neue Form an die Stelle der vergangenen treten kann. Auch diese trägt dann im Werden schon den Todeskeim in sich, denn das große, flutende Leben drängt zu ständigem „Stirb und Werde". Vielleicht führt der Weg, der — wie er darlegt — vom Sein der Griechen zur Gottbedingtheit des Mittelalters, zur Naturverkündung der Aufklärung und dem Individualismus des 19. Jahrhunderts geführt hat, uns nun, gerade über diese heutige Formfeindschaft, zu einem besonders streng gebundenen Kulturprinzip — zu einer inneren Sozialisierung, die auch letzthin Sinn und Ziel aller in den vorher genannten Büchern ringenden Ideen ist. — B. A.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 1. November 1918 * Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Abschied des Generals Ludendorff ist die schmerzliche Konsequenz der schwankenden Auffassungen über die militärische Lage an der Westfront. Es ist im Augenblick nicht geboten, über den Zusammenhang der Waffenstillstandsfrage mit den Schritten der neuen Regierung zu sprechen — eine falsche Legendenbildung aber darf nicht entstehen, die an einigen Stellen auftaucht, als sei Ludendorff „Wilson geopfert" worden. Die augenblickliche Lage verlangt ein möglichst reibungsloses und vertrauensvolles Verhältnis der militärischen und politischen Gewalten; daran hat es offenbar gefehlt. Das militärische Vertrauen in die Heeresleitung, die in Hindenburg verkörpert bleibt, kann und wird nicht von politischer Zielsetzung angetastet werden. Wir empfinden tief die Tragik, die in dem Rücktritt des Ersten Generalquartiermeisters liegt: seine strategische Genialität hat Deutschland von dem Druck der moskowitischen Gefahr befreit und hat ihn heute schon zu einem der größten Feldherrn der Weltgeschichte gehoben, aber die Verschlingung mit der Politik, die nicht sein Handwerk war, hat ihn die Grenzen seiner Kraft nicht erkennen lassen. Über die Trübungen dieser Wochen hinweg wird der Dank der deutschen Nachwelt seinen Namen ehren.

*

Die Tatsache, daß am 5. Oktober mit dem Friedensschritt der neuen Regierung zugleich ein Waffenstillstand angeboten wurde, hat bei unseren Feinden die taumelnde Erwartung erregt, daß die deutsche Westfront vor dem Zusammenbruch stehe. Der Vernichtungswille ihrer Zeitungsschreiber brauste in die Höhe: der nächste, der übernächste Tag würde den entscheidenden Sieg bringen. Er ist ausgeblieben. Der deutsche Rückzug in Flandern hat uns nur geringe Verluste gekostet und war ein Beweis unerschütterter Moral; die Durchbruchsversuche sind erneut unter schweren Verlusten gescheitert. Was jetzt an der Front geleistet wird, ist die wichtigste Sekundantenleistung für die politische

Digitized by Google

Führung. Wir werden, um zu einem gerechten Dauerfrieden zu kommen, unsere Zielsetzung unabhängig halten müssen von dem Tonfall der Tagesberichte und der Stimmung der Generäle; aber der Wille der Truppen, den Krieg vom Heimatboden fernzuhalten, bleibt die wichtigste Waffe für die Entschließungen der Reichsleitung.

*

In der letzten Rede des Prinzen Max von Baden ist dies der entscheidende Satz gewesen: „Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen."

*

Das ist eine Gefahr: indem bei uns die Zeitungen, die Parlamentsredner, die Bierbänke nach dem Schuldigen suchen, den Männern, die das deutsche Volk in die ernste Lage geführt haben, verwischen sie vor dem Bewußtsein die Frage nach der Schuld am Kriege. Gewiß, man mag die Erörterungen über den russischen Kriegsminister, über die Einkreisung Eduards VII., über den Revanchepoincaré als gar zu oft wiederholte Kapitel empfinden, aber wir sollen uns doch nicht, wider unser besseres Wissen und Gewissen, von der Suggestion der Welt, deshalb weil die Übermacht der anderen zu groß wurde, auf die Bank des Angeklagten drängen lassen.

*

Seit wir Wilsons 14 Punkte angenommen haben, gilt das elsaß-lothringische Problem auch uns als internationale Frage. Was die neue deutsche Reichsregierung hier noch leisten konnte, war nur, im Sinne der bisherigen Politik der Mehrheitsparteien, den Weg der Autonomisierung öffnen, indem sie den Bürgermeister Dr. Schwander zum Statthalter berief und mit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts betraute. Weil Hertling sich von seiner bayerisch-wittelsbachischen Vergangenheit nicht hatte losmachen können, hatte er die staatsrechtliche Neuregelung der Reichslande verhindert, und die Elsässer, die vor einem Jahre noch zu einer Loyalitätserklärung zu haben waren, verkünden im Reichstag feierlich das Zu spät. Eine schmerzliche Stunde! Worauf es jetzt ankommt, ist eine loyale Durchführung jener Grundsätze, daß ein Volksteil nicht ohne seinen Willen zwischen den Mächten hin und her geschoben wird und daß der Friede so geregelt werden muß, daß er keine künftigen Konflikte in sich trägt. Aus der elsaß-lothringischen Bevölkerung, der die vier Jahre militärischen Regiments unleidlicher Druck sein mußten, soll jetzt selber eine politische Willensbildung, eine wirtschaftliche Klärung erstehen. Was für Danzig allen Parteien eine Selbstverständlichkeit gilt, gilt aber auch für Straßburg: es ist und bleibt eine deutsche Stadt!

*

Digitized by Google

Der polnische Regentschaftsrat hat ein Manifest erlassen, in dem er die Schaffung eines unabhängigen Staates fordert, der „alle polnischen Lande umfaßt und einen Zugang zum Meere besitzt". In der Zeitschrift der österreichischen Polen „Polen" wird dieses Manifest mit folgenden Worten begrüßt: „Zwei gefährliche Stütz- und Ausbreitungspunkte der ersten Gewalt sind überwunden: Jener im Nordosten und der im Zentrum Europas selbst. Was Wunder, daß alle unterjochten Völker erst jetzt voll aufatmen und in einem gewaltigen Triumphe sich aller aufgezwungenen Schranken entledigen? . . . ."

Dank soll man zwar niemals in der Politik erwarten, aber das „Hände weg von deutschem Land und Volk", das im Reichstag selbst der unabhängige Sozialdemokrat Ledebour den Polen zurief, muß ihnen die Grenzen ihrer unerträglich geschwollenen Ansprüche gezeigt haben.

*

Die schwere Lage, in die das Reich gekommen ist, wird von den bevorstehenden Ernährungskrisen Deutsch-Österreichs dunkel überschattet. Die Tschechen hungern die Deutsch-Böhmen aus, um von ihnen eine politische Unterwerfung zu erpressen; das Ungarn, das den alten Staatsverband verläßt, lehnt es ab, Österreich Nahrungszuschüsse zu geben, das deutsche Siedlungsland, mit Städten, Wäldern und Gebirgen hat aber keine genügende Getreidebasis. Wir können um ihrer und unserer Zukunft die Deutschen Österreichs nicht im Stiche lassen; aber sie bitten um Hilfe in einem Augenblick, da die militärischen Räumungen Getreideboden aus der Hand gibt. Es bedarf aller seelischen und politischen Entschlossenheit, um über diese Schwierigkeit hinwegzukommen.

*

Ungarn ist, wie die Militärrevolte in Fiume zeigt, von der Anarchie bedroht. Ob der Graf Karolyi sie staatsmännisch wird bannen können, ist um so fraglicher, als er seine Regierung mit der Preisgabe der staatlichen Einheitstradition beginnt. Das Erbe, das er zu liquidieren hat, wird nicht mit demokratischem Doktrinarismus erledigt; indem er offenbar bemüht ist, sich der Entente nicht nur seelisch, sondern auch staatlich völlig zu unterwerfen, führt er das Magyarentum von der Höhe seiner immerhin europäischen Bedeutung zur Vasallität von London und Paris. Im gleichen Augenblick, da er Ungarns Geschicke in die Hand erhält, übernimmt sein Schwiegervater, Graf Julius Andrassy, das gemeinsame Ministerium des Auswärtigen, das es, ungeachtet der ungarischen Selbständigkeitsbestrebungen, noch gibt. Wie wird der Sohn des Staatsmannes, der mit Bismarck das Bündnis von 1878 geschlossen hat, das wien-budapester Verhältnis zu Berlin orientieren? Seine Stellung ist unendlich schwierig; den Luxus einer sentimentalen Erwartung können wir uns heute nicht mehr gestatten. Seine bedingungslose Unterwerfung steht vor der Tür.

Digitized by Google

Um Deutschlands Ehre

Von Dr. Paul Rohrbach

28. Oktober 1918.

Wer die Antwortnote Wilsons auf die unserige vom 20. Oktober mit politischem Nachdenken liest, der wird erkennen, in welch einen gefährlichen Nachteil wir uns selbst durch die gedankenlose und ungeschickte Art versetzt haben, mit der wir die Erörterung der Schuldfrage beim Ausbruch des Weltkrieges als politisches Mittel während des Kriegsverlaufs benutzt oder vielmehr nicht benutzt haben. Es ist dies nur ein Kapitel aus dem langen Buch der Unfähigkeiten, das über unsere politische Methode im Kriege einmal zusammenzustellen sein wird, aber leider kein unwichtiges. Hier und da, im ganzen nicht einmal so selten, ist ja von unseren offiziellen Stellen verschiedenes gesagt worden, um die Beschuldigung zurückzuweisen, wir seien die Schuldigen. Auch die Presse hat es getan. Es war aber kein Geschick und kein System darin. Weder verstand man es, die Debatte dauernd im Fluß zu halten, noch das reiche, überwältigend für uns sprechende Material richtig zu verwenden. Allein die konsequente und unermüdliche Ausnutzung der belgischen Dokumente hätte hingereicht, um Ton und Inhalt der jetzigen Wilsonschen Noten unmöglich zu machen. Das Buch des Engländers Morel über die „Mitschuld" der Entente am Kriege, das auch hier früher behandelt wurde, hat seinem Verfasser sechs Monate Gefängnis eingebracht, weil er es auch im Ausland verbreiten wollte. Der englische Richter hätte sich keine Mühe zu geben brauchen; die Schrift ist zwar nach Deutschland gelangt, aber unsere Regierung hat auch diese Waffe nicht wirksam zu benutzen verstanden. Wer kennt bei uns Jaurès für die Entente-Kriegspolitik vernichtenden Brief, den er wenige Tage vor seinem Tode an Vandervelde schrieb? Er ist sogar im Reichstag verlesen worden (1915), aber er hätte ebensogut hinter siebenfachen Riegeln gehalten werden können — keiner Propagandastelle fiel es ein, mit ihm zu arbeiten. Wie schlecht Suchomlinows Geständnis genutzt worden ist, davon sprach ich hier schon das vorige Mal. Es ist ein Maß von Unfähigkeit gezeigt worden, das furchtbar ist. Können wir uns wundern, wenn wir jetzt die Quittung darauf bekommen?

Wilson sagt: „Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt werden (in Deutschland), aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich doch um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben." Mit der Kontrolle ist die Entscheidung der Volksvertreter, des Reichstags, über Krieg und Frieden gemeint, und der Vorwurf ist der, daß eine Regierung von unverantwortlichen und absoluten Gewalthabern in Deutschland die Leiden des

Digitized by Google

Krieges über die Welt ausgeschüttet habe. Wenn nun aber nicht der Kaiser und der bisherige „deutsche Militarismus" über den Krieg zu entscheiden gehabt hätten, sondern die Volksvertretung — hätte diese dann etwas anderes tun können, als versuchen auf die russische Regierung, das hieß den Zaren, einzuwirken, daß die russische Mobilmachung unterblieb? Und wenn sie nicht unterblieb, hätte dann der Reichstag die Verantwortung übernehmen wollen, daß Rußland eine überwältigende Übermacht mit jedem Tage näher an unsere Grenze heranschob, während die Franzosen im Westen aufmarschiert waren? Oder für die Beschickung von Greys berühmter Konferenz, während Rußland ebenso ungestört weiter rüstete? Rußland war entschlossen zum Krieg, seine wirklichen Machthaber schreckten vor nichts zurück, um den Krieg ausbrechen zu lassen; mit Frankreich bestand die feste Verabredung, daß es mitging; in England fiel das entscheidende Wort **nicht**, das allein den Frieden hätte retten können, das Wort an Rußland, wenn es die Mobilmachung nicht einstelle, werde es England nicht an seiner Seite sehen.

Traurig, daß man jetzt diese Dinge wiederholen muß, wo nichts weiter damit gezeigt werden kann, als daß es Aufgabe der deutschen Politik gewesen wäre, vom 1. August 1914 an bis heute dafür zu sorgen, daß kein Tag verging, ohne daß die Welt an diesen Zusammenhang der Tatsachen erinnert wurde. Die Frage, ob wir einen Verteidigungs- oder einen Angriffskrieg führen, ob die Entente berechtigt ist oder nicht, sich als den Hüter der sittlichen Weltordnung aufzuspielen, hängt in keiner Weise entscheidend zusammen mit der deutschen Verfassung. Tatsache ist, daß die westlichen, demokratischen Ententestaaten sich in den Krieg hineinreißen ließen durch eine Macht, gegen die Deutschlands Autokratie und Militarismus Waisenknaben waren, durch den moskowitischen korrumpierten, verlogenen und eroberungsgierigen Zarismus, dessen Puppe der klägliche Nikolaus war, und daß die heutigen Kämpfer für Volkssouveränität und Menschenrechte dieser blutigen und tyrannischen Despotie würdelos gehuldigt haben, solange sie aufrecht stand und ihre bewaffneten Sklavenscharen als „Dampfwalze" gegen Deutschland trieb! Über all das geht Wilson hinweg, als ob es nie gewesen wäre, und er kann sich das unbesorgt leisten, weil unsere Propaganda im Kriege trotz aller Mahnungen Kräften anvertraut blieb, bei denen Kenntnislosigkeit in bezug auf das politische Tatsachenmaterial wetteiferte mit der Ungeschicklichkeit in der Handhabung der Methode, und weil an den leitenden Stellen niemand überhaupt eine Vorstellung davon hatte, daß die politischen Waffen in diesem Weltkampf ebenso wichtig waren wie die militärischen. Wahrlich, die Rute Wilson ist auch in dieser Beziehung nicht unverdient über uns gekommen.

Der Kern der diesmaligen Note ist offenbar folgendes: 1. Wir bekommen den Waffenstillstand nur dann, wenn wir uns militärisch mit gebundenen Händen der

Digitized by Google

Entente überliefern — denn das ist unter Abmachungen zu verstehen, „die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen würden". 2. In den Abmachungen über den Waffenstillstand müssen bereits Bürgschaften enthalten sein, daß unsere Gegner „das uneingeschränkte Recht zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens" nach den vierzehn Punkten Wilsons erhalten, d. h. also, daß wir keinen Widerspruch mehr gegen die Auslegungen dieser Punkte erheben können, die der Entente belieben. 3. Solche außerordentlichen Sicherungen müssen verlangt werden, weil das Prinzip einer allein dem Volke verantwortlichen Regierung in Deutschland auch durch jetzt erfolgten Verfassungsänderungen noch nicht sicher und dauerhaft genug ausgesprochen ist, und weil das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um „zu befehlen, daß die deutsche Militärbehörde sich dem Volkswillen zu unterstellen habe"; auch sei „die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reichs unter Kontrolle zu halten", noch nicht beschränkt und die entscheidende Initiative liege noch immer „bei denen, die bis jetzt die Herrscher von Deutschland waren".

Das kann und soll natürlich so verstanden werden, als ob das deutsche Volk Aussicht habe, wenn es „die Macht des Königs von Preußen" über die Reichspolitik weiter beschränkt, und wenn es einen Weg findet „die Militärbehörde" dem Volkswillen zu unterstellen, von den „außerordentlichen Sicherungen" entbunden zu werden. Ob aber, wenn dergleichen geschehen wäre, das durch die Worte der Note scheinbar nahegelegte Verständnis sich als das richtige erweisen würde, ist in hohem Grade fraglich. Es wird eher wahrscheinlich sein, daß auch nach weiteren kritischen Verfassungsänderungen, und auch nach Opfern, deren Natur zwischen den Zeilen sämtlicher Wilsonscher Noten deutlich genug zu lesen steht, die Entente keine Klarheit über ihre endgültigen praktischen Friedensziele gibt, bevor unsererseits Bedingungen erfüllt sind, die uns Wiederaufnahme der bewaffneten Gegenwehr im Falle ehrverletzender und lebensgefährlicher Forderungen unmöglich machen. Das ist der springende Punkt in der Wilsonschen Antwort. Sie verlangt tatsächliche Kapitulation und verpflichtet die Entente zu nichts, denn von den vierzehn Punkten sind mehrere so verschiedener Auslegung fähig, daß sie ebensogut eine unerträgliche Verstümmelung und eine Belastung Deutschlands bis zum Niederbruch, wie eine loyale und erträgliche Liquidation des Krieges bedeuten können.

Eine Antwort auf die Antwort zu geben, ist für uns nicht nötig; ja es ließe sich kaum sagen, was für eine Antwort gegeben werden soll. Wir werden ja nach einiger Zeit hören, welche positiven Waffenstillstandsbedingungen die militärischen Ratgeber der Entente ihren Regierungen Deutschland gegenüber als notwendig bezeichnen werden. Haben wir sie gehört, so werden wir uns entscheiden, und bis dahin geht der Kampf jedenfalls weiter. Je aufrichtiger die

Digitized by Google

Entente die Opfer abzukürzen wünscht, desto schneller wird sie sich zu äußern haben. Wir unsererseits müssen zunächst an zwei Dingen festhalten: 1. Wir stehen trotz aller Behauptungen der Gegenseite nicht im Angriffs-, sondern in einem Verteidigungskrieg; 2. unsere Armeen sind zurückgedrängt, aber nicht besiegt, sondern noch kampffähig, und kampfentschlossen, sobald etwas gegen Deutschlands Ehre verlangt wird. Übergabe auf Gnade und Ungnade, solange man noch Brot und Patronen hat und in einer verteidigungsfähigen Stellung steht, ist unmöglich. Das hat weder mit Demokratie noch mit Autokratie und Militarismus etwas zu tun, sondern nur mit dem Gefühl für vaterländische Ehre und Pflicht. Will es das Schicksal, daß wir im Kampfe besiegt werden, so müssen wir es hinnehmen und am Tage des unglücklichen Friedensschlusses mit dem Wiederaufbau unserer Zukunft beginnen. Das Werk mag dann noch so schwer sein, aber es wird uns oder unseren Nachkommen gelingen. Kapitulieren wir aber jetzt auf solche Weise, dann ist uns moralisch das Rückgrat gebrochen; davon erholen wir uns nicht wieder, und solange es Deutsche gibt, werden dann alle Völker mit Fingern auf sie zeigen. Wenn Wilson seine innerste Meinung prüft und wenn er überhaupt fähig ist, wenigstens zu seinem Privatgebrauch, objektives Tatsachenstudium zu treiben, so muß er wissen, wie dieser Krieg entstanden ist, und daß es, um mit Morel zu sprechen, durchaus unehrlich ist, Deutschland die Hauptschuld daran aufzubürden. Weiß er das aber, und wissen wir, daß er es weiß, dann durfte er nicht in dieser Weise die Pose des Richters annehmen und dann können wir auch nicht ohne weiteres das Vertrauen hegen, daß uns keine andere als eine loyale Auslegung der vierzehn Punkte begegnen wird. Daß man dazwischen bei uns von dem reinen Verteidigungsprinzip abgewichen ist, daß unter dem Einfluß unheilvoller Volksratgeber auch Eroberungsziele verfolgt und freiheitswidrige Politik in den besetzten Gebieten getrieben worden ist, muß zugegeben werden. Dafür werden wir jetzt gestraft genug; hätten wir uns richtiger und besser verhalten, so würden wir jetzt auch nicht in der Lage sein, in der wir sind. Hierunter aber ist bei uns ein Strich gemacht; unser Konto ist ausgeglichen und wir sind entschlossen, jetzt so zu handeln, wie es von Anfang an hätte geschehen sollen. Hierauf also darf uns niemand mehr verklagen.

Erstens also müssen wir Zumutungen gegen unsere Ehre ablehnen, weil wir anders nicht unsere Selbstachtung und die Achtung der Völker behaupten können. Zweitens hat es auch politisch und militärisch einen guten Sinn, eher den Kampf fortzusetzen, als schimpflich sich zu ergeben. Je besser unser Gewissen dabei sein wird, desto schlechter wird das unserer Gegner sein, und sie werden bald merken, daß sie ihre Völker und Heere und ihre Bundesgenossen nicht mehr mit der Kraft gegen uns treiben können, wie vorher. Je ehrlicher wir uns zu dem

Digitized by Google

Gedanken eines gerechten Verständigungsfriedens einschließlich jeder ehrenhaften Befriedigung unserer Gegner bekennen, und je klarer der Vergewaltigungswille auch gegen das freiheitlich umgewandelte Deutschland hervortritt, desto widerwilliger wird ein wachsender Teil der Kräfte auf der Gegenseite gegen die Fortsetzung des Krieges werden. In jeder großen Koalition werden die Elemente der Uneinigkeit um so stärker, je näher der Sieg rückt. In manchen wichtigen Punkten laufen die Interessen der Alliierten keineswegs zusammen, weder im allgemeinen noch gegenüber Deutschland und seinen Bundesgenossen. Im Ausgang des Krieges können nach mehr als einer Seite noch ungeahnte Kraftquellen für Deutschland liegen. Unsere Demokratisierung kann die überraschendsten Folgen haben, was unsere politische Anziehungskraft auf große und kleine Völker angeht. Die Hauptsache aber ist, daß ein tapferer Entschluß eine Nation so gut wie einen Mann selten gereut hat. Je länger wir aushalten, desto wahrscheinlicher gilt das. Hochmut und Selbstgerechtigkeit können auch bei der Entente vor dem Falle kommen. Wenn Wilson nachdenkt (er hat es lange getan und alle amerikanischen Politiker mit ihm!), so weiß er auch, daß unser U-Bootkrieg, über den er um soviel entrüsteter tut, als über den englischen Hungerkrieg — wie freute sich doch neulich ein Organ Lord Northcliffes über die skrophulösen und rhachitischen deutschen Kinder, die während der Blockade Deutschlands geboren würden! — Amerika nach einem halben Jahrhundert die Revanche dafür verschafft hat, daß England während des amerikanischen Bürgerkrieges die Ozeanhandelsflotte der Union zerstört hat, indem es die Kapereien der rebellischen Südstaaten unterstützte. Ohne den U-Bootkrieg besäße Amerika heute nicht seine Machtstellung z. B. gegenüber England. Wer ein so ungeheures politisches und ökonomisches Geschäft durch den Krieg gemacht hat, wie Amerika, der darf sich ruhig etwas moralische Politur sparen.

Psychologische Politik

Von Dr. Strotzberg.

Als 1914 das deutsche Volk in Waffen hinauszog, um die Heimat zu verteidigen, machten sich bereits die Alldeutschen daran, in verstaubten Bänden der Geschichte die Gebiete herauszusuchen, die in der Vorzeit deutschen Namen getragen haben. Im Jahre darauf, als das Verbot der öffentlichen Kriegszielerörterung noch manche Rücksichten auferlegte, entstand in der Presse die eifrige Unterhaltung darüber, wer der „Hauptfeind" sei, der Bär oder der Walfisch. Machtfriede oder Verständigungsfriede; Gewaltfriede oder Verzichtfriede; hie Vaterlandspartei, hie Volksbund für Vaterland und Freiheit; Vereinigte Staaten von Europa mit Anschluß von Rußland und Japan gegen das Angelsachsentum;

Digitized by Google

Ausgleich mit England auf Kosten Rußlands; das alles sind einige der großen Gegensätze, in die sich die Ideen in Deutschland schieden, wenn die Phantasie, der leider mangels greifbarer Möglichkeiten zur Kriegsbeendigung noch weiter Spielraum geboten war, versuchte Richtlinien für die Politik aufzustellen, die zum Frieden führen soll. Alle erkannten die Gefahr, die in diesem Fehlen eines einheitlichen Zieles lag, jeder sah die Schädlichkeit der inneren Zersplitterung mit ihrer Energieverschwendung und das Bedauerliche des Gegeneinanderarbeitens an Stelle der Geschlossenheit, aber nirgends schien sich ein Ausweg zu finden.

Und doch ist das allerletzte Ziel überall das gleiche: ein Frieden, der Deutschland Gleichberechtigung und Entwicklungsfreiheit gewähren soll, ein Frieden, der für möglichst lange Dauer die Gefahr neuer Kriege ausschließen soll. Kein ernsthafter Deutscher wird auch nur einen Tag länger Krieg führen wollen, wenn diese beiden Wünsche gesichert erscheinen.

Trotzdem ging der Streit um die Kriegsziele in der schärfsten Form vor sich. Wo liegen denn eigentlich die tiefsten Wurzeln der Gegensätze? Je näher man sich mit der Frage befaßt, desto deutlicher wird, daß es sich dabei letzten Endes um psychologische Dinge handelt. Und zwar um Verschiedenheiten einerseits in der Auffassung von eigener Stärke, und andererseits in der Beurteilung der Ehrlichkeit der feindlichen Erklärungen und des vermutlichen späteren Verhaltens unserer Gegner. Nun gehören völkerpsychologische Fragen mit zu den schwierigsten Problemen, die es überhaupt gibt, wie — um ein Beispiel zu nennen — bereits die völlig abweichenden Ansichten über die Frage beweisen, warum Deutschland in so hohem Maße in der Welt gehaßt wird. Solange es in der Völkerpsychologie noch weniger als in der psychologischen Beurteilung des Einzelmenschen so gut wie keine unbestreitbaren festen Anhaltspunkte gibt — und die wird es nie geben — geht das Problem der künftigen wechselseitigen Beziehungen auf vorwiegend subjektive, sozusagen gefühlsmäßige, intuitive Grundlagen zurück. Derjenige, der glaubte, daß Deutschland im Verein mit seinen Bundesgenossen durch die beispiellosen Erfolge des Krieges seine Widerstandsfähigkeit gegen alle denkbaren Weltkoalitionen erwiesen habe und mit der Dauerhaftigkeit der jetzigen Freundschaften rechnet, hat seine Politik selbstverständlich anders eingerichtet, als der, dem Sicherheit für die Zukunft nur auf Grund einer Anlehnung an weitere große Mächte möglich erschien. Derjenige, dem Sozialismus und Demokratisierung aller Völker Ausgleich des Hasses und ausreichendes Sicherheitsventil zu gewähren scheinen, mußte eine andere Stellung einnehmen, als der, der aus der chauvinistischen Haltung der feindlichen Staatsleiter und den kriegshetzerischen Äußerungen ihrer Arbeiterführer das Gegenteil für die Zukunft schließt. Jemand, der meint, die angelsächsischen Mächte würden nach Beendigung des Kampfes nach ehrlicher Kämpfersitte Shake-hands machen und das Endergebnis loyal annehmen, denkt

Digitized by Google

anders als der, welcher Handelsneid und Imperialismus in perpetuum voraussetzt. Mancher hält das russische Volk in seiner Masse für keineswegs deutschfeindlich; andere glauben, daß die Männer, die in Rußland später die Leitung der Politik in der Hand haben werden, stets mehr zu Frankreich und England als zu Deutschland neigen werden.

Wie kann in den Folgerungen eine Annäherung geschehen, wenn die Voraussetzungen so ungeklärt sind? Läßt sich in dieser Hinsicht nicht wirklich noch manches tun, indem von den Verfechtern der verschiedenen Dogmen zunächst wenigstens verlangt wird, daß sie über die Quellen und tieferen Gründe ihrer Auffassungen genauere Rechenschaft geben?

Bei einem solchen Zurückgehen auf die Grundlagen der Überzeugungsbildung über künftige politische Verhältnisse müßte die Fragestellung zunächst lauten: von welchen politischen Strömungen oder von welchen Männern ist anzunehmen, daß sie künftig — in der verhältnismäßig kurzen Zukunftsspanne, über die sich überhaupt vorausschauend urteilen läßt — Einfluß auf die Leitung fremder Staatswesen gewinnen werden? Glaubt man darüber begründete Annahmen aussprechen zu können, so folgt die weitere noch schwierigere Frage, welche Haltung in dem großen Spiel der internationalen Politik man von ihnen etwa voraussetzen kann? Dabei darf ferner nicht außer acht gelassen werden, wie sehr in der heutigen demokratischen Welt selbst noch so willensstarke Staatsmänner vielfach von den Interessen mancher besonders einflußreicher Volkskreise und mehr und mehr von den Anschauungen der Gesamtvölker geschoben werden. Je mehr das aber zutrifft, desto mehr muß andererseits stärker als früher in Rücksicht gezogen werden, daß heute in der Politik außer gewissermaßen errechenbaren machtpolitischen und wirtschaftlichen Faktoren auch Imponderabilien und ideelle Größen in Ansatz zu bringen sind. Man kommt also immer wieder auf den Ausgangspunkt dieser Betrachtungen, die Bedeutung der Psychologie für die Politik, zwangsläufig zurück. Nur der, welcher sich über alle diese Fragen klar ist, sollte in der Öffentlichkeit sein Urteil abgeben. Alle, die Beobachtungen in dieser Hinsicht aus eigenem Schauen und Erfahren gesammelt haben, sollten mit diesen nicht zurückhalten, aber sich von verallgemeinernden Schlußfolgerungen und der Aufstellung und Verteidigung politischer Glaubensbekenntnisse und vor allem der Forderung fernhalten, daß sie als solche ohne weiteres von allen anderen angenommen werden. Die Zeiten, in denen ein bekannter französischer Philosoph auf Grund großer Belesenheit und vorwiegend gestützt auf Beobachtungen des Völkerzusammenstroms an der Riviera ein dickbändiges Buch über Völkerpsychologie schreiben konnte, sind vorüber.

Nun ist nicht zu verkennen, daß in Deutschland während des Krieges bereits eine gewisse Wandlung zum besseren eingetreten ist. Es bestehen Institute, in denen die Beobachtungen über das Ausland und insbesondere auch die Erfahrungen über

Digitized by Google

einzelne bekanntere Männer des Auslandes sorgsam zusammengetragen werden und aus deren wertvollem Material sich manches interessante, geschlossene Charakterbild ergibt. Die großen Zeitungen geben in steigendem Maße gediegenen Kennern des Auslandes das Wort. Aber das, worauf es vor allem ankommt, ist mehr: es ist die allgemeine Abstellung unserer Auslandsstudien auf das Psychologische. Der Durchschnittsdeutsche hat seit langem eine weit bessere Kenntnis der geographisch-historischen, künstlerischen, literarischen und — soweit er im Erwerbsleben steht, — auch häufig der wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes, als der Durchschnittsausländer von denen ihm fremder Staaten. Viel weniger bekannt sind schon die staatlichen Einrichtungen fremder Länder und die gegenwärtigen politischen Strömungen in ihnen. Vollends fehlt aber vielen und sogar auch manchen von denen, die beruflich in enger Beziehung zum Auslande stehen, der Sinn für fremdländische Gefühlswerte. Selbst der deutsche Geschäftsmann verdankt seine Auslandserfolge häufig mehr der Güte seiner Waren und der Langfristigkeit seines Kredits, als seiner psychologischen Anpassungsfähigkeit.

Und hier zeigt sich eine weitere außerordentlich praktische Seite der Forderung, daß der psychologischen Behandlungsweise unserer Auslandsbeziehungen ein breiterer Raum gewährt wird. Wir müssen uns, wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereits jetzt darauf vorbereiten, daß nach dem Frieden ein geistiger Wettkampf um die Sympathien in der Welt anheben wird, von dem die heutigen beiderseitigen Werbebestrebungen in Neutralien nur eine ganz schwache Ahnung bieten können. Schon heute wird in den neutralen Ländern mit allen Mitteln — vor allem auch auf den Gebieten der Unterhaltung und Zerstreuung durch Buch und Zeitung, Kunstausstellung und Musikreise, Theater und Kino — versucht, die einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten ebenso wie die breiten Volksmassen für die eine oder die andere Seite zu interessieren. Nach dem Kriege wird es, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu einem Seelenfange, zu einem Ringen um Verständnis, Zuneigung und Freundschaft überall in der Welt kommen, der militärisches Wettrüsten und wirtschaftlichen Wettbewerb in Schatten stellen wird. Wehe dem Staate, der nicht erkennt, daß die Politik der Zukunft wesentlich auf psychologischem, geistigem und kulturellem Gebiete liegen wird. Wehe dem Volke, dem es nicht gelingt, seine geistigen Größen ebenso wie jeden seiner Angehörigen, der hinaus in die Fremde geht, in den Dienst dieser großen nationalen Aufgabe zu stellen, das es nicht versteht, mit seinem Pfunde zu wuchern.

Gerade die Notwendigkeit, alle verfügbaren Kräfte für den kommenden großen Weltstreit auf dem Gebiete der „moralischen Eroberung" mobil zu machen, lehrt, wie wichtig es ist, zuvor diese Kräfte für die kommenden Aufgaben gut zu schulen. Politische Psychologie und psychologische Politik: Das, was für die Kriegszieldiskussionen klärend und mildernd gewirkt haben würde, kann mit deutscher

Digitized by Google

Gründlichkeit ausgebaut, den Grundstock für eine nationale Erziehung zu bewußter Sympathiewerbung im Auslande abgeben. Vieles haben wir schon während des Krieges gelernt, was die Verhältnisse des Auslandes angeht, manches, was früher nur in Fachkreisen bekannt war, ist heute schon fast Allgemeingut geworden. Aber ständige genaue Durchforschung der gegenwärtigen fremdländischen Zustände in sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht auf ihre Anknüpfungspunkte und praktische Einstellung aller unserer Fähigkeiten — des Volkes und der einzelnen — auf ihre geschickte und taktvolle Ausnutzung sind Gebiete, auf denen noch viel zu tun übrig bleibt. Gewiß haben unsere Gegner ihre Machtstellung in der Welt zum großen Teil brutaler Vergewaltigungspolitik zu verdanken, ebenso gewiß ist es aber auch, daß wir gegen die bestehenden moralischen Isolierungsabsichten nicht zuletzt mit geistigen Mitteln ankämpfen müssen. Und wer mit geistigen Waffen etwas erringen will, der bedarf an erster Stelle des psychologischen Feingefühls, der muß zuerst die schwere Kunst verstehen, sich psychologisch in die Empfindungen seiner Widerparte einzufühlen.

China und der Vatikan

Von Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier

Am 10. Juli gab das päpstliche Blatt, der „Osservatore Romano", bekannt, daß die Chinesische Regierung sich an den Römischen Stuhl mit dem Ersuchen gewandt habe, angesichts der vielen durch die Ausbreitung des Katholizismus in China bedingten Geschäfte beim Vatikan eine Gesandtschaft einzurichten, während sie ihrerseits die Entsendung eines Nuntius nach Peking mit Freuden begrüßen würde. Mit dem Wunsche, während des Krieges in Rom vertreten zu sein, schloß sich China dem Vorbilde anderer Länder an. Großbritannien unterhält seit dem Ausbruch des Krieges eine Gesandtschaft beim Vatikan; ihm folgte Holland, schließlich stellte auch Portugal seine diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhle wieder her. Zum Bevollmächtigten Gesandten Chinas in Rom wurde der Gesandte in Portugal und Spanien, Tai tscheng-ling, ernannt, mit der Weisung, seinen Wohnsitz in Madrid beizubehalten, so daß der Gesandte jetzt bei drei statt bei zwei Regierungen China vertritt.

Offenbar geschmeichelt durch den Beschluß Chinas, gab der Vatikan seine Zustimmung und ernannte den apostolischen Delegaten auf den Philippinischen Inseln, Msgr. Petrelli, zum Nuntius in Peking. Schon längst, so führte der „Osservatore Romano" aus, habe China in diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu treten gewünscht, weil es für sein Ansehen und seine Unabhängigkeit in der diplomatischen Vertretung bei der höchsten moralischen Macht auf Erden Gewinn und Förderung erblicke; aber auch der katholischen Kirche würden Vorteile aus

Digitized by Google

der Verbindung durch Erzielung größerer Einheitlichkeit in der Verwaltung der Vikariate und Präfekturen Chinas erwachsen.

Dem Einwurf, daß in der heidnischen Religion, die von der großen Mehrzahl der Chinesen bekannt wird, eine Schwierigkeit für die Herstellung diplomatischer Beziehungen gefunden werden könne, begegnete der „Osservatore Romano" mit dem Hinweis darauf, daß schon früher nach Japan eine päpstliche Botschaft gesandt worden sei und daß doch auch Beziehungen zu schismatischen und protestantischen Mächten beständen.

Kaum einen Monat nach der Ernennung des Nuntius wurde bekannt, daß die Chinesische Regierung der Person Petrellis das Agrément versage, und zwar wegen seiner Deutschfreundlichkeit. Obwohl die Wahl besonders glücklich zu sein schien — Msgr. Petrelli, der erst 45 Jahre zählt, ist mit den Verhältnissen in Ostasien durchaus vertraut; er verwaltete von 1910 bis 1915 die Diözese Lipa auf den Philippinen als Bischof und vertrat seither als apostolischer Delegat die umfangreichen Interessen der Kurie auf den Philippinen —, so beeilte sich der Römische Stuhl auf Chinas Einsprache doch, in Msgr. Pisani, einem Piemontesen, der seit langen Jahren einflußreiche kirchliche Stellungen in Rom bekleidet, einen erwünschteren Vertreter zu bestimmen.

Daß es sich jedoch nicht um eine einfache Personenfrage handele, ging aus einer Pekinger Meldung an die „Times" hervor, wonach die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur, hinter der man eine politische Intrige Deutschlands zu wittern sich stellte, überhaupt nicht den Beifall der Entente finde. Bald wurde amtlich gemeldet, daß die Französische Regierung formellen Protest bei der Chinesischen Regierung dagegen eingelegt habe; sie berief sich dabei auf den französisch-chinesischen Vertrag von Tientsin vom Jahre 1858, der das französische Protektorat der katholischen Interessen in China anerkenne. Ob das französische Protektorat der katholischen Interessen im Fernen Osten in dem von französischer Seite behaupteten Umfange zu Recht besteht, ist eine umstrittene Frage. Schon der Widerspruch der Kurie, die die diplomatische Frage sicher gründlich und gewissenhaft geprüft haben wird, muß Zweifel an der Richtigkeit der Auslassung erregen. Der frühere Gesandte in China, M. v. Brandt, bestreitet in seinem Buche „Dreiunddreißig Jahre in Ostasien" das Bestehen eines solchen Protektorates, da keinerlei völkerrechtliche Abmachungen darüber vorlägen. De facto gelte es allerdings für die Angehörigen einer Anzahl Länder wie Belgien und Spanien, deren Regierungen die Kosten, Verpflichtungen und Gefahren eines eigenen Schutzes scheuten. In den ersten Aufenthaltspässen, die auf Grund von Artikel 8 des französisch-chinesischen Vertrages von 1858 an Missionare ausgestellt wurden, waren diese als „Franzosen" bezeichnet; später änderte man die Bezeichnung um in „Landsleute" und verstand darunter die Mit-

Digitized by Google

glieder irgendeiner katholischen Missionsgesellschaft, denen die Französische Regierung gemäß Art. 13 des Vertrages von 1858 den Schutz der Chinesischen Regierung erwirkte. Die Anerkennung ihres allgemeinen Protektorates glaubt die Französische Regierung in dem Artikel 6 des französisch-chinesischen Abkommens vom 25. Oktober 1860 zu finden, wonach die während früherer Christenverfolgungen in China eingezogenen religiösen und Wohltätigkeitsanstalten durch Vermittlung des französischen Gesandten an die Eigentümer wieder auszuhändigen waren.

Was immer die französischen Ansprüche sind, die Deutsche Regierung hat sie zurückgewiesen. Laut der Meistbegünstigungsklausel beanspruchte sie für katholische Missionare deutscher Nationalität, die mit Reisepässen deutscher Behörden ausgerüstet waren, den gleichen Schutz im Innern, der den „Landsleuten" französischer Beamten zuteil wurde. Als natürliche weitere Folge ergab sich daraus die Forderung an die Chinesische Regierung, ihr Visum den von anderen als deutschen Behörden ausgestellten Pässen deutscher Missionare zu versagen. So kam es, daß im Jahre 1890 die Steyler Mission in Schantung sich unter deutschen Schutz stellte, und zwar mit Zustimmung des Papstes. Auch die Italienische Regierung nahm das Recht, Pässe an katholische Missionare ihrer Staatsangehörigkeit auszustellen, für sich in Anspruch.

Angesichts dieser geschichtlichen Entwicklung läßt sich schwerlich von einem Protektorate katholischer Missionsinteressen in China durch Frankreich sprechen. Diese Entwicklung aber ließ es sowohl China als dem Papste ratsam erscheinen, eine direkte Verständigung über etwaige Streitfälle anzubahnen. Schon vor Jahren tauchte der Wunsch nach Errichtung einer Nuntiatur in Peking auf. In den Jahren 1885 und 1886 fanden Verhandlungen zwischen der Chinesischen Regierung und Leo XIII. statt. Als Nuntius von Peking wurde damals Msgr. Agliardi bestimmt. Gegen diesen Beschluß griff die Französische Regierung ein und ließ durch ihren Botschafter beim Vatikan gegen die Aussendung eines päpstlichen Delegierten Einsprache erheben. Als dies nicht zu dem gewünschten Ziele führte, ging Freycinet so weit, daß er dem Vatikan mit einem diplomatischen Bruche drohte. Diesem blieb weiter nichts übrig als nachzugeben, so daß die von China ebenso sehr wie von den katholischen Missionsgesellschaften in China gewünschte Vertretung ihrer Interessen durch Errichtung einer Nuntiatur vereitelt wurde.

Über diese Verhandlungen ist eine umfangreiche Literatur entstanden, die in Deutschland wenig bekannt ist. Gelehrte und Politiker, wie Cordier, Gérard, Debidour und Ernest Daudet, haben Material beigebracht; besonderen Ansehens erfreuen sich zwei Artikel der „Revue des deux mondes" von 1886 und 1898 über diese Frage. Die amtlichen Texte sind im Gelbbuche Frankreichs über chinesische Angelegenheiten von 1898 abgedruckt; die katholische Seite wird in

Digitized by Google

dem Weißbuche der Kurie von 1905 vertreten. Man ist sich in Frankreich durchaus klar darüber, daß Drohungen an den Papst wie im Jahre 1886 augenblicklich nicht mehr ziehen; es wäre interessant, wenn der Papst jetzt den Spieß umdrehte und von der Errichtung einer Nuntiatur in Peking unter der Bedingung Abstand nähme, daß die früheren Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan wieder aufgenommen würden. Diesen Gedanken legt ein viel beachteter und angezogener Artikel des Pariser „Correspondant" nahe, der unter schärfster Festhaltung an der Auffassung vom französischen Protektorat im Fernen Osten an die Französische Regierung die Forderung richtet, die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wiederherzustellen, da eine Ignorierung des Papstes auf die Dauer sich nicht durchführen ließe, und den französischen Kongregationen zu gestatten, in Frankreich selbst ihren Nachwuchs heranzubilden.

Der „Osservatore Romano" wendet sich in einem zweiten Artikel vom 24. Juli gegen die französische Auffassung, als ob durch die Ernennung des Nuntius irgendwelche durch die französisch-chinesischen Verträge garantierten Rechte Frankreichs verletzt würden. Der Vertrag regele einfach die Beziehungen der katholischen Chinesen zu ihrer Regierung, während die Ernennung des Nuntius den Beziehungen des Vatikans zur Chinesischen Regierung gelte. Der Vatikan werde von dem französischen Protest, falls ein solcher erhoben sei, nicht berührt; ein solcher habe nur Interesse für die Chinesische Regierung, die sich jetzt entscheiden müsse, ob es ihr zusage, dem Drucke einer fremden Regierung nachzugeben und einen Schritt wieder rückgängig zu machen, den sie in voller politischer Unabhängigkeit beschlossen habe.

Das letzte Wort in der Angelegenheit ist noch nicht gesprochen. China scheint unter dem Drucke Frankreichs und der Entente langsam abzubauen. Die Amsterdamer Zeitung „De Tijd" erblickt darin einen Beweis, wie sehr Frankreichs Schlagwort vom eigenen freien politischen Selbstbestimmungsrecht der Staaten, sowohl der kleinen wie der großen, zu denen China rechnet, erlogen genannt zu werden verdiene. Denn Frankreich verhindere die Regierung in Peking, die religiösen Interessen eines großen Teiles der chinesischen Bevölkerung nach deren eigener Einsicht und eigenem Wunsche wahrzunehmen. Als Mittel zur Rettung aus der Verlegenheit scheint sich der durch den Wiener Kongreß begründete Vorrang des Nuntius vor den bevollmächtigten Ministern zu erweisen. Da bei der Pekinger Regierung keine Botschafter, sondern nur Gesandte beglaubigt sind, so würde der Nuntius gemäß dieser Festlegung allen diplomatischen Vertretern der Mächte im Range vorangehen. Auf Betreiben des Diplomatischen Korps hat die Chinesische Regierung diese Bestimmung als nicht bindend für sich erklärt; es ist jedoch nicht anzunehmen, daß der Papst sich auf eine Rangminderung seiner Würdenträger einlassen wird, und somit besteht die Wahrscheinlichkeit, daß, wie

Digitized by Google

so oft in der politischen Welt, die Rang- und Etikettefrage sachliche Gegensätze totmacht.

Reuters plumpe Verquickung der Pekinger Angelegenheit mit deutschen Interessen gibt dem „Corriere d'Italia" vom 18. August zu dem giftigen Spotte Anlaß, es sei eine interessante Neuigkeit, daß die Politik Chinas, eines Verbandsstaates, vom deutschen Staatssekretär des Äußeren gemacht werde. Für uns hat der Streit nur deshalb Bedeutung, weil er beleuchtet, mit welcher Zähigkeit die Franzosen an dem Protektorate aller Katholiken im Fernen Osten behufs Stärkung ihres politischen Einflusses festhalten. Prof. Cordier gibt zu, daß das Protektorat für Frankreich die Quelle mancher Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bilde, aber zugleich erblickt er darin die unumstößliche Grundlage des ganzen französischen politischen Einflusses im Reiche der Mitte.

Solche Auslassungen machen es uns klar, wie hoch andere Völker die Missionsfrage einschätzen. Wir müssen begreifen, daß diese nicht nur den Franzosen, sondern auch Engländern und Amerikanern lediglich ein politisches Mittel ist, das sie zum Druck auf China verwenden, und es ist bedauerlich, daß unser Volk noch zu jung und unsere Auslandsvertreter vielfach zu harmlos waren, als daß sie die gewaltige Macht allezeit auszunutzen verstanden hätten, die sich in der richtigen Einsetzung und Verwertung der Mission mit ihrem Reichtum an gebildeten sprach- und volkskundigen Männern und Frauen für die Hebung und Förderung unserer nationalen Sache bot.

Wie sehr die Missionstätigkeit als politisches Mittel unter den Völkern des Ostens gewertet wird, bewies Japan, als es unter den 21 Forderungen zur Erzielung politischen Einflusses in China vom 18. Januar 1915 auch die Zulassung buddhistischer Missionare in China verlangte. Die chinesische Regierung wußte, worum es sich handelte, als sie sich gegen diese Klausel mit allen Kräften sträubte.

Der Föderativgedanke in Großrußland

Von W. Jakowleff.

Der Verfasser dieses Artikels ist ein russischer Journalist, der erst vor wenigen Wochen Moskau verlassen hat. Uns schien es wertvoll, einmal einem Russen über dieses Problem das Wort zu erteilen.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Rußland und die Organisation des russischen Staates durch die jetzt die Macht ausübenden Bolschewisten scheint doch andere Wege zu gehen, als die Theoretiker und Praktiker des russischen Kommunimus es sich vorstellten. Diejenigen

Digitized by Google

Gruppen der russischen extremen Sozialdemokratie, die sich um Lenin scharten, sind alles eher als Föderalisten. Eine straffe Zentralgewalt, die unumstößliche Direktiven den regionalen und lokalen Vertretungen des Proletariats gibt und praktisch keine nationalen oder nach anderen Gesichtspunkten orientierte souveräne Staatsgebilde zuläßt, ihrerseits auch das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, und wohl auch Denken, der auf ihrem Staatsgebiete lebenden Bevölkerung lenkt, wäre eine der Verwirklichung der politischen und sozialen Ideale des bolschewistischen Kommunismus. Die verhältnismäßig kleine Gruppe von intellektuellen Fanatikern, die augenblicklich die Geschicke Rußlands und wohl auch der ganzen zivilisierten Welt zu leiten wähnt, hat auch in dem von ihr verfaßten Entwurf einer Verfassung der „föderativen sozialistischen Sowjetrepublik" diesen unitaren und universellen Gedanken ausgedrückt, und zwar in der Bestimmung, daß die oberste, sowohl gesetzgebende, als auch administrative und rechtsprechende Instanz für alle Teile des Gebietes der Republik der allrussische Kongreß der Delegierten der Sowjets sei. Eine noch größere Stärkung findet dieser Einheitsgedanke und das Prinzip der Zentralisation in der Tatsache, daß faktisch dieser Kongreß während der elf Monate dauernden Herrschaft der Bolschewisten bloß zweimal im ganzen auf neun bis zehn Tage einberufen wurde, um Ja und Amen zu den Beschlüssen und Handlungen des Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare zu sagen.

Es ist ja auch schwer denkbar, daß eine extrem sozialistische Regierung, die sich ausschließlich von der utopistischen Idee einer Diktatur des Proletariats leiten läßt, sich praktisch auf den Boden der Verwirklichung staatlich föderalistischer Prinzipien stellen könnte. Die letzteren gehen von der Anerkennung gewisser nationaler, sozialer und sehr differenzierter wirtschaftlicher und kultureller Bedürfnisse verschiedener Gebiete und Völkerschaften aus, die um so mehr entgegengesetzter Natur sein müssen, je größer die Ausdehnung des Territoriums und je mannigfaltiger und zahlreicher die Bevölkerung des betreffenden Staates, in diesem Falle Rußlands, ist. Der Bolschewismus glaubt, oder wiegt sich in dem Glauben, daß alle diese Bedürfnisse überlebte „bürgerliche Vorurteile" sind und geht in seiner Staats- und Rechtsphilosophie ausschließlich vom Begriffe des Proletariats, als einer vollständig abgeschlossenen Kategorie aus, deren Gesetze und Wünsche im gegebenen historischen Moment festgelegt und unabänderlich sind, und die für alle Himmelsstriche für jeden einzelnen Proletarier absolute Geltung haben und keinen Widerspruch hervorrufen können. Von diesem Gesichtspunkte aus kann der bolschewistische Rat der Volkskommissäre, genau so wie der absolute Monarch, niemals verantwortlich dem Volke gegenüber gemacht werden, denn er kennt ja diese vermeintlichen Gesetze und handelt genau nach der vermeintlichen sozialistischen Theorie im Interesse dieses Pro-

Digitized by Google

letariats. Wiederum von diesem Gesichtspunkte ausgehend, handeln die bolschewistischen Machthaber ganz folgerichtig, wenn sie den Föderalismus praktisch nicht durchführen, da er überflüssig ist und theoretisch, als gewisse Konzession gemeint, ihn höchstens in der Benennung des russischen Staates, als einer „föderativen" sozialistischen Republik, gelten lassen.

Nun macht ja die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse sogar den ehrlichsten Utopisten einen dicken Strich durch ihre Rechnung und zwingt sie zu praktischen Konzessionen, die, als nicht zur alleinseligmachenden Theorie gehörend, keinen Ausdruck finden in den Gesetzen, Dekrets und veröffentlichten Verfügungen der Moskauer kommunistischen Regierung. Die wichtigste Konzession, die in dieser Richtung gemacht wurde, ist die Ausdehnung des Begriffes „Proletariat" auf die Masse der Bauernbevölkerung. Es geschah dieses aus zweierlei Gründen; erstens aus der Erwägung heraus, die Grundlage, auf die sich die Moskauer Bolschewisten in sozialer Hinsicht stützen, zu erweitern. (Solch eine Erweiterung war schon durch die zunehmende Passivität der städtischen Arbeiterschaft und ihrer Gleichgültigkeit dem politischen Leben gegenüber geboten.) Der Begriff „Proletarier" wurde ganz entgegengesetzt der Theorie des orthodoxen Marxismus auf die Bauernschaft ausgedehnt und damit nicht nur ein Berührungspunkt mit der antimarxistischen Partei der russischen Agrarsozialisten (Sozialrevolutionäre) geschaffen, sondern auch ein praktisches Zusammenarbeiten mit dem linken Flügel der letzteren ermöglicht. Tatsächlich finden sich jetzt, außer der Frage des Sonderfriedens, keine Gegensätze irgendwelcher Art zwischen den Bolschewisten und linken Sozialrevolutionären.

Der zweite Grund, weswegen die Bolschewisten die Bauern als „Proletarier" anerkennen und zugleich das Agrarprogramm der linken Sozialrevolutionäre zu ihrem eigenen machten, liegt in der Schwierigkeit der Versorgung des städtischen Proletariats mit Lebensmitteln und der Auffüllung der „Roten Armee" mit neuen Mannschaften. Mit der Lösung dieser beiden Fragen, oder wenigstens einer von beiden, steht und fällt der russische Bolschewismus, nachdem ihm seitens des städtischen Bürgertums und der Grenzstaaten, wie es scheint, keine Gefahr mehr droht. In diesen beiden Fragen — der Hergabe von Rekruten und der Lieferung der Lebensmittel — zeigt sich nun die ländliche Bevölkerung Rußlands höchst renitent. Die allgemeine Losung „Keinen Mann und kein Pud Getreide" ist zwar nicht als Ausdruck einer politischen Opposition gegen die Zentralregierung aufzufassen. Die Ziele dieser Regierung sind dem russischen Bauer nicht zuwider. Sie lassen ihn nur kalt, da sie nicht den individuellen wirtschaftlichen und egoistisch aufgefaßten Interessen des kleinen Grundbesitzers entsprechen; genau so kalt und gleichgültig ließen die Bauernmasse die wirklichen oder angeblich politischen und nationalen Ziele der zarischen Regierung, insofern der

Digitized by Google

Bauer in dieser Politik nicht die Möglichkeit sah, seinen individuellen Besitz zu erweitern und sein Eigentumsrecht am Grund und Boden zu befestigen. Seine teilweise Begeisterung für den Krieg 1914 wurde gespeist unter anderem durch das Versprechen, daß die zu erobernden Gebiete an die Bauern verteilt würden. Seine Teilnahme an der Revolution erklärt sich letzten Endes psychologisch durch den Landhunger, der durch die Verteilung der Domänen, Kirchengüter und des privaten Großgrundbesitzes gestillt werden sollte. Diese Verteilung ist nun, und zwar auf unorganisiertem, revolutionärem Wege, meistens durch einfache Wegnahme, erfolgt. Das Ziel des russischen Kleinbauern ist mehr oder weniger erreicht, und der neue zentralistische Staat der Bolschewisten, der diese primitive Lösung der Agrarfrage innerhalb der Gemeinde und des angrenzenden Gutsbezirkes unter Benachteiligung der zufällig ärmeren Bauern der anderen Gemeinden, Kreise oder Gouvernements, nur widerwillig anzuerkennen gezwungen ist, kann dem neuen „beatus possidens" nichts mehr bieten. — Er *fordert* bloß von ihm —, und zwar Steuern, Rekruten und Lebensmittel. Die letzteren zu ungenügenden Höchstpreisen, zahlbar in entwertetem Gelde, für welches der Bauer weder Bekleidungsstoffe noch Handwerkszeug, Geräte, Genußmittel, noch andere Produkte der Industrie erwerben kann. Mit anderen Worten — das Interesse am zentralistischen Staat ist bei dieser Bauernschaft erschöpft, und dasselbe wird der Fall sein, sobald der völlig landlose Bauer, die „derewenskaja bednota", den die Bolschewisten augenblicklich gegen den bäuerlichen Kleingrundbesitzer, den „Kulak", den Dorfkapitalisten, ausspielen, seinen Teil an Land bekommt und damit seine Interessen mit der der anderen agrarischen Schicht identisch werden.

Der *Kirchturmpatriotismus des russischen Bauern* und seine Vorliebe für kleinere staatliche Organisationen ist nicht, wie es der Staatssekretär v. Hintze in der Sitzung des Hauptausschusses meinte, auf den alten *Dorfkommunismus*, auf den „Mir" zurückzuführen, sondern sowohl ein Resultat der neuesten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, hervorgerufen durch den Krieg, die Revolution und ihre Begleiterscheinungen, als auch durch die Regierungspraxis der bolschewistischen Sowjets bedingt. Und zwar nicht bloß der Zentralsowjets in Moskau, sondern auch der Sowjets in den Gouvernements- und Kreisstädten, die an Doktrinarismus dem hauptstädtischen nicht nur nicht nachstehen, sondern womöglich noch überbieten. Es gilt, unter den gegenwärtigen Umständen für den Bauer nicht, nationale und Reichspolitik zu treiben, sondern seine neuen wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu sichern. Diese liegen aber vorerst fast ausschließlich im Gebiete der Gemeinde, und deshalb werden diese Errungenschaften folgerichtig gemeinsam mit den Dorfgenossen verteidigt. Diese Verteidigung trägt durchaus keinen patriotischen Charakter. Sie ist höchst

Digitized by Google

wirksam und wird nötigenfalls durch die Waffen durchgeführt. Gegenwärtig besitzen eine Menge von Dörfern nicht nur von früheren Soldaten mitgebrachte Gewehre, sondern auch Maschinengewehre und manchmal auch leichte Feldgeschütze, mit deren Hilfe die Bauern sich sehr erfolgreich gegen die von den Sowjets organisierten militärischen Expeditionen zum Zwecke der Beitreibung von Lebensmitteln, Steuern usw. vorgehen. Es gibt auch Ansätze einer militärischen Organisation der Bauern durch frühere Unteroffiziere, die im Verlaufe des Krieges zu Offizieren befördert wurden. Vielfach sind Übungskurse für die bäuerliche Jugend eingeführt worden und die militärische Organisation auf ganze Kreise ausgedehnt worden. Wie wirksam dieser militärische Widerstand ist, bezeugt unter anderem folgendes Beispiel: Im August dieses Jahres wurde eine Bolschewisten-Expedition nach einigen kartoffelreichen Dörfern des Kreises Swenigorod im Gouvernement Moskau ausgerüstet, um Nahrungsmittel für die Hauptstadt zu requirieren. Diese Expedition wurde mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer empfangen und mußte sich zurückziehen, um Verstärkungen zu holen. Darauf erhob sich der gesamte Kreis und mobilisierte ein wohlausgerüstetes Korps von 8000 Mann, das eine reguläre und siegreiche Schlacht den Sowjettruppen lieferte. Das Resultat war, daß die Bauern sämtliche gefangenen Rotgardisten füsilierten und die Sowjetregierung von weiteren Maßnahmen vorläufig absehen mußte.

Augenblicklich haben diese lokalen Gemeindeorganisationen, wie gesagt, keine Bedeutung im Sinne einer bis aufs kleinste gehenden Organisation Rußlands auf föderativer Grundlage. Sie sind, um es zu wiederholen, auf die lokalen wirtschaftlichen Bedürfnisse zugeschnitten und bilden keine Basis für die Tätigkeit der augenblicklich in Moskau am Ruder stehenden Sowjetregierung, sondern sind als Abwehrorganisationen gegen die den Bauern unliebsamen Maßnahmen dieser Regierung gedacht. Es ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß diese Gemeindeorganisationen in späterer Zeit, unter geregelteren staatlichen Verhältnissen, von nationalpolitischen Gesichtspunkten sich leiten lassen werden und Bausteine zum Aufbau Großrußlands bilden. Augenblicklich fehlt ihnen dieser nationalpolitische Gedanke, wie überhaupt die staatspolitische Idee in der großen Masse der Landbevölkerung, jetzt im Verlaufe der Revolution, wenig Verständnis findet. Die Propaganda des bolschewistischen Internationalismus hat in dieser Richtung viel dazu beigetragen, kann aber nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden. Es finden die Ideen vom Staat im Gegensatz zu den Ideen in Verbindung mit dem „Land im persönlichen Eigentum des Landmannes" wenig Anklang bei dem großrussischen Bauern. Es wird die Aufgabe einer klugen und weitschauenden nationalen Regierung sein, die Massen für die Aufnahme des Staatsgedankens zu erziehen. Es wird ihr dies um so leichter werden, je mehr sie sich dabei auf den Lokalpatriotismus der Landbevölkerung zu stützen

Digitized by Google

vermag und die vorhandenen Ansätze von lokalen staatlichen Organisationen zum Ausbau eines russischen Reiches auf der Grundlage einer ins kleinste gehenden Föderation benutzt.

Richtungsänderungen im Weltverkehr

Von Arthur Dix

Die zwangsweisen Richtungsänderungen, die der Krieg dem weltwirtschaftlichen Verkehr gegeben hat, indem die Mächte des Vierbundes, insbesondere das im Welthandel an so hoher Stelle stehende Deutsche Reich, vom überseeischen Verkehr ausgeschlossen wurden, werden mit dem Friedensschluß zwar ihr Ende nehmen; aber es ist doch keineswegs etwa zu erwarten, daß alsdann die alten Verkehrsbeziehungen hinüber und herüber in ungefähr gleicher Weise wie bis zum Juliende 1914 aufgenommen werden würden. Nicht etwa, als ob nur die allgemeine Verringerung des Frachtraumes vorübergehende Folgen für die Zeit der großen Übergangswirtschaft nach dem Kriege geltend machen werde: es meldet sich vielmehr ein neuer Zeitabschnitt in der Gestaltung des Weltverkehrs an, der sich in mancher Beziehung wesentlich von den vorangegangenen unterscheiden dürfte.

Wir waren daran gewöhnt, den breitesten Verkehrsstrom sich ergießen zu sehen über den Nordatlantischen Ozean zwischen den Häfen der Nordseeküste und jenen der Vereinigten Staaten. Ein weniger breiter Strom zweigte sich jenseits des Kanals ab nach Südamerika, ferner nach Südafrika und um Westeuropa herum durch das Mittelmeer. In Lissabon einen amerikanischen Zufluß, in den großen Mittelmeerhäfen mitteleuropäischen Zufluß aufnehmend, ergoß dieser Strom sich weiter durch die schmale Rinne des Suezkanals hinüber in den Indischen Ozean, in den entlegenen ostasiatischen Gewässern eine neue Verbreiterung erfahrend. Eine Seitenströmung ging aus dem Mittelmeer durch die Dardanellen in das Schwarze Meer.

Welche Veränderungen in diesem altgewohnten Bilde der Verkehrsrichtung und Verkehrsverzweigung haben wir beim Wiederaufbau des durch keine Kriegsfesseln gehemmten Weltverkehrs nach Friedensschluß zu erwarten?

Eine der mit hochgradiger Bestimmtheit ins Auge zu fassenden Haupterscheinungen dürfte eine erhebliche Verringerung des transatlantischen Verkehrs sein:

Vor dem Kriege lieferten die Vereinigten Staaten in gewaltigen Mengen aus ihrer Überschuß-Produktion. Es gab eine Zeit, in der sie Europa mit Getreide überfluteten. Die Getreideausfuhr aber hatte sich schon lange wesentlich vermindert, da der Eigenbedarf der Vereinigten Staaten mit wachsender Be-

Digitized by Google

völkerung zusehends gestiegen war. Jetzt lieferten sie vor allen Dingen Baumwolle, ferner Kupfer, Erdöl, Futtermittel und Erzeugnisse ihrer Viehzucht. Auch Industrieerzeugnisse, wie namentlich Maschinen. Trotz des starken Wachstums seiner Bevölkerung war Nordamerika seinerseits ein immer schlechterer Käufer auf dem europäischen Markte geworden, da es seine eigene Industrie immer stärker entwickelte, nicht nur große Teile des Eigenbedarfs deckend, sondern auch auf anderen Absatzmärkten, besonders in Südamerika, mit der europäischen Ausfuhrindustrie in Wettbewerb tretend. So gestaltete sich die amerikanische Handelsbilanz für Europa ungemein ungünstig, da Europa für Milliardenwerte mehr Rohstoffe aus den Vereinigten Staaten bezog, als es an Industrieerzeugnissen dorthin abzusetzen vermochte.

Die unter diesen Umständen äußerst passive europäische Frachtraumbilanz wurde einigermaßen ausgeglichen durch die Auswandererbeförderung aus Europa nach Amerika. Durch diese Auswandererbeförderung aber hat Europa die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit fortgesetzt zum eigenen Schaden gesteigert. Nach dem Kriege wird der Wiederaufbau der europäischen Friedenswirtschaft und die Ausfüllung der durch den Krieg gerissenen klaffenden Lücken im Menschenmaterial die Arbeitskräfte in Europa selbst erfordern. Der Zerfall Rußlands hat auch — wovon weiterhin noch zu sprechen sein wird — neue Möglichkeiten produktiver Arbeitsausgestaltung eröffnet, und Europa wird keinen Anlaß haben, sich nach dem Kriege wiederum den Luxus zu leisten, der amerikanischen Industrie die Menschenkräfte zur Verfügung zu stellen, mit deren Hilfe dieses sich weitgehend unabhängig machen will von der Einfuhr europäischer Industriewaren und selber den Wettbewerb aufnehmen auf anderen Märkten.

Vor allen Dingen aber muß Europa in seinen einzelnen Teilen nach dem Kriege ungleich mehr als zuvor Rücksicht nehmen auf die Zahlungsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten; denn alle Kriegführenden waren genötigt, ihre amerikanischen Wertpapiere, durch deren Verzinsung das Passivum der Handelsbilanz in erheblichem Umfange gedeckt war, an Amerika abzustoßen. Die Westmächte haben außerdem viele Milliarden an Krediten drüben aufnehmen müssen, deren Verzinsung künftighin jenes Passivum noch weiter steigert. Um also nicht in barem Gelde mit einer eine Milliarde Mark mehr oder weniger weit übersteigenden Summe jährlich an die Vereinigten Staaten durch den Überschuß der Einfuhr amerikanischer Rohstoffe über die Ausfuhr ihrer eigenen Industrieerzeugnisse in Schuld zu geraten, müssen England, Deutschland und die anderen künftig notgedrungen auf eine wesentliche Einschränkung ihrer Bezüge aus Amerika Bedacht nehmen. Das wird freilich für die Vereinigten Staaten ein Anreiz sein, ihre Rohstoffe in gesteigertem Maße selbst zu verarbeiten und mit

Digitized by Google

ihren Fabrikaten namentlich den südamerikanischen Markt zu überschwemmen. Ihre Konkurrenzfähigkeit wird aber aller Voraussicht nach doch immerhin nur eine begrenzte sein, wenn der Einwandererzustrom aus Europa fortbleibt, mit dessen Hilfe sich bisher alle Erweiterungsbauten der amerikanischen Volkswirtschaft vollzogen; denn auf sich selbst angewiesen, stagniert das amerikanische Volkstum. Immerhin stehen wir vor der Aussicht, daß der gesamt-amerikanische Wirtschaftskreis sich mehr und mehr in sich abschließen, der Verkehr zwischen der nord- und südatlantischen Küste auf der jenseitigen Halbkugel sich stärker ausbilden, der Verkehr über den Nordatlantischen Ozean sich aber verringern wird.

In vielleicht noch wesentlich stärkerem Maße steht eine ähnliche Abschließung innerhalb des ostasiatischen Wirtschaftskreises bevor. Hier ist die Wirtschaftsmacht Japans durch den Krieg außerordentlich vermehrt worden. Der durch die Frachtraumnot erzwungene Rückzug der europäischen Reedereien aus Ostasien hat der japanischen Schiffahrt einen gewaltigen Vorsprung gegeben und hat Ostasien mehr und mehr zu einer Domäne Japans gemacht, die der japanische Handel auch nach dem Kriege nicht räumen wird.

Ausgeprägte weltwirtschaftliche Abschließungstendenzen beherrschen auch das ehemalige Stammland des Freihandels: Welt-Britannien. Gerade der oben begründete Zwang, nach dem Kriege die Rohstoffbezüge aus Amerika einzuschränken, ist wesentlich entscheidend für Englands Bemühungen, alle Rohstoffe aus seinen Kolonien an sich zu ziehen. Es kann dieses Vorgehen natürlich in der Zeit des Bündnisses mit Amerika nicht damit begründen, daß es seine Schuldverbindlichkeiten gegenüber den Vereinigten Staaten nicht ins Grenzenlose anwachsen sehen will; es kann auch den Kolonien nicht offen dartun, daß es seiner heimischen Industrie die Rohstoffe möglichst billig sichern will, sondern es schützt nach beiden Seiten hin das Motiv des wirtschaftlichen Nachkrieges gegenüber Deutschland vor.

Übrigens war schon zu Zeiten des offiziellen britischen Freihandels Deutschland von dem Bezug der besten Qualitätsware an Rohstoffen britisch-kolonialen Ursprungs tatsächlich zum beträchtlichen Teil ausgeschlossen, da durch die alten Verbindungen und Verquickungen der englische Handel seine Hand fest auf der besten australischen Wolle und der besten ägyptischen Baumwolle hielt. Deutschland konnte von diesen Waren nicht den Rohstoff aus den Produktionsländern beziehen, sondern sah sich auf den Bezug der Garne aus England angewiesen. Dem Hochstand der deutschen Farbstoffindustrie war es zuzuschreiben, wenn ein Teil der in Deutschland zu Stoffen verarbeiteten Garne dann später wieder als „englisches Erzeugnis" abgestempelt und als solches auch auf dem deutschen Markt in Verkehr gebracht wurde. Ähnlich verhielt es sich mit der Lyoner Seide, deren Rohstoff

Digitized by Google

Frankreich aus dem Orient bezogen hatte. Die rohe Seide ging in die deutsche Verarbeitungsindustrie und kehrte zum Teil dann wieder nach Frankreich zurück, um als französische Ware den Weltmarkt zu beherrschen.

Solche Arbeitsteilungen erscheinen für die Zukunft erschwert durch die Tendenz des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. Deutschland wird in gesteigertem Maße selbst auf die Rohstoffsuche gehen müssen; aber die Fähigkeiten der deutschen Technik haben gerade durch den Krieg eine hinlänglich scharfe Beleuchtung erfahren, um uns hoffen zu lassen, daß wir in Zukunft auch unter deutscher Flagge segelnden deutschen Erzeugnissen die Achtung weiter Märkte werden erringen können.

Jedenfalls sind wir durch die bevorstehende stärkere Abgrenzung der weltwirtschaftlichen Hauptgebiete: Amerika, Ostasien und Welt-Britannien, darauf hingewiesen, auch uns eigene Weltverkehrsgebiete zu schaffen, für die Mittel- und Osteuropa, Vorder- und Mittelasien und Afrika verbleiben.*) Wie gesagt, zwingt uns auch die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten nach dem Kriege zur Ausschau nach neuen Rohstoffgebieten, die uns zugleich weite Absatzmärkte zu erschließen versprechen.

Die künftigen Richtungsänderungen im Weltverkehr hängen nicht zuletzt von der Lösung dieses Problems durch Deutschland und die ihm nahe stehenden Länder ab.

Prüfen wir die zu ersetzenden Rohstoffe bisher nordamerikanischen Ursprungs und die in absehbarem Umkreis sich uns darbietenden neuen Möglichkeiten, so wird unser Blick vor allen Dingen auf das Verkehrsgebiet der Ostsee und des Schwarzen Meeres gelenkt.

Es handelt sich namentlich um den Ersatz von Faserstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln, Kupfer, Holz, Erdöl und tierischen Fetten. Auf fast all diesen Gebieten erschließt uns der Osten Europas und das Südostgebiet — unter Einschluß Vorder- und Mittelasiens — ausgedehnte Deckungsmöglichkeiten. Für Faserstoffe liefern Finnland und Litauen das Holzmaterial zu den neuen Zellstoffen („Stapelfaser"); die baltischen Provinzen, Litauen, Polen und die Ukraine liefern in großer und noch sehr vermehrungsfähiger Menge Flachs und Hanf. Auch vom eigenen Boden, besonders unter Nutzung ausgedehntester Moorkultur, können wir die Flachs- und Hanfgewinnung derartig steigern, daß wir im Verein mit den eben genannten Ländern auf diesem Gebiete dem Weltmarkte gegenüber sogar eine monopolähnliche Stellung zu erringen vermögen. Die Ukraine, die Krim, der Balkan, Vorder- und Mittelasien liefern ferner bedeutende Mengen Wolle bis zu den feinsten Qualitäten und können in der Belieferung mit Rohseide die

*) Vgl. auch meine Schrift: „Die Wiedergeburt der alten Welt", Dresden 1916.

Digitized by Google

führende Rolle auf dem europäischen Markte gewinnen. Im kaspischen Gebiet endlich steht eine ausgedehnte Baumwollproduktion mitten in der Entwicklung. Die Länder zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und im weiten Umkreis um dieses letztere vermögen bei gesteigerter Intensität des Ackerbaues, insbesondere beim vermehrten Anbau von Ölfrüchten in den südlicheren Gebieten, auch unseren Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, ferner an Genußmitteln, wie Obst, Südfrüchten, Wein, Zigaretten, Tabak, vollauf zu decken. Weiterhin ist der Osten in der Lage, für unseren ganzen Holzbedarf aufzukommen. Bezüglich des Erdöls machen die rumänischen Lieferungen — bei größerer Bedarfssteigerung nötigenfalls ergänzt durch die kaspischen Gebiete — uns von den Vereinigten Staaten völlig unabhängig. Kupfer haben wir im Kriege in weitem Umfange günstig zu ersetzen gelernt durch Aluminium und andere Metalle; für den als notwendig verbleibenden Rest können der Kaukasus und der Balkan aufkommen, die uns auch mit anderen Erzen zu beliefern vermögen. Besonders wichtig ist dabei die Möglichkeit der Deckung unseres Manganerzbedarfs vom Kaukasus her.

Verblieben demnach unter unseren Hauptbedarfsartikeln bisher nordamerikanischen Ursprungs nur die tierischen Fette, die zum Teil ersetzt werden könnten durch vermehrten Butterbezug aus Rußland, in der Hauptsache aber durch pflanzliche Öle aus dem tropischen Afrika, das auch für die Belieferung mit Baumwolle und anderen Faserstoffen, mit Kupfer und anderen Metallen, mit Edelhölzern usw. von hervorragender Bedeutung wäre.

Die von uns ins Auge gefaßten Gebiete des Ostens und Südostens stellen auch sehr erweiterungsfähige Absatzmärkte vor. Die Besiedelung der baltischen Provinzen und Litauens, die Agrarreform in der Ukraine und Rumänien würden neben der Produktionssteigerung auch den Wohlstand der Bevölkerung kräftig entwickeln. Alle diese Gebiete sind in der Kultur noch durchweg sehr rückständig und einer ungemein großen Bedürfnissteigerung fähig. Voraussetzung rentabler Produktionsentwicklung ist ihre Belieferung durch uns mit Verkehrsmitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, künstlichen Düngemitteln, Einrichtungen für die Unternehmungen landwirtschaftlicher Industrie in weitestgehendem Umfange. Absatzentwicklung und Produktionsentwicklung stehen im Hinblick auf diese Gebiete also von vornherein in Wechselwirkung. Späterhin würde dann eine Erweiterung des Marktes für Industrieerzeugnisse jeder Art durch allgemeine Steigerung des Wohlstandes und der Lebenshaltung folgen. Somit stehen wir vor der Aussicht erheblicher Eindämmung unseres nordatlantischen Verkehrs und wesentlicher Steigerung unseres Verkehrs im Gebiet der Ostsee und des Schwarzen Meeres und darüber hinaus des Kaspischen Meeres.

Für die Zeit der allgemeinen Frachtraumnot nach Kriegsende ist es von Belang, daß ein Teil dieses Verkehrs sich auf dem Landwege und auf den

Digitized by Google

mittel- und osteuropäischen Binnenwasserstraßen vollziehen kann. Besonders groß ist für die Zukunft der Anreiz, diese mittel- und osteuropäischen Binnenwasserstraßen zu einem einheitlich geschlossenen und engmaschigen Verkehrsnetz zusammenzufassen. Des Ausbaues von Weichsel und Memel wurde schon oben gedacht — der Ausbau des Kanalsystems zwischen den deutschen Strömen einschließlich der Donau darf als durch den Krieg spruchreif gemacht bezeichnet werden. Im Osten heischt ferner der Dnjepr Verbindung mit der Düna und den ostdeutschen Strömen. Weiterhin ist die Möglichkeit hervorzuheben, den Don und die Wolga, deren Lauf bis auf 60 Kilometer Nähe aneinander rückt, in Verbindung miteinander zu bringen. Ein Großschiffahrtsweg zwischen dem Unterlauf dieser beiden Ströme vermöchte sogar das Kaspische Meer der Seeschiffahrt zugänglich zu machen; jenseits des Kaspischen Meeres aber öffnen sich die reichen, dem Weltverkehr nur noch zu wenig erschlossenen Produktionsstätten Turkestans und Nord-Persiens.

Der Verlauf des Krieges hat erwiesen, daß England uns nicht nur jeden afrikanischen Kolonialbesitz neidet, sondern daß es seine Hand auch legen will auf das Verkehrsgebiet und die Produktionsstätten Vorderasiens bis hin zum Kaukasus. Nicht nur verkehrsgeographisch sieht es das Ziel der Umrundung des Indischen Ozeans, der geschlossenen Landverbindung vom Kap bis Kairo, von Kairo über Kalkutta bis Singapur vor sich, sondern auch wirtschaftsgeographische Gründe lassen ihm Syrien und Mesopotamien, Persien und Transkaukasien um ihrer selbst willen begehrenswert erscheinen.

Der Krieg hat uns zunächst zwangsweise die westlichen Verkehrsverbindungen abgeschlossen und uns genötigt zur Pflege und zum Ausbau der einzig verbliebenen südöstlichen Verbindungen. In seiner Folge aber werden wir auch weiterhin notwendigerweise rechnen müssen mit einer Einschränkung des Verkehrs westwärts gegenüber früheren Friedenszeiten, besonders auch mit dem Verzicht auf die englische Mittlerrolle zwischen uns und fernen Weltmärkten, und werden rechnen müssen mit sorgfältigster Pflege des kontinentalen Verkehrs nach Osten und Südosten, der mittel- und osteuropäischen Binnenschiffahrt, der Seeschiffahrt in der Ostsee, nach dem Schwarzen und womöglich auch dem Kaspischen Meer und endlich der Verbindungen mit dem afrikanischen Erdteil. Ohne daß diese Richtungsänderungen im Weltverkehr ursprünglich von uns gewollt sind, wurden sie durch die Pflege unserer Beziehungen zu dem Südosten Europas, durch den Zerfall Rußlands, durch unsere moralische Pflicht zur Mitwirkung an dem Wiederaufbau seiner losgelösten Teile zur Möglichkeit, durch die neuen Richtlinien der britischen Politik und durch unsere Zwangslage bezüglich der künftigen Handelsgestaltung gegenüber den Vereinigten Staaten zur Notwendigkeit.

Digitized by Google

Die Zahlungsmittelkrisis

Wenn bisher von der Kriegsfinanzierung die Rede war, so hörte man oft die satyrische Bemerkung: „Nun, *solange die Notenpresse arbeitet*, kann man auch den Krieg finanzieren!" Damit sollte gesagt werden, daß die Regierungen sich künstlich durch eine Überschwemmung des Landes mit Geldzeichen die nötigen Kredite verschaffen, die nicht durch Steuern und Anleihen aufgebracht werden können. Wer hätte jemals gedacht, daß auch die Notenpresse einmal versagen würde? Zu all den schweren Schicksalsschlägen der letzten Wochen ist auch noch diese Tatsache gekommen. In den letzten Wochen hat sich in zunehmendem Maße ein äußerst empfindlicher *Mangel an Banknoten* bemerkbar gemacht. Fabriken waren nicht in der Lage, ihre Arbeiter voll in bar auszulöhnen, mächtige Banken waren gezwungen, selbst mittlere Beträge mit einem Scheck auf die Reichsbank zu entrichten, die Post zahlte nur mehr Beträge bis zu 200 Mark in bar aus, die Sparkassen wurden, genau wie bei Kriegsausbruch gestürmt, bloß mit dem Unterschied, daß sie jetzt nicht mehr mit Bargeld ihre Gläubiger befriedigen konnten. Kurzum, eine *Zahlungsmittelpanik* und Zahlungsmittelkrisis hat sich entwickelt.

Warf man nun aber einen Blick auf den Ausweis der Reichsbank, so mußte man feststellen, daß gleichzeitig mit diesem Mangel an Banknoten eine geradezu stürmische Erhöhung des *Banknotenumlaufs* eingetreten war: Vom 23. September bis zum 15. Oktober ist der Notenumlauf bei unserer Zentralbank von 13 auf 16 Milliarden Mark angewachsen, während er im vorigen Jahre, wo er sich auch schon anormal steigerte, in der gleichen Zeit nur von 9 auf 10¼ Milliarden Mark erhöht hatte. Vergleichsweise sei zunächst erwähnt, daß im Frieden der Banknotenumlauf der gleichen Jahreszeit sich auf knapp 2 Milliarden zu stellen pflegte. Dazu kommt noch weiter, daß wir in Deutschland noch andere Geldzeichen im Umlauf haben, daß namentlich an Darlehnskassenscheinen über 9 Milliarden Mark ausgegeben sind.

Hier ergibt sich die erste Frage: *wo sind diese gewaltigen Beträge* und wie erklärt es sich, daß trotz dieser außerordentlichen Erhöhung des Notenumlaufes statt eines Überflusses ein Mangel an diesen Geldzeichen herrscht? Es ist früher schon öfters darauf hingewiesen worden, daß einige Milliarden Banknoten nötig waren, um an die Stelle des eingelieferten Hartgeldes (vor allem Gold und daneben auch Silber) zu treten. Die besetzten Gebiete, das Heer und das neutrale Ausland sangten ebenfalls Milliarden-Beträge auf. All diese Tatsachen genügten nicht zur Erklärung des Notenumlaufs als er noch um mehrere Milliarden niedriger als heute war. Hier mußte noch ein anderer Umstand zur Erklärung herangezogen werden, der heute sehr wichtig ist. Das ist das Hamstern

Digitized by Google

von Banknoten. Jeder Kenner unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse weiß seit Jahr und Tag, daß die reichen Bauern, die ja in diesem Kriege glänzende Geschäfte gemacht haben, in der Lage waren, ihre Hypothekenschulden abzutragen und heute aus allen möglichen Gründen Banknoten verstecken. Der Grund ist in diesen Kreisen vor allem in der Steuerfurcht zu suchen. Sie meinen, daß lediglich bares Geld sie in die Lage versetze, dem Fiskus eine Nase zu drehen. Auf die Zinsen verzichten sie gerne, da sie, wie gesagt, sehr viel Geld verdient haben, so daß es auf diese paar Pfennige nicht mehr ankommt. Stichproben zeigen immer wieder, in welchem Maße diese Banknotenhamsterei betrieben wird. Bald hört man, daß in einem Bauernhofe ein Brand auch 30 000 Mark Banknoten vernichtet habe, dann liest man wieder, daß bei einem Einbruch in einer Gardinenstange 10 Tausendmarkscheine gefunden wurden. War nun bisher diese Hamsterei mit einer schleichenden Krankheit zu vergleichen, so ist sie jetzt, unter dem Einfluß der politisch-militärischen Krise akut geworden und hat vor allem vom Lande auch auf die Stadt übergegriffen. Die Motive sind nunmehr freilich andere. Da spricht vor allem die Angst vor einer feindlichen Invasion mit, für die man sich rechtzeitig mit Geld versorgen müsse. Die Leute, die so sprechen, vergessen ganz, daß sie bei der Verwirklichung ihrer bösen Befürchtungen jederzeit in der Lage wären, rechtzeitig Geld von ihrer eigenen Bank oder Sparkasse auf eine andere, weiter im Lande gelegene zu überweisen. Neben der Invasionsangst spielt die Furcht vor bolschewistischen Übergriffen eine große Rolle. Man erinnert sich schaudernd an die Bestimmungen der russischen Sowjetregierung, welche den Banken zur Aufgabe machte, allwöchentlich nicht mehr als 100 Rubel dem Kunden aus dem Guthaben auszuzahlen. Diese Kreise wissen nicht, daß man in Rußland sehr schnell Mittel und Wege fand, um mit Hilfe der Wechseltrassierungen diese Vorschrift zu umgehen. Mögen die Motive noch so widersinnig sein, Tatsache bleibt, daß auch in den Städten, namentlich im Westen des Reiches, das Geldhamstern zu einer äußerst bedenklichen Krankheit geworden ist, daß beispielsweise die Safes bei den Banken voll von Noten stecken. Das Schlimmste aber ist, daß auch Kreise, die lange ruhig waren, sich von der allgemeinen Panik haben ergreifen lassen, als sie bemerkten, daß die Banken und die Sparkassen in diesem Punkte versagten. Privatbankiers, Fabriken usw. hielten sich alle für verpflichtet, sich rechtzeitig Noten hinzulegen, um wenigstens für die allernächste Zeit gesichert zu sein.

Wie kommt es nun, daß dieser Mangel offensichtlich wurde? Daß die Reichsbank nicht rechtzeitig in der Lage war, das Angebot restlos zu erfüllen und dadurch die begreiflich schwere Beunruhigung zu verhindern? Sie hat, wie sich denken läßt, viele Gründe zu ihrer Entschuldigung. Sie verweist vor allem darauf, daß man einen derartigen Anspruch nicht habe vor-

Digitized by Google

ahnen können, daß sie in der Reichsdruckerei rein technisch nicht habe nachkommen können, daß ihr die nötigen Arbeiter von der Heeresverwaltung eingezogen worden seien und vieles mehr. Das alles mag zutreffen. Frei wird man die Leitung der Reichsbank von der Schuld an den jetzigen Mißständen jedoch nicht sprechen können. In einem Kriege muß immer mit schweren Rückschlägen und mit den Folgen auf Wirtschaft und Stimmung gerechnet werden. Und deshalb hätte man in den vier Kriegsjahren ganz andere Reserven von Banknoten schaffen müssen, wie das tatsächlich geschehen ist. Frankreich hat das offenbar getan, denn nur so erklärt sich sein außerordentlich hoher Notenumlauf. Und wenn die Reichsbank u. a. auf die Einziehung von Arbeitern hinweist, so zeigt das wieder einmal, wie allzu entgegenkommend unsere zivilen Behörden gegenüber dem Militär gewesen sind. In den anderen Ländern hätte eben kurzerhand der leitende Mann erklärt, daß er die Folgen derartiger Einberufungen für das Land nicht auf sich nehmen könne. Bei uns aber hieß es eben auch da: Der Wille des Militärs ist das höchste Gesetz.

Doch was hat es für einen Wert, heute über die Schuldfrage zu sprechen. Viel wichtiger ist zunächst die Frage: Wie kommt man aus dieser Not heraus? Die Reichsbank hat zu verschiedenen Notstandsmaßnahmen gegriffen. Zunächst einmal sollen Städte, Kreise, große Industriefirmen usw. Hilfsgeld ausgeben. Damit mag einigermaßen geholfen werden, besonders da man annehmen darf, daß dieses Notstandsgeld mehr als die Banknoten im Verkehr bleibt, da es vermutlich recht unbeliebt sein wird. Weitere Geldzeichen sind dadurch geschaffen worden, daß mit sofortiger Wirksamkeit die erst am 1. Januar fällig werdenden Kriegsanleihen im Betrage von 850 Millionen Mark zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt worden sind und schließlich versichert die Reichsbank, daß sie jetzt in der Lage sei, in ganz anderen Mengen als bisher, Banknoten auszugeben.

Alles das wird hoffentlich die vorhandene Not für den Augenblick mildern; genügen würden auch diese neuen Mittel kaum, wenn nicht eine Beruhigung des Publikums einsetzt und diese ist wohl nur von einer Klärung der politisch-militärischen Lage zu erhoffen. Tritt die Beruhigung ein, so dürfte mit einem Schlag ein Überfluß von Banknoten eintreten; die Banken werden geradezu überschwemmt werden mit Einzahlungen ihrer Kundschaft. Sind wir einmal soweit, so wird noch manches ernste Wort darüber zu sprechen sein, wie solche böse Zustände sich einstellen konnten, und wie schlimm die Wirkung auf unsere Wirtschaft im allgemeinen und auf unsere einst so sauberen Währungsverhältnisse im besonderen sind. Was die Schuldfrage anbelangt, so werden wir vermutlich einen bedauerlichen Mangel an Voraussicht bei den verantwortlichen Stellen und eine geradezu schmähliche Eigensucht bei unserm vermögenden Publikum feststellen müssen.

Severus Linter.

Digitized by Google

Notizen

Die Ministerkrise in der Ukraine. Wie recht wir mit unserem Mißtrauen gegen das kadettische Ministerium in der Ukraine hatten, beweist der Verlauf der Kabinettskrise. Von Anfang an argwöhnten wir, die Kadetten hätten sich nur ins ukrainische Kostüm geworfen, weil in Moskau der Bolschewismus herrscht. In ihrem Innern wären sie aber nach wie vor Anhänger des „unteilbaren einigen Rußlands" geblieben. Jetzt ist es über diese Frage zum Konflikt gekommen, und die Kadetten haben sich offen zur moskowitischen Farbe bekannt. Zwar hieß es schon seit lange, daß der Hetmann mit dem Plane umgehe die Grundlage des Kabinetts durch Aufnahme von Vertretern des Nationalverbandes der ukrainischen Parteien zu verbreitern, dem bisher nur die Minister Doroschenko (Äußeres) und Kistiakowskyj (Inneres) angehörten. Bisher waren aber alle Versuche, zwischen Hetman und Nationalverband eine Verständigung anzubahnen, gescheitert. Zwar war, seit der Sozialdemokrat Winnitschenko, der erste Ministerpräsident der freien Ukraine, unzweifelhaft einer der besten politischen Köpfe, die Führung im Verbande übernommen hatte, der Boden praktischer Politik betreten worden. Und mehrfach war es zwischen ihm und dem Hetman zu Aussprachen gekommen, wobei in den Zielen weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden konnte. Zu einem Kabinettswechsel war es aber dennoch nicht gekommen. Die ukrainische Öffentlichkeit, die den Eintritt von national gesinnten Ukrainern sehnsüchtig erwartete, begann bereits die Schuld dafür auf das deutsche Militär abzuschieben, zumal einige von den maßgebenden Offizieren ohne Zweifel moskophil orientiert sind. Jetzt endlich ist es zur Neubildung des Kabinetts gekommen. Dennoch kam der Umschwung überraschend. Die neun kadettischen Minister unter Führung des Unterrichtsministers Wassilenko hielten infolge der Ereignisse an der Westfront ihre Zeit für gekommen, um ihre wahre Gesinnung zu zeigen und überreichten auf einer Kabinettssitzung dem Ministerpräsidenten Lisohub eine Denkschrift, in der sie die Entscheidung der Frage verlangten, ob die Ukraine ihre Zukunft auf den Verfall Rußlands oder auf die Föderation der früheren russischen Gebiete aufbauen sollte, in welch letzterem Falle die Ukraine sich an dem Sturze des Bolschewismus beteiligen müßte. Alle die dort lebenden Großrussen, vor allem aber die zahlreichen Flüchtlinge aus Moskowien, jubelten diesem Schriftstück zu, weil sie annahmen, daß die Minderheit im Kabinett diesem Ansturme würde weichen müssen. Der großrussische Kadettenführer Miljukow, der noch immer in der Ukraine sein Unwesen treibt, nannte bereits in seinem Blatte die Denkschrift „ein Rechtfertigungsdokument für diejenigen Minister, die mit dem jetzigen Programm des Kabinetts nicht einverstanden waren"; auch die Kadettenpartei in der Ukraine, die ihrerzeit den Eintritt ins Kabinett ihren Mitgliedern freigegeben hatte, trat jetzt mit einer Resolution hervor, in der es u. a. hieß: „Indem wir an die baldige Wiedervereinigung Rußlands auf neuer Grundlage glauben und indem wir auch die Arbeit für Erreichung dieses Zieles im Interesse der Ukraine selber liegend ansehen, halten wir — das Komitee der Kadettenpartei — das fernere Verbleiben unserer Mitglieder im Kabinett nicht für angängig und heißen den Rücktritt der Mitglieder gut. Ein Eintritt in ein neues Kabinett könnte die Kadettenpartei nur gestatten, wenn es sich auf den Boden der Denkschrift stellte."

Digitized by Google

Es half aber alles nichts. Die Minderheit, die für die Selbständigkeit der Ukraine eintrat (Ministerpräsident Lisohub, Minister des Äußern Doroschenko, Minister des Innern Kistiakowskyj, Verkehrsminister Butenko und der Minister für Volksgesundheit Lubinskyj) wurden vom Hetman unterstützt und behielten dadurch die Oberhand. Die mit dem Nationalverband wieder aufgenommenen Verhandlungen führten jetzt endlich zu einem positiven Resultat. Die Sozialisten-Föderalisten entsandten ins Kabinett folgende Glieder: Lotozkyj (Kultus), Stebnitzkyj (Unterricht), Slavinskyj (Öffentliche Arbeiten), Wjaslow (Justiz) und Tscherysch (Landwirtschaft). Von den fünf Ministern, die für die Selbständigkeit der Ukraine eingetreten waren, blieben bis auf Kistiakowski, der durch seinen Gehilfen Reinbott ersetzt wurde, alle im Amte; desgleichen der Kriegsminister Ragosa, der sich stets außerhalb der Politik gehalten hatte. Von den neun Protestlern scheinen zwei, Gerbel (Verpflegung) und Rshepezki (Finanzen), im Amte zu bleiben, nachdem sie sich wieder ein wenig von den Kadetten getrennt haben. Außer diesen beiden Männern, die unzweifelhaft viel Beziehungen zu dem „Protofis" (Abkürzung für den Industrie-, Handels-, Bank- und Großgrundbesitz-Verband) haben, ist noch als Vertreter dieser Gruppe Mering (wie es heißt, ein Schwager des Grafen Witte) als Handelsminister ins Kabinett eingetreten. Hiernach stehen mindestens sieben Minister fest auf dem Standpunkte der Selbständigkeit und nur drei sind als moskophil anzusprechen (Rshepezki, Gerbel und Mering), während der Rest mehr Fachminister, als Politiker sind, keinesfalls aber moskophile Neigungen haben.

Das neue Kabinett bedeutet daher unzweifelhaft einen großen Schritt vorwärts in der Ukrainisierung der Kiewer Regierung, in der bisher nur eine Minderheit von vier Selbständigkeitsleuten saßen. Noch bedeutsamer ist es freilich, daß jetzt nicht mehr so ausgesprochene moskophile Parteimänner, wie Hutnik oder Wassilenko im Kabinett sitzen. Das Programm des neuen Kabinetts ist völlig klar: Neben der Selbständigkeitsidee, die ja den Anstoß zur Umbildung der Regierung gegeben hat, bilden die Achsen, um die sich die Arbeit der neuen Männer drehen wird, die Nationalisierung von Schule, Justiz und Kirche und die Demokratisierung in Verwaltung und Landwirtschaft (d. h. Bauernpolitik ohne Sozialisierung). Noch sind ja im Kabinett manche Schönheitsfehler vorhanden, wie Gerbel zum Beispiel, der unter dem Zaren als Minister keine allzu rühmliche Rolle gespielt hat. Trotzdem war es klug, daß der Nationalverband nicht Gewehr bei Fuß stehen blieb, sondern die Gelegenheit ergriff, den entscheidenden Einfluß in der Regierung zu gewinnen. Nachdem sich jetzt endlich dieser so dringend gewordene Umschwung in der ukrainischen Regierung vollzogen hat, sollte die neue deutsche Regierung die Zeit für gekommen erachten, die schweren Fehler, die bisher von uns in der Ukraine gemacht worden sind, zu beseitigen. Dazu würde es freilich nötig sein, diejenigen militärischen Persönlichkeiten, die bisher die moskophile Politik betrieben haben, zu ersetzen, weil sie nie und nimmer imstande sein werden, vertrauensvoll mit den neuen Männern im ukrainischen Kabinett Hand in Hand zu arbeiten. Geschieht das aber jetzt, so dürfte nirgends unsere innere Demokratisierung solch günstige Gelegenheit schaffen, zu gemeinsamer Arbeit, wie gerade in der Ukraine, weil das Volk durch den langen Kampf mit der großrussischen und polnischen Oberschicht nur Verständnis für demokratische Staatsformen besitzt. A. S.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Professor Dr. Georg Wegener, Kriegsberichterstatter im Großen Hauptquartier, „Der Wall von Eisen und Feuer", II, Champagne—Verdun—Somme, Leipzig, F. A. Brockhaus, 1918.

Ich habe im vorigen Jahr den ersten Band von Wegeners „Wall von Eisen und Feuer" hier besprochen und freue mich, jetzt eine Anzeige des zweiten Bandes folgen lassen zu können. Dieser umfaßt anderthalb Kriegsjahre, die Zeit von August 1915 bis Dezember 1916. Das erste Kapitel erzählt von der Gedenkfeier am Jahrestag der Einnahme von Lüttich an den Gräbern der damals Gefallenen; das letzte vom Friedensangebot des Kaisers nach der Niederwerfung Rumäniens. Wegener ist ausschließlich an der Westfront gewesen; diese aber hat er von den nördlichsten flandrischen Schützengräben bis zur burgundischen Pforte im Südelsaß kennen gelernt.

Die Kunst der Darstellung ist dieselbe wie im ersten Bande. Das feine Kulturgefühl des hoch gebildeten Weltenwanderers und die vaterländische Empfindungskraft des Patrioten befähigen Wegener zu einer Schilderung der Kämpfe auf dem altgeschichtlichen Boden Nord- und Westfrankreichs, die in dem Leser beides hervorruft: tiefes, dankbares Mitfühlen mit unseren Helden und Hingabe an den Verfasser, die ihn an den Ort des Geschehens selbst fortträgt und ihn teilnehmen läßt an der Widerspiegelung der Ereignisse in einer feinen Seele.

Wegener gibt kurz andeutend die großen militärischen Zusammenhänge. Er gibt eine Fülle lebendiger Einzelbilder, deren Einmischung in den großen Zusammenhang das Interesse von der menschlichen Seite her warm erhält und uns fortgesetzt daran erinnert, wie auch der größte Krieg und die ungeheuerste Schlacht neben aller genialen Strategie doch auf der soldatischen Erziehung und dem Heldentum der Einzelnen beruhen. Dazwischen kommen schöne, farbige Schilderungen alter Kulturstätten und Kunstwerke und wunderbar ausziselierte kleine Stücke Kulturgeschichte, wie Schloß Chimay und seine Bewohner im Lauf der Jahrhunderte, von den alten Feudalherren bis auf die beiden „Prinzessinnen", die das Schloß bewohnt haben, die lebens- und liebeslustige Madame Tallien und die von ihrer eigenen körperlichen Schönheit tolle Amerikanerin Clara Ward, die schließlich den Zigeuner Rigo heiratete. Überhaupt steckt eine Fülle französischer Sittengeschichte in dem Buch.

Eine besondere Fähigkeit Wegeners — ein Stück Kunst, das nicht nur in seinem starken literarischen Können, sondern noch mehr in einem angeborenen psychologischen Taktgefühl wurzelt — ist es, wie er mit der Größe des Stoffes in der Erzählung das subjektive Moment zu mischen versteht. Das „Heimaterlebnis" im 14. Kapitel (ein musikalischer Iliasvortrag von Wüllner am 12. Januar 1914 in Köln) und die Verwandlung des traurigen Berichterstatterquartiers im 19. Kapitel in eine „andere Welt" durch die chinesischen Seidenbilder aus dem von seiner Frau in China gesammelten großen Schatz, möchte ich als die beiden Meisterstücke nach dieser Richtung hin bezeichnen. Von den Kriegsschilderungen dagegen stelle ich am höchsten das Kapitel über Weihnachten 1915 am Hartmannsweiler-Kopf — ein Weihnachtsabend nicht der Lichter und des Heimatgedenkens, sondern der naßkalten, kampferfüllten, vom Geschützfeuer durchzuckten Finsternis, die uns beim Lesen förmlich schaurig ins Gesicht schlägt, so lebendig ist das ganze empfunden und ausgedrückt. Es wäre gut, wenn es mehr Kriegsbücher gäbe, die solche wirklichen Kunstwerke sind, wie Wegeners. P. R.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 31a. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag. Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 8. November 1918 * Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Welt wartet auf die Bedingungen der Entente für den Waffenstillstand. Sie werden schroffer und übermütiger sein und weniger nach der Idee eines Rechtsfriedens schmecken, als die Optimisten hüben (und drüben) hoffen. Man wird Deutschland das Äußerste an Demütigung bieten, man wird fordern, daß wir unsere Hände selbst hinstrecken, damit sie gebunden werden, und wenn wir das getan haben, dann sollen wir kampflos ins Joch. Es wird berichtet, Wilson versuche sich diesen Tendenzen zu widersetzen, aber er ist nicht so mächtig, daß er seinen Willen der Entente auferlegen könnte. Er wäre es, wenn er noch Herr der öffentlichen Meinung in Amerika wäre. Die öffentliche Meinung dort ist fortgerissen durch den kriegerischen Erfolg und durch die jahrelange Einpeitschung für den Krieg, die Wilson selbst hat geschehen lassen. Mit der öffentlichen Meinung ist der Präsident allmächtig, ohne sie ist er schwach. In allen Ententeländern werden die Staatsmäner jetzt von Chauvinisten bestürmt, die ihnen zurufen: nur fordern, fordern! Es gibt keine Bedingungen mehr, denen die Deutschen sich nicht fügen werden! Deutschlands moralische Widerstandskraft ist zerbrochen! Man kennt die Mitglieder der Regierung, die bereit sind, sich jedem Gewaltfrieden zu beugen; es ist die Mehrheit! Sie schlucken alles, auch die äußerste Demütigung!

Hinter diesem Drängen steht aber nicht mehr eine vorwärtsstürmende und kampfwillige Truppe. Auch die feindlichen Soldaten verlangen nach dem Ende des Kampfes. Man kann sie weiter kriegsbereit halten, wenn man ihnen ein Deutschland zeigt, das kopflos und schimpflich zusammenbricht. Anders aber wird ein tapferes Deutschland wirken, das noch einmal alle seine Kraft zusammennimmt und sich auf Tod und Leben zum harten Endkampf stellt. Wir können noch Wunden schlagen — und mehr ist nicht nötig, als daß man uns das zutraut. Man wird genau soviel von uns fordern, wie man glaubt, daß ohne Kampf von uns zu haben ist. Ernsthaft kämpfen, in den

Digitized by Google

Winter hinein und über den Winter hinaus, will drüben niemand, weil jeder weiß, daß es bei der Stimmung der Armeen und der Völker nicht möglich sein wird. Glaubt man, daß man uns behandeln kann, wie verprügelte Hunde, so wird man uns entsprechende Bedingungen zu diktieren versuchen. Sieht man aber, daß wir grimmige Eber mit gewetzten Hauern sind, so wird man sich hüten, es bis zum Äußersten kommen zu lassen. Nur in der Entschlossenheit ist Rettung für uns. Friedensbereitschaft und Nachgiebigkeit bis an die Grenze der Volks- und Waffenehre, dazu sind wir bereit, aber keinen Zoll weiter! Wir verlangen von unserer Regierung, daß sie, mag alles um uns herum noch so dunkel scheinen, Deutschland das Joch eines Gewaltfriedens nicht ohne Kampf auflegen läßt. Sie darf es nicht, weil der Kampf, ja schon die entschlossene Bereitschaft für den Kampf, imstande sein wird, uns davor zu bewahren. Die neue Volksregierung muß auch fähig sein, die ganze Volkskraft zum Kampf gegen einen Schmachfrieden zu entbinden.

*

Graf Stürgh fiel während des Weltkrieges in Österreich einem Attentat zum Opfer, weil er zu untätig, Graf Tisza in Ungarn, weil er zu tätig gewesen. Trotzdem gehören beide Männer zusammen. Sie beide verkörperten die Reaktion des alten Obrigkeitsstaats. Als die Habsburger Doppelmonarchie in ihre nationalen Teile auseinanderbarst, wurden diese beiden Männer hinweggespült. Der eine zu Beginn des Zusammenbruch, der andere zum Ende. Der Mord Tiszas zeigt, daß in Ungarn die Anarchie bereits weit fortgeschritten ist, so daß es mehr wie fraglich erscheint, ob Graf Karolyi ihrer noch Herr werden wird.

*

Der Kadettenführer Miljukow, den einzelne deutsche Blätter als erste russische Schwalbe an Deutschlands politischem Himmel anzusprechen liebten, hat in seiner in Kiew neugegründeten Zeitung in einem längeren Artikel seine sogenannte deutschfreundliche Politik erläutert. Nach ihr wollte er die deutschen Truppen als Besen benutzen, um in Moskowien den Bolschewismus auszukehren. Hierauf sollte der Großfürst Michael, der Bruder des ermordeten Zaren, den Thron wieder besteigen, der „natürlich der Ukraine nicht diejenigen Freiheiten einräumen können wird, die Bayern in Deutschland besitzt". Mit anderen Worten, eine glatte Absage an Deutschland und die Ukraine.

*

In dem Sturm dieser Wochen zerbersten die ältesten Vorurteile: die Schwerindustriellen von Rheinland und Westfalen, die der Hort antisozialpolitischen Kraftmeiertums gewesen waren, haben sich mit den Gewerkschaften zusammengesetzt, über Löhne gesprochen, über Demobilmachung und ähnliches; sie

Digitized by Google

haben zugesagt, daß sie auch in Zukunft dieses neue Verhalten beobachten wollen. Endlich! Hat die Not der Tage bei ihnen einen Nachhall der Gesinnung vom August 1914 geschaffen, begreifen sie, daß nur die vertrauensvolle Gemeinsamkeit mit den Arbeitervertretern wirtschaftlicher Wirrnis bremsen kann, die bei rascher Demobilisierung droht? Immerhin: inmitten der Erschütterungen und Enttäuschungen ist auch das ein Gewinn, eine notwendige Gewähr, daß das künftige Arbeitsverhältnis gesichert wird.

Der Kaiser

Von Dr. Theodor Heuß

3. November.

Die schmerzliche Tatsache, daß im deutschen Volk eine lebhafte und oft leidenschaftliche Aussprache über die Abdankung des Kaisers die Gemüter beherrscht, kann nicht mehr verschleiert werden. Sie ist vorhanden und sprengt alle Zensurwünsche, sie ist ein politisches Faktum.

Ihre Quellen sind nicht einheitlich. Wilson betrachtet als Voraussetzung des Friedens und künftiger Verträge die Beseitigung autokratischer Reste aus der deutschen Verfassung. Diese ist erfolgt, nicht weil Wilson sie wünscht, sondern weil die Parteien, auf die die neue Volksregierung sich stützt, in die Lage kamen, alte eigene Programmforderungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Ihr zeitliches Zusammentreffen mit dem Notenaustausch nach Washington hat einen Kausalzusammenhang erscheinen lassen, der nicht in der Sache begründet ist: es wäre besser gewesen, die neue Regierung hätte, unabhängig von militärischer Bedrängung, die verfassungsrechtliche Flurbereinigung abschließen können und erst dann die internationale Aussprache einleiten. Wilsons peinlichen Rückfragen wäre dann der Boden entzogen gewesen. So aber schufen seine Formulierungen, daß er „Übergabe" statt Friedensverhandlungen" verlangen müsse, sofern er mit „den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten" zu tun habe, die Unsicherheit: wird hier die Abdankung des Kaisers als Voraussetzung angesehen? Meinung stritt gegen Meinung. Das Kriegskabinett stellte sich klug und notwendig auf den Boden, daß die verfassungsmäßigen Garantien, die aus eigener deutscher Notwendigkeit herauswuchsen, als „Sicherungen" gelten müssen. Es hatte keinen Grund, die weitergehende Interpretation anzunehmen, die zunächst von den rechtsstehenden Kreisen voll Entrüstung aufgenommen wurde und dann im Echo der breiten Schichten, im Süden und vor allem im Westen, die Formulierung fand: ohne den Kaiser bekommen wir einen besseren Frieden.

Dieser Glaube zog Nahrung aus der Suggestion durch die feindlichen und neutralen Pressestimmen. Dort schreit man nach dem Verzicht, wenn nicht nach der Auslieferung des Kaisers. Der durch die militärischen Rückschläge, durch den

Digitized by Google

Abfall der Bundesgenossen erschütterten deutschen Volksseele soll jede Demütigung angetan werden. Man will sie widerstandslos machen und jenes halt- und ziellose Rufen nach den Schuldigen, das als eine Reaktion auf die falsch behandelte öffentliche Stimmung psychologisch offenbar unvermeidlich war, auf den Kaiser hinlenken. Fällt er, so ist vor der Weltlegende das Urteil in der Schuldfrage gesprochen.

Ein drittes kommt hinzu: der Ausgang des Krieges hat den Glauben an die Überlegenheit der monarchischen Staatsform selber schlechtweg erschüttert. In unzähligen Artikeln und Schriften war vor den Deutschen auseinandergesetzt worden, daß die von der geographisch so unglücklichen Lage unseres Vaterlandes erzwungene dauernde Kriegsbereitschaft eine monarchische Spitze unentbehrlich mache, denn sie allein gewährleiste die Einheitlichkeit der Führung und Entschlußkraft, dieses obersten Kriegsgebotes. Die Entwicklung gab eine andere Antwort. Mancher hatte vor dem Krieg die Furcht gehabt, daß gerade die Impulsivität Wilhelms II. bei einem ernsten Waffengang den Monarchen zu einer starken Ausnutzung seiner Machtvollkommenheit hinreißen werde; das Gegenteil wurde Ereignis. Wilhelm II. stand hinter seine Ratgeber zurück; wir haben während des Krieges in gewissem Sinne zu wenig Autokratie gehabt, weniger als England, Frankreich, als die Vereinigten Staten. Hinter der einheitlich dekorierten Fassade der Monarchie rangen tiefe Gegensätze um die politische und militärische Macht. Der Kaiser, der früher oft genug eine höchst subjektive Politik formuliert hatte, trat aus dem Bereich der Macht in die Grenzen seiner Persönlichkeit. Gerade dies und seine vom deutschen Volk anerkannten Bemühungen, den Zaren aus der Verschlingung der russischen Kriegspolitik herauszuziehen, schuf ihm in den ersten Kriegsjahren ganz unbezweifelbar eine vertiefte Volkstümlichkeit. Wir haben während des Krieges nicht unter zu viel persönlich geprägtem Monarchismus gelitten, sondern daran, daß dem persönlichen Bescheiden des Monarchen keine genügend geklärten, gesicherten konstitutionellen Kräfte gegenüberstanden, die frühzeitig einen geschlossenen Willen erzeugen konnten. So zerrieben wir uns im Kampf ziviler und militärischer Ressorts; der Leidtragende dabei wurde schließlich der monarchische Gedanke und nicht deshalb, weil er sich zu stark in den Vordergrund geschoben hatte. Am meisten geschadet haben ihm aber ohne Zweifel jene Royalisten, die sich der von Bethmann eingeleiteten Umbildung der altpreußischen Monarchie in ein Volkskönigtum kurzsichtig und verrannt entgegenstemmten.

Daß die persönliche Politik des Kaisers die internationale Lage des Deutschen Reiches oft stark belastet hat, das steht außer Zweifel. Man soll nur nicht so ungerecht sein, vom Volk aus eigenes Mitverschulden jetzt bequem abzubürden, und zu vergessen, was an Positivem, etwa in der sozialen Gesetzgebung, seinem

Digitized by Google

persönlichen Anstoß zu danken ist. Seltsam genug, daß jetzt viele der Leute vom Kaiser das „Opfer" seines Rücktritts als eine blanke Selbstverständlichkeit verlangen, die sich jahrelang gegen die demokratische Kontrolle unserer gesamten Politik gesträubt haben, daß Demokraten heute zu Royalisten werden, weil sie eine Erschütterung des von ihren Vätern gepflegten Reichs- und Einheitsgedankens befürchten, wenn das deutsche Kaisertum in die Hand des Enkels, eines Kindes, gelegt wird.

Die Kaiserfrage ist keine Parteiangelegenheit. Die unabhängige Sozialdemokratie und die Gruppen links von ihr wollen den Rücktritt des Kaisers, weil sie das Analogon der russischen Vorgänge wünschen und hoffen, diese Schwächung des zentralen Symbols werde das Signal einer Umwälzung sein, die mit der Beseitigung der Dynastie den Weg frei mache zur sozialistischen Republik. Die Mehrheits-Sozialdemokratie ist gespalten. Es melden sich aus ihr Stimmen, die mit Recht die Staatsform an sich für etwas Sekundäres erklären und die Verwaisung der Zentralinstanz als eine Gefahr für den Einheitsstaat betrachten; andere fordern den Rücktritt, nicht um auf ihr theoretisches Ziel, die Republik, loszugehen, sondern weil sie glauben, daß, wenn der Kaiser aus der Schußlinie der radikalen Agitation trete, eine schlimme Spannung vermeidbar sei und durch das persönliche Opfer mit den jetzt geschaffenen Verfassungsänderungen die Dynastie und die repräsentativen Rechte der Krone gesichert werden können. In den übrigen Parteien mag die Meinung schwanken, je nach der Interpretation der Wilsonschen Note oder der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit; der dumpfe Groll, der bei den Konservativen gegen die Person des gegenwärtigen Monarchen seit lange angesammelt ist, hat auch hier die Auffassung zerspalten. Sie würden verhältnismäßig leicht bereit sein, den gegenwärtigen Träger der Krone fahren zu lassen, wenn nicht, auf Grund des Bildes, was sich bisher die Welt und die Nation vom unmittelbaren Thronfolger gestaltet hat, dessen gleichzeitige Verzichtleistung als weiterer logischer Zwang der Situation sich ergeben würde.

Auch diese Sorge hat man mit der düsteren Frage des „Zu spät" umhängt. Wäre es nicht besser gewesen, der Kaiser hätte in dem Augenblick, da er die Volksregierung berief, mit einer feierlichen Geste die Entsagung ausgesprochen? Wir wären dann vor peinlichen Auseinandersetzungen mit dem Ausland verschont gewesen, vor Demütigungen, die uns vielleicht doch nicht erspart bleiben, vor innerer Wirrung der Volksseele. Ja, wenn man ein großes historisches Gebilde wie die deutsche Kaiserwürde zu einem Gegenstand taktischer Züge machen dürfte. Dagegen aber wehrt sich, von dem fragwürdigen Wert solcher Kalkulation abgesehen, unser geschichtliches Gewissen und das Gefühl für Würde. Die demokratisch-liberale Bewegung des Vormärz und des Nationalvereins hat das deutsche Kaisertum geistig aufgebaut, dem dann Bismarck in den Möglichkeiten

Digitized by Google

der dynastischen Bindungen seiner Epoche die Gestalt gab — die deutsche Demokratie, national und unitarisch, kann, zur Herrschaft gekommen, nicht sozusagen kampflos das Erbe ihrer eigenen Vergangenheit opfern. So frei sie ist von dynastischem Lehensgefühl, der Nation und nicht dem Fürstenhaus verpflichtet, sie bleibt sich der Bindung an die geschichtliche Würde bewußt und gibt nicht den Vertreter des Kaisertums dem übermächtigen und übermütigen Feinde sozusagen als Vorschuß oder Anzahlung.

Es handelt sich um eine Frage vorweg der innerdeutschen Gestaltung, deren Beantwortung nicht immer über die Grenzen schielen soll. Ist der Verzicht des Kaisers ein Ventil, durch das die tiefen politischen und sozialen Verstimmungen abziehen können, die der unglückliche Ausgang des Krieges geschaffen hat, ohne daß der staatliche und wirtschaftliche Bau der Volksgemeinschaft zerrissen wird? Droht eine Explosion, wenn diese Vorsichtsmaßnahme unterbleibt? Oder wird nicht mit der Knickung der Staatsspitze den destruktiven Kräften ein Alarmzeichen gegeben, daß ihr Fordern und Handeln stürmischer, unruhevoller werde? Nach den Vorgängen in Rußland und Österreich-Ungarn mit ihrer ansteckenden Fernwirkung, angesichts der unendlichen Schwierigkeiten, die aus der Demobilmachung für den halbwegs geordneten Gang des Verkehrslebens, der Nahrungswirtschaft, der Arbeitsbeschaffung herauswachsen, kann niemand den Ernst der Zusammenhänge bestreiten — aber es liegt an unserer Volksregierung, daß sie den Gefahren durch ein kühnes sozialpolitisches Programm entgegentrete, an den Unternehmern, daß sie durch Opferbereitschaft den geordneten Gang ihrer künftigen Wirtschaft sicher stellen.

Vor allem aber: Deutschland ist ein Bundesstaat mit so und so viel Gliedern und Dynastien. Wir tragen heute schwerer als je an der Geschichte der alten Jahrhunderte, die uns kein voller Einheitsstaat werden ließ, und die unbedingten Lobpreiser des Föderalismus werden manchen Hymnus bereuen. Wir haben das einzelstaatliche dynastische Gefühl ebenso als politische Realität einzusetzen wie die während des Krieges gewachsene, von Einzelregierungen allzu saumselig geduldete partikularistische Strömung. Der Unsegen der deutschen Vergangenheit war nicht die deutsche Stammesverschiedenheit, die kulturellen Reichtum bedeutet, sondern die Hausmachtspolitik der Fürsten. Deren Zeit im alten Stil ist vorbei. Aber ihre Verbindung mit Volksströmungen kann zu einer Belastung der Reichseinheit werden. Vielleicht soll man die Stimmen aus Bayern nicht überschätzen, aber man darf sie nicht überhören. Soll die deutsche Volksgesamtheit, die jetzt so Großes leistete und litt, ihrer unzerbrochenen, unzerbrechlichen Zukunft sicher entgegengehen, dann darf nicht die Spitze eine so schwere sachliche und moralische Schwächung erfahren, daß eine innere Kräfteverlagerung zur Gefährdung einer neu gestrafften und einheitlichen Politik werde.

Digitized by Google

Wilson, Friede und Völkerbund

Von Dr. Paul Nathan 29. Oktober 1918.

Wilson hat als Friedensbringer vom Schicksal eine Aufgabe zugewiesen erhalten, die einzig ist; — eine Aufgabe von einer Größe, die überwältigend erscheint. Nicht ein paar Völker und nicht beschränkte Gebiete stehen miteinander im Kampfe. Es ist beinahe die zivilisierte Menschheit des Erdballs, die seit fast vier und einem halben Jahre sich gegenseitig zu vernichten sucht. Und warum? Aus Motiven, die schließlich Siegern wie Besiegten als verderbliche Wahnvorstellungen erscheinen werden, denn auch ein siegreiches England wird am Ende anerkennen, daß es nicht für sich, sondern für den schnelleren Aufstieg der Vereinigten Staaten gekämpft hat, die gleichfalls, moralisch intellektuell und finanziell die Folgen des Krieges zu büßen haben werden. Von den anderen Mächten zu schweigen.

Daß aus diesem Chaos von Blut, Verblendung und Raserei unmittelbar eine neue Welt friedlicher Verständigung, in der die entfesselten Leidenschaften schweigen, entstehen wird, ist einigermaßen unwahrscheinlich. Es ist nur auf eine allmähliche Umstellung des heutigen Gedanken- und Empfindungslebens der herrschenden Mächte in der „zivilisierten" Welt, die nur allzu unzivilisiert ist, zu rechnen.

Strebt Wilson auf diese Umstellung hin? Will er sich nur schützen gegen mögliche Rückschläge in Deutschland, um schließlich doch im Völkerbund die Staaten zusammenzuführen, oder war die Idee des Völkerbundes für ihn nur eine politische Spielerei, die, für agitatorische Zwecke benutzt, in den Winkel geworfen wird, wenn Aufgaben der heutigen praktischen Politik gelöst werden sollen? In diesem psychologischen Problem steckt ein gut Teil der Zukunftsmöglichkeiten aller Staaten.

Freilich, dieses psychologische Problem wird beeinflußt durch die Frage: In welchem Umfange kann Wilson den bestehenden Widerständen zum Trotz das durchsetzen, was er als sein Programm bezeichnet hat?

Wilson, der in seinem bürgerlichen Leben als Professor tätig gewesen ist, hat niemals den Ruf eines genialen und tiefgründigen Denkers gehabt. Seine Anschauungen sind idealistische, vielleicht ideologische, und dazu kommt jene praktische Gewandtheit, die für einen amerikanischen Politiker unentbehrlich ist. Diese Mischung von weltkundiger „smartness" und Ideologie, verbunden mit starkem religiösem Empfinden, ist unter Angelsachsen häufig und vor allem häufig in den Vereinigten Staaten.

Wilson hat also ein Ideal, auch in politischen Fragen, das im wesentlichen abhängig ist von den Anschauungen seiner Landsleute, der bekannten Politiker Bryan und Taft. Bis zu welchem Grade er versuchen wird, dieses Ideal zu ver-

Digitized by Google

wirklichen, das hängt hingegen ab von den Stimmungen des Volkes der Vereinigten Staaten und vor allem von der Haltung der amerikanischen Presse.

Der Präsident der Vereinigten Staaten verfügt über eine Machtfülle, wie sie keiner der europäischen Monarchen heute noch in der Hand hat; aber diese Macht ist in enge zeitliche Grenzen gebannt, und im Interesse seiner eigenen politischen Zukunft und im Interesse der Zukunft seiner Partei, die ihn ans Ruder gebracht hat, muß der Präsident in weitgehendem Maße auf die öffentliche Meinung seines Landes Rücksicht nehmen.

Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten, wie die jedes anderen Landes, kommt offenkundig zunächst in der Presse zum Ausdruck. Für alle Entscheidungen, die jetzt bevorstehen, wird daher die Presse der Vereinigten Staaten von größter Bedeutung sein.

Ich überblicke die Haltung der Zeitungen drüben heute erklärlicherweise nicht ausreichend. Es kann aber angenommen werden, daß die Presse Amerikas zum ganz überwiegenden Teile eine Politik gegen Deutschland verfolgt. Mit größter Geschicklichkeit hat man von England aus die Hand auf die amerikanische Presse zu legen versucht; die Bedeutung dieses Instruments hat man dort nicht unterschätzt. Lord Northcliffe, einer der geschicktesten Händler mit öffentlicher Meinung, ist gerade, um die amerikanische Presse einzufangen, — durch Geld und Überredung, — in die Vereinigten Staaten für längere Zeit hinübergeschickt worden. Die natürlichen engen Beziehungen zwischen England und Amerika kamen diesem Unternehmen zu Hilfe, und endlich gibt es in den Vereinigten Staaten, wo freilich gleichzeitig tiefe Religiosität und strenge sittliche Anschauungen in engeren Kreisen herrschen, doch auch Massen, die die brutalste Freude an Boxerkämpfen haben, und diesen Massen erscheint auch der jetzige Weltkrieg als ein Zweikampf, der bis zum Ende ausgefochten werden muß und bei dem auch der letzte Faustschlag dem Gegner nicht erspart werden sollte. Daß an dem Ausgang des Kampfes finanziell auch der amerikanische Kapitalismus stark beteiligt ist, fällt leichter ins Gewicht. Den amerikanischen Kapitalisten wird das Ende des Krieges genehm sein, damit sie ihre Gewinne realisieren können.

Eines wird man behaupten können. Es ist unwahrscheinlich, daß eine starke Volksströmung zurzeit den Präsidenten Wilson bei seinem Bestreben, zu einem versöhnenden Frieden zu gelangen, unterstützen wird. Die Schwierigkeiten für den Präsidenten, sein Programm durchzuführen, sind keine geringen, und er wird voraussichtlich noch weiter lavieren müssen, und er wird vielleicht gezwungen sein, Konzessionen den Chauvinisten in seinem Lande und in Frankreich und England zu machen, selbst wenn die Novemberwahlen, die stärker die Freiheit seines Handelns behindern, vorüber sind und für ihn günstig waren. Mit diesen Möglichkeiten wird man in Deutschland rechnen müssen, und mit diesen Möglichkeiten, die keine [illegible] sind, werden wir uns voraussichtlich abzufinden haben.

Digitized by Google

Die chauvinistische Haltung der amerikanischen Presse fällt gewiß schwer ins Gewicht, aber es muß doch auch gesagt werden, daß es zweifellos in großer Anzahl ehrliche Zweifler in den Vereinigten Staaten gibt, die bisher nicht an einen tiefgreifenden politischen Umschwung bei uns in Deutschland glaubten. Das sind die Kreise, die überzeugt werden müssen, und die durch die Weiterentwicklung in freiheitlichem Sinne bei uns sich werden darüber belehren lassen, daß in Deutschland eine gewaltige Revolution stattgefunden hat und sich noch weiter entwickelt, wenngleich glücklicherweise bisher weder Barrikaden gebaut wurden, noch Blut in den Straßen geflossen ist. Die Tatsache des Umschwungs in Deutschland kann der Welt erst allmählich zum Bewußtsein kommen, weil sie ohne jeden theatralischen Lärm ins Leben getreten ist, und diese Tatsache wird Wilson zu Hilfe kommen und wird jene Kreise in Frankreich, in England, in Italien stärken, denen es am Herzen liegt, daß das Ergebnis dieses furchtbaren Krieges schließlich einen Fortschritt in der Entwicklung der zivilisierten Menschheit bedeutet. In dieser Beziehung bedingt ganz wesentlich die deutsche innere Politik die relativen Erfolgmöglichkeiten für unsere auswärtige Politik.

Allein die Frage des Völkerbundes ist ganz gewiß für Deutschland nicht nur eine taktische Frage; es kann nicht das Ziel sein, uns über die augenblicklichen, sehr ernsten politischen Schwierigkeiten durch die Notleine des Völkerbundes ins Freie zu retten. Es wird notwendig sein, daß in dieser Beziehung das gerecht urteilende Ausland Zweifel nicht hegt, und diese Zweifel wären in der Tat unberechtigt.

Der Völkerbund ist für die Welt, und er ist insbesondere für Deutschland eine Notwendigkeit. Auf die ideellen, auf die humanitären Triebkräfte, die in die Richtung eines Völkerbundes hindrängen, weise ich nicht hin. Sie sind offensichtlich; aber es ist falsch, zu behaupten, daß die Idee des Völkerbundes nur eine Phantasie von Utopisten sei, und dabei nicht einmal eine schöne. Was einmal die Idee von Utopisten gewesen, ist heute ein Gebot nüchternster Realpolitik.

Die furchtbare Verminderung der militärisch brauchbaren Menschen und die furchtbare Schwächung aller kriegführenden Staaten in wirtschaftlicher Beziehung wird dahin drängen, die Rüstungen zu ermäßigen. Die Amerikaner und das englische Volk werden in keinem Falle geneigt sein, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten, und die Erschöpfung von Frankreich, Italien, Rußland, von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei — von Serbien, Montenegro und Griechenland zu schweigen — wird so groß sein, daß eine Einschränkung, und zwar eine sehr starke Einschränkung, der Ausgaben für die Verteidigung des eigenen Landes als ein Gesetz absoluter Notwendigkeit sich aufdrängen muß. Der Charakter des neuen, technischen Materialkrieges läßt es undenkbar erscheinen, im Frieden einen den neuen Kriegsnotwendigkeiten entsprechenden Heeresetat aufrecht zu erhalten.

Wenn diese Abrüstung durch internationale Übereinkunft geregelt wird, und wenn

Digitized by Google

durch internationale Übereinkunft die Sicherheit jedes einzelnen Staates, der dem Völkerbund beigetreten ist, verbürgt wird, so bedeutet das zwar eine Beschränkung der eigenen Souveränetät, aber doch zugleich eine Bürgschaft für die eigene Sicherheit, die in diesem Augenblick jedem Staat ganz außerordentlich wertvoll sein muß. In der finanziellen Zwangslage, die für alle Staaten besteht und in der relativen Sicherheit, die der Völkerbund allen Staaten gegen Vergewaltigung gewährt, sind die starken Fundamente zu sehen, auf denen der Bund der Völker errichtet werden wird, und zwar nicht nur von Idealisten, sondern auch von jenen Realpolitikern, die nüchtern zu rechnen verstehen. Sind diese Notwendigkeiten erkannt, so wird der Ausbau des Völkerbundes nach den verschiedensten Richtungen sich zwar nicht ohne Hemmnisse, aber doch verhältnismäßig leicht bewirken lassen.

Die besondere Aufgabe, die Deutschland alsdann zufällt, ist eine überaus schwierige, aber auch große.

Die heute das ganze politische Leben beherrschende Nationalitätenfrage bietet dann keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, wenn kompakte Völkermassen in geographisch deutlich abgegrenzten Gebieten einer Nationalität angehören. In ganz Osteuropa ist es zu solcher Konsolidierung niemals gekommen. Jede Völkerkarte Europas zeigt, wie auf der Balkanhalbinsel, wie in Österreich-Ungarn, wie in dem gesamten Randgebiet des früheren russischen Reiches Völker und Völkersplitter im Laufe der Jahrtausende durcheinander geschoben worden sind. Die festen geographischen Grenzen fehlen; die wirtschaftlichen Lebensbedingungen zwingen verschiedene Nationen zusammen, die von der nationalen Empfindung auseinandergerissen werden. Wer sich mit den Ostfragen eingehend beschäftigt hat, der weiß, daß diese Gegensätze überwunden werden müssen, soll nicht das Wort zur Wahrheit werden, daß ganz Osteuropa zu einem erweiterten, von vulkanischen Kräften unterhöhlten Balkan werden wird; und die Ränder dieses Hexenkessels würden sich in Böhmen bis nicht allzu weit von München und Dresden, und in Schlesien bis in die Nähe von Breslau und in Westpreußen bis an die Danziger Bucht, die ostpreußischen Länder abtrennend, erstrecken. Unerträglich wäre aber auch die Lage in Ungarn zwischen Polen und Ukrainern; zwischen Polen und Litauern und Weißruthenen, und zwischen Deutschen, Letten und Esten; und in Finnland mit seinen schwedischen Bestandteilen wäre es nicht anders; und dazu kommt noch, daß in dieses Völkergewirr überall Juden und in einer Reihe von Städten sogar in ganz überwiegender Zahl eingemischt sind.

Die Brücke über diese Schwierigkeiten soll die nationale Matrikel bilden. Ich glaube nicht, daß sie als Mittel der Versöhnung wirken wird. Sie sanktioniert die Trennung, und bei der Überreizung allen nationalen Empfindens bedeutet heute

Digitized by Google

Trennung zugleich Feindschaft, und Feindschaft bedeutet erneute Erschütterung dieser Staaten, die eben erst in der Bildung begriffen sind.

Dazu kommt ein ferneres. Wenn man jeder einzelnen Nationalität in jedem einzelnen Staate eine weitreichende politische Selbständigkeit gestattet, so erfordert das eine außerordentlich große Aufwendung an Kosten. Dieselben Behörden müssen zwei-, drei- und viermal für die verschiedene Nationalität gesondert errichtet werden. Diese jungen Staaten werden nicht imstande sein, die großen Lasten für die nationale Absonderung aufzubringen; eine Absonderung, die überdies die politische und soziale Feindschaft verewigen würde.

Es scheint mir, daß im Osten ein anderer Weg eingeschlagen werden muß. Die Nationen dürfen in dem, was sie zu besonderen Nationen macht, nicht vergewaltigt werden. Sie dürfen also nicht Fesseln tragen in bezug auf ihr geistiges, individuelles Leben, wie es sich in ihren religiösen Überzeugungen und vor allem in ihrer Sprache manifestiert; aber das sind Gebiete, die vom Staatsleben durchaus abgetrennt werden können und die vom Staatsleben abgetrennt sind z. B. in den Vereinigten Staaten.

Wir, im alten Europa, erachten diese Trennung nur darum unmöglich, weil uns zu stark die Erinnerung an die Vergangenheit, an eine frühere politische Selbstständigkeit belastet, und läge sie um viele Jahrhunderte, und bei den Juden sogar um Jahrtausende zurück. Solche Gespenster der Vergangenheit erschweren uns das friedliche Zusammenleben, und doch müssen diese Gespenster verscheucht werden, denn das Leben des Tages mit seinen realen Notwendigkeiten fordert sein Recht; die geographischen, die wirtschaftlichen Klammern lassen sich durch Ideologien, die in der Vergangenheit wurzeln, ohne schwersten, oft ohne tödlichen Schaden nicht sprengen.

Deutschland war im 16. Jahrhundert mit der furchtbar schweren Aufgabe belastet, die Völker zu lehren, daß Menschen verschiedenen Religionsbekenntnisses friedlich mit- und friedlich nebeneinander im selben Staate wohnen können. Wir überwanden das Axiom, das zunächst die Kämpfe zu bannen schien: cujus regio ejus religio; und die Überwindung dieses Grundsatzes hat Deutschland im 30jährigen Kriege beinahe verbluten lassen. Heute steht Deutschland vor einer ähnlichen Aufgabe. Überall an seiner östlichen und südöstlichen Grenze sind neue, auf nationaler Grundlage entstehende Staatsgebilde im Werden begriffen, und die Zusammenfassung der einzelnen Nationalitäten zur Selbständigkeit wird beinahe überall zur Vergewaltigung von Minoritäten führen, wenn nicht, wie seit der Reformation der wilde Religionshaß, so in unseren Tagen der wilde Nationalitätenhaß überwunden wird, damit auch den Notwendigkeiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Zusammenhänge Rechnung getragen werden kann. Wird dieses Problem in Osteuropa nicht gelöst, so wird der Bund der Nationen für Osteuropa eine Utopie bleiben.

Digitized by Google

Papierne Bestimmungen, die fein säuberlich in Protokollen niedergelegt sind, werden allein die Lösung ganz gewiß nicht bringen. Leidenschaften erweisen sich immer stärker als Papier. Durch eine verständige friedliche Beeinflussung muß der Prozeß gefördert werden. Diese friedliche Beeinflussung kann nach Lage der Verhältnisse unmittelbar für Osteuropa nur von Deutschland ausgehen. Hier liegt die große politische Zukunftsaufgabe des deutschen Volkes, eines deutschen Volkes, das durch das Fegefeuer dieses Krieges hindurchgegangen, reif ist, im Völkergewirr des Ostens mit friedlicher Hand die Fundamente legen zu helfen zu Gunsten des Bundes der Nationen. —

In diesen Tagen, die so schwer für Deutschland sind, mag es gestattet sein, unsere Blicke auf neue, große Ziele hinzulenken, die die neue Zeit des Völkerbundes uns gesteckt hat, und die Deutschland in seinem eigensten Interesse und zu Gunsten des Bundes der Völker zu lösen haben wird.

Die Wendung im Orient

Von Dr. Ernst Jäckh

Das Erkennungszeichen für die Erkenntnis des Krieges als Weltkrieg war von Anfang an die Stellung zum Orient. Das konnte, mußte ein Schibolet sein für politisches Urteil und für militärische Folgerung.

„Der Krieg kommt aus dem Orient, er geht in den Orient, und er entscheidet sich im Orient" — wie oft habe ich diese Formulierung wiederholt, öffentlich und am Beratungstisch, mahnend und warnend; gemeinsam mit Freund Rohrbach; vom ersten Kriegsmonat an — bis jetzt der letzte Kriegsmonat die Unentrinnbarkeit dieses Urteils erfüllt . . .

Es lohnt sich die schmerzliche Pflicht, Rechenschaft anzudeuten und also festzustellen:

„Der Krieg kommt aus dem Orient": aus den Gegensätzen sowohl zwischen Rußland und Österreich-Ungarn auf dem Balkan, wie zwischen Rußland und Deutschland in Vorderasien. Darum hat Rußland schließlich den Brand angezündet — in Serajewo.

„Der Krieg geht um den Orient": um den russischen Besitz von Konstantinopel, und auch um die englische Einfügung von Arabien, Syrien und Mesopotamien in den egyptisch-persisch-indischen Zusammenhang von Großbritannien. Darum hatte England früher den Brand vorbereitet — durch die Einkreisungsarbeit gegen Deutschland.

„Der Krieg entscheidet sich im Orient": entweder durch einen mitteleuropäisch-balkan-vorderasiatischen „Weltteil" gegen Rußland und gegen England, also zugunsten Deutschlands, das so den Weg in die Welt sich sichert, oder aber durch

Digitized by Google

einen balkanischen oder einen vorderasiatischen Block (Rußlands oder Englands) gegen Deutschland, dem so „der letzte und einzige Landweg in die Welt" gesperrt wird.

So schien der Orient von Anfang an für das Ende ausschlaggebend; er hat noch mehr entschieden: nicht nur den vorderasiatischen Block Englands (über Syrien und Mesopotamien), nicht nur den balkanischen Block (nicht Rußlands, aber Englands und Frankreichs), sondern auch sogar einen mitteleuropäischen Block gegen uns (gleichfalls von England und Frankreich). Dreifach ist die Sperrkette jetzt geschmiedet — gegen das isolierte, einsame Deutschland, und aus dem dreiteilig dicken Ring blitzen bald bedrohliche Gefahren bis an' unsere eigenen Grenzen heran: auf bulgarischen, ungarischen und tschechischen Bahnen bis an Oberschlesien und Sachsen heran, und schließlich durch türkische Gewässer auch bis an die ukrainischen und anderen östlichen Positionen heran. Wir sind ganz allein . . . und ringsum eingekreist . . .

So sieht heute das aus, was Bismarck in seinem letzten Lebensjahre gewünscht hat, einmal wieder erblicken zu können: „Nach zwanzig Jahren möchte ich Deutschland nochmals sehen können!" Just in diesem Jahre sind es diese zwanzig Jahre — und das Werk Bismarcks ist völlig zerbrochen, zerschlagen: vom österreichisch-ungarischen Bündnis an, das der Sohn des Bismarckschen Gesinnungsfreundes Andrassy gelöst hat, bis zur deutschen Orientpolitik, die in der Bismarckschen Linie sich entwickelt hat zur Zusammenfassung von „Helgoland bis Bagdad". (Noch nicht zu reden von der Kaiserfrage und von Elsaß-Lothringen.) Die Frage meldet sich an und ist schon oft erörtert worden: ob es eben doch nicht über die deutsche Kraft ging, zu gleicher Zeit den Gegensatz gegen Rußland und gegen England auf uns zu nehmen. Die Verantwortung für diese doppelte Gegensätzlichkeit trägt vor der Geschichte der Reichskanzler Fürst Bülow.

Aber auch die Frage legt sich nahe, ob das politisch richtige Urteil über den Sinn und Zweck des Weltkrieges, also über die Bedeutung des Orients für die Kriegführung von Anfang an bei der Obersten Heeresleitung richtig gewertet und daraus die allein richtige Folgerung gezogen worden ist. Ich betone: von Anfang an.

Ist es nicht ein geradezu tragikomisches Zusammentreffen, daß — fast genau in der Woche, in der die Bagdadbahn das bisherige Hindernis des Taurusgebirges durchbrochen hat, um also endlich das türkische Anatolien mit dem arabischen Syrien durch eine durchlaufende Normalbahn zu verbinden — dieses Syrien das vorjährige Schicksal des noch weiter abgelegenen und noch weniger bahnmöglichen Mesopotamien erleidet und in englischen Besitz übergeht? Tragikomisch — und doch durchaus zwangsläufig logisch — — schon seit dem Dezember 1914 und dem Januar 1915. Damals habe ich mich von dem Generalstabschef von Falkenhayn im Großen Hauptquartier in Charleville mit den Worten verabschiedet: „Exzellenz:

Digitized by Google

so wahrhaftig wir uns hier die Hand zum Abschied reichen, so wahrhaftig werden Sie in zwei Jahren Bagdad und Jerusalem verloren haben — durch die Entscheidung, den Bagdadbahnbau nicht mit allen Mitteln zu beschleunigen!" Bagdad ist wirklich zwei Jahre darauf verloren gegangen, und Jerusalem noch ein Jahr später, ganz Palästina und Syrien jetzt — infolge jenes Mangels an Einsicht in die Zusammenhänge des Weltkrieges.

Hören wir erst ein englisches Zeugnis, das des bekannten L. Garvin (vgl. „Deutsche Politik" 1916, Heft 31). Garvin beruft sich auf Moltke, der gesagt habe: daß das Schicksal des Balkans geregelt und die Frage des Ostens geregelt werden muß — nicht durch den Dreizack Neptuns, sondern durch „das Schwert von Norden"; und er deutet so von vornherein die kontinentale Überlegenheit des Festlandsblocks Mitteleuropa, das er das „Reich der Mitte" von Berlin bis Bagdad nennt, an, gegenüber der maritimen Unfähigkeit selbst Englands . . . .

„Wenn die Landherrschaft von der Nordsee bis zum Persischen Golfe geschaffen werden kann, dann sind zwei Ergebnisse gezeitigt zum Zwecke dessen, was Treitschke als ‚die letzte Abrechnung mit England' bezeichnete. Gesichert im nahen Osten, kann Deutschland sich organisieren, um einen Schlag gegen Indien zu führen, wenn der richtige Tag für ‚die Abrechnung mit England' gekommen ist. Zur gleichen Zeit würde die ungeheuer vergrößerte Landbasis der mitteleuropäischen Liga finanzielle und andere Hilfsquellen liefern, zur Schaffung von Flotten sowohl in der Nordsee wie auch im Mittelmeere, die groß genug wären, die englische Seemacht endlich zu brechen . . . Wenn die Berlin—Bagdad-Bahn in diesem Kriege sichergestellt werden kann, dann ist der Untergang Britanniens sowohl in Indien wie auch zur See beim zweiten kräftigen Schachzug besiegelt . . . . Dieses neue ‚Reich der Mitte' oder diese pangermanische Föderation unter Hinzuziehung der Germanen und Türken würde sichselbsterhaltend und insichgeschlossen sein; es würde seine großen Vorräte über seine großen inneren Verkehrswege mittels der Eisenbahn und auf den Flüssen befördern und würde im schlimmsten Falle in der Lage sein, einer maritimen Blockade bis in die unbeschränkte Zukunft zu widerstehen. In der Zwischenzeit würde Deutschland jede Vorkehrung treffen — und England weiß, wie Deutschland sich vorbereiten kann! —, um einen schweren Streich gegen England zu Lande zu führen, als dieses selber zur See führen könnte. Wenn die Eisenbahnverbindung und die nötigsten Vorräte vorhanden sind, wenn alle Bedürfnisse einer großen militärischen Operation bis an die Grenzen Ägyptens und Persiens vorgeschoben sind, wenn der Einfluß Deutschlands als der Einfluß der kommenden Weltmacht sowohl Persien wie auch Afghanistan durchdringt, dann wird das Problem der Verteidigung sowohl Ägyptens wie auch Indiens eine ganz andere und viel schwerere Aufgabe darstellen, als am gegenwärtigen Tage! . . . England muß anerkennen, daß Deutschland viel

Digitized by Google

mehr erreicht hat, als irgend ein Engländer für möglich gehalten hätte: sein war der Tag des Sieges! . . . Ohne ein gänzliches Umstoßen der Tatsache des deutsch-türkischen Zusammenhanges kann es für die Verbandsmächte keinen wirklichen Sieg, für keine von ihnen eine zukünftige Sicherheit geben. Für England ist der Ausgang eine Frage des Lebens oder Todes. Im Orient muß der ganze Plan der Weltpolitik Neu-Deutschlands gewonnen oder verloren werden; der nahe Osten ist zum Drehpunkt der gesamten Weltpolitik geworden . . . Darum: eine Offensive von Saloniki her!"

Das war (schon vor drei Jahren) und ist die englische Beurteilung der zentralen entscheidenden Bedeutung des Orients für den Weltkrieg, und danach haben die englischen Militärs sich gerichtet — von Gallipoli an (mit Mißerfolg) und bei Kutelamara (erst mit Mißerfolg); dann von Saloniki aus, und gegen Bagdad und Jerusalem, und noch mals von Saloniki aus — mit dem schließlichen Erfolge ihres Sieges über Sofia, Budapest, Wien und Konstantinopel (in dieser nicht unwichtigen Reihenfolge), und damit auch über Deutschland und seine Weltpolitik.

Alle diese Zusammenhänge und die Folgerungen und Verpflichtungen daraus, die Vorteile und die Gefahren, habe ich (ebenso wie Generalfeldmarschall von der Goltz, sowie Helfferich, zu jener Zeit noch Direktor der Deutschen Bank) im Dezember 1914 und Januar 1915 wiederholt an der zuständigen Stelle unterstreichen können: beim Generaloberst von Moltke, beim Generalstabschef von Falkenhayn und beim Kaiser selbst; immer mit der Mahnung: nur der schleunige Ausbau der Bagdadbahn (durch den Taurus nach Syrien und hinüber nach Bagdad) kann auf die Dauer Mesopotamien und Syrien sichern und nötigenfalls selbst Suez bedrohen. Die politische Reichsleitung war der gleichen Überzeugung; die Bausumme stand zur Verfügung (der Betrag eines Kriegstages!); die Fachleute bejahten die Möglichkeit der Vollendung innerhalb anderthalb Jahren. Auch der damalige Oberst Gröner als Chef des Feldeisenbahnwesens anerkannte die Richtigkeit meiner Argumente. Aber Falkenhayn beurteilte und führte den Weltkrieg als Westkrieg: er rechnete auf Calais bis Sommer 1915 und dann und dadurch auf ein Kriegsende! — aber vom Orient wußte er nichts (bis sich sein eigenes Schicksal dort erfüllen sollte).

Im gleichen Zusammenhange und zur gleichen Zeit zeigte Falkenhayn ebenso wenig Verständnis für den dmals schon notwendigen Durchbruch durch Serbien — zur Sicherung der Verbindung mit dem Orient, wie auch zur Abschreckung ebenso Italiens wie Rumäniens. Die österreichische Niederlage in Serbien hat Italien erst Mut gemacht. Wiederum darf Garvin zitiert werden: „In Serbien kommen nicht nur örtliche Angelegenheiten in Betracht; Serbien war ein mächtiger Hebel für größere Dinge auf beiden Seiten . . . Es ist zu bezweifeln, ob zuviel mit der Behauptung gesagt ist, daß der Balkan mit seiner Bahn die gleiche Bedeutung für

Digitized by Google

den Landweg nach Indien hat, wie Ägypten mit dem Suezkanal für den Seeweg nach Indien." Diese englische Beurteilung war auch die der deutschen Politik, die aber Falkenhayn ignorierte — bis ihn selbst sein Schicksal gegen seinen Willen auch auf den Balkan führte . . .

Heute läuft die Bagdadbahn durch das Taurusgebirge — um jetzt ein englisches Aleppo zu finden; und Bagdad erreicht sie auch heute noch nicht, nicht einmal Mosul: Zwei Jahre zu spät kommt sie. „Zu spät!" Nicht ein Buch — fast eine Bibliothek kann man füllen mit deutschen Entscheidungen in diesem Weltkrieg, die alle durch das eine Wort getroffen und gerichtet werden: „Zu spät!" — außenpolitische wie innerpolitische Entscheidungen . . .

Gewiß: auch in England haben zwei Auffassungen miteinander gerungen — die „westliche Schule" und die orientalische Weltpolitik. Aber die weltpolitische Richtigkeit hat dort gesiegt, und bei uns die falsche Formel von der „Entscheidung im Westen". Dadurch hat jetzt England über uns gesiegt — nicht nur weltpolitisch, sondern auch westpolitisch. Die englische Energie hat im Orient in drei Kriegsjahren so viel oder gar mehr Bahnverbindungen gebaut als die deutsche Arbeit in dreißig Friedensjahren. So wurde Jerusalem für England von Kairo her in zwölf Stunden erreichbar, während Deutschland zwölf Wochen brauchte, um dorthin Material und Munition aus Essen und Spandau zu bringen. Was sollen und können dort auf die Dauer ein paar tausend deutsche Soldaten halten und retten? Der Orientkrieg war eben auch ein Eisenbahnkrieg — — nur für Deutschland und die Türkei ohne eine Mesopotamien und Syrien mit Anatolien verbindende Eisenbahn, und für England mit einem mehrgleisigen Bahnsystem.

Trotz alledem ist die Türkei treu geblieben — — bis der bulgarische Brückenbogen eingestürzt ist (von Saloniki her endlich angeschnitten und durch Bolschewismus bereits angefault); bis auch der ungarische Brückenbogen eingestürzt ist (ohne drängende Not, sondern durch die Unfähigkeit einer fast verräterischen Klique); bis der Weg nach Konstantinopel von Bulgarien her und vom Mittelmeer her offen lag. Die Türkei hat am längsten Krieg geführt: schon acht Jahre (also fast doppelt so lange als Deutschland), oder gar zehn Jahre (die albanischen und arabischen Feldzüge mitgerechnet), mit lauter Verlusten, ohne genügendes Rüstzeug; aber ihre geographische Lage konnte die Türkei zur Verfügung stellen (Dardanellen und Suez) und Menschenmaterial. „Nicht mehr allzu viel nach all unseren immerwährenden Kriegen; etwa 300 000 Soldaten noch!" — meinte der türkische Kriegsminister zu Beginn des Krieges: heute aber hat die Türkei 3 Millionen Menschen im Kriegsbetrieb. Und: der türkische Kriegsminister hat vom ersten Tage an seine Armee einer einheitlichen Weltkriegsleitung unterstellt: hätten Österreich-Ungarn und Bulgarien von Anfang an auch so gehandelt — manches wäre vermieden worden! Die Türkei hat am meisten geopfert: an Landverlust und an Menschen-

Digitized by Google

verlust. Die Türkei hat am wenigsten geklagt und gefordert. Die Türkei hat am längsten ausgeharrt und durchgehalten — von unseren Bundesgenossen. Und: die Türkei hat den Weltkrieg gegen Rußland für uns entschieden — in den Dardanellen. Deren „neutrale" Offenhaltung oder zwangsweise Öffnung hätte die sichere Folge gehabt: daß englische und französische Kriegs- und Handelsschiffe vom Mittelmeer aus im Schwarzen Meer erschienen wären, Rußland mit Kriegsmaterial aller Art versehend und sichernd und so stärkend, daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Durchbruchsschlachten einen weit gewaltigeren Feind gefunden hätten; in der gleichen Weise Rumänien versorgend, so daß dieses früher und reichlicher gerüstet und erfolgreicher gegen Österreich-Ungarn hätte losschlagen können und müssen; und in ähnlicher Weise Bulgarien bedrohend, so daß dieses niemals für Mitteleuropa und Türkei sich hätte entscheiden können, sondern wahrscheinlich gleichfalls gegen die Mittelmächte gezwungen worden wäre. Auch der russische Getreide-Export hätte durch die Dardanellen gehen können — ein Vorteil für die Versorgung der Westmächte und für die Wirtschaftsentwicklung Südrußlands. Umgekehrt ist es glücklicherweise gekommen: die Auflösung Rußlands ist in den Dardanellen entschieden worden, und ebenso der Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte und an die Türkei und damit in letzter Linie auch der bleibende Sieg gegenüber Rußland . . .

Von Konstantinopel aus ist in der ersten Kriegshälfte die Drehbrücke in der Richtung des mitteleuropäisch-balkanisch-vorderasiatischen Zusammenhalts eingestellt worden. Das war ein Sieg der deutschen Politik und des türkischen Interesses. Der Weg war richtig und nötig, weil — wie es der schwedische Politiker Kjellén formuliert — das „levantinische Programm als der wirkliche Königs- oder Kaisergedanke des neuen Deutschland, als Lösung der politischen Heimatprobleme und als der einzig natürliche Weg zur Weltmacht in jedem deutschen Zukunftstraum enthalten sein muß."

Aber von Sofia aus ist am Kriegsende unsere Drehbrücke umgestellt worden — von Westen nach Osten uns den südlichen Weg versperrend; aber nicht nur erst jenseits des bisherigen Österreich-Ungarns auf dem Balkan, sondern bereits diesseits des jetzt balkanisierten Ungarns und Österreichs, schon an der eigenen reichsdeutschen Grenze. Der Zusammenbruch kann nicht größer sein. Bismarck steht auf und erinnert: „Die Teilung der Türkei würde das Schicksal der mitteleuropäischen Mächte besiegeln." Und sein J. v. Eckardt fügt hinzu: „Die Frage, ob der slawische Eisenring von einer oder zwei Seiten (von Osten und von Süden) um den germanischen Leib gelegt, und ob der direkte Weg in den Orient für das mittlere Europa gesperrt werden wird, diese Frage ist eine eminent deutsche Frage." Noch ist zurzeit der slawische Ring im Osten gesprengt — dank der deutschen Orientpolitik; ob er im Süden sich fest kettet oder sich einmal löst, das wird eine Frage des Völkerbundes werden.

Digitized by Google

Vor diesem Krieg hat ein Verständigungsvertrag zwischen Deutschland und England die Türkei in Interessensphären zwischen Deutschland, England, Frankreich und Rußland eingeteilt: Deutschland erhielt Anatolien und Mesopotamien bis an den Persischen Golf als sein Arbeitsgebiet (bis Alexandrette und Aleppo, und über Bagdad bis Basra); England Arabien, Frankreich Syrien, und Rußland Armenien. Der Weltkrieg hat das deutsch-türkische Bündnis und die Unteilbarkeitserklärung der Türkei gebracht, sowie die Besiegung und Ausschaltung Rußlands. Das Kriegsende zwingt plötzlich die Türkei unter das Joch Englands und Frankreichs, Italiens und Griechenlands. Was wird der Friede ermöglichen? Wenn der Völkerbund sich verwirklichen kann: eine Türkei, noch so groß wie das heutige Deutschland, und offen dem Wettbewerb der Völker. Noch immer wird Deutschland ostwärts und südwärts sich betätigen müssen; und noch immer wird der Osten und der Orient die deutsche Arbeit nehmen müssen. So war es in Bulgarien vor dem deutsch-bulgarischen Bündnis, und in der Türkei vor dem deutsch-türkischen Bündnis; das vermittelt die geographische Nachbarschaft mit ihrer Zwangsläufigkeit; und so wird es im Orient des Völkerbundes auch wieder werden. Darum: „Arbeiten und nicht verzweifeln!"

Der deutsch-österreichische Staat und die Hausmacht

Von Dr. Karl Leuthner (Wien)

Es sind noch nicht vier Wochen vergangen seit dem Zusammenbruche der bulgarischen Front und seitdem die slawischen und romanischen Nationen dem österreichischen Staate im Parlamente die offene Absage entgegengeschleudert, und dennoch haben sich in dieser kurzen Zeit die inneren Umwälzungen, die Erscheinungen der Zersetzung und Selbstauflösung des einstigen Österreich in solchem Maße gehäuft, daß im Rahmen eines knappen Aufsatzes auch nicht einmal versucht werden kann, das flüchtigste Bild dieses Vorganges, wie ein alter Staat in lebensloser Fäulnis zerfällt, ja auseinanderstäubt, zu umreißen. Ein einziger, aber bezeichnender Zug soll eine ganz breit ausmalende Schilderung ersetzen. Als Professor Lammasch, der neue österreichische Ministerpräsident zuerst den Versuch unternahm, ein „Konzentrationsministerium" aller Völker Österreichs zusammenzukliftern, erhielt er aus dem Munde des begnadigten „Hochverräters" Kramarsch im Namen der Tschechen und Südslawen folgenden Bescheid: Wir treten weder in ein Konzentrationsministerium ein, noch in ein Komitee zur Liquidierung Österreichs, noch geben wir unsere Unterschrift zu einem Waffenstillstandsangebot. Denn die Tschechen und Südslawen haben bereits ihren von der Entente anerkannten selbständigen Staat, sie sind Verbündete der Ententemächte. Wie könnten sie von ihren Bundesgenossen, in deren

Digitized by Google

Reihen sie kämpfen, einen Waffenstillstand heischen? Tschechen und Südslawen werden ihre Politik in Übereinkunft mit der Gesamtpolitik der Entente einrichten." Und Herr Professor Lammasch, der designierte österreichische Ministerpräsident, gab am nächsten Tage kund, er begreife vollkommen, daß sich die Tschechen als Bundesgenossen der Entente fühlen und hoffe nur, daß wenigstens die persönlichen Beziehungen im Parlamente günstigere sein werden. Ergänzend könnte man hinzufügen, daß im Namen der Italiener aus Tirol der Abg. Conci erklärte, die Italiener würden der Aufforderung des Manifestes, einen nationalen Staat zu konstituieren, nicht Folge leisten. Sie hätten bereits ihren Staat, das Königreich Italien, dem schlössen sie sich an.

So ist das Verhältnis des gewesenen österreichischen Staates zu seinen Völkern beschaffen. Es gibt kein Band mehr, alle Fäden sind abgerissen. Die Slawen sind innerlich mit ihrem Staatsaufbau längst fertig. Der Plan der tschechischen Staatswerdung ist bis ins Kleinste und Einzelste ausgearbeitet. Wie in Paris eine tschecho-slowakische Regierung sitzt, die Vertreter bei allen Ententeregierungen unterhält, so wissen in Böhmen, Mähren und Schlesien alle Beamten bis zum letzten Amtsdiener herab, welchen Wirkungskreis sie am Tage der Verkündigung der tschechischen Republik zu erfüllen haben. Alle Amtsträger, die bisherigen k. k. österreichischen Bureaukraten wie die Funktionäre der autonomen Landesverwaltung, die einen wie die anderen, sofern sie der tschechischen Nationalität angehören, fühlen sich heute schon im Dienste des neuen Staates stehend. Vom Geheimrat bis zum Flurwächter gibt es keinen im staatlichen Dienste stehenden Menschen tschechischer Zunge, auf den Österreich und sein Kaiser zählen könnten. Auf das erste in Prag oder in Paris gegebene Zeichen wird der tschechische Staat aus seiner Versenkung hervorsteigen. Dagegen haben die Tschechen bis zur Stunde von der im kaiserlichen Manifest erteilten Erlaubnis, ein nationales Gemeinwesen nach dem Rechte der Selbstbestimmung zu gründen, keinen Gebrauch gemacht. Dieses Manifest ist ihnen nur ein Gegenstand des Hohnes, weil es den Hintergedanken birgt, Österreich in bundesstaatlicher Form wiederherzustellen. Die Tschechen wollen aber nicht bloß den völlig souveränen eigenen Staat, sie glauben sich auch ferner durch die Versprechungen der Entente völlig versichert. Sie meinen deshalb weder mit Österreich, noch mit den Deutschen verhandeln zu müssen; der Brüsseler Kongreß werde ihnen ihren Staat geben, noch dazu mit Einschluß der 3½ Millionen Sudetendeutschen und mit Hinzufügung der in Ungarn wohnenden Slowaken, was sie alles in Österreich auf dem Verhandlungswege nicht erreichen könnten. So verhalten sie sich denn ruhig zuwartend, und sie dürfen das auch getrosten Mutes, weil sie auf das Wort der Entente bauen können, noch mehr, weil der Gedanke der nationalen Staatlichkeit in dem Herzen eines jeden Tschechen hell und hoch lodert, weil es keinen Tschechen gibt, der fähig

Digitized by Google

wäre, das gemeinsame höchste nationale Ideal an die österreichischen Gewalthaber zu verraten. Dasselbe läßt sich von den übrigen slawischen und von den romanischen Völkern sagen. Sie haben überdies Staaten zu erbauen oder sich an Staaten anzuschließen, deren Hauptgewicht außerhalb Österreichs liegt. Die Polen werden in Warschau, die Südslawen in Belgrad ihren Mittelpunkt finden, die Italiener und die Rumänen an ihre bereits bestehenden Nationalstaaten sich angliedern — da gibt es in der Tat nicht viel zu beraten und zu verhandeln. Für alle diese Völker, d. h. für zwei Drittel der Einwohner Österreichs, war das kaiserliche Manifest, indem es unter dem Druck des Wilsonschen Machtworts das Selbstbestimmungsrecht verlieh, bloß ein Gegenstand mitleidig-verächtlichen Lächelns. Sie ergreifen durch eigene Macht und durch die Hilfe der Entente den selbständigen Staat und wollen und müssen, um zur nationalen Einheit, deren sich kein gesund fühlendes Volk berauben läßt, über den Rahmen Ost-Ungarns weit hinausschreiten. Sie alle kennen keine österreichischen Verfassungsfragen mehr, sie werden höchstens, sobald sie im Besitze des eigenen Staatswesens sich befinden, über die Nachlassenschaft des verstorbenen Österreichs mit den anderen Erben eine Auseinandersetzung pflegen — eine Auseinandersetzung über die Aufteilung der Staatsbahnen, der Schuldverpflichtungen, der Posteinrichtungen und der übrigen öffentlichen Anstalten, Güter und Lasten.

Anders berührte das kaiserliche Manifest das deutsche Volk. Die Deutschen sind geistig richtungslos in die Lage des staatlichen Zerfalls eingetreten, und was schlimmer ist, beladen mit der schwersten Sünde, die ein Volk an sich selbst begehen kann, mit der Schuld und Sünde, daß sie dem Geist der Zeit, dem Geist des Nationalismus, der demokratisch-völkischen Selbstbestimmung, des Zusammenstrebens zur Volkseinheit entfremdet, den hohlen Götzen des „übernationalen" Staates, der angestammten Dynastie gehuldigt haben. Nun sehen sie die Nationen, die bisher zwei Drittel dieses Staates ausgemacht, ihn verlassen, wie man durch eine geöffnete Kerkertür hinausgeht. Von den österreichischen Idealen ist nichts geblieben als ein Gelächter und eine schmerzliche Scham. Der Austritt all der anderen ihrer Freiheit und nationalen Selbstherrlichkeit bewußten Völker ließ nun die Deutschen in beklemmender, bedrückender Einsamkeit. Und ratlos, wie das deutsche Bürgertum Österreichs war, klammerte es sich an die Erklärung der deutschen Sozialdemokraten, welche den eigenen Staat nach dem Recht der Selbstbestimmung verkündigte. Auch hier traf also das kaiserliche Manifest bereits auf eine sich selbsttätig vollziehende Entwicklung. Und es war kein Zufall, sondern das Gesetz der Not, daß die Deutschen, also die Verspäteten in jeder Hinsicht, die am längsten an der rettungslos verfallenen Staatsruine mit dem Herzen gehangen, als erste die Nationalversammlung einberiefen und einen Vollzugsausschuß als einstweilige Regierung des deutsch-österreichischen Staates einsetzten. Zweierlei

Digitized by Google

drängte als stärkster Antrieb: die Ernährungsfrage und die Gefahr, die den Sudetendeutschen von den Tschechen droht. Indem die tschechischen Eisenbahner, im Dienste ihres neuen Staates geschäftig, alle Durchfuhren durch das tschechische Gebiet unterbanden, Ungarn noch vor der Erklärung der Personalunion sich absperrte, und der österreichische Ernährungsminister kundgab, er sei ohnmächtig, da seine Organe den Dienst verweigerten, wurde es das Gebot der Selbsterhaltung, den Ernährungsdienst für Deutschösterreich in die eigene Hand zu nehmen. Denn wie sollte Wien, wie sollten die Industriegebiete Deutschböhmens und das eigentliche Alpenland ihr Dasein auch bloß die kürzeste Zeit fristen, wenn die Zufuhren ausblieben. In Böhmen, Mähren und Schlesien gilt es wiederum, so beschleunigt als möglich eine selbständige Verwaltungsorganisation und Landesvertretungen zu schaffen, die Beamten für den deutschen Staat in Pflicht zu nehmen, um vorzubeugen, daß der tschechische Staat das deutsche Land einverleibt und vor dem Friedenskongreß seine Ansprüche durch das Recht des Besitzes unterstützt.

In beiderlei Hinsicht hat der von der Nationalversammlung bestellte Vollzugsausschuß, der aus Sozialdemokraten, sogenannten Deutschnationalen und Christlichsozialen, zu ungefähr gleichen Teilen zusammengesetzt ist, gute Arbeit geleistet; er hat rasche und zweckdienliche Maßnahmen getroffen, um nach und nach die Verwaltung von dem zu liquidierenden Staat Österreich auf den neuen deutschen Staat zu übertragen. Allein höher als diese praktischen Einzelheiten der staatserbauenden Arbeit ist deren moralische Rückwirkung auf die Sinnesart und Gemütsrichtung der Deutschen selbst zu werten. Den Deutschen mangelt der überwältigende Einmut des volkstümlich-nationalen Selbstbewußtseins, der bei den übrigen Nationen dem Drange zur Einheit und zur staatlich-selbstherrlichen Ausprägung ihres Wesens die Gewalt eines Naturtriebes verleiht, der sie das Walten der habsburgischen Hausmacht, wiewohl diese auch ihnen „angestammt" ist, als Schmach der Fremdherrschaft verabscheuen läßt. Es sind zum Teil recht nüchterne Erwägungen, die selbst in den Reden eifrig im Vollzugsausschuß Mitarbeitender bei Begründung und Rechtfertigung des neuen Staates laut werden: man könne doch nicht als der Rest von Österreich zurückbleiben und, wenn sich die anderen fröhlich davonmachen und hinter sich lassen, was ihnen unbequem, nun alle die Lasten des alten Staates sich allein aufbürden. Auch wir ziehen aus und werden vor dem Friedenskongreß verkünden, daß wir an den Sünden der Wiener Hausmachtspolitik, an den Freveln und Verbrechen des alten Österreich ebenso unschuldig sind, wie die übrigen Nationen. Und wir müssen, da die übrigen Nationen vor eben diesem Kongreß eigene Wortführer ihrer Interessen haben werden, verhüten, daß uns allein etwa die Diplomatie des Hofes vertritt. Auch wir werden bei den Friedensverhandlungen als selbständiger Staat erscheinen und dies umsomehr, als nur die anschauliche staatliche Verkörperung unseres Selbst-

Digitized by Google

bestimmungsrechts den drei Millionen Sudetendeutschen vor Europa die Freiheit, die Rettung vor den tschechischen Vergewaltigungsplänen erstreiten kann.

So ist der werdende deutsch-österreichische Staat ein Werk der wirtschaftlichen Bedrängnis und der unmittelbar drohenden Gefahr der Fremdherrschaft. Doch sein Bild muß sichtbar vor die deutschen Massen hintreten, damit diese, befangen wie sie sind, in den alten knechtenden österreichischen Erinnerungen mit dem Ernst und der Notwendigkeit des Neuen sich durchdringen. Das mit allen Mitteln zu hintertreiben, bildet jedoch das eifrigste Tun und Treiben der Hausmacht und ihrer Diener. Schon das Manifest ging mit dem Plane, ein Völkerministerium zu stiften, einher, und obwohl dieser Versuch wie seine Wiederholung durch Lammasch an der mannhaften Weigerung der Slawen scheiterte, wird nichtsdestoweniger den Deutschen das leere Gaukelbild eines österreichischen Bundesstaates vorgehalten. Niemand darf sich wundern, daß der Kaiser in dem Manifest so schnell vom Einheitsstaate zu irgendeinem wie immer herzustellenden föderativen Gebilde den Übergang gefunden hat. Österreich als staatliche Organisationsform ist für die habsburgisch-lothringische Hausmacht und ihre Herrschaftsinteressen schlechthin außerwesentlich, eine vorübergängliche Gestalt der Gewaltübung. Mag das von Maria Theresia geformte und von Schmerling parlamentarisch verbürgerlichte Organisationswundertier des übernationalen Staates auf dem Schutthaufen der Geschichte zusammensinken: standen die Habsburger nicht im Meridiane ihres Ruhmes, als sie ein loses Bündel deutscher, slawischer, romanischer, magyarischer Länder, die sich ständisch regierten, als Stoff ihrer Weltmachtspolitik auswerteten? So war auch schon der tiefste Sinn des Ausgleichs mit Ungarn, daß der magyarischen Oligarchie die unbeschränkte Vollmacht der Selbstregierung und Völkerbedrückung eingeräumt wurde, wofür sie der Dynastie Soldaten als Material der Großmachtpolitik zu liefern hatte. Dieses Verhältnis wünscht man, da nun auch in Österreich die unmittelbare Herrschaft unhaltbar geworden, auf alle Völker, über denen die Kaiserkrone schwebt, auszudehnen. Sie sollen sich in Gottes Namen „zeitgemäß", nach dem „Selbstbestimmungsrecht" und „demokratisch", wie lieb und schön sie es immer können, zu den Füßen des Thrones einrichten. Das verschlägt den Erben Karl V. nichts. Entscheidend ist ausschließlich, ob sich ein Stand der Dinge schaffen läßt, bei dem, sei im übrigen das vollkommen belanglose Schicksal der Völker welches immer, der Wiener Hof seine große internationale Stellung zu behaupten vermag. Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Planes wäre allerdings, daß die Entente ungeachtet ihrer laut bekundeten Begeisterung für echte und reine Volksherrschaft die Verwendung angeblich sich selbst bestimmender Völker als Piedestal für die Großmachtherrlichkeit einer Familie für wahre Demokratie gelten ließe. Bevor die Wilsonnote erschienen war, nährte man am Ballplatz in dieser Hinsicht die fröhlichsten Hoffnungen, oder gab

Digitized by Google

sich wenigstens den Anschein großer Zuversicht. Täglich bemühten sich die Wiener Blätter, welche, obschon sie in deutscher Sprache geschrieben sind, größtenteils den gegendeutschen Interessen der Hausmacht dienen, der Entente darzutun, wie gefährlich es für sie wäre, den österreichischen Slawen den völlig unabhängigen Nationalstaat zuzubilligen. Denn würde Österreich zerstört, so würden die Deutschen Österreichs, ob sie nun wollten oder nicht, über kurz und lang Deutschland zufallen, die Entente würde sonach um ihr vornehmstes Kriegsziel, Deutschland zu schwächen, geprellt sein. Bleibe hingegen Österreich in irgendeiner Form aufrecht, so sei die Einigung des gesamten deutschen Volkes in einem Nationalstaat auf immerdar vereitelt. Die vom Wiener auswärtigen Amt ausgestreuten Gerüchte, Wilson werde, um Österreich als Gegenmacht gegen Deutschland zu erhalten, ihm besonders günstige Bedingungen gewähren, begannen sogar die Slawen zu ängstigen, bewogen sie die Entsendung von Deputationen nach der Schweiz zu beschleunigen, um sich der wahren Meinung der Ententemächte zu vergewissern. Wie nun freilich die Wilsonnote erschien, die diesen Hoffnungen, Ausstreuungen und Ränken so grell und schroff widersprach, herrschte einige Tage schmerzliche Verblüffung. Doch bald belebte sich von neuem die Hoffnung, bei den eigentlichen Friedensverhandlungen werde sich gegen Wilsons professorale Gerechtigkeitsmalerei der Deutschenhaß Frankreichs und Englands erfolgreich durchsetzen, und einem notwendig slawisch und gegendeutsch gerichteten Österreich die Stellung an Deutschlands empfindlichster Flanke sichern. In gleicher Richtung mit der Wiener Hofpolitik läuft das Bestreben der Magyaren — Oligarchen und Demokraten sind in diesem Punkte sinneseins —, durch möglichst rasche Kündigung des Bündnisses mit Deutschland die Gunst der Westmächte zu gewinnen und damit die Möglichkeit, die Oberherrschaft über die unterworfenen Völker unter irgendeiner demokratischen Maske weiter zu bewahren. Mit den internationalen Ränken verflechten sich die heimischen. Indem man den Tschechen deutlich zu verstehen gibt, man werde ihnen, falls sie nur auf den Bundesstaatsgedanken eingehen, gut und gern die Sudetendeutschen zum Fraße vorwerfen, sucht man zugleich die tschechischen Bürger und Großbauern mit dem Bolschewismus zu schrecken. Ganz frech und offen schreiben die Blätter der Hausmacht, die Besitzenden in Böhmen würden sich gerne an Österreich anlehnen, um in den Drangsalen der sozialen Revolution die österreichischen Bajonette zur Verfügung zu haben. Indes hat bisher weder Lockung noch Drohung die achtenswert geradlinige Politik der Tschechen beirrt.

All diese Mißerfolge entmutigen die dreiste Vermessenheit der dynastischen Politik nicht. Sie glaubt ihr Spiel noch nicht gänzlich verloren zu haben, setzt ihre Rechnung auf den Streit um die Beute, die in der Entente ausbrechen wird, auf den tschechischen und polnischen Imperialismus, der als trüber Schatten ihrem ehrenhaften Trachten nach voller staatlicher Selbständigkeit folgt. Nur braucht die

Digitized by Google

Hausmacht eben Raum und einen Ansatzpunkt zu ihren Quertreibereien. Sie muß bei der Friedenskonferenz erscheinen dürfen, wenn sie dort intrigieren soll; und da die Slawen sämtlich durch Abgesandte bereits bestehender Regierungen vertreten sind, so sollen die Deutschen den Vorwand leihen. Nun müßte man wohl denken, das deutsche Volk, gegen dessen höchstes Lebensrecht, wie seit Jahrhunderten so auch heute, die habsburgische Hauspolitik gerichtet ist, würde ihr in schroffste Unabhängigkeit sich entgegensetzen. Gleichwohl ist es nicht an dem; es gibt weite Kreise in unserer Nation, weite Kreise vor allem in Wien, denen die von den Vätern überkommene Untertansgesinnung, dieser unmögliche Patriotismus für einen unmöglichen Staat, das Gefühl der Volks- und Kulturgemeinschaft weit überwiegt. Den Deutschen hängt noch der ganze Troß derer an, die mit ihren persönlichen Vorteilen an das alte Österreich gefesselt sind. Das, was dem deutschen Volke in Österreich einzig Heil und Rettung sein kann, der Anschluß an Deutschland, das Aufgehen in der großen deutschen Volks- und Kultureinheit, das ist all diesen Würdenträgern des Hofes und Staates, all diesen Nutznießern des österreichischen Partikularismus Greuel und Schrecken. Was würde aus unseren Generalen der glorreich stets geschlagenen Armee, aus unseren Geheim- und Hof- und kaiserlichen Räten werden, wenn der Hintergrund der habsburgischen Großmacht schwindet, was aus den meisten literarischen und journalistischen Größen Wiens, hätten sie im Wettbewerb auf dem weiten Felde der gewaltigen deutschen Nation sich zu behaupten? Dahinter steht noch das Kriegsgewinnerkapital bebend um seine Papierhaufen von österreichischer Kriegsanleihe, stehen die Industriellen mit ihrem zollgeschützten Trägheitsvorrecht, steht der Klerikalismus, steht der Wiener Residenzstadtdünkel mit seiner Lüge einer österreichischen Kultur, von der zwei Drittel der „Österreicher", nämlich die Slawen, nichts wissen, und wenn sie etwas von ihr erfahren, sie mit berechtigtem Spott ablehnen.

All diese haben, seit sie den lieben, trauten, einheitlichen Kaiserstaat im Sumpf versinken sahen, ihre letzte Hoffnung auf das „föderative" Österreich gesetzt. Daß Österreich, in welcher Gestalt immer fortdauernd, nur ein von Slawen beherrschtes Österreich sein könnte, gegen die eigenen Deutschen und gegen das Deutsche Reich aufs feindseligste gerichtet, kann diesen Heren nicht viel ausmachen. Waren es denn nicht österreichische Behörden und k. u. k. Offiziere, die in diesen vier Jahren der Kriegsnot jedesmal, sobald Deutschlands Schwert wieder Österreichs Niederlagen ausglich und viermal dem schier unentrinnbaren Untergang entriß, geschäftig im Volke Schauermären von dem unerträglichen preußischen Hochmute, von der Raubsucht der preußischen Soldaten verbreiteten? Und sie hatten mit ihrem Bemühen nur zu guten Erfolg. Kann es diesen Herren ein ernstes Anliegen sein, wie sich das deutsche Volk in Österreich bettet? Das allein haben sie im Auge, dem Gesamtstaate, d. h. dem Hofe, die Verfügung über Heer und auswärtige Politik

Digitized by Google

und über die Handelspolitik in die Hände zu spielen. Dieses „Mindestmaß" fordert die Wiener Presse für den Gesamtstaat im föderativen Verhältnis der Nationen, will also den von der Entente als Gegenspieler des Deutschen Reiches wieder eingesetzten Habsburgern die Befugnis einräumen, zehn Millionen Deutsche gegen ihre Volksgenossen im Reiche zu waffnen.

Darum muß der deutsche Staat der Deutschösterreicher rasch zur vollen Sichtbarkeit gedeihen und durch sein kraftvolles Wirken die Nachtgespenster der versinkenden Hausmacht ins Dunkel zurückscheuchen. Seine Ströme aber fließen unablenkbar ins deutsche Meer: denn zum Glück ist der österreichische Bundesstaat oder Staatenbund nicht bloß eine moralische, sondern auch eine wirtschaftliche und geographische Unmöglichkeit. Was sollte sich denn da verbinden: das bis zur Ostsee reichende Polen mit seiner Hauptstadt Warschau und das bis Saloniki sich erstreckende Serbien mit den Königen aus dem Hause der Karageorgewitsche? Und etwa noch Rumänien? Oder wird sich Prag noch von Wien aus seine internationalen Freundschaften und Feindschaften vorschreiben lassen, etwa gar die Masaryk und Benesch, die jetzt unter Wilson und Clemenceau Weltpolitik gemacht haben? Die tschecho-slowakischen Brigaden haben aber wohl keine tiefere Sehnsucht, als unter die Fahnen ihrer k. u. k. Henker zu treten? Die Slowaken mit den Magyaren, deren erdrückender Knechtschaft sie erst noch entrissen werden müssen? Oder die Deutsch-Böhmen mit den Tschechen, die ihnen jetzt schon „Hochverrat" und den barschen Befehl zurufen, die vor tausend Jahren besiedelte Scholle zu verlassen, weil sie sich dem tschechischen Staate nicht gehorsam unterschmiegen wollen? Doch da die Deutschen ebensowenig allein für sich bestehen können in einem Staate ohne wirtschaftliche Lebensgrundlagen und ohne geographischen Zusammenhalt, müssen sie sich dorthin wenden, wohin sie die Pflicht des kulturellen und nationalen Einheitsstrebens ruft, zum Reich aller Deutschen.

Wenn der neue deutsche Staat seine Note an Wilson entsendet, werden zehn Millionen Deutsche nach vielhundertjähriger Unterjochung, in der sogar ihr ehrlicher Volksnamen unter der dynastischen Livree des Österreichertums verschwand, zum ersten Male wieder vor Europas Nationen erscheinen als Freie und Gleiche.

Digitized by Google

Südslawische Frage und Friede in italienischer Beleuchtung

Von Professor Dr. Werner Weisbach (Berlin) 31. Oktober.

Je näher eine Aussicht auf den Frieden rückte, um so besorgter und nervöser wurde man in Italien, daß dieser Friede den auf ihn gesetzten Erwartungen und Hoffnungen nicht entsprechen würde. Das österreichische Heer stand auf italienischem Boden; Italien hatte, wie es durch seine offiziösen Organe immer wieder erklären ließ, keine Möglichkeit, es aus eigener Kraft zu vertreiben; man bangte, ob die „heiligen nationalen Aspirationen" bei den Verbündeten, auf die man unter solchen Umständen ganz angewiesen ist, eine genügende Stütze finden würden. Deshalb wünschte man nichts sehnlicher, als daß die Entente und namentlich Amerika das italienische Heer soweit mit Truppen und Material versehen möge, daß es durch eine großzügige Offensive die Österreicher endgültig aus den besetzten Gebieten vertreiben könnte. Warnende Stimmen erhoben sich: „das Ende des Krieges darf uns nicht an der Piave sehen". In der Presse wurde Amerika beschworen, von seinem Überfluß doch etwas an Italien abzugeben, indem man geltend machte, es käme doch auch der ganzen Allianz zugute, wenn man auf diese Weise Österreich den Todesstoß versetzte. Doch alles Flehen war vergeblich, Amerika hatte für Italiens Nöte kein Ohr. Dann kamen Schlag auf Schlag die Friedensnote Burians und das deutsche Waffenstillstandsangebot. Die Gelegenheit zum eigenen Handeln schien verpaßt. Wilson ist zum Weltenrichter designiert.

Damit erhebt sich aber das österreichisch-südslawische Problem in seiner furchtbaren Ungewißheit und Unsicherheit und schwebt wie ein drohendes Verhängnis über den italienischen Aspirationen. Die Erwartung seiner Lösung hält alle Patrioten in atemloser Spannung, denn davon hängen die Zukunftsaussichten von Italien ab. Ich habe in Heft 25 dieser Zeitschrift (21. Juni 1918) geschildert, wie man sich dort im Verlaufe des Krieges zu der südslawischen Frage stellte, und gezeigt, wie es innerhalb der italienischen Regierung zwei voneinander abweichende Auffassungen gab, die eine durch den Ministerpräsidenten Orlando, die andere durch Sonnino vertreten. Die erstere, die nach dem Rückzug vom Isonzo dahin zielte, zu einer Verständigung mit den Südslawen zu gelangen und ihnen dementsprechende Zugeständnisse zu machen, gleichzeitig aber auf eine Zertrümmerung Österreichs hinzuarbeiten, setzte sich schließlich durch und wurde richtunggebend für die italienische Politik. Sie wurde begünstigt durch die immer weiter um sich greifende Nationalitätenbewegung innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie. Man gab die Parole aus: Italien müsse sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbestrebungen der unter österreichischer Herrschaft befindlichen Völkerschaften stellen.

Digitized by Google

In der Entente war man indessen durchaus nicht gewillt, Italien in dieser Hinsicht einen Vorrang einzuräumen, wenn man es auch unausgesetzt zu gütlichen Vereinbarungen mit den Südslawen drängte, um die lästigen Bestimmungen des Londoner Vertrages, der das ganze imperialistische italienische Programm in sich schließt, und auf den sich Sonnino versteift, zu durchlöchern. England ging damit voran, die Tschecho-Slowaken als kriegführende Nation anzuerkennen, dem sich Frankreich und Amerika anschlossen, wodurch die bedeutsame Tatsache präjudiziert wurde, daß diese Nation Sitz und Stimme bei der Friedenskonferenz erhalten sollte. In Italien war man aufs höchste verstimmt, daß man wieder hinterdreinhinken mußte. Die von Orlando eingeleitete Slawenpolitik erhielt aber ihre offizielle Bestätigung schließlich dadurch, daß die italienische Regierung im September dieses Jahres durch eine Note das Recht der Südslawen auf Begründung eines unabhängigen Staates anerkannte, wozu Sonnino vorher sich niemals hatte verstehen wollen.

Es blieb aber etwas Unklares und Zweideutiges in der italienischen Slawenpolitik. Einerseits hatte man der Bildung des südslawischen Staates zugestimmt, was Verzichte bezüglich Dalmatiens und anderer rein slawischer Gebiete in sich schloß; andererseits bekundete man offen — und das namentlich in der Sonnino nahestehenden Presse — daß man keineswegs etwas von dem Londoner Vertrag aufgegeben habe, der eine Abtretung Dalmatiens an Italien vorsieht. Man behielt also zwei Eisen im Feuer.

Die Frage wurde brennend, als Wilson auf Grund seines Programms mit den 14 Punkten vom 8. Januar die Vermittlerrolle für die Einleitung von Friedensverhandlungen übernahm. Man gebärdete sich zwar höchst erfreut, daß dem Verfechter des Rechts und dem Propheten der Menschheitsverbrüderung die großen Entscheidungen zufielen, aber im Grunde hatte man doch schwere Bedenken, ob diese zugunsten der italienischen Ansprüche gefällt werden würden. Hatte doch Amerika nicht den Londoner Vertrag unterzeichnet, in dem die weitgehenden Ziele Italiens zugebilligt sind. Wilson hat also volle Handlungsfreiheit Italien gegenüber. Den Ententestaaten, denen jene übertriebenen imperialistischen Ansprüche längst nicht mehr genehm sind, kann es daher nur erwünscht sein, wenn er, der die Verpflichtungen Italien gegenüber nicht mitträgt, während Italien Amerika wirtschaftlich stark verpflichtet ist, die Vermittlung übernimmt.

Die Wilsonschen Bedingungen ließen auch manche Fragen offen. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß über ihre Auslegung doch noch gar nicht innerhalb der Verbündeten eine Übereinstimmung herbeigeführt worden sei. In erregten und leidenschaftlichen Diskussionen erörterte man die auseinandergehenden Ansichten. So erklärte der „Corriere della Sera" (19. 10. 1918), der ein Hauptwortführer wurde: Man wisse noch nicht einmal, ob Wilson mit seinen

Digitized by Google

8. Punkt die unbedingte Rückgabe Elsaß-Lothringens meine. Und könne sich Italien bei der Formulierung des 9. Punktes über die Regulierung seiner Grenzen beruhigen? Habe Wilson, der sich früher Österreich gegenüber so nachgiebig zeigte, mit dem 10. Punkt die unbedingte Auflösung der Monarchie verstanden? Das letztere Dilemma gab dem „Corriere della Sera" zu besonders heftigen Auseinandersetzungen mit den angeblich noch immer vorhandenen österreichfreundlichen Kreisen innerhalb der Entente Anlaß. Diesen wurde — als Deckadresse für Wilson — zu verstehen gegeben, daß Italiens unbedingtes Kriegsziel jetzt die Zertrümmerung Österreichs sei, und nur für diesen Fall gälten alle mit den Südslawen getroffenen Vereinbarungen. Sogar die kategorische Formel wagte sich hervor: man habe zu wählen zwischen Italien und Österreich.

Als besonders gewichtiges Argument wurde von Gegnern einer Auflösung Österreichs, die zugleich die erbittertsten Feinde Deutschlands sind — wie Jacques Bainville in der „Action Française" — immer ins Feld geführt, daß bei einer solchen Zerschlagung die Deutsch-Österreicher zwangsläufig dem Deutschen Reiche zugeführt werden würden, das dadurch einen beträchtlichen und nicht zu duldenden Kräftezuwachs erhielte. In Italien läßt man das nicht gelten und beruft sich vielmehr auf folgende Gegengründe: Ein durch die österreichischen Gebiete vergrößertes Deutschland werde weniger mächtig dastehen als ein Deutschland, das für seine Ziele über die gesamten Kräfte der österreichisch-ungarischen Monarchie verfügen konnte; dann werde die Zunahme auch aufgewogen durch die vorgesehenen Abtretungen von Elsaß-Lothringen und Posen, und es sei ferner anzunehmen, daß das Reich als ganzes durch die hinzukommenden, vorwiegend süddeutschen und katholischen Elemente nur geschwächt werden würde; endlich rechnet man damit, daß die Gruppe slawischer Staaten, die von der Entente ins Leben gerufen sei, sich auch weiterhin auf die Seite ihrer Begründer und Beschützer stellen und Deutschland vom Orient und den östlichen Meeren abschließen werde. Es gibt also innerhalb der Entente noch immer verschiedene Ansichten über die künftige Gestaltung der Dinge in Österreich. Und man sieht, daß bezüglich der Angliederung der Deutsch-Österreicher an das Deutsche Reich zum Teil mit denselben Überlegungen gearbeitet wird wie bei uns.

Wilsons Note an Österreich schien nun diesem italienischen Standpunkt entgegenzukommen. Sie brachte die ersehnte Bestätigung, daß es — wenigstens fürs erste — auf eine Zertrennung der Monarchie abgesehen sei, bis auf der Friedenskonferenz das künftige Verhältnis der Nationalitäten zu einander geordnet werden würde. Man vermißte aber jede Andeutung Wilsons über die zwischen Italien und Österreich strittigen Gebiete und tröstete sich nur damit, daß sich in dem Dokument wohl keine Gelegenheit bot, sie zu berühren. Die Sorgen wurden durch die Note keineswegs beschwichtigt. Zu welcher angstvollen Stimmung das Gefühl

Digitized by Google

der Ungewißheit führt, zeigt besonders deutlich ein Artikel im „Corriere della Sera" (26. 10. 1918), dem Blatt, das bisher mit einer wahren Monomanie die Zertrümmerung Österreichs gepredigt hatte und jetzt zwischen dem Programm Orlandos und Sonninos hin und her pendelt, wo es heißt: „Wenn Österreich sich auch auflöst, so ist es damit doch nicht tot. Für Italien hängt alles davon ab, wie die Rekonstruktion der Völker, die den österreichisch-ungarischen Staat bildeten, erfolgt. Auch wenn wir die besetzten und die unerlösten Gebiete wiedergewönnen, könnte der Krieg für uns verloren sein in dem Falle, daß jene Rekonstruktion nicht in einem für Italien günstigen Sinne geschähe."

Zugleich wurde aber auch ein neues Manöver vollführt: Da Wilson in seiner Antwort an Österreich erklärte, daß seine Botschaft vom 8. Januar durch gewisse Ereignisse überholt sei, so will man das dahin interpretieren, daß jenes Dokument überhaupt als veraltet anzusehen sei. Man macht Anstalten, das für Italien unbequeme Programm mit den 14 Punkten, das von Deutschland als Verhandlungsbasis angenommen ist, möglichst zu entwerten und auszuschalten. Bei diesem Beginnen sieht man sich auch nach Unterstützung in den verbündeten Ländern um. Zunächst möchte man Wilson aber auf den Zahn fühlen, indem allerhand sehr weitgehende Garantieforderungen für einen mit Österreich abzuschließenden Waffenstillstand erhoben werden.

Die Schwierigkeiten, die sich durch die Aufrollung des österreichischen Problems ergeben, wurden für Italien noch erhöht durch eine starke pazifistische Bewegung, die nach Bekanntwerden des Waffenstillstandsangebotes wieder eingesetzt hat. Trotz der scharfen Zensur ließ sich doch aus der Presse ersehen, daß an verschiedenen Stellen — namentlich in Mailand und Neapel — geräuschvolle Friedens- und Freudenkundgebungen stattfanden. Das hatte zur Folge, daß die patriotischen und interventistischen Vereinigungen mit neuem Eifer ihrer propagadistischen Tätigkeit oblagen, Versammlungen abhielten, Resolutionen faßten, Manifeste erließen, um die Bevölkerung zum Widerstand bis zum Endsieg und bis zur Erreichung der italienischen Ziele zu ermahnen. Aufs tiefste wurde aber die Stimmung dieser Kreise erregt durch ein Manifest, das die Kammergruppe der offiziellen sozialistischen Partei an die Arbeiter erließ und dessen Veröffentlichung im „Avanti" mit verschiedenen Zensurstrichen die Regierung gestattete. Den Arbeitern wird darin zugerufen: „Jetzt ist eure Stunde, die Stunde des Friedens, den die Völker machen müssen." Es wird erklärt, daß die Prinzipien Wilsons, auf welche sich die Mittelmächte berufen, in ihren allgemeinen Linien die bequemste Grundlage für die Beendigung des Krieges bilden. Dann heißt es: „Das sozialistische Proletariat — ohne damit irgendeine Verantwortung für die künftigen Friedensklauseln zu übernehmen — legt auf der von dem Präsidenten vorgezeichneten Linie den Regierungen und Parteien nahe, jenem Mi-

Digitized by Google

nimum einer aufrichtig gemeinten Verwirklichung der großen Versprechungen der Entente-Regierungen zuzusteuern, und zwar gerade deswegen, weil, wenn jene Prinzipien allgemeiner Ordnung und Sicherheit in dem internationalen Leben der Staaten einmal angenommen sind, die eifersüchtigen Wiedergutmachungen und strategischen Besorgnisse, denen in den vergangenen Jahrhunderten so viele Ströme von Blut geopfert wurden, nahezu jeden Wert verlieren." Zur Verwirklichung eines solchen Programms werden die Arbeiter aufgefordert, „alle Kräfte ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen unter dem Banner der sozialistischen Partei zu sammeln und in Tätigkeit zu setzen." Die Regierung wurde von der patriotischen Presse scharf gerügt, daß sie sich der Veröffentlichung eines so aufrührerischen Manifestes nicht widersetzt hätte. „Corriere della Sera" äußerte: der Text hätte gerade so gut in der „Gazette des Ardennes" stehen können. Und „Secolo" sprach von „einer Rettungsaktion der sozialistischen Kammergruppe zugunsten des vor der Niederlage stehenden Deutschlands". Am meisten verstimmte die Geringschätzung, mit der die Ansprüche auf Gebietserweiterungen behandelt wurden, und die Begründung dafür durch die in die Zukunft weisenden Leitsätze des Wilsonschen Programms. Daß die Zensur das Manifest durchgelassen hat, ist wohl daraus zu erklären, daß es der Regierung jetzt nicht unlieb ist, wenn das Publikum allmählich auf den Abbau aller zu hoch gespannten Erwartungen bezüglich der Kriegsziele vorbereitet wird. Die Sozialisten waren immer offene Gegner des Krieges und jeder imperialistischen Politik. Indem sie sich — unter ausdrücklicher Wahrung ihrer internationalistisch-revolutionären Überzeugung — für den Moment auf den Boden des Wilsonschen Programms stellen, leisten sie eine praktisch-positive Tätigkeit für die Herbeiführung des Friedens. Dieses Programm mit seinen allgemeinen Gedanken von Gerechtigkeit, Weltversöhnung und Völkerbund scheint ja auch darauf abgestellt, Gebietsverschiebungen und -verluste unter dem Gesichtspunkt weiterer und höherer Menschheitsideale eher verschmerzen zu lassen.

Die Frage des Völkerbundes oder der Gesellschaft der Nationen hat in der letzten Zeit bei den bürgerlichen Kreisen Italiens immer mehr Beachtung gefunden. Das Thema wird in Zeitungen und Zeitschriften viel besprochen. Eine Anzahl von Vereinen und Gesellschaften widmet sich der Durcharbeitung und Propagierung des Gedankens und hat den Punkt in ihr Friedensprogramm aufgenommen.

Die sozialistische Partei hat sich aber nicht nur darauf beschränkt, den Aufruf an die Arbeiter zu richten, sondern auch für die Wiedereröffnung der Kammer eine Resolution vorbereitet, in der sie ihr Friedensprogramm darlegt. Außer allgemeinen Menschheitszielen haben die Wünsche der Arbeiter für eine Verbesserung

Digitized by Google

ihrer wirtschaftlichen Lage darin Aufnahme gefunden. Eine gegenseitige Versicherung gegen Alter, Krankheit, Invalidität usw. in den verschiedenen Ländern wird gefordert, — was durch die deutsche Note mit dem Waffenstillstandsangebot ja auch bereits angeregt worden ist.

Gegen Ende Oktober — kurz vor der Absendung der Antwort Andrassys an Wilson — hat sich Italien dann doch noch zu einer Offensive aufgerafft, mit der die in verschiedenen Formen sich äußernde Friedenssehnsucht der Volksmassen in scharfem Kontrast stand. Aus einem Artikel des „Corriere della Sera" (28. 10.) ließ sich ersehen, daß man sich in Arbeiterkreisen durch Verteilung von Flugschriften und durch Streikversuche gegen die Fortsetzung des Krieges auflehnte, was dem Blatt zu den heftigsten Ausfällen gegen die Sozialisten Anlaß bot. Nach der kurz vor Toresschluß unternommenen militärischen Aktion wird Italien dann noch einen diplomatischen Kampf für seine Kriegsziele auszufechten haben. Es wird alles tun, um sich gegen einen zu ausgedehnten südslawischen Staat zu wehren. Die französische Regierung ihrerseits wird gewiß einen solchen Staat nur begünstigen, der den Rivalen Frankreichs im Mittelmeer einigermaßen im Schach zu halten vermöchte. Dann wird Sonnino sich vielleicht wieder auf seine alte These berufen können: daß ein geschwächtes Österreich-Ungarn für Italien als Nachbar wünschenswerter wäre, als ein groß-südslawisches Reich. Wohin jetzt Sonninos Absicht zu gehen scheint, deutet wohl eine Äußerung in der ihm nahestehenden „Perseveranza" (28. 10.) an, die eine Annäherung an ein mit Rumänien und Bulgarien sich verständigendes Ungarn als im Interesse Italiens liegend bezeichnet, um ein Gegengewicht gegen die Südslawen zu bilden. Keinesfalls könne Italien aber dulden, daß sich eine neue maritime Großmacht neben ihm an der Adria auftut.

Die soeben gemeldete Besetzung von Fiume durch Italien ist ja schon ein Auftakt der Konflikte, die zwischen Italienern und Südslawen noch bevorstehen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Hunde an die Front!

Bei den gewaltigen Kämpfen im Westen haben die Hunde durch stärkstes Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtigen Stellungen gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist das Leben erhalten, weil Hunde ihnen den Meldegang abnahmen. Militärisch wichtige Meldungen sind durch Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde überall bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer kriegsbrauchbarer Hunde, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier dem Vaterlande zu leihen!

Es eignet sich Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier, Rottweiler, Jagdhunde, Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner, Doggen und Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindest 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachdresseuren in Hundeschulen abgerichtet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Abholung erfolgt durch Ordonnanzen.

Also Besitzer: Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für Kriegshund- und Meldehundschulen an Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 152, Abteilung Kriegshunde, richten.

GRUNDFRAGEN DER POLITIK

in Ausgaben der

„PHILOSOPHISCHEN BIBLIOTHEK“

ARISTOTELES. Politik (4.40) / Nikomachische Ethik (3.20)

BECCARIA. Über Verbrechen und Strafen. I (3.60)

CICERO. Über das höchste Gut und Übel (2.50)

FICHTE. Begriff des wahrhaften Krieges (1.50) / Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters (3.50) / Naturrecht (4.—) / Reden an die deutsche Nation (2.—) / Machiavell (1.40) / Über Patriotismus (1.80) / Sittenlehre (3.50) / Staatslehre (3.—)

FRIEDRICH D. GROSSE. Antimachiavell (—.90)

FRIES. Philosophische Rechtslehre (2.50)

GROTIUS. Über d. Recht d. Krieges u. Fried. (9.—)

HEGEL. Rechtsphilosophie (5.40) / Schriften zur Politik und Rechtsphilosophie (7.—) / Die Vernunft in der Geschichte (5.50)

HOBBES, TH. Lehre v. Menschen u. v. Bürger (7.—)

HUMBOLDT. Humboldts Philosophische Schriften (u. a.: Aufgabe des Geschichtsschreibers; Betrachtungen über die bewegenden Ursachen der Weltgeschichte; Latium und Hellas) (3.40) / Denkschrift über Preußens ständische Verfassung 1819 (1.60)

HUME. Nationalökonomische Abhandlungen (1.—)

KANT. Grundlegung der Metaphysik der Sitten (1.40) / Kritik der praktischen Vernunft (2.80) / Metaphysik der Sitten (5.—) / Kleine Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik, Politik (3.—) / Zum ewigen Frieden (2.80)

LEIBNIZ. Vaterland und Reichspolitik (2.—)

MACHIAVELL. Vom Staate (1.80) / Der Fürst (—.90)

MILTON. Politische Hauptschriften. 3 Bde. (6.—)

SCHLEIERMACHER. Akademie-Abhandlungen ethischen Inhalts (2.—)

SPINOZA. Theologisch-Politischer Traktat (5.40) / Abhandlung vom Staate (3 —)

SHAFTESBURY. Untersuchung üb. d. Tugend (2.50)

Teuerungsaufschlag 20%

VERLAG VON FELIX MEINER IN LEIPZIG

3. Jahrgang * 15. November 1918 * Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Die deutsche Republik

Von Dr. Paul Rohrbach 11. November 1918.

Der Weltkrieg hat uns die Revolution gebracht, und die Revolution die deutsche Republik. In seiner ersten Anlage ging der Krieg darauf zurück, daß wir den Annäherungsversuchen Englands, die von dort aus in der letzten Zeit der Königin Viktoria und in den Anfängen Eduards VII. gemacht wurden, ablehnend begegneten. Hätten wir ihnen folgen wollen, so hätten wir gleichzeitig uns an die Seite Englands gegen Rußland stellen und in der Folge unseren Flottenbau mehr oder weniger einschränken müssen. An sich brauchte es noch kein Fehler zu sein, daß man England damals einen Korb gab. Bis zum russisch-japanischen Kriege, d. h. solange wie die russischen Interessen stark nach Ostasien abgelenkt waren, mochte es ein als mögliches Ziel gelten, statt den festländischen Soldaten Englands gegen Rußland zu spielen und dafür andere Vorteile gegen England einzutauschen, die Freundschaft mit Rußland zu bewahren. Verhängnisvoll aber wurde unsere Stellungnahme zu Rußland, als wir nach dem Zusammenbruch der russischen weltpolitischen Ziele in Ostasien und nach dem englisch-russischen Vertrage von 1907 nicht begriffen, daß von der Zeit an Rußland mit absoluter Entschlossenheit das Ziel aufnahm, Konstantinopel zu erwerben und Österreich-Ungarn zu sprengen oder zu Boden zu drücken. Damit war Rußland für die Einkreisung zu haben, auf die England nunmehr ausging, nachdem es die Gefahr, die ihm durch unsere Entwicklung zu drohen schien, nicht durch die angestrebte Verständigung hatte neutralisieren können. Gleichzeitig wichen wir in der Marokkofrage Frankreich gegenüber von der Bismarckschen Überlieferung ab, jedes Stück französischer Überseepolitik zu begünstigen. Damit erleichterten wir dem Könige von England sein Vorhaben, Frankreich, in dem der Revanchegedanke abzuflauen begann, wieder scharf gegen uns zu stellen. Das Entscheidende jedoch war **die falsche Beurteilung Rußlands.** Hier lag der Angelpunkt unseres politischen Systems, und die Zwangsläufigkeit des russisch-

Digitized by Google

deutschen Zusammenstoßes mußte erkannt werden. Innerhalb unserer Reichsleitung und unserer aktiven Diplomatie gab es aber niemanden, der Rußland kannte. Diese Unwissenheit wurde zum Verderben; aus ihr ist das meiste von dem Übel geflossen, das später über uns kam.

Wie die Anlage des Krieges auf die Unwissenheit über Rußland, so geht das Schicksal der Revolution darauf zurück, daß unsere Staatslenker und ihre politischen Ratgeber in ebenso großer Unwissenheit über Amerika urteilten und die Vereinigten Staaten zum Kriege herausforderten. Dazu kam der Irrtum über Englands Widerstandsfähigkeit gegen den Tauchbootkrieg. Von diesem heißt es gewöhnlich, er habe die amerikanische Kriegserklärung verursacht. Das ist höchstens halb richtig. Wahrscheinlich wäre es möglich gewesen, von langer Hand her, den verschärften Tauchbootkrieg so vorzubereiten, daß wir ihn hätten führen können, auch ohne daß Amerika in den Weltkrieg eintrat. Kenner Amerikas haben sich bis zum letzten Augenblick Mühe gegeben, die Reichs-, die Marine- und die Heeresleitung richtig zu informieren. Man hat aber nicht auf sie gehört.

Die aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten hat über ein Jahr auf sich warten lassen, bis sie den Krieg entschied. Vom ersten Augenblick an hat sie aber die Wirkung gehabt, den Engländern und noch mehr den Franzosen — diese standen sonst am Ende ihres Könnens — Kraft zum Durchhalten zu geben. Während man bei uns versicherte, die Amerikaner leisteten nichts und würden nichts leisten, waren die Regierungen und die Völker der Entente gut darüber unterrichtet, welche Fortschritte die Aufstellung der amerikanischen Armee und der amerikanische Schiffbau machten. Sie wußten, die amerikanische Hilfe würde kommen und würde wirksam sein, trotz unserer U-Boote.

Durch Annahme der amerikanischen Vermittlung vor zwei Jahren hätten wir einen Frieden bekommen, in dem wir unsere gesamte Weltstellung voll behaupteten, Einfluß nach Osten erhielten und, ähnlich, wie Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg, an tatsächlich internationaler Geltung wuchsen. Durch unsere falsche Politik aber haben wir das verspielt und dazu die Revolution heraufbeschworen. Erstens reichten trotz aller militärischen Erfolge unsere Kräfte nicht aus, um den Krieg immer weiter fortzuführen. Zweitens aber war unsere Kriegführung mit einer unheilbaren Schwäche behaftet, die schon vorher sich anmeldete, nach der amerikanischen Wendung aber uns im Innern zuerst unmerklich, dann aber immer schneller und unaufhaltsamer zermürbte. Sie bestand darin, daß wir zwar einen Verteidigungskrieg führten, daß aber in der Masse des Volkes und des Heeres das Bewußtsein davon nicht lebendig war, weil zu dem Ziel der Selbstbehauptung nach den ersten großen Erfolgen das der äußerlich greifbaren nationalen Machterweiterung hinzugetreten war. Damit

Digitized by Google

verschuldeten wir nach außen, daß sich die Einkreisung zur Weltkoalition gegen uns auswuchs, und nach innen, daß, je länger der Krieg dauerte, desto schwerer die Einheit des nationalen Willens bis zu den höchsten Opfern aufrechtzuerhalten war. Der Krieg selbst blieb mit Ausnahme Ostpreußens unseren Grenzen fern; man spürte im Lande selbst nicht, was es hieß, durch einen feindlichen Vernichtungswillen am Leben bedroht zu sein. Schon vor dem Kriege hatten unbesonnene alldeutsche Politiker das Programm aufgestellt, Deutschlands Stärke und Sicherheit sollten auf der kriegerischen Schwächung der Gegner bis zur Ohnmacht gegründet werden. Nach den Siegen von 1914 und 1915 ergriff dieser verhängnisvolle Gedanke der Alldeutschen die Mehrzahl unserer Gebildeten, fast unsere ganze politische Führerklasse.

So ungeheure, Jahr um Jahr schwerer drückende Leistungen kann ein Volk nur aufbringen, wenn es unmittelbar an seinem Leibe den Zwang vaterländischer Not spürt. Die Masse aber hörte bei uns wohl von Verteidigungskrieg reden, aber die Überzeugung davon, die in der ersten großen Zeit von 1914 unmittelbar lebendig gewesen war, schwand. Die Konstruktion der Verteidigung durch „Sicherungen", zu denen es erst der vollkommenen Niederwerfung aller Gegner und eines ihnen aufgenötigten Machtfriedens bedurfte, war dem Volk zu künstlich. Ein Schritt hätte retten können: der klare und eindeutige Verzicht auf einen Friedensschluß, der über die Selbstbehauptung Deutschlands hinausging. Auf diese Weise wäre die Schuld an der Fortdauer des Krieges unweigerlich beim Feinde geblieben, und damit hätte man in unserem Volk den Willen zu immer neuen Opfern für die Erhaltung des Vaterlandes lebendig machen können. Diesen Schritt aber wagte die Regierung nicht zu tun, weil sie die alldeutschen Politiker des Gewaltfriedens fürchtete. Und als die Mehrheitsparteien den Versuch mit der Friedensresolution machten, den Boden des Verzichtfriedens wieder zu betreten, wurde er durch die Zweideutigkeit des Reichskanzlers Michaelis völlig entwertet. Daher war sie auch außerstande, das Gefühl besseren Rechts bei uns volkstümlich emporzureißen und eine machtvolle moralische Offensive gegen den Feind zu unternehmen. Freiheitliche Reformen im Innern, klar gedacht, rasch und großzügig durchgeführt, wären soviel wie ein gewonnener Feldzug gewesen. Statt dessen quälte sich der Gedanke an sie nur langsam und schwächlich dahin. Dazu wurde nach dem großen Siege im Osten dort die für Deutschland natürliche und nützliche Rolle des Befreiers sinnlos aufgegeben und statt dessen Zwangspolitik getrieben.

So kam es, daß wir mit kraftlosen, an Mißtrauen und Unlust krank gewordenen Nerven in den Endkampf gingen. Schon der erste Rückschlag wirkte verhängnisvoll. Mit furchtbarer Schnelligkeit brachen Vertrauen und Glaube

Digitized by Google

an die Führung zusammen. Schon lange war im Volk, wie im Heer der Argwohn lebendig, Ludendorffs Heeresleitung, der die Regierung zwangsweise zu Willen sein mußte, verfolge mit der Fortführung des Kampfes noch andere Ziele, als die bloße Verteidigung Deutschlands. Militarismus und Feindschaft gegen die Erweiterung der Volksrechte, die nach dem äußeren Siege im Innern sich betätigen sollte, das war der Verdacht, den ein wachsender Teil der Nation hegte.

Endlich boten wir einen ehrlichen Frieden ohne Gewinn, dazu Wiedergutmachung, ja Opfer aus unserem eigenen Besitz. Endlich wandelten wir uns zum Volksstaat. Endlich hätte der Weltkreuzzugsgedanke gegen uns kraftlos werden, endlich hätten die feindlichen Völker und Heere lernen können, daß ihre Kriegshetzer sie weiter durch das Blutmeer gegen ein Deutschland treiben wollten, das nur noch für sein Dasein, Ehre und Recht focht. Da aber war es schon zu spät! Hätte der Geist von 1914 noch in uns gelebt, er hätte uns selbst nach dem Zusammenbruch der Bundesgenossen noch die Kraft für einen Widerstand gegeben, vor dessen Festigkeit und Dauer die Gegner schließlich doch der Vergleich dem verzweifelten Endkampf vorgezogen hätten. Der Geist und die Kraft aber von 1914 waren verschwunden, unser Nerv zum Fortkämpfen durchschnitten, weil der Einfluß unserer alldeutsch-militaristischer Gewaltpolitiker, die Schwäche und mangelhafte Einsicht unserer Regierung und die Entbehrungen infolge des Hungerkrieges (sie allein hätten es nie vermocht!) das moralische Kapital des deutschen Volkes für den Krieg verzehrt hatten. So nur erklärt sich der Zusammenbruch: im Innern die Revolution, nach außen die Annahme der furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen des Feindes.

Am Ende des Weltkriegs steht Deutschland, nach Kraftleistungen, die so ungeheuer waren, wie sie es noch nie ein Volk zustande gebracht hat, mit umgestürzter Verfassung, als Republik und unter einer sozialistischen Regierung, da. Diese Katastrophe ist so plötzlich gekommen, und der Wechsel vom Kaisertum zur Volksrepublik hat sich bisher mit so geringem Widerstand abgespielt, daß nur eine Erklärung dafür möglich ist: das alte System muß den entscheidenden Teil seiner innerlich überzeugten Anhänger schon vorher verloren gehalten haben. Nicht, daß etwa heute die Mehrzahl der Deutschen schon sozialistisch oder auch nur bewußt republikanisch dächte. Sie denkt aber auch nicht mehr kaiserlich im bisherigen Sinne. Das deutsche Kaisertum, die Führung der deutschen Stämme und Einzelstaaten durch die preußische Krone, war ein höchst künstlicher Aufbau, der Kraft zum inneren Zusammenhalt erhielt, wenn die Kaiseridee gleichzeitig den Fortschritt des deutschen politischen Wesens zu einer höheren Lebensform vollbrachte. Das war der Fall, als König Wilhelm I. von Preußen und Bismarck das Reich, wenn auch unter Verzicht auf die gesamtdeutschen Ziele der 48er Bewegung, schufen und ihm als Morgengabe das all-

Digitized by Google

gemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in die Wiege legten (das nebenbei gesagt England bis zum Weltkrieg noch nicht besaß). Das wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn Kaiser Friedrich länger gelebt hätte und während seiner Regierung der freiheitliche politische Entwicklungsgedanke im Herzen Europas einen entscheidenden Fortschritt durch das Kaisertum gemacht hätte. Statt dessen verband sich unter Wilhelm II. der Kaisergedanke mit Ideen einer mystischen Machtfülle und mit dem Wandel von altpreußischer Straffheit zum neudeutschen Militarismus — sowie diesen die verhängnisvollste Figur der deutschen Geschichte seit Karl V., der General Ludendorff in höchster Potenz verkörpert.

Wilhelms II. Aufgabe wäre es gewesen, Deutschland siegreich durch den Weltkrieg hindurch und einem höheren Ziele entgegenzuführen, indem er das Kaisertum, den alldeutschen Gewaltideen entgegen, zum Träger der Ideale des Rechtsfriedens und der Überwindung der nationalistischen durch den Menschheitsgedanken machte. Statt dessen ließ er vier Jahre lang die verantwortliche Reichsregierung und die alldeutsche Gegenregierung sich bekämpfen und zuletzt den Militarismus die Diktatur ergreifen. Das ist der innere Grund dafür, daß das Kaisertum diesen furchtbaren und schnellen Sturz tun konnte.

Deutschlands Entwicklung muß jetzt wieder anknüpfen an die alten großen Ziele von 1848. Die deutsche Republik braucht nichts Kleineres zu sein, als das Kaisertum, das kaum ein halbes Jahrhundert gedauert hat. Sie kann größer und weniger vergänglich werden, wenn sie es versteht, sich gleich dem Kaisertum von 1870 mit derjenigen Idee zu verbinden, die jetzt den nächsten Zielpunkt des deutschen Gedankens in der Welt bildet, der nicht tot ist, sondern lebendiger erstehen wird als zuvor: Einigung aller deutschen Volksteile. Das Kaisertum war belastet mit dem Verzicht auf die Deutschen außerhalb der Grenzen des Reichs von 1871. Die deutsche Republik braucht diesen Verzicht nicht zu leisten. Es wäre ein schöner Gedanke, die kommende Nationalversammlung nach Frankfurt in die Paulskirche zu berufen, wo 1848 die österreichischen Deutschen mitgetagt haben. Tritt sie zusammen, verkündet sie, zum ersten Male wieder seit erdenklicher Zeit die Einheit des ganzen deutschen Volkes unter ihrem hundertjährigen geweihten Symbol, der alten schwarz-rot-goldenen Fahne, und gelingt es dann, alle Deutschen, alle Parteien dafür zu begeistern, daß sie die Verwirklichung der Volkseinheit höher achten, als jedes Sonderziel, dann mag trotz des furchtbaren Kriegsunheils die deutsche Republik die reichere und glücklichere Erbin des Kaisertums werden. Nur müssen, wenn die Zukunft nicht Gefahr laufen soll, tiefgreifende soziale Experimente, solange die allgemeinpolitische Lage noch so wenig geklärt ist, auf jeden Fall unterbleiben.

Digitized by Google

Die Nationalversammlung des Deutschen Volkes!

Von Dr. Walther Schotte 8. November.

Am 8. November ist sie durch das parlamentarische Kriegskabinett des Deutschen Reiches beschlossen worden!!!

Vor acht Tagen noch schien sie den Verantwortlichen unmöglich, denn in ihren Konsequenzen liegt, daß bisher als „ewig" betrachtete Werte, daß alles, Grenzen, Bestand, Verfassung des Reiches, noch einmal zur Erörterung und in Frage gestellt wird. Durch die Nationalversammlung werden wir wieder ein „Naturvolk" (im Sinne des 18. Jahrhunderts), das sein Schicksal von einem neuen Ursprung an in die Hand nimmt und gestaltet. Durch Einberufung der Nationalversammlung, die den von dem Deutschen Reich geführten, vom deutschen Volke bestandenen Weltkrieg abschließt und eine neue Zukunft festlegen wird, ist die politische Geschichte von 1848—1914 ausgelöscht! Sicherlich die Geschichte des deutschen Volkes, wahrscheinlich die von Westeuropa; die Nationalversammlung des deutschen Volkes von 1918 setzt die Paulskirche fort!

Wenn vor acht Tagen den Verantwortlichen die Nationalversammlung unmöglich, heute möglich erscheint, so haben diesen Wandel vor allem die stürmischen Ereignisse, die sich seit dem 2. November abgespielt haben, bewirkt: Die Revolution in Kiel und die Ausbreitung dieser Bewegung über die deutschen Küstenstädte bis Bremen und Lübeck und ins Landesinnere bis zu der Südgrenze des Reiches. Diese Revolution, zum Glück unblutig verlaufen, darf nicht in Bolschewismus endigen. Was ist Bolschewismus? Nun, nehmen wir nicht die Theorien der Maximalisten, die die bolschewistische Revolution Rußlands entfesselt haben, nehmen wir die europäischen Tatsachen, um diese Frage zu beantworten: Bolschewismus ist Anarchie, im buchstäblichen Sinne des Wortes! Merkmal des Bolschewismus ist die zentrifugale Tendenz der Bewegung, die Auflösung des Staatsganzen, des Körpers und des Organismus, Auflösung in Lokalorganisationen, Zerreißung des Zusammenhangs der Produktivkräfte und Produktionsmittel. Das ist die Herrschaft der örtlichen Soldatenräte; sie sind nur Zwischenerscheinung. Sie dürfen keine eigene Machtvollkommenheit bekommen, sie müssen sich unter eine höhere Gewalt unterordnen oder müssen verschwinden. Die höhere Gewalt aber ist in dieser revolutionären Stunde nicht mehr der Staat, sie ist das Volk. Das Volk muß sich jetzt von neuem durch und in der Nationalversammlung organisieren! Das ist die Rettung.

Gewiß, die Nationalversammlung ist die Revolution. Aber sie ist die deutsche Revolution, nicht eine bolschewistische, die Revolution eines Volkes, das seine Einheit fühlt und will! Wenn also die Nationalversammlung die Revolution ist, so verstehen wir, daß die Verantwortlichen Bedenken hatten. Revolution ist Höhenluft, ist Wandern auf schmalstem Grad, zu beiden Seiten furchtbare Stürze. Für uns, in unserer weltgeschichtlichen Lage,

Digitized by Google

doppelte Gefahr. Kommentar überflüssig. Und doch in solcher Stunde kann der Mutige allein bestehen!

Die Nationalversammlung ist beschlossen, aber noch nicht da. Ihrer Verwirklichung stehen nicht geringe technische und politische Schwierigkeiten im Wege. Erstens beim Wahlakt selbst die gleichen Schwierigkeiten, die Neuwahlen für den Reichstag haben würden. *Das Heer muß mitwählen.* Bei Waffenstillstand und selbst bei Friedensschluß ist das an und für sich möglich, wenn — das Heer nicht nach Hause geht, wenn ordnungsmäßig demobilisiert wird. Diese Ordnung wird hoffentlich bewirkt werden durch die innere Beruhigung, die der ausgegebene Gedanke der Nationalversammlung verbreiten wird. Aber auch dann gefallen mir Wahlen im Heere nicht; sie sind beeinflußbar, es sind Wahlen von Brüderschaften, bestimmt durch das Verhältnis zum gegebenen Haupt, das anerkannt oder verachtet wird, durch das Verhältnis der Mannschaft zum Unteroffizier, Zugführer, Kompagniechef. Mißstände, die getragen werden müssen.

Politische Schwierigkeiten. Es handelt sich um eine Nationalversammlung des *ganzen* deutschen Volkes; *die Deutschen in Österreich müssen mitwählen!* Das bedeutet, daß sich die Staatsgewalt in Deutsch-Österreich, ebenso wie die des Reichs der Nationalversammlung unterordnet, daß Souveränität der Staatsgewalten nur abgeleitet, widerruflich, veränderlich ist. Über die staatliche Einheit, die staatliche Gliederung, die Staatsgrenzen beschließt die Nationalversammlung souverän! Die Deutsch-Österreicher können in der Nationalversammlung natürlich nur verhältnismäßig zur Zahl des deutschen Volksganzen vertreten sein. In der Frage, ob es ein selbständiges Deutsch-Österreich geben kann außerhalb des Reiches oder innerhalb des Reiches, oder ob Deutsch-Österreich in einen deutschen Einheitsstaat aufgehen soll, können sie majorisiert werden, übrigens ebenso auch die Bayern, Franken, Schwaben, Sachsen und andere deutsche Stämme. Ein legales Mittel gegen einen Nationalversammlungsbeschluß gibt es nicht. Es gibt nur die ultima ratio, den Krieg, und zwar den schlimmsten aller Kriege, den Bruderkrieg. Die Nationalversammlung ist die Feuerprobe auf die Reife, auf das Einheitsbewußtsein, auf den politischen Willen des deutschen Volkes; so starke Proben brauchen wir.

Ob die Österreicher mittun? Besser, ob sie mittun wollen? Sicherlich. Ihr Staatsrat wird sie nicht hindern; wir glauben aber, auch fremde Gewalten werden es nicht wollen noch vermögen. Wer führt Deutsch-Österreich heute? Sozialrevolutionäre, wie der alte Victor Adler, wie Renner, Seitz und Bauer. Und die sind für den Anschluß an das große deutsche Volk. Seit Jahren schon kämpft Otto Bauer für die Revolution unter dem Banner des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen. Deutsch-Österreich ist durch revolutionären Akt gegen eine alte, morsche, verlogene Staatsmacht wieder erstanden. Deutsch-Österreich wird sich zu der Nationalversammlung rückhaltlos bekennen (ist inzwischen geschehen), denn es bekennt sich zu der deutschen Revolution, die die Nationalversammlung ist.

Digitized by Google

Die elsaß-lothringische Frage

Von Georg Wolf, Mitglied des Landtags, Straßburg

Als wir vor etwas über Jahresfrist in dieser Zeitschrift über die Zukunft Elsaß-Lothringens handelten und aus Gründen der inneren und äußeren Politik im Interesse eines Rechtsfriedens die Autonomie für das Reichsland forderten, war Michaelis noch Reichskanzler und gehörte die Autonomie Elsaß-Lothringens zu den mit den Mehrheitsparteien vereinbarten Programmpunkten. Die Gründe, die für eine rasche Lösung der Frage geltend gemacht wurden, — vor allem versprach man sich eine leichtere Anbahnung von Friedensverhandlungen — soll damals auch Staatssekretär v. Kühlmann anerkannt haben. Die militärische Lage war derart, daß der eben genannte Minister des Auswärtigen bezüglich einer etwaigen Abtretung Elsaß-Lothringens sein „Niemals!" unter dem Beifall des gesamten Reichstags sprechen zu können glaubte und wir selbst von einem Siege Deutschlands überzeugt waren. Man hatte eben noch blindes Vertrauen zu den ebenso bestimmten wie beruhigenden Erklärungen, mit denen Oberste Heeresleitung und politische Reichsleitung die Siegeszuversicht des deutschen Volkes zu erhalten beflissen waren. Die Vorlage aber kam nicht. Eine Reise des Kanzlers nach München genügte, um angesichts der bayerischen Annexionsgelüste auf das Elsaß den politischen Neuling stutzig zu machen; und was er in Stuttgart zu hören bekam, ließ es ihm auch ratsam erscheinen, die kitzliche Frage, die ein Gegenstand kleinlichster dynastisch-bundesstaatlicher Eifersüchteleien geworden war, auf sich beruhen zu lassen. Er selbst trat auch bald in den Ruhestand, und so war dieser Anlauf zur Vernunft in letzter Stunde gescheitert. Graf Hertling kam ans Ruder. Sein erstes war, im Interesse der Wittelsbacher die Frage der Autonomie Elsaß-Lothringens, die bei den Besprechungen vor seiner Ernennung wieder aufgeworfen wurde, auszuscheiden und eine Lösung „unter nationalen Gesichtspunkten" — Bayern machte sich stark, den elsässischen Klerus einzudeutschen — der Zeit nach dem Frieden vorzubehalten. Es sollte aber ganz anders kommen!

Unter dem letzten Kanzler des alten Regimes, der dem militärischen Größenwahn der Heeresleitung kein Halt zu gebieten wagte, vollendete sich das tragische Geschick des deutschen Volkes und Ludendorff meldete den Konkurs an, Hertling ging und die erste deutsche Volksregierung übernahm die undankbare Aufgabe, diesen so hochgemut aufgenommenen unseligen Krieg zu liquidieren. Der Testamentsvollstrecker des in Konkurs geratenen konservativ-militärischen Regimes fand unter der Masse auch ein Aktenbündel „Elsaß-Lothringen" vor, das unerledigt geblieben war. Er packte in löblichem Eifer die leidige Sache gleich von zwei Seiten an und verwirrte sie dadurch vollends. Wir meinen das so:

Digitized by Google

Mit dem Ludendorffschen Waffenstillstandsangebot verband der Reichskanzler Prinz Max die Erklärung, daß Deutschland bereit sei, die 14 Punkte Wilsons als Grundlage der Friedensverhandlungen anzunehmen. Damit war die bisher als rein deutsche Angelegenheit behandelte elsaß-lothringische Frage, über die während des ganzen Krieges kein versöhnendes Wort des Entgegenkommens an Frankreichs Adresse verlautet hatte, als Verhandlungsgegenstand auf der Friedenskonferenz anerkannt. Logischerweise hätte sie nun aus dem Kreis der Fragen ausgeschaltet bleiben müssen, die die Regierung in Angriff nahm, um die Parlamentarisierung im Reich und in den Einzelstaaten durchzuführen und zunächst überhaupt verhandlungsfähig zu werden. Dafür hat man in Elsaß-Lothringen sofort ein sehr feines Empfinden gehabt und es in weiten Kreisen als einen Rückfall in die alte Politik der Zweideutigkeit betrachtet, daß man im gleichen Atemzuge den Elsaß-Lothringern eine einheimische Regierung ankündigte, die dem Lande eine selbständige Verfassung geben und es als Bundesstaat dem Reich eingliedern sollte. Was unter internationalen Gesichtspunkten zweideutig schien, — und die Gesamtlage ist wahrlich nicht dazu angetan, an dieser Methode festzuhalten — das war nicht minder verkehrt, wenn man damit Eindruck in Elsaß-Lothringen selbst machen wollte. Eine vom siegenden Deutschland freiwillig gewährte Autonomie hätte im Lande versöhnend gewirkt und schaffende Kräfte auf allen Seiten und in allen Lagern entbunden, trotz alles Schweren, was das Land unter vierjähriger Militärdiktatur hatte erdulden müssen. Ein Akt des Vertrauens und der Gerechtigkeit kann ungeahnte Wirkungen auslösen. Ein solcher scheint aber mit dem preußischen Prinzip unvereinbar zu sein. Darum hat unser Volk 44 Friedens- und 4 Kriegsjahre hindurch vergeblich auf ihn gewartet. Aber eine vom kapitulierenden Deutschland, das Elsaß-Lothringen kaum mehr schützen, geschweige denn halten kann, gewährte Autonomie: was glaubt man denn damit zu erreichen in einem Lande, dessen Bevölkerung in Heimat und Heer mit wachsender Erbitterung feststellte, daß sein Geschick sich immer trüber gestaltete, je besser die militärische Lage Deutschlands schien und dessen Regierung ihm als Siegespreis nicht die Freiheit, sondern den Fortbestand der Diktatur ankündigte? So hat denn dieser Teil der Regierungsaktion in den weitesten Kreisen nur Spott und Hohn ausgelöst und es ist bezeichnend für die im Lande herrschende Stimmung, daß ein parlamentarisches Koalitionsministerium scheiterte, weil sich keine Fraktion mit dem Verfassungsprogramm der Regierung befreunden konnte, dessen Durchführung sowieso nicht wird in Angriff genommen werden können, da die Ereignisse in unheimlicher Wucht darüber hinwegschreiten werden. Um die Autonomie Elsaß-Lothringens handelt es sich nicht mehr; dieses Ideal müssen wir nebst manchen anderen begraben.

Ein Wort aber sei doch über die neue Regierung gesagt, die unser

Digitized by Google

elsässischer Statthalter Dr. Schwander, trotz allem zu bilden sucht und in der zum ersten Male elsässische Politiker Platz gefunden haben. Wir begrüßen sie in schmerzlicher Wehmut, weil sie das Ende einer Epoche bezeichnet, die ganz anders verlaufen wäre, wenn eine solche Regierung mit den gleichen Vollmachten vor etwa 15 Jahren berufen worden wäre. Sie spiegelt die Tragik unseres Schicksals wider, dessen deutsche Periode unter dem Fluch „der unerträglichen Methode der Menschenbehandlung" gestanden hat, die den Haß der ganzen Welt, nicht zuletzt der eigenen Bundesgenossen und der von uns „befreiten" Länder, gegen die preußische Herrschaftsweise wachgerufen hat, und unter dem verhängnisvollen Worte „zu spät", das die Regierung Wilhelms II. kennzeichnet. So hat sie fast nur eine symbolische, kaum noch politische Bedeutung. Eines kann sie allenfalls noch tun: die Lasten unseres Volkes erleichtern und den Druck lindern, der auf unserem Lande kraft oft unergründlicher militärischer Notwendigkeit gelastet hat. Dabei ist es fraglich, ob sie nur dazu Zeit findet und nicht andere diese Aufgabe in die Hand nehmen werden!

So bleibt als Ausgangspunkt für jede sachliche Behandlung der Frage nur die Tatsache bestehen, daß die deutsche Regierung Punkt 8 der Wilsonschen Punkte angenommen und damit die Entscheidung über unsere Zukunft der Friedenskonferenz anheimgestellt hat. Nun ist aber Punkt 8 alles andere als klar und eindeutig und gibt Raum zu sehr verschiedener Auslegung. „Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 zugefügt worden ist, muß derart wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Friede im Interesse aller gesichert wird". Wie ist das zu verstehen? Vor allem ist ein Unrecht zunächst einmal anzuerkennen. Das will vielen noch gar nicht einleuchten, obwohl es die Voraussetzung jeder Erörterung bildet. Wir fürchten, daß Wilson die Wiedergutmachung in der einfachen Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich finden wird, denn der Zwischensatz, daß die Annexion Elsaß-Lothringens, die Frankreich in dem Machtfrieden von 1871 unter dem Protest seiner Vertreter abgezwungen wurde, „den Frieden der Welt aus dem Gleichgewicht brachte", läßt diese Deutung als durchaus folgerichtig erscheinen. Oder wird er zur Herstellung des gestörten Gleichgewichts einen anderen Vorschlag machen und Frankreich, das Opfer schwerster Art für dieses Kriegsziel in dem von ihm nicht entfachten Kriege gebracht hat, sich damit zufrieden geben? Das ist die große Frage, die um so schwerer wiegt, weil Deutschland auf der Friedenskonferenz nur sein etwaiges Recht, aber keine Macht mehr in die Wagschale werfen kann.

Wie steht es aber mit diesem Recht nach einem verlorenen Kriege, wenn die Historiker selbst das Land dem jeweils Stärkeren zusprechen, der Gang der Geschichte also jetzt gegen Deutschland zu sprechen scheint? Aus diesem Dilemma kann nur eines herausführen: man muß erkennen, daß ein Unrecht weniger

Digitized by Google

gegen Frankreich, als gegen die Bevölkerung des gewaltsam abgetrennten Landes geschehen ist, die trotz ihrer überwiegend deutschen Nationalität französisch gesinnt war und in keiner Weise „befreit" werden wollte. So muß die elsaß-lothringische Bevölkerung als Hauptbeteiligte gehört werden, wenn abermals ihr Geschick eine Wandlung erfahren soll und diese als eine Regelung des Rechts anerkannt werden und damit friedestiftend und versöhnend wirken soll. Man entgegnet hierauf, daß diese Befragung sich erübrigt, weil über die Stimmung der Bevölkerung bei der Annexion durch Deutschland kein Zweifel bestehen kann und das Unrecht eben durch Wiederherstellung des früheren Zustandes gutgemacht wird. Das träfe zu, wenn diese Desannexion fünf Jahre etwa nach der Annexion erfolgen würde. Nach fünfzig Jahren aber ist die Sachlage doch wesentlich anders, denn da handelt es sich um das Geschick einer anderen Generation. Das lebende Geschlecht, das eine achtundvierzigjährige eigene Geschichte erlebt hat und durch diese mannigfach beeinflußt worden ist, meldet seine Menschenrechte an und will nicht Objekt, sondern Subjekt der Auseinandersetzung sein, die vor sich gehen soll. Eine Hintansetzung des Selbstbestimmungsrechts der jetzt lebenden Elsaß-Lothringer, wie eng man auch diesen Begriff umgrenzen mag, würde ein neues Unrecht bedeuten. Soll aber ein altes Unrecht durch ein neues gesühnt werden? Das kann Wilsons Absicht nicht sein, das darf auch Frankreich nicht wollen, wenn es einen Krieg der Gerechtigkeit führen will. Kehrt die Mehrheit der Elsaß-Lothringer aus freiem Willen auf Grund einer weitgesteckten, alle Männer und Frauen vom 18. oder 21. Jahre an umfassenden Abstimmung zu Frankreich zurück, so wird sich Deutschland damit nicht nur abfinden, sondern sogar völlig zufrieden geben müssen. Frankreich aber erlebt einen Triumph, der den militärischen Sieg, den es ja eigener Kraft allein nicht zuschreiben kann, um ein vielfaches überstrahlt. Elsaß-Lothringen kann und darf dann kein Kriegsgrund mehr sein. Der Rechtsgedanke und die Macht des Völkerbundes halten ihre Hand über dieser Gestaltung der Dinge. Sollte aber Elsaß-Lothringen, das bei einer Volksabstimmung sich in seiner Mehrheit sicher gegen Deutschland entscheiden wird, das damit die Frucht einer neunundvierzigjährigen Bevormundungs-, d. h. Unterdrückungspolitik erntet, doch soweit zum Bewußtsein seines eigenen Selbst und seines Rechts auf eine eigene Staatsexistenz gelangt sein, daß es das unter deutscher Herrschaft erwachsene Autonomieideal erweitert zum Ideal des selbständigen neutralen Staates, so könnte auch Frankreich diese Lösung anerkennen und die Streitaxt m Elsaß-Lothringen begraben. Es könnte überzeugt sein, daß dieses zwischen beiden Nationen hin und her geschobene, von beiden Kulturen stark beeinflußte Land seine Tore nach Ost und West weit öffnen und eine Insel des Friedens und eine Brücke der Verständigung zu werden sich zur vornehmsten Aufgabe setzen würde. Auch bei dieser Lösung ginge

Digitized by Google

Frankreich in dem Kampf um Elsaß-Lothringen als der moralische Sieger hervor, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in dem neutralen Elsaß-Lothringen mit dem preußischen Geist der bisherigen Herrschaft eine gründliche Abrechnung gehalten werden und der Einfluß der nachwirkenden französischen Tradition sich sehr stark zur Geltung bringen würde. Wenn sich viel Altdeutsche mit der Idee der Neutralität sehr rasch befreundet haben, müssen sie doch gleich vor Illusionen gewarnt werden. Der neutrale Staat bedeutet die Herrschaft der Elsaß-Lothringer in Elsaß-Lothringen, eine totale Umkehrung des bisherigen Verhältnisses; keine Entwicklung zu Deutschland hin, sondern eine solche von Deutschland weg.

Weite und einflußreiche Kreise lehnen aber diese Lösung ab, weil sie ihnen nicht weit genug geht. Sie teilen die Auffassung Frankreichs, nach der es keiner Volksabstimmung bedarf und die Wiedergutmachung des Unrechts einfach in der Desannexion besteht. Sie empfinden das Unrecht von 1871 heute noch so stark, daß sie das neue, das bei diesem Vorgehen notwendig begangen wird, als vergleichsweise gering einschätzen, so daß es nicht weiter ins Gewicht fällt. Wir aber müssen in diesem neuen Wendepunkt unserer an tragischen Konflikten überreichen Geschichte von allen Elsaß-Lothringern, die einen wahren und gerechten Frieden wollen, erwarten, daß sie eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des Landes, dessen Geschick auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. Wie sich unser Volk auch entscheiden mag — und das muß in voller Freiheit unter neutraler Kontrolle geschehen — sein Spruch bindet allein wahrhaft unser Volk selbst und vor ihm müssen sich die Nächstbeteiligten beugen, so schwer es ihnen fallen mag. Die Idee der Organisation des Menschheits- und Völkerbundes kann nicht ohne Opfer realisiert, ohne Zurückstellung nationaler Ansprüche zur Wahrheit werden. Deutschland wird weit größere bringen müssen als Frankreich, beide aber legen ein Fundament für den neun Bau der Völker, der aus diesem sonst sinnlosen Kriege als Frucht so vieler Opfer und Leiden hervorgehen muß, wenn sie das Schicksal Elsaß-Lothringens ihm selbst in die Hand geben und so sich die Hand reichen zu der einzig wahren und gerechten Lösung der bisher ungelösten und auf dem Wege des Machtanspruchs unlösbaren elsaß-lothringischen Frage.

Die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens

Von Prof. Dr. Gustav Roloff

Von allen heute kämpfenden Völkern haben unzweifelhaft die Franzosen die einfachste Erklärung für den Weltkrieg: die Verstümmelung Frankreichs, das ihm 1871 zugefügte Unrecht hat nicht nur die Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland, sondern den ganzen Weltbrand verschuldet, werden die Durchschnitts-

Digitized by Google

franzosen wie ihre führenden Männer sagen. „Endlich," schrieb Gustav Hervé in seiner „Victoire" am 14. Oktober 1914, „ist sie gestellt, die fürchterliche Frage, die der tiefste Grund des Krieges ist, die den ganzen Weltzusammenbruch verschuldet hat, die Frage nach Elsaß-Lothringen." Die Formel ist so einfach und so trefflich zur Agitation geeignet, daß man die Franzosen darum beneiden könnte, aber deswegen ist sie auch flach und falsch, denn — ganz abgesehen von der Bedeutung des deutsch-französischen Gegensatzes für den augenblicklichen Krieg — die Abneigung zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht etwa durch die Annexion herbeigeführt worden. Sie war lange vor 1870 vorhanden, und ihre Ursache ist die Feindschaft Frankreichs gegen die deutsche Einheit. Weil ein national geeinigtes Deutschland Frankreich an Macht ebenbürtig oder gar überlegen zu werden drohte, hat Frankreich im Jahre 1870 den Krieg begonnen; sein Ausgang gab daher der alten Empfindung in Frankreich nur neue Formen, neue Namen. Zerstörung der deutschen Einheit ist ja auch jetzt noch das eigentliche französische Kriegsziel, und die Eroberung der Reichslande ist nur ein Mittel zum Zweck. Bei den einen ist es bewußte Heuchelei, bei den anderen ehrliche Unkenntnis der eigenen Geschichte, wenn sie die Annexion von Straßburg und Metz für alle Übel in der Welt verantwortlich machen.

Da die Behauptung von dem Unrecht der deutschen Annexion mit der Vorstellung, daß Elsaß-Lothringen französisches Gebiet sei, steht und fällt, hat ein deutscher Historiker diese Frage mit deutscher Gründlichkeit untersucht und ist dabei zu einem vernichtenden Urteil über die französische Tagesphrase geführt worden. (Aloy Schule, „Frankreich und das linke Rheinufer". Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1918, 364 Seiten.) Es wäre eine sofort einleuchtende Vergewaltigung der Geographie, wenn man das Elsaß und Lothringen, deren Verbindungen nach dem Osten unvergleichlich zahlreicher und besser als nach Westen sind, Frankreich zurechnen wollte, wenn man also das offene Rheintal als Grenze und Schranke, die Vogesen mit ihren wenigen Pässen als Verbindung ansehen wollte. Auch der französische Geograph Vidal de la Bache nennt beide Rheinufer eine geographische Einheit und spricht von der „unbestreitbaren Symmetrie und Übereinstimmung in dieser natürlichen Gruppe".

Nicht minder protestieren Geschichte, Sprache und Kultur gegen die französische Behauptung. Ist doch das Elsaß seit dem 5. christlichen Jahrhundert ausschließlich und das deutsche Lothringen zum größten Teile deutsch besiedelt gewesen, und hat doch die Sprachgrenze seitdem nur ganz unbedeutende Verschiebungen erfahren. Unzerreißbar ist das Elsaß mit der Geschichte des deutschen Geisteslebens verknüpft. Namen wie Otfried aus Weißenburg, der Bearbeiter der Evangelien, Gottfried von Straßburg, Reimer der Alte von Hagenau, Geiler von Kaisersberg, Sebastian Brant, Wimpheling, Martin Buser, Jakob Sturm, Jakob Spener sagen

Digitized by Google

jedem, der hören will, daß der Geist der Elsässer deutsch ist. In der Poesie, Wissenschaft, Religion und Politik sind es Einheimische, in der Kunst eingewanderte rechtsrheinische Deutsche, wie Matthaeus Grünewald und die Baumeister des Münster, die die Führung auf ihren Gebieten haben. Gerade diese großen Leistungen der Schwaben und anderer ostrheinischer Einwanderer bezeugt die innige Verbindung zwischen den beiden Rheinufern: einen solchen Verkehr über die Vogesen dürfte man vergeblich suchen, daß er durch den staatlichen Zwang seit dem 11. Jahrhundert herbeigeführt wurde. Soll man noch, um den deutschen Charakter des Landes zu erweisen, anführen, daß die Namen der alten Straßburger Bürgerregister fast rein deutsch sind, daß die mittelalterlichen Bischöfe in Straßburg sämtlich Deutsche waren und zum größten Teil aus dem benachbarten Osten stammten, daß ein beträchtliches Reichsgut im Elsaß lag, daß Straßburg die älteste deutsche Städtechronik und die erste deutsche Zeitung besaß?

So töricht ist die französische These, daß sie nur durch fortgesetzte Sünden gegen die historische Wahrheit begründet werden kann. Um ein Anrecht auf Elsaß-Lothringen zu erweisen, macht man keck Karl den Großen, den Abkömmling einer deutschen, in Deutsch-Lothringen und Flandern angesessenen Familie, den Sammler der deutschen Sagen und Schöpfer deutscher Monatsnamen, zu einem Franzosen und alle französischen Regierungen zu seinen legitimen Erben. Es ist eine Anschauung, die schon Ludwig XIV. vertreten hat, um den Vorrang der französischen Krone vor allen anderen darzutun: bezeichnend genug, daß auch vor 250 Jahren brutaler Eroberungswille und Geschichtsfälschung in Frankreich Hand in Hand gingen. Wer aber, wie der französische Historiker Driault, das Unsinnige solcher Konstruktionen durchschaut, findet sich auf andere Weise mit der Begehrlichkeit nach einem stammfremden Nachbargebiet ab: „Lassen wir," sagt er, „in einer so zarten Sache, wie es das Studium unserer Grenzen ist, alle Ideologie beiseite. Lassen wir die Metaphysik der abstrakten Prinzipien und der verwickelten Rechte. Versuchen wir nicht die Lehre von den Nationalitäten zu erklären, welche so verwickelt ist und so verderblich war." Also, das Recht auf nationale Entwicklung hat allein Frankreich, nicht seine Nachbaren!

Aber, wenn Elsaß-Lothringen geographisch, sprachlich und historisch nicht zu Frankreich gehört, so hat es sich doch vielleicht unter der zweihundertjährigen Herrschaft der Franzosen so wohl gefühlt und so seinen Charakter verändert, daß es heute ein Stück Frankreich geworden ist? Auch hier gibt Schule schlagende Antworten. Zunächst: von einem Preisgeben des deutschen Charakters kann keine Schlusse des 18. Jahrhunderts, Sitte und Tracht; deutsch der Verkehr mit Gott, die Kirche wie die Schule; deutsch das Gespräch mit Weib und Kind, mit Nachbarn und Dienstboten, deutsch das Volkslied und die Sage — deutsch alles, was den tiefsten Inhalt des Lebens ausmacht." Oberlin, der praktische und fromme Menschenfreund, und Pfeffel, der liebenswürdige Pädagoge und Erzähler, um

Digitized by Google

nur diese zu nennen, sind urdeutsch in Ausdruck und Empfindung, und die protestantische Universität, die „geistige Blüte des Landes" war deutsch in Organisation und Lehrbetrieb. Daß das Französische in den oberen Ständen um sich griff, bedeutet für den nationalen Charakter des Volkes nichts, denn das war im 17. und 18. Jahrhundert überall der Fall. Und was das Elsaß nach seiner durch brutale Rechtsbeugung erzwungene Vereinigung mit Frankreich erduldet hat, konnte gewiß das Unrecht nicht in Recht verwandeln: entgegen den feierlichsten Versicherungen wurde gegen die Protestanten harter Glaubensdruck geübt, dem Recht und den Verträgen zuwider schwere Abgaben erhoben, die Stadtverwaltungen geknechtet. Zahlreiche Elsässer und Deutsch-Lothringer haben damals ihre Heimat verlassen. Wenn im 18. Jahrhundert das Land wirtschaftlich emporkam, so war das gewiß nicht der Fürsorge der französischen Regierung und der Vereinigung mit Frankreich zu danken, denn die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland blieben in der Hauptsache unverändert, es war vielmehr die Wirkung eines längeren Friedens, der im 18. Jahrhundert überhaupt ein wirtschaftliches Aufblühen zur Folge hatte.

Die unfranzösische Gesinnung des Volkes zeigte sich in der Revolution. Die Mehrheit lehnte die Neuerungen ab und suchte seine Autonomie, die es in der Königszeit bis zu einem gewissen Grade besessen hatte, zu bewahren. Bekannt sind die Greueltaten der Monet und St. Fuß, mit Hilfe deren die Revolution durchgesetzt wurde, vielfach waren sie mit systematischer Verfolgung der Deutschen verbunden, und abermals zogen Tausende über den Rhein. Daß die nationaldeutschen Bestrebungen nach Napoleons Sturz zur Zurückgewinnung des Elsaß im Lande kein starkes Echo fanden, erklärt sich nicht aus der Liebe zu Frankreich, sondern aus der Abneigung gegen die Kleinstaaterei. Es war das Verhängnis Deutschlands, daß ein im Jahre 1815 annektiertes Elsaß-Lothringen nur an einen deutschen Kleinstaat, ein machtloses Glied des machtlosen Deutschen Bundes, hätte angegliedert werden können: ein solches politisches Dasein konnte aber auf die Elsaß-Lothringer, die seit zwanzig Jahren als Provinz des französischen Reiches sich an große politische Beziehungen gewöhnt hatten, keine Anziehungskraft ausüben.

Eine neue Leidenszeit begann im 19. Jahrhundert. Wenn die Revolution den Verkehr mit Deutschland durch neue Zollgesetze erschwert hatte, so sahen es die Regierungen nach 1815 in Fortsetzung revolutionärer Gedanken als ihre Aufgabe an, das Elsaß völlig zu französieren. In der Schule, in der weltlichen und kirchlichen Verwaltung wurde die deutsche Sprache bekämpft und es wurde — allerdings gegen lebendigen Widerstand — soviel erreicht, daß die deutsche Schriftsprache fast verschwand und vom Deutschen fast nur der einheimische Dialekt übrig blieb, der schwerlich ein langes Dasein hätte haben können. Daß mit der Zerreibung der Muttersprache auch eine Verkümmerung des elsässischen Geistes

Digitized by Google

hätte eintreten müssen, ist selbstverständlich; eine flache Mischkultur ohne Schöpferkraft war im Entstehen begriffen. Auch wirtschaftlich brachte die Zerreißung der alten engen Handelsbeziehungen zu Deutschland schweren Schaden; Straßburg namentlich ging zurück, verlor seine Rheinschiffahrt gänzlich und wurde weit von den benachbarten Städten Karlsruhe und Mannheim überflügelt.

Die Vereinigung mit Deutschland hat sogleich wieder Wandel geschaffen. Der Rheinschiffahrtsverkehr, den es 1870 kaum noch gab, betrug 1913 zwei Millionen Tonnen, und die übrigen Verkehrsstraßen zeigen ein ähnliches Bild; die Bevölkerung nahm zu und der Wohlstand in Stadt und Land hob sich weit stärker als vor 1870: Das Urteil über die natürliche Zugehörigkeit zum Gebiet östlich des Rheins oder westlich der Vogesen dürfte für die wirtschaftlichen Fragen hiermit gesprochen sein. Schon knapp 20 Jahre nach der Annexion hielt der lothringische Pfarrer Jarot in einer Schrift „Protestataires?" seinen Landsleuten die Segnungen der deutschen Verwaltung vor Augen, um die Protestler ad absurdum zu führen.

Und wie steht es mit dem geistigen Zusammenhang heute? Schule behandelt diese Frage nicht mehr, aber die Blüte der Universität, der Presse und der Literatur dürfte auch hierauf die Antwort geben. In einem der besten Romane der letzten Zeit, der das Schicksal des Elsasses im letzten halben Jahrhundert zum Vorwurf hat, heißt es vom Elsaß des Jahres 1870 treffend über den zwiespältigen Charakter der damaligen elsässischen Kultur: „Und so gleicht denn unser armes Elsaß so recht eigentlich jenen alten Pergamenten, die man Palimpseste nennt, und auf denen die alte gotische Schrift mit lateinischer übermalt wurde, bis es endlich einer kundigen Hand gelang, die verborgene Schrift wieder zu Licht zu fördern. Damit dieses Wunder auch bei uns geschehe, müßte aber schon der liebe Herrgott selber herunterkommen und ein großes Wecken blasen." (Anselma Heine, „Die verborgene Schrift". Berlin, Ullstein, 1918.) Ob die Ereignisse der letzten Jahre und Wochen das große Wecken gewesen sind? Daß die deutsche Regierung bis vor kurzem die verborgene Schrift noch nicht überall hatte entziffern können, läßt sich nicht leugnen; wir glauben aber doch, daß der deutsche und elsässische Geist den Weg zueinander gefunden haben und daß die große Mehrheit der Elsaß-Lothringer den Worten des Altelsässers Schwander zustimmen wird: „Würden wir wieder französisch, so wäre eine Irredenta geschaffen für Deutschland; denn das Reich müßte aus völkischen und wirtschaftlichen Gründen eine Ehrensache und eine Notwendigkeit darin sehen, dieses Land wieder zu erobern, und so kämen dann weder Elsaß noch Europa je zur Ruhe. Wir sind deutsch, wir wollen deutsch bleiben; wir wollen unseren Kindern diese zermürbenden Seelenkämpfe, diese lähmende Unsicherheit ersparen. Wir wollen, daß sie sich mit Freudigkeit zu ihrem deutschen Vaterlande bekennen können."

Digitized by Google

Die Zukunft Deutschösterreichs

Von Reichstagsabgeordneten Franz Jesser-Zwittau

Es ist eine traurige Genugtuung, welche den Anhängern der österreichischen Einheitsstaatsidee durch die Entwicklung der Staatskrise bereitet wird. Daß der Einheitsstaat nur aufrecht zu erhalten war, wenn die Monarchie Herrin ihres Schicksals blieb, war seit Beginn des Krieges die Überzeugung aller deutschen Politiker — ebenso aber auch, daß eine militärische Niederlage die Errichtung souveräner slawischer Staaten zur Folge haben werde. Zwischen diesen Extremen gab es keine Vermittlung, weder das der nationalen Autonomie, noch das des Völkerbundesstaates. Die Politik der slawischen Völker war von genialer Einfachheit: Entschied das Kriegsglück gegen die Mittelmächte, so konnten ihre kühnsten Träume in Erfüllung gehen — entschied es für die Mittelmächte, so war die nationale Autonomie oder der Völkerbundesstaat als Ersatz immer noch zu erringen. Es ist ein Schluß vom Späteren auf das Vorhergehende, wenn man behauptet, daß sich durch die rechtzeitige Umwandlung in einen Völkerbundesstaat die jetzt hereingebrochene Katastrophe hätte vermeiden lassen.

Ganz abgesehen von der grundsätzlichen Verschiedenheit der Auffassung der Begriffe „Autonomie" und „Staat" in den Köpfen deutscher und slawischer Politiker, spricht gegen die Wahrscheinlichkeit eines Ausgleiches die Weigerung der Tschechen und Südslawen, sich an den Arbeiten des parlamentarischen Verfassungsausschusses zu beteiligen. Diese Weigerung erfolgte im Jahre 1917, zur Zeit unserer größten Siege, und trotz der Erklärung der deutschen bürgerlichen Parteien, ohne Vorbehalt in die Verhandlungen einzutreten. Die Slawen lehnten also jede Entscheidung über die Verfassungsreform auf parlamentarischem Wege ab und verhehlten schon damals nicht, daß sie die Lösung der Frage von der Friedenskonferenz erwarteten. Sie spielten mit aufgedeckten Karten und niemand hat ein Recht, sie der Hinterhältigkeit zu beschuldigen. Da also ein Kompromiß von vornherein ausgeschlossen war, blieb den deutschen bürgerlichen Parteien nur die Wahl, am Einheitsstaate festzuhalten und auf den militärischen Sieg zu hoffen oder selbst den Staat zu sprengen und den Anschluß an das Deutsche Reich vorzubereiten. Die Entscheidung konnte nur für die erste Eventualität fallen; denn eine Sprengung des Staates während des Krieges hätte die Monarchie militärisch aktionsunfähig gemacht. Die Hoffnung auf den Sieg aber oder doch auf das militärische Durchhalten war nach der Niederlage Rußlands wohl begründet. Daß es anders gekommen ist, war für alle Teile, vielleicht sogar für unsere Feinde, eine Überraschung.

Damit sollen natürlich nicht die Fehler beschönigt werden, die bei der Behandlung der verschiedenen früheren Friedensmöglichkeiten begangen wurden. Der

Digitized by Google

Vorwurf des Annexionismus trifft die überwiegende Mehrheit der deutſchen bürgerlichen Politiker Öſterreichs nicht. Sie haben aus nationalen Gründen ſogar auf eine Verkleinerung Öſterreichs hingearbeitet, als ſie für die auſtro-polniſche Löſung eintraten, und ſind heute noch überzeugt, daß dieſe Löſung auch dem reichsdeutſchen Intereſſe am beſten entſprochen hätte.

Der Einheitsſtaat iſt nun zuſammengebrochen und mit ihm auch der reine Völkerbundesſtaatsgedanke.

In einem viel zitierten Aufſatze des ſozialdemokratiſchen Politikers Dr. Bauer in der Arbeiterzeitung wird mit Nachdruck hervorgehoben, daß bei der eigenartigen Siedelung der Deutſchöſterreicher, der wirtſchaftlichen Eigenart und verkehrsgeographiſche Lage ihrer Siedelungsgebiete ein deutſchöſterreichiſcher Nationalſtaat (oder deren drei) *nur dann lebensfähig* ſei, wenn die nichtdeutſchen Nationalſtaaten gewillt ſind, mit ihm zu einem *Oberſtaate mit möglichſt umfaſſender Gemeinſamkeit der Wirtſchafts- und Verkehrsangelegenheiten* zuſammenzutreten. Wird dieſer Zuſammenſchluß abgelehnt, ſo bliebe den Deutſchen nur der *Anſchluß an das Deutſche Reich* übrig.

In einem ſpäteren Aufſatze derſelben Zeitung, deſſen Verfaſſer uns nicht bekannt iſt, wird jedoch ſehr zutreffend ausgeführt, daß die überwiegend agrariſchen ſlawiſchen Staaten eine ſolche Gemeinſamkeit ablehnen, weil ſie von der vollſtändigen wirtſchaftlichen Selbſtändigkeit ein Aufblühen ihrer Volkswirtſchaft erwarten. Aber auch die an Induſtrie reicheren Tſchechen ſtreben dieſe Selbſtändigkeit an — und zwar gerade vom Standpunkte des Induſtrie- und Kapitalsexportes nach dem befreundeten ſlawiſchen Oſten und Südoſten. Dabei rechnen ſie ſelbſtverſtändlich die große deutſche Induſtrie der Sudetenländer zur Induſtrie des „böhmiſchen" Staates. In dem Schlagworte „eine Kette ſlawiſcher Staaten von Danzig bis Trieſt" kommt dieſes Ziel zum Ausdruck.

Damit iſt zugegeben, was wir in unſeren Aufſätzen in dieſer Zeitſchrift ſtets behauptet haben, daß die Slawen eine ſolche weitgehende Gemeinſamkeit nicht wollen, daß aber *dann auch ein deutſcher Nationalſtaat lebensunfähig ſei*. Aufrichten kann man ihn allerdings — allein ſehr bald werden insbeſondere die deutſchen Gebiete der Sudetenländer in eine verſchleierte Abhängigkeit von dem tſchechiſchen Blocke geraten, die bei der klugen und zielbewußten Politik der Tſchechen ſchließlich doch zu einer offenen werden muß.

Man muß ſich dieſe Tatſachen vor Augen halten, um die *Politik der endlich geeinigten deutſchen Abgeordneten aller Parteien* richtig zu beurteilen.

Die Reichsratsabgeordneten haben ſich als deutſche Nationalverſammlung konſtituiert, haben den deutſchen Nationalſtaat ausgerufen und ſind eifrig am Werke,

Digitized by Google

ihn zu organisieren. Zwei Schwierigkeiten sind zu überwinden, ehe er ins Leben treten kann. Die erste ist die Ernährung der deutschen Bevölkerung, vor allem der Reichshauptstadt Wien und Nordböhmens. Die nötigen Zuschüsse zu den Lebensmitteln eigener Produktion können nur Ungarn, das tschechische Siedelungsgebiet und Galizien bieten, in bescheidenem Umfange auch Deutschland. Ungarn hat vorläufig die Zufuhren auf ein Mindestmaß herabgesetzt, Polen und Tschechen haben sie nahezu ganz gesperrt. Es ist ein unverantwortlicher Leichtsinn einzelner deutschösterreichischer Zeitungen, ihren Lesern vorzutäuschen, daß es sich nur um einige Wochen strammen Durchhaltens handle, um die tschechische Aushungerungsabsicht zunichte zu machen. Für diese Zeit könne Deutschland und die deutschösterreichische Landwirtschaft Vorsorge treffen.

Wer so spricht, vergißt, daß die Frosttage vor der Tür stehen, während welcher der Transport von Kartoffeln ungemein erschwert ist. Es hilft kein Drehen und Deuteln — wir müssen mit den Slawen über die Zuschübe von Lebensmitteln verhandeln. Die Tschechen haben ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt, ja sogar angedeutet, daß durch diese Lieferungen der endgültigen nationalen und politischen Auseinandersetzung auf dem Friedenskongresse nicht vorgegriffen werden soll. Dadurch ist die erste Schwierigkeit, welche der Verwirklichung des deutschen Nationalstaates im Wege steht, noch nicht überwunden. Die deutsche Landwirtschaft wird jedenfalls das Letzte hergeben müssen, um zu verhindern, daß uns die Tschechen an der Strippe halten.

Daß nichts so heiß gegessen wird als es gekocht wird, beweist die Übernahme des Ernährungsdienstes in Mähren durch eine aus Deutschen und Tschechen bestehende Kommission. Es scheint, daß auch diesmal wieder das Land Mähren seine alte traditionelle besonnene Politik machen wird.

Die zweite Schwierigkeit besteht in der Festsetzung des Gebietsumfanges des neuen Staates.

In der Kundgebung vom 22. Oktober 1918 hat die Nationalversammlung das Wesen und den Umfang dieses Staates festgesetzt: „Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbstständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedelungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen."

In diesen beiden Sätzen kommt die große Schwierigkeit der deutschen Staatengründung zum Ausdruck.

Digitized by Google

Das ganze deutsche Siedelungsgebiet soll das „Gebiet" dieses Staates ausmachen. Dieses Siedelungsgebiet besteht aber außer aus dem geschlossenen Sprachgebiet aus zahlreichen deutschen Sprachinseln, wie dem rein deutschen Schönhengstgau mit 130 000 Bewohnern, der kleineren Gottscheer Sprachinsel, der deutschen Mehrheit der Städte Brünn, Olmütz u. a., den kleinen Stadtinseln in Südösterreich, sowie zahlreichen anderen Splittern. Auch läßt der Wortlaut der Kundgebung unklar, ob sich die Gebietsgewalt auch auf die deutschen Minderheiten in nichtdeutschen Orten erstrecken soll; denn auch sie werden „von deutschen Bürgern und Arbeitern bewohnt". Das müßte dann aber auch von den slawischen Minderheiten im deutschen Gebiete, z. B. in Wien gelten. Eine Konkurrenz der Gebietsgewalten auf demselben Territorium ist wohl nicht möglich — theoretisch möglich ist nur die Gebietsgewalt über rein deutsche oder slawische, wenn auch noch so winzige Enklaven im Staatsgebiete des anderen Volkes.

Der deutsche Nationalstaat würde also aus dem Kerngebiete des geschlossenen Siedelungsraumes und aus zahlreichen Enklaven im fremden Staatsgebiete bestehen — dasselbe gilt, wenn auch in beschränkterem Maße, von den anderen Nationalstaaten. Eine solche Gebietsgestaltung setzt ein innigeres Verhältnis der einzelnen Nationalstaaten zueinander voraus, als das der bloßen Neutralität. Nur in einem Bundesstaate oder doch in einem Staatenbunde mit Verkehrs- und Wirtschaftsgemeinschaft ist dieser Gedanke zu verwirklichen. Was geschieht aber dann, wenn die slawischen Staaten diesen Zusammenschluß ablehnen?

Dann — so sagt Dr. Adler und mit ihm wohl ganz Deutschösterreich — dann treten wir als Bundesstaat in den Verband des Deutschen Reiches. Mit den Enklaven? Daran ist wohl nicht zu denken — es seien denn solche Enklaven, die, wie der Schönhengst (übrigens die größte deutsche Insel) nur durch einige kleine tschechische Dörfchen vom geschlossenen deutschen Gebiete getrennt sind. Diese Dörfchen lassen sich für ebenso kleine versprengte deutsche Dörfchen austauschen. Auf die meisten anderen Enklaven müßte leider verzichtet werden. Dieses Opfer würde jedoch schweren Herzens gebracht werden können, wenn das geschlossene Gebiet an Deutschland angegliedert würde.

Diese Wahrscheinlichkeit aber ist in diesem Augenblicke nicht allzu groß. Jedenfalls liegt bei dem Stande der militärischen Dinge die Entscheidung darüber nicht in unserer Hand allein, auch nicht in der Deutschlands, sondern leider vor allem in den Händen unserer Feinde.

Die deutsche Nationalversammlung, welche heute der allein berechtigte Vertreter des deutschen Volkes in Österreich ist, hat auch dieser Tatsache Rechnung getragen und in seiner Kundgebung das Recht beansprucht, „das deutsche Volk in Österreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten".

Digitized by Google

Ihren Volksgesandten wird dort der Nachweis nicht schwer werden, daß es außer dem innerösterreichischen — auch ein sudetenländisches „unzweifelhaft" deutsches Gebiet gibt, dessen Bewohner das Selbstbestimmungsrecht beanspruchen dürfen.

Wenn aber dieser Appell an die Gerechtigkeit erfolglos bleibt? Dann entstehen — so lautet die allgemeine Meinung — der tschechoslowakische, polnische und südslawische Staat neben einem das deutsche Innerösterreich umfassenden deutschen und einem auf das engere Wohngebiet beschränkten magyarischen Staat.

Italiener und Rumänen werden ihren Nationalstaaten angegliedert, die Ukrainer dem polnischen, die Sudetendeutschen dem tschecho-slowakischen Staate zugeteilt.

In der Folge werden sich alle diese selbständigen Staaten zu einem Bunde der mitteleuropäischen Staaten zusammenschließen, in welchem dem deutschen und magyarischen Staate eine Trabantenrolle zufällt.

An die Stelle des von Naumann konstruierten Mitteleuropa unter deutscher Führung soll ein Mitteleuropa unter slawischer Führung im bewußten politischen und wirtschaftlichen Gegensatze gegen Deutschland erstehen.

Gelingt diese Staatenbildung, so ist die Niederlage Deutschlands eine vollständige und dauernde. Darum aber ist die Erfüllung der slawischen Wünsche durch die Entente überaus wahrscheinlich.

Nun aber erhebt sich eine andere Frage: Wie wird sich das innere Leben dieser neuen Staaten gestalten? Wie wird der polnische, wie wird der tschecho-slowakische Staat mit seinen Millionen fremdvölkischer Bewohner fertig werden?

Ein Überblick der tschechischen politischen Literatur lehrt, daß die Tschechen diesen Fragen völlig uneinig gegenüberstehen. Man kann im allgemeinen drei Richtungen feststellen: die radikale imperialistische, die gemäßigte ausgleichsfreundliche und die verzichtende.

Die erste will die Gebietsgewalt des „böhmischen" Staates nicht nur auf die deutschen Gebiete der Sudetenländer, sondern auch auf Preußisch-Schlesien und die Lausitz ausdehnen. Sie träumt von einer Rückslawisierung aller dieser deutschen Gebiete und lehnt es ab, den Deutschen eine „Gleichberechtigung von 100 Prozent nach schweizerischem Muster" zu gewähren. Sie besitzt in der breiten Masse viele Anhänger — haben doch auch die bürgerlichen tschechischen Herrenhausmitglieder, unter ihnen zahlreiche ehemalige Minister, in einer Erklärung von Deutschböhmen als „einem eingedeutschen Gebiete" gesprochen. Einer ihrer Redner nannte es geradezu einen „Friedhof slawischen Volkstums". Wir begegnen hier derselben Revindikationstheorie, die auch polnische Redner im deutschen Reichstage bezüglich Danzigs und Breslaus vertreten haben. Gegen diese radikale Richtung macht sich namentlich in sozialdemokratischen

Digitized by Google

Kreisen scharfer Widerspruch geltend. Diese gemäßigte Richtung ist sich der Gefahren sehr wohl bewußt, die dem neuen Staate von unzufriedenen deutschen Mitbürgern drohen. Sie verwirft daher jede Angliederung reichsdeutscher Gebiete und verspricht den Sudetendeutschen volle Gleichberechtigung und Selbstverwaltung.

In jüngster Zeit lassen sich aber sogar verzichtende Stimmen hören. Der tschechische Abgeordnete Bechyne fordert, daß der künftige tschechische Staat „so wenig Deutsche als nur möglich" in sich schließe. Bechyne hat die Achillesferse des national so stark gemischten neuen Staates sehr wohl erkannt. Er wird kaum etwas anderes als eine Neuauflage des alten Österreichs, eine Stätte nie erlöschenden unerquicklichen Nationalitätenhaders.

Die Tschechen sind vortreffliche Menschenkenner und suchen sehr geschickt das deutsche Volk bei seiner schwachen Seite zu fassen. Der Erwerbssinn, den man beschönigend wirtschaftliche Tüchtigkeit nennt, beherrscht große Kreise der deutschen Bevölkerung so ausschließlich, daß er nur allzu oft den Sinn für das große gemeinsame völkische Interesse zurückdrängt und eine opferfreudige Hingabe für völkische und sittliche Ideale nicht aufkommen läßt. Ein Beispiel für viele: Der größte deutsche Schutzverein Böhmens mit 100 000 Mitgliedern hat im Laufe dieses Jahres für einen Grundstock zur Erhaltung deutschen Grundbesitzes den lächerlich geringen Betrag von 8000 Kronen durch Sammlungen aufgebracht. In derselben Zeit betrug das Sammelergebnis in Böhmen für das tschechische Theater in Brünn eine halbe Million Kronen. An dieser Stelle packt nun die tschechische Agitation an. Sie schildert den deutschen Landsleuten die großen wirtschaftlichen Vorteile, welche ihnen aus der Zugehörigkeit zum „böhmischen" Staate zufließen werden, dem von den Ententestaaten nicht nur Geld und Kredit gegeben werden würde, sondern auch Rohstoffe, während das Deutsche Reich dem finanziellen Zusammenbruche entgegengehe und in der Zuteilung von Rohstoffen auf unentbehrliche Rationen gesetzt werde. Auch stehe der deutschen Industrie im böhmischen Staate der östliche und südöstliche Markt nahezu konkurrenzlos offen. Und endlich sei für die Deutschen das Hungergespenst endgültig verbannt.

In diesen Lockungen steckt tatsächlich viel Wahrheit — sie sind darum nicht ohne Wirkung geblieben. Sie haben jedoch bisher nicht vermocht, den deutschen Widerstand gegen die Eingliederung in den tschechischen Staat zu lähmen.

Das Mißtrauen in die Aufrichtigkeit dieser Zusicherungen ist unüberwindbar. Deutsche und Tschechen leben sozusagen Tür an Tür, so daß jedes Volk die Massenstimmung des anderen kennt.

Die Deutschen wissen daher, daß der Abgeordnete Striberny, der mit der Enteignung des deutschen Besitzes droht, vielen seiner Landsleute aus dem Herzen spricht.

Digitized by Google

Ebensowenig vertrauenerweckend ist die Weigerung der tschechischen Öffentlichkeit, die Kriegsanleihen durch Übernahme eines entsprechenden Anteils der österreichischen Staatsschuld anzuerkennen. Wohl herrscht auch darüber in der tschechischen Öffentlichkeit keine volle Übereinstimmung — dennoch fürchten gerade die kleinen deutschen Sparer, die namentlich große Posten der drei ersten Kriegsanleihen übernommen haben, für ihren sauer erworbenen Notpfennig. Zwar bemühen sich die Leiter der großen tschechischen Banken, diese deutschen Besorgnisse zu zerstreuen — allein ihre Worte wirken nicht, weil man diesen Herren die eigene Unsicherheit über die Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im künftigen „böhmischen" Staate anmerkt.

Und damit gelangen wir zu einer zweiten Schwäche des künftigen inneren Staatslebens — zu dem scharfen Gegensatze zwischen den Anhängern sozialistischer Wirtschaftsideen und den Anhängern der geltenden Wirtschaftsordnung. Der tschechische Adel, der so arg mitschuldig ist an der Zersetzung des alten Österreichs, rechnet bereits mit der unausbleiblichen Enteignung der Latifundien. Aber auch das im Kriege reich gewordene tschechische Bürger- und Bauerntum bangt um seine Gewinne. Die tschechischen Juden, welche die Stimmung der Massen sehr gut kennen, beeilen sich, ihre deutschen Namen zu slawisieren. Der Judenhaß muß groß sein, wenn der national-soziale Abgeordnete Klofac sich genötigt sah, vor Gewaltakten zu warnen, „weil die Juden sehr einflußreiche Berater der Ententestaatsmänner, selbst bei Wilson, seien". Die christlichen Deutschen wissen aber aus alter Erfahrung, daß die Massen nur zu sehr geneigt sind, Juden und Deutsche zu identifizieren.

Allerdings stehen scharfe soziale Kämpfe auch im Deutschen Reiche bevor und große deutsche Massen in den Sudetenländern würden bei einer sozialen Umwälzung im neuen Staate passiv beiseite stehen, auch wenn deutscher Besitz sozialisiert wird. In dem Augenblicke aber, da diese Sozialisierung im Sinne einer Nationalisierung zugunsten des tschechischen Staates durchgeführt würde, wäre die Solidarität des deutschen und tschechischen Proletariates sofort zu Ende.

Nicht anders ist es bei der Überführung von Großgrundbesitzerland in Bauernhände. Auch hier ist die Interessengemeinschaft der landhungrigen Leute beider Nationen sofort zu Ende, wenn tschechische Siedler auf dem Boden deutscher Gemeinden angesetzt werden. Auch der radikalste deutsche Internationalist erinnert sich in solchen Augenblicken des von ihm früher so verspotteten Begriffes „Volksboden und Volksbesitz". Diese proletarische Solidarität bleibt jedoch andererseits wieder aufrecht, wenn die Abneigung gegen den mittleren und großen Bauer beider Nationalitäten, den verhaßten Agrarier, zum Ausdrucke gebracht werden soll. Dadurch aber werden wiederum die tschechi-

Digitized by Google

ſchen beſitzenden Kreiſe aller Stände zu einer Annäherung an die verwandten deutſchen ſozialen Gruppen gezwungen.

Im künftigen „böhmiſchen" Staate wird daher die verhängnisvolle und *vergiftende Verbindung des nationalen mit dem ſozialen Gegenſatze beſtehen bleiben*, wahrſcheinlich ſogar noch ſchärferen Ausdruck finden.

Man kann unſchwer die Entwicklung der *nächſten Jahrzehnte* vorausſagen.

Die Deutſchen werden einige Jahre vollauf mit der Heilung der ſchweren Kriegsſchäden beſchäftigt ſein und den nationalen Kampf zurückſtellen. Es iſt hier nicht möglich nachzuweiſen, daß die vollſte nationale Gleichberechtigung, welche die Tſchechen den Deutſchen einräumen, den nationalen Kampf nicht beendigen wird, weil ſie nur eine formal-juriſtiſche ſein kann, während ſie die nationale Zerſetzung des deutſchen Gebietes nicht nur nicht beendet, ſondern verſtärkt. Auf dieſer Erwägung beruht ja die Hoffnung der Tſchechen auf allmähliche friedliche Slawiſierung des deutſchen Gebietes, auf ihr aber auch der heiße Wunſch, der Deutſchen unbeſchränkte Herren in ihrem Wohngebiete zu ſein.

Der nationale Kampf wird nach den Jahren der Sammlung und Erholung neuerlich auflodern — nur mit dem Unterſchiede, daß künftig die deutſche Arbeiterſchaft ſich an ihm beteiligen wird.

Ich zweifle keinen Augenblick an der wahrhaft demokratiſchen Geſinnung zahlreicher Tſchechen und an dem redlichen Willen, mit ihren deutſchen Landsleuten in Frieden und Eintracht zu leben. Auch auf deutſcher Seite iſt dieſer Wille vorhanden. Leider aber genügt dieſer gute Wille nicht, die *natürlichen* Urſachen der Völkerkämpfe aus der Welt zu ſchaffen. Dieſe aber treiben die Friedliebendſten in den Kreis der Kämpfer. Dafür legt gerade die jüngſte Geſchichte der deutſchen Sozialdemokratie beredtes Zeugnis ab; denn niemand geringerer als Dr. Adler hat den Tſchechen den *gewaltſamen Widerſtand gegen die Eingliederung der Deutſchen* in einen „böhmiſchen" Staat angekündigt.

Wir halten einen ſolchen Widerſtand in dieſem Augenblicke für ein heroiſches Abenteuer — um ſo nachdrücklicher aber heben wir hervor, daß der künftige Tſchechenſtaat mit Millionen deutſcher *Irredentiſten* rechnen muß, die durch gewaltſame Unterdrückungsverſuche nur zu ſtärkerem Widerſtande angeſpornt, durch das größte Entgegenkommen aber nicht gewonnen werden können; denn immer werden die Deutſchen ihre Zugehörigkeit zum „böhmiſchen" Staate als den politiſchen und nationalen Ausdruck ihrer Niederlage empfinden, als aufgezwungene Fremdherrſchaft.

Reißt man ſie aus dem politiſchen Zuſammenhange mit den Inneröſterreichern, ſo zwingt man ſie, ihre kulturellen Beziehungen zu den reichsdeutſchen Nachbarn

Digitized by Google

noch inniger zu gestalten. Und niemand weiß besser als die Tschechen, daß die kulturelle Gemeinsamkeit den Boden für die staatliche vorbereitet.

Diese kulturelle Gemeinsamkeit schwächen zu wollen, wäre bei der hunderte Kilometer langen unmittelbaren Nachbarschaft der Deutschen hüben und drüben vergebliches Bemühen. Die Tschechen selbst müssen den Ausgang nach Norden zum Meere suchen — wie wollen sie das Herüber- und Hinüberfluten der geistigen Ströme verhindern?

Der „böhmische" Staat mag erstehen — ein *trauliches Heim* wird er *weder den Deutschen noch den Tschechen* bieten. Die Deutschen werden ihn immer nur als ein *Provisorium* ansehen und immer ihr Ideal in der Vereinigung mit dem Deutschen Reiche suchen — und je größer die Zahl der Deutschen ist, die dem tschechischen Staate zugeschlagen werden, umso rascher wird das allmähliche *Hinübergleiten* nach Deutschland vor sich gehen.

Die Slawen geben sich der Hoffnung hin, daß die staatliche Neuordnung Europas nach dem Weltkriege eine dauernde sein werde. Das ist eine arge *Verkennung* der geschichtlichen Entwicklungsgesetze — vielleicht sind die alten Formen der Staaten- und Völkerbildungen lebensunfähig geworden — das Leben ist darum nicht erstorben — es wird sich *neue Formen*, vielleicht ganz friedliche suchen.

In diesem Augenblicke sind die Slawen die Herren der Lage in Österreich, nicht nur, weil sie die Förderung der Entente genießen, sondern auch, weil sie über den größten Teil der Nahrungsmittelproduktion verfügen. Sie werden daher wahrscheinlich ihr Ideal erreichen und einen tschecho-slowakischen Staat mit drei Millionen Deutschen aufrichten können. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß sie zeitweilig mit den offenen oder stillen Sympathien eines Teiles der deutschen Bevölkerung rechnen können; und felsenfest steht die Tatsache, daß ihnen christliche und jüdische Überläufer zu Tausenden zuströmen werden.

Was ihnen aber *niemals* gelingen wird, das ist die *Entnationalisierung* der breiten Massen der Bauern, Bürger und Arbeiter. Das tschechische Volk vergißt heute in der Zeit der Höchstspannung seiner nationalen Gefühle, daß die Expansionskraft eines 8- oder 9-Millionenvolkes (mit Slowaken) begrenzt ist und daß die tschechische Sprache und Kultur trotz ihrer Höhe nicht die Werbekraft ausüben kann, die zur dauernden Aufrechterhaltung der politischen Vorherrschaft im neuen Staate nötig ist; denn darüber dürfen sie sich keiner Täuschung hingeben: In dem Augenblicke, da diese Vorherrschaft wankt, vollzieht der deutsche Teil seine Trennung vom slawischen. Die Faktoren, welche heute den Tschechen günstig sind, werden in einigen Jahren unwirksam geworden sein — vor allem die Abhängigkeit der Volksernährung.

Die Deutschen Österreichs gehen gleich denen im Reiche schweren Zeiten ent-

Digitized by Google

gegen und niemand darf sie schelten, wenn sie heute dem österreichischen Staatsgedanken in jeder Form absagen. **Österreich ist für sie tot für immer — auch dann,** wenn wider Erwarten die Slawen auf ihre staatlichen Pläne verzichten und sich mit der Autonomie im Völkerbundesstaate begnügen sollten.

Wenn Wien und ein Teil Innerösterreichs anders denken, so ist das für das Herzland der alten Monarchie selbstverständlich. Man kann von Wien keinen Selbstmord verlangen.

Die Rücksicht auf Wien kann aber die Millionen Deutscher, die vom Bodensee bis über die Oder hinaus an Deutschland grenzen, nicht veranlassen, sich nochmals lediglich für dynastische Interessen und traditionelle Werte zu verbluten.

Der alte Einheitsstaat hätte die geschichtliche Stellung der Deutschen Österreichs erhalten und verstärken können. Er ist zusammengebrochen, von der Dynastie aufgegeben worden. Damit ist das Interesse an einer anderen staatlichen Zusammenfassung völlig erloschen.

Ehe die Sudetendeutschen sich neuerlich an den Karren spannen lassen, der die Dynastie aus einer selbstverschuldeten verfahrenen Situation herausreißen soll, wollen sie lieber das Provisorium des böhmischen Staates auf sich nehmen.

Was ist ein Menschenalter im Leben eines Volkes? Länger wird Deutschösterreich nicht auf die Erfüllung jenes Ideals zu warten brauchen, das seit dem Zusammenbruche Österreichs alle Herzen erfüllt: Staatlicher Zusammenschluß aller Deutschen Mitteleuropas.

Der Staat Litauen

Von * * *

Man schreibt uns:

Der Sturz der imperialistischen Militärmacht des Zaren brachte die Auflösung Rußlands unter entscheidender Einwirkung freigewordener sozialer Elemente zur Reife. Wie der Prozeß verlaufen wird, ist heute nicht zu übersehen. Die freigegebenen Randländer, deren Gesicht nach Westen gewendet ist, wird das auf lange hinaus um innere Gesundung ringende Riesenreich nicht wieder zu ergreifen vermögen. Riga allerdings und Odessa werden zuerst Zielpunkte russischer Politik werden, wenn sie über innerer Verstrickung den Blick einmal wendet zu Zukunftsfragen des russischen Weltreiches, nicht aber werden es sein Warschau und Kowno.

Österreich-Ungarn löst sich auf in seine Bestandteile. Eine Nationalität nach der anderen meldet ihren Eintritt in die Staatenfamilie. Dem militärischen Zusammenbruch gegenüber erlischt der Glanz und die Kraft alter Tradition des Habsburgerreiches. Ob die Entwicklung ein Durchgangsstadium zu neuen Bil-

Digitized by Google

dungen und Bindungen bedeutet, ob Mitteleuropa auf alle Zeiten zu Ende, wer vermöchte es zu sagen?

Das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung, heute nur gültig auf Seiten der Besiegten, soweit man sehen kann, bedroht den Bestand des Deutschen Reiches im Osten und Westen. Schwere Fehler der Nationalitätenpolitik, entsprungen deutscher Unduldsamkeit und Kurzsichtigkeit, gewachsen auf dem Boden der heute beseitigten konservativ-preußischen engen Tüchtigkeit, rächen sich bitter und schwer. Wo steht innerlich heute das deutsche Elsaß? Enthält diese Frage nicht ein verdammendes Urteil über die deutsche Politik im deutschen Elsaß? Wir vertrauen darauf, daß altes deutsches Volkstum im Schatten des Straßburger Münsters sich lebendig zeige und feststehe auf der schwankenden Erdrinde Europas.

Die Polen verlassen den Reichstag und strecken die Hände nach bisher deutschem Land. Die Ostmarkenpolitik trägt reife Frucht. Es bedarf höchster Kunst der Verhandlung, schwere Gefahr im Osten abzuwenden. Der Kampf wird gehn um sinnvolle Auslegung des Maßes, mit dem Wilson heute den Nationen Mitteleuropas Staatsgewänder zuschneidet.

Bedeutungsvoller als bisher tritt heute, wo das Ausmaß unserer Weltenträume bescheidener wurde, das unscheinbare, wenig gekannte, Ostpreußen halbkreisartig vorgelagerte, Polen nach Norden abschließende Land der Litauer in den Gesichtskreis notwendiger politischer Betrachtung. Die Militärverwaltung Ludendorffs hat drei Jahre in diesem Lande gearbeitet. Sie hat Glänzendes auf allen Gebieten geleistet, sie hat gut verwaltet, sie war ein Werkzeug in der Hand des Mannes, der das unabhängige, selbständige Litauen schaffen half und es gleichzeitig in Unkenntnis aller Völkerpsychologie nur als Objekt seines Willens behandelte. Der Fluch der objektiven Verlogenheit unserer militärischen Ostpolitik, die letzten Endes Eroberungspolitik bedeutete, lastet schwer auf der Arbeit der Männer, die nunmehr nicht unter dem Zwange der Not, sondern in klarer Verfolgung der früher in siegreichen Tagen feierlich verkündeten Zusagen, dem staatlichen Aufbau dieses schönen Landes zu dienen, berufen werden. Noch ist es nicht zu spät, und treuer Mitarbeit einer weitblickenden Verwaltung kann es noch gelingen, das keimende Staatsbewußtsein des tüchtigen, einfachen Bauernvolkes zur Entfaltung bringen zu helfen durch Mitübertragung der Verantwortung auf die Führer des litauischen Volkes bis ins kleinste. Hier ist so gut wie nichts geschehen. Hiervon hängt aber nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft des Staates Litauen ab. Litauen droht heute nur Gefahr von Warschau her. Dieser kann nur begegnen eine litauische Staatsvertretung, die durch positive Verwaltungsarbeit das Vertrauen des Volkes hat und auf dieses gestützt, sein Recht als Staat verteidigt gegenüber der wachsenden polnischen Flut. Die Litauer sind nach Sprache und Stamm eine Nation für sich, wie groß auch der polnische Einfluß der Oberschicht

Digitized by Google

war und ist. Die Litauer wollen nicht polnisch werden und haben ein Anrecht darauf, so wie heute die Dinge liegen, den Versuch zur Staatsbildung zu machen. Sie hier ehrlich zu unterstützen, kann eine deutsche Aufgabe sein und es wird alles darauf ankommen, ob die Litauer diese Hilfe wollen. Es muß ganz klar ausgesprochen werden: Aus Deutschlands Hand können die Litauer heute ihren Staat nicht mehr empfangen, sie können es nur aus eigener Kraft mit Aussicht auf Erfolg versuchen, ihre Ansprüche auf dem Friedenskongreß durchzusetzen.

In den Dienst dieses Zieles hat die neue Zivilverwaltung zu treten ohne Vorbehalt und Hintergedanken, allerdings getragen von der richtigen Einsicht, daß die Durchsetzung des litauischen Staates im deutschen Zukunftsinteresse liegt. Das braucht die Litauer nicht zu schrecken. Es ist nur eine Binsenwahrheit, daß Deutschland ein hohes wirtschaftliches Interesse an einem aufblühenden Agrarland Litauen als Absatz- und Einfuhrgebiet hat. Das Zukunftsinteresse Litauens geht genau in derselben Richtung. Deutsche Preisbildung und deutscher Markt, deutsche Einfuhr der Industrie und des Gewerbes nach dem Bauernlande ohne Industrie sind die Voraussetzungen und Sicherungen eines großen Aufschwunges der litauischen Wirtschaftsentwicklung. Das wissen die Litauer und müssen es wissen, und das Schwergewicht wirtschaftlicher und geographischer Tatsachen wird sich durchsetzen, wenn vernünftige Einsicht auf beiden Seiten waltet. Die Vergangenheit kurzsichtiger Okkupationsverwaltung hat den Weg der Verständigung erschwert, aber nicht versperrt. Die Gegenwartsarbeit muß sofort den Weg freilegen, bevor es zu spät.

Das Auswärtige Amt hat alles Interesse daran, auf die Entwicklung der Dinge in Litauen Einfluß zu haben. Die deutsche Zivilverwaltung in Litauen ist eine Sache der auswärtigen Politik. Gewiß hat der Umschwung der inneren Politik alle Reichsämter, so auch das Reichsamt des Innern, das heute die Neuordnung in Litauen gestaltet, erfaßt. Aber die Gefahr, daß bei der ungeheuren Überlastung der leitenden Männer, die alte Bürokratie ohne Führung mit den Zielen der auswärtigen Politik deren Absichten unwissentlich durchkreuzt, ist vorhanden. Wir können uns heute den Luxus zwiespältiger Arbeit, der im großen uns an den Rand des Abgrundes gebracht, nicht mehr leisten. Auch nicht in Litauen, das Polen verfallen wird, wenn wir es nicht davor bewahren helfen. Auch im Innern, namentlich auf dem Gebiete der Agrarpolitik gegenüber einem gewaltigen polnischen Großbesitz, geht der Litauer schweren Kämpfen entgegen. Der Wert des Kompromisses, das hier einmal zwischen dem litauischen landhungrigen Bauernvolk und der polnischen Aristokratie geschlossen werden muß, wird von der tatsächlichen Stellung des Litauertums im Staate abhängig sein. Es ist ein Gebot der Klugheit für die Polen, diese Verständigung zu suchen. Es ist eine Lebensfrage für den sozialen Aufstieg des tüchtigen Bauernvolkes, daß es mehr Land bekommt.

Digitized by Google

Hier kann die deutsche Verwaltung Berater und Vermittler sein in beiderseitigem Interesse der Litauer und Polen.

Ich kenne das Land und seine Bauern. Es ist entwicklungsfähig, seine Bewohner sind tüchtige, gesunde, kinderreiche Menschen. Litauen kann ein Aktivposten werden bei der Schlußbilanz der deutschen Politik nach diesem Kriege. Mögen alle verantwortlichen Stellen Sorge tragen, daß nicht auch dieses schöne Land ohne Not in letzter Stunde durch unsere Schuld und Versäumnis seiner gegebenen Bestimmung verloren gehe und im Strudel der bankrotten Ostpolitik des alten Regimes versinke.

Irland und die Friedenskonferenz

Im „Manchester Guardian" vom 18. Oktober ist ein Leitartikel über die Rolle Irlands bei den Friedensverhandlungen erschienen, der uns so bedeutsam erscheint, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Einen Kommentar braucht er weiter nicht, zumal in nächster Zeit so wie so die Frage „Was gehört auf die Friedenskonferenz" öfters besprochen werden dürfte.

Man muß sich von vornherein darüber klar sein, daß es ganz unmöglich sein wird, die irische Frage aus dem Bereich der Friedenskonferenz auszuschließen. Natürlich wird die Forderung einer unmittelbaren Vertretung Irlands durch Irländer auf der Konferenz erhoben werden. Sie ist schon erhoben worden. Zweifellos wird sie zurückgewiesen werden. Dennoch kann Irland schließlich einen nicht weniger gewichtigen Anspruch auf Aufmerksamkeit erheben als, sagen wir, die Tschecho-Slowaken oder die Südslawen, deren Sache die ernsteste Aufmerksamkeit der Konferenz beschäftigen wird und deren Sprecher wahrscheinlich zu Gehör kommen werden. Zweifellos wird behauptet werden, daß nicht die Friedenskonferenz, sondern das Parlament das Tribunal ist, dem das nationalistische Irland seine Beschwerden vorlegen sollte. Daß das eine rein innerpolitische Angelegenheit ist, die niemand als wir selbst zu erledigen berufen ist, und daß jeder Versuch, sie uns aus der Hand zu nehmen und fremden Meinungen, geschweige denn fremden Eingriffen einen Einfluß darauf einzuräumen, sogleich schroff zurückgewiesen werden würde. Auf alle diese Behauptungen könnte man im Namen Irlands antworten, daß es das ältere Recht des Parlaments anerkennt, gerne daran appellieren würde und in der Tat bereits während einer ganzen Generation (und wievieler Generationen vorher in jeder ihm bekannten Weise?) wieder und wieder durch seine Vertreter in diesem Parlament appelliert hat; daß das Parlament von Zeit zu Zeit zugehört, sich sogar mit einem Gesetzentwurf darüber beschäftigt hat, daß dieser Gesetzentwurf Gesetz geworden und sogar gegenwärtig der Gesetzsammlung einverleibt sein soll, aber daß auf

Digitized by Google

irgendeine Art und Weise nichts dabei herausgekommen ist und daß das Gesetz Irlands wegen ebensogut in den Papierkorb gewandert sein könnte. Ferner könnte der Sachwalter Irlands anführen, daß nicht nur alles, das sich so verhält, nicht nur der Becher von Irlands Lippen weggeschlagen ist, nichts geschieht, um ihm zu helfen und einem schon lange als gerecht anerkannten Anspruch zu befriedigen, sondern daß alle Arbeit und aller Fortschritt des letzten Menschenalters eben jetzt im Begriff ist, zunichte gemacht zu werden; daß das Parlament sein Ohr vor dem bloßen Namen Irlands verstopft; daß seine bereits gewonnenen Freiheiten ihm Tag für Tag entzogen werden; daß die Methoden der jetzigen Regierung die Methoden der alten Schreckensregierung sind, nur mit dem Unterschiede, daß viele von denen, die sie jetzt ausüben, dieselben Männer sind, die schon lange die Schreckenspolitik als fruchtlos und verhängnisvoll verworfen hatten; daß der Ministerpräsident, der letzten Endes für alles verantwortlich ist, was in Irland geschieht oder nicht geschieht, einst als Freund der irischen Freiheit wie der anderer kleiner Völker bekannt war, aber daß jetzt kein helfendes und erlösendes Wort von ihm kommt; daß er im Gegenteil, während in alten Zeiten seine politischen Gegner Irland mit Peitschen schlugen, er versucht hat und noch jetzt versucht, es mit Skorpionen zu züchtigen und daß in ganz England keine Stimme von Bedeutung sich dagegen für Irland erhebt.

Wie ist es möglich, unter den Augen der Welt und der Friedenskonferenz einen Unterschied zwischen der Sache Irlands und der anderer unterworfener Völker zu machen? England hat nur mit unendlichem Widerstreben anerkannt, daß es so etwas wie das irische Volkstum überhaupt nicht gibt und doch starrt dieses Volkstum uns ins Gesicht wie im ganzen Verlaufe unserer Geschichte, noch jetzt zur Versöhnung bereit, aber mit dem Verlangen nach Anerkennung und Abhilfe. Freilich ist die Frage zweifellos nicht einfach. Es gibt zwei Irland, und ihre Ansprüche liegen im Streit miteinander, aber von welchem anderen unterworfenen Volk ließe sich nicht dasselbe sagen? Von welchem unter dem halben Dutzend oder Dutzend kleiner Völker, deren Ansprüche die Friedenskonferenz zu schlichten berufen sein wird, ist es nicht ebenso wahr, daß sie unverträgliche und widerstreitende Elemente in sich enthalten? In allen diesen Fällen werden Vereinbarungen getroffen, Kompromisse herbeigeführt, Sicherheiten gegeben werden müssen, warum soll der Fall Irlands als völlig verschieden behandelt werden?

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Kgel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.10, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** können vom

4. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung **bis zum 15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine **nur** noch **unmittelbar** bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Digitized by Google

Der Deutsche Volksstaat

Schriften zur inneren Politik

herausgegeben von

Wilhelm Heile und Walther Schotte

1. Dr. Fr. Naumann, M. d. R.: Der Kaiser im Volksstaat (11.—25. Tausend) . . . . . M 1.20
2. Professor Max Weber: Wahlrecht und Demokratie in Deutschland (4.—8. Tausend) . . . . . M 1.20
3. Dr. Theodor Heuß: Die Bundesstaaten und das Reich M 1.50
5. Dr. Fr. Naumann und Wilhelm Heile: Erziehung zur Politik . . . . . M 1.20

Bei den beginnenden Arbeiten an der inneren Neugestaltung Deutschlands wollen diese Schriften Aufklärungs- und Kampfmittel sein. / Lesen und ins Feld schicken!

Heft 4 erscheint vorläufig nicht.

In allen Buchhandlungen und beim Verlag

„Fortschritt" (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin NW 40.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 22. November 1918 * Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Ministerbesetzungen durch die neue Regierung sind eine merkwürdige Mischung von Parteirücksichten und Sachlichkeit. Daß Adolf Hoffmann ein Nachfolger von Wilhelm von Humboldt werden würde, das wäre der deutschen Geistesgeschichte besser erspart geblieben. Aber die Ernennung Schiffers zum Reichsschatzsekretär und die Berufung von Professor Hugo Preuß an die Spitze des Reichsamt des Innern — das sind glückliche Lösungen. Preuß wird die Vorbereitung zur Nationalversammlung zu leiten haben; er ist einer der wenigen produktiven politischen Denker des deutschen Volkes. Man hätte für diese Aufgabe schwer einen besseren finden können.

*

Prinz Max hat den Tatbestand veröffentlicht, der zu dem übereilten Waffenstillstandsangebot am 5. Oktober geführt hat. Der Öffentlichkeit ist damit im wesentlichen Neues nicht mitgeteilt worden, aber den Legendenbildungen ist von vornherein die Quelle verstopft. Keine politische, sondern eine militärische Täuschung des Generals Ludendorff hat die Schleusen geöffnet, durch die das Unheil auf Deutschland einstürzte. Die politische Leitung Hertlings, die sich vorher hatte praktisch inaktivieren lassen, wird dadurch nicht entlastet.

*

Hindenburg ist preußischer Royalist, aber er bleibt auf seinem Posten, im Unglück so groß und verantwortungstreu dem Volke, als in den Jahren, da der dankbare Stolz seine Feldherrntaten umjubelte. So peinlich die Flucht des Kaisers nach Holland vielen gewesen ist, Hindenburgs Selbstverleugnung wurde zum Ausdruck der Pflichterfüllung bis zum letzten.

*

Der neue Herr Polens, Pilsudski, hat durch einige Legionäre in Posen seine Visitenkarte abgeben lassen. Damit ist der deutsch-polnische

Digitized by Google

Gegensatz aufs eindeutigste aufgedeckt worden. Wir erwarten, daß die deutsche Republik der polnischen Dreistigkeit ein energisches „Hände weg von deutschem Reichsgebiet!" zurufen wird, unbeschadet dessen, daß Deutschland nach wie vor bereit ist, auf der Friedenskonferenz über die polnische Frage zu diskutieren.

*

Das stolze Ungarn ist fast noch schneller zusammengebrochen, als das alte morsche Österreich, die aus dem ungarischen Nationalitätenkörper befreiten Völkerschaften haben alle schleunigst Anschluß an ihre Nationalität gesucht. Die neun Millionen Ungarn scheiden damit völlig aus der großen Politik aus, in der sie bisher im Grunde genommen nur eine Rolle spielen konnten, als Wortführer des Habsburger Gesamtstaates. Von jetzt an sind sie zu einem beschaulichen Kleinstaatleben verurteilt, das besonders ihrer herrschgewohnten Oberschicht sehr wenig behagen dürfte.

*

Das Mißtrauen der nationalbewußten Ukrainer gegen den Hetman hat sich als nur zu berechtigt erwiesen. Hat sich doch Skoropadski über Nacht aus einem Vertreter des ukrainischen Unabhängigkeitsgedankens in einen großrussischen Föderalisten verwandelt, der Anschluß an die Entente sucht. Über unsere Kurzsichtigkeit, im Mai die Hetmanskomödie mitzumachen, ist kein Wort zu verlieren. Jetzt gilt es, wenn auch in zwölfter Stunde, dem ukrainischen Volke den Beweis zu liefern, daß die deutsche Republik nicht gesonnen ist, den Fehler der früheren deutschen Regierung mit ihrem ewigen Schielen nach Moskau fortzusetzen. Eine selbständige Ukraine ist für Deutschland nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche dringende Notwendigkeit. Würde sie sich doch nicht nur immer mehr zu einem Getreide- und Rohstofflieferanten Deutschlands, sondern auch zu einem bedeutenden Abnehmer unserer Industriewaren auswachsen. Nach dem Wunsche der Entente dagegen soll die Ukraine wieder ein Glied der russischen Gesamtföderation werden. Die reiche Ukraine soll also für das bankerotte Rußland fronden, um den französischen, englischen und amerikanischen Gläubiger wieder zu seinem Gelde kommen zu lassen. Die zwei Jahre ukrainischer Selbständigkeit werden hoffentlich das ukrainische Volk so weit gestärkt haben, daß es sich dieses Attentat auf seine Selbständigkeit nicht wird gefallen lassen. Es wäre auch gar zu widersinnig, wenn Tschechen oder Südslawen, Armenier und sonstige Völker von der Entente das Selbstbestimmungsrecht garantiert erhielten, daß die Ukrainer aber wieder unter das großrussische Joch gezwungen werden sollten. Was den paar Millionen Tschechen recht ist, sollte dem 35 Millionenvolk der Ukrainer billig sein.

Digitized by Google

Schwarz-Rot-Gold

Von Dr. Theodor Heuß

Wir müssen die alten Fahnen und Farben des ersten deutschen romantischen Freiheitstraumes hissen, denn unsere Aufgabe ist, die deutsche Geschichte beim Werk des Jahres 48 wiederanzuknüpfen. Das ist nicht schwer dem, dessen Jugend mit demokratischen Familienerinnerungen aus dem Sturmjahr gesättigt ist — er blättert in seiner politischen Kinderfibel zurück. Für die Mehrzahl in Preußen liegt es anders. Daß ein Hohenzoller die Märzgefallenen grüßen mußte und mit der schwarz-rot-goldenen Schärpe durch die Straßen Berlins ritt, das galt dem altpreußischen Bewußtsein als die tiefste Demütigung des Königtums — die Geschichtslegende hat mit Geflissenheit das Ihre geleistet, die Volksbewegung zu einer Mischung von Roheit und professoralen Lächerlichkeiten werden zu lassen. Meinecke hat dann endlich die politischen Zusammenhänge geistesgeschichtlich aufgehellt. Aber Preußen muß umlernen.

Die Revolution kam und sie übergab, auf dem Hintergrund eines völlig kriegsmüden, die alten Gewalten verlassenden Heeres, die tatsächliche Macht des Staates an die beiden sozialdemokratischen Gruppen. Damit muß man sich im Augenblicke abfinden und alles tun, die Reichsregierung bei ihren außerordentlichen Aufgaben und Verantwortungen aufs loyalste zu unterstützen. Nicht weil man vor der roten Flagge kapituliert, die, pour épater le bourgeois, auf zahllosen Militärautos durch die Berliner Straßen spazieren geführt wird, sondern weil die Not des Vaterlandes das verlangt. Die Revolution ist kein Rechtsvorgang, sondern immer Staatsstreich — sie hat keine Rechtskontinuität, aber sie muß eine solche schaffen. Darum handelt es sich hier für unsere Überlegungen.

Die Revolution als eine geschichtliche Tatsache anerkennen, heißt nicht mit ihren Erscheinungen einen billigen Kompromiß abschließen. Daß der alte Obrigkeitsstaat so rasch zusammenbrach, zeigt, daß er keinen Glauben im Volk, selbst nicht bei seinen eigenen Trägern mehr besaß; ein Glück, daß die Revolutionsregierung begriffen hat, daß sie des Aufbaus seiner Institutionen immerhin nicht entbehren kann. Aber dies darf nicht verdunkelt werden, daß der Zeitpunkt der Umwälzung unsere äußere Lage ungemein erschwert hat — die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen waren zwar wohl schon formuliert, als der Zusammensturz erfolgte, sie berechneten sich nach unserer, durch Österreich-Ungarns Kapitulation täglich wachsenden militärischen Schwächung und nicht nach der innerpolitischen Lage; aber daß wir an den Friedenstisch treten müssen, mit dem Hintergrund von drohenden Putschen, mit einem völlig politisierten Heer, das in der Erwartung der Demobilmachung steht, das erschwert die Situation unserer Unterhändler aufs stärkste.

Zum Frieden kommen wir nur, wenn wir im Innern Ordnung bewahren und

Digitized by Google

dem Feinde nicht den Vorwand geben, zum Schutze der Welt vor der Gefahr des Bolschewismus bei uns einzumarschieren. Wir sind heute tatsächlich im Zustand der Wehrlosigkeit. Das kann nicht verschleiert werden: Und wir wissen, daß die Gruppen links von der Sozialdemokratie auf ein Chaos warten, um eine terroristische Gewaltherrschaft aufzurichten, deren erste Opfer freilich nicht etwa die kapitalistische Bourgeoisie, sondern die Führer der Mehrheitsdemokraten sein würden. Aber die „Spartakusleute" leben nicht von ihrer Gewalttätigkeit, sondern sie ziehen Nahrung aus der Verängstigung weiter Bürgerschichten. Wenn das Wort Zivilkourage je eine Parole war, dann heute.

Die größte Gefahr, die Deutschland heute drohen könnte, wäre dies, daß der Doktrinarismus der Linken die Mehrheitssozialdemokraten zu sozialistischen Experimenten drängte. Nicht als ob wir nicht auch hinter diesem Krieg das Problem der Sozialisierung bestimmter Erwerbszweige aufsteigen sehen, aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen. Das Wort sozial oder sozialistisch hat für uns nicht den geringsten Schrecken. Aber die Theorien Bakunins (denn um diese handelt es sich und nicht um praktischen Marxismus) auf eine unterernährte, ausgesogene Volkswirtschaft loszulassen, das wäre eine tödliche Eisenbart-Kur, von der die Nation sich nicht erholen könnte. Diesen „Sozialismus asiaticus", diesen „Sozialdilettantismus", Begriffe, die der „Vorwärts" wenige Tage vor der Revolution, für das russischen Schema geprägt hat, können wir weder ertragen noch dulden. Gewiß hat die Arbeiterschaft eine ungeheure Macht in der Hand, wenn sie die Werkstätten verläßt, aber auch die Revolution, wenn sie nicht in Anarchie untergehen und ihre heutigen Führer verschlingen soll, ist auf den guten Willen der Volksgesamtheit angewiesen. Der heute mehr als je höchst komplizierte Apparat der Verwaltungswirtschaft ist nicht durch ein Maschinengewehrkommando mit roter Kokarde zu ersetzen. Die verantwortlichen Leute wissen das auch. Sie wollen nicht dilettieren, denn sie sind sich klar, daß der Fluch der ins Unheil gerissenen sich gegen sie selber wenden müßte. Die nichtsozialistischen Kreise müssen sich ihrer eigenen Macht bewußt bleiben.

Was aber ist unsere Aufgabe? Den deutschen Staat, ehe er neu gebaut wird, neu zu denken.

Die Aufgabe ist groß genug, unsere Staatsrechtslehre von der Beschreibung des Seienden zur Mitarbeit am Kommenden wegzulocken. Unser staatsrechtliches Denken ist in den Kommentaren des geronnenen Rechts erstickt; klein freilich blieb der Kreis derer, die, wie Preuß, Anschütz, Weber, die Rechtsentwicklung den politischen Verschiebungen anpassen wollten und sich nicht im Preis der deutschen Institutionen gegenüber fremdem Staatsrecht die Hände banden. Jetzt müssen wir vorne anfangen, und sehen, mit Kühnheit die Liquidation des alten heiligen römischen Reiches deutscher Nation zu Ende zu führen, die in den Vorzimmern von

Digitized by Google

Versailles durch Coulaincourt nur unvollkommen eingeleitet und auf dem Wiener Kongreß von Metternich abgestoppt wurde. Die theoretische Diskussion über Republik und Monarchie wird weitergeführt werden, wir haben sie als ein Erbstück der griechischen Philosophie: aber primum vivere, deinde philosophare. Bei der Umwälzung der Napoleonischen Ära sind die deutschen Halbsouveränitäten zu hunderten ausgelöscht worden, unter dem Beifall der übriggebliebenen, Bismarck hat den alten Legitimismus revolutionär auf die Seite geschoben, als er die Throne in Hannover und Kassel erledigte: wer denkt heute noch ernsthaft daran, daß Deutschland nun, nachdem die Katastrophe über die alten Gewalten gekommen ist, seine Fürstentümer wieder aufrichten wird. Dabei geht viel persönliches Anhänglichkeitsgefühl, Dankbarkeit, Stolz mit zu Grabe und wir werden auch in Zukunft mit aktivem Royalismus ernsthaft rechnen müssen: aber da heute die monarchische Führergestalt fehlt, wird das Volk, nun im Augenblick der Wahl zur Nationalversammlung wirklich souverän, seinen Willen für die deutsche Zukunft republikanisch prägen. Man muß jetzt Freiligrathsches Pathos lesen, um dem noch ungewohnten Wort „Deutsche Republik" Farbe zu geben — aber dann sich besinnen: wie das? Einheitsstaat? Föderativrepublik? Die kollegiale Spitze des schweizer Föderalismus, die zentralistische des amerikanischen? Gibt es auch eine Republik Reuß j. L.? Oder geht die Flurbereinigung über Thüringens Vielstaaten? Bleiben die Grenzen der alten Königreiche und Großherzogtümer? Wahrhaftig ein Problem, denn sieht man sich etwa den badischen Staat an mit seiner unglückseligen Figur, der über die Stämme den fränkischen Taubertäler mit dem alemannischen Waldkircher zusammenbindet — die größte und oft etwas fatale Leistung der Mittelstaaten war dies, aus den verschiedensten, zufälligsten und ganz zerrissenen Vergangenheiten im 19. Jahrhundert einen mittelstaatlichen Partikularpatriotismus hervorzubringen. Bleibt Preußen ein Staat und welche Stellung hat er in Deutschland? Man muß heute wieder in den Schriften von Paul Pfizer nachlesen und den Verfassungsentwurf der Paulskirche herausholen. Was Vergangenheit war und fast zur Romantik geworden, meldet sich als drängende Gegenwart. Denn wenn nun Geschichte gemacht werden soll, muß man sich aus Perioden, die nicht wie wir vielleicht zu sehr in den Fesseln der geschichtlichen Würdigungen befangen waren, den Mut zum neuen Grundriß holen.

An den großen Aufgaben müssen sich auch die deutschen Parteien erneuern. Welch ein Bild von besorgter Philisterhaftigkeit boten sie, wie ging der Gedankenkreis um dies, um jenes Mandat, wie beflissen war man, allen Berufsständen nachzulaufen. Wer erinnert sich noch der Jagd um die Privatbeamten, als diese wachsende und gewiß wichtige Schicht ihre Wünsche bei der Gesetzgebung anmeldete: der Privatbeamte war zwei Jahre lang der Inhalt fast des ganzen parteipolitischen Lebens. Die wirtschaftliche Interessenvertretung, bei den sozialdemokratischen

Digitized by Google

Verbandssekretären und den agrarischen Geschäftsträgern dem Niveau des Parlaments schon gefährlich, hat auch den bürgerlichen Liberalismus angefressen — man braucht als Beweis dieser rapiden Entwicklung nur das Verzeichnis der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu betrachten. Hoffentlich fegt hier der Geist der neuen Ziele alte Gedanken, Angste und auch Männer hinweg!

Die Neugestaltung unseres bürgerlichen Parteiwesens bedarf neuer Führer — die zweite deutsche Nationalversammlung soll sich der ersten nicht allzusehr schämen müssen. Im engen Parteisinn erstarrtes Denken muß zersprengt werden und das geistige Deutschland wird sich zu seiner politischen Verantwortung bekennen. Nicht aus Angsten gegenüber der roten Flut, die das konstituierende Parlament überfluten könnte, sondern weil die Sozialdemokratie einfach nicht die Kräfte hat, all das zu leisten, was die Zukunft fordert. Dieses bürgerliche Parteiwesen darf und soll nicht antisozialistisch eingestellt sein, denn nichts wäre im Augenblick verhängnisvoller, als das „Bürgertum" dem Proletariat gegenüber zu einer Abwehrfront zu sammeln (in manchen Angstgemütern lebt dieser Gedanke). Wenn die nationaldemokratische Bewegung die Bindung mit breiten Schichten finden will, muß sie ein gut Teil von gesundem Sozialismus in sich aufnehmen.

Dann aber: heute schon nach Österreich gehen und dort Gemeinsamkeiten feststellen. Deutsch-Österreichs bürgerliche Demokraten dürfen nicht als Sondergruppe in der Nationalversammlung stehen, während Sozialisten und Klerikale sich über die bisherigen Grenzen gefunden haben. Ein schweres Werk — wenn in Deutschland manche Parteigrößen fallen müssen, wie viel mehr noch drüben, wo gerade auf der deutschen Seite das Parteiführertum ein geistig und politisch ziemlich unerhebliches Kaliber besaß. Mit wem verhandelt man? Mit denen, die abtreten sollen? Wenn in Österreich jetzt Schwarz-Gelb verschwindet, dann muß auch dort ein neues Geschlecht großdeutscher Politiker heraufwachsen, das die Deutschen dieser Länder (Deutsch-Österreich ist nicht Wien, das freilich von seiner Höhe stürzt) innerlich den deutschen Staatskörper verbindet und nicht nur ein Annex der Verlegenheiten schafft.

Der historische Staat und die Idee der Nation haben 1789 den Kampf mit einander begonnen. Aus der französischen Revolution ist das französische Nationalbewußtsein in die Höhe gestiegen wie das englische aus Cromwells Umwälzung. Der Zerfall Rußlands, das Auseinanderbrechen der Habsburger Monarchie in der Weltrevolution dieser Jahre sind Etappen dieses Prozesses zwischen Volkstum und Staat. Das Volkstum ist die aktive, die stärkere, quellende Macht, die mit den Jahrhunderten der Vergangenheit fertig werden will. Unter dieses Zeichen müssen auch wir den unglücklichen Ausgang des Krieges stellen, um nicht nur seiner zerstörenden, sondern auch seiner aufbauenden Kraft bewußt zu werden. Das deutsche Kaisertum der Vergangenheit war, von Roms geistigem Erbe lebend, übernational

Digitized by Google

und zerbrach daran, verflüchtigte sich, war nur Symbol. Bismarcks Kaisertum band seine Zwecke zur festen, begrenzten Macht, indem es den Gedanken der Gesamtnation unter den Bestand an realen dynastischen Hausmachtsverhältnissen zwang. Es soll die geschichtliche Aufgabe der deutschen Republik sein, den langen schweren Weg des deutschen Volkes zum wirklichen Nationalstaat abzuschließen und mit dieser Vereinigung der alten Geschichte eine neue Epoche geistig und politisch werbenden Deutschtums einzuleiten.

Das alte Preußen

Von Dr. Friedrich Thimme

Seit das alte Preußen zerschlagen und zertrümmert am Boden liegt, wird von vielen Seiten die herbste Kritik an ihm geübt. Ausländische und inländische Zeitungen wetteifern darin, es zu schmähen und ihm selbst die alleinige Schuld für seinen jähen Sturz zuzuschreiben, uneingedenk der antiken Großherzigkeit, die den Spruch prägte, daß man über Tote nur Gutes reden solle. Zu Gunsten des alten Preußens erhebt sich seit den Tagen der Revolution kaum noch eine schüchterne Stimme. Wo sind sie alle geblieben, die noch vor wenigen Monden ihr Preußentum so stolz und vielfach überhebend zur Schau trugen und die sich vermaßen, daß dieses Staatswesen auch in den schwersten Stürmen fest und unerschütterlich dastehen werde? Ist ihre Trauer, ihre Scham so tief, daß sie kein Wort der Abwehr, der Verteidigung mehr gegen eine jedes Maß und Ziel überschreitende Kritik zu finden vermögen? Nun, der Historiker jedenfalls, der seine erste Pflicht darin sieht, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, und Gerechtigkeit vor allem gegen den, der mühselig und beladen dasteht vor der leicht in die Irre gehenden öffentlichen Meinung, wird sich nicht zu scheuen brauchen, nachdrücklich hervorzuheben, daß das alte Preußen doch auch seine großen unbestreitbaren Vorzüge gehabt, und daß es sich Verdienste um Deutschland erworben hat, die noch bis in eine ferne Zukunft nachwirken werden. Es bleibt doch unter allen Umständen das eine bestehen, daß Preußen, und nur Preußen, es kraft der in ihm wohnenden Eigenschaften fertigbringen konnte, die deutsche Nation zu einen. Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, ob diese Einigung von irgendeinem anderen der deutschen Einzelstaaten, und sei es selbst von einem der größeren unter ihnen, etwa von Württemberg oder Bayern, hätte ausgehen können, um sich über die Leistung Preußens klar zu werden. Nein, einzig und allein ein Staatswesen, das sich so ganz mit der Fähigkeit zu einer straffen Zusammenfassung aller Volks- und Landeskräfte erfüllt hatte, das die staatlichen Tugenden der Unterordnung und des Gehorsams, der Pflichttreue

Digitized by Google

und der Hingabe an das Ganze zu einem förmlichen System ausgebaut, das mit allen seinen hochgespannten Kräften immer über sich selbst hinausdrängte, konnte die Riesenaufgabe auf sich nehmen, die Fülle der deutschen Einzelstaaten so zusammenzuschweißen, daß ihr innerer Zusammenhang durch keine Katastrophe wieder aufgehoben werden konnte und kann. Man muß es bewundern, wie das von Haus aus schwache und dürftige Preußen in diese Aufgabe hineingewachsen ist. Mit Recht ist gesagt worden: das gesetzgebende Schicksal Preußens sei gewesen, daß es auf zu schwachem Grunde stand für die Aufgabe, die es erfüllen wollte und mußte: einen norddeutschen Großstaat (und aus ihm den deutschen Gesamtstaat) zu bilden. „Seine Macht war von zu kleinem Kaliber; es mußte die nötige Wucht durch erhöhte Geschwindigkeit erreichen, was ihm an Schwergewicht fehlte, durch Nachdruck ausgleichen." Es wäre ungerecht, in diesem Zusammenhang nicht der Hohenzollernmonarchie zu gedenken, deren stolze Persönlichkeiten sich dem preußischen Staatswesen auf das tiefste eingeprägt, die ihm erst Richtung und Ziel gewiesen haben. Auch der starken Werkzeuge darf nicht vergessen werden, die sie sich für ihre Zwecke schufen: des preußischen Militärs und der preußischen Bureaukratie, nicht zuletzt auch des preußischen Adels, des vielgeschmähten Junkertums. Die preußische Monarchie, die preußische Militärkaste und die preußische Bureaukratie, sie sind es vor allem gewesen, die in ihrem Zusammenwirken dem preußischen Staate die mächtig aus dem Kleinen und Engen ins Weite und Große emporstrebende Tendenz eingeflößt, und die es schließlich befähigt haben, die große Schöpfung des Deutschen Reiches zu vollenden. Es ist gewiß kein Zufall, daß Wilhelm I. und sein genialer Staatsmann Bismarck, daß Moltke und Roon, die bei der Reichsgründung in erster Linie beteiligt gewesen sind, uns, jeder in seiner Art, als die vollendete Inkarnation des alten Preußentums erscheinen. Mit preußischem Eisen und preußischem Blut ist das Deutsche Reich geschaffen, und mit ebensolchen Mitteln, den Kräften der altpreußischen Militärmonarchie, auch im wesentlichen bis auf unsere Tage getragen und erhalten worden.

Heute, nach dem Zusammenbruch der Bismarckschen Schöpfung, wird man sich ja fragen, ob es nicht just das Verhängnis des Deutschen Reiches gewesen ist, daß in ihm der preußische Militärstaat, das preußische Wesen mit seinem scharfen Hinausdrängen über seine Grenzen zu mächtig und vorherrschend geworden ist. Der preußische Staat war niemals in der europäischen Staatenwelt beliebt gewesen; nun übertrug sich seine Mißliebigkeit wie von selbst auf das von ihm aus gegründete Deutsche Reich. Bismarck, der klug genug war, das vorauszusehen, hat ja sein möglichstes getan, um das Vertrauen aller europäischen Staaten zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation gutgemacht habe, friedliebend und gerecht sein wolle.

Digitized by Google

Aber nach seinem Sturz machte sich in der Politik des Deutschen Reiches sofort wieder das Streben geltend, das wir als ein spezifisch preußisches kennen lernten: aus einer zu schmalen, noch nicht hinreichend gesicherten Basis trieb man ungestüm und ungeduldig auf das hohe Meer der Welt- und Flottenpolitik hinaus und machte sich dadurch dasselbe England zum Feinde, auf dessen Freundschaft ein Bismarck stets mit Sicherheit gerechnet hatte. Es hat ja auch Wilhelm II. nicht ganz an der Einsicht gefehlt, daß er sich nicht allein auf diejenigen Schichten stützen dürfe, die die eigentlichen Träger der altpreußischen Militärmonarchie gewesen waren und es im Grunde auch noch im Deutschen Reiche waren. Früh schon hat er den Versuch gemacht, das spezifisch militärische Königtum zu einem sozialen Kaisertum zu erweitern. Aber es fehlte ihm doch die Nachhaltigkeit und die Konsequenz, um diesen Versuch entschlossen durchzuführen. Vollends scheute er davor zurück, bewußt die Schranken zwischen Monarchie und Demokratie niederzulegen und so das Problem Preußen-Deutschland, an dem das Deutsche Reich von der Stunde seines Entstehens an gekrankt hat, einer Lösung entgegenzuführen. Mit einem demokratischen Deutschland, das sich auch den pazifistischen Bestrebungen zugänglich erwiesen hätte, in dem jedenfalls der Herrscher hinter dem Volkswillen zurückgetreten wäre, hätte sich die Welt versöhnen können. Das militaristische Deutschland, das sich auf die Maxime versteifte, daß Staaten nur mit denselben Mitteln erhalten werden könnten, mit denen sie gegründet seien und das folgerichtig diese Machtmittel noch zu vermehren strebte, trieb, so friedfertig es im Grunde war, doch in den großen Weltkrieg hinein.

Bei alledem wird man sagen dürfen, daß die preußischen Wesenszüge, die dem deutschen Reiche eingeimpft worden sind, zu seiner Größe und zu seinem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung vieles, sehr vieles beigetragen haben. Auch die bewunderungswürdigen Leistungen, die Deutschland im Weltkriege vollbracht hat, und die durch seinen schließlichen Zusammenbruch in nichts gemindert werden, sind gar nicht denkbar ohne den starken preußischen Einschlag in allen unseren Einrichtungen: ohne die straffe Zusammenfassung und Organisation der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, ohne die höchste Anspannung aller soldatischen und bürgerlichen Tugenden, ohne das Heldentum des Volkes daheim und in den Schützengräben. Freilich, wären die höchsten Stellen in der militärischen und politischen Hierarchie Deutschlands-Preußens nicht getragen gewesen von jenem echt preußischen Zuge, der nicht nach der Zahl der Feinde frägt, und der sich selbst zutraut, auch das Unmögliche möglich zu machen, so hätten sie vielleicht doch noch größere Sorgfalt darauf verwandt, sich nicht in das ungeheure Wagnis des Weltkrieges verstricken zu lassen. Gerade die militärische Leitung hätte sich der alten soldatischen Wahrheit bewußt bleiben sollen, daß Gott noch immer mit

Digitized by Google

den stärksten Bataillonen gewesen ist. Zu schwerstem Verhängnis ist es uns geworden, daß die oberste Heeresleitung in einer schwer begreiflichen Unterschätzung der Machtmittel, die Amerika in die Wagschale werfen könnte, den unbeschränkten U-Boot-Krieg erzwungen hat, und daß sie bis in diesen Sommer hinein sich über die militärischen Kräfteverhältnisse getäuscht hat. Hier hat sich jene Überspannung des preußischen Militarismus bitter gerächt, die in dem stolzen Vertrauen auf die eigenen Leistungen die Grenzen des Möglichen verkannte. Man darf diesen Ausgang nicht ohne weiteres dem preußischen System als solchem zur Last legen. Zu dem altpreußischen System gehörte es auch, daß die monarchische Macht, welche nach einem treffenden Worte die beiden Flügel der Staatsmacht, den politischen und militärischen, zusammenhalten und zur Einheit bringen sollte, eine jede Überspannung des militärischen Prinzips zu ungunsten des politischen abstellte. Noch Wilhelm I. hat 1866 und 1870/71 bei den Kämpfen zwischen Bismarck und dem Generalstab den Ausschlag zugunsten der höheren politischen Weisheit des eisernen Kanzlers gegeben. Daß Wilhelm II. in dem Widerstreit der militärischen und politischen Leitung nicht hinreichend die letztere unterstützt hat, die rechtzeitig mit allen Mitteln aus dem Kriege herausstrebte, das ist einer der Hauptgründe für unseren schließlichen Zusammenbruch. Nicht das preußische System an sich, das alte Preußen ist durch den Ausgang des Krieges gerichtet, sondern die einseitige Überspannung und das Überwuchern des militärischen Prinzips, das durch den höchsten Träger dieses Systems nicht mehr in den gebotenen Schranken gehalten wurde.

Ist mit dem Zusammenbruch des preußischen Militarismus, der im Falle das ganze militärisch-bureaukratische Regime und sogar die monarchische Staatsform, also alles das, was das preußische Staatswesen kennzeichnet, mit sich fortgerissen hat, das alte Preußen überhaupt beseitigt? Gerade die Revolution, die, äußerlich betrachtet, das alte Preußen zerschlagen hat, lehrt, daß das nicht der Fall ist. So paradox es klingen mag: in der Revolution selbst funktioniert das preußische System, der preußische Geist. Wären die revolutionierenden Matrosen und Soldaten nicht mitten in ihrer Insubordination so ganz erfüllt geblieben von dem esprit de corps, von der willigen Unterordnung unter eine gemeinsame Idee, von Selbstzucht und Ordnungsliebe, so wäre weder der beispiellos rasche Erfolg der Revolution begreiflich, noch die leidliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu erklären. Immer wieder ist es seit den Anfängen der Revolution hervorgetreten, daß die selbstgeschaffenen Organisationen der Soldaten das ernsteste Bestreben zeigten, unter allen Umständen Zucht und Ordnung zu bewahren, und daß sie nichts von den Bemühungen der anarchistischen Gruppen, ein Chaos herbeizuführen, wissen wollen. Just die Soldaten sind es

Digitized by Google

auch, die, weit entfernt, die Tendenz der linkssozialistischen Gruppen nach einer Klassenherrschaft und Diktatur des Proletariats zu unterstützen, dem allgemeinen Verlangen der bürgerlichen Kreise nach der baldmöglichsten Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung noch ein besonderes Gewicht verliehen haben. Schwerlich wäre die Festsetzung des Wahltermins, die den bürgerlichen Parteien die beruhigende Aussicht gewährt, nicht lange mehr von dem ihnen gebührenden Anteil an dem Staatsganzen ausgeschlossen zu bleiben, so früh erfolgt, wenn nicht die Soldaten so einmütig in ihrem Verlangen nach der Herstellung der vollen gesetzmäßigen Ordnung geblieben wären. Man darf es sagen, daß die deutsche Revolution vom November 1918 in der ruhigen und gemäßigten Art, man möchte sagen in der preußisch-soldatischen Art, wie sie bisher durchgeführt worden ist, einzig unter allen bisherigen Revolutionen dasteht. Sie ist völlig verschieden von der Revolution von 1848, in der sich von Anfang an Zügellosigkeit und Unordnung geltend machten, und die darum auch bald wieder in eine Reaktion umschlug, erst recht auch verschieden von den russischen Revolutionen von 1905 und 1917, die rasch zum völligen und nahezu hoffnungslosen Chaos führten. Wir aber dürfen nach dem bisherigen Verlauf der Revolution hoffen und erwarten, daß trotz aller furchtbaren Opfer, die uns der unglückliche Ausgang des Krieges auferlegt, und trotz der Gewaltsamkeit, mit der der plötzliche Umsturz vieles von dem hinweggeräumt hat, was unserem Herzen lieb und teuer war, der Wandel der Dinge zu einer höheren Stufe unseres Volkes und der Menschheit hinaufführen wird. Unsere Zuversicht wird gestärkt durch die sich heute aufdrängende Erinnerung, daß schon einmal gerade eine militärische Katastrophe an den Tag gelegt hat, welche starken regenerativen Kräfte in dem gesunden preußischen Wesen ruhen. Es war nach den Unglückstagen von Jena und Tilsit doch nicht die preußische Monarchie allein, von der die Impulse zu der tiefgreifenden Erneuerung ausgingen, die wir unter dem Namen der Stein-Hardenbergschen Reform zusammenfassen; nein, schon damals verbanden sich die Kräfte von oben mit den Kräften von unten, um dem alten Preußen einen breiteren und volkstümlicheren Unterbau zu geben, mit dem Erfolge, daß im Jahre 1813 das Volk aufstand und der Sturm losbrach, der das Sklavenjoch Napoleons hinwegfegte. Diesmal hat sich die Entwicklung umgekehrt vollzogen: das Volk ist von sich aus aufgestanden, weil es fühlte, daß die überkommenen eigenen Gewalten nicht den Weg aus der übergroßen Wirrnis des Krieges zu erschließen vermochten. Es hat diese überkommenen Gewalten, die schwerlich die Kraft gefunden hätten, all den Schutt und Moder einer nur zu lange konservierten Regierungsmethode rasch fortzuräumen, bei Seite gestoßen; es hat sich nunmehr selbst in den Sattel gesetzt und vertraut, daß es schon wird reiten können.

Digitized by Google

Auch wir vertrauen darauf, denn wir setzen unsere Zuversicht auf das preußische Wesen, von dessen Zucht, Ordnung und völliger Hingabe an das Staatsganze so viel in das deutsche Blut übergegangen ist, und das, wie uns diese schweren Wochen zeigen, selbst in der Revolution wieder zum Vorschein kommt. Und so gilt von dem alten Preußen, das auch von den Männern der Revolution nicht geschmäht werden sollte, weil sie selbst ihm letzten Endes ihren Erfolg verdanken, jenes Goethesche „Stirb und Werde", in dem der edelste und höchste Trost für alle Vergänglichkeit liegt.

Wie entgehen wir dem Bolschewismus?

Erfahrungen der russischen Revolution

von Dr. jur. Paul Schiemann

Als ich im Sommer dieses Jahres noch unter dem frischen Eindruck dessen, was ich in Rußland als Reserveoffizier im politischen Getriebe der russischen Truppen erlebt hatte, nach Berlin kam, rückten mir manche Gespräche mit Soldaten, Arbeitern, aber auch mit Vertretern der anderen Bevölkerungsschichten, Parallelen zu jener völkischen Geistesentwicklung nahe, die ich soeben im Osten ihr Fiasko erleben sah. Damals wollte man in Deutschland von derartigen Parallelen nichts wissen und man wies mit Stolz auf den großen Unterschied der kulturellen Entwicklung zwischen dem deutschen Volksgenossen und dem russischen Muschik hin. Es herrschte also die Ansicht vor, daß der Bolschewismus nichts anderes als eine durch kulturelle Minderwertigkeit des Volkes mißglückte Revolution sei.

Nun soll gewiß nicht bestritten werden, daß manche besondere Häßlichkeiten im Verlaufe der russischen Revolution von 1917 und 1918 ihre Erklärung in den Besonderheiten der slawischen Rasse, des tatarischen Erbes und der durch den Zarismus bedingten Unkultur der großen Masse finden. Es ist auch nicht zu verkennen, daß innerhalb der Intelligenz jene Geistesrichtung, die sich durch Unpersönlichkeit und eine mystische Verehrung der Massenweisheit kennzeichnet, einen ausgesprochen nationalrussischen Charakter trug. Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß der Bolschewismus weder ein bestimmtes Parteiprogramm darstellt, das nur auf russischem Boden gedeihen könnte, noch auch nur eine besondere Nuance des Temperamentes und der Kultur in der Volksrevolution ist.

Digitized by Google

Vielmehr muß man den Bolschewismus als eine gewaltsame Durchbrechung des demokratischen Grundsatzes bezeichnen, die auf einem hoffnungslosen Sichnichtverstehen von Intelligenz und Volk beruht.

Die Scheidungslinie zwischen Intelligenz und Volk ist dabei nicht einseitig nach dem Schulzeugnis und auch nicht nach der sozialen Zugehörigkeit zu diesen oder jenen Berufskreisen zu ziehen. Zur Intelligenz muß in diesem Sinne derjenige Volksangehörige gerechnet werden, der kraft Bildung oder Verstand in der Lage ist, eine politische Handlung in ihrem Zusammenhange von Ursache und Wirkung zu erkennen, der also nicht nur ein politisches Ziel zu fassen, sondern auch die zu seiner Erreichung notwendige Entwicklung zu überschauen vermag. Die natürliche Folge solcher Einsicht ist ein gewisses Maß von Verantwortlichkeitsgefühl, das als Voraussetzung für eine politische Führerrolle zu gelten hat. Von diesem Verantwortlichkeitsgefühl löst sich nur der vorbehaltlos anarchistisch denkende Intelligente, der seine Ideale erst auf der Zerstörung der bestehenden Kultur aufbauen zu können meint und es daher für möglich hält, das Wohl eines Millionenreiches und mehrere Generationen zu opfern, um in ferner Zukunft ein Reich der Gerechtigkeit zu gründen, an dem die heute Lebenden nicht mehr teilnehmen können. Da es nicht zweifelhaft sein kann, daß der bewußte Volkswille niemals dafür zu haben sein wird, ein Regime von Hunger und Blut, von Ungerechtigkeit und Unfreiheit, auf sich zu nehmen, um den Nachkommen ein fragliches Glück zu schaffen, so mußten kommunistische Experimentatore, wie Lenin und Trotzki, vom ersten Tage der russischen Revolution an darauf bedacht sein, die Intelligenz aus dem staatlichen Leben auszuschalten, um zu verhindern, daß die Massen über die unvermeidlichen Folgen einer übereilten Durchführung kommunistischer Ideen aufgeklärt würden. In der Zeit vor der demokratischen Märzrevolution bis zum Novemberumsturz war diese Ausschaltung der Intelligenz durchgeführt. Sie vollzog sich im Arbeiter- und Soldatenrate, der vom ersten Tage der Revolution ab als kontrollierendes Organ neben der provisorischen Regierung tagte. Obgleich ursprünglich der Arbeiter- und Soldatenrat als Vorläufer der sobald als möglich zu berufenden konstituierenden Versammlung galt, gelang es doch hier, den völlig undemokratischen Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß nur die Soldaten, Arbeiter und landlosen Bauern als die Benachteiligten des alten Regimes zur Durchführung einer wahrhaft sozialistischen Republik berufen seien und daß daher eine Beteiligung des Bürgertums abgelehnt werden müsse.

Diese Unterstreichung des Gegensatzes zwischen Proletarier und Bürger war der erste verhängnisvolle Schritt zur Auflösung des Russischen Staates. Sie schuf

Digitized by Google

jenen sinnlosen Haß gegen alle gut gekleideten Menschen, der die Keime des Bürgerkrieges in sich trug, einen Haß des Unverstandes, der den Ausdruck „Burshui" (Bourgeois) zum wahllos gebrauchten Schimpfworte machte und die Tolstoischen Schwärmereien von Menschenliebe in ihr häßliches Gegenteil verzerrte. Sie schuf, die Gedanken Karl Marx's kindlich mißverstehend, eine „Diktatur des Proletariats", die die einmal gewonnene Macht nicht mehr aus den Händen zu geben wünschte. Es lag psychologisch nur zu nahe, daß der Proletarier, der im S.- und A.-Rate die Alleinherrschaft ausgeübt hatte, sich nicht mehr entschließen konnte, in eine Schmälerung seiner Macht durch eine wirklich demokratische Nationalversammlung zu willigen.

Nun darf man nicht vergessen, daß die russische demokratische Intelligenz die selbstloseste Volksfreundschaft der Welt vertrat, daß von irgendwelchem Kastenegoismus der Gebildeten innerhalb der russischen Demokratie niemals die Rede sein konnte. Als daher die Soldaten- und Arbeiterräte ins Leben traten und allmählich die Zügel der Regierung in ihre Hände nahmen, dachte niemand daran, daß sich die Gebildeten abseits halten könnten. Im Gegenteil. Bis auf die parteipolitisch bereits als kadettisch-bürgerlich festgelegten Führer schlossen sich alle einmütig der sozialistischen Bewegung an und stellten den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten ihre Arbeitskräfte zur Verfügung. Gerade das aber wurde zum Verhängnis der russischen Revolution. Der aus dem Bürgertum stammende Führer konnte, sobald er zur Mäßigung riet, von jedem Schreier, der nur der Volksphantasie Rechnung trug, als „Bourgeois" und damit als Angehöriger einer zur Teilnahme an der Volksregierung nicht zugelassenen Klasse entlarvt und mundtot gemacht werden. Die verdientesten Märtyrer der Demokratie und des Sozialismus, die ehrlich für das Volkswohl eintraten, konnten bald nicht mehr zu Worte gelangen. Denn, sollten die neuen Organe nur diejenigen Schichten der Bevölkerung vertreten, die beim alten Regime die Unterdrückten waren, so mußten die Gebildeten hinter den Ungebildeten zurückstehen. Bereits im Herbst 1917 hörte man in den Soldatenräten die Meinung vertreten, daß der nicht Schriftkundige dem Gebildeten als der politisch Zuverlässigere vorzuziehen sei. So verlor allmählich auch der intelligente physische Arbeiter seinen Einfluß im Volksrate. Namentlich im Heere ging in den letzten Monaten des Revolutionsjahres das Niveau der Führer reißend zurück. Von dem Augenblick an, als die eigentliche Aufgabe der Landesverteidigung nicht mehr ernsthaft in Frage kam, drängten die besonnenen Elemente nach Hause. Die Lebhaftigkeit ihres Verantwortungsgefühls verbot ihnen die dauernde Übernahme einer politisch entscheidenden Rolle. Vollends als die Demobilisation begann, machten die disziplinierten Mannschaften das politische Leben nicht mehr mit. Die Wahlen wurden zur Farce und als Delegierte in den Soldatenrat gingen

Digitized by Google

Diejenigen, die sich dazu drängten, weil sie hier Erwerbsmöglichkeiten witterten. Während in den ersten Monaten im allgemeinen die russischen Soldatenräte die besten Elemente des Heeres vereinigten und ernsthaft für Ordnung und Gerechtigkeit eintraten, gerieten sie jetzt in die Hände der Schlechtesten des Landes, die nicht mehr an die Durchführung eines politischen oder sozialen Programms, sondern nur an die Ausraubung der besitzlichen Klassen zugunsten einer kleinen Gruppe neuer Despoten dachten. Diese verbrecherischen Elemente wurden die Werkzeuge Lenins und Trotzkis — unbelastet durch irgendwelche ideale Ziele oder Hoffnungen.

Gerade diese Elemente aber, deren Laufbahn von einem Weiterbestehen der Diktatur abhing, leisteten in naivem Selbsterhaltungstrieb den schärfsten Widerstand gegen die konstituierende Versammlung, die der Demokratie zu ihrem Rechte verhelfen sollte. Von dem Augenblicke der Auflösung der Konstituante aber geriet die russische Revolution in Widerspruch mit sich selbst. Entstanden und gerechtfertigt durch die Motive der Gerechtigkeit und der Gleichheit, verletzte sie durch gewaltsame Aufrechterhaltung der Diktatur gerade diese unentbehrlichsten Grundlagen der eigenen Existenz. Diese sittliche Selbstzerstörung der Revolution ist es wohl, die man heute als Bolschewismus bezeichnen muß.

Daß der Bolschewismus auf die Dauer nicht lebensfähig ist, hat er trotz künstlicher Verlängerung durch die Schreckensherrschaft schon heute erwiesen. In kurzer Zeit wurde der Wohlstand des Landes vernichtet, ohne daß dadurch den breiten Massen irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile erwuchsen. Das Volk hungerte, wie es unter den schlimmsten Zeiten des Kapitalismus nicht gehungert hatte, und die kümmerlichen realen Trümmer des privaten Reichtums kamen nur den demoralisierten örtlichen Exekutivorganen zustatten, die sie schnell vergeudeten. Der kindliche Gedanke einer tatsächlichen Güterverteilung erwies sich bald in seiner Unsinnigkeit, da die Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung, der Kredit, eben nicht teilbar ist. Das leichtgläubige Volk mußte mit Entsetzen erkennen, daß der unmittelbare Kommunismus wohl reiche Leute arm, aber arme Leute nicht reich machen könne. Längst hat sich die breite Masse des russischen Volkes von der Sowjetregierung abgewendet. Selbst die mit den unerhörtesten Vorrechten ausgestattete lettische Garde hält ihrem Diktator nicht mehr die Treue, der sich auf den Schutz chinesischer Wachen zurückziehen muß. Seine letzte Hoffnung ist die Weltrevolution, die den Bolschewismus noch bis zu dem Augenblicke erhalten könnte, als nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt ausgeplündert ist.

Ist es denkbar, daß solchem Treiben noch irgendwo Helfershelfer entstehen könnten? Es scheint, daß jedes Volk seine Erfahrungen für sich machen muß. Auch Deutschland hat sich jetzt mit seinen Spartakus-Bolsche-

Digitized by Google

wiſten auseinanderzuſetzen. Für alle aber, denen das Wohl des deutſchen Volkes, die Freiheit und die Demokratie am Herzen liegen, handelt es ſich jetzt darum, ſich das zu Nutzen zu machen, was Rußland uns gelehrt hat.

Wenn die Bolſchewiſten in Rußland die Ausſchaltung des Bürgertums aus den Volksräten verlangten, ſo beriefen ſie ſich darauf, daß weite Kreiſe der Bourgeoiſie unter dem Drucke der Verbündeten für eine Fortſetzung des Krieges eintraten, die das Land nicht mehr vertrug. Dieſe Gefahr iſt in Deutſchland ausgeſchloſſen, da der Friede bereits geſichert iſt. In Rußland galt der ſoziale Charakter der Revolution als durch das Bürgertum gefährdet, da zwiſchen ihm und dem Proletariat ein ſchwer zu überbrückender ſozialer Abgrund klaffte. In Deutſchland fließen Proletariat und Bürgertum ineinander über, ohne daß ſich eine ſtrenge Grenzlinie ziehen ließe, und an einer Neuordnung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe iſt der Mittelſtand zum mindeſten nicht weniger intereſſiert als die Arbeiterſchaft. Liegt ſomit für das Proletariat kein Grund vor, eine Mitarbeit des Bürgertums abzuweiſen, ſo machen die Erfahrungen in Rußland es zu einer Pflicht jedes Deutſchen, ſich der Erhaltung einer demokratiſchen Regierung zur Verfügung zu ſtellen, das Recht auf Vertretung aller Kreiſe der Bevölkerung in den Volksräten durchzuſetzen und unter allen Umſtänden und mit dem Einſatz aller Kräfte auf ſchnellſter Einberufung der Nationalverſammlung nach rein demokratiſchen Grundſätzen zu beſtehen. Völlig verkehrt wäre es, wie das ruſſiſche Beiſpiel beweiſt, wenn die Bürgerlichen als Überläufer zum Sozialismus die Beteiligung am ſtaatlichen Leben zu erlangen verſuchten. Der Bürger muß als ſolcher darauf beſtehen, am politiſchen Leben mitarbeiten zu dürfen. Nur eine umfaſſende Organiſation des geſamten Bürgertums bietet die Möglichkeit, dieſen Verpflichtungen auch im Augenblicke der Not nachzukommen. Es handelt ſich um die ſittliche Rechtfertigung der deutſchen Revolution.

Die Erfahrungen in Rußland richten aber noch ein beſonderes Mahnwort an die deutſchen Heeresangehörigen. Die Soldatenräte ſollen nur ein Proviſorium ſein. Vom Augenblicke an, wo die Nationalverſammlung ins Leben tritt, haben ſie ihre Miſſion erfüllt. Bis zu dieſem Augenblick aber liegt das Schickſal Deutſchlands nicht zum kleinen Teile in ihrer Hand. Die Soldatenräte müſſen auf jener Höhe ernſten Verantwortlichkeitsgefühls erhalten bleiben, auf der ſie heute ſtehen. Nur der Beſte iſt zum Delegierten gut genug, und wer gewählt iſt, darf ſich der ihm durch das Vertrauen der Kameraden geſtellten vaterländiſchen Aufgabe nicht eher entziehen, als bis dieſe Aufgabe erfüllt iſt.

Dann können wir der Entwicklung der deutſchen Revolution mit Zuverſicht entgegenſehen.

Digitized by Google

Das Sackhändlertum in Rußland

Von Adolf Felger

Die Zerrüttung des Verkehrswesens und das Sackhändlertum sind in Rußland innerlich so miteinander verbunden, wie Ursache und Wirkung. Mit dem Zusatz, daß man sich längere Zeit nicht im klaren war, welche der beiden Erscheinungen man als Ursache, welche als Wirkung anzusehen hat. Die russische Wirklichkeit ist tatsächlich so verworren, daß man sich über derartige Zweifel nicht wundern darf. Man behauptete in Rußland lange und überzeugt, daß die Lebensmittelnot, welche das Sackhändlertum ins Leben rief, hauptsächlich von der Unordnung im Verkehrswesen bedingt wäre. Die Lebensmittel- und Verkehrsminister flickten sich lange gegenseitig am Zeug, in endlosen Reden und Debatten. Die letzten Monate, die trotz aller Verworrenheit manche Klärung brachten, haben auch diese Streitfrage gelöst. Das Sackhändlertum hat in seinem Umfange so riesig zugenommen und ist so sehr herrschender Faktor geworden, daß man klar sieht, wie es eine immer größere Erschwerung des Verkehrs hervorruft, während es selbst von ganz anderen, schwereren Ursachen abhängt, als der Zerrüttung des Eisenbahnwesens. Es liegt daher nahe, zunächst zu untersuchen, auf welche Weise das Sackhändlertum seinen jetzigen Umfang erreichen konnte.

Die Verproviantierung der russischen Armee und auch der Bevölkerung lag bis Winter 1915 in den Händen des Privathandels. Um dem bereits stark einsetzenden Spekulations-Unwesen ein Ende zu machen, und um die immer größer werdenden Ansprüche der Armee befriedigen zu können, wurde die Mehlversorgung der Armee, sowie der Bevölkerung dem Privathandel entzogen und ausschließlich der Selbstverwaltung der russischen Gouvernements, der Semstwo, übertragen. Der Grundgedanke dieser Änderung war, daß die Semstwo, auf Grund ihrer Erfahrung auf landwirtschaftlichem Gebiet und ihrer engen Beziehungen mit der Bauernschaft, am besten befähigt wäre, aus jedem Gouvernement das Höchstquantum an Mehl und allen Landesprodukten herauszuholen. Der Gedanke war sicher gut und die Semstwo arbeitete mit Hingebung und hatte großen Erfolg, wenigstens anfangs. Sie sammelte ungeheure Vorräte in den Getreidesammelstellen, verlud das Getreide und Mehl auf Tausenden von Waggons, allein im Norden und Zentrum, sowie für die Armee war trotzdem nicht genug Brot da. Die Mehlhändler ließen sich nur mit Widerstreben ihr gewinnbringendes Geschäft entreißen, und suchten unter den neuen Verhältnissen trotzdem weiterzuarbeiten. Ein Schleichhandel en gros setzte ein, der mit Bestechung in einer sogar für Rußland unerhörten Weise arbeitete. Um den Privathandel zu unterbinden, war strengstens untersagt, Mehl

Digitized by Google

oder Getreide von einem Gouvernement ins andere zu bringen. Die Kontrolle mußte gekauft werden. Besonders toll jedoch florierte das Bestechungswesen auf den Eisenbahnen; für 200—2000 Rubel konnte man einen ganzen Eisenbahnwagen außerhalb der Reihenfolge befördert haben wohin man wollte, während dagegen ganze Züge mit Mehl, von der Semstwo bereitgestellt zur Expedition ins Zentrum und nach dem Norden, wochenlang warten mußten, bevor sie sich in Bewegung setzen konnten. Im Februar 1917 kam die Revolution und das Land erwartete von ihr große Reformen und durchgreifende Maßregeln auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Die neuen Minister aus der Partei der Kadetten versprachen goldene Wunder, arbeiteten aber im großen ganzen nach der seitherigen Methode weiter, unternahmen höchstens viele Reisen, um persönlich in der Provinz nach dem Rechten zu sehen. Jedoch konnten auch sie nichts ausrichten, wenngleich eine vorübergehende Besserung einsetzte und für einen Moment die Getreideablieferungen reichlicher als seither eingingen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, daß die Großgrundbesitzer, welche ja selbst in der Semstwo eine hervorragende Rolle spielen, schon im Jahre 1916 und auch nach der Revolution ihre Fruchtbestände der Regierung beinahe ausnahmslos ehrlich und redlich herausgaben, vielleicht aus dem Gefühl der Vaterlandspflicht, vielleicht weil sie der Kontrolle mehr ausgesetzt waren. Die Lage der Brotfrage wurde 1916 und 1917, wie auch heute, hauptsächlich von dem kleinen Bauern bestimmt.

Der Schleichhandel en gros jedoch war nach der Revolution bei dem riesigen Interesse des ganzen Landes für diese Frage unmöglich gemacht. Der Schleichhandel en detail setzte ein. Bei der zunehmenden Brotknappheit im Zentrum und im Norden, wie auch in den äußersten brotlosen Gegenden des Südens fuhren nämlich die Verbraucher in die brotreichen Gegenden und brachten 1 oder vielleicht 2 Säcke Mehl nach Hause. Ärmere Leute mußten sich auch mit halben Säcken begnügen, und fuhren dafür öfter. Im August 1917 hatte diese Erscheinung so sehr zugenommen, daß der damalige sozialistische Verkehrsminister auf einem Parteitag plötzlich und unerwartet erklärte, und zwar „laut und dem ganzen Lande zur Kenntnis", daß in den an der Wolga gelegenen brotreichen Gouvernements „tausende und abertausende von hungrigen Verbrauchern aus dem Industriegebiet des Zentrums und Nordens, mit Säcken auf dem Rücken 100 Werst und mehr zur Bahnstation und zur Dampferhaltestelle marschieren, vor Erschöpfung zusammenbrechen und tagelang Züge und Dampfer an sich vorbeiziehen sehen, ehe es ihnen gelingt, sich einen Platz zu erkämpfen." Diese Mitteilung wirkte bombenartig, denn auf einen solchen Umfang der Not hatte sich das Land doch nicht gefaßt gemacht. Da roch es ganz deutlich nach Katastrophe und Hungertod. Es sei hier jedoch zum besseren Verständnis betont, daß es sich hier um Sackträger handelt, die für eigenen Bedarf und um nicht Hungers zu sterben, wo-

Digitized by Google

fuhren und sich Brot holten. Kerenski ergriff eine Maßregel, die ihm sehr radikal vorkam und von der er sich vielleicht Rettung versprach; er verdoppelte im August oder September 1917 die Regierungspreise, so daß das Pud (16 Kilogramm) Roggen jetzt mit 10 Rubeln bezahlt wurde. Jedoch verschlimmerte sich die Lage weiter. Der Monat Oktober brachte die Herrschaft der Bolschewisten. Sie erklärten in erster Linie und in der ersten Stunde ihrer Herrschaft das Getreidemonopol, und forderten von den Bauern sämtliche Frucht, die sie nicht zum eigenen Bedarf und zur Saat benötigten. Sie brachten auch, dank ihrer Energie und der Furcht, die sie einflößten, die Fruchtablieferung anfänglich in Fluß, allein sie stießen ebenfalls auf den Widerstand der Bauern, welche jetzt anfingen ihre Frucht zu verstecken, sie einzugraben usw. Mit der Einführung des Getreidemonopols hatte die Regierung das Recht, alle Frucht, wo sie sie und wie sie sie auch antraf, zu konfiszieren und das betraf zwar in erster Linie die Bauern, aber auch die Sackträger. Gegen die letzteren wurde gleich schonungslos vorgegangen. In sämtlichen brot- und produktenreichen Rayons bekamen die örtlichen Behörden strenge Weisung, Bahnhofswachen aufzustellen. „Jedermann wird aufgefordert, diejenigen zu denunzieren, welche Lebensmittel aus unserem Bezirk herausschleppen, das konfiszierte Gut wird dem Denunzianten als Belohnung überlassen", las ich auf allen Bahnhöfen des Gouvernements Saratow in Wandanschlägen. Durch Unterdrückung des Sackhändlertums bzw. des Hamsterns hoffte man dem Bauern die Möglichkeit, sein Brot zu Wucherpreisen zu verkaufen, zu nehmen, und, hätte man nur der Bevölkerung reichliche Brot- und Mehlrationen ausgeben können, wäre der Zweck erreicht worden und die Bauern hätten keine Seitenkäufer mehr gehabt. Das versteckte und vergrabene Getreide wäre ihnen verfault. Allein die Bolschewisten, mehr denn alle vorausgehenden Regierungen, befanden sich hier in einem verhexten Kreis, aus dem es keinen Ausweg gab. Da sie der Bevölkerung nicht genügende, oder besser nur Hungerrationen geben können, ist diese darauf angewiesen, zu hamstern, d. h. auf der Seite zu kaufen. Solange man hamstert, wird der Bauer seine Frucht verstecken, um sie „hintenrum" zu verkaufen.

Während der Anfangszeit der bolschewistischen Herrschaft nahm die ganze Presse, die sozialistische, nichtbolschewistische einbegriffen, entschieden Stellung gegen das Getreidemonopol und schrieb tagtäglich, unermüdlich für die Freigabe des Getreidehandels, in welcher sie die einzige Rettung vor der scharf zunehmenden Hungersnot sah. Man schrieb einleuchtend, berief sich auf die Erfahrung in der Ukraine, auf die analoge Brotkrise während der französischen Revolution. Allein die Bolschewisten hielten starr am Getreidemonopol fest und unternahmen energische Schritte, um dasselbe von der Theorie in die Praxis umzusetzen. In erster Linie wurden die Getreidebestände in den produzierenden Gouvernements

Digitized by Google

festgestellt und den Bauern die überflüssigen Vorräte abgenommen. Sie erwiesen sich als sehr unbedeutend, denn die Bauern hatten einen Teil ihrer Vorräte unauffindbar auf die Seite gebracht. So nahm die Not im Laufe des Frühjahrs 1918 nur zu, und man faßte im April 1918 den Entschluß, die rote Garde zu mobilisieren, „für den Kreuzzug ins Dorf, nach dem versteckten Brot". Die Haltung der nichtbolschewistischen Presse zu diesem Versuch war höhnisch-ironisch, sie schlug im März/April 1918 immer noch die Freigabe des Brothandels als einzige, unumgängliche Maßregel zur Linderung des Hungers vor. Diese Haltung beweist, wie wenig die ganze bürgerliche und gemäßigt sozialistische Presse den wahren Charakter der Bolschewisten verstand und einfach übersah, daß die Regierung auf Grund ihrer immer offener heraustretenden kommunistischen Theorien eben vom Getreidemonopol nicht zurückweichen konnte. Diese Presse verstieg sich sogar dazu, die Motive der Regierung, die doch eigentlich klar zutage lagen, zu verdächtigen, indem man ihr unlautere Absichten unterschob und zwar spielte man darauf an, daß die am Ruder stehenden Leute im Dienste der deutschen Regierung und für deutsches Geld absichtlich die Lage in Rußland verwirrten, absichtlich den russischen Handel unterbänden, um Rußland vollständig geknebelt in die Hände der deutschen Kapitalisten, im nötigen Momente, zu überliefern. Selbstverständlich trugen solche Verdächtigungen nur noch mehr dazu bei, die Mehleingänge zu verringern. Über den Verlauf selbst des vorerwähnten Kreuzzuges hörte man aber so gut wie nichts, so daß man für alle Fälle annehmen kann, daß er keine positiven Resultate brachte. Man sprach davon, daß die rote Garde, wenn sie in die Dörfer kam, um Brot aufzustöbern und zu requirieren, überall mit Maschinengewehren empfangen wurde. Ich bin der Ansicht, daß die Rote Garde gar nicht in die Dörfer ging, oder aber, daß man etwaige Versuche bald einstellte, denn im Gouvernement Saratow, dem fruchtbarsten und reichsten Gebiete des bolschewistischen Rußlands, habe ich nirgends von der roten Garde, die nach Brot gekommen wäre, gehört, trotzdem ich gerade um diese Zeit daselbst lebte. Vielleicht wollte man mit dieser Drohung des „Kreuzzugs" nur auf die Bauern einwirken, im Sinne einer beschleunigten, freiwilligen Mehllauslieferung. Im Juni kam noch eine weitere, überaus wichtige Störung in die schon in der Agonie liegende Mehlversorgung des Zentrums, nämlich das Auftreten der Tschecho-Slowaken, welche den Verkehr mit Sibirien abschnitten und keine Getreidelieferungen mehr durchließen. In diesem Moment der äußersten Not kam, auf Anraten Lenins, die bolschewistische Regierung auf die Idee, in jedem Dorf, wo Brot wäre, die Dorfarmut gegen die reicheren Bauern, die „Protzen", die das Mehl versteckten, zu organisieren. Man richtete die sogenannten „Ausschüsse der armen Leute" ein, welche die Aufgabe haben sollten, alle Vorgänge im Dorf genau auszuspionieren, alle verdächtigen Mani-

Digitized by Google

pulationen zu überwachen, und alle Mehl- und Getreidevorräte im Dorfe der Regierung zu denunzieren. Es zeigte sich aber bald, daß die Bauern doch eine zu gleichgestimmte Masse darstellen und daß bei ihnen wirkliche Interessengemeinschaft herrscht. Die „Ausschüsse der armen Leute" traten entweder gar nicht ins Leben, oder verschwanden rasch wieder, da der Gedanke, der sie schuf, doch zu künstlich war. Wie man sieht, hatte die bolschewistische Regierung in der Lebensmittelfrage einen Mißerfolg nach dem andern; äußere Umstände, wie das Auftreten der Tschecho-Slowaken, sowie die Ungelöstheit der Landfrage, infolge deren viele Felder unbebaut geblieben waren, mußten die Not bis zu einer tragischen Höhe steigern. Moskau und Petersburg schickten Radiotelegramme nach allen Richtungen und auch in Deutschland erfuhr man von ihnen: „Wir hungern hier, schickt Brot oder die Katastrophe steht uns unmittelbar bevor." Und die Lage war in der Tat die ganze Zeit katastrophal, ohne jede Übertreibung. Die Brotrationen waren im Juli bis auf 50 Gramm täglich reduziert worden und auch diese bekam man nicht jeden Tag. Wie ist es möglich, wird man sich fragen, damit zu existieren, bei äußerster Knappheit an allen übrigen Lebensmitteln?

Die Antwort ist einfach: Das Brot, das die Regierung weder durch Güte noch durch Gewalt aus dem Dorf herausbringen konnte, das brachte der Spekulant unaufgefordert; der Sackhändler existierte und rettete Moskau und Petersburg vom Hungertod. Er kaufte Roggenmehl im Gouvernement Kursk, Tambow, Kostow, Saratow usw. zu 30—60 Rubel das Pud (16 Kilogramm) und verkaufte es in Moskau zu 300—400 Rubel. Auf der Fahrt kann man gut 3 Pud befördern, also Netto-Verdienst auf einer Reise, nach Abzug aller Spesen ca. 750—900 Rubel. Der Sackhändler ist meistens ein junger, kräftiger, geriebener Bursche, Bauernknecht, Arbeiter, Portier oder dergl., in den meisten Fällen gedienter Soldat, der die Schule der Front durchgemacht hat. Ich fragte so einen Sackhändler, ob er schon viel Ersparnisse gemacht habe. „I wo," antwortete er, und zeigte mit einer ausdrucksvollen Geste auf seine Gurgel: „Glauben Sie denn, der Schnaps sei billig? Für 1 Wedro, der früher einige Rubel kostete, muß ich heute 450 Rubel hinlegen. Mein ganzer Verdienst geht mir durch die Gurgel, und bei denen da auch," zeigte er auf seine Kameraden. Der Absatz in Moskau geht sehr leicht vor sich, das ist alles gut organisiert. Nur gehört Vorsicht dazu, denn man kann nie dafür haften, daß einem die Rote Garde das Mehl nicht abnimmt. In letzter Zeit, hauptsächlich nach der Schließung vieler Moskauer Fabriken auf 3 Tage in der Woche, hat sich das Kontingent der Sackträger wieder um eine Menge von Verbrauchern vergrößert. Arbeiter und Arbeiterinnen fahren in den 3—4 freien Tagen in die Provinz, kaufen dort ein oder zwei Pud Mehl, etwas Butter und Eier und sind so für einige Zeit wieder gedeckt. Ferner tun sich ganze Gruppen von ca. 30—40 Mann aus einer Fabrik zusammen, beschaffen sich durch Be-

Digitized by Google

stechung oder Überredung von niederem Bahnpersonal einen Waggon, fahren ebenfalls in die Provinz und bringen nach einigen Tagen eine Menge Lebensmittel zurück. Nun kann es aber passieren, daß man während der Reise so eine Gruppe aus dem Wagen, in dem sie unrechtmäßig fährt, heraustreiben will; selbstverständlich leisten die Leute Widerstand und es kommt zu Scharmützeln mit Toten und Verwundeten. Es kann vorkommen, daß den Leuten auf der Fahrt sämtliche Lebensmittel abgenommen werden. Noch in den Straßen von Moskau können sie übereifrigen Rotgardisten in die Hände fallen, so daß die Überführung vom Bahnhof zu den Wohnungen nach allen Regeln der Kriegskunst bewerkstelligt werden muß. Man nimmt den Weg durch ruhige, entlegene Seitengäßchen, an denen Moskau so reich ist, schickt Patrouillen voraus; vor der Fuhre mit den Lebensmitteln und hinter ihr drein laufen Deckungsmannschaften. Man greift zu allen möglichen Kriegslisten, um unterwegs ungeschoren zu bleiben, auf einem Waggondach liegt ein Bauer bequem auf einer Matratze; sie ist natürlich mit Mehl gefüllt. Bäuerinnen laufen mit sonderbar und schwerfällig baumelnden Röcken; diese sind von oben bis unten mit einer Mehlschicht gefüttert. In dem Treiben, das sich um so einen unendlich langen Eisenbahnzug mit seinen 1000 bis 2000 Passagieren auf den Haltestellen entspinnt, ist viel Unverständliches, Läppisches. Die Rote Garde nimmt die Kontrolle der Wagen vor, faßt da einige Säcke aufs Geratewohl heraus und beschlagnahmt sie; 10 andere daneben bleiben vollständig unberührt und interessieren die Kontrollmannschaft nicht. Die in Kisten oder Koffern verpackten Lebensmittel entgehen den Späheraugen beinahe regelmäßig; hauptsächlich auf Säcke ist man aufmerksam. Oder findet man in einem ganzen Wagen, in dem mehrere Zentner Mehl versteckt liegen, nichts Verbotenes und stürzt sich auf einen Laib Brot, den ein verdatterter Bauernjunge auf dem Schoß hält. Bei nächtlichen Kontrollgängen in den Bahnhöfen, die von schlafenden Menschen mit ihren tausenden von Bündeln und Gepäckstücken dicht belegt sind, konnte ich dieselben Szenen beobachten. Hunderte von Spekulanten kommen ungeschoren davon, einige Unglücksmenschen müssen für die Gesamtheit büßen. Besseres Publikum läßt man überhaupt systematisch in Ruhe, als ob sie nicht auch Contrebande mit sich führten. Die Contrebande, die dem Auge des Gesetzes während der Fahrt entging, könnte man spielend beim Aussteigen in Moskau feststellen. Allein sie geht zum größten Teil ungehindert durch die überaus starke und strenge Bahnhofskontrolle. Einige Züge bleiben überhaupt unkontrolliert, andere werden strengstens durchgesehen und es kommt zu Mißhandlungen und Verhaftungen von Sackträgern. So ist das Reisen in Rußland, besonders wenn man etwas Lebensmittel mit sich führt, zum wirklichen Glücksspiel geworden. Einige Passagiere sind seelenruhig, andere zittern bei jedem Anlaß vor Furcht. So ist ganz Rußland unterwegs, um einige Kilo Mehl zu er-

Digitized by Google

stehen, die man an manchen Orten frei kaufen kann, an anderen Stellen dagegen nur mit Aufwand von List und Überredungskunst erhält. Eine Menge Zeit geht unproduktiv durch dieses wochenlange Hin- und Herreisen verloren, wichtige, unumgängliche Reisen dagegen werden verschoben oder unterbleiben. Die Bahnen sind unglaublich überlastet. In der Tat fahren jetzt 30—40 Leute in die Provinz um 60—80 Pud, d. i. ca. 100—120 Kilogramm Lebensmittel zu kaufen und in die Stadt zu bringen. Auf diesen 1000—1200 Kilogramm Lebensmitteln liegt als ganz unnötige, unproduktive Belastung das Gewicht der Einkäufer, das man auf 2000—2400 Kilogramm schätzen kann. Die Eisenbahnen gehen dabei dem sicheren Ruin entgegen.

Jedermann wird klar verstehen, daß die geschilderten Verhältnisse unnatürlich, unhaltbar verworren sind.

Die Frage, warum die Bolschewisten am Getreidemonopol festhalten, während doch die Freigabe des Mehlhandels die Lage sicher ganz bedeutend vereinfachen würde, habe ich vorübergehend bereits beantwortet. Es handelt sich hier darum, daß die Bolschewisten auf breitester Grundlage ihre kommunistischen Theorien verwirklichen und diese Theorien schließen jeden Privathandel als etwas ganz Unnötiges, Überflüssiges aus. Die Hauptindustriebranchen werden monopolisiert, die größeren Unternehmungen sind bereits nationalisiert, die meisten Handelsgroßfirmen sind unter Staatskontrolle genommen. Die Lage hat sich also in den letzten Monaten vollständig geklärt, und ich denke, selbst die bürgerliche russische Presse, wenn sie heute reden könnte, würde jetzt nicht mehr von der Freigabe des Mehlhandels sprechen. Das wäre jetzt ein schrecklicher Anachronismus. Ich denke daher nicht, daß die Brotnot, wenn sie in Zukunft andauern sollte, was nicht wahrscheinlich ist, die Bolschewisten je zur Preisgabe des Getreidemonopols bringen könnte, trotzdem in jüngeren Korrespondenzen aus Moskau diese Möglichkeit in Aussicht gestellt ist.

„Warum", wird man andererseits fragen, „verfolgt man die Sackträger, welche doch im Grunde genommen richtige Rettungsengel sind, und die eigenen Arbeiter, welche in die Provinz fahren, um nicht Hungers zu sterben?" Die Antwort darauf ist nicht ganz so einfach, aber doch ziemlich klar. Erstens stammen die strengen Maßnahmen gegen das Sackhändlertum vom Januar/Februar; damals hoffte man, das Sackhändlertum mit einem gewaltigen Schlag zu vernichten und den Bauern dadurch jede Versuchung zum Verstecken ihres Mehls zu nehmen. Diese scharfen Maßregeln blieben einerseits infolge rein russischer Inertion bis heute in Kraft, trotzdem sich die psychologische und materielle Grundlage für die Verordnungen längst geändert hat. Andererseits ist es nicht angängig, gerade für die bolschewistische Regierung, die Maßregeln gegen die Sackträger offiziell aufzuheben, denn das bedeutete ja eine Förderung der Mehlspekulation. So war die Haltung

Digitized by Google

der Regierung in dieser wichtigsten der gegenwärtigen Fragen, der des Sackhändlertums, in den Sommermonaten 1918 vor Einbringung der Ernte unbestimmt und zweideutig, aber auch nur scheinbar. Es ist positive Tatsache, daß die Regierung gegen die Sackträger vorging, aber lange nicht mit der Energie, die sie bei ernstlichem Wollen entfalten könnte. Wenn die Regierung nur tatsächlich gewollt hätte, so hätte sie in 1—2 Wochen die Bahnen von allen Sackhändlern befreien können. Sie war stark genug dazu. Und energisch genug auch. Man könnte daher ihre Stellung zum Sackhändlertum während dieser letzten schweren Sommermonate kurz so charakterisieren: Passive Duldung, mit unsicherem, wilden Dazwischenfahren, damit die Spekulanten nicht zu sehr den Kopf hochhöben und damit das staatliche Getreidemonopol wenigstens äußerlich gewahrt bliebe.

Damit ist auch die Haltung der bolschewistischen Regierung in der Mehlfrage für die Zukunft klar angedeutet. Nach Einbringung der neuen Ernte, welche in diesem Jahr ganz außerordentlich gut war, werden die bolschewistischen Stadt- und Dorfbehörden der brotliefernden Gouvernements die überflüssigen Vorräte der Bauern feststellen, wobei die Bauern natürlich den Hauptteil wieder unauffindbar auf die Seite schaffen werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß beträchtliche Quantitäten Mehl sich herausstellen werden, und der kritische Moment in der Brotversorgung wird vorbei sein. Dann kann man eine neue echt bolschewistische, radikale Verschärfung der Maßnahmen gegen das Sackhändlertum erwarten, und den Spekulanten wird es sehr schlecht gehen. Die letzten Nachrichten aus Rußland lauten schon in diesem Sinne. Natürlich wird die bolschewistische Regierung auf den hartnäckigsten Widerstand sowohl der Bauern, als auch der Spekulanten und eines großen Teiles der Bevölkerung stoßen und die stramme Durchführung des Getreidemonopols wird für die Regierung auch jetzt eine richtige Kraftprobe bedeuten.

Britischer Wirtschaftskampf

Von Bruno Asch

Für die Menschheit, die immer neu in Haß und Mißverstehen verstrickt ward, kann es aus dieser großen Katastrophe nur eine Rettung geben: den Frieden, der auf freiwilliger Anerkennung der Lebensnotwendigkeiten jedes einzelnen Staates gegründet und von dem unerschütterlichen Willen getragen ist, an die Stelle von Gewalt und Macht: Verständigung, Gerechtigkeit und gegenseitige Achtung zu setzen. Niemand kann sagen, ob der Leidensweg von mehr als vier langen Jahren mit seinen unerhörten Anstrengungen und Schmerzen, ob all die schweren Blut- und Gutopfer genügt haben, um den Menschen das feste Bewußtsein zu geben, daß der Weg, den sie bis hierher gegangen, ein schrecklicher Irrweg ge-

Digitized by Google

wesen und daß eine Erneuerung von innen heraus notwendig ist, um solches Geschehen nie wieder ertragen zu müssen. Nicht in den Institutionen, in den Paragraphen der Verfassung und eines Völkerbundes liegt die Gewähr einer neuen Gemeinschaft, sondern einzig allein in der menschlichen Gesinnung, in der seelischen Einstellung der ganzen Menschheit. Alle Einrichtungen sind nur das Gewand, sind der Ausdruck des wirkenden Willens und als solche von einer sehr großen Bedeutung für die leichtere Durchsetzung der in einem Volke tätigen Kräfte und Empfindungen, aber niemals das Erste, das Entscheidende. Zwischen den Trägern dieser menschenverbindenden neuen Gesinnung und all den Vertretern einer zu Grabe gehenden Zeit wird noch ein schwerer und langwieriger Kampf zu führen sein, und die ganze große Verantwortung für den Ausgang dieses inneren Krieges lastet auf den Menschen der werdenden Welt.

Vor unseren Augen aber spielt sich heute dieser Antagonismus zweier Weltanschauungen ab: in dem Kampf innerhalb der feindlichen Mächte um die Frage des kommenden Friedens. Von dem Ausgang dieser Auseinandersetzung hängt, darüber ist ganz Deutschland sich klar, u n s e r, aber auch der Welt Schicksal ab. Denn Deutschland kann nur zu einem großen und segensreichen Faktor in einer versöhnten Welt werden, ein zerbrochenes, gedemütigtes Deutschland aber wird die Verewigung europäischer Selbstzerfleischung sein.

Bei Betrachtung der Mittel, mit denen unsere Feinde die Zukunft unseres Vaterlandes zu vernichten suchten, spielte eine Hauptrolle die Frage eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege und die Form seiner Durchführung. Bedeutende Teile im feindlichen Lager haben sich dieser Idee gegenüber stets ablehnend verhalten, und ein Frieden der Völkerverbindung würde sie naturgemäß von selbst ausschließen. Es ist deshalb heute unwahrscheinlich, daß diese Drohung zur Tat werden wird, aber es ist notwendig, sich ein klares Bild von den Eingriffen zu machen, die von unseren Feinden während des Krieges verübt wurden und durch die sie die Grundlagen unserer überseeischen Wirtschaftskraft erschüttert und den Neubau überaus erschwert haben. Mit den Gedanken und Kräften bei dem europäischen Kriege und seinen gewaltigen Geschehnissen hat unser Volk sich während dieser Jahre niemals klar gemacht, was ihm draußen an seiner wirtschaftlichen Zukunft geschah.

England hat diesen Krieg mit einer bewundernswerten Konsequenz und Erbitterung geführt, mit dem Bewußtsein, einem Gegner gegenüber zu stehen, den man in allen Wurzeln seiner Kraft treffen muß, wenn man ihn zu Boden ringen wollte. Alle moralischen Wirkungen der englischen Maßnahmen sollen bei dieser Betrachtung ausscheiden. Der Krieg ist geführt worden als eine überlebensgroße Auseinandersetzung zwischen zwei gewaltigen Volkskörpern, und alle Gesetze der Rechtlichkeit sind dabei zurückgetreten. Es war kein Kampf zwischen zwei

Digitized by Google

Gegnern, die morgen einander sich wieder verständigen können, sondern ein Krieg mit allen Mitteln des einzelnen und der Gesamtheit.

Deshalb ist auch ein Frieden der Macht erst möglich, wenn einer der Gegner vollkommen am Boden liegt, aber die werdende neue Gesinnung kann die Basis eines versöhnenden Friedens werden.

Die letzten Jahrzehnte vor Kriegsausbruch standen im Zeichen des englisch-deutschen Wettbewerbes auf dem Weltmarkte, und der große geschichtliche Vorsprung Englands wurde immer geringer gegenüber der überwältigenden Steigerung von Deutschlands wirtschaftlich-expansiver Kraft. Die Ziffern des Ein- und Ausfuhrhandels, die im Jahre 1900 noch keinen Vergleich der beiden Länder zuließen, hatten sich 1913 so sehr genähert, daß in absehbarer Zeit der Vorrang des alten britischen Imperiums der Geschichte angehören mußte. Besonders denkwürdig aber ist die industrielle Entwicklung Deutschlands in den führenden Stoffen der neuen Zeit: in Eisen und Kohle, gewesen:

Großbritannien *)	hat	1893	6 977 000 tons	Roheisen
		1913	10 749 000 „	„
		1893	164 326 000 „	Kohle
		1913	297 412 000 „	„
Deutschland		1893	4 906 000 „	Roheisen
		1913	18 982 000 „	„
		1893	72 665 000 „	Kohle
		1913	188 433 000 „	„

erzeugt und in fast allen anderen Zweigen der Wirtschaft hat sich eine ähnlich unverhältnismäßige Entwicklung gezeigt. Deutsche Kaufleute drangen mehr und mehr in alte englische Absatzgebiete, und jedes Jahr wurde es den Führern der britischen Volkswirtschaft deutlicher, daß es sich um eine erst in der Entfaltung begriffene revolutionierende Konkurrenz handele. In allen Teilen der Welt entstanden deutsche Handelshäuser und Niederlassungen, Banken und Industrieunternehmungen. Eine großartige Verknüpfung der deutschen mit der sich entwickelnden Weltwirtschaft war im Gange und wurde die Grundlage einer ständig wachsenden deutschen Kapitalskraft. Deutsche Arbeit fand überall Schätzung und willige Käufer, deutsche Handelsmethoden eroberten die fremden Länder, weil sie in geschickter Anpassung an die Verhältnisse jedes Landes, an die Art der fremden Völker Vorbildliches geleistet haben. (Es entsteht die Frage, warum uns dieses Verständnis für das geistige und politische Sein der anderen so beschämend und gefahrbringend gefehlt hat. Liegt es an der Auslese dieser Kreise, am System unserer Politik?)

*) Anmerkung: Zahlen und Tatsachenangaben stützen sich auf das bemerkenswerte Buch von Otto Jöhlinger: Der britische Wirtschaftskrieg und seine Methoden (Julius Springer, Berlin), auf das auch hier sehr nachdrücklich verwiesen wird.

Digitized by Google

Wieweit diese neidfordernden Erfolge zu dem Ausbruch des Krieges beigetragen haben, steht hier nicht zur Untersuchung. Gewiß nur ist, und dies ist von ernster Wichtigkeit für uns, daß England vom ersten Tage des Krieges ab an die Vernichtung dieser Verbindungen gegangen ist und unseren Welthandel in furchtbarer Weise getroffen hat.

Die wesentlichsten Schritte, die es tat, sind die folgenden gewesen:

Im ganzen britischen Wirtschaftsgebiet hat man durch eine Reihe auf einander folgender Maßnahmen, die immer engere Kreise zogen, sämtliche deutschen Unternehmungen, mit ganz geringfügigen Ausnahmen, unter Sequestration gestellt, zur Liquidation gebracht und schließlich vollkommen aufgelöst. Man hat nicht nur rein reichsdeutsche Unternehmungen so behandelt, sondern jedes Geschäft, das einen deutschen Teilhaber gehabt, in den Kreis dieser Maßnahmen einbezogen, sogar von dem Eigentum in England lebender und auch naturalisierter Deutscher nicht Halt gemacht. So hat England es in diesen vier Jahren dahin gebracht, daß von der Fülle wirtschaftlicher Unternehmungskraft Deutschlands auf englischem Boden nur ein Trümmerfeld geblieben ist. Aber die zielbewußte Tätigkeit unseres entschlossensten Gegners machte dabei nicht Halt. Es ist ihm auch gelungen, seine Verbündeten zu ähnlichem Vorgehen zu veranlassen und somit auch in deren Ländern eine schwere Zerrüttung unserer jahrzehntelangen Arbeit zu schaffen. Aber darüber hinaus hat das teuflisch-geniale System der schwarzen Listen ihm das Mittel in die Hand gegeben, in der gesamten neutralen Welt unsere Beziehungen aufs schwerste zu treffen und zum großen Teil sehr hart zu verletzen. Der Grundgedanke der schwarzen Listen ist, allen Firmen der Welt, die mit einem Deutschen in Verbindung stehen, Deutschen gehören, an Deutsche verkaufen oder von ihnen kaufen, die Lieferung englischer oder kolonialer Erzeugnisse zu sperren und ihnen derart die Aufrechterhaltung ihrer Geschäfte unmöglich zu machen. Auf diese Listen kamen außerdem auch die neutralen Häuser, die an solche Firmen lieferten, die schon auf den schwarzen Listen standen, Reeder, die irgendeiner Firma Waren verfrachteten, die in diesem Verdachte stand, und es kam so weit, daß in neutralem Hafen neutrale Seeleute die Ausladung dieser Güter aus einem neutralen Schiffe verweigerten, aus Angst vor englischen Maßnahmen. Es erklärt sich daraus, wie gering die Zahl der neutralen Kaufleute ist, die aufrecht auf ihrer Freiheit des Wirtschaftsverkehrs bestanden und sich dadurch verfemt und gemieden sahen. Deutschlands Dank und zukünftige Anerkennung gebührt diesen Kämpfern für unser Recht. — — Auch die Patentrechte, die Musterschutzreservate usw. blieben von den verschiedensten Eingriffen nicht verschont, und die alten, in der ganzen Welt eingeführten deutschen Marken wurden auf diese Weise gefährdet und ihr ganzes Absatzgebiet mit minderwertigen Produkten unter demselben Namen überschwemmt. Allerdings ist das Gebiet des Patentrechtes das-

Digitized by Google

jenige, wo sich England im eigenen Interesse eine gewisse Zurückhaltung auferlegte.

Desto bedeutsamer waren die Eingriffe in den Seeverkehr der neutralen Staaten untereinander und mit den kriegführenden Zentralmächten. Die mühsamen Errungenschaften des Völkerrechtes wurden sehr schnell wie ein Fetzen Papier zerrissen, und mit der souveränen Geste der seebeherrschenden Macht gab England seine selbstherrlichen Verkehrsvorschriften. Diese haben sehr bald zu der vollkommenen Seesperre für uns geführt und zu der Kontingentierung des neutralen Verbrauches als Mittel der Abschnürung deutscher Einfuhr. Die Gründung von Einfuhrgesellschaften in den verschiedenen an Deutschland grenzenden Staaten bot eine gute Kontrollmöglichkeit und zugleich eine für die Zukunft wichtige Erweiterung der englischen europäischen Handelsverbindungen.

Im ganzen betrachtet, hat England sein Ziel, Deutschlands Handel in allen seinen Zweigen zu treffen und, soweit es ging, vollkommen zu vernichten, fast ganz erreicht, und wir sehen uns heute vor der Aufgabe, alles neu aufzubauen und von vorn zu beginnen.

Es ist eine gewaltige Aufgabe, die unserer nach dem Kriege harrt. Es gilt, mit einer um Hunderttausende verringerten Menschenzahl an die Neuerrichtung einer großen heimischen Wirtschaft zu gehen, die in vier Kriegsjahren schwerste Wandlungen durchgemacht hat und heute fast ganz von Vorräten entblößt ist. Es gilt, für Millionen von Volksgenossen, Kriegsverletzte, Witwen und Waisen ausreichend zu sorgen, die ungeheuren Wechsel auf unsere zukünftige Arbeit, mit denen der Krieg finanziert wurde, einzulösen und außerdem an den Neubau unserer weltwirtschaftlichen Verbindungen schnell heranzutreten.

Wer will verzagen ob dieser turmhohen Probleme? Ein Deutschland, in dem alle Bürger Luft zum Atmen finden, in dem der Wille des gesamten Volkes an der Erneuerung schafft, wird überraschend schnell diese Aufgaben lösen. Aber es wird sie nur lösen, wenn es die Synthese der liberalen und der sozialistischen Wirtschaftsformen findet: Die Freimachung und Entwicklung aller individuellen Kräfte und ihre organische, kraftgebende Verbundenheit mit der einigen und sozial erneuten Gesamtheit.

Demobilisierungssorgen

Die Frage, wie denn die vielen Millionen aus dem Felde zurückströmender Soldaten ohne allzu große Arbeitslosenkrisis unterzubringen seien, war schon äußerst schwierig, als wir noch auf einen guten Ausgang des Weltkrieges hofften. Immerhin hatte man damals gedacht, die Demobilisierung werde nur ganz allmählich vor sich gehen, da noch für Jahr und Tag unsere Truppen in besetztem Gebiete zurückgehalten würden. Ein Plan war aufgestellt worden, nach

Digitized by Google

dem die Entlassung der Feldgrauen nach Altersklassen und nach Art ihres Berufes usw. vor sich gehen soll. Nur die in fester Stellung befindlichen sollten zunächst in ihre Heimat entlassen werden.

Das furchtbare Schicksal unseres armen Vaterlandes hat, wie alles andere, auch diesen schönen Plan völlig umgeworfen. Die Etappe wird fortab statt im Feindesland auf deutscher Erde errichtet werden, die Feinde werden vermutlich eine sehr schnelle Entlassung der Truppen verlangen, die Grenzbezirke werden sich aus begreiflichen Gründen gegen allzu große Einquartierungen wehren, schon weil sie aus Gründen der Wohnungsnot und Verpflegungsrücksichten ohnehin Schwierigkeiten haben werden, ihre Aufgaben zu erfüllen und schließlich ist wohl die geistige Verfassung im Heere so, daß keiner noch allzu lange sich der scharfen militärischen Zucht wird fügen wollen.

Wir müssen also mit einem plötzlichen gewaltigen Zurückströmen dieser ungeheuren Massen in die Heimat rechnen. Zu allem Überfluß vollzieht sich dieser Massenansturm in einem Zeitpunkte, in dem die Landwirtschaft verhältnismäßig wenig Kräfte benötigt, und die Industrie vor einer Umstellung steht, die vielleicht noch schwieriger ist, als zu Anfang des Krieges; denn der größte, ja noch mehr der einzige Großkäufer, der Kriegsminister, hat keinen Bedarf mehr.

Mithin droht die schlimmste Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen persönlicher, aber auch allgemeiner Art; denn niemals hat Arbeitslosigkeit mehr den Keim zu Unzufriedenheit, zur Auflehnung, zur Gewaltsamkeit getragen, als heute, wo durch verdiente und unverdiente Schicksalsschläge und durch Hetzerei gewissenloser Agitatoren der Boden zur Aufnahme anarchistischer Lehren besser vorbereitet ist als je zuvor.

All diese Tatsachen sind der Regierung nur allzu gut bekannt. Sie kennt vermutlich besser als irgendeine frühere die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, da führende Männer der deutschen Gewerkschaftsbewegung an maßgebender Stelle sitzen. Und wie es scheint, wird in Berlin mit viel Verständnis und Eifer die Frage durchberaten; auch in den einzelnen Staaten werden die neuernannten, meistens sozialdemokratischen Arbeitsminister das Problem der Demobilisierung als ihre erste Aufgabe betrachten, und selbst in den Städten wird mit mehr oder weniger Fähigkeit an der Aufgabe gearbeitet und zu diesem Zweck sind da und dort bereits besondere Stadträte neu bestellt worden.

In welcher Richtung eine Milderung der Gefahr liegt, ist unschwer zu sagen: Es müssen massenweise Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden; Kanalprojekte, die einigermaßen fertig projektiert sind, werden sofort aufgenommen werden müssen, Moorkulturen im größten Umfange durchgeführt werden, der Häuserbau muß wieder begonnen werden. Gerade das ist doppelt nötig, da die Wohnungsnot sehr hart zu werden beginnt.

Digitized by Google

Doch das wird bereits von den Aufgaben des Staates zu jenen der Gemeinden und namentlich des privaten Unternehmens. Wenn dieses sich heute nicht seiner Pflichten, aber auch seiner Möglichkeiten bewußt ist, so stürzt es sich selbst in die fürchterlichste Gefahr. Die Industrie, die in all diesen Jahren gewaltige Gewinne hat einheimsen können, muß sich darüber klar sein, daß sie eine Ehrenpflicht zu erfüllen hat, indem sie ihre früheren Angestellten und Arbeiter, selbst wenn im Augenblicke eine lohnende und volle Beschäftigung nicht vorliegt, von der Straße holt. Wenn man sich erinnert, in welchem Zustande sich fast alle industriellen Anlagen infolge des Raubbaues der letzten vier Jahre befinden, so wird man auch hoffen können, daß Reparaturarbeiten aller Art Verwendung für viele Kräfte sichern. Erfreulicherweise haben bereits alle großen Unternehmerverbände versprochen, auf ihre Mitglieder in dieser Richtung zu wirken, damit diese möglichst alle früheren Arbeiter wieder aufnehmen. Freilich, in einer Überzahl von Fällen wird das ganz unmöglich sein. Wir denken da weniger an jene Unternehmungen, in denen Frauen die Plätze der Eingezogenen eingenommen haben, sondern an jene leider nicht geringe Zahl von Fabriken, die seit Jahr und Tag wegen Rohstoff- und Kohlenmangel ihre Betriebe teils einstellen, teils einschränken mußten.

Auch im günstigsten Falle also, wenn jedermann seine volle Pflicht tut, werden die kommenden Wochen auf dem Arbeitsmarkt eine Belastung bringen, wie sie noch niemals vorher zu ertragen war. Hoffen wir, daß auch diese Gefahr einigermaßen erträglich überwunden wird. Severus Linter.

Brief an die „Deutsche Politik"

Eine neue Vertretung der Auslandsdeutschen.

Eine der meist erörterten Fragen ist die der Neugestaltung unserer Diplomatie. Unsere Auslandsvertreter haben es leider selten verstanden, in das Leben der betreffenden Völker einzudringen und noch weniger die fremden Staaten mit dem wahren Charakter unseres deutschen Volkes bekannt zu machen. (Vergleiche Bonn, Amerika als Feind.)

Eine Umwandlung unserer Diplomatie kann nun nicht mit einem Schlage vor sich gehen. Wie aber wird es möglich sein, neues Leben in das Getriebe unserer auswärtigen Politik zu bringen?

Wir stellen zur Erörterung die Frage einer ständigen, auf Grundlage des Reichstagswahlrechtes beruhenden Vertretung der im Ausland lebenden deutschen Staatsuntertanen, deren Aufgabe es vor allem wäre, sowohl die Regierung als auch das Parlament in ständiger Fühlung mit dem Leben des Auslandes zu unterhalten, nicht nur beratend, sondern auch in hervorragendem Maße anregend. Die Vorteile eines derartigen Zusammenarbeitens dürften jedermann einleuchten. Man denke sich, daß wir eine derartige Vertretung bereits vor dem Kriege besessen hätten. Wieviele Fehler wären vermieden worden — z. B. in der Behandlung von Amerika und Polen —, wie ganz anders wären Regierung und Parlament über die wirkliche Weltlage und vor allem über die

Digitized by Google

Psyche und Sympathien der einzelnen Völker unterrichtet gewesen. Welch bedeutendes Orientierungsinstrument würde unsere Regierung bei den kommenden Friedensverhandlungen in ihnen haben.

Bei der Erörterung der praktischen Durchführung ist zunächst als erster Punkt die Durchführung der Wahl der Abgeordneten zu berücksichtigen. Es wäre töricht, sich die Schwierigkeiten der Wahl zu verhehlen. Die größte Schwierigkeit böte wohl die Frage der Vereinigung der Wähler zu Wahlbezirken. Am einfachsten wäre dies natürlich dort, wo viel Deutsche verhältnismäßig dicht beieinander wohnen. Mit der amtlichen Leitung der Wahl selbst könnten wohl ohne weitere Bedenken die Konsulate betraut werden. Im ganzen genommen dürften sich bei einem der Größe der Aufgabe entsprechenden ernsten Willen für Fachleute kaum unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben.

Die zweite Frage ist die der Vertretung selbst. Die erste Möglichkeit läge in einer Eingliederung in den Reichstag. Der Vorteil dieser Lösung wäre vor allem einerseits in der Nichtbelastung der Geschäftsführung durch eine weitere Körperschaft und andererseits in der direktesten Fühlungnahme mit dem Gesamtparlamente zu erblicken. Bei weiterem Erwägen ergeben sich jedoch eine Anzahl von Bedenken; zunächst vom verfassungsrechtlichen Standpunkte, aber auch fernerhin von rein praktischen Gesichtspunkten aus. Bei der oft recht erheblichen Reisedauer würde einem großen Teile der Vertreter nur ein Bruchteil des Jahres für die Sitzungen zur Verfügung stehen. Des weiteren dürfte sich aus dem Umstande, daß der größte Teil unserer Auslandsdeutschen Geschäfts- bzw. Kaufleute sind, und andererseits fast alle Fragen der auswärtigen Politik in engem Zusammenhange mit Wirtschaftsfragen stehen, ein starkes Hervortreten dieses Interessengebietes ergeben. Diese Gesichtspunkte legen die Lösung im Sinne einer für sich tagenden Körperschaft der Auslandsvertreter nahe, womit auch rascheres Arbeiten verbunden wäre. Durch Hinzuziehung führender Parlamentarier der einzelnen Fraktionen würde eine dauernde Fühlungnahme mit der inländischen Volksvertretung ohne weiteres gewährleistet werden. Hierüber hinaus wäre es schon vom Standpunkte der nationalen Zusammengehörigkeit aus wünschenswert, In- und Auslandsvertretung einmal jährlich zu einer gemeinsamen Tagung zu vereinigen.

Am Schlusse dieser Ausführungen seien noch einige über das rein Praktische hinausgehende Gesichtspunkte festgehalten. Die großen, ja unvergleichlichen Vorteile, die die Durchführung der Idee bieten würde, liegen auf der Hand. Der Auslandsdeutsche würde sich erst dann wieder fast durchgängig als eng angeschlossenes Mitglied des Reiches fühlen. Er würde zur Mitarbeit am Ausbau und der Vervollkommnung seines Heimatstaates herangezogen und dadurch fest mit ihm verschmiedet. Es würde ein im besten Sinne friedliches Weltreich entstehen.

Eventuelle Proteste fremder Staaten ließen sich von unserer Diplomatie leicht entkräften; denn erstens ist der Fall völlig neu und daher nicht aus Präjudizfällen zu widerlegen, und zweitens würde — da es ja selbstredend allen Staaten überlassen bliebe, den gleichen Weg einzuschlagen — bei völliger Gleichberechtigung jeder Einwand von selbst zusammenfallen. — Fassen wir aber einmal die allgemeine Durchführung durch alle Kulturstaaten ins Auge, so besteht die berechtigte Hoffnung, daß hierdurch ein mächtiger Faktor zur gegenseitigen Kenntnis und Durchdringung der Völker und damit zur Verhinderung eines neuen Weltmißverständnisses, einer neuen Weltkatastrophe geschaffen werden kann.

Felix Kaiser.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Wirtschaftliche Fragen.

Gottfried Zoepfl gibt in einem von C. Heymanns Verlag veröffentlichten Vortrag „Weltwirtschaftliche Forschung" eine aktuelle Problematik der weltwirtschaftlichen Forschung und ein Bild vom Stande und der Zukunft der Weltwirtschaft, das er aus dem Vergleich mit der unserer Gegner gewinnt. „Die Größe der weltwirtschaftlichen Erfolge Deutschlands erschöpft sich nicht in den weltwirtschaftlichen Interessen, die es aufzuweisen hat und die es auf wichtigen Gebieten an die Seite Englands stellen, sondern darin, daß Deutschland diese zweitgrößte Stellung in der Weltwirtschaft erworben hat sozusagen im Nebenbetriebe, während die Hauptsorge der mächtigen harmonischen Entwicklung und Stärkung der inneren Volkswirtschaft galt." „Und noch etwas bildet die Größe der weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands gegenüber den in Vergleich gezogenen Staaten! Keiner von diesen hat eine so großartige innere volkswirtschaftliche Entwicklung wie Deutschland, und keiner hat diese mit einem Milliardenaufwand von Staats wegen auf so gesunde sozialpolitische Grundlagen gestellt wie Deutschland." Als Ziel bezeichnet Zoepfl: „Wir dürfen nicht bloß auf wirtschaftlichen Erwerb in der Welt ausgehen, sondern, nach einem Wort von hoher Stelle, zugleich auch Kultur auswärts verbreiten. Mit einem solchen weltwirtschaftlichen Programm werden wir auch immer größere Teile des deutschen Volkes für ein geschlossenes Zusammengehen in allen Fragen der Welt- und Weltwirtschaftspolitik gewinnen, wie dies sich ja in den letzten Jahren schon in so erfreulicher Weise bei den Heeres- und Marinevorlagen gezeigt hat."

An die praktische Ausführung dieses wirtschaftlichen Programms geht derselbe Verfasser in einer Schrift über „Mitteleuropäische Verkehrspolitik" (C. Heymanns Verlag, Berlin), die aus einem Vortrag über „Bayerns mitteleuropäische Aufgaben" entstanden ist und die These begründet, daß Deutschland in Zukunft den europäischen Verkehr nicht auf die westlichen Wasserwege beschränken darf, während im europäischen Verkehr Deutschlands die süddeutschen Binnenwasserwege eine geringe Rolle spielten. („Der Verkehr mit Eisenbahnen verliert seine verbindende Kraft bei großen Entfernungen.") Darum ist es „ein wichtiges Kriegsziel" (und eine der Vorbedingungen dafür, daß Bayern seine mitteleuropäische verkehrspolitische Aufgabe erfüllen kann), „daß die Donau ein wirklich freier und leistungsfähiger, aber nur von den Uferstaaten verwalteter Strom wird."

„Kernpunkte liberaler Wirtschaftspolitik" nach dem Kriege" entwickelt Dr. F. Helversen (G. Braunscher Verlag, Karlsruhe). Er zielt auf die Erhaltung und Vermehrung einer breiten Schicht unabhängiger und selbständiger Staatsbürger in Stadt und Land ab, verlangt Schutz der Persönlichkeit gegenüber der „überwuchernden Macht des Großkapitalismus und den schädlichen Folgeerscheinungen der Kriegszeit".

Franz Kolbe stellt in Gemeinschaft mit Eduard R. Besemfelder in einem bei Ferd. Enke, Stuttgart, erschienenen Buch die Frage: „Wie schaffen wir der städtischen Bevölkerung billige und ausreichende Ernährung?" Die Schrift legt besonderen Wert „auf die Nutzbarmachung der städtischen Abwässer, durch welche der Landwirtschaft Mineraldünger in Gestalt von Stickstoff und Phosphorsäure im Werte von vielen Millionen Mark jährlich zur Verfügung gestellt werden könnte, wenn die Städte ihre Kanalisations- und Abwässerkläranlagen entsprechend umbauten". Theoretische Darlegungen (von E. R. Besemfelder und J. Grzimek) treten zusammen mit Berichten über praktische Versuche (in Posen) für die Ausführung solcher Nutzbarmachung ein. Kolbe arbeitet den politischen Einschlag dieser technischen Frage, „den Wirtschaftsfrieden zwischen Stadt und Land" durch wechselseitige Förderung und einträchtiges Zusammenarbeiten heraus.

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale [illegible] Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich bei der Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 29. November 1918 * Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der deutsche Süden hat gemerkt, daß die sechs „Volksbeauftragten" nach ihrer eigenen Meinung und nach dem Anspruch der Berliner nur Ausführungsbeamten des zufällig zustandegekommenen Berliner A.u.S.R. sind. Sind die Herren Ebert und Haase, oder sind die Herren Müller und Molkenbuhr die Lenker des deutschen Schicksals? Der Süden, der verhältnismäßig konsolidierte Verhältnisse hat, empört sich gegen die Diktatur einer Handvoll unverantwortlicher Leute. Hoffentlich stärkt das die sechs Männer, daß sie sich freimachen von dem Zwang. Aber die Fragen des Hintergrundes sind todernst. Wenn einem von Berlin terrorisierten Deutschland der Friede verweigert wird, schließt der Süden, der jetzt schon seine Nationalversammlungen vorbereitet, einfach seinen Sonderfrieden, nicht aus Separatismus, sondern aus Not, um zur Ordnung zu kommen. Man hat im Süden das alte Berliner Regiment nicht geliebt, man wird, und zwar gerade in sozialistischen Kreisen, das neue hassen lernen, wenn es die Möglichkeiten eines halbwegs loyalen Friedens sabotiert.

*

Kein Mensch will den Anschluß verfehlen in der Versicherung, daß er für „Sozialisierung" sei. Ist es notwendig, daß wir, dem Privatkapitalismus völlig fern und seit je Freunde der radikalsten Sozialreform, vor der Gefährlichkeit dieses Programms warnen? Wird heute unsere gequälte unterernährte Volkswirtschaft sozialistischen Experimenten ausgeliefert (die dazu völlig unmarxistisch gedacht sind), so heißt das einfach: die deutsche Produktionsfähigkeit knicken. Und dann werden wir Sklaven des englisch-amerikanischen Kapitalismus, der seinerseits gar nicht daran denkt, jetzt in eine „höhere" Produktionsform überzugehen. Die Männer der Regierung, ja auch die „unabhängigen" Theoretiker Bernstein und Kautsky sind gescheit genug, das Unheil zu übersehen, was radikaler Dilettantismus von links, durch bürgerliche Koketterien gedeckt, aus ihnen herausreißen will; sind sie auch tapfer genug zum Widerstand?

Digitized by Google

Tapfer ist Friedrich Stampfer im „Vorwärts"; er kapituliert nicht vor der Farce von Demokratie, die mit Maschinengewehren die Bildung eines Mehrheitswillens verhindern will. Ernst und einsichtig spricht er zu Arbeitern und Soldaten, daß die Unbesonnenheit der Radaufrohen, die Hemmungslosigkeit innerlich Entwurzelter das ganze Volk noch tiefer ins Unheil stürzen muß und die heute noch feigen und verängsteten Kräfte der Gegenrevolution wecken. Seine ernste Stimme kämpft mit dem hysterischen Lärmen Liebknechts; der Ausgang dieses Kampfes ist heute deutsche Schicksalsfrage.

*

Wo blieb die Würde in der Niederlage? Die Frontarmee zeigt sie; der Flaggengruß der Heimat mag sie wieder stärken. Aber die Sprache der Regierung ist so unsicher, wie die Haltung der Berliner Presse in vielen Stücken schamlos. Die Zeitungsleute wüten gegen den eigenen Körper des Volkes, indem sie dumm, falsch und gewissenlos die „Schuld" am Krieg auf Deutschland zerren. Vor Monaten schrieben sie noch am Gegenbeweis. Bitten sie beim Feinde um gut Wetter? Der verachtet das. Aber sie zerreiben die Seele des Volkes und öffnen sie der Krankheit des Bolschewismus, gegen den sie auf der anderen Seite salbungsvolle Artikel loslassen.

*

Die Revolution gestaltet nicht nur den deutschen Staat um, sondern auch das deutsche Parteiwesen. Dem tut eine Erneuerung dringend not, damit es sich, vor frischen Aufgaben, von den Belastungen der Geschichte befreie. Die bürgerliche Demokratie hat den Weg der Umgestaltung als erste beschritten; die Rechte wird folgen. Heute steht soviel fest, daß der linke Flügel der Nationalliberalen mit der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeht; zu ihnen stößt eine Gruppe demokratischer Politiker, die erst in diesen Tagen sich gesammelt hat. Daß der Schnitt mitten durch die nationalliberale Partei ging, schien unvermeidlich, da hier Männer noch in der Leitung waren, deren Haltung während des Krieges für einen neuen Auftrieb liberaldemokratischer Politik ein schweres Hemmnis gewesen wäre. Stresemann hat, von einigen freisinnigen Parlamentariern unterstützt, die „Deutsche Volkspartei" gegründet, und in der Provinz mag das liberale Bürgertum unsicher sein, wohin es sich wenden soll. Wichtig ist, daß der Berliner Charakter der demokratischen Partei nicht das Land vergewaltige. So dringlich es ist, daß neue Führer, neue Männer erstehen; es genügt nicht, daß die Bank der Mißvergnügten, die bislang sich mit Kommentaren über das Parteienphilistertum beschäftigten, glaubt, nun sei ihr Tag gekommen. Deutschland ist zum Glück nicht Berlin, und es ist etwas anderes, Parteiaufrufe zu stilisieren oder sich mit der Seele des Mannes auf dem Dorf, in der Kleinstadt auseinanderzusetzen.

Digitized by Google

Kritik des nationalen Bewußtseins

Zur Kundgebung des Prinzen Max von Baden

Von Dr. Paul Rohrbach

In der Kundgebung des Prinzen Max von Baden*), die dessen Rechenschaft über die kurzen, aber schicksalsschweren Wochen seiner Reichskanzlerschaft enthält, heißt es: „Das deutsche Nationalgefühl war unterhöhlt worden. Ein Wunder, wenn es anders gekommen wäre nach all den namenlosen Leiden und Enttäuschungen dieser vier Kriegsjahre und nach dem Mißbrauch, der mit dem Patriotismus getrieben worden war."

In diesem Wort „Mißbrauch des Patriotismus" liegt einer der beiden Hauptschlüssel für die Ursachen des Unheils. Der andere heißt: Unfähigkeit, die eigene Position durch Eröffnung des moralischen Angriffs auf den Gegner zu stärken! An dieser Schuld und diesem Mangel sind wir gescheitert. In der Nacht nach dem Revolutionstage in Berlin, dem 9. November, saß ich im Zuge, von Oberschlesien nach Hause fahrend. In Breslau große Unruhe auf dem Bahnsteig, dann plötzlich Stimmen auf dem Korridor: „Nun aber herunter mit Schwarz-Weiß!" Mehrere Soldaten, ein Unteroffizier und ein Matrose drängten sich ins Abteil, entwaffneten einen mir gegenüber sitzenden Offizier, schnitten ihm die Achselstücke herunter und nahmen ihm die Kokarden ab, sachlich und mit höflicher Anrede an den Leutnant; nur einer machte eine verletzende Bemerkung. Noch mehrmals wiederholte sich auf den folgenden Stationen die Szene, daß ein Soldat oder Unteroffizier hereinkam und nachsah, ob noch jemand mit militärischen Abzeichen und Waffen im Kupee saß. „Wir waren fünf Kameraden," sagte der Leutnant; „fünf Tage lang von Belgrad bis an die deutsche Grenze haben wir uns gegen Ungarn und Tschechen erfolgreich der Entwaffnung widersetzt; jetzt geschieht uns das hier in der Heimat!" Wir übrigen Reisenden wußten noch nichts von den Ereignissen des Tages in Berlin. Nur die Abdankung des Kaisers hatte abends ein Extrablatt verkündet. Nach dem, was wir jetzt erlebt hatten, war aber kein Zweifel mehr, wie die Dinge standen. Mein erstes Empfinden bei der Szene mir gegenüber werde ich nie vergessen: daß ein furchtbarer Mißbrauch des vaterländischen Pflichtgefühls bei unserm Volk und Heer vorausgegangen sein mußte, bevor der deutsche Soldat einer solchen Handlungsweise fähig wurde! Ich habe während der letzten anderthalb Jahre viele Beobachtungen bei unsern Soldaten gemacht, unter den Urlaubern

*) Sonderdruck aus dem Dezemberheft 1918 der „Preußischen Jahrbücher", Verlag von Georg Stilke, Berlin.

Digitized by Google

und durch Briefe aus dem Felde. Einmal, schon im Sommer 1917, schickte mir ein Unteroffizier aus dem Westen ein kleines schwarzes Büchlein, das vollgeschrieben war mit Bitterkeiten, daß ein Mann von vierzig Jahren, der Beruf und Familie habe, sich vom jüngsten Leutnant als „Kerl" behandeln lassen müsse, und nicht einmal wisse wofür! Er habe, so schrieb er, Verschiedenes von mir gelesen und wolle mich fragen, weshalb eigentlich der Krieg geführt werde. Wie oft habe ich in Süd- wie in Norddeutschland, wenn ich stillschweigend im Zuge unter den Soldaten saß, ihren Gesprächen zugehört und immer denselben Grundton der Unterhaltung gewonnen, das eine Mal seufzend, das andere Mal drohend: Wenn die da oben bei uns nur wollten, so könnten sie schon Schluß machen! Vor einem Jahre, zwischen Berlin und Hamburg, hörte ich einen Mann aus dem Osten höhnisch erzählen, wie Reichstagsabgeordnete, auch sozialdemokratische, sich von einem hohen Offizier bei der Truppe hätten umherführen lassen, um sich von der Stimmung zu überzeugen, aber nichts zu hören bekommen hätten, als was die Leute versammelt vor den Vorgesetzten sagten. Wie konnte unser (Name eines sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedes) nur so dumm sein! Während der letzten Sommeroffensive sprach ich mit einem Urlauber und fragte ihn, wieweit die Offiziere wohl die Stimmung unter den Mannschaften kannten. „Sie ahnen etwas", war die Antwort; „wüßten sie alles, so würde ihnen grauen!" Diese Dinge habe ich oft mit Offizieren aus dem Felde besprochen, aber bis zur letzten Offensive fast immer die Antwort bekommen: lassen Sie sich nichts einreden, die Stimmung in der Front ist gut, wenn auch jeder nach Hause verlangt!

All das war Täuschung. Es ist richtig, was der Prinz Max schreibt, an den entscheidenden Punkten hätten sich bis zuletzt immer Helden gefunden, Soldaten und Offiziere, die auf ihren verlorenen Posten ausharrten und kämpften, wie nur je in den Tagen unserer Siege, weil sie wußten, daß alles darauf ankam, bis zum Waffenstillstand den feindlichen Einfall vom Heimatland fernzuhalten. Die Front steht unter dem Druck des Feindes, und solange Tapferkeit etwas gilt, erzeugt Druck den Mut und den Willen zum Gegendruck. In der Heimat aber fällt dies psychologische Moment fort, der Mann wird hoffnungslos, wenn er die Not zu Hause sieht, und ergrimmt, wenn er daran denkt, daß er wieder in die Hölle zurück soll und von dem Glauben nicht loskommt, daß alles bald ein Ende haben könnte, wenn die „da oben" nur wollten. Daher auch die Erbitterung auf den Kaiser, dem nicht nur am Kriege, sondern auch am Nichtzustandekommen des Friedens die Schuld gegeben wurde. Immer wieder, wenn die Soldaten ins Kupee kamen und den Leutnant von neuem auf Abzeichen und Waffen untersuchten, stand mir das verhängnisvolle Wort des Reichskanzlers Michaelis vor Augen: „wie ich sie auffasse!" In dem Empfinden der Soldaten und Arbeiter war soviel richtig, daß der alldeutsche Einfluß in der Re-

Digitized by Google

gierung und in der obersten Heeresleitung tatsächlich die Grundlagen einer siegreichen moralischen Offensive für den Friedensschluß im voraus zerstörte: das unzweideutige Bekenntnis zum Verzicht auf jede Art von Gewaltfrieden. Daß man die Ehrlichkeit Deutschlands mit Erfolg verdächtigen konnte, das hat es den feindlichen Hetzern ermöglicht, den Kriegswillen ihrer Völker so lange aufrecht zu erhalten, bis bei uns die Erbitterung über die Fortdauer des Krieges besinnungslos ausbrach.

Mißbrauch des Patriotismus — ein furchtbares Wort! Im Heer und im Volk fraß der Argwohn um sich, daß alle Anrufungen des vaterländischen Empfindens, der Disziplin, der Bereitwilligkeit zu entbehren und zu arbeiten, nur aus dem schlechten Willen der maßgebenden Gewalten stammten, Frieden und Volksrechte zu gewähren. Von einem Führer der Rechten wird erzählt, er habe, als der Zusammenbruch in Sicht kam, verzweifelt ausgerufen: „die Oberste Heeresleitung hat uns belogen und betrogen!" Das war so zu verstehen, daß, wenn der Sieg, der immer noch in sichere Aussicht gestellt wurde, erst errungen war, am Wahlrecht leicht hätte gespart werden können. Wer wollte leugnen, daß solche und ähnliche Rechnungen, die Denkschrift der fünf Verbände, die alldeutschen Phantasien und anderes mehr ein schweres Schuldkonto auf der einen Seite bedeuten? Ohne diese Schuld hätten wir den Krieg lange mit Ehren und mit Erfolg beendet und die Revolution nicht erlebt. Wird aber dadurch das Unheil geringer, das die Revolution, neben der Zerbrechung der alten, das Volk fesselnden Gewalten, über Deutschland schon gebracht hat und noch zu bringen droht? Sind sich die Soldaten und Matrosen, die ihre Offiziere entwaffneten und in einem Tage und einer Nacht den stolzen Bau des deutschen Heeres in einen Haufen Trümmer verwandelten, darüber klar gewesen, daß sie nicht nur dem Krieg ein Ende machten, dem Volk und sich die Freiheit schufen, die sie meinten, sondern auch Deutschland seinen Feinden auslieferten? Prinz Max sagt: „die äußere Disziplin ist zerbrochen, aber es gilt die Treue gegen das eigene Volk und die freiwillige Selbstzucht, die aus ihr entspringt." Zu der Treue aber gehört auch Einsicht. Die Waffenstillstandsbedingungen und noch mehr die brutale Unmenschlichkeit, mit der die Feinde auf ihrer Durchsetzung bestehen, trotzdem Deutschland dadurch der furchtbaren Gefahr des Hungers und der Anarchie ausgeliefert wird, beweisen, daß es nur Redensarten waren, wenn uns solange versichert wurde, der Krieg gelte nicht dem deutschen Volke, sondern dem Militarismus. In den Auseinandersetzungen zwischen Wilson und den Alliierten hat Wilson mit der nominellen Annahme seiner 14 Punkte in der Tat nur den Sieg des Wortes errungen, die Alliierten aber den Sieg in der Sache, denn die Waffenstillstandsbedingungen sind vom Geist der Geheimverträge beim Beginn des Krieges diktiert, und hinter denen stand, wie Prinz Max sagt, nicht der

Digitized by Google

Völkerbundgedanke, sondern der Gedanke an Raub und Ruhm und die Rüstung für künftige Kriege.

Ruhm haben die Ententegenossen in diesem Kriege nicht geerntet, denn nicht ihre Waffen haben Deutschland besiegt, sondern die Alldeutschen und die Revolution. Ruhmbegier ist es auch nicht, sondern Grausamkeit, die sie jetzt dazu treibt, Deutschland, das ihnen auf lange hinaus nicht mehr gefährlich werden kann, in die äußerste Not zu stürzen. Lloyd George hat gesagt: „Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen." Asquith höhnt und sagt, seines Erachtens gingen die Waffenstillstandsbedingungen „in keiner Weise über das hinaus, was die Sachlage gerechter Weise erfordert; Deutschland hat sie sich selbst zuzuschreiben." Es ist klar, daß diejenigen sich geirrt haben, die da glaubten, Deutschland werde durch „Wohlverhalten" und Selbstdemütigung imstande sein, bessere Behandlung zu erlangen. Das ist eine grundfalsche Psychologie unserer Gegner. Im Gegenteil, wir mußten vor den Feinden „wenigstens die Möglichkeit aufrechterhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir *selbst einen hoffnungslosen* Kampf aufnehmen würden". Wohlwollende Neutrale waren es, die dem deutschen Kanzler rieten: „Nehmt nicht den Friedensparteien in Feindesland *ihr letztes wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher Nachgiebigkeit!*"

Die Revolution in der Form, wie sie vor sich ging, bedeutete soviel, wie die Waffen vor einem Feinde wegwerfen, der kein inneres Gesetz sittlichen Anstandes und soldatischer Ritterlichkeit kannte, sondern nur den Trieb zur Rache und zur Zermalmung des Gegners und Konkurrenten, dessen gefährliche Kraft er im vierjährigen Kampf erprobt hatte. Nichts als dieser Wille ist es, den wir jetzt erfahren, und es ist den Lloyd George, Northcliffe, Asquith, Clemenceau, Foch und Genossen *vollkommen gleichgültig*, ob sie ein imperialistisches, ein demokratisches, ein sozialistisches oder sonst ein Deutschland vor sich haben. Deutschland, d. h. *das deutsche Volk*, soll kraftlos gemacht werden, das ist alles; Völkerbund und Gerechtigkeit sind Phrasen, nichts weiter. Wilson mag sie vielleicht als Wirklichkeiten im Sinne gehabt haben; dann hat ihm aber die Kraft gefehlt, auch nur ein Tüttelchen davon in die Bedingungen des Waffenstillstandes hineinzubringen.

„Werden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ausgeführt", sagt Prinz Max, „*so ist der Völkerbund tot, noch ehe er geboren war.* Seine Grundidee verlangt, daß kein Volk in Ketten an den Verhandlungstisch geführt wird, sondern daß ihm die Kraft gelassen wird, sich aus freiem Willen der neuen Rechtsordnung zu fügen. Die Bedingungen der Entente aber sollen uns

Digitized by Google

wehrlos machen auch gegen die größte Unbilligkeit — sollen unserem Volke die Kraft nehmen, seine Wunden zu heilen ... Man glaube nicht, daß heute die Stimme des deutschen Volkes wirkungslos verhallt. Das Recht, auch unser Recht, hat Anhänger in allen Ländern, aber sie werden lahm gelegt, wenn wir selbst mit Unterwürfigkeit die Schmach hinnehmen, als ob wir sie verdient hätten". Und vorher: „An einen Widerstand mit Waffengewalt gegen die Bedingungen der Feinde ist heute nicht mehr zu denken. Es gibt aber einen moralischen Widerstand gegen das Unrecht zu dem gerade diejenigen verpflichtet sind, die sich immer dagegen gewehrt haben, daß Deutschland seinen Feinden Unrecht tut. Die Feinde sollten den Zorn des ganzen deutschen Volkes vernehmen, und wenn die Regierung fühlt, wie das Volk, so soll sie es sagen!"

Ich habe in dieser Zeit mit neutralen Freunden gesprochen, und sie haben mir übereinstimmend bestätigt: als die Bedingungen des Waffenstillstandes im Auslande bekannt wurden, gab es nur eine Erwartung: Deutschland würde in einem flammenden Protest gegen die Schande emporfahren, die ihm zugemutet wurde. Statt dessen kamen Dinge wie die Note des neuen bayerischen Regierungsleiters mit der demütigen Bitte um Verzeihung für alle früheren deutschen Sünden, wie das würdelose Bittgesuch der deutschen Frauen und lange Stummbleiben der neuen Reichsregierung vor dem Schlag, der dem ganzen deutschen Volke zugefügt wurde. Das Ausland staunte — die leidenschaftlichsten Freunde der Entente z. B. in Schweden und in der Schweiz waren erstarrt über die Bedingungen, sie hielten es für undenkbar, daß Deutschland sie so hinnehmen würde — dann aber löste sich das Staunen in ein Gemisch von Mitleid und Verachtung. Ja, Verachtung, dies Wort habe ich selbst aus dem Munde eines befreundeten neutralen Politikers und Mitglieds der sozialdemokratischen Partei, gehört, der im Auslande die Wirkung des deutschen Verhaltens erfahren hatte.

Deutschland steht heute unter der roten Fahne und seine Regierung ist sozialdemokratisch. Sie hat die Nationalversammlung in Kürze versprochen, aber es ist begreiflich, daß sie sich bemüht, gleichzeitig für den Sozialismus und für die Macht der Arbeiterklasse so viele und so große dauernde Erfolge zu sichern wie möglich. Das schreckt uns wenig. Ob Sozialismus oder Privatwirtschaft, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit oder, für manche, des Glaubens. Daß Arbeiterschaft und Unternehmertum gleichberechtigt werden, ist recht und billig. Opfer für den Staat und das Gemeinwohl, Opfer für die Abbürdung der Kriegslast mag man von uns verlangen, soviel nötig ist; wir werden sie willig bringen, und wer nicht will, wird mit Strenge gezwungen werden. Herr Hoffmann als preußischer Kultusminister ist schon etwas schwerer zu ertragen, aber schließlich ist von Wilhelm v. Humboldt bis zu ihm der Abstand doch kaum größer, als bis zu Herrn v. Studt,

Digitized by Google

der die Vorfrucht für Herrn Hoffmann war. Das alles sind keine entscheidenden Fragen. Welche wirtschaftlichen Produktionsformen und sozialpolitischen Einrichtungen wir erhalten, einen wie starken Ruck nach der sozialistischen Seite die bisherige bürgerliche Wirtschaft erfahren soll, das zu bestimmen ist zwar eine sehr verantwortliche Sache, aber nicht das Oberste und Letzte für unsere Zukunft. Das Oberste, Letzte und Entscheidende ist etwas anderes: das Schicksal der nationalen Idee! Hier wird es sich zeigen, ob und wie lange die jetzige Regierung das moralische Recht wird beanspruchen können, zu fordern, daß die ganze Nation jetzt in der Stunde der Gefahr hinter ihr steht. Nicht Sozialismus oder Privatwirtschaft ist die Frage, an der sich das entscheidet, sondern Festhalten des nationalen Gedankens, der nationalen Ehre und Würde, oder Preisgabe dieser Güter, sei es an den Internationalismus, sei es an die nationale Charakterlosigkeit. Bisher hat die Revolution in dieser Beziehung viel Schuld auf sich geladen, auch die Schuld, daß sie sich und dem Volke einzubilden versucht hat, die „internationale" sozialdemokratische Arbeiterschaft der Ententeländer hätte für ein „gereinigtes" Deutschland selbst nur einen Funken Hilfsbereitschaft in der Not übrig. Macht sie ihre Fehler nicht bald wieder gut, so wird ihre Verantwortung für Deutschlands Niedergang nicht kleiner sein, als die der Alldeutschen. Diese mißbrauchten den Patriotismus; die Revolution mißbraucht die natürliche Anlage des deutschen Volkes zur „Gerechtigkeit bis zur Selbstzerfleischung". Wir haben in den letzten Tagen etwas moralisches Aufbegehren gegen die Zertretung durch feindliche Rachsucht und Roheit bemerkt. Aber das ist zu wenig. Es müssen stolzere, zornigere Worte kommen, Worte, die mit der Verachtung der ganzen sittlich gebildeten Menschheit vor dem Forum der Welt und der Geschichte die ganze Verantwortung für das Verbrechen, das an Deutschland begangen wird auf die Gegner schleudern und ihnen zurufen: Ihr, ihr habt den Völkerbund getötet, bevor er geboren wurde, aus eurer Saat werden die Furien erwachsen, die den Weltfrieden, dem ihr lügnerisch zu dienen vorgabt, von neuem verzehren!

Die Feinde selbst fühlen es, daß sie Unrecht haben. Hinter der dreisten Stirn, mit der sie noch heute die Anklagen gegen Deutschland häufen, den Kaiser und die Feldherren zur Verurteilung vor Gericht fordern, sitzt das Bewußtsein der Schuld, des Hungerkrieges, der geheimen Verträge über die Beute, und der Lügen, die sie vier Jahre lang über uns ausgeschüttet haben. Es ist das alte Mittel des schlechten Gewissens, zu beschuldigen, wo man selbst schuldig ist. Jene begreifen aber das Gesetz der moralischen Offensive, wenn sie es auch auf niedrige, unehrliche Art anwenden. Unsere neue Regierung sollte es doppelt begreifen und in diesem nationalen Unglück erhobenen Hauptes dem Feind die Anklage ins Gesicht schleudern, die er verdient. Sie muß das deutsche Volk aufrütteln zum Ver-

Digitized by Google

ständnis seiner Lage; sie muß ihm zurufen, daß der Völkerbund sich als Lüge im Munde rachgieriger und niedrig gesinnter Gegner erweist und daß jetzt nur eins gilt: zusammenstehen wie ein Mann für die deutsche Einheit und Stolz und Würde im Unglück bewahren! Wo nicht, so ist sie in diesem fundamentalen Stück sittlich-politischen Verständnisses nicht besser als die alte Regierung; so spricht sie selber das moralische Todesurteil über die Revolution.

Rede in der Paulskirche

Von Ludwig Uhland

Mehr berühmt als bekannt ist die Rede, die Uhland, Tübingens Abgeordneter, in der deutschen Nationalversammlung am 22. Januar 1849 gehalten hat. Wir bringen sie zum Abdruck, weil ihr Inhalt und Ton heute neues Echo in deutschen Herzen wecken muß.

„Ich erkläre mich für periodische Wahl des Reichsoberhauptes durch die Volksvertretung. In voriger Sitzung habe ich ohne Aussicht auf Erfolg, für den weitesten Kreis der Wählbarkeit gestimmt und folgerichtig auch gegen denjenigen Paragraphen des Entwurfes, vermöge dessen nur regierende Fürsten zu dieser Würde berufen werden können. Nachdem der Beschluß gefaßt worden ist, wie er lautet, bleibt mir übrig, für Anträge zu stimmen, welche gegen die Erblichkeit und eben damit gegen die Bevorrechtigung eines einzelnen Staates oder Stammes, sowie gegen den Ausschluß Österreichs gerichtet sind, vor allem für das vierte Erachten, die Wahl auf 6 Jahre. Ich werde Sie mit keiner langen Rede hinhalten, mein Vorhaben ist einzig, jetzt, da wir vor dem Schlußsteine des Verfassungswerkes stehen, an den Grund desselben, an unseren eigenen Ursprung zu erinnern, dessen Gedächtnis mir nicht überall mehr lebendig zu sein scheint. Es ist in diesen Tagen wiederholt von Jugendträumen gesprochen worden, ich gestehe meinesteils, es verfolgt mich noch immer ein Traum, der Frühlingstraum des Jahres 1848.

Die von einem Teile des Ausschusses angetragene Erblichkeit und die damit zusammenhängende Unverantwortlichkeit ist eine Anwendung der Grundsätze des in den deutschen Einzelstaaten durchgeführten Systemes der konstitutionellen Monarchie auf die neu zu gründende Würde des Reichsoberhauptes. Ich will die Verdienste dieser Staatsform nicht heransetzen, ihre geschichtlichen Leistungen und ihre Nützlichkeit für die Gegenwart, aber ich kann auch eine Schattenseite

Digitized by Google

derselben nicht unberührt lassen, die ich gerade da erblicke, wo die reine Lehre den Lichtpunkt derselben findet. Der unverantwortliche, erbliche Monarch ist ein personificierter Begriff der einheitlichen und stätigen Staatsgewalt, ein allegorisches Wesen, eine Fiktion des Regierens, keine natürliche Wahrheit. Da er nicht vermöge seiner persönlichen Eigenschaften, sondern durch das Erbfolgerecht zur Gewalt berufen worden ist, so müssen für den rechten Gebrauch dieser Gewalt verantwortliche Räte einstehen. Unter dieser Bevormundung kann ein selbständiger Charakter schwer gedeihen und wenn solche Charaktere sich fühlen, wenn sie aus der lästigen Stellung eines lebendigen Gemäldes hervorbrechen wollen, so kommen sie mit dem konstitutionellen Rahmen in Widerstoß. Das System der konstitutionellen Monarchie hat sich in England geschichtlich herausgebildet, hat von da aus weitere Pflanzungen gegründet und ist sodann von der Doktrin als das einzig richtige für alle Zeit festgestellt worden. Ursprünglich deutsch ist diese Staatsform nicht. Die deutschen Wahlkönige, erblich, so lange das Geschlecht tüchtig war, fallen nicht unter dieselbe. Es waren in langer Reihe Männer von Fleisch und Bein, kernhafte Gestalten, mit leuchtenden Augen, tatkräftig im Guten und Schlimmen. Der Mißstand, den ich berührte, hat sich in der obschwebenden Verhandlung auf eine merkwürdige Weise hervorgestellt. Ein Redner hat angeführt, daß der König von Sachsen durch sein verantwortliches Ministerium behindert sei, seine hochherzigen Entschließungen auszuführen, eben diese Form wird uns jetzt als die für ganz Deutschland angemessene dringend empfohlen, von demselben Redner lebhaft gerühmt. Eine mächtige Volkserhebung muß sich aus ihrem eigenen Geiste die ihr angemessene Form schaffen.

Wenn neulich behauptet worden ist, es sei ein Widerspruch, die Monarchie in den Zweigen zu erhalten, und im Gipfel zu entbehren, so glaube ich, diesem Widerspruch einen anderen entgegenhalten zu können. Ist denn unsere politische Neugestaltung von der monarchischen, dynastischen, aristokratischen Seite des bisherigen Staatslebens ausgegangen? Nein! unbestritten von der demokratischen. Die Wurzel also ist eine demokratische, der Gipfel aber schießt nicht von den Zweigen, sondern aus der Wurzel empor. Das wäre dem natürlichen Wachstum der neu erstehenden deutschen Eiche nicht gemäß, wenn wir in ihrem Gipfel ein Brutnest erblicher Reichsadler aufpflanzen wollten. Wollte man der Systematik wegen verlangen, daß der einzelne Teil mit dem Ganzen durchaus übereinstimmen müsse, was ich nicht für nötig halte, so würde daraus nicht folgen, daß das Neue sich dem Alten fügen müsse, vielmehr umgekehrt. Ich bin aber auch der Meinung, daß die Staatsformen oft in der Wirklichkeit nicht so weit auseinander liegen, als in der Theorie und in dem Feldgeschrei des Tages. So werden durch die Aufhebung der politischen Stan-

Digitized by Google

desvorrechte und durch Einführung freisinniger Wahlgesetze die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten, den demokratischen Anforderungen der Neuzeit näherrücken. Ich spreche, wie gesagt, nicht gegen den Fortbestand der konstitutionell-monarchischen Verfassungen, aber davon bin ich *nicht überzeugt*, daß diese Staatsform mit ihren herkömmlichen Regeln für eine gänzlich neue, umfassende Schöpfung, für die Verfassung des deutschen Gesamtvaterlandes *triebkräftig* und maßgebend sein könne. Ich gestehe, einmal geträumt zu haben, daß der großartige Aufschwung der deutschen Nation auch bedeutende politische Charaktere hervorrufen werde, und daß hinfort nur die Hervorragendsten an der Spitze des deutschen Gesamtstaates stehen werden. Dies ist nur möglich durch *Wahl*, nicht durch Erbgang. Hier war freies Feld, hier war offene Bahn für wahre und kühne Gedanken, und ich glaube, daß das deutsche Volk für solche Gedanken empfänglich ist. Man wendet wohl ein: Was vermag ein einzelner Mann ohne Hausmacht, ohne dynastischen Glanz? Aber, meine Heren, in jener Zeit, als wir noch im deutschen Volk einen volleren Rückhalt hatten, als die Staatsmänner noch nicht darauf verzichten mußten, Volksmänner zu sein, wenn wir damals einen Mann gewählt hätten, einen solchen, der in der ganzen Größe bürgerlicher Einfachheit durch den Adel freierer Gesinnung auch die rohe Gewalt zu bändigen, die verwilderte Leidenschaft in die rechte Strömung zu lenken verstanden hätte, gewiß, einem solchen wäre *das gesamte deutsche Volk eine Hausmacht* gewesen. Ein Hauch jenes ursprünglichen Geistes gab sich noch kund in dem Beschluß der Volksvertretung lediglich aus der ihr vom Volke verliehenen Macht, einen Reichsverweser zu wählen. Ein Fürst wurde gewählt, nicht *weil*, sondern *obgleich* er ein Fürst war. Beigefügt war aber die Unverantwortlichkeit, und somit bereits in die konstitutionelle Richtung eingelenkt. Besonders infolge dieser Verbindung habe ich nicht für einen Fürsten gestimmt; ich sah schon den doktrinären Erbkaiser auftauchen, dessen Widersacher ich war, als er noch bei den Siebzehnern in den Windeln lag und der mir auch nicht lieber geworden ist, nun er ernstliche Versuche macht, auf den deutschen Thronsessel zu klettern. Seit jener Wahl ist die Stimmung weiter zurückgegangen und der neueste Beschluß beschränkt die Wahl auf die regierenden Fürsten. Diese Beschränkung kann allerdings auch so gefaßt werden, daß die regierenden Fürsten eben vermöge ihres Regentenberufes, nicht in ihrer dynastischen Eigenschaft, zum Oberhaupt würden gelangen können; denn andere Mitglieder der dynastischen Geschlechter sind ausgeschlossen. Das Wahlrecht in sich ist noch vorhanden, aber allerdings der Kreis der zu Wählenden um vieles verengt. Es ist auch die periodische Wahl dasjenige, wodurch der äußerste Partikularismus noch beseitigt werden kann, der Partikularismus, durch welchen *ein* Fürstenhaus und *ein* Einzelstaat als Volk Gottes für immer über die anderen gestellt wird,

Digitized by Google

welche eben damit, wie der Herr Berichterstatter sich glücklich ausgedrückt hat, in das Verhältnis des Dienens treten würde. Die einmalige Wahl, vermöge welcher das zum ersten Mal gewählte Oberhaupt die Würde vererben würde, diese erste Wahl ist ein letzter Wille, ein besonders feierlicher Verzicht auf das Wahlrecht. Ich hoffe, meine Herren, Sie werden diesen Verzicht nicht aussprechen; er steht in Widerspruch mit dem Geiste, durch den Sie hierher gerufen worden sind. Die Revolution und ein Erbkaiser — das ist ein Jüngling mit grauen Haaren.

Ich lege noch meine Hand auf die alte offene Wunde, den Ausschluß Österreichs. Ausschluß. Das ist doch das aufrichtige Wort; denn, wenn ein deutsches Erbkaisertum ohne Österreich beschlossen wird, so ist nicht abzusehen wie irgend einmal noch Österreich zu Deutschland treten werde. Auch hier glaube ich an die erste Zeit erinnern zu müssen. Als man Schleswig erobern wollte, wer hätte da gedacht, daß man Österreich preisgeben würde? Als die österreichischen Abgesandten mit den deutschen Fahnen und mit den Waffen des Freiheitskampfes in die Versammlung des Fünfziger-Ausschusses eingezogen und mit lautem Jubel begrüßt worden, wem hätte da geträumt, daß vor Jahresablauf die österreichischen Abgeordneten ohne Sang und Klang aus den Toren der Paulskirche abziehen sollten? Die deutsche Einheit soll geschaffen werden; diese Einheit ist aber nicht eine Ziffer; sonst könnte man fort und fort den Reichsapfel abschälen, bis zuletzt Deutschland in Lichtenstein aufginge. Eine wahre Einigung muß alle deutschen Ländergebiete zusammenfassen. Das ist eine stümperhafte Einheit, die ein Drittel der deutschen Länder außerhalb der Einigung läßt. Daß es schwierig ist, Österreich mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen, wissen wir alle; aber es scheint, manche nehmen es auch zu leicht, auf Österreich zu verzichten. Manchmal, wenn in diesem Saale österreichische Abgeordnete sprachen, und wenn sie gar nicht in meinem Sinne redeten, war mir doch, als ob ich eine Stimme von den Tyrolerbergen vernehme, oder das adriatische Meer rauschen höre. Wie verengt sich unser Gesichtskreis, wenn Österreich von uns ausgeschieden ist! Die westlichen Hochgebirge weichen zurück, die volle und breite Donau spiegelt nicht mehr deutsche Ufer. Es genügt nicht, staatsmännische Pläne auszusinnen und abzumessen, man muß sich in die Anschauung, in das Land selbst versetzen, man muß sich vergegenwärtigen die reiche Lebensfülle Deutsch-Österreichs. Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert, ich fühle nur eines bei: Deutschland würde ärmer um alle die Kraft des Geistes und Gemütes, die in einer deutschen Bevölkerung von 8 Millionen lebendig ist. Ich glaube, meine Herren, daß, wenn wir mit einem Bundesstaat ohne Österreich nach Hause kommen, unser Werk nicht überall wird gelobt werden; ich glaube dieses namentlich von dem südlichen Deutschland sagen zu können, wo

Digitized by Google

zwischen der dortigen Bevölkerung und der österreichischen eine nahe Verwandschaft der Naturanlagen und der geschichtlichen Erinnerungen obwaltet. Schonen Sie, meine Herren, das Volksgefühl! Ich werde gegen meinen Landsmann, der vor mir gesprochen hat, keinen Bürgerkrieg führen, aber ich glaube doch sagen zu können, daß auch meine Gesinnung in dieser Beziehung nicht in der Luft hängt.

Wir wollen, meine Herren — gestatten Sie zum letzten Mal —! einen Dombau; wenn unsere alten Meister ihre riesenhaften Münster aufführten, der Vollendung des kühnen Werkes ungewiß, so bauten sie den einen Turm und für den anderen legten sie den Sockel, — der Turm Preußen ragt hoch auf, wahren wir die Stelle für den Turm Österreich! Der Turmspitzen haben wir freilich eine große Zahl, ich will mich anders fassen. Mitten in der Zerrissenheit dieser Versammlung war mir das ein erhebendes Gefühl, daß, so sehr wir uns oft gegen einander aufbäumen, wir dennoch durch das nicht mehr zu brechende, im Volksbewußtsein befestigte Gebot der deutschen Einheit wie mit eisernen Banden zusammengeschmiedet sind; trennen Sie Österreich ab, so ist das Band zerschlagen.

Zum Schlusse, meine Herren, verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen berschenden Einzelstaat, stoßen Sie Österreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, dieses kostbare Volksrecht, dieses letzte fortwirkende Wahrzeichen des volksmäßigen Ursprungs der neuen Gewalt. Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbt ist!"

Großdeutschland und Reichsdeutschland

Von Dr. Hermann Ullmann

Der großdeutsche Gedanke, den der kleindeutsche Imperialismus der Bismarckepigonen so verständnislos beiseite geschoben hatte, ist aufs neue machtvoll aufgeflammt. In der Stunde der Not, da alle Sünden jener falschen Bündnispolitik, die nicht mit Völkern, sondern mit einer intriganten Dynastie Freundschaft suchte, gebüßt werden müssen, besinnt sich das deutsche Volk auf sich selbst. Der Gedanke des Volksstaates, den man bisher, rechts verneinend, links fordernd, meist nur so verstand, daß man einen Staat meinte, an dessen Lenkung alle Schichten des Volkes beteiligt seien, wird nun endlich wieder erfaßt, wie ihn die Kämpfer von 1813 erschaut und wir „Auslandsdeutschen" immer erlebt hatten: als der Staat, der das ganze Volk umschließt. Der ungeheure Irrtum, der in den letzten vierzig Jahren allen tiefer national Empfindenden die Teilnahme am politischen Leben erschwerte, der die treuesten von uns „Auslandsdeutschen" zwar nicht dem Deutschtum, aber dem Reich zu entfremden drohte, ist nun erledigt: als ob die Kraft und Reinheit des nationalen Wirkens irgend etwas zu tun

Digitized by Google

habe mit der Zugehörigkeit zu innerpolitisch reichsdeutschen Parteiungen; als ob die Bejahung oder Verneinung dieses geschichtlich bedingten und begrenzten Bismarckstaates einen Schluß zulasse auf die engere oder losere Zugehörigkeit zu dem immerhin etwas älteren und dauerhafteren deutschen Volke und geeignet sei, die Deutschen in „Nationale" und „Unnationale" zu scheiden. Eine Absurdität, die vielleicht den tiefsten Blick in die eigentlichen Ursachen unserer verfahrenen Innen- und Außenpolitik sowie unseres schiefen Verhältnisses zur ganzen Welt eröffnet.

Es geht nun nicht an, daß irgend welche Schichten und Kreise in Deutschland nachträglich, nachdem die Binde von aller Augen gefallen ist, nur die andern beschuldigen und sich selbst rein von aller Fehle preisen. Haben die rechts schwer gesündigt, weil sie das nationale Bewußtsein gepachtet zu haben meinten und diejenigen, die innerpolitisch, in rein reichsdeutschen Fragen ihre Gegner waren, als Deutsche zweiter Güte, als völkisch minderwertig verklagten, also ohne weiteres ihr (preußisch gesehenes) Kleindeutschland mit dem deutschen Volke gleichsetzten: so haben doch die links nicht minder tief im Reichsphilisterium und Grenzzaunnationalismus gesteckt und nicht minder unentwegt die Reichsscheuklappen getragen. Waren sie einmal „unnational", so wollten sie es gründlich sein. Statt gegenüber der konservativen Anmaßung dabei zu bleiben, daß die Fürsorge für das Gesamtdeutschtum, die Treue zu den Pflichten des Volksbürgers ohne Unterschied allen Parteien oblag, bekämpfte man außenpolitische Ziele, auch wenn sie unzweifelhaft gesamtdeutscher, völkischer Art waren, oft deshalb, weil sie von rechts vertreten wurden, also auch aus rein innerpolitischen Gründen. Ja vielleicht hat die Linke trotz ihrer im Ganzen richtigeren Einschätzung der wirklichen Kräfteverhältnisse in der Welt doch noch schwerer gefehlt: wenn man ihre demokratisch-großdeutsche Vergangenheit in Betracht zieht. Statt die Überlieferungen von 1848 in das neue Reich hinüberzuführen, stellte man sich, allzuwenig schöpferisch, auf das von Bismarck und Preußen geschaffene kleindeutsche System ein, rein oppositionell und von ihm allzu abhängig, und vergaß völlig, welche positiven Ideale aus dem eigenen früheren Vorrat, in getreuer Weiterbildung eben jener Gedanken vom Volksstaat, zu schaffen gewesen wären. Man beschränkte sich vollkommen darauf, den Volksstaat im innerpolitischen Sinne gegenüber dem Obrigkeitsstaat, wie die neuerlich viel verwendeten Schlagworte lauten, zu fordern und geriet damit immer tiefer in die kleindeutsche Sackgasse, deren üble Wirkung man — bei den Gegnern bekämpfte. Daß der Volksstaat mehr als ein innerpolitisches Schlagwort war, haben sehr viele von denen nicht gewußt, die heute plötzlich den großdeutschen Gedanken wie etwas Selbstverständliches empfinden.

Das wird hier nicht gesagt, um unnötigerweise den Überfluß an Anklagen zu

Digitized by Google

vermehren, sondern um die Schwierigkeiten auf dem Weiterwege und die wichtigsten Zukunftsaufgaben auf unserem Gebiete zu zeigen. Gewiß ist schon unendlich viel damit geschehen, daß sowohl die Sozialdemokratie, die immerhin die großdeutschen Ziele am treuesten gewahrt, wenn auch nur wie einen frommen Wunsch gehegt hatte, wie auch die bürgerliche Linke, die Großdeutschland so gut wie ganz vergessen hatte, aber auch die Rechte, nach breiteren Grundlagen ihres allzu partikularistischen Staatsgefühls sich umsehend, und selbst das zum Teil von den Wiener christlich-sozialen und von habsburgischen Sympathien bisher gehemmte Zentrum endlich ehrlich auch für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht fordern. Aber noch immer ist bei den meisten Reichsdeutschen in allen Parteien die Einstellung gegenüber der Frage des gesamtdeutschen Zusammenschlusses falsch und unfruchtbar. Noch immer wird der Anschluß Deutschösterreichs so gesehen, als komme ein Stück Ausland zum Reich, als handele es sich überhaupt dabei für den guten Reichsbürger in erster Linie um das Reich. Um die richtige Einstellung zu gewinnen, muß man in diesem Augenblick wirklich *vor* die Reichsgründung, ja vor 1866 zurückgreifen und muß die Gründung Bismarcks als das verstehen, was sie uns unmittelbaren Nachkommen des Geschlechtes von 1870 sein muß, wenn wir nicht bloß einen Zusammenbruch, wenn wir auch die Möglichkeiten zum Weiterbauen sehen wollen: als einen *notwendigen Umweg*; eine Schulung zu straffem Staatsdenken, zu staatlicher, wirtschaftlicher, sozialer Organisation. Um dieser *methodischen* Errungenschaften willen muß uns auch der jüngst vergangene vierzigjährige Zeitraum, gegen den wir jetzt leicht ungerecht werden, wertvoll sein. Das Sachliche, der politische (auch der kulturelle) Gedankengehalt dieses Zeitraumes kann und darf uns augenblicklich nicht sehr viel bedeuten. Die breite Schicht der unpolitischen Intellektuellen, die trotz alles berechtigten Tadels und alles guten Willens nicht zur Politik und damit nicht zur Führung kommen konnte, stand um dieses inneren Widersinnes willen beiseite: alles was bisher aktive Politik machte, nahm die Methoden für das Wesen, und das von den tiefer Schauenden erkannte Wesentliche fand so gut wie nirgends politischen Ausdruck. Das ist der ungeheure Wert der Revolution: daß sie es denen, die schon längst die Notwendigkeit einer allgemeinen Umkehr empfanden, ermöglichte, mit einem Ruck und ohne Kompromisse aus der Sackgasse herauszukommen. Da wir aber andererseits ohne stetige Entwicklung, ohne Anknüpfung an das Gewordene nicht weiter kommen, so müssen wir den Anschluß dort suchen, wo er im Jahre 1866 dem einen Teil und 1871 endgültig dem anderen Teile der Nation verloren ging; oder dort, wo die Grundideen des deutschen Staatsdenkens, wenn auch in zeitlich bedingter Verhüllung, sich zum Kampfe sammelten: 1848, oder noch besser, wo sie rein und mit dem Abglanz der Ewigkeit geboren wurden: 1813.

Digitized by Google

Nicht ein Stück Auslandsdeutschtum kommt zum Reiche, noch weniger vergrößert sich etwa das Reich, sondern: das Gesamtdeutschtum konstituiert sich neu zu neuer staatlicher Form.

Nur wer einmal frei von allen kleindeutschen Hemmungen, die sich oft so naiv mit alldeutschen Wünschen zusammentaten, die Frage des „Anschlusses" so gesehen hat (wie wir Auslandsdeutschen, namentlich wir Deutschösterreicher sie immer gesehen haben), der allein kann fruchtbar an den großen Aufgaben mitarbeiten, die der bereits beschlossene Neuaufbau Großdeutschlands bringen wird. So viel ich sehen kann, verdrängt im Augenblick die Sorge um die noch ausschließlich reichsdeutschen Angelegenheiten vollkommen die Aufmerksamkeit für jene allgemein deutschen Pflichten. Und doch müßten gerade die aktuellsten von allen politischen Fragen schon möglichst bald als großdeutsche und nicht mehr als reichsdeutsche behandelt werden. Zu dem vielen Neuen und Fremden, das die innere Erneuerung in Reichsdeutschland selbst emporträgt, kommt das Neue und Fremde, welches das so lange abgesonderte, unnatürlich abgesperrte ostmärkische Deutschtum mitbringt. Neu und fremd heißt freilich in beiden Fällen: alt und vertraut, wenn man, wie eben gefordert worden, über die jüngste Entwicklung des deutschen Volkes zurückschaut. Das österreichische Deutschtum gilt vielfach als rückständig. Das ist, wie wir immer betont haben, richtig, aber auch in gutem Sinne. Rückständig ist das österreichische Deutschtum insofern, als es die naturwissenschaftlich, materialistisch und industriell eingestellte Entwicklung des Deutschen Reiches seit 1870 in geringerem Maße mitgemacht hat. Rückständig, insofern als ihm natürlich auch die Rückwirkungen auf diese Entwicklung: Nietzsche, Lagarde, die sozialen und wirtschaftlichen Reformprobleme des letzten Jahrzehnts weniger verständlich und wichtig wurden. Rückständig, insofern als es, auch infolge der Nachbarschaft junger Völker, jenen älteren Nationalismus sich bewahrte, der dem im „staatsnationalen" Denken aufgehenden Preußen-Deutschland verloren gegangen war. Dieses Nationalbewußtsein, wie es in der Zerstreuung, im Gegensatz zu anderen Völkern, aber auch in der Wechselwirkung mit ihnen, besonders gedeiht, ist ja dem Reichsdeutschen vor allem fremd. Seinem Nationalempfinden haftet immer etwas Unerlebtes an, etwas Haltloses, es schwankt zwischen übertriebenem Auftrumpfen und gedanklicher Blässe. Der Deutsche in der Zerstreuung empfindet unmittelbarer national, weiß die Distanzen zu den Nachbarvölkern besser abzuschätzen und ist vor jenen psychologischen Mißgriffen, die dem Reichsdeutschen in aller Welt in Verruf gebracht haben, ein wenig besser gefeit. Beim Deutschösterreicher kommen allerdings Besonderheiten hinzu, die aus seiner schiefen und schon seit 1870 unmöglichen politischen Lage sich ergeben haben. Er neigt vielfach dazu, aus Sehnsucht nach gesichertem nationalem Leben die reichs-

Digitized by Google

deutschen Zustände zu idealisieren, er stellt meist übertriebene Ansprüche an das „Mutterland" und verfällt leicht, wenn er enttäuscht wird, in das andere Extrem. Die chinesische Mauer zwischen den beiden verbündeten Staaten ist ja sehr hoch gewesen, und so fehlt es in Deutschösterreich, so sehr man nach Deutschland geschaut hat (nicht geschielt, wie die schwarzgelben Gnadenempfänger der Dynastie den Deutschen vorwarfen) an der nüchternen Beurteilung der reichsdeutschen Möglichkeiten. Wenn man Mißverständnisse zu vermeiden versteht, die aus diesem Zustande sich ergeben können, so wird die Mitwirkung eines so innerlich beteiligten und dabei vielfach kritischen Beurteilers bei den bisher reichsdeutschen Angelegenheiten sehr fruchtbar sein können. Vor allem aber wird dem erneuerten deutschen Staate der Zustrom an unmittelbarem und gesundem nationalen Empfinden zugute kommen, zumal dieses, schon wegen seiner Anknüpfung an die älteren Überlieferungen, aber auch, weil die national gesinnten Kreise nicht Gefahr liefen, den Einwirkungen höfischer Gunst ausgesetzt zu sein, gut demokratisch ist. Freilich darf man, um das zu erkennen, auch in Österreich nicht ohne weiteres von der bisherigen politischen Vertretung auf die tatsächlich vorherrschenden Gesinnungen namentlich im Bürgertum schließen. Auch in Österreich stand das wirtschaftlich und kulturell besonders leistungsfähige mittlere Bürgertum abseits, ohne vollgiltige politische Vertretung. Was im Parlament als Politik der nationalen Parteien sichtbar wurde, das war meist alles andere als demokratisch, entsprach aber auch längst nicht mehr den wirklichen Wünschen und Bestrebungen eben jener Mittelschichten. Die Sozialdemokratie andererseits hatte sich, durch die nationalen Gegensätze in die Enge getrieben, allzu lange in eine unfruchtbare Zusammenarbeit mit der k. k. Bureaukratie einzulassen versucht und allzu wenig jenem immerhin auch in den Massen lebendigen Nationalismus Rechnung getragen, als daß auch sie den vollgiltigen Ausdruck der im Volke herrschenden Stimmungen hätte bieten können. Erst die jüngste Zeit hat durch die lange angestrebte Verbindung der bürgerlichen mit der sozialdemokratischen und auch dem lebensfähigeren Teil der christlichsozialen Partei ungefähr jenen Zustand geschaffen, der dem innersten Wunsche des deutschösterreichischen Bürgers seit Jahren entspräche. So ist denn auch, zumal die Dynastie viel mehr außerhalb des Volkes stand als in Deutschland, mit einer viel einheitlicheren, stark national und bürgerlich gefärbten Demokratie zu rechnen, die aus Deutschösterreich zum Gesamtdeutschtum kommen wird.

Diesem spezifisch österreichischen demokratischen Nationalismus wird man Möglichkeiten zu rascher Mitarbeit sichern müssen, damit nicht Stauungen im national-politischen Blutkreislauf entstehen. Die reichsdeutschen Parteien werden gut daran tun, bei der Aufstellung ihrer Programme und bei der Vorbereitung zur Nationalversammlung auch an Deutschösterreich zu denken. Am leichtesten

Digitized by Google

wird das wahrscheinlich der Sozialdemokratie werden, die wohl ziemlich restlos mit der deutsch-österreichischen zusammenströmen kann, zumal wenn die beiden reichsdeutschen Flügel sich annähern sollten. Die Christlichsozialen Deutschösterreichs werden vermutlich zum größeren Teile jene Kräfte des Zentrums verstärken, die den Hauptnachdruck auf die sozialen Aufgaben legen. Recht schwierig gestaltet sich die Frage, wo sich die bürgerlichen Parteien und Parteiungen eingliedern werden. Hier ist nicht nur die Zersplitterung auf beiden Seiten, auch die gegenseitige Fühlung am geringsten. Was an ausgesprochen linksdemokratischen bürgerlichen Elementen tätig war, also etwa die bisher kleine Gruppe der Wiener Demokraten, wird sich leicht zur deutschen Demokratie finden. Aber schon die sogenannte deutsch-fortschrittliche Partei, die namentlich in den Sudetenländern einigen Einfluß hat, ist ein so besonderes österreichisches Erzeugnis, daß sie vielfach gegen den reichsdeutschen Liberalismus Stellung zu nehmen gezwungen war. Ihre nationalen Bestrebungen fanden jedenfalls bisher bei der reichsdeutschen Fortschrittspartei keine Heimat. Kein bezeichnenderes Beispiel für das Aneinander-Vorbeireden zwischen Reichsdeutschen und Deutschösterreichern, als die mitteleuropäischen, besonders von Fortschrittlern getragenen Bemühungen, die selbst dem linksliberalen österreichischen Empfinden als ein schwächlich-dilettantisches Steckenbleiben auf halbem Wege zwischen dem kleindeutsch-imperialistischen Staatsdenken und schüchternen, kosmopolitisch-verdünnten großdeutschen Träumen bedeuteten. Je weiter nach rechts, desto größer werden die Mißverständnisse, die merkwürdigerweise die ganze Zeit über unter einer allgemeinen unklaren Sympathie verborgen blieben. Während eben die bürgerlichen Parteien in Reichsdeutschland sich stark nach wirtschaftlichen Interessen differenzierten, blieben in Österreich die älteren Kräfte der Parteibildung, namentlich die landsmannschaftlichen und nationalen, wirksamer. Immerhin kann man sich vorstellen, daß die alpenländischen Abgeordneten der freiheitlichen Parteien den Weg zu einer geeinigten nationalliberal-fortschrittlichen Partei, zu der sich wohl auch die Deutsch-Fortschrittlichen gesellen würden, finden könnten. Die Deutsch-Radikalen, die von den Alldeutschen im Reiche als eine Art österreichischer Flügel, nicht immer zu ihrem Vorteil in Anspruch genommen wurden, hatten wohl, so paradox das bei ihrer ausgesprochen bündnistreuen, enthusiastisch deutschlandfreundlichen Einstellung scheinbar ist, besonders wenig Fühlung mit der reichsdeutschen Entwicklung. Das zeigte sich schon darin, daß sie während des Krieges vielfach gerade von den reichsdeutschen Kreisen nicht verstanden und gebilligt wurden, die sich mit ihnen besonders nahe verbunden glaubten. Hier zeigte sich eben jener verhängnisvolle Irrtum besonders deutlich, in dem viele Gutgläubige in Deutschland gefangen gewesen sind: daß national sein und das Deutschtum im Auslande fördern, hieße: innerpolitisch den Rechtsparteien zu-

Digitized by Google

schrieben sein. Fortwährend gerieten die spezifisch österreichischen Lebensnotwendigkeiten, aus denen auch die oft etwas wirklichkeitsfremden Deutschradikalen nicht herauskonnten, mit der besonderen reichsdeutschen Einstellung ihrer Freunde in Berlin in Widerspruch. So ist gerade hier die vielfach gut gemeinte Bemühung um gegenseitiges Verständnis von äußerst geringem praktischen Erfolge begleitet gewesen und die Deutschradikalen würden, wenn sie nicht überhaupt in gänzlich veränderter Gestalt, mit einem wesentlich demokratischeren Programm und mit sehr viel neuen Männern wiederkommen, am schwersten eine Heimat im bisherigen reichsdeutschen Parteileben finden können. Denn die reichsdeutschen Rechtsparteien stehen praktisch, bei aller betonten Teilnahme für das Deutschtum als Gesamtheit, dem „Anschluß" im Augenblick recht kühl gegenüber. Das wird sich natürlich ändern und ändern müssen, wenn sie weiterwirken und sich nicht eines außerordentlich fruchtbaren Arbeitgebietes berauben wollen.

Die hier angestellten Erwägungen ruhen insofern auf einem unsicheren Grunde, als sie von den jetzigen reichsdeutschen Parteien ausgehen und sich auf die jetzigen deutschösterreichischen beziehen. Immerhin werden, wenn auch in anderen Formen, doch zum Teil die alten Gesinnungen weiterwirken, und es sollten ja auch nur zunächst in allgemeinen Umrissen die Aufgaben angedeutet werden, die aus dem „Anschluß" erwachsen. Auf rein kulturellem Gebiet sind sie vielleicht noch größer als auf dem politischen. Viel könnte einer künftigen Verständigung und Zusammenarbeit genützt werden, wenn zunächst einmal die reichsdeutsche Öffentlichkeit sich entschlossener neben die deutschösterreichische stellte und gegenüber der ganzen Welt das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, so auch das schwer gefährdete Recht der Deutschen in Böhmen und in den Sudetenländern verfechten wollte. Wenn wir gesamtdeutsch empfinden, — und nur wenn das der Fall ist, werden wir aus dem allgemeinen Zusammenbruch unserer Politik wenigstens ein Positivum retten, — so dürfen wir nicht so tun, als wären wir weit davon entfernt. Wir machen uns damit höchstens wieder verächtlich oder erschüttern das kaum gewonnene Vertrauen in unsere Ehrlichkeit. Wir wollten während des ganzen Krieges überschlau sein und setzten uns mit Aufgebot aller Virtuosität, die dem Auswärtigen Amt möglich war, zwischen sämtliche Stühle. Im alten Geheimratsstile, der sich in Preußen-Deutschland so herrlich bewährt hat, kommen wir in dieser völkischen Lebensfrage nicht weiter. Die Regierung wird so lange außenpolitisch nichts wesentliches geleistet haben, als nicht gerade mit jenem Teil unseres veralteten Apparates und politischen „Gedanken"vorrates gründlich aufgeräumt ist, der die sogenannte Bündnispolitik maßgebend und verantwortlich beeinflußt hat. Jetzt tut namentlich schleunigste Ernährungshilfe not. Hat man sie früher dem k. k. „verbündeten" Staate ge-

Digitized by Google

währt, so darf man sie jetzt den einzigen wertvollen und echten Freunden des Bündnisses nicht vorenthalten, die sich genau so lange der Annexion durch einen augenblicklich feindlichen Staat, den tschecho-slowakischen, erwehren können, als sie nicht verhungern. Wesentliche Hemmnisse (wie der wenig verständnisvolle Staatssekretär v. Waldow) sind verschwunden. Das neue Regime wird auf keinem Gebiete als auf dem einer wirklich großdeutschen Politik, einer Politik des Selbstbestimmungsrechtes auch für das deutsche Volk, stärker sein inneres Recht erweisen können. Freilich wird es dazu nur imstande sein, wenn die Öffentlichkeit, die Presse, das deutsche Volk in Reichsdeutschland mit großdeutscher Gesinnung hinter ihr stehen. In keiner Frage kann sich das heutige Deutschland aller Parteien mit solcher Einigkeit und Vorbehaltlosigkeit zusammenfinden, wenn sie recht verstanden wird.

Der Achtstundentag und das neue Arbeitsabkommen

Von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann-Berlin

Am 15. November veröffentlichte die neue Reichsregierung ein Abkommen über die Neuregelung der Arbeitsbedingungen, das 22 der größten Arbeitgeberverbände des Reiches aus allen wichtigen Handwerks- und Industriezweigen mit den maßgebenden Vertretungen der beruflich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft abgeschlossen haben. Der Inhalt dieser Vereinbarungen, der die Grundlagen für die künftige praktische Gestaltung des industriellen Arbeitsverhältnisses und auch für die sozialgesetzliche Regelung unseres bisher noch immer nach individualistischen Gesichtspunkten geordneten Arbeitsvertragsrechts liefern wird, bezieht sich auf das Recht und Verfahren solidarer Interessenvertretung der Parteien des Arbeitsverhältnisses, auf die Unterbringung der heimkehrenden und der Beschäftigung suchenden Arbeiter, auf die Verkürzung der Arbeitszeit und auf die allgemeine Einführung der Arbeitstarifverträge und des paritätischen Einigungswesens.

Dieser soziale Friedensvertrag zwischen Kapital und Arbeit in der Industrie ist, so nachhaltig er in die Arbeitsbedingungen und die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter eingreift und so „revolutionär" seine Grundsätze im Vergleich zu den von den maßgebenden Industriellen bisher gepflegten Traditionen des „Herrn im Hause" anmuten, jedoch keine unmittelbare Frucht der Revolution, sondern ist auf Verhandlungen zurückzuführen, die bereits um die Wende vom Oktober zum November zwischen weitsichtigen und großzügig denkenden Führern der Industrie mit den einflußreichsten Gewerkschaftsführern Legien, Stegerwald u. a. angeknüpft worden sind, um den ungeheuerlichen Anforderungen und Erschütterungen, denen die deutsche Industrie durch die Folgen der [illegible]

Digitized by Google

stürzten Demobilmachung ausgesetzt ist, rechtzeitig in solidarischer Arbeitsgemeinschaft gerüstet gegenüberzustehen. Beide Lager waren sich darüber einig, daß die möglichst vollzählige Wiedereinstellung der heimkehrenden Krieger in ihre alten Arbeitsstellen und angesichts der Rohstoffzufuhrschwierigkeiten eine systematische Streckung der Arbeit neben der Erwerbslosenfürsorge nötig sei, um anarchischer Arbeitslosigkeit, die zum Bolschewismus treiben könne, vorzubeugen und eine gesunde Ordnung aufrechtzuerhalten.

Natürlich konnten die Gewerkschaften und Angestelltengemeinschaften die verantwortliche Mitwirkung an dieser gewaltigen Aufgabe nur übernehmen, wenn sie von den Unternehmern als voll gleichberechtigte Partner in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses anerkannt wurden. Daraus ergab sich dann mit sachlicher Notwendigkeit die allgemeine Einführung des Systems der kollektivvertraglichen Arbeits- und Lohnregelung. Unter dem Druck der Revolutionsnöte ist nun dieses soziale Demobilmachungsprogramm, an dem das neue Demobilmachungsamt unter Köth mitgearbeitet hat, noch weiter ausgebaut und verankert worden. Und die neue Reichsregierung hat durch ihre Unterschrift dem Abkommen auch eine besondere öffentliche Sanktion gegeben, weil diese ursprünglich privaten Vereinbarungen der Parteien schließlich für das Schicksal der ganzen Industrie und der Volkswirtschaft überhaupt in dieser sturmbewegten Zeit entscheidende Bedeutung gewinnen können.

Aus diesem Gedankengang erklären sich die einzelnen Punkte des Abkommens jetzt ohne weiteres. Zunächst Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretungen der Arbeiterschaft — unter Aufhebung der Vorzugsstellung und Begünstigungen, die bisher viele Arbeitgeber den gelben „wirtschaftsfriedlichen" Arbeitervereinen einräumten, — volle Koalitionsfreiheit und gleichseitige Verwaltung der Arbeitsnachweise, die bisher vielfach ein Kampfinstrument in der Hand der einen Partei waren. Wiedereinstellung und Arbeitsbeschaffung für alle heimkehrenden Arbeiter und Angestellten. Einsetzung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen für jeden Betrieb mit mehr als 50 Personen zur Durchführung der Kollektivvereinbarungen, in denen die zuständigen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Hauptnormen der Arbeits- und Lohnbedingungen einheitlich für den ganzen Gewerbezweig festgelegt haben. Jeder dieser Tarifverträge sieht Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter, gleichseitig aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt, zur raschen Klärung und Beilegung von Auslegungs- und Durchführungsstreitigkeiten vor. Über ihnen baut sich als oberste Beschwerde- und Schiedsinstanz mit verbindlicher Spruchkraft ein gleichseitiger Zentralausschuß der beiden Lager auf, der zugleich in allen Demobilmachungs- und sozialpolitischen Fragen der Industrie, insbesondere auch zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten, entscheidend tätig sein soll. Als wich-

Digitized by Google

tiges Kernstück für die Normierung der Arbeitszeit wird von vornherein der Grundsatz des Achtstundentages in das Gesamtabkommen der Parteien aufgenommen. Das Abkommen gilt, sofern nicht durch Gesetzgebung Änderungen nötig werden, „bis auf weiteres", kann aber mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

In der Öffentlichkeit hat die Tatsache, daß in diesem sozialen Arbeitsabkommen der Industrie der Achtstundentag für die Demobilisierungs- und Übergangszeit vereinbart worden ist, mit Recht einen tiefen Eindruck gemacht, wenn auch die Ansicht falsch ist, als sei der von der Reichsregierung allgemein angekündigte Achtstundentag nun bereits für alle Zweige der Volkswirtschaft eingeführt. Allerdings hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe alsbald den Achtstundentag einführen sollen, und im Bergbau sowie in der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung — hier zunächst für die fabrikartigen Betriebsabteilungen, nicht für den Fahrbetrieb, dessen Dienstteinteilung schwierig zu regeln ist — ist sofort die Achtstundenschicht verwirklicht worden, ebenso in manchen großstädtischen Gemeindebetrieben, wie z. B. in München, Berlin usw. Also der Achtstundentag, diese alte sozialistische Forderung, ist auf dem Marsche! Wer sich der schweren Kämpfe erinnert, die oft um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung ausgefochten werden mußten, und daran denkt, wie noch vor 8 Wochen in der westdeutschen Rüstungsindustrie das Begehren der erschöpften und unterernährten Arbeiter nach Verringerung der Arbeitswoche schwersten Bedenken begegnete, wird den großen sozialpolitischen Fortschritt zu würdigen wissen. Auch wenn es nicht in erster Linie sozialphysiologische und ethische Gründe, sondern Absichten der Arbeitsstreckung sind, die zu diesem Fortschritt führten.

In den Reihen der Vorkämpfer für den Achtstundentag, der unter der Losung: Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Genuß! seit den großen internationalen Kundgebungen der Sozialisten am 1. Mai, dem Weltfeiertage der Arbeit, von 1890 an, zu den volkstümlichsten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft gehört, hat man immer wieder betont, daß der Arbeiter, der wohl ausgeruht, freudig und mit frischer Spannkraft an seine Arbeit geht, in 8 Stunden ebensoviel leisten werde wie vordem in 9 bis 10 Stunden. Eine Reihe Erfahrungen und sorgsamer Beobachtungen — z. B. diejenigen Abbes im Zeißwerk in Jena — hat diese Erwartung für eine Anzahl ausgewählter Gewerbezweige mit hochstehender Arbeiterschaft bestätigt.

Gegenwärtig, wo arbeitsfremdete Scharen aus rauhem Krieg in die Betriebe an z. T. zerschlissenen Maschinen und zu Aufräumungs- und Umstellungsarbeiten zunächst zurückkehren, ist natürlich nicht der Augenblick, entsprechende Proben

Digitized by Google

auf das Exempel der Sozialpolitik zu machen, zumal da gerade Streckung der Arbeit vorläufig nottut. Bald aber wird die Zeit kommen, wo wir in Deutschland, das von so zahlreichen Gebrauchsgütern völlig entblößt ist und ungeheuer viele Arbeitskräfte im Kriege eingebüßt hat, die vorhandene knappe Arbeitskraft mit aller Energie schärfer denn je zu höchster Leistung zusammenraffen müssen, um neben der Abbürdung der Kriegskostenlasten unser volkswirtschaftliches Auskommen ohne fortschreitende Verschuldung an das Ausland wiederzuerlangen. Höchste Produktivitätssteigerung der Arbeit ist dann die Losung, noch viel mehr als vor dem Kriege, und diese Losung im Rahmen des Achtstundentages zu verwirklichen, wird keine einfache Aufgabe sein.

Daß der einmal durchgeführte Achtstundentag, selbst unter anderen Verhältnissen, später kaum wieder abgeschafft werden dürfte, ist wohl sicher, es sei denn, daß er doktrinär auch in solchen Wirtschaftszweigen einzuführen versucht würde, die keine ununterbrochene Arbeit sondern überwiegend nur eine Dienstbereitschaft kennen oder von Wetter, Tagesstunde und Jahreszeit so abhängig sind wie die Landwirtschaft. Schematisch läßt sich der Achtstundentag nicht verallgemeinern. Die Pult- und Kopfarbeiter fordern überdies, wie die Beschlüsse des Zentralrats der Angestellten in Berlin beweisen, bereits für sich den Siebenstundentag als Höchstarbeitszeit.

Da Deutschland auch in Zukunft, mag sich seine Wirtschaftsverfassung gestalten wie sie will, mit wichtigen Rohstoffbezügen, die durch Warengegenleistungen bezahlt werden müssen, vom Welthandel abhängig bleibt, so ist es für die Wettbewerbsfähigkeit seiner Produktion, weil der Lohn auch bei achtstündiger Arbeitszeit nicht verkürzt werden darf, wesentlich, daß die anderen Weltmarktsstaaten es nicht mittels ungünstigerer Arbeitsbedingungen unterbieten. Darum ist es nötig, daß der Gedanke des Achtstundentages in der Industrie überall, auch im Auslande werbend wirke und daß bei dem Friedensvertrage bereits durch entsprechende sozialpolitische Klausel seiner internationalen Einführung der Weg gebahnt werde. Für den Bergbau, für die gesundheitsgefährlichen Betriebe und die mit ununterbrochenem Feuer hat schon die interalliierte Gewerkschaftskonferenz in Leeds 1916 den Achtstundentag international gefordert und die internationale Gewerkschaftskonferenz von Bern 1917 hat eine etappenweise Einführung für alle Gewerbe durch Friedensvertragsklausel befürwortet. Diese theoretischen Forderungen werden eine gewaltige Schwungkraft erhalten, wenn ein großer Industriestaat wie Deutschland die Theorie bereits praktisch verwirklicht hat und als Pionier sozialpolitischen Fortschrittes vor die Arbeiterschaft und die Regierungen der kapitalistischen Ententestaaten hintreten kann.

Digitized by Google

Der Zusammenbruch der deutschen Hetman-Politik

Von Axel Schmidt

Auch in der Ukraine stehen wir vor einem Trümmerhaufen unserer Politik. Sie ist in dem Augenblick kläglich zusammengebrochen, als die militärische Stütze versagte, weil sie niemals es versucht hat, sich in den ukrainischen Volksbestrebungen zu verankern. Als Trotzki die Brest-Litowsker Verhandlungen gesprengt und an seine Stelle sich die ukrainische Delegation an den Tisch gesetzt hatte, war Deutschland die große Gelegenheit geboten, moralische Eroberungen zu machen. Das große Kapital an Vertrauen, das uns damals vom ukrainischen Volke entgegengebracht wurde, ist aber durch militärischen Unverstand und diplomatische Unentschlossenheit völlig verfan worden. Die Hauptschuld trifft die militärische Leitung, die das große politische Problem der Einstellung des ukrainischen Staates in die Weltpolitik vom Standpunkt des kleinen Intendanturbeamten ansah, der für einen Sack Getreide bereit war, wichtige politische Entwicklungsmöglichkeiten preiszugeben. Dieser Standpunkt des Militärs wirkte um so verheerender, als sich unsere Regierung niemals zu einem klaren Standpunkt in der ukrainischen Frage hat durchringen können. Dazu kam, daß die Mentalität unserer Militärs und Diplomaten die national-ukrainischen Bestrebungen mit höchstem Mißtrauen betrachten ließ; beide standen gefühlsmäßig mehr auf Seiten des großrussischen und polnischen Großgrundbesitzes, als auf Seiten der ukrainischen bäuerlichen Massen. Freilich muß auch ohne weiteres zugegeben werden, daß das sozialrevolutionäre Kabinett Holubowitsch alles dransetzte, um die Beziehungen zwischen Ukraine und Deutschland zu vergiften. Aber die Opposition gegen diese Männer war im Lande im Wachsen begriffen und ihre Tage näherten sich dem Ende. Die anderen ukrainischen Parteien (Sozialdemokraten, Sozial-Föderalisten und Sozialisten-Samostinikii) bekämpften in der Rada immer zielbewußter den sozialrevolutionären Plan der Sozialisierung von Grund und Boden. Wie mir führende Männer der Ukraine bei meinem Aufenthalte in Kiew im Mai versicherten, war der Sturz des Kabinettes nur eine Frage von Tagen. Da griff das deutsche Militär ein, indem es zur Verhaftung einiger Minister die Sprengung der Rada vornehmen ließ. Die Szenen, die sich damals abgespielt haben, bilden eines der traurigsten Kapitel deutscher Mißgriffe während des Krieges. Der „Leutnant mit den zehn Soldaten" trat im ukrainischen Parlamente, das uns um Hilfe gebeten hatte, in Funktion. Er schleuderte dem alten allverehrten Präsidenten der Rada, Prof. Hruschewskyj, die „stolzen" Worte in Gesicht: „Ihre

Digitized by Google

Vollmachten sind erloschen". Und ließ sich auf Protestrufe von der Zuschauertribüne zum Satze hinreißen: „Seien Sie doch froh, daß wir Sie von dieser Bande befreien". Diese Mißachtung der ukrainischen Volksvertretung hat uns natürlich bei den breiten Massen der Bevölkerung ungeheuer geschadet und der absterbenden Popularität der Sozialrevolutionäre neue Nahrung geboten. Erst dieser schwere Mißgriff — der, wie hier hervorgehoben sei, ohne Wissen unserer diplomatischen Vertretung erfolgte, — schaffte den Boden für das Auftreten des Hetman Skoropadski. Schon seit Monaten hatte dieser ehrgeizige Streber, der bis zur Revolution am Hofe Nikolaus II. eine bevorzugte Rolle gespielt hatte, die Großgrundbesitzer und -Bauern in der Ukraine um sich gesammelt, um gegen die Sozialisierung des Grund und Bodens Front zu machen — er selbst gehört nebenbei zu den größten Latifundienbesitzern der Ukraine. Wenn die deutsche Politik nicht so einseitig auf die Beschaffung von Getreide eingestellt gewesen wäre, so hätte sie kaum den schweren Fehler machen können, einen neuen Staat auf Elemente — wie die Kadetten — aufzubauen, die einerseits nicht auf die Unabhängigkeit der Ukraine Wert legten und andererseits aus sozialen Gründen in schwerstem Gegensatz zur national-ukrainischen Unterschicht standen. Im Grunde genommen konnten aber all diese Mißgriffe nur geschehen, weil auch unser auswärtiges Amt sich niemals zu einer klaren Stellungnahme in der ukrainischen Frage durchringen konnte. Den deutlichsten Beweis dafür bietet die Tatsache, daß unsere dortige diplomatische Vertretung stets mit den Todfeinden der Ukraine, den in die Ukraine geflüchteten Monarchisten zu verhandeln hatte. Feldmarschall Eichhorn scheint der einzige gewesen zu sein, der allmählich die schweren Fehler, die von uns in der Ukraine gemacht worden sind, erkannt hat. Kurz vor seinem Tode hat er nämlich einem Pressevertreter gegenüber geäußert, daß er mit seinen jetzigen Kenntnissen den Umschwung in der Ukraine niemals zugelassen hätte. Als er aber stattfand, wäre er erst vier Tage in der Ukraine gewesen und hätte daher die Führung der Politik seinen eingearbeiteten Mitarbeitern überlassen müssen.

War einmal die Rada auseinandergejagt und die Einsetzung des Hetmans vollzogen, so mußte natürlich mit dieser Tatsache gerechnet werden. Das haben nicht nur wir in unserer Zeitschrift vertreten, sondern auch die national-ukrainischen Parteien waren in das zweite Kabinett Lisohub eingetreten. So lange der Hetman an die Stärke der deutschen Militärmacht glaubte, zielte seine Politik zweifelsohne auf die Selbständigkeit, weil erstens dadurch sein Grundbesitz geschützt wurde und zweitens sein Ehrgeiz, möglicherweise eine Dynastie Skoropadski gründen zu können, geweckt war. Kaum brach aber in Deutschland die Revolution aus, so flüchtete er zur Entente, um für sich noch zu retten, was zu retten war. Ob ihm das gelingen wird, scheint mehr wie fraglich. Erstens wird

Digitized by Google

ihm doch seine deutsche Vergangenheit bei der Entente schaden und zweitens hat er gegen die national-ukrainische Bewegung im Lande und gegen den von Norden andrängenden Bolschewismus anzukämpfen und drittens werden auch die großrussischen nationalistischen Kreise, deren Endziel ein „einiges ungeteiltes" Rußland ist, nichts mit ihm zu tun haben wollen.

Die national-ukrainische Bewegung gegen den Hetman geht vom bisherigen Nationalverband der ukrainischen Parteien aus, der ein dreiköpfiges Direktorium, bestehend aus Winitschenko, Petlura und Professor Schwez eingesetzt hat. Dieses Direktorium hat einerseits mit der Entente Fühlung genommen andererseits den Kampf gegen die Hetmansregierung aufgenommen. Sie stützt sich dabei nicht nur auf die freiwilligen Sitschregimenter, die sich zu Anfang des Weltkrieges aus österreichischen Ukrainern gebildet hatten, sondern auch auf die bäuerlichen Massen, denen eine weitgehende Agrarreform auf Kosten des großrussischen und polnischen Großgrundbesitzes versprochen worden ist. Der Hetman wiederum hat sich mit den großrussischen Streitkräften unter Kraßnow und Denikin in Verbindung gesetzt, die bisher im Südosten des früheren Rußland gegen die Bolschewisten kämpften.

Für Deutschland ist die Stellung nicht schwer zu finden. Unsere Truppen haben natürlich nicht Partei zu ergreifen. Unsere Sympathien aber müssen auf Seiten der Ukrainer sein. Nicht nur, weil sie einen Unabhängigkeitskampf gegen die großrussischen Unterdrücker führen, sondern auch weil eine selbständige Ukraine wirtschaftlich und politisch mit Deutschland nur Berührungspunkte aber keine Reibungsflächen besitzt. Fürs erste freilich werden auch die Nationalukrainer im Ententefahrwasser schwimmen müssen, weil bei denen nun einmal die letzte Entscheidung auf dem Friedenskongreß liegen wird. Aber Amerika, das in seinen Grenzen über eine halbe Million Ukrainer beherbergt, dürfte eine Unterjochung dieses 35 Millionen-Volkes im eigenen Interesse nicht zulassen wollen, weil das eine beständige Quelle der Beunruhigung für die Welt darstellen würde. Daß nämlich die Ukrainer, wenn man sie wieder gewaltsam Rußland unterstellt, auf die Dauer Ruhe halten werden, ist um so weniger anzunehmen, als durch den Zerfall Österreichs sich auch diese Teile des ukrainischen Volkes (Ostgalizien, Nordbukowina und Ostungarn) mit der Ukraine verschmelzen dürften. Hierdurch würde aber naturgemäß der Selbständigkeitsgedanke einen mächtigen Antrieb erhalten. So trüb daher auch die ukrainische Gegenwart ist, an der ukrainischen Zukunft braucht man nicht zu zweifeln.

Digitized by Google

Die Landwirtschaft nach dem Kriege

Von Dr. Eugen Katz

Wenn sich das alte Preußen verhältnismäßig rasch von den napoleonischen Kriegen erholte, verdankte es den Aufschwung sehr wesentlich der Entwicklung seiner Landwirtschaft. Diese hatte technisch im achtzehnten Jahrhundert begonnen, ihren wirksamen Antrieb aber durch die Befreiung der Bauern und des Grundeigentums erhalten. Man wird öfters Vergleiche ziehen zwischen damals und jetzt. Denn, ist auch die Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft an relativer Bedeutung gesunken, so bildet sie dennoch zweifellos mit das wichtigste volkswirtschaftliche Teilgebiet, und zwar dasjenige, das von der Einwirkung des Auslandes am unabhängigsten ist. Bald werden mehr Arbeitskräfte, Gespanne, Düngemittel (Luftstickstoff) zur Verfügung stehen als seit Kriegsbeginn. Dann gilt es, durch Steigerung der Inlandsernten die Volksernährung zu verbessern. Dann — wenn auch mit längerer Frist — ist es möglich und nötig, mit den Früchten des in der Landwirtschaft arbeitenden riesigen Kapitals wenigstens einen Teil der volkswirtschaftlichen Kriegsverluste abzudecken.

Im Kriege haben wir uns immer mehr gewöhnt, die Kernfrage deutscher Agrarpolitik in dem Ersatz der Einfuhr durch inländische Erzeugung zu sehen. Valutasorgen haben unseren Gesichtskreis hierauf noch enger eingestellt. Weiteren Kreisen ist es klar geworden, daß das Defizit hauptsächlich daher rührte, daß unsere Viehhaltung sehr wesentlich zur Veredelungsindustrie ausländischer Futtermittel geworden war oder sich auf die Verfütterung von Getreide stützte, zu dessen Ersatz wir wiederum Weizen und Gerste einführen mußten.

Trotz alledem wird sich für absehbare Zeit keine Regierung dem entziehen können, alles an Nahrung, Futter und Kunstdünger, was sich aus dem Auslande hereinschaffen läßt, auch unter schweren Opfern hereinzulassen, einfach um die Unterernährung der Bevölkerung auszugleichen, den dezimierten Viehbestand wieder aufzubauen und die Ackerkrume in eine Verfassung zu bringen, von der aus sich entsprechend weiterwirtschaften läßt. Dies zur Beseitigung ganz akuter Notstände. Dann aber wird sich allmählich übersehen lassen, wie sich die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Erzeugung und Ausfuhr auf dem Weltmarkt verändert haben, insbesondere in welchem Umfange und für welche Zeiträume die Ausfuhrfähigkeit der früheren Überschußgebiete landwirtschaftlicher Rohstoffe, Hilfsstoffe und Fertigerzeugnisse beeinträchtigt ist. Erst dann ist auch zu übersehen, in welchem Umfange wir volkswirtschaftlich genötigt sein werden, weiter mit Einfuhrmengen zu rechnen, wie sie trotz hoher Blüte der deutschen Landwirtschaft vor dem Kriege bestanden, oder durch veränderte Erzeugungsweise unsere gesamte

Digitized by Google

Landwirtschaft mehr auf heimischer Grundlage einzurichten. Als noch der Kriegsausgang anders zu werden schien, ist eine wertvolle Materialsammlung zur Beurteilung der hier angeregten Fragen entstanden, ein etwa 1000 Seiten starkes Sammelwerk „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege", herausgegeben an erster Stelle von Herrn von Braun, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt (Berlin, Paul Parey). Der zum geringsten Teil politische Inhalt des Werkes ist durch die neueste Entwicklung überholt. Umso wesentlicher und bedeutungsvoller ist der auch für den gebildeten Nichtlandwirt durchaus verständliche übrige Inhalt, Aufsätze unserer bekanntesten Fachmänner über technische Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft, ferner Reformwünsche hinsichtlich landwirtschaftlicher Verwaltung und Menschenbildung.

Der Gesamteindruck, den das Werk hinterläßt, ist optimistisch: ohne ungesunden Protektionismus erscheint es durchaus möglich, den Gesamtertrag der Landwirtschaft in einem Tempo weiter zu steigern, das hinter den Fortschritten des 19. Jahrhunderts nicht zurückbleibt. Denn trotz allem, was für die privatwirtschaftliche Hebung der Landwirte früher geschehen ist, haben wir vor dem Kriege nicht recht begriffen, welches volkswirtschaftliche Gesamtgeschäft in der Hebung unserer Landwirtschaft steckt, wenn Kapital und Arbeit in dem entsprechenden Umfange und an den richtigen Punkten eingesetzt werden. Es ist keine übertriebene Behauptung, daß das Nationalvermögen durch eine einzige Züchtung wie diejenige des Petkuser Roggens um hunderte Millionen Mark bereichert worden ist. Schon diese Ziffer ergibt, was sich bei entsprechender Vereinigung von züchterischem Können, Kapitalkraft usw. erreichen läßt. Durch Verbesserung der Sortenwahl auf allen Gebieten des Getreidebaues und, nicht zu vergessen, bei Anwendung dieser Verbesserungen, sind noch ungeahnte Möglichkeiten offen. Noch größere Möglichkeiten vielleicht gibt es auf dem Gebiete des Kartoffelbaues; man denke daran, daß in Friedenszeiten, auf jeden Einwohner Deutschland gerechnet, jährlich mehrere Zentner Kartoffeln durch unzweckmäßige Aufbewahrung verfault sind, eine Menge, die sich bei Bewirtschaftung der Kartoffeln durch die Kommunalverbände kaum verringert haben dürfte. Man denke daran, daß der überwiegende Teil der deutschen Kartoffelfläche mit abgebauten Sorten bestellt zu werden pflegte, daß es dem Zufall oder der Willkür überlassen blieb, ob infolge unzweckmäßiger Sortenwahl vielleicht ein Fünftel weniger an Kartoffeln geerntet wurde, als bei dem gleichen Aufwand an Kapital und Arbeit hätte geerntet werden können. Zu grundlegenden Änderungen dürfte die Kriegszeit im Fütterungswesen führen. Die Not dürfte die Masse der Landwirte gelehrt haben (was ein Teil schon vorher wußte) daß sich bei gleichen Leistungen die Fütterung insbesondere von Pferden und Wiederkäuern durch Ersparnis von Hafer und an-

Digitized by Google

rem Kraftfutter privatwirtschaftlich sehr verbilligen läßt, die frei werdenden Futtermengen volkswirtschaftlich für andere Zwecke gespart werden können. Wie hätte es sich in diesem Kriege bezahlt gemacht, wenn die deutschen Einzelstaaten, Preußen in erster Linie, die Moorkultur rechtzeitig und zeitgemäß, statt liliputartig gefördert hätten! Welche Ertragssteigerungen ergeben sich bei besserem Studium und allgemeinerer Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten, bei Ausbau des landwirtschaftlichen Trocknungswesens und auf vielen anderen Gebieten, die bisher der Willkür und dem Zufall überlassen wurden!

Es sei nicht verkannt, daß die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege an der Spitze aller Großstaaten stand und technisch wesentlich nur von den Bauerngebieten der Schweiz, Hollands, teilweise Belgiens und Dänemarks übertroffen wurde, wo auch besonders günstige Erzeugungsbedingungen obwalteten. Dennoch aber ging der technische Gesamtfortschritt der Landwirtschaft nicht so methodisch vorwärts wie in vielen Industriegebieten. Greifen wir die chemische Industrie heraus! Wieviele Millionen wurden hier zu Versuchszwecken ausgegeben, wie wenig, wie systematisch wenig hat man gespart, um sich die tüchtigsten Kräfte zu sichern. Die Mittel hierzu ergaben sich aus dem Reichtum der in Gesellschaftsform organisierten Industrie. Diese Gesellschaftsform aber wird auf die Landwirtschaft nur in ganz seltenen Fällen Anwendung finden können. Der Landwirtschaftsbetrieb bleibt individualistisch. Es müssen also andere Formen gefunden werden als in der Industrie, um in großzügiger Weise Mittel zu Forschungen, Versuchen, zur Aufklärung, Erziehung und Fachbildung zur Verfügung zu stellen. Freiwillige Vereinigungen, wie die so verdienstvolle Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, gelangen bald an die Grenze ihrer Wirkungsmöglichkeit. Daher muß der Staat (Reich, Einzelstaaten) auf landwirtschaftlichem Gebiet das Seinige tun, damit sich nach dem Vorbild der industriellen Gesellschaften die tüchtigsten Kräfte mit den einschlägigen Fragen befassen. Es wäre ein unwürdiger Zustand, wenn die sogenannten berufsmäßigen landwirtschaftlichen Sachverständigen sich vielfach weiter aus solchen Kreisen rekrutieren würden, die es im praktischen Leben zu nichts Richtigem bringen konnten oder darin gescheitert sind. Wir benötigen hier dieselbe Qualität Forscher und Organisatoren, wie sie sich die Industrie durch entsprechende Gehälter seit langem zu sichern weiß. Nichts also wäre verhängnisvoller, als wenn die finanzielle Notlage des Reiches und der Einzelstaaten dazu führen würde, Ersparnisse auf dem Gebiete machen zu wollen, wo einer vernünftigen Kapitalaufwendung reiche Verzinsung winkt.

Neben der Forderung der Technik aber ist es notwendig, daß genügend Menschen vorhanden sind, um die technischen Fortschritte in wirtschaftliche Erfolge umzusetzen. Wir beschäftigten vor dem Kriege in Deutschland 6—700 000 ausländische Wanderarbeiter. Hätten diese bei Kriegsausbruch gefehlt, so wäre unsere

Digitized by Google

Volksernährung schnellstens zusammengebrochen. Wurden doch diese Wanderarbeiter im wesentlichen in Gebieten mit starkem Hackfruchtbau, also in intensiven Wirtschaftsgebieten, also in Gebieten mit auch hohen Getreideerträgen verwandt! Daß diese Ausländer bestenfalls nur zu einem mäßigen Bruchteil wieder zur Verfügung sein werden, dürfte feststehen. Hinzu kommen die Lücken, die der Krieg in die Reihen der an sich schon ständig zurückgehenden einheimischen hauptberuflichen Lohnarbeiter gerissen hat, während sich die Verluste an bäuerlicher Bevölkerung durch nachgeborene Söhne und Verwandten allmählich schließen dürften. Steht aber der größere landwirtschaftliche Betrieb vor solcher Notlage, gerät die Volkswirtschaft vor die Wahl: extensiver Großbetrieb oder intensivere kleinere Wirtschaft?, so wird das eigentliche Zeitalter für innere Kolonisation gekommen sein. Was vor dem Kriege in Preußen an innerer Kolonisation geschehen ist, hat dem kleineren Betrieb nur einen Bruchteil der Fläche wieder erobert, der ihm durch die Verballhornung der Steinschen Reformen seinerzeit entrissen worden ist. Ein mit allen Mitteln auf den landwirtschaftlichen Aufschwung angewiesenes Land wird sich nicht mehr den romantischen Luxus leisten dürfen, zugunsten des sozialen Glanzes einer engen Schicht weite Gebiete des Vaterlandes der Menschenverödung zu überantworten, anstatt sie in den Dienst wirtschaftlicher Staatsnotwendigkeiten zu stellen. Innere Kolonisation allergrößten Umfanges, gestützt auf bisher im Ausland wohnende Deutsche und in erster Linie auf den Nachwuchs bäuerlicher Gegenden, wird die heimische Nahrungsgrundlage und die Neuschaffung landwirtschaftlicher Werte ungeahnt fördern.

In der Einleitung zu dem oben erwähnten, nicht genug empfehlenswerten Sammelwerk schreibt Herr v. Braun: „Wir stehen vor der Tatsache, daß der Staat bei dem wichtigsten Berufszweig, auf dem das Leben des Volkes beruht, es völlig den Eltern überläßt, ob und wie sie den Kindern dafür eine Ausbildung geben wollen." Offenbar und mit Recht denkt Herr v. Braun an Schule und Fachschule für die Masse der Landbevölkerung, der Art entsprechend, wie sie sein Landsmann Kerschensteiner der gewerblichen Bevölkerung Münchens aufgebaut hat. Es handelt sich also nicht nur um die Vermehrung, sondern auch um die Qualitätsverbesserung der in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Menschen. Gerade in der Landwirtschaft, wo sich nicht durch großen Wurf der Organisation die Geringwertigkeit des einzelnen arbeitenden Menschen ausgleichen läßt, muß sich jeder zweckmäßige Aufwand für Erziehung und Fachbildung des Einzelnen reichlich bezahlt machen. Vieles ist hier versäumt worden, da nicht unmaßgebliche Kreise nach dem Worte eines der Ihren dachten: der dümmste Kerl sei zum Pflügen gerade gut genug. Die Unterschätzung der Bedeutung des arbeitenden Einzelmenschen hat seinerzeit den Osten verödet, die Abhängigkeit von den slawischen Wanderarbeiter begründet. Nun aber, da volkswirtschaftliche Anstrengungen

Digitized by Google

notwendig werden, denen gegenüber die dem Frieden von Tilsit folgenden Leistungen ein Kinderspiel waren, gilt es anzuknüpfen an den ewig richtigen Grundgedanken der Reformen Steins, der in der Werterhöhung des Einzelmenschen in der Landwirtschaft die Grundlage alles Fortschritts erblickte.

Notizen

Die Diktatur des Proletariats. Karl Kautsky, der Theoretiker der Unabhängigen Sozialdemokratie hat vor einigen Monaten unter obenstehenden Titel eine Broschüre verfaßt, in der er sich mit dem Bolschewismus auseinandersetzt. Die Arbeit, die heute aktueller ist, wie vor einigen Monaten, kommt zu einer scharfen Verurteilung des Bolschewismus, die mit der Lehre der Sozialdemokratie nichts gemein hat. Wir bringen unseren Lesern ein längeres Zitat aus dem Schlußkapitel:

„Die Bolschewisten sind Marxisten, sie hatten die ihnen zugänglichen Proletarierschichten mit Begeisterung für den Marxismus erfüllt. Ihre Diktatur widersprach jedoch der Marxschen Lehre, daß kein Volk naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen oder wegdekretieren könne. Woher demgegenüber eine marxistische Begründung auftreiben?

Da erinnerte man sich rechtzeitig des Wörtchens von der Diktatur des Proletariats, das Marx einmal 1875 in einem Briefe gebraucht hatte. Wohl hatte er damit nur einen politischen Zustand zeichnen wollen, nicht eine Regierungsform. Jetzt wurde das Wort flugs zur Bezeichnung einer solchen angewendet, und zwar gerade derjenigen, die mit der Herrschaft der Sowjets gegeben war.

Nun hatte aber Marx nicht etwa gesagt, daß es unter gewissen Umständen zu einer Diktatur des Proletariats kommen könne, er hatte diesen Zustand als den unvermeidlichen des Überganges zum Sozialismus bezeichnet. Freilich hatte er fast gleichzeitig erklärt, in Ländern wie England und Amerika, sei ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich, was doch nur auf der Basis der Demokratie, nicht der Diktatur erreichbar wäre, er hatte also damit selbst bezeugt, daß er mit der Diktatur nicht eine Aufhebung der Demokratie meinte. Die Verfechter der Diktatur ließen sich dadurch nicht verblüffen. Da Marx einmal erklärt hatte, die Diktatur des Proletariats sei unvermeidlich, verkündeten sie die Sowjetverfassung, die dem Wesen des Proletariats entsprechende, mit seiner Herrschaft unvermeidlich verbundene Regierungsform erkannt worden. Als solche muß sie so lange dauern, wie die Herrschaft des Proletariats selbst, so lange, bis der Sozialismus allgemein durchgeführt und damit alle Klassenunterschiede verschwunden sind. Die Diktatur erscheint damit nicht als ein vorübergehender Notbehelf, der, sobald ruhigere Zeiten eingetreten sind, der Demokratie wieder Platz machen soll, sondern als ein Zustand, auf dessen längere Dauer wir uns einrichten müssen. . . . . .

Wie oft haben wir den Liberalen vorgeworfen, daß sie in der Regierung anders sind als in der Opposition, daß sie da alle ihre früheren demokratischen Forderungen preisgeben. Nun die Liberalen sind wenigstens so klug, jene Forderungen nicht auch formell fallen zu lassen. Sie handeln nach dem Grundsatz: So etwas tut man, doch man sagt es nicht.

Die Bolschewisten sind unleugbar ehrlicher; ob sie klüger sind, darf man bezweifeln. Was soll man aber erst von der Klugheit deutscher Sozialdemokraten halten, die offen verkünden, daß sie die Demokratie, für die sie heute kämpfen, am Tage nach dem Siege

Digitized by Google

preisgeben werden! Daß sie ihre demokratischen Grundsätze dann in ihr Gegenteil verkehren, oder daß sie gar keine demokratischen Grundsätze haben, daß die Demokratie für sie nur eine Leiter ist, um zur Regierungsallmacht zu streben, eine Leiter, die sie nicht mehr brauchen und zurückstoßen, sobald sie oben angelangt sind, daß sie mit einem Wort revolutionäre Opportunisten sind. . . . . .

Die Diktatur als Regierungsform ist in Rußland ebenso begreiflich wie ehedem der bakunistische Anarchismus. Aber begreifen heißt noch nicht anerkennen, wir müssen jene ebenso entschieden ablehnen, wie diesen. Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staate im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreibt; wobei sie nur zu leicht den Gedanken des Sozialismus selbst kompromittiert, seinen Fortschritt nicht fördert, sondern hemmt.

Glücklicherweise muß ein Mißerfolg der Diktatur noch nicht gleichbedeutend sein mit einem Zusammenbruch der Revolution. Er wäre es nur dann, wenn die bolschewistische Diktatur die bloße Einleitung bildete zu einer bürgerlichen Diktatur. Die wesentlichen Errungenschaften der Revolution werden gerettet, wenn es rechtzeitig gelingt, die Diktatur zu ersetzen durch die Demokratie.

Selbstgerechtigkeit. „Unsere Häuser und was sich darin befand, sind niedergebrannt, unsere Landgüter sind verödet, all unsere Ackergeräte, unsere Mühlen sind zerstört, all unser Vieh wurde fortgeführt oder getötet, nichts ist unberührt geblieben, und das Land ist zu einer Wüste gemacht worden. Der Krieg hat viele Menschenopfer gefordert, und das Land ist erfüllt von den Klagen der hilflosen Witwen und Vaterlosen."

Diese Worte sollen nicht, wie man eigentlich in diesen Tagen glauben konnte, den Zustand in den Gegenden schildern, aus welchen die Deutschen jetzt abziehen. Sie rühren von General Botha her und schildern das Resultat der Kampfmethode, mit welcher die englische Kriegführung sich den Sieg über die beiden südafrikanischen Burenrepubliken errang.

Die Kriegführung, die in den oben angeführten Worten bezeichnet wurde, wurde noch durch die Einsperrung der Burenbevölkerung in die Konzentrationslager vervollständigt, wo ungefähr 20 000 Frauen und Kinder starben.

Die Kriegsmethode gegenüber den Burenrepubliken wird von seiten der englischen Regierung als eine „militärische Notwendigkeit" bezeichnet. Die „Notwendigkeit" erstreckte sich dahin, daß bisweilen einer Familie auf einem Gute, welches im Kitchenerschen Verwüstungsbezirke lag, keine größere Frist zum Verlassen der Wohnungen und Mitnahme des Nötigsten bewilligt wurde, als es die deutschen U-Boots-Befehlshaber den Besatzungen der gestellten Fahrzeuge, in die Boote zu gehen, erlaubten.

Diese zeitgemäße Erinnerung stammt aus dem „Svenska Dagbladet".

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für kolonial... Oberstleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin... Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis... Bei jeder Buchhandlung oder durch die Post vierteljährlich M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Italien, D... und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Fremdenliste M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buch... Hermann Bergmann, Berlin SW 43.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 6. Dezember 1918 * Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Kurt Eisner, der sich auf den Thron der Wittelsbacher gesetzt hat, will den Nachfolger Ludwigs III. spielen, indem er, der Berliner Literat, bayerisch-partikularistische Empfindungen in die Höhe treibt und Deutschland wie die Welt wissen läßt, daß die Genesung der Menschheit von dem Gebirgshauch Oberbayerns kommen werde. Eisner ist nicht ein beliebiger Radaubruder, sondern ein feinsinniger und ausgezeichneter Schriftsteller, ein Mann, der vor dem Krieg einer der glänzendsten Publizisten der rechtsstehenden Sozialdemokraten war und der in den Julitagen 1914 eine der kräftigsten Stützen der „patriotischen" Haltung seiner Partei wurde. Der Krieg hat dann den sehr impressionabeln Mann auf die andere Seite geworfen, er ist zum pazifistischen Amokläufer geworden und sein Enthüllungsbedürfnis in Sachen der Lerchenfeldschen Berichte wird von Professor Quidde, der selber Pazifist, mit Recht als „grober Unfug" bezeichnet. Mehr als das: Eisner betreibt gegenüber den verantwortlichen Stellen der Reichsleitung wie gegenüber dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Zeit eine fast kindische Politik der Anmaßung und Unverantwortlichkeit, in dem töricht-eiteln Glauben, sein angeblich unkompromittierter Name werde das Friedenssignal für die Feinde sein. Er will die deutsche Einheit nicht schwächen, sagt er; aber mit jedem Wort, das er spricht, zerreißt er deren geistiges Gefüge. Bei den Sozialdemokraten, wo man ihn kennt, ist man geneigt, ihn nicht allzu tragisch zu nehmen. Aber andere Leute kennen ihn nicht. Bei dem bayerischen Partikularismus schmeichelt er sich fest und die Entente darf sich freuen, daß die sachliche Zerstückelung der deutschen Geschlossenheit, die bundesstaatliche Politik auf eigene Faust, das Erbe der Revolution werden will, die doch die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens bringen soll.

*

Digitized by Google

Die deutschen Chauvinisten waren peinlich, solange Deutschland siegte; ein Teil der deutschen Pazifisten wird peinlich, da die Niederlage auf uns drückt. Die Beflissenheit der Münchener Herren Eisner, Jaffé, Förster, Schuld auf die heimische Regierung zu laden und sich in Paris oder Washington lieb Kind zu machen, ist erbärmlich. Clemenceau und der Amerikaner Herron haben ihre Betriebsamkeit ja energisch abblitzen lassen; brauchen wir aber noch zu allem Elend diese Selbstzerfleischung aus eitler Rechthaberei von Leuten, die vortreffliche Menschen sein mögen, aber ihre Hand aus der aktiven Politik lassen müßten.

*

Die Wahl zur Nationalversammlung ist auf den 16. Februar 1919 ausgeschrieben. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte soll diesen Beschluß der sechs Volksbeauftragten noch bestätigen, aber man hat, nach dem Verlauf der letzten Kundgebungen kaum Anlaß, zu bezweifeln, daß dies geschehen wird. Die Liebknecht-Gruppe wird vielleicht vorher noch ernsthafte Putschversuche unternehmen, und Richard Müller, dem sein pathetisches Wort „Nur über meine Leiche zur Nationalversammlung" den Namen Leichen-Müller eingetragen hat, wird vielleicht vorher vom Rätekongreß von seinem einträglichen Diktatorposten an der Spitze des Berliner Vollzugsrates entfernt werden müssen; hat aber die Reichsleitung Mut und Verantwortung, dann wird sie eine unendliche Mehrheit hinter sich haben und die Spartakusleute werden bei den allgemeinen Wahlen sehen, daß sie nur eine unbedeutende Ziffer zählen können. Vor dieser Enthüllung ihrer Minderheit haben sie Angst.

*

Kaiser Wilhelm II. hat für seine Person die Abdankung jetzt auch formell vollzogen. Man ist nicht ganz gewiß, ob er es tat, um der holländischen Regierung die Situation zu erleichtern (jetzt ist er Privatmann und vor dem Auslieferungsdrängen der Entente gesicherter), ob er dem durchsichtigen Angstruf der Linken vor dem Nahen einer Konterrevolution die Spitze abbrechen wollte. Man ist dankbar, daß eine unhaltbare Situation jetzt geklärt ist.

*

Ob im Osten der Russe oder der Pole zur Herrschaft gelangt, der Judenprogrom bleibt doch der Weisheit Schluß dieser Herren. Während es aber unter den russischen Liberalen stets einige gegeben, die gegen diese Methoden zarischer Regierungskunst aufbegehrten, ist bisher von Protesten polnischer Intellektueller nichts zu hören gewesen. Aufgabe der Juden in England und Amerika müßte es daher jetzt sein, mit größter Energie flammende Verwahrung bei der Entente gegen derartige Brutalitäten der Polen einzulegen, die sich sonst als verhätschelte Zöglinge dieser Mächte alles gegen die bei ihnen wohnenden Minderheiten glauben werden herausnehmen zu können.

Digitized by Google

Demokratie und Führung

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir leben jetzt, wie es heißt, in einem demokratischen Gemeinwesen. Wer geschichtlich denkt, für den haftet an dem Begriff der Demokratie als solcher keineswegs wesenhaft das Merkmal sittlich-politischer Vortrefflichkeit; vielmehr hängt es von dem Inhalt der demokratischen Form ab, ob die Demokratie etwas Brauchbares, etwas Mittelmäßiges oder etwas Schlechtes wird. Obwohl geschichtspolitische Gründe mir persönlich den demokratischen Gedanken wenig nahelegen, habe ich, und zwar schon seit lange, die „Demokratisierung" unserer Staatsform verlangt, soweit unter diesem Schlagwort die endgültige Umwandlung des Obrigkeitsstaates in den Volksstaat sich versteht. Auch hierbei aber kommt es nicht auf Namen und Formen an, sondern auf den Inhalt. Ohne daß über den Inhalt Klarheit besteht, möchte ich in das große demokratische Trompetenblasen, das jetzt aus allen Ecken Deutschlands hervortönt, umso weniger vorbehaltlos einstimmen, als in der Gesellschaft, die gleich nach der Revolution ihr demokratisches Herz zu entdecken sich beeilte, vorläufig noch eine ganze Anzahl etwas zweifelhafter Masken mit umherwimmelt.

Die demokratische Idee ist nur dann politisch fruchtbar, wenn sie sich paart mit dem Führergedanken. Für die einen gibt es Führer des Volkes, für die anderen Volks-Beauftragte. Das eine und das andere braucht sich nicht auszuschließen; die Beauftragten können Führer sein und die Führer Beauftragte, aber für sich betrachtet sind die beiden Begriffe voneinander verschieden. Eine Methode oder eine Theorie, wie man die Tüchtigsten sicher an die Spitze des Staates bringen könnte, gibt es nicht. Ob es überhaupt geschieht, hängt von der geistigen Gesundheit der Masse ab. In jedem Volk sind es Persönlichkeiten, Männer und auch Frauen, die in sich den Beruf fühlen, Führer zu sein. Politisch und moralisch auserwählt sind aber von den vielen, die sich selbst berufen, nur wenige, und ob gerade die großen und guten Geister sich als Führer durchsetzen, oder ob Leidenschaft, Selbstsucht und gewandte Oberflächlichkeit das Volk auf falsche Bahnen verführen, statt es zu führen, das eben hängt davon ab, ob im Volke selber der Instinkt für das sittlich Große und politisch Bedeutende vorhanden ist. Erfahrungsgemäß ist ein entscheidendes Erfordernis für den Erfolg der demokratischen Staatsform ein starkes Nationalgefühl, das in allen großen Demokratien stets vorherrschend gewesen ist. Gerade auf diesem Punkt aber lassen sich gegenwärtig in Deutschland Beobachtungen machen, die ausgesprochene Besorgnis erregen.

Ohne Führer kann ein Volk nicht bestehen, weder unter der Republik, noch unter der Monarchie, weder unter der Demokratie, noch unter der Herrschaft der

Digitized by Google

Bevorzugten. In dem Willen und in der Erkenntnis der Führer muß sich alles verkörpern, was dem Volke notkut. In der Zeit der Reichsgründung hatte das monarchische Preußen und danach das monarchische Deutschland große Führer, wirkliche Führerpersönlichkeiten. In der Periode Wilhelms II. aber waren keine Führer da, sondern nur Beauftragte ohne den Genius der Führung. Das war unser Unglück und daran sind wir gescheitert. Der Kaiser glaubte selbst Führer zu sein und sprach auch von den Staatsmännern seines Großvaters als von „Handlangern". Zur Führerpersönlichkeit fehlte ihm nicht die Höhe des Wollens, aber das politische Augenmaß nach außen und innen. Sein Charakter ertrug außerdem nicht Staatsmänner von wahrhafter Führernatur neben sich, und es kam so weit, daß Eingeweihte stets Unheil ahnten, wenn Bevorzugte des Kaisers an wichtige Stellen kamen.

Dreißig Jahre ist Deutschland im höheren Sinne führerlos gewesen. Bethmann Hollweg als Reichskanzler war die einzige überragende Persönlichkeit während dieser Periode. Von ihm haben hervorragende Neutrale mit Recht gesagt, daß er unter allen Staatslenkern zur Zeit, da der Weltkrieg ausbrach, ohne Zweifel nicht nur der moralischste, sondern überhaupt der einzige moralische Charakter höheren Stils gewesen ist. Gewiß, das war er; seine Schuld ist nur, daß er nicht die innere Kampffront gegen die Alldeutschen rechtzeitig und rücksichtslos aufzurichten wagte. Hätte er das getan, so wäre er der Retter Deutschlands geworden.

Wie aber steht es denn heute? Die sechs Männer, deren Kollegium die deutsche Regierung darstellt, nennen sich Volksbeauftragte. Sind sie allein Beauftragte oder auch Führer? Haben sich sonst Führernaturen großen Stils gezeigt, die durch die Revolution emporkamen? Merken wir etwas von Führung, sei es sozialistischer, sei es bürgerlicher? Bisher, so scheint es, müssen diese Fragen mit Nein beantwortet werden. Es ist erstaunlich, wieviel Mäßigung und Disziplin selbst die Revolution bei uns zeigt, wenn man nicht auf die angerichteten Zerstörungen, Zerrbilder und Tollheiten sieht, sondern darauf, daß im Verhältnis zu einer so ungeheuren Umwälzung die anarchischen Kräfte und die Leidenschaften keine größere Rolle spielen. Das ist eine Aktivseite im Revolutionskonto. Eine Passivseite aber ist bisher, daß die großen Führer fehlen.

Zum großen Führer gehört ein Stück Prophetie, ein Wollen, das stark genug ist, um das Gewollte als Wirklichkeit zu sehen. Darum waren die alten Sozialdemokraten, die die Revolution nicht erlebt haben, als Führer so groß. Wenn jemand Bebel darum verspottet, weil er es einmal wagte, einen Termin für den Anbruch des Zukunftsstaates zu nennen, so zeigt er damit nur, daß er den engeren Geist hat. Nr. 48 der Zeitschrift „Mitteleuropa" bringt ein Stück aus des alten Liebknecht letzter Rede, die er Ende Juni 1900 in Dresden gehalten hat. Darin heißt es:

Digitized by Google

„Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Arndtsche Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedlungsland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. Welcher Widerspruch: Österreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in den Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer, nach Konstantinopel hin, wird einer undeutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands, und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! . . .

„Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Österreich den Slawen ausgeliefert hat."

Hätten wir doch ein reichliches Maß von solchem Geist in dem heutigen Deutschland der Revolution! Die österreichisch-deutsche Frage, in der sich die Frage des einigen Deutschland verkörpert, kann nur dann glücklich und sicher gelöst werden, wenn sie als brennend erkannt und ohne Bedenklichkeiten und Verzögerungen vorwärts gebracht wird. Der österreichische Staatskanzler Dr. Renner hat in seiner Rede vom 12. November, in der er erklärte, daß die Wahlen zur konstituierenden Versammlung Österreichs schon im Januar 1919 stattfinden sollen, verkündet, daß die deutsch-österreichische Republik ein Bestandteil der deutschen Republik ist, und er fügte das folgende Bekenntnis hinzu:

„Unser großes Volk ist in Not und Unglück, das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Unglück tief gebeugt! Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde will unser Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft." (Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer, andauernder Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Galerien.)

Mit solchem Ziel muß jetzt mit Kraft und Schnelligkeit von beiden Seiten gehandelt werden. Was der Staatssekretär Dr. Solf neulich den Deutsch-Österreichern gesagt hat, war zu matt. Zwischen uns und ihnen muß es wie ein helles

Digitized by Google

Feuer glühen! Daran wird man erkennen, ob Führergeist oder bloßer Beauftragtengeist bei uns lebendig ist. Allem voran steht die deutsche Einheit. Stattdessen aber erleben wir, daß politische Narrenstreiche, wie die des Herrn Eisner, die Gefahr offenbaren, die für die Einheit sogar unseres bisherigen Kleindeutschland besteht, und daß einem nationalen Skandal, wie der Wirtschaft in Berlin, die Empörung aller Fronttruppen trifft, die in Süd- und Westdeutschland schon zu dem Ruf: „Los von Berlin, los vom Norden" geführt hat, kein Ende gemacht wird. Warum? Weil die Beauftragten nicht den Entschluß finden, Führer zu sein.

Wir erleben jetzt in umgekehrter Form eine Neuauflage der Bethmannschen und Hertlingschen Zeit. Die Rolle, die damals die alldeutsche Gegenregierung unter Tirpitz und den Schwerindustriellen und zuletzt unter dem unseligen Chef des Zivilkabinetts v. Berg spielte, die spielen jetzt die Radikalen, die Leute von der politischen Couleur. „Leichenmüller und Genossen", die, wollend oder nichtwollend, die Schrittmacher des Bolschewismus sind, so gut wie die Alldeutschen die Schrittmacher der militärischen Niederlage waren. Ihnen gegenüber steht die Regierung, wiederum wie damals: wohlmeinend, aber ohne Schwung und Kühnheit, die die Elemente des Führertums ausmachen.

Man soll doch nicht glauben, daß sich das gebildete Bürgertum vor dem sozialistischen Prinzip fürchtet, mit dem das neue Deutschland durchtränkt sein wird. Wegen ihres sozialdemokratischen Bekenntnisses wird der jetzigen Regierung kein deutscher Patriot die Gefolgschaft versagen. Wir wollen aber Taten sehen, wo es sich um die Bewahrung und volle Verwirklichung unserer nationalen Einheit handelt. Diese kommt aufs höchste in Gefahr, wenn nicht für die Nationalversammlung über alle Schwierigkeiten hinweg der denkbar kürzeste Termin gesetzt wird. Wir wollen Entschlossenheit gegenüber der politischen und sozialen und der beginnenden moralischen Zersetzung, die uns mit Lebensmittel-, Kohlen- und Verkehrsnot noch schärfer bedroht, als es die Feinde vermögen. Wir wollen Würde und nationales Selbstgefühl, auch im Unglück gegenüber barbarischen Feinden und hochmütigen Gegnern. Wir wollen einen Geist, wie der in Wilhelm Liebknechts letzter Rede! Dazu aber wird das Volk nicht von selber kommen, und es kann auch keinen „Beauftragen", dafür zu sorgen: Führer müssen ihm erstehen, gleichviel welchen politischen oder sozialen Bekenntnisses — wenn nur das nationale höher als alles andere emporleuchtet! Leistet das die deutsche Demokratie, so hat sie ihr besseres Recht vor der Geschichte erwiesen; leistet sie es nicht, so hätte keine Revolution das Kaisertum und die 22 Monarchien Deutschlands zu stürzen gebraucht.

Digitized by Google

Zur Schuldfrage

Bemerkungen zum bayerischen Gesandtschaftsbericht

Ein guter Kenner der politisch-diplomatischen Vorgänge stellt uns die nachfolgenden Aufzeichnungen zur Verfügung.

Zunächst eine Äußerlichkeit, die aber immerhin nicht ohne Bedeutung für die sachliche Beurteilung ist:

Die Veröffentlichung der bayerischen Regierung über den Kriegsausbruch erfährt für den Kenner der Personen und Verhältnisse eine ganz besondere Beleuchtung durch die Feststellung der Tatsache, daß der veröffentlichte Bericht der bayerischen Gesandtschaft in Berlin nicht von dem alten, mit den Personen und Verhältnissen durchaus vertrauten Grafen Lerchenfeld, sondern von dem jungen Legationsrat Dr. v. Schön erstattet worden ist. Graf Lerchenfeld hätte einen solchen Bericht schon deshalb nie und nimmer erstattet, weil er die Eigenart des damaligen Unterstaatssekretärs, späteren Staatssekretärs Zimmermann, auf dessen Mitteilungen sich der Bericht hauptsächlich bezieht, viel zu gut kannte. Zimmermann liebte es, in burschikoser Art den starken Mann zu markieren, der er innerlich gar nicht war. Wer ihn kannte, wußte, wieviel man von seiner Darstellung abzuziehen hatte. Ich erinnere mich einer Szene in der Budgetkommission des Reichstages, in der Zimmermann mit sichtlichem Behagen erzählte, welche kräftigen Töne er gegenüber einem fremden Botschafter gesprochen habe. Von links kam der Zwischenruf: „Na, das haben Sie hoffentlich dem Botschafter nicht gesagt!" — worauf Zimmermann prompt antwortete: „Natürlich nicht, ich weiß doch, was sich gehört! Ich habe mich eben nur etwas präzis ausgedrückt." — Wer Zimmermann kennt, vermag sich gut vorzustellen, wie er dem jungen bayerischen Legationsrat mit Faustschlag auf den Tisch klarmachte, wie er wieder einmal den „schlappen Kerlen" — sein Lieblingsausdruck — den Rücken gesteift habe. Das hat nun Herr Dr. Schön, sichtlich beeindruckt, brühwarm nach München berichtet, während der Graf Lerchenfeld, wenn ihm gegenüber Zimmermann überhaupt sich so kräftig gegeben hätte, sich dadurch über den wahren Sachverhalt nicht hätte täuschen lassen.

Und der wahre Sachverhalt? — Er ist für jeden klar, der den Vorgängen der großen Politik in den Jahren vor dem Kriegsausbruch gefolgt ist; und er erfährt durch den Bericht des Dr. Schön, wenn man diesen des etwas sensationellen Aufputzes entkleidet, nur seine Bestätigung. Er ist folgender:

Das Deutsche Reich sah sich infolge der auf französischer Revanchelust, britischer Macht- und Handelseifersucht, allslawischem Ausdehnungsdrang beruhenden Einkreisung mehr und mehr auf die Bundesgenossenschaft Österreich-

Digitized by Google

Ungarns angewiesen. Die Erhaltung eines starken Österreich-Ungarns war für Deutschland zur Lebensfrage geworden. Der Bestand Österreich-Ungarns wurde durch die von Rußland ermutigten, wenn nicht geleiteten großserbischen Bestrebungen auf das ernstlichste gefährdet. Zweimal bereits hatte diese Entwicklung zur akuten Kriegsgefahr geführt: in der bosnischen Krisis 1908/09 und während des Balkankrieges 1912/13. In beiden Fällen hat die deutsche Diplomatie sich rückhaltlos hinter Österreich-Ungarn gestellt und Rußland, als dieses als Schützer der großserbischen Aspirationen hervortrat, mit aller Deutlichkeit wissen lassen, daß das Deutsche Reich hinter Österreich-Ungarn stehe. Im Jahre 1908/09 noch unter des Fürsten Bülow Kanzlerschaft. Der Fürst Bülow hat damals dem Verfasser dieser Zeilen, dem mit einem damals an hervorragender Stelle stehenden Diplomaten das Eintreten für Österreich-Ungarn zu weit zu gehen schien, geantwortet: „Einen zweiten Basler Frieden darf es in der deutschen Geschichte nicht geben." Nebenbei will ich, als charakteristisch für die Haltung des Deutschen Kaisers, erwähnen, daß Wilhelm II. während der österreichisch-russischen Krise des Balkankrieges in einer sehr entschiedenen Weise eingegriffen hat, um eine deutsche Festlegung auf zu weit gehende Forderungen der österreichisch-ungarischen Politik zu hindern. Der Kaiser hat im November 1912, als die österreichisch-ungarischen Wünsche die Lage zu überspannen drohten, an den Kanzler ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet: Der Bündnisvertrag zwinge uns, zu marschieren, wenn Österreich-Ungarn von Rußland angegriffen werde. Dann werde auch Frankreich hineingezogen werden und es sei kaum anzunehmen, daß England unter solchen Umständen ruhig bleiben werde. Die jetzt streitigen Fragen stünden zu einer solchen Gefahr in keinem Verhältnis. Es könne nicht der Sinn des Bündnisses sein, daß wir, ohne daß Lebensinteressen des Verbündeten bedroht seien, für eine Laune des Verbündeten in einen Kampf auf Leben und Tod gehen müßten. — Ich empfehle den Wortlaut dieses für die Beurteilung der Haltung des Kaisers so wichtigen Telegramms der besonderen Aufmerksamkeit der Herren, die jetzt die Archive des Auswärtigen Amtes zur Klarstellung der Vorgeschichte des Krieges durchprüfen.

In beiden Fällen, 1908/09 wie 1912/13, hat das Eingreifen Deutschlands die Lebensinteressen des österreichisch-ungarischen Verbündeten geschützt und den Krieg gerade dadurch vermieden, daß die deutsche Politik Rußland gegenüber keinen Zweifel daran ließ, daß der Krieg mit Österreich-Ungarn auch der Krieg mit Deutschland sein würde.

Keineswegs erreicht aber war das Aufhören der den Bestand der Donau-

Digitized by Google

monarchie unterwühlenden großserbischen Treibereien. Im Gegenteil, diese nahmen einen immer bedenklicheren Umfang an. Die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zu Serajewo am 28. Juni 1914 durch serbische Verschwörer enthüllten die Größe der fortbestehenden Gefahr. Die Fäden der Verschwörung wiesen auf die Beteiligung serbischer Amtspersonen und Offiziere.

Die österreichisch-ungarische Regierung kam zu der Überzeugung, daß nur der schärfste Druck auf Serbien der Gefahr ein Ende machen könne. Die Berliner Regierung, der die österreichisch-ungarische Regierung ihre Auffassung darlegte — cf. die in dem Schön'schen Bericht erwähnte Entsendung des Grafen Hoyos mit einem kaiserlichen Handschreiben und einem ausführlichen Promemoria nach Berlin*) — schloß sich der Auffassung der Wiener Regierung an und erklärte sich, in Konsequenz der seit 1908 befolgten Politik, bereit, Österreich-Ungarn bei der Wahrung seiner Lebensinteressen zu decken. Im einzelnen ließ man der Wiener Regierung für ihr Vorgehen die gleiche Freiheit, wie in den früheren Fällen. Diese Freiheit für Österreich-Ungarn involvierte natürlich die entsprechende Freiheit für die deutsche Regierung, im weiteren Gang der Ereignisse einzugreifen und, ähnlich wie im Jahre 1912, etwaige Überspannungen österreichisch-ungarischer Forderungen abzubiegen. Ein solches Eingreifen hat dann ja auch in der Tat im Sinne einer Abmilderung des schroffen österreichisch-ungarischen Standpunktes platzgegriffen.

Dieser Politik entsprach es, daß eine Mitwirkung Deutschlands bei der Abfassung des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien nicht stattgefunden hat und daß — auch nach meiner Kenntnis der Dinge — die Berliner Regierung von dem genaueren Inhalt und dem Wortlaut des Ultimatums erst unmittelbar vor der Überreichung in Belgrad Mitteilung bekommen hat. Der Bericht des Herrn v. Schön widerspricht dem nur scheinbar. Was er als Inhalt des geplanten Ultimatums mitteilt, beschränkt sich auf drei Punkte in sehr allgemeiner Fassung; das Ultimatum enthielt zehn Punkte, die über die von Herrn v. Schön angegebenen Forderungen weit hinausgingen, und sein niederschmetternder Eindruck beruhte großenteils auch auf der Schroffheit seiner Formulierung. Nebenbei sei erwähnt, daß auch der Tag der Übergabe des Ultimatums in dem Bericht des Herrn v. Schön nicht richtig angegeben ist; er nennt als solchen den 25. Juli, während die Übergabe tatsächlich bereits am 23. Juli erfolgt ist.

Wenn das Berliner Auswärtige Amt der Wiener Regierung — es sei

*) Diese Entsendung hat offenbar Anlaß zu dem Gerücht von dem „Kronrat" gegeben, der angeblich unter Beteiligung des Erzherzogs Friedrich und des Feldmarschalls Conrad von Hötzendorff am 5. Juli in Potsdam stattgefunden haben soll.

Digitized by Google

wiederholt: in Konsequenz der seit 1908 befolgten Politik — den Rücken deckte, so war hierfür Kriegsluft ebensowenig maßgebend, wie in den früheren, ähnlich gelagerten Fällen. Man nahm die Kriegsgefahr, wie in den früheren Fällen in Kauf, aber man wünschte und hoffte bestimmt gerade durch ein entschiedenes Auftreten den Krieg zu vermeiden. Insbesondere Zimmermann, der damals in Abwesenheit Jagows die Geschäfte führte, war von einer erstaunlichen Zuversichtlichkeit. Er sah in Rußlands bedrohlicher Haltung nur einen Bluff — wie er das ja auch gegenüber Herrn v. Schön entwickelte — und war der festen Überzeugung, daß Rußland im entscheidenden Moment Serbien preisgeben werde. Die Vorgänge von 1908/09 und 1912/13, daneben die Ansicht, daß der Zar nicht zugunsten der Mörder des Thronfolgerpaares Krieg machen werde, mögen ihn darin bestärkt haben. Auch an den Eintritt Frankreichs und Englands in einen aus Anlaß des Mordes von Serajewo entstehenden Krieg wollte Zimmermann, wie der Bericht des Herrn v. Schön bestätigt, nicht glauben. Gerade deshalb sah er die Verhältnisse für eine Unterdrückung der großserbischen Gefahr ohne Weltkrieg als besonders günstig an.

So erklären sich manche sonst unerklärlichen Vorgänge und Unterlassungen, z. B. der völlige Mangel an Kriegsbereitschaft in den deutschen Behörden und Verwaltungen, der starke deutsche Getreideexport während des Monats Juli 1914 nach Frankreich, die noch in der ersten Hälfte des Juli 1914 genehmigte Milderung der Vorschriften über die Versorgung der elsässischen Festungen mit Verpflegung.

Hierher gehört auch die Orientierung des Kaisers während der Nordlandreise. Der Kaiser war ursprünglich gewillt, die Nordlandreise nicht anzutreten, da er nach dem Attentat von Serajewo und den ihm gemachten Mitteilungen über Österreich-Ungarns Absicht, scharf gegen Serbien vorzugehen, die Möglichkeit ernster Verwicklungen sah. Er ließ sich durch den Kanzler und Zimmermann, die zuversichtlich auf eine friedliche Beilegung hofften und eine überflüssige Beunruhigung zu vermeiden wünschten, bestimmen, die Reise programmgemäß anzutreten und auszuführen. Der Kaiser hat dem Verfasser dieser Zeilen gelegentlich mit einem Seitenhieb auf das Auswärtige Amt erzählt:

„Wenn es nach diesen Herren gegangen wäre, dann säße ich seit Kriegsbeginn in englischer Gefangenschaft. Man hat mich ruhig an der norwegischen Küste herumgondeln lassen und mir immer nur rosige Berichte geschickt, es werde sich schon alles zurechtziehen. Bis ich eines schönen Morgens zum Frühstück das Ultimatum an Serbien serviert bekomme! Ich traute erst meinen Augen nicht. Und dann gab ich sofort Befehl zur schleunigen Rückfahrt. Von dem Augenblick an, wo ich zurück war, habe ich mich an die Drahtstrippe gehängt und sie nicht mehr locker gelassen; ich habe beim König von England, beim Kaiser

Digitized by Google

von Rußland und bei dem alten Kaiser von Österreich das Menschenmöglichste versucht, um den Krieg abzuwenden. Aber der unglückliche Zar hat mitten in den Verhandlungen durch seine Generalmobilmachung uns die Pistole geradewegs auf die Brust gesetzt und mich gezwungen, die Mobilmachung zu unterschreiben."

In Berlin hatte man sich inzwischen überzeugen müssen, daß in Rußland die Kriegspartei unter Duldung und Förderung Frankreichs und Englands die Oberhand gewann; daß es angesichts dessen nicht gelingen werde, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, wenn nicht die Wiener Regierung die zunächst schroff von ihr abgelehnte Verständigung mit Petersburg versuche.

Jetzt setzte der deutsche Druck auf Wien ein. Ich erinnere an die Instruktion des Reichskanzlers an unseren Botschafter in Wien vom 30. Juli 1914, lautend:

„. . . Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen."

Und weiter: „Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstehen würden . . . Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen."

Der Druck auf Wien hatte bekanntlich Erfolg. Am Nachmittag des 30. Juli fand eine Aussprache zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter in Wien statt, in der sich Graf Berchtold bereit erklärte, mit Rußland in die bisher hartnäckig verweigerte materielle Diskussion des Ultimatums an Serbien einzutreten. Nach Ausweis des französischen Gelbbuches hat der russische Botschafter in Wien von dieser Einigung alsbald seinen französischen und seinen englischen Kollegen Mitteilung gemacht. Der französische Botschafter leitete daraus die Hoffnung auf Lokalisierung des Konfliktes her, und der britische Botschafter sprach, ohne erst in London anzufragen, das völlige Einverständnis seiner Regierung zu dem vereinbarten Vorgehen aus.

Auf Grund der Intervention der deutschen Regierung in Wien — diese Tatsache muß festgehalten werden — zeigte sich also in letzter Stunde noch einmal der Ausblick auf eine friedliche Lösung. Aber die Antwort der russischen Regierung auf die in Wien erfolgte Verständigung zwischen ihrem Botschafter und dem österreichisch-ungarischen Außenminister war — die russische Generalmobilmachung und damit der Krieg.

Digitized by Google

Das sind die Tatsachen, mit denen sich jeder auseinandersetzen muß, der über die Schuldfrage urteilen will.

Die Männer der deutschen Diplomatie mögen anfänglich die Gefahr der Lage unterschätzt, sie mögen nicht immer geschickt und richtig operiert haben. Aber den Krieg hat niemand bei uns gewollt. Der Wille zum Krieg war auf der anderen Seite. (Siehe Suchomlinow-Prozeß. Die Redaktion.)

Haben wir einen Anlaß und ein Recht, uns selbst zu beschuldigen und damit die harten Friedensbedingungen, die unser Volk erwartet, noch weiter zu verschärfen?

Germanicus.

Die Neubildung der politischen Parteien

Von Dr. Friedrich Thimme

Die Erkenntnis, daß die überkommenen politischen Parteien sich überlebt haben, datiert nicht erst aus den jüngsten Tagen. Schon Bismarck hat es 1884 ausgesprochen, daß die politischen Parteien samt und sonders abgewirtschaftet hätten. Wie oft hat der eifernde Kanzler über die Zerfahrenheit und Sterilität unseres Parteiwesens, über das Überwuchern des Parteihaders und des Fraktionshasses gewettert. Er nannte die politischen Parteien den Verderb unserer Verfassung und den Verderb unserer Zukunft und brachte wohl gar auf sie ein förmliches Pereat aus. Freilich hat er selbst durch die Skrupellosigkeit, mit der er die Parteien gegeneinander ausspielte, durch die unselige Abstempelung der Oppositionsparteien als Reichsfeinde und durch seine persönliche Kampfesweise im Streit der Meinungen das meiste zur Vergiftung des Parteiwesens beigetragen. Nach Bismarck hat der kluge und vorausschauende Miquel sich zu der Auffassung bekannt, daß die Parteien längst überlebt, daß sie Produkte der Vergangenheit, aber nicht der lebendigen Gegenwart und der Zukunft seien; und daß die Fragen der Zukunft, auf welche die seitherigen Fraktionsprogramme gar nicht mehr paßten, eben diese Parteien zersetzen müßten. Beide Staatsmänner waren des Glaubens, daß die wirtschaftlichen Interessen und Gegensätze in den Mittelpunkt der Parteibildung treten würden. Bis zu einem gewissen Grade hat sich diese Erwartung erfüllt, indem die einzelnen Parteien in ein näheres Verhältnis zu bestimmten Interessengruppen traten; so wurde die konservative Partei mehr und mehr zu einer Vertretung des Agrariertums, insbesondere des Großgrundbesitzes, die Nationalliberale Partei zu einer solchen der Industrie, die Fortschrittliche Volkspartei zu einer solchen des Großhandels und des Bankwesens. Aber die wirtschaftliche Neuorientierung der Parteien hat die abstoßenden Seiten des Parteiwesens, den Parteiegoismus, den Streit um leere Worte, die persönliche Kampfesweise, die Zersplitterung des ganzen Parteigetriebes nicht gemildert,

Digitized by Google

sondern verschärft. Man braucht sich nur der häßlichen Kämpfe um die Finanzreform zu erinnern, um den ganzen Jammer des deutschen Parteilebens klar vor Augen zu haben. Kein Wunder, daß die Abneigung vor dem Parteiwesen im ganzen Deutschen Reiche rapide zunahm. Viele der besten Männer wandten sich angewidert ganz von der politischen Betätigung ab. Die vielbeklagte Reichsverdrossenheit, die sich bis zum Ausbruche des großen Krieges immer mehr steigerte, war im Grunde weiter nichts als Parteiverdrossenheit!

In dem Weltkriege war den deutschen Parteien noch einmal eine große Gelegenheit geboten, die Sünden der Vergangenheit gutzumachen. Sie brauchten nur die nationale Einheitsfront, die sich am 4. August 1914 mit einem Schlage bildete, bis zum Schlusse des Krieges, mochte er früh oder spät fallen, aufrechtzuerhalten. Diese Aufgabe war leicht zu erfüllen, wenn alle Parteien die klare Erkenntnis festhielten, daß es sich um einen nackten Verteidigungskampf Deutschlands handele, der unter keinen Umständen durch abenteuerliche Kriegsziele verfälscht werden dürfe. Aber ein Teil der bürgerlichen Parteien ließ sich durch die militärischen Erfolge zu einer Hybris hinreißen, die schließlich selbst das Eingreifen Amerikas in den Weltkrieg provozierte und die, was noch schlimmer war, das deutsche Volk in zwei Hälften auseinanderriß. In dem Widerstreit der Parteien um die Kriegsziele, um die Kriegsmethoden, um die innerpolitischen Probleme, die der Krieg heraufführte, sind allgemach die besten Kräfte des deutschen Volkes zermürbt, zerrieben worden. Und als der große Umschwung in der Kriegslage im Sommer dieses Jahres einsetzte, da hatten die Parteien, die sich selbst in Hader und Streit erschöpft hatten, kein Gewicht mehr in die Wagschale zu werfen. Gewiß, an Kritik haben es auch die bürgerlichen Parteien nicht fehlen lassen; aber es war doch nur eine zersetzende, nicht eine stützende und aufbauende Kritik. Was haben die bürgerlichen Parteien eigentlich getan, um das Staatswesen, dem sie doch ihre eigene Existenz verdankten, bei dem Herannahen des politischen Umschwungs, der dem militärischen auf dem Fuße folgen mußte, zu stützen und aufrecht zu erhalten? Die Antwort fällt beschämend aus: sie haben schließlich nicht einmal den leisesten Versuch gemacht, um den jähen Zusammenbruch des ganzen Staatswesens, das durch sie selbst von innen ausgehöhlt war, abzuwenden oder auch nur aufzuhalten. Den sozialistischen Parteien kann man es schließlich kaum übelnehmen, daß sie einem Staatswesen, das sie immer bekämpft hatten, im entscheidenden Moment den Rücken kehrten. Daß die Sozialdemokratie, wie Hans Delbrück meint, es auf sich genommen hätte, die Regierung zu stürzen und Deutschland wehrlos zu machen, ist wohl zu viel gesagt; im Grunde genommen hat sie sich nur an die Spitze einer Bewegung gestellt, die sie kaum herbeizuführen versucht hat, die sie aber auch nicht aufzuhalten vermochte. Der Vorwurf wird freilich ewig auf ihr haften bleiben, daß sie in der höchsten Not des Vaterlandes die gerade

Digitized by Google

vom „Vorwärts" geprägte Wahrheit bei Seite gesetzt hat: „Wehe dem Lande, das fünf Minuten zu früh die Waffen niederlegt". Aber die größere Schuld trifft doch die bürgerlichen Parteien, die so fest im bürgerlichen Staatswesen verankert waren und deren erste Pflicht es gewesen wäre, ihrerseits dieses Staatswesen wieder zu verankern und zu schützen. Mit dem Falle des bisherigen Staatssystems, dem die bürgerlichen Parteien keine Widerstandskraft einzuflößen vermochten, sind sie selbst gerichtet. Wollen sie für das neue Deutschland, das über Nacht ins Leben getreten ist, Wert und Daseinsberechtigung gewinnen, so müssen sie sich zuvor von Grund aus erneuern.

Die Richtlinien und Grundsätze, nach denen sich die Umbildung und Erneuerung der Parteien vollziehen müßte, ergeben sich von selbst aus den klar zu Tage liegenden Mängeln und Fehlern der alten Parteien und ihrer ehemaligen Führer. Es müßte vor allem eine wesentliche Vereinfachung der Parteibildung erfolgen. Schon Bismarck hat ja die Existenz von acht bis zehn Parteien im Reichstage schlechthin unerträglich gefunden. Freilich, die heute in weiten Kreisen der Bevölkerung rege gewordene Empfindung, daß das ganze Bürgertum sich gegenüber dem Sozialismus zu einer bürgerlichen Einheitspartei zusammenschließen müßte, ist undurchführbar. Die Gegensätze innerhalb des Bürgertums sind doch zu groß, als daß eine bürgerliche Einheitspartei Aussicht auf Dauer haben könnte. Eine scharfe Frontstellung des Bürgertums gegen die sozialistischen Parteien könnte in äußerster Konsequenz auch nur zum Bürgerkrieg führen. Der Zweck einer bürgerlichen Einheitspartei wird viel leichter durch ein Kartell der bürgerlichen Parteien nicht gegen den Sozialismus als solchen, wohl aber gegen eine Ausartung des Sozialismus in eine Diktatur des Proletariats erreicht werden. Aber eine größere Einheitlichkeit der bürgerlichen Parteien bleibt unbedingt geboten. Eine große Linkspartei und eine große Rechtspartei neben dem Zentrum, dessen Beseitigung angesichts der drohenden Trennung von Kirche und Staat, die sofort den Kulturkampf aufleben lassen muß, ein frommer Wunsch bleiben wird, sollten genug sein.

Leider hat sich die Vereinheitlichung der bürgerlichen Linksparteien bis heute nicht erreichen lassen. Zwar ist die Nationalliberale Partei gleich anfangs an die Fortschrittliche Volkspartei mit dem Ersuchen um eine Verschmelzung herangetreten. Aber diese Absicht ist vorläufig durch die etwas hastig erfolgte Gründung der „Deutschen demokratischen Partei" durchkreuzt worden, die sich aus dem linksgerichteten Teile der Fortschrittlichen Volkspartei, insbesondere den internationalistisch-pazifistischen Kreisen des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" sowie aus dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei zusammensetzte, aber den größeren nationalistisch gesinnten Flügel und seine Führer Stresemann und Friedberg von sich fernzuhalten strebte. Demgegenüber schloß

Digitized by Google

sich der Rumpf der Nationalliberalen Partei mit übrigbleibenden Splittern der Fortschrittlichen Volkspartei, die durch die Reichstagsabgeordneten Kopsch und Wiemer repräsentiert werden, zu einer „Deutschen Volkspartei" zusammen. Man wird diese Zersplitterung des liberalen Bürgertums nur aufs tiefste beklagen können; sollte sie bestehen bleiben, so müßte man darin ein böses Omen für die Entwicklung unseres Parteiwesens sehen. Neuerliche Versuche zur Einigung erscheinen aussichtsreich. Vergleicht man die Aufrufe beider Parteien miteinander, so findet man keine trennenden Momente von durchschlagender Bedeutung. Weder tritt auf der einen Seite der international-pazifistische, noch auf der anderen der nationalistische Gesichtspunkt so scharf heraus, um ein Zusammengehen unmöglich zu machen. Daß die Deutsche demokratische Partei sich ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Staatsform, die Deutsche Volkspartei auf den Boden der durch die Umwälzung geschaffenen Staatsform stellt, kann ebenfalls eine Trennung nicht begründen; die neugeschaffene Staatsform ist doch die republikanische! Für Ruhe und Ordnung im Innern, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung sprechen sich beide Parteien aus. Ein wesentlicher Unterschied scheint bloß in der Frage der Sozialisierung zu bestehen. Die Demokratische Partei fordert für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten; daneben verlangt sie stärkste Erfassung der Kriegsgewinne, einmalige progressive Vermögensabgabe, andere tiefgreifende Steuermaßregeln. Aber auch sie will doch die deutsche Wirtschaftsordnung vor bolschewistischen und bureaukratischen Experimenten bewahren; sie ist also keineswegs schlechthin für Sozialisierung. Die Deutsche Volkspartei tritt sehr viel bestimmter für die wirtschaftliche Selbständigkeit und die Betätigung des Einzelnen ein. Sie betont den bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches Ziel sehen, mit anderen Worten zu der Sozialdemokratie. In der scharfen Herausarbeitung des Gegensatzes zum Sozialismus dürfte die Parteileitung aber keineswegs der durchgehenden Billigung der eigenen Parteigenossen sicher sein. Die „Kölnische Zeitung" z. B. hat mehr als einmal einem Kompromiß der bürgerlichen mit den sozialistischen Parteien über die Verstaatlichung der Großbetriebe, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kurz über den Übergang der kapitalistischen zur sozialen Wirtschaftsordnung das Wort geredet. „Bei einem sozial geschulten Volke wie das deutsche kann und darf, wenn dadurch das Ganze gerettet werden kann, ein solches Einvernehmen nicht unmöglich sein". Auch dafür wird sich bis in die eigenen Reihen der ehemals Nationalliberalen Partei kaum Verständnis finden, wie ihre Führer verlangen konnten, daß der Schnittpunkt zwischen ihrer und der demokratischen Partei

Digitized by Google

nicht weiter links liegen dürfe als bis zur Mitte der Nationalliberalen Partei. Im Gegenteil ergibt sich, zumal bei einer so entschiedenen Linksbewegung der gesamten Parteipolitik, wie sie die Signatur des Tages ist, von selbst, daß der Schnittpunkt beider Parteien noch über den äußersten Linkspunkt der Nationalliberalen Partei hinausgehen müßte. Schließlich kann man auch das Verlangen der Deutschen demokratischen Partei, daß bei einer Fusion mit der Nationalliberalen Partei diejenigen Führer der letzteren, die in prononzierter Weise für den unbeschränkten U-Boot-Krieg und für starke Annexionsziele eingetreten sind, wie der Abgeordnete Stresemann, nicht zu einer leitenden Stellung in der neuen Partei gelangen dürften, nicht als so unbillig empfinden. Man sollte meinen, daß solche Führer, die durch den Verlauf der Dinge so sehr ins Unrecht gesetzt worden sind, selbst das Bedürfnis empfinden müßten, sich für eine Weile zurückzuhalten. Keinesfalls sollte eine so große und bedeutsame Sache, wie die Einigung der gesamten bürgerlichen Linken, an gekränktem Ehrgeiz oder anderen persönlichen Empfindungen, so verständlich sie sein mögen, scheitern! Dieses Gefühl macht sich denn auch erfreulicherweise in den Reihen der Demokratischen Partei, wie in denen der Nationalliberalen, mit großer Entschiedenheit geltend. Viele Korporationen und Vereine erklären ihren Anschluß zu der einen oder der anderen Partei nur mit der ausdrücklichen Betonung der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller liberalen und demokratischen Gruppen. So steht zu hoffen, daß dieses Ziel einer einheitlichen Linkspartei doch noch erreicht werden wird.

Eine ganz ähnliche Entwicklung wie bei den Linksparteien scheinen die Dinge auf Seiten der rechtsstehenden Parteien zu nehmen. Genau wie dort, sind hier, ehe sich noch die Konservativen und Freikonservativen über ihre Vereinigung schlüssig geworden sind, Persönlichkeiten aus beiden Parteien mit einem Aufruf zur Gründung einer neuen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, hervorgetreten. Schon aus dem vorgeschlagenen Namen geht hervor, daß die Rechtsparteien, wofür man ihnen nur Dank wissen kann, den nationalen Gedanken mit aller Kraft hochhalten wollen. Die Deutschnationale Partei will eintreten für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen; sie verwirft also die von den ehemaligen Nationalliberalen unter Voraussetzung einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reiches gutgeheißene Idee des Völkerbundes, die freilich bei dem wahnsinnigen Haß, der das Verhalten namentlich Frankreichs gegen das wehrlos am Boden liegende Deutschland zu diktieren scheint, auch an innerer Überzeugungskraft verliert. Mit der Deutschen Volkspartei berührt sich die Deutschnationale Partei eng in dem Festhalten an dem Grundsatz der Privatwirtschaft und der Abweisung der geplanten Eingriffe der Sozialdemokratie in das Privateigentum. Immerhin er-

Digitized by Google

klärt sich die neue Partei gewillt, den Grundsatz der Privatwirtschaft durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern. Ebenfalls fordert die Deutschnationale Partei, daß die öffentlichen Abgaben nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen seien, daß Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße herangezogen werden sollen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zulasse, und daß die Kriegsgewinne aufs schärfste zu erfassen sind. Man wird die starke Betonung des sozialen Gedankens in der Deutschnationalen Partei, die auch vor der Sozialisierung bestimmter Betriebe nicht zurückschreckt, auf die Beteiligung der christlichen Gewerkschaften an der Parteibildung zurückzuführen haben; im übrigen liegt ja dem konservativen Gedanken die Verbindung mit sozialistischen Momenten von Natur aus näher als dem individualistisch liberalen Gedanken. Für Staat und Gesetz fordert die Deutschnationale Volkspartei eine starke Autorität, die getragen sei von dem freien Willen des Volkes; als Regierungsform sieht sie nach den letzten Ereignissen nur noch die parlamentarische für möglich an. Ein ausdrückliches Bekenntnis zum demokratischen Gedanken, das ursprünglich wohl geplant war, vermeidet der Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei; offenbar besorgten die Unterzeichner, durch ein solches Bekenntnis der alten Konservativen Partei den Anschluß an das neue Parteigebilde zu erschweren. Unseres Erachtens hätte eine deutlichere Betonung des demokratischen Gedankens nicht umgangen werden sollen, schon um die neue Partei bündnisfähig für die übrigen bürgerlichen Parteien zu machen, was eine konservativ-reaktionäre Gruppe nie sein würde. Eben deshalb muß mit Entschiedenheit gefordert werden, daß, wenn die bisherige Konservative Partei ihren Anschluß an die neue Partei beschließen sollte, was nach der vorläufigen Erklärung ihrer Leitung nicht ausgeschlossen erscheint, die kompromittierten Führer, die Heydebrand, Graf Westarp usw., nicht wieder an der Spitze der neuen Partei zum Vorschein kommen. Der gegebene Führer einer konservativen Volkspartei sollte der begabte Landrat von Kardorff sein, der in seinen bekannten Reden zur Wahlrechtsreform und in seiner programmatischen Rede zur Eröffnung der Landwirtschaftlichen Winterschule zu Lissa i. P. vom 4. November eine hohe staatsmännische Einsicht an den Tag gelegt hat. Unter seiner Führung würde eine konservative Volkspartei, die man in dem neuen Deutschland nicht missen möchte, eine große Zukunft haben können. Sollte sich daneben eine reaktionär-royalistische Partei bilden, die offen eine Restauration anstrebt, so würde sie schwerlich irgendwelche Bedeutung gewinnen und in der künftigen Nationalversammlung kaum in Erscheinung treten. Jede staatspolitische Reaktion ist heute völlig aussichtslos, um so mehr, als auch das Zentrum in seiner neuen Gestalt als „Christlich demokratische

Digitized by Google

Volkspartei" sich dem allgemeinen Zug nach links mit aller Entschiedenheit anschließt.

Wichtiger als die taktische Umbildung und Zusammenlegung der Parteien erscheint freilich, daß die Parteien sich wirklich mit neuem Geist und neuem Willen erfüllen. Man hat mit Grund an den Aufrufen und Kundgebungen, mit denen die Parteien bisher an die Öffentlichkeit getreten sind, bemängelt, daß in ihnen nirgends der Eindruck auch nur einer einzigen neuen Idee, die im Mittelpunkt stehe, eines neuen Geistes, aus dem ein neues Leben ströme, zutage trete. Aber es ist nicht zu vergessen, daß die Aufrufe nur vorläufig sind und daß die Entwicklung überall im Flusse ist. Noch ist gar nicht abzusehen, welche Stellung die von der Front heimkehrenden Soldaten zu den Parteiproblemen einnehmen werden und wie sich das Gros der Frauen, die ja die wählenden Männer an Zahl erheblich übertreffen, die also mit einem Male parteipolitisch ausschlaggebend werden könnten, einreihen wird. Man darf annehmen, daß beide Gruppen, die heimkehrenden Feldgrauen und die Frauen, ihren großen Einfluß in der Richtung einer durchgreifenden und entschiedenen Erneuerung des Parteiwesens, nicht bloß einer taktischen Umgruppierung ausüben werden. Unsere Feldgrauen haben so oft die Schalen ihres Zornes über das öde Parteigezänk daheim ausgegossen; nun haben sie es in der Hand, ihre strenge Sachlichkeit und Ordnungsliebe, die leerem Geschwätz abhold ist und erst recht nichts von Parteigötzen und Parteiklüngel wissen will, den eigenen Parteien aufzuprägen. Von unseren Frauen aber möchten wir hoffen, daß sie auch im Parteileben ihren eigentlichen Beruf und ihre höchste Aufgabe in jenem wunderschönen „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da" sehen werden. Sie könnten sich ein unendliches Verdienst um unsere parteipolitische Gesundung erwerben, wenn sie sich überall für die großen und einheitlichen Gesichtspunkte, wie für eine Verständigung, auch zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Parteien einsetzen würden. Mit ihrem starken sozialen Gefühl sind die Frauen geradezu berufen, die Kluft zwischen Bürgertum und Sozialismus, die sich heute immer mehr zu erweitern droht, zu überbrücken.

Freilich, viel, unendlich viel wird auch von der Entwicklung unserer sozialistischen Parteien abhängen, die heute noch keineswegs zu übersehen ist. Man hat ja vielfach den Eindruck, als ob die Mehrheitssozialisten zu sehr in das Schlepptau der linken sozialistischen Gruppen geraten seien. Aber man sollte nicht übersehen, daß auch die Mehrheitssozialisten, die vorerst auf das Zusammengehen mit den Unabhängigen und den noch radikaleren Elementen angewiesen sind, ihren Schnittpunkt nicht in der Mitte der eigenen Partei nehmen können. Wir möchten hoffen, daß die große Zahl der aus dem Felde heimkehrenden sozialistischen Soldaten, die unter den allerschwierigsten Verhältnissen noch so ausgeprägten Sinn für Ordnung, Ruhe und gesetzmäßiges Vorgehen entwickeln, die hart angefochtene

Digitized by Google

Position der Mehrheitssozialisten erheblich stärken werden. Und wenn erst am 16. Februar die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden und der Wille des Volkes unzweifelhaft zutage getreten sein wird, so wird auch der freie und unbeeinflußte Wille der Mehrheitssozialisten, der ja von Anfang an auf eine Kooperation mit den bürgerlichen Parteien gerichtet war, viel besser zur Geltung kommen. Daß die sozialdemokratische Partei in ihren letzten Kundgebungen das demokratische Prinzip so besonders unterstreicht und kraft dieses Prinzips auch die baldige Berufung der Nationalversammlung durchgesetzt hat, das ist vielleicht das hoffnungsvollste Moment in einer überaus wirren und trüben Lage. Denn nur aus einer vorbehaltlosen Unterordnung aller Parteien unter den Geist und Willen des gesamten deutschen Volkes, der Demokratie im höchsten Sinne des Wortes, kann die Rettung und ein Wiedererstarken unseres tiefgebeugten Vaterlandes erfolgen.

Die Politisierung der deutschen Frau

Von Elly Heuß-Knapp

Den Frauen ist das Wahlrecht zur Nationalversammlung — man möchte sagen — oktroyiert worden, wenn dies Wort nicht so vornovemberlich klänge. Noch hat das deutsche Volk nicht Zeit gehabt, zu erfassen, was das bedeutet. Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen. Eine vorläufige Schätzung rechnet mit etwa 40 Millionen Stimmberechtigten, wovon etwa 19 Millionen Männer, 21 Millionen Frauen sind. Diese haben die absolute Majorität, also liegt in ihren Händen das Schicksal des deutschen Volkes, — in den Händen des ungeschultesten Teils der Nation! Welche Verantwortung lastet damit auf den Frauen! Nun ruft man — mit Fug und Recht — auf allen Seiten nach Vorbereitung, staatsbürgerlichem Elementarunterricht der weiblichen Bevölkerung. Die Zukunft des Vaterlandes steht zur Entscheidung, und die den Ausschlag geben, müssen erst im Eiltempo aufgeklärt werden über die Grundbegriffe der Politik, der Parteien, der Verfassung, des Staates! Es liegt etwas Groteskes darin. Selbst die zahlenmäßig kleine Gruppe politisch geschulter Frauen hat sich die Gewinnung des Wahlrechtes so nicht gedacht, so nicht einmal gewünscht. Ein langsames Eindringen, beim kirchlichen und kommunalen Wahlrecht beginnend, ein ruhiger Prozeß der Reife und schließlicher Erfüllung — so wäre die Aufgabe der Politisierung der Frau leichter zu lösen gewesen.

Aber den Vorsichtigen, die so sprechen, kann man auch entgegenhalten: wer weiß, ob nicht solche Zeiten des Aufgewühltseins, wenn der Boden tief umgepflügt ist, die einzig rechten Zeiten für die Saat des Neuen sind. Ob nicht mit einem Schlage, unter dem Druck der Not, es den Frauen wie Schuppen von den Augen

Digitized by Google

fällt, den Frauen und auch den Männern. Denn in allen Schichten des Volkes wollte die Mehrzahl der Männer, wenigstens in der Politik, „unter sich" sein. Deshalb ist auch die Aufklärung der Männer bitter notwendig. Die oberflächlichen Beurteiler der Sachlage pflegen behaglich schmunzelnd einzuwenden: das sei alles nicht so schlimm, jede Frau wähle so, wie ihr ihr Mann und jedes Mädchen so, wie ihr Vater oder ihr Schatz. — So patriarchalisch liegen aber die Dinge keineswegs mehr in Deutschland. Wir hatten schon vor dem Kriege 9 Millionen erwerbstätiger Frauen, von denen eine große Zahl ganz auf sich gestellt sind, der Krieg hat diese Schar noch sehr wesentlich vergrößert. Ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen wird durch ihre Berufszugehörigkeit, durch Fachverbände auch politisch Anschluß finden. Wer annimmt, daß die Mehrzahl der berufstätigen Töchter, auch wenn sie im Familienverbande bleiben, so fügsam sich nach den Ansichten ihrer Väter richten — der verkennt die Sachlage doch wohl. Die Autorität des Mannes, mehr noch die des „Schatzes", wird ja wohl meistens ausschlaggebend sein. Wie aber, wenn diese überhaupt nicht wählen? Oder doch nicht politisch organisiert sind? Man irre sich nicht: die führende, gebildetste Schicht des Bürgertums wird schnell umdenken lernen und ihre bisher vor jeder Parteipolitik bewahrten Frauen und Töchter an die Wahlurne bringen. Aber zahlenmäßig ausschlaggebend ist nur die Masse des Volkes, und der Kampf geht um die Schicht zwischen den fest organisierten Sozialdemokraten, die ihrer weiblichen Wähler sicher sind, und der Bildungsschicht. Die Mitläufer, die, selber unentschlossen, augenblicklicher Stimmung unterliegend, bald rechts, bald links fallen, und die große Menge der gleichgültigen Nichtwähler: um deren Frauen handelt es sich. Wer soll die Arbeit leisten, diese träge Masse mit politischem Sauerteig zu durchkneten? Jedermann! Vor allem aber die schon politisch geweckten Frauen. Ebenso wie dieser organisatorisch geschulte Kreis im Anfang des Krieges an der Volksaufklärung über Ernährungsfragen, Kriegsanleihen und in der Kriegsfürsorge vorzügliches geleistet hat, so wird er jetzt alles aufbieten, um diese neue, diese erste Friedensarbeit zu bewältigen.

Aber es ist nicht zu leugnen: der Krieg hat das Staatsgefühl der deutschen Frauen zwar aufgeweckt — aber weite Schichten haben im Laufe der langen, allzulangen Kriegsjahre den Widerstand gegen den Staat gelernt. Die Bäuerin ist politisiert durch die Verordnungen — politisiert ohne Zweifel — aber gegen den Staat! Die städtische Hausfrau ist weit entfernt von Dankbarkeit gegen die Behörden der Lebensmittelverteilung, die bescheidene Witwe und das vaterländisch gesinnte Dienstmädchen, die Kriegsanleihe gezeichnet hatten, sind von schwerem Mißtrauen gegen den Staat erfüllt. — Ach, wir müssen ganz von vorn beginnen, ein neues Staatsgefühl wecken für das geschlagene, das todmatte Vaterland. Wird es glücken? Es muß gelingen. Aber Hilfe tut dringend not.

Digitized by Google

Die Parteien haben in diesen Tagen schon umgelernt und versuchen, alte Unterlassungssünden im Geschwindschritt gutzumachen. Sie alle erheben plötzlich Frauenforderungen in einem nicht überall schon gut einstudierten Brustton der Überzeugung. Am wenigsten revolutionär ist in diesem Punkt die Revolution selber. Wo bleiben die weiblichen Mitglieder der Arbeiterräte??

Aber es muß klar ausgesprochen werden: Jetzt ist nicht der Augenblick für die Frauen, Rechnungen einzureichen und nur bei Barzahlung zu quittieren durch Eintritt in diese oder jene Partei. Die Frauen sollten sich nicht dem Meistbietenden verkaufen. Sie sollen nach ihrer Weltanschauung frei wählen, wohin sie gehören. In der Nationalversammlung werden nicht Frauenrechte diskutiert werden, sondern es wird der neue Staat aufgerichtet, die Frauen sollen als Staatsbürger wählen, sollen sich einsetzen dafür, daß nur die besten, die lautersten Persönlichkeiten in diesen großen deutschen Volksrat kommen, Männer und Frauen. Denn einige wenige Frauen gibt es, die reif dafür sind, mitgehört zu werden und mitzubauen am neuen Haus: dem freien Volksstaat.

Also, ihr Parteien, sagt den Frauen in dieser Stunde nicht nur, was ihr ihnen bieten könnt, womit ihr sie locken wollt an Vorteilen und äußeren Gaben. Sondern sagt ihnen, wer ihr seid und was ihr wollt. Fragt sie, ob sie zu euren letzten Zielen und Idealen ja sagen können.

Am leichtesten wird es der Zentrumspartei gelingen, große Massen der Frauen heranzuholen. Sie hat eine klare Parole: die Kirche — die Schule — das Familienleben sind in Gefahr, wenn die Diktatur des Proletariats bleibt! Und die Regierung hat dem preußischen Zentrum einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem sie den „Zehn-Gebote-Hoffmann" zum Kultusminister ernannte, der nun sein Privat-Hühnchen mit der Kirche rupfen will. Das gibt eine Wahlparole!

Die ehemals konservative Partei muß gleichfalls Erhaltung des christlichen Familienlebens auf ihre Fahne schreiben, aber sie muß sich versagen, die Treue zum Herrscherhaus, den Kaiser, zum Losungswort zu machen. Die Flucht nach Holland macht dies unmöglich. Das wird vielen konservativen Frauen, die, nicht im politischen Denken, sondern im Gefühl wurzelnd, das Wort „konservativ" mit dem schlichten, schönen Wort „treu" übersetzen möchten, eine schwere Enttäuschung sein. Den preußischen Frauen ist das Wort „reichstreu" kein voller Ersatz für das traditionelle „königstreu". Der Begriff Republik aber war bisher Kinderschreck.

Die — hoffentlich bis zur Wahl geschaffene große, einheitliche demokratische Partei muß es verstehen, die Frauen ihrer Wählerschaft zum Bejahen der republikanischen Demokratie zu erziehen; das hat sich in diesen Tagen als leichter erwiesen, als man es je geglaubt hätte. Demokratie als Auslese der Führer — die freiheitlich gesinnte bürgerliche Frauenwelt kann diesem Ideal folgen, ebenso

Digitized by Google

wie sie sich zu einer wirklich großzügigen Sozialpolitik von Herzen bekennt. Was aber ist für die demokratischen Frauen die Abgrenzung nach links, gegenüber der Sozialdemokratie? Für einen Teil der Frauen ist es die Angst vor sozialistischen Experimenten, die Sorge um den Besitz als Grundlage des gewohnten Lebenskreises, — für einen anderen Teil: der nationale Gedanke. Die Frauen der Linken, und zwar die besten unter ihnen, machen dies nicht mit, wenn viele heute das Wort „Vaterland" feige vermeiden. Der naive Glaube an die sozialistische Weltverbrüderung — bei diesem Waffenstillstand und dem kommenden Gewaltfrieden — der wird vergehen, wie die letzten bunten Herbstblumen vor dem Eishauch des Winters. Was an alten Schätzen der Treue und des Glaubens in deutschen Frauen lebt, das läßt heute eine neue heiße Liebe zur Heimat erwachsen, wie eine Tochter den kranken, irrenden, verlassenen Vater mit doppelt starker, heilender Liebe umfaßt.

Die Politisierung der Frau kann nur da Erfolg haben, wo sie bewußt und klar aufbaut auf vorhandenen, tragfähigen Fundamenten. Schwarz-rot-gold — dieser Fahne können die demokratischen deutschen Frauen folgen, sie ist ihnen Symbol für: Freiheit — soziale Verpflichtung — Vaterlandsliebe!

Was wird aus Österreich?

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz.

16. November.

Die festesten geographischen Grundlagen und Jahrhunderte alte gemeinsame geschichtliche Erinnerungen vermögen einem Staat, dessen Leitung sie fortgesetzt vernachlässigt, nicht die Gewähr der Dauer zu geben. Wohl aber können sie zersetzenden Kräften, denen ein jüngeres und weniger eingewurzeltes Staatswesen rasch zum Opfer fiele, langdauernden Widerstand leisten; günstige äußere Verhältnisse können es begabten Staatsmännern dann ermöglichen, den alten angemorschten Bau neu zu befestigen. Das hofften die geistigen Führer Deutschösterreichs von den verflossenen Jahren und ihre Warnungen wurden immer dringender, je mehr sich die Regierungen von dem einzig möglichen Weg zur Rettung entfernten, ohne doch die von ihnen beschleunigte Auflösung in geregelte Formen zu bringen. Ein so plötzlicher Umsturz, wie er dann durch innere, vielfach nicht unabsichtliche Zermürbung und durch unerwartete erschütternde Wendungen auf dem kriegerischen und diplomatischen Schlachtfelde kam, konnte aber nicht vorausgesehen werden. Die Aussonderung Galiziens versprach sogar die inneren Schwierigkeiten zu vermindern. Aber auch sie wurde nur angeregt, nicht entschlossen durchgeführt und eine törichte Zensur, auch im Deutschen Reich, verhinderte die Warner offen zu reden und rechtzeitig Gehör zu finden, obwohl

Digitized by Google

die beiden Akte der Kapitulation vor den Feinden des Einheitsstaates, die voraussetzungslose Einberufung des alten Abgeordnetenhauses und die Amnestien, die jene wieder zu Führern schon halbberuhigter Völker machten, die Größe der Gefahr und die letzte Möglichkeit einer Abhilfe blitzartig erhellt hatten.

Worte, die ich im März 1918 schrieb, die aber erst während der Katastrophe erscheinen durften (bei Goetz, Deutschland und der Friede, S. 192), machen den letzten Grund zu einiger Hoffnung und die Art der drohenden Gefahr zugleich deutlich. Ich setze sie hierher:

„Ein unerwarteter Umschwung hat Kleinvölkern, deren Temperament, Phantasie und Ausdrucksweise weder durch ihre Natur noch durch Selbstzucht gezügelt wird, für den Augenblick das Heft in die Hand gegeben — nachdem sie eben noch um ihre bisherigen nationalpolitischen Erfolge gekommen, als nicht grundlos „verdächtig" gewordene einer strengen Beaufsichtigung auf lange hinaus unterworfen zu sein schienen. Das hat selbst bei Gemäßigten eine Störung des seelischen Gleichgewichts, bei der Menge tobenden Machtrausch und eine Übersteigerung der Ziele hervorgerufen. Erfahrene Führer wissen, daß gerade bei gewissen slawischen Völkern auf solche Ausbrüche leicht eine starke Ernüchterung und Fügsamkeit gegen eine starke Regierung folgt, wenn ihnen das Mißverhältnis zwischen ihrem Selbstgefühl und ihrer wahren Bedeutung drastisch klargemacht wurde. Sie wissen aber auch, wieviel bei der kühlen, für solche Seelenstimmungen verständnislosen Bureaukratie durch lärmende „Gefühlsausbrüche" jederzeit zu erreichen vermochten, und eilen, durch maßlose Forderungen die Gunst der Stunde auszunutzen und möglichst reiche politische Beute zu erzielen, ehe ihnen eine starke Hand diese vielleicht letzte Gelegenheit nimmt. Den Staat zertrümmern wollen die wenigsten. Aber wenn sich auch diesmal die starke Hand nicht findet, so mag auf der anderen Seite die letzte Gelegenheit versäumt sein, einen nach innen und außen kräftigen Einheitsstaat wiederherzustellen. Die Gewohnheit breiter Volkskreise, bedenkliche und undurchführbare Pläne im Munde zu führen, muß schließlich den Glauben an ihre Erreichbarkeit und damit den Willen zu ihrer Verwirklichung in den betreffenden Völkern allgemein machen."

Die Hand, die sich endlich zu finden schien, war weder stark genug, noch ging sie rechtzeitig an die Arbeit, in der sie alsbald gehemmt wurde. Und die Absicht der deutschösterreichischen Volksräte, auf eigene Faust durch ein Abkommen mit den Südslawen Ordnung zu schaffen, scheiterte an dem Widerstand der in ihrem Machtrausch selbstmörderisch gewordenen ungarischen Politik und an der bereits zu groß gewordenen, durch die Tschechen geförderten Begehrlichkeit jener Politiker, welche die Führung bei dem sonst so vorsichtigen Südslawen der Monarchie an sich gerissen hatten. So führte der äußere Anstoß, der von Bulgariens Versagen und den bolschewistischen Einflüssen ausging, zu jenem Zusammenbruch, den ein Sieg am Piave und an der Marne noch hätte verhindern können. Und die undurchführbar scheinenden Absichten wurden alsbald erreichbar.

Diese Vorgeschichte muß man im Auge behalten, wenn man verstehen will, wie wohlgerüstet der militärische Mißerfolg die Slawen fand und

Digitized by Google

wie sehr er die Deutschösterreicher überraschte. Trotzdem können wir uns den Selbstvorwurf nicht ersparen, den Vizebürgermeister Dr. Gargitter auf dem 3. Grazer Volkstag aussprach, daß wir unsere Politik ausschließlich auf den Sieg eingestellt hatten und daß wir für den Fall der Niederlage unsere Maßregeln nicht genügend vorbereitet hatten. Während die Slawen, unterstützt von der Verblendung der Magyaren und der Kriegsmüdigkeit anderer Soldaten, mit großem Geschick den Rückzug in Italien in eine Katastrophe zu verwandeln wußten, während sie sofort ihre Nationalstaaten einrichteten, blieben die Deutschösterreicher hinter ihnen mehr als einen Schritt zurück. Ohne die Volksratsorganisation und ohne die parteipolitisch sehr kluge, aber gleichwohl anerkennenswerte Haltung der Sozialdemokratie wären sie noch länger schwankend und uneins geblieben und die Anarchie, die wir abzuwehren hoffen, wäre sofort eingetreten. Immerhin ist es erstaunlich, daß sie — umgeben von Nachbarn, die ihnen alsbald die Zufuhr an Nahrungsmitteln sperrten und von ihren Grenzgebieten und Sprachinseln Besitz ergriffen, ohne nennenswerte heimische Truppen in ihrem Volksgebiet, Zerspalten in Parteien und soziale Gegensätze — so rasch zusammenfanden und den „deutschösterreichischen Staat" neben die anderen stellten.

Das Nationalitätenprinzip ist damit zu schrankenloser Herrschaft gekommen, aber seine lautesten Vertreter wissen, daß es allein nicht staatenbildend wirken kann, und verlangen daher, es bewußt verleugnend, auf unsere Kosten „gute Grenzen" für ihre Staaten. Mit einer juristischen Interpretation der Wilsonschen Formeln, die auch wir annehmen mußten, können wir dagegen nicht aufkommen. Selbst wenn unsere bisherigen Feinde diese Formeln allgemein, auch zu ihrem Schaden, annehmen wollten, wozu sie nicht geneigt scheinen, sind die Wendungen Wilsons zu unbestimmt und dehnbar. Man übersieht leicht, daß er das Wort „Nation", das er abwechselnd mit „Volk" gebraucht, bald in dem englisch-romanischen Sinn von Ländern oder Staatsvölkern, bald in dem deutschen von kulturellen und soziologischen Verbänden anwendet, so daß er von vornherein zweideutig ist. So können die Magyaren es versuchen, seine Formeln für ihren Staat und seine „politische Nation", also für ihre Vorherrschaft in Anspruch zu nehmen (trotz aller Anbiederungen Karolyis kaum mit Erfolg) und die künftige Zugehörigkeit Deutschböhmens ist, wie jene Elsaß-Lothringens, keine Interpretations-, sondern eine Machtfrage. Tschechische und deutsche Truppen, diese in der Minderzahl, versuchen daher im Wetteifer deutsche Sprachinseln und Grenzorte, ja Städte inmitten des deutschen Sprachgebietes zu besetzen.

Die Kernfrage der Zukunft ist, ob die unabhängigen Nationalstaaten sich schließlich zu einem bündischen Zusammenschluß einigen oder sich als selbstständige Republiken, vielleicht auch zum Teil Monarchien, dauernd und völlig voneinander absondern. Das Manifest Kaiser Karls, das

Digitized by Google

den Bundesstaat oder doch Staatenbund ins Leben rufen wollte, wurde allseits abgelehnt. Aber die um den Hof geschartten „Alt"- und „Neuösterreicher", international einflußreiche katholische Geistliche und Adelsgeschlechter, die in den Nationalstaaten an die Wand gedrückt zu werden fürchten, hohe Beamte und Offiziere arbeiteten eifrig in der klerikalen Bauernschaft und bei den feindlichen Staatsmännern für eine Union unter der Herrschaft des Kaisers und auch manche slawische Politiker glaubten in einer solchen das Deutschtum völlig niederhalten zu können und zogen sie deshalb der vollen Unabhängigkeit vor. Die rasch anwachsende republikanische Bewegung dagegen richtete sich umso mehr gegen jede Union, je stärker sie in ihr ein Aufkommen der antidemokratischen Bestrebungen fürchtete. Der republikanische Leitgedanke erklärt so zum Teil, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Grundsatz der nationalen Autonomie im Völkerstaat und diesen selbst aufgab und unter Anerkennung der anderen Nationalstaaten den deutschösterreichischen nachdrücklich verlangte. Indem sie damit den Bürgerlichen zuvorkam, gewann sie zugleich die taktische Führung und einen maßgebenden Einfluß auf die künftige Verfassung Deutschösterreichs. Nachdem auch deutsche Volksräte, wie der mittelsteierische, für die „konstituierende" Versammlung die Wahl durch alle großjährigen Männer und Frauen verlangt hatten, ist zunächst die volle Demokratisierung gesichert. Neben diesem Erfolg gewann die Sozialdemokratie, die kein Proletariat mehr, sondern gut, zum Teil sehr gut gestellt, aber nun von Arbeitslosigkeit und dem Verlust ihrer Kriegsgewinne bedrohte Arbeiter vertritt, durch das Zusammengehen mit den weniger einheitlich organisierten Bürgerlichen, vor allem mit den Großindustriellen, eine Rückendeckung gegen die auch ihr unerwünschten anarchistischen Bestrebungen, ohne dadurch an dem gewonnenen Einfluß auf den Staat etwas einzubüßen.*) Sie wird siegreich in die nun nach allgemeinem gleichen Wahlrecht zu bildenden Landtage und städtischen Gemeindevertretungen einziehen und hat also an Macht mindestens ebensoviel gewonnen, wie in Deutschland durch die Demokratisierung. Zwei Sozialdemokraten, darunter einer vom „linken Flügel", haben zum Beispiel das deutschösterreichische Staatsamt des Äußern inne und damit ihre Partei die maßgebende Vertretung dieses Staates auf dem Friedenskongreß. Auch in den getrennten Parlamenten der einzelnen Staaten und bei den Vereinbarungen von Volk zu Volk muß die sozialdemokratische Partei mehr Gewicht haben, als in dem sang- und klanglos verschwundenen österreichischen Reichsrate. Sie mag daher einer späteren wirtschaftlichen und politischen Annäherung der Staaten freundlich gesinnt sein, für die Gegenwart muß sie sich gegen eine Union aussprechen. Die deutschösterreichische Partei hat demgemäß auch nach einer höflichen

*) Dabei betont sie immer wieder, daß kein Burgfrieden bestehe und sie ihre Ziele rücksichtslos verfolgen werde.

Digitized by Google

Verbeugung gegen den Nationalitäten-Bundesstaat sich für den Eintritt ins Deutsche Reich, der ein Wiederauferstehen des alten Österreichs endgültig verhindern muß, ausgesprochen; das Schlagwort „großdeutsche Republik" wirkte wegen seines ersten Bestandteils auch werbend für den zweiten bei den Bürgerlichen. Manche von diesen stehen der Republik an sich, manche auch aus Sympathie für die Hohenzollern wenigstens innerlich ablehnend gegenüber; aber für den deutschen Bundesstaat „Deutschösterreich", dessen Erstehen man für gesicherter ansieht, als nüchterne Politiker meinen, kann man selbst in bäuerlichen Kreisen die Republik verlangen hören. Die Tschechen sind überwiegend Republikaner und bei den Südslawen scheint die Neigung zum Hause Karageorgewitsch ebenso im Schwinden, wie die zum Hause Habsburg. Die republikanische Demokratie ist aber eine Staatsform, die ihrem Wesen nach kleinräumigen Gebilden oder aber Bundesstaaten und Staatenbünden entspricht. Jene christlich-sozialen, vorwiegend bäuerlichen Kreise in Deutschösterreich und bei den mährischen Tschechen, in denen die Dynastie bisher am festesten wurzelte und die auch heute an ihr als dem „Hort des Katholizismus" am innigsten festhalten, sind durchaus keine Zentralisten und würden sich mit einem Nationalitätenbundesstaat oder auch mit der Personalunion zwischen unabhängigen Staaten begnügen.

Hat somit die bundesstaatliche Zusammenfassung des alten österreichischen oder des weiteren österreichisch-ungarischen Gebiets nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie von den Siegern beim Friedensschluß anbefohlen wird, und selbst dann nur unter starken inneren Widerständen, so ist kaum zu bezweifeln, daß die Verfassung und innere Gliederung der einzelnen Staaten eine föderalistische oder doch in weitgehendem Maße autonomistische sein wird. Dahin gerichtete Ansätze sind allenthalben zu bemerken. Der beschlossene Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich kann, wie ein Blick auf die Karte zeigt, nur dergestalt erfolgen, daß das Schicksal der drei getrennten Gebiete, des nordböhmischen, des nordmährisch-schlesischen (heute „Provinz Sudetenland" genannt) und des großen südlichen, vielleicht sogar der einzelnen Teile dieses letzten, ein verschiedenes wäre. War doch in Tirol und Salzburg die Meinung schon länger verbreitet, daß ihre Vereinigung mit Bayern sicher bevorstehe! Abtretungsgerüchte sind hier schon verhältnismäßig alt. Aber auch in einem selbständigen Staat „Deutschösterreich", den viele lieber „Ostmark" nennen, müßten die geographisch gesonderten, wirtschaftlich verschiedenen, großen Gebietsteile ein hohes Maß von Autonomie erhalten.

Damit habe ich eine weitere wichtige Frage, die der Abgrenzung, berührt, die durch freie Vereinbarung, durch physische Gewalt oder durch Schiedsspruch erfolgen kann. Je mehr Streitpunkte die Völker im Verhandlungswege bereinigen, desto weniger nachträgliche Änderungen auf dem Friedenskongreß, desto

Digitized by Google

weniger Einmischung der Sieger, Ungarns und der anderen österreichischen Volksstaaten haben sie zu besorgen. Das ist einer unter den mannigfachen Gesichtspunkten, die von den Deutschen und den durch die italienischen und auch wohl ungarischen Ansprüche bedrohten Südslawen eine rasche vorherige Verständigung verlangen. Zu einer solchen weisen die Kundgebungen beim Zusammentritt der Agramer Nationalversammlung am 21. Oktober und die Äußerungen des Obmannes des deutschen Volksrates für Untersteiermark, Dr. Ambroschitsch, in verschiedenen Blättern bei aller Gegensätzlichkeit den Weg, weil sie klare Angebote und Forderungen enthalten. Die Abgrenzung zwischen Deutschen und Kroaten ist verhältnismäßig einfach, ebenso wie in Nordböhmen gegen die Tschechen. Den Slowenen gegenüber ist sie, wie in Ostböhmen und Mähren, durch die mit ihr verbundene Frage des Schutzes zahlreicher Minderheiten wesentlich erschwert. Im österreichischen Schlesien wohnen Deutsche, Tschechen und Polen großenteils durcheinander. Es kann aber kaum daran gezweifelt werden, daß die Abgrenzung schließlich sich an große natürliche Linien halten wird, die den einzelnen Staaten Lebensfähigkeit gewähren und also große nationale Einbußen namentlich für die Deutschen, aber nicht allein für sie, bringen. Könnte man daraus die Hoffnung schöpfen, daß alle Teile sich leichter über Schutz und nationale Autonomie der Sprachinseln einigen, so ist das für die Minderheiten in anderssprachigen Orten umsoweniger zu erwarten, als die Demokratisierung des Landtags- und Gemeindewahlrechts viele davon um ihre heutige Geltung bringen muß. Das war ja ein Hauptgrund, weshalb ihr die Deutschen widerstrebten, während nach erfolgter nationaler Abgrenzung dieses Hindernis wegfällt. Die Deutschnationalen können sie daher für Deutschösterreich leichter zugeben. An dessen Grenzen und jenseits von ihnen aber werden sie große Klugheit und Beharrlichkeit aufwenden müssen, um die Verluste in möglichst engen Grenzen zu halten.

Der schmerzlichste Verlust wäre der Nordböhmens und des deutschen Südwestböhmens, welche beide die Tschechen um der „natürlichen Grenze" willen für ihren Staat verlangen. Deutschsüdböhmen grenzt an Bayern und die Erzherzogtümer und kann ihnen angegliedert werden, wie schon vor längerem gefordert wurde, aber die Tschechen wollen die Böhmerwaldgrenze festhalten. Um diese Gebiete wird, wie erwähnt, hart gerungen werden. Die Tschechen versuchen ihre Bewohner durch Drohungen und Verheißungen zum freiwilligen Anschluß an ihren Staat zu bewegen, was bei dem Großteil vergebene Mühe sein dürfte. Nur vereinzelte tschechische Stimmen warnen ihre Volksgenossen davor, einen so großen und unverdaulichen fremden Bestandteil, der ihrem Staat gefährlich werden könnte, aufzunehmen. Man antwortet ihnen neben historischen und gefühlsmäßigen Gegengründen vornehmlich mit dem Hinweis auf die geographische Einheit Böhmens. Diese ist eine ebenso unverkennbare Tatsache, wie die

Digitized by Google

nationale Geschlossenheit der deutschen Randgebiete, und so ist hier keine Verständigung zu hoffen.

Für Deutschösterreich ist noch eine andere Frage ebenso wichtig und drückend, wie die der Abgrenzung. Tschechen, Polen, Südslawen, Italiener und Ruthenen haben ihren Nationalstaat schon vor dem Zusammenbruch verlangt und sind bei diesem alsbald ausgeschieden; die deutschen Gebiete blieben sozusagen übrig. Daß die Polen, die eben noch auf österreichische Kosten für die Kriegszerstörungen entschädigt wurden, sich den gemeinsamen Lasten, Schulden, Verpflichtungen entziehen wollten, lag auf der Hand. Aber auch die Tschechen haben schon angedeutet, daß sie von diesen nur einen bestimmten Betrag übernehmen wollen und so bestand die Gefahr, daß die Deutschen als alleinige Rechtsnachfolger des alten Österreich übrigbleiben und für dessen Schulden allein haftbar gemacht werden können. Ein solcher Reststaat mußte auch sonst alles gemeinsame zu seinen Lasten übernehmen, Dynastie, Hofstaat, die von den Nationalstaaten abgelehnten Beamten, die verabschiedeten Offiziere und vieles andere. Deshalb bestehen die Deutschen darauf, nicht mehr und weniger als die anderen Nationalstaaten auf österreichischem Boden zu sein; deshalb lehnen sie die Dynastie ab, deshalb erklären sie ihren Staat als ein politisch und staatsrechtlich neues Gebilde und lehnten jede Vertretung durch k. k. oder k. u. k. Behörden (so auch Andrassys verhängnisvollen Schritt) mit allem Nachdruck ab. Wenn sie die Wiener Zentralstellen und Ämter für ihren Staat übernehmen, wenn sie von der k. k. Regierung, die nur mehr eine Liquidations- oder Übergangsbehörde darstellt, Beamte oder Einrichtungen sich abtreten lassen, geschieht dies daher unter ausdrücklicher Verwahrung und unter Vorbehalt der Anrechte der anderen Teilstaaten. Um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, müssen sie die zentralen Kassen und Geldinstitute in ihre Hand bringen, über die materiellen und anderen Machtmittel und die mancherlei Bestände verfügen, die am Regierungssitze vorhanden sind. Diese müssen als Unterpfand bei den Verhandlungen mit den anderen dienen, die sich offensichtlich bemühen, sich möglichst rasch unabhängig von den bisher gemeinsamen Geldinstituten und von jenen Deutschösterreichs zu machen. Es darf nicht dahin kommen, daß sie das Interesse an der Aufrechterhaltung der Valuta verlieren und den Deutschen die dazu erforderlichen Belastungen allein aufgehalst werden. Die Deutschen haben von ihren Nachbarn nicht leicht gelernt, Nahrungsmittel und andere Waren, Waffen und Gelder, die gerade auf ihrem Gebiete sind, zu „beschlagnahmen" und nur im Um- und Austauschverkehr herauszugeben. Aber sie müssen es tun, um nicht mit leeren Händen in die Verhandlungen treten zu müssen. Falsche Vornehmheit fände keinen Dank. Aber es ist doch wohl zu erwarten, daß die Austauschverhandlungen nicht mit einseitigen Erpressungen sondern mit bestmöglicher allseitiger Versorgung enden; sobald die Staaten erst

Digitized by Google

fest errichtet sind, wird ihre Feindseligkeit gegen das praktische Bedürfnis zurücktreten. Magere Zeiten stehen aber mehr oder weniger allen bevor.

In dem Bild, das wir uns von der Zukunft des bisherigen Österreich machen können, fehlt der wichtigste Zug für den Reichsdeutschen, aber auch die brennendste Sorge für den Ostmarkdeutschen. Wie wird das Besatzungsrecht der Feinde gehandhabt werden und wird ihr Durchzugsrecht so geübt werden, daß wir passive Mithelfer an dem Kampf gegen Deutschland sein müssen? Eine wenig verbindliche Zusage nur schützt uns vor dieser Schmach; das gegenwärtige Ungarn bietet sich förmlich dazu an, sie auf sich zu nehmen. Bis diese Zeilen erscheinen, ist die bange Frage gelöst. Hier soll aber gesagt sein, wie sehr ihre bloße Möglichkeit jedes deutsche Herz in Österreich beschwert.

Notizen

Gruß an Deutsch-Österreich. In Riga erscheint seit der Revolution „Das neue Deutschland" als Organ für die deutschen Soldaten und Bürger, das in den vorliegenden Nummern kräftiges Freiheitsgefühl mit nationaler Würde zu vereinigen versteht. Folgenden Artikel des Gefreiten Ernst Diefenthal geben wir als Probe wieder, zumal die deutsche Presse ungewöhnlich wenig Verständnis für diese Grundfrage aller Deutschen bewiesen hat:

„Not kam über Deutschland. Die letzten Freunde traten von unserer Seite. Wir wurden einsam in der Welt. Die Führer jener Völker, für deren Erhaltung und Rettung deutsche Soldaten geblutet hatten und gestorben waren, Staatsmänner und Ministerpräsidenten, die noch gestern mit dem Tone innerster Überzeugung ihrer Treue für uns beredt und leidenschaftlich Ausdruck gaben, konnten nicht schnell genug den Bund verleugnen, als der Sieg von unseren Fahnen ging. In dieser Stunde tiefer Bitternis und lastenden Leides kommst du zu uns, Deutsch-Österreich. Das Unglück, das über uns mit jener elementaren Gewalt hereinbrach, die das tobende Meer durch die errichteten Dämme treibt, schreckt dich nicht. Es ließ nur das Gefühl der Blutsbruderschaft und Stammeseinheit zu einer Stärke wachsen, daß es heute die Herzen all deiner Kinder durchglüht und in ihnen den Willen erweckte, ihr Geschick mit dem unseren zu verknüpfen. Wir wissen nicht, was wir dir zu geben haben. Eine schwere Zukunft legte der Waffenstillstand vor unser Volk. Du aber kommst und willst mit uns einen mühsamen Weg wandern, mag er nun zur Höhe oder in den Abgrund führen. Es ist jetzt nicht die Zeit, die Türen mit Laubgewinde und Tannengrün zu umkränzen. Nicht wird der helle Ton der Freude in unseren Stimmen klingen, wenn wir dir den Willkommensgruß entbieten. Wo ein Toter im Hause liegt, kann man nicht jubeln und lobsingen. Wir können dir nur mit jener Ehrlichkeit der Gesinnung, die Stunden der Trauer zu heiligen pflegt, die Hände reichen und sagen, wie gern wir dich in unserem Hause sehen. Eine Hoffnung, die einst einen beachtlichen Teil der Besten unseres Volkes beseelte und die in Deutschland nie ganz schlafen gegangen war, hat sich erfüllt. Und wenn wir dir auch keinen üppigen Tisch bereiten können — Bruder, wir sind arm geworden —, so teilen wir doch herzlich mit dir, was wir besitzen. Eine Einheit, die aus dem freien Willen zweier Völker geboren wurde, kann nicht wieder zerbrechen. Gemeinsam werden wir aber auch die Kraft zu einem neuen Aufstieg finden, der uns glücklichere Tage ver-

Digitized by Google

heißt, als wir jetzt durchleben. Daß du aber kamst in der Zeit der Not, dessen sei dir Dank, Deutsch-Österreich!"

Die englische Industrie und die Naturwissenschaften. Es wäre für uns eine gefährliche Selbsttäuschung, die wissenschaftlich-industriellen Kriegsleistungen Englands jetzt und in der Zukunft gering einzuschätzen. Gerade der Krieg hat ja auf das englische Volk im Hinblick auf die Wertschätzung technisch- und wissenschaftlich-industrieller Leistungen, vor allem aber bezüglich des Naturwissenschaftlichen Unterrichts höchst aufrüttelnd eingewirkt. Wie sehr diese Erkenntnis weite Kreise des englischen Volkes erfaßt hat, zeigt mit voller Deutlichkeit ein Bericht über die Verhandlungen auf der Versammlung der Linné-Gesellschaft unter dem Vorsitz Lord Rayleigh, der vom Prof. Dr. Großmann aus dem Englischen übertragen und als Sonderausgabe der Sammlung chemischer und chemisch-technischer Vorträge unter dem Titel „Englands Kampf um den naturwissenschaftlichen Unterricht" im Verlage von Ferdinand Enke vor kurzem erschienen ist.

Nachdem Sir Ray Lankaster darauf hingewiesen hatte, welche gewaltige Mißgriffe und Fehler infolge des Mangels an naturwissenschaftlichen Kenntnissen in den verschiedenen Verwaltungsbehörden während des Krieges gemacht worden, zeigte neben anderen hervoragenden Rednern vor allem Lord Montagu of Beaulieu in interessanten Belegen, daß bereits seit vielen Jahren ein beklagenswerter Mangel an naturwissenschaftlichen Kenntnissen in den englischen Regierungskreisen herrschte. So bemerkte er, daß England nicht eine einzige Fabrik besitzt, die Azeton erzeugt, obwohl es nicht ein einziges Pfund Schießpulver ohne Azeton herstellen kann. Ein anderes Beispiel ist die Frage der Luftschiffahrt. „Im Jahre vor Kriegsausbruch hat Deutschland 7 Millionen Pfund Sterling ausschließlich für Versuchszwecke ausgegeben, um bestimmte Ergebnisse zu erzielen. In demselben Jahre, d. h. in dem Jahre vor Kriegsausbruch, konnten wir nur unter großen Schwierigkeiten für den gleichen Zweck 500 000 Pfund Sterling aufbringen. Dann ist noch ein zweiter Fall, indem der Wert des Studiums, der Luftschiffahrt, abgesehen von der Luftschiffahrt selbst, nicht erkannt wurde. Noch vor einigen Tagen hörte ich von dieser Angelegenheit, welche die Admiralität angeht. Eine große amerikanische Gesellschaft beschäftigt über 200 Leute, die sich ausschließlich mit Forschungen auf diesem Gebiete befassen, während bei uns bis vor ein paar Tagen die Admiralität nur vier oder fünf Leute hatte, die über dasselbe Problem Versuche anstellten. Ich glaube nicht, daß unser Volk sich gegen die Naturwissenschaft ablehnend oder feindlich verhält, es ist einfach sträfliche Nachlässigkeit." Einer der Direktoren der Bank of England, F. Huth Jackson bestätigte aus seiner eigenen geschäftlichen Laufbahn, welch ein ernstlicher Mangel es für ihn war, daß er selbst über die elementarsten Dinge auf naturwissenschaftlichem Gebiete so jammervolle Unkenntnisse aufweise.

Von den zahlreichen Personen, die mit dem Zweck der Versammlung sympathisierten, aber verhindert waren, daran teilzunehmen, verdient besonderes Interesse, was der frühere Vorsitzende des Iron- and Steel-Instituts, Sir Robert Hadfield, dem Komitee schrieb: „Wir sollten aus der Erfahrung lernen, und wenn wir auf die letzten 30 Jahre zurückblicken, dann scheint es, daß, wenn wir ein berufenes Haupt für die naturwissenschaftlichen Fragen gehabt hätten, die Deutschen niemals die Stellung errungen hätten, die sie jetzt im Wettbewerb bei uns in England einnehmen. In der Anwendung der Naturwissenschaften auf die Industrie haben wir es fehlen lassen, da wir nicht genügend ausgebildete Männer haben."

Digitized by Google

Nicht weniger bedeutsam waren die Ausführungen, die der Vorsitzende der Institution of Chemical Technologists, Colonel Cassal machte: „Die Vernachlässigung der Naturwissenschaften bei uns in England mit all ihren verhängnisvollen Folgen ist in der Hauptsache auf die grobe Unkenntnis selbst der elementarsten naturwissenschaftlichen Dinge in allen Kreisen der Bevölkerung zurückzuführen." Daher erscheint es dann Cassal von höchster Wichtigkeit, sich aus dringender Notwendigkeit heraus zu bemühen, dem Publikum und der Gesetzgebung den gewaltigen Schaden für die englische Industrie und besonders die englische chemische Industrie klar zu machen, der sich aus dieser Vernachlässigung der Naturwissenschaften ergeben hat. Wir wollen hier nur noch erwähnen, daß auch Alfred Marshal, der berühmte Professor für Nationalökonomie an der Universität Cambridge, vollkommen davon überzeugt ist, daß England seinen Platz in der Welt nicht behaupten kann, wenn es nicht die Naturwissenschaften in stärkerem Maße als bisher zur Hilfe heranzieht. Während die Naturwissenschaften im 18. Jahrhundert noch in den Kinderschuhen steckten, haben sie im 19. Jahrhundert große Fortschritte gemacht, und das 20. Jahrhundert ist das wahre Jahrhundert der Naturwissenschaften geworden. Dies sehen wir in dem jetzigen Krieg. Das Volk aber, um mit einem Wort von Sir Edward Schaefers aus der Londoner Versammlung zu sprechen, das die Notwendigkeit naturwissenschaftlicher Bildung erkennt, kommt vorwärts, das Volk, daß die Naturwissenschaft nicht anerkennt, wird überholt werden.

Die hier in kurzen Zügen angedeuteten Ausführungen über die Londoner Versammlung sowie über die nachträglichen Zuschriften zu derselben verdienen auch bei uns in Deutschland weitgehende Beachtung, gerade, weil die Verhältnisse bei uns sowohl auf dem Gebiete des Schulunterrichts, als auch, was das Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis anbetrifft, weit günstiger als in England liegen. Allein der Hinweis auf Englands intensive Kriegsarbeit auf chemisch-industriellem Gebiete, sowie auf den Kampf, den es jetzt während des Krieges im Lande um die Hebung des naturwissenschaftlichen Unterrichts führt, kann und muß uns in Deutschland ganz besonders veranlassen, nicht nur den Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Disziplinen auf den deutschen Schulen und Hochschulen nach dem Kriege mit aller Kraft zu fördern, sondern auch das Zusammenwirken von Wissenschaft und volkswirtschaftlicher Praxis weiter auf jede Weise zu pflegen.

Julius Luebeck.

Neuerscheinungen

Schweizer Literatur.

Der Aufhellung der wechselseitigen kulturellen und persönlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland dient eine Ausgabe der „Briefe Lavaters an seine Bremer Freunde" (Rascher u. Co., Zürich 1918), Bulletins Lavaters aus dem Jahre 1798 — dem Jahr der Umgestaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft unter dem Einfluß des Eindringens französischer Heere unter Brune und Schauenburg und der Besetzung Berns —, Schilderungen eines Mannes, der klugen Anteil an den Ereignissen und ihren politischen Auswirkungen nimmt und teilnehmenden Freunden in Deutschland lebhaft und anschaulich darüber berichtet.

Die Zusammenarbeit mit Frankreich dokumentieren die bei O. Füßli herausgegebenen Memoiren Jean Henri Dunants, des Vorkämpfers der Roten-Kreuzbewegung in Frankreich. Auch hier spielen durch einen Freund Dunants in Stuttgart, der an der Arbeit des Franzosen tätigen Anteil nimmt, Beziehungen zu Deutschland

Digitized by Google

herein — die Kriegsjahre 1870/71 im Hintergrund, in denen Dunant, allen inneren Wirren Frankreichs zum Trotz die Bewegung für das Rote Kreuz durchsetzte.

Zu einem „vernichtenden Urteil" kommen die leidenschaftlich anklagenden Betrachtungen der Isabelle Debran über Romain Rolland („Monsieur Romain Rolland, Initiateur du Défaitisme", George & Cie., Genève 1918). Der „Vater des Defaitismus" wird aus der kulturellen und politischen Gemeinschaft Frankreichs ausgestoßen, aus der er sich entfernt habe, und aus dem angeblichen Zusammenhang mit den Bestrebungen des Bundes „Neues Vaterland" wird Romain Rolland der Vorwurf des Vaterlandsverrats gemacht, nicht weniger aus seinem Pazifismus, der in „Zeiten des Krieges ein Verrat am Lande ist, weil er die Moral erschüttert und die Kraft des Kampfes für seine Existenz schwäche. Dieser Verrat aber sei nicht nur ein Verrat Frankreichs, sondern auch der Ideale, für die es, im Verein mit seinen Verbündeten, kämpfe: der Freiheit und der Demokratie".

Zwei neue Revuen widmen sich der Sichtung der neuen Gedankenrichtungen, die der Krieg hervorgerufen hat, beide vorwiegend nach der Seite der Entente orientiert. Sie erscheinen beide in Genf, das eine als Organ der jungen Dichter und Schriftsteller („La Revue des débuts"), das andere („La Revue des Idées") als Sammelorgan der philosophischen, politischen, kulturellen Ideen, die heute diskutiert werden. Die gegnerische Stellung gegenüber Deutschland bezeugen Ausführungen über deutsche wirtschaftliche Methoden.

„Zentralismus und Föderalismus in der Schweiz" macht Fritz Fleiner zum Gegenstand einer Untersuchung in den Schriften für Schweizer Art und Kunst (Rascher u. Cie., Zürich). Er legt an Hand des geltenden Rechtes dar, wie sich der Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus in der Bundesverfassung ausgeprägt hat, wie sie sich gegenseitig ergänzen und fördern und wie „auf ihrem Zusammenwirken und Einklang die Gesundheit und Entwicklung in der Eidgenossenschaft beruht". „Es ist darum für uns eine Notwendigkeit," schreibt Fleiner, „daß die drei Kulturen des Landes in gleicher Weise sich entfalten und in gleicher Weise gedeihen. Denn jedes unserer drei Kulturgebiete hängt mit einem ausländischen, noch größerem zusammen und führt daher der Schweiz neues Blut, neue geistige Werte, neue geistige Elemente zu. In der Schweiz wird das Kulturgut schweizerisch geprägt. Wir haben in der Tat eine originelle Literatur und Kultur in der deutschen wie in der romanischen Schweiz. Das garantieren uns die Kantone."

Die „geistige Überfremdung der Schweiz" als eine Folgeerscheinung der „wirtschaftlichen Ausländerei" beschäftigt noch immer die Literatur. Zuletzt befaßt sich Dr. W. Ehrenzeller (St. Gallen) mit dieser Frage. Er sieht aus der direkten und indirekten Überfremdung der Schweiz „die Gefahr der Untergrabung unserer geistigen Eigenart, der Ersetzung des alten Schweizertums" entstehen, „das jahrhundertelang der Fremde getrotzt hat". „Diese Untergrabung erfolge durch eine leicht demokratisch gefärbte, kosmopolitische Masse, die ganz ruhig nach außen die Schweizermarke noch führt, weil es bequem und heutzutage geschäftlich von Vorteil ist." Der Verfasser stellt danach folgenden Grundsatz für das Verhältnis der Schweiz zum Ausland auf: „Wir müssen wirtschaftlich und geistig mit dem Ausland eng verbunden bleiben. Eine wirtschaftliche Abschließung ist bei der Natur unserer Volkswirtschaft eine Unmöglichkeit; eine geistige Abschließung hätte wissenschaftliche und kulturelle Verarmung im Gefolge. Wir sind aufeinander angewiesen, unser Kampf geht nicht gegen Ausland schlechthin, nur gegen die Ausländerei in der Schweiz." „Wir halten am Ideal der gegenseitigen Duldung der Völker fest, nur darf diese Duldung nicht so gemeint sein, daß andere sich auf unsere Kosten in unserem eigenen Hause breitmachen." K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.10, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 13. Dezember 1918 * Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Feinde wollen den glatten Diktierfrieden unter sich festlegen, bevor Wilson als Friedensvermittler eintrifft. Machen wir uns darüber keine Illusionen: die französische Rachsucht überschreit alle Gefühle der politischen Vernunft, und wenn die öffentliche Meinung zu annexionistischen Zielen (Saarbrücken) aufgepeitscht wird, mag sie sich der umgekehrten Denkschriften von Dietrich Schäfer und Dr. Claß bedienen. Der englische Pazifismus schweigt. — Lord Lansdowne war in dem Augenblick in den Hintergrund gedrängt, als Ludendorff die sachliche Verhandlungsunfähigkeit Deutschlands anmelden ließ. Die Frage steht heute ja nicht mehr: was Wilson der Welt an Frieden geben will, sondern was er kann. Seine militärische Hilfe war in diesem Frühsommer entscheidend, aber jetzt, da auch Franzosen und Engländer in rechtsrheinische Brückenköpfe einziehen, ist seine Macht nur moralischer und nicht sehr tatsächlicher Natur. Clemenceau hat, als Wilsons Wahlniederlage voreilig gemeldet war, vor zwei Jahren den moralischen Tonfall der amerikanischen Politik bös verspottet; wie weit wird er sich jetzt zähmen, Konzessionen machen, oder den Präsidenten spüren lassen: ich habe heute die Macht. Deutschland ist nun der gefesselte Mensch — es muß warten, was der feindliche Rat an Demütigungen ersinnt. Aber es darf die Würde nicht verlieren, weil es sonst die Kraft einbüßt, aus der sein Aufstieg allein wieder kommen kann.

*

Die bürgerliche Linke hat sich nun doch noch zu einer Partei zusammengefunden, indem sich die allzu sehr belasteten Politiker in den Hintergrund der Bühne begaben. Man muß wünschen, daß die rechtsnationalliberalen Elemente formell den Anschluß an die neue konservative Partei vollziehen. Denn sonst bleibt ein Moment der Unklarheit in der neuen Schichtung. Die Größe der Aufgabe, die allen Parteien heute gestellt ist, gestattet keine Kleinigkeitskrämerei,

Digitized by Google

und die „Demokratische Partei" wird selber Wert darauf legen müssen, daß nicht zwei, drei Zeitungen, daß zwei, drei etwas plötzliche Parteiführer die Blankovollmacht besitzen, die Parteimeinung auszusprechen. Ohne eine gewisse Weite, ohne ein Anerkenntnis, daß Führerberufung nicht durch Betriebsamkeit, sondern durch geistige Produktivität ausgesprochen werde, geht es nicht. Aber das ist heute zweifellos sachlich eine unerläßliche Notwendigkeit, daß der Scheidungsstrich gegen rechts in Personen und im Programm deutlich markiert bleibe. Ohne sozialistische Koketterien, aber in dem klaren Bewußtsein, daß jenes planlose Rufen nach einer Sammlung des „Bürgertums" gegen links zu einer katastrophalen Entgeistigung aller Politik führen müßte.

*

Gewiß, Revolutionen sind geschichtliche Vorgänge, die man nicht mit der kleinlichen Rechenelle bemißt. Aber die Revolutionäre haben ein moralisches Interesse, ihre Großzügigkeit zu dämpfen. Die Deutschen, der politischen Phantasie ermangelnd, haben für den Umsturz keinen eigenen Stil erfunden, sondern das russische Klischee übernommen. Aber dann, nach vollbrachter Tat, haben sie zum Glück halt gemacht und sind jetzt dabei, die Revolution zu bürokratisieren. Jeder Minister, jeder Polizeipräsident, jeder Oberbürgermeister bekommt seine Beigeordneten, die entweder gleichen Gehalt oder große Tagegelder beziehen. Die Folge davon ist, daß die Staatsausgaben schwindelnd ansteigen. Man braucht die Summen, die kolportiert werden, nicht wörtlich zu nehmen, aber man darf die Sozialdemokratie daran erinnern, daß sie auf strenge Parlamentskontrolle der Staatsrechnung immer drang und unmöglich diesen Unfug unkontrollierter „Geldbewilligung" (man bewilligt sich selber!) noch lange andauern lassen kann.

*

In den Arbeiterräten, die jetzt auch das Wirtschaftsleben kommandieren wollen, sitzen vielfach Leute, die gewerkschaftlich nie organisiert waren. Sie ordnen Lohnbewegungen an, die völlig unsinnig sind, und peitschen die wirren Instinkte gegen die alten Gewerkschaftsbeamten an. Kurz vor der Revolution haben die Gewerkschaftsverbände gegen „oben" sich durchgesetzt; heute führen sie den verzweifelten Kampf um ihre Autorität gegen unten. Der Ausgang ist eine deutsche Schicksalsfrage.

*

Das Rheinland gibt der voreiligen Politik des Herrn Kultusministers Ad. Hoffmann eine sehr rasche Quittung: der Separatismus dort ist klerikal gefärbt. Solange man hier nur eine Zerfallserscheinung des preußischen Staatskörpers zu sehen hat, sind die rheinischen Kundgebungen nicht zu tragisch zu nehmen; ihre unendliche Gefahr liegt darin, daß sie den Franzosen als Alarmzeichen gelten können, ihre Pufferstaatsidee zu verfolgen.

Digitized by Google

Deutsche Reichsverfassung

Von Dr. Theodor Heuß

I.

Einheitsstaat und Bundesstaat.

Theoretisch ist eine Rückkehr Deutschlands zur monarchischen Staatsform natürlich denkbar, praktisch erscheint sie ausgeschlossen. Der ins Ausland flüchtende Kaiser hat bei vielen vollends den Glauben an die besondere Würde der alten historischen Institution mit über die Grenze genommen. Alle größeren Parteien, auch die Konservativen, richten sich innerlich auf den Dauerzustand der demokratischen Republik ein — es mag sich eine Gruppe von Royalisten erhalten, aber sie wird in der Nationalversammlung und fernerhin bedeutungslos sein.

Als die Paulskirche im Jahre 49 ihren Entwurf abschloß, war er nicht schlecht; aber das Verfassungswerk hatte darunter gelitten, daß es in zahllosen Sitzungen und Ausschüssen sehr mühsam aus dem Nichts geschaffen werden mußte. Gewiß diente der Plan Bismarck späterhin als Unterlage, die er in nicht unwesentlichen Stücken übernahm. Aber Bismarcks Verfassungsschöpfung war autoritär, in all ihrer Genialität der Kräfteverteilung zu persönlich gedacht und in ihrer Dauerwirkung zu stark als Fürstenbund, zu wenig als Volksbau konstruiert. Wir haben heute nicht die Stelle der geschichtlichen Macht, die berufen wäre, mit kluger Überlegenheit den neuen Staat zu formen. Alle Autoritäten sind zerschlagen oder relativ geworden. Das Werk der Nationalversammlung ist, von unten her, auf neu abgesteckten Fundamenten, zu beginnen. Was heute gewünscht werden muß, ist dies, daß die neue Volksvertretung sich aber nicht, wie ihre Vorgängerin, vor einem Vakuum sich befinde. Die provisorische Reichsregierung, so ungenügend ihr eigener Rechtstitel sein mag, muß die Unterlagen des kommenden Staatsrechts heute schon vorbereiten, damit die Arbeit der Nationalversammlung, in Zusatz und Abstrich, in einem geistigen Kern sich konzentriere.

Die Fragen gruppieren sich: Einheits- oder Föderativrepublik? Kompetenzvertretung, Aufbau der Gewalten, Exekutivorgan.

Begreifen wir zunächst nur die politischen Probleme. Gewiß wird ihre Lösung anders aussehen, wenn man glaubt, die Aufgabe der kommenden Republik sei wesentlich, den Riesenversuch der Wirtschaftssozialisierung zu unternehmen; denn dies würde eine unendliche Sammlung der zentralen Kräfte zur Voraussetzung haben. Aber wir lassen diese Frage offen, in dem Glauben, daß die geschulten Marxisten, die heute sich von dem Schlagwort der „Nationalisierung" überrennen lassen, zu der Einsicht zurückkehren: nur ein grober Dilettantismus

Digitized by Google

kann den wirtschaftlichen Sozialismus in nationalen Grenzen verwirklichen wollen, während jenseits der Grenzen der Kapitalismus noch im Aufstieg ist, der Kapitalismus, mit dem wir, um leben zu können, auch fernerhin Waren und Rohstoffe tauschen müssen.

Die politische Fragestellung zwingt uns in den ewigen Zwiespielt zwischen Vernunft und Geschichte, zwischen Rationalismus und Tatsachengewicht. Die Demokratie als politische Lebensform ist an sich indifferent: sie hat sehr starke verallgemeinernde, d. h. zentralistische Tendenzen, der Vereinfachung, der Übersichtlichkeit, sie ist im wesentlichen auch bei uns der Motor des Unitarismus gewesen (Finanz- und Wirtschaftsgesetze), aber sie hat sich bei uns, wie in der Schweiz und der Union, praktisch auch mit dem Föderalismus, mit einem System von Selbstverwaltungen vertragen.

Der grundsätzliche Föderalismus bezieht seine geistigen Kräfte wesentlich aus kulturellen Schutzvorstellungen. Deutschland soll nicht durch Mediatisierung seiner Landeshauptstädte (die bisher Residenzen waren) verwaltungsmäßig und geistig uniformiert, d. h. verberlinert werden. An dem Gedanken ist natürlich vieles richtig, aber er übertreibt. Er unterschiebt dem Zentralismus Erscheinungen, die schlechthin Auswirkungen des abplattenden, Schichten zeichnenden modernen Kapitalismus sind, und er verkennt, daß etwa der Einheitsstaat Preußen zum Glück die unterschiedlichen Kultursphären des Rheinlands und Ostpreußens etwa, von Hannover und Breslau nicht aufheben konnte. Das Kulturelle ruht auf dem Volkstum und nur sehr bedingt auf staatlichen Institutionen.

Uns scheint, daß man weniger sentimental, als vielmehr praktisch diese Fragen ansehen muß. Und dann abwägen: wo grenzen die Vorteile, Notwendigkeiten, Möglichkeiten des vollkommenen Einheitsstaates ab?

Es ist ein absoluter sachlicher Gewinn, wenn die Kompetenzen der Reichszentrale in den Fragen von Wirtschaft, Finanz, Verkehr gestärkt werden. Die Entwicklung, von den Kriegslasten bestimmt, hätte uns auch ohne den staatlichen Umsturz in dieser Richtung vorwärtsgetrieben. Die törichte Überlieferung, daß die direkten Steuern nur dem Gliedstaat eigentümlich sein sollen, muß schlechterdings restlos über Bord geworfen werden. Das Reich, dessen Wirtschaftseinheit die Vermögensbildung und Einkommenssicherheit garantiert, darf nicht in der finanzpolitischen Aschenbrödelrolle bleiben. Die Konsequenz der einheitlichen Wirtschaftspolitik drängt aber auch zur zentralen Regelung der Verkehrsfragen. Es ist ein Widerspruch in sich, Eisenbahnen und Wasserstraßen, die der Träger der Wirtschaftseinheit sind, in Einzellandesverwaltung, ja in gegenseitiger Konkurrenz zum Schaden der Gesamtheit zu belassen. Der Verfassungsentwurf von 49, in dem die großen Anregungen von Friedrich List noch nachhallten, hat hier schon Reichskompetenzen angedeutet, die später unter dem Tisch fielen.

Digitized by Google

Sollen, vielmehr können wir im Augenblick aber über diese „technischen" Staatsbedürfnisse hinaus fortschreiten zum vollkommenen Einheitsstaat? Es ist kein Zweifel, daß für die Führung der rein politischen Geschäfte dieser ein absoluter Gewin wäre, und sicherlich muß, auch im politischen Aufbau des wahrscheinlichen Föderativstaates, das zentrale Gewicht tatsächlich und symbolisch überragend ausgestaltet werden. Aber wir dürfen, mit dem Blick auf ein zentralistisches Staatsschema, die vorhandenen politischen Kräfte und Tatsachen nicht vernachlässigen. Daß Berlin, nach Schefflers ausgezeichneten Deduktionen, Kolonialstadt mit allen Eigentümlichkeiten und Schattenseiten einer solchen Schöpfung, an Sympathien und Zutrauen gewonnen hatte, galt weder vor, noch in, noch nach dem Kriege. Kann es die Hauptstadt auch für Wien sein? Präziser: wir wollen und müssen uns mit Deutsch-Österreich staatlich vereinigen; wir haben aber hier ein Gebiet mit eigener Währung, mit eigener gesetzlicher Tradition und Verwaltungsart, die nicht leichterhand umbefohlen werden können. Gerade wir, die den vollkommensten Zusammenschluß der deutschen Landesteile fordern, müssen wünschen, daß dieser sich so vollziehe, daß nicht bei seinem Beginn Pressung und Vergewaltigung entstehe.

Die deutschen Dynastien waren die Züchter des mittelstaatlichen Partikularismus und von ihrem Erbe leben auch noch die deutschen Freistaaten. Sie haben, da die Berliner Entwicklung ungewiß blieb (und sie ist es ja heute noch), ihre einzelstaatlichen Nationalversammlungswahlen schon für den Januar ausgeschrieben. Das ist verständlich, weil man in Stuttgart, Karlsruhe usf. zur Konsolidierung der Verhältnisse kommen will, aber es kann eine Gefahr sein, wenn diese Parlamente mit ihren Kompetenzen sich festlegen. Hoffentlich sind sie besonnen genug, ihre Aufgabe mehr in der Liquidation der Vergangenheit als in der Bindung der Zukunft zu sehen.

Denn wenn wir bereit sind, geschichtliche Entwicklungen der zentrifugalen Richtung als an sich beachtenswerte Faktoren der deutschen Politik, Erbe alter Jahrhunderte, auf die Wagschale der Entschließung zu legen, so darf unser Geschlecht am wenigsten vor den Zufälligkeiten der Territorialstaatbildung kapitulieren. Sie ist im wesentlichen das Ergebnis der napoleonischen Ära und des Krieges von 64 und 66. Die Gebietszuweisungen, die Napoleon den Rheinbundstaaten gab, haben vielfach einen völlig willkürlichen Charakter gehabt, der sich weder an Volkstum, Konfession oder Wirtschaftslage anschloß; die Bevölkerung hat es erst allmählich lernen müssen, im Wittelsbacher oder Zähringer den „angestammten" Herrscher zu erkennen. Das Selbstbestimmungsrecht war noch nicht erfunden. Nun muß man aber einmal den Versuch machen, eine Landkarte mit Wirtschaftsprovinzen oder mit den Siedlungsgrenzen der alten deutschen Stämme, der Bayern, Schwaben, Franken, über die politischen Grenzen unseres Staaten-

Digitized by Google

bestandes zu legen, um sich der ganzen Willkür dieser Staatenzusammenfügung bewußt zu werden, (für die Baden immer das beste Beispiel bleibt). Uns scheint, daß nicht nur die Staatensplitter in Mittel- und Norddeutschland sich zusammenfinden oder im größeren Körper aufgehen müssen, sondern daß auch bei den mittleren Staaten das Problem der An- und Abgliederung ernsthaft angefaßt werden muß. Das Ideal ist, ohne daß man einem Schematismus huldigen wollte, unter Berücksichtigung der Wirtschaftskomplexe, Verkehrszusammenhänge und der auch durch die Revolution unberührten konfessionellen Verteilungen in ihrem Ausmaß sich ungefähr entsprechende neue Staatsorganismen zu schaffen, die in Verwaltung, Schule, Kirche, Polizei usw. einheitlich zusammengefaßt werden und sich auch weiterhin ihrer landständischen Vertretungskörper bedienen sollen. Würde die Kontrolle der Verwaltung allein bei einem Zentralparlament ruhen, so würde dies allzu sehr belastet sein; auf der anderen Seite dient der Landtag genau so gut wie die Gemeindevertretung als ein Organ der politischen Erziehung. Sollte das Verhältniswahlsystem, das, bei all seiner „Gerechtigkeit" etwas Mechanistisches, die persönliche Initiative junger politischer Führerkräfte Hemmendes besitzt, Dauercharakter haben, so ist es, um das politische Leben nicht erstarren zu lassen, notwendig, noch Stellen der politischen Willensbildung zu schaffen.

Die entscheidende Angelegenheit bei der Überlegung des kommenden Reichsgrundrisses heißt: soll der Staat Preußen erhalten bleiben? Das Problem ist alt genug: es hat im Vormärz die besten politischen Denker beschäftigt. Wie sollte das Reich eine erträgliche Balance erhalten, ohne einfach Anhängsel Preußens zu werden. Paul Pfizer hat frühzeitig die „Gefahr" erkannt, die von einem preußischen zentralen Parlamentarismus drohe: daß nicht die Hohenzollerndynastie, sondern mit dem Willen des Volkes der preußische Staat die Vorherrschaft ausüben werde, und von dieser Sachlage dann zentrifugale Wirkungen dem übrigen Deutschland sich mitteilen müßten. Er hat damals, als Preußen noch ohne Volksvertretung war, aus gesamtdeutschen Gründen den Ausbau der preußischen Provinziallandtage zu parlamentsähnlichen Gebilden gefordert. Heute, da die Gedankenreihen der Paulskirche wieder seltsam aktuell geworden sind, steigt auch diese Erinnerung wieder empor.

Das ist ja nun ein einigermaßen verwickeltes Kapitel, denn es rührt bei vielen Menschen an den geschichtlichen Sinn und Stolz. Soll hier geleugnet werden, daß Preußen dem Reichsbau das Rückgrat gab? Soll die alte preußische Geschichte zerschlagen werden? In den preußischen Kernländern wird sich alle Empfindung gegen diesen Gedanken auflehnen, denn dort ist es natürlich Stolz, was anderen ein geschichtliches Kuriosum, daß von der Königskrone, die Friedrich I. im Jahre 1701 mit dem außerhalb des alten Reichsverbandes liegenden alten Ordensland Preußen verband, Emden, Trier, Flensburg die Bezeichnung

Digitized by Google

ihrer staatlichen Zugehörigkeit bezogen. Preußische Städte, deren Geschichte und Bevölkerung es immer ablehnten, „preußisch" zu sein. Soll im Weltkrieg das alte Preußen, besiegt und innerlich zusammengebrochen, sich auflösen, um künftig wahrhaft „in Deutschland aufzugehen"?

Die Antwort auf diese Frage bemißt sich natürlich vor allem nach dem staatsrechtlichen Aufbau, den die deutsche Republik künftig haben wird. Preußens Vormachtstellung lag in den Klauseln des Bundesrats, die für alle wichtigen Entschließungen preußische Zustimmung verlangten, in der Personalunion von Reichskanzlerschaft und preußischem Ministerpräsidium. Der Bundesrat wird nicht wiederkehren und die Vertretung der Gliedstaaten in irgendeinem Staatenhaus wird einen völlig anderen staatsrechtlichen Charakter haben als die genitale Knifflichkeit der Bismarckschen Schöpfung. Aber nicht hinweggeschafft wird die tatsächliche Präponderanz Preußens, wenn neben einem deutschen ein preußischer Ministerpräsident, wenn in Berlin zwei Parlamente beisammen sein sollten. (Sofern man nicht, was aber seine Bedenken hat, die Reichszentrale dauernd von Berlin entfernt.) Politik ist keine Sache von Institutionen, sondern von Menschen, und man sieht schon in der Zukunft den Konflikt dieser beiden Kabinettsführer! *)

Die Liquidation einer so großen Organisation, wie es der preußische Staat ist, verlangt natürlich die größten Opfer und Anstrengungen. Übernimmt aber das Reich die gesamte Verkehrspolitik, eine finanzielle Buch-Transaktion großen Stiles, dann werden die Verwaltungsautonomien sich bald gesund konzentrieren können. Man wird sich vorstellen können, daß in den Fragen der Volksbildung das Reich Richtlinien, Mindestforderungen aufstellt, daß es für das Verhältnis von Staat und Kirche bestimmte Anweisungen verabredet, im übrigen aber hier eine weise Zurückhaltung übt. Was gerade auf diesem Gebiete ein rigoroser Schematismus schaden kann, zeigt, daß Adolf Hoffmanns angekündigte Kirchenpolitik im Westen Preußens ein Hebel des Separatismus geworden ist. So haben wir uns die Auflösung Preußens nicht gedacht!

Wenn die Karte der norddeutschen Ebene, auf der heute neben Preußen noch einige überfällige Herzog- und Fürstentümer liegen, neu gezeichnet werden soll,

*) In einer gedankenvollen Aufsatzreihe, die Max Weber-Heidelberg soeben in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht, lehnt er die Aufteilung Preußens ab, weil er fürchtet, daß in den östlichen alten Provinzen Preußens sich Losreißungstendenzen entwickeln könnten. Uns scheint, bei aller Bewertung psychischer Triebkräfte, dieses Bedenken doch nicht durchschlagend; der polnische Druck und die wirtschaftliche Verbundenheit (Agrar-Export) hält diese Provinzen am Gesamtreich fest. Um so mehr, wenn die soziale Struktur des platten Landes in den nächsten Jahrzehnten durch Bauernsiedelung sich verwandeln wird. — Nicht zu übersehen ist freilich, daß der Osten bisher von der Steuerkraft des Westens lebte.

Digitized by Google

dann wird man darauf verzichten, die Grenzen der alten Provinzen anzuerkennen. Sie haben ihren historischen Sinn in den meisten Fällen verloren. Man wird Wirtschaftseinheiten herausschälen, und wenn man es fertig bringt, konfessionelle Minderheiten der alten Grenzen abzugliedern, um, wenn die Kulturfragen den neuen „Kreisen" zuwachsen, von vornherein ein Minimum von Reibungsflächen zu schaffen.

Lloyd Georges Wahlprogramm

Von Carl Brinkmann

Wir haben lauter Programme und keine Führer; England hat einen Führer ohne Programm. So könnte man paradox und doch kaum übertrieben das Eigentümliche der gegenwärtigen Stellung des englischen Ministerpräsidenten bezeichnen. Das Unterhaus, dem seine Kabinettsregierung im Kriege den letzten Rest von Einfluß auf das Schicksal des Landes genommen hatte, ist jetzt von ihm aufgelöst worden, um nicht einmal am Friedensschluß teilnehmen zu dürfen. Eine außerordentlich geschickte Vorbereitung der öffentlichen Meinung, die monatelang zwischen Ansage und Absage der Neuwahlen in der Schwebe gehalten wurde, hat dafür gesorgt, daß im Augenblick der Entscheidung Lloyd George den dazu nötigen äußeren Apparat völlig in der Hand hat. Die Hauptschwierigkeit, die durch den Waffenstillstand nur noch erhöht wird, liegt natürlich in der Frage, ob die am Ende des ersten Kriegsjahres zustande gekommene Koalition der beiden großen Parteien in irgend einer Form das alte Unterhaus zu überdauern imstande sein wird. Lloyd George hat diese Schwierigkeit mit der gewohnten brutalen Einfachheit zu lösen versucht, indem er durch eine ganz kurze und geheime Verhandlung die Verfügung über die ganze unionistische und einen großen Teil der liberalen Parteimaschinerie sich selbst und dem engsten Kreise seiner Anhänger angeeignet hat. An ein und demselben Tage erhielten alle diejenigen Abgeordneten, die bei den Wahlen wiederum als Kandidaten der Koalition aufgestellt werden sollen, eine gleichlautende telegraphische Mitteilung darüber. Dabei soll trotz des diktatorischen Verfahrens mit ebenso großer Sachlichkeit wie Unbedenklichkeit vorgegangen worden sein. Älteste persönliche Freunde Lloyd Georges teilen mit seinen Gegnern das Schicksal, ohne vorherige Kündigung ihren Stuhl vor der Tür der Koalition zu finden.

Äußerlich gibt das Überwiegen der konservativen Nominationen der neuen Partei, die so gewissermaßen erst durch die Neuwahlen selbst ins Leben treten soll, von vornherein eine dem Koalitionsgedanken wenig entsprechende einseitige Färbung. Den liberalen Gegnern Lloyd Georges, die von dem alten Kern der Partei um Asquith bis weit hinein in die Kreise der Radikalen und Staats-

Digitized by Google

sozialisten reichen, ist sein jetziger Wahlfeldzug denn auch nichts anderes als die freche Krönung seiner bisherigen Kriegspolitik durch Verabschiedung desjenigen Teilhabers, der schon bisher mit wenig Rechten und viel Pflichten die Hauptlast der Koalition zu tragen hatte. Und nicht anders scheint auf den ersten Blick die amtliche Organisation der englischen Arbeiterschaft die Lage zu beurteilen. Der Beschluß der Arbeiterpartei, die ihr angehörigen Minister aus dem Kabinett abzurufen, und die Disziplin, mit der sogar die gemäßigteren unter diesen Ministern dem Beschluß nachgekommen sind, macht auf dieser Seite fast noch mehr als auf der liberalen den Eindruck eines Zerfalls des künstlichen Koalitionsgebäudes. Man würde nun aber sehr fehlgehen, wenn man die Wahlaussichten des Ministerpräsidenten lediglich nach diesen Tatsachen einschätzen wollte. Schon die Frage gibt zu denken, wie es Lloyd George überhaupt gelingen konnte, einen doch immerhin so großen Teil der Liberalen zur weiteren Zusammenarbeit mit dem übermächtigen Unionismus zu bewegen.

Das eigentliche politische Bekenntnis Lloyd Georges ist in England wohl nicht minder als auf dem Festlande selbst den Nächststehenden immer ein Rätsel geblieben. Der Mann, der noch heute in Augenblicken feierlicher Stimmung gerne seine alte persönliche und Familienzugehörigkeit zu dem Radikalismus des Sektentums betont, hat es in den ersten Kriegsjahren viel schwerer gehabt, diese seine liberale Vergangenheit mit ihren eindrucksvollen Marksteinen, dem Pro-Burentum, der Deutschfreundlichkeit, der halbsozialistischen Gesetzgebung der Jahre 1909 bis 1914, bei der chauvinistischen Kriegspartei in Vergessenheit geraten zu lassen, als umgekehrt seine großen Kriegsleistungen, die Organisierung des Munitionsministeriums und des einheitlichen Oberbefehls, auch seinen ehemaligen liberalen Bundesgenossen zu empfehlen. Niemals ist denn auch im Kriege seine Annäherung an eines der beiden in der Koalition vereinigten Extreme stark und anhaltend genug gewesen, um einen offenen Bruch mit den anderen herbeizuführen In seinem engeren Rat, dem Kriegskabinett, von lauter imperialistischen Konservativen und ähnlich gerichteten Arbeitern umgeben, stand er doch zu den Militaristen des englischen Hauptquartiers seit seiner Versailler Rede vom Herbst 1917 im allerschärfsten Gegensatz, den er wohl sogar aus begreiflichen Gründen vor der Öffentlichkeit ganz besonders betonte und pflegte. Die kritische Wendung für diese vermittelnde oder, mit seinen Feinden zu reden, doppelzüngige Politik ist freilich auch hier mit dem Kriegsende gekommen. Jetzt droht nicht nur der Druck, der die Koalition von außen zusammenhielt, wegzufallen, sondern der Übergang zum Frieden bringt die Probe auf eine Reihe wichtiger Programmpunkte namentlich wirtschaftspolitischer Natur, deren Erledigung Lloyd George bisher immer wieder auf diesen Termin vertagen konnte. Die Arbeiterpartei wartet auf Demobilisation und Neuordnung, die beiden bür-

Digitized by Google

gerlichen Parteien auf die Entscheidung des großen Streits um die künftige englische Handelspolitik, nicht minder dringend das schmerzensreichste Problem der englischen Politik, Irland, auf die bis zum Frieden verschobene Ausführung des Home-Rule-Gesetzes.

Mit der kalten Bewunderung, die politische Genialität ohne erkennbaren Gefühls- oder Gesinnungsinhalt erzwingt, verfolgt man schon seit geraumer Zeit die Vorbereitungen Lloyd Georges auf diese Krise seiner Kriegspolitik im Frieden. Die erste Demonstration galt den Arbeitern. Es war jene Rede im September in Manchester, in der der Ministerpräsident mitten in einem der unruhigsten Industriebezirke Englands den Mut hatte, mit der schonungslosen Leidenschaft, die ihm zu Gebote steht, die Verelendung des Volkes durch den Krieg (schon damals!) nicht nur als Hauptproblem des Krieges, sondern auch als Hauptsorge seiner Politik zu bezeichnen — ein Gedankengang, den er (wie immer solcher Hauptaktionen) mit dem Brandsignal eines Schlagwortes schmückte: „Kein Krieg, der A 1 sein soll, ist möglich mit einer Bevölkerung, die C 3 ist." (A 1 und C 3 sind der erste und der letzte Grad der englischen Kriegsdienstfähigkeit.) Im engsten Anschluß an diese Rede hat sich dann derjenige Teil seines Wahlprogramms entwickelt, der die neue Koalition auf eine umfassende Politik sozialer Reformen von der Wohnungsfürsorge und den Ansiedlungsplänen der Demobilisationszeit bis zum letzten Ausbau der Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital verpflichtet. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß gerade die Kreise, in denen die verschiedenen Gebiete der Sozialreform bisher am gründlichsten bearbeitet worden sind, d. h. etwa die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften auf der einen und die sozialistischen Kommunalpolitiker vom Schlage der Webbs auf der anderen Seite der Aufrichtigkeit und Gründlichkeit von Lloyd Georges Sozialprogramm mit immer größerem Mißtrauen gegenüberstehen. Von alten persönlichen Feindschaften abgesehen, spüren diese Mächte in Lloyd George den bedenkenlosen Demagogen, der sich gegebenenfalls nicht scheuen würde, über den Kopf der bestehenden Sozialorganisationen hinweg als Führer der gärenden, mit diesen Organisationen größtenteils unzufriedenen Volksmassen aufzutreten. Es war bekanntlich Lloyd George, der als einziger unter den großen Staatsmännern der heutigen Epoche den Ausspruch gewagt hat, er fürchte die Reaktion mehr als den Bolschewismus. Mag er auch selber seither diesen Standpunkt in einer Reihe der reaktionärsten Äußerungen aufgegeben haben, so bleiben solche Parolen doch immer wieder im Gedächtnis des Volkes haften und helfen seine Volkstümlichkeit stützen und steigern. Wie er sich zu Beginn des neuen Jahres 1918 zuerst mit den Arbeitern in Verbindung setzte, um vor ihnen auf Grund des von ihnen aufgestellten Friedensprogramms seine eigenen Kriegsziele öffentlich zu entwickeln, so ist er noch soeben von denselben Arbeitern, die ihre Vertreter

Digitized by Google

aus seinem Ministerium entfernt hatten, mit Jubel aufgenommen worden. Gewiß hat der leitende Staatsmann eines siegreichen Landes von Natur vor Volksmengen und in Versammlungen leichtes Spiel, und Lloyd George wird durch seine ganze persönliche Begabung noch mehr auf diesen Weg gewiesen. Allein es hieße wichtige Grundlagen des politischen Denkens in England verkennen, wollte man sich die tiefen Wurzeln seiner unerhörten Popularität gerade in den breiten und, wie ich vor einiger Zeit an dieser Stelle ausführen durfte, weltpolitisch noch sehr wenig durchgebildeten englischen Arbeitermassen verhehlen.

Einen mindestens ebenso schweren Stand hat die Wahlpolitik Lloyd Georges gegenüber den bürgerlichen Parteien. Die Aufgabe ist hier nicht diese oder jene Form eines in den Grundzügen feststehenden Programms, sondern der unerbittliche und durch alle Vermittlungsversuche nur hinauszuschiebende Zusammenstoß zweier entgegengesetzter Systeme, des freihändlerischen Liberalismus, der sein Ideal nach Besiegung des größten Wirtschaftsgegners neu beleben möchte, und des protektionistischen Unionismus, der Englands Stellung in seinem Weltreich und in der Welt überhaupt auch nach dem Kriege erst durch eine völlige Umkehr der ganzen bisherigen Wirtschaftspolitik sichern zu können glaubt. Es ist äußerst merkwürdig, wie Lloyd George es unternimmt, diesen Widerspruch durch Vereinigung wichtiger Elemente von beiden Seiten in ein neues System der nationalen Wirtschaftspolitik umzugestalten. Die Form, in der er diesen Gedanken in den Wahlkampf eingeführt hat, indem er ihn vor der liberalen Partei persönlich vertrat, den Unionisten aber durch den Führer des Unterhauses Bonar Law brieflich mitteilen ließ, gab zunächst Anlaß zu dem Gerücht, er habe in diesem Brief den Konservativen das Gegenteil dessen zugesichert, was er kurz zuvor vor den Liberalen versprochen habe. Die Veröffentlichung des Briefes hat die Haltlosigkeit dieses Verdachts erwiesen. Von einer auf den Empfänger berechneten Stilisierung abgesehen, waren darin dieselben Forderungen und Zusagen enthalten, wie in der Rede an die Liberalen. Lloyd George ist so klug, seine Wirtschaftspolitik nach den Ergebnissen der verschiedenen über diese Frage von der Regierung gehörten Sachverständigenausschüsse zu orientieren. Das wesentliche Ziel ist Staatsschutz und Staatsförderung für die nationale Arbeit mit besonderer Rücksicht auf die wichtigsten, die sogenannten Schlüsselindustrien des Landes und Bevorzugung der kolonialen Einfuhr, aber auch unter Schonung der Verbraucher von Lebensnotwendigkeiten, namentlich Nahrungsmitteln. Es vermag und braucht hier nur angedeutet zu werden, in welche Schwierigkeiten sich ein derartiger Ausgleich der Wirtschaftsinteressen verwickelt. Wie wird z. B. die Berücksichtigung des Konsumentenpublikums einerseits dem kolonialen Getreideexporteuren, andererseits den englischen Agrariern gefallen, die Lloyd George selbst im Kriege ganz bewußt gezwungen hat, ihre Produktion auf den Gesichts-

Digitized by Google

punkt der nationalen Selbstversorgung einzustellen? Aber auch die Liberalen sehen vielfach ihr Freihandelsideal unter ein paar verhüllenden Ausschmückungen bereits dem Schutzzoll ausgeliefert.

Noch viel unbestimmter als auf innerpolitischem Gebiet hat der Ministerpräsident seine Absichten in bezug auf die äußere Politik kundgegeben. Gerade in den wenigen großen Punkten, die für Englands Haltung auf der Friedenskonferenz entscheidend sein werden, etwa der endgültigen Regelung der besetzten türkischen Gebiete oder der Verteilung der deutschen Kolonialbeute unter die Dominien, ist die Regierung bis jetzt über allgemein beruhigende und zustimmende Erklärungen zu den Forderungen der Hauptinteressenten nicht hinausgegangen. Hier wie anderwärts verlangt Lloyd George, wie seine politischen Gegner ihm vorwerfen, vom englischen Volk die Ausstellung eines Blankoschecks, der die Leitung der englischen Geschicke während und nach dem Friedensschluß blind vertrauend in seine Hände legt.

In der englischen Presse spiegeln sich die geschilderten Verhältnisse in noch verschärfter Weise. So ziemlich alle unabhängigen Blätter sind gegen Lloyd George und seinen Neuwahlplan. Diese Opposition kommt sogar in dem größten Organ der Konservativen, der Morning Post, die die äußersten feudalen, militaristischen und schutzzöllnerischen Kreise vertritt, beinahe zu noch heftigerem Ausdruck als in den radikalen Zeitungen, die doch immerhin eine ganze Reihe von Lloyd Georges politischen Zielen, wenigstens ihrem Sachinhalt nach, billigen müssen. Als journalistische Leibgarde des Ministerpräsidenten bleibt einzig die Northcliffe-Gruppe übrig, die schon während des Krieges einen großen Teil ihrer weltweiten Unbeliebtheit auf ihn übertragen hat. Aber diese Bundesgenossen sollten wenigstens von denjenigen nicht unterschätzt werden, die im Ausland der Agitation Northcliffes eine so überragende Bedeutung für den Ausgang des Krieges zuzuschreiben pflegen. Auch der Widerstand der konservativen und liberalen Widersacher Lloyd Georges gegen den bloßen Gedanken der Neuwahl, von der sie an sich ebenso gut eine große Abrechnung mit Lloyd George erwarten könnten, weist daraufhin, was für mächtige Hebel sie fürchten durch Lloyd George in Bewegung gesetzt zu sehen. Beachtenswert erscheint in dieser Richtung eine neuerdings gerade in der Northcliffe-Presse hervortretende Neigung, wieder einmal die große Rolle der Arbeiterschaft im politischen Leben Englands zu betonen und zu rühmen und den Ministerpräsident vor einer allzu engen Verbindung mit den großen Wirtschaftsmächten zu warnen. Ohne Zweifel soll hier im Einverständnis mit Lloyd George den alten Parteien ein warnender Wink gegeben werden. Daß, wie namentlich von liberaler Seite gegen den frühen Wahltermin eingewandt wird, ein großer Teil des Heeres zur Ausübung seines Wahlrechts technisch nicht in der Lage sein dürfte, ist für Lloyd George ebenso wenig

Digitized by Google

ungünstig, wie daß dadurch die mit dem Wahlrecht neu ausgestatteten Frauen einen verhältnismäßig sehr großen Einfluß auf den Verlauf der Wahlen erhalten würden; der Frontsoldat ist in England wie bei uns nicht selten in einer gewissen Spannung mit dem daheim gebliebenen Arbeiter, und Lloyd Georges frühere Verfolgerinnen aus den Tagen der Suffragettes sind im Kriege längst zu glühendsten Anhängerinnen seiner Sache geworden.

Die wirklichen Gefahren für Lloyd Georges Wahlfeldzug liegen nicht in einzelnen äußeren Tatsachen der Parteiorganisation oder der Parteiprogramme, sondern in der, man möchte sagen, logischen Unvereinbarkeit seiner beiden größten Triebkräfte, der sozialen Gerechtigkeitsidee und des nationalen Chauvinismus. An der Spitze der liberalen und der Arbeiterparteien kämpfen gegen ihn zwei durch persönliche Zurücksetzung und Treulosigkeit unversöhnlich verletzte Gegner aus seiner alten radikalen Freundschaft: Asquith und Henderson. Das ist nur ein Symbol für seine tiefe geistige Entfremdung von den Überlieferungen seiner ersten staatsmännischen Epoche. Von seinen neuen imperialistischen Gesinnungsgenossen kämpft für ihn kein gleichbedeutender Mann. Das belädt ihn allein mit der ganzen Riesenarbeit seiner neuen Koalition. Aber es gibt ihm zugleich freien Raum für diktatorische Neugestaltung. Es ist nicht zu leugnen, daß jene Vereinigung innerstaatlichen Ausgleichs mit äußerer Machtpolitik, von der er dabei ausgeht, bis heute ein gewisses Gegenbild im Charakter des englischen Volkes und vor allem seiner Massen gefunden hat. Bis zum gewissen Grade ist Lloyd Georges Experiment ja auch nur das, was die Regierungen aller unserer siegreichen Feinde gegenwärtig zu tun versuchen müssen. Wenn es in England noch viel schwerer scheint als überall anders, den inneren Frieden in einer Hochflut von triumphierendem Militarismus aufzubauen, so besitzt England dafür auch den Staatsmann, den jede Einzelheit seiner politischen Laufbahn zu diesem fast unmöglichen Werk noch am meisten eignet.

König Eduard VII.

Von Dr. Heinrich Friedjung, Wien.

Im Verlage von Neufeld u. Henius (Berlin) erscheint demnächst der erste Band des neuen Werkes von Heinrich Friedjung, dem Wiener Historiker: „Das Zeitalter des Imperialismus" (etwa 480 S., 20 Mk.). Aus den Aushängebogen, die uns der Verlag zur Verfügung gestellt hat, bringen wir einen Abschnitt des Kapitels über die „Englisch-französische Verständigung", eine Charakteristik Eduards VII. Wir werden auf das Werk noch ausführlicher zurückkommen.

Nach dem Geiste der englischen Verfassung ist der verantwortliche Minister des Äußern der Leiter der Geschäfte, der König aber, der von allen Vor-

Digitized by Google

gängen unterrichtet sein muß, bloß dessen Ratgeber. Der Minister ist nicht verpflichtet, der Ansicht des Monarchen Raum zu geben. Oft hat Palmerston dem Einspruche der Königin Viktoria getrotzt, Gladstone war in der Form rücksichtsvoll gegen sie, handelte aber nicht selten im Widerspruche zu ihrer Wohlmeinung. Unter Eduard VII. verschob sich das Wesen des Verhältnisses.

Dem 1841 geborenen Prinzen Albert Eduard hatte in seiner Jugend niemand große politische Gaben zugetraut. Sein Vater, der Prinzgemahl Albert, sorgte mit deutscher Gründlichkeit für seine Erziehung. Ein Lehrer gab dem anderen die Hand, jede Stunde des Tages war mit nützlicher Beschäftigung ausgefüllt, in der Wahl seiner Arbeiten und Vergnügungen wurde ihm keine Freiheit gewährt. So blieb es auch, als der Prinz die Universität Oxford bezog. Er sollte studieren und nichts als studieren. Die Kollegien durfte er nicht gemeinsam mit den Studenten hören, sondern erhielt mit zwei bis drei Genossen den Unterricht durch die hierfür ausgewählten Professoren. Mit einem Worte, Prinz Albert Eduard wurde zum Musterprinzen geformt, um dereinst ein Musterkönig zu werden. Die Strenge der Erziehung wurde nur durch Reisen unterbrochen, 1859 nach Italien, 1860 nach Kanada und den Vereinigten Staaten. Der Prinz sollte den geistigen und moralischen Ideenkreis seiner Zeit kennen lernen, aber den Sport hielt sein allzu ernster Vater für überflüssig. Seine militärische Erziehung war mangelhaft, sie bestand darin, daß er dreimal in der Woche die Übungen eines Husarenregiments mitmachte und einige Tage in einem militärischen Lager zubrachte. Der Jüngling seufzte unter dieser Lebensweise und machte den Lehrern nicht geringe Schwierigkeiten. Einer von ihnen trug über ihn das Urteil ein, dem Prinzen fehle Enthusiasmus und Begeisterung, der Sinn für Poesie sei ihm vollständig erstarrt.

Dafür überraschte der Prinz schon früh durch die Sicherheit seines Auftretens, durch seinen praktischen Blick, durch die gewandte Führung des Gesprächs. Frei geworden, stürzte er sich in den Strudel von Vergnügungen, machte Schulden und lieferte den puritanischen Predigern seines Landes Stoff zu Klagen über die an den Höfen herrschende Sittenlosigkeit. Aber durch ununterbrochenen Verkehr mit Menschen aller Klassen bildete sich sein Urteil, er lernte die Nationalcharaktere kennen und gewann die Fähigkeit, zu verhandeln und zu wirken. Er wurde das Widerspiel seines ernsten Vaters, doch nicht weniger hervorragend als dieser.

Der Prinz von Wales ging jedoch in der äußeren Politik andere Wege als sein früh verstorbener Vater. Dieser wirkte für Gerechtigkeit im internationalen Verkehr, bekämpfte die Anmaßungen Palmerstons gegenüber den Staaten des Festlandes und wurde dafür von den Anhängern dieses Staatsmannes als Vertreter des deutschen Interesses in England ausgeschrien; der edle Prinz war deshalb im Lande nie populär. Eduard VII. dagegen trat schon als Thronfolger in die Fußtapfen Palmerstons und Disraelis und gab sich mit allem Eifer dem

Digitized by Google

imperialistischen Gedanken hin. Im Streitfalle mit den Buren war er für die Entfaltung rücksichtsloser Energie. Er war national bis in die Knochen und wurde deshalb der seit Generationen volkstümlichste König seines Landes. Man sah darüber hinweg, daß er sich mit Vorliebe in internationaler Gesellschaft bewegte, im Verkehr mit Sportsleuten und Kapitalisten aller Länder, mit den letzteren, weil er als Prinz wiederholt finanzielle Aushilfen notwendig hatte. Das warf jedoch auf seine politische Grundfarbe keinen Schatten, so wenig wie der Umstand, daß er deutsch und französisch so fließend sprach wie englisch.

Seiner geselligen, leichtlebigen, weltfrohen Natur sagte die französische Art besser zu als der systematische deutsche Geist. Es waren aber auch persönliche Erlebnisse, die ihn zum Berliner Hofe in Gegensatz brachten. Es verletzte ihn tief, daß seinem Schwager, Kaiser Friedrich III., in dessen letzter Krankheit und auch nach dessen Tod nicht die Rücksicht gezollt wurde, die der Prinz von Wales für angemessen hielt. Kurz vor der Thronbesteigung des kehlkopfkranken Kaisers sagte Herbert Bismarck, so wurde in England erzählt, zum Prinzen: „ein Herrscher, der nicht sprechen könne, wäre in Deutschland unmöglich". Diese Äußerung empörte ihn, und er grollte ihretwegen dem Kanzler wie dessen Sohne. Mit dem jungen Kaiser Wilhelm gelangte er nicht in das Verhältnis aufrichtigen Vertrauens. Er kam zwölf Jahre später auf den Thron als Wilhelm II. und empfand es unliebsam, während dieser Zeit hinter ihm zurückstehen zu müssen. Sarkastisch sagte der Staatssekretär Kiderlen-Wächter einmal, der Prinz von Wales habe es „seinem achtzehn Jahre jüngeren Neffen nie verziehen, daß dieser ihm in der Karriere zuvorgekommen war". Der Ausbau der deutschen Hochseeflotte hat keinen Engländer mit größerem Mißmut erfüllt als ihn; seine Regierung (1901 bis 1910) war von dem Bemühen ausgefüllt, die Seeherrschaft Englands gegen die Deutschen zu verteidigen. Königin Viktoria, so ist bemerkt worden, hegte für Deutschland großmütterliche Gefühle, ihr Sohn dagegen stellte sich zu diesem Reiche als eifersüchtiger Nebenbuhler.

Man darf sich nicht vorstellen, er habe als König die äußere Politik des Landes Zug um Zug gelenkt. Dazu waren seine Kenntnisse zu lückenhaft, seine Vorbereitung für die Staatsgeschäfte unzureichend. Sein Vater starb, als er 20 Jahre alt war, und er kam erst 40 Jahre später auf den Thron. In dieser langen Zeit lebte er ausschließlich als Weltmann; König geworden, war er vorwiegend mit höfischen Pflichten, mit Empfängen, Besuchen und Reisen, auch immer stark mit seiner Toilette beschäftigt, für die er außerordentlich viel Zeit notwendig hatte; selten verwendete er mehr als anderthalb Stunden des Tages für Staatsgeschäfte. Die innere Politik seines Reiches hatte wenig Reiz für ihn und er ließ seine Minister gewähren; nur selten, so während der inneren Krise von 1910, als es sich um die Ausschaltung des Oberhauses von der Gesetzgebung handelte, griff er hier ein. Anders stand es mit den äußeren Angelegenheiten, denen er lebhaften

Digitized by Google

Anteil und feines Verständnis entgegenbrachte. Doch war er nicht der Mann zäher Arbeit und auch nicht danach geartet, einen Plan bis in die Einzelheiten durchzudenken. Dagegen entfaltete er, wenn er einmal eingriff, große Fähigkeiten in der Knüpfung und im Weiterspinnen diplomatischer Verbindungen. Man hat daher richtig gesagt, daß er zum Minister des Äußern nicht geeignet gewesen wäre, wohl aber zum Botschafter. Manche englische Schriftsteller und Politiker, deren Blicke vorwiegend auf die inneren Angelegenheiten ihres Landes gerichtet waren, haben das vorschnelle Urteil gefällt, Eduard VII. hätte die Staatsgeschäfte nur wenig beeinflußt. Für die äußere Politik ist nach dem Zeugnisse von Staatsmännern wie Bülow und Kiderlen-Wächter, Ahrenthal und San Giuliano, Hanotaux und Paul Cambon unrichtig.

Frankreich und die Zukunft des linken Rheinufers

Von Dr. Leo Schwering, Köln

In kurzem werden die Bewohner der linken Rheinseite in den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Köln Besatzungen unserer Feinde zu erwarten haben. Noch steht freilich nicht fest, welche der alliierten Mächte in der Hauptsache die Okkupationsarmee stellen wird. Es verlautet freilich mit immer größerer Bestimmtheit, daß es vornehmlich französische Truppen, untermischt mit mehr oder minder großen Kontingenten der Amerikaner und Briten sein würden. Diese Frage ist übrigens nicht so nebensächlich wie sie scheint. Die Bevölkerung Rheinlands würde aus der Tatsache, daß vorzüglich französische Truppen in die Rheinlande gelegt würden, sich gewisser Vermutungen und Befürchtungen nicht entschlagen können. Die „Kölnische Zeitung" hebt den eben berührten Punkt daher ebenfalls mit vollem Recht besonders hervor, und die „Kölnische Volkszeitung" hat bereits in einer ganzen Reihe sehr gehaltvoller und ernster Artikel sich mit Möglichkeiten auseinandergesetzt, mit denen in den nächsten Wochen zu rechnen sein wird, und gegen die Vorkehrungen und Sicherheitsmaßregeln beizeiten zu treffen, im Interesse des Reiches und nicht zuletzt der Rheinlande selbst liegt. Aus Kölner Kreisen ist auf Grund der Artikel des rheinischen Zentrumsblattes bereits ein erster Schritt geschehen, um die nationale Art der Rheinlande zu wahren gegen jeden Angriff, woher auch immer er kommen möge, in der Gründung des „Rheinischen Freiheitsbundes", dessen Losung ist: Für die rheinische Freiheit. Sein Programm könnte kurz in die Kernworte zusammengefaßt werden: Wahrung unserer Eigenart, unserer Kultur, unseres rheinischen Volkstums! Es handelt sich in dem erwähnten Bunde um eine wirkliche Volksbewegung über allen Hader der Parteien hinweg zum Schutze des Heimatlandes.

Wenn es in den Rheinlanden in Aussicht auf die feindliche Besetzung möglich

Digitized by Google

war, eine solche Bewegung zu entfachen, so ist es von Wert, darauf hinzuweisen, daß das Verhalten der französischen Presse derartig ist, daß die Befürchtungen, welche wir oben geäußert haben, fortgesetzt neuen und fruchtbaren Boden finden. Nicht die Rheinländer haben diese scheinbar separatistische Bewegung gemacht, sondern Frankreich ist es, das sie den Rheinländern, als national empfindenden Deutschen, zur Abwehr aufzwingt, damit sie nicht von den Ereignissen überrascht und niedergeworfen werden.

So beschäftigen sich am 20. November z. B. die französischen Blätter anläßlich der Besetzung Elsaß-Lothringens mit der Festlegung dieser beiden uns verlorenen Gebiete. Der „Temps" veröffentlicht eine Karte, in der er die Grenze von 1815 mit dem Bezirk von Landau und dem Saarbrücker Gebiet als zu Frankreich gehörend bezeichnet. Es ist beachtenswert, daß gerade der „Temps" solche Ausführungen macht. Er gibt nicht nur im allgemeinen die Ansichten der gebildeten Kreise wieder, sondern wird auch aus dem Ministerium des Äußern gespeist, weshalb seinen Darlegungen ein gewisser offiziöser Charakter anhaftet. Es muß somit der Anschein erweckt werden, daß auch innerhalb des Quai d'Orsay einflußreiche Elemente für diese Pläne und Annexionen sind und auf der Friedenskonferenz eintreten werden. Auch der „Petit Parisien" vom 20. November haut in dieselbe Kerbe und sucht der breiten Masse in seiner groben Art dasselbe, was der „Temps" tut, mundgerecht zu machen; das sind bedeutungsvolle Zeichen, die man in Köln und am Rhein nicht überhören kann und will. Zumal der „Petit Parisien" sein Programm noch ein erkleckliches über das des „Matin" erweitert und z. B. in dem Friedensinstrument eine Klausel verlangt, daß niemals wieder deutsche Garnisonen auf das linke Rheinufer kommen dürften. Weiter verlangt er den Bezirk von Saarlouis und erwärmt sich für einen Pufferstaat an Stelle der heutigen linksrheinischen Rheinprovinz, wodurch Paris angeblich erst in Wahrheit vor deutschen Angriffsgelüsten ganz sicher sein würde; denn, so meint das Blatt, nur eine radikale Ausräumung aller Möglichkeiten für Deutschland, noch einmal eine Offensive nach dem nördlichen Frankreich zu beginnen, werde Frankreich für immer Ruhe geben.

Noch deutlicher aber werden die führenden klerikalen Organe wie „Action Francaise" und „Echo de Paris" vom 20. November. Sie führen geradezu aus, Frankreich müsse das Konkordat wiederherstellen, denn nur so werde die Annexion des linken Rheinufers sich reibungslos vollziehen! Sie halten Denys Cochin für den Mann, der die Versöhnung mit dem Papste baldigst vollziehen müsse. Wieweit hier außenpolitische Fragen mit innerpolitischen zu bestimmten Zwecken verbunden werden, läßt sich nicht übersehen, aber es ist doch bedeutungsvoll, wenn überhaupt solche Stimmen heute in Frankreich, das sich in seinem Übermute nicht zu lassen weiß, solche Stimmen ertönen dürfen und dazu noch in

Digitized by Google

so verbreiteten Organen der verschiedensten Richtungen und Parteien. Wenn freilich die „Action" oder der „Petit Parisien" glauben, mit solchen Sirenentönen auf die katholische Bevölkerung der linksrheinischen Lande Eindruck machen zu wollen, so irren sie sich bestimmt, die Verquickung von Religion und Politik, die aus den Ausführungen der beiden führenden klerikalen Blätter so deutlich hervorblickt, wird eher abschrecken, als anziehen. Die Traditionen der atheistischen dritten Republik sind auch in den katholischen Rheinlanden in zu deutlicher Erinnerung, als daß man sich dem Glauben hingeben könnte, sie würde so schnell anderen Sinnes werden und so rasch ihre antikirchliche Gesinnung ablegen. Die Freiheit, welcher sich die katholische Kirche in Deutschland bisher erfreute, ist so groß, daß, ganz abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten, vom rein kirchlichen Standpunkte ein Tausch der Rheinlande mit der Republik gar nicht in Frage kommen könnte, man müßte denn die Absicht haben, sich kirchenpolitisch mit Vorbedacht zu verschlechtern. Gerade unter solchen Gesichtspunkten muß allerdings Adolf Hoffmanns neueste preußische Kirchenpolitik als höchst inopportun und direkt abwegig bezeichnet werden!

Das Bedenkliche, das sich in den mitgeteilten Kundgebungen französischer führender Blätter ausspricht, liegt auch nicht so sehr in der Tatsache, daß sie gerade jetzt hervorkommen, wo Frankreich einem wehrlosen Deutschland gegenüber zu stehen glaubt, sondern darin, daß die genannten Blätter nur in alte Bahnen zurückkehren, in denen sie längst zu fahren gewohnt waren, aus denen man sich nur unter dem Druck der ungünstigen Kriegslage hinausbewegt hatte. Es ist doch in hohem Grade auffallend, daß die Forderungen einflußreicher französischer Organe sich fast wörtlich mit gewissen Geheimverträgen decken, die im November 1917 von den Bolschewisten veröffentlicht worden sind und von denen man nicht gehört hat, daß sie aufgehoben wurden. Wenn auch die Geheimdiplomatie angeblich aufhören soll, so wird man sich nach den gesammelten Erfahrungen auch in diesem Punkte mit einem gehörigen Maß von Mißtrauen wappnen müssen.

Es gehört zu den wenigen erfreulichen Leistungen der so verhängnisvollen Kanzlerschaft Michaelis', daß er die Verhandlungen der französischen Kammer, die am 1. und 2. Juni 1917 hinter verschlossenen Türen stattgefunden hatte, ans Licht zog. Aus ihnen ging hervor, daß der französische Botschafter Paleologue am 27. Januar 1917 die Ermächtigung erhalten hatte, einen Vertrag mit Rußland zu unterzeichnen, der von Domergue durch Verhandlungen mit dem Zaren vorbereitet worden war. Angeblich hat Poincaré die Ermächtigung dazu sogar ohne Vorwissen Briands, des damaligen Ministerpräsidenten, gegeben, der erst nachträglich seine Zustimmung gab. Darin wird Frankreich die Grenze von 1790 zugestanden, also außer Elsaß-Lothringen noch das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer ganz nach Gutdünken Frankreichs!

Digitized by Google

Gegen diesen Vertrag hat dann der russische Minister des Äußern, Terestschenko, später Gewissensbedenken bekommen und Thomas mußte eigens nach Petersburg reisen, um sie ihm auszureden! Es ist übrigens in der damaligen Kammerverhandlung besonders darauf hingewiesen worden, daß der Vertrag durch die Revolution nicht antiquiert sei! Briand ist es nach den Ausführungen des deutschen Kanzlers vom 28. Juli selbst gewesen, der in der Kammer erklärte, das Rußland der Revolution müsse halten, was das zarische versprochen habe. Er legte also vor der Kammer Gewicht darauf, daß der Vertrag damals, Juni 1917, also etliche Monate nach dem Ausbruch der Revolution, noch voll existiere. Inzwischen sind freilich vielfache Veränderungen über Rußland dahingegangen, aber man weiß, daß die Entente und Frankreich diese Verhältnisse nicht anerkannt und daß sie zu den Bolschewisten keine regelrechten diplomatischen Beziehungen eröffnet haben. Man muß aus allem den bündigen Schluß ziehen, daß Frankreich auch heute noch an dem Vertrage festhalte und daß es der Überzeugung lebt, daß auch jede ordnungsmäßige russische Regierung die alten Verträge respektieren müsse, wenn anders sie von der Entente anerkannt werden wollte. Auch der Sinn des Vertrages, wonach Frankreich „nach Gutdünken" Gebietsveränderungen am linken Rheinufer vornehmen könne, ist damals bereits in der Kammersitzung näher erörtert worden. Der damalige Minister des Äußern, Ribot, sprach bereits von einem rheinischen Pufferstaat! Er hat dafür von der damaligen Opposition in der Pariser Kammer scharfe Worte hören müssen. Aber damals standen die deutschen Armeen achtzig Kilometer von Paris, damals dröhnte der Donner unserer schweren Geschütze andauernd in den verlassenen Straßen der Hauptstadt und Frankreich seufzte unter den unerhörten Kriegslasten, die Freund und Feind auf es häuften. Ob auch heute in der Kammer gegen dies imperialistische Ziel Opposition sich erheben würde? Wir wagen es, dies zu bezweifeln, und wenn es der Fall sein sollte, so würde man am Regierungstisch heute diese Opposition ebensowenig fürchten wie im Lande selbst.

Die französischen Eroberungspläne würden natürlich ohne die Zustimmung Großbritanniens undurchführbar sein; es kommt daher darauf an, auch dessen Ansichten zu kennen. Aber da ist hervorzuheben, daß bereits der oben gekennzeichnete russisch-französische Geheimvertrag auch die Billigung Englands gefunden hat, daß also gegen die Erwerbungen rheinischen Gebietes außer Elsaß-Lothringen nichts zu haben scheint und außerdem mit einer neuen Ordnung der politischen Verhältnisse linksrheinischer Landesteile etwa im Sinne Ribots sich einverstanden erklärt hat. Es ist wichtig, dies festzustellen. Dann erscheinen die Verlautbarungen der eingangs genannten französischen Blätter also nicht mehr lediglich als Versuchsballone, um Stimmung zu machen, sondern sie sind der Niederschlag von bereits bestehenden Geheimverträgen, von denen man lediglich

Digitized by Google

deshalb bisher nicht sprach, weil ihre Ausführbarkeit jenseits des Bereiches der Möglichkeit zu liegen schien. Das ist heute anders geworden!

Es ist gut, an diese Dinge heute wieder zu erinnern! Denn es ist notwendig, daß die Rheinlande nichts dem Zufall überlassen, sondern entschlossen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Präsident Wilson hat erklärt, daß die Zeit vorbei sei, wo man die Völker schiebe, wie die Figuren eines Schachspieles bald hierhin, bald dorthin. Gegen seinen Willen soll nach ihm kein Volk vergewaltigt werden. Diese Grundsätze nehmen auch die linksseitigen Rheinländer voll für sich in Anspruch. Sie verlangen frei zu optieren und dulden keine Eingriffe in ihre Selbstbestimmung. Ein altkölnischer Spruch aber lautet: „Halt faß am Rich, do kölsche boor, mag hät fallen föß of foor!" Nach Osten, nicht nach Westen hin liegt unsere Zukunft und lebt Deutschland, dem wir gehören, nach Sprache, Sitte und Kultur!

Sozialismus und Landwirtschaft

Von Dr. Eugen Katz

Die Landwirtschaft ist gerade jetzt zweifellos das kräftigste Glied unseres Wirtschaftslebens. Dennoch wird auch sie von der wirtschaftlichen Revolution ergriffen. Insbesondere werden die größeren Güter betroffen von den veränderten Verhältnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Landfrage, die sobald nicht verstummen wird. Ist die augenblicklich ganz oder teilweise herrschende Sozialdemokratie vorbereitet, die landwirtschaftlichen Fragen zu lösen?

Karl Marx, dieser Philosoph des Wirtschaftslebens, kannte aus eigener Anschauung die Landwirtschaft noch weniger als die Industrie. Spitzfindig beweist er im zweiten Bande des „Kapital", auch in der Landwirtschaft sauge der Großbetrieb das Bauerngut aus naturnotwendigen Ursachen auf. Diese Lehre verkündeten dann die Agitatoren auf dem Lande, ersuchten die Bauern, in das allgemeine Proletarierheer einzutreten, fanden aber wenig Gegenliebe. In richtiger Einschätzung der 1893 sich zusammenballenden agrarischen Bewegung wollten v. Vollmar und Schönlank die Sozialdemokratie zur Annahme eines der Wirklichkeit Rechnung tragenden demokratischen Agrarprogramms veranlassen. Diese Bemühungen scheiterten, begreiflicherweise, an der Eigenart der Sozialdemokratie als Klassenpartei der gewerblichen Arbeiter. Statt dessen erschien die „Agrarfrage" des Tschecho-Berliners Karl Kautsky, eine Vervolkstümlichung von Karl Marx, die im Traktätchenstil für die Lehre des Meisters eintrat. Ihm setzte Eduard David 1903 sein Werk über „Sozialismus und Landwirtschaft" entgegen.

Digitized by Google

eines der besten agrarwissenschaftlichen Lehrbücher, dessen zweiter Band die besonderen Forderungen des Sozialismus enthalten sollte, leider aber bis heute nicht erschienen ist. Es hätte auch keinen Zweck gehabt, da die Sozialdemokratie auf dem Dresdener Parteitag von 1903 jede Änderung ihrer Lehre ausdrücklich ablehnte. Inzwischen haben, für sich persönlich, eine Anzahl Sozialdemokraten erkannt, was der unbefangenen Volkswirtschaftslehre seit bald zwanzig Jahren klar geworden ist, daß die natürliche Entwicklung der Landwirtschaft in allen Kulturländern der Verkleinerung der Betriebe, der Verminderung des landwirtschaftlichen Großbetriebes zustrebt. Sie erkannten, daß die Vermehrung des landwirtschaftlichen Großbetriebes im ersten Teil des 19. Jahrhunderts auf bestimmte geschichtliche Vorgänge zurückzuführen war, nicht auf das Wesen der Landwirtschaft.

Die Zahl und Ausdehnung der großen Güter in Deutschland ist nämlich überwiegend ein Ergebnis des 19. Jahrhunderts. Zwar gab es in Ostelbien schon früher große Güter, die mit viel Fronarbeit und wenig Tagelöhnern bewirtschaftet wurden. Das Junkertum ist aber zu seiner starken wirtschaftlichen Grundlage erst gelangt, als nach den Freiheitskriegen die spannfähigen Bauern gezwungen wurden, dem Gutsherrn ein Drittel ihres Landes auszuliefern, und als die nicht spannfähigen Bauern — sei es durch Gesetz sei es infolge ihrer damaligen Rückständigkeit und Schwäche — aus Bauern zu Tagelöhnern oder Auswanderern wurden. — Beiderseits der Elbe wuchsen die Großbetriebe aber weiter, weil der Große den Kleinen auskaufen konnte, denn er war ihm damals an Kapital, Rechtskenntnis und wirtschaftlicher Tüchtigkeit überlegen; auch das durch die Aufteilung der Gemeindeländereien (Almenden) frei werdende Land konnten so die größeren Betriebe vielfach an sich ziehen. Eine wesentliche Hilfsquelle der geringeren Landbevölkerung war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ländliche Hausindustrie gewesen. Sie unterlag dem Wettbewerb der Fabriken, ein weiterer Grund zur Schwächung der ländlichen Unterschicht! Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts aber begann die Rückentwicklung. Der Bauernstand stieg infolge Hebung von Bildung und Kredit. Der Bauernacker begann an Erträgen dem Gutsacker gleichzukommen, ihn zu übertreffen. Auch ohne die sogenannte innere Kolonisation nahmen die Kleinbetriebe, auf Kosten der Großbetriebe, an Zahl und Fläche zu. Was die innere Kolonisation bis Kriegsbeginn geleistet hat, ist sachlich überwiegend erfreulich, spielt aber zahlenmäßig insofern keine Rolle, als sie im östlichen Preußen dem Bauernland nur ungefähr ein Zehntel von dem wiedergab, was ihm während der den Freiheitskriegen folgenden Reaktionszeit entrissen worden war.

Die einzigen Länder, die vor diesem Kriege Deutschland an Ernteerträgen übertroffen haben, waren Gebiete der kleinen Bauernwirtschaft: Holland, Bel-

Digitized by Google

gien, Teile von Dänemark und der Schweiz. Dem unbefangenen Kenner des landwirtschaftlichen Betriebes ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Kleinbetrieb höhere Rohertrüge und Reinerträge abwirft. Der Städter allerdings, der die Überlegenheit der Großindustrie kennt, kann das gewöhnlich schwer verstehen. Die Landwirtschaft arbeitet mit organischen Lebewesen, nicht mit toter Materie. In und von der Scholle kommt das Wachstum. Die Hand des Menschen, dem der volle Ertrag seiner Arbeit winkt, leistet hier bessere Arbeit als die ausgeklügeltste Maschine. Landwirtschaftliche Maschinen haben dann ihre technischen Vorzüge, wenn die Erzeugnisse vom Boden oder Vieh getrennt sind (Dreschmaschine). Vor diesem Stadium ist Maschinenverwendung aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich um Arbeitskraft zu sparen, oftmals notwendig, geschieht aber im Widerstreit mit den Forderungen der Technik, nämlich auf Kosten der Güte der geleisteten Arbeit (Mähmaschine, Kartoffelroder). Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Jahreszeiten verbietet die Ausbildung einer Arbeitsteilung nach industriellem Vorbild. Wer sich von einer amerikanischen Riesenwirtschaft imponieren läßt, wo der Boden mechanisch gepflügt, geeggt, gegrubbert wird, wo riesige Mähmaschinen zehnspännig über den Acker rasseln, wo sich große Lademaschinen und Paternosterwerke bewegen, vergißt, daß hier die Leistung des Hektars Land an Getreide zumeist geringer ist, als bei dem mit Spaten und Kuhgespann wirtschaftenden letzten und ärmsten deutschen Moor- oder Gebirgsbauern. „Des Herrn Fuß düngt den Acker", „Herrenauge macht Vieh fett". So beurteilt der Volksmund die Überlegenheit des mit eigener Kraft oder der Kraft seiner Familie wirtschaftenden Bauern gegenüber der auf größerer Fläche mit überwiegend bezahlter Arbeit erzielten Leistungen. Eine unmittelbar vor dem Kriege veröffentlichte Enquete bei deutschen Zuckerfabriken ergab, daß selbst im Zuckerrübenbau, den man früher für die Domäne der großen Güter hielt, der Bauernacker mehr trägt als der Gutsacker. Die immer noch zahlreichen Gegner innerer Kolonisation sind dann während des Krieges auf den neuen Einwand gekommen, selbst wenn man die höhere Produktivität der Kleinbetriebe zugäbe, verdiene dennoch der Großbetrieb insofern den Vorzug, als er der Volksernährung mehr pflanzliche Erzeugnisse abliefere, während der Bauer mehr gewöhnt sei, die pflanzlichen Erzeugnisse durch Verfütterung in Vieh oder Milch zu verwandeln. Letzteres geschieht nur bei starker bäuerlicher Viehhaltung, wie sie früher bestand. Mit Verminderung der Viehhaltung liefert auch der Bauernacker mehr Getreide, eben weil er mehr trägt. Es kann übrigens nur Monate dauern, bis wieder ausländisches Getreide hereinkommt. Gerade im Interesse dauernder Sicherung der Volksernährung ist dann zu fordern, daß der durch den Krieg dezimierte einheimische Viehstand wieder aufgebaut werde aus

Digitized by Google

den Vorräten von Getreide und anderen Erzeugnissen, die unter dem Brotmangel menschlicher Ernährung zugeführt werden mußten.

Demokratische Agrarpolitik hat zwei große Aufgaben: 1. Hebung der Produktivität der Landwirtschaft, 2. Wohltat des Landbesitzes für eine möglichst große Zahl von Volksgenossen.

Beide Forderungen sind vereinbar, wenn durch Vermehrung der Kleinbetriebe die landwirtschaftliche Produktivität steigt. Hieran glauben wir. Hierdurch begründet sich unser Gegensatz gegenüber denjenigen, die 1. die Erhaltung des Großgrundbesitzes der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität vorziehen (Konservative), 2. in der Vermehrung der Kleinbetriebe einen volkswirtschaftlichen Rückschritt erblicken (Sozialisten).

Innere Kolonisation größten Maßstabes aber muß und wird kommen. Sie muß kommen, weil der größere ländliche Besitz nicht mehr steuerlich geschont werden kann, weil er die Steuern aber nicht allein in Form von Geld wird leisten können. Der Staat muß Land an Stelle von Geld in Zahlung nehmen. Innere Kolonisation wird aber auch kommen, weil die veränderten Arbeiterverhältnisse zur Teilung drängen. Vor dem Kriege baute sich die Arbeitsverfassung der großen Wirtschaften immer mehr auf den Leistungen ausländischer Saisonarbeiter auf. „Absolutismus, gemildert durch Kontraktbruch", nannte Prof. Lotmar gelegentlich dieses Arbeitssystem. Während der Kriegszeit wurde es in Deutschland, ebenso wie in den Ländern der Entente, durch reinen Absolutismus, nämlich durch Sklavenarbeit von Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen, ersetzt. Das fällt nun weg. Möglich ist, daß Polen und Ruthenen sich in den „befreiten" neuen Staaten des Ostens wenig wohl fühlen und massenhaft gern in der deutschen Landwirtschaft werden arbeiten wollen. Aber die allseitige Gesinnung wird, sehr zum Unterschied gegen früher, so verändert sein, daß auf solch tönerner Grundlage die deutsche Landwirtschaft nicht mehr aufgebaut werden kann. Und unsere deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter, deren Lage sich bereits vor dem Kriege sehr gebessert hatte, werden zwar gern die neue Koalitionsfreiheit annehmen, höheren Wert aber darauf legen, als kleine Eigentümer denn als organisierte Lohnarbeiter zu enden.

Wer soll die neuen kolonisatorischen Fragen lösen? Was die Sozialdemokratie hierzu an geistiger Führung mitbringt, beschränkt sich auf ganz wenige Menschen, die Fachkenntnisse und innere Freudigkeit in genügendem Umfange besitzen. Es geht gar nicht ohne eine ganze Reihe von Beamten, überwiegend aus der preußischen Verwaltung, die die Dinge kennen und die gern dabei sind, um so mehr, als ihr kolonisatorisches Herz bisher meist nur im stillen schlagen durfte. Auch gibt es halbamtliche gemeinnützige Kolonisationsgesellschaften mit

Digitized by Google

tüchtigem Menschenbestand. „Die Geheimräte arbeiten auch für uns", meinte August Bebel einmal in einem Zwischenruf; er hat nicht immer falsch prophezeit. Die Zeit dürfte, soweit es sich um die Mitwirkung an demokratischem Agrarprogramm handelt, gekommen sein.

Gefährdet allerdings würde die innere Kolonisation durch zu weitgehende Vollmachten der Bürokratie und durch die Freunde von sozialistischen Experimenten.

Wollte man, nach Art der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, die neuen Ansiedlungen allgemein in staatlicher Regie errichten, so würde vieles gut, alles aber so teuer werden, daß Massenwirkungen, infolge des Fehlens der Mittel, ausbleiben müßten. Der Staat soll die Landverteilung überwachen, die Ansiedler vor Übervorteilung schützen, den zum neuen Aufbau erforderlichen Kredit gewährleisten. Je kleiner der Betrieb, desto mehr übersteigen die Kosten von Grundverbesserungen, Gebäuden, lebendem und totem Inventar diejenigen des Bodens als solchen. Grundsätzlich wäre wünschenswert daß man den Ansiedlern den Aufbau ihrer Wirtschaft möglichst selbst überlasse. Um schnelle Wirkungen zu erzielen, wäre etwa zu fordern, daß, zuverlässige staatliche Überwachung vorausgesetzt, kapitalistische Gesellschaften, die etwa nach Art kalifornischer Landgesellschaften arbeiten, nicht ausgeschlossen würden. Die kolonisatorischen Erfolge, die aus der Wirksamkeit einer kapitalistischen Unternehmung, wie sie die Berliner Landbank darstellt, seinerzeit erzielt wurden, sind nicht zu unterschätzen. Die Landbank büßte dann an Bedeutung ein, als, infolge der Preissteigerung der großen Güter seit Bülow, die Kolonisation unrentabel wurde. Die künstlichen Maßnahmen, durch die der Großgrundbesitz gestützt wurde, werden aber nicht wiederkehren. Gerade im Interesse innerer Kolonisation wird es also liegen, ihr die Kräfte des Kapitalmarktes, sogar des internationalen Kapitalmarktes, zuzuführen, weil nur dann wirklich Großes geleistet werden kann.

Ein wirtschaftlicher Rückschritt dagegen würde es sein, landwirtschaftliche Großbetriebe, statt sie in zeitgemäße Bauernbetriebe umzuwandeln, zum Gegenstand der Verwirklichung gewisser Lieblingsgedanken von Weltverbesserern werden zu lassen. Gemeint sind diejenigen Sozialisten, die den aufgeteilten Großgrundbesitz genossenschaftlich bewirtschaften möchten. Das Genossenschaftswesen muß selbstverständlich gestärkt werden, soweit es sich um die Vereinigung selbständiger Kleinbetriebe zu Zwecken des Kredits, des Einkaufs, des Verkaufs, technischer Fortschritte handelt, die kleinen Betriebe aber als solche selbständig bleiben. Diese Sozialisten aber wollen es mit den, auf gewerblichem Gebiet gescheiterten, Lassalleschen Produktivgenossenschaften in der Landwirtschaft versuchen. Der Versuch ist auch in der Landwirtschaft schon oft unternommen worden, aber immer fehlgeschlagen. Er ging stets von solchen Kreisen aus, die

Digitized by Google

mit der Landwirtschaft keine Berührung hatten. Der alte Schubart von Kleefeld, derb aber klar, verglich seinerzeit die kommunistisch bewirtschafteten Gemeindeländereien mit einem „öffentlichen Frauenzimmer, das jeder ausbeute und um dessen Wohl sich niemand kümmere". Genau so erging es stets mit Ländereien, die von Genossenschaften nach parlamentarischer Art bewirtschaftet wurden. Ein vielgeschäftiger Freund der genossenschaftlichen Idee, bei dessen Versuchen schon einiges Geld verloren ging, hat sich nun dahin abgeklärt, daß er das Land zwar einzeln aufteilen, dem Ansiedler aber den „Mehrwert" durch automatische Steigerung der Abgaben entziehen möchte. Es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß der Staat, durch entsprechende Erfassung des Einkommens, an dem Reinertrag des Bodens steuerlich Anteil nimmt. Enteignet man aber den „Mehrwert", so raubt man dem Ansiedler die Früchte seines Fleißes, man beläßt ihm nur ein gewisses Maß staatlich geduldeter Lebenshaltung. Damit mag der „Sozialismus" gewahrt sein, man vernichtet aber den Ansporn zum wirtschaftlichen Fortschritt und schafft ein Gegenstück zu dem mit der Zehnabgabe belasteten Bauern der Feudalzeit oder dem türkischen Bauern der Jetztzeit: Muster von Gleichgültigkeit und träger Wirtschaft!

Möge also, inmitten so vielen Unglücks, ein gütiges Geschick die innere Kolonisation bewahren einerseits vor bürokratischer Erstarrung und andererseits vor schollenferner Verstiegenheit! Dann wächst und blüht ein Bauernland, dessen Kultur und Erträge ein Wahrzeichen sein werden deutschen Wissens und Könnens.

Brief an die „Deutsche Politik"

Die Lösung der nordschleswigschen Frage.

Aus den deutschen Kreisen Nordschleswigs schreibt man uns: Die dänische Bevölkerung Nordschleswigs fordert auf Grund der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die deutsche Regierung — jede andere Begründung ist haltlos — die Durchführung einer Volksabstimmung in Nordschleswig über die Frage einer Vereinigung mit Dänemark. Sie glaubt, mit einer solchen Maßnahme die nordschleswigsche Frage lösen zu können. Es ist dies ein verhängnisvoller Irrtum, weil Nordschleswig, wie auch jeder unbefangene Däne zugeben wird, nationales Mischgebiet ist. Es ist unmöglich, eine Grenzlinie zu finden, die die deutschen und dänischen Elemente voneinander scheiden könnte. Um diese Tatsache zu verwischen, wird von seiten der Dänen der Außenwelt vorenthalten, daß in Nordschleswig dänische Sprache und dänische Gesinnung keineswegs einander entsprechen. Ein großer Teil dänisch sprechender Bevölkerung, die sogenannten „Heimdeutschen", denkt heute noch deutsch, wie seine Vorfahren in der 48er Zeit. Ein kleines Beispiel genügt, um diesen Mischcharakter des Landes zu erläutern. Bei den letzten Reichstagswahlen 1912 waren im Kreise Apenrade in den folgenden Wahlbezirken die nichtdänischen (freikonservative, nationalliberale, freisinnige, sozialdemokratische) Stimmen in der Mehrheit: Barsmark, Schanby, Brunde, Bedstedt, Uk,

Digitized by Google

Gravenstein, Rinkenis, Klipleff. Stimmengleichheit war außerdem in Ries, nur eine Stimme Mehrheit hatten die Dänen in Holebüll. Das sind genau zwei Fünftel der ländlichen Bezirke, und diese sind über den ganzen Kreis verteilt. In der Stadt Apenrade standen zudem 1087 nicht-dänische 374 dänischen Stimmen gegenüber. Bei solchen Verhältnissen kann eine neue Grenzführung nie die Nationalitätenfrage lösen, weil sie am Problem völlig vorbeigeht. Die Nationalitätengegensätze werden weiter fortdauern, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Mit einer Bewunderung auslösenden Selbstverständlichkeit fordern die Dänen u. a. auch den ganzen Kreis Apenrade für sich, in dem 1912 insgesamt 2822 dänische und 2898 nicht-dänische Stimmen einander gegenüberstanden. Dieses Beispiel möge genügen, um die tatsächlichen Verhältnisse in ihrer Unvereinbarkeit mit den dänischen Ansprüchen in das rechte Licht zu rücken.

Es ist eine amerikanische Auffassung, die das Wesen des Selbstbestimmungsrechts der Völker überall in dem Recht auf Volksabstimmungen sieht. Für nationale Mischgebiete kommt man auf diesem Wege nie zu einer Lösung. Eine solche kann nur gefunden werden, wenn man von „europäischem" Standpunkte aus den wahren Inhalt des Selbstbestimmungsrechts in dem Anspruch jedes Volkstums auf volle Freiheit und Entfaltung seiner völkischen Eigenart erkennt. Nur von dieser Erkenntnis aus kommen wir zu einer wirklichen Lösung von Nationalitätengegensätzen in nationalen Mischgebieten: nicht auf dem Wege einer Volksabstimmung, sondern nur durch eine innere Neuorientierung.

Wie wenig dazu unter den Kriegsumständen eine Volksabstimmung geeignet ist, ein wahrhaftiger Ausdruck der Volksmeinung zu sein, wird man aus der Tatsache erkennen, daß eine Wahl für Dänemark in weiten Kreisen vorwiegend durch ökonomische und soziale Rücksichten bestimmt werden wird. Die Angst vor den hohen Steuern im neuen Deutschland, im Gegensatz zum reichen Dänemark, ist von dem dänischen Rechtsanwalt Raon in seiner Eingabe an den Flensburger Magistrat offen als in erster Linie mitwiegender Faktor zugegeben worden. Besonders in den südlichen Distrikten Nordschleswigs macht sich der Druck solcher materialistischer Erwägungen sehr stark bemerkbar. Neben dieser ökonomischen Rücksicht auf die künftigen Steuerverhältnisse steht die soziale auf die Fahnenflüchtigen, deren Zahl wohl zwischen 3000 und 4000 liegt.

Indem sich am 30. Oktober in Flensburg ein „Deutscher Ausschuß für das Herzogtum Schleswig" konstituierte, der die völlige Gleichberechtigung der dänischen Sprache auf allen Gebieten verkündete, beschritt man von deutscher Seite den einzigen Weg, der zu einer wirklichen Lösung führt, den der inneren Neuorientierung. Dieser Lösungsversuch ist heute als gescheitert anzusehen. Er mußte scheitern, weil zu viele alldeutsche Namen die gute Sache von vornherein kompromittierten und bei den Dänen nur zu berechtigtes Mißtrauen erweckten. Sein Ende ist durch den Rücktritt der Sozialdemokraten aus diesem Ausschuß besiegelt.

Die einzige Möglichkeit, auf ähnlichem Wege noch zu einer wirklichen Lösung zu kommen besteht jetzt nur darin, daß der Vorsitzende des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark", der besonders auch bei den Dänen sich der größten politischen Achtung erfreuende Pastor Johannes Schmidt in Wodder zu einer Lösung im Sinne der von ihm seit vielen Jahren vertretenen Politik der inneren Neuorientierung aufruft. Das ist ja eines der bemerkenswertesten Merkmale der nordschleswigschen Frage, daß hier der gute Wille und die klare Einsicht zu solcher wirklichen Lösung schon vor dem Kriege

Digitized by Google

vorhanden war und durch die von Pastor Schmidt herausgegebenen Organe des Friedensvereins „Stimmen aus Nordschleswig“ und „Nordschleswig“ entschiedenen Ausdruck gefunden hatte.

Will man von Regierungsseite her noch den Versuch machen, zu einer wahrhaften Lösung der nordschleswigschen Frage zu gelangen, so zögere man nicht, die Männer des Friedensvereins mit allen Vollmachten zu einer solchen Lösung auszustatten. Die Regierung versäume nicht, aus Mangel an Initiative das zu tun, wozu die deutsche Bevölkerung sich nur schwer durchzuringen vermag, weil der Zusammenbruch der von dem „Deutschen Verein für das nördliche Schleswig“ bis auf die Spitze getriebenen Gewaltpolitik weiteste deutsche Kreise geradezu gelähmt hat. Ich sehe die einzig befriedigende Lösung in einer Autonomie des Herzogtums Schleswig unter der Führung des Pastors Schmidt-Wodder und, früher oder später, auch des Abgeordneten H. P. Hansen-Apenrade.

Ob eine „europäische“ Lösung noch möglich ist, ist jedoch sehr zweifelhaft. Die Dänen im Königreich wie in Nordschleswig haben sich auf eine Abstimmung eingeschworen. **Daß sie dabei genau wissen, daß auf diesem Wege nie eine Lösung des** Nationalitätengegensatzes zu erreichen ist, geht deutlich aus den zahlreichen Versicherungen auf dem Apenrader Dänentag (17. November) hervor, daß sie nach einer Abtretung den deutschen Minderheiten milde und gerecht entgegenkommen wollten. Die Dänen haben dem Flensburger Ausschuß entgegengehalten, er könne kein Vertrauen erwecken. Woher sollen umgekehrt die Deutschen Vertrauen zu solchen Versprechungen gewinnen. Die dänische Politik vor 1864 hat der preußischen nach 1888 in nichts nachgestanden. Lehnen die Dänen Männer des „Deutschen Vereins“ ab, so die Deutschen mit demselben Recht alles, was sich um den Abgeordneten Kloppenborg-Skrumsager stellt.

Es muß mit Entschiedenheit betont werden, daß eine Abstimmung, weil sie eben nie eine Lösung bringen kann, von uns nur angenommen werden kann als eine Bedingung des uns auferlegten Gewaltfriedens. Dadurch, daß wir auch hier uns gegen bessere Einsicht der Gewalt beugen, kann vielleicht in Elsaß-Lothringen oder in der Ostmark etwas für die deutschen Wünsche gewonnen werden. Das wäre ein kleiner Trost.

Bezugnehmend auf einen Aufruf der Organisationen der dänisch sprechenden Bevölkerung Nordschleswigs hat der Staatssekretär Dr. Solf in einem Schreiben vom 14. November an den Abgeordneten Hansen erklärt: „Die Deutsche Regierung steht demnach auf dem Standpunkt, daß auch die nordschleswigsche Frage gemäß dem Friedensprogramm des Präsidenten Wilson auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der in Betracht kommenden Bevölkerung zu lösen ist.“ Hansen hat im Anschluß daran Verhandlungen mit Dänemark angekündigt. Mit einer Abstimmung muß also gerechnet werden.

Es verdient bemerkt zu werden, daß in den Organisationen, auf die sich Dr. Solf in seinem Schreiben bezieht, zahlreiche Deutsche sich befinden, die bei diesem Aufruf natürlich gar nicht gefragt sind. Zum andern zeigt das Beispiel des Dorfes Brøns — um nur eins zu nennen —, das durch elf Vereine vertreten ist, daß die Mitgliederschaft vieler dieser Organisationen sich fast deckt. Es muß aber jeden Glauben an einen guten, ehrlichen Willen der Dänen erschüttern, wenn wir hören, daß schon zwei der unterzeichneten Organisationen durch ihre Vorstände erklären, daß ihre Namen ohne ihre Kenntnis und gegen ihren Willen unter den Aufruf gesetzt sind. Vermutlich werden weitere Vereine folgen. Das ist ein Mißbrauch, für den kein Wort scharf genug ist!

Digitized by Google

Für die Durchführung einer Abstimmung haben die Dänen ihre Forderungen in einer in Apenrade angenommenen Resolution vorgebracht. Sie lautet: 1. „Wir wünschen die nordschleswigsche Frage in der Weise gelöst zu sehen, daß Nordschleswig als ein Ganzes aufgefaßt wird, dessen Bevölkerung durch Abstimmung mit ja oder nein zum Ausdruck bringt, ob sie mit Dänemark wieder vereinigt werden will." 2. „Nordschleswig ist der Teil des Herzogtums Schleswig, der nördlich einer Linie liegt, die von der Südspitze Alsens durch die Flensburger Föhrde bis zur Kupfermühlenbucht, das Konsautal hinauf und so südlich um Fröslee herumgeht, daß Pattburg Grenzstation wird, darauf der Grenze der Schlogs- und Kerrharde, dem Skelbeck und zuletzt der Süderau und Widau bis zu ihrer Biegung nach Norden folgt, von wo sie geradenwegs zur Nordsee und um die Nordspitze von Sylt geht." 3. „Stimmrecht haben alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die a) in Nordschleswig geboren und beheimatet sind, b) in Nordschleswig seit wenigstens 10 Jahren wohnhaft sind, c) in Nordschleswig geboren, aber von den bisherigen Machthabern ausgewiesen sind." Punkt 4 und 5 beziehen sich auf weniger wichtige Dinge und begegnen keinen Bedenken. Dafür fordern die drei vorgenannten Vorschläge um so mehr Widerspruch heraus. Aus ihnen spricht eine so über jede Billigkeit kalt hinwegschreitende nackte Interessenpolitik, daß ich zum ersten Male an dem Vorhandensein eines guten Geistes auf Seiten der Dänen völlig irre werde. Die Einschränkungen des Stimmrechts sind durch nichts gerechtfertigt als durch dänische Interessen und widersprechen aufs schärfste einer gleich verteilenden Gerechtigkeit. Stimmrecht kann nur dasselbe sein, das den Wahlen für die Nationalversammlung zugrunde gelegt wird. Der Raum verbietet leider, im einzelnen die Hinterhalte aufzudecken, die in den dänischen Einschränkungen verborgen sind. Der Schwerpunkt der dänischen Forderungen liegt jedoch in Punkt 1 und damit zusammenhängend in Punkt 2.

Zu Beginn der öffentlichen Erörterungen wurde von deutscher Seite vielfach gefordert, daß das ganze dänische Herzogtum Schleswig als Gesamtheit abstimmen müßte. Mit Entrüstung haben die Dänen ein solches Verfahren von der Hand gewiesen, weil ihre Minderheit dadurch vergewaltigt würde. Ganz genau dieselbe Gewalttätigkeit begehen die Dänen jetzt, indem sie das abstimmende Gebiet so verkleinern, daß sie die Mehrheit haben und dann für dieses Gebiet eine Gesamtabstimmung fordern. Wie soll man bei solchem Verhalten Vertrauen zu einer gerechten Behandlung deutscher Minderheiten nach einer Abtretung gewinnen? Das kann kein Däne erwarten. Die Taten schlagen den Worten ins Gesicht!

Die in Punkt 2 bezeichnete Grenzlinie entspricht ungefähr der Sprachgrenze und anscheinend auch den dänischen Interessen. Mit dem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland oder Dänemark hat sie schlechterdings nichts zu tun. Empörend muß aber die Einbeziehung von Tondern, der deutschesten Stadt der Nordmark, und des deutschen Hoyer in die dänische Grenzführung wirken, die uns außerdem auch von Sylt abschneidet. Ist schon eine Abstimmung überhaupt eine Gewalttätigkeit, und zwar nur, weil sie nie eine Lösung bedeuten kann, so tritt dieser Charakter erst recht in diesen von den Dänen geforderten Formen der Abstimmung zutage.

Das Recht liegt meistens in der Mitte. So auch hier. Ganz Nordschleswig muß distriktsweise — nach Gemeinden oder Wahlbezirken — abstimmen, von der Nordgrenze bis so weit südlich, wie sich Abstimmungswünsche bemerkbar machen. Und eine doppelte Vergewaltigung wird nur dann vermieden, wenn die neue Grenze die Linie wird, nördlich der ebenso viele Deutsche wohnen wie südlich von ihr Dänen. Nur dann wiegt sie

Digitized by Google

Stimme gleich viel; nur dann hat die Abstimmung überhaupt einen vernünftigen Sinn. Die neue Grenze darf nur nach dem Ergebnis der Abstimmung gezogen werden. Ein deutsch-dänischer Ausschuß hätte sich über die Einzelheiten hierbei zu verständigen.

Dr. Karl Alnor.

Neuerscheinungen

Die Kunst des Friedens.

An ein paar Erscheinungen lassen sich die Etappen unserer Stellung zum Frieden aufzeigen, die schon Geschichte ist, bevor die Wirklichkeit sie zur Geschichte gemacht hat.

Den Spiegel der Vergangenheit hält Paul Herre mit der Schrift „Bismarcks Staatskunst" vor („Globus", Verl., Dresden und Leipzig), gleich als sollte die Gegenwart sich in der Vergangenheit Rats holen. Gestützt auf den Satz von Ranke: Politik sei „das Ergreifen der beherrschenden Ideen und die Verwaltung der laufenden Geschäfte" stellt er Bismarck als den wahren Staatsmann hin, weil beide Veranlagungen in ihm zu innerer Einheit zusammenflossen, seine Staatskunst „uns in unvergleichlicher Vollkommenheit und Vorbildlichkeit" diese Zusammenhänge vor Augen stellt. Darum, so schließt Herre, dürfen wir „noch in unseren Tagen, da sich die Keime neuer Formen des staatlichen Daseins enthüllen, uns bedingungslos der bewährten Führung Bismarcks anvertrauen. Denn seine Staatskunst umfaßt, wenn man sie recht versteht und von ihren selbstverständlichen persönlichen und zeitlichen Bedingtheiten absieht, nicht nur in aller Vollkommenheit die politische Technik, die ihrem letzten Inhalt nach unwandelbar ist und wenigstens studiert werden kann. Sie besitzt auch in sicherem und großem Vorausfühlen den Zug ins Freie und Volksmäßige, der über die Staatenwelt seiner Zeit hinausweist in fortgeschrittenere Verhältnisse, wie wir ihnen jetzt zustreben."

Für die Versuche, zwischen Gewalt- und Rechtsfrieden zu vermitteln, ist die Schrift von Hermann Schumacher typisch, die, in 1916 entstanden, auf wiederholten Wunsch nachträglich publiziert wird, „Die Lösung der belgischen Frage" (S. Hirzel, Leipzig). Schumacher wollte die belgische Frage durch getrennte Behandlung Flanderns und Walloniens lösen, ein Flandern geschaffen wissen, das dem deutschen Zollverein angehört und seine Eisenbahnen in Betriebsgemeinschaft mit Preußen verwaltet, das im ganzen mehr und mehr „auf sein Germanentum sich besinnt".

Ernst Bleier redet in einem sensationell aufgemachten Heft („Der weißen Menschen Schicksalsstunde", Anzengruber Verlag, Wien-Leipzig) über die Grundlagen „besserer Zeiten": die Abschaffung des internationalen Militarismus, dem Zusammenschluß der Menschheit zu einem Organismus. Pathetisch ruft er aus: „Die Schicksalsstunde der weißen Menschheit hat geschlagen. Der Ruhm der Nationen von weißer Rasse besteht nicht in der Heraufbeschwörung blutiger Kriege, sondern in der Vereinigung der ganzen Kulturmenschheit zur Schaffung des Weltuniversums des Humanismus auf diesem Erdenrund. Die Gesetze des Weltalls befinden sich nicht im Gegensatz zur friedlichen Entwicklung der Völker, und die Zukunft der weißen Menschen hängt von der Erkennung jener Wahrheit ab, die ein großer Kaiser schon Jahrhunderte vor uns begriffen hat: „Wir sind auf einander angewiesen, zum Zusammenwirken geschaffen, wie die Füße und die Hände, die Augenlider, die untere und obere Zahnreihe."

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Das schönste Weihnachtsgeschenk — ein gutes Buch!

Das zweite Leben

Erzählung von

Ernst Zahn

71.—85. Tausend. Geh. M 4.—, geb. M 5.50

„Ernst Zahn hat hier eines seiner stillsten und schönsten Bücher geschrieben, ein Buch voll Milde und Versöhnlichkeit, eine Dichtung des Verstehens und der bezwingenden Güte. Eine große, versöhnende Liebe klingt aus diesem Buche in vollen und beseligenden Akkorden.

Essener Allgem. Zeitung.

Glückliche Finder

Ein fröhliches Mysterium von

Rudolf Presber

6.—8. Tausend. Geh. M 4.—, geb. M 5.50

„Es ist eine Dichtung voll Sonne und Fröhlichkeit, voll Duft und Glanz, voll Anmut und Gefälligkeit."

Hannoverscher Kurier.

Bürgermeister Mönckeberg

Eine Auswahl seiner Briefe und Aufzeichnungen

Herausgegeben von **Carl Mönckeberg**

Geheftet M 7.—, gebunden M 9.—

„Ein Buch angewandter Erziehungskunst, reich an Anregungen und Vorbildern für andere." Köln. Zeitung.

„Von jeder Seite des Buches weht uns Leben an. Möge der stattliche Band viele Freunde finden, überall, wo man die Ausstrahlungen eines reichen und bedeutenden Lebens zu schätzen weiß." Neue Hamburger Zeitung.

Das törichte Herz der Julie von Voß

Eine Hofgeschichte aus der Zopfzeit von **Annemarie von Nathusius**

11.—13. Tausend. Geheftet M 5.—, gebunden M 7.—

„Um dieses mit Geschick charakterisierte Frauenschicksal entfaltet sich in bunter, bewegter Schilderung ihrer Parteiungen, Kabalen, politischen und menschlichen Einflüsse der Rahmen der freudenschimmernden, seidenknisternden damaligen Hofwelt, wie sie mit schier ahnungslosem Fuße hingleitet über den schon leise vulkanisch erzitternden Boden der nahenden Katastrophe im benachbarten Weststaat." Wiener Abendpost.

Aus meinem Jugendland

Von

Isolde Kurz

6.—10. Tausend. Geh. M 6.—, geb. M 8.—

„Es gibt nicht viel neuere Bücher, die man in diesen Tagen lesen kann, und erst recht nicht viele, die uns köstlich berühren, ohne daß wir nötig hätten, das Ungeheuerliche zu vergessen, was sich jetzt bege en muß. Die Jugenderinnerungen der bekannten Dichterin Isolde Kurz gehören zu diesen ganz wenigen Büchern, nicht nur durch die wunderbar echte, zeitlos zeitgemäße Verschwisterung von Würde und Volkstümlichkeit, sondern vor allem auch der Liebliche wegen, die wir hier in menschliche, in deutsche Seelen und in die Seele von Orten und Zeiten tun dürfen."

Ostsee-Zeitung, Stettin.

Die Lerche

Auswahl schwäbischer Dichtung von den Anfängen bis auf die Gegenwart

Von **Ludwig Finckh**

Gebunden M 6.—

„Für den Schwaben hat die „Lerche" das Zeug zu einem guten und unerschöpflichen Hausbuch, dürfte es auch sicher werden. Doch stellt Ludwig Finckh ihm die Widmung voraus: „Dem deutschen Vaterland". Und sprechen auch allen Versen schwäbischer Geist und schwäbisches Wesen, so ist das gleichbedeutend mit deutschem Geist und deutschem Wesen. Denn gut schwäbisch sein hieß von jeher auch gut deutsch sein. So mag man von Herzen wünschen, daß des Herausgebers Hoffnung sich erfüllt und seine Sammlung „die Kluft zwischen Nord und Süd mit einem neuen Bogen und Pfeiler zu überbrücken" beitrage."

Schwäbischer Merkur, Stuttgart.

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

Bücher sind die besten Tröster in dieser furchtbar ernsten Zeit

Der Babylonische Turm

Geschichte der Sprachverwirrung einer Familie

Roman von **Josef Ponten**

1.—10. Tausend. Geh. M 6.—, geb. M 8.—

„Pontens Roman hat etwas monumentales. Ein Gewaltiges, aus Eisen und Stein Gefügtes lebt darin. Sein Aufbau, in neunzehn Stockwerke eingeteilt, erweckt im Leser das lebhafte Gefühl, des Immer-höher-Steigens. Der Stil ist von mathematischer Schärfe. Der Babylonische Turm ist ein starkes, reines, deutsches Buch. Das Buch eines Mannes, der tief in Menschen, Dinge und Zeiten schaut. Ponten gehört zu den wenigen Dichtern unserer Zeit, die unablässig an sich selbst arbeiten, die Grabende sind, unbeirrt ihrem Ziele nachgehen. Sein neues Buch wird ihn zur Höhe tragen." Berliner Börsenzeitung.

Die Insel

Novelle von **Josef Ponten**

1.—5. Tausend. Geh. M 3.—, geb. M 4.50

Seinem großen Zeitroman „Der Babylonische Turm" läßt der Dichter jetzt diese kürzere Erzählung folgen in der Landschaft und Mensch zu schicksalhafter Einheit verwoben werden. Landschaft als Menschen bestimmende Macht wirkt auf die fremde Frau, die von der Liebe zur Natürlichkeit auf die einsame Mönchsinsel geführt wird und der Gewalt der Natur dann unterliegt. Das Schicksal bringt sie zusammen mit dem jungen Mönch, der mit gleicher Macht aus der Natur sich fortsehnt, mit der sie zu ihr getrieben wird; Kultur und Natur stoßen auseinander und — die immer gleiche Tragik — die Natur unterliegt. Von hoher Meisterschaft zeugt die Behandlung der Sprache, ihr Rhythmus schmiegt sich den seelischen Vorgängen bewundernswert an. Ein hohes Lied von Landschaft und Liebe hat Ponten mit seiner neuen Erzählung geschaffen.

Friedrich Theod. Vischers Ausgewählte Werke

Herausgegeben von **Dr. Gustav Keyßner**

3 Bände ... Gebunden M 12.—
Einzeln bezogen jeder Band M 5.—

Inhalt:

1. Band: Lyrische Gänge und andere poetische Werke
2. Band: Auch einer. Eine Reisebekanntschaft
3. Band: Prosaschriften (Uhland — Festspiel — Allotria — Nicht 1a)

„Diese Ausgabe dürfte geeignet sein, Vischer endlich die Stellung unter den deutschen Dichtern des 19. Jahrhunderts zuzuweisen, die ihm nach seiner Begabung, wie nach seinem vornehm-männlichen, wenn auch eigenwilligen Charakter zukommt. Was Vischer als Kritiker und Ästhetiker geleistet hat, spricht Mörike kurz und bündig dahin aus: „Merkwürdig ist mir insbesondere an dir die herrliche Vereinigung des spekulativen Vermögens mit den höchsten Eigenschaften des Künstlers". Das gilt auch heute noch von Vischer, mag er in einzelnen Urteilen und Anschauungen von der Zeit auch überholt worden sein." Straßburger Post.

Wolke · Wiese · Welt

Neue Gedichte von

Elisabeth Rupp

In Pappband gebunden M 5.50

„Unter den rund hundert Gedichten sind viele, die sich durch schöne Sprache und eigene, zarte Bilder auszeichnen, manche, über denen ein wundersamer Stimmungszauber ausgebreitet liegt. Landschaften gelingen Elisabeth Rupp am besten: die „schöne Nacht" mit ihrem Duft und dem Fluß der Sprache ist ein erlesenes Stück. Ein halbes Dutzend künstlerische Mehrfarbenholzschnitte von Wilhelm Laage schmücken das Buch." Schwäb. Merkur, Stuttgart.

Das Glockenspiel

Gedichte von

Auguste Supper

Geheftet M 2.—, gebunden M 3.—

Eine neue lyrische Sammlung der Dichterin, in der sie fast noch mehr als in ihren erzählenden Werken das Innigste und Höchste ausspricht, was ihr die Seele bewegt: gesunde Lebensweisheit, starke Heimatliebe, heißes vaterländisches Empfinden, in tiefem Naturgefühl wurzelnde, zugleich weltfromme und gottsuchende Religiosität finden in Gedichten von schlichter, edler Form den reinen, wohltuenden und bezwingenden Ausdruck.

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung **bis zum 15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. **Nach diesem** Zeitpunkt können die Zwischenscheine **nur noch unmittelbar** bei der **„Umtauschstelle für die** Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht **werden.**

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die **4½ % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½ % Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine **größere Anzahl noch** immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. **Die Inhaber werden aufgefordert,** diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Digitized by Google

An die Leser und Bezieher der „Deutschen Politik"

Mit dem nächsten Heft beschließt die „Deutsche Politik" ihren dritten Jahrgang.

Unübersehbar und unendlich schwer sind die Aufgaben, die durch die Umkehr aller staatlichen Verhältnisse vor jeden verantwortungsbewußten Volksgenossen gestellt sind. Die Demokratie, soll sie unserem Vaterlande in seiner Not zur Rettung werden, bedarf der ernsten Vertiefung in die politischen Probleme, bedarf des Glaubens an die unzerstörbaren Kräfte des deutschen Volkstums.

Die „Deutsche Politik" ist während des Krieges vielen zum Anreger, Freund und Führer geworden. Sie alle werden gewiß die Gemeinsamkeit mit unserer Arbeit auch jetzt aufrecht erhalten. Sie sollen uns aber auch Mithelfer sein, den Wirkungskreis unserer Wochenschrift auszudehnen.

Wir sind Mahner und Warner gewesen, wir haben Erziehungsarbeit geleistet und Willen geweckt. Die Katastrophe, von übermächtigen Gewalten gelenkt, hat viele Ansätze vernichtet, viel Glauben geknickt.

Nun heißt es, mit treuer Hingabe ans Vaterland dem Neuaufbau von Großdeutschland zu dienen und im Volk den Glauben an Deutschlands Zukunft neu zu gründen.

Die „Deutsche Politik" ist nach Wirkung und Verbreitung an die Spitze der politischen Publizistik Deutschlands getreten. Die Leitung unserer Wochenschrift wird sich der Verantwortung bewußt bleiben, die gerade in der nächsten Zeit auf ihr ruht, und sie rechnet mit der Treue, mit der werbenden Mitarbeit ihrer alten Freunde, mit dem Dank und der Unterstützung ihrer neuen Bezieher.

Damit in der Zustellung der Hefte keine Unterbrechung eintritt, wolle die Bestellung auf den neuen Jahrgang unverzüglich aufgegeben werden.

Berlin SW. 11, Königgrätzerstr. 99

Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Über Land und Meer

Deutsche Illustrierte Zeitung

Vornehmste große moderne Familienwochenschrift

Regelmäßig zwei laufende Romane
/ und Novellen erster Autoren /

*

Technik / Kunst und Wissenschaft

*

Theater

*

Die Frau in Haus und Gesellschaft

Wöchentlich eine Nummer / Preis vierteljährlich 5 Mark / Probenummern kostenlos vom Verl.
// // Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen //

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart u. Berlin

Digitized by Google

3. Jahrgang * 20. Dezember 1918 * Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Reichstagspräsident Fehrenbach kommt mit seinen Absichten und Willenskundgebungen immer zu spät. Daß der Reichstag am 9. November in alle Welt auseinanderstob und ein lahmer Protest den Ereignissen kümmerlich nachhinkte, war nicht imponierend. Damals hätte das Reichstagspräsidium auf seinen Posten bleiben müssen und in Protest und Unterstützung der Reichsregierung zur Seite stehen. Jetzt schwebt er in der Luft. Fehrenbachs Gedanke, daß der Reichstag das einzige Rechtsinstrument sei, das mit den Feinden verhandeln könne, ist ja gut gemeint, aber nachdem die Dinge soweit gediehen sind, wird die Reichsregierung, die immer in der Angst vor links lebt, sich nicht entschließen, das alte Parlament, das sie vielleicht zur anderen Stunde von selber gerufen hätte, sich aufzwingen zu lassen. Die Volksbeauftragten haben freilich, wenn die Entente an ihrer revolutionären Existenz die Frage eines Vorfriedens scheitern lassen, die Verantwortung für das Elend, das aus dieser unklaren Situation in die Höhe wächst.

*

Die Verhaftung der Thyssen und Stinnes ist einer der unerhörtesten Rechtsskandale, die nicht so sehr die Brutalität des Mülheimer A.- u. S.-Rates belasten, als den Polizeipräsidenten Eichhorn und den Justizminister Dr. Rosenfeld, die alles taten, um ein geordnetes Justizverfahren zu verschleppen. Der Reichsregierung war das Unzulässige der Verhandlungsart ganz klar, aber sie hatte nicht den Schneid, etwas zu tun. Erst der Minister des Innern, Hirsch, der ein vernünftiger Mann ist, hat für Remedur gesorgt. Wohin soll das aber führen, wenn ein denunziatorisch veranlagter Kellner in einer Sache, die er sich selber erfunden hat, zum Untersuchungskommissar ernannt und alles ordentliche Rechtsverfahren zertrampelt wird? Die Spitzen deklamieren gegen die Übergriffe der

Digitized by Google

unteren Organe, geben aber selber phantastische Beispiele einer hemmungslosen Willkür.

*

Adolf Hoffmann, der immer noch 50 Prozent des preußischen Kultusministers ausmacht, will die Nationalversammlung sprengen, wenn die Wahlen nicht nach seinem Sinne ausfallen. Er hat gleichzeitig angeordnet, daß die Schulen von den Geschichtsbüchern, in denen die „Gewalt" verherrlicht wird, „gereinigt" werden. Möchte er nicht sein Gehirn zuerst ausputzen von den Blasen gewalttätigen Machtdünkels? Sein Kollege Hänisch hat die Deklamation einen „groben Unfug" genannt. Lehrer und Jugend, mit Freiheiten bis zum Bersten beglückt, sollen dankbar und verehrungsvoll aufschauen, was da oben im Ministerium nicht mehr Kultus, sondern Kultur genannt wird.

*

Deutschland und der tschechische Staat machen ein Abkommen, daß Steinkohle gegen Marmelade, Maschinenteile gegen getrocknete Pflaumen austauscht. Sehr nützliche und wertvolle Dinge. Währenddem rücken die Tschechen in Nordböhmen ein und rauben einer deutschen Stadt nach der anderen die Lebensfreiheit. Das sind Städte und Landstriche, die ideell zur künftigen großdeutschen Republik gehören. Opfert man sie? Statt des Linsengerichtes das Pflaumenmus.

*

Lloyd George hat in seiner letzten Rede erklärt, daß seiner Auffassung nach Deutschland für die gesamten Kriegskosten der Entente aufkommen könnte; zugleich aber betonte er, daß der Friedenskongreß die „allgemeine Wehrpflicht abschaffen müßte", weil sich England sonst als „Hauptverteidiger der Freiheit der Welt bald wieder in einen Konflikt stürzen müßte". Die „Westminster Gazette", das Sprachrohr Asquiths, nennt derartige Behauptungen „demagogisch", weil solch eine Politik „eine militärische Besetzung Deutschlands auf viele Generationen hinaus und die Beibehaltung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern würde".

*

Die Erstarrung der Deutschen in den preußischen Ostmarken beginnt sich zu legen; sie schließen sich zusammen, um sich gegen polnische Übergriffe zu wehren. In Posen hat das Bürgertum zusammen mit dem Militär in einem Zuge von 20 000 Mann für die Erhaltung des Deutschtums demonstriert. Auch in Oberschlesien beginnt sich das Deutschtum zu regen. Dort ist nicht zuletzt der einflußreiche Metallarbeiter-Verband der Träger des Gedankens für Festhalten am Deutschen Reich. Seine Mitglieder, worunter sich auch Polen befinden, befürchten nämlich mit Recht, bei einer Abgliederung Oberschlesiens des Segens der deutschen Sozialversicherung verlustig zu gehen.

Digitized by Google

Der pazifistische Bankerott und die Revolution

Von Dr. Paul Rohrbach.

Die historisch-politische Unbildung und die Schlaffheit des nationalen Denkens weiter Kreise in Deutschland zeigen sich jetzt wieder bei der Debatte über die Frage der Auslieferung des Kaisers. Wilhelm II. soll „schuldig" sein. Schuldig woran? Am Kriege, an der Kriegführung oder am Ausgang? Seine Schuld ist, daß er die Wirklichkeit, die Grenzen der deutschen Kraft und die Zermürbung unserer moralischen Position im Kriege durch die Alldeutschen nicht sah. Das aber meinen die Feinde nicht. Sie, die den Weltkrieg entzündet haben, und die sich im Herzen wohl bewußt sind, daß sie es waren, wollen jetzt endgültig die große Unwahrheit dem Weltbewußtsein einhämmern: Deutschland war schuld, Wilhelm II. war schuld, Wilhelm II. und in ihm Deutschland müssen gerichtet werden. Nicht um irgendwelches Rechtsbedürfnis oder um irgendwelche anderen Motive, die entfernt mit Moral zu tun hätten, handelt es sich dabei, sondern um einen gewissenlosen Kniff, wie man, trotz aller „Reue", aller „Besserung", mit der jetzt beauftragte und noch viel mehr nichtbeauftragte Krethi und Plethi hausieren gehen, das besiegte Deutschland weiter ab- und ausschlachten kann.

Wo über Wilhelms II. Schuld am Kriege verhandelt wird, da sollten zwei Worte an den Eingang des Verfahrens gestellt werden: jenes aus den belgischen Gesandtschaftsberichten, die die Ententevölker immer noch nicht kennen lernen dürfen: der Friede sei noch nie so gefährdet gewesen, wie seit der König von England (Eduard VII.) sich damit beschäftige, ihn zu „festigen", und das andere des Verbrechers Suchomlinow, der Zar habe ihm gesagt, auf die Telegramme Wilhelms II. fühle er sich bewogen, die Mobilmachung anzuhalten. Des Kaisers wirkliche Schuld war eine Schuld am Deutschen Volke und nur dieses hätte mit ihm darüber zu rechten. Nicht er ist es auch, den die Feinde vor Gericht zerren wollen, sondern Deutschland, um ihm für immer die Schuldlüge anzuhängen. Wer am Weltkrieg schuld war, das steht bei Herrn Suchomlinow und in dem Brief von Jean Jaurès an Vandervelde zu lesen, den jetzt jede deutsche Zeitung täglich an der Spitze ihrer Ausgabe bringen sollte: „Es läge in der Macht der französischen Regierung, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. . . . Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg spekulieren."

Unsere Pazifisten stimmen in das Schuldgeschrei gegen das „frühere" Deutschland ein und sind Narren genug, sich einzubilden, damit andere Geschäfte zu be-

Digitized by Google

sorgen, als die der Feinde, nicht etwa irgend eines früheren Deutschland, sondern Deutschlands an sich. Der deutsche Pazifismus dieser Ausprägung hat einen Bankerott gemacht, von dem er sich, hoffentlich! nie wieder erholen wird, denn wenn es etwas gibt, was noch mehr zu unserem Ruin beitragen konnte, als alles bereits Geschehene, so ist es diese Art von Politikern. Mit Recht ist von den Alldeutschen gesagt worden, und am meisten stets hier in der „Deutschen Politik", sie wären Deutschlands Verhängnis, weil sie keinen Begriff von der realpolitischen Bedeutung der Psychologie und Moral in Krieg und Frieden hätten. Die alldeutsche falsche Einschätzung Englands und namentlich Amerikas hat uns ins Unglück gebracht. Wenn darum aber jetzt jemand aufstehen wollte und sagen, Herr Theodor Wolff sei ein besserer Prophet als Graf Reventlow, so müßte er sehr zurückgewiesen werden. Die pazifistische Richtung, wie sie sich im sozialdemokratischen Idealismus und auf der bürgerlichen Linken in Organen wie im Berliner Tageblatt mit Verwandtschaft darstellte, hat die Feinde nicht um ein Haar richtiger beurteilt, als die entgegengesetzte; das Berliner Tageblatt war nicht klüger über England und die Entente als die Deutsche Tageszeitung.

Sich einzubilden, daß die Beseitigung des früheren deutschen Regimes, seine Verfluchung und das Bekenntnis zur deutschen Demokratie und Freiheit genügen würden, um für Deutschland das Tor zum Rechtsfrieden und Völkerbund zu öffnen, war ein Stück aus der politischen Kinderstube. Wer so etwas fertig bringt und gleichzeitig den besseren Psychologen und Politiker gegenüber den Alldeutschen spielen will, erbringt damit das Gegenteil vom Befähigungsnachweis. Politisch und psychologisch gedacht war das, was der Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte: Volksregierung und Friedensbekenntnis, aber gestützt auf die Entschlossenheit, hinter gewisse äußerste Grenzen deutscher Nachgiebigkeit nicht zurückzugehen. Nur so wäre es möglich gewesen, die auf der Gegenseite vorhandenen Kräfte eines ehrlichen Willens zum Frieden soweit zu stärken, daß sie für den Friedensschluß etwas bedeuteten. Das Bekenntis der absoluten Selbstwegwerfung in Deutschland aber zerschmetterte den ohnehin schwachen Vertreter des Willens zur Gerechtigkeit in England hoffnungslos. Bei den Franzosen gab es solche ohnehin kaum. Was an Sozialisten dort gemäßigt dachte, hat nie etwas bedeutet. Wenn also die Alldeutschen belastet sind mit der Verantwortung für den verhängnisvollen Krieg um den deutschen Machtfrieden, so sind die Pazifisten belastet mit der Verantwortung für die Niederkretung Deutschlands infolge seiner Selbstauslieferung.

Die konservativ-alldeutsche Presse verfolgt nach wie vor die Taktik, alle Schuld auf das „Waffenstillstandsangebot der Regierung des Prinzen Max" zu schieben. Das ist unehrenhaft, denn es ist bekannt genug geworden, durch die Veröffentlichung des Prinzen selbst und durch andere Zeugnisse, daß die oberste

Digitized by Google

Heeresleitung, und nicht nur Ludendorff, sondern auch Hindenburg, ihm durch die kategorische Erklärung, die Front halte nicht länger, das Gesuch um den Waffenstillstand abgezwungen hat. Daß der Prinz Max seine Noblesse bewies und das unheilvolle Papier auch selbst unterzeichnete, sollte ihn vor unehrlichen Verunglimpfungen schützen, tut es aber nicht nach den im deutschen Parteileben üblichen Grundsätzen, wie sie schon Bismarck charakterisierte. Nachdem das Angebot einmal heraus und nachdem der Zusammenbruch der Bundesgenossen im Osten Tatsache geworden war, blieb nur noch ein Mittel übrig, um das Äußerste abzuwenden: dem Feind die Meinung zu erhalten, „es gebe Grenzen deutscher Nachgiebigkeit". Das war natürlich nur möglich, wenn der Pazifismus und die Revolution einer solchen Politik nicht in den Rücken fielen. Der Pazifismus tat es, indem er die trügerische Fahne der Hoffnung aufzog, ein Deutschland, das sich selbst als gebessert bekannte, werde loyal im Rate der Bekenner des „Rechtsfriedens" zugelassen werden. Das war gehandelt mit der Einsicht eines politischen Kindergemüts, denn damit entwaffnete man nicht nur sich selbst, sondern auch die Bundesgenossen der Friedensidee im gegnerischen Lager, auf die man hoffte. Die Revolution vollendete dann als blinder Hödur den Selbstmord Deutschlands, wobei aber zu betonen ist, daß diejenigen Kräfte, bei denen im Augenblick der Katastrophe noch etwas wie ein Stück politischen Bewußtseins war, ebenfalls glaubten, dem „besseren" Deutschland, das sie schufen, würden auch gern „bessere" Bedingungen zugestanden werden.

Ob jemand einen Topf aus Plumpheit, aus Überklugheit oder aus Idealismus zerbricht, ist schließlich gleich; aus dem Topf wird auf die eine Art ebenso sicher wie auf die andere ein Haufen Scherben, und daß es das eine Mal die Alldeutschen, das andere Mal die pazifistischen und sozialistischen Illusionspolitiker gewesen sind, die für den Scherbenhaufen verantwortlich sind, trägt gleich wenig dazu bei, das Unheil ungeschehen zu machen.

Jetzt sind die Errungenschaften der Revolution da, und es zeigt sich, daß sie den Feinden nicht nur kein Anlaß sind, uns besser zu behandeln, sondern im Gegenteil, daß uns noch aufgegeben wird, uns zurückzurevolutionieren, wenn überhaupt mit uns verhandelt werden soll. Man fürchtet drüben die Ansteckung und sagt uns: desinfiziert euch, bevor wir uns euch nähern! Wäre politischer Schwung und psychologische Einsicht bei der deutschen Revolution gewesen, so hätte sie nach außen gegen den Feind wenigstens eines leisten können: ihn vom ersten Tage an energisch mit der Ausbreitung der revolutionären Ideen auf die Ententevölker und Heere bedrohen können. Die Furcht davor war auf der feindlichen Seite stark genug, und sie ist selbst heute noch vorhanden, denn der Grund, weswegen die Feinde darauf bestehen, daß die extremen revolutionären Einrichtungen, Arbeiter- und Soldatenräte, wieder verschwinden

Digitized by Google

sollen, ist nicht Sorge für Deutschland, daß sie nur zu gerne sich selbst endgültig zu Grunde richten sehen würden, sondern Sorge für das eigene Haus. Die reine Torheit aber, die dem revolutionären Pazifismus anhaftete und ihn unfähig machte, zu sehen, was dem aufrichtigsten und politisch nur halbwegs gebildeten Friedensfreund nicht verborgen sein konnte, daß nämlich im Augenblick der vollkommenen Selbstwegwerfung Deutschlands auf der Gegenseite der gemeine Haß und der wilde Chauvinismus allein triumphieren mußten, ließ die deutsche Revolution den Gedanken der „moralischen Offensive" ebensowenig fassen, wie die alte deutsche Regierung ihn hatte fassen können. Einige Tage lang glaubten ein paar politische Revolutionskinder an Märchen wie die Ermordung Fochs oder die mit der englischen Flotte gewechselten revolutionären Funksprüche, reine Schwindelnachrichten, aber davon, daß die Revolution immer noch von den Feinden etwas für Deutschland erreichen konnte, wenn sie es verstand, politischen Eindruck zu machen, davon hatte niemand eine Ahnung. Der einzige Eindruck, der zustande kam, war der einer vollkommenen nationalen Würdelosigkeit und bis zum Kollaps fortgeschrittenen Schwäche.

Statt dieser Art von Pazifismus, die uns bisher nichts eingetragen hat, als Verachtung beim Feinde und beim neutralen Auslande, hätte die Revolution, gleichviel ob mit oder ohne Arbeiter- und Soldatenräte, sofort den entschlossensten Angriff mit all den moralischen Druckmitteln, die immer noch verfügbar waren, gegen die klar zu Tage tretende Erwürgungspolitik der Feinde unternehmen sollen. Damit hätte sie vor allen Dingen den Eindruck hervorgerufen, daß sie fähig war, endlich die großen moralisch-politischen Offensivkräfte, die der Sache Deutschlands innewohnten, zu entbinden und wirksam werden zu lassen. Eine deutsche Revolution, die mit aller Kraft sittlicher Empörung gegen die schandbaren Waffenstillstandsbedingungen, gegen die Hungerblockade und die Zerstörung des der Ernährung Deutschlands dienenden Verkehrswesens anging, die besser als die alte Regierung es verstanden hatte, Worte fand, um die Riesenschuld der Entente dieser vor aller Welt ins Gesicht zu schleudern, die hätte sich Achtung erzwungen, die hätte in der Tat Wirkungen auf die feindlichen Völker ausüben und die auf Deutschlands Vernichtung bedachten Regierungs- und Heerführer zum Maßhalten nötigen können.

Mit diesen Versäumnissen und Torheiten haben die revolutionär-pazifistische Richtung und der ihr verwandte bürgerlich-radikale Pazifismus ihre vollkommene Unfähigkeit bewiesen, in einer international so kritischen Zeit wie der Gegenwart, die Sache Deutschlands zu führen. Sie haben den letzten Rest von Möglichkeit verscherzt, den wir noch besaßen, um aus eigener Kraft und Initiative im Friedensschluß ein Stück deutschen Ansehens und deutscher Zukunft zu retten. Sie haben daher kein Recht darauf, sich für die Neugestaltung Deutschlands, für

Digitized by Google

die Wahlen zur Nationalversammlung, als Vertreter des deutschen Gedankens in irgend einer Form anzubieten. Ihr Kredit ist ein für alle Male dahin, denn gerade der Sache des Friedens haben sie den schlechtesten Dienst geleistet. Der Weltfriede kann nur beruhen auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Achtung der Völker voreinander. Jedes Volk aber findet nur soviel Gerechtigkeit und Achtung, wie es sich, wenn nicht mit der Gewalt der Waffen, so durch seine Fähigkeit zur moralischen Selbstbehauptung erringt.

Aufruf

Von Ricarda Huch

Gestatte mir, mein deutsches Volk, daß ich deinem kurzen Gedächtnis zu Hilfe komme.

Ich selbst habe, wie die wenigen, die mich kennen, sich erinnern werden, die allgemeine Begeisterung beim Ausbruche des Krieges nicht teilen können, weil ich sie nicht unmittelbar fühlte. Ich hatte dem politischen Leben ganz ferngestanden und dachte, da sich ja doch ein Urteil in einem bildet, daß kapitalistische Interessen, die mir fernliegen, dem Kriege zugrunde lägen, nicht nur in Deutschland natürlich, sondern auch in den Deutschland feindlichen Ländern. Je länger der Krieg dauerte, desto lebhafter empfing ich den Eindruck, daß es sich um eine große Katastrophe handele, um ein welthistorisches Geschehen von innerer Notwendigkeit, das von einzelnen weder hätte herbeigeführt, noch verhindert werden können. Diese Katastrophe war, wie sich zeigte, die gänzliche Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, des letzten Überbleibsels des einstigen Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, ein Zusammenbruch, der im Dreißigjährigen Kriege begann, und dessen letzte Erschütterung wir erlebt haben; so lange Zeit brauchte die gewaltige Ruine, um ganz einzustürzen. Im Innern brachte der Krieg den Zusammenbruch des Kapitalismus gleichfalls nach langer Vorbereitung. Trotzdem die Wurzeln des Krieges tiefer liegen, als der Einzelwille hinabreicht, kann man natürlich doch nach den bewußten Absichten und Handlungen der Menschen und Nationen fragen, welche den Krieg veranlaßten, beschleunigten oder verzögerten. Wenn auch die Nachkommen einmal urteilen werden, daß der Krieg eine notwendige Umwälzung Europas herbeiführte, so dürfen die Zeitgenossen doch untersuchen, welches die örtlichen und persönlichen Interessen dabei waren. Wenn es sich darum handelt, den Anstifter oder Urheber einer Tat herauszufinden, pflegt man zu erforschen, wer ein Interesse daran hatte, daß sie geschah. Nun wissen wir, daß seit 1870 Frankreich danach trachtete, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern; wir wissen, daß Italien die sogenannten unerlösten Gebiete, Triest und Tirol, für sich gewinnen wollte. Diese Länder schrien ihre Ansprüche laut in alle Welt

Digitized by Google

heraus, vor dem Kriege und während des Krieges, mit dem Zusatz, daß ihre eigenen Eroberungsabsichten gerecht und erlaubt, etwaige Deutschlands ungerecht und strafbar wären. Wir wissen ferner, daß Ungarn und Böhmen sich von Österreich ablösen und sich als selbständige Staaten einrichten wollten, daß Rußland den Schutz der Slawen übernahm und sich bereitete, über Deutschland herzufallen, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch Führer der Kriegspartei in Rußland war. Wir wissen, daß schon vor dem Kriege Pläne in Frankreich bestanden, Deutschland zu zertrümmern und nichts als die thüringischen Staaten mit der Hauptstadt Weimar davon übrigzulassen. Selbst wenn erwiesen wäre, daß Deutschland im Jahre 1914 den Krieg gewollt und angefangen hätte, wäre Deutschland deswegen schuld am Kriege?

Der kürzlich verstorbene amerikanische Gelehrte White schreibt in bezug auf den Krieg des Jahres 1792: „Im technischen Sinne war ja der Krieg von Frankreich begonnen worden, tatsächlich aber von den Mächten, die gegen Frankreich verbündet waren". So scheinen die Dinge hier zu liegen. Wenn die deutsche Regierung wußte, daß die Nachbarmächte untereinander gegen Deutschland verbündet waren und überzeugt war, daß augenblicklicher Beginn des Krieges günstiger für Deutschland war, als er ein Jahr oder mehrere Jahre später sein würde, war sie dann nicht verpflichtet, den Krieg zu beginnen, mindestens einen Anlaß zu einem Beginn zu benutzen? Sollte sie abwarten, bis Deutschlands Feinde den Zeitpunkt für am geeignetsten für sich hielten? Man kann leicht sagen, Deutschland sei ja besiegt, der Zeitpunkt sei also nicht günstig gewesen; aber so beweist man nicht. Ein Volk kann nur kämpfen, den Sieg verleiht Gott, und zwar pflegt er ihn demjenigen Volke zu verleihen, das am einigsten im Willen ist. Anfangs war Deutschland einig im Kriegswillen, in den auch die Sozialdemokraten lebhaft unter allgemeinem Beifall und allgemeiner Rührung einstimmten; man beobachtete damals staunend, daß die sozialistischen Parteien aller Länder beim Ausbruch des Krieges sich treu und opferwillig auf die Seite ihrer Regierungen stellten.

Was für ein Schauspiel, jetzt die Begeisterten des Jahres 1914 im Staube sich winden und sich schuldig am Kriege bekennen zu sehen! Es ist ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. Man mißverstehe mich nicht, vor Gott sich demütigen, ein Unrecht einsehen und bekennen, schändet nicht, wohl aber einem triumphierenden Feinde, der seinen Vernichtungswillen unverhohlen kundgibt, zu schmeicheln und womöglich, um ihn zu gewinnen, ihm diejenigen preiszugeben, die er meisten haßte, weil er einst sie am meisten zu fürchten Ursache hatte. Wir waren seinerzeit hart genug als Sieger gegen das besiegte Rußland, haben wir aber die Auslieferung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch gefordert, der als das Haupt der Kriegspartei bekannt war? Haben sich in Deutsch-

Digitized by Google

land Stimmen erhoben, welche die Auslieferung der führenden Männer in Italien, Frankreich und England verlangten? In Frankreich wurde der Schrei nach Bestrafung der Deutschland regierenden und führenden Männer bereits erhoben, als der Sieg noch sehr fern lag. Es ist furchtbar und unerhört, derartige Forderungen zu erheben, ehrlos sie zu gewähren, ihnen Gehör zu schenken.

Deutschland hat, wie jedes Land, Fehler; es hat leider den unheilbaren und allerverhängnisvollsten Fehler der Uneinigkeit; es hat ferner den Fehler, moralisch handeln zu wollen und doch nicht heilig zu sein. Unsere Feinde handeln stets unbedenklich so, wie es für ihr materielles Wachstum nützlich ist, und erklären dann diese Handlungsweise für moralisch und edel. Wir machen es umgekehrt; die Angst, ob wir auch moralisch handeln, lähmt und zersplittert unser Handeln, das natürlicherweise auch egoistische Triebfedern hat.

Unsere allerverhängnisvollste Schwäche ist aber, wie schon gesagt, unsere Uneinigkeit, unsere Zerrissenheit, die Kluft namentlich, die zwischen den besitzenden und besitzlosen, den gebildeten und ungebildeten Klassen herrscht. Unsere Arbeiter stehen dem Bürgerlichen fremder gegenüber als einem fremden Volke, woran die Anfangsschuld fraglos die Überhebung und Verständnislosigkeit der Besitzenden trägt. Infolgedessen sympathisieren die Sozialisten mehr mit den Gesinnungsgenossen in außerdeutschen Ländern, als mit den feindlichen Parteien des eigenen Volkes, und die höheren Klassen ihrerseits sind von jeher gewohnt, mit dem Auslande zu liebäugeln. Wir wechseln ab zwischen Übermut und Knechtsinn. Augenblicklich herrscht der letztere: knechtisch winden wir uns vor dem Feinde, in der Meinung oder unter dem Vorwande, dadurch bessere Friedensbedingungen zu erhalten. Welche Verblendung! Je mehr wir uns entwürdigen, desto mehr werden wir verachtet und mit Füßen getreten werden. Was müssen unsere Feinde noch tun, damit Deutschland endlich seinen Vernichtungswillen erkennt? Es ist hart, einem besiegten Volke anzugehören, unerträglich einem würdelosen. Auch im Untergehen kann man noch groß sein, ja auch noch im schweigenden Ertragen des Unvermeidlichen. Gestehen wir uns selbst unsere Fehler ein und suchen wir uns zu bessern, ein einiges Volk von Brüdern zu sein, vernichten wir aber nicht mutwillig, was wir an Kraft und Tüchtigkeit im Lande haben. Täuschen wir uns nicht, in der Welt wird nie die Güte herrschen, sondern nur die Kraft. Wie können wir, sofern wir ehrlich sind, angesichts der Schwarzen, die der Feind im deutschen Gebiet einrücken läßt, noch daran zweifeln! Haben Italien, Rußland, Frankreich darauf gebrannt, Deutschland glücklich zu machen, indem sie ihm die beste Regierungsform verschafften? Scheute man sich doch nicht, glauben machen zu wollen, unsere Feinde kämpfen für Demokratie und Freiheit, während sie mit der einzigen noch bestehenden Autokratie Europas, mit dem zaristischen Rußland verbündet waren! Zweifelt man, daß sie seinerzeit den Zaren wieder eingesetzt

Digitized by Google

hätten, wenn es möglich gewesen wäre? Ich erinnere mich der Tage, da Frauen aller Stände, Damen in Spitzen und Frauen aus dem Volke, unsere Soldaten mit Liebesgaben und Dankbezeugungen überhäuften. Jetzt, nun diese Unglücklichen, nachdem sie unendliches getan und gelitten haben, wund und elend wiederkehren, dürfen Frauen ungetadelt öffentlich sagen, Soldaten seien Menschenschlächter. Beschimpft und erwürgt nur die Kraft, die das Vaterland verteidigen, gegen feindlichen Übergriff schützen kann! Gerade ein demokratisches Volk sollte wehrkräftig sein. Ein Volk, dessen Männer das nicht mehr sind, verdammt sich selbst zum Untergange.

Wir haben nur zwei Möglichkeiten: verzichten wir auf unsere Selbständigkeit und geben wir uns selbst dem Feinde preis, oder aber bewahren wir unseren Stolz, den wir auch als besiegtes Volk noch haben dürfen, und vor allen Dingen, suchen wir durch Einigkeit uns kräftig zu machen.

Der Wille zur sogenannten Sozialisierung ist allgemein. Die Reichen sind bereit zu großen Opfern um des Ganzen willen. Was für ein Elend, wenn nicht die nächste dringendste Not uns einig machen kann. Verbannen wir das gegenseitige Mißtrauen und die gegenseitigen Anklagen, richten wir unsere ganze Tätigkeit auf die Nationalversammlung, die unserem Einheitswillen und unserem Selbstbewußtsein durch Schaffung eines Bundesrates mit starker persönlicher Stütze deutlichen Ausdruck bietet.

Es bleibt beim Alten ....

Von Dr. Theodor Heuß

Der Mangel an schöpferischen politischen Ideen, der für Deutschland charakteristisch zu werden scheint, ist durch die Revolution nicht ausgefüllt, sondern bestätigt worden. Die Methode war russische Kopie und deutsche Zutat ist nur die beschleunigte Bürokratisierung der Revolution. Diese erscheint heute eingerichtet und damit in die Zwangsläufigkeit aller Bürokratien, den Kompetenzenstreit, eingemündet zu sein. Neue Spielart alter Übung.

Die politische Reichsleitung während des Krieges traute sich weder nach innen noch nach außen gradlinige Entschließungen zu — denn sie stand unter der Suggestion der militärischen Führung und der öffentlichen Meinung, deren restlosen Abmarsch in das Große Hauptquartier sie befürchtete. Und heute? Ach Gott, die Kritiker von ehedem, diese halbierten Regierungswillensträger — was für Hertling Ludendorff war, ist für Haase Liebknecht. Er schielt zur Straße, ob sie nicht hinter den beschlagnahmten Maschinengewehren dieses tollen proletarischen Militaristen herläufe, so wie jenem bange war um das Votum der Professoren. Der Zustand ist der gleiche, nur die Vorzeichen haben gewechselt.

Digitized by Google

Die Revolution ist überhaupt erstaunlich reich an konservativen Zügen.

Die „amtliche" Berichterstattung des W. T. B. hat zum Beispiel denselben Grad der Zuverlässigkeit behalten als in der Zeit, da die sozialistische Linke sich über seine Glaubwürdigkeit aufregte.

Die Freiheit der Presse, um die vier Jahre Finger wund geschrieben, Kehlen heiser geschrien wurden, ist seit 9. November durch das Proletariat sozusagen sichergestellt, abgesehen von den Druckereien, wo man im Namen der Freiheit die Setzerkästen umwirft.

Die schöne Einrichtung der „Schutzhaft" wollte man nicht verabschieden; man sucht sich nur andere Objekte. Es ist zu schwer für die Revolution, von ihrer Mutter, der „militärischen Gewaltpolitik" sich loszureißen.

Die Versammlungsfreiheit ist verkündet; sie wird nicht mehr durch das peinliche Dazwischentreten unbeliebter Schutzleute gestört. Diese Funktion übernehmen gelegentlich „unsere blauen Jungens" von der Wasserkante, wo die Sicherung der Revolution (lies früher das Interesse der Kriegsführung) das Maulhalten eines „bürgerlichen" Redners angebracht erscheinen läßt.

Vier Jahre lang hat die gesamte Linke ein schweres Minenfeuer gegen den in der Tat unerträglichen Zustand gerichtet, daß die Generalkommandos in ihren Entscheidungen souverän seien, und diese gesetzmäßige Anarchie konnte erst durch den Prinzen Max beseitigt werden — aber die Ordnung war zu kurz und die Unordnung ist in dem Heimatland aller heiliggesprochenen Organisation ein zu konservatives Element. Der Befreite des Soldatenrats fühlt sich so souverän wie der Generalleutnant des G.K. Und da Herr Gröber am 10. November in seine Heimat fuhr, fehlt auch die Stelle, die eine Art von Verantwortlichkeit für Einheit besitzt. Die Erlässe der Volksbeauftragten, Mahnungen, Hinweise, Ermunterungen sind das gleiche Papier, auf dem Helfferich, Walraff, Payer u. s. f. ihre Zusagen gegen die militärische Provinzialautokratie hinausgaben. Es bleibt bei uns schon so, wie es war, wenn auch auf die Kulissen eine andere Beleuchtung geworfen wird.

Es war im alten System eine schwere Hemmnis für den gerechten Ausdruck der Volksmeinung, daß die Wahlkreisgeometrie und die Wahltechniken die Mehrheiten zugunsten der Minderheiten vergewaltigte. Der Durchbruch der Demokratie mußte und muß hier eine Gesundung bringen. Einstweilen ist er freilich in glattem Terror, in dem willkürlichsten System von Wählerei stecken geblieben, das zudem die Masse der tapferen Frontsoldaten zugunsten der Berliner Kaserneninsassen vom 10. November entrechtet. Wer erinnert sich nicht jenes Augenblicks, da der preußische Landtag den Kriegsteilnehmer vom besseren Recht ausschließen wollte.

Nein, man verkennt in der Tat Sinn und Ablauf der Revolution, wenn man

Digitized by Google

glaubt, die Dinge seien nachher anders. Die menschlichen Statisten, die Maulhelden des Vordergrundes, wechseln, aber ob der Zehn-Gebote-Hoffmann oder der Janusschauer den Gedanken der gewaltsamen Sprengung des Parlaments erörtern, es ist im Grunde dieselbe Couleur. (Wie denn auch das Preußentum in Deutschland und der Welt fortfährt, auf seine ihm eigentümliche Weise Sympathien zu sammeln, früher mit dem junkerlichen Exponenten, heute mit dem Wortführer der „unabhängigen" Zahlabende von NO.)

Auch den großzügigen Finanzstil hat die Revolution vom Krieg geerbt. Wie, sollte man ihr zumuten, daß sie die vielen sozialdemokratischen Reden gegen die Verschwendung mit dem Volksgut plötzlich ernst nehmen sollte? Man kann wohl sagen, sie verfährt ehrlicher. Der frühere Reichstag hatte vor die Geldverwendung eine Art von Kontrollkommission gesetzt, eine Erfindung des Schamgefühls; daß die Welt der Kriegslieferungen durch diesen Ausschuß sparsamer, die Geldverwendung vorsichtiger geworden sei, hat man weder gehört noch erwartet. Der Berliner Vollzugsrat bedarf keiner Feigenblätter; sie reichen zudem nicht aus. Und hier, muß man sagen, ist es nicht beim alten geblieben, sondern die Revolution hat eine gewisse schöpferische Kraft gezeigt und ist über blasse Ahnen hinausgewachsen. Denn in den biederen Zeiten des Konstitutionalismus ließ man sich als Regierung die Gelder für Gehälter bewilligen und hatte sogar eine Parlamentskontrolle, mehr: eine Abrechnungskammer im Hintergrund. Das ist alter Stil, denn heute bewilligt man sich die Ausgaben selber, was zweifellos eine Vereinfachung und Abkürzung des Instanzenweges ist. Außerdem sind die Reden, die man vor dem 9. November, zumal in solcherlei Dingen gehalten, inzwischen ja doch alte Staatsmakulatur geworden. Wer blättert in ihnen nach, da die Augen dem Neuen zugewandt sind?

Die Augen dem Neuen zugewandt, während die Sohlen an dem Lehm der Vergangenheit kleben. Die gekrampften Fäuste zerren an dem Glockenseil der neuen Freiheit und die Antwort ist das alte Bim-Bam-Bum. Nur daß Literaten, die bisher auf dem Bänkchen der Gekränkten saßen, in den Glockenstuhl geklettert sind und sich mit ihren Flöten und Klarinetten und etwas Zeithysterie wichtig machen dürfen, wozu der Arbeiter lacht; das ist einer der wenigen neuen Züge.

Gewiß, die Zeit ist schwanger von Gewaltigem an Not, vielleicht auch an Größe des Volkes. Wir wissen es nicht. Denn weder die Schreihälse der Gassen noch die entschlußarmen Philister der Bedenklichkeiten sind das Volk, das seinem Schicksal gewachsen sein soll. Aber erlaubt, Machthaber von heute, daß der Skeptiker euer Gebärdenspiel gelassen betrachte und in eurem Reden und Tun das verstellte Echo des Ewig-Gestrigen höre.

Revolutionen, die mit Kopien beginnen, sind nicht aus dem Geist geboren.

Digitized by Google

Revolution und Kirche

Von Professor D. Adolf Deißmann, Berlin

Mit großen Buchstaben stand seit Mitte November an den Berliner Anschlagsäulen das Thema „Revolution und Kirche", erst im Westen, dann im Zentrum: der während des Krieges an der Propaganda gehinderte „Bund der Konfessionslosen" trat sofort nach dem Umschwung mit neuer Agitation für den Austritt aus den Landeskirchen und dem Judentum hervor. Und wer das Thema „Revolution und Kirche" mit noch größeren Buchstaben in seinem eigenen Gewissen hatte aufflammen sehen, konnte mit innerster Teilnahme die Volksbewegung beobachten, die in jenen Versammlungen zutage trat.

Vor allem zeigte sich ein neuer Drang zu freister Aussprache ernster Dinge. In die Freude an dem bis jetzt von der Revolutionsregierung nicht gehinderten freien Wort teilten sich Ungläubige mit den Gläubigen, denen von den Leitern der Austrittsbewegung das Wort in liberalster Weise gestattet wurde. Zweimal bin ich als Redner aufgetreten und kann den Austausch als einen Gewinn betrachten, obwohl sich unendlich viele Vorurteile und Mißverständnisse mit berechtigter Bitterkeit und treffender Kritik bei Menschen der verschiedensten Schichten zu einer nicht zu unterschätzenden Gegnerschaft vereinten. Neben dem kühl sachlichen akademischen Wortführer des Atheismus sprachen Wühler von der letzten Garnitur, die den Wunderglauben mit schnöden Witzen und Zoten abtaten; aber auch sympathischere Vertreter einer pantheistisch-moralischen Religiosität und das wilde Pathos proletarischer Leidenschaft gegen die schwarze Gendarmerie kamen reichlich zu Wort, unter lautloser Stille hier, unter maßlosem Radau dort. Ungeschickte Verteidiger der Kirchen hatten einen schweren Stand; wer aber einigermaßen Technik und Aufgabe kannte, wurde achtungsvoll angehört und erntete oft starken Beifall.

Die alte Beobachtung, die jeder mit dem Gehalte solcher Versammlungen und der entsprechenden populären Literatur Vertraute schon gemacht hat, wiederholte sich in überraschender Deutlichkeit: so schlecht bei den Agitatoren die Kirche wegkam, so unantastbar verehrungswürdig blieb die Person Jesu („mag er nun existiert haben oder nicht", fügte eine Rednerin hinzu). Und selten ist wohl das Ethos der Bergpredigt von einem Feinde der Kirche lebenswärmer gepriesen worden, als in der Versammlung des Westens durch einen Kritiker, der die theologische Kriegspredigt der letzten Jahre voll ätzender Ironie an dem alten evangelischen Texte maß.

Mein Haupteindruck war der, daß den Kirchen jetzt in größerer Dringlichkeit als je zuvor die Rechnung präsentiert wird für die Unterlassungssünden vieler Generationen und daß ihnen zum Bewußtsein

Digitized by Google

gebracht werden soll, welche Schäden ihr aus ihrer Verbindung mit dem Obrigkeitsstaate erwachsen waren. Mangelnde Volkstümlichkeit ihrer Einrichtungen und ihres religiösen und religionspolitischen Auftretens, unsoziales Gehaben mancher ihrer Wortführer, — wie oft sind in den letzten Jahrzehnten von den sozialen Christen diese Dinge kritisiert und welche Kämpfe sind geführt worden gegen den seelenfremden Dogmatismus, der die Zugänge zum Heiligtum versperrte! Nun, wir haben jetzt die bedenkliche Genugtuung, daß die Kritik berechtigt gewesen ist, aber, und das ist wichtiger, es werden sich uns auch ganz neue Möglichkeiten auftun, Wandel zu schaffen.

Einerlei, wie die Trennung von Staat und Kirche ausfallen wird, einer Hemmung sind wir (ich spreche vom Durchschnittszustand der deutschen evangelischen Landeskirchen) schon jetzt ledig: des landesherrlichen Summepiskopats. Damit schwindet nicht nur eine dekorative Einzelheit, sondern ein stark bürokratisiertes autokratisches System, dessen Übergewicht auch durch den seiner Idee nach ja demokratischen, tatsächlich aber doch wenig volkstümlich ausgestalteten synodalen Unterbau nicht beseitigt worden war. Wir hatten Obrigkeit in der Kirche, aber keine Führung; wir hatten einen Oberstbischof, aber keine Bischöfe; treffliche Beamte mit unaussprechlich ledernen Titeln, aber keine schaffenden Meister. Wo die Spitze der Kirche in die öffentliche Erscheinung trat, mußte sie sich selbst immer erst als das Neutrum „Kirchenregiment" vorstellen, weil niemand sie sonst gekannt hätte. Wenn sich hinter den Aktenstößen eigenartige Kraft bischöflicher Sendung reckte, war ein Dornenweg sicher. Wie viele wahrhaft volkstümliche „Generalsuperintendenten" haben wir denn erlebt? Und wo hätte eine Synode gefagt, die das wirkliche Spiegelbild der evangelischen Gemeinden gewesen wäre?

Ich habe durch meine Lebensführungen zahlreiche Einblicke tun können im Süden und im Norden: überall treffliches Material an Verwaltungsbeamten von unbedingter Zuverlässigkeit und treuer Anhänglichkeit an die überkommene Kirchlichkeit, aber wenig Initiative, wenig Originalität, weitverbreitete Ängstlichkeit vor den da und dort emporstoßenden Regungen wildwachsender Eigenfrömmigkeit, starke Abhängigkeit von der politischen Konjunktur (am ärgerlichsten noch zuletzt bei der würdelos verhinderten Reformationsfeier 1917). In den Synoden ausgezeichnete Sorgfalt in der Erledigung aller Etatsfragen, aber geringe Fühlung mit der Masse des Kirchenvolks und fast völlige Fühlungslosigkeit mit den Zeitproblemen der für eine missionsbewußte Kirche noch wichtigeren Masse der Gleichgültigen und der Verächter. Ferne sei mir jede Übertreibung; auch das seitherige System hat bedeutende Männer und gesegnete Tagungen gesehen, am meisten im Süden und Westen, wo die lebendige Einzelgemeinde viele Mängel des Regierungsapparates ausglich. Aber es ist doch

Digitized by Google

wohl nicht zu bestreiten, daß der deutsche Protestantismus der Gegenwart seine besten Kräfte viel mehr in der freien Vereinsarbeit der Inneren Mission und der sozial-christlichen Betätigung, als in der offiziellen Kirchenleistung entfaltet hat.

Hier hat nun der neue Zustand den Weg frei gemacht zu einem Neuaufbau der Kirche von unten her aus den im Elende der Zeit sich läuternden Kräften der gläubigen Einzelgemeinde zu einer Gliederung ihrer Organe und Autoritäten, die vom mündigen Willen des Kirchenvolks geschaffen ist und der persönlichen Eigenart Luft und Licht läßt zur freien Entfaltung. Ich denke mir, die Losung muß sein: stärkste Belebung des synodalen Gedankens durch ein noch demokratischeres Wahlrecht, das jedem mündigen Gemeindeglied ohne Unterschied des Geschlechtes die Mitarbeit sichert; weitgehende Heranziehung des Laienelements auch in Gottesdienst und Unterricht; Vergeistlichung der Geistlichkeit durch Minderung ihrer bürokratischen und Mehrung ihrer religiösen und kulturellen Verpflichtungen; Wiederbelebung des evangelischen Bischofsamtes, das, vom Vertrauen der Geistlichkeit und der Synoden getragen, schöpferischen und führenden Persönlichkeiten Raum gibt zu selbständiger Betätigung.

Daß ich mit einer stark demokratischen Grundidee den Bischofsgedanken verbinde, ist nur eine scheinbare Paradoxie. Denn ich meine nicht den Hierarchen, sondern den tief im christlichen Volke wurzelnden religiösen Führer. Im skandinavischen Norden, in Siebenbürgen haben wir protestantisch-bischöfliche Charakterköpfe, die etwa darstellen, was ich meine: Männer von reifster allgemeiner und theologischer Bildung, die als erprobte Praktiker der Frömmigkeit Seelenleiter sind durch das Schwergewicht ihrer persönlichen Autorität und die als solche auch innerhalb der Volksgemeinschaft weithin sichtbar sind, unbelastet von dem im Grunde so dürftigen behördlichen Nimbus des seitherigen Systems.

Man müsse, um der Kirche Abbruch zu tun, die Demokratie mit aller Kraft unterstützen, meinte in einer jener Versammlungen ein Führer der Austrittspropaganda. Der Satz ist orientiert an der Lage vor der Revolution. Heute kann nur gesagt werden zur Kirche: daß sie im Interesse ihrer Neubelebung sich mit mehr als einem Tropfen demokratischen Öles zu salben hat, und zur Demokratie: daß sie den Fehler des politischen Liberalismus der letzten Generationen mit seiner teils unkirchlich-gleichgültigen, teils direkt antikirchlichen Haltung vermeiden muß. Wie in den Demokratien anderer Länder häufig die kirchlichen Vertrauensleute zugleich politische Führer sind, so muß auch in Deutschland in den demokratischen Parteien Raum sein für die Werkführer einer sich erneuernden Kirche. Es wäre eine für Kirche und Politik gleich verhängnisvolle Entwicklung, wenn die bewußt christlich und kirchlich denkenden Deutschen nur in den aus den alten konservativen Parteiresten sich neubildenden Gruppen eine politische Heimat fänden.

Digitized by Google

Das ukrainische Agrarproblem

Von Iwan Litschko, ukrainischer Forstakademiker und Agronom.

Bismarck hatte schon 1877 die Gefahren klar vorausgesehen, die Deutschland aus den damals noch im Schoße der Zukunft verborgenen Entwickelungen drohen könnten und durch die Einleitung unserer Schutzzollpolitik ihnen vorzubeugen gesucht ..... Ohne das zielbewußte Festhalten an diesem starken Schutz der deutschen Landwirtschaft und Industrie wäre der Krieg verloren gewesen, ehe der erste Kanonenschuß fiel."

Diese Ansicht, welche vom stellvertretenden Präsidenten des Kriegsernährungsamts Fr. Edler von Braun als Einleitung zu einem kürzlich erschienenen Buch: „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege" ausgesprochen wurde, ist zweifellos richtig.

Man kann nicht zuversichtlich darauf rechnen, daß die verantwortlichen deutschen Kreise imstande sein werden, mit einem ebenso scharfen Blick wie Bismarck die Zukunft des deutsch-ukrainischen Problems im allgemeinen und besonders der Agrarfrage, als der wichtigsten in der Entwicklung der deutsch-ukrainischen wirtschaftlichen Beziehungen, zu durchdringen.

Es ist für die Ukraine von größter Wichtigkeit, daß die vergänglichen Tagesfragen der ukrainisch-deutschen politischen Beziehungen nicht auf Kosten der viel wichtigeren Probleme der zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland gelöst werden. Aber die richtige Orientierung in dieser Hinsicht fordert nicht nur von den führenden Kreisen allein, sondern auch von verschiedenen Gruppen des deutschen Volkes eine objektive Bekanntschaft mit den volkswirtschaftlichen und allgemeinen politischen Beziehungen zu der Ukraine, mit ihrer Geschichte, Kultur, ihren Bodenreichtümern und Arbeitskräften. Natürlich ist dies bei den jetzigen Beziehungen sehr schwierig; aber um die Lösung des ukrainischen Agrarproblems in befriedigender Weise für das ukrainische durchzuführen, ist es durchaus notwendig.

Die Errichtung des ukrainischen Staatswesens, welches unter der regen Anteilnahme der Zentralmächte entstand, mit einer Bevölkerung, wovon 86 % mit Ackerbau beschäftigt sind und mit dem besten Schwarzerdboden der Welt, fordert eine vernünftige Lösung des schwierigen Agrarproblems. Eine rationelle zweckentsprechende Lösung wird aber nur eine solche sein, welche erstens eine Förderung der produktiven Kräfte des Landes, eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen und kulturellen Erzeugung erzielt, und zweitens, welche dem sozialen Rechtsbegriff der ukrainischen Landbevölkerung und ihrem Verhältnis zu den Grundeigentumsbedingungen entspricht. Deutschland, dessen Einfuhr an land- und forstwirtschaftlichen Produkten 66 % (6 472 674 000 Mk.) seines Gesamtimports be-

Digitized by Google

trägt, hat ein unbedingtes Interesse, den größten Teil seiner landwirtschaftlichen Einfuhr von einem Staate zu erhalten, der gewillt ist, Deutschlands Ausfuhr seiner Halb- und Ganzfabrikate aufzunehmen.

Laut den statistischen Angaben der Jahre 1909—1918 produzierte die Ukraine jährlich im Durchschnitt 1 181 760 800 Pud *) Getreide. Die Ausfuhr betrug 339 915 300 Pud, d. h. etwa 32 % der ganzen Produktion. Die Ergiebigkeit der reichen ukrainischen Schwarzerde war bis zum Kriege durchschnittlich für Weizen 65 Pud die Deßjatine (etwa 1 Hektar), während auf dem von Natur unvergleichlich ärmeren Boden Deutschlands die Ziffer bis 130 Pud, ja in Dänemark bis 183 stieg. Die Erhöhung des Ertrages der ukrainischen Böden bis zum Umfang der deutschen Mittelernte würde die Exportfähigkeit des ukrainischen Marktes um das Doppelte bis Dreifache steigern. Nun wird es Sache des ukrainisch-deutschen Handelsvertrages sein, diesen landwirtschaftlichen Reichtum im Interesse der beiden freundschaftlichen Staaten in möglichst vollständiger Weise auszunutzen.

Wie soll nun das Agrarproblem in der Ukraine gelöst werden, damit de facto in der nächsten Zukunft das obenerwähnte Ziel erreicht werden kann? In Nachahmung der bolschewistischen sozialen Experimente, versuchte eine unbedeutende Mehrheit von Sozialrevolutionären der früheren Rada, das Agrarproblem in der Ukraine auf dem Wege der Sozialisierung des Bodens, auf dem Wege der Aufhebung des privaten Grundeigentums, der Konfiskation sämtlicher Ländereien der Gutsbesitzer ohne jegliche Kompensation oder Vergütung, und der Konfiskation des bäuerlichen Eigentums, falls es die sogenannte „Arbeitsnorm" überschritt, durchzuführen. Diesem Ausdruck entspricht der in der deutschen Wissenschaft gebräuchliche „Arbeitsfläche". Zum Glück für meine Heimat und mein Volk erlitt dieses in sozialer Hinsicht utopische und in agrarvolkswirtschaftlicher aber reaktionäre Projekt Schiffbruch, bevor es noch ins Leben gerufen werden konnte — es starb schon in den Geburtswehen.

Allen Realpolitikern in der Ukraine ist im allgemeinen der Weg klar, welcher zur Lösung des Agrarproblems führt. Was für eine Bedeutung in sozialer Hinsicht hätte wohl sonst die Revolution in der Ukraine in bezug auf die Landfrage?

Die maßgebende Mehrheit der führenden Rada bestand aus unverantwortlichen Phantasten, welche überzeugt waren, daß der Sinn der Revolution in der Sozialisierung des Bodens liege. Für alle diejenigen aber, welche gut mit den Agrarverhältnissen in der Ukraine bekannt sind und den außerordentlich wichtigen Prozeß des Überganges der Güter mit Hilfe der Staatsbank in die Hände der ukrainischen Bauern befolgten, stellte sich die Idee der Agrarrevolution in einem anderen Lichte dar. Sie begriffen die Notwendigkeit des natürlichen Überganges

*) 1 Pud = 16,3 kg.

Digitized by Google

des Großgrundbesitzes in die Hände der Bauern in Form kleiner eigener selbst zu bearbeitender Einheiten.

Und das ist alles.

Der Ukraine ist der Begriff des „Mir", d. h. des Gemeindelandes, welcher charakteristisch für Großrußland ist, fremd, und das Rechtsbewußtsein des ukrainischen Bauern entwickelte sich in der Richtung, daß das Land auch eine Ware sei, welche man erwerben kann, durch Erbschaft vom Vater, Großvater u. dgl., oder durch Kauf, wie die anderen Sachen der landwirtschaftlichen Produktion, Vieh, Inventar usw. Und der ukrainische Bauer wird jedem, der die Sozialisierung seines Grundstückes durchzuführen versucht, äußerst energisch entgegentreten.

Das Recht des Grundeigentums ist dem ukrainischen Bauer ebenso heilig, wie dem Bauer in Deutschland und überhaupt in Westeuropa. In West-, Nord- und im größten Teil Ostdeutschlands ist das Bauerntum mit seiner Scholle verwachsen und hat einen unabhängigen kräftigen Stand gebildet. Dieser Bauernstand ist die Grundmauer des allgemeinen Gesellschaftsgebäudes. Er führt fortwährend den anderen Klassen des Volkes neue unverbrauchte Kräfte und Talente zu. Der Entstehung des ländlichen Privateigentums verdankt ganz Mittel- und Westeuropa sein kulturelles Aufblühen, die Entwicklung seiner Städte und die weitgehende Differenzierung der gesellschaftlichen Klassen.

Und diese Rolle wird auch zweifellos bei der sozialwirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ein fester ukrainischer Bauernstand im ukrainischen Staatswesen spielen. Die Agrarreform Stolypins war ungeachtet ihrer verschiedenen Mängel, auf richtigen volkswirtschaftlichen Prinzipien aufgebaut. In der Ukraine hatte sie, natürlich nicht zufällig, am meisten Erfolg. Und dieser Umstand weist unzweifelhaft darauf hin, daß im ukrainischen Bauerntum ein starkes, fortschrittliches und bildungsfähiges Element steckt. Diesem ukrainischen Bauernelemente die Möglichkeit zu bieten, seine Kräfte ganz der Bodenkultur zuzuwenden, — das ist jetzt die Tagesaufgabe.

In der Ukraine gibt es 44 106 000 Deßjatinen ackerfähigen Landes, von denen 4,75 Millionen aus Wald bestehen. Folglich beträgt die eigentliche Ackerbodenfläche rund 40 Millionen Deßjatinen. Im Jahre 1914 betrug die Bevölkerung der Ukraine 32 Millionen, von denen 27½ Millionen, d. i. 86%, Bauern sind. Folglich kommt auf den Kopf der Landbevölkerung etwas weniger als 1½ Deßjatinen und auf eine Bauernwirtschaft (angenommen, daß die Kopfzahl der Familien in der Ukraine durchschnittlich 5 beträgt) 7 bis 8 Deßjatinen. Das ist der kleinste Wirtschaftstypus (sowohl in der Ukraine als in Deutschland), welcher noch zur Erzeugung von Produkten nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Markt imstande ist. In den Getreideausfuhrländern, wie Kanada, den

Digitized by Google

Vereinigten Staaten, kommen 4 bis 4½ Deßjatinen auf den Kopf der Landbevölkerung. In England, das Getreide einführt, kommt auf einen Einwohner der landbebauenden Bevölkerung mehr Land als in der Ukraine, d. h. 2,75 Deßjatinen. In Deutschland und Frankreich besteht ungefähr dasselbe Verhältnis wie in der Ukraine; das läßt sich dadurch erklären, daß in England auf 100 Einwohner nur 10 Landarbeiter, in Deutschland 30, in der Ukraine jedoch 86 entfallen.

Wieviel Wirtschaften in der Ukraine verfügen nun über weniger als die oben angeführte Norm, d. h. 7—8 Deßjatinen? Laut den Agrarstatistiken der ersten Reichsduma waren in der Ukraine 2½ Millionen Wirtschaften mit 12¾ Millionen Deßjatinen vorhanden, d. h. durchschnittlich 5 Deßjatinen pro Wirtschaft. Es ist unzweifelhaft, daß eine Wirtschaft von 5 Deßjatinen bei den jetzt herrschenden natürlichen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Bedingungen nicht rationell geführt werden kann, besonders wenn sie fern vom Absatzmarkt liegt. Deswegen leidet diese Gruppe von Wirtschaften besonders stark unter dem Mangel an Land. Die Fläche ihres Bodeneigentums muß vergrößert werden, und dies kann nur auf Kosten früherer Domänen, Kloster- und Kirchengüter (1½ Millionen Deßjatinen) geschehen, sowie auf Kosten der Großgrundbesitzer (10 Millionen Deßjatinen).

Diese 11½ Millionen Deßjatinen sind gerade nötig, um den Besitz der landarmen Bauern bis zur Norm von 7—8 Deßjatinen zu erhöhen. Oben wurde erwähnt, daß der Großgrundbesitz in der Ukraine 10 Millionen Deßjatinen betrage. Die Nutzung der Ländereien auf diesen Latifundien findet hauptsächlich mittels Verpachtung derselben an die Bauern auf eine Saatperiode statt. Der Bauer ist dessen nicht sicher, daß er im kommenden Jahre Pächter desselben Landstückes bleibt und bearbeitet daher das vom Gutsbesitzer gepachtete Land äußerst unvollkommen. Von irgendeiner Düngung, Brache, Fruchtfolge usw. kann natürlich bei einer derartigen Nutzung des Ackers keine Rede sein. Die Pacht auf eine Saatperiode nimmt dem Bauer jegliche Lust zu irgendeiner rationellen Ausbeutung des Landes. Die Produktionsfähigkeit des Bodens geht daher nicht nur nicht in die Höhe, sondern verringert sich unaufhörlich und sinkt auf 30—40 Pud pro Hektar.

Daher fordern die Interessen des ukrainischen Staates und der ukrainischen Volkswirtschaft eine energische Reform in dieser Hinsicht. Die Ländereien der Grundbesitzer, welche in Pacht gegeben werden, müssen zwangsweise auf Rechnung des Staates ausgekauft werden. Aus diesem Länderfonds wird es möglich sein, in erster Reihe diejenigen Kleinbauern zu befriedigen, denen es an Land fehlt.

Selbstverständlich erfordern die Mustergüter der Groß- und Mittelgrundbesitzer, die rationell organisierten Wirtschaften mit intensiver Kultur, z. B. Zuckerrübenbau usw., eine sehr vorsichtige Behandlung bei Durchführung des Grundsatzes des Zwangsauskaufes. Um Streitigkeiten innerhalb der Bauern-

Digitized by Google

schaft zu vermeiden, ist es aus politischen und taktischen Gründen nicht nötig, an dem Besitz derjenigen Bauern zu rütteln, die etwas mehr als 7—8 Deßjatinen haben, wenn sie es durch Erbschaft oder Ankauf erworben haben. Das ist der Landvorrat, die materielle Unterlage des Agrarproblems in der Ukraine, über die man nicht hinausgehen kann.

Die Gesamtheit aller politischen, volksrechtlichen, psychologischen, wirtschaftlichen und technisch-agronomischen Verhältnisse in der Ukraine muß bei der Lösung dieses schwierigen Agrarproblems beachtet und abgewogen werden.

Als Grundlage in der Agrarpolitik der Ukraine muß die Erreichung der höchsten landwirtschaftlichen Produktivität gelten, womit die Interessen des ukrainischen Volkes eng zusammenhängen. Der private Grundbesitz — als immanenter Trieb des ukrainischen Bauern zum landwirtschaftlichen Fortschritt in der kapitalistischen Gesellschaft — muß erhalten bleiben. Der natürliche Prozeß des Überganges des Bodens von dem Gutsbesitzer zum Bauer, d. i. die Liquidation der Latifundien, muß beschleunigt werden. Der Kredit muß organisiert, landwirtschaftliche Genossenschaften müssen ins Leben gerufen und alle Zweige der Landwirtschaft müssen von der Regierung und den Semstwos gefördert und unterstützt werden. Die sogenannte Sozialisierung des Landes dagegen wäre bei der kapitalistischen Wirtschaft in der Ukraine eine wirtschaftliche Reaktion, welche die Schaffenskraft des Volkes, den Trieb des Volkes zur landwirtschaftlichen Erzeugung, ohne den die Wiedergeburt des ukrainischen Staates nicht erfolgen kann, völlig lahmlegen würde.

Das Agrarproblem ist eine innere Angelegenheit des ukrainischen Volkes, aber das deutsche Volk kann ihm helfen, diese Reform durchzuführen. Dazu muß vor allem ein Handelsvertrag auf Grund einer weitschauenden Wirtschaftspolitik abgeschlossen werden.

Der Weltkrieg ist nicht zuletzt aus dem Streben der einzelnen großen Staaten nach der Erwerbung von neuen Märkten entsprungen. Dieser Krieg wird es notwendig machen, die bisherigen allgemeinen Grundlagen der Handelsverträge radikal zu ändern. Als Grundlage der Handelsverträge muß in Zukunft nicht ausschließlich die nackte militärische Übermacht, sondern hauptsächlich die Macht der gegenseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen dienen. Nur diese können eine dauernde friedliche Zusammenarbeit von beiden vertragschließenden Mächten verbürgen.

Es wird schwer halten, noch zwei Staaten, wie Deutschland und die Ukraine, zu finden, die sich gegenseitig so vollständig in wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen und keine politischen Reibungsflächen haben. Und eben dieses sollte von den führenden deutschen Kreisen beachtet werden, weil davon eine richtige Wirtschaftspolitik Deutschlands der Ukraine gegenüber ab-

Digitized by Google

hängt. Diese Politik wird aber nur dann richtig sein, wenn sie für die Ukraine freien Spielraum zur Entwicklung ihrer produktiven Kräfte läßt und ihr dazu verhilft, sich auf eigene Füße zu stellen.

Das Interesse der Eingeborenen erfordert die Rückgabe der Südseekolonien an Deutschland

Von Franz Kolbe

In seiner vielbesprochenen Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar 1918, welche die 14 Punkte enthält, die Wilson als Grundlage eines Friedensschlusses aufstellte und die von der deutschen Regierung anerkannt worden sind, heißt es über die Schlichtung der kolonialen Streitfragen zwischen den kämpfenden Völkern, „daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden soll".

Untersuchen wir von diesem Gesichtspunkte aus die Frage, was aus den deutschen Südseeinseln werden soll, so kommen wir zu dem — für manchen vielleicht unerwarteten — Ergebnis, daß gerade das Interesse der Eingeborenen die Rückgabe der Südseekolonien an Deutschland verlangt.

Von Engländern und Australiern wird bekanntlich behauptet, die Deutschen hätten die Eingeborenen so schlecht behandelt, daß diese unter keinen Umständen wieder unter deutsche Herrschaft zurückkehren möchten, und das Interesse der Menschheit verlange, daß Deutschland nie wieder Kolonien bekomme.

Diese Behauptung dürfte, soweit die deutschen Kolonien in der Südsee und die Behandlung der Eingeborenen durch die Deutschen bzw. Australier in Frage kommt, wohl nicht ganz zutreffen. Wenigstens brachte die englische „Daily Mail" eine Zuschrift aus Sidney vom 5. März d. J. in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, es habe in Australien lebhaftes Mißbehagen erregt, und zwar mit Rücksicht auf das jetzt von Australien besetzte Deutsch-Neu-Guinea, daß Lloyd George sich im Unterhause für das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen ausgesprochen habe. „Denn die scharfe Zucht der australischen Verwaltung in Neu-Guinea sei dort sehr unpopulär geworden, im Gegensatz zu der früheren Freiheit, welche den Eingeborenen unter der deutschen Verwaltung zugestanden worden sei."

Die „Daily Mail" ist bekanntlich eins der schlimmsten Hetzblätter Englands, und gerade darum dürfte ihr Urteil in jeder Beziehung als unvoreingenommen gelten.

Digitized by Google

Aber schließlich ist es weniger wichtig, ob ein Kolonialvolk die Eingeborenen seiner Schutzgebiete etwas schärfer behandelt als ein anderes, wenn es nur seinen Pflichten als Beschützer und Vormund der Eingeborenen entsprechend nachgekommen ist. Primum vivere, deinde philosophare! Das Leben ist zwar der Güter Höchstes nicht für den Kulturmenschen, wohl aber für den primitiven Menschen, und die Kolonialtätigkeit eines Volkes wird am besten danach beurteilt, ob die Bevölkerung seiner Schutzgebiete sich unter seiner Herrschaft vermehrt oder vermindert hat, eventuell aus welchen Gründen die Verminderung stattgefunden hat und ob Maßnahmen gegen die Verminderung ergriffen worden sind und welche.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkte die Kolonisationstätigkeit der einzelnen Völker in der Südsee. Beginnen wir mit der französischen Verwaltung in Neu-Caledonien, so finden wir, daß die Bevölkerung in ständigem Rückgange begriffen ist. Im „Figaro" vom 13. 1. 1918 berichtete Polybe (Reinach) über eine Petition von Eingeborenen, „welche man verpflichtet, sich zu vergiften". Es handelt sich um die Eingeborenen von Neu-Caledonien, wo durch die Überschwemmung der Eingeborenen mit alkoholischen Getränken derartig schnelle und tiefgehende Verwüstungen angerichtet wurden, daß die Häuptlinge der Eingeborenendörfer die Lokalverwaltung gebeten haben, den Verkauf derartiger Getränke an Eingeborene zu verbieten. Zweimal im Laufe der letzten 25 Jahre sei der derzeitige Gouverneur bereit gewesen, eine entsprechende Verordnung zu erlassen, aber die Erzeuger und Händler von Alkohol hätten ihren Einfluß in Paris in Bewegung gesetzt und jedesmal die Aufhebung des betreffenden Verbots durchgesetzt. Der gegenwärtige Gouverneur von Neu-Caledonien habe berichtet, daß die kürzlich entstandenen Eingeborenenrevolten, bei denen französische Kolonisten ermordet wurden und die Truppe vier Monate lang mobilisiert blieb, keine andere Ursache gehabt hätten, als die systematische Betäubung der Eingeborenen mit Alkohol durch die europäischen Händler.

Ähnlich sieht es, wie der englische Missionar John H. Harris im November 1917 in der „Fortnightly Review" berichtet, auf der Inselgruppe der Neuen Hebriden aus, die seit Jahren unter Gemeinschaftsherrschaft Englands und Frankreichs stehen. Seit Beginn dieser Gemeinschaftsverwaltung sei die Bevölkerung der Archipels von 650 000 auf weniger als 70 000 zurückgegangen. Auch hier dürfte der Alkohol eine große Rolle spielen.

Nun Australien! Australien hatte nach Sir Harry Johnston eine Eingeborenenbevölkerung von 2 bis 3 000 000 — gegenwärtig mögen es nach derselben Quelle noch 150 000 sein. (The Black Man's Part in The War.) Die Eingeborenenbevölkerung Tasmaniens ist völlig ausgerottet. Als Grund für dieses Aus-

Digitized by Google

sterben der Urbevölkerung gibt Johnston an „harte Behandlung (harsh treatment) und weil kein Platz für sie in der menschlichen Gesellschaft gefunden werden konnte".

Jetzt allerdings sollen die Verhältnisse sich gebessert haben. „Da Australien sich zu seiner gegenwärtigen nationalen Einheit entwickelt hat, haben seine gebildeten und verantwortlichen Bürger mehr und mehr Interesse an der Fauna und Flora des Landes und seiner eingeborenen Menschenrasse gefunden, die in mancher Beziehung die interessanteste ist, die heutigen Tages existiert, weil sie den Durchschnittstypus des palaeolithischen Menschen repräsentiert, der Eurasien während der Zwischeneisperioden bewohnte. Eine australische Gesellschaft für den Schutz und die Ermutigung der Eingeborenen ist gegründet worden, und sie überwacht sehr sorgfältig das Vorgehen der Weißen in Australien und in Papua. Der eingeborene Australoid ist keineswegs nutzlos, sondern zeigt sich mehr und mehr als wertvoll für die Gesellschaft in verschiedenen Zweigen der Pionierarbeit, des Ackerbaues und der Viehzucht."

Also lediglich dem Umstande, daß sie einer in der übrigen Welt ausgestorbenen Rasse angehören und somit als Kuriosität anzusehen sind, und dem weiteren Umstande, daß sie nicht, wie man früher annahm, nutzlos in der menschlichen Gesellschaft sind, sondern sich im unwegsamen Innern des Landes bei Forschungsreisen und dergleichen als nützliche Führer und auf den Riesen-Viehfarmen als brauchbare Gehilfen der weißen Hirten erwiesen haben, haben die australischen Eingeborenen es zu verdanken, daß ihre Rasse nicht gänzlich ausgerottet wurde. Die australische Regierung hat keinen Finger zu ihrer Erhaltung gerührt.

Noch im Jahre 1905 schrieb Kapitän H. C. Barclay, der seit dreißig Jahren Inner-Australien bereiste und einer der ersten Pioniere des Landes war, in der Mai-Nummer der „Review of Reviews of Australasia":

„Wenn nicht schleunige Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Ureinwohner Inner-Australiens getroffen werden, die wie durch ein Wunder noch übriggeblieben sind, so ist zu befürchten, daß die Weißen sie bis auf den letzten Mann ausrotten. Versetzt man sich um 25 Jahre zurück, so waren dort, wo heute nur noch vereinzelte, oft kinderlose Familien wohnen, große Volksstämme . . . . . ."

Danach wäre also die Hauptausrottungszeit für die Eingeborenen Australiens die Zeit von 1880 an gewesen, also etwa die Zeit des Beginnes der deutschen Kolonialpolitik. In welcher Weise bei der Ausrottung der Eingeborenen vorgegangen wurde, das beschreibt der englische Kolonialschriftsteller J. F. Hogan in seinem Buche „Die Iren in Australien" (Seite 312):

„Während der ersten Anfänge wurden die Eingeborenen durch die Weißen, die sie ihrer Jagdgründe beraubt hatten, schlimmer als die Hunde behandelt. Man schoß sie unterschiedslos für die kleinsten Verfehlungen nieder. Ging ein Hammel oder ein Stier

Digitized by Google

verloren, so war das für die Weißen ein ausreichender Grund, um alle Schwarzen im Umkreis von einigen Meilen abzuschlachten. Es ist durchaus und buchstäblich wahr, daß während des ersten halben Jahrhunderts der Kolonisation Australiens die Mehrzahl der Eingeborenen durch Flintenkugeln niedergemacht oder auf wohlüberlegte Art vergiftet wurden; viele sind auch als Opfer der Trunksucht oder der durch die Weißen, die Träger des Christentums und der Kultur, eingeschleppten Krankheiten umgekommen. Das ist das dunkelste und schmachvollste Kapitel aus der Geschichte Australiens."

Derartige Zeugnisse ließen sich aus der englischen Kolonialliteratur noch in ungezählter Menge beibringen.

Neuerdings machen sich allerdings auch in Australien Stimmen geltend, die für staatliche Maßnahmen zur Erhaltung der Eingeborenen der Südseeinseln eintreten. Am 7. 3. 1916 hatte der Handelsminister der australischen Commonwealth eine Kommission ernannt, die über den britischen und australischen Handel der Südseeinseln berichten sollte. Der 146 Seiten starke Bericht dieser Kommission traf im September d. J. in England ein. „The Board of Trade Journal" veröffentlichte längere Auszüge daraus. Wir entnehmen dem Kapitel „Bevölkerung und Arbeitskräfte" folgendes: Die Zukunft der industriellen Entwicklung der Südseeinseln wird auf das äußerste gehemmt durch den Mangel an Arbeitskräften. Die Gesamtbevölkerung aller Inseln wird zwar auf 1 514 000 geschätzt, wovon auf die englischen Besitzungen 557 000, auf die deutschen 824 000, die französischen 54 000 und die neuen Hebriden 70 000 entfallen (die Schätzung für die deutschen Kolonien ist viel zu hoch, der letzte Bericht des Reichskolonialamtes 1912/13 schätzte höchstens 600 000). Nach diesen Zahlen sollte man annehmen, daß genügend Arbeitskräfte für die Pflanzungen auf geraume Zeit hin vorhanden wären, aber im allgemeinen zeigen die Eingeborenen keine Neigung zu andauernder Arbeit, und die Fruchtbarkeit des Landes gewährt ihnen bei ihren bescheidenen Ansprüchen die Mittel zum Lebensunterhalt auch ohne solche. Trotzdem willigt eine beträchtliche Zahl der Eingeborenen ein, auf den Pflanzungen als Arbeiter zu dienen. Die eingeborene Inselbevölkerung ist gegenwärtig die billigste Arbeitskraft in der Südsee, es wäre daher wünschenswert, sie in möglichst großem Maße zur Arbeit heranzuziehen und sie an angestrengte Arbeit zu gewöhnen. Die oft ausgesprochene Ansicht, daß die polynesischen und melanesischen Rassen unfehlbar im Aussterben begriffen sind, ist nach Ansicht der Kommission irrig.

„Wenn der Eingeborene an Arbeit gewöhnt werden kann, so werden seine Lebensbedingungen sich außerordentlich verbessern und die Rasse wird erhalten bleiben; gelingt dies nicht, so muß sie unbedingt zu Grunde gehen. Was durch eine weise und sympathische Regierung erreicht werden kann, um die Lebensbedingungen der eingeborenen Rassen zu verbessern, zeigt das Beispiel der gegenwärtigen Verwaltung von Britisch-Papua, der es gelang, diese früher als äußerst blutdürstig und intraktabel verrufenen

Digitized by Google

Wilden zur Anlage von eigenen Pflanzungen von Kokospalmen zu veranlassen. Es sei wünschenswert, daß die ganze Südsee unter einheitliche Verwaltung käme (gemeint ist natürlich britische, das ist australische), und die erste Folge dieser gemeinsamen Verwaltung sollte sein, daß die Regierung als erste Notwendigkeit die Erhaltung und Vermehrung der Eingeborenenbevölkerung übernähme."

Aborte und Kindermord wären auf den Inseln sehr weit verbreitet. Die Missionare hätten ausgezeichnete Arbeit getan durch Abgewöhnen der Eingeborenen von diesen und ähnlichen Praktiken. Sie wären bisher, wenn auch vielleicht nicht die einzige, so doch die wichtigste zivilisatorische Kraft in diesen Gegenden gewesen. Wolle die britische Regierung die Vermehrung der Eingeborenenbevölkerung fördern, so müsse der ärztliche Dienst auf den Inseln stark vermehrt werden, ferner die Erziehung der Eingeborenen an praktische Arbeit und der Schulunterricht, die Unterdrückung von Aborten und die Förderung des Privateigentums zu Teilen eines endgültigen Programms gemacht werden.

Ich bin auf diesen Bericht so ausführlich eingegangen, um zu zeigen, daß seitens der australischen Regierung bisher noch nichts zur Erhaltung der Eingeborenen geschehen ist! Gerade also die Australier haben am allerwenigsten Veranlassung, uns unsere Behandlung der Eingeborenen zum Vorwurf zu machen, denn was in obigem Programm von der australischen Regierung für die Zukunft gefordert wird, das hat die deutsche Verwaltung der Südseeinseln schon seit Jahren getan und war gerade beim Ausbruch des Krieges im Begriff, ein umfangreiches Reformprogramm für die Erhaltung und Vermehrung der Eingeborenen durchzuführen. Der Krieg hat die Durchführung dieses Programms unterbrochen. Hätte die australische Okkupationsverwaltung in Rabaul die Gouvernementsakten mit demselben Eifer durchforscht, mit welchem die südafrikanische Okkupationsverwaltung die Windhuker Gouvernementsakten nach Zeugnissen von schlechter Behandlung der Eingeborenen durchsuchte, dann hätte sie in den zahlreichen Berichten der Regierungsärzte, in den amtlichen Jahresberichten an das Reichskolonialamt und den Protokollen der Gouvernementsratssitzungen zahlreiche Zeugnisse für den Ernst und die Gewissenhaftigkeit gefunden haben, mit welchem die deutsche Kolonialverwaltung bemüht war, die hygienischen und sozialen Lebensverhältnisse der Eingeborenen zu verbessern, sie würde sich davon überzeugt haben, mit welcher Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt die Regierungsärzte den Gründen für die abnorme Sterblichkeit der Eingeborenen nachforschten und wie die Kolonialverwaltung bemüht war, die Ratschläge der Ärzte zu erfüllen. Schon in dem Jahresbericht für 1906/07 (ältere Berichte liegen mir leider zurzeit nicht vor) wird der

Digitized by Google

Bau von Krankenhäusern für Eingeborene erwähnt. Zur Bekämpfung der Dysenterie, welche fast überall unter den Eingeborenen schwere Opfer forderte — in einem ärztlichen Bericht wird sie als die Geißel der Eingeborenen bezeichnet —, werden Brunnen erbohrt. Immer wieder taucht in den Berichten die Klage auf, daß es wünschenswert sei, die Zahl der Ärzte zu vermehren, daß die verfügbaren Mittel dies aber nicht gestatten. Wo Malaria unter den Eingeborenen auftritt, besonders auf den Pflanzungen, werden die Eingeborenen an Chinin-Prophylaxe gewöhnt. Um eine Bekämpfung der Krankheiten auch dort zu ermöglichen, wo ein Arzt nicht zur Verfügung ist, wurden, soweit die Verhältnisse es gestatten, den Missionaren Arznei- und Verbandmittel von der Regierung zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden einige Eingeborene, mit den notwendigsten Kenntnissen und Arzneien ausgerüstet, als Heilgehilfen ausgebildet, in ihre Heimat geschickt, um dort ihren erkrankten Landsleuten hilfreich zur Seite stehen zu können. In der Gouvernementsratssitzung am 5. März 1914 stellte der Gouverneur Dr. Hahl fest, daß schon damals ein Fünftel des Etats für Medizinalzwecke verwendet werde, das Verhältnis werde sich noch weiter verschieben und bald ein Viertel des Etats erreichen. „Alles läuft darauf hinaus, die Krankheiten des Volkes, als die Quellen des Übels, zu beseitigen. Ein anderes Ziel und einen anderen Zweck hat unser Bemühen zur Erschließung und Hebung des Landes letzten Endes nicht" heißt es im Protokoll der betreffenden Sitzung.

Daß die Bemühungen der Verwaltung nicht ohne Erfolg blieben, zeigt die vom Gouverneur in der Sitzung vom 13. November 1913 erwähnte Tatsache, daß die Sterblichkeit unter den angeworbenen Arbeitern auf den Pflanzungen nur noch 1,5 bis 3 vom Hundert betrage, während früher in der Anfangszeit 25 vom Hundert und darüber starben. In derselben Sitzung wies der Gouverneur darauf hin, daß demnächst eine medizinische Expedition sich ausrüsten werde, um die gesundheitlichen Verhältnisse der Eingeborenen zu erforschen und noch mehr Material für das beabsichtigte Vorgehen zur Besserung der Lebens- und hygienischen Verhältnisse der Eingeborenen zu verschaffen.

Besonders erwähnenswert ist auch, daß in einzelnen Bezirken die Eingeborenen, die im allgemeinen nur schwer dazu zu bewegen waren, sich in ärztliche Behandlung und besonders in die Krankenhäuser zu begeben, von selbst zur ambulanten Behandlung kamen und sich auch freiwillig zur Aufnahme ins Krankenhaus meldeten.

Auch die heimische Kolonialverwaltung ließ es an Unterstützung für die menschenfreundlichen Bestrebungen des Gouvernements nicht fehlen. Im Reichs-

Digitized by Google

haushaltetat auf das Rechnungsjahr 1913 legte die Kolonialverwaltung eine Denkschrift über die Ausgestaltung der Verwaltungsorganisation im Schutzgebiet Neu-Guinea vor, in welcher festgestellt wurde, daß die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung von Neu-Guinea bisher noch nicht so fortgeschritten sei, wie man das nach den natürlichen Reichtümern des Schutzgebietes erwarten dürfe, weil die bisher der Kolonie vom Mutterland gewährten Zuschüsse nur zur Bestreitung des notwendigsten Verwaltungsbedarfs, nicht aber für eine weitreichende Förderung der wirtschaftlichen Erschließung ausreichten. Es wurde daher gefordert, im Gegensatz zu der in den anderen Schutzgebieten verfolgten Politik den Reichszuschuß von Neu-Guinea eine Reihe von Jahren hindurch zu erhöhen.

Weiter wurde festgestellt, daß die Lebensfähigkeit des melanesischen und papuanischen Volkes wesentlich von der Verbesserung der Lebenshaltung abhänge, insbesondere sei der sehr hohen Kindersterblichkeit Einhalt zu gebieten. Die Mittel für bessere Lebenshaltung, z. B. um sich das zur Milchgewinnung für seine Kinder erforderliche Rindvieh selbst beschaffen zu können, seien nur zu erlangen durch weitgehende Förderung der Eingeborenenkulturen, insbesondere Anbau von Kokospalmen. Da der Melanesier nicht genügend Unternehmungsgeist besitze, um aus freien Stücken neue Kokosbestände anzulegen und die vorhandenen zu verbessern, bedürfe er beständiger Anleitung und Kontrolle, zu welchem Zwecke die Anstellung von Bezirkslandwirten gefordert wurde. Um eine Besserung des Gesundheitszustandes der Eingeborenen zu erzielen, sei erst eine stärkere Gewöhnung an die Hilfe des Europäers und vor allem eine weitere Durchführung der ärztlichen Organisation und Überwachung der Gesundheitsverhältnisse des Volkes, besonders die Abwehr von Seuchen notwendig. Verlangt wird daher die Schaffung guten Trinkwassers durch weitere Brunnenbohrungen, die dauernde Besetzung tunlichst aller Stationen, bei denen die Eingeborenenbevölkerung zusammenströmt, mit Ärzten, die Anlage weiterer Krankenhäuser für Eingeborene.

Die von der Regierung angeforderte, sehr bedeutende Erhöhung des Reichszuschusses wurde vom Reichstag anstandslos genehmigt.

So sehen wir denn, daß die deutsche Kolonialverwaltung als einzige in der ganzen Südsee bereits seit über zwölf Jahren für eine Besserung der Lebensverhältnisse und der Bekämpfung der Eingeborenenkrankheiten, für die Erhaltung der Rasse tätig gewesen ist. Die im Jahre 1912 geplanten und vom Reichstag anstandslos genehmigten Reformen hätten sich jetzt schon als wirksam zeigen können, wenn der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre. Jedenfalls steht das Vorgehen der deutschen Kolonialverwaltung im wohltuenden Gegensatz

Digitized by Google

zu dem Verhalten der anderen Kolonialmächte, die bis zum heutigen Tage der zunehmenden Verminderung ihrer Eingeborenenbevölkerung mit verschränkten Armen zusahen und nichts taten, um das Aussterben der Bevölkerung zu verhindern, wenn sie nicht gar, wie in Australien und Neu-Caledonien, die Ausrottung der Eingeborenen begünstigten.

Wahrlich, die Australier haben am allerwenigsten Ursache, uns Deutschen die Behandlung unserer Eingeborenen in der Südsee zum Vorwurf zu machen. Wenn die Friedenskonferenz ein gerechtes Urteil fällen will, dann muß sie erklären: Deutschland hat am besten für das Wohl seiner Eingeborenen in der Südsee gesorgt; das Interesse der Eingeborenen erfordert die Rückgabe der Südseekolonien an Deutschland!

Notizen

Weltpolitik und Ursprungszeichen. Mit einer gewissen Emsigkeit ist die englische Fachpresse bemüht, Stimmung zu machen für die Einführung einer einheitlichen britischen Ursprungsmarke, die natürlich nicht nur gelten soll für die Erzeugnisse des britischen Heimatlandes, sondern für alle Produkte, die herausgebracht werden in den Ländern, die zur britischen Krone gehören. Es wird mit dem Argument operiert, daß es im Interesse der nationalen Wirtschaft sei, jedes Erzeugnis, das innerhalb des großen Reiches hergestellt werde, sofort seiner Provenienz nach als britisch erkennen zu können. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine Maßnahme, die ebensogut gegen die Mittelmächte wie auch gegen die anderen industrietreibenden Nationen gerichtet ist. Man würde also in Fortsetzung des Gedankens eine deutsche Ursprungsmarke erzwingen und glaubt dadurch, innerhalb der britischen Verbraucherkreise zu erreichen, daß die deutsche Produktion abgelehnt, das britische einheimische Produkt, Erzeugnis, Fabrikat bevorzugt werde. Es liegt also ein Appell an die nationalen Instinkte vor, die ja während des Krieges arge Blüten getrieben haben, mit einem Erfolg, der den Verfechtern der Herstellungszeichenidee gute Hoffnung läßt. Daß in der Vorkriegszeit die Erwartungen, die an die Erfindung des „Made in Germany" geknüpft waren, nicht in Erfüllung gegangen sind, ist bekannt und hat wiederholt betrübliche Erörterungen in der britischen Fachpresse hervorgerufen.

Ob die britische Ursprungsmarke in Beziehungen gebracht werden kann zu dem britischen Projekt, innerhalb der Glieder der Reichsvereinigung Vorzugszölle einzuführen, ist nicht erweisbar. Die Zollvereinspläne könnten, im Gegensatz zu den öfters bisher aufgetauchten Behauptungen, durchgeführt werden, ohne daß es einer Ursprungsmarke bedürfte.

Wie wir schon bemerkt haben, stellt sich diese Maßnahme als eine Abwehr gegenüber allen nicht britischen Waren dar. Der zukünftige britische Zolltarif enthält besonders billige Sätze für die Erzeugnisse der englischen Kolonien, die ihrerseits die gleiche Vorzugsbehandlung englischen Erzeugnissen zugestehen, und es folgt dann ein abgestuftes Zollsystem, das je verschiedene Tarifsätze aufweist, je nach dem Ursprung der Waren, so daß also Kolonien und Mutterland die billigsten Zollsätze genießen, hierauf die Ver-

Digitized by Google

bündeten mit höheren Sätzen kommen, als Dritte im Bunde die Neutralen mit wieder hinaufgesetzten Zöllen erscheinen und in letzter Reihe die feindlichen Mächte rangieren mit einem Zolltarif, der sich geradezu als eine Prohibitivmaßregel ansieht. Würde dieser Plan sich verwirklichen lassen, so hätten die Väter der Idee zwei Eisen im Feuer: 1. den „unmöglichen" Zolltarif, 2. die Feststellung der deutschen oder österreichischen Waren als feindlicher Herkunft.

Bis hierher wäre ja den britischen Plänemachern alles gelungen, aber anscheinend bedenken sie nicht, daß sich alle Völker, die von diesen eigensüchtigen britischen Zollmaßnahmen betroffen werden, zusammentun können nach der Richtung, daß dem britischen Produkt der Eingang in den anderen Ländern erschwert wird, sei es durch eine abgestufte Zollbehandlung, wie es die Briten uns zudenken, sei es durch sonstige Zollmaßnahmen, die die souveränen Völker dem englischen Reichszollverein gegenüber in Anwendung bringen können. Dadurch, daß sich England gänzlich absondert, würde es vielleicht von selbst kommen, daß die neutralen, verbündeten und feindlichen Staaten näher aneinander rückten und durch gegenseitige Zollbegünstigungen versuchen, ihre Geschäfte auch außerhalb der britischen Einflußsphäre zufriedenstellend abzuwickeln. Man würde also dann im Zolltarifwege einer Gruppenbildung begegnen, die in ihren großen Umrissen neutrale und deutsche Interessen umfaßt, im Gegensatz zu den spezifisch britischen Interessen, welche in der Reichsvereinigung zum Ausdruck kommen.

Wir haben bei unseren Betrachtungen die Amerikaner und Japaner ausgelassen, obwohl sie als verbündete Staaten mit in den Fragenkomplex hineingehören. Aber die Stellung der Amerikaner ist während des Weltkrieges derartig auf ein hohes Niveau, selbst von seiten der Briten gestellt worden, und die Monopolstellung der Japaner hat sich während der Kriegsjahre so gestärkt, daß man fast der Ansicht sein kann, es würde sich aus diesen Entwicklungen noch eine dritte oder vierte Gruppe herauskristallisieren, die sich gegenüber den Briten gerade so verhält, wie gegenüber den anderen europäischen Staaten und somit ein Mittelding darstellt, jedenfalls aber eine Erscheinung zeigt, die nicht ganz in die Pläne der britischen Regierungsmänner paßt.

Die Betrachtungen über die Ursprungszeichen sind auf jeden Fall aktuell, denn wie immer der Ausgang des Weltkrieges sein möge: es wird den Briten sehr viel daran liegen, durch das Hervorstellen der Provenienzen die politischen Haßgefühle der Engländer gegen alles, was deutsch ist, zu pointieren. Ob aber das allein genügen wird, um Geschäfte zwischen englischen und deutschen Firmen gänzlich hinanzuhalten, ist noch sehr die Frage. Es kann den Engländern wieder passieren, daß das neue deutsche Ursprungszeichen für den deutschen Fabrikanten den gleichen schmeichelhaften Erfolg bringt wie das „Made in Germany" in der Vorkriegszeit. K. Busch.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur.

Eine militärisch verläßliche Geschichte der kriegerischen Operationen in Einzeldarstellungen eröffnet im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres der Verlag Gerhard Stalling (Oldenburg) unter dem Gesamttitel „Der große Krieg in Einzeldarstellungen". Unter Benutzung amtlicher Quellen haben militärische Fachleute bis jetzt die „Kämpfe der Bugarmee", „Die Winterschlacht in Masuren", „Die Schlacht bei Lodz", „Die Schlacht an der Yser und bei Ypern im Herbst 1914", „Lüttich—Namur" bearbeitet. (Die Hefte kosten je 1.20 Mark). Ein Unternehmen ähnlicher Art wird vom Verlag Curtius mit einer durch reichlichen Bildschmuck und gute Karten ausgezeichneten Dar-

Digitized by Google

stellung der „Schlacht bei Cambrai" durch Hauptmann Freybe weitergeführt. Auf österreichischer Seite werden die fachmännischen, vorzüglich ausgestatteten Beihefte zu Streffleurs Militärblatt mit einem Heft über den „Feldzug von Krakau" fortgeführt. (L. W. Seidel & Sohn, Wien, 3,60 Mark.) Ein Erinnerungsbuch in (ganz- und halbseitigen, gut wiedergegebenen) Bildern gibt die 12. Infanterie-Division von ihren Kämpfen an der Somme (vom Oktober 1915 bis November 1916) heraus. (Berlin, F. Dümmler, 6,50 Mark.) Das Lebensbild eines 68jährigen Kriegsfreiwilligen, des geb. Amerikaners, Professors Gregory, hat Karl Josef Friedrich aus Briefen und Memoiren entworfen. (Professor Gregory, „Amerikaner, Christ, Volksfreund, deutscher Held", F. A. Perthes, Gotha.) In die Vorstellungswelt, in das religiöse, ethische Erleben der deutschen Soldaten gewähren „Feldbriefe katholischer Soldaten" (I. Teil: Aus Tagen des Kampfes, II. Teil: Aus Ruhestellung und Etappe, III. Teil: Die religiöse Gedankenwelt des Feldsoldaten, herausgegeben von Georg Pfeilschifter, Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg) Einblicke. Vorzugsweise, aus den Kriegsjahren 1914 und 1915 stammend, gewaltsam auf Äußerungen gerade der katholischen Formen des religiös-ethischen Lebens ausgewählt, zeugen sie doch im ganzen von der Todesbereitschaft, der mutvollen Hingabe an die Pflicht, der Treue gegen sich und die Ideale ihres Landes, der Ruhe, die der Soldat im Felde, sich selbst überlassen, in der Welt der Religion finde, von seinem Mitgefühl für die Leiden des Krieges, der maßlosen Geduld im Ausharren und Glauben an die Sache, für die er sich einsetzt. Von der Seelsorge für katholische Studenten geben zwei Liebesgaben von deutschen Dominikanern und Franziskanern „Veritas", „Franziskus" eine Vorstellung (Volksverein, Verlag M.-Gladbach).

Ein Erzeugnis tüchtiger, sachkundiger historischer und kunstgeschichtlicher Arbeit ist der Band „Namur, Vor und im Weltkrieg", (herausgegeben von der Kaiserl. Fortification Namur. München, R. Piper & Co.). Während Namur zu einem sicheren Stützpunkt ausgebaut wurde, begann auch „die gleichsam geistige, wissenschaftliche Eroberung der Stadt". Die deutschen Arbeitsleistungen für Verkehr, Versorgung mit Wasser, Licht, Gas, den Wiederaufbau der zerstörten Teile, die Förderung des wirtschaftlichen Lebens sind in dem prachtvollen Zeugnis technischer, wissenschaftlicher Arbeit dokumentarisch niedergelegt.

Eine geographisch und ethnologisch interessante Fahrt in die Türkei, nach Armenien, nach Assyrien und Babylon macht der Leser mit Sven Hedin in seinem groß angelegten Buch „Bagdad, Babylon, Ninive" (F. A. Brockhaus, Leipzig, 12 Mark). Aus Tagebuchblättern sucht der Kriegsberichterstatter Karl Rosner ein (feuilletonistisch angelegtes) Bild der großen Frühlingsschlacht 1918 zu geben. (Scherl, Berlin, 2 Mark.) Sachlich ernster und fertiger sind die Berichte, die Wilhelm Feldmann von seiner „Reise an die Suezfront" gibt (G. Kiepenheuer, Weimar, 25. Band der Orientbücherei). Vom Leben im Innern der Türkei, von der Organisation und Tätigkeit des türkischen Heeres entwirft er anschauliche lebhafte Bilder. Kriegsbilder aus den beiden Russen-Einfällen 1914/15 hat Superintendent H. Braun zu einer „Ostpreußen-Chronik" gesammelt (O. Nemnich, München-Leipzig). Else Ficke, eine Zivilgefangene, erzählt in einem Heft, welchen Quälereien die Deutschen „In französischen Lagern Afrikas" ausgesetzt waren. (E. S. Mittler & Sohn, Berlin.) In einer Schrift „Soldaten-Erziehung" (R. Oldenbourg, München) fordert Dr. Ernst Horneffer sorgsame Pflege der Form der Rede, insbesondere der gesamten Bildungsliteratur, die Einführung von „Lehroffizieren", einer „militärischen Pädagogik", die die Fragen der Soldatenerziehung nach allen Richtungen hin methodisch durchforscht. K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Paul Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

An die Leser und Bezieher der „Deutschen Politik"

Mit dem nächsten Heft beginnt die „Deutsche Politik" ihren vierten Jahrgang.

Unübersehbar und unendlich schwer sind die Aufgaben, die durch die Umkehr aller staatlichen Verhältnisse vor jeden verantwortungsbewußten Volksgenossen gestellt sind. Die Demokratie, soll sie unserem Vaterlande in seiner Not zur Rettung werden, bedarf der ernsten Vertiefung in die politischen Probleme, bedarf des Glaubens an die unzerstörbaren Kräfte des deutschen Volkstums.

Die **„Deutsche Politik"** ist während des Krieges vielen zum Anreger, Freund und Führer geworden. Sie alle werden gewiß die Gemeinsamkeit mit unserer Arbeit auch jetzt aufrecht erhalten. Sie sollen uns aber auch Mithelfer sein, den Wirkungskreis unserer Wochenschrift auszudehnen.

Wir sind Mahner und Warner gewesen, wir haben Erziehungsarbeit geleistet und Willen geweckt. Die Katastrophe, von übermächtigen Gewalten gelenkt, hat viele Ansätze vernichtet, viel Glauben geknickt.

Nun heißt es, mit treuer Hingabe ans Vaterland dem Neuaufbau von Großdeutschland zu dienen und im Volk den Glauben an Deutschlands Zukunft neu zu gründen.

Die „Deutsche Politik" ist nach Wirkung und Verbreitung an die Spitze der politischen Publizistik Deutschlands getreten. Die Leitung unserer Wochenschrift wird sich der Verantwortung bewußt bleiben, die gerade in der nächsten Zeit auf ihr ruht, und sie rechnet mit der Treue, mit der werbenden Mitarbeit ihrer alten Freunde, mit dem Dank und der Unterstützung ihrer neuen Bezieher.

Damit in der Zustellung der Hefte keine Unterbrechung eintritt, wolle die Bestellung auf den neuen Jahrgang unverzüglich aufgegeben werden.

Berlin SW. 11, Königgrätzerstr. 99

Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Bücher sind die besten Tröster in dieser furchtbar ernsten Zeit

Der Babylonische Turm

Geschichte der Sprachverwirrung einer Familie

Roman von **Josef Ponten**

1.—10. Tausend. Geh. M 6.—, geb. M 8.—

„Pontens Roman hat etwas monumentales. Ein Gewaltiges, aus Eisen und Stein Gefügtes lebt darin. Sein Aufbau, in neunzehn Stockwerke eingeteilt, erweckt im Leser das lebhafte Gefühl, des Immer-höher-Steigens. Der Stil ist von mathematischer Schärfe. Der Babylonische Turm ist ein starkes, reines, deutsches Buch. Das Buch eines Mannes, der tief in Menschen, Dinge und Zeiten schaut. Ponten gehört zu den wenigen Dichtern unserer Zeit, die unablässig an sich selbst arbeiten, die Grabende sind, unbeirrt ihrem Ziele nachgehen. Sein neues Buch wird ihn zur Höhe tragen." Berliner Börsenzeitung.

Die Insel

Novelle von **Josef Ponten**

1.—5. Tausend. Geh. M 3.—, geb. M 4.50

Seinem großen Zeitroman „Der Babylonische Turm" läßt der Dichter jetzt diese kürzere Erzählung folgen in der Landschaft und Mensch zu schicksalhafter Einheit verwoben werden. Landschaft als Menschen bestimmende Macht wirkt auf die fremde Frau, die von der Liebe zur Natürlichkeit auf die einsame Mönchsinsel geführt wird und der Gewalt der Natur dann unterliegt. Das Schicksal bringt sie zusammen mit dem jungen Mönch, der mit gleicher Macht aus der Natur sich fortsehnt, mit der sie zu ihr getrieben wird; Kultur und Natur stoßen aufeinander und — die immer gleiche Tragik — die Natur unterliegt. Von hoher Meisterschaft zeugt die Behandlung der Sprache, ihr Rhythmus schmiegt sich den seelischen Vorgängen bewundernswert an. Ein hohes Lied von Landschaft und Liebe hat Ponten mit seiner neuen Erzählung geschaffen.

Das zweite Leben

Erzählung von

Ernst Zahn

71.—85. Tausend. Geh. M 4.—, geb. M 5.50

„Ernst Zahn hat hier eines seiner stillsten und schönsten Bücher geschrieben, ein Buch voll Milde und Versöhnlichkeit, eine Dichtung des Verstehens und der bezwingenden Güte. Eine große, versöhnende Liebe klingt aus diesem Buche in vollen und beseligenden Akkorden.

Essener Allgem. Zeitung.

Glückliche Finder

Ein fröhliches Mysterium von

Rudolf Presber

6.—8. Tausend. Geh. M 4.—, geb. M 5.50

„Es ist eine Dichtung voll Sonne und Fröhlichkeit, voll Duft und Glanz, voll Anmut und Gefälligkeit."

Hannoverscher Kurier.

Aus meinem Jugendland

Von

Isolde Kurz

6.—10. Tausend. Geh. M 6.—, geb. M 8.—

„Es gibt nicht viel neuere Bücher, die man in diesen Tagen lesen kann, und erst recht nicht viele, die uns tröstlich berühren, ohne das wir nötig hätten, das Ungeheuerliche zu vergessen, was sich jetzt begeben muß. Die Jugenderinnerungen der bekannten Dichterin Isolde Kurz gehören zu diesen ganz wenigen Büchern, nicht nur durch die wunderbar echte, zeitlos zeitgemäße Verschwisterung von Würde und Volkstümlichkeit, sondern vor allem auch der Tiefblicke wegen, die wir hier in menschliche, in deutsche Seelen und in die Seele von Orten und Zeiten tun dürfen."

Ostsee-Zeitung, Stettin.

Die Lerche

Auswahl schwäbischer Dichtung von den Anfängen bis auf die Gegenwart

Von **Ludwig Finckh**

Gebunden M 6.—

„Für den Schwaben hat die „Lerche" das Zeug zu einem guten und unerschöpflichen Hausbuch, dürfte es auch sicher werden. Doch stellt Ludwig Finckh ihm die Widmung voraus: „Dem deutschen Vaterland". Und sprechen aus allen Versen schwäbischer Geist und schwäbisches Wesen, so ist das gleichbedeutend mit deutschem Geist und deutschem Wesen. Denn gut schwäbisch sein hieß von jeher auch gut deutsch sein. So mag man von Herzen wünschen, daß des Herausgebers Hoffnung sich erfüllt und seine Sammlung „die Kluft zwischen Nord und Süd mit einem neuen Bogen und Pfeiler zu überbrücken" beiträgt."

Schwäbischer Merkur, Stuttgart.

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

3. Jahrgang * 27. Dezember 1918 * Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Was Deutschland bei dem Kongreß der A. u. S.-Räte in Berlin erlebte, öffnet die trübsten Aussichten für die Arbeitsfähigkeit der kommenden Nationalversammlung. Daß diese Körperschaft nicht in Berlin wird arbeiten können, erscheint heute schon eine ausgemachte Sache. Aber es bleibt auch davon abgesehen ein unmöglicher Zustand, daß dieser Kongreß sich zum Publikum von Straßendemonstranten mißbrauchen ließ. Liebknecht ließ die Standarten durch die Straßen tragen, „Alle Macht den A.- u. S.-Räten", sorgte aber dafür, daß diese Forderung selber nur eine Dekoration blieb, indem er alles daransetzte, diese Räte selber zu vergewaltigen und sie gar nicht erst zum Bewußtsein ihrer Macht kommen zu lassen. Die Versammlung, deren Mehrheit arbeitswillig war und mit den Berliner Randalelen Schluß machen wollte, wurde selber ein willenloses Opfer der besinnungslosen Putscherei, die hier Tagessport geworden ist. Man darf ja heute, wo das Krachmachen der Mehrzahl innerlich erschöpfter Menschen ein Lebensbedürfnis wie das Atmen ist, dies nicht zu tragisch nehmen, aber das geringe Maß von politischer Verantwortlichkeit, das einige der Hauptmatadoren in der landesüblichen Revolutionspsychose gezeigt haben, genügte, das wohlgemeinte Behelfsparlament vor dem In- und Ausland heillos zu diskreditieren. Sind wir denn eine Nation von Schreihälsen, eitein Narren, haltlosen Hysterikern wie Barth, mißglückten Schmierenmimen wie Ledebour, ausgeliefert? Sie wollen historische Legende werden, wie die Leute vom Jakobinerklub, und benehmen sich mit wilden Gesten, wie wenn sie fürs Kino arbeiten. Immerhin: die Mehrheit für die Nationalversammlung und Regierung hat sich gefunden. Aber die Antwort der Radikalen wird nicht ausbleiben.

*

Daß die Ungarn in die völlig vertragswidrige Internierung des Feldmarschalls Mackensen einwilligten, der ihr Land vor Serbengefahr und Rumänen-

Digitized by Google

überflutung gerettet hat, ist das schmählichste Kapitel in dem furchtbaren moralischen Zusammenbruch dieser so „stolzen" Nation. Graf Karolyi, dessen sittliche Phraseologie nie mit seiner persönlichen Lebensführung in Einklang zu bringen war, erlebt selber die bitteren Demütigungen, die seine Freunde von der Entente jetzt auch für das „freie" Ungarn zur Verfügung haben. Er ist wehrlos, er hilft dabei, den Namen der Magyaren vor der Welt zu korrumpieren. Merken Eisner und wer sonst in der Kirche pazifistischer Wohlgläubigkeit saß, was es mit dem Anstand der Entente einem besiegten und „reumütigen" Volk gegenüber auf sich hat? Karolyi ist noch reumütiger als Haase — aber seine Würdelosigkeit war ein schlechtes politisches Geschäft.

*

Wilsons Empfang in Paris ist nicht ohne Zwischenfälle vor sich gegangen, da die Gewerkschaften einen Kampf um seine Seele führen wollen, während die Gewalthaber den Präsidenten möglichst vor erledigten Tatsachen halten möchten. Hier ruht im Augenblick der Kern des Ententeproblems. Lloyd George hat sich für seine Politik eine Mehrheit der Bevölkerung gesichert; sein Sieg konnte nach dem Ausgang des Krieges nicht zweifelhaft sein. Offenbar sind die Asquithschen Liberalen zwischen der Rechtskoalition und dem Anwachsen der Arbeiterpartei stark in Bedrängnis gekommen. Die künftigen englischen Mehrheitsverhältnisse zeichnen sich noch nicht deutlich ab; immerhin kündet die Radikalisierung der irischen Vertretung an, daß Lloyd George von sehr starken innerpolitischen Auseinandersetzungen erwartet wird. Im Augenblick aber kommt er darüber hinweg. Seine Aufgabe ist, mit Wilson eine Übereinkunft über den Begriff der „freien Meere" zu erreichen. Denn bei beiden stehen hinter der theoretischen Deklaration militaristische Vorbehalte.

*

Die Polen zeigen durch ihr rabiates Verhalten gegen unseren Gesandten, daß sie die hundertjährige Leidenszeit noch immer nicht zu einer politischen Nation zusammengeschweißt hat, sonst würden sie nicht, bevor sie selbst Staat geworden, polnischen Wind zu säen beginnen, wofür sie doch über kurz oder lang deutschen Sturm ernten werden. Mag sich auch im Augenblick die Entente noch so stark für ihre Forderungen ins Zeug legen, auf die Dauer ist es doch unmöglich, daß solche Maßlosigkeiten Bestand haben.

*

Trotz des Sieges ist in Italien die revolutionäre Welle im Steigen begriffen. Der Ruf nach einer konstituierenden Versammlung bedeutet natürlich nichts anderes, als den Wunsch, durch solch einen Volkskongreß den Weg zur Republik freizumachen. Das fühlt auch die italienische Rechte, die beschlossen hat, die italienische Vaterlandspartei nicht aufzulösen, wie anfänglich vorgesehen war, sondern sie zum Kampf für die Monarchie auszugestalten.

Digitized by Google

Deutsche Reichsverfassung

Von Dr. Theodor Heuß

II.

Der Aufbau der Gewalten.

Die staatsrechtliche Vorstellungskraft, wie die Regierung der kommenden deutschen Republik aufgebaut werden könnte, stößt zunächst auf keine Schranken. Das Bismarcksche Werk ist niedergetreten und es fehlen der Mann wie die berechenbaren Machtverhältnisse, die eine geschichtliche Zwangslage in Paragraphen umformen. Die staatliche Ratio darf spielen. Sie wird sich selber die Grenzen ziehen, je nachdem sie der neuen Regierung ein vergrößertes Maß von ökonomischen Verwaltungsaufgaben unterstellen will (Sozialisierung) oder wie etwa sie die Frage nach dem Neueintritt Deutschlands in die weltpolitische Sphäre beantworten wird. Die erste Vorentscheidung liegt natürlich in dem Problem: Einheits- oder Föderativstaat? Wir haben uns neulich grundsätzlich für eine möglichste Zentralisierung aller ins Wirtschaftliche und Finanzielle zielenden Staatsaufgaben ausgesprochen, glauben aber, daß im Augenblick, zumal wir die deutsch-österreichische Frage möglichst ohne sachliche und seelische Reibung erledigen müssen, der föderative Ausweg (ein Ausweg eben) die mögliche und wahrscheinliche Form bleiben wird.

Nun haben wir ja zwei Föderativrepubliken, die Schweiz und die amerikanische Union; sie haben das Problem in höchst gegensätzlicher Form gelöst. Während die Schweiz durch ein Regierungskollegium geführt wird, das sogar sein Präsidium um der föderalistischen Gerechtigkeit in einem normalen Turnus zwischen die Nationalitäten wechselt, hat die Union ihren plebiszitären Präsidenten mit höchster Staatsgewalt ausgestattet. Welchen Weg sollen wir gehen? Soviel ist sicher: welchen wir auch wählen würden, unsere neuerliche innerpolitische Entwicklung müßte ausgestrichen werden. In den beiden letzten anderthalb Jahren beschritten wir zaghaft und unvollkommen den Weg der Parlamentarisierung, die Mehrheitsverhältnisse des Reichstags sollten in der Zusammensetzung der Regierung unmittelbar zum Ausdruck gelangen. Dies kennt man weder in Bern noch in Washington. Dort wird das Kollegialministerium von der Volksvertretung gewählt, es handelt sich also nicht um eine eigentliche Kabinettsbildung; in Amerika wählt der durch den Volkswillen mit höchster Macht ausgestattete Präsident seine Mitarbeiter nach freier Entschließung, wie er will; sie sind für ihre Amtsführung ihm und nicht Senat oder Repräsentantenhaus Verantwortung schuldig.

Das schweizer System hat eine gewisse Stetigkeit für sich, wenn man von

Digitized by Google

einer Regierung verlangt, daß sie den allseitigen Volkswillen, der in den verschiedenen Parteien sich ausdrückt, darstellen soll. Ihre Zusammensetzung könnte proportional den Fraktionsstärken des Volkshauses entsprechen, ja, die Mitglieder eines solchen paritätischen Ministerkollegiums, das die politische Leitung der Fachressorts unter sich zu verteilen hätte, könnten nach dem Verhältnisverfahren aus direkter Volkswahl hervorgehen. Wer dem Ideal der „Gerechtigkeit" anhängt, das durch dieses Wahlsystem einigermaßen gesichert erscheint, mag einen solchen Weg gangbar halten. Uns erscheint er für Deutschland unzulässig. Zwar haben wir ein Interesse daran, zu einem Zustand zu kommen, der allen Volksschichten den notwendigen Lebensspielraum gewährt (der jetzige diskreditiert ja den Gedanken aller Demokratie auf das Schlimmste), aber unser Verfassungsleben muß sich in seinen Grundformen auf die Wiederkehr geordneter Verhältnisse einrichten. Für diese aber erscheint das Kollegialsystem zu klein gedacht. Denn es ist, mit seiner Ausgleichstheorie, dem Führergedanken entgegengesetzt. Man mag sich dafür erwärmen, wenn man glaubt, daß das Fernhalten aller Einseitigkeit aus Verwaltung u. s. f. die politische Kernfrage bedeute; begreift man aber als eine deutsche Zukunftsnotwendigkeit dies andere, die Entfesselung aktiven Willens, persönliche Verantwortungsbereitschaft, Führertum, das entschlossen ist, in Wirtschaft und Finanzpolitik, im Sozialen und in einer Neuaufnahme der Äußeren Politik, dann muß man zu einer anderen Lösung greifen, die das demokratische Problem der Mehrheitsbildung nicht bei einer abgeplatteten Spitze, sondern in der Tiefe sucht.

Die radikalste Form ist zweifellos die folgerichtigste: das Staatsoberhaupt geht aus unmittelbarer Volkswahl hervor. Die Vorzüge des Verfahrens, dem Amerika eine Anzahl bedeutender Staatsführer verdankt (neben den nicht wenigen, die unbedeutend in die Vergessenheit sanken) sind einleuchtend: der Erkorene besitzt, gestützt auf das Vertrauen einer Volksmehrheit, eine moralische Machtfülle, die, gleichviel wie die Verfassung im Sachlichen sie eingrenzt, höchst positiver Natur sein wird. Er rückt über wechselnde parlamentarische Parteikombinationen empor. Man kennt auch die Nachteile: den unendlich anspruchsvollen und kostspieligen Parteiapparat, die Ämterbesetzung mit Wahlhelfern (Bryan als amerikanischer Staatssekretär des Auswärtigen). Es ist nicht notwendig, daß Deutschland bei der Nachahmung des amerikanischen Beispiels auch alle Schattenseiten mit übernehmen müßte; es sind Vorkehrungen denkbar, die das Beamtentum in seiner Zusammensetzung außerhalb des Wahlergebnisses halten, umsomehr, als nach wie vor dessen Schwergewicht bei den Bundesstaaten liegt. Die Bedenken melden sich von anderer Seite. Die Tatsache der Präsidentenwahl nach der Mehrheitsentscheidung hat von Anbeginn die Parteienbildung der Union beeinflußt bezw. niedergehalten. Die zwei Parteien, Demokraten und Republi-

Digitized by Google

kaner, sind große Volksorganisationen zur Machtgewinnung. Das Programmatische sitzt nicht sehr tief, die Scheidungen sind schwankend, opportunistisch. Da beide das Dach für sehr große Gemeinschaften bilden müssen, bergen sie in sich embryonale Sonderbildungen, die nur in dem der Kandidaten-Präsentation vorangehenden internen Kampf deutlich werden. Wie ganz anders bei uns! Weil die Parteien nie zur tatsächlichen Macht, Verantwortung und damit zur sachlichen Konzentration berufen waren, haben wir das Vielparteiensystem, dessen deklamatorische Bedeutung erst in der zweiten Kriegshälfte durch Mehrheitsbildung einigermaßen ausgeglichen wurde. Gewiß hat auch Frankreich eine Vielheit von Parlamentsfraktionen, aber hinter diesen steht nicht wie bei uns die Maschinerie von Parteien, dort ist alles lockerer, zufälliger, persönlicher. Nun wäre ja denkbar, daß die Ansätze parlamentarischer Gruppenbildung, die wir kürzlich erlebten, sich entwickelten; aber sie werden durchkreuzt durch die Aufnahme des Proporzverfahrens in unser politisches Leben. Denn dieses, mit seinem an sich anständig gedachten Minderheitenschutz, wird zur Lockung für Minderheiten, die, zumal wenn sie „verbunden" auftreten, immerhin ein Aktivum werden können. Sollte sich das Verhältniswahlsystem dauernd durchsetzen, so wird es mit seiner Befestigung der Parteiindividualitäten, (die freilich einer bedauerlichen berufsständischen Unterhöhlung ausgesetzt sind), ein Hemmnis der Entwicklung zu gradlinigen Machtverhältnissen. Setzen wir die heutige Lage als gegeben an, so ist, wenn man nicht, was doch fraglich genug bleibt, den Mehrheitssozialisten die glatte Volksmehrheit zuspricht, ein Reichspräsident mit dem gesicherten Vertrauen einer Mehrheit schlechterdings undenkbar.

Wollen wir den amerikanischen Weg gehen, so ist ein Abbau unserer Parteienvergangenheit unabweisbar. Sonst bleibt uns die Möglichkeit, das Staatsoberhaupt aus der Wahl des Parlaments hervorgehen zu lassen. Es ist die französische Form: Deputiertenkammer, die Vertretung des Volkes, und Senat, Vertretung der Selbstverwaltungskörper, wählen den Präsidenten, der nun seinerseits für die politische Geschäftsführung nicht mehr aktiv zeichnet, sondern, je nach den Mehrheitsverhältnissen des Volkshauses, einen Ministerpräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt. Die Vorfrage lautet: wie sieht unser Parlament aus, besteht es aus einem, aus zwei Häusern, wie verteilen sich Macht und Aufgabe?

Man kann sich auch eine Föderativrepublik schließlich mit einer einzigen Kammer vorstellen: freilich unter der Voraussetzung, daß die Gliedstaaten in praxi nur mehr Verwaltungsprovinzen sind und auf ein zur Zentrale hinstrebendes politisches Eigenleben verzichten. Dieser Verzicht ist heute nicht wahrscheinlich; die Aufgabe ist nur, ihre Vertretung so zu konstruieren, daß sie nicht um der partikularen Interessen willen den zentralen Charakter der Republik allzusehr stören.

Digitized by Google

Die Paulskirche hatte in ihrem Verfassungsentwurf ein „Staatenhaus" vorgesehen, dessen Mitglieder zur Hälfte von den Regierungen ernannt, zur Hälfte von den Einzellandtagen gewählt werden sollten. Bismarck hat an dessen Stelle den Bundesrat geschoben, die Vertretung der „Verbündeten Regierungen". Dessen politische Bedeutung lag nicht so sehr in dem Recht bestimmter Verordnungen, obwohl dies während des Krieges bedeutsam genug geworden war, als in der Rechtslage, daß seine Mitglieder nicht nach freiem Ermessen, sondern nach „Instruktionen" abstimmten. Dadurch war nicht nur der Apparat sehr schwerfällig und unübersichtlich geworden, die Beteiligung zahlreicher kleiner Souveränitäten an der Regierungsgewalt mußte zur Beugung politischer Initiative und Geschlossenheit führen. Irgend eine ähnliche Lösung mag durch die Erfahrungen der Geschichte als sachlich erledigt gelten.

Bleibt das Staatenhaus. Man kann auch bei ihm in die Tiefe der demokratischen Möglichkeiten steigen und, mit dem Ansetzen einer wesentlich geringeren Vertreterziffer, die direkte Volkswahl benutzen, die dann einen landsmannschaftlich-bundesstaatlich geschlossenen Charakter haben würde. Um die Vielwählerei zu vermeiden, wäre denkbar, die Wahlen zum Volks- und Staatenhaus in einem Gang zu erledigen — denn die Personenkreise müßten ja doch geschieden sein. Freilich würden bei einer Einschränkung der Kandidatenliste die Minderheiten hier vermutlich ausscheiden. Richtiger ist, wenn der Einzellandtag im Sinne des 49er Entwurfes die Vertretungen bestimmt; ob man sich auch hier der Logik folgend, an den Proporzgedanken festklammert, mag offen bleiben, solange unsicher ist, ob die Einzellandtage sich nicht von dieser gutmütigen Fessel frei machen. Deutlicher wäre es, wenn nach Mehrheitsverhältnissen entschieden wird, unter der Voraussetzung, daß auch die Einzelregierungen nicht dauernd in Koalitionskollegien stecken bleiben. Eine Teildelegation unmittelbar durch die Regierungen würde sich erübrigen, da künftig mit der politischen Homogenität der Ministerien und Kammern zu rechnen ist.

Das Staatenhaus ist eine Art von Oberhaus, mit bestimmten Kontroll- und begrenzten budgetären Rechten. Nicht unmöglich ist es, falls die Personenzahl nicht zu groß gefaßt ist, ein Teil der bisherigen bundesrätlichen Verordnungsrechte hierherzulegen. Der föderalistische Charakter des Hauses ist, da keine bindende Instruktionen vorliegen, nur sekundär; daß an sich diese Kammer ein Refugium partikularistischer Hemmungen werden kann, ist nicht zu übersehen. Daß sie nicht gefährlich werden, ist Sache der (früher besprochenen) Abgrenzung der Sachkompetenzen zwischen Reich und Gliedstaat.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, das, was neulich die sechs Volksbefragten als Improvisation unternahmen, die Reichskonferenz, zu einem Teil der neuen Institutionen zu machen und einen beratenden, aber nicht beschließenden,

Digitized by Google

elastischen Körper in einem „Reichsrat" zu schaffen, der aus Reichs- und Einzelstaatsministern besteht; etwas ähnliches ist auch bei den Vorarbeiten des 49er Werkes aufgetaucht, aber nicht bis zur formalen Verdichtung gekommen.

Sollte aus der heutigen Parteienlage das direkte Plebiszit für den Reichspräsidenten nicht gangbar sein, so sind die beiden Kammern genügend organische Gebilde, um als gemeinsamer Wahlkörper möglich zu sein. Die Person und Amtsdauer des Präsidenten muß aber um so mehr gesichert sein gegenüber dem Parlament, als er dessen Erwählter ist: er darf nicht sein Organ werden und muß deshalb vor Mißtrauensvoten sichergestellt sein. Die Frage ist nun: wird er, auf dem Hintergrund seiner demokratischen Herkunft, autoritär regieren oder sich eines parlamentarischen Kabinetts bedienen. Der erste Weg erscheint nur dann gangbar, wenn das föderalistische Eigenleben staatlich weitgehend geknickt ist; der zweite enthält eine vermutliche Parallele zu der Entwicklung der Glieder. Freilich der Parlamentarismus muß anders aussehen, als wir ihn bisher erlebt haben. Das war Verkrüppelung. Ein Kabinett darf nicht so entstehen, daß die Fraktionen, wenn es sich um eine Koalition handelt, erst ihre Ziffern kontingentieren, dann die Ämter verhandeln, schließlich in ihren Fraktionen die kommenden Minister ernennen und präsentieren. Der Reichspräsident muß die Möglichkeit haben, sich aus der ungefähren Mehrheit seinen Kabinettschef selber herauszusuchen und der muß dann in der Wahl seiner Mitarbeiter freie Hand haben. Zeigt er eine schlechte Hand, so wird das Mißtrauen des Parlaments sein Kabinett arbeitsunfähig machen. Aber er muß selber, wenn er nach einer persönlichen und sachlichen Homogenität strebt, nicht vor Tatsachen der Fraktionspolitik gestellt werden, sondern mit einem Höchstmaß von persönlicher Verantwortung ausgestattet werden. Dann kann er schöpferisch sein. Natürlich wird das Nebeneinander von Reichspräsidenten und Kabinettschef Reibungsmöglichkeiten enthalten: wir haben es in Frankreich, wir haben es bei den „erblichen Präsidenten" Englands erlebt, daß die tatsächliche Bedeutung zwischen den beiden Ämtern wechselt, je nachdem sie von dieser oder jener persönlichen Kraft ausgefüllt waren. Institutionen sind immer nur ein Rahmen, deren Inhalt durch das Menschenmaterial ausgefüllt wird, und deshalb ihrer Natur nach relativ.

Das alles sind nur Andeutungen. Wir haben unsererseits darauf verzichtet, unsere Auffassung in Paragraphen festzulegen, weil es uns angebracht erscheint, zuerst die politischen Tendenzen und Zweckmäßigkeiten abzutasten, bevor man zum Versuch der juristischen Formulierung weiterschreitet. Es bleibt abzuwarten, welchen Entwurf das Reichsamt des Innern unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Preuß vorbereitet und vorlegen wird. Bis dahin ist es notwendig, daß in den Parteien, die bisher eine höchste Genügsamkeit an staatsrechtlichem Denken bewiesen haben, daß in der Öffentlichkeit eine Klärung der sachlichen Grund-

Digitized by Google

probleme erstrebt wird. Das Werk der Nationalversammlung bedarf der gründlichen geistigen Vorarbeit, damit seine Durchführung nicht in endlosen Ausschußsitzungen lahm läuft.

Süddeutschland und Berlin

Von Johannes Fischer-Stuttgart

Berlin ist für das übrige Deutschland, und vor allem auch für Süddeutschland, während des ganzen Krieges und bis hinein in die Tage der Revolution eine immer schwerer zu ertragende Belastung geworden. Die mancherlei Fehler, die in der politischen Führung Deutschlands gemacht wurden und die von ganz Deutschland nun schwer gebüßt werden müssen, gehen in ihren Wurzeln auf Berlin und den Berliner Geist zurück. Die Überspannung des militaristischen Systems, die ungemeine Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze unter den einzelnen Ständen, vor allem auch zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, die herausfordernde Überhebung der Alldeutschen gegenüber anderen Völkern, all das wurde in Berlin besonders genährt, jedenfalls sah man es bei uns im Süden so an und wurde um so erbitterter dagegen, je schwieriger die innere und äußere Lage Deutschlands sich dadurch gestaltete.

Das muß vorangestellt werden, um nicht zu dem Urteil zu kommen, als sei der jetzt unleugbar bestehende tiefe Groll gegen Berlin einfach eine normale Fortsetzung der alten politischen Unterströmungen Süddeutschlands gegen Preußen. Im Gegenteil, es war jedenfalls bei uns in Württemberg bis tief in die breiten Massen des Volkes hinein zu einer klaren volkswirtschaftlichen und politischen Erkenntnis geworden, daß der Zusammenschluß mit Preußen für beide Teile eine unbedingte Notwendigkeit gewesen sei und darum bleiben müsse. Ja, als im Jahre 1910 die Süddeutsche Volkspartei mit den zwei anderen linksliberalen Parteigruppen zur Fortschrittlichen Volkspartei sich geeinigt hatte, da fand Konrad Haußmann lebhafte Zustimmung, als er in einer großen Stuttgarter Versammlung aussprach: Wir müßten alle etwas von preußischer Straffheit in uns aufnehmen, und man stimmte ihm in unserem Lande weithin zu, als er vor wenigen Monaten in einer Berliner Wählerversammlung aussprach, daß man auch im Süden die staatsbauenden Kräfte des Preußentums durchaus zu werten wisse und sie unterstützen und festhalten wolle. Als am 9. November bei der Revolution in Württemberg die schwarz-weiß-roten Kokarden von den Mützen der Soldaten abgetrennt wurden, habe ich selbst in großen Massenversammlungen erklärt, wenn das als Gegensatz gegen die Reichseinheit ausgedeutet werden müßte, so wäre es der größte politische Unverstand, der vom Standpunkt Württembergs aus betätigt werden könnte, und dabei nicht nur den stürmischen Beifall der Versammlungen, sondern auch sofort

Digitized by Google

eine Erklärung der Revolutionäre bekommen, daß sie selbst nicht daran denken, der Sache diesen Sinn zu geben.

Es steht also fest, der Gedanke der Reichseinheit und der Zusammengehörigkeit mit Preußen ist absolutes Gemeingut aller halbwegs denkenden Kreise in Stadt und Land Württembergs gewesen, so sehr, daß selbst stark zentralistische Bestrebungen hier viel Förderung und Unterstützung fanden. Wenn trotzdem jetzt solche Erbitterung gegen Berlin herrscht, dann sind es die Erfahrungen, die wir während des Krieges machten, wobei allerdings zuzugeben ist, daß auch einzelne Ämter und Stellen bei uns selbst nicht ohne Schuld sind. Um hiervon nur eines anzuführen, so war das stellvertretende Generalkommando bei uns in Stuttgart viel peinlicher in der Anwendung der Aushebungsbestimmungen, als die preußischen entsprechenden Stellen. Man wurde bei letzteren viel leichter garnisonverwendungsfähig als bei uns, und so kam es, daß in den großen Industriewerken in Friedrichshafen, bei Daimler und Bosch große Massen norddeutscher Arbeiter zugeteilt wurden, während unsere eigenen Leute, weil sie k. v. gesetzt wurden, im Felde standen. Ähnlich war es auch mit der Anwendung und Durchführung der vielerlei Ernährungs-, Ablieferungs-, Rationierungsvorschriften. Das Volk war bei uns durchweg mehr mit Staatsgesinnung erfüllt, auch in der Verwaltung, darum nahm man all die Dinge — weil Volk und Staat viel mehr als Einheit gedacht und empfunden wurde — strenger. Niemand hätte darin bei uns etwas unrechtes gesehen, wenn es durch das ganze Reich gleich geschehen wäre, aber so — bei den großen Unterschieden — verbitterte es und dies um so mehr, als Berlin dann noch so sehr der Mittelpunkt all der kriegswirtschaftlichen Zentralisation wurde, die sich im Laufe der Jahre herausbildete.

Als nun die Revolution einsetzte, die sich rasch vom Norden auch nach Süden ausbreitete, und die in unsere Verhältnisse mit einem, dem Süddeutschen vielfach fremden Geist eingriff, da rief das schon starke Verstimmungen hervor. Fast nirgends sind es bei uns bodenständige Elemente, die die Träger der Umwälzung sind. Was aber vor allem die Leidenschaften aufpeitschte, das war die Art, wie die neue Regierung, die sich „Volksbeauftragte" nennen, in Wirklichkeit aber nur Berliner Arbeiterbeauftragte sind, den Reichstag kaltstellten, den ganzen Reichsaufbau ignorierten und uns kurzerhand in den deutschen Einheitsstaat hinein verwursteln wollten. Und schließlich die absolute Unfähigkeit, gegenüber den wilden Umtrieben der Spartakusleute Ordnung und die Vorbedingungen für einen möglichst raschen Frieden zu schaffen. Wir büßen wahrhaftig schon genug von der Starrköpfigkeit und Unfähigkeit der alten, in Berlin dominierenden Mächte, und es gehört sehr viel Reichstreue und zuverlässige deutsche Gesinnung dazu, wenn wir ehrlich und voll guten Willens bereit waren, gemeinsam dieses bittere Erbe anzutreten. Wenn aber die neuen Berliner Kräfte uns mit dem Rest an Lebens-

Digitized by Google

möglichkeiten, der uns noch blieb, nun vollends ganz in ein hoffnungsloses Verderben hineinführen, dann müssen sie es sich selbst zuschreiben, wenn wir an Berlin und seinen Einfluß verzweifeln und solange andere Wege einschlagen, bis dort die Vernunft und das Verantwortlichkeitsgefühl, das solche bevorzugte Machtstellung, wie sie Berlin hat und sich anmaßt, wieder zur Geltung kommt. Wir halten Berlin die Treue, solange es irgend geht und noch einen Sinn hat. Aber wenn die Regierung lieber das deutsche Volk in den Abgrund stürzen will, als gegen Liebknecht und Genossen ihre Pflicht zu tun, so kann von uns niemand verlangen, daß wir da noch mittun. Wir dürfen es gar nicht aus Verantwortung gegenüber der Vergangenheit und nicht aus Verantwortung gegenüber der Zukunft. Berlin hat also die Wahl.

Der Sieg der ukrainischen Idee

Von Axel Schmidt

Kaum ist die deutsche Militärmacht zusammengebrochen, so ist auch ihr Schützling, Skoropadski, wie ein aufgeblasenes Kinderspielzeug, das einen Riß bekam, in sich zusammengesunken. Die „amorphe Masse" der ukrainischen Bauern, wie die Zeitschrift „Polen" noch am 13. Dezember schreibt, hat diese Fremdherrschaft abgeschüttelt und die vom Hetman abgeschaffte Volksrepublik wieder errichtet. Die Befreiung ist die Tat des Nationalverbandes der ukrainischen Parteien, die seitdem der Sozialist Winnitschenko an der Spitze der Vereinigung getreten war, große Energie und Geschicklichkeit in der Verfolgung ihres Zieles zeigte. Freilich scheint nicht der gesamte Verband aktiv an der Wiedererrichtung der Volksrepublik teilgenommen zu haben, sondern nur ihr linker Flügel (d. h. die Sozialisten, die rechten Sozialrevolutionäre und die Sozialisten-Samostinniki), während sich der rechte Flügel (die Sozialisten-Föderalisten) mehr passiv verhalten hat. Das Direktorium, das den Aufstand geleitet, besteht aus den Sozialisten Winnitschenko und Petljura, zwei rechten Sozialrevolutionären, Professor Schwez und Andrejewskyj und dem Sozialisten-Ssamostinnik Makarenko. Die Führung liegt unzweifelhaft bei den beiden Sozialdemokraten, die schon bei der Entstehung der ukrainischen Republik nach der russischen Revolution als Ministerpräsident und Kriegsminister bis zum Brester Frieden mitgewirkt haben, wo die Sozialrevolutionäre das Kabinett Holubowitsch bildeten. Daß diese Männer das Heft jetzt in die Hände genommen, bietet eine Gewähr dafür, daß die Entwicklung ruhige Bahnen einschlagen wird. Beide gehören nicht nur zu den fähigsten Köpfen in der Ukraine, sondern sind auch Realpolitiker im besten Sinne des Wortes. Sie haben daher nicht nur den sozialrevolutionären Plan der Sozialisie-

Digitized by Google

rung des Grund und Bodens seinerzeit bekämpft, sondern auch solange Deutschlands Macht hinter dem Hetman stand, alle Versuche unterstützt, mit dem Hetman zusammen zu arbeiten. Gerade Winnitschenko forderte in der „Robitnitscha Gaseta" die Sozialisten-Föderalisten, als bürgerliche Partei auf, sich dem Hetman zur Kabinettsbildung anzubieten. Er erklärte sogar einmal, daß, wenn sich dieser ihrer Pflicht nicht nachkämen, sie ihn zwängen, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten, um die Kabinettsbildung zu übernehmen. Seitdem die Schale des Sieges sich immer mehr auf die Seite der Entente zu neigen begann und damit der Hetman sein moskophiles Herz offener zeigte, haben sie aber den Kampf gegen ihn aufgenommen, bevor die Entente ihn durch ihre Truppenmacht hätte stützen können.

Der schnelle Zusammenbruch des Hetmanregiments hat gezeigt, daß diese von Deutschland gestützte Aktion des Großgrundbesitzes und eines Teils des Großbauerntums im Volke selbst gar keine Wurzel geschlagen hatte. Sogar die „amorphe ukrainische bäuerliche Masse" hat es schneller erkannt, daß Skoropadski ein toter Mann sei, als unsere militärische und diplomatische Vertretung, die bis zum letzten Augenblick noch die nationale Bewegung mit dem Schlagwort bolschewistische Unruhen abtun zu können glaubte. Es ist daher eine absolute Notwendigkeit, daß nach dem in der Ukraine vollzogenen Umschwung die deutsche Regierung neue Männer in die Ukraine sendet, die mit der festen Absicht dahin gehen, an dem Aufbau der deutsch-ukrainischen Beziehungen mitarbeiten zu wollen, statt wie bisher ihre Zeit mit dem Austausch von Händedrücken mit dem Erbfeind der Ukraine, den Großrussen, zu verzetteln. Wie konnte man von den Ukrainern verlangen, Vertrauen zu unserer Politik zu haben, wenn wir unsere Vertretung nicht nur mit dem Kadettenführer Miljukow, sondern auch mit Repräsentanten der zarischen Regierung verhandeln ließen, die das ihnen vom Hetman vor dem Bolschewismus gewährte Asylrecht dazu benutzten, um zu Ehren des „einigen, unteilbaren Rußland" an der Beseitigung des ukrainischen Staates zu arbeiten. Wie konnte Deutschland glauben, die Sympathien des ukrainischen Volkes zu erwerben, wenn zum Beispiel der Offizier, der seinerzeit die Rada auseinandergesprengt und sich dabei beleidigender Reden gegen das Parlament befleißigt hatte, nicht nur in Kiew verblieb, sondern auch der Person des Hetmans attachiert wurde. Die bisherigen Stützen des militärischen Regimes in der Ukraine müssen aber um so rascher abberufen werden, als sie es in ihrer blinden Vorliebe für das Moskowitertum nicht einmal erkannt haben, daß die Hetmanstruppen nur großrussische Offiziere ohne Soldaten waren, die nie und nimmer imstande sein würden, einer Volksbewegung Widerstand zu leisten. Für alle die großrussischen Offiziere, Beamte und Flüchtlinge aber, die unter dem Schutz des Hetmans in der Ukraine an der Wiederherstellung Rußlands gearbeitet haben, dürfte jetzt die

Digitized by Google

letzte Stunde geschlagen haben. Die neue Regierung wird zweifellos verlangen, daß sie ihre konspirative Tätigkeit außerhalb des ukrainischen Staates fortsetzen werden, da sie bisher das Asylrecht so schmählich mißbrauchten. Erst wenn diese Elemente beseitigt sind, wird es möglich werden, den ukrainischen Staat aufzubauen.

Nach dem so überaschend schnellen Sturz der Hetmansregierung scheint auch die Entente nicht mehr gewillt zu sein, diese landfremde Regierung noch weiter zu stützen, sondern sich mit den vollzogenen Tatsachen abzufinden. Wie sich aber auch die Zukunft Europas entwickeln mag, eins scheint jetzt schon sicher zu sein. Die Ukraine wird nicht von der Landkarte verschwinden. Trotz aller Fehler, die deutscherseits überreichlich bei der späteren Behandlung der ukrainischen Frage gemacht worden sind, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Deutschland es war, das im Brester Frieden zuerst den ukrainischen Staat anerkannte. Neue Männer mit neuen Gedanken könnten deswegen trotz der Ungunst der Zeiten auf dieser Grundlage ein festes Gebäude der deutsch-ukrainischen Freundschaft errichten. Daher muß jetzt die Losung heißen: Ablösung vor!

*

Im Anschluß an diese meine Ausführungen möchte ich einen Artikel aus der „Nova Rada" vom 21. 11. setzen, der zwar noch vor dem Umschwung in der Ukraine geschrieben ist, der aber auch heutzutage noch seinen Wert behalten hat. Der Verfasser, Dr. Donzow, trat nämlich schon damals trotz des deutschen Zusammenbruches nicht nur für ein Festhalten an der ukrainischen Selbständigkeitsidee ein, sondern wandte sich auch dagegen, sich kritiklos in die Arme der Entente zu stürzen:

„Nichts haben wir jetzt mehr nötig als Klarheit der Sinne. Wir müssen eine große Frage lösen — die Frage unserer nächsten Taktik. „Opportunismus oder Festhalten am Prinzip?" — so könnte man diese Frage formulieren. In weiten Kreisen, je nach dem politischen Temperament, wird der Opportunismus dem Kompromiß gleichgestellt oder als höchste politische Weisheit betrachtet, das Festhalten am Prinzip dagegen — als höchste Ehrlichkeit oder als politischer Cretinismus. Im Jahre 1871 verkündete die französische Konstituante, welche hauptsächlich aus Monarchisten bestand, die Republik, weil nach den damaligen Verhältnissen das Festhalten am Prinzip eine Idiotie gewesen wäre. Im Jahre 1793 war es seitens der Girondisten eine Naivität gegen die Prinzipiellen „vom Berg" aufzutreten, weil ihre Arbeit, nach der damaligen Schichtung der sozialen Kräfte von vornherein zu einem Mißerfolg verdammt war. An diesem Beispiel müssen wir lernen.

Digitized by Google

Ein Opportunismus, in seiner neuen Cyrillus-Methodius-Form*) wird uns keineswegs durch die gegenwärtige Lage diktiert. Er wäre am Platze, wenn die ukrainische Politik wie im Jahre 1907 sich auf eine vis major stützen könnte, welche vernichten zu wollen ein heller Wahnsinn wäre. Jedoch eine solche vis major sehen wir jetzt nicht vor uns, und wenn sie jemand zu sehen vermeint, so leidet er sicherlich an Halluzinationen. Lest nur den „Golos Kijewa" und den „Wetscher" (Zeitungen der russischen Flüchtlinge in Kiew), und ihr werdet sehen, daß die Ideen Kostomarows und Kulisch's, welche jetzt von ganz unberufenen Leuten auf ihr Banner geschrieben werden, — tote Ideen sind. Der Geist der Hingabe, die Energie der Tat, der Glaube an die eigenen Kräfte, an den nationalen Genius — alles dieses suchen wir vergebens bei jenen Leuten. An Stelle dessen finden wir die Phrase, eine plumpe Polemik, eine Armseligkeit des Gedankens und eine tierische schlecht verhehlte Angst. Wie wenig gleicht dieses alles der vis major, mit welcher uns die zu Tode erschreckten Leute schrecken, und welch ein elendes Material ist dies für eine schöpferische aufbauende Tätigkeit! . . . .

Unsere „Erneuerer Rußlands" produzieren kilometerlange Aufsätze auf das Thema — „salut aux alliés".

Schön! Diese Formel können auch wir annehmen, man darf jedoch nicht vergessen, daß wir nicht nur les alliés haben, sondern auch the allies! Vorläufig beherrschen die ersteren die Szene, da es augenblicklich zu reden gibt, wenn aber die Zeit der Tat herannahen wird, so werden letztere den Ton angeben. Und dann — davon bin ich überzeugt — werden viele unserer Freunde sich davon überzeugen, daß die Zeiten des Admirals Gervais und Loubet sehr weit zurückliegen, und daß die Thesen des Präsidenten der Vereinigten Staaten für die Herren Miljukows und Jefimowskis (großrussische Publizisten in Kiew) durchaus nicht so ohne weiteres annehmbar sind. Dies ist der andere Grund, weshalb wir unsere Stellung nicht aufgeben und auf Kompromisse nicht eingehen dürfen.

Der dritte Grund ist der Umstand, daß die gegenseitigen Beziehungen unter den Alliierten nicht dieselben sind wie 1914, und sogar 1915 und 1916. In Warschau sitzt Pilsudski, in Lemberg — Kostij — Lewicki (Ukrainer) und wenn morgen dort auch ein anderer sitzen sollte, so wird es doch in keinem Fall der Graf Bobrinski (großrussischer Politiker) sein. In Kiew endlich wird Enne bald sein. In Moskau — wer weiß wer. Alles dieses ist so ganz anders, als es vor zwei

*) In den fünfziger Jahren gründeten Schewtschenko, Kostamarow und Kulisch die Cyrillus Methodius-Gesellschaft zur Wiederbelebung der ukrainischen Idee. Diese Bestrebung war damals noch stark literarisch gerichtet, während die jetzige politische Bewegung weit über sie hinausgegangen ist.

Digitized by Google

bis drei Jahren war. Deshalb wird das Echo, welches die Stimmen der Miljukows bei einer eventuellen Regelung der osteuropäischen Fragen wecken werden, nicht so laut sein, wie es gewesen wäre, wenn .... usw.

Alles dies müssen wir in Betracht ziehen, bevor wir an uns — wie dies einige Weise uns raten — ein Charakiri verüben. Solch ein Charakiri wäre aber eine Politik des Opportunismus, eine Politik des Ersatzes unserer Ideale durch die alten Cyrillus-Methodius-Ideale.

Innerhalb der ukrainischen Bauernschaft haben sich infolge allgemein bekannter Ursachen viel bolschewistische Elemente eingenistet. Gegen diese Elemente müssen wir kämpfen, aber dessen fest eingedenk sein, daß es ohne die ukrainische Demokratie, ohne ihre Zustimmung niemandem gelingen wird, Ordnung im Lande zu schaffen. Dies werden wir versuchen auf der Grundlage des Prinzips do ut des aux alliés klarzumachen, welche, wie die Zeitungen melden, von Saloniki, Budapest und Zanzibar in Richtung Kiew marschieren. .... Die ukrainische Idee ist mächtig und die Aussichten für ihre Durchführung ohne Kompromisse sind größer, als viele Leichtfertige glauben. Wollen wir das nicht vergessen und bedenken, daß die Großen uns oft nur deshalb groß erscheinen, weil wir vor ihnen auf den Knien liegen. Nein, die Stunde zum „Einpacken" ist für uns noch nicht gekommen. ....

Verfassungsnöte in China

Von Dr. W. Schrameier

Nachdem Hsü schi-tschang im August d. J. zum neuen Präsidenten in China erwählt ist, hat sich das Parlament abermals an die Aufstellung eines Verfassungsentwurfs gemacht. Die Vorarbeiten zur Schaffung einer konstitutionellen Verfassung setzten bereits zur Zeit der Mandschuherrschaft ein. Im Jahre 1907 erschien ein kaiserliches Edikt mit einem Verfassungsprogramm, das innerhalb von neun Jahren verwirklicht werden sollte. Nicht vom Volke ging der Anlaß zu dessen Beteiligung an den Aufgaben des Reichsganzen aus, vielmehr entsprang der Versuch dem Wunsch, eine straffere Zusammenfassung der Regierung in einer Staatsbildung nach europäischem Muster zu erreichen. Es war ein ungewöhnliches und in seiner Halbheit schädliches Wagnis; indem die Regierung die Schleusen öffnete und den ungehemmten Volkswillen sich plötzlich frei entfalten ließ, beschwor sie selbst die Gefahr herauf, daß der Strom die Dämme überflutete.

Am 2. Oktober 1910 trat das Vorparlament zur sachlichen Erörterung des

Digitized by Google

kaiserlichen Programms zum erstenmal zusammen. Anstatt zu beraten, verlangten die Abgeordneten sofortigen Anteil an der Leitung der Geschäfte; drohend stellten sie als erste Forderung die Errichtung eines verantwortlichen Kabinetts auf. Die Regierung wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie die anspruchsvollen Volksvertreter mit dem Versprechen, das gewünschte Kabinett zu bilden, nach Hause schickte. Wie sie ihrem Versprechen nachkam, erhellt daraus, daß unter den neuen Kabinettsmitgliedern sich im ganzen fünf kaiserliche Prinzen befanden.

Auf Drängen der Abgeordneten mußte der Zeitpunkt der Einführung der konstitutionellen Verfassung von 1917, wie die Regierung ursprünglich geplant hatte, auf 1913 verlegt werden. Tatsächlich trat sie bereits am 3. November 1911 in Kraft, als die Mandschus zur Rettung ihrer Herrschaft sich an den Strohhalm der „XIX Artikel" klammerten. Der Regent trat damit zurück und gab Yuan schi-kai als Premierminister volle Regierungsgewalt; die Macht lag beim Parlament; die Rolle des Kaisers sank bis zur Bedeutungslosigkeit. Dem Parlament verantwortlich war der Ministerpräsident, der sich sein Kabinett selbst bildete; nur die formelle Bestätigung des Kabinetts verblieb dem Kaiser. Jedoch kamen die Konzessionen an den Volkswillen zu spät: die würdelose Selbsterniedrigung konnte das Kaiserhaus nicht mehr retten; am 13. Februar 1912 mußte das Herrschergeschlecht aus dem Mandschuhause, das die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstanden hatte, abdanken.

Einmütig wurde am 15. Februar Yuan schi-kai zum Ministerpräsidenten gewählt. Seinen Sitz nahm er in Peking. Dorthin siedelte auch die Volksvertretung, das Vorparlament, über und begann, nachdem am 10. März zugleich mit der Bestallung des vorläufigen Präsidenten die „Vorläufige Verfassung" der Revolutionspartei in Nanking in Kraft getreten war, am 29. April 1912 ihre Arbeiten. Als Vorbild der vorläufigen Verfassung hatte der chinesischen Republik Amerika gedient. Das Vorparlament sollte sich auflösen, sobald das wirkliche Parlament seine Befugnisse übernehmen könnte. Neben dem Streben, die Außenländer, Tibet, Mandschurei, Mongolei, näher an sich zu kitten, ging die Neigung einher, die Provinzen, von denen manche das Deutsche Reich an Ausdehnung und Volkszahl übertrafen, als selbständige Gebilde nach Art der amerikanischen Bundesstaaten der Republik einzugliedern.

Im August 1912 wurden die gesetzlichen Vorschriften für die künftige Parlamentsorganisation und die Wahlen für Ober- und Unterhaus veröffentlicht. Yuan schi-kai verlangte vom Vorparlament die sofortige Herstellung eines Verfassungsentwurfes. Dagegen wurde geltend gemacht, daß

Digitized by Google

diese Aufgabe dem Parlament überlassen bleiben müsse. Zu gleicher Zeit wurde die Frage aufgeworfen, ob die Wahl eines ständigen Präsidenten bereits vor Annahme der Verfassung vorgenommen werden dürfe. Aus dem wüsten Wirrwarr der Parteigruppierung hoben sich allmählich zwei politische Parteien ab: die Radikale (Kuomintang) und die Liberale (Hsinputang). Hauptziel jener war die Milderung der Pekinger Zentralgewalt durch Einräumung weitgehender Selbständigkeit an die Provinzialverwaltungen, während diese in der Erhaltung einer überragenden Zentralgewalt die Grundlage einer ungestörten Entwicklung des Reiches erblickten. Den Radikalen gelang es, Yuan schi-kais Verfassungsvorschlag zu verhindern.

Im Laufe des Winters 1912/13 fanden die Wahlen zum Parlamente statt; im April 1913 trat es zusammen, und ein Komitee, hauptsächlich bestehend aus Mitgliedern der Kuomintang, wurde mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betraut. Während der Beratung verschärften sich die Gegensätze; eine zweite Revolution brach im Sommer 1913 aus. Nach ihrer gewaltsamen Unterdrückung wurde auf Grund eines im Oktober veröffentlichten Präsidentenwahlgesetzes am 6. Oktober Yuan schi-kai zum ständigen Präsidenten gewählt. Die Wahl fand in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Parlaments statt; die Amtsdauer war auf fünf Jahre festgesetzt, jede Verlängerung ausgeschlossen. Am 10. Oktober, dem zweiten Jahrestage des Beginns der ersten Revolution, wurde der Präsident in sein Amt eingeführt. Ihrer Erbitterung gegen das mißliebige Staatsoberhaupt gaben die Radikalen in dem Verfassungsentwurf Ausdruck, den das Komitee am 26. Oktober fertigstellte. Dieses Mal waren es französische und englische Vorbilder, nach denen das System einer Kabinettsregierung unter Verlegung der Hauptgewalt in die Gesetzgebende Körperschaft durchzuführen versucht wurde. Da der Präsident auch für sich das Recht beanspruchte, bei der Verfassung mitzuwirken und sich dabei auf Beispiele der französischen und amerikanischen Geschichte stützte, kam es zu einem Zusammenstoß. Der Präsident griff zur Gewalt und löste nach einem Appell an das Volk vom 4. November kurz entschlossen die radikale Partei auf. Aus Mangel an Mitgliedern mußte das Parlament seine Sitzungen einstellen. Die Folge davon war, daß der Präsident sich mit der Regierung deckte; aus dem Präsidenten wurde der Diktator.

Die Sorge um die ständige Verfassung ging weiter. Ein amerikanischer Berater der chinesischen Regierung arbeitete nunmehr ein Schema aus, das die allmähliche sachliche Umwandlung des Präsidialsystems in das Parlamentssystem ins Auge faßte. Ein Beratungskörper wurde vom Präsidenten berufen, der am 28. Dezember 1913 seine Arbeiten zur Vorbereitung der endgültigen

Digitized by Google

Verfassung aufnahm. Das Vorparlament wurde aufgelöst (10. Januar 1914), in logischer Folge fielen zugleich die Provinziallandtage und die Selbstverwaltungsverbände (1. Mai). China bildete somit eine Republik ohne legislative Volksvertretung. Was der Präsident wollte, kleidete das Beratungsamt in die Form empfehlenden Rates an den Präsidenten. Ein neuer Verfassungsausschuß wurde geplant, dazu ein besonderes Wahlgesetz erlassen. Als Zweck und Ziel des neuen Verfassungsentwurfes — der „Revidierten Provisorischen Verfassung" — wurde dem im März 1914 in Peking zusammentretenden Ausschuß bedeutet, daß der Präsident nicht dem Parlament unterstehe und die Kabinettsminister vom Präsidenten abhingen. Schon Ende April hatte der Ausschuß seine Arbeiten beendet; der Entwurf wurde am 1. Mai veröffentlicht. Den Geist dieses Entwurfes kennzeichnet ein Chinese mit den Worten: „Der Präsident besitzt die ganze Verfassungsgewalt". Die Befugnisse, die Yuan schi-kai auf seine Person hatte zuschneiden lassen, übertrafen diejenigen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika; selbst die Rechte des unbeschränktesten aller Monarchen, des japanischen Mikado, verblaßten vor denen, die der Präsident der Republik China sich zulegen ließ.

Aber die Erledigung der endgültigen Verfassung, ohne die der Bestand der Republik unsicher war, verlangte ein neues Parlament. Mit der Revidierten Provisorischen Verfassung war man dem Ziele insofern näher gekommen, als sie die Ernennung eines Staatsrates mit gesetzgeberischen Befugnissen durch den Präsidenten vorsah. Ein Ausschuß dieses Staatsrates sollte den Entwurf der endgültigen Verfassung bearbeiten, der Staatsrat ihn billigen und schließlich eine ad hoc zu berufende Nationalversammlung ihn verabschieden. Gemäß den Vorschlägen des Verfassungsausschusses setzte sich der aus 70 Mitgliedern bestehende Staatsrat zusammen. Im Volksmunde hieß er — eine Nachahmung des ursprünglichen Senats der Vereinigten Staaten — wegen der Betagtheit und Rückständigkeit seiner Mitglieder „Museum von Altertümern" und „Yuan schi-kais Ja-Brüder". In ihm fanden sich die ältesten Jugendfreunde des Präsidenten mit anderen betagten Würdenträgern zusammen. Die erste Frucht seiner gelehrten Studien war das neue Gesetz für die Präsidentenwahl vom 29. Dezember 1914. Damals wurde die Amtsdauer des Präsidenten auf zehn Jahre festgesetzt, sie durfte durch einfache Verfügung des Staatsrates nach jedesmaligem Ablauf auf Lebenszeit verlängert werden. Der Präsident hatte selbst drei würdige Männer vorzuschlagen, aus denen der Nachfolger gewählt werden sollte, und machte den von ihm gewünschten Vizepräsidenten vor der Wahl namhaft.

Daneben gingen die Arbeiten für den parlamentarischen Wiederaufbau. Es

Digitized by Google

war der dritte Versuch, dem Lande ein Parlament zu geben. Unter dem Prinzregenten war im Jahre 1909 der als Vorparlament gedachte Reichsausschuß zusammengetreten; er wurde nach der Wutschanger Revolution durch das unter allgemeiner Begeisterung einberufene Interimsparlament abgelöst, das vom Frühjahr 1912 bis zum Herbst 1913 lebte. Durch Yuan schi-kais Staatsstreich brach diese Herrlichkeit zusammen. Unter den zahlreichen Entwürfen zu einem Staatsgrundgesetz hatte sich keiner als geeignet und lebensfähig erwiesen. Dem neu geplanten Verfassungsausschuß bahnte die Arbeit des amerikanischen Beraters der chinesischen Regierung den Weg. Seiner nahm sich der schnell berufene Gesetzgebende Senat (Lisayuan) insoweit an, als er das Wahlgesetz dafür schuf. Der von diesem Verfassungsausschuß herzustellende Verfassungsentwurf sollte schließlich einer nationalen Versammlung vorgelegt und von ihr gebilligt werden, für die gleichfalls ein Wahlgesetz entworfen und verkündet wurde. Verschleppungen der Arbeit wurde durch Beschränkung der Tagungsfrist des Verfassungsausschusses vorgebeugt; gelang es ihm nicht, den Entwurf binnen vier Monaten durchzubringen, so war er aufzulösen und ein anderer zu berufen.

Während die Beratungen begannen und die Vorbereitungen zum Zusammentritt der Nationalversammlung im Februar 1916 getroffen wurden, leitete Yuan schi-kai den Schritt ein, auf den der Gang der Entwicklung mit Notwendigkeit hinführen mußte. Auf seine eigene Veranlassung wurde er mit Telegrammen aus dem Lande überschüttet, er möge die Monarchie wieder aufleben lassen. Ein Plebiszit ergab, genau wie die Regierung es vorbereitet hatte, eine überwältigende Mehrheit für die konstitutionelle Monarchie mit Yuan schi-kai als Kaiser. Nicht auf das chinesische Volk ist es zurückzuführen, daß der mit frischer Seide überzogene Thronsessel nicht besetzt werden konnte; das Ausland mischte sich ein und machte dem Intrigenspiel ein Ende.

Yuan schi-kai starb am 6. Juni 1916. Der neue Präsident Li yuan-hung hob die Revidierte Provisorische Verfassung vom Mai 1914 (Yuan schi-kais Werk) auf und stellte die Provisorische Nankinger Verfassung wieder her. Die Mitglieder des Vorparlaments zogen, so viel ihrer noch lebten, wieder in Peking ein und begannen abermals die Beratungen einer endgültigen Verfassung. Und wieder stießen all die großen Gegensätze, die im Laufe der Jahre sich herausgebildet hatten: Zentralregierung und Provinzen, Exekutive und Legislative, Liberalismus und Radikalismus, Präsident und Kabinett auf einander mit größerer Schärfe als zuvor. Eine besondere Schwierigkeit, die allein schon die Unversöhnlichkeit der Anschauungen erkennen ließ, bereitete die Frage der Unterordnung des Parlaments unter den Willen der mit eigenen Kammern versehenen Provinzen. Auch diese Beratungen sind nicht zu Ende

Digitized by Google

geführt worden. Bei dem allgemeinen Wirrwarr versagte der schwache Präsident und gab einem unternehmenden General Gelegenheit zu einem Staatsstreich durch Wiederbelebung der Mandschudynastie. Nach diesem nur wenige Tage dauernden Intermezzo verzichtete der Präsident auf sein Amt, und ein neuer Präsident, Feng kuo-tschang, minderwertiger noch als sein Vorgänger, folgte, sich hinter der Diktatur des Ministerpräsidenten, des ehrgeizigen Tuan tschi-jui, versteckend. Wegen Uneinigkeit mit dem Ministerpräsidenten wurde das Parlament Mitte vorigen Jahres aufgelöst, die Mitglieder zerstreuten sich nach allen Seiten; ein Teil bemühte sich, in Kanton, im Süden des Reiches, die Scheinexistenz eines Parlaments fortzufristen. Es bildete sich dort eine neue Regierung, die nach Abbruch der Beziehungen dem Norden den Krieg erklärte. Nacheinander machten sich einzelne Provinzen unabhängig und gründeten *selbständige Republiken*, den allgemeinen *Zerfall des Reiches* vorbereitend.

Der rechtlose Zustand führte zu einer Neubildung des Parlaments, dieses Mal als Nationalrat unter Aufsicht der Militärpartei. Am 10. November 1917 begann die Tagung. Das alte Spiel für die Vorbereitung der endgültigen Verfassung wiederholte sich. Mit der Beratung der Gesetze für die Parlamentsorganisation und der Wahlen dazu wurde begonnen. Nach Vollendung der Arbeiten und Zusammentritt des neuen Parlaments am 11. August 1918 konnte am darauf folgenden Tage der Nationalrat nach Hause geschickt werden. Die erste Amtshandlung des Parlaments war die *Wahl eines neuen Präsidenten*, aus der Hsü schi-tschang hervorging. Gegen diese Wahl legten die sich allein als zuständig betrachtenden Reste des in Kanton versammelten Vorparlaments Verwahrung ein: sie würden den Präsidenten nicht anerkennen, und erklärten auch ihm den Krieg.

Damit ist die *Verwirklichung einer endgültigen Verfassung* in weitere Ferne gerückt als je zuvor. Man darf nun nicht annehmen, daß der Kampf zwischen dem Süden und Norden aus dem Gegensatz zwischen Militärpartei und Demokratie, oder zwischen Monarchie und Republik heraus geboren sei, denn sowohl im Norden als im Süden sitzen Revolutionäre und Demokraten. Auch in einer Republik gibt es Zufriedene und Unzufriedene, und da eine mächtige Regierung fehlt, die das Volk zusammenhält, so pflegen sich die selbsternannten Volksvertreter, sobald sie unzufrieden sind, nach dem Süden zu verziehen, um vom sicheren Schlupfwinkel aus gegen ihre Genossen im Norden, ebenfalls selbsternannte Volksvertreter, zu wühlen. Es ist ein *Kampf um die Macht*, nicht um Ideale, nicht um Aufgaben und Ziele des Volkswohls. Im Norden sitzen die Generale, die die republikanische Welle hochgebracht hat.

Digitized by Google

Unter ihrer Führung greift eine ganz absonderliche Art Militarismus um sich; wie die Führer die öffentlichen Gelder zu eigenem Nutzen verschwenden, so werfen die Banden, die sich Soldaten nennen und dem am besten Zahlenden ihre Dienste verkaufen, sich auf die schutzlosen Bürger und Bauern und plündern sie aus. Während es diesen gut geht, murren ihre politischen Gegner, Männer, die zum Teil hohe Ämter verwaltet haben, ein Tang schau-yi, früherer Gouverneur der Provinz Mukden, ein Tsen tschun-hsüan, der als Generalgouverneur lange Jahre eine Rolle spielte, ein Wu ting-fang, zeitweise Gesandter in Amerika, und so viele andere, die es nicht verwinden können, von der Krippe ausgeschlossen zu werden.

Die mit so freudiger Erwartung inszenierte parlamentarische Regierung, an deren Wiege die modernen Intellektuellen und politischen Abenteurer Jung-Chinas standen, war von Anfang an nichts anderes, als ein klägliches Trauerspiel, angefüllt mit widerlichen Bildern niedrigster Habsucht, ödesten Parteihaders, gemeinster Intrigen und schlimmster Zuchtlosigkeit; von wahrer Vaterlandsliebe bemerkte man nichts. Nach der eisernen Diktatur eines Yuan schi-kai und der Selbstherrlichkeit des Premierministers Tuan tschi-jui ist jetzt ein konservativer Präsident vom reinsten Wasser am Ruder, Hsü schi-tschang, Mandarin und Konfuzianist der alten Schule, ausgesprochener Monarchist, früherer Generalgouverneur der Mandschurei, Vormund des Kaiserknaben unter den Mandschus, verschieden von seinen Vorgängern nur durch politische Anständigkeit und reine Hände. Auch er wird den verfahrenen Staatskarren nicht mehr aus dem Schmutz ziehen. Denn nicht die Regierungsform entscheidet über den Charakter und die Lage des Volkes, sondern mit Plato und Mill müssen wir annehmen, daß der Nationalcharakter notwendig Form und Richtung der Regierung bestimmt.

Über den Verfassungsstreitigkeiten hat sich der Kitt, der die chinesischen Provinzen bis dahin zusammenhielt, allmählich gelockert. Schamlose Geldgier der Machthaber und Raubsucht zuchtloser Söldner lasten auf dem Bürger. Die öffentlichen Kassen sind leer, und eine ungezügelte Anleihewirtschaft verschleudert die Bodenschätze, die Fremden als Pfänder angeboten werden. Japanischer Geld- und Handelseinfluß überzieht wie ein dichtes Netz das Land, und das Volk sieht seine eigene Rettung nur noch in dem Eingreifen fremder Mächte, Englands und Amerikas.

Noch immer ist das Staatsgrundgesetz nicht gestaltet. Nur die Gegensätze sind bei den Beratungen in voller Schärfe zum Ausdruck gelangt, die vermittelnde Form hat sich nicht gefunden. Sie wird sich auch nicht finden lassen. Nachdem die Anstifter der Revolution versäumt hatten, ein fertiges Programm vorzulegen und als Verfassung dem Volke aufzudrängen, war die Stunde

Digitized by Google

vorbei. Verfassungen und Verfassungsänderungen zum Gegenstande verstandesmäßiger Beratung unter widerstreitenden Parteien zu machen, heißt, einem Patienten zumuten, mit eigener Hand eine Operation an sich zu vollziehen. Die Geschichte lehrt, daß auf diese Weise keine Verfassungen zustande kommen: sie werden einem Volke im Zustande tiefster Erschöpfung aufgezwungen oder in einem Zustande überschäumender nationaler Erhebung übernommen. Jeder andere Versuch gleicht, wie auch Home-Rule für Irland zeigt, der Quadratur des Zirkels.

Wird Wilson, einer der größten lebenden theoretischen und praktischen Kenner von Staatsverfassungen, sich der Not des Volkes annehmen und auf eine Einladung zur Intervention durch Oktroyierung einer Verfassung endlich den Weg zu fruchtbarer Gesetzesarbeit und sachlicher Entwicklung bahnen? Oder wird eine Haager gemischte Kommission die Verfassungsnöte enden?

Minderwertiges Geld und städtische Notenausgabe

Von Walter Engel

In der Stadtgeldausgabe ist ein gewisser Höhepunkt erreicht. Die Stadt Berlin gibt nun auch eigenes Geld aus. Sie betritt damit eine Bahn, die schon seit Jahren während des Krieges von großen und kleinen Städten, von Handelskammern, ja sogar von ländlichen Verwaltungsbezirken in der ganzen Welt beschritten worden ist. Man hat sich leider nie klar gemacht, wie die Ausgabe von Stadtgeld auf den Verkehr in der ausgebenden Stadt selbst wirkt. Nur so ist es zu erklären, daß man jetzt glaubt, mit den 400 Millionen Mark Scheinen, die die Stadt Berlin in den Verkehr zu werfen im Begriffe steht, eine nennenswerte Erleichterung der durch die augenblickliche Knappheit an Zahlungsmitteln hervorgerufenen Schwierigkeiten herbeizuführen. Eine Statistik der umlaufenden Zahlungsmittel in Bezirken, die eigene Noten ausgeben, hat man leider, teilweise infolge der großen Schwierigkeiten, die einem derartigen Unternehmen entgegenstehen, teilweise weil man sich überhaupt nicht mit dem Problem beschäftigt hat, unterlassen. Trotzdem aber läßt sich beweisen, und zwar auf theoretischem Wege, daß selbst die größte Ausgabe eigener Noten die umlaufenden Zahlungsmittel in den ausgebenden Bezirken nicht um einen Markschein erhöht; (oder genau gesagt, doch insofern vermehrt, als die Zahl der im ganzen Reiche umlaufenden Noten dadurch eine unerhebliche Steigerung erfährt.)

Schon im 16. Jahrhundert wurde von den spanischen Cortes das sogenannte

Digitized by Google

Greshamsche Gesetz lebhaft erörtert. Zum ersten Male wurden die Tatsachen, deren Beobachtung zur Aufstellung dieses Gesetzes geführt haben, von W. Stafford in seinen „Drei Gesprächen über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen" erwähnt. Mitte des 16. Jahrhunderts soll der englische Finanzagent in Antwerpen und Begründer der Londoner Effektenbörse das Gesetz in der heute noch gültigen Fassung formuliert haben. Es besagt: „Schlechtes Geld vertreibt gutes, aber gutes Geld kann schlechtes nicht vertreiben". Entsprechend dem damaligen Stande der Geldverfassung wurde es zunächst im Hinblick auf die Münzen begründet. Man sagte etwa: wo nebeneinander zu gleichem Nennwert vollwichtige und nicht vollwichtige Währungsmünzen umlaufen, werden die nicht vollwichtigen zu Zahlungszwecken benutzt, die vollwichtigen dagegen aus dem Verkehr gezogen, um entweder als Zahlungsmittel im Auslande oder aber ihres Edelmetallgehaltes wegen in der Industrie verwandt zu werden. Heute handelt es sich nicht mehr um Münzen, sondern um Papierscheine. Es dürfte trotzdem klar sein, daß auch hier das Greshamsche Gesetz unbestreitbar gültig ist. Die schlechteren Noten werden innerhalb des ausgebenden Bezirkes zu Zahlungszwecken benutzt; die besseren wird man zu Zahlungen außerhalb des ausgebenden Bezirkes zu verwenden suchen, oder, wie man sich heute auszudrücken pflegt, „hamstern". Die von der Stadt Berlin ausgegebenen Noten — in den anderen Städten verhält es sich genau so — sind unbedingt schlechter als die vom Reich ausgehenden Scheine. Nicht etwa, weil das Geld der Stadt Berlin weniger sicher wäre — es sollte, besonders bei Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften für die Ausgabe von Stadtgeld kein Mensch auf den Gedanken kommen, die Noten der Stadt Berlin seien weniger sicher als die des Reiches —, sondern nur deswegen, weil der Geltungsbereich des Berliner Geldes ein bedeutend kleinerer ist, als der der Reichsnoten. In Berlin selbst wird man sich daher sofort bemühen, möglichst mit dem Stadtgeld zu zahlen, während man das Reichsgeld zu Zahlungen außerhalb Berlins zu verwenden trachten wird, oder, in der Formulierung des Greshamschen Gesetzes ausgedrückt, das schlechtere Berliner Stadtgeld wird das bessere Reichsgeld aus dem Berliner Bezirk, dem Geltungsbereich des Stadtgeldes, vertreiben. Nun ist es klar, daß nicht das ganze Reichsgeld aus Berlin vertrieben werden kann. Dazu ist die von der Stadt ausgegebene Notenmenge nicht groß genug, wohl aber wird das aus Berlin vertriebene Reichsgeld genau der durch die Stadt Berlin verausgabten Geldmenge entsprechen. Man kann die Vorgänge, die sich abspielen werden, geradezu mathematisch formulieren. Wenn wir das Reichsgeld R M nennen, die in Berlin zirkulierende Menge dieses Geldes mit x annehmen, also das in Berlin zirkulierende Reichsgeld als x R M bezeichnen, das von der Berliner Stadtverwaltung auszugebende Geld B M nennen, die Summe dieses

Digitized by Google

Geldes mit 400 Millionen annehmen, also die Summe des zirkulierenden Berliner Stadtgeldes mit 400 Millionen BM bezeichnen, so ergibt sich in den ersten Minuten nach der Ausgabe des Stadtgeldes folgende Notenzirkulation im Berliner Stadtgebiet:

x RM + 400 Millionen BM;

also zunächst eine Steigerung. Schon nach wenigen Stunden aber ändert sich das Bild, wie folgende Formel zeigt:

x RM + 400 Millionen BM — 400 Millionen RM;

d. h., in Berlin selbst hat die Notenzirkulation nicht um einen Markschein zugenommen (abgesehen davon, daß durch die Ausgabe des Berliner Stadtgeldes für die übrigen Reichsgebiete 400 Millionen frei werden, von denen ein verschwindend geringer Teil allerdings auch der Stadt Berlin zugute kommt. Insofern bedarf die eben angegebene Formel noch einer kleinen Korrektur). Die wohlgemeinten Anstrengungen der Stadt Berlin verpuffen wirkungslos.

Diese Folge der Notenausgabe durch Städte hat man bisher noch nicht ins Auge gefaßt. Wohl hat man aber häufig von schädlichen Wirkungen der Notenpressen im allgemeinen und besonders der städtischen Notenpressen gesprochen. Die ebenso alten wie vieldeutigen und verwirrten Begriffe von „Inflation der Noten" und „Quantitäts-Theorie" müssen wieder herhalten, um das Steigen der Preise auf die Notenausgabe zurückzuführen. Vor einigen Wochen hat die „Leipziger Volkszeitung" mit geradezu leidenschaftlichen Worten die Geldausgabe der Stadt Leipzig in einem sehr bemerkenswerten Artikel bekämpft, aus dem nach dem „Berliner Tageblatt" vom 4. 11. folgendes zitiert sei:

„Der Krise soll gesteuert werden, indem neue Mengen Papiergeld, und zwar ganz minderwertiges in den Verkehr geworfen werden sollen. Man will die Krise vertuschen, indem man sie verschärft. Denn die Folge dieser Papiergeld-Emissionen wird sein, daß die Preise weiter steigen, das Vertrauen immer mehr sinkt, die Papiergeldhamsterei immer größer wird, worauf neue Emissionen erfolgen werden — kurz: Schraube ohne Ende, bis das Schwindelsystem zusammenbricht.

Die Banknotenpressen laufen mit äußerster Geschwindigkeit, — aber je schneller sie laufen, um so niedriger wird der Kurs ihrer Produkte, gemessen an Ware. Die Geldverhältnisse im Osten zeigen, wohin eine solche Geldmacherei führt."

Das „Berliner Tageblatt" sucht diesen kuriosen Auffassungen entgegenzutreten, trifft aber auch nicht den Kernpunkt der ganzen Frage. Um sich ein Bild davon machen zu können, wie die Notenausgabe auf die Preise wirkt, braucht man sich nur die Vorgänge zu vergegenwärtigen, die sich bei der Ausgabe von Geld ab-

Digitized by Google

spielen. Diejenigen, die behaupten, ein Steigen der Preise sei die Folge gesteigerter Notenausgabe, müssen unbedingt annehmen, daß zunächst die Noten ausgegeben werden und dann die Preise steigen. In Wirklichkeit verhält es sich aber so, daß erst die Preise steigen und dann Noten in erhöhtem Maße ausgegeben werden müssen. Man denke sich die Vorgänge im August 1914. Der Staat brauchte Kanonen, Munition und anderen Kriegsbedarf in einem bisher ungeahnten Maße. Durch diese außerordentlich intensive Nachfrage stiegen die Preise, und um die hohen Preise bezahlen zu können, mußte er in erhöhtem Maße Noten ausgeben. Dadurch stieg der Notenumlauf. Wenn Städte Geld ausgeben, so liegen die Dinge, genau betrachtet, ganz ebenso; denn auch hier werden nur die Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht, um damit Waren, zu denen auch die Arbeitsleistungen der Beamten und ähnliches gehören, zu zahlen. Je höher die Preise sind, um so höher muß auch hier der Notenumlauf steigen. Nun spricht die „Leipziger Volkszeitung in ihrem Artikel von dem „Vertrauen", das man dem Geld entgegenbringt. Das Vertrauen zu den Noten hängt nicht davon ab, was „hinter ihnen" steht; es ist dem Empfänger einer Banknote ganz gleichgültig, ob irgendwo in der Reichsbank Milliarden Schätze Goldbarren liegen oder nicht, um so mehr, als er gar nicht den ihm zustehenden Teil bekommen kann. Das Vertrauen in diese Noten hängt vielmehr davon ab, was man sich für sie kaufen kann. Wenn daher die Preise hoch sind und man wenig für seine Noten bekommt, so ist die Bewertung der Noten, die man mit einem schiefen Ausdruck allenfalls „Vertrauen" nennen kann, eine geringere, als wenn die Preise niedrig sind und man also viel für seine Noten erhält.

Man sieht daraus, daß hinter den Worten „Inflation der Noten", „Quantitäts-Theorie", „Vertrauen" usw. gar keine Begriffe stehen, daß es müßig ist, dauernd mit diesen Worten zu operieren. Man kann also die Ausgabe von Stadtgeld nicht als schädlich oder gar als katastrophal bezeichnen; nur zwecklos ist sie und bringt, worauf die „Leipziger Volkszeitung" übrigens auch hinweist, gewisse Unbequemlichkeiten mit sich.

Brief an die „Deutsche Politik"

Die Befehlsgewalt im Heere

Einsichtige Offiziere waren sich seit langem klar darüber, daß die Mißstimmung in der Armee dauernd zunahm, daß trotz vieler Bemühungen, berechtigte Ursachen derselben zu beseitigen, man an den Angelpunkten blind vorüberging und daß bei dem ersten äußeren Anlaß eine Katastrophe eintreten konnte.

Digitized by Google

Um aus dem zertrümmerten Alten neues zu schaffen, müssen wir uns die rein im militärischen System wurzelnden Ursachen (die politischen wie Aufklärungfeldzug, preußisches Wahlrecht übergehe ich hier) klarmachen, die sich an den Revolutionstagen in blindem Haß gegen alle Offiziere äußerten.

Das Haupttärgernis war die Bevorzugung der Offiziere bei der Verpflegung. Von der obersten Leitung wurde dauernd im Sinne der Gleichheit hingewirkt, leider vielfach ohne Erfolg. Besonders bei manchen Stäben und in der Etappe wurde oft eine Bewirtschaftung geführt, die durchaus nicht mit der den Untergebenen gepredigten Enthaltsamkeit in Einklang zu bringen war. Übrigens waren vielfach auch Unteroffiziere und Mannschaften gegenüber der Front wesentlich bevorzugt, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß man hauptsächlich die Bevorzugung der Offiziere sah. Vielfach schuldig waren die Intendanturen, besonders bei der Verteilung der außeretatsmäßig den Marketendereien zur Verfügung gestellten Lebensmitteln. Zu Spottpreisen wurden solche oft den Stäben überlassen, während die Frontruppen fast leer ausgingen.

Bei der Verteilung der Auszeichnungen wurden die Offiziere enorm bevorzugt. Das E. K. 1 wurde oft erst an fast sämtliche Offiziere einschließlich der hinten sitzenden, vergeben, ehe Unteroffiziere und Mannschaften bedacht wurden.

Vor allem aber hat der allzugeringe Schutz vor Willkür im allgemeinen geradezu verheerend gewirkt. Sicher war bei weitem der größte Teil der Offiziere pflichtbewußt, kameradschaftlich für die Mannschaften besorgt. Der Fehler des Systems aber war, daß es gegen schlechte Offiziere zu geringen Schutz gab. Ein verständnisloser höherer Offizier z. B., der die Leute schlecht behandelte, warf alle moralischen Erfolge über den Haufen, und ehe ein solcher beseitigt wurde, hatte er oft unendliches Unheil angestiftet; so energisch man sonst im Heere war, mit derartigen psychologisch ungeeigneten Offizieren hatte man oft eine Engelsgeduld. Dazu machte ein schikanöses Beschwerderecht den Schutz vor ungerechter Behandlung fast illusorisch, wenn es sich nicht gerade um ganz schlimme Dinge handelte.

Nun ist das Unglück über uns hereingebrochen und in einem Augenblick, wo wir eine disziplinierte Armee nicht weniger als bisher brauchen (man denke nur an die Verhältnisse in Posen und an der böhmische Grenze, an die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren) ist dieselbe unter der Wirkung des Soldatenratssystems auf dem Wege, sich in einen zuchtlos zusammengewürfelten Haufen zu verwandeln. Jeder Soldatenrat regiert für sich; jeder erklärt sich für souverän und redet in die Exekutive hinein. Nur in einem halten sie Disziplin: die Leute in der Disziplinlosigkeit gegen Vorgesetzte zu unterstützen. Die Regierung ist vollkommen machtlos und muß sich in hilflosen Erlassen aus Angst vor den Massen noch dagegen verwahren, eine Befehlsgewalt

Digitized by Google

der Vorgesetzten wiederherzustellen. So haben wir die bisherige Willkür von oben gegen die Willkür von unten vertauscht. Das Offizierkorps erlebt heute trübe Tage und gerade diejenige sehr große Anzahl von Offizieren, die ihre Pflicht erfüllten und kameradschaftlich mit ihren Leuten standen, werden es heute bitter empfinden, daß sie, nachdem sie vielfach jahrelang Opfer ebenso wie jeder andere gebracht, jetzt unter den Nachwirkungen eines unglücklichen Systems leiden müssen.

Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, daß bereits nach Einführung des parlamentarischen Systems die Befehlsgewalt der Offiziere durch die Unterstellung des Heeres unter die Zivilgewalt auf eine vollkommen veränderte Grundlage gestellt war. Eine völlig demokratische Grundlage des ganzen Systems wird (sobald wir eine wirkliche Demokratie haben!) gesichert sein und damit von selbst das jetzt bestehende Mißtrauen gegen die Offiziere wegfallen. Ich habe nirgends vom englischen oder amerikanischen Kriegsgefangenen gehört, daß in ihren Heeren eine Animosität gegen Offiziere besteht. Alle ordnen sich willig unter, da sie wissen, daß der Offizier wie jeder gemeine Mann dem Volksganzen verantwortlich ist. Vermutlich werden wir ja ein Milizsystem nach Schweizer Art bekommen. Auch in der schweizerischen völlig demokratischen Armee besteht die Befehlsgewalt der Offiziere, der Grußzwang, kurz die Disziplin, ohne die eine Armee nicht bestehen kann. Die Leute wissen heute: der Soldatenrat schützt sie gegen jeden Verstoß gegen die Disziplin. Die schweren Gefahren, die sich aus dieser Situation ergeben, brauche ich wohl kaum erst zu schildern. Wir sind ohnmächtig nach innen wie nach außen; wenn es heute der Regierung einfallen sollte, irgendwo einzugreifen, wird der Soldatenrat des betreffenden Truppenteils erst beraten, ob er dem Befehl Folge leisten soll. Täglich greift die Anarchie mehr um sich. Ohne eine geordnete Armee würde die kommende Nationalversammlung von irgendeiner bewaffneten Bande auseinandergejagt werden.

Es gilt, dem Volke klarzumachen, daß Wiederherstellung der Befehlsgewalt in der Armee nicht die Gefahr einer Gegenrevolution in sich birgt. Die Offiziere unterstehen dem Kriegsministerium, das wenigstens heute noch dem Willen der Mehrheit des Volkes einigermaßen entspricht.

Wer sich unter den Offizieren in ein neues System nicht fügt, muß natürlich entlassen werden.

Will man bis zur Herstellung definitiver Zustände eine Kontrollinstanz schaffen, so könnte man etwa folgendermaßen vorgehen: Jeder Truppenteil hat eine Kommission mit beratender Stimme. Diese wählen innerhalb des Divisionsbereichs eine Kommission, letztere wieder einen Rat beim Kriegsministerium, sämtlich mit beratender Stimme. Die oberste Befehlsgewalt muß aber dem Volksganzen, das sich im Kriegsministerium verkörpern soll, verantwortlich sein. So ist es in jedem demokratischen Staate; so soll es auch bei uns sein. Weder Junker noch Proletarier sollen allein befehlen.

Digitized by Google

Es wäre auch daran zu denken, Angehörige der arbeitenden Stände zur Mitarbeit in das Offizierskorps zu nehmen. Die Befehlsgewalt aber muß baldigst wiederhergestellt werden, wenn wir nicht rettungslos dem Bolschewismus verfallen sollen.

Alle die fast täglich erscheinenden Erlasse der regierenden Stellen mit der Bitte, Disziplin zu halten, nützen nicht die Spur. Nur die Wiederherstellung eines gerechten, aber festen Systems der Ordnung und Disziplin kann uns noch retten.

Dr. Arthur Schlesinger.

Notizen

Die Tragfähigkeit der deutschen Industrie. In der gegnerischen Presse hat es seit Kriegsausbruch gewiß nicht an grundgehenden Untersuchungen darüber gefehlt, welchem Umstande es zuzuschreiben ist, daß die deutsche Exportindustrie in verhältnismäßig wenigen Jahren einen derartigen Vorsprung hat aufweisen können. Die Ententeblätter sehen es nicht gerne, wenn man diese Entwicklungen den etwas altbackenen Methoden, mit welchen der englische und französische Exporteur seine Geschäfte in der Vorkriegszeit betrieben hat, zuschreibt. Noch weniger können es unsere Gegner leiden, wenn man ihnen vorhält, daß die persönliche Tüchtigkeit, die Arbeitswilligkeit und die Anpassung an die neuen Verhältnisse . . ., daß eben alle diese Qualitäten bei dem englischen und französischen Exporteur, gemessen an der deutschen Tüchtigkeit, mehr negativ als positiv auftraten.

Das alles übergeht man in der gegnerischen Fachpresse, sucht vielmehr nach anderen Erklärungsgründen und ist dabei wiederholt darauf gekommen, den Erfolg des deutschen Außenhändlers auf die Tragfähigkeit der deutschen Konsummärkte zurückzuführen. Damit will man zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Kaufkraft im Lande selbst so bedeutend sei, daß alle deutschen Fabriken in der Lage wären, ihre Produktion in der Hauptsache zu guten Preisen im Inlande zu verwerten, so daß sie das risikovolle Auslandsgeschäft bearbeiten könnten, immer mit der Sicherheit, bei eventuellen Verlusten einen mehr als genügenden Ausgleich in der Rentabilität des Inlandsgeschäftes zu finden. Die Fabriken könnten sich ohne weitere Sorgen auf der breitesten Grundlage ausbauen, weil, wenn es notwendig wäre, ihre Produktion doch immer mehr oder weniger im Inlande Aufnahme finden würde.

Durch diesen Hinweis will man es ermöglichen, die eigenen Staatsmänner scharf zu machen nach der Richtung, allem entgegenzuwirken, was dazu beitragen kann, die Absatzmöglichkeit der deutschen Industrieartikel zu fördern oder zu unterstützen, in welcher Weise immer.

Diese neue Tendenz der britischen Wirtschaftspolitik zeigt, daß man im Gegensatz zu den bisherigen Bestrebungen, uns die Auslandsmärkte abspenstig zu machen, nunmehr dazu übergeht, zu verlangen, es mögen der deutschen Produktion auch jene Verkehrsgebiete geschmälert werden, die ihr, man möchte sagen, legitimerweise zukommen in Anbetracht der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit.

Diese Gedankengänge sind nicht absolut neu. Sie sind verschiedentlich in der gegnerischen Presse im Laufe der Kriegsjahre aufgetreten. Aber erst die jetzt aufgekommene positive Forderung, den deutschen Industrieartikeln auch den Nachbarmarkt zu verwehren, läßt den ganzen Fragenkomplex im richtigen Lichte erscheinen.

Digitized by Google

Deutschlands Industrie soll also weder im Auslande, soweit es angelsächsisch orientiert ist, noch in Deutschlands Nachbargebiete Käufer finden.

Der große Trust. Svenska Dagbladet schreibt: „Es ist nicht sehr glückverheißend, wenn man schon bei dem ersten Versuch, näher in die Frage über den „Verband der Nationen" einzudringen, auf den unsinnigen Gesichtspunkt stößt, daß die großen Aktieninhaber über die kleineren zu bestimmen haben sollen, und daß diese letzten nicht zu dem Verwaltungsrat gehören. Dieser Gesichtspunkt ist bekanntlich von einem der ersten Volksrechtspolitiker Englands hingestellt worden, und der nähert sich sehr der Anschauung, welche vor acht Jahren ihren schicksalsschweren Sieg über die Pläne Asquiths und Greys, ein internationales Prisengericht betreffend, feierten. Es wäre ein bedeutungsvoller Schritt vorwärts zu einer internationalen Rechtsordnung und eine keineswegs unwichtige Basis zu einem Verband der Nationen gewesen, welche die damalige Regierung Englands herbeiführen wollte, ganz gewiß in Übereinstimmung mit Englands wohlverstandenem Interesse. Dieser Vorschlag wurde verworfen, und Englands Zufuhr während des Krieges wurde fortwährend auf die reinen Machtmittel und das Vermögen, Gesetze für die Weltmeere zu schreiben, begründet, anstatt auf ein anerkanntes Recht der Neutralen, selbst mit den Kriegführenden frei verkehren und handeln zu dürfen, ein Recht, welches unter der Egide eines internationalen Gerichts stehen sollte.

Daß ein solches Gericht zustande kommen und etwas anderes, als eine Aktiengesellschaft, welche die Interessen der größten Aktieninhaber wahrte, darstellen könnte, rief damals vor acht Jahren in bestimmten englischen Kreisen große Mißbilligung hervor, genau dem gleichend, was man jetzt zu hören bekommt.

Und dort sehen wir das beste Bild der Verkündigung des „Verbandes der Nationen", welcher ganz andere Grundlagen aufstellt, als ein Prinzip der Gleichheit zwischen den Groß- und Nichtgroßmächten.

Auch in anderer Hinsicht erscheint diese Aktiengesellschaft eines „Verbandes der Nationen" einleuchtender für die Gesichtspunkte der Urheber, als hoffnungsvoll für die Zukunft zu sein. Die Zukunftsperspektive umfaßt eine zielbewußte Anwendung der unerhörtesten Machtmittel, welche vor allem die Herrschergewalt Englands und der U. S. A. über den größten Teil der Rohprodukte der Welt in sich trägt. Zwar fallen alle Resursen Zentral- und Südamerikas außerhalb dieser Trustbildung, aber man sieht, wie selbst die kleinsten Republiken zu einer Kriegserklärung an Deutschland gedrängt werden.

Selbst wenn es sich um nichts mehr, als um Haiti handelt, so ist doch immerhin ein neues Gebiet für den großen Trust gewonnen. Auch die nach dem Kriege fortgesetzte Blockade gegen Deutschland enthält die angestrebten Ausgangspunkte für die profitable Kontrolle des Trustes über das Erwerbsleben der neutralen Staaten.

Hierbei tritt unleugbar ein Verhältnis hervor, welches den von englischer Seite gewählten Ausdruck einer Aktiengesellschaft als „Verband der Nationen" sehr treffend erscheinen läßt. Man weiß, daß es eines der schwersten Probleme bei der Gründung einer Aktiengesellschaft ist, die kleineren und weniger kragfähigen Aktieninhaber vor der Auspressung, welche seitens einer kapitalstarken Majorität durch die Verteilung kleiner oder keiner Gewinne ausgeübt werden kann, zu schützen. Unter dem Schein, das Unternehmen zu konsolidieren, können also die abhängigen kleineren Aktieninhaber einfach gezwungen werden, ihre Aktien zu verkaufen, wonach der Gewinn des Ganzen dem zufällt, der schon vorher am meisten besaß.

Diese gesetzliche „Methode" gibt ein vollkommen treffendes Bild der ökonomischen Zwangsmittel, zu welchen man nun zu greifen geneigt scheint, um kleinere Nationen

Digitized by Google

definitiv unter die Vormundschaft einiger Großmächte zu stellen. Und mit vollendetem Zynismus sucht man sie in die Zwangsjacke einzuschnüren. Vor ein paar Tagen wurde unseren leitenden Zeitungen eine Mitteilung von U. S. A. telegraphiert, welche die schwedische Tonnageabmachung als von volksrechtlicher Bedeutung rühmlich hervorhob. Wenn Schweden auf alles eingeht, so wird für seinen Teil es die „Prinzipien" akzeptieren, welche, wie oben gesagt, das uns abgepreßte Übereinkommen umfassen, und wir haben dann für die Zukunft die Blockade- und Rationierungsprinzipien mit allem, was dazu gehört, gutgeheißen.

Kann der Zynismus weiter getrieben werden?"

Neuerscheinungen

Pädagogik.

B. G. Teubner (Leipzig) eröffnet ein Unternehmen, das für die Verlebendigung der neueren deutschen Geschichte von außerordentlicher Bedeutung ist: „Hauptquellen zur neueren Geschichte". Herausgeber ist Erich Brandenburg. Hans Schulz hat die Hauptquellen zum dreißigjährigen Krieg (in 2 Bänden zu je 2,40 Mark) zusammengestellt. Zum ersten Male werden in wissenschaftlicher Korrektheit, im Originaltext, ausführlich und doch handlich, die Schilderungen der Ereignisse durch Zeitgenossen und Mithandelnde dargeboten, aus denen, zusammengenommen, das Bild der Zeit reiner, ursprünglicher aufsteigt als es bei Darstellung durch den Historiker gemeinhin möglich ist. Und auch zu den Werken der großen Geschichtsschreiber sind solche Hefte Ergänzungen von beträchtlichem Wert. Es mag mühseliger sein durch die Quellen sich in vergangenen Zeiten zurechtzufinden als in bequemer Darstellung durch den Historiker. Dafür gewährt die Lektüre der Quellen die Befriedigung eigener Arbeit und die Sicherheit selbständigen Urteilens. Möge darum das Unternehmen in dem weiten großzügigen Umfang zustandekommen, den das Programm vorsieht und die Teilnahme aller derer finden, die es das Geschehen der eigenen Zeit durch Rückblicke in die Vergangenheit aufzuhellen drängt, die sich um wahres geschichtliches Erkennen ernstlich bemühen. Auf eine lang mißachtete und gründlich vernachlässigte Lücke in dem Aufbau geschichtlicher Bilder aus den Quellen weist das Buch von Ernst Bernheim „Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluß auf Politik und Geschichtsschreibung" (Teil I: Die Zeitanschauungen: Die Augustinischen Ideen „Antichrist und Friedensfürst" Regnum und Sacerdotium; J. C. Mohr, Tübingen 1918) ein erstes einleuchtendes Beispiel für die quellenmäßige Feststellung der Beziehungen großer Persönlichkeiten der Geschichte zu den Anschauungen ihrer Zeit und ihrer Mitwelt. „Nur so kann man schließlich einsehen, was dem Individium überkommen ist, und was es daraus gemacht, was es aus dem Eigenen hinzugetan hat." Auch mit solcher Literatur wird wie dem Historiker so dem Erkenntniseifer der Laien wertvolles wichtiges Material zugerichtet. Studienrat Dr. Johann G. Sprengel führt in der Schrift „Das Staatsbewußtsein in der deutschen Dichtung seit Heinrich von Kleist" (B. G. Teubner, Leipzig) den Nachweis, daß wir in den großen Schöpfungen unserer Staatsdichtung seit Heinrich von Kleist ein ebenso wertvolles als unersetzliches Werkzeug staatsbürgerlicher Erziehung besitzen. „Sie erweitern, dem Fortschreiten der deutschen Weltanschauung vorausschreitend oder es begleitend, in bedeutsamer Weise den in der Dichtung des 18. Jahrhunderts gegebenen geistigen Vorstellungskreis und stellen die Jugend vor Lebensfragen, die uns gerade die gewaltige Gegenwart den wichtigsten unseres Erdendaseins zuzurechnen gelehrt hat. Sie bilden nicht etwa wie ein Lehrgebäude — wie man überhaupt den Geist der Kunst nicht auf starre Formeln ziehen soll. Aber sie umfassen den ganzen Kreis der für unser Staatsbewußtsein grundlegenden Fragen und Aufgaben." Dadurch stellt Sprengel „neben die für die reine Menschlichkeit deutscher Weltanschauung grundbauenden Werte des älteren weltbürgerlichen deutschen Idealismus im 18. die des volks- und staatsbewußten Idealismus im 19. Jahrhundert, neben die rein menschliche die staatsbürgerliche Persönlichkeitsbildung, weil wir erst so zu der notwendigen Abrundung des nationalen Erziehungswerkes gelangen."

Walther Hofstätter, der Verfasser des bei B. G. Teubner erschienenen Buches

Digitized by Google

„Deutschland" setzt seine Arbeit für Förderung deutschen Kulturguts in der Schule mit „Volksbüchern zur Deutschkunde" fort, die er im schulwissenschaftlichen Verlag A. Haase (Leipzig) herausgibt. A. Götze führt im ersten Heft „Wege des Geistes in der Sprache" und läßt Geschichte und Kultur Deutschlands in dem Bedeutungswandel deutscher Worte sich spiegeln. A. Bernt entscheidet, in der Tendenz der Sammlung befangen (die im 3. Heft zu der unsinnigen Formulierung „Deutsche Frömmigkeit" verleitet hat), die Frage „Humanismus und Deutschtum" (trotz der Verflechtung unserer Kultur mit der des Humanismus) nach der Seite des Deutschtums: „Zu reinster Hingabe und Treue, zu tiefstem Sinnen und Denken, zu stärkstem Fühlen und Wollen bedarf unser Volk nicht der griechischen Philosophie und römischer Bürgertugend als Schulmeister." „Wenn Humanität Menschlichkeit bedeutet, so wollen wir diese Menschlichkeit vorerst in unserem eigenen Volke ehren und nach seinem Herzschlage horchen. In diesem Sinne tut uns noch ein deutscher Humanismus not." Damit ist nicht in Einklang zu bringen, was W. Ganzenmüller aus der Geschichte „Deutschen Wesens im ersten Jahrtausend" als Gesetz des Wandels unserer Kultur ableitet: „daß es sich gewandelt hat im Laufe der Zeiten unter den mächtigen Einflüssen fremder Kulturen und doch in seinen Grundzügen dasselbe geblieben ist". E. Runge (Berlin-Lichterfelde) verlegt ein Sammelsurium von Phrasen über „die Verantwortung der Frau für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkslebens" von Paula Müller. C. Heymann bringt von Erdberg und Bäuerle eine Schrift „Volksbildung" („Ihr Gedanke und ihr Verhältnis zum Staat"). Aus den Gedanken v. Erdberg verdienen einige Sätze hervorgehoben zu werden: „Wo der Staat das kommende Geschlecht einseitig und ausschließlich zur Anerkennung überlieferter Formen erzieht, wo er es vor neuen Ideen verschließt, muß er selbst und die Kultur, deren Träger er ist, am Ende in hergebrachten Formen erstarren, denn die Voraussetzung seiner Entwicklung wird versagen. Es muß die Möglichkeit geboten sein, daß neue Ideen nicht nur in den Köpfen weniger sich bilden und dann in gelehrte Schriften eingesargt werden, sondern daß sie in weiteren Kreisen des Volkes, vornehmlich denen, die an der Entwicklung des staatlichen Lebens beteiligt sind, Leben gewinnen. Hier setzt die Aufgabe des freien Volksbildungswesens ein." „Bildung ist ein lebendiges Verhältnis zur Kultur." Sie will den einzelnen „innerhalb der Grenzen seiner natürlichen Anlage zu seiner möglichen Vollkommenheit, zu seiner Bildung" führen, indem sie auf Grund der besonderen natürlichen Veranlagung jeden in seiner besonderen Weise den Einflüssen der Kultur unterstellt, die ihm gerade gemäß sind." Der Gebildete soll den Kulturschöpfungen „um seiner selbst willen" gegenübertreten, „auf der Suche nach Werten, an denen er seine eigene Entwicklung der Vollkommenheit entgegenführen kann, nicht um über die Dinge schwatzen zu können."

Eine Betrachtung über „Österreichs Schule und Staat" (Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase, Leipzig, Prag, Wien) führt Josef Langhammer zu der (im einzelnen verworrenen und mystisch-dunkel formulierten) Forderung: „In Schule und Staat muß dasselbe Gesetz walten. Nur eine einheitliche Schule schafft dem Staate einheitliche Staatsbürger für den Frieden wie den Krieg." „Statistische Streiflichter zur österreichischen Hochschulenfrequenz" wirft Hugo v. Haan (Manzsche Buchhandlung, Wien). Aus einem historischen Rückblick auf die österreichischen Hochschulen ergibt sich, daß „der Ausbau des österreichischen Hochschulsystems in den letzten 50 Jahren ganz wesentlich unter dem Gesichtspunkte nationaler Spezialisierung stand". In einem Ausblick glaubt Verfasser „auch ohne an die Details dieser politisch heiklen Frage zu tasten, eine Fortentwicklung in dieser Richtung vermuten zu müssen, die neben weiterer Ausbildung der bisherigen nationalen Hochschulgruppen den Kreis der mit selbständigen Hochschulanstalten versehenen Nationen auf numerisch schwächere Volksstämme auszudehnen sich anschickt."

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

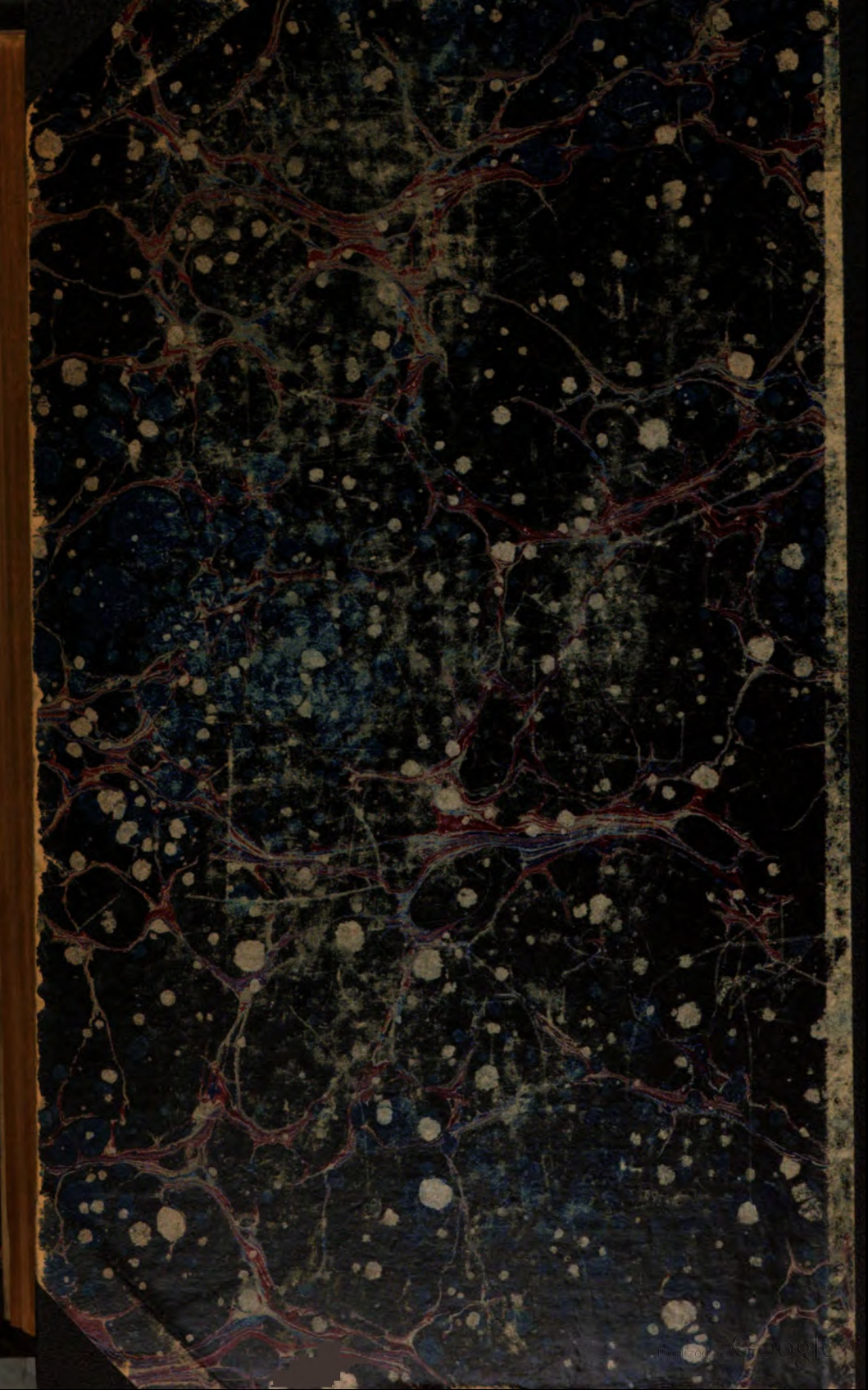
Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für anderweitige Politik Rigo Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland und Feldpost M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 057

Digitized by Google